OMGUS-Handbuch

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 35

R. Oldenbourg Verlag München 1994

OMGUS-Handbuch

Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949

Herausgegeben von
Christoph Weisz

R. Oldenbourg Verlag München 1994

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

OMGUS-Handbuch : die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949 / hrsg. von Christoph Weisz. – München : Oldenbourg, 1994
(Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte ; Bd. 35)
ISBN 3-486-55821-8
NE: Weisz, Christoph [Hrsg.]; GT

© 1994 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Gesamtherstellung: Appl, Wemding

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

ISBN 3-486-55821-8

Inhaltsübersicht

Vorwort VII

Inhalt XI

Josef Henke und Klaus Oldenhage
Office of Military Government for Germany (US) 1

Reinhard Heydenreuther
Office of Military Government for Bavaria 143

Dieter Emig und Alfred G. Frei
Office of Military Government for Hesse 317

Wilfried Schöntag
Office of Military Government for Württemberg-Baden 455

Andreas Röpcke
Office of Military Government for Bremen 597

Jürgen Wetzel
Office of Military Government for Berlin Sector 671

Verzeichnis der Übersichten 741

Literaturverzeichnis 751

Abkürzungsverzeichnis 765

Geographisches Register 771

Personenregister 779

Vorwort

The Archivist of the United States, Dr. James B. Rhoads, der Präsident des Bundesarchivs, Prof. Dr. Hans Booms, und der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Prof. Dr. Martin Broszat, unterzeichneten am 18. Februar, bzw. am 7. März 1977 die Vereinbarung „German-American Joint Program to Describe and Reproduce OMGUS-Records",[1] d.h. die Akten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland 1945–1949, die in den National Archives in der Record Group 260 (Occupation Headquarters, World War II) verwahrt werden. Mit diesem Abkommen wurden die rechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen für ein neuartiges Quellenerschließungs- und -verfilmungsprojekt geschaffen, um einen für die zeitgeschichtliche Forschung ebenso bedeutsamen wie voluminösen, für die meisten Interessenten jedoch schwer erreichbaren Quellenbestand der wissenschaftlichen Bearbeitung und Verwertung leichter zugänglich zu machen. Die Existenz der Akten der amerikanischen Militärregierung war zwar bekannt, aber der Zugang war insbesondere für Nichtamerikaner nicht allzu leicht zu realisieren; schon aus finanziellen Gründen konnten sich nur wenige deutsche Forscher nach Washington aufmachen, um die OMGUS-Akten an Ort und Stelle einzusehen, weshalb die Forschung zu Themen der Besatzungszeit in Deutschland sich meist fast ausschließlich auf deutsche Akten stützte. Eine weitere Schwierigkeit kam hinzu: Die Akten waren nicht erschlossen. Nur ein grobrasteriges Verzeichnis der Schiffsladungen, die Shipping Lists, die bei der Verschiffung der Akten von Deutschland nach den Vereinigten Staaten angelegt worden waren, lagen als Findmittel vor.

Die Finanzierung eines so umfassenden und aufwendigen Erschließungs- und Verfilmungsprojekts konnte von den beteiligten Institutionen alleine nicht getragen werden. Dieses bedeutende amerikanisch-deutsche Unternehmen konnte nur mit Hilfe der großzügigen finanziellen Unterstützung der Stiftung Volkswagenwerk geplant und durchgeführt werden. An dem transatlantischen Joint Venture beteiligten sich neben Mitarbeitern der National Archives und einem aus VW-Mitteln finanzierten amerikanischen Historiker, der während der gesamten Projektdauer koordinierend, betreuend und verzeichnend in Washington tätig war, mehr als dreißig Archivare und Historiker des Bundesarchivs, der Landesarchivverwaltungen Baden-Württembergs, Bayerns, Berlins, Bremens und Hessens, des Instituts für Zeitgeschichte, des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung an der Freien Universität Berlin und des Arbeitskreises Nachkriegsgeschichte Ruhr.

Das von 1976 bis 1983 währende „OMGUS-Projekt" war in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Wissenschaftspolitisch besonders bedeutsam ist die erfolgreiche internationale Kooperation zwischen dem amerikanischen Nationalarchiv auf der einen und dem Bundesarchiv, staatlichen Archiven und historischen Instituten auf der anderen Seite. Für die deutsche Zeitgeschichtsforschung wurde mit dem „OMGUS-Projekt" ein Quellenbestand erschlossen und leichter zugänglich gemacht, der nicht nur für die Erforschung der Geschichte der Besatzungszeit in Deutschland von zentraler Bedeutung ist, sondern auch Aufschlüsse über die Kriegsplanungen der Alliierten,

---

[1] Der Wortlaut des Abkommens ist abgedruckt in Josef Henke: Das amerikanisch-deutsche OMGUS-Projekt. Erschließung und Verfilmung der Akten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland 1945–1949. In: Der Archivar 35 (1982), Sp. 149–158, Sp. 151 ff.

über die Deutschlandplanung und -politik der Amerikaner und ihrer Verbündeten sowohl im als auch nach dem Zweiten Weltkrieg und über die Entstehung des Kalten Krieges geben kann. Allein schon die zahlreichen, inzwischen publizierten und noch zu erwartenden Forschungsergebnisse, die unter Berücksichtigung des verfilmten OMGUS-Materials erarbeitet wurden, rechtfertigen die finanziellen und personellen Aufwendungen und Anstrengungen der Stiftung Volkswagenwerk und der von öffentlichen Händen getragenen Institutionen. Eine so von niemandem vorausgesehene Folge war darüber hinaus, daß mit dem „OMGUS-Projekt" eine neue Dimension der Zusammenarbeit zwischen deutschen Archiven und deutschen historischen Instituten, zwischen Archivaren und Historikern erreicht wurde. In der gemeinsamen Arbeit entstanden zahlreiche berufliche und persönliche Kontakte zwischen Archivaren und Historikern, die sich bei einigen zu dauernden Freundschaften entwickelten und die auch wissenschaftlich und projektbezogen immer wieder fruchtbar gemacht werden konnten.

Das Ergebnis des „OMGUS-Projekts" kann sich sehen lassen. Heute stehen an mehreren Orten in Deutschland Akten der amerikanischen Militärregierung in mikrofichierter Form der Forschung zur Verfügung: im Bundesarchiv Koblenz (Z 45 F) die Akten der OMGUS-Zentrale, im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (MF 260) der Gesamtbestand, in den Länderarchiven die jeweils für ihre Sprengel einschlägigen Bestände, im Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung an der Freien Universität Berlin forschungsbezogen ausgewählte Akten und im Westfälischen Wirtschaftsarchiv Dortmund Akten, die sich auf die britische Besatzungszone im allgemeinen und auf Nordrhein-Westfalen im besonderen beziehen. Ein Aktenbestand von 50000 bis 55000 Akteneinheiten (circa sechs Millionen Blatt) wurde verzeichnet und verfilmt. Die Akten, die von den bewertenden Archivaren und Historikern als kassationsfähig (in der OMGUS-Projekt-Terminologie: folders without historical value) eingeschätzt wurden, wurden selbstverständlich nicht vernichtet; sie wurden in einer verkürzten Form beschrieben und können von „ungläubigen" Wissenschaftlern in den National Archives weiterhin eingesehen werden.

Durch die Verzeichnung und Verfilmung der OMGUS-Akten ist für die Erforschung der Besatzungszeit in Deutschland eine grundlegend veränderte Quellensituation geschaffen worden. Untersuchungen über besatzungsgeschichtliche Probleme ohne Berücksichtigung der OMGUS-Akten sind nun nicht mehr vorstellbar. Doch erfüllte der Grad der Erschließung, der mit der Erstellung der Erfassungsbögen (data sheets) geschaffen worden war, noch nicht alle Wünsche der meist unter Zeitdruck recherchierenden Wissenschaftler. Im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte wurden deshalb seit Anfang der 1980er Jahre – wiederum mit Unterstützung der Stiftung Volkswagenwerk – sach- und personenbezogene Findmittel zu den zentralen OMGUS-Beständen erarbeitet (42 Bände), wodurch der Zugang zu den amerikanischen Besatzungsakten entscheidend verbessert wurde.[2]

Fast zeitgleich mit dem Abschluß der Verzeichnungsarbeiten in Washington startete das Institut für Zeitgeschichte ein Forschungsprojekt zu „Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone", das, wie schon das „OMGUS-Projekt" und das Erschließungsprojekt des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte, von der Stiftung Volkswagenwerk finanziell gefördert wurde. Das Forschungsprojekt hatte sich vorgenommen, die Besatzungszeit unter regionalgeschichtlichen, sozialgeschichtlichen und

[2] Vgl. eingehender sowohl zum „OMGUS-Projekt" wie zum Erschließungsprojekt des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte Hermann Weiß: Abschlußbericht über das OMGUS-Projekt (1976–1983). In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 32 (1984), S. 318–326.

beziehungsgeschichtlichen Aspekten zu untersuchen.[3] Die beteiligten Forscher, aber nicht nur sie, sondern alle, die sich mit einem Thema aus der Besatzungszeit beschäftigten, haben dabei bald feststellen müssen, daß wichtige Informationen zu Organisation und Kompetenzen der amerikanischen Militärregierung nicht oder nur unzulänglich verfügbar waren. In den Projektbesprechungen mit dem damaligen Institutsdirektor Professor Dr. Martin Broszat war rasch klar geworden, daß die Erstellung eines Organisationshandbuches der amerikanischen Militärregierung in Deutschland ein dringendes Desiderat der zeitgeschichtlichen Forschung sei, das rasch behoben werden sollte.

Als Autoren für dieses Handbuch konnten fast ausnahmslos Archivare gewonnen werden, die schon am OMGUS-Projekt beteiligt gewesen waren; lediglich der Hessen-Teil stammt von zwei, nicht diesem Kreis angehörenden Zeithistorikern. Dieses Autorenteam kann in mehrfacher Hinsicht als nahezu ideal bezeichnet werden: hier bündelt sich profunde Quellenkenntnis mit landesgeschichtlicher, bzw. reichs- und besatzungszonengeschichtlicher sowie verwaltungsgeschichtlicher Kompetenz.

Die Gliederung des Handbuches ergab sich von selbst. Auf die Darstellung der amerikanischen Militärregierung auf der obersten Ebene, dem Office of Military Government for Germany (U.S.) (OMGUS), folgen die Beschreibungen der Militärregierungen für die Länder in der amerikanischen Besatzungszone: Office of Military Government for Bavaria (OMGBY), Office of Military Government for Hesse (OMGHE), Office of Military Government for Wuerttemberg-Baden (OMGWB) und Office of Military Government for Bremen (OMGBR). Den Abschluß bildet die Darstellung der amerikanischen Militärregierung für den amerikanisch besetzten Sektor Berlins: Office of Military Government for Berlin Sector (OMGBS). Als konzeptioneller Leitfaden wurde den Autoren vorgegeben, einleitend einen ausführlichen historischen Abriß der Geschichte der jeweiligen Militärregierung zu geben. In einem zweiten, systematischen Teil sollte die Entwicklung der Organisation der einzelnen Abteilungen dargestellt werden. Der dritte und abschließende Teil sollte einer detaillierten Beschreibung der Quellen dienen.

Die Fertigstellung des noch in den achtziger Jahren konzipierten Handbuchs hat sich aus verschiedenen Gründen immer wieder verzögert. Nach Abschluß der Arbeiten ist es müßig, über die Gründe für die Verzögerungen nachzudenken. Die Genugtuung und die Freude darüber, daß das Werk nun der Öffentlichkeit übergeben werden kann, wiegen die letztlich überwundenen Schwierigkeiten bei weitem auf. Das Institut für Zeitgeschichte und der Herausgeber danken den Autoren für die Mühe, der sie sich neben ihren Alltagsgeschäften bei Abfassung, Überarbeitung und Korrektur ihrer jeweiligen Beiträge unterzogen haben. Besonderer Dank gebührt den Kollegen, die nach Abschluß ihrer Manuskripte sehr lange, aber dennoch geduldig und verständnisvoll warteten, bis die Veröffentlichung des Gesamtwerks realisiert werden konnte.

---

[3] Bislang wurden von den Projektergebnissen publiziert: Hans Woller: Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth. München 1986 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 25) und Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller. München 1988 (3. Auflage 1990) (= Quellen und Darstellung zur Zeitgeschichte 26). 1994 wird erscheinen: Klaus-Dietmar Henke: Epochenjahr. Die amerikanische Eroberung Deutschlands 1944/45. Band 1: Zum Rhein. Band 2: Ins Innere des Reiches.

Zum Schluß noch eine Anmerkung zur Zitierweise der OMGUS-Akten: Im OMGUS-Handbuch werden die Akten der amerikanischen Militärregierung überwiegend nach den in den National Archives, Washington National Records Center in Suitland, Maryland ursprünglich vergebenen Signatur zitiert (Record Group 260), allerdings unter Beachtung des hierarchischen Prinzips mit der Plazierung der in den Shipping Lists am Ende der Signatur stehenden Shipment-Nummer (1–17, ohne 14) an die erste Stelle. Die Zusammensetzung der Archivsignatur spiegelt in etwa das Schicksal der OMGUS-Akten wider. Die Signatur enthält, durch Schrägstriche getrennt, die Nummer der Schiffsladung (Shipment), der Box und des Folders (Aktenfaszikel). Kompliziert werden die Signaturen durch die Tatsache, daß die ursprünglichen Schiffsboxen im Archiv dreigeteilt wurden (z. B. 100–1, 100–2, 100–3). Etwa in der Zeit des „OMGUS-Projekts" wurden dann von den National Archives die immer noch unhandlichen, etwa einen Kubikfuß großen Boxen teilweise durch kleinere ersetzt und die Signierung so geändert, daß eine Buchstabengruppe (AG, FIN, usw.) die Provenienz, gewöhnlich eine Division innerhalb von OMGUS, die folgenden, wieder durch Schrägstrich getrennten Zahlen die Box und den Folder bezeichnen.

München, im November 1993

Inhalt

Josef Henke und Klaus Oldenhage
Office of Military Government for Germany (U.S.) 1

A. Historischer Überblick
Verwaltungsgeschichte der amerikanischen Militärregierung in Deutschland im Überblick (1944–1949) 3

1. Alliierte Kriegszielplanungen 3
2. Die Vorbereitung der amerikanischen Besatzung in Deutschland 5
3. Die Tätigkeit der Militärregierung während der Eroberung Deutschlands 8
4. Die US Group Control Council als Vorläufer von OMGUS 11
5. Von der Kapitulation bis zur Reform von USGCC 15
6. Die Alliierte Kontrollbehörde 23
7. Die Konsolidierung von USGCC 26
8. Die Errichtung von OMGUS und OMGUSZ 28
9. Die Organisation von OMGUS seit April 1946 36
10. Instanzenzüge und Befehlswege innerhalb der amerikanischen Besatzungsverwaltung 44
11. Die Gründung der Civil Administration Division 45
12. Die Besatzungsverwaltung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet 49
13. Die Errichtung von EUCOM und die Verwaltungsreformen bei OMGUS im Jahre 1948 57
14. Der Übergang von OMGUS auf HICOG 82

B. Systematische Übersicht
Einzelne Verwaltungseinheiten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland 90

1. Die Spitzengliederung im Allgemeinen 90
2. Chief of Staff 93
3. Secretary General 94
4. Adjutant General 94
5. Inspector General 95
6. Control Office 95
7. Office of the Director of Intelligence 96
8. US Political Adviser/Office of the Director of Political Affairs 98
9. Office of the Director of Public Information 100
10. Economics Division/Office of the Economics Adviser 100
11. Finance Division/Office of the Finance Adviser 105
12. Armed Forces Division 107
13. Internal Affairs and Communications Division 109

14. Civil Administration Division 110
15. Education and Cultural Relations Division 112
16. Prisoners of War and Displaced Persons Division 114
17. Information Services Division 115
18. Legal Division 117
19. Office of the Chief of Counsel for War Crimes/Military Tribunals 119
20. Manpower Division 120
21. Transport Division 121
22. Regional Government Coordinating Office 122
23. Bipartite Organization 123
24. Joint Export-Import Agency/Joint Foreign Exchange Agency 126
25. Allied Control Authority 127

C. Quellenbeschreibung 131

1. USGCC und Adjutant General 131
2. Chief of Staff 135
3. Allied Control Authority 137
4. Bipartite Control Office 138
5. Regional Government Coordinating Office 138
6. Control Office 138
7. US Political Adviser/Office of Political Affairs 140
8. Economics Division/Office of the Economics Adviser 140
9. Finance Division/Office of the Finance Adviser 140
10. Manpower Division 140
11. Office of the Director of Intelligence 141
12. Information Services Division 141
13. Civil Administration Division 141
14. Education and Cultural Relations Division 141
15. Legal Division 141

Reinhard Heydenreuter
Office of Military Government for Bavaria 143

A. Historischer Überblick 145

1. Die Besetzung Bayerns durch amerikanische Truppen im Jahre 1945 145
2. Die amerikanische Militärregierung in Bayern im Jahre 1945 148
   a) European Civil Affairs Division 148
   b) Die G-5 Stabsabteilungen 150
   c) Das Regional Military Government Detachment E1F3 (E-201) 151
   d) Konsolidierung 156
   e) Die Militärregierung in der Krise 157
   f) Die Bildung des Office of Military Government for Bavaria 161
   g) Die lokalen Detachments 162

3. Das Office of Military Government for Bavaria zwischen 1946 und 1949 169
a) Organisationsentwicklung 1946–1949 169
b) Personalentwicklung 179
c) Die Beziehungen zwischen der Militärregierung und den bayerischen Behörden 185

B. Systematische Übersicht
Die einzelnen Aufgabenbereiche der Militärregierung 192

1. Die Landesdirektoren und ihre Stellvertreter 192
a) General Walter J. Muller 192
b) Murray D. Van Wagoner 192
c) Stellvertreter der Landesdirektoren 193
2. Die interne Verwaltung der Militärregierung 194
a) 3rd Military Government Regiment: Headquarters and Service Company 194
b) Inspection Section 195
c) Headquarters Commandant Branch 195
d) Personnel and Administration Branch/Division 196
e) Plans and Operations Branch 197
f) Supply Branch 198
g) Investigation and Claims Branch 198
h) Real Estate, Land Resources and Budget Control Branch 199
i) Public Relations (Public Information) Branch 199
3. Internal Affairs Division 200
a) Organisation 200
b) Communications Branch 201
4. Civil Administration Division 202
a) Organisation 202
b) Political Activities Branch 205
c) Governmental Structures Branch/Legislation (Legislative) Branch 206
Exkurs: Militärregierung und Bayerische Verfassung 207
d) Civil Service and Administrative Courts Branch (Administrative Agencies Branch) 211
e) Governmental and Political Branch 213
f) Public Safety Branch 215
g) Public Health Branch 218
h) Public Welfare (and DP) Branch 219
i) Special Branch (Denazification Branch) 220
5. Education and Cultural Relations Division 222
a) Organisation 222
b) Education Branch 226
c) Religious Affairs Branch 229
d) Group Activities Branch 229
e) Cultural Affairs Branch 230
f) University Branch 230
6. Legal Division 231
a) Organisation 231
b) Military Government Courts Branch 232
c) German Courts Branch 236
d) Prisons Branch 239
e) Legislation and Legal Advice Branch 241
f) Land Denazification Review Board 241
g) Security Review Board 242

7. Information Control Division 242
a) Organisation 242
b) Press (Control) Branch 246
c) Publishing Operations Branch 247
d) Radio (Control) Branch 247
e) Publications (Control) Branch 248
f) Information Centers Branch 248
g) Film Theater Music Control Branch (Film Branch) 249
h) Information Control Intelligence Branch (Research and Analysis Branch) 249
8. Intelligence Branch 250
9. Intelligence Division 254
10. Economics Division 255
a) Organisation 255
b) Industry Branch 257
c) Trade and Commerce Branch 259
d) Research Control Section 261
e) German Agencies Branch 261
f) Reports and Statistics Section 262
11. Food, Agriculture and Forestry Division 263
a) Organisation 263
b) Agriculture Programs Branch 265
c) Field Inspection Branch 266
12. Finance Division 267
a) Organisation 267
b) Finance Branch 268
c) Investigation and Enforcement Branch 269
13. Property Division 270
a) Organisation 270
b) Property Control (and External Assets) Branch 270
c) Restitution Branch 273
d) Decartelization Branch 274
e) Reparations and War Potential Branch 275
14. Manpower Division 277
a) Organisation und Zuständigkeit 277
b) Personal 279
15. Transportation Branch 280
a) Aufgaben 280
b) Organisation 282
c) Personal 282
16. Die Organisation der lokalen Militärregierungsstellen (Field Operations Division) 1946–1949 283

C. Quellenbeschreibung 296

I. Die Ordnung und Strukturierung der OMBY-Akten im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (von Lothar Saupe) 296
1. Rahmenbedingungen 296
2. Akten- und Strukturpläne als Vorgaben 297
3. Rekonstruktion nach dem vorhandenen Aktenplan 298
4. Gliederung nach verbesserten und nachempfundenen Aktenplänen 299

5. Sonderphänomene von Berichtsserien 300
6. Ausblick 300
II. Akten der Militärregierung von Bayern im Bayerischen Hauptstaatsarchiv 301
1. Inhalts- und Repertorienübersicht 301
2. Land Director 301
3. Transportation Branch 304
4. Manpower Division 304
5. Legal Division 304
6. a. Finance Division 305
6. b. Property Division 305
7. a. Economics Division 305
7. b. Food and Agriculture Division 306
8. Education and Cultural Relations Division 306
9. Information Services Division 307
10. Intelligence Division 308
11. a. Reports 311
11. b. Anschließend nach Gegenständen aufgestellte Berichte der Provenienzen ID,OMGBY, OCMH, OMGUS und CO, OMGUS 311
12. Civil Administration Division 311
13. Field Operations Division 312
14. BayHStA „OMGUS-Reports" 315

Dieter Emig und Alfred G. Frei
Office of Military Government for Hesse 317

A. Historischer Überblick 319

1. Vorgeschichte 319
2. Vom Regional Detachment zur Landesmilitärregierung 321
3. Der Aufbau von OMGHE und deutscher Landesregierung 325
4. Organisation und Entwicklung der amerikanischen Militärregierung in Hessen . . . 330
5. Die lokale und regionale Verwaltung der Militärregierung: Die Detachments 340

B. Systematische Übersicht
Die einzelnen Aufgabenbereiche der Militärregierung für Hessen 350

1. Command and Executive 350
a) Aufgaben und Organisation 350
b) Personal 350
2. Second Military Government Battalion (Seperate) (ab 20. März 1948: Hesse Section, 7780 OMGUS Group) 351
a) Aufgaben 351
b) Organisation 352
c) Personal 355

3. Personnel Division 355
a) Aufgaben 355
b) Organisation 356
c) Personal 358
4. Civil Administration Division 358
a) Aufgaben 358
b) Organisation 359
c) Personal 360
5. Economics Division 361
a) Aufgaben 361
b) Organisation und Einzelaufgaben 362
c) Personal 365
6. Bizonal (Bipartite) Liaison Division 366
a) Aufgaben und Organisation 366
b) Personal 367
7. Education and Religious Affairs Division (ab 1. März 1948: Education and Cultural Relations Division) 368
a) Aufgaben 368
b) Organisation 370
c) Personal 371
8. Finance Division 372
a) Aufgaben 372
b) Organisation 373
c) Personal 373
10. Information Control Division (ab 6. August 1948: Information Services Division) . 374
a) Aufgaben 374
b) Organisation 377
c) Personal 380
11. Intelligence Division 381
a) Aufgaben 381
b) Organisation 383
c) Personal 385
12. Land Resource Board 385
13. Legal Division 386
a) Aufgaben 386
b) Organisation 390
c) Personal 393
14. Liaison and Security Control Division/Office of Superviser of Detachments/Liaison and Security Offices 393
a) Aufgaben 393
b) Organisation 394
c) Personal 395
d) Die Liaison and Security Offices 396
15. Manpower Division 403
a) Aufgaben 403
b) Organisation 403
c) Personal 404
16. Post, Telephone and Telegraph Division 404
17. Property Control Division (ab 20. April 1948: Property Division) 406
a) Aufgaben 406
b) Organisation 410
c) Personal 412

18. Public Health Division 413
a) Aufgaben 413
b) Organisation 414
c) Personal 415
19. Public Information Division 416
a) Aufgaben 416
b) Organisation 417
c) Personal 418
20. Public Safety Division 418
a) Aufgaben 418
b) Organisation 420
c) Personal 422
21. Public Welfare and Displaced Persons Division 422
a) Aufgaben 422
b) Organisation 424
c) Personal 427
22. Special Branch/Denazification Division 427
a) Aufgaben 427
b) Organisation 429
c) Personal 430
23. Investigation Division 431
a) Aufgaben 431
b) Organisation und Personal 432
24. Statistical, Historical and Field Reports Division 432
a) Aufgaben 432
b) Organisation 434
c) Personal 435
25. Transportation Division 435
a) Aufgaben 435
b) Organisation 437
c) Personal 437

C. Quellenbeschreibung 439

1. Die Akten der amerikanischen Militärregierung in Hessen 439
2. Deutsche Quellen zur amerikanischen Militärregierung in Hessen 452

Wilfried Schöntag
Office of Military Government for Wuerttemberg-Baden 455

A. Historischer Überblick 457

1. Die Vorgeschichte: Planungen für die Militärregierung und die Entstehung der Besatzungszonen in Baden und Württemberg 457
2. Die Militärregierung im Land Württemberg-Baden bis Mai 1946 (Regional Military Government Wuerttemberg-Baden, Det. E1C3 – Office of Military Government for Land Wuerttemberg-Baden) 460
a) Die Konsolidierung von Det. E1C3 – OMGWB – bis Dezember 1945 460
b) Die Einrichtung von Functional Teams 467

c) Befehlswege zwischen der Militärregierung und der Landesregierung und -verwaltung . . . 470
d) Die Organisation von OMGWB von März bis Mai 1946 . . . 470
3. Die Reorganisation zum 1. Juni 1946 und die Veränderungen bis zum 21. September 1949 . . . 472
a) Die Militärregierung bis zum Inkrafttreten der Landesverfassung am 1. Dezember 1946 . . . 472
b) Organisationsveränderungen von 1947 bis 1949 . . . 477
4. Personalentwicklung 1945 bis 1949 . . . 488
5. Offiziere und US Zivilisten in leitenden Stellungen – Querschnitte . . . 496

B. Systematische Übersicht
Die einzelnen Tätigkeitsbereiche der Militärregierung für Württemberg-Baden . . . 509

1. Der militärische Kommandobereich und die Verwaltung der Militärregierung . . . 509
2. Civil Administration und Interior . . . 519
a) Local Government, Government Group, Civil Administration . . . 520
b) Interior Division, Governmental Affairs Division . . . 522
c) Public Health . . . 523
d) Public Welfare . . . 526
e) Public Safety . . . 527
f) Housing . . . 528
g) Offiziere/US Zivilisten in leitenden Stellungen . . . 528
3. Denazification . . . 529
a) Security Review Board . . . 531
b) Special Branch . . . 531
c) Offiziere/US Zivilisten in leitenden Stellungen . . . 531
4. Information Control, Intelligence . . . 532
a) Historical Information and Political Intelligence (HI&PI) . . . 532
b) Information Control Division/Information Service Division . . . 532
c) Radio Control Branch/Radio Branch – Radio Stuttgart . . . 535
d) Press Control Branch . . . 536
e) Intelligence Branch mit Survey Unit/Public Opinion Survey and Research Branch . . . 536
f) Plans and Operations Branch . . . 537
g) Publications Control Branch . . . 537
h) Information Center and Exhibition Branch . . . 538
i) (Film), Theater and Music Control Branch . . . 538
j) Film Control Branch . . . 538
k) Personal der Information Control/Service Division . . . 538
l) Intelligence Division, Intelligence and Reports Division . . . 539
m) Public Relations Division, Public Information Division . . . 541
5. Legal Division . . . 541
a) German Courts/German Justice Branch . . . 544
b) Prison Branch . . . 545
c) Legal Advice Branch . . . 546
d) Military Government Courts Branch . . . 546
e) Offiziere/US Zivilisten in leitender Stellung . . . 547
6. Finance Division . . . 548
a) Restitution . . . 549
b) Property Control . . . 550

c) Offiziere/US Zivilisten in leitender Stellung 551
7. Economics Division, Bipartite Affairs Division, Transportation, Communications . 552
a) Economics Division, Bipartite Division 552
b) Industry Branch/Industry Adviser 555
c) Food and Agriculture and Forestry Branch 557
d) Trade and Commerce Branch 558
e) Decartelization Branch 558
f) Transportation Division 559
g) Communication: Post, Telephone and Telegraph 560
h) Offiziere/US Zivilisten in leitender Stellung 561
8. Labor/Manpower Division 562
a) Aufgaben und Organisation 562
b) Offiziere/US Zivilisten in leitenden Stellungen 563
9. Education and Cultural Relations Division 563
a) Film, Theater and Music Control Branch 566
b) Reorientation Branch 566
c) Monuments, Fine Arts and Archives (MFAA) 567
d) Offiziere/US Zivilisten in leitender Stellung 567
10. Die Militärregierungen/Verbindungs- und Sicherheitsbüros auf Bezirks- und Kreisebene 568
a) Field Operations Officer, Field Relations Division 568
b) Die Militärregierungen/Liaison and Security Offices auf Bezirks- und Kreisebene 569
Militärregierungen für den Landesbezirk Baden 571
Det. F1E2, bzw. E-7, Military Government Office für den LKB Mannheim . . . 572
Det. G1E2, bzw. F-17, Military Government Office für den LKB Karlsruhe . . . 572
Det. E-7, Office of Military Government for North Baden 573
Die Militärregierungen auf Kreisebene 575
Militärregierungen in Nordwürttemberg 575
11. French Affairs, Allied Liaison Division 576
12. US Armee und sonstige amerikanische Einrichtungen und Dienststellen in Württemberg-Baden 577

C. Quellenbeschreibung 579

1. Quellenlage zur Geschichte der Militärregierung in Württemberg-Baden 579
2. Charakterisierung des Teilbestandes OMGWB 580

Andreas Röpcke
Office of Military Government for Bremen 597

A. Historischer und verwaltungsgeschichtlicher Überblick 599

1. Die Entstehung der Bremer Enklave 600
Exkurs: Territoriale Probleme der Enklave 606
a) Hemelingen, Mahndorf und Bremerhaven 606
b) Delmenhorst 607
2. Besetzung und spezifische Probleme der Besatzungsverwaltung (1945) 608

3. Amerikanische Besatzung nach britischen Richtlinien (1946) 614
4. Die Bremer Enklave wird Teil der amerikanischen Zone (1947) 621
5. Organisation und Personal der Bremer Militärregierung als Ganzes 626
a) Die Entwicklung der Organisationsstruktur 626
b) Die Personalentwicklung 634

B. Systematische Übersicht
Die einzelnen Aufgabenbereiche der Militärregierung für Bremen 638

1. Leitung und interne Verwaltung der Militärregierung 638
a) Der Direktor, sein Stellvertreter und sein Referent (Executive Officer) 638
b) Pressestelle (Public Information Office) 641
c) Interne Verwaltung, Haushalt, Personal 641
2. Inneres (Civil Administration, Public Safety, Intelligence, Information [Control]) . 643
a) Civil Administration 643
b) Public Safety 645
c) Intelligence 646
d) Information Control 648
3. Entnazifizierung (Denazification) 649
4. Justiz (Legal) 650
5. Finanzen (Finance) 652
6. Wirtschaft (Economics) 653
7. Häfen, Schiffahrt und Verkehr (Transport) 654
8. Arbeit (Manpower) 658
9. Gesundheit und Wohlfahrt (Public Health & Welfare) 658
10. Bildung und Kultur (Education and Cultural Relations) 660
11. Wesermünde und Bremerhaven 662

C. Quellenbeschreibung 666

1. Die Akten der Bremer Militärregierung 666
2. Andere amerikanische und englische Archivquellen 668
3. Deutsche archivalische Überlieferung zur Bremer Besatzungsverwaltung 669

Jürgen Wetzel
Office of Military Government for Berlin Sector 671

A. Historischer Überblick 673

1. Diplomatische und militärische Vorbereitungen für die Besetzung 673
2. Besetzung und Etablierung der Truppenverwaltung 677
3. Errichtung der Alliierten Kommandantur Berlin 681
4. Etablierung der Militärregierung 684
5. Schwierigkeiten der Viermächteverwaltung 694

B. Systematische Übersicht
Die einzelnen Aufgabenbereiche der Militärregierung für den U. S. Sektor Berlin 699

1. Director's Office 699
2. Administration Branch 700
3. Liaison Officers 701
4. Civil Administration and Political Affairs Branch 704
5. Public Relations, Statistical and Historical Branch 706
6. Monuments, Fine Arts and Archives Branch 707
7. Information Services Branch 708
8. Communications Branch 710
9. Legal Branch 712
10. Public Safety Branch 715
11. Economics Branch 717
12. Finance Branch 720
13. Property Control Branch 722
14. Manpower Branch 724
15. Public Works and Utilities Branch 726
16. Public Welfare Branch 727
17. Public Health Branch 729
18. Education and Cultural Relations Branch 730

C. Quellenbeschreibung 733

1. Der Bestand Office of Military Government Berlin Sector 733
2. Aktivitätsberichte der Militärregierung 734
3. Akten der Alliierten Kommandantur Berlin 735
4. Unterlagen der Armeeführung 735
5. Deutsche Quellen zur Besatzungszeit 736
6. Interviews, gedruckte Quellen und Memoiren 737

Verzeichnis der Übersichten 741

Literaturverzeichnis 751

Abkürzungsverzeichnis 765

Geographisches Register 771

Personenregister 779

Office of Military Government for Germany (U.S.)

Von

Josef Henke und Klaus Oldenhage

A. Historischer Überblick Verwaltungsgeschichte der amerikanischen Militärregierung in Deutschland im Überblick (1944–1949)

1. Alliierte Kriegszielplanungen

Hitlers Angriff auf die Sowjetunion und die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika stellten diese beiden Mächte und Großbritannien seit 1941 vor die Aufgabe, eine gemeinsame Politik gegenüber Deutschland zu entwickeln.[1] Am 14. August 1941 formulierten der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premierminister Winston S. Churchill in der Atlantik-Charta die alliierten Kriegsziele, deren Hauptforderung darin bestand, „daß alle Menschen in allen Ländern der Welt ihr Leben frei von Furcht und Mangel leben könnten".[2] Die Vereinigten Staaten und Großbritannien verzichteten auf territorialen Erwerb und wandten sich gegen jede Gebietsabtretung, die nicht den Wünschen der Betroffenen entsprach.[3] In Erklärungen vom 24. September 1941 und 1. Januar 1942 akzeptierten alle Staaten, die gegen Deutschland und die mit ihm verbündeten Mächte im Kriege standen, die Grundsätze der Atlantik-Charta; die Sowjetunion machte allerdings den Vorbehalt, daß die praktische Anwendung der Prinzipien notwendigerweise an die Umstände, Bedürfnisse und historischen Eigenarten der jeweiligen Länder angepaßt werden müsse. Deutschland sollte sich jedoch nicht auf die Atlantik-Charta berufen können.[4]

Den Plan einer Zerstückelung des Deutschen Reiches hatte Josef Stalin erstmals in einem Gespräch mit dem britischen Außenminister Anthony Eden im Dezember 1941 in die Diskussion eingeführt.[5] Im Januar 1943 proklamierten Roosevelt und Churchill in Casablanca die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands. Dies wurde auf der Außenministerkonferenz in Moskau im Oktober 1943 ausdrücklich bestätigt; man beschloß, die Zusammenarbeit der drei Mächte auch nach Beendigung der Feindseligkeiten fortzusetzen, und verständigte sich auf einige Grundzüge der Deutschlandpolitik: Das Gebiet des Deutschen Reiches wurde als Territorium innerhalb der Grenzen vom 1. Januar 1937 definiert.

Österreich und alle anderen nach dem genannten Zeitpunkt annektierten Gebiete[6] würden also nach der Kapitulation nicht mehr zu Deutschland gehören, das von sowjetischen, britischen und amerikanischen Truppen besetzt werden sollte. Die Regierungsgewalt in Deutschland wollte man einer interalliierten Kontrollkommission übertragen. Deren vordringliche Aufgabe sollte in der Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung des deutschen Volkes liegen. Die deutsche Kriegsindu-

---

Eine Sammlung der General Orders von USGCC und von OMGUS befindet sich sowohl im Bundesarchiv (Z 45F) als auch im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (MA 1417). Im folgenden wird auf die Fundortangabe verzichtet.

[1] Vgl. zusammenfassend Graml: Die deutsche Frage, S. 281 f.

[2] Erdmann: Zeit der Weltkriege, S. 595 ff.

[3] Graml: Die deutsche Frage, S. 282.

[4] Erdmann: Zeit der Weltkriege, S. 596.

[5] Backer: Entscheidung zur Teilung, S. 23 ff.

[6] Vgl. Oldenhage: Verwaltung der besetzten Gebiete, S. 1131 ff.

strie sollte zerstört, der von Deutschland angerichtete Schaden durch Reparationsleistungen wiedergutgemacht werden.[7] Zur Ausarbeitung von Einzelheiten eines solchen Programmes setzte man eine Europäische Beratende Kommission (European Advisory Commission)[8] ein, die aus dem amerikanischen und dem sowjetischen Botschafter in London (John G. Winant und Fedor T. Gousev) sowie einem Beamten des britischen Außenministeriums (Sir William Strang) bestand und im Januar 1944 ihre Arbeit in London aufnahm; ab Ende 1944 war auch Frankreich dort vertreten.[9]
Als sich Roosevelt, Stalin und Churchill um die Monatswende November/Dezember 1943 in Teheran trafen, zeigte es sich, wie stark die deutsche mit der polnischen Frage verknüpft war; der Verlust der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße zeichnete sich bereits ebenso deutlich ab wie Konturen eines zerstückelten Deutschlands. Roosevelt dachte daran, das Deutsche Reich in fünf selbständige Staaten zu teilen und weitere Gebiete unter internationale Verwaltung zu stellen. Stalin sicherte sich vor allem die politische Zustimmung der Westalliierten für seine Pläne der Verlagerung Polens nach Westen und der sowjetischen Annexion des Gebietes um Königsberg.[10] Die Europäische Beratende Kommission wurde mit der Ausarbeitung von Waffenstillstandsbedingungen sowie der Vorbereitung der Besetzung und Verwaltung Deutschlands durch die alliierten Mächte beauftragt. Auch auf allen folgenden internationalen Kriegskonferenzen wurde die Zerstückelung Deutschlands intensiv beraten, ohne daß es jedoch zu förmlichen Beschlüssen gekommen wäre. Nach der Konferenz in Teheran entbrannte in den Vereinigten Staaten von Amerika ein lebhafter Streit um die Zukunft Deutschlands, der mit dem Stichwort „Morgenthau-Plan" (Rückverwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat) gekennzeichnet werden kann.
In zwei Abkommen vom 12. September und 14. November 1944 einigten sich die Alliierten über die Grenzen der Besatzungszonen der drei Mächte, die Einrichtung eines Alliierten Kontrollrats sowie die gemeinsame Besetzung und Verwaltung von Berlin.[11] Die Gebiete, die unter sowjetische und polnische Verwaltung fallen sollten (Ostpreußen, Schlesien und Teile von Pommern und Brandenburg) waren bei der Einteilung in Besatzungszonen schon nicht mehr berücksichtigt worden. Die sowjetisch besetzten Gebiete im Osten waren der Fläche nach fast genau so groß wie die von Engländern und Amerikanern zu besetzenden Zonen im Nordwesten und Südwesten Deutschlands. Die Demarkationslinie zwischen den beiden westlichen Zonen und dem sowjetischen Anteil entsprach der späteren Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin sollte in Sektoren geteilt als besonderes Territorium durch eine gemeinsame „Kommandatura" von den Alliierten verwaltet werden. Schließlich kam man überein, die Militärgouverneure der Besatzungszonen für Angelegenheiten Gesamtdeutschlands gemeinsam verantwortlich zu machen und ihnen als Lenkungsorgan eine Alliierte Kontrollbehörde in Berlin zur Verfügung zu stellen.[12] Politische Entscheidungen über das Schicksal Deutschlands waren damit indes nicht verbunden.

---

[7] Benz: Von der Besatzungsherrschaft, S. 20.
[8] Vgl. Kowalski: European Advisory Commission, S. 261 ff.
[9] Benz: Von der Besatzungsherrschaft, S. 20.
[10] Vgl. K.-D. Henke: Weg nach Potsdam, S. 49 ff.
[11] Foreign Relations, Malta and Yalta, S. 124 ff.; Erdmann: Zeit der Weltkriege, S. 599. Vgl. auch USGCC 1944–45/1–3.
[12] Benz: Von der Besatzungsherrschaft, S. 21.

Über die Zerstückelung Deutschlands wurde erneut auf der Konferenz der „Großen Drei" in Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 diskutiert.[13] Während Stalin forderte, daß in die von der Europäischen Beratenden Kommission vorbereitete Kapitulationsurkunde auch eine Aussage über die Teilung Deutschlands aufgenommen werden sollte, war es Churchill zuzuschreiben, daß die Erklärung in dieser Frage eine klare Aussage vermied: Die Alliierten wollten sich hinsichtlich der Aufteilung Deutschlands solche Maßnahmen vorbehalten, die sie für einen künftigen Frieden und die Sicherheit für notwendig hielten. Konkrete territoriale Entscheidungen wurden nicht getroffen, die weitere Bearbeitung des Problems vielmehr einem neu gebildeten Ausschuß für die deutsche Teilungsfrage überwiesen.[14] Churchill, der mit einem baldigen Abzug der Amerikaner aus Europa rechnete, setzte es in Jalta durch, daß Frankreich an der künftigen Besatzung und an der Alliierten Kontrollbehörde für Deutschland beteiligt werden sollte. Es gelang ihm jedoch infolge des Widerstandes Stalins nicht, dem französischen Verbündeten auch einen Sitz im Ausschuß für die deutsche Teilungsfrage zu verschaffen. Im Interesse der Reparationen, über deren Form man sich in Jalta einig wurde,[15] schien es den Alliierten vorerst erforderlich, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Demontagen und die Verwendung deutscher Arbeitskräfte als Reparationsleistungen wurden vereinbart, doch blieb die Höhe der Reparationen offen. Insgesamt hatten in Jalta weltpolitische Probleme, insbesondere die Niederwerfung Japans, eine größere Rolle gespielt als Einzelheiten der deutschen Frage und der Niederwerfung des Nationalsozialismus.[16]

2. Die Vorbereitung der amerikanischen Besatzung in Deutschland

Im Unterschied zu den amerikanischen Truppen, die nach dem Ersten Weltkrieg Teile des Rheinlandes besetzt hatten,[17] waren die amerikanischen Offiziere und Soldaten während des Zweiten Weltkrieges auf ihre künftige Aufgabe in Deutschland und anderen zu besetzenden Gebieten intensiv vorbereitet worden. Im April 1942 wurde eine School for Military Government an der Universität von Virginia in Charlottesville unter Leitung von Brigadegeneral Cornelius W. Wickersham errichtet.[18] Im amerikanischen Kriegsministerium (War Department) beschäftigten sich seit August 1942 eine Military Government Division in the Office of Provost Marshal General, der für Angelegenheiten der Militärpolizei zuständig war, und eine am 1. März 1943 im Generalstab errichtete Civil Affairs Division mit der Vorbereitung der Besetzung Deutschlands.[19] Während sich das Office of Provost Marshal General verständlicherweise auf seine eigentlichen militärischen Aufgaben konzentrierte, konnte sich die Civil Affairs Division unter Generalmajor John H. Hilldring in Ermangelung anderer Zuständigkeit allen nicht im engeren Sinne militärischen Problemen der Besatzung widmen. Später gab es mindestens zehn weitere Civil Affairs Training Schools an amerikanischen Universitäten. Für die Mannschaftsdienstgrade wurden besondere Army Specialized Training Programs durchgeführt.

---

[13] Foreign Relations, Malta and Yalta, S. 124ff.
[14] Benz: Von der Besatzungsherrschaft, S. 22; Erdmann: Zeit der Weltkriege, S. 600.
[15] Vgl. Neubeginn und Restauration, S. 51f.
[16] Erdmann: Zeit der Weltkriege, S. 601.
[17] Ziemke: The U.S. Army, S. 3; Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S. 28ff.
[18] Ziemke: The U.S. Army, S. 7.
[19] Ebenda, S. 17.

Die Qualität der Ausbildung ist schwer zu beurteilen; jedenfalls waren die amerikanischen Soldaten für ihren Einsatz im European Theater of Operations (ETO) besser ausgebildet worden als für jede vergleichbare Spezialaufgabe zuvor. Unter dem Begriff des European Theater of Operations, der Ende 1941 gebräuchlich wurde, verstand man Europa von den britischen Inseln bis ins östliche Deutschland, von Skandinavien bis zu den Pyrenäen, zum Mittelmeerraum und bis zum Balkan. Bereits im Mai 1941 hatten die Vereinigten Staaten eine Special Observers Group in London errichtet, damit sie sich gemeinsam mit den Briten auf die Besetzung Deutschlands vorbereiten konnten. Im Januar 1942 wurde diese Gruppe Teil der United States Armed Forces in the British Isles. Am 8. Juni 1942 übernahm das Hauptquartier des European Theater of Operations, US Army (ETOUSA)[20] in London das Kommando über alle amerikanischen Truppen in Europa, wobei es erst im Januar 1943 zur Bildung einer Civil Affairs Section, ETOUSA, kam. Im April 1943 wurde die amerikanisch-britische Zusammenarbeit durch Errichtung einer gemeinsamen Planungseinrichtung in London, des Chief of Staff Supreme Allied Command (COSSAC), verstärkt, bei dem am 23. August 1943 eine Civil Affairs Section unter einem britischen Offizier errichtet wurde. Zum Leiter des US Civil Affairs Staff, COSSAC, wurde damals Oberst Cornelius E. Ryan ernannt, der bereits seit Juli 1943 die Civil Affairs Section, ETOUSA, leitete. Diese bestand aus vier Planungseinheiten (Zivilbevölkerung, Militärregierung, Wirtschaft, Personal und Ausbildung) sowie einer besonderen Einheit Area Research, die sich mit den zu besetzenden Ländern intensiv vertraut zu machen hatte. Die Civil Affairs Division, COSSAC, bestand aus sechs Unterabteilungen (Recht, Finanzen, Versorgung, Inneres, Wirtschaft und Informationswesen).

Lange blieb unklar, welcher der beiden Einrichtungen die Aufgaben der Zivilverwaltung in Deutschland schließlich zufallen würden. Am 12. November 1943 ordnete die Civil Affairs Division im War Department in Washington an, daß COSSAC künftig für Fragen der Zivilverwaltung zuständig sei; die Civil Affairs Section, ETOUSA, ging in der 1. (später 12.) amerikanischen Heeresgruppe auf.[21]

An die Stelle von COSSAC trat im Januar 1944 die Einrichtung, unter deren Oberbefehl die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien den Krieg gegen Deutschland zu Ende führten: das Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces (SHAEF) unter General Dwight D. Eisenhower, der gleichzeitig amerikanischer Oberbefehlshaber für das European Theater of Operations United States Army war.[22] Die Stäbe von SHAEF und ETOUSA blieben jedoch getrennt. Aus der Civil Affairs Division, COSSAC, wurde die Abteilung G-5, SHAEF. Die fünf Abteilungen des Generalstabes von SHAEF (G-1 bis G-5) entsprachen im Grundsatz den entsprechenden Abteilungen des Vereinigten Generalstabs (Joint Chiefs of Staff [JCS]) im War Department in Washington:

G-1 Personnel Division
G-2 Military Intelligence Division
G-3 Organization and Training Division
G-4 Supply Division
G-5 Civil Affairs Division[23]

---

[20] Zum folgenden ebenda, S. 24 ff.
[21] Ebenda, S. 31.
[22] Vgl. Steger: Clays Stabskonferenzen, S. 113 ff.; Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S. 32 f.; Ziemke: The U. S. Army, S. 42 ff.
[23] Vgl. ebenda, S. 458.

Hinzu traten im Falle von SHAEF zahlreiche Sonderabteilungen, wie z. B.:

Adjutant General
Public Relations
Psychological Warfare
Signal
Engineer
Medical
Air Defense.

Bereits im Sommer 1942 hatte ETOUSA ein amerikanisches Schulungszentrum für künftige Angehörige der Militärregierung in Europa in Shrivenham, etwa 100 km westlich von London, errichtet. Ebenfalls nach Shrivenham legte man im Dezember 1943 ein Civil Affairs Center, das als Zentralstelle für die zivilen Aufgaben der künftigen *regionalen* und *lokalen* Militärregierungen (Military Government Detachments) fungierte. Im Januar 1944 wurde in Shrivenham aus etwa 150 amerikanischen und britischen Offizieren im Rahmen der dort aufgestellten European Civil Affairs Division eine German Country Section aufgebaut, die sich speziell auf einen Einsatz in Deutschland vorzubereiten hatte. Mitte Februar 1944 bildete G-5, SHAEF, schließlich eine Landeseinheit für Deutschland (German Country Unit, bzw. German Country Section),[24] die später mit Recht von OMGUS-Chronisten als erste Vorläuferorganisation von OMGUS bezeichnet worden ist.
Die Verwaltungsstruktur der German Country Unit entsprach in etwa dem Aufbau der obersten deutschen Reichsbehörden. Dies läßt den Schluß zu, daß die Alliierten damals noch davon ausgingen, deutsche Regierungsstellen als Instrument ihrer Besatzungspolitik gebrauchen zu können. Die German Country Unit sollte die Besetzung Deutschlands sowohl im Verwaltungsaufbau – von der Reichs- bis zur Landkreis- und Gemeindeebene – als auch in allen Sachbereichen – Verschleppte, Wirtschaft, öffentliche Einrichtungen, Ernährung, Arbeit, Post- und Fernmeldewesen, Finanzen, Justiz, Inneres, Verkehr, Vermögensverwaltung – umfassend vorbereiten. Dafür wurden intensive Ausbildungsprogramme für Offiziere in Schlüsselpositionen durchgeführt.[25]
Der Versuch, ein umfassendes Handbuch für die Besatzungsverwaltung verbindlich einzuführen, war weit über das Entwurfsstadium hinausgelangt,[26] scheiterte jedoch offiziell am Widerspruch von Präsident Roosevelt, der sich mit den politischen Zielen der an den Grundsätzen der Atlantik-Charta orientierten Verfasser nicht mehr identifizieren wollte. Auf der anderen Seite war die Arbeit an diesem Handbuch nicht vergeblich gewesen, da nach einigen Änderungen durch G-5, SHAEF, der Entwurf inoffiziell herausgegeben und von der Militärregierung später intensiv genutzt wurde. Entsprechende Unterlagen stellte man auch für bestimmte Fachverwaltungen zusammen.[27]
Nach den alliierten Landungstruppen begaben sich Teile der für die Besatzungsverwaltung in Deutschland vorgesehenen Offiziere im August 1944 von England nach

---

[24] Nach dem „Chronicle of the Office of Military Government for Germany (U.S.) and its predecessor organizations" (Entwurf der Historical Section, OMGUS, Juni 1948) [zit.: Chronicle], wurde am 16./17.2.1944 die German Country Section, später German Country Unit begründet (3/148–3); Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S. 33; Steger: Clays Stabskonferenzen, S. 114.

[25] Vgl. Chronicle.

[26] Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S. 28ff. Vgl. USGCC 1944–45/3/1; AG 1945–46/12/10.

[27] Chronicle. Vgl. Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 22; Ziemke: The U.S. Army, S. 83ff.

Frankreich, im wesentlichen als Angehörige von G-5, SHAEF. Im Herbst waren alle Detachments, die für eine Besatzung vorgesehen waren und nicht aus besonderen Gründen in London zurückgehalten wurden, in die Nähe von Paris verlegt worden. Die German Country Unit als solche blieb dagegen in London bestehen und stellte in gewissem Sinne eine amerikanisch-britische Personalreserve für die Beschickung eines künftigen alliierten Kontrollorgans für Deutschland dar.[28] So entwickelte man gegenüber den Sowjets Vorschläge für eine künftige gemeinsame Besatzungsverwaltung, doch kam es nicht zu einer Einigung der drei Mächte.

3. Die Tätigkeit der Militärregierung während der Eroberung Deutschlands

Während der letzten Wochen ihres Bestehens hatte die German Country Unit den Auftrag, detaillierte Pläne für die Aufstellung von besonderen Einheiten für die Military Government Detachments auszuarbeiten, wobei der deutsche Verwaltungsaufbau und die besonderen Aufgaben der Militärregierung auf den verschiedenen Ebenen zu berücksichtigen waren. Größe und Zusammensetzung eines Detachment waren von seinem Auftrag und dem Umfang des Gebietes, das es verwalten sollte, abhängig. Die Civil Affairs Detachments in den befreiten Ländern hatte man in absteigender Reihenfolge in vier Typen eingeteilt: A, B, C und D. In Deutschland, das nicht als befreites Land galt, hatte man fünf Klassen mit den Bezeichnungen E, F, G, H und I unterschieden.[29]

Die E-Detachments waren für Verwaltungsaufgaben in den größeren politischen Einheiten wie früheren preußischen Provinzen, Ländern oder besonders großen Stadtkreisen vorgesehen. Sie standen in der Regel unter dem Befehl eines Oberst und unterschieden sich je nach Einsatzort deutlich in der Aufgabenverteilung. Die Arbeitsgebiete, für die Spezialoffiziere zur Verfügung standen, reichten vom Hafenwesen über Erdölraffinierung bis zum Fischereiwesen. Im Normalfall waren folgende Bereiche vertreten: Regierung und Verwaltung, Rechtswesen und Gerichte, öffentliche Sicherheit, Gesundheitswesen, Handel und Industrie, Verkehr und Transport, Ernährung, Landwirtschaft, Finanzwesen, Banken und Versicherungen, öffentliche Arbeiten, Versorgungsbetriebe, Erziehungswesen, Kirchenangelegenheiten, Archivwesen, Kunst, Denkmalschutz und Nachrichtendienst.

Die F-Detachments waren für die Übernahme größerer Regierungsbezirke und Stadtkreise vorgesehen. Die G-Detachments waren erheblich kleiner und hatten die Aufgabe, die übrigen Regierungsbezirke, mittelgroße Stadtkreise und größere Landkreise zu betreuen. Im allgemeinen verfügten sie lediglich über Fachleute für öffentliche Sicherheit, Gesundheitswesen, Handel und Industrie, Finanz- und Rechtswesen. Die H- und I-Detachments waren damit betraut, Landkreise mittleren Umfangs und kleine Stadtkreise zu überwachen. Sie verfügten nur etwa über ein halbes Dutzend Offiziere und vielleicht zehn Soldaten der Mannschaftsdienstgrade. Die I-Detachments unterschieden sich von den H-Detachments nur dadurch, daß sie kleinste oder dünn besiedelte Kreise übernehmen sollten.

---

[28] Chronicle; Ziemke: The U.S. Army, S.82f.; Steger: Clays Stabskonferenzen, S.114. Vgl. USGCC 1944–45/3/6.

[29] Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S.37ff.

Für militärische wie administrative Zwecke wurden jeweils mehrere Detachments unterschiedlichen Typs zu einer Militärregierungs-Kompanie zusammengestellt. Diese konnten einer kämpfenden Einheit entweder zugeteilt oder beigestellt werden, solange der Krieg auf deutschem Boden andauerte.

Die militärische Eroberung großer Teile Deutschlands durch die amerikanische Armee vollzog sich von September 1944 bis Mai 1945.[30] Sie begann Mitte September 1944 an der luxemburgischen Grenze; im dünn besiedelten Dreiländereck Deutschland-Belgien-Luxemburg ließ sich eine der ersten Einheiten der Militärregierung in Deutschland, das Detachment I8G2, im Dorf Winterscheid nieder.[31] Weitere Abteilungen folgten. Während die 1. und 3. amerikanische Armee Teile des Rheinlands eroberten, gelang es der 7. Armee, die gegen das Saarland und die Pfalz operierte, erst Mitte Dezember, nach Deutschland vorzustoßen. Gegen Ende des Jahres 1944 umfaßte der von amerikanischen Streitkräften besetzte Teil Deutschlands lediglich Randgebiete entlang der belgischen, luxemburgischen und französischen Grenze.[32] Obwohl dieser Raum nur über eine größere Stadt verfügte (Aachen), sollte er das „Versuchsgelände für die amerikanische Militärregierung" in Deutschland werden.

Praktisch spielte sich die Übernahme der Regierungsgewalt auf regionaler Ebene meist so ab, daß nach der Beschlagnahmung geeigneter Räume als Quartiere und Büros für den Bedarf der Amerikaner geeignete deutsche Zivilisten als Bedienstete und Dolmetscher in den Kommunalverwaltungen[33] eingesetzt wurden, wobei die Offiziere gehalten waren, sich über die von ihnen ausgewählten Kandidaten mit dem örtlichen Klerus, den Richtern und „anderen prominenten Persönlichkeiten" zu besprechen.[34]

General Eisenhower als Oberkommandierender der alliierten Streitkräfte erließ im September 1944 die Proklamation Nr. 1 an die deutsche Bevölkerung.[35] Danach kamen die alliierten Streitkräfte als „siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker". Die Vernichtung des Nationalsozialismus und des deutschen Militarismus wurde angekündigt. Führer der Wehrmacht und der NSDAP, Mitglieder der Geheimen Staatspolizei und andere schuldige Personen sollten gerichtlich angeklagt und gerecht bestraft werden. Die Politik der amerikanischen Militärregierung wollte sich damals noch auf den bestehenden deutschen Verwaltungsapparat stützen. Daher hatte auch Eisenhowers Proklamation Nr. 1 den Satz enthalten: „Alle Beamten sind verpflichtet, bis auf weiteres auf ihrem Posten zu verbleiben." Dieser Befehl erwies sich jedoch als nicht durchführbar, da der größere Teil der Bürgermeister und leitenden Kommunalbeamten sich mit den deutschen Truppen abgesetzt hatte oder untergetaucht war.[36] Die Auswahl und Ernennung neuer Bürgermeister oder anderer Beamter erfolgten nach keinem strengen Plan und waren häufig Zufälligkeiten unterworfen. Nach Einrichtung der Gemeindeverwaltungen bemühte man sich auch um entsprechende Verwaltungen auf Kreis- und Bezirksebene. Da die deutschen Gerichte auf Befehl der Militärregierung geschlossen worden waren, hatte die Military Government Ordinance Nr. 2 die Bildung von Militärregierungsgerichten für Verfahren gegen Deutsche und

---

[30] Ziemke: The U. S. Army, S. 133 ff.
[31] Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S. 40 ff.
[32] Vgl. USGCC 1944–45/1/1.
[33] Vgl. beispielhaft Güstrow: In jenen Jahren, S. 36 ff.
[34] Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S. 45 f.
[35] Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Amerikanisches Kontrollgebiet, S. 1.
[36] Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S. 45.

andere in Deutschland lebende Zivilpersonen angeordnet.[37] Zu den Hauptaufgaben der deutschen Verwaltung gehörte es, die Bevölkerung zu veranlassen, die Verordnungen der Militärregierung zu befolgen.

Der entscheidende Vorstoß der westlichen Alliierten in das Innere Deutschlands begann am 8. Februar 1945; am 7. März wurde der Rhein bei Remagen überquert.[38] Von diesem Zeitpunkt an war klar, daß die Amerikaner nicht nur das ihnen ursprünglich zugeteilte süddeutsche Gebiet besetzen, sondern zugleich auch für etwa die Hälfte der britischen und ein Fünftel der späteren sowjetischen Besatzungszone vorübergehend verantwortlich sein würden. Der Aufbau einer neuen deutschen Verwaltung auf der untersten Ebene gestaltete sich auch in diesen Gegenden überaus mühselig;[39] als noch schwieriger erwies sich die Aufgabe in den Stadt- und Landkreisen. Dabei zeigte es sich, daß die Militärregierung z. B. in Thüringen vor allem entlang der Hauptverkehrsader (Eisenach, Gotha, Erfurt, Weimar, Jena, Apolda, Gera) Detachments einsetzte, während es nicht gelang, abseits gelegene kleinere Städte und Dörfer von Anfang an unter wirksame Kontrolle der Militärregierung zu stellen.

Erste Bemühungen um die Verwaltung ganzer Provinzen oder Länder setzten naturgemäß im Westen des Reiches ein.[40] Nach der Kapitulation ging man sofort daran, das Gebiet der 15. Armee verwaltungsmäßig auf höherer Ebene zu organisieren. In Neustadt an der Weinstraße wurde am 10. Mai 1945 das Oberpräsidium Saarland-Pfalz-Südhessen ins Leben gerufen,[41] das als Teil des Rhein Province Military District vorgesehen war. Dieses und ähnliche Gebilde waren jedoch nur sehr kurzlebig, da die Engländer und die Franzosen am 21. Juni bzw. 10. Juli 1945 ihre Besatzungszonen in den endgültigen Grenzen übernahmen.[42]

Die amerikanische Zone umfaßte nunmehr das (rechtsrheinische) Bayern (ohne den Landkreis Lindau), Württemberg-Baden (die nördlichen Teile der alten Länder Württemberg und Baden), Groß-Hessen (ohne die an die französische Zone gefallenen nassauischen und rheinhessischen Gebietsteile) sowie – mit sachlichen und zeitlichen Einschränkungen – die Enklave Bremen. Der amerikanische Sektor von Berlin gehörte formell nicht zur amerikanischen Zone.

Mit Wirkung vom 1. August 1945 wurde das amerikanische Besatzungsgebiet in zwei Militärdistrikte eingeteilt. Der östliche (Eastern Military District) unter General George S. Patton umfaßte Bayern (ohne den Landkreis Lindau), der westliche (Western Military District)[43] unter General Wade H. Haislip Württemberg-Baden und Hessen. Die politische Koordinierung lag im Osten bei der 3. Armee mit Hauptquartier in Bad Tölz, im Westen bei der 7. Armee mit Hauptquartier in Heidelberg. Bremen hatte einen besonderen Status; der Kommandierende General im amerikanischen Sektor von Berlin war Lucius D. Clay unmittelbar unterstellt.

---

[37] Amtsblatt der Militärregierung Deutschland – Amerikanisches Kontrollgebiet, S. 60 ff.
[38] Ziemke: The U. S. Army, S. 184 ff.; Latour/Vogelsang: S. 62 ff.
[39] Güstrow: In jenen Jahren, S. 46 ff.
[40] Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S. 66 ff.
[41] Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz, S. 21, Anm. 1.
[42] Ziemke: The U. S. Army, S. 308 ff.
[43] Vgl. USGCC 1944–45/12/6; USGCC 1944–45/68/7; FA 68/8.

4. Die US Group Control Council als Vorläufer von OMGUS[44]

Nicht zuletzt, um jeden Anschein eines britisch-amerikanischen Einverständnisses gegen die Sowjetunion in der Europäischen Beratenden Kommission, die sich wegen des sowjetischen Desinteresses nicht auf eine Tripartite Control Machinery einigen konnte, zu vermeiden, beschlossen die britische und die amerikanische Führung, die Pläne für eine gemeinsame Militärregierung aufzugeben und statt dessen eine amerikanische und eine britische Gruppe für die Planung und Ausführung der Politik künftiger Militärregierungen auf rein nationaler Grundlage zu konstituieren.[45] Ende Juni 1944 schickte General Eisenhower Brigadegeneral Cornelius W. Wickersham nach Washington, um die Genehmigung des War Department für die Errichtung eines Planungsstabes zur Vorbereitung der Verwaltung in Deutschland zu erhalten. Die formelle Genehmigung des Vereinigten Generalstabs traf am 5. August 1944 bei General Eisenhower ein. Durch General Order Nr. 80, ETO, vom 9. August 1944 wurde die US Group Control Council (USGCC) (Germany) in der Nähe von London errichtet.[46] Sie wurde Wickersham in dessen Eigenschaft als Stellvertreter des noch nicht ernannten Repräsentanten der Vereinigten Staaten beim Kontrollrat unterstellt.[47] Als ehemaliger Direktor der Militärregierungsschule an der Universität von Virginia und – seit dem 21. Mai 1944 – Deputy Chief of the European Allied Contact Section von SHAEF hatte er ein umfassendes Konzept für die Organisation und den Personaleinsatz von USGCC entwickelt. Die USGCC war formell ETOUSA unterstellt, gehörte jedoch für die Dauer der Doppelfunktion Eisenhowers in Deutschland zum Bereich von SHAEF, um im Auftrag der amerikanischen und der britischen Regierung die Politik durchführen zu können, auf die sich alle drei alliierten Mächte geeinigt haben würden.

Am Anfang bestand die USGCC aus drei (Haupt-)Abteilungen. Die Armed Forces Division[48] unter General John E. Lewis hatte sich um die Entwaffnung der Wehrmacht, das künftige Schicksal der deutschen Soldaten, die Entmilitarisierung Deutschlands, um die Betreuung alliierter Kriegsgefangener in Deutschland und deren Rückkehr in die Heimat zu kümmmern sowie nicht zuletzt nachrichtendienstliche Aufgaben auch unter Verwendung deutscher Wissenschaftler und Forscher wahrzunehmen.

Die übrigen – auch nicht im weiteren Sinne des Wortes militärischen – Aufgaben hatten die beiden anderen (Haupt-)Abteilungen zu übernehmen, die recht willkürlich gebildet wurden. Die Military Government Division A unter General Eric F. Wood beschäftigte sich mit allen Fragen der Wirtschaftsplanung, zu denen man auch die Bereiche Finanzen, Recht, Vermögen, Verkehr und Nachrichtenwesen rechnete. Division B unter Brigadegeneral Bryan L. Milburn war die eigentlich politische Abteilung, die sich auch mit Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit, der Wohlfahrtspflege, der Displaced Persons, dem Bereich Arbeit und Sozialwesen sowie mit der Verwal-

---

[44] Ziemke: The U.S. Army, S. 94 ff. Ein Kriegstagebuch von USGCC ist überliefert in AG 1945–46/59/2. Vgl. außerdem USGCC 1944–45/1/3; USGCC 1944–45/3/4; USGCC 1944–45/12/4; USGCC 1944–45/13/7, USGCC 1944–45/13/10; USGCC 1944–45/14/1; USGCC 1944–45/19/5; USGCC 1944–45/20/1–7; AG 1945–46/46/7; AG 1945–46/58/5–6; AG 1945–46/59/1–2; AG 1945–46/61/7; AG 1945–46/ 62/2–3; 5/11–1/1–5; 5/361–2/19.

[45] Steger: Clays Stabskonferenzen, S. 114, Anm. 8.

[46] Chronicle und andere Unterlagen in 3/148–3.

[47] Steger: Clays Stabskonferenzen, S. 115 f.; Ziemke: The U.S. Army, S. 93.

[48] Steger: Clays Stabskonferenzen, S. 116. Vgl. USGCC 1944–45/10/7.

tung Berlins zu beschäftigen hatte. Eine Gliederung in Unterabteilungen war vorgesehen, kam jedoch nur teilweise zustande.
Amerikanische Experten haben an dieser Organisation deutliche Kritik geübt.[49] Der Verwaltungsaufbau sei in der operativen Phase der Militärregierung viel zu groß und schwerfällig gewesen. Man habe den Eindruck, daß Neigungen von Experten im Lehnstuhl in Washington größeren Einfluß gehabt hätten als die Erfahrungen von Offizieren an der Front. So sei zwar die Einteilung der Armed Forces Division in drei Unterabteilungen (Heer, Marine, Luftwaffe) vernünftig gewesen, doch bleibe es unverständlich, warum in den beiden anderen Hauptabteilungen keine Unterabteilung für eine ganz wesentliche Aufgabe, nämlich die Entwicklung von Vorschlägen für die künftige deutsche Regierungs- und Verwaltungsstruktur, gebildet worden sei.
Grundsätzlich hatte USGCC eine doppelte Aufgabe zu erfüllen. Sie war, solange der Krieg noch andauerte, nicht nur amerikanische Planungsstelle für Deutschland, sondern sollte auch nach dem Ende der Feindseligkeiten die Rolle eines obersten amerikanischen Hauptquartiers für Fragen der Militärregierung übernehmen. Es lag nahe, die USGCC so zu organisieren, daß ihr Aufbau deutscher Verwaltungsstruktur entsprochen hätte. Dies wurde von amerikanischer Seite im Grundsatz auch angestrebt. Die Rücksichtnahme auf die vorgesehene fachliche Gliederung der Dreimächte-Kontrollverwaltung, auf die sich die Alliierten am 14. November 1944 in der Europäischen Beratenden Kommission geeinigt hatten, führte jedoch zu der Konsequenz, daß die drei (Haupt-)Abteilungen von USGCC am 25. November 1944 durch General Order Nr. 3, USGCC, aufgelöst wurden und folgende zwölf (Fach-)Abteilungen (Divisions) an ihre Stelle traten:[50]

Übersicht 1: Organisation und Personal von USGCC, November 1944

- Militärwesen (Army/Ground) unter Brig.Gen. John E. Lewis
- Marine (Naval) unter V.Adm. Robert L. Ghormley
- Luftwaffe (Air) unter Maj.Gen. Robert W. Harper
- Verkehr (Transport) unter Col. John A. Appleton
- Politik (Political) unter Amb. Robert D. Murphy
- Wirtschaft (Economics) unter Col. Graham K. Howard
- Finanzen (Finance) unter Col. Bernard Bernstein
- Reparationen, Lieferungen und Restitutionen (Reparations, Deliveries and Restitutions) unter Lt.Col. C. S. Reid
- Innere Angelegenheiten und Nachrichtenwesen (Internal Affairs and Communications) unter Brig.Gen. Frank C. Meade
- Justiz (Legal) unter Lt.Col. J. B. Marsh
- Kriegsgefangene und Verschleppte (Prisoners of War and Displaced Persons) unter Brig.Gen. Eric F. Wood
- Arbeit (Manpower) unter Maj. David A. Morse

An der Spitze der Divisions standen Directors; Brigadegeneral Bryan L. Milburn wurde zum Chefkoordinator für Planung ernannt.[51] Eine besondere Einheit für nachrichtendienstliche Aufgaben (Intelligence Section) trat hinzu, die gleichzeitig für Fragen der Zensur (ohne Pressezensur) verantwortlich war. An ihrer Spitze stand Oberst Charles C. Blakeney. Gleichzeitig rief man einen Koordinierungsausschuß für nach-

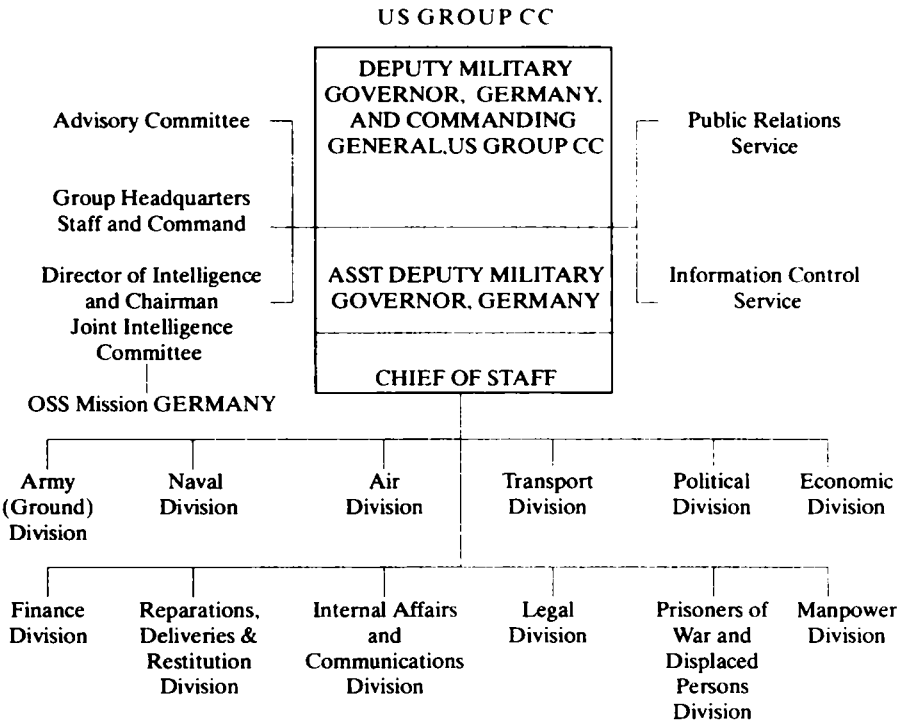
[49] Zink: The United States in Germany, S. 27.
[50] Kurzbiographien Milburns und einiger Abteilungsleiter in Chronicle.
[51] Vgl. General Order Nr. 3, USGCC, vom 25.11.1944.

richtendienstliche Aufgaben (Joint Intelligence Committee) ins Leben, in dem unter dem Vorsitz von Blakeney die Leiter der für nachrichtendienstliche Angelegenheiten verantwortlichen Organisationseinheiten in den Abteilungen für Militärwesen, für Marine, für Luftwaffe, für Politik sowie für Wirtschaft und für Finanzen zusammengefaßt waren. Der Sinn dieser neuen Organisation lag offensichtlich in der Entlastung des Kommandierenden Generals und in der Dezentralisierung der Aufgabenerledigung.
Am 31. Oktober 1944 waren 145 Heeresoffiziere, je 15 Luftwaffen- und Marineoffiziere sowie ebenfalls 15 Zivilbedienstete bei USGCC eingesetzt.[52] Eine Personalvermehrung erschien dringend erforderlich, bevor die USGCC London verließ und auf den Kontinent übersetzte. Gegen Ende 1944 wurden insgesamt 1200 Bedienstete als notwendig anerkannt. Die ursprünglich vor allem im Verhältnis zur German Country Unit recht schwierige Stellung von USGCC hatte sich durch die Vereinbarung, die am 14. November 1944 innerhalb der Europäischen Beratenden Kommission über den Kontrollapparat in Deutschland erzielt worden war,[53] deutlich verbessert. Die German Country Unit hatte sich nämlich im August 1944 damit einverstanden erklärt, daß USGCC nach der Einsetzung der interalliierten Kontrollbehörde auch die Durchführung der Besatzungspolitik übernehmen sollte. Als Planungsstab für die in Aussicht genommene interalliierte Kontrollbehörde mußte sich USGCC an den Beschlüssen der Europäischen Beratenden Kommission orientieren und ihre Arbeit mit den britischen und sowjetischen Kontrollratsgruppen abstimmen. Die Verbindung zur britischen Control Commission (Military Section) (CCMS) durfte aber nur über die Kommandokanäle von G-5, SHAEF, erfolgen, damit sich kein Militärregierungsapparat außerhalb des üblichen Dienstweges entwickeln konnte. Nicht zuletzt hatte sich die USGCC aber auch nach den allgemeinen politischen Richtlinien des Kriegsministeriums in Washington, insbesondere der Civil Affairs Division, zu richten.
Wie schwer es war, unter solchen Bedingungen „längerfristige politische Konzeptionen" zu entwerfen, zeigt die Diskussion um die Direktive JCS 1067.[54] Dieses Dokument war eine Anweisung des Vereinigten Generalstabs der amerikanischen Streitkräfte an Eisenhower in dessen Eigenschaft als Militärgouverneur in Deutschland. Nach der Fassung vom 22. September 1944 sollte der Militärgouverneur alle Inhaber von Schlüsselpositionen im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sowie alle nationalsozialistischen Funktionäre und alle Sympathisanten des NS-Regimes sofort verhaften. Demgegenüber verlangte aber die Vereinbarung über den Kontrollrat in Deutschland, daß die Abteilungen der Besatzungsverwaltung durch die ihnen sachlich korrespondierenden deutschen zentralen Behörden tätig werden sollten. Solche „Widersprüche, die Unsicherheit und die ständigen Revisionen in der amerikanischen Deutschlandplanung", vor allem aber die Tatsache, daß USGCC innerhalb des militärischen Apparats als ein „akademischer" Planungsstab ohne Entscheidungsbefugnis und aktive Einsatzmöglichkeiten arbeiten mußte, ließen sie zu einem „kopflastigen Gebilde" werden, das sich aus Washington den Vorwurf der „Ineffektivität und Nutzlosigkeit" gefallen lassen mußte.[55]
Die räumliche Trennung der USGCC von SHAEF und ETOUSA brachte weitere Reibungsflächen.[56] Am 15. Januar 1945 verdeutlichte ETOUSA, daß USGCC die

---

[52] Chronicle, S. 18.
[53] Graml: Die deutsche Frage, S. 282 f.
[54] Deutsche Übersetzung in: Neubeginn und Restauration, S. 58 ff.
[55] Murphy: Diplomat unter Kriegern, S. 395; Steger: Clays Stabskonferenzen, S. 119; Ziemke: The US Army, S. 222 f.
[56] Vgl. Zink: The United States in Germany, S. 28.

Übersicht 2: Organisation von USGCC, November 1944



Aufgabe habe, für Eisenhower als Commanding General, ETO, umfangreiche Aufgaben bei der Vorbereitung der Besetzung Deutschlands zu erfüllen und als Eisenhowers Verbindungsstelle zur amerikanischen Delegation bei der Europäischen Beratenden Kommission in London zu fungieren. Die künftigen Kontakte der Vereinigten Staaten mit den anderen Alliierten sollten auf zwei Ebenen erfolgen: mit Sowjets und Briten im Rahmen des Dreimächte-Kontrollorgans und nur mit den Briten in ausschließlich SHAEF berührenden Fragen. Um die Arbeiten von USGCC und SHAEF besser koordinieren zu können, schlug General Wickersham vor, daß Teile des Personals von USGCC nach Versailles verlegt werden sollten. Zu Beginn des Jahres 1945 machte eine Vorhut (Advanced Section) den Anfang;[57] am 18. April 1945 wurde die Dienststelle als solche in Versailles errichtet.

Als der deutsche militärische Widerstand gegen die vordringenden Truppen der Alliierten immer schwächer wurde, fiel im Frühjahr 1945 die Entscheidung über die Zukunft der USGCC im Zusammenhang mit der Berufung von Lucius D. Clay zum Stellvertretenden Militärgouverneur (Deputy Military Governor).[58] Eisenhower hatte schon frühzeitig sein Desinteresse an der Zivilverwaltung in der amerikanischen Zone erkennen lassen, um die Hände für notwendige militärische Operationen frei

[57] General Order Nr. 1, USGCC, vom 27.1.1945 und General Order Nr. 5, USGCC, vom 19.3.1945.

[58] Steger: Clays Stabskonferenzen, S. 119.

zu haben. Bevor Clay sein Amt antrat, hatte er Eisenhower seine Vorstellungen über seinen künftigen Aufgabenbereich erläutert. Er verlangte eine vom Armeekommando unabhängige und Eisenhower unmittelbar unterstellte Position als „Adviser to the Chief of Staff and the Commanding General for Military Government within the US Zone of occupation". Als solcher wollte er unmittelbar durch G-5, SHAEF, mit den ihr untergeordneten Einheiten zusammenarbeiten. Eisenhowers Direktive über die Beziehungen zwischen der USGCC und G-5, SHAEF, vom 29. April 1945 entsprach diesen Forderungen nahezu bis in die letzten Einzelheiten. Clay wurde Deputy Military Governor und gleichzeitig Chief of Staff und Commanding General, USGCC. Durch die Verbindung dieser drei Ämter war sichergestellt, daß die Entwicklung von politischen Richtlinien und deren Anwendung in einer Hand lagen. Eisenhower seinerseits fungierte seit Ende April als Commanding General der amerikanischen Streitkräfte in Europa und gleichzeitig als Oberkommandierender der amerikanischen Zone Deutschlands. Er sollte außerdem der Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika in dem vorgesehenen Dreimächte-Kontrollorgan sein.

Die Ernennung Clays wurde am 31. März 1945 verkündet.[59] Bevor er Washington verließ, waren ihm nach seiner Darstellung die politischen Hintergründe für seinen Auftrag weitgehend unbekannt. Dies gilt auch für die bereits erwähnte Direktive JCS 1067, die Clay wegen ihrer Deutschland gegenüber ebenso rigorosen wie unvernünftigen Forderungen regelrecht schockierte, ohne daß eine offizielle Außerkraftsetzung vor Mitte 1947 möglich gewesen wäre.[60] Clay meldete sich am 8. April bei Eisenhower in dessen Hauptquartier in Reims und wirkte erfolgreich darauf hin, nach Beendigung des Krieges die Aufgaben der künftigen Militärregierung vom „eigentlichen militärischen Befehlsbereich" zu trennen. Damit war eine weitere entscheidende Weiche für die künftige Entwicklung der amerikanischen Militärregierung in Deutschland gestellt. Am 25. April 1945 übernahm Clay aufgrund der ihm durch General Order Nr. 75, ETOUSA, vom 23. April 1945 erteilten Ermächtigung formell das Kommando über USGCC.[61]

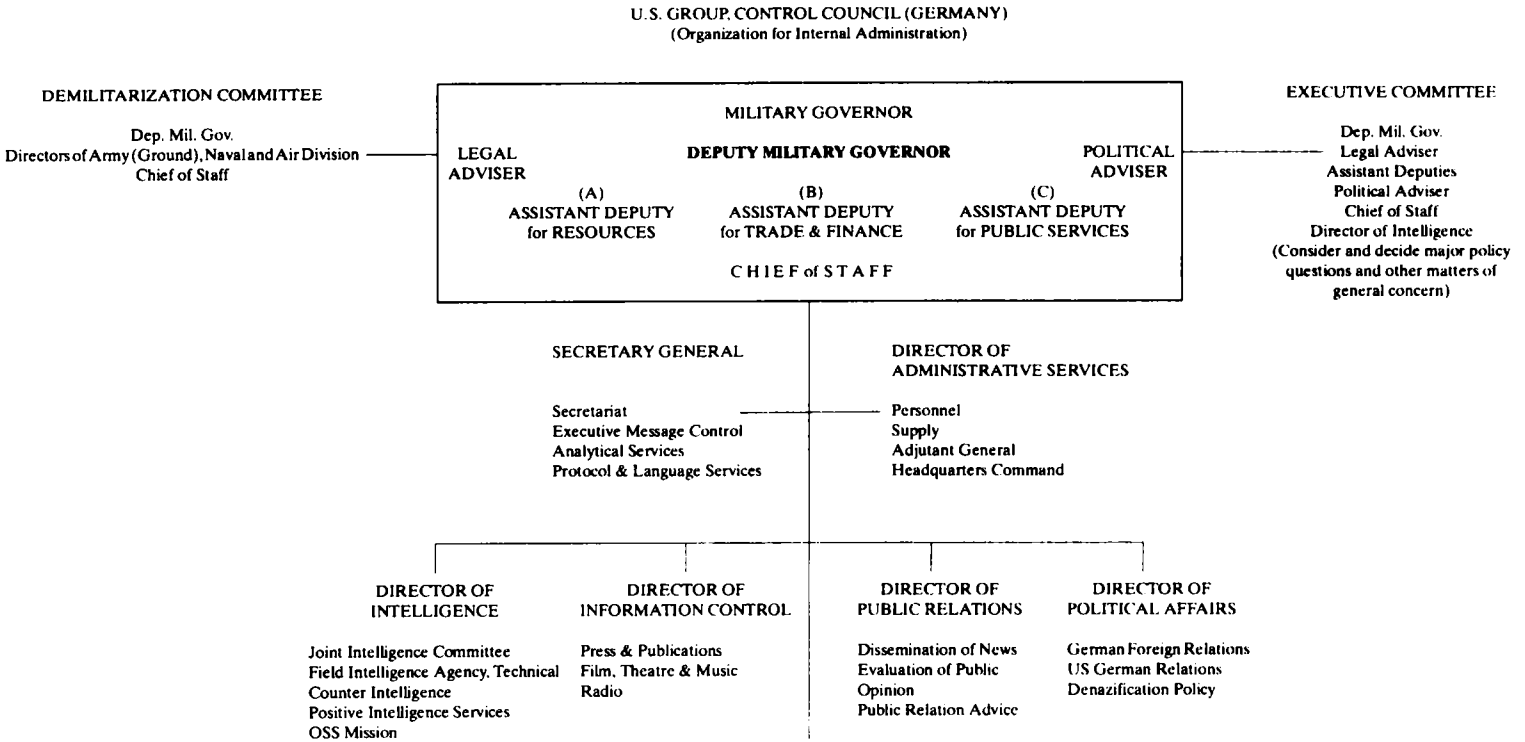
5. Von der Kapitulation bis zur Reform von USGCC

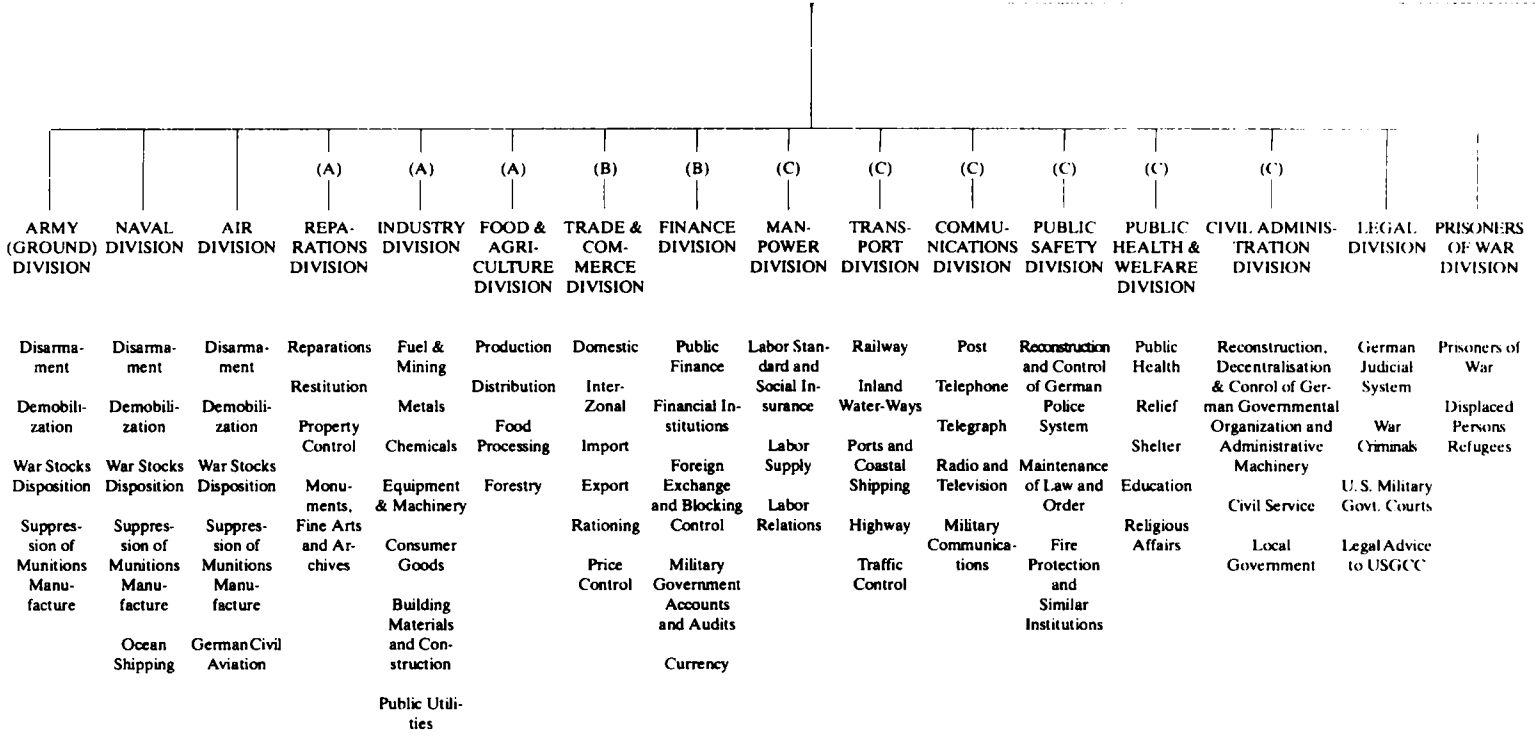
Als Deutschland am 8./9. Mai 1945 bedingungslos kapitulierte, waren sich die Alliierten noch nicht darüber einig, ob und wie sie Deutschland teilen wollten. Jedenfalls war im Text der Kapitulationsurkunde, der im Hauptquartier des Alliierten Oberbefehlshabers General Eisenhower eilends gefertigt worden war, von einer Aufteilung Deutschlands nicht die Rede. Im Auftrag des von Hitler als Reichspräsident eingesetzten Großadmirals Karl Dönitz bildete Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk eine geschäftsführende Reichsregierung in Flensburg. Er versuchte, in Verhandlungen mit den Alliierten Voraussetzungen für die Einsetzung einer neuen deutschen Verwaltung zu schaffen. Diese geschäftsführende Regierung wurde jedoch am 23. Mai 1945 durch die Alliierten abgesetzt und verhaftet. Damit war das Deutsche Reich endgültig handlungsunfähig geworden.

---

[59] Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 18ff.
[60] Gimbel: Amerikanische Besatzungspolitik, S. 16ff.
[61] General Order Nr. 18, USGCC, vom 25.4.1945.

Übersicht 3: Organisation von USGCC, Juni 1945




ARMY (GROUND) DIVISION
Disarmament
Demobilization
War Stocks Disposition
Suppression of Munitions Manufacture
NAVAL DIVISION
Disarmament
Demobilization
War Stocks Disposition
Suppression of Munitions Manufacture
Ocean Shipping
AIR DIVISION
Disarmament
Demobilization
War Stocks Disposition
Suppression of Munitions Manufacture
German Civil Aviation
(A)
REPARATIONS DIVISION
Reparations
Restitution
Property Control
Monuments, Fine Arts and Archives
(A)
INDUSTRY DIVISION
Fuel & Mining
Metals
Chemicals
Equipment & Machinery
Consumer Goods
Building Materials and Construction
Public Utilities
(A)
FOOD & AGRICULTURE DIVISION
Production
Distribution
Food Processing
Forestry
(B)
TRADE & COMMERCE DIVISION
Domestic
Inter-Zonal
Import
Export
Rationing
Price Control
(B)
FINANCE DIVISION
Public Finance
Financial Institutions
Foreign Exchange and Blocking Control
Military Government Accounts and Audits
Currency
(C)
MANPOWER DIVISION
Labor Standard and Social Insurance
Labor Supply
Labor Relations
(C)
TRANSPORT DIVISION
Railway
Inland Water-Ways
Ports and Coastal Shipping
Highway
Traffic Control
(C)
COMMUNICATIONS DIVISION
Post
Telephone
Telegraph
Radio and Television
Military Communications
(C)
PUBLIC SAFETY DIVISION
Reconstruction and Control of German Police System
Maintenance of Law and Order
Fire Protection and Similar Institutions
(C)
PUBLIC HEALTH & WELFARE DIVISION
Public Health
Relief
Shelter
Education
Religious Affairs
(C)
CIVIL ADMINISTRATION DIVISION
Reconstruction, Decentralisation & Conrol of German Governmental Organization and Administrative Machinery
Civil Service
Local Government
LEGAL DIVISION
German Judicial System
War Criminals
U.S. Military Govt. Courts
Legal Advice to USGCC
PRISONERS OF WAR DIVISION
Prisoners of War
Displaced Persons
Refugees

Im Unterschied zu den Vereinigten Staaten, Großbritannien und wohl auch der Sowjetunion hat Frankreich, das an den alliierten Kriegskonferenzen nicht beteiligt war, kontinuierlich das Ziel verfolgt, eine neue staatliche Zentralgewalt in Deutschland auch in Zukunft unter keinen Umständen entstehen zu lassen.[62]

Am 5. Juni 1945 unterzeichneten in Berlin die Militärbefehlshaber eine Erklärung „in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt" sowie drei ergänzende Vereinbarungen über das Kontrollverfahren, die Besatzungszonen und das Verhältnis Deutschlands zu den Mitgliedstaaten der zu gründenden Vereinten Nationen. Die Sieger erklärten, die gesamte öffentliche Gewalt in Deutschland von der zentralen Ebene bis hin zu den Gemeinden zu übernehmen, ohne damit Deutschland annektieren zu wollen.[63] Diese Erklärung wurde auf Beschluß des Kontrollrats dem deutschen Volk am 30. August 1945 in Form einer Proklamation bekannt gegeben.[64]

Am Tage der bedingungslosen Kapitulation wurden Teile von USGCC von Versailles nach Frankfurt-Höchst verlegt und im I. G. Farben-Gebäude untergebracht, zumal noch nicht sicher war, ob Berlin Sitz eines künftigen alliierten Kontrollorgans sein würde. Erst nach der entsprechenden Einigung der vier Alliierten vom 5. Juni 1945 setzte sich ein amerikanisches Vorauskommando nach Berlin in Bewegung. Am 14. Juni wurde die USGCC-Dienststelle in Versailles geschlossen.[65] Der Umzug von Frankfurt-Höchst nach Berlin war am 3. August 1945 beendet.[66]

Übersicht 4: Organisation und Personal von USGCC, Juni 1945

Office of the Deputy Military Governor		
Deputy Military Governor	Lt.Gen.	Lucius D. Clay
Special Assistants to the Deputy	Civ.	L. W. Douglas
Military Governor	Civ.	R. L. McCaffery
	Civ.	L. S. Fish
	Lt.Col.	R. R. Bowie
	Lt.Col.	R. C. Sanders
	Capt.	N. S. Arnold
	Capt.	F. T. Dunscomb
Assistant Deputy Military Governor	Maj.Gen.	Oliver P. Echols
Chief of Staff	Brig.Gen.	Bryan L. Milburn
Director of Administration	Col.	T. W. Hammond
Analytical Section, Chief	Col.	H. L. Carter
Control and Records Section, Chief	Lt.Col.	Charles E. Sands
Liaison and Records Section, Chief	Lt.Col.	O. Pantuhoff
Adjutant General	Lt.Col.	James L. Williams
Personal Section, Chief	Col.	Robert H. Chard
Intelligence Section, Dep. Chief	Col.	Theodore J. Koenig
Army Ground Division		
Director	Brig.Gen.	John E. Lewis
Deputy Director	Col.	W. R. Frost

[62] Hurwitz: Eintracht der Siegermächte, S. 58ff.
[63] Neubeginn und Restauration, S. 85ff. Vgl. USGCC 1944–45/1/3.
[64] Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 7ff.
[65] General Order Nr. 30 vom 14.6.1945.
[66] General Order Nr. 41 vom 30.7.1945. Ein Vorauskommando von USGCC wurde bereits am 5.7.1945 in Berlin errichtet (General Order Nr. 36 vom 3.7.1945).

Demobilization Branch, Chief	Col.	F.M. Albrecht
	Col.	C.H. Blumenfeld
	Col.	F.E. Emery
	Col.	P.S. Lauben
	Col.	W.W. Reinburg
	Col.	T.B. Whitted
OKW-OKH Control Branch, Chief	Col.	G.J. Engelthaler
	Col.	W.L. Kluss
	Col.	R.E. Jones
	Col.	R.O. Montgomery
	Col.	D.A. Taylor
Disarmament Branch, Chief	Col.	H.S. Strubie
	Col.	J.R. Culleton
	Col.	W.W. Holler
	Col.	D.S. Roysdon
	Col.	R.W. Yates
Intelligence Branch, Chief	Col.	Charles C. Blakeney
Naval Division		
Director	V.Adm.	Robert L. Ghormley
Disarmament Branch, Chief	Capt.	A.H. Graubert
Demobilization Branch, Chief	Capt.	E.C. Kline
Intelligence Branch, Chief	Capt.	W.A. Finn
Ocean Shipping Branch, Chief	Comdr.	D.J. Harkins
Air Division		
Director	Maj.Gen.	Robert W. Harper
Administrative Branch, Chief	Col.	J.H. Pool
Disarmament Branch, Chief	Col.	H.F. Muenter
Demobilization Branch, Chief	Col.	F.M.S. Miller
Policy and Liaison Branch, Chief	Col.	J.N. DeRussy
Operations Branch, Chief	Col.	G.E. Sisco
Intelligence Branch, Chief	Col.	C.A. Young
Political Division		
Director	Amb.	Robert D. Murphy
Deputy Director	Civ.	Donald R. Heath
Economic Division		
Director	Brig.Gen.	William H. Draper
Deputy Director	Col.	John R. Gilchrist
Internal Affairs and Communications Division		
Director	Maj.Gen.	Oliver P. Echols
Deputy Director	Col.	David Marcus
Assistant Director	Col.	S.R. Brentnall
Communications and Education Branch, Chief	Brig.Gen.	Frank C. Meade
Civil Communications Branch, Chief	Brig.Gen.	C.O. Bickelhaupt
Education and Religious Affairs Branch, Chief	Maj.	M.M. Knappen
Civil Service and Local Government Branch, Chief	Brig.Gen.	Luther S. Smith
	Col.	R. Bonnevalle
	Col.	Arthur H. Onthank
Public Safety Branch Chief	Col.	Orlando W. Wilson
	Col.	Robert W. Chamberlin
Public Health and Welfare Branch Chief	Maj.Gen.	Morrison C. Stayer
	Col.	H. Hansen

Finance Division		
Director	Col.	Bernard Bernstein
Public Finance Branch, Chief	Lt.Col.	M. P. Fisher
Financial Institutions Branch, Chief	Lt.Col.	J. E. McDonougy
Foreign Exchange and Blocking Control Branch, Chief	Civ.	O. A. Schmitt
Intelligence and Liaison Branch, Chief	Civ.	A. M. Kamarck
Accounts and Audits Branch, Chief	Col.	M. S. Hudtluff
Currency Branch, Chief	Lt.Col.	H. D. Cragon
Transportation Division		
Director	Brig.Gen.	John A. Appleton
Deputy Director	Col.	D. E. Brisbine
Inland Waterways Branch, Chief	Lt.Col.	H. A. Knoll
Movement and Traffic Branch, Chief	Lt.Col.	E. B. McKinney
Planning Branch, Chief	Lt.Col.	H. H. Yokes
Ports and Coastal Shipping Branch, Chief	Comdr.	F. H. Foster
Rail Branch, Chief	Lt.Col.	W. G. White
Road Branch, Chief	Lt.Col.	J. L. S. Snead
Prisoner of War and Displaced Persons Division		
Director	Brig.Gen.	Eric F. Wood
Deputy Director	Col.	W. H. E. Holmes
Displaced Persons Branch, Chief	Col.	H. W. Anderson
Prisoner of War Branch, Chief	Lt.Col.	C. H. Ott
Reparations, Deliveries and Restitution Division		
Director	Col.	Leslie W. Jefferson
Deputy Director	Col.	H. C. Newton
Legal Division		
Director	Col.	J. B. Marsh
Legal Advice Branch, Chief	Col.	John M. Raymond
Justice Ministry Branch, Chief	Col.	E. L. McLendon
Judicial Branch, Chief	Maj.	D. F. White
Prisons Branch, Chief	Col.	A. B. Michell
Manpower Division		
Director	Lt.Col.	David A. Morse
Deputy Director	Civ.	J. Keenan
Deputy Director	Lt.Col.	R. B. Shuman
Labor Ministry Section, Chief	Lt.Col.	O. S. Carpenter
Labor Intelligence Section, Chief	2nd Lt.	D. A. Courtney
Nazi Labor Institutions Section, Chief	Civ.	George S. Wheeler
Labor Standards and Social Insurance Branch, Chief	Civ.	P. R. Porter
Labor Allocations Branch, Chief	Lt.Col.	A. H. Aronson
Labor Relations Branch, Chief	Civ.	M. B. Wolf
Housing Branch, Chief	Maj.	D. Snyder
Headquarters Command		
Office of the Headquarters Commandant		
Commandant	Col.	F. R. Lafferty

Ende Juni 1945 wurde USGCC nach überaus intensiver interner Vorbereitung von einer Planungsgruppe in eine obere Behörde für die Militärregierung in Deutschland umgewandelt.[67] ETOUSA wurde zur Kommandobehörde und – mit Sitz in Frankfurt

[67] 5/376–1/27; 3/176–3/7.

am Main - am 1. Juli 1945 in US Forces European Theater (USFET) umbenannt, das ausschließlich amerikanische Truppen befehligte, allerdings nicht nur für die in der amerikanischen Zone, sondern auch für die in Großbritannien, Frankreich, Belgien, Norwegen und Österreich verantwortlich war. Zwei Wochen später, am 14. Juli 1945, wurde die Auflösung von SHAEF formal vollzogen. Die 12. amerikanische Heeresgruppe, die bisher Besatzungstruppen befehligt hatte, stellte ihre Tätigkeit am 27. Juli 1945 ein; die Truppen wurden USFET unmittelbar unterstellt. Im übrigen war der Machtkampf zwischen G-5, SHAEF, und USGCC Ende Juni zugunsten von Clay entschieden, der sich mit General Clarence L. Adcock, dem Leiter von G-5, SHAEF, darauf einigte, das Personal beider Stellen in Fachabteilungen zu vereinigen, die je nach Zweckmäßigkeit ihren Sitz in Berlin oder Frankfurt haben sollten.[68]

Da die Zuständigkeiten von G-5, SHAEF, der Natur der Sache nach auf G-5, USFET, übergegangen waren, bestanden weiterhin zwei Militärregierungsstäbe, die für die Bildung des amerikanischen Anteils (Element) in der Alliierten Kontrollbehörde und zur Herrschaft über die amerikanische Zone in Betracht kamen.[69]

Durch General Order Nr. 33 vom 29. Juni 1945 ergab sich im einzelnen folgendes Bild der Organisation der Militärregierung (USGCC):[70] Während Eisenhower bis zu seiner Ablösung durch General Joseph T. McNarney am 30. November 1945 formal die Funktion eines Militärgouverneurs behielt, wurde die Verwaltung von Lucius D. Clay als Stellvertretendem Militärgouverneur geleitet. Clay selbst stand an der Spitze von drei Verwaltungseinheiten innerhalb der Organisation: dem Executive Office (Office of the Deputy Military Governor), dem Executive Committee und dem Demilitarization Committee.

Zum Executive Office gehörten neben Clay als Stellvertretendem Militärgouverneur und Kommandierendem General, USGCC, ein Political Adviser, Botschafter Robert D. Murphy, ein Legal Adviser, Charles Fahy, ein Assistant Deputy for Public Services, Generalmajor Oliver P. Echols, ein Assistant Deputy for Resources, Brigadegeneral William H. Draper, ein Assistant Deputy for Trade and Finance, Laird Bell, und der Chief of Staff, Brigadegeneral Bryan L. Milburn. Während die Zuständigkeiten des Politischen und des Rechtsberaters offenkundig sind, waren die Assistant Deputies für politische Grundsatzfragen in jeweils drei Gruppen von Sachgebieten zuständig, die von den Fachabteilungen im einzelnen bearbeitet wurden. Ein Assistant Deputy for Political Affairs wurde nicht ernannt,[71] vielmehr die bisherige Political Division durch einen Director of Political Affairs ersetzt, da die „politische" Funktion dieser Stelle eher beratender als operativer Natur war.

Neben diesem obersten Führungsorgan, dem Executive Office, bestanden zwei Ausschüsse: das Executive Committee und das Demilitarization Committee. Der erste Ausschuß umfaßte unter Leitung des Deputy Military Governor die drei Assistant Deputies, den Politischen und den Rechtsberater, den Chef des Stabes und den Direktor für nachrichtendienstliche Aufgaben (Director of Intelligence). Dem Demilitarization Committee, das ebenfalls vom Deputy Military Governor geleitet wurde, gehörten die Direktoren der Heeres-, Marine- und Luftwaffenabteilungen sowie der Chef des Stabes an.

---

[68] Ziemke: The U.S. Army, S. 402.

[69] Steger: Clays Stabskonferenzen, S. 119f. Vgl. USGCC 1944–45/12/5. USFET Military Government Weekly Field Reports liegen von August 1945 bis Januar 1946 in 5/367–3/11 vor.

[70] Die personelle Zusammensetzung wurde durch General Order Nr. 34, USGCC, vom 29.6.1945 bekanntgegeben.

[71] 5/376–1/27.

Als dritter Ausschuß bestand ein Joint Intelligence Committee, das allerdings nicht zur Spitzengliederung der Militärregierung gehörte und vom Director of Intelligence geleitet wurde. Außer ihm gab es noch vier Direktoren (Director of Information Control, Director of Public Relations, Director of Political Affairs und Director of Administrative Services)[72] sowie einen Generalsekretär (Secretary General). Vor allem der Leiter der Verwaltungsdienste und der Generalsekretär übten die Dienststellenverwaltung aus. Dabei fielen die Sekretariatsdienste, die Postausgangskontrolle, Protokollangelegenheiten, Sprach- und andere Hilfsdienste in die Zuständigkeit des Generalsekretärs, während der Director of Administrative Services für Personal und Organisation zuständig war; ihm wurde auch der Adjutant General zugeteilt.
Die Zuständigkeit der vier anderen Direktoren lassen sich wie folgt beschreiben: Der Director of Intelligence nahm nachrichtendienstliche Aufgaben aller Art wahr, der Director of Information Control war für Presse, Publikationen, Film, Theater, Musik und Rundfunk, der Director of Public Relations für die Verbreitung von Informationen, die Auswertung der öffentlichen Meinung und die Beratung des Deputy Military Governor auf diesem Gebiet zuständig. Schließlich beschäftigte sich der Director of Political Affairs vorwiegend mit außenpolitischen Fragen, insbesondere den amerikanisch-deutschen „Beziehungen", aber auch mit der Entnazifizierung.
Die Aufgaben der Fachverwaltung im engeren Sinne waren 16 Divisions zugewiesen.[73] Diese lassen sich in fünf Gruppen zusammenfassen. Zur ersten Gruppe gehörten die Abteilungen Heer, Marine und Luftwaffe, verantwortlich für militärische Aufgaben einschließlich der Entmilitarisierung der deutschen Streitkräfte. Die zweite Gruppe, deren politische Grundsätze vom Assistant Deputy for Resources zu entwikkeln waren, umfaßte die Abteilung für Reparationen, Lieferungen und Rückerstattung, die Industrieabteilung sowie die Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft. Für die Abteilungen für Handel und Gewerbe sowie für Finanzen war der (zweite) Assistant Deputy for Trade and Finance politisch zuständig. Der (dritte) Assistant Deputy for Public Services war verantwortlich für die Abteilungen für Recht, Verkehr, Nachrichtenwesen, öffentliche Sicherheit, Gesundheit und Wohlfahrt sowie Innere Verwaltung. Keinem der drei Assistant Deputies zugewiesen waren die Rechtsabteilung und die Abteilung für Kriegsgefangene und Verschleppte. Alle 16 Abteilungen wurden von Direktoren geleitet.
Keines der genannten Ämter war in Personalunion mit einem anderen verbunden. Als Generalsekretär fungierte Oberst Thomas W. Hammand, als Director of Administrative Services Oberst James B. Edmunds, als Director of Intelligence Brigadegeneral Thomas J. Betts, als Director of Public Relations Brigadegeneral Frank A. Allen, als Director of Information Control Brigadegeneral Robert A. McClure sowie als Director of Political Affairs Donald R. Heath.

Übersicht 5: Organisation und Personal von USGCC, 29. Juni 1945

Naval Division	V.Adm.	Robert L. Ghormley[74]
Army (Ground) Division	Maj.Gen.	Ray W. Barker
Air Division	Maj.Gen.	Robert W. Harper

[72] Vgl. zum Director of Information Control USGCC 1944–45/11/13, zum Director of Public Relations USGCC 1944–45/11/10 und zum Director of Administrative Services USGCC 1944–45/13/8.
[73] Vgl. Übersicht 5 und die General Orders Nr. 33 und Nr. 34 vom 29.6.1945. Vgl. auch die Notes from Discussion in 5/376–1/27.
[74] Vgl. USGCC 1944–45/5/5.

Reparations, Deliveries and Restitution Division	Col.	Leslie W. Jefferson
Industry Division	Col.	James Boyd
Food and Agriculture Division	Civ.	Loyd V. Steere (Actg)
Trade and Commerce Division	Civ.	Frederick Winant (Actg)
Finance Division	Col.	Bernard Bernstein
Manpower Division	Brig.Gen.	Frank J. McSherry
Transport Division	Brig.Gen.	John A. Appleton[75]
Communications Division	Brig.Gen.	Frank C. Meade[76]
Public Safety Division	Col.	Orlando W. Wilson
Public Health and Welfare Division	Maj.Gen.	Morrison C. Stayer
Civil Administration Division	Brig.Gen.	Luther S. Smith
Legal Division	Brig.Gen.	Edward C. Betts
Prisoners of War and Displaced Persons Division	Brig.Gen.	Stanley R. Mickelsen

Mit dieser Organisationsstruktur nahm die USGCC mindestens der äußeren Form nach eine Gestalt an, die dem späteren Office of Military Government for Germany (US) recht ähnlich war. In diesem Sinne war es außerdem sehr wichtig, daß Clay den Leiter der G-5, SHAEF, General Clarence L. Adcock, zu seinem Stellvertreter ernannte.[77]
Für die künftige Entwicklung der amerikanischen Militärregierung war eine Entscheidung von besonderer Bedeutung, die Präsident Harry S. Truman am 16. Juni 1945 in Potsdam traf: Das War Department in Washington wurde allein zuständig für alle nicht außenpolitisch relevanten Fragen in Deutschland, während das State Department ausschließlich für rein außenpolitische Angelegenheiten verantwortlich wurde.[78]

6. Die Alliierte Kontrollbehörde[79]

Zur Ausübung der obersten Regierungsgewalt und aller Machtbefugnisse, welche die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs für Deutschland als Ganzes wahrnahmen, wurde – entsprechend den Planungen der Europäischen Beratenden Kommission – eine Alliierte Kontrollbehörde (Allied Control Authority) eingesetzt. Ihr oberstes Organ war der Kontrollrat (Control Council), der aus den vier Militärgouverneuren bestand und die Gesetzgebungskompetenz hatte. Alle Militärgesetze, Proklamationen, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen, Vorschriften und Direktiven, die vom jeweiligen Oberbefehlshaber oder in dessen Namen für die jeweilige Zone erlassen worden waren, blieben jedoch auch weiterhin in Kraft. Der Kontrollrat, dessen Entscheidungen einstimmig getroffen werden mußten, hatte für eine „angemessene Einheitlichkeit" des Vorgehens der einzelnen Befehlshaber in ihren jeweiligen Besatzungszonen Sorge

---

[75] Vgl. USGCC 1944–45/11/12.
[76] Gemäß General Order Nr. 39 vom 24.7.1945 wurde Meade zum Assistant Deputy for Public Services ernannt; sein Nachfolger als Leiter der Communications Division wurde Brig.Gen. Carrol O. Bickelhaupt. Bereits mit General Order Nr. 43 vom 14.8.1945 wurde Bickelhaupt seinerseits durch Brig.Gen. Samuel M. Thomas ersetzt.
[77] Ziemke: The U.S. Army, S. 402.
[78] Ebenda, S. 318.
[79] Vgl. Erdmann: Zeit der Weltkriege, S. 697 f.; Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 123 ff. Neben den unter ACA zusammengefaßten Unterlagen vgl. auch USGCC 1944–45/15/2.

zu tragen. Er traf im gegenseitigen Einvernehmen Entscheidungen über alle Deutschland als Ganzes betreffenden Grundsatzfragen.
Unter dem Kontrollrat wurden ein ständiger Koordinierungsausschuß (Coordinating Committee), der sich aus den vier Vertretern der Oberbefehlshaber zusammensetzte, und ein Kontrollstab (Control Staff) tätig, der aus folgenden Abteilungen (Directorates) bestand: Militär, Marine, Luftwaffe/Luftfahrt, Verkehr, Politik, Wirtschaft, Finanzen, Reparationen und Rückerstattung, Innere Angelegenheiten und Nachrichtenwesen, Rechtswesen, Kriegsgefangene und Verschleppte sowie Arbeitseinsatz. Jede Abteilung hatte vier Leiter, von denen je einer von jeder der vier Mächte ernannt wurde, wobei die vier Abteilungsleiter für den Bereich der jeweiligen Fachverwaltung das Directorate bildeten. Als Untergliederungen der Direktorate fungierten Arbeitsausschüsse (Principal Working Committees). Die Mitarbeiter im Kontrollstab rekrutierten sich sowohl aus Zivil- als auch aus Militärpersonen. In besonderen Fällen konnten auch in persönlicher Eigenschaft ernannte Angehörige anderer „Vereinter Nationen" berufen werden.
Aufgabe des Koordinierungsausschusses war es vor allem, zur Entlastung des Oberbefehlshabers die Entscheidungen des Kontrollrats, soweit möglich, vorzubereiten. Der Kontrollstab hatte den Kontrollrat zu beraten, seine Beschlüsse auszuführen, sie an die zuständigen deutschen Behörden weiterzuleiten und deren laufende Tätigkeit zu überwachen. Schon mit Befehl vom 18. April 1945 war festgelegt worden, daß General Clay als Stellvertretender Militärgouverneur auch Vertreter der Vereinigten Staaten im Koordinierungsausschuß des Kontrollrates werden sollte.
Dem Sekretariat des Kontrollrats[80] hatte man für den Fall der Errichtung deutscher Zentralbehörden die Aufgabe zugedacht, Weisungen an diese zu übermitteln. Eine gemeinsame Registratur der Kontrollbehörde wurde nicht geführt. Jede Macht verwaltete ihre Akten für sich, so daß aus dem amerikanischen Registratursystem nicht unbedingt auf die Verhältnisse bei den anderen drei alliierten Mächten geschlossen werden kann. Aktenverwaltende Stelle war auf seiten der Vereinigten Staaten das US Element Secretariat. Das Alliierte Sekretariat bestand aus den vier nationalen Sekretariaten der Siegermächte und hatte – abgesehen von den üblichen Sekretariatsdiensten – vor allem zu versuchen, Übereinstimmung über die Sitzungsniederschriften zu erzielen. Offizielle Verhandlungssprachen waren Englisch, Russisch und Französisch. Protokolle und sonstige Unterlagen (papers) wurden in der Sprache des jeweiligen Vorsitzenden erstellt und anschließend übersetzt.
Die Verbindung zu den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen wurde durch die Ernennung von Militärmissionen beim Kontrollrat sichergestellt. Die Verwaltung des Gebiets von Groß-Berlin wurde einer interalliierten Behörde, der Kommandatura, unterstellt, die unter Leitung des Kontrollrats arbeitete und aus vier Kommandanten bestand, von denen jeweils einer abwechselnd als Hauptkommandant fungierte.
Da nur die Begriffe Coordinating Committee und Kommandatura unverwechselbar sind, sei zur Vermeidung von Mißverständnissen folgendes bemerkt: Den Begriff Allied Control Authority (Germany), der mit Alliierte Kontrollbehörde korrekt übersetzt wird, verwandte man, wenn alle Teile der Viermächteverwaltung, also der Kontrollrat (Control Council), die Vertreter (Deputies) der Oberbefehlshaber (Coordinating Committee) und deren Mitarbeiter (Control Staff, Kontrollstab) und das Alliierte Sekretariat (Allied Secretariat) bezeichnet werden sollten. Der kollek-

[80] Vgl. USGCC 1944–45/14/11.

tive Singular Control Staff umfaßte die Summe der in Abteilungen (Directorates) und Ausschüssen (Committees) gegliederten Viermächteverwaltung.
Dieser Apparat arbeitete kompliziert und schwerfällig, weil überall – auch auf der untersten Ebene – alle vier Besatzungsmächte beteiligt waren. Da die Hauptaufgabe der Leiter der Fachabteilungen darin bestehen sollte, die entsprechenden deutschen Ministerien bzw. zentralen Einrichtungen zu überwachen, kann geschlossen werden, daß man damals offensichtlich noch davon ausging, sich eventuell einer deutschen Zentralverwaltung bedienen zu können. Ebenso deutlich ist jedoch, daß man das umständliche System der Kontrollbehörde auch für den Fall eines dezentralen Verwaltungsaufbaus in Deutschland für brauchbar hielt.
In der bereits erwähnten Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde eine weitere Feststellung von den Alliierten gemeinsam getroffen,[81] welche die Einteilung der Besatzungszonen zum Gegenstand hatte. Danach sollte Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 aus einer östlichen Zone der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, einer nordwestlichen Zone Großbritanniens und einer süd(west)lichen Zone der Vereinigten Staaten von Amerika und einer (süd)westlichen Zone Frankreichs bestehen. Die Besatzungstruppen in jeder Zone unterstanden jeweils ihrem Oberbefehlshaber; jede der vier Mächte durfte nach eigenem Ermessen Hilfsverbände aus Streitkräften anderer alliierter Mächte aufnehmen, welche an den militärischen Operationen gegen Deutschland aktiv beteiligt waren.
Auf der Dreimächtekonferenz von Potsdam (Berlin) im Sommer 1945[82] errichtete man außerdem einen Rat der Außenminister, dem neben den genannten vier Mächten vorübergehend noch China angehörte. Er tagte normalerweise in London und sollte Friedensverträge auch für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland vorbereiten. In der Hauptsache diente der Rat jedoch der „Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland", damit „das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird".[83]
Die politischen Ziele der Besetzung Deutschlands, durch die sich der Kontrollrat leiten lassen wollte, wurden auf der Potsdamer Konferenz umfänglich bestimmt. Aus verwaltungsgeschichtlicher Sicht wichtig sind die Feststellungen, daß das Gerichtswesen entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtigkeit auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz reorganisiert werden sollte. Für die Verwaltung Deutschlands wurden folgende Grundsätze festgestellt: Sie sollte dezentralisiert werden, um eine örtliche Selbstverwaltung zu entwickeln. Sie sollte zu diesem Zweck in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen durch Wahlausschüsse (Räte) so schnell wie möglich wiederhergestellt werden. Demokratische politische Parteien sollten zugelassen und Wahlen auf der Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesebene durchgeführt werden. Politisch besonders bedeutsam war die Feststellung, daß bis auf weiteres „keine zentrale deutsche Regierung" errichtet werden sollte. Vorgesehen waren indes „einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen", an deren Spitze Staatssekretäre stehen sollten. Hierbei war an die Bereiche Finanzen, Verkehr, Außenhandel und Industrie gedacht. Diese Abteilungen sollten nach den Weisungen des Kontrollrats tätig werden, wurden jedoch nicht errichtet. Von den wirtschaftlichen Grundsätzen sind die Vernichtung des

---

[81] Eschenburg: Jahre der Besatzung, S. 46 f.
[82] Foreign Relations, Berlin. Vgl. USGCC 1944–45/6/12; AG 1945–46/66/1; AG 1944–45/79/4; AG 1945–46/80/6.
[83] Erdmann: Zeit der Weltkriege, S. 620.

deutschen Kriegspotentials, die Dezentralisierung des deutschen Wirtschaftslebens sowie die Entwicklung der Landwirtschaft und der sogenannten Friedensindustrie hervorzuheben. Bedeutsam war ferner die Feststellung, daß Deutschland während der Besatzungszeit als wirtschaftliche Einheit zu betrachten sei.[84] Das gesamte deutsche Wirtschaftsleben sollte alliierter Kontrolle unterworfen sein. Man einigte sich weiter über eine „ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" aus Ost- und Südosteuropa.[85] Schließlich verständigte man sich auch auf die Grundsätze, nach denen Deutschland Reparationen auferlegt werden sollten.[86]
In der ersten Sitzung des Kontrollrats am 30. Juli 1945 in Berlin wurde auf Vorschlag Eisenhowers festgelegt, das Gremium möge sich im Abstand von jeweils zehn Tagen am 10., 20. und 30. Tag eines jeden Monats treffen. Die Oberbefehlshaber beschlossen ferner, den Vorsitz im monatlichen Wechsel zu führen. Der jeweilige Vorsitzende – nach dem Alphabet zunächst General Eisenhower – stellte auch den Hauptsekretär (Chief Secretary) für die Sitzungen im betreffenden Monat.
Beim zweiten Treffen der vier Oberbefehlshaber am 10. August 1945 im Gebäude des ehemaligen Volksgerichtshofes wurde die Vorlage über die endgültige Organisation des Kontrollrats gebilligt, über die sich die Stellvertreter der Oberbefehlshaber (für die amerikanische Seite also General Clay) bei ihrer Sitzung am 1. August 1945 geeinigt hatten. Danach sollte der Koordinierungsausschuß entscheiden, welches Gremium bestimmte Sachfragen zu behandeln hatte. In der Praxis wurden die meisten Fachfragen auf der Ebene der Abteilungen (Directorates), Angelegenheiten mittlerer Bedeutung im Koordinierungsausschuß behandelt und nur bei höchst kontroversen Streitpunkten und in Grundsatzfragen schaltete man den Kontrollrat selbst ein. Durch die Proklamation Nr. 1 vom 30. August 1945 unterrichtete der Kontrollrat in seinem Amtsblatt Nr. 1 vom 29. Oktober 1945 die deutsche Bevölkerung über seine Errichtung. Alle (Militär-)Gesetze, Proklamationen, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen, Vorschriften und Direktiven, die von einem der vier Oberbefehlshaber oder in dessen Namen für die jeweilige Besatzungszone erlassen worden waren, blieben – wie bereits erwähnt – in Kraft. Entsprechende Regelungen des Kontrollrats für Deutschland als Ganzes wurden seitdem im Amtsblatt des Kontrollrats veröffentlicht. In einem Ergänzungsblatt Nr. 1 wurde eine „Sammlung von Urkunden betreffend die Errichtung der Alliierten Kontrollbehörde" dem Amtsblatt beigegeben.

7. Die Konsolidierung von USGCC

Mit der Umwandlung der USGCC von einer Planungsgruppe in die obere Behörde für die Militärregierung in Deutschland, der Umstrukturierung von ETOUSA in eine Kommandobehörde mit Sitz in Frankfurt am Main unter gleichzeitiger Umbenennung zum 1. Juli in USFET und der Auflösung von SHAEF Mitte Juli 1945 war die geschilderte Umstrukturierung von USGCC sachlich, zeitlich und personell eng verbunden. Die USGCC zog ab 10. Juli von Frankfurt-Höchst nach Berlin um, wobei einige Abteilungen Außenstellen in Frankfurt behielten. In den folgenden Monaten des Jahres 1945 kam es zu weiteren sehr wichtigen personellen wie organisatorischen Veränderungen.[87] So hatte der Legal Adviser, Charles Fahy, bereits am 20. Juli 1945 die Lei-

[84] Ebenda, S. 621.
[85] K.-D. Henke: Weg nach Potsdam, S. 68.
[86] Erdmann: Zeit der Weltkriege, S. 621 ff.
[87] USGCC 1944–45/3/2; USGCC 1944–45/12/5.

tung der Legal Division übernommen. Der bisherige Direktor der Rechtsabteilung, General Edward C. Betts, war innerhalb der Rechtsabteilung zum Stellvertretenden Direktor für die Verfolgung von Kriegsverbrechen ernannt worden.[88]
Politisch bedeutsam war vor allem die Errichtung einer Abteilung für die Untersuchung von Kartellen und Auslandsguthaben (Division of Investigation of Cartels and External Assets).[89] Diese neue Abteilung war bisher Teil der Finanzabteilung und wurde von deren bisherigem Leiter Oberst Bernard Bernstein geführt. Ganz offensichtlich wurde dieser Offizier wegen seiner finanzpolitischen Ideen, die vom Morgenthau-Plan beeinflußt waren,[90] von der Leitung der so wichtigen Finanzabteilung entbunden, doch konnte oder wollte Clay ihn nicht völlig kaltstellen.
Noch wichtiger war die Errichtung des Control Office, Office Chief of Staff, an Stelle des bisher schon als Teil des Stabsamtes bestehenden Reports Control Office.[91] Das Control Office entwickelte sich später zur entscheidenden Koordinierungsstelle nicht nur – wie es offensichtlich ist – für organisatorische Fragen, sondern auch für politische Grundsatzentscheidungen.
An die Spitze trat Oberst William Whipple als Control Officer. Die mächtige Stellung, die Control Office und Control Officer bis zur Auflösung von OMGUS ausübten, wird bereits in der Aufgabenbeschreibung deutlich, die in General Order Nr. 53 vom 13. September 1945 unter Abschnitt III enthalten ist. Danach hatte der Kontrolloffizier die Durchführung der Programme der Fachabteilungen von USGCC ständig zu überprüfen. Er hatte dabei das Recht, Berichte in dem ihm erforderlich erscheinenden Umfang anzufordern. Er war für die Personalausstattung verantwortlich, um eine gute Koordinierung und Überwachung des gesamten Verwaltungs- und Berichtssystems der Militärregierung zu ermöglichen. Damit wollte man auch eine möglichst vollständige Unterrichtung Washingtons gewährleisten. Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde ein besonderer Control Officer (I. G. Farbenindustrie A. G.) eingesetzt, dessen Funktion mit Allgemeiner Verfügung Nr. 58 vom 29. September 1945 ebenfalls umfänglich umschrieben wurde.
Der amerikanische Anteil (US Element) am Kontrollrat und USGCC stimmten im Verwaltungsaufbau in großen Zügen überein. Um nach außen eine völlige Identität zu erreichen, wurde in General Order Nr. 33 vom 29. Juni 1945 angeordnet, daß drei Angehörige von USGCC, nämlich der Director of Political Affairs, der Assistant Deputy for Resources und der Assistant Deputy of Public Services im Kontrollrat als Directors of Political, Economics bzw. of Internal Affairs and Communications Directorate auftreten sollten. Unabhängig von dieser Konstruktion war die Organisation von USGCC in einem für die Aufgabenerfüllung wesentlichen Gebiet, nämlich die Vorbereitung einer künftigen deutschen Regierungsorganisation, freilich unzulänglich; dies hat in der Folge zu deutlicher Kritik gerade durch amerikanische Experten geführt.[92]

---

[88] General Order Nr. 38 vom 20.7.1945.
[89] General Order Nr. 52 vom 12.9.1945. Vgl. 5/376–1/27.
[90] Gimbel: Amerikanische Besatzungspolitik, S. 19.
[91] General Order Nr. 53 vom 13.9.1945; AG 1944–45/69/6.
[92] „It had no subdivision charged with the main job of dealing with the German governmental structure" (Zink: The United States in Germany, S. 27).

8. Die Errichtung von OMGUS und OMGUSZ

Zwischen USGCC und G-5, USFET, hatte es mehrere Monate lang unfruchtbare Rivalitäten gegeben. General Clay hatte stets die Auffassung vertreten, daß die Hauptaufgabe der Amerikaner in Deutschland – die Wiederherstellung einer Zivilverwaltung auf demokratischer Grundlage – nicht fünf Stabsabteilungen und einem Armeekommando (also USFET) überlassen werden könne; die Militärregierung müsse vielmehr zu einem guten Teil aus Zivilangestellten bestehen. Diese Auffassung wurde von Eisenhower stets geteilt.[93]

Nach Verlegung des Hauptquartiers von USGCC nach Berlin ab 30. Juli 1945 waren Außenstellen in Frankfurt-Höchst zurückgeblieben. Die Berliner Stellen bildeten das Headquarters US Group, Control Council (Germany) (Main) – die bis zum 20. August in Höchst fortbestehenden Außenstellen führten statt des „Main" ein „Rear" in der Behördenfirma.[94] Durch General Order Nr. 59 vom 29. September 1945 wurde USGCC in Office of Military Government for Germany (US) umbenannt.[95] Im Sinne einer reibungslosen Zusammenarbeit zwischen allen für die Besatzungsverwaltung zuständigen Stellen und Einheiten wurde die Abteilung G-5, USFET, mit Ausnahme einer kleinen Gruppe, deren Verbleib in Frankfurt notwendig erschien, ebenfalls nach Berlin verlegt und dort mit dem Office of Military Government for Germany (US) vereinigt. Diese neue Einrichtung, deren Umbenennung mit Wirkung vom 1. Oktober 1945 verfügt wurde, war bald unter der Abkürzung OMGUS allgemein bekannt. Die in Frankfurt am Main zurückbleibenden Teile von G-5, USFET, wurden mit derselben Anordnung umbenannt in Office of Military Government (US Zone)[96] – besser bekannt als OMGUSZ – und hatten die Aufgabe, die von OMGUS beschlossene Politik in der amerikanischen Zone auszuführen. Zum Chef dieser Frankfurter Dienststelle wurde Clays Jugendfreund, Generalmajor Adcock, ernannt. Adcock verfügte über einen Adviser for German Affairs und vier zentrale Einrichtungen (Central Offices): Plans Branch, Editing Committee, Reports and Information Branch und eine Personnel and Equipment Branch. Die regionalen Untereinheiten von OMGUSZ wurden zum Office of Military Government Bavaria und zum Office of Military Government (Western District).[97] Man kann diese Änderungen auch als Zeichen für die Absicht Clays werten, die Verantwortung für Deutschland sehr bald in ausschließlich zivile Hände, d. h. also in den Geschäftsbereich des Außenministeriums zu überführen. General Eisenhower hatte es gegenüber seinen Armeekommandeuren bereits am 1. November 1945 als das erste Ziel der Armee nach der Kapitulation Deutschlands bezeichnet, nach Herstellung der öffentlichen Ordnung die amerikanische Aufsicht über deutsche Angelegenheiten zivilen Stellen zu übertragen. Wäre es nach Eisenhowers und Clays Wünschen gegangen, hätte man den Übergang der Verantwortung für Deutschland in zivile Verwaltung innerhalb von 24 Stunden durchführen können.[98]

Sieben Abteilungen von OMGUS (Internal Affairs and Communications, Displaced Persons, Economics, Legal, Finance, Transportation, Manpower) unterhielten weiterhin Außenstellen in Frankfurt. Außerdem richtete man bei USFET wieder eine – ziemlich umfangreiche – Abteilung G-5 ein, welche diejenigen Aufgaben übernehmen

---

[93] Vgl. Clay Papers, S. 77 f.
[94] General Order Nr. 41 vom 30.7.1945.
[95] Vgl. Military Government Bulletin Nr. 10 vom 29.9.1945, S. 7 f.
[96] 3/148–3/9; Ziemke: The U. S. Army, S. 402 f.; Zink: The United States in Germany, S. 29.
[97] Steger: Clays Stabskonferenzen, S. 120 f.; Ziemke: The U. S. Army, S. 401 ff.
[98] Ebenda, S. 403 ff.

sollte, die aus der Sicht des Militärs nicht in den Bereich des gleichsam als zivil angesehenen OMGUS fallen konnten. Tatsächlich wurden die Funktionen dieser neuen G-5, USFET, im wesentlichen auf Verbindungs- und Koordinierungsaufgaben sowie – in Zusammenarbeit mit der Weltflüchtlingsorganisation UNRRA – auf die Angelegenheiten der Displaced Persons beschränkt. Darüber hinaus übernahm die neue G-5, USFET, von OMGUSZ die Zuständigkeit für die Betreuung amerikanischer Bürger außerhalb Deutschlands, soweit diese nicht Angehörige des Militärs waren.
Im Grundsatz wurde die Organisation der USGCC von OMGUS beibehalten:[99] Die Militärregierung bestand aus dem Office of the Deputy Military Governor (Executive Office), vier Fachämtern und acht bzw. neun Fachabteilungen. Die entscheidende Änderung bestand dann in der Auflösung der Ämter der Assistant Deputies, die mit Wirkung vom 15. Oktober 1945 in Kraft trat.[100] Danach bestanden das Office of the Deputy Military Governor (Clay), das Office of the Chief of Staff (Bryan L. Milburn), das Office of the Secretary General (David Marcus), zu dem auch der amerikanische Anteil am Sekretariat der Kontrollbehörde gehörte, das Control Office (William Whipple), das Personnel Office (G-1, Arthur H. Onthank) und das Office of the Director for Administrative Services (James B. Edmunds), zu dem u. a. das Verwaltungsbüro des amerikanischen Anteils des Kontrollrats und das Amt des Adjutant General gehörten. Der Generalsekretär, der Control Officer, der Personnel Officer[101] und der Direktor der Verwaltungsdienste waren unter dem Chef des Stabes zum Executive Office zusammengefaßt. Hinzu traten vier Fachämter (Functional Offices): das Amt des Direktors für nachrichtendienstliche Aufgaben (Intelligence)[102] (G. Bryan Conrad), das Amt des Information Control Services[103] (Robert A. McClure), das Amt für Öffentlichkeitsarbeit (Office of Public Relations)[104] (Francis V. Fitzgerald) und das Amt des Direktors für politische Angelegenheiten (Donald R. Heath). Ebenso wie der Naval Adviser, Robert L. Ghormley,[105] blieb auch der Political Adviser, Robert D. Murphy, Clay unmittelbar zugeordnet. Klarheit über die Aufgabentrennung der beiden für politische, d. h. im wesentlichen für außenpolitische Fragen zuständigen Mitarbeiter Clays, dem Political Adviser, Murphy, und dem Direktor für politische Angelegenheiten, Heath, bestand offensichtlich nicht. Jedenfalls hatten die Advisers, zu denen auch ein Economic Adviser, ein Finance Adviser und ein Legal Adviser gehörten, eine vergleichsweise unabhängige Stellung. Die drei zuletzt genannten waren jedoch im Unterschied zum Naval Adviser und zum Political Adviser gleichzeitig Direktoren von Fachabteilungen: So dienten William H. Draper[106] sowohl als Economic Adviser als auch als Direktor der Wirtschaftsabteilung, Joseph N. Dodge[107] als Finance Adviser als auch als Direktor der Finanzabteilung und Charles Fahy[108] als Legal Adviser und als Direktor der Rechtsabteilung. Daß diese drei Leiter von Fachabteilungen gleichzeitig als fachliche Berater des Stellvertretenden Militärgouverneurs fun-

---

[99] 5/370-2/18; 5/376-1/27; USGCC 1944-45/10/7-8; USGCC 1944-45/11/1-13; USGCC 1944-45/11/15; AG 1944-45/70/3-4.
[100] General Order Nr. 63 vom 9.10.1945. Vgl. 5/14-1/45.
[101] AG 1945-46/69/11.
[102] AG 1945-46/69/17-18.
[103] AG 1945-46/64/8.
[104] AG 1945-46/69/12.
[105] AG 1945-46/64/3.
[106] Zu Draper vgl. Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 20 ff.
[107] Zu Dodge vgl. ebenda, S. 232; Clay Papers, S. 79.
[108] Zu Fahy vgl. Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 87.

gierten, ist sicherlich in einer persönlichen Wertschätzung durch Clay begründet gewesen; außerdem dürfte Clay damit auch sachliche Prioritäten gesetzt haben.
Unter den Fachabteilungen nahm wie bisher die Armed Forces Division unter Generalmajor Robert W. Harper eine Sonderstellung ein. Weiterhin gab es eine Transport Division unter Brigadegeneral John A. Appleton,[109] eine Manpower Division unter Brigadegeneral Frank J. McSherry,[110] eine Internal Affairs and Communications Division unter Brigadegeneral Frank C. Meade,[111] eine Prisoners of War and Displaced Persons Division unter Brigadegeneral Stanley R. Mickelsen[112] sowie eine Investigations of Cartels and External Assets Division unter Oberst Bernard Bernstein. Hinzu kam schließlich das Kommando des Hauptquartiers (Headquarters Command).
In der Economics Division, OMGUS,[113] wurden die folgenden Einheiten von USGCC zusammengefaßt: das Office of Assistant Deputy for Resources, die Industry Division, die Food and Agriculture Division, die Trade and Commerce Division sowie zwei Unterabteilungen der Reparations, Deliveries and Restitution Division (die Reparations and Restitution Branch und die Fine Arts and Archives Branch). In der neuen Finance Division[114] vereinigte man das Office of the Assistant Deputy for Trade and Finance, die Unterabteilung Property Control der Reparations, Deliveries and Restitution Division und das Office des Control Officers (I.G. Farbenindustrie A.G.). Schließlich umfaßte die neue Internal Affairs and Communications Division das Office of the Assistant Deputy for Public Services, die Communications Division, die Civil Administration Division, die Public Safety Division und die Public Health and Welfare Division.
Folgende Mitarbeiter von OMGUS bekleideten Funktionen in den Direktoraten der Alliierten Kontrollbehörde: Der Direktor der Armed Forces Division vertrat die Vereinigten Staaten im Allied Directorate – Air, der Deputy Director of Ground Forces Division im Allied Directorate – Naval, der Direktor der Wirtschaftsabteilung im Allied Directorate – Economics, der Leiter der Reparations Branch im Allied Directorate – Reparations, Deliveries, Restitution, der Leiter der Finanzabteilung im Allied Directorate – Finance, der Leiter der Verkehrsabteilung im Allied Directorate – Transport, der Leiter der Internal Affairs and Communications Division im Allied Directorate – Internal Affairs and Communications, der Leiter der Rechtsabteilung im Allied Directorate – Legal, der Leiter der Prisoners of War and Displaced Persons Division im Allied Directorate – Prisoners of War and Displaced Persons sowie der Political Adviser im Allied Directorate – Political.

Übersicht 6: Organisation und Personal von OMGUS, Oktober 1945

Office of the Deputy Military Governor		
Deputy Military Governor	Lt.Gen.	Lucius D. Clay
Special Assistant to the Deputy Military Governor	Lt.Col.	R. R. Bowie
	Lt.Col.	D. H. McLean
Assistant Deputy Military Governor	Maj.Gen.	Oliver P. Echols
Chief of Staff	Brig.Gen.	Bryan L. Milburn

[109] AG 1945–46/69/13.
[110] Vgl. Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 323; Fichter: Besatzungsmacht und Gewerkschaften, S. 46 ff.
[111] AG 1945–46/68/1; AG 1945–46/69/7.
[112] AG 1945–46/70/5.
[113] AG 1945–46/68/2; AG 1945–46/69/3.
[114] AG 1945–46/69/4.

Secretary General	Col.	David Marcus
US Element of the Allied Secretariat		
Acting US Secretary	Lt.Col.	R. Birdsall
Assist. Secretary	Lt.Col.	Charles E. Sands
Control Office, Control Officer	Col.	William Whipple
Personnel Office, Chief	Col.	Arthur H. Onthank
	Lt.Col.	James L. Williams
Office of the Director of Administrative Services, Director	Col.	James B. Edmunds
Administrative Bureau, ACA, Chief	Col.	F. W. Drury
Adjutant General	Col.	Bruce Easley
Office of the Director of Intelligence, Director	Brig.Gen.	G. Bryan Conrad
Deputy Director	Col.	Theodore J. Koenig
Executive Officer	Col.	T. F. Bogart
Office of Information Control Services, Director	Brig.Gen.	Robert A. McClure
Executive Officer	Lt.Col.	R. K. Fried
Office of Public Relations Services, Director	Lt.Col.	Duncan-Clark
	Lt.Col.	James L. Williams
Office of the Political Adviser for Germany, Adviser	Amb.	Robert D. Murphy
Office of the Director of Political Affairs, Director	Civ.	Donald R. Heath
Denazification Branch, Chief	Civ.	J. J. Muccio
Intelligence Branch, Chief	Col.	W. D. Hohenthal
Economics Branch, Chief	Civ.	Loyd V. Steere
American Interests Branch, Chief	Civ.	A. D. Hodgdon
Armed Forces Division		
Director	Maj.Gen.	Robert W. Harper
Deputy Director	Col.	F. M. Albrecht
Disarmament Branch, Chief	Col.	R. W. Yates
Demobilization Branch, Chief	Col.	T. B. Whitted
Economics Division		
Director	Brig.Gen.	William H. Draper
Deputy Director	Civ.	F. L. Devereux
Deputy Director	Civ.	Laird Bell
Policy and Control Branch, Chief	Civ.	S. Wennberg
Food and Agriculture Branch, Chief	Brig.Gen.	Hugh B. Hester
Restitution Branch, Chief	Col.	Leslie W. Jefferson
Industry Branch, Chief	Col.	James Boyd
Finance Division		
Director	Civ.	Joseph M. Dodge
Deputy Director	Col.	David L. Robinson
Financial Institutions Branch, Chief	Civ.	Walter Lichtenstein
Foreign Exchange and Blocking Control Branch, Chief	Civ.	Jack Bennett
Financial Intelligence and Liaison Branch, Chief	Civ.	A. M. Kamarck
Currency Branch, Chief	Lt.Col.	H. D. Cragon
Accounts and Audits Branch, Chief	Col.	M. S. Hudtluff
Property Control Branch, Chief	Col.	C. S. Reid
I. G. Farben Control Branch, Chief	Col.	E. S. Pillsbury
Transport Division		
Director	Brig.Gen.	John A. Appleton
Deputy Director	Col.	J. B. Hughes
Road Branch, Chief	Lt.Col.	J. L. S. Snead
Rail Branch, Chief	Lt.Col.	W. G. White

Water Transport Branch, Chief	Lt.Col.	D.R.Neff
Movements and Traffic Branch, Chief	Col.	T.C. Wenzlaff
Manpower Division		
Director	Brig.Gen.	Frank J.McSherry
Deputy Director	Civ.	Leo R.Werts
Internal Affairs and Communications Division		
Director	Brig.Gen.	Frank C.Meade
Deputy Director	Col.	S.R.Brentnall
Civil Administration Branch, Deputy Director	Civ.	James K.Pollock
Public Health and Welfare Branch, Chief	Maj.Gen.	Morrison C.Stayer
Public Welfare Section, Chief	Lt.Col.	E.F.Witte
Education and Religious Affairs Section		
Education Section, Chief	Maj.	J.W.Taylor
Religious Section, Chief	Maj.	M.M.Knappen
Communications Branch, Chief	Brig.Gen.	S.M.Thomas
Public Safety Branch, Chief	Col.	Orlando W.Wilson
Legal Division		
Director and Legal Adviser	Civ.	Charles Fahy
Associate Director	Civ.	J.Warren Madden
Associate Director	Civ.	H.Phleger
Deputy Director for War Crimes	Brig.Gen.	Edward C.Betts
Deputy Director for Administration	Col.	J.B.Marsh
Legal Advice Branch, Chief	Lt.Col.	S.Bradford
Justice Ministry Branch, Chief	Col.	E.L.McLendon
Judicial Branch, Acting Chief	Lt.Col.	Frank Seydel
Prisoner of War and Displaced Persons Division		
Director	Brig.Gen.	Stanley R.Mickelsen
Displaced Persons Branch, Chief	Lt.Col.	James P.Abbott
Prisoner of War Branch, Chief	Lt.Col.	C.H.Ott
Investigation of Cartels and External Assets Division		
Director	Col.	Bernard Bernstein
Deputy Director	Civ.	R.A.Nixon

Unabhängig davon, ob man die Kritik am Fehlen einer eigenständigen Abteilung für die Vorbereitung des Aufbaus einer neuen deutschen Regierung sowie einer Kulturabteilung für berechtigt hält, ist insgesamt mit Sicherheit eine Straffung des Verwaltungsaufbaus festzustellen. Allerdings führte dies nicht dazu, daß Organisation und Personaleinsatz für längere Zeit unverändert blieben. Die erste bedeutende Organisationsänderung auf der Ebene der Fachabteilungen war die Auflösung der erst Mitte September 1945 errichteten Division of Investigation of Cartels and External Assets Mitte Dezember 1945.[115] Außerdem wurde die Dienststelle des I.G. Farben Control Officers mit Wirkung vom 15. Dezember 1945 aufgelöst.[116] Die Funktionen dieser Stellen übernahmen die Finance Division bzw. die Economics Division. Anfang Februar 1946 wurde innerhalb des Control Office eine Rechnungsprüfungsbehörde (Audit Office) errichtet.[117] Am 25. Februar 1946 erfolgte die Einsetzung eines Intelligence Coordinating Committee, dem unter dem Vorsitz des Director of Intelligence weitere

[115] General Order Nr. 73 vom 14.12.1945.
[116] General Order Nr. 74 vom 14.12.1945.
[117] General Order Nr. 4 vom 6.2.1946.

neun OMGUS-Bedienstete aus mehreren Divisions, Branches und Sections angehörten.[118] Dadurch wurde sichergestellt, daß nachrichtendienstliche Aufgaben unter unmittelbarer Aufsicht Clays straff koordiniert wurden.

Das weitreichende Aufgabenfeld des amerikanischen Stellvertretenden Militärgouverneurs in Deutschland machte selbstverständlich einen intensiven und kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen ihm und seinem Beraterstab notwendig. In der USGCC hatte sich „aus anfangs noch informellen Gesprächen", die Wickersham mit seinen engsten Beratern geführt hatte, die Einrichtung von regelmäßig stattfindenden Stabskonferenzen entwickelt.[119] Clay übernahm diese Einrichtung und benutzte sie, um seinem eigenen Informationsbedürfnis und der Unterrichtung seiner Mitarbeiter über aktuelle politische Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen sachgerecht zu entsprechen. Auch auf ein umfassendes Berichtswesen zur Unterrichtung der vorgesetzten Stellen in Washington, der Angehörigen von OMGUS, aber auch der Öffentlichkeit hat Clay von Anfang an großen Wert gelegt.

Nicht alle seine Mitarbeiter werden Clay bescheinigt haben, daß Instanzenzug und Geschäftsgang bei OMGUS sonderlich effektiv gewesen seien. Es ist nämlich zu bedenken, daß unabhängig von der nicht sonderlich übersichtlichen Leitungsebene die Abteilungen (Divisions) sich mindestens in Unterabteilungen (Branches) und Referate (Sections) gliederten, wobei teilweise die Abteilungsleiter (Directors), seltener die Unterabteilungsleiter (Chiefs of Branch) über eigene Mitarbeiterstäbe, die man wiederum Offices nannte, und einen Stellvertreter (Deputy) verfügten. Auch wenn die amerikanische Militärregierung etwa im Vergleich zur britischen Besatzungsverwaltung nicht als personell überbesetzt angesehen werden kann,[120] so werden die Klagen über einen schwerfälligen Geschäftsgang durchaus verständlich, wenn man bedenkt, daß im November 1945 4024 Amerikaner, etwa 8000 deutsche Zivilbedienstete und 1200 Kriegsgefangene für die amerikanische Militärregierung in Deutschland arbeiteten.

Die von den Alliierten vorgesehenen deutschen Institutionen zur Gewährleistung der wirtschaftlichen Einheit des Vier-Zonen-Deutschlands – die deutschen Staatssekretariate unter Aufsicht des Kontrollrats in Berlin – wurden vor allem aufgrund französischer Obstruktion niemals errichtet.[121] General Clay bemühte sich daher um eine deutsche koordinierende Verwaltungsspitze wenigstens für die amerikanische Zone, um eine gewisse Einheitlichkeit oberhalb der Länderebene zu erreichen, ohne dabei von den föderalistischen Grundsätzen der amerikanischen Besatzungspolitik abzuweichen. So entstand ein Länderrat für das amerikanische Besatzungsgebiet, in dem die Regierungschefs der drei Länder der amerikanischen Zone, später auch der Bremer Senatspräsident, zusammenarbeiteten, um eine gewisse Einheitlichkeit der deutschen Verwaltungsätigkeit oberhalb der Länderebene zu sichern.[122] Am 17. Oktober 1945 hielt dieser Länderrat seine erste Sitzung in Stuttgart ab.[123] Als Pendant innerhalb der amerikanischen Besatzungsverwaltung wurde ein Verbindungsstab beim Länderrat geschaffen, dessen Leiter, James K. Pollock, am 25. Oktober 1945 in Stuttgart, dem ständigen Sitz des Länderratssekretariats, eintraf und mit dem Aufbau einer kleinen

---

[118] General Order Nr. 9 vom 25.2.1946.

[119] Steger: Clays Stabskonferenzen, S. 119.

[120] Friedmann: Allied Military Government, S. 36.

[121] Benz: Von der Besatzungsherrschaft, S. 29.

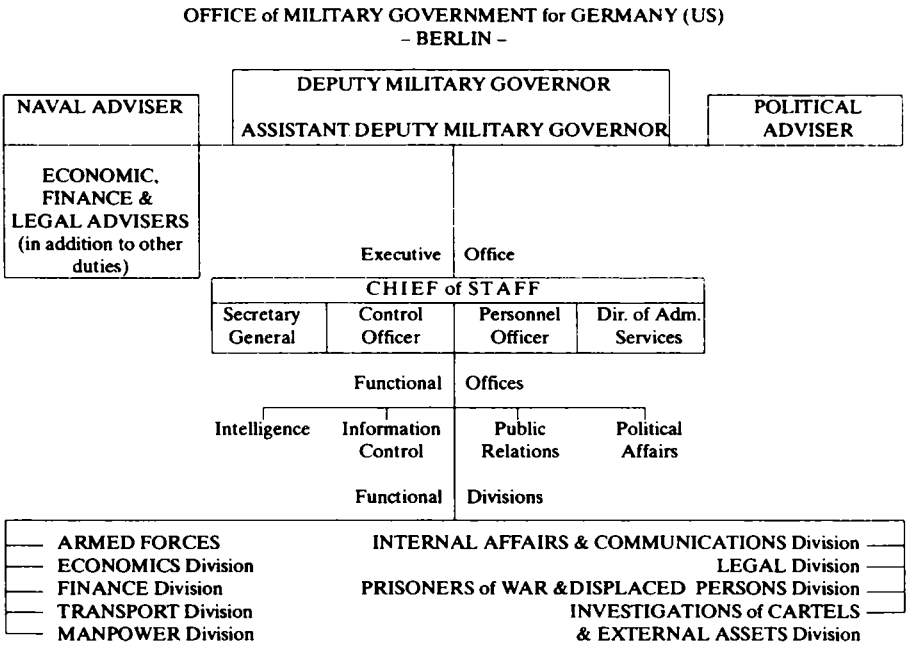
[122] Vogel: Westdeutschland 1, S. 57ff.; Eschenburg: Jahre der Besatzung, S. 85f. Vgl. Germany under occupation, S. 102ff.; USGCC 1944–45/13/11.

[123] Vgl. Akten zur Vorgeschichte 1, S. 125ff.

Behörde begann, die unter dem Namen Regional Government Coordinating Office (RGCO) bekannt wurde. Aufgrund des engen Vertrauensverhältnisses zwischen Clay und Pollock[124] wurde das RGCO sehr schnell zu einer der wichtigsten Dienststellen innerhalb des amerikanischen Besatzungsapparates, da die Weisungen an die Landesregierungen grundsätzlich über das Regional Government Coordinating Office geleitet werden mußten.

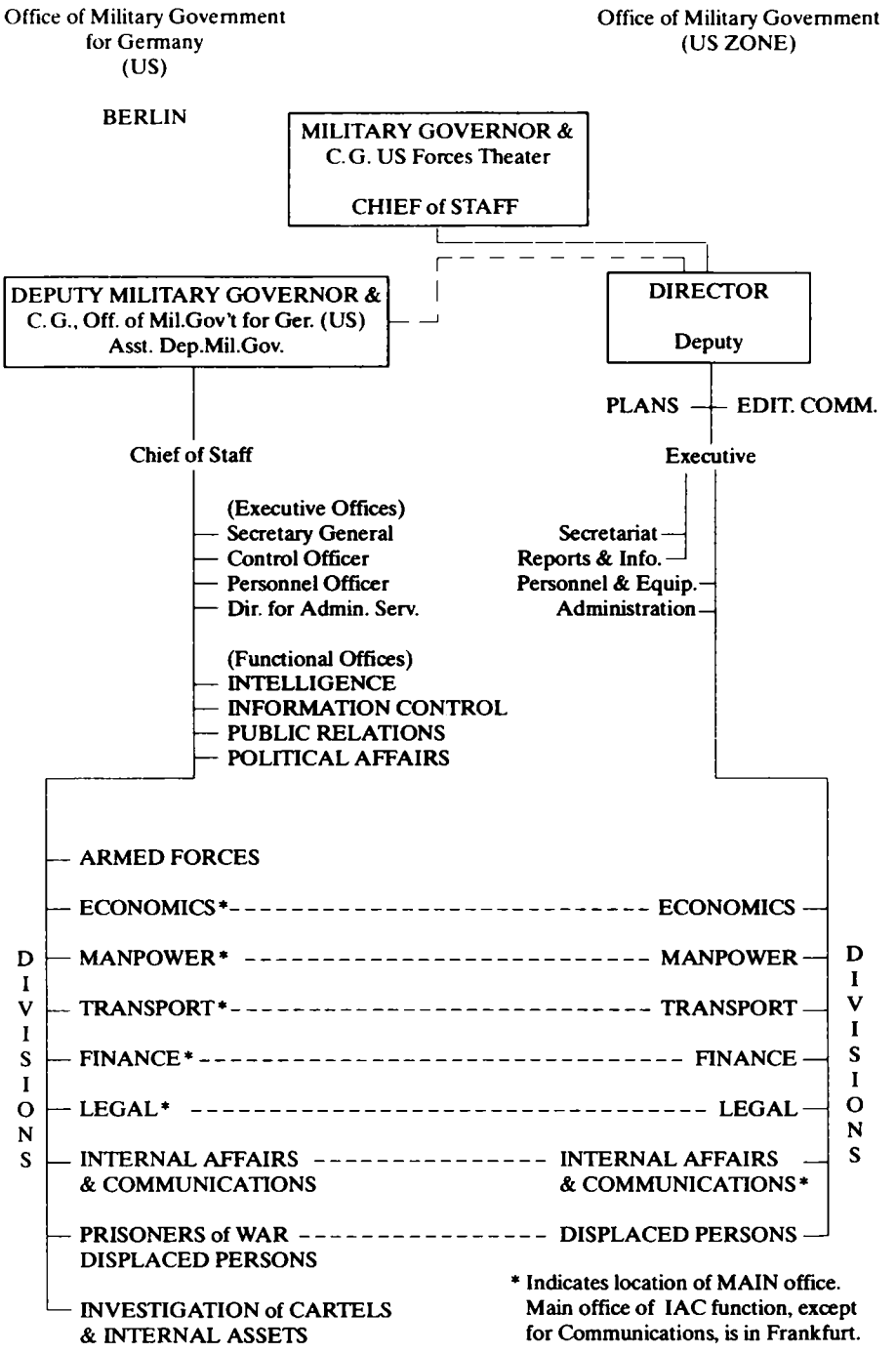
Obere Besatzungsbehörden wie das Regional Government Coordinating Office bestanden außerdem in Form des Counsel for War Crimes, zu dessen Leiter (US Chief of Counsel for War Crimes) bereits am 22. Mai 1945 Robert H. Jackson ernannt worden war. Dieser Counsel for War Crimes war dem Bereich des Director of Intelligence ebenso zugeordnet worden wie das im Juni 1945 in der Nähe von Kassel bei Hessisch Lichtenau/Fürstenhagen errichtete Ministerial Collecting Center (MCC),[125] die am 2. August 1945 gegründete Field Intelligence Agency, Technical (FIAT)[126] und das Berlin Document Center (BDC).

Übersicht 7: Organisation von OMGUS, November 1945

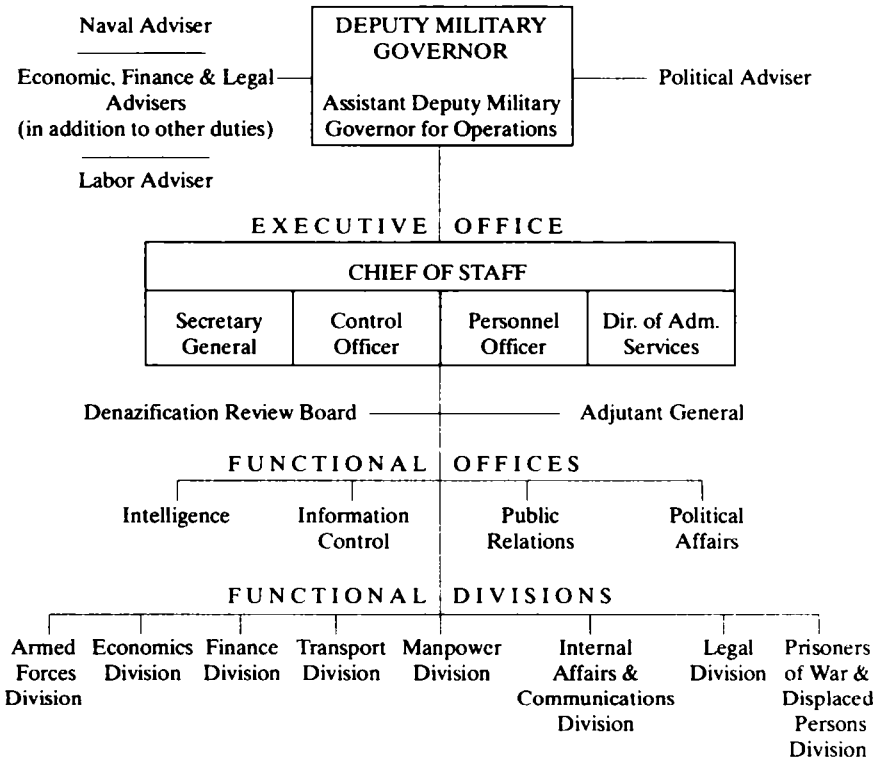


[124] Vgl. die Korrespondenz zwischen Clay und Pollock in 11/42–3/1.
[125] Born: Ministerial Collecting Center, S. 237 ff.; USGCC 1944–45/10/3, 17/8309–44.
[126] USGCC 1944–45/10/6; USGCC 1944–45/13/9; AG 1945–46/64/11. Vgl. Clay Papers, S. 39 f.

Übersicht 8: Organisation von OMGUS und OMGUSZ, November 1945



Übersicht 9: Organisation von OMGUS, Februar 1946



9. Die Organisation von OMGUS seit April 1946

Am 7. März 1946 löste USFET das Office of Military Government (US Zone) (OMGUSZ) auf.[127] Dessen Aufgaben gingen – von geringfügigen Ausnahmen abgesehen[128] – auf das Office of Military Government for Germany (US) über. Mit Wirkung vom 1. April trat ein Organisations- und Geschäftsverteilungsplan in Kraft, der am 9. bzw. 13. März allen zuständigen Stellen zur Kenntnisnahme und Beachtung übersandt wurde. Das Organization Manual vom 15. März 1946 gab in neun Teilen und mehreren Anlagen einen umfassenden Überblick über den Aufbau der Militärregierung.[129]
In Teil I wurden die Grundsätze der Militärregierung festgelegt, wobei das Prinzip des „indirect rule" gegenüber den deutschen Landesregierungen und Verwaltungsbehörden, die im zentralen Organ des Länderrates für das amerikanische Besatzungsgebiet

[127] General Order Nr. 11, OMGUS, vom 13.3.1946 zitiert die General Order Nr. 61, USFET, vom 7.3.1946.

[128] Die wesentliche Ausnahme stellte die Überwachung der Displaced Persons dar.

[129] AG 1945–46/66/2; AG 1945–46/67/6; AG 1945–46/68/9. Die grundsätzliche Bedeutung dieses Organisationshandbuches beweist der Verteiler. Insgesamt wurden 500 Exemplare am 7.3.1946 versandt, davon allein 50 nach Washington und 20 an USFET.

ihre Spitze fanden, besonders deutlich hervorgehoben wurde. Während Teil II sich mit der Gliederung der Alliierten Kontrollbehörde beschäftigte, beschrieb Teil III Aufgaben und Organisation von OMGUS im einzelnen.

An der Spitze stand das Office of the Deputy Military Governor, also das „Amt"[130] von General Clay, der gleichzeitig in militärischen Angelegenheiten Kommandierender General (Commanding General) des Office of Military Government for Germany (US) war. Clay wurde durch den Assistant Deputy Military Governor for Operations[131] in Abwesenheit vertreten und ganz grundsätzlich von Alltagsgeschäften weitgehend entlastet. Dem Ziel der Entlastung des Stellvertretenden Militärgouverneurs diente offensichtlich auch die Erhöhung der Zahl der offiziell institutionalisierten Berater. Neben den bisher schon im Amt befindlichen – Political Adviser, Naval Adviser, Economic Adviser, Legal Adviser und Finance Adviser – trat nun auch ein Labor Adviser, der allerdings im Unterschied zum Wirtschafts-, Rechts- und Finanzberater nicht an der Spitze der korrespondierenden Fachabteilung, der Manpower Division, stand.

Auffällig ist, daß der Begriff Executive Office(s) mehrdeutig verwandt wurde. Unter Executive Office verstand man zum einen ein Kollegialorgan, das aus dem Assistant Deputy Military Governor for Operations, dem Chief of Staff, dem Secretary General, dem Control Officer, dem Personnel Officer, dem Director of Administrative Services und dem Adjutant General[132] bestand. Dieses Gremium hatte die Arbeit der Fachämter (Functional Offices) und Fachabteilungen (Functional Divisions) sowohl bei der Verwaltung der amerikanischen Zone als auch in der Alliierten Kontrollbehörde nach den Richtlinien des Militärgouverneurs und seines Stellvertreters zu überwachen und zu koordinieren.

Unter einem Executive Office verstand man andererseits jedoch mindestens auch das Amt des Generalsekretärs, das Amt des Kontrolloffiziers, das Amt des Personaloffiziers und das Amt des Direktors für Verwaltungsdienste, die alle unter dem Chef des Stabes zusammengefaßt waren. Weiterhin wurden das Office of Deputy Military Governor, der Denazification Review Board und der Adjutant General in den Quellen auch unter dem Begriff Executive Offices aufgeführt. Der Chef des Stabes war – unterstützt von den vier erstgenannten Exekutivämtern und dem Generaladjutanten – befugt, die Arbeit der Fachämter und -abteilungen im Rahmen der ihm von seinen Vorgesetzten gegebenen Richtlinien zu koordinieren und in Einzelfällen, die weder dem Stellvertretenden Militärgouverneur noch seinem Assistant vorgelegt werden mußten, abschließend zu entscheiden.

Das erste der vier unter dem Chef des Stabes zusammengefaßten Executive Offices war das Office of the Secretary General. Der Generalsekretär war für sämtliche Sekretariats- und sonstigen Stabsdienste sowohl für die Militärregierung im amerikanischen Besatzungsgebiet als auch auf Viermächte-Ebene im Kontrollrat zuständig. Über ihn wurden auch die Stabspapiere (Staff Papers) dem Militärgouverneur oder seinem Stellvertreter zur Genehmigung vorgelegt. Außerdem hatte er die Arbeit des Kontrollrats und des Koordinierungsausschusses durch kurze Vermerke für die jeweiligen amerikanischen Vertreter vorzubereiten. Der Generalsekretär war auch dafür verantwortlich, daß die Beschlüsse des Kontrollrats oder seines Koordinierungsausschusses durchgeführt wurden. Zu seiner Unterstützung standen ein Assistant

---

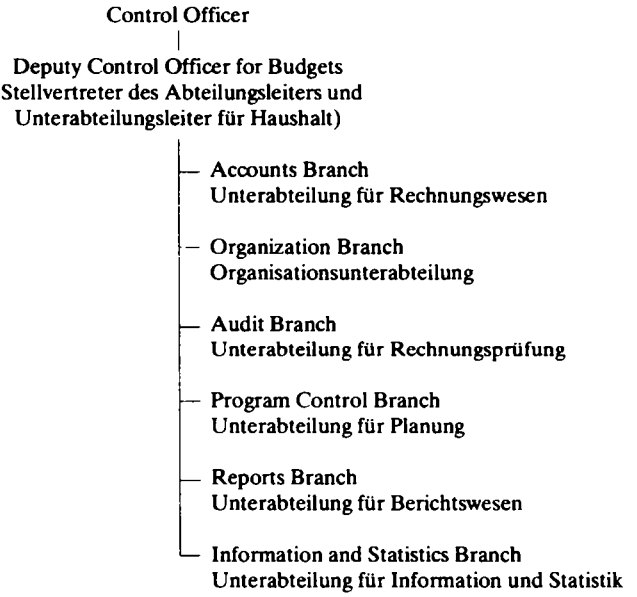
[130] Der Begriff „Office" wird im folgenden grundsätzlich mit „Amt" übersetzt, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vermerkt ist.

[131] AG 1945–46/66/2.

[132] USGCC 1944–45/10/8, AG 1945–46/68/5.

Secretary General für Angelegenheiten der amerikanischen Zone und der amerikanische Vertreter im Alliierten Sekretariat des Kontrollrats zur Verfügung.
Der Adjutant General hatte als der Verbindungsoffizier von OMGUS den inneren Verwaltungsablauf von OMGUS zu überwachen und zu beschleunigen. Ihm kam zwar keine ausübende Gewalt zu; er gab aber alle Weisungen von OMGUS heraus, es sei denn, diese wurden wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung oder im Einzelfall vom Chef des Stabes oder einem höheren Vorgesetzten unterzeichnet.
Ein weiteres Executive Office war das Control Office. Seine Funktionen, die sich grundsätzlich mit denen einer Zentralabteilung eines deutschen Ministeriums vergleichen lassen, können nicht besser verdeutlicht werden als durch eine Aufzählung der in ihm zusammengefaßten nächst niedrigeren Verwaltungseinheiten, der Branches:

Übersicht 10: Organisation des Control Office, OMGUS, April 1946



Der Vergleich des Control Office mit einer Zentralabteilung eines Ministeriums hinkt freilich insoweit, als auch der Personnel Officer und der Director for Administrative Services Aufgaben der Dienststellenverwaltung wahrzunehmen hatten. Das Amt des Personaloffiziers gliederte sich in Unterabteilungen für Zivilangestellte, Militärbedienstete, deutsche Angestellte und eine Administrative Branch. Das Amt des Direktors für Verwaltungsdienste bestand aus zwei Teilen, von denen das Headquarters Command in Berlin die Aufgaben des inneren Dienstes auch für den amerikanischen Anteil an der Alliierten Kontrollbehörde und nachgeordnete Stellen in Berlin versah, während der zweite Teil unter dem Sammelbegriff Frankfurt Agencies entsprechende Dienste für den Field Trip Motor Pool und den Kurierdienst im amerikanischen Besatzungsgebiet versah.
Zum Bereich der Executive Offices gehörte auch ein Denazification Review Board. Dessen Vorsitzender hatte das Recht, unmittelbar an den Chef des Stabes zu berichten, besaß insoweit eine unabhängigere Stellung. Inhaltlich überprüfte der Denazifica-

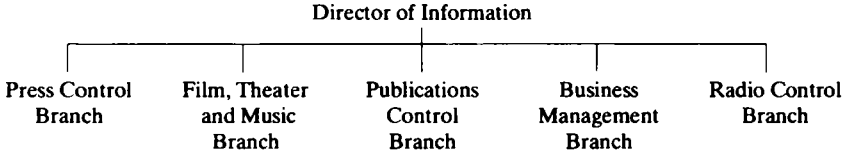
tion Review Board Anträge auf Einstellung oder Wiedereinstellung von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP. Angehörige dieses Gremiums waren neben dem Vorsitzenden je ein Vertreter der Internal Affairs and Communications Division, des Director of Political Affairs, der Criminal Investigation Branch, USFET, und derjenigen amerikanischen Fachabteilung, welche die Aufsicht über die deutsche Einrichtung (Behörde oder Unternehmen) führte, bei der das jeweilige ehemalige NSDAP-Mitglied (wieder) eingestellt werden sollte.

Die im Organisationshandbuch enthaltene umfängliche Aufgabenbeschreibung der Leiter der Fachämter und -abteilungen (Functional Offices und Functional Divisions) läßt sich kurz dahingehend zusammenfassen, daß diese die Stellung nicht eines Ministers, sondern eines weisungsgebundenen Staatssekretärs (wie etwa an der Spitze der deutschen Reichsämter unter Bismarck) innehatten. Dieser Vergleich ist jedoch insoweit einzuschränken, als das Executive Office neben Aufgaben der Dienststellenverwaltung in gewisser Weise auch Kabinettfunktionen wahrnahm.

Es gab insgesamt vier Fachämter (Functional Offices). Der Direktor für die Nachrichtendienste (Director of Intelligence) hatte den Stellvertretenden Militärgouverneur mit allen erforderlichen Informationen zu versorgen, die für die amerikanische Militärregierung in Deutschland von Bedeutung sein konnten. Dabei mußte er selbstverständlich enge Verbindung mit seinem entsprechend zuständigen Kollegen bei USFET halten, das als erste Quelle für nachrichtendienstliche Informationen in Europa anzusehen ist. Bei der Informationsbeschaffung hatte er auch mit den Diensten der drei anderen alliierten Mächte zusammenzuarbeiten. Er stand weiterhin an der Spitze des Intelligence Coordinating Committee, in dem außer ihm der Control Officer, der Director of Political Affairs, der Director of Information Control, der Director of Armed Forces Division, der Director of Economics Division und der Leiter der Public Safety Branch in der Division of Internal Affairs and Communications vertreten waren. Außerdem war er für den amerikanischen Anteil im Combined Travel Security Board, einer Viermächteeinrichtung, verantwortlich, die den Reiseverkehr zwischen den vier Zonen in Deutschland überwachte. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsabteilung hatte der Director of Intelligence schließlich eine Übersicht über die deutschen Wirtschaftsführer zu erstellen, die sich aufgrund enger Verflechtungen mit dem NS-Regime entweder als Kriegsverbrecher vor Gericht verantworten sollten oder als Sicherheitsrisiko gefangen gesetzt werden mußten.

Das zweite Fachamt, das Office of the Director of Information Control (Informations- und Nachrichtenüberwachung), war sowohl als Zensurorgan als auch als Nachrichtensammelstelle im amerikanischen Besatzungsgebiet anzusehen. Es sollte seine Tätigkeit in politischen Angelegenheiten in enger Zusammenarbeit mit dem Political Adviser verrichten und bestand aus einer Staff Group (Stabsunterabteilung für Grundsatzfragen) und den folgenden Fachunterabteilungen (Branches):

Übersicht 11: Organisation des Office of the Director of Information, OMGUS, April 1946



Das dritte Fachamt war das Office of Director of Public Relations, das den amerikanischen Medien ein vollständiges und wahrheitsgemäßes Bild der Tätigkeit der amerika-

nischen Militärregierung in Deutschland vermitteln sollte. Der Amtsleiter, sein Vertreter und ein weiterer Offizier hatten vor allem auch die Offiziere für die Öffentlichkeitsarbeit in den anderen Fachämtern und -abteilungen der amerikanischen Militärregierung zu unterstützen. Organisatorisch gliederte sich dieses Amt in eine News Branch (Pressewesen) und eine Features Branch, wobei letztere für alle zum Bereich der Information durch Ton (Hörfunk) und Bild gehörenden Zweige der Öffentlichkeitsarbeit und für die Unterrichtung der Bediensteten von OMGUS über Ereignisse in Amerika verantwortlich war.
Das vierte, allerdings keineswegs unbedeutende Fachamt wurde vom Director of Political Affairs geleitet. Seine Mitarbeiter und er waren für alle Probleme mit politischer Relevanz für Deutschland als Ganzes beratend und koordinierend tätig, also für ein sehr umfassendes Aufgabengebiet, das außerhalb einer Besatzungsmacht die vielfältigen Funktionen eines Außenministeriums bzw. einer Botschaft widerspiegeln würde. Dies schloß die Zuständigkeit für Konsulatsangelegenheiten ausdrücklich ein. Es gab insgesamt fünf Unterabteilungen:

Übersicht 12: Organisation des Director of Political Affairs, OMGUS, April 1946

Director of Political Affairs

- Administrative Branch (Dienstellenverwaltung)
- Consular Branch (einschließlich der Aufsicht über die amerikanischen Konsulate in Berlin, Bremen, Frankfurt, Hamburg, München und Stuttgart)
- Economic Liaison Branch (Verkehr, Nachrichtenwesen, Finanzen, Ernährung und Landwirtschaft, öffentliche Gesundheitsfürsorge, Industrie, Nachrichtendienste, Rechtswesen, innere Verwaltung, Reparationen und Restitutionen, Statistik, Handel und Kartellangelegenheiten)
- Political Research and Analysis Branch (Recherchen und andere Nachforschungen, auch über den deutschen öffentlichen Dienst, Auswertung und Übersetzung)
- Political Branch (Berichtswesen, Archive und Behördenakten, Verschleppte, Kriegsgefangene, Bevölkerungswegung, Erziehung, Kultusangelegenheiten, deutsche Regierungsstruktur, Entnazifizierung, Arbeit und Wohnungsbau)

Eine präzise Definition des Unterschieds zwischen einem Fachamt (Functional Office) und einer Fachabteilung (Functional Division)[133] enthält das umfangreiche Organisationshandbuch nicht. Sicher ist jedoch, daß in der amerikanischen Verwaltung ein Office grundsätzlich einen höheren Rang hat als eine Division. In diesem Fall dürfte der höhere Rang ausschließlich in der größeren politischen Bedeutung der Ämter liegen und nicht ein Nachordnungsverhältnis der Abteilungen bezeichnen, da die Divisions nicht den Fachämtern, sondern dem Executive Office unmittelbar nachgeordnet waren. Insoweit leuchtet dann auch der Unterschied zwischen dem Executive Office und den Functional Offices ein.

[133] „Division" wird grundsätzlich mit „Abteilung" übersetzt, sofern im Einzelfall nichts anderes vermerkt ist.

Es gab im Frühjahr 1946 insgesamt acht Fachabteilungen (Functional Divisions). Die Armed Forces Division war für die Demobilisierung und Entwaffnung der deutschen Streitkräfte und paramilitärischen Organisationen, die Überwachung des deutschen Kriegspotentials, die Ausrottung des deutschen Militarismus und die Behandlung von Kriegsgefangenen ebenso zuständig wie für die Überwachung des Luftverkehrs über Deutschland. Sie hatte somit keine unmittelbare Zuständigkeit für die amerikanischen Truppen; Kompetenzkonflikte mit dem Marineberater waren durch eine saubere Organisationsabgrenzung offensichtlich ausgeschlossen. Die Abteilung gliederte sich in drei Unterabteilungen: Demobilization Branch, Disarmament Branch und Aeronautics Branch.
Die Economics Division bestand aus einem Stab mit Referaten (Sections) für politische Grundsätze, Koordinierung, Berichtswesen, Statistik, Beschaffung und Überwachung deutscher Forschungseinrichtungen sowie sechs Unterabteilungen (Branches):

Übersicht 13: Organisation der Economics Division, OMGUS, April 1946

Director

- Industrie
- Ernährung und Landwirtschaft
- Rückerstattung (einschließlich der Förderung kultureller deutscher Einrichtungen und der Erhaltung von Denkmälern, Kunstwerken und Archiven, mit einer Außenstelle für die Überwachung der Rückerstattung in Frankfurt)
- Vorratswesen und Verwertung von amerikanischem wie deutschem Kriegsmaterial
- Entflechtung der deutschen Wirtschaft

Der Decartelization Branch waren einige Außenstellen mit Spezialaufgaben (z. B. der Überwachung der I. G. Farbenindustrie in Abwicklung) nachgeordnet.
Die Finance Division verfügte über sechs Unterabteilungen für allgemeine Finanzpolitik, Geldinstitute, Devisenbewirtschaftung und eingefrorene Vermögen (einschließlich der Finanzierung von Ein- und Ausfuhren), Vermögensüberwachung, Informationsbeschaffung (Financial Intelligence and Liaison Branch) und für deutsches Auslandsvermögen. Hinzu kam eine Außenstelle (Field Unit) bei der Reichsbankzentrale in Frankfurt am Main.
Die Transport Division umfaßte drei Unterabteilungen für Eisenbahnen, Straßenwesen und Wasserwege mit zahlreichen nachgeordneten Stellen. Hinzu kam ein Movements Office mit einer Zweigstelle in Frankfurt, das den ungehinderten Verkehr der Besatzungsmacht auch außerhalb der eigenen Zone, insbesondere nach Berlin sicherzustellen hatte.
Die Manpower Division setzte sich aus sechs Unterabteilungen mit folgenden Kompetenzen zusammen (Übersicht 14).
Die große und politisch sehr bedeutsame Internal Affairs and Communications Division bestand aus vier Unterabteilungen. Die Unterabteilung für öffentliche Verwaltung (Civil Administration Branch) sollte das politische Ziel der Dezentralisierung der deutschen Verwaltung unter Stärkung der Selbstverwaltung auf lokaler Ebene in die Tat umsetzen bzw. entsprechende deutsche Maßnahmen überwachen. Dabei war auf die Anwendung demokratischer Grundsätze und die Sicherung demokratischer Frei-

Übersicht 14: Organisation der Manpower Division, OMGUS, April 1946

Director

- Labor Relations Branch (politische Grundsätze, Planung, Arbeitskämpfe, Arbeitnehmerorganisationen, Arbeitsgerichte)
- Special Insurance Branch (Versicherungwesen, Renten)
- Manpower Allocation Branch (Beschäftigungspolitik)
- Housing Branch (Wohnungwesen)
- Field Operations Branch (Durchführung der Politik im Gesamtbereich der Abteilung vor Ort)

heiten zu achten, die politische Diskussion vor allem zwischen den demokratischen Parteien zu fördern und freie Wahlen zu ermöglichen. Außerdem war diese Unterabteilung für das öffentliche Dienstrecht in der amerikanischen Zone Deutschlands verantwortlich. Während der Zuständigkeitsbereich der Communications Branch mit Post- und Fernmeldewesen kurz zu umschreiben ist, verfügte die Public Health and Welfare Branch über Kompetenzen auf recht unterschiedlichen Gebieten. Zu diesen gehörten nämlich das Schul- und Unterrichtswesen, die Drogenüberwachung sowie die Steuerung der Ernährungslage, die in Deutschland nicht besser sein sollte als im übrigen Europa. Bei dieser Vielzahl von Zuständigkeiten nimmt es nicht wunder, daß das Organisationshandbuch besondere Vorschriften über die Notwendigkeit einer Beteiligung anderer Organisationseinheiten enthielt. Besondere Bedeutung kommt der Public Safety Branch in dieser Abteilung zu. Zum Bereich der öffentlichen Sicherheit zählte man nicht nur wie üblich das Polizei- und Feuerschutzwesen, sondern auch die Überwachung der Deutschen schlechthin, vor allem bei der Entnazifizierung, aber auch bei der Kontrolle des Interzonenverkehrs. Die politischen Gesichtspunkte waren mit dem Director of Political Affairs abzustimmen. Besonderes Gewicht hatte die Aufgabe, die amerikanischen Ansichten über die Entnazifizierung und „Umerziehung" (reeducation) der Deutschen im Kontrollrat zu vertreten.

Die Legal Division, deren Leiter in seiner Funktion als Legal Adviser gleichzeitig Rechtsberater und Justitiar des Militärgouverneurs und dessen Stellvertreters war, gliederte sich in vier Unterabteilungen, denen eine Aufgabe gemeinsam gestellt war: die Säuberung des deutschen Rechts und der deutschen Justiz von nationalsozialistischem Gedankengut. Die Legal Advice Branch beriet OMGUS beim Erlaß von Gesetzen, sonstigen Rechtsvorschriften und grundsätzlichen Weisungen, bei der Überwachung der Gesetzgebung durch den Länderrat und die Länder sowie nicht zuletzt auf dem Gebiet der Prüfung der Rechtsförmlichkeit bei der Rechtsetzung durch amerikanische wie deutsche Stellen. Die Administration of Justice Branch war für die Justizverwaltung und Gerichte im weitesten Sinne zuständig, wobei das Gefängniswesen in einer eigenen Unterabteilung (Prisons Branch) bearbeitet wurde. Die War Crimes Branch war für alle Fragen verantwortlich, die sich nicht nur in der amerikanischen Zone, sondern in ganz Deutschland aus der Notwendigkeit ergaben, wirkliche oder vermeintliche Kriegsverbrecher zu ermitteln und zu bestrafen. Dazu gehörte auch die Auslieferung solcher Personen an Stellen außerhalb Deutschlands oder außerhalb der amerikanischen Zone. Die United Nations War Crimes Commission, das Office of US Chief Counsel for War Crimes, der Theater Judge Advocate und das War Crimes

Office beim Jugde Advocate General in Washington waren der Unterabteilung zugeordnet.

Die achte Fachabteilung, die Prisoners of War and Displaced Persons Division, war für Fragen der Kriegsgefangenen, der Verschleppten, der Staatenlosen, der Flüchtlinge und Vertriebenen verantwortlich und verrichtete ihre Arbeit in drei Unterabteilungen: Refugees and Prisoners of War Branch, Displaced Persons and Stateless Persons Branch sowie Repatriation Branch.

Auf der Ebene des Kontrollrats hatte diese Abteilung die Vereinigten Staaten in der Combined Repatriation Executive und im Central Tracing Board zu vertreten, die beide unter dem Prisoners of War and Displaced Persons Directorate, ACA, für diese Personengruppen verantwortlich waren. Aus organisatorischer Sicht mag die Arbeit der Abteilung vor allem dadurch erschwert erscheinen, daß innerhalb G-5, USFET, eine Displaced Persons Branch über Kompetenzen verfügte, die sich praktisch mit den Zuständigkeiten von OMGUS überschnitten. Daher schrieb eine USFET-Weisung vom 7. März 1946 aus guten Gründen vor, daß der Leiter der OMGUS-Abteilung für Kriegsgefangene und Verschleppte gleichzeitig an der Spitze der entsprechenden Unterabteilung von G-5, USFET, stand. Bei dieser Gelegenheit ist anzumerken, daß auch andere Stellen von OMGUS Verbindungsoffiziere bei USFET in Frankfurt unterhielten.

Auf den ersten Blick überraschend erscheint, daß das Regional Government Coordinating Office (RGCO) in Teil IV des Handbuches unter Special Agencies and Field Units aufgeführt wird. Diese Zuordnung hat formal ihre Berechtigung, weil diese Behörde nicht in Berlin, sondern in Stuttgart als Koordinierungsorgan zwischen der amerikanischen Militärregierung und dem deutschen Länderrat tätig war. Politisch gehörte das Regional Government Coordinating Office jedoch mit Sicherheit zu den wichtigsten zentralen Verwaltungseinheiten der Militärregierung, weil sein Leiter unmittelbares Vortragsrecht beim Deputy Military Governor hatte und alle Weisungen oder Verlautbarungen der Militärregierung an den Länderrat über diese Koordinierungsstelle laufen mußten.

Von den nachgeordneten Dienststellen im engeren Sinne war die Field Information Agency, Technical (FIAT) eine der wichtigsten. Sie verwertete technologisch relevante Erkenntnisse der deutschen Forschung und Industrie für Zwecke der Vereinigten Staaten. Die Vielfalt ihrer Tätigkeit ergibt sich bereits aus der Gliederung in vier Ämter und sechs Unterabteilungen. Die Ämter waren für die Verbindung mit den Engländern und Franzosen, für Berliner Angelegenheiten, für allgemeine Planungsfragen sowie für die Dienststellenverwaltung verantwortlich. Die Unterabteilungen trugen die Bezeichnungen Operations Branch, Documents Branch, Publications Branch, Scientific Branch (Physik, Chemie, Biochemie und Biologie), Records Branch (mit Zuständigkeiten auch für Statistik und Bibliotheksangelegenheiten) sowie Industry Branch. Der Leiter von FIAT hatte unmittelbares Vortragsrecht beim Chef des Stabes von OMGUS.

Der Combined Travel Security Board und die ihm nachgeordneten Military Permit Offices waren als gemeinsame Einrichtungen der drei Westalliierten für die Kontrolle und Sicherung des interzonalen und internationalen Reiseverkehrs zuständig. Für OMGUS übte der Director of Intelligence die Fachaufsicht aus. Schließlich sind ein Military Government Courier Service und ein Field Trip Motor Pool, beide in Frankfurt, zu nennen, die beide dem Director of Administrative Services nachgeordnet waren. Aus naheliegenden Gründen unterhielt die Militärregierung ferner eigene nachgeordnete Behörden (Field Offices) für die Überwachung der deutschen Wasser- und Schiffahrtswege sowie der Eisenbahnverwaltung. Das Headquarters Command war

im weitesten Sinne die militärische Dienststellenverwaltung für OMGUS und die amerikanischen Truppen in Berlin.
Das Berlin Document Center und die mit ihm verbundenen Spezialeinrichtungen des Ministerial Collecting Center und der US Microfilm Organization waren für die Bereitstellung und Auswertung der Akten der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände sowie der deutschen Ministerialakten und für die Herstellung von Mikrofilmreproduktionen für Zwecke der Militärregierung verantwortlich. Vorgesetzte Stelle bei OMGUS war der Director of Administrative Services.
Unmittelbar nach Herstellung des Organisationshandbuches erging noch im April 1946 die Verordnung Nr. 2 „Gerichte der Militärregierung", nach der eine dreistufige Militärgerichtsbarkeit aufzubauen war, um die „Aburteilung von Straftaten gegen die Belange der Alliierten Streitkräfte" zu ermöglichen. Unter den Oberen Militärgerichten (General Military Courts) verrichteten Mittlere Militärgerichte (Intermediate Military Courts) und Einfache Militärgerichte (Summary Military Courts) ihren Dienst.[134] Durch Verordnung Nr. 6 vom 21. Mai 1946 wurde dann ein Zivilgericht der Militärregierung (Military Government Court for Civil Actions) für solche Zivilsachen errichtet, an denen mindestens ein amerikanischer Staatsbürger oder ein Bürger eines anderen Staates der Vereinten Nationen beteiligt war.[135]

10. Instanzenzüge und Befehlswege innerhalb der amerikanischen Besatzungsverwaltung

Grundlegende Instruktionen wurden als Military Government Regulations (MGR) in einer sachsystematischen Sammlung – nach Titeln und Abschnitten organisiert – in gedruckter Form herausgegeben.[136] In dringenden Fällen oder bei besonderen Anlässen waren natürlich Ausnahmen von diesem Verfahren zugelassen. Bei militärischen Befehlen (Directives, Orders) lief der Instanzenzug entweder vom Theater Commander zum Commanding General von OMGUS, zum Commanding General für den amerikanischen Sektor von Berlin, zum Commanding General des Bremen Port Command oder vom Commanding General von OMGUS zu den Militärregierungen der Länder oder anderen unmittelbar nachgeordneten Dienststellen. Besondere Formvorschriften waren dabei nicht zu beachten. Inhaltlich wurden grundlegende Weisungen durch Stabsstudien (Staff Studies) vorbereitet.
Im zivilen Bereich gab es Executive Orders oder Instructions an die Militärregierungen in München, Stuttgart, Wiesbaden, Bremen und Berlin (Berlin Sector). Solche Weisungen ergingen vom Executive Office in Berlin an die entsprechenden nachgeordneten Stellen. Davon zu unterscheiden sind Functional Instructions, die von jeder Stelle, die eine Fachaufsicht ausübte, unmittelbar an die nachgeordnete fachlich entsprechend verantwortliche Verwaltungseinheit (z. B. Economics Division, OMGUS, an die Economics Division, Office of Military Government for Bavaria) ergingen.

---

[134] Military Government Gazette, Germany. United States Area of Control, S. A 60ff.
[135] Ebenda, S. A 73ff.
[136] Military Government Regulations [MGR], Title 1 General Provisions; Title 2 Eradication of Nazism and Militarism; Title 3 Political Activities; Title 4 Civil Administration . . . Title 23 Military Government Legislation; Title 24 Important German Legislation usw. Die Titles wurden in Parts (Teile), z. B. 1–400 Military Government Organization and Functions, die Teile in Sections (Sektionen), z. B. 1–405 Control Council gegliedert. Vgl. Military Government Weekly Bulletin Nr. 78 vom 3.2.1947.

Die Verbindung zwischen USFET und OMGUS lief grundsätzlich über den Assistant Chief of Staff und G-5, USFET; die Armed Forces Division, der Naval Adviser, der Director of Public Relations und der Director of Intelligence, alle bei OMGUS, brauchten dagegen den Dienstweg über G-5, USFET, nicht einzuhalten. Auch der Personnel Officer, der Control Officer und einige andere Stellen hatten für bestimmte Bereiche das Recht auf unmittelbaren Schriftverkehr mit OMGUS.
Diese Instanzenzüge wurden dann verwässert, wenn Sonderberater Clays für bestimmte Aufgaben ernannt wurden. So wurde z. B. bereits durch General Order Nr. 17 vom 9. April 1946 Walter L. Dorn zum Sonderberater des Deputy Military Governor für die Beziehungen zwischen den Military Government Detachments und den deutschen regionalen Dienststellen ernannt.[137] Eine entsprechende Funktion erhielt Dorn kurze Zeit später für Fragen der Entnazifizierung.[138]
Die Neigung, besondere Probleme Sonderbeauftragten zuzuweisen, fand schließlich ihren Ausdruck in der Übertragung der Zuständigkeit von Grundsatzfragen der Reisekontrolle auf den Adjutant General. Auf der anderen Seite war die Einrichtung abteilungsübergreifender Boards ein Mittel der Straffung und Koordinierung der Verwaltung.

11. Die Gründung der Civil Administration Division

Durch General Order Nr. 24 vom 26. April 1946 wurde die Civil Administration Branch in der Internal Affairs and Communications Division in eine Civil Administration Division umgewandelt und Henry Parkman mit sofortiger Wirkung zum Abteilungsleiter ernannt.[139] Dabei änderte sich der Zuständigkeitsbereich der Civil Administration Division gegenüber der früheren Civil Administration Branch im Grundsatz nicht. Sie blieb verantwortlich für die künftige deutsche Regierungsorganisation, Wahlen, politische Parteien und die Überwachung der nachgeordneten Stellen der Militärregierung. Hinzugefügt waren von Anfang an Kompetenzen auf dem Gebiet der Bevölkerungsentwicklung und -statistik. Die neue Abteilung, deren Errichtung eine Änderung der sachlichen Prioritäten der Militärregierung bedeutete, gliederte sich in sechs Unterabteilungen (Übersicht 15).
Eine weitere bedeutsame Änderung im Bereich der inneren Verwaltung trat durch General Order Nr. 40 vom 10. Juni 1946 mit Wirkung vom 1. Juni 1946 in Kraft. Das Office of Personal Adviser to the Deputy Military Governor on Denazification wurde errichtet. Zum Personal Adviser on Denazification wurde Walter L. Dorn unter Beibehaltung seiner bisherigen Pflichten ernannt. Dadurch kam die besondere Bedeutung, die Clay und seine Mitarbeiter der Entnazifizierung beimaßen, in hervorragender Weise zum Ausdruck; die Errichtung dieser Sonderdienststelle bedeutete allerdings offensichtlich auch eine Kritik an dem bisherigen Entnazifizierungsverfahren. Die Aufgabe Dorns bestand nicht nur in der Beratung Clays, sondern auch in der Teilnahme an den Sitzungen des Entnazifizierungsausschusses des Länderrates, in der Unterstützung der deutschen Minister für politische Befreiung bei der Durchführung der Entnazifizierungsgesetze und in der Übernahme des Vorsitzes in dem Military Government Denazification Coordinating Committee, das ebenfalls Anfang Juni

---

[137] Vgl. Dorn: Inspektionsreisen in der US-Zone.
[138] General Order Nr. 61 vom 15.10.1946.
[139] General Order Nr. 24 vom 26.4.1946; 5/363-1/19.

Übersicht 15: Organisation der Civil Administration Division, OMGUS, April 1946

Director

- Governmental Structures Branch (Aufbau und Gliederung einer neuen deutschen Regierung)
- Civil Service Branch (öffentlicher Dienst)
- Population and Survey Branch (Bevölkerungsfragen)
- Administrative Courts Branch (Verwaltungsgerichtsbarkeit)
- Election Affairs Branch (Wahlen)
- Policy Enforcement Branch (Überwachung der deutschen Verwaltung)

errichtet wurde. Die sachliche Zuständigkeit des Leiters der Unterabteilung für öffentliche Sicherheit in der Internal Affairs and Communications Division blieb grundsätzlich unberührt. Er war jetzt lediglich gehalten, Verfahrens- und Durchführungsvorschriften nach der Gesetzgebung über die Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus dem neu ernannten Koordinierungsausschuß zur Genehmigung vorzulegen. Mitglieder dieses Ausschusses waren außer Dorn und dem Leiter der Public Safety Branch, der den Sonderberater im Verhinderungsfall zu vertreten hatte, der Leiter des Referats für Entnazifizierung in der Public Safety Branch, die zuständigen Offiziere bei den Landesmilitärregierungen, der Political Adviser und der Denazification Legal Officer. Diese Stelle wurde damals ebenfalls neu geschaffen und Philip Elman aus der Rechtsabteilung von OMGUS unter Beibehaltung seiner übrigen Pflichten übertragen.

Übersicht 16: Organisation und Personal von OMGUS, Dezember 1946

Military Governor	Gen.	Joseph T. McNarney
Deputy Military Governor	Lt.Gen.	Lucius D. Clay
Special Adviser to Deputy Military Governor for German Civil Administration	Civ.	Walter L. Dorn
Deputy Military Governor for Operations	Maj.Gen.	Frank A. Keating
Chief of Staff	Brig.Gen.	Charles K. Gailey
Secretary General	Col.	William Whipple
Adjutant General	Lt.Col.	George H. Garde
Armed Forces Division		
Director	Maj.Gen.	Robert W. Harper
Demilitarization Branch, Chief	Col.	W. W. Holler
Aviation Branch, Chief	Civ.	G. M. Jones
Personnel and Services Branch, Chief	Col.	L. E. Hobbs
Civil Administration Division		
Director	Civ.	Henry Parkman
Deputy Director	Civ.	Edward H. Litchfield
Governmental Structures Branch, Chief	Civ.	Kenneth A. Dayton
Civil Service Branch, Chief	Lt.Col.	R. P. Rosengren
Population and Survey Branch, Chief	Civ.	Karl A. Shafer
Administrative Courts Branch, Chief	Civ.	B. D. Sartin

Election Affairs Branch, Chief	Civ.	R. M. Scammon
Policy Enforcement Branch, Chief	Col.	M. Boyle
Control Office, Control Officer	Col.	David L. Robinson
Assistant Control Officer for Management	Civ.	Waldemar Thorson
Assistant Control Officer for Statistical Standards	Civ.	P. M. Rouzitsky
Budget Branch, Chief	Civ.	Ralph D. Snow
Accounts Branch, Acting Chief	Civ.	C. Hall
Organization Branch, Chief	Civ.	W. H. Schroder
Reports Branch, Acting Chief	Civ.	John T. Butterwick
Program Branch, Chief	Civ.	Milton E. Muelder
Statistics Branch, Chief	Civ.	Burnham P. Beckwith
Economics Division		
Director	Brig.Gen.	William H. Draper
Acting Deputy Director for Negotiations	Civ.	Don D. Humphrey
Acting Deputy Director for Operations	Civ.	Peter V. Martin
Deputy Director for Administration	Col.	Stephen A. Park
Administration and Personnel Branch, Chief	Lt.Col.	Thurman S. Doman
Reports and Statistical Branch, Chief	Civ.	Saul Nelson
Policy and Coordination Branch, Chief	Civ.	Malcolm S. McComb
Requirements and Allocation Branch, Chief	Civ.	George N. McClusky
Research Control Branch, Chief	Civ.	George Scatchard
Industry Branch, Chief	Col.	Lawrence Wilkinson
Trade and Commerce Branch, Chief	Civ.	Menc S. Szymczak
Decartelization Branch, Chief	Civ.	James S. Martin
Supply Accounting Branch, Chief	Civ.	Moore C. McIntosh
Food and Agriculture Branch, Chief	Col.	Hugh B. Hester
Restitution Branch, Chief	Col.	John H. Allen
BICO Control Group, US Element		
Economics Control Group, Chief	Civ.	Malcom S. McComb
Food Agriculture Control Group, Chief	Lt.Col.	Samuel L. Williams
Finance Division		
Director	Civ.	Jack Bennett
Deputy Director	Civ.	Theodore H. Ball
Public Finance Branch, Acting Chief	Civ.	Robert P. March
Property Control Branch, Chief	Civ.	E. N. Reinsel
External Assets and Intelligence Branch, Chief	Civ.	Albert Bender
Foreign Exchange and Blocking Control Branch, Chief	Civ.	Jo Fisher Freeman
Financial Institutions Branch, Chief	Civ.	Walter Lichtenstein
Foreign Exchange Depository, Frankfurt, Chief	Col.	William G. Brey
Office of the Director of Information Control		
Director	Brig.Gen.	Robert A. McClure
Deputy Director	Lt.Col.	William Kinard
Plans and Directives Branch, Chief		
Quadripartite Affairs Branch, Chief	Civ.	Alfred V. Boerner
Public Relations and Reports Branch, Chief	Civ.	Paul Conant
Zonal Affairs Branch, Chief	Maj.	Duncan MacBryde
Business Management Branch, Chief	Civ.	John Kidder
Publications Control Branch, Chief	Lt.Col.	Douglas Waples
Radio Control Branch, Acting Chief	Civ.	Charles S. Lewis
Intelligence Branch, Acting Chief	Civ.	Robert C. Schmid
Press Control Branch, Chief	Civ.	Arthur D. Eggleston
Film, Theater, Music Control Branch, Chief	Civ.	Eric T. Clarke

Office of Director of Intelligence		
Director	Col.	Peter P. Rodes
Analysis, Research and Reports Branch, Chief	Civ.	Lawrence E. DeNeufville
Liaison Officer	Lt.Col.	J. Dasher
Counterintelligence Policy and Liaison Branch, Chief	Maj.	H. Lindjord
Civil Censorship Policy and Liaison Branch, Chief	Civ.	E. Kabzenell
Internal Affairs and Communications Division		
Acting Director	Civ.	Henry Parkman
Deputy Director	Col.	W. P. Pence
Communications Branch, Chief	Civ.	Eugene H. Merrill
Public Health and Welfare Branch, Chief	Col.	Milford T. Kubin
Public Safety Branch, Chief	Civ.	Orlando W. Wilson
Education and Religious Affairs Branch, Chief	Civ.	J. W. Taylor
Legal Division		
Director	Civ.	Alvin J. Rockwell
Assistant Director	Col.	John M. Raymond
War Crimes Branch, Acting Chief	Civ.	Ben Smith
Administration of Justice Branch, Chief	Civ.	Haven Parker
Legislative Branch, Chief	Civ.	Samuel Kramer
Prison Branch, Chief	Civ.	Sidney H. Souter
Legal Advice Branch, Chief	Civ.	B. J. Habberton
Board of Clemency, Chairman	Civ.	J. J. Walsh
Military Government Court for Civil Actions (Stuttgart), Judge	Civ.	H. Gerhart
Manpower Division		
Director	Civ.	Leo R. Werts
Reports and Statistical Branch, Chief	Civ.	E. L. Deuss
Labor Relations Branch, Chief	Maj.	Harold F. Mullaney
Wages and Labor Standards Branch, Chief	Civ.	Sol D. Ozer
Social Insurance Branch, Chief	Civ.	M. G. Murray
Manpower Allocation Branch, Chief	Civ.	George S. Wheeler
Office of the Naval Adviser		
Naval Adviser	Rear Adm.	R. E. Schuirman
Deputy Naval Adviser	Capt.	E. J. Burke
Office of the Personnel Officer		
Personnel Officer	Col.	James T. Duke
Military Personnel Branch, Chief	Col.	Louis G. Gibney
US Civilian Personnel Branch, Chief	Civ.	G. B. Robbins
Administrative Branch	Lt.Col.	Saul S. Dorfman
Indigenous Personnel Branch, Chief	Lt.Col.	Everett A. Luckenbach
Office of the US Political Adviser		
Political Adviser	Amb.	Robert D. Murphy
Director of Political Affairs	Civ.	Donald R. Heath
Deputy Director of Political Affairs		Loyd V. Steere
Information Control Branch, Chief		Thomas J. B. Wenner
Economic Branch, Chief		Loyd V. Steere
Exploitation German Archives Branch, Chief		C. P. English
Political Branch, Chief	Civ.	Warren M. Chase
Prisoners of War and Displaced Persons Division		
Director	Brig.Gen.	Stanley R. Mickelsen
Displaced Persons and Stateless Persons Branch, Chief	Lt.Col.	James P. Abbott

Refugees and United Nations Prisoners of War Branch, Chief	Lt.Col.	Charles E. Boyle
Repatriation Branch, Chief	Maj.	John F. Asselta
Public Relations Office		
Director	Civ.	William R. Haggard
Transport Division		
Acting Director	Col.	Hans W. Holmer
Deputy Director	Col.	John S. Niles
Road Branch, Chief	Civ.	C. E. Calvert
Water Branch, Chief	Civ.	D. R. Neff
Rail Branch, Chief	Civ.	E. V. Breitenbach
Movement and Traffic Branch (Rear Echelon Frankfurt), Chief	Col.	A. H. Schroeder
Regional Government Coordinating Office (Stuttgart)		
Director	Col.	William W. Dawson
Office of the Chief of Counsel for War Crimes (Nürnberg)		
Chief	Brig.Gen.	Telford C. Taylor

12. Die Besatzungsverwaltung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet[140]

Die Aufteilung Deutschlands westlich von Oder und Neiße in vier Besatzungszonen spaltete das Land auch wirtschaftlich. In Vorbereitung der Teilnahme der westlichen Zonen am Marshall-Plan war es aus der Sicht vor allem der amerikanischen Besatzungsmacht wichtig, die Nachteile auszugleichen, die dadurch entstanden waren, daß deutsche Zentralbehörden auch für die Bereiche nicht errichtet worden waren, in denen das Potdamer Abkommen vom 2. August 1945 entsprechendes vorsah. Dahingehende amerikanische Vorstöße waren im Kontrollrat immer wieder gescheitert. Die Errichtung eines Länderrates für das amerikanische Besatzungsgebiet mit Sitz in Stuttgart diente dann als erster Schritt zur Verwirklichung der amerikanischen Bestrebungen wenigstens für die eigene Zone.

Obwohl es im Sommer 1946 ganz offensichtlich war, daß keinerlei Aussichten für eine Einigung der vier Mächte im Sinne einer Errichtung deutscher Zentralbehörden für alle vier Zonen bestanden, machte Eisenhowers Nachfolger General Joseph T. McNarney in der 34. Sitzung des Alliierten Kontrollrats am 20. Juli 1946 seitens der amerikanischen Regierung einen offiziellen Vorstoß zur wirtschaftlichen Vereinigung der vier Zonen. In der nächsten Kontrollratssitzung vom 30. Juli 1946 griff jedoch lediglich Großbritannien den amerikanischen Vorschlag auf. Seitens der Sowjetunion und Frankreichs wurde zwar nicht förmlich gegen das amerikanisch-britische Vorgehen protestiert, die Fusion von Verwaltungen aller vier Zonen jedoch de facto abgelehnt.

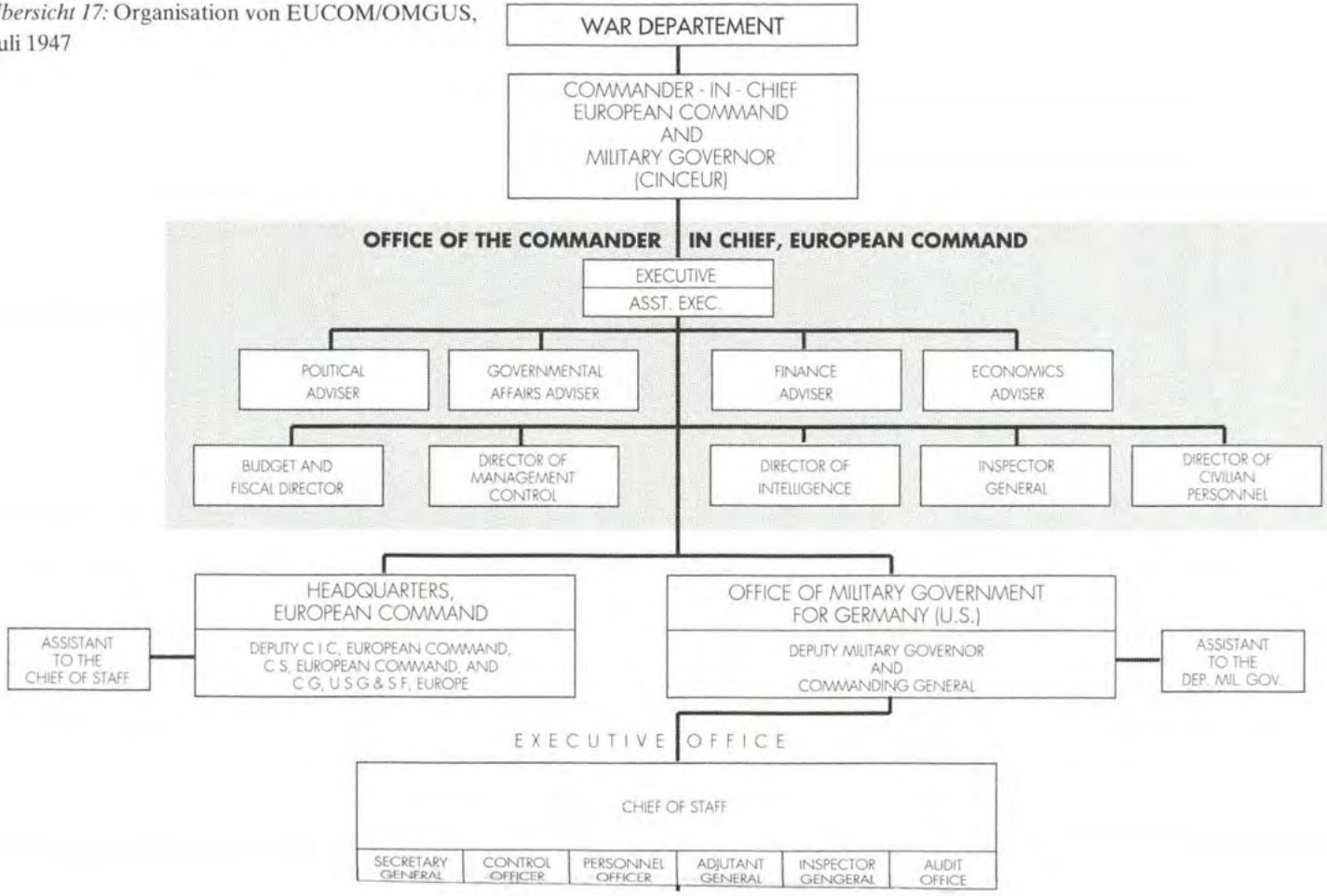
Am 9. August 1946 trafen sich die beiden Stellvertretenden Militärgouverneure des amerikanischen und britischen Besatzungsgebiets zu den ersten vorbereitenden Gesprächen über die wirtschaftliche Vereinigung ihrer beiden Zonen. Bereits bei diesem Treffen kam man überein, daß die beiden Zonenbefehlshaber gemeinsam an der Spitze einer Bipartite Organization[141] stehen und sich zu einem Bipartite Board zusam-

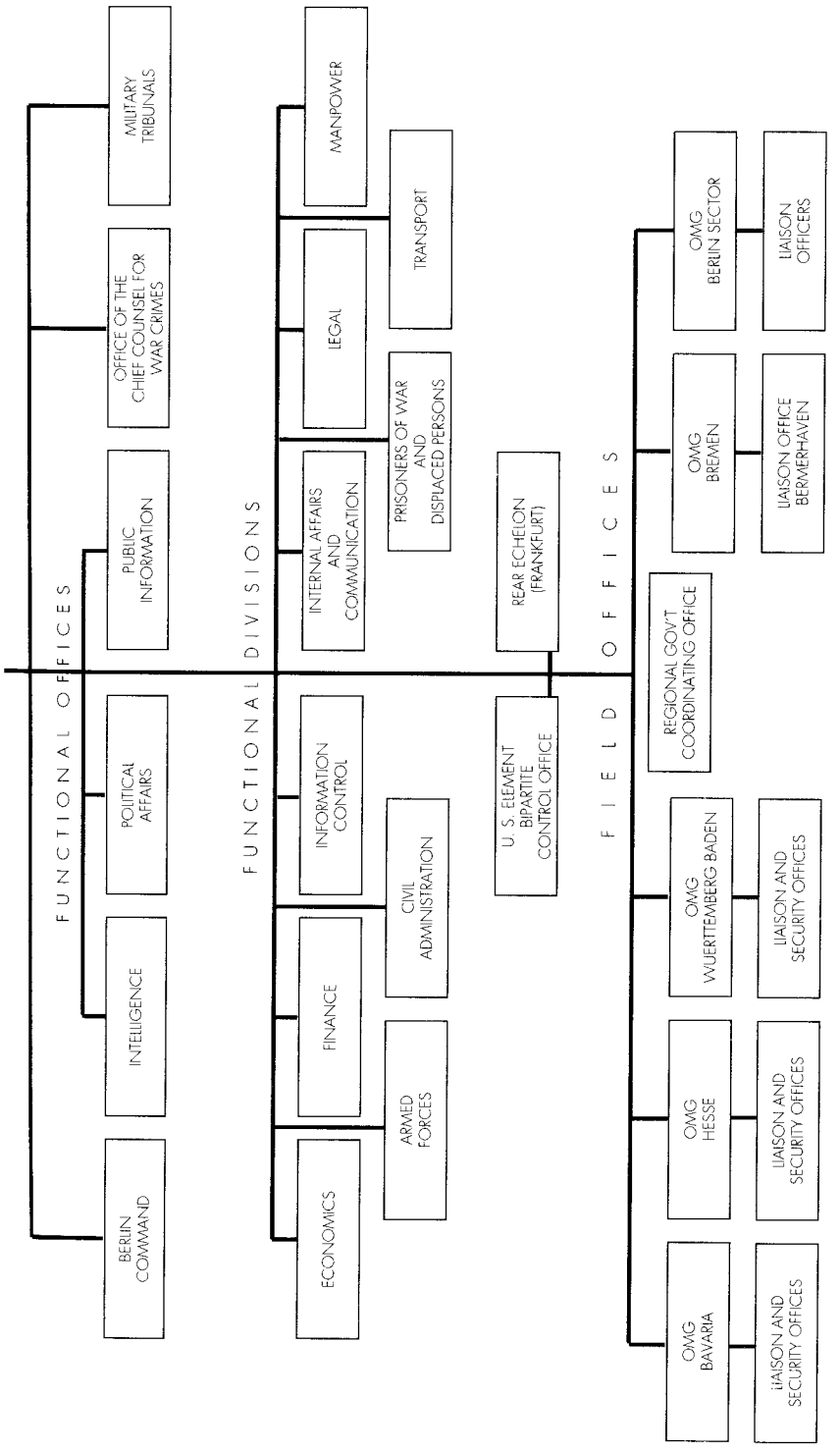
---

[140] Benz: Von der Besatzungsherrschaft, S. 35; Benz: Vorformen, S. 375 ff.

[141] Vgl. zusammenfassend „The Evolution of Bizonal Organization, prepared by Civil Administration Division, OMGUS", 2. Auflage, August 1948 (BA ZD 110/4); Military Government Weekly Information Bulletin vom 24.3.1947 und 1.9.1947.

Übersicht 17: Organisation von EUCOM/OMGUS, Juli 1947




FUNCTIONAL OFFICES
BERLIN COMMAND
INTELLIGENCE
POLITICAL AFFAIRS
PUBLIC INFORMATION
OFFICE OF THE CHIEF COUNSEL FOR WAR CRIMES
MILITARY TRIBUNALS
FUNCTIONAL DIVISIONS
ECONOMICS
FINANCE
ARMED FORCES
INFORMATION CONTROL
CIVIL ADMINISTRATION
INTERNAL AFFAIRS AND COMMUNICATION
PRISONERS OF WAR AND DISPLACED PERSONS
LEGAL
TRANSPORT
MANPOWER
U. S. ELEMENT BIPARTITE CONTROL OFFICE
REAR ECHELON (FRANKFURT)
FIELD OFFICES
OMG BAVARIA
LIAISON AND SECURITY OFFICES
OMG HESSE
LIAISON AND SECURITY OFFICES
OMG WUERTTEMBERG BADEN
LIAISON AND SECURITY OFFICES
REGIONAL GOV'T COORDINATING OFFICE
OMG BREMEN
LIAISON OFFICE BERMERHAVEN
OMG BERLIN SECTOR
LIAISON OFFICERS

menschließen sollten. Der Gedanke, den Bipartite Board im Rahmen der Viermächtekontrollbehörde zu etablieren, ist offensichtlich erwogen, aber schon bald verworfen worden. Immerhin nannte man den Bipartite Board umgangssprachlich einen Zweimächte-Kontrollrat.[142] Bei diesem Treffen kam man ferner überein, durch die beiden Stellvertretenden Militärgouverneure Einzelheiten einer gemeinsamen Wirtschaftsorganisation der beiden Zonen ausarbeiten zu lassen. Eine politische oder verwaltungsmäßige Angleichung der Verhältnisse in den beiden Zonen war indes nicht beabsichtigt.

Dem Bipartite Board wurde ein von der Viermächtekontrollverwaltung der Kontrollbehörde ebenfalls völlig unabhängiges Bipartite Secretariat zugeordnet. Wie in Potsdam für alle vier Zonen vorgesehen, wurden nun in der Bizone deutsche Verwaltungsräte (Bizonal Executive Joint Committees) für folgende Sachgebiete gebildet: Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft, Verkehr, Finanzen sowie Post- und Fernmeldewesen.[143] In diesen Verwaltungsräten erhielt jedes deutsche Land in den beiden Zonen je einen Sitz, im Frühjahr 1947 auch die beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg. Jedem Verwaltungsrat stand ein eigenes Verwaltungsamt zur Verfügung, das der Vorsitzende des Rates leitete. Diese fünf Verwaltungsämter wurden in fünf Städten errichtet: für Wirtschaft in Minden, für Ernährung und Landwirtschaft in Stuttgart, für Verkehr in Bielefeld, für Finanzen in Bad Homburg und für das Post- und Fernmeldewesen in Frankfurt. In diesen Ämtern sollten die Zentralverwaltungen in der britischen Zone sowie die Ausschüsse und anderen Organe des Länderrats in Stuttgart aufgehen. Die Durchführung der Beschlüsse der Verwaltungsräte war von entsprechenden Gesetzen und Verordnungen der Länder abhängig. Eine unmittelbare Rechtsetzungsbefugnis bestand also nicht. Lehnten ein oder mehrere Landtage eine bizonale Gesetzesvorlage ab, entschieden die Alliierten, ob die Vorlage nur in den Ländern, in denen die Parlamente zugestimmt hatten, Rechtskraft erhielt oder ob sie als Militärregierungsgesetz auch in den anderen Ländern verbindlich gemacht werden sollte. Der Begriff „bipartite" wurde offiziell ausschließlich für alliierte, der Begriff „bizonal" nur für deutsche Einrichtungen verwandt.

Die deutschen Verwaltungsräte wurden durch die Militärregierung lückenlos und in mehreren Stufen beaufsichtigt. Ebenso wie der Bipartite Board und das Bipartite Secretariat hatte auch die mittlere Kontrollinstanz ihren Sitz in Berlin. Zunächst Committees genannt, wurden in Berlin britische und amerikanische Fachbeamte auf der Ebene der Abteilungsleiter zu Bipartite Panels zusammengefaßt. Den fünf Fachbereichen entsprechend gab es diese Ausschüsse auf den Gebieten der Wirtschaft, der Finanzen, der Ernährung und Landwirtschaft, des Verkehrs und der Post. Die untere Instanz der Zweimächteverwaltung bildeten Bipartite Control Groups, die ihren Sitz in den Städten hatten, in denen sich die entsprechenden deutschen Verwaltungen befanden. Die Entscheidung der beiden Oberbefehlshaber, die amerikanische und britische Zone zu einer Wirtschaftseinheit zusammenzufassen, wurde formal durch ein Übereinkommen der beiden Außenminister Byrnes und Bevin vom 2. Dezember 1946 bestätigt.

Der zweite Schritt, der eine wesentliche Verstärkung der gemeinsamen britisch-amerikanischen Organisation in der Bizone brachte, erfolgte durch Übereinkunft der beiden Mächte vom 29. Mai 1947. Damals wurden die deutschen Verwaltungsräte in Ver-

---

[142] Eckhardt: Ein unordentliches Leben, S. 139. Vgl. Report of the Military Governor, Nr. 14 vom 20.9.1946, S. 1.

[143] Zu den Einzelheiten des Verwaltungsaufbaus vgl. vor allem Vogel: Westdeutschland 1–3.

waltungen (Departments) umgewandelt sowie ein deutscher Wirtschaftsrat und ein Exekutivrat errichtet, dem Vertreter aller acht Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebietes angehörten. Auf alliierter Seite blieben Bipartite Board und Bipartite Secretariat in Berlin bestehen, doch wurden die bisherigen Bipartite Panels in Berlin und die bei den bisherigen deutschen Verwaltungsämtern eingerichteten Bipartatite Control Groups aufgelöst. Allerdings berieten bisherige Mitglieder der Panels in Berlin auch in Zukunft die Leiter der Fachabteilungen von OMGUS bzw. britischer Militärregierung. In Frankfurt am Main wurde ein Bipartite Control Office (Zweizonen-Kontrollamt) errichtet. BICO – so lautete die bald gebräuchliche Kurzform – hatte je einen britischen und amerikanischen Leiter. Im Auftrag der beiden Militärgouverneure übte BICO die Kontrolle über den Exekutivrat und die nunmehr von Direktoren geleiteten fünf deutschen Verwaltungen aus. BICO mit seinen etwa 900 Mitarbeitern ist weniger als Behörde, sondern vielmehr als Koordinierungsorgan der beiden Besatzungsmächte anzusehen. Die Federführung wechselte zwischen dem amerikanischen (US Element) und dem britischen (British Element) Anteil, an deren Spitze ein Office of the Chairman – jeweils eines für jede Besatzungsmacht – und sechs Unterabteilungen (Bipartite Groups) stand. Die Verlagerung sowohl der alliierten als auch der deutschen Behörden nach Frankfurt erfolgte nur schrittweise.

Seit dem Herbst 1947 wurde die Arbeit des Bipartite Board, also der beiden Militärgouverneure oder ihrer Stellvertreter, nicht nur vom Sekretariat, sondern auch von mehreren Beratern (Advisers) unterstützt, die meist den früheren Panels angehört hatten. Das Bipartite Control Office bestand damals – sieht man von dem Office of the Chairman ab, in dem ein amerikanischer und ein britischer Anteil aufrechterhalten wurden – aus sechs, seit Anfang Januar 1948 integrierten Bipartite Groups für Wirtschaft bzw. Handel und Industrie, Ernährung und Landwirtschaft, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Finanzen und öffentlicher Dienst. Ebenfalls seit Januar 1948 waren die Bipartite Groups nicht mehr mit je einem Leiter britischer und amerikanischer Herkunft, sondern vielmehr nur noch mit einem Chef ausgestattet. Die Unterabteilungen (BICO Groups) für Commerce and Industry, Food, Agriculture and Forestry und Civil Service standen unter amerikanischer, die übrigen drei Unterabteilungen für Transport, Finance sowie Communication unter britischer Leitung. Den Stellvertreter stellte jeweils die andere Seite. Falls Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Unterabteilungsleiter (Group Chief) und seinem Stellvertreter – formal also Streitpunkte zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien – nicht überbrückt werden konnten, waren sie den beiden BICO Chairmen zur Entscheidung vorzulegen.

Für die Verwaltungstätigkeit von OMGUS ist die Feststellung zu treffen, daß im Laufe der Zeit immer mehr Zuständigkeiten von den Fachabteilungen der amerikanischen Militärregierung in Berlin an das Bipartite Control Office bzw. ihm nachgeordnete deutsche Stellen übertragen wurden. Die gleichzeitige personelle Verringerung war auch darauf zurückzuführen, daß sich die Tätigkeit der amerikanischen Militärregierung hinsichtlich der Intensität der Überwachung deutscher Maßnahmen ebenfalls kontinuierlich verringerte.

Eine Darstellung der alliierten Zweizonenverwaltung wäre nicht vollständig, würde man die nachgeordneten Einrichtungen nicht erwähnen. Neben dem Military Security Board (Militärisches Sicherheitsamt) gab es die wirtschaftspolitisch hoch bedeutsame Joint Export Import Agency (JEIA), die Joint Foreign Exchange Agency (JFEA), die Allied Bank Commission, die Combined Coal Control Group, die Combined Steel Control Group und den Combined Travel Board.

An der Allied Bank Commission, der JEIA, der JFEA und dem Military Security Board war seit Herbst 1948 auch Frankreich beteiligt. Eine „eigentliche" Dreimächte-

Behörde entstand aber nur durch die Zusammenlegung von JEIA und Office du Commerce Extérieur (Oficomex) im Oktober 1948. Dann entwickelten sich regelmäßige Konferenzen der drei Militärgouverneure, die als Tripartite Board tagten.
Die innere Organisation von BICO veränderte sich im Frühjahr 1948 noch dadurch, daß eine Decartelization Commission, eine Legal Group und ein Bipartite Statistical Office, letzteres mit Sitz in Wiesbaden, geschaffen wurden. Auch bei dem Bipartite Statistical Office handelte es sich nicht um eine nachgeordnete Behörde, sondern um eine Verwaltungseinheit innerhalb des Bipartite Control Office. BICO wurde dann kurzfristig noch um eine Manpower Group, eine US Customs Group, eine Central Bank Group erweitert, doch hatten diese organisatorischen Änderungen auf die Verwaltung der amerikanischen Militärregierung, also von OMGUS, keinen entscheidenden Einfluß mehr.

Übersicht 18: Organisation und Personal von EUCOM/OMGUS, September 1947

EUROPEAN COMMAND (EUCOM)

Office of the Commander-in-Chief		
Commander-in-Chief and Military Governor	Gen.	Lucius D. Clay
Special Adviser	Civ.	J. Anthony Panuch
Political Adviser	Amb.	Robert D. Murphy
Economics Adviser	Maj.Gen.	William H. Draper
Finance Adviser	Civ.	Jack Bennett
Special Assistant	Civ.	F. L. Devereux
Budget and Fiscal Director	Col.	J. J. Dubbelde
Director of Management Control	Civ.	James L. Sundquist
Director of Intelligence	Maj.Gen.	R. L. Walsh
Inspector General	Maj.Gen.	Louis A. Craig
Director of Civilian Personnel	Civ.	Robert M. Barnett
Office of Military Government for Germany (US)		
Commanding General, OMGUS, and Deputy Military Governor, US-Zone	Maj.Gen.	George P. Hays
Assistant to Deputy Military Governor	Brig.Gen.	William Hesketh
Chief of Staff	Brig.Gen.	Charles K. Gailey
Secretary General	Col.	H. R. Maddux
Control Officer	Civ.	James L. Sundquist
Personnel Officer	Col.	James T. Duke
Adjutant General	Lt.Col.	George H. Garde
Audit Office, Chief	Civ.	Moore C. McIntosh
Director of Intelligence	Col.	Peter P. Rodes
Director of Political Affairs	Civ.	Loyd V. Steere
Director of Public Information	Civ.	William R. Haggard
Armed Forces Division		
Director	Maj.Gen.	William E. Hall
Air Forces Branch, Chief	Lt.Col.	D. E. Kunkel
Civil Aviation Branch, Chief	Col.	G. M. Jones
Navy Branch (attached), Chief	Capt.	J. S. Crenshaw
Army Branch, Chief	Col.	T. B. Whitted
Civil Administration Division		
Director	Civ.	Edward H. Litchfield
Deputy Director for Bizonal Affairs	Civ.	Kenneth A. Dayton
Civil Service and Administrative Courts Branch, Chief	Civ.	Ellsworth D. Wolfsperger

Election and Political Parties Branch, Chief	Civ.	R. M. Scammon
Governmental Structures Branch, Chief	Civ.	Hans Simons
Legislation Branch, Chief	Civ.	H. Philip Mettger
Policy Enforcement Branch, Chief	Lt.Col.	L. G. Kelly
Population and Survey Branch, Chief	Civ.	Karl A. Shafer
Economics Division		
Director	Civ.	Lawrence Wilkinson
Deputy Director for Administration	Col.	Stephen A. Park
Deputy Director for Negotiations	Civ.	Don D. Humphrey
Deputy Director for Bizonal Operations	Civ.	A. S. Barrows
Reports and Statistics Branch, Chief	Civ.	Saul Nelson
Research Control Branch, Chief	Civ.	C. H. Nordstrom
Industry Branch, Chief	Civ.	H. L. Berno
Trade and Commerce Branch, Chief	Civ.	Spencer Phenix
Decartelization Branch, Chief	Civ.	Philip Hawkins
Food and Agriculture Branch, Chief	Col.	Hugh B. Hester
Restitution Branch, Chief	Col.	John H. Allen
Finance Division		
Director	Civ.	Theodore H. Ball
Deputy Director	Civ.	Jo Fisher Freeman
Executive	Civ.	Albert Bender
Public Finance Branch, Chief	Civ.	Howard P. Jones
Property Control Branch, Chief	Civ.	E. N. Reinsel
External Assets and Intelligence Branch, Chief	Civ.	Samuel M. Rose
Foreign Exchange Depository (Frankfurt), Chief	Col.	William G. Brey
Finance Institutions Branch, Chief	Civ.	Richard P. Aikin
Information Control Division		
Director	Col.	Gordon E. Textor
Deputy Director	Civ.	Thomas P. Headen
Publications Control Branch, Chief	Civ.	Douglas Waples
Radio Control Branch, Chief	Civ.	Charles S. Lewis
Press Control Branch, Chief	Civ.	Arthur D. Eggleston
Film, Theater, Music Control Branch, Chief	Civ.	Eric T. Clarke
Research Branch, Chief	Civ.	Robert C. Schmid
Internal Affairs and Communications Division		
Director	Civ.	George B. McKibbin
Deputy Director	Col.	Emil Lenzner
Communications Branch, Chief	Civ.	Eugene H. Merrill
Public Safety Branch, Chief	Civ.	Theo E. Hall
Education and Religious Affairs Branch, Chief	Civ.	Richard T. Alexander
Public Health Branch, Chief	Col.	Milford T. Kubin
Public Welfare Branch, Chief	Civ.	Mildred L. C. Biklen
Legal Division		
Director	Civ.	Alvin J. Rockwell
Associate Director	Col.	John M. Raymond
Board of Clemency, Chairman	Civ.	J. J. Walsh
Military Government Court for Civil Actions (Stuttgart), Judge	Civ.	H. Gerhart
War Crimes Branch, Chief	Civ.	Ben Smith
Legislation Branch, Chief	Civ.	H. E. Schopler
Legal Advice Branch, Chief	Civ.	William E. McCurdy

Administration of Justice Branch, Chief	Civ.	Haven Parker
Prison Branch, Chief	Civ.	T. Wade Markley
Manpower Division		
Director	Civ.	Leo R. Werts
Labor Relations Branch, Chief	Maj.	Harold F. Mullaney
Wages and Labor Standards Branch, Chief	Civ.	Sol D. Ozer
Social Insurance Branch, Chief	Civ.	M. G. Murray
Manpower Allocation Branch, Chief	Civ.	George S. Wheeler
Prisoners of War and Displaced Persons Division		
Director (Frankfurt)	Brig.Gen.	Thomas L. Harrold
Combined Repatriation Branch, Chief	Maj.	John F. Asselta
Displaced Persons Branch, Chief	Lt.Col.	James P. Abbott
Refugees Branch, Chief	Col.	Charles E. Boyle
Transport Division		
Director	Col.	Hans W. Holmer
Executive	Civ.	W. A. Fagan
Road Branch, Chief	Civ.	C. E. Calvert
Water Branch, Chief	Civ.	D. R. Neff
Rail Branch, Chief	Civ.	E. V. Breitenbach
Movements Branch, Chief	Civ.	J. C. Cook
Regional Government Coordinating Office (Stuttgart)		
Director	Lt.Col.	Charles D. Winning

The Bipartite Organisations in the US/UK Zones

Bipartite Board (Located in Berlin)		
US Member Commander-in-Chief, EUCOM, and Military Governor, US Zone	Gen.	Lucius D. Clay
UK Member Deputy Military Governor, British Zone	Lt.Gen.	Sir Brian H. Robertson
Bipartite Secretariat (Located in Berlin)		
US Chairman	Civ.	Clarence L. Adcock
UK Chairman	Lt.Gen.	Sir Gordon N. Macready
Economics Group (Temporarily located in Minden)		
US Member	Civ.	A. S. Barrows
UK Member	Brig.Gen.	J. G. Cowley
Joint Export-Import Agency (Temporarily located in Minden)		
US Member	Civ.	Roy J. Bullock
UK Member	Civ.	John F. Cahan
Finance Group (Located in Frankfurt)		
US Member	Lt.Col.	Emery D. Stoker
UK Member	Civ.	J. T. Lisle
Food and Agriculture Group (Located in Frankfurt)		
US Member	Civ.	J. C. Lynn
UK Member	Civ.	H. P. Elder
Transport Group (Temporarily located in Bielefeld)		
US Member	Col.	A. H. Schroeder
UK Member	Maj.Gen.	Sir Donald McMullen

Communications Group (Located in Frankfurt)		
US Member	Civ.	W.L. Slattery
UK Member	Civ.	Ronald W.C. Alford
Civil Service Group (Located in Frankfurt)		
US Member	Civ.	Ellsworth D.Wolfsperger
UK Member	Maj.	Vat A.C. Wade (retired)
Office of the Chief of Counsel for War Crimes (Nürnberg)		
Chief of Counsel	Brig.Gen.	Telford C.Taylor

13. Die Errichtung von EUCOM und die Verwaltungsreformen bei OMGUS im Jahre 1948

Am 15. März 1947 hatte General Lucius D. Clay den bisherigen Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa (Commander-in-Chief of the United States Forces in the European Theater, USFET), General Joseph T. McNarney, abgelöst. Die Funktion des Deputy Military Governor und damit des Commanding General von OMGUS übernahm am selben Tag Generalmajor Frank A. Keating. Gleichzeitig wurde USFET in European Command (EUCOM) umbenannt und reorganisiert. Generalmajor Clarence R. Huebner wurde zum Deputy Commander-in-Chief, EUCOM, bestellt.[144]

Unter EUCOM verstand man alle amerikanischen Einheiten und Kommandobehörden sowie sonstige Organisationen und Einrichtungen, die für die Sicherheit und sonstige logistische Unterstützung der amerikanischen Militärregierungen in Deutschland und Österreich verantwortlich waren. Der Stellvertreter des Commander-in-Chief, Generalmajor Clarence R. Huebner, war gleichzeitig Chef des Stabes bei EUCOM und Kommandierender General der amerikanischen Bodentruppen in Europa (Ground and Services Forces, Europe) mit Sitz in Frankfurt am Main. Stellvertretender Chef des Stabes bei EUCOM und Chef des Stabes der US Ground and Services Forces, Europe, war – ebenfalls in Frankfurt – Generalmajor Miller G. White. Er stützte sich auf einen Deputy Inspector General (Brigadegeneral William Hesketh), einen Deputy and Fiscal Director (Oberst Rutter), einen Director of Public Information (Oberst Eyster), und einen Secretary General Staff (Oberst Hill), die alle ebenso wie der Generalstab selbst in Frankfurt residierten. Der Generalstab gliederte sich – wie üblich – in fünf Abteilungen.

Übersicht 19: Organisation des General Staff, EUCOM, März 1947

- G-1 Director of Personnel and Administration
  Maj.Gen. Bevans
- G-2 Deputy Director of Intelligence
  Col. Schow
- G-3 Director of Operations, Plans, Organization and Training
  Brig.Gen. Allen
- G-4 Director of Services, Supply and Procurement
  Maj.Gen. Magruder
- G-5 Director of Civil Affairs
  Maj.Gen. Thomas L. Harrold

---

[144] General Order Nr. 18 vom 15.3.1947. Vgl. Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 258ff. Vgl. 2/135-1/36.

Durch General Order Nr.66, EUCOM, vom 24.Juli 1947 wurde die Bezeichnung Headquarters, European Command, Berlin, in Office of the Commander-in-Chief, European Command, Berlin, umbenannt.[145]Das Hauptquartier des European Command bestand im wesentlichen aus drei Teilen: dem Office of the Commander-in-Chief, European Command and Military Governor, in Berlin; dem Headquarters, European Command, in Frankfurt unter dem unmittelbaren Befehl des Deputy Commander-in-Chief and Chief of Staff, European Command, und schließlich dem Hauptquartier von OMGUS in Berlin unter dem Befehl des Deputy Military Governor and Commanding General, OMGUS. Aus Gründen der Arbeitsökonomie waren bestimmte Offiziere jedoch im Office of the Commander-in-Chief und im Headquarters, European Command, oder bei OMGUS oder sogar bei allen drei Stellen eingesetzt. Das Office of the Commander-in-Chief, European Command, gliederte sich seinerseits in mehrere, früher OMGUS zugeordnete Berater und den Director of Civilian Personnel, den Director of Management Control, den Director of Intelligence, den Inspector General und den Budget Fiscal Director. Die Dienststellenverwaltung von CINCEUR war OMGUS zugeordnet. In der Durchführung seiner Verpflichtungen als Militärregierung war OMGUS völlig unabhängig vom European Command. In Angelegenheiten militärischer Art war OMGUS jedoch nur eine von mehreren Kommandobehörden von EUCOM, welcher der Commander-in-Chief jedoch in Einzelfällen Privilegien im Verkehr mit den übrigen höheren Kommandobehörden gewährte.

Übersicht 20: Organisation und Personal von EUCOM/OMGUS, Februar 1948

EUROPEAN COMMAND

Office of the Commander-in-Chief		
Commander-in-Chief and Military Governor	Gen.	Lucius D. Clay
Special Adviser	Civ.	J. Anthony Panuch
Political Adviser	Amb.	Robert D. Murphy
Finance Adviser	Civ.	Jack Bennett
Special Assistant	Civ.	F. L. Devereux
Budget and Fiscal Director	Col.	J. J. Dubbelde
Director of Management Control	Civ.	James L. Sundquist
Management and Reports Branch, EUCOM, Chief	Civ.	W. H. Schroder
Director of Intelligence	Maj.Gen.	R. L. Walsh
Inspector General	Maj.Gen.	Louis A. Craig
Director of Civilian Personnel	Civ.	Robert M. Barnett

OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT FOR GERMANY (OMGUS)

Commanding General, OMGUS, and Deputy Military Governor	Maj.Gen.	George P. Hays
Assistant to Deputy Military Governor	Brig.Gen.	William Hesketh
Chief of Staff	Brig.Gen.	Charles K. Gailey
Secretary General	Col.	H. R. Maddux
Control Office		
Control Officer	Civ.	James L. Sundquist
Budget and Fiscal Control Branch, Chief	Civ.	Ralph D. Snow
Graphics Branch, Chief	Civ.	Howard Denby

[145] AG 1947/122/5. Vgl. auch 5/458-2/31.

Organization and Program Branch, Assistant Chief	Civ	Beryl R. McClaskey
Reports Branch, Chief	Civ.	Harold G. Carlson
Statistics Branch, Chief	Civ.	Burnham P. Beckwith
Office of Personnel Officer		
Personnel Officer	Col.	James T. Duke
Deputy Personnel Officer	Col.	John C. Arrowsmith
Civilian Personnel Branch, Chief	Civ.	John E. Tromer
Administrative Branch, Chief	Lt.Col.	Saul S. Dorfman
Military Personnel Branch, Chief	Col.	Louis G. Gibney
Indigenous Personnel Branch, Chief	Maj.	Henry W. Cornell
Office of the Adjutant General		
Adjutant General	Lt.Col.	George H. Garde
Miscellaneous Branch, Chief	Capt.	Clifford J. Storlie
Military Personnel Branch, Chief	Maj.	Roscoe L. Bates
Reference Library, Chief	Civ.	Henry A. Dunlap
Travel Branch, Chief	Maj.	John B. Mallon
Combined Travel Branch, Chief	Civ.	Jean J. Chenard
Publications Branch, Chief	1st Lt.	Monroe M. Richardson
Records Branch, Chief	Capt.	Robert E. Reed
Cable Control Branch, Chief	Civ.	Henry F. Roemmele
Message Control Branch, Chief	Capt.	Homer C. Kelso
Office of Inspector General		
Inspector General	Col.	Walter E. Jenkins
Audit office		
Chief	Civ.	Moore C. McIntosh
Office of Director of Intelligence		
Director	Col.	Peter P. Rodes
Deputy Director	Civ.	Lawrence E. DeNeufville
Analysis and Research Branch, Chief	Civ.	Lawrence E. DeNeufville
Security Branch, Chief	Civ.	Laughlin A. Campbell
Administration Branch, Chief	WOJG	Robert Baker
Office of the Director of Political Affairs		
Director	Civ.	James W. Riddleberger
Political Branch, Chief	Civ.	Warren M. Chase
Economics Branch, Acting Chief	Civ.	Wesley C. Haraldson
American Consulate General	Civ.	Marshall M. Vance
Public Information Office		
Director	Civ.	William R. Haggard
Office of Naval Adviser		
Naval Adviser	Rear Adm.	R. E. Schuirman
Deputy Naval Adviser	Capt.	J. S. Crenshaw
Armed Forces Division		
Director	Maj.Gen.	William E. Holl
Deputy Director	Col.	T. B. Whitted
Air Forces Branch, Chief	Lt.Col.	D. E. Kunkel
Army Branch, Chief	Col.	T. B. Whitted
Civil Aviation Branch, Chief	Col.	G. M. Jones
Navy Branch (attached), Chief	Capt.	J. S. Crenshaw
Executive Branch, Chief	Civ.	G. B. Robbins

Civil Administration Division		
Director	Civ.	Edward H. Litchfield
Adviser	Civ.	John Elliot
Deputy Director for Bizonal Affairs	Civ.	Kenneth A. Dayton
Civil Service and Administrative Courts Branch, Chief	Civ.	Ellsworth D. Wolfsperger
Election and Political Parties Branch, Chief	Civ.	R. M. Scammon
Governmental Structures Branch, Chief	Civ.	Hans Simons
Legislation Branch, Chief	Civ.	H. Philip Mettger
Policy Enforcement Branch, Chief	Lt.Col.	L. G. Kelly
Population and Survey Branch, Chief	Civ.	Karl A. Shafer
Secretariat (Council of Foreign Ministers), Chief	Civ.	Alexander R. Forest
Quadripartite Secretariat, Chief	Civ.	William Thad Lovett
Economics Division		
Director	Civ.	Lawrence Wilkinson
Deputy Director for Negotiations	Civ.	Don D. Humphrey
Deputy Director for Administration	Col.	Stephen A. Park
Deputy Director for Minden Operations	Civ.	A. S. Barrows
Administration and Personnel Branch, Chief	Lt.Col.	Thurman S. Doman
Economics Directorate Secretariat, Chief	Lt.Col.	A. D. Poinier
Reports and Statistics Branch, Chief	Civ.	Saul Nelson
Industry Branch, Chief	Civ.	H. L. Berno
Trade and Commerce Branch, Chief	Civ.	Spencer Phenix
Food and Agriculture Branch, Chief	Col.	Hugh B. Hester
Decartelization Branch, Chief	Civ.	Philip Hawkins
Restitution Branch, Chief	Col.	John H. Allen
Supply Accounting Branch, Acting Chief	Civ.	John Kovac
Finance Division		
Director	Civ.	Theodore H. Ball
Deputy Director	Civ.	Jo Fisher Freeman
Reports and Statistics Branch, Chief	Civ.	David Schwartz
Administrative Branch, Chief	Civ.	J. B. A. Robertson
Public Finance Branch, Chief	Civ.	Howard P. Jones
Property Control Branch, Chief	Civ.	E. N. Reinsel
External Assets and Intelligence Branch, Chief	Civ.	Samuel M. Rose
Foreign Exchange and Blocking Control Branch, Chief	Civ.	Judson Jones
Foreign Exchange Depository (Frankfurt), Chief	Col.	William G. Brey
Finance Institutions Branch, Chief	Civ.	Richard P. Aikin
Information Control Division		
Director	Col.	Gordon E. Textor
Deputy Director	Civ.	Thomas P. Headen
Plans and Directives Branch, Chief	Civ.	Alfred V. Boerner
Business Management Branch, Chief	Civ.	John Kidder
Press Control Branch, Chief	Civ.	Arthur D. Eggleston
Radio Control Branch, Chief	Civ.	Charles S. Lewis
Film, Theater and Music Control Branch, Chief	Civ.	Eric T. Clarke
Publications Control Branch, Chief	Civ.	Douglas Waples
Exhibition and Information Centers Branch, Chief	Civ.	William C. Headrick
Research Branch, Chief	Civ.	Robert C. Schmid
Internal Affairs and Communications Division		
Director	Civ.	George B. McKibbin
Deputy Director	Col.	Emil Lenzner
Communications Branch, Chief	Civ.	Eugene H. Merrill

Education and Religious Affairs Branch, Chief	Civ.	Richard T. Alexander
Public Health Branch, Chief	Col.	Milford T. Kubin
Public Safety Branch, Chief	Civ.	Theo E. Hall
Public Welfare Branch, Chief	Civ.	Mildred B. Smith
Legal Division		
Director	Civ.	Alvin J. Rockwell
Associate Director	Col.	John M. Raymond
Consultant	Civ.	Samuel Kramer
Administration of Justice Branch, Chief	Civ.	Haven Parker
Board of Clemency, President	Civ.	J. J. Walsh
Legal Advice Branch, Chief	Civ.	William E. McCurdy
Legislation Branch, Chief	Civ.	H. E. Schopler
Prisons Branch, Chief	Civ.	T. Wade Markley
War Crimes Branch, Chief	Civ.	Ben Smith
Office of Chief of Counsel for War Crimes (Nürnberg)		
Chief	Brig.Gen.	Telford C. Taylor
Manpower Division		
Director	Civ.	Leo R. Werts
Labor Relations Branch, Chief	Maj.	Harold F. Mullaney
Wages, Labor Standards and Housing Branch, Chief	Civ.	Sol D. Ozer
Social Insurance Branch, Chief	Civ.	M. G. Murray
Manpower Allocation Branch, Chief	Civ.	George S. Wheeler
Prisoners of War and Displaced Persons Division		
Director	Brig.Gen.	Thomas L. Harrold
Secretariat, Administrative and Personnel Branch, Chief	Civ.	Ezekiel L. Glazier
Refugees and PW Branch, Chief	Col.	Charles E. Boyle
DP and Stateless Persons Branch, Chief	Lt.Col.	James P. Abbott
Repatriation Branch (Combined Repatriation Executive US Element ACA)	Maj.	John F. Asselta
Transport Division		
Director	Col.	Hans W. Holmer
Movements Branch, Chief	Civ.	J. C. Cook
Rail Branch, Chief	Civ.	E. V. Breitenbach
Road Branch, Chief	Civ.	C. E. Calvert
Water Transport Branch, Chief	Civ.	D. R. Neff

Bipartite Agencies

Bipartite Board		
US Member	Gen.	Lucius D. Clay
UK Member	Lt.Gen.	Sir Brian H. Robertson
Bipartite Secretariat		
US Secretary	Maj.	Walter E. Mather
US Deputy Secretary	Maj.	Gordon L. C. Scott
Bipartite Control Office		
US Chairman	Civ.	Clarence L. Adcock
US Deputy Chairman	Civ.	Robert K. Phelps
Economics Group (Minden)		
US Member	Civ.	A. S. Barrows

Joint Export-Import Agency (Frankfurt-Höchst)		
US Member	Civ.	Roy J. Bullock
Finance Group		
US Member	Lt.Col.	Emery D. Stoker
Food and Agriculture Group		
US Member	Civ.	J. C. Lynn
Transport Group (Bielefeld)		
US Member	Col.	A. H. Schroeder
Communications Group		
US Member	Civ.	W. L. Slattery
Civil Service Group		
US Member	Civ.	Ellsworth D. Wolfsperger
Regional Government Coordinating Office (Stuttgart)		
Director	Col.	Charles D. Winning
Economics Branch, Adviser	Civ.	Carl R. Mahder
Transportation and Communication Branch, Adviser	Civ.	Anton Pabsch
Labor and Welfare Branch, Adviser	Civ.	Heinz Guradze
Reports and Information Branch, Chief	Civ.	Mary Louise Acton
Legislative Review Branch, Chief	Civ.	Dewilda Naramore
Administrative Branch, Chief	Civ.	George Nebgen
Public Information Branch, Chief	Civ.	James G. Lyons

Durch General Order Nr. 18, EUCOM, wurden alle Fachabteilungen von OMGUS, die im weiteren Sinne für wirtschaftliche Angelegenheiten zuständig waren, mit Wirkung vom 1. März 1948 aufgelöst,[146] da die Funktionen im wesentlichen entweder auf das Bipartite Control Office oder auf deutsche Zonen- bzw. Landesdienststellen übergegangen waren. Auf der anderen Seite übernahm OMGUS die Funktionen des Office of the Finance Adivser, CINCEUR, und des Office of the Economics Adviser, CINCEUR, die beide aufgelöst wurden. Mit dieser Reform war eine erhebliche Personalverminderung verbunden. An die Stelle der Direktoren der Fachabteilungen traten nun Experten, die den Rang eines Beraters erhielten. Wie das Beispiel des bereits vorher bestehenden Naval Adviser zeigt, wurden diese Berater von einem Office bei ihrer Arbeit unterstützt. Daher gab es nunmehr bei OMGUS auch ein Office of the Finance Adviser und ein Office of the Economics Adviser. Diese beiden Ämter waren im Bereich der Aufgabenverwaltung im Unterschied zu anderen Offices nicht etwa in Branches, sondern in Groups gegliedert, die nicht oder nur in Ausnahmefällen mit den entsprechenden BICO Groups korrespondierten. So umfaßte das Office of the Finance Adviser unter Leitung des Finance Adviser to the Military Governor and Deputy Military Governor, Jack Bennett, sieht man von den Mitarbeitern in der unmittelbaren Umgebung des Beraters und im Bereich der fachübergreifenden Aufgaben einmal ab, folgende Gruppen:

- Foreign Exchange Policy Group (William S. Balderston)
- Internal Finance Policy Group (Walter Heller)
- Foreign Exchange Depository Group (Col. William G. Brey)
- Financial Intelligence Group (Saul Kagan).

Aus dem Bereich der alten Finance Division und der alten Economics Division wurden einige Kompetenzen in einer neuen Abteilung, der Property Division, unter Lei-

[146] „Reorganization of OMGUS and CINCEUR Functions Relating to Finance, Economics, Transport, Communications, Restitution, Reparations, Decartelization and Property Control" ist überliefert in 5/357-1/14. Zur Property Division vgl. 5/357-1/29-30.

tung von Philip Hawkins, dem bisherigen Leiter der Decartelization Branch in der Economics Division, zusammengefaßt. Außerdem wurde ein Special Consultant to the Deputy Military Governor with respect to affairs of the Property Division in der Person von Theodore H. Ball ernannt. Die neue Abteilung bestand aus folgenden Unterabteilungen:

- Reparations Branch (Orren R. McJunkins)
- Property Control and External Assets Branch (Fred E. Hartzsch) in Wiesbaden
- Restitution Branch (Col. John H. Allen) in Karlsruhe.

Hinzu kam die Central Filing Agency (Zentralmeldeamt) in Bad Nauheim.

Da die bisherige Wirtschaftsabteilung Zuständigkeiten an deutsche Stellen, an das Bipartite Control Office und an eine neue Fachabteilung der Militärregierung, die Property Division, verloren hatte, lag es nahe, dem Office of the Economics Adviser unter Leitung des Economics Adviser to the Military Governor and Deputy Military Governor, Lawrence Wilkinson, und des Deputy to the Economics Adviser, Don D. Humphrey, Zuständigkeiten über den Bereich der alten Wirtschaftsabteilung hinaus zuzuweisen.

Übersicht 21: Organisation des Office of the Economics Adviser, OMGUS, Juni 1948

Economics Adviser

- Food and Agriculture Group (R. A. Ionnes)
- Industry Group (Frank L. Mayer)
- Communications Group (Eugene H. Merrill)
- Research Control Group (C. H. Nordstrom)
- Transport Group (Col. Hans W. Holmer)
- Reports and Statstics Group (Saul Nelson)

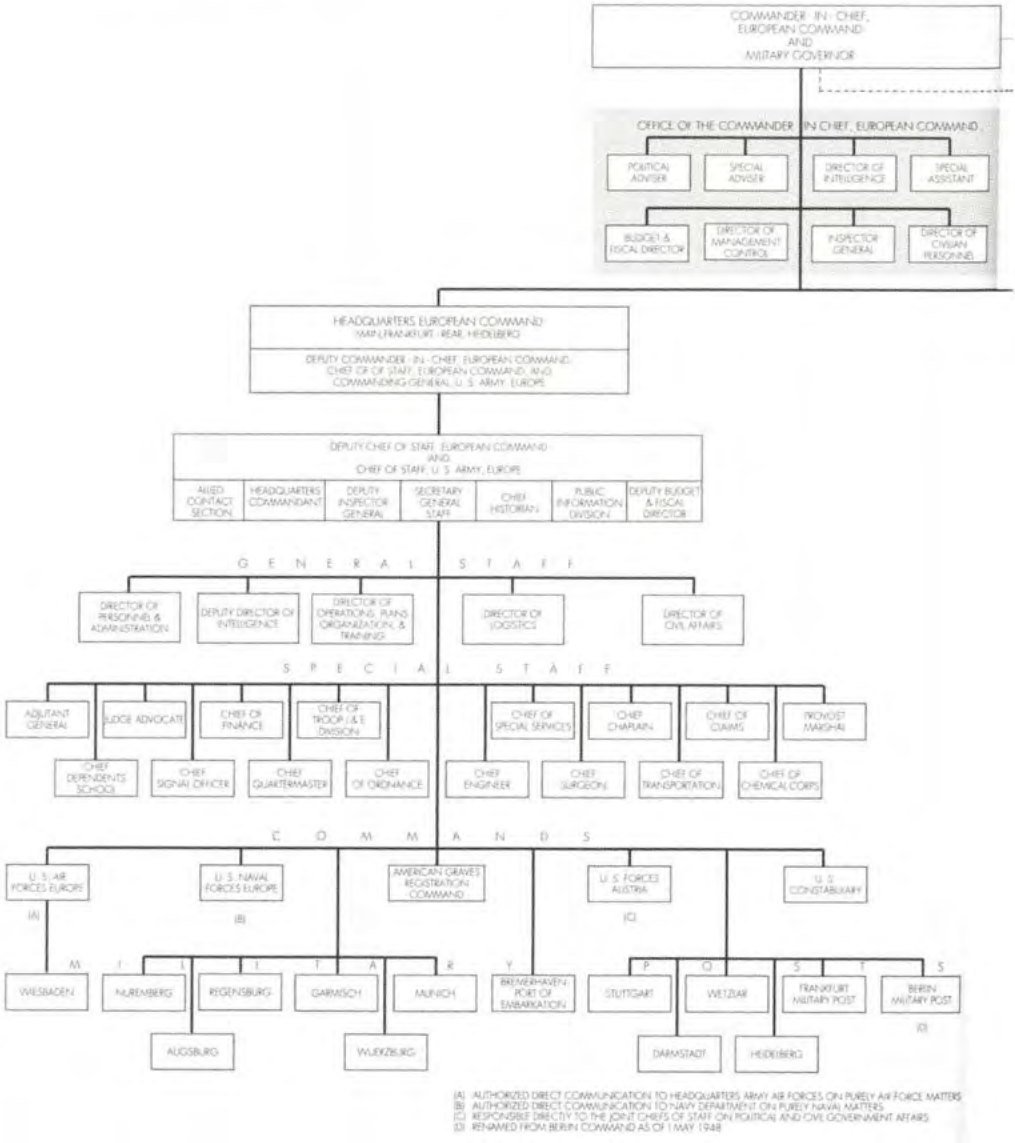
Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß die Transport Division der Militärregierung aufgelöst wurde. Die Erwähnung der Communications Group zeigt darüber hinaus an, daß die organisatorischen Änderungen innerhalb der amerikanischen Militärregierung im Frühjahr 1948 auch andere Bereiche als den der Wirtschaft im weiteren Sinne betrafen. Durch General Order Nr. 6 vom 18. Februar 1948 wurden die Civil Administration Division, die Internal Affairs and Communications Division und die Prisoners of War and Displaced Persons Division neu gegliedert oder aufgelöst.[147] Der Aufgabenbereich der Civil Administration Division wurde neu geschnitten. Der überaus fähige Verwaltungsjurist Edward H. Litchfield[148] blieb Abteilungsleiter, war auch weiterhin für die Unterabteilungen zuständig, welche die wesentliche Arbeit bei der Schaffung der politischen und administrativen Voraussetzungen für die Errichtung der Bundes-

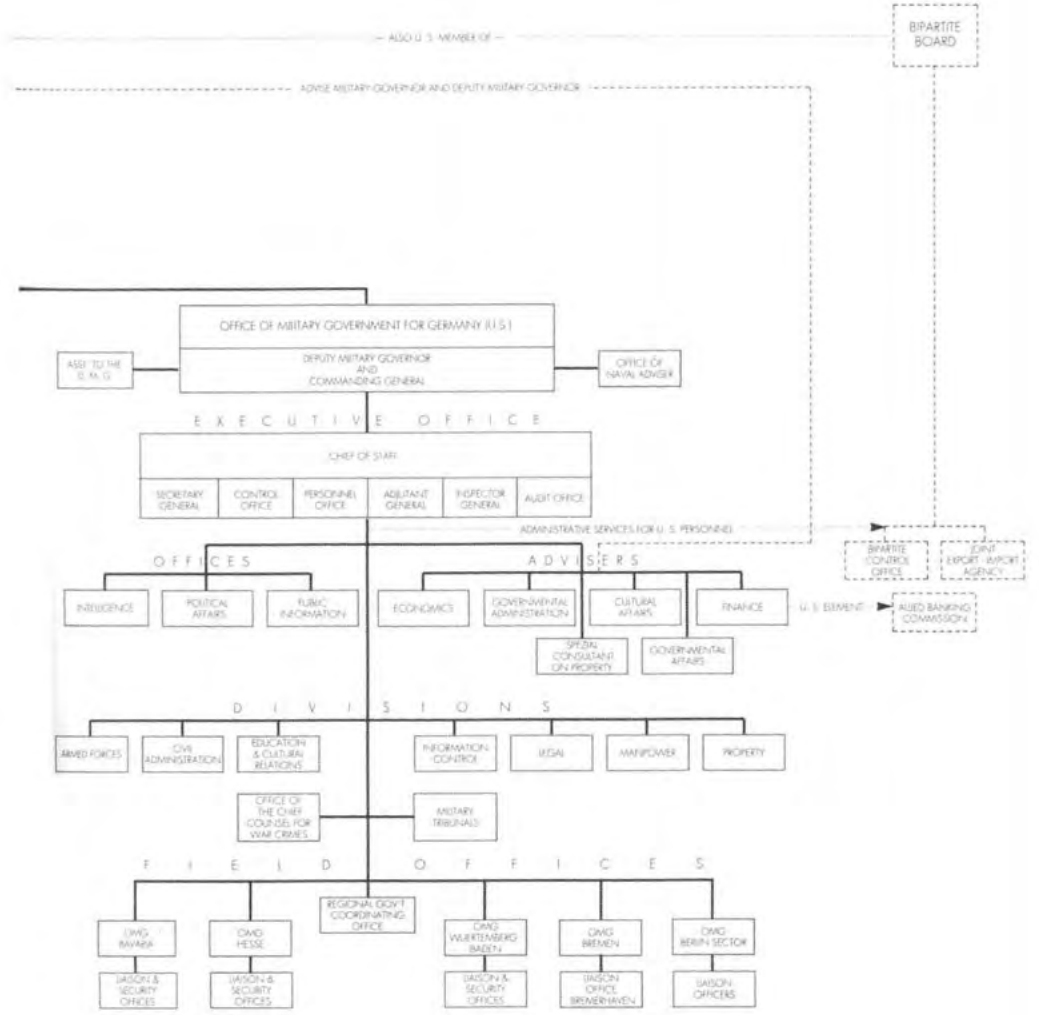
---

[147] „Reorganization of OMGUS Functions Affecting Internal Affairs and Communications, Civil Administration, and Prisoners of War and Displaced Persons Divisions". Vgl. auch 5/357-1/11; 5/357-1/14; 5/363-1/15.

[148] Litchfield: Governing postwar Germany.

Übersicht 22: Organisation von EUCOM/OMGUS, März 1948




ALSO U. S. MEMBER OF
BIPARTITE BOARD
ADVISE MILITARY GOVERNOR AND DEPUTY MILITARY GOVERNOR
OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT FOR GERMANY (U.S.)
ASST. TO THE D. M. G.
DEPUTY MILITARY GOVERNOR AND COMMANDING GENERAL
OFFICE OF NAVAL ADVISER
E X E C U T I V E O F F I C E
CHIEF OF STAFF
SECRETARY GENERAL
CONTROL OFFICE
PERSONNEL OFFICE
ADJUTANT GENERAL
INSPECTOR GENERAL
AUDIT OFFICE
ADMINISTRATIVE SERVICES FOR U. S. PERSONNEL
BIPARTITE CONTROL OFFICE
JOINT EXPORT-IMPORT AGENCY
O F F I C E S
A D V I S E R S
INTELLIGENCE
POLITICAL AFFAIRS
PUBLIC INFORMATION
ECONOMICS
GOVERNMENTAL ADMINISTRATION
CULTURAL AFFAIRS
FINANCE
U. S. ELEMENT
ALLIED BANKING COMMISSION
SPECIAL CONSULTANT ON PROPERTY
GOVERNMENTAL AFFAIRS
D I V I S I O N S
ARMED FORCES
CIVIL ADMINISTRATION
EDUCATION & CULTURAL RELATIONS
INFORMATION CONTROL
LEGAL
MANPOWER
PROPERTY
OFFICE OF THE CHIEF COUNSEL FOR WAR CRIMES
MILITARY TRIBUNALS
F I E L D O F F I C E S
REGIONAL GOV'T COORDINATING OFFICE
OMG BAVARIA
OMG HESSE
OMG WUERTTEMBERG-BADEN
OMG BREMEN
OMG BERLIN SECTOR
LIAISON & SECURITY OFFICES
LIAISON & SECURITY OFFICES
LIAISON & SECURITY OFFICES
LIAISON OFFICE, BREMERHAVEN
LIAISON OFFICERS

republik Deutschland leisten mußten, und erhielt zusätzlich die Unterabteilung für Gesundheitswesen (Public Health), Volkswohlfahrt (Public Welfare), öffentliche Sicherheit (Public Safety) sowie für Kriegsgefangene und Verschleppte (Prisoners of War and Displaced Persons). Schließlich übertrug man Litchfield auch die Zuständigkeiten im Bereich der inneren Verwaltung für Kontrollratsangelegenheiten und damit die Vertretung von OMGUS im Internal Affairs and Communications Directorate des Viermächtekontrollorgans. Dabei hatte er sich je nach dem Gegenstand der Erörterung mit dem Leiter der neuen Education and Cultural Relations Division oder dem Economics Adviser abzustimmen. In diesem Zusammenhang zu erwähnen ist auch die Ernennung von Carl J. Friedrich zum Governmental Affairs Adviser[149] Anfang April 1948. Hier zeigte sich erneut, mit welcher Intensität sich OMGUS auf die Errichtung eines westdeutschen Teilstaates vorbereitete.

In einem Memorandum vom 24. Juli 1948 bezeichnete der Control Officer, James L. Sundquist, die Verwaltungsreformen des Jahres 1948 als die erste Konsolidierung der OMGUS-Zentralverwaltung seit der Herausgabe des Organisationshandbuches vom 7. März 1946.[150] Mitte 1948 bestand die OMGUS-Zentrale aus folgenden Einheiten:

Übersicht 23: Organisation von OMGUS, Mitte 1948

Military Governor
Deputy Military Governor
Chief of Staff
Cultural Affairs Adviser[151]
Governmental Affairs Adviser
Office of the Naval Adviser
Inspector General
Audit Office
Secretary General
Adjutant General
Control Office
Personnel Office
Office of the Director of Intelligence
Office of the Director of Political Affairs
Office of Public Information
Economics Adviser
Finance Adviser
Armed Forces Division
Civil Administration Division
Education and Cultural Relations Division
Information Control Division
Legal Division
Manpower Division
Property Division
Military Tribunals
Office of the Chief of Counsel for War Crimes

Ein offensichtliches Zeichen für die Setzung neuer Prioritäten der amerikanischen Militärregierung war die Schaffung der Education and Cultural Relations Division. Wäh-

---

[149] General Order Nr. 13 vom 8.4.1948. Vgl. auch 5/357-1/11 und 5/357-1/14.

[150] 5/357-1/14.

[151] Durch General Order Nr. 32 vom 9.8.1948 wurde die Position abgeschafft. Zur Education and Cultural Relations Division vgl. 5/364-2/28 und 5/365-1/22.

rend Clay sich zu Beginn seiner Tätigkeit die Entsendung eines Cultural Adviser ausdrücklich verbeten hatte, war nun die wachsende Bedeutung nicht mehr zu übersehen, die insbesondere Schulfragen für die Politik von OMGUS inzwischen bekommen hatten. Hervorzuheben ist im kulturellen Bereich schließlich die Errichtung eines Inter-Divisional Reorientation Committee.[152]

Übersicht 24: Organisation und Personal von CINCEUR/OMGUS, Juni 1948

CINCEUR		
Commander-in-Chief and Military Governor	Gen.	Lucius D. Clay
Political Adviser	Amb.	Robert D. Murphy
Special Adviser	Civ.	J. Anthony Panuch
Special Assistant	Civ.	F. L. Devereux
Budget and Fiscal Director	Col.	J. J. Dubbelde
Director of Management Control	Civ.	James L. Sundquist
Management and Reports Branch, EUCOM, Chief	Civ.	W. H. Schroder
Director of Intelligence	Maj.Gen.	R. L. Walsh
Inspector General	Maj.Gen.	Vernon Evans
Director of Civilian Personnel	Civ.	Robert M. Barnett
OMGUS		
Commanding General, OMGUS, and Deputy Military Governor	Maj.Gen.	George P. Hays
Cultural Affairs Adviser	Civ.	Herman B. Wells
Governmental Affairs Adviser	Civ.	Carl J. Friedrich
Governmental Administration Adviser	Civ.	George B. McKibbin
Special Consultant of the Property Division	Civ.	Theodore H. Ball
Office of Chief of Staff		
Chief of Staff	Brig.Gen.	Charles K. Gailey
Office of Secretary General		
Secretary General	Civ.	James E. King
US Secretary, Bipartite Secretariat	Maj.	Walter E. Mather
Deputy US Secretary	Maj.	Gordon L. C. Scott
Control Office		
Control Officer	Civ.	James L. Sundquist
Assistant Control Officer for Bipartite Affairs	Civ.	Albert G. Sims
Budget and Fiscal Branch, Chief	Civ.	Fletcher D. Mitchel
Organization and Program Branch, Chief	Civ.	Gordon P. Freese
Reports and Statistics Branch, Chief	Civ.	H. R. Habicht
Office of Personnel Officer		
Personnel Officer	Col.	James T. Duke
Administrative Branch, Chief	Civ.	Rachael F. Jones
Civilian Personnel Branch, Chief	Civ.	W. H. Carpenter
Military Personnel Branch, Chief	Maj.	James M. Boyd
Indigenous Personnel Branch, Chief	Civ.	Gervaise M. Lemke
Office of the Adjutant General		
Adjutant General	Lt.Col.	George H. Garde
Miscellaneous Branch, Chief	Capt.	Clifford J. Storlie
Military Personnel Branch, Chief	Capt.	Erwin M. Shaffer

[152] General Order Nr. 29 vom 26.7.1948.

Reference Library, Chief	Civ.	Henry A. Dunlap
Travel Branch, Chief	Maj.	John B. Mallon
Combined Travel Board, Chief	Civ.	Jean J. Chenard
Publications Branch, Chief	Civ.	Monroe M. Richardson
Records Branch, Chief	Capt.	Robert E. Reed
Cable Control Branch, Chief	Civ.	Charles R. Bakey
Message Control Branch, Chief	Capt.	Homer C. Kelso
Office of Inspector General		
Inspector General	Col.	Walter E. Jenkins
Audit Office		
Chief		(vacant)
Deputy Chief	Civ.	Walter P. Hooper
Office of Director of Intelligence		
Director	Col.	Peter P. Rodes
Deputy Director	Civ.	Lawrence E. DeNeufville
Analysis and Research Branch, Chief	Civ.	Lawrence E. DeNeufville
Security Branch, Chief	Civ.	Laughlin A. Campbell
Administration Branch, Chief	WOJG	Robert Baker
Office of Director of Political Affairs		
Director	Civ.	James W. Riddleberger
Political Branch, Chief	Civ.	Warren M. Chase
Economics Branch, Chief	Civ.	James W. Gantenbein
Civil Air Attaché	Civ.	Milton M. Turner
Press and Public Relations Branch, Chief	Civ.	Thomas J. B. Wenner
Consular Branch, Chief, Consul General	Civ.	Marshall M. Vance
Public Information Office		
Director	Civ.	William R. Haggard
Office of the Economics Adviser		
Adviser	Civ.	Lawrence Wilkinson
Deputy Economics Adviser	Civ.	Philip Hawkins
Deputy Adviser	Civ.	Don D. Humphrey
Food and Agriculture Group, Chief	Civ.	R. A. Ionnes
Industry Group, Acting Chief	Civ.	Frank L. Mayer
Communications Group, Chief	Civ.	Eugene H. Merrill
Research Control Group, Chief	Civ.	C. H. Nordstrom
Tranport Group, Chief	Col.	Hans W. Holmer
Reports and Statistics Group, Chief	Civ.	Saul Nelson
Office of the Finance Adviser		
Finance Adviser	Civ.	Jack Bennett
Deputy Finance Adviser	Civ.	Jo Fisher Freeman
Foreign Exchange Policy Group, Acting Chief	Civ.	William S. Balderston
Internal Finance Policy Group, Chief	Civ.	Walter Heller
Central Bank Group, Deputy Chief	Civ.	Henry C. Conrad
Foreign Exchange Depository Group, Chief	Col.	William G. Brey
Financial Intelligence Group, Chief	Civ.	Saul Kagan
Office of Naval Adviser		
Commander of US Naval Forces in Germany and Naval Adviser	Rear Adm.	R. E. Schuirman
Deputy Naval Adviser and Senior Technical Officer	Capt.	J. S. Crenshaw

Armed Forces Division		
Director	Maj.Gen.	William E. Hall
Deputy Director	Col.	T.B. Whitted
Air Forces Branch, Chief	Lt.Col.	B.E. Steadman
Army Branch, Chief	Col.	T.B. Whitted
Civil Aviation Branch, Chief	Civ.	Thomas D. Johnson
Meteorological Branch, Chief	Civ.	Clayton Van Thullenar
Navy Branch (attached), Chief	Capt.	J.S. Crenshaw (US Navy)
Executive Branch, Chief	Civ.	G.B. Robbins
Civil Administration Division		
Director	Civ.	Edward H. Litchfield
Adviser	Civ.	John Elliot
Deputy Director for Bizonal Affairs	Civ.	Kenneth A. Dayton
Deputy Director for Operations	Civ.	H. Philip Mettger
CFM Secretariat Branch, Chief	Civ.	Alexander R. Forest
Personnel and Administration Branch, Chief	Civ.	F. Joseph Tesmer
Civil Service and Administrative Courts Branch, Chief	Civ.	Ellsworth D. Wolfsperger
Political Activities Branch, Chief	Civ.	R. M. Scammon
Governmental Structures Branch, Chief	Civ.	Hans Simons
Legislation and Analysis Branch, Chief	Civ.	Erwin W. Bard
Population and Analysis Branch, Chief	Civ.	Karl A. Shafer
Public Safety Branch, Chief	Civ.	Theo E. Hall
Public Welfare Branch	Civ.	Mildred B. Smith
Displaced Persons Branch, Chief	Civ.	L. G. Kelly
Civil Liberties and Democratization Branch, Chief	Civ.	Harold W. Landin
Education and Cultural Relations Division		
Director	Civ.	Alonzo G. Grace
Deputy Director	Civ.	Milton E. Muelder
Cultural Exchange Branch, Acting Chief	Civ.	Frank G. Banta
Education Branch, Chief	Civ.	Richard T. Alexander
Group Activities Branch, Chief	Civ.	Lawrence E. Norrie
Religious Affairs Branch, Chief	Civ.	C. Arild Olsen
Information Control Division		
Director	Col.	Gordon E. Textor
Deputy Director	Civ.	Thomas P. Headen
Deputy Director for Policy	Civ.	Alfred V. Boerner
Exhibition and Information Centers, Chief	Civ.	Patricia Van Delden
Film, Theater and Music Branch, Chief	Civ.	Eric T. Clarke
Opinion Surveys Branch, Chief	Civ.	Frederick W. Williams
Overt Management Branch		(vacant)
Deputy for Quadripartite Affairs, Plans and Directives Branch, Chief	Civ.	Herbert C. Mayer
Deputy for Zonal Affairs	Civ.	C. C. Baldwin
Political Information Branch, Chief	Civ.	Lawrence F. Babcock
Press Branch, Nürnberg, Chief	Civ.	Peter Olden
Publications Branch, Nürnberg, Chief	Civ.	Douglas Waples
Radio Branch, Chief	Civ.	Charles S. Lewis
Legal Division		
Director	Col.	John M. Raymond
Associate Director		(vacant)
Deputy Director	Civ.	William E. McCurdy

Administration of Justice Branch, Nürnberg, Chief	Civ.	Charles H. Kraus
Legal Advice Branch, Chief	Civ.	James E. Heath
Legislation Branch, Chief	Civ.	Creighton R. Coleman
Prisons Branch, Nürnberg, Chief	Civ.	T. Wade Markley
War Crimes Branch, Nürnberg, Chief	Civ.	Ben Smith
Manpower Division		
Director	Civ.	Leo R. Werts
Wages & Labor Standards Branch, Chief	Civ.	Earl R. Beckner
Labor Relations Branch, Chief	Civ.	John K. Meskimen
Reports and Statistics Branch, Chief	Civ.	Albert H. Berman
Property Division		
Director	Civ.	Philip Hawkins
Deputy Director	Civ.	E. J. Cassoday
Reparations Branch, Chief	Civ.	Orren R. McJunkins
Property Control and External Assets Branch, Wiesbaden, c/o OMG Hesse	Civ.	Fred E. Hartzsch
Central Filing Agency, Bad Nauheim, Chief	Civ.	Bernard Fischbein
Restitution Branch, Karlsruhe, Chief	Col.	John H. Allen
Office of Chief of Counsel for War Crimes (Nürnberg)		
Chief of Counsel	Brig.Gen.	Telford C. Taylor
Deputy Chief of Counsel (I.G.Farben)	Civ.	Josiah E. Dubois
Deputy Chief of Counsel (Krupp Case)	Civ.	Rawlings Ragland
Deputy Chief of Counsel (Ministries Case)	Civ.	Robert M. W. Kempner
Deputy Chief of Counsel (High Command Case)	Civ.	James M. McHaney
Administrative Division, Director	Capt.	Donald Paul
Reproductions Division, Director	Maj.	Alexander C. Granzin
Signal Division, Director	Maj.	Kenneth K. Evans
Language Division, Director	Civ.	Thomas K. Hodges
SS and Military Division, Director	Civ.	James M. McHaney
Evidence Division, Director	Civ.	Walter H. Rapp
Economic Ministries Division, Director	Civ.	H. Russell Thayer
Political Ministries Division, Director	Civ.	Robert M. W. Kempner
Special Projects Division, Director	Civ.	Paul H. Gantt
Public Relations Division, and Public Information Officer	Civ.	Ernest D. Deane
Military Tribunals		
Secretary General of Tribunals	Civ.	Howard L. Russell
Military Tribunal III (Krupp Case)		
Presiding Judge		Hu. C. Anderson
Military Tribunal IV (Ministries Case)		
Presiding Judge		William C. Christiansen
Military Tribunal V (High Command Case)		
Presiding Judge		John C. Young
Military Tribunal VI (I.G. Farben Case)		
Presiding Judge		Curtis G. Shake
Bipartite Board		
US Member	Gen.	Lucius D. Clay
Bipartite Secretariat		
US Secretary	Maj.	Walter E. Mather
Bipartite Control Office		
US Chairman	Civ.	Clarence L. Adcock

UK Chairman	Lt.Gen.	Sir Gordon N. Macready
US Deputy Chairman	Civ.	Robert K. Phelps
UK Deputy Chairman	Civ.	D. L. Anderson
Office of US Chairman		
Governmental Affairs Adviser	Civ.	Kenneth A. Dayton
US Secretariat, Chief	Civ.	Ernest Linde
Decartelization Commission		
US Member	Civ.	Richard Bronson
UK Member	Brig.	Oxborrow
Civil Service Group		
Chief (US)	Civ.	R. C. Simonson
Deputy Chief (UK)	Maj.	Vat A. C. Wade
Commerce and Industry Group		
Chief (US)	Civ.	L. E. Spencer
Deputy Chief (UK)	Civ.	W. L. Tregoning
Communications Group		
Chief (UK)	Civ.	L. G. Semple
Deputy Chief (US)	Civ.	C. P. Rapp
Finance Group		
Chief (UK)	Civ.	Joseph Charles Brommage
Deputy Chief (US)	Civ.	Howard P. Jones
Food, Agriculture and Forestry Group		
Chief (US)	Civ.	Stanley Andrews
Deputy Chief (UK)	Civ.	Guy Erskine Hughes
Transport Group		
Chief (UK)	Civ.	Sir Robert Inglis
Deputy Chief (US)	Civ.	C. P. Gross
Legal Group		
Chief (US)	Civ.	Richard D. Kearney
Deputy Chief (UK)	Civ.	Harcourth Rose
Bipartite Statistical Office (Wiesbaden)		
US Chairman	Civ.	H. H. Lee
UK Chairman	Civ.	F. R. Yates
Joint Export-Import Agency (Höchst)		
Director General (US)	Civ.	William John Logan
Deputy Director General (UK)	Civ.	John F. Cahan
Joint Foreign Exchange Agency (Frankfurt)		
US Member	Civ.	Jo Fisher Freeman
Allied Bank Commission		
US Member	Civ.	Jack Bennett
Alternate	Civ.	Jo Fisher Freeman
US-UK Coal Control Group (Essen)		
US Chairman	Civ.	Robert R. Estill
Regional Government Coordinating Office (Stuttgart)		
Director	Civ.	Charles D. Winning
Senior Adviser	Civ.	Anton Pabsch

Economics Branch, Adviser	Civ.	Carl R. Mahder
Labor and Welfare Branch, Adviser	Civ.	Heinz Guradze
Legislative Review Branch, Adviser	Civ.	Dewilda Naramore
Reports and Information Branch, Chief	Civ.	Myrtle Todd Moseley
Public Information Branch, Chief	Civ.	James G. Lyons

Im Juli 1948 unterschied sich der Aufbau der Fachabteilungen von OMGUS wesentlich von der Organisationsstruktur, die noch im Februar desselben Jahres bestanden hatte. Die Zahl der Abteilungen war formal von zehn auf sieben, de facto jedoch nur auf neun gesunken. Den aufgelösten Abteilungen (Economics, Finance, Internal Affairs and Communications, Transport, Prisoners of War and Displaced Persons) standen zwei neue Abteilungen (Property, Education and Cultural Relations) gegenüber. Berücksichtigt man jedoch, daß die Abteilungen für Finanzen und Wirtschaft durch Fachberater mit eigenen Offices auf diesen beiden Gebieten ersetzt wurden, so wird deutlich, daß die Zahl der Verwaltungseinheiten nur von zehn auf neun zurückgegangen, eine Beschleunigung des Geschäftsganges und eine Straffung der Verwaltungstätigkeit also nur bedingt zu erwarten waren. Dabei kann offen bleiben, ob dieses Ziel überhaupt verfolgt wurde. Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß neue politische Prioritäten zu organisatorischen Konsequenzen geführt hatten, wie sich vor allem am Beispiel der neuen Civil Administration Division darstellen ließ.
Politische Überlegungen dürften auch bei den organisatorischen Veränderungen in der Information Control Division eine Rolle gespielt haben. Statt der Press Control Branch gab es nun eine Press Branch, statt der Radio Control Branch eine Radio Branch, statt der Publication Control Branch eine Publication Branch und statt der Film, Theater and Music Control Branch eine Film, Theater and Music Branch. Durch General Order Nr. 31 vom 6. August 1948 wurde auch im Namen der Abteilung selbst das Wort „Control" gestrichen.[153] Im Zeichen einer deutlich liberaler gewordenen Besatzungspolitik war diese Vokabel offensichtlich nicht mehr angemessen. Das Nachlassen der unmittelbaren Kontrolle der Besatzungsmacht gegenüber den deutschen Dienststellen, insbesondere auch im Verhältnis zum Länderrat in Stuttgart, und der Ausbau der Bizone führten dazu, daß das amerikanische Pendant zum Länderrat, das Regional Government Coordinating Office, durch General Order Nr. 24 vom 1. Juli 1948 aufgelöst und seine restlichen Aufgaben von der OMGUS-Zentrale unmittelbar wahrgenommen wurden.
Im August 1948 gehörten zum Office of the Commander-in-Chief, EUCOM,[154] ein Political Adviser (Robert D. Murphy), ein Special Adviser (J. Anthony Panuch), ein Director of Intelligence (Maj.Gen. R. L. Walsh) ein Inspector General (Maj.Gen. Vernon Evans), ein Special Assistant (F. L. Devereux), ein Budget and Fiscal Director (Col. J. J. Dubbelde), ein Director of Civilian Personnel (Robert M. Barnett) und ein Director of Management Control (James L. Sundquist). Naval Adviser Clays war Rear Admiral R. E. Schuirman, Deputy Commander-in-Chief, Chief of Staff, EUCOM, and Commanding General, US Army, Europe, Maj.Gen. Clarence R. Huebner.
Als Chief of Staff, OMGUS, war – unabhängig vom Chief of Staff, EUCOM, – Brig.Gen. Charles K. Gailey eingesetzt, unter dem als Secretary General James E. King fungierte. Eine bemerkenswerte Personalunion, die nicht zufällig zustande gekommen sein kann, bestand dadurch, daß der Director of Management Control, EU-

[153] General Order Nr. 31 vom 6.8.1948.
[154] 5/357-1/11 und 5/357-1/14.

COM, Sundquist, gleichzeitig Control Officer, OMGUS, war; dies läßt auf einen sehr starken Rückhalt von Sundquist bei Clay schließen. Personnel Officer, OMGUS, war damals Col. James T. Duke, Adjutant General Lt.Col. George H. Garde, Inspector General Col. W. E. Jenkins und Audit Officer H. L. Karns; sie alle verfügten nicht über Funktionen bei EUCOM.
Auch im Bereich der „Außenpolitik" gab es neben dem Political Adviser, EUCOM, Murphy, einen Director of Political Affairs, OMGUS, James W. Riddleberger, in dessen Amt (Office) fünf Unterabteilungen (Branches) bestanden: Political (im engeren Sinne), Economics, Civil Air (Attache), Press and Public Relations und Consular. Auch das Office of the Director of Intelligence, OMGUS, unter Peter P. Rodes und das Public Information Office, OMGUS, unter William R. Haggard bestanden ohne personale Bindung der Spitzenposition zu EUCOM.
Durch Verordnung Nr. 33 vom 18. August 1948 wurde das Militärgerichtswesen reformiert,[155] indem die Gerichtsorganisation im amerikanischen Kontrollgebiet Deutschlands in elf Gerichtsbezirke gegliedert wurde.

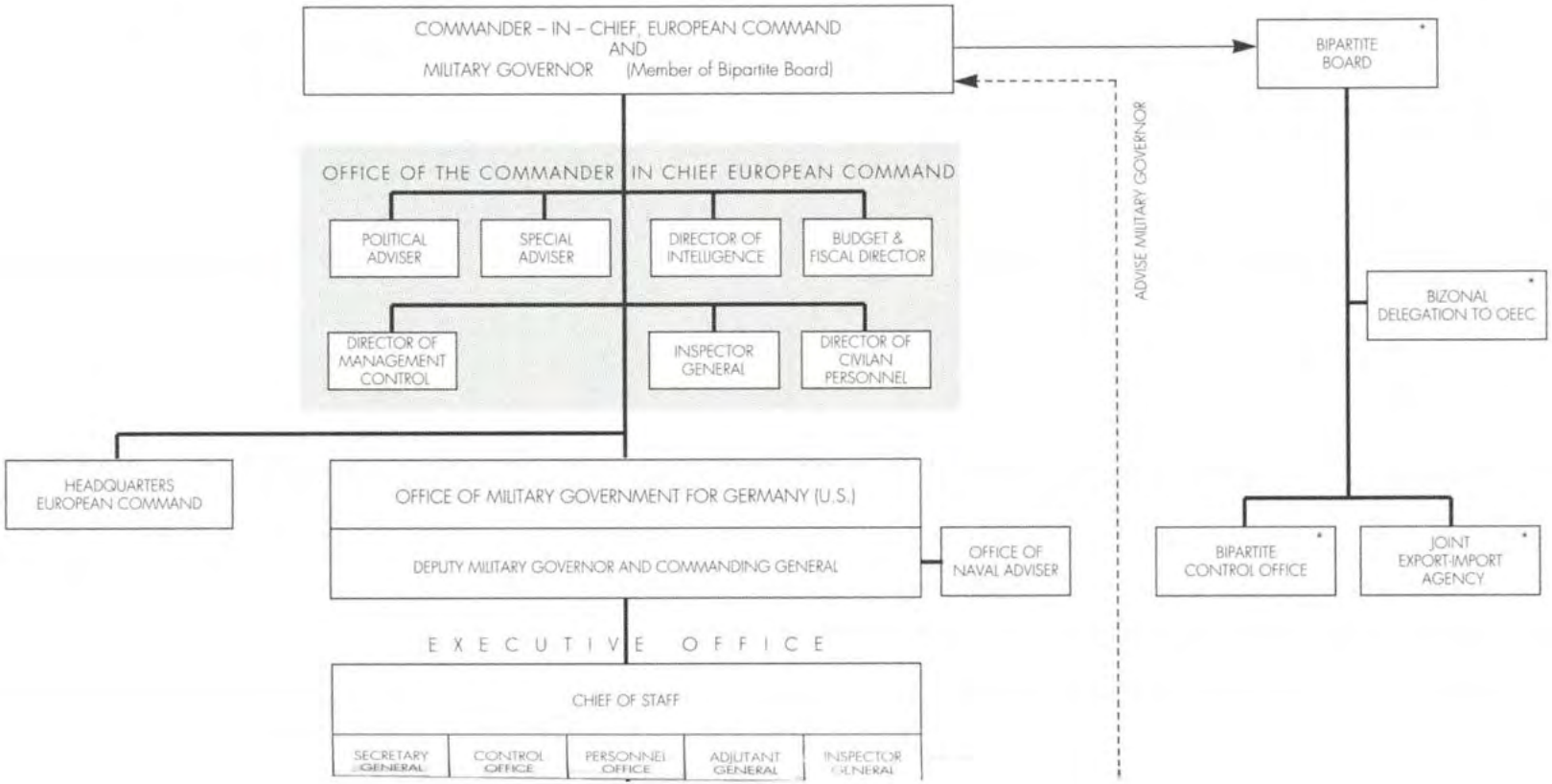
Übersicht 25: Gerichtsbezirke im amerikanischen Kontrollgebiet Deutschlands, August 1948

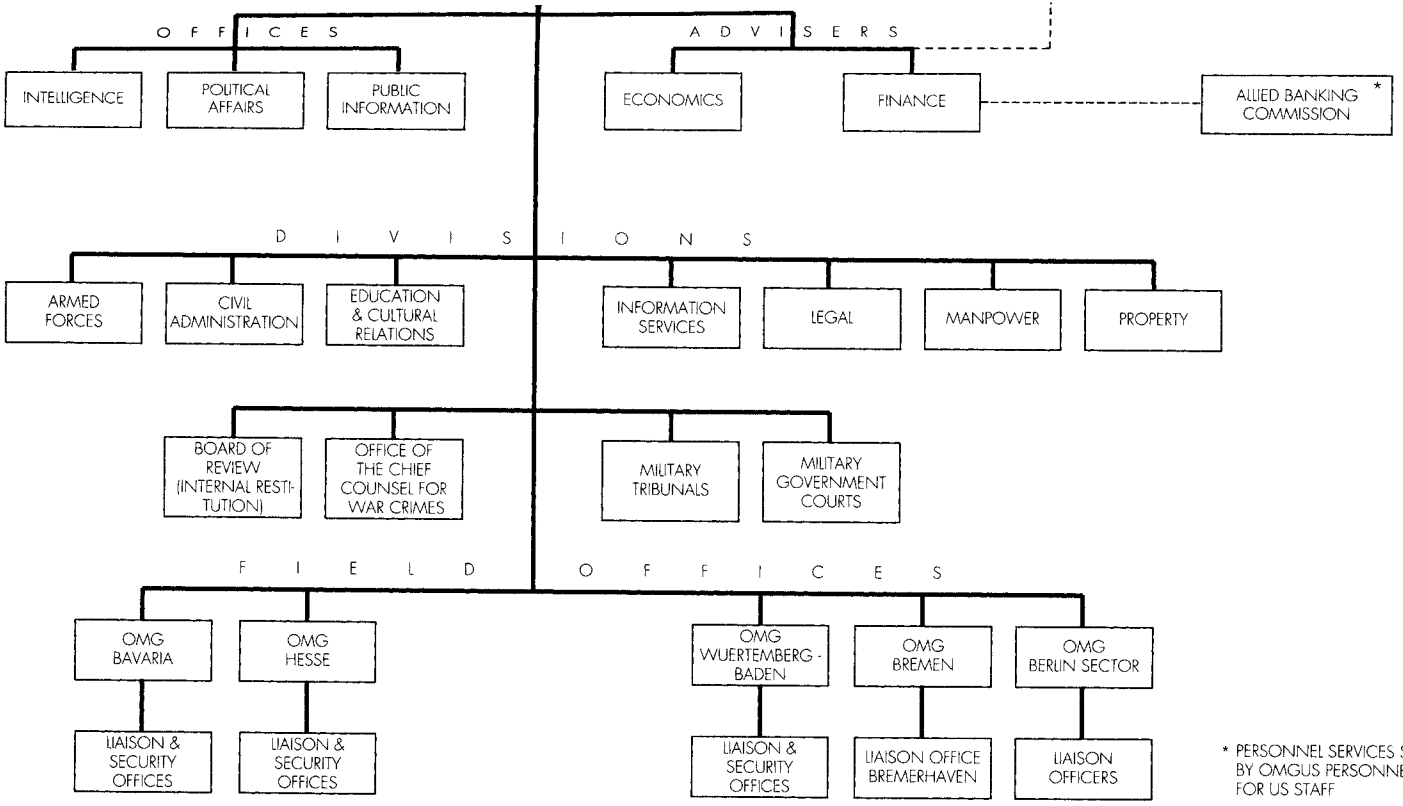
1 Bremen
2 Amerikanischer Sektor von Berlin
3 Nordhessen
4 Südhessen
5 Nördliches Württemberg-Baden
6 Südliches Württemberg-Baden
7 Bayerischer Regierungsbezirk Schwaben
8 Oberbayern
9 Oberpfalz und Niederbayern
10 Mittel- und Oberfranken
11 Unterfranken

Für jeden Bezirk wurde ein Bezirksgericht (District Court) errichtet. Berufungsgericht war der Court of Appeals. Die Gerichte waren u. a. auch als Rheinschiffahrtsgerichte zuständig. Hinzu kamen entsprechende Staatsanwälte (Attorneys). Die Dienstaufsicht übte der Deputy Military Governor, Maj.Gen. George P. Hays, durch den Chief of Staff, OMGUS, aus. Die oberste Anklagevertretung übernahm das Office of the Chief Attorney, das im Rahmen der Legal Division errichtet wurde.
Im Bereich der Fachämter (Functional Offices) ergab sich durch General Order Nr. 37 vom 18. September 1948 insofern eine verwaltungsgeschichtlich bedeutsame Änderung, als das Audit Office aufgelöst und seine Aufgaben der Budget and Fiscal Branch des Control Office übertragen wurden.[156] Noch wichtiger war indessen die Errichtung eines Public Informations Office durch General Order Nr. 48 vom 2. November 1948 sowie eines Newspaper Leases Review Board durch General Order Nr. 15 vom 23. Mai 1949.
Für die allgemeine politische Entwicklung in der amerikanischen Besatzungszone – zumindest während der zweiten Hälfte des Jahres 1948 – ist es bezeichnend, daß mehrere Verwaltungseinheiten von OMGUS aus Berlin in die amerikanische Zone verlegt wurden. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der Fortschritte zu sehen, die der

[155] Military Government Gazette. Ausgabe K, S. 35 ff.
[156] 5/357–1/15.

Übersicht 26: Organisation von EUCOM/OMGUS, September 1948





* PERSONNEL SERVICES SUPPLIED BY OMGUS PERSONNEL OFFICE FOR US STAFF

Aufbau der (deutschen) bizonalen Verwaltung gemacht hatte. Die räumliche Nähe zur entsprechenden deutschen Behörde wog für die amerikanische Seite die organisatorischen Nachteile einer Trennung von Berlin und damit von der OMGUS-Zentrale offensichtlich mehr als auf. Dabei wurden die in die amerikanische Zone verlegten Verwaltungseinheiten administrativ oft regionalen Dienststellen angegliedert, so z.B. die Motion Pictures Branch der Dienststellenverwaltung des Office of Military Government for Bavaria.[157] Bezeichnend für diese Entwicklung ist die Errichtung eines Office of Deputy Chief of Staff, OMGUS, in Nürnberg am 1. November 1948.[158] Mit Wirkung vom 21. März 1949 wurde diese Dienststelle ebenso wie die Education and Cultural Relations Division nach Bad Nauheim verlegt.
Sieht man von den bereits erwähnten Maßnahmen ab, so ergaben sich zwischen August 1948 und Januar 1949 folgende Änderungen im Aufbau der Zentralverwaltung der Militärregierung:[159]

1. Errichtung einer Historical Branch im Control Office, die sich nicht zuletzt der Vorbereitung von Clays Memoiren zu widmen hatte.
2. Aufwertung der Political Branch im Office of the Director of Political Affairs durch Übernahme der Zuständigkeit des Verkehrs mit ausländischen Vertretungen.
3. Errichtung einer Meteorological Branch in der Armed Forces Division.
4. Übergang der Kompetenz für Kunst, Museen, Bibliotheken und Archive auf die Education and Cultural Relations Division.
5. Auflösung der War Crimes Branch in der Legal Division und Errichtung eines Military Government Court for Civil Actions.
6. Neustrukturierung der Manpower Division.
7. Errichtung eines Board of Review for Internal Restitution.

Im Bereich der Fachabteilungen (Functional Divisions) von OMGUS gab es im Laufe des Jahres 1949 noch zwei wesentliche Änderungen, die Zweifel daran rechtfertigen, ob eine tragfähige Theorie eines funktionsgerechten Verwaltungsaufbaus den jeweiligen Entscheidungen zugrunde lag. Durch General Order vom 7. April 1949 wurde die Finance Division unter Leitung von Jo Fisher Freeman wieder errichtet. Eher verständlich ist dagegen – mindestens bei isolierter Betrachtung – die Entscheidung, die Property Division mit Wirkung vom 1. Juli 1949 aufzulösen und durch eine Property Group im Office of the Economics Adviser zu ersetzen.[160]

Übersicht 27: Organisation und Personal von CINCEUR/OMGUS, April 1949

CINCEUR

Office of the Commander-in-Chief		
Commander-in-Chief and Military Governor	Gen.	Lucius D. Clay
Acting Political Adviser	Civ.	James W. Riddleberger
Special Adviser	Civ.	J. Anthony Panuch
Budget and Fiscal Director	Col.	Stephen B. Elkins
Director of Management and Reports Branch, Chief	Civ.	W. H. Schroder
Director of Intelligence	Maj.Gen.	William E. Hall

[157] General Order Nr. 30 vom 31.7.1948.
[158] General Order Nr. 46 und 47 vom 1.11.1948.
[159] 5/357-1/12; 5/357-1/14-15. Vgl. vor allem das Memorandum Sundquists vom 7.1.1949 (5/357-1/15)
[160] General Order Nr. 17 vom 9.6.1949.

Inspector General	Maj.Gen.	G. J. Richards
Director of Civilian Personnel	Civ.	Robert M. Barnett
Secretary General (Acting)	Civ.	Eric G. Gration
Office of Military Government for Germany (US)		
Commanding General and Deputy Military Governor	Maj.Gen.	George P. Hays
Chief of Staff	Brig.Gen.	Charles K. Gailey
Deputy Chief of Staff	Civ.	James E. King
Office of the Secretary General		
Secretary General (Acting)	Civ.	Eric G. Gration
US Secretary, Bipartite Secretariat	Maj.	Walter E. Mather
US Secretary, Tripartite Secretariat (Prov)	Maj.	Walter E. Mather
US Secretary, Allied Secretariat	Maj.	Gordon L. C. Scott
Control Office		
Control Officer	Civ.	James L. Sundquist
Organization and Program Branch, Chief	Civ.	Gordon P. Freese
Assistant Control Officer for Bipartite Affairs	Civ.	Albert G. Sims
Reports and Statistics Branch, Chief	Civ.	H. R. Habicht
Historical Branch, Chief	Civ.	David G. White
Office of the Adjutant General		
Adjutant General	Lt.Col.	George H. Garde
Miscellaneous Branch, Chief	Maj.	Herman S. Hoffman
Military Personnel Branch, Chief	Maj.	Herman S. Hoffman
Reference Library, Chief	Civ.	Henry A. Dunlap
Travel Branch, Chief	Lt.Col.	John B. Mallon
Combined Travel Board, Chief	Civ.	Jean J. Chenard
Publications Branch, Chief	Civ.	Monroe M. Richardson
Records Branch, Chief	Capt.	Robert E. Reed
Cable Control Branch, Chief	Civ.	Charles R. Bakey
Message Control Branch, Chief	Capt.	Sidway
Office of the Personnel Officer		
Personnel Officer	Col.	James T. Duke
Military Personnel Branch, Chief	Capt.	J. J. Carollo
Civilian Personnel Branch, Chief	Civ.	John E. Tromer
Office of the Inspector General		
Inspector General	Col.	Walter E. Jenkins
Office of the Director of Intelligence		
Director	Col.	Peter P. Rodes
Deputy Director	Civ.	Innis D. Harris
Analysis and Research Branch, Chief	Civ.	Innis D. Harris
Plans and Policy Branch, Chief	Lt.Col.	J. F. Eason
EUCOM Requirements Branch, Chief	Civ.	Donald H. Cooper
Security Branch, Chief	Civ.	C. J. O'Connor
Liaison Branch, Chief	Civ.	J. S. Arouet
Special Project Branch, Chief	Civ.	Hans Kallman
Administration Personnel Branch, Chief	WOJG	Robert Baker
Office of Director of Political Affairs		
Director	Civ.	James W. Riddleberger
Political Branch, Chief	Civ.	Perry Laukhuff
Economics Branch, Chief	Civ.	James W. Gantenbein

Frankfurt POLAD, Chief	Civ.	William Bruce Lockling
Economics Branch Frankfurt, Chief	Civ.	Roy I. Kimmel
Foreign Representation Branch, Chief	Civ.	William Schott
Political Branch Frankfurt, Chief	Civ.	Eric C. Wendelin
Berlin Consular Branch, Chief	Civ.	Francis A. Lane
Frankfurt Consular Branch, Chief	Civ.	Marshall M. Vance
Public Information Office		
Director	Civ.	William R. Haggard
News Branch, Chief	Civ.	William J. Caldwell
German News Branch, Chief	Civ.	William R. Hunter
Deputy Director for OMGUS PIO Frankfurt	Civ.	Arthur Settel
BICO Branch, Chief	Civ.	Stephen Freeland
JEIA Branch, Chief	Civ.	Hyman Charniak
Office of the Economics Adviser		
Economics Adviser	Civ.	Lawrence Wilkinson
Deputy Economics Adviser	Civ.	Philip Hawkins
Food and Agriculture Group, Acting Chief	Civ.	Philip M. Raup
Industry Group, Acting Chief	Civ.	Frank L. Mayer
Communications Group, Chief	Civ.	Eugene H. Merrill
Scientific Research Group, Chief	Civ.	C. H. Nordstrom
Transport Group, Acting Chief	Civ.	W. T. Cantrell
Reports and Statistics Group, Chief	Civ.	C. K. Nichols
Office of the Finance Adviser		
Acting Finance Adviser	Civ.	Jo Fischer Freeman
Deputy of the Finance Adviser		(vacant)
Internal and External Finance Group, Acting Chief	Civ.	Ralph McCabe
Financial Intelligence Group, Chief	Civ.	Emil Lang
Central Bank Group, Chief	Civ.	Henry C. Conrad
Foreign Exchange Depository Group, Acting Chief	Civ.	Frank J. Roberts
Office of Naval Adviser		
Commander, US Naval Forces, Germany, and Naval Adviser	Rear Adm.	John Wilkes
Aide, Chief of Staff, and Deputy Naval Adviser (USN)	Capt.	Joseph P. Thew
Armed Forces Division		
Director	Maj.Gen.	James P. Hodges
Liaison Branch, Chief	Lt.Col.	B. E. Steadman
Civil Aviation Branch, Chief	Civ.	Thomas D. Johnson
Meteorological Branch, Chief	Civ.	H. D. Perry
Civil Administration Division		
Director	Civ.	Edward H. Litchfield
Deputy Director for Operations	Civ.	H. Philip Mettger
Consultant	Civ.	Lawrence E. DeNeufville
Consultant	Civ.	Harold Landin
Tripartite Liaison Group, US Representation	Civ.	Edward H. Litchfield
Alternate US Member	Civ.	Hans Simons
Deputy Director for Bizonal Affairs and Governmental Affairs Adviser	Civ.	Kenneth A. Dayton
Secretariat and Reports Branch, Chief	Civ.	Alexander Forest
Legislation Branch, Chief	Civ.	Leslie Grant
Political Activities Branch, Chief	Civ.	John Elliot
Population and Analysis Branch, Chief	Civ.	Karl A. Shafer

Civil Service and Administrative Courts Branch, Chief	Civ.	Ellsworth D. Wolfsperger
Public Safety Branch, Chief	Civ.	Theo E. Hall
Public Health Branch, Chief	Col.	Milford T. Kubin
Public Welfare Branch, Chief	Civ.	Mildred B. Smith
Displaced Persons Branch, Chief	Civ.	L. G. Kelly
Civil Liberties and Democratization Branch, Chief	Civ.	David R. Hunter
Education and Cultural Relations Division		
Director	Civ.	Alonzo G. Grace
Deputy Director	Civ.	Milton E. Muelder
Research and Planning Branch, Chief	Civ.	Wallace Strevell
Cultural Affairs Branch, Chief	Civ.	Ralph A. Burns
Education Branch, Chief	Civ.	John O. Riedl
Community Education Branch, Chief	Civ.	Lawrence E. Norrie
Religious Affairs Branch, Chief	Civ.	C. Arild Olsen
Information Services Division		
Director	Col.	Gordon E. Textor
Deputy Director	Civ.	Thomas P. Headen
Policy and Programming Branch, Chief	Civ.	Alfred V. Boerner
Fiscal and Budget Control Branch, Chief	Civ.	Daniel C. Mulloney
Opinion Surveys Branch, Chief	Civ.	Leo P. Crespi
Editorial Projection Branch, Chief	Civ.	John M. Stuart
US Feature Service Branch, Chief	Civ.	Charles B. Arnot
Information Centers and Exhibition Branch, Chief	Civ.	Patricia Van Delden
Motion Picture Branch, Chief	Civ.	Arthur Mayer
Radio Branch, Chief	Civ.	Charles S. Lewis
Press Branch, Chief	Civ.	Arthur D. Eggleston
Publications Branch, Chief	Civ.	Lawrence P. Dalcher
Acting Cooperations Coordinator	Civ.	Thomas J. Crowell
Publishing Operations Branch, Chief	Civ.	Kendall Foss
Legal Division		
Director	Col.	John M. Raymond
Associate Director	Civ.	William E. McCurdy
Legal Advice Branch, Chief	Civ.	James E. Heath
Legislation Branch, Chief	Civ.	John J. Barron
Administration of Justice Branch, Chief	Civ.	Mortimer Kollender
Prisons Branch, Chief	Civ.	Sidney H. Souter
Manpower Division		
Director	Civ.	Leo R. Werts
Labor Information and Orientation Branch, Chief	Civ.	Nels Anderson
Labor Relations Branch, Chief	Civ.	John K. Meskimen
Research and Analysis Branch, Chief	Civ.	Albert H. Berman
Property Division		
Director	Civ.	Philip Hawkins
Deputy Director	Civ.	E. J. Cassoday
Reparations and Restitution Branch, Chief	Civ.	Orren R. McJunkins
Property Control and External Assets Branch, Chief	Civ.	Fred E. Hartzsch
Central Filing Agency, Chief	Civ.	Bernard Fischbein
Military Tribunals (Nürnberg)		
Executive Presiding Jugde, Justice	Civ.	William C. Christiansen
Military Tribunal IV (Ministries Case) Presiding Justice	Civ.	William C. Christiansen

Secretary General for Military Tribunals (Nürnberg)		
Secretary General of Tribunals	Civ.	Howard H. Russell
Defense Center, Director	Capt.	Lowell O. Rice
Language Division, Director	Civ.	Hans E. Gleichman
Court Archives, Chief	Civ.	Barbara S. Mandellaub
Office of Chief of Counsel for War Crimes (Nürnberg)		
Chief of Counsel	Brig.Gen.	Telford C. Taylor
Document Disposal Division, Director	Civ.	Fred Niebergall
Economics Ministries Division (Deputy Chief of Counsel), Director	Civ.	Morris Amchan
Political Ministries Division (Deputy Chief of Counsel),	Civ.	Robert M. W. Kempner
Publications Division (Deputy Chief of Counsel), Director	Civ.	Drexel A. Sprecher
Publications Division (German Edition), Director	Civ.	Paul H. Gantt
Public Relations Division and Public Information Division, Director	Civ.	Eugene Philips
Reproduction Division, Director	Civ.	Erich G. R. Rehberg
US Military Government Courts (Nürnberg)		
Courts of Appeals		[?]
Office of the Chief Attorney (Nürnberg)		
Chief Attorney	Civ.	Worth B. McCauley
Secretary General for Courts Administration (Nürnberg)		
Secretary General	Civ.	Howard H. Russell
Board of Review (Nürnberg		
President	Civ.	Johnson T. Crawford
Bipartite Board		
US Member	Gen.	Lucius D. Clay
Bipartite Secretariat		
US Secretary	Maj.	Walter E. Mather
Office of US Chairman, Bipartite Control Office		
Chairman	Maj.Gen.	Clarence L. Adcock
Deputy Chairman	Civ.	Robert K. Phelps
US Secretariat, Chief	Civ.	Ernest Linde
ERP Secretariat (US Element), Chief	Lt.Col.	E. H. Harrelson
Management and Budget Office, Chief	Civ.	E. L. MacDonald
Reports Branch	Civ.	C. B. Millican
Administrative Services Branch, Chief	Civ.	R. E. Brant
Office of the Adjutant General, Adjutant General	Lt.Col.	G. M. Weir
Commerce and Industry Group		
Chief (US)	Civ.	L. E. Spencer
Industry and Production Branch, Chief	Civ.	A. S. Radford
Fuel and Power Branch, Chief	Civ.	F. K. McQueary
Plans and Allocations Branch, Chief	Civ.	K. F. Bode
Research and Statistics Branch,	Civ.	Dewilda Naramore
OMGSTEG Branch, Chief	Civ.	J. C. Cunningham
Food, Agriculture and Forestry Group		
Chief (US)	Civ.	Stanley Andrews
Allied Administration Branch, Chief	Civ.	R. C. Nichols
Food Planning and Statistics Branch, Chief	Civ.	B. A. Cash-Reed

Food Supply Branch, Chief	Civ.	G. Garnett
Forestry Branch, Chief	Civ.	J. C. Kircher
Transport Group		
Chief (UK)	Civ.	Sir Robert Inglis
Deputy Chief (US)	Civ.	W. A. Fagan
Secretariat and Reports Branch, Chief	Civ.	F. J. Fallin
Highway and Highway Transport Branch, Chief	Civ.	E. B. Sutton
Inland Water Transport Branch, Chief	Civ.	H. Calvert
Maritime Ports and Shipping Branch, Chief	Civ.	G. H. McNeill
Movements Branch, Chief	Civ.	B. S. Lloyd
Plans and International Affairs Branch, Chief	Civ.	A. A. Earley
Rail Branch, Chief	Civ.	H. G. Warvel
Communications Group		
Chief (UK)	Civ.	L. G. Semple
Deputy Chief (US)	Civ.	J. W. Campbell
Finance Branch, Chief	Civ.	W. L. Slattery
Posts and Personnel Branch, Chief	Civ.	P. R. J. Marr
Reports and Statistics Branch, Chief	Civ.	R. Ransier
Telecommunications Branch, Chief	Civ.	A. J. Hinckley
Finance Group		
Chief (UK)	Civ.	Joseph Charles Brommage
Deputy Chief (US)	Civ.	Howard P. Jones
Financial Policy and Institutions Branch, Chief	Civ.	H. C. F. Holgate
Public Finance Branch, Chief	Civ.	A. M. Hillhouse
Manpower Group		
Chief (UK)	Civ.	G. W. J. Cole
Deputy Chief (US)	Civ.	S. G. Wynn
Labor Relations Branch, Chief	Civ.	C. S. Lovell
Labor Allocations Branch, Chief	Civ.	E. C. M. Cullingford
Reports and Statistics Branch, Chief	Civ.	E. L. Deuss
Social Insurance Branch, Chief	Civ.	T. J. Beatty
Wages and Labor Standards Branch, Chief	Civ.	J. L. Harmon
Civil Service Group		
Chief (US)	Civ.	Ellsworth D. Wolfsperger
Decartelization Commission (US Element)		
Chief	Civ.	Richard Bronson
Legal Group		
Chief (US)	Civ.	Richard D. Kearney
Bipartite Statistical Office		
Chief (UK)	Civ.	E. H. Slade
Deputy Chief (US)	Civ.	H. H. Lee
US Customs Group		
Chief	Civ.	J. Miles
Central Bank Group		
Office of the Financial Adviser, (US), Chief	Civ.	Henry C. Conrad
Combined Coal Control Group		
US Chairman	Civ.	W. J. German
Production Branch, Chief	Civ.	A. F. Marshall

Joint Foreign Exchange Agency		
US Member	Civ.	Jo Fisher Freeman
Allied Bank Commission		
Acting US Member	Civ.	Jo Fisher Freeman
UK Member	Civ.	Sir Eric Coates
French Member	Civ.	P. L. Beaulieu
Military Security Board		
Commissioner	Maj.Gen.	James P. Hodges (USAF)
Deputy Commissioner	Civ.	Earl F. Thomson
Military Division, Chief	Lt.Col.	Glen W. Campbell
Industrial Division, Chief	Civ.	Frank L. Mayer
Scientific Research Division, Chief	Civ.	C. H. Nordstrom
Joint Export-Import Agency (Frankfurt)		
Director General	Civ.	William John Logan
Deputy Director General	Civ.	John F. Cahan
Deputy Director General	Civ.	P. Arnal
Administrative Branch, Chief	Civ.	F. Barker
US Secretariat, Chief	Civ.	B. R. Thorne
UK Secretariat, Chief	Civ.	T. H. Cox
French Secretariat, Chief	Civ.	R. F. Fougere
Legal Office, Chief	Civ.	C. Denney
Reports and Statistics Office, Chief	Civ.	H. P. Dawson
Office of the Comptroller		
Comptroller	Civ.	Moore C. McIntosh
Office of Foreign Trade		
Director	Civ.	C. E. Bingham
Office of the Director of Operations		
Director of Operations	Civ.	M. S. Verner

14. Der Übergang von OMGUS auf HICOG

Entscheidend für die verwaltungsgeschichtliche Entwicklung von OMGUS im Jahre 1949 waren zwei Tatsachen:
Zum einen hatten Clay und seine Mitarbeiter in der amerikanischen Armee seit 1945 stets den Wunsch, ihre Verantwortung für die Verwaltung des besetzten Deutschland möglichst bald in zivile Hände, also in die Zuständigkeit des State Department, zu übertragen. Aus einer Reihe von Gründen waren diese Bemühungen jedoch lange erfolglos. Am 8. Januar 1948 kündigte der amerikanische Außenminister George Marshall vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats an, daß nach seiner Auffassung die Verwaltung des besetzten Deutschland bis Jahresmitte in die Verantwortung des State Department übergehen könne.[161] Daraufhin wurde in Washington ein gemeinsamer Ausschuß von State und War Department gebildet: Das State-Army-Committee on Transfer (SACOT). In Deutschland führte diese Entwicklung zu eifriger Tätigkeit vor allem des Control Officer, James L. Sundquist, der bereits am 14. Januar 1948 General Clay ein entsprechendes Memorandum fertigte. Am 2. März 1948 kündigte General Clay seinerseits die Errichtung eines besonderen Ausschusses bei OMGUS an,

[161] Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 433 ff.; Zink: The United States in Germany, S. 44.

des Committee on State Army Reorganization (COSAR). Dieser Ausschuß war für den Bereich des Commander-in-Chief in Europe ausschließlich für die Vorbereitung des Übergangs der Besatzungsverwaltung auf eine zivile Stelle verantwortlich. Die Einzelmaßnahmen wurden zum großen Teil im Control Office, OMGUS, getroffen.[162]

Zum anderen war es nach dem ergebnislosen Ausgang der Londoner Außenministerkonferenz vom Dezember 1947 und der Funktionsunfähigkeit des Kontrollrats seit Frühjahr 1948 im Zusammenhang mit der Blockade Berlins klar geworden, daß eine einvernehmliche Regelung der Deutschlandfrage durch alle vier Besatzungsmächte nicht mehr in Betracht kommen konnte. Auf der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz, die bis Anfang Juni 1948 tagte, wurden die Voraussetzungen für die Vereinigung der drei westlichen Besatzungszonen zu einem (west)deutschen Staat geschaffen.[163] OMGUS reagierte auf die Ergebnisse dieser Konferenz, indem es den amerikanischen Anteil eines Drei-Mächte-Ausschusses errichtete: das United States Element eines Committee on Tripartite Military Government Organization.[164] Dieser und andere vergleichbare Drei-Mächte-Ausschüsse bereiteten auf alliierter Seite die Errichtung der künftigen Bundesrepublik Deutschland vor. An der Spitze dieser Tripartite Organization stand ein Tripartite Board, der aus den drei westlichen Zonenbefehlshabern bestand.[165] Parallel zu dieser Zusammenarbeit erfolgte die Aufnahme französischer Vertreter in Besatzungsbehörden, die vorher von Briten und Amerikanern gemeinsam geführt wurden: der Military Security Board, der Combined Travel Board, die Allied Bank Commission, die Combined Coal Control Group, die Combined Steel Control Group und die Joint Export Import Agency. Schließlich wurde ein französischer Verbindungsstab beim Bipartite Control Office errichtet.

Erst im April 1949 einigten sich die Außenminister der drei Westmächte in Washington, in welcher Form sie ihre Aufsicht über eine künftige westdeutsche Zentralregierung führen wollten. Im Übereinkommen über den Zusammenschluß der drei Zonen war eine Allied High Commission vorgesehen, in der jeweils ein Hoher Kommissar der drei Besatzungsmächte oder sein Beauftragter vertreten sein sollte, um die nach wie vor als erforderlich angesehene Kontrolle einer künftigen (west)deutschen Zentralregierung zu übernehmen. Rechtliche Grundlage der Drei-Mächte-Kontrolle sollte ein Besatzungsstatut werden.[166] Bei OMGUS ging man damals davon aus, daß die oben genannten Drei-Mächte-Einrichtungen in dieser oder jener Form auch unter den Hohen Kommissaren fortbestehen sollten. Auf Landesebene war allerdings nur ein kleiner Stab vorgesehen, der vor allem für die Überwachung der Gesetzgebung der Länder zuständig sein sollte. Insgesamt erschien ein Personalbedarf von etwa 800 Bediensteten völlig ausreichend. Im Mai 1949 schuf man in Washington einen gemeinsamen Ausschuß des State Department, des War Department und der Verwaltung für europäische Zusammenarbeit (OEEC): das Committee on Planning for Germany (CPG).[167]

Am 15. Mai 1949 kehrte General Lucius D. Clay in die Vereinigten Staaten zurück; drei Tage später wurde bekanntgegeben, daß John J. McCloy als amerikanischer Hoher Kommissar vorgesehen sei. Anfang Juni 1949 erhielten die verantwortlichen

---

[162] Vgl. die Monthly Reports of the Military Governor 1949 und die Akten des Control Office, insbesondere 5/361-2/30.

[163] Benz: Von der Besatzungsherrschaft, S. 156f.

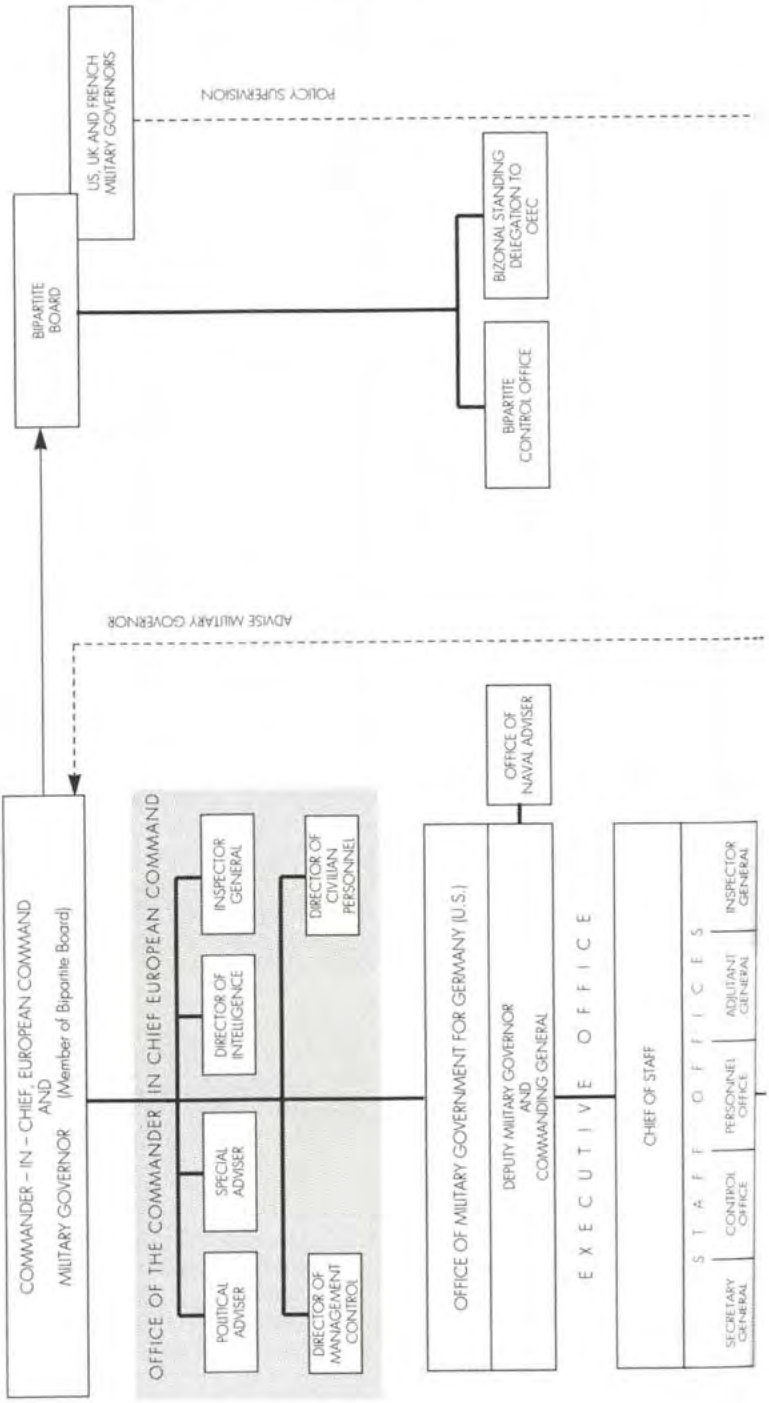
[164] Zink: The United States in Germany, S. 45.

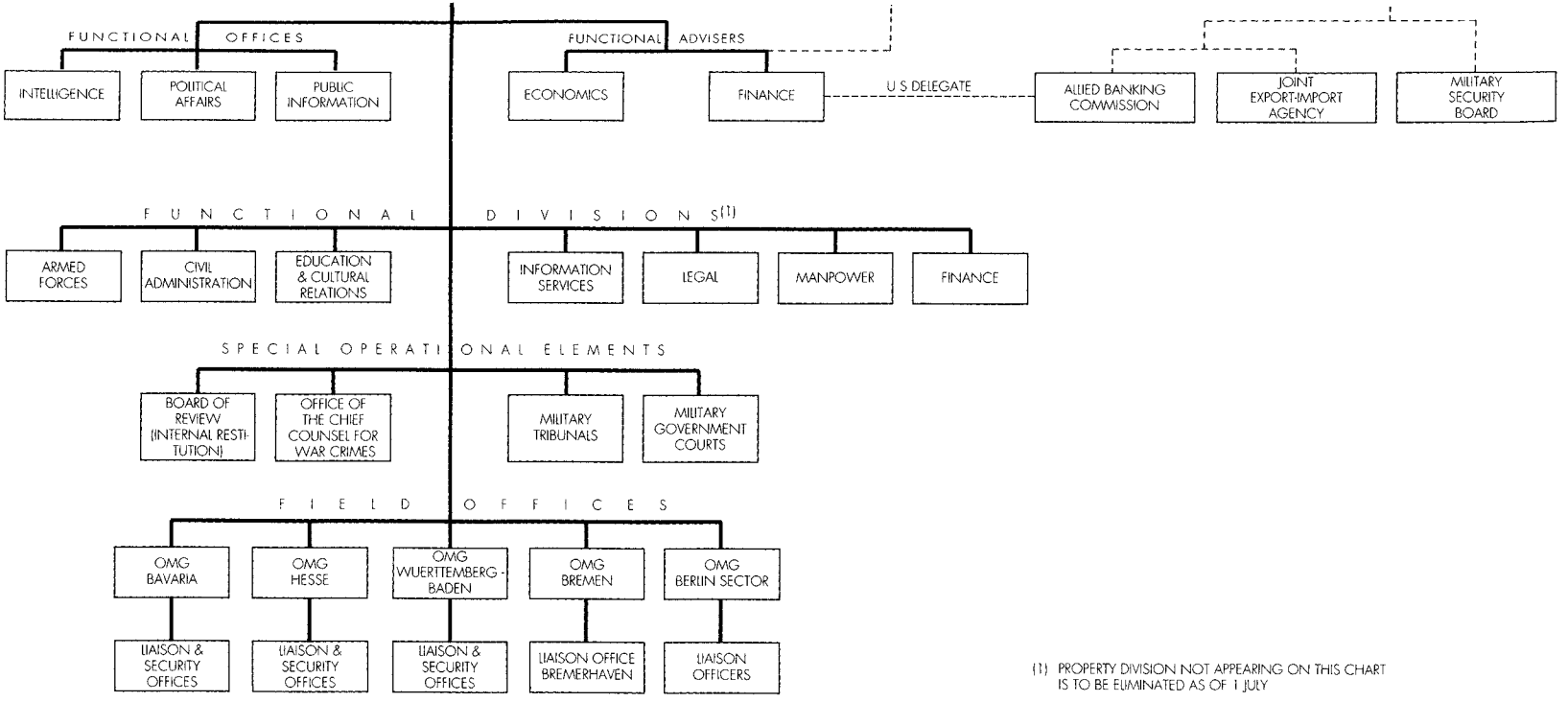
[165] Vgl. Vogel: Westdeutschland 1, S. 40f.

[166] Erdmann: Zeit der Weltkriege, S. 774f.

[167] Monthly Reports of the Military Governor 1949.

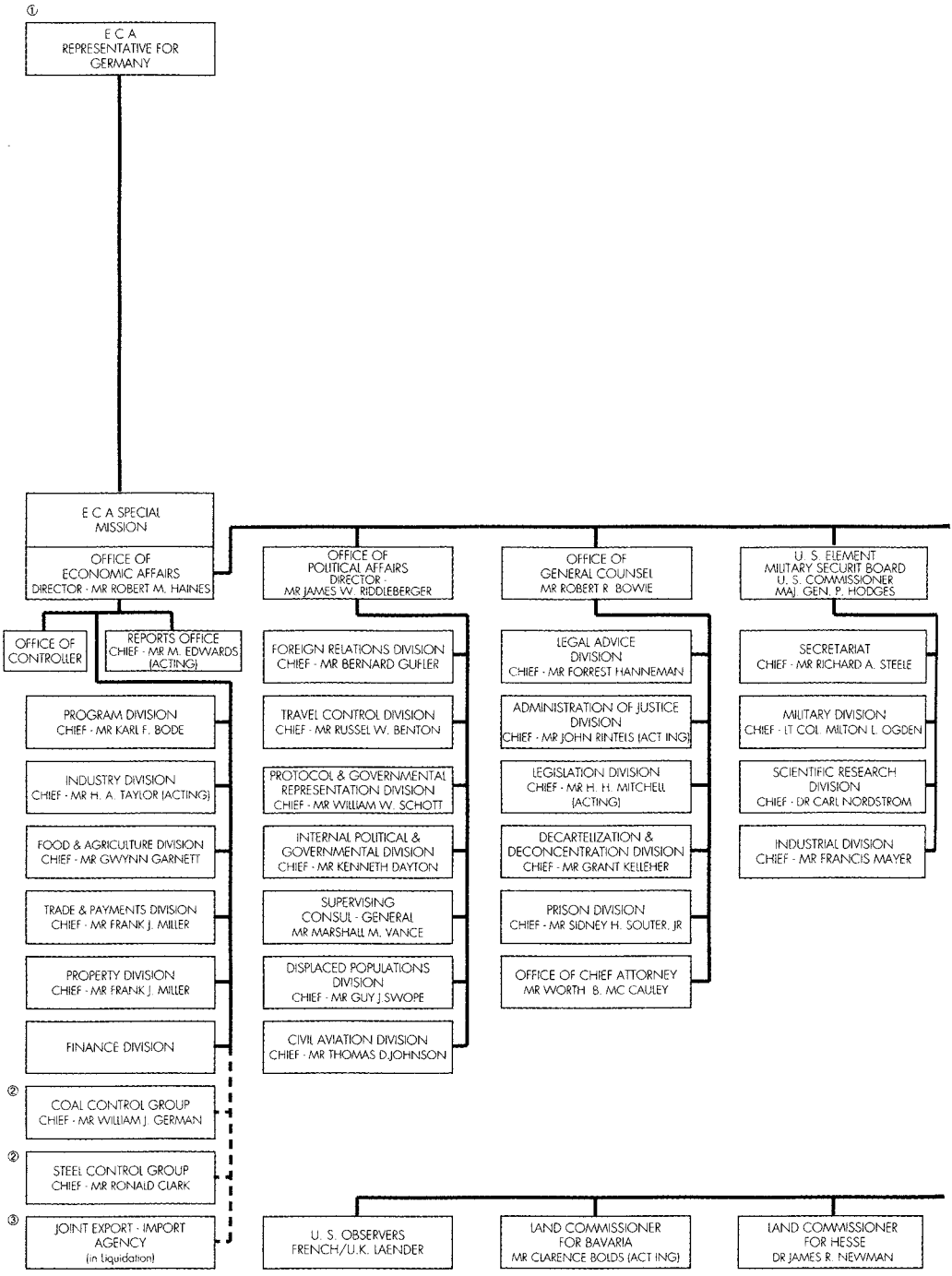
Übersicht 28: Organisation von CINCEUR/OMGUS, Juni 1949

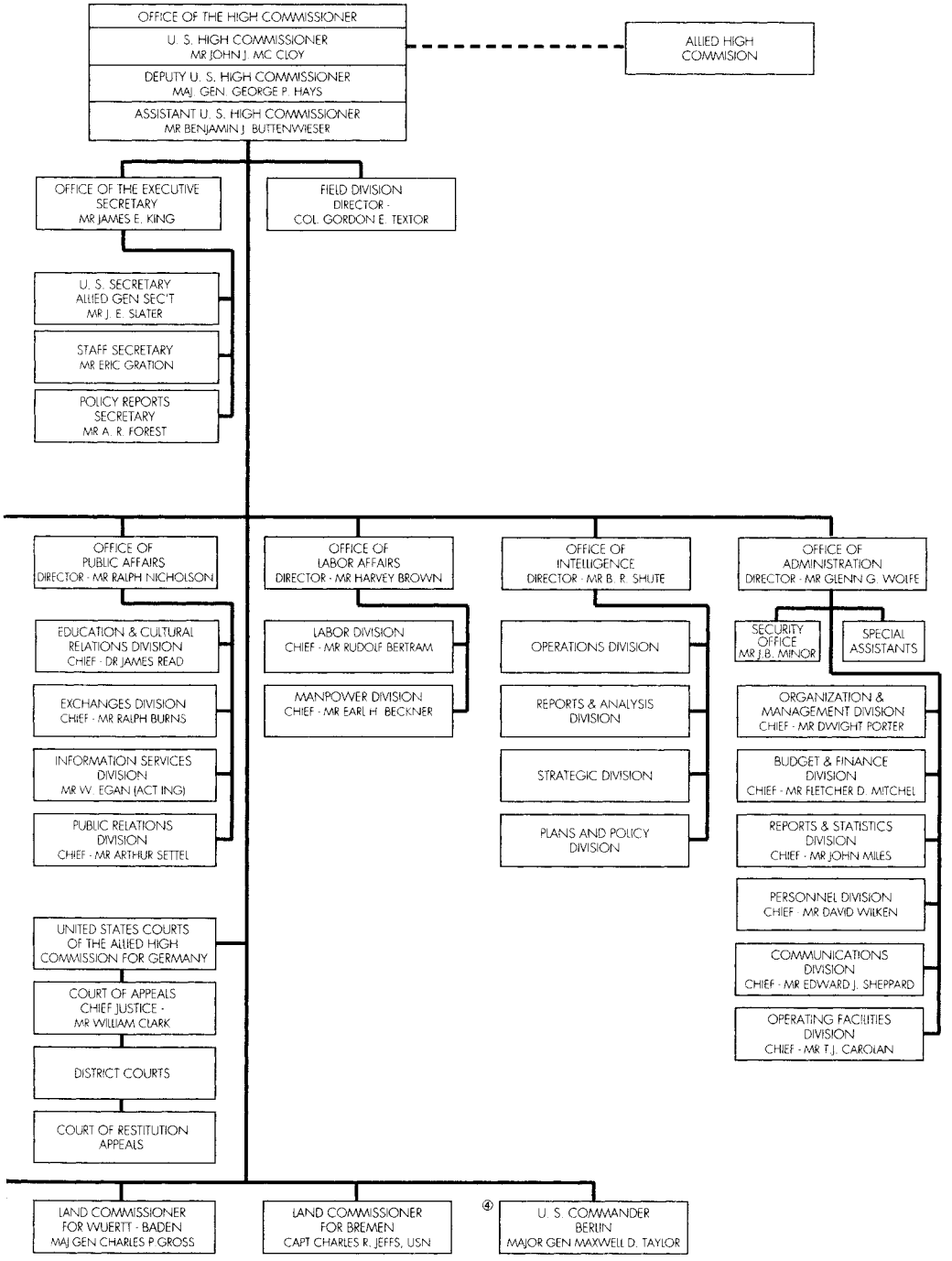




(1) PROPERTY DIVISION NOT APPEARING ON THIS CHART IS TO BE ELIMINATED AS OF 1 JULY

Übersicht 29: Organisation von HICOG, September 1949





① ECA REPRESENTATIVE FOR GERMANY - BY EXECUTIVE ORDER, MR JOHN MC CLOY AS US HIGH COMMISSIONER FOR GERMANY, ALSO SERVES AS ECA REPRESENTATIVE FOR GERMANY, UNDER THE IMMEDIATE SUPERVISION OF THE ADMINISTRATION FOR ECONOMIC COOPERATION & IN COORDITINATION WITH THE SPECIAL REPRESENTATIVE FOR EUROPE (SUBJECT HOWEVER TO CONSULTATION WITH AND ULTIMATE DIRECTION BY THE PRESIDENT).

② US ELEMENTS, COAL CONTROL GROUP AND STEEL CONTROL GROUP, RECEIVE POLICY GUIDANCE FROM DIRECTOR OF ECONOMIC AFFAIRS, FOR TRIPARTITE ACTIVITIES, THE GROUPS ARE RESPONSIBLE TO THE ECONOMICS COMMITTEE, ALLIED HIGH COMMISSION.

③ US ELEMENT RECEIVES POLICY GUIDANCE FROM DIRECTOR ECONOMIC AFFAIRES, AGENCY IS ADMINISTRATIVELY RESPONSIBLE TO FOREIGN TRADE AND EXCHANCHE COMMITTEE, ALLIED HIGH COMMISSION, DURING LIQUIDATION.

④ THE US COMMANDER, BERLIN SERVES AS THE REPRESENTATIVE IN BERLIN OF THE US HIGH COMMISSIONER FOR GERMANY, FOR MILITARY MATTERS HE REPORTS TO THE COMMANDER - IN - CHIEF, EUROPEAN COMMAND.

Mitarbeiter von OMGUS in Washington Gelegenheit, ihre Auffassung über die künftige Entwicklung in Deutschland im einzelnen vorzutragen. Am 1. Juli 1949 begab sich der durch Executive Order Präsident Trumans vom 6. Juni 1949 zum United States High Commissioner ernannte McCloy[168] nach Deutschland; der Schwerpunkt der Planungen für die Überleitung der Besatzungsverwaltung in zivile Hände verlagerte sich damit auf die andere Seite des Atlantik.

Am 2. Juli 1949 gab der Hohe Kommissar für Deutschland, John J. McCloy, bekannt, daß er die Aufgaben eines Militärgouverneurs für die amerikanische Besatzungszone übernommen habe; dies bedeutete, daß er seit diesem Tage die Funktionen eines Militärgouverneurs und eines Hohen Kommissars gemeinsam wahrnahm. Er führte nunmehr die Amtsbezeichnung: US High Commissioner for Germany, Military Governor, US Zone Germany.[169]

Durch General Order Nr. 26 vom 19. Juli 1949 wurde aus der Civilian Personnel Branch das Personnel Office, aus der Budget and Fiscal Branch und der Organization and Program Branch des Control Office sowie dem Administrative Office im Office of Political Affairs ein Provisional Office of Administration, OMGUS. Dieses provisorische OMGUS-Amt diente ebenso provisorisch dem US High Commissioner und war insoweit für die verwaltungsmäßige Abwicklung des Übergangs der Regierungsfunktionen in Deutschland von der amerikanischen Armee (War Department) auf den zivilen Dienst (State Department) verantwortlich. Durch General Order Nr. 27 vom 26. Juli 1949 billigte McCloy den ihm vorgelegten, nunmehr vollständigen Organisationsplan des Office of the US High Commissioner for Germany. Diese Behörde gliederte sich im Unterschied zu OMGUS nicht in Abteilungen (Divisions), sondern in Ämter (Offices). Neben dem Office of Economic Affairs, dem im Rahmen der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit besondere Bedeutung zukam, gab es sechs weitere Ämter und den amerikanischen Anteil an der Drei-Mächte-Einrichtung des Military Security Board. Diese Struktur ist insgesamt mit dem Aufbau von OMGUS kaum noch zu vergleichen. Wie in amerikanischen Zivilbehörden üblich, wurden die acht Offices – als solches ist auch der amerikanische Anteil des Military Security Board anzusehen – grundsätzlich in zwei bis sechs bzw. neun Divisions gegliedert. Der Schwerpunkt der Tätigkeit von HICOG lag eher im politischen, weniger im wirtschaftlichen Bereich. Mit Ablauf des 14. August 1949 wurde das Hauptquartier des Office of Military Government for Germany unter gleichzeitiger Auflösung des Office of the Chief of Staff, dessen Funktionen auf das Provisional Office of Administration übergingen, nach Frankfurt am Main verlegt.[170] Unter OMGUS, Berlin, waren de iure et de facto nunmehr lediglich die Teile der Militärverwaltung zu verstehen, die – abgesehen vom Office of Military Government for Berlin Sector – vorübergehend noch in Berlin ihren Dienstsitz hatten.

Die Angleichung der Organisationsstruktur von OMGUS und HICOG, die gleichzeitig als Vorbereitung der Auflösung von OMGUS anzusehen ist, wird durch drei am 3. September 1949 erlassene General Orders sinnfällig.[171] So wurden die Information Services Division, die Education and Cultural Relations Division und das Public Information Office zum Provisional Office of Public Affairs, OMGUS, vereinigt, die Legal Division in das Provisional Office of General Counsel, OMGUS, überführt und schließlich die Ämter des Economics und Finance Adviser sowie die Finance Division

---

[168] Zink: The United States in Germany, S. 45.
[169] General Order Nr. 22 vom 2.7.1949.
[170] General Order Nr. 36 vom 12.8.1949.
[171] General Orders Nr. 44 – 46 vom 3.9.1949.

zum Provisional Office of Economic Affairs, OMGUS, zusammengefaßt. Diese Struktur von OMGUS-Verwaltungseinheiten entsprach dem bereits genehmigten Organisationsplan von HICOG.

Am 21. September 1949 trat das Besatzungsstatut für (West)Deutschland bzw. die Bundesrepublik Deutschland in Kraft, in dem es u. a. hieß: „Die deutschen Behörden sollen im allgemeinen die Freiheit haben, administrativ und legislativ tätig zu werden",[172] sofern keine alliierten Vorbehalte im Wege standen. Damit war für die drei westlichen Militärgouverneure auch formal kein Raum mehr; sie wurden an diesem Tage förmlich durch die Hohen Kommissare ersetzt, die zusammen die Alliierte Hohe Kommission für (die Bundesrepublik) Deutschland bildeten. Das Office of Military Government for Germany (US) bestand ab 21. September 1949 nicht mehr.

[172] Schmid: Deutschlands Weg, S. 365.

B. Systematische Übersicht Einzelne Verwaltungseinheiten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland

1. Die Spitzengliederung im Allgemeinen[1]

Vorläufer des Office of Military Government for Germany (US) (OMGUS) war die durch General Order Nr. 80, ETO, vom 9. August 1944 in Bushy Park bei London errichtete US Group Control Council (USGCC) (Germany). Oberhalb der Ebene der Fachämter (Functional Offices) und der Fachabteilungen (Functional Divisions) wies sie im Frühsommer 1945 in Deutschland die für amerikanische militärische Kommandobehörden übliche Struktur auf. Unter dem Military Governor und Oberbefehlshaber für das European Theater of Operations United States Army (ETOUSA), General Dwight D. Eisenhower, stand der Deputy Military Governor, Germany, and Commanding General, USGCC, Lt.Gen. Lucius D. Clay, an der Spitze der Militärregierung.

Clay und seine unmittelbaren Mitarbeiter bildeten das Executive Office (Office of the Deputy Military Governor). Zu seinen engsten Mitarbeitern zählten drei Assistant Deputies, die sich nach sachlichen Gesichtspunkten die Aufsicht über die Fachabteilungen teilten: Der Assistant Deputy for Resources, Brig.Gen. William H. Draper, der Assistant Deputy for Trade and Finance, Laird Bell, und der Assistant Deputy for Public Services, Maj.Gen. Oliver P. Echols. Unmittelbar dem Deputy Military Governor zugeordnet waren zwei Berater (Advisers), die keinerlei unmittelbare Weisungsbefugnisse gegenüber nachgeordneten Stellen der Militärregierung hatten: der Political Adviser, Ambassador Robert D. Murphy, und der Legal Adviser, Charles Fahy. Die Besetzung des Executive Office wurde vervollständigt durch den Chief of Staff, damals Brig.Gen. Bryan L. Milburn, der für die üblichen Stabsdienste verantwortlich war. Seit dem 24. Juli 1945 bekleidete der bisherige Assistant Deputy for Public Services, Maj.Gen. Oliver P. Echols, die Position eines Assistant Deputy Military Governor mit eigenem Office. Deputy for Public Services wurde Brig.Gen. Frank C. Meade. Dem Executive Office waren zwei Ausschüsse, das Executive Committee und das Demilitarization Committee, zugeordnet.

Das Executive Committee bestand unter dem Vorsitz des Deputy Military Governor aus den Mitgliedern des Executive Office und dem Director of Intelligence, einem von vier Leitern der nachgeordneten Fachämter. Das Demilitarization Committee setzte sich ebenfalls unter dem Vorsitz des Deputy Military Governor aus den Leitern der drei Fachabteilungen für Heer, Marine und Luftwaffe sowie dem Stabschef zusammen. Zum Leitungsbereich gehörten der Secretary General (Generalsekretär), Col. T.

---

[1] Die Beschreibungen stützen sich u. a. auf die Provenance Descriptions, die während des OMGUS-Projektes in den Jahren 1977 bis 1980 vor allem von Heiner Adamsen (Wuppertal), Brewster S. Chamberlin (Washington, D.C.), Michael Fichter (Berlin), Hartmut Hagner, Josef Henke und Klaus Oldenhage (alle Koblenz) und Jürgen Wetzel (Berlin) für die OMGUS-Ebene gefertigt wurden. Hinzukommt die Serie der General Orders 1945 bis 1949 (BA Z 45 F OMGUS, bzw. IfZ-Archiv MA 1417) und die Mikrofiches zu den Akten vor allem des Control Office, OMGUS, und des Adjutant General, OMGUS, sowie die in diesem Beitrag abgedruckten Organisations- und Personalübersichten. Vgl. auch J. Henke: Economic Reconstruction, S. 472 ff.

W. Hammond (seit 1. September 1945 Col. David Marcus), und der Director of Administrative Services, Col. James B. Edmunds, die für fachneutrale Aufgaben – nicht nur für die Dienststellenverwaltung – als Leiter eigener Offices verantwortlich waren. Zu den Mitarbeitern des Director of Administrative Services zählten u. a. der Adjutant General, Lt.Col. James L. Williams (ab 4. September 1945 Lt.Col. F. W. Marshall), und der Personnel Officer, die später an der Spitze eigener Staff Offices standen.

Lucius D. Clay behielt die Position des Deputy Military Governor und Commanding General, USGCC bzw. OMGUS, unter Eisenhower und – ab 30. November 1945 – unter dessen Nachfolger General Joseph T. McNarney – bis zum 15. März 1947, als er selbst Nachfolger McNarneys wurde.

Als Commander-in-Chief, European Command (CINCEUR), and Military Governor übte Clay dann eine doppelte Befehlsgewalt aus, indem sowohl das Headquarters, European Command, in Frankfurt und Heidelberg, damit die amerikanischen Truppen, als auch das von diesem Hauptquartier im übrigen völlig unabhängige Office of Military Government for Germany (US) seinen Weisungen unterworfen waren. Clay bediente sich für diese Zwecke eines eigenen Office of the Commander-in-Chief, European Command, das neben mehreren Advisers und Assistants vier Verwaltungseinheiten zur Erledigung fachneutraler Aufgaben umfaßte. An der Spitze dieser vier Einheiten standen der Budget and Fiscal Director, der Director of Management Control, der Director of Intelligence, der Inspector General und der Director of Civilian Personnel. Diese Zusammensetzung blieb im ganzen bis zur Rückkehr Clays in die Vereinigten Staaten von Amerika im Mai 1949 konstant.

Nachfolger Clays wurde der Diplomat John J. McCloy, der vom 2. Juli bis 21. September 1949 als United States High Commissioner for Germany und als Military Governor for the United States Zone, Germany, amtierte. Nachfolger Clays als Deputy Military Governor und Commanding General of the Office of Military Government for Germany (US) wurde am 15. März 1947 Maj.Gen. Frank A. Keating, der seit dem 15. Oktober 1946 Assistant Deputy Military Governor for Operations und Deputy Commanding General, OMGUS, gewesen war. Mit Wirkung vom 30. August 1947 trat Maj.Gen. George P. Hays bereits an die Stelle Keatings als Deputy Military Governor und übte dieses Amt bis zur Auflösung von OMGUS im September 1949 aus.

Die besondere Rolle, die die Assistant Deputies und Advisers in der Spitzengliederung der Militärregierung spielten, rechtfertigt eine Darstellung der Personalentwicklung in diesem Bereich. Brig.Gen. Bryan L. Milburn wurde durch General Order Nr. 3 vom 25. November 1944 zum Chief Coordinator of Planning und durch General Order Nr. 2 vom 7. März 1945 zum Assistant Acting Deputy, Headquarters USGCC, ernannt. Im Juni 1945 wurde die Spitzengliederung – wie geschildert – insoweit neu organisiert, als drei Assistant Deputies im Executive Office eingesetzt und Bryan L. Milburn zum Chief of Staff ernannt wurde. Im Juli desselben Jahres schuf man die Position eines Assistant Deputy Military Governor und besetzte sie mit Maj.Gen. Oliver P. Echols, dessen Nachfolger als Assistant Deputy for Public Services Brig.Gen. Frank C. Meade wurde. Mit der Umwandlung von USGCC in OMGUS wurden die drei Assistant Deputies für die Beaufsichtigung bestimmter Fachbereiche abgeschafft, so daß nur der Assistant Deputy Military Governor im Amt blieb, der im Laufe des Jahres 1946 in den Quellen auch als Assistant Deputy Military Governor for Operations bezeichnet wurde. Nachfolger Echols' wurde Anfang April 1946 Maj.Gen. Clarence L. Adcock mit der Amtsbezeichnung Assistant Deputy Military Governor for Operations und Deputy Commanding General, OMGUS. Ihm folgten mit Wirkung vom 15. Oktober 1946 Maj.Gen. Frank A. Keating, seit 15. März 1947 Brig.Gen. Cornelius E. Ryan, der die Amtsbezeichnung Assistant to the Deputy Military Governor, OMGUS, führte

und gleichzeitig amerikanisches Mitglied in der Kommandatura in Berlin wurde. In beiden Positionen folgte ihm am 10. September 1947 Brig.Gen. William Hesketh, der bis Anfang 1948 im Amt blieb. In späteren Organisationsübersichten wird diese Position nicht mehr genannt.

Der Begriff Adviser/Advisor[2] taucht in den Quellen der amerikanischen Militärregierung in mehrfacher Bedeutung auf. Anfangs gab es persönliche Fachberater des Stellvertretenden Militärgouverneurs, die aufgrund dieser Funktion keinerlei Weisungsbefugnisse gegenüber den Functional Offices oder Functional Divisions besaßen. Der bedeutendste unter ihnen war der Political Adviser, Botschafter Robert D. Murphy, der erst 1949 von James Riddleberger abgelöst wurde. Es kam aber durchaus auch vor, daß einzelne dieser Advisers – wie der Economics, Finance oder Legal Adviser – in Personalunion Leiter einer fachlich korrespondierenden Abteilung waren. Der Naval Adviser verfügte dagegen stets über ein eigenes Office.

Die zweite Gattung von Beratern tat ihren Dienst ab 15. Mai 1947 als Sonderberater Clays im Office of the Commander-in-Chief, European Command. Damals gab es neben einem Special Adviser, einen Political, einen Economics und einen Finance Adviser, die freilich nicht mehr zu OMGUS, sondern wie Clay zu EUCOM gehörten. Ab März 1948 veränderte sich das Bild bei OMGUS noch dadurch, daß die Economics Division, OMGUS, und die Finance Division, OMGUS, aufgelöst und durch Offices of the Economics bzw. Finance Adviser, OMGUS, ersetzt wurden, die – allerdings in vermindertem Umfang – die Aufgaben der bisherigen Fachabteilungen für Wirtschaft und Finanzen weiterhin wahrnahmen und an den bisherigen OMGUS-Instanzenzug gebunden blieben. Vorübergehende Erscheinungen blieben u. a. ein Cultural Affairs Adviser und ein Governmental Affairs Adviser to the Military Governor and the Deputy Military Governor.

Zur besseren Übersichtlichkeit sind die Inhaber auch der Positionen, die im folgenden nicht mehr eigens dargestellt werden, hier in Listenform zusammengestellt.

Übersicht 30: Stellenbesetzung der Spitzenpositionen in der amerikanischen Militärregierung in Deutschland 1945–1949

Military Governor	
Gen. Dwight D. Eisenhower	bis 30.11.1945
Gen. Joseph T. McNarney	bis 15. 3.1947
Gen. Lucius D. Clay	bis 15. 5.1949
John J. McCloy	bis 21. 9.1949
Deputy Military Governor / Commanding General, USGCC, bzw. OMGUS	
Gen. Lucius D. Clay	bis 15. 3.1947
Maj.Gen. Frank A. Keating	bis 30. 8.1947
Maj.Gen. George P. Hays	bis 21. 9.1949
Assistant (to) Deputy Military Governor	
Assistant Deputy for Resources Brig.Gen. William H. Draper	Juni – Oktober 1945
Assistant Deputy for Trade and Finance Laird Bell	Juni – Oktober 1945
Assistant Deputy for Public Services Maj.Gen. Oliver P. Echols	Juni – Oktober 1945
Assistant Deputy Military Governor Maj.Gen. Oliver P. Echols (seit 27. August 1945 Deputy Commanding General, USGCC)	Juli 1945 – April 1946
Maj.Gen. Clarence L. Adcock	bis 15.10.1946

[2] Das Wort „Adviser/Advisor" wird in den Quellen völlig willkürlich mit „e" oder „o" geschrieben. Im „Handbuch" wird die Schreibung Adviser verwendet.

Maj.Gen. Frank A. Keating	bis 15. 3.1947
Brig.Gen. Cornelius E. Ryan	bis 10. 9.1947
Brig.Gen. William Hesketh	bis 1948
Chief Administrative Officer / Director of Administrative Services	
Col. Nelson Dingley (Acting)	seit 20. 3.1945
Col. James B. Edmunds	seit 22. 4.1945
(seit 9. Oktober 1945 mit der neuen Amtsbezeichnung)	
Col. John C. McCawley	seit 27. 6.1945
Col. Bryan L. Milburn	seit 15.10.1946[3]
Personnel Officer	
Lt.Col. Ivan B. Baker	seit 7. 3.1945
Col. Robert H. Chard	seit 17. 4.1945
Lt.Col. James L. Williams	seit 24. 9.1945
Col. Arthur H. Onthank	seit 28. 9.1945
Lt.Col. Everett A. Luckenbach	seit 13. 5.1946
Col. James T. Duke	seit 25. 6.1946
Maj. Reginald J. Rivard (Acting)	seit 3.12.1948
Robert M. Barnett	seit 4. 6.1949

2. Chief of Staff

Der Deputy Military Governor verfügte als Commanding General, USGCC bzw. OMGUS – wie andere Kommandobehörden auch – über einen eigenen Stabschef. Dieser stand an der Spitze eines eigenen Office of the Chief of Staff, das in gewisser Hinsicht auch Leitungsfunktionen im Verhältnis zu anderen Staff Offices, insbesondere dem Secretary General, dem Personnel Officer, dem Director of Administrative Services sowie zunächst auch dem Adjutant General ausübte. Eine wesentliche Aufgabe bestand in der Koordinierung der Arbeit der Functional Offices und der Functional Divisions im Rahmen der Weisungen des Deputy Military Governor.

Übersicht 31: Stellenbesetzung des Chief of Staff, USGCC bzw. OMGUS, 1945–1949

Brig.Gen. Bryan L. Milburn	25.4.1945–15.10.1946
Brig.Gen. Charles K. Gailey	bis 10. 8.1949
Lt.Col. Milton L. Ogden	bis 14. 8.1949

Im Zuge der Verlegung vielfältiger Organisationseinheiten von OMGUS in die amerikanische Zone wurde dort durch die beiden Allgemeinen Verfügungen Nr. 46 und 47 vom 1. November 1948 das Office of Deputy Chief of Staff, OMGUS, in Nürnberg eingerichtet und mit dem bisherigen Generalsekretär James E. King besetzt. Diese Dienststelle wurde am 20./21. März 1949 nach Bad Nauheim verlegt. Als das Office of the Chief of Staff am 14. August 1949 aufgelöst und seine Aufgaben in das Provisional Office of Administration, OMGUS, übergingen, erhielt der Deputy Chief of Staff in Bad Nauheim die Position eines Acting Assistant Director of the Provisional Office of Administration, OMGUS, während Milton L. Ogden als Berlin Representative in der alten Reichshauptstadt verblieb.

[3] Die Position wurde durch General Order Nr. 71 vom 31.10.1946 abgeschafft.

3. Secretary General

Die Position eines Secretary General ist erstmals in der General Order Nr. 34 vom 29. Juni 1945 nachgewiesen. Vor diesem Zeitpunkt führte der Amtsinhaber die Bezeichnung Secretary. Er hatte allgemeine Koordinierungs- und Überwachungsfunktionen, die sich einer näheren Kompetenzbeschreibung entziehen. Dies wird nicht nur durch das Organigramm vom 7. Oktober 1945, sondern nicht zuletzt auch noch in dem am 12. Mai 1949 in den Military Government Regulations veröffentlichten General Statement of Functions deutlich.[4]

Übersicht 32: Personal von Secretary General, OMGUS, 1945 – 1949

Lt.Col. Charles E. Sands (Secretary)	7. 3. 1945 – 5. 5. 1945
Col. T. W. Hammond	5. 5. 1945 – 1. 9. 1945
Col. David Marcus	1. 9. 1945 – 30. 4. 1946
Col. William Whipple	1. 5. 1946 – 15. 3. 1947
Lt.Col. Charles F. Heasty (Acting)	15. 3. 1947 – 19. 5. 1947
Col. H. R. Maddux	19. 5. 1947 – 31. 1. 1948
James E. King	31.1./19. 3. 1948 – 1.11. 1948
Eric G. Gration (Acting)	1.11. 1948 – 7. 4. 1949
Lt.Col. Milton L. Ogden	7. 4. 1949 – 21. 9. 1949

Zeitweise war den Amtsinhabern ein Associate Secretary General beigegeben; vorübergehend gab es auch ein Office of the Staff Secretary.

4. Adjutant General

Der Adjutant General war vorbehaltlich der Zuständigkeit des Chief of Staff dafür verantwortlich, eine effiziente Verwaltung in der OMGUS-Zentrale zu sichern. Vor allem hatte er die Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns der Militärregierung zu überwachen und war für Teilbereiche des Inneren Dienstes (Aktenführung, Vorbereitung von Befehlen und Anordnungen) verantwortlich. Zunächst dem Director of Administrative Services, USGCC, unterstellt, erlangte die Section bzw. das Office des Adjutant General im Frühjahr 1946 eine weitgehende organisatorische Eigenständigkeit. Während es zunächst nur grob in Untergliederungen für Cables, Top Secret Cables, Mail Distribution und Publications eingeteilt war, wurden erst Anfang 1947 Branches eingerichtet. Im Mai 1947 bestanden eine Message Control Branch, eine Miscellaneous Branch, eine Records Branch, eine Cable Control Branch, eine Publications Branch, eine Military Permit Branch, eine Travel Branch und die Reference Library, zu denen im Juli 1947 noch der Combined Travel Board trat. Diese Struktur änderte sich bis 1949 nicht entscheidend.

Übersicht 33: Personal des Adjutant General, USGCC bzw. OMGUS 1945 – 1949

Lt.Col. James L. Williams	bis 4. 9. 1945
Col. Bruce Easley	bis 29. 10. 1945
Lt.Col. F. W. Marshall	bis 25. 3. 1946
Lt.Col. George H. Garde	bis 6. 4. 1949
Lt.Col. Frederick A. Sturm	bis 21. 9. 1949

[4] 5/370–2/18.

5. Inspector General

Durch General Order Nr. 70 vom 1. November 1946 wurde ein Office of Inspector General errichtet und Col. Harold Pinther zum Leiter bestellt. Sein Nachfolger wurde mit Wirkung vom 17. Dezember 1947 Col. Walter E. Jenkins, der offensichtlich bis zum Ende der OMGUS-Verwaltung im Amt blieb.[5] Die Kompetenz ist inhaltlich mit „Inspektion nachgeordneter Kommandoeinheiten und Behörden" korrekt bezeichnet.

6. Control Office

Durch General Order Nr. 53, USGCC, vom 13. September 1945 wurde als selbständige Section im Office of the Chief of Staff ein Control Office geschaffen. Es trat an die Stelle des früheren Reports Control Office. Col. William Whipple wurde zum ersten Control Officer der Militärregierung ernannt. Das neue Amt sollte die Durchführung aller Fachprogramme der einzelnen Abteilungen von USGCC bzw. OMGUS ständig überwachen und zu diesem Zweck in erforderlichem Umfang Berichte anfordern. Ihm war weiter die Aufgabe gestellt, das Berichtsverfahren der Militärregierung insgesamt zu beobachten und die Informationen zu sammeln, welche für die Unterrichtung der zentralen Dienststellen in Washington erforderlich waren. Ferner hatte er die Kompetenz der Koordinierung des Personalwesens. Schließlich sollte das Control Office das Verwaltungsverfahren der Militärregierung ständig überprüfen und für Sonderaufgaben im Einzelfall zur Verfügung stehen. Vor Oktober 1945 gliederte sich das Amt in folgende Sections: Reorganization and Manpower Section unter Capt. F. T. Dunscomb, die Program Control Section unter Lt. D. G. White und die Reports Section unter dem Zivilbediensteten R. Elliott.

Im Oktober 1945 verfügte das Control Office über – zunächst zwei – Unterabteilungen: die Program Control Branch und die Reports Control Branch. Das Organisationshandbuch vom 9. März 1946 nennt eine Accounts Branch (Haushalts- und Rechnungswesen), eine Organization Branch, eine Audit Branch (Rechnungsprüfung), eine Program Control Branch (Fachprogramme, Rechtsvorschriften, Spezialstudien), eine Reports Branch sowie schließlich eine Information and Statistics Branch. Inwieweit die Audit Branch mit dem durch General Order Nr. 4 vom 6. Februar 1946 innerhalb des Control Office geschaffenen Audit Office identisch war, ließ sich nicht genau feststellen. Vieles spricht dafür, daß der Unterschied im wesentlichen in der Bezeichnung des Leiters lag, der im Unterschied zu dem üblichen Titel Chief of Branch die besondere Bezeichnung Audit Officer führte.

Im weiteren Verlauf des Jahres 1946 änderten sich Zahl und Bezeichnungen der Unterabteilungen des Control Office mehrfach. So gab es Ende des Jahres die Budget Branch unter Ralph D. Snow, die Accounts Branch unter C. Hall, die Organization Branch unter W. H. Schroder, die Reports Branch unter John T. Butterwick, die Program Branch unter Milton E. Muelder und die Statistics Branch unter Burnham P. Beckwith. Control Officer war damals Col. David L. Robinson. Im Juni 1947 verfügte das Control Office unter dem damals amtierenden Control Officer, Waldemar Thorson, neben zwei Assistant Control Officers for Management bzw. for Statistical Standards über folgende

[5] Jedenfalls hätte seine Abberufung in den General Orders 1949, von denen nur Nr. 38 nicht ermittelt werden konnte, bekanntgemacht werden müssen.

sechs Unterabteilungen: Budget and Fiscal Branch unter Ralph D. Snow, Organization Branch unter W. H. Schroder, Graphics Branch unter E. E. Miner, Reports Branch unter Harold G. Carlson, Program Branch unter Milton E. Muelder und Statitics Branch unter Burnham P. Beckwith; als Information Specialist fungierte Howard Denby. Unter dem neuen Control Officer, James L. Sundquist, der durch General Order Nr. 65 vom 14. August 1947 sein Amt erhielt, wurden die Organization Branch und die Program Branch unter Beryl R. McClaskey zur Organization and Program Branch zusammengefaßt. Gleichzeitig wurde der bisherige Assistant Control Officer for Management, Waldemar Thorson, zum Assistant Control Officer und damit zum ständigen Vertreter des Amtsleiters befördert. Durch General Order Nr. 3 vom 26. Januar 1948 wurde unter Nutzung von Reichsmarkguthaben in der Verfügungsgewalt der Information Control Division ein OMGUS Reorientation Fund unter Verantwortung des Control Office geschaffen, um Projekte der Reorientation und Reeducation zu fördern.
Die fünf Unterabteilungen blieben bis Mitte 1948 bestehen, als das Control Office erneut umorganisiert wurde. Außer der weiter bestehenden Organization and Program Branch unter Gordon P. Freese und seiner Stellvertreterin, Beryl R. McClaskey, wurden drei vergleichsweise große Unterabteilungen geschaffen: die Reports and Statistics Branch unter H. R. Habicht, die Budget and Fiscal Branch unter Fletcher D. Mitchell sowie – etwas später – die Historical Branch unter David G. White. Außerdem wurde ein Assistant Control Officer for Bipartite Affairs, Albert G. Sims, ernannt, um James L. Sundquist in BICO-Angelegenheiten zu unterstützen.
Die wesentlichen Aufgaben der Historical Branch des Control Office bestanden in der Anforderung und Überprüfung historischer Berichte und anderer Darstellungen einzelner Verwaltungseinheiten von OMGUS einschließlich der Länderebene. Daraus sollte Material für eine umfassende Geschichte der Tätigkeit der amerikanischen Militärregierung in Deutschland geschöpft werden. Die Historiker, die innerhalb dieser Unterabteilung tätig waren, bereiteten auch Verwaltungsvorgänge aus einer ganzen Reihe von Fachabteilungen auf, um spätere historische Forschungen zu erleichtern. Eine abschließende Geschichte von OMGUS hat die Historical Branch nicht schreiben können, weil General Clay die ihm vorgelegten Entwürfe ablehnte und das Unternehmen im Frühjahr 1948 einstellen ließ. Die Unterabteilung wandte sich dann der Zusammenstellung von Material für eine Chronologie der Berliner Blockade der Jahre 1948/49 und der Bereitstellung von Materialien für die Memoiren Clays zu.
Für Personalangelegenheiten im engeren Sinne war das Control Office nicht zuständig; hierfür gab es eine eigene Verwaltungseinheit, die zuletzt die Bezeichnung Personnel Office führte.
Das Control Office stellte innerhalb von OMGUS sicherlich eine verwaltungsgeschichtliche Besonderheit dar. Als eine Mischung von Regierungszentrale und Organisationsreferat eines Fachmininisterium war die Dienststelle vor allen anderen Verwaltungseinheiten der Militärregierung herausgehoben. Inhaltlich ist noch einmal zu unterstreichen, daß das Control Office für die Vorbereitung der Bundesrepublik Deutschland von besonderer Bedeutung war. Seine wesentlichen Funktionen gingen im September 1949 auf das Office of Administration, HICOG, über.

7. Office of the Director of Intelligence

Vorläufer dieses Functional Office war die mit General Order Nr. 3 vom 25. November 1944 bei USGCC gegründete Intelligence Section, deren Chief auch Vorsitzender des Joint Intelligence Committee war, dem außer ihm auch die Leiter aller mit nachrich-

tendienstlichen Funktionen betrauten Organisationseinheiten angehörten. Durch General Order Nr. 2 vom 24. Februar 1945 trat eine geringfügige formale Änderung ein, indem für den Ausschußvorsitzenden die Position eines Intelligence Officers eingerichtet wurde, so daß Col. Theodore J. Koenig in Personalunion Leiter der Intelligence Section war bzw. blieb. Das Office of the Director of Intelligence selbst wurde als ein Amt von USGCC am 25. April 1945 durch General Order Nr. 17 errichtet, um alle nachrichtendienstlichen Funktionen zu übernehmen, die bisher von entsprechend zuständigen Unterabteilungen innerhalb mehrerer Abteilungen von USGCC wahrgenommen worden waren. Zum Leiter wurde Brig.Gen. Thomas J. Betts bestellt, der am 30. August 1945 durch Brig.Gen. G. Bryan Conrad ersetzt wurde.

Die wesentlichen Funktionen von ODI blieben von der Umorganisation der amerikanischen Militärregierung im Oktober 1945 unberührt. In der Folgezeit bestanden – von Liaison Officers abgesehen – drei Unterabteilungen, die Analysis (, Research) and Reports Branch, die Counter Intelligence Branch und die Civil Censorship Branch. Das Office of the Director of Intelligence war keine vorwiegend mit durchführender Tätigkeit betraute Verwaltungseinheit, sondern erhielt nur einen kleinen Mitarbeiterstab, der Rohmaterial nachrichtendienstlicher Relevanz auswertete und dabei auch Berichte anderer Abteilungen von OMGUS, nachrichtendienstlich tätiger Einheiten auf Landesebene und anderer Dienststellen, wie insbesondere G 2, USFET/EUCOM, berücksichtigte. Der Director of Intelligence vertrat die Vereinigten Staaten selbstverständlich auch im Quadripartite Intelligence Committee der alliierten Kontrollbehörde. Zu seinen Aufgaben gehörte schließlich auch die Dienstaufsicht über die durch General Order Nr. 54 vom 23. Juni 1947 aufgelöste Field Information Agency, Technical, das Ministerial Collecting Center und das Berlin Document Center.

Am 25. Februar 1946 wurde das Joint Intelligence Committee durch das Intelligence Coordinating Committee ersetzt, in dem unter dem Vorsitz des Directors of Intelligence Vertreter folgender anderen Verwaltungseinheiten vertreten waren: Control Office, Office of Political Adviser, Information Control Service, Armed Forces Division, Economics Division und Public Safety Branch der Internal Affairs and Communications Division. Am 17. Juli 1946 wurde Col. Theodore J. Koenig für die Zeit bis zum 3. November dieses Jahres erneut zum Direktor ernannt, dann jedoch von Col. Peter P. Rodes abgelöst.

1946/47 wurde die Analysis Research and Reports Branch von Lawrence E. DeNeufville, die Counterintelligence Branch von Maj. H. Lindjord und die Civil Censorship Branch von E. Kabzenell geleitet. Im Jahre 1948 gliederte sich das Amt – von einer Administration (and Personnel) Branch abgesehen – nur noch in zwei Unterabteilungen: die Analysis and Research Branch unter Lawrence E. DeNeufville und die Security Branch unter Laughlin A. Campbell. Zu den mehrfach genannten beiden Unterabteilungen – die Analysis and Research Branch erhielt mit Innis D. Harris, die Security Branch mit C. J. O'Connor jeweils neue Leiter – traten Anfang 1949 eine Plans and Policy Branch unter Lt.Col. J. J. Eason, eine Liaison Branch unter J. S. Arouet und eine Special Project Branch unter Hans Kallman. Außer dem Direktor selbst und Kallman hatten alle anderen Leiter ihren Dienstsitz damals in Bad Nauheim. Das Office blieb im September 1949 als Office of Intelligence, HICOG, im ganzen in seinen Kompetenzen erhalten.

8. US Political Adviser / Office of the Director of Political Affairs

Die Funktion des Political Adviser, die Ambassador Robert D. Murphy fast während der gesamten OMGUS-Periode, sein zunächst geschäftsführender Nachfolger James W. Riddleberger seit Frühjahr 1949 ausübten, bestand ausschließlich darin, die Interessen des amerikanischen Außenministeriums in Deutschland zu vertreten und dieses Ministerium über Politik und Tätigkeit der Militärregierung zu unterrichten. Die Aufgaben des Office of the Director of Political Affairs, das im Unterschied zum Political Adviser voll in den Verwaltungsaufbau der Militärregierung integriert war, lagen dagegen darin, unmittelbar Verantwortung für alle „politischen" Aktivitäten in Deutschland zu übernehmen.

Die Keimzelle des Office of the Director of Political Affairs lag in der Military Government Division B, USGCC. General Order Nr. 3 vom 25. November 1944 führte eine Political Division unter Leitung von Robert D. Murphy auf, die sich im Frühjahr 1945 in eine Political Affairs Branch, eine Political Reporting and Intelligence Branch, eine Protection of American Interests Branch, eine Economics Branch, eine Information Services Branch, eine Displaced Persons Branch, eine Administrative Branch und eine Russian Liaison Branch gliederte. Durch General Order Nr. 33 vom 29. Juni 1945 wurde innerhalb des damals geschaffenen Executive Office die Position eines Political Adviser eingerichtet und mit Murphy besetzt. Unabhängig davon schuf man das Amt eines Director of Political Affairs, das Donald R. Heath übertragen wurde. Die Aufgabenverteilung zwischen Murphy und Heath wurde durch die Umwandlung von USGCC in OMGUS nicht berührt.

Das Office of the Director of Political Affairs – diese Bezeichnung taucht erstmals im Oktober 1945 auf – bestand damals aus der Denazification Branch und der Political Branch, beide unter J. J. Muccio, sowie der Intelligence Branch unter Col. W. D. Hohenthal, der Economics Branch unter Loyd V. Steere und der American Interests Branch unter A. D. Hodgdon.

Die Bezeichnung Office of the Director of Political Affairs (OPA) wurde dann im Organisationshandbuch vom März 1946 ausdrücklich bestätigt. Das Amt gehörte zu den Functional Offices, für die ausführliche Funktionsbeschreibungen vorliegen.

Zur Erläuterung des unbestimmten Begriffes „political" mag die Beschreibung der Aufgaben des Direktors vollständig wiedergegeben werden; sie gehen weit über den engeren Bereich des Diplomatischen hinaus:

1. Politische Aspekte der Grundsätze der Entnazifizierung.
2. Grundsätze und Programme für die Bildung und Überwachung der deutschen politischen Parteien.
3. Einsatz und Verteilung der ehemaligen Angehörigen des deutschen Auswärtigen Amtes.
4. Beteiligung an der Überwachung und Gestaltung der Beziehungen des Kontrollrates zu Drittstaaten.
5. Beteiligung im Rahmen des Editorial Board an der Vorbereitung des Monatsberichts des Militärgouverneurs.
6. Beratung in „politischen" Fragen auf Wunsch anderer Ämter, Abteilungen oder nachgeordneter Stellen der Militärregierung.
7. Fühlungnahme mit dem Department of State, soweit dazu ermächtigt.
8. Unterrichtung des Political Adviser über die Entwicklung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten und im Ausland.

9. Politische Überprüfung von Ernennungen in den deutschen zentralen Behörden oder von Beratern der Militärregierung.
10. Beteiligung bei der Wiedererrichtung deutscher zentraler Verwaltungsbehörden.
11. Beteiligung an Untersuchungen über wirtschaftliche Zusammenschlüsse (Kartelle) unter politischen Gesichtspunkten.
12. Unterrichtung des Political Adviser über die gegenwärtige Lage in Deutschland.
13. Versorgung anderer Abteilung von OMGUS mit Berichten und sonstigen Informationen amerikanischer diplomatischer Missionen und aus anderen Quellen.
14. Auswertung der Akten des deutschen Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei sowie der Kenntnisse des entsprechenden deutschen Personals.
15. Vertretung amerikanischer Interessen im Paßwesen, bei der Feststellung der Identität von Personen einschließlich der Ausgabe von Einreisesichtvermerken.
16. Verbindungsstelle der Vereinigten Staaten zwischen der Alliierten Kontrollbehörde und Drittstaaten ohne Anteil an der Militärregierung in Deutschland.
17. Bereitstellung von Political Officers für die Leiter der drei Landesmilitärregierungen in der amerikanischen Zone und für die Sitzungen des Länderrats in Stuttgart.

Das aus dem State Department stammende Personal, also vor allem Murphy und seine Mitarbeiter, aber auch die Konsulatsbeamten, blieben formal Angehörige des Geschäftsbereichs des Außenministeriums, wurden aber von dem voll in die Militärregierung integrierten und damit zum Geschäftsbereich des War Department gehörenden Office of the Director of Political Affairs in allen Angelegenheiten der Dienststellenverwaltung betreut.
Nachdem Clay am 15. März 1947 die Funktionen eines Commander-in-Chief, European Command, and Military Governor übernommen hatte, gehörte der Political Adviser Murphy nicht einmal mehr im Sinne einer wie immer gearteten losen Anbindung zu OMGUS, sondern war mit seinen Mitarbeitern Teil des Office of the Commander-in-Chief, European Command, und führte die Bezeichnung US Political Adviser. Er beriet Clay sowohl für den militärischen Bereich des Headquarters European Command einschließlich dessen nachgeordneter militärischer Stellen und Einheiten als auch für den Bereich des Office of Military Government in dem oben geschilderten weiten Sinne des Begriffs „politisch".
Das Office of the Director of Political Affairs, OMGUS, das in der ersten Jahreshälfte 1947 weiterhin von Donald R. Heath, ab 11. August 1947 geschäftsführend von dessen bisherigem Stellvertreter, Loyd V. Steere, und ab 30. Oktober 1947 von James W. Riddleberger geleitet wurde, gliederte sich – von der Administrative Branch abgesehen – in Unterabteilungen für Information Control (später Press and Public Relations) unter Thomas J. B. Wenner, Economics unter Loyd V. Steere (später Wesley C. Haraldson), Exploitation German Archives unter W. W. Blancke und Political Branch unter Warren M. Chase.
Die Zahl der Unterabteilungen blieb 1948 konstant, doch trat insoweit eine wesentliche Änderung ein, als an die Stelle der Exploitation German Archives Branch eine Consular Branch unter Marshall M. Vance trat, welche die Aufsicht über die sieben amerikanischen Konsulate (Consular Offfices) in Berlin, Bremen, Bremerhaven, Frankfurt am Main, Hamburg, München und Stuttgart führte.
Hervorzuhebendes Merkmal für die Entwicklung auch dieses Office im Jahre 1949 ist eine Teilverlegung von Berlin in die amerikanische Zone, in diesem Fall nach Frankfurt am Main. In Berlin blieben neben dem Leiter Riddleberger zwar die seit 1948 von James W. Gantenbein geleitete Economics Branch und die Political Branch – nun-

mehr unter Perry Laukhuff; sie verfügten aber beide über Außenstellen in Frankfurt, das auch Sitz eines Chief, POLAD/Frankfurt (William Bruce Lockling) war. In Frankfurt wurde außerdem eine Foreign Representation Branch unter William Schott errichtet.
Die wesentlichen Funktionen des Office of the Director of Political Affairs wurden beim Übergang von OMGUS zu HICOG in einem Office of Political Affairs, HICOG, unter Leitung von James W. Riddleberger zusammengefaßt.

9. Office of the Director of Public Information

Durch General Order Nr. 8 vom 29. März 1945 wurde neben dem Information Control Service ein Public Relations Services bei USGCC errichtet und dem Commanding General, USGCC, unmittelbar unterstellt. Leiter dieses Dienstes, der für Öffentlichkeitsarbeit zuständig war, wurde gleichzeitig Brig.Gen. Frank A. Allen, der mit Wirkung vom 15. Oktober 1945 durch Oberst Frances F. Fitzgerald, dieser ab 26. November 1945 durch Oberst Clarence E. Lovejoy als Public Relations Officer ersetzt wurde. Am 5. April 1946 wurde Brig.Gen. Charles K. Gailey zum Director of Public Relations ernannt, an dessen Stelle mit Wirkung vom 16. Dezember 1946 geschäftsführend William Haggard trat. Am 10. Juni 1946 wurde die Bezeichnung Public Relations Office bzw. Director of Public Relations durch Public Information Office bzw. Director of Public Information ersetzt.
Durch General Order Nr. 48 vom 2. November 1948 wurde unter dem Director of Public Information, OMGUS, ein Public Information Office, OMGUS (Frankfurt), errichtet, dem man auch die bisherigen Aufgaben des Bipartite Control Office und der Joint Export-Import Agency auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit übertrug. Der Schwerpunkt der Tätigkeit dieser neuen Frankfurter Stelle lag ganz eindeutig in der Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit über die Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten, nicht zuletzt über das European Recovery Program.
Zur Vorbereitung des Übergang von OMGUS auf HICOG wurde durch General Order Nr. 44 vom 3. September 1949 ein Provisional Office of Public Affairs, OMGUS, geschaffen und Ralph Nicholson zum geschäftsführenden Director of Public Affairs ernannt. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Funktionen der Information Services Division und der Education and Cultural Relations Division zusammen mit denen des Public Information Office auf das neue Amt übertragen.

10. Economics Division / Office of the Economics Adviser

Ausgangspunkt für eine Betrachtung der Entwicklung der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung in Deutschland ist General Order Nr. 90, ETO, vom 9. August 1944, durch die Fragen der Wirtschaftsplanung innerhalb der damals gegründeten USGCC der Military Government Division A unter General Eric F. Wood zugewiesen wurden. Durch General Order Nr. 3, USGCC, vom 25. November 1944 wurde im Rahmen der Neuorganisation von USGCC eine eigene Economics Division unter Col. Graham K. Howard als geschäftsführendem Leiter errichtet. Als eine der damals geschaffenen zwölf Abteilungen gehörte die Economics Division zu den klassischen Verwaltungseinheiten der Militärregierung. Der Leiter dieser Wirtschaftsabteilung war von Anfang an auch dadurch besonders ausgezeichnet worden, daß er dem Joint Intelligence Committee angehörte, ein Umstand, der verdeutlicht, daß die Auf-

gaben der Abteilung damals nahezu ausschließlich in der Planung und Informationsbeschaffung lagen.
Am 24. März 1945 wurde der amtierende Leiter der Economics Division, Graham K. Howard, durch Col. John R. Gilchrist abgelöst, der seinerseits am 5. Mai 1945 durch Brig.Gen. William H. Draper ersetzt, allerdings dessen Stellvertreter blieb. Draper hat sein Amt auf ausdrücklichen Wunsch Clays übernommen und gehörte nicht nur wegen seiner Stellung zu den bedeutendsten Köpfen der Militärregierung.
Außerdem gab es damals eine Reparations, Deliveries and Restitution Division unter dem amtierenden Direktor Col. C. S. Reid, der jedoch schon Anfang Februar durch Col. H. C. Newton bzw. am 23. Mai 1945 durch Col. Leslie W. Jefferson abgelöst wurde. Nachdem Deutschland vollständig von den Alliierten erobert worden war, kam die Planungsphase wie selbstverständlich zum Abschluß, so daß USGCC auch im Bereich der Wirtschaftsverwaltung völlig reorganisiert wurde. Durch General Order Nr. 33 vom 29. Juni 1945 blieb die Reparations, Deliveries and Restitution Division zwar bestehen, die Economics Division wurde aber in eine Industry Division und eine Food and Agriculture Division aufgeteilt. Die Zuständigkeiten der erstgenannten Abteilung erstreckten sich nicht nur auf den in ihren Namen genannten Bereich, sondern auch auf die Vermögensüberwachung und den Schutz von Denkmälern, Kunstwerken und Archiven. Der Komplex Industry wurde im Geschäftsverteilungsplan durch die Stichworte Brennstoffe, Bergbau, Metalle, Chemikalien, Industrieausrüstung und Maschinen, Konsumgüter, Baumaterialien und öffentliche Einrichtungen gekennzeichnet. Die Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft umfaßte auch das Forstwesen.
Alle drei Abteilungen erhielten die allgemeinen Richtlinien für ihre Arbeit von dem oder über den Assistant Deputy for Resources. Diese Position erhielt der bisherige und spätere Direktor der Wirtschaftsabteilung, Brig.Gen. William H. Draper, der auch mit der Wahrnehmung der amerikanischen Interessen im zuständigen Directorate der Alliierten Kontrollbehörde beauftragt wurde. Die Reparations, Deliveries and Restitution Division wurde auch weiterhin von Col. Leslie W. Jefferson geleitet, während Col. James Boyd, der vorherige Leiter der Industry Branch in der Economics Division, mit der Leitung der Industrieabteilung betraut und der Zivilbedienstete Loyd V. Steere mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Direktors der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft beauftragt wurde.
Zum Bereich der Wirtschaftsverwaltung im weiteren Sinne gehörte sicherlich auch die kurzlebige Division of Trade and Commerce unter Frederick Winant, die indes zusammen mit der Finanzabteilung der Aufsicht des Assistant Deputy for Trade and Finance, Laird Bell, unterstellt war.
Eine andere Traditionslinie der Economics Division führt zurück in den April 1945, als eine Production Control Agency unter der Aufsicht der Abteilung G-4, SHAEF, geschaffen wurde. Im Mai trat eine Economics Control Agency unter G-5, SHAEF, hinzu. Beide Stellen wurden im Juni in Branches ihrer jeweiligen Abteilung umgewandelt. Die Unterabteilung für Wirtschaft bei G-5, SHAEF, hatte fünf Sections: Trade and Commerce, Food and Agriculture, Road Transport, Manpower and Removal, Destruction and Reparations. Nach der Auflösung von SHAEF am 14. Juli 1945 wurde die Unterabteilung für Produktionsüberwachung der Aufsicht von G-5, USFET, an Stelle von G-4, USFET, unterstellt. Gleichzeitig mit diesen Änderungen waren die vier oben genannten Abteilungen bei USGCC gebildet worden. Die Leiter der entsprechenden Abteilungen bei USGCC waren gleichzeitig Leiter der Unterabteilungen von USFET.
Nach Errichtung von OMGUS wurde durch General Order Nr. 60, OMGUS, vom 2. Oktober 1945 neben entsprechenden Ernennungen eines Legal und eines Financial

Adviser auch ein Economics Adviser to the Office of Military Government for Germany (US) bekanntgegeben; die Position erhielt Brig.Gen. William H. Draper, der durch General Order Nr. 63, OMGUS, vom 9. Oktober 1945 mit Wirkung vom 15. Oktober Leiter auch einer neuen Economics Division wurde. Sitz der Abteilung war Berlin mit einer Außenstelle in Frankfurt, die verwaltungsmäßig ein Teil von USFET war, fachlich jedoch den Weisungen aus Berlin unterworfen war. So gab es dann für einige Monate eine Wirtschaftsabteilung Economics Division, OMGUS und eine Wirtschaftabteilung Economics Division, OMGUSZ, wobei letztere auch unter der Behördenfirma Economics Division, USFET OMGUSZ, firmierte.
Die General Order Nr. 63, OMGUS, vom 9. Oktober 1945 enthielt nicht nur Personalentscheidungen, sondern verdeutlichte auch, daß mit Wirkung vom 15. Oktober 1945 die folgenden bisherigen Abteilungen, Stabsämter und Unterabteilungen zur Economics Division zusammengefaßt waren: Office of Assistant Deputy for Resources, Industry Division, Food and Agriculture Divison, Trade and Commerce Division sowie die Unterabteilungen Reparations and Restitution und Monuments, Fine Arts and Archives der damals aufgelösten Reparations, Deliveries and Restitution Division.
Damit ergab sich folgende Organisationsstruktur der Economics Division: Neben dem Office des Direktors mit insgesamt fünf Bediensteten und einem Executive Office (Dienstellenverwaltung einschließlich eines Zentralsekretariats) mit mindestens sechs Bediensteten gab es fünf Unterabteilungen. Von ihnen kümmerte sich – wie der Name sagt – die Requirements and Allocations Branch unter 1st Lt. M. Hoobs ebenfalls weitgehend um Probleme der Dienststellenverwaltung, während sich die Policy and Control Branch unter S. Wennberg mit Grundsatzfragen und der Überwachung deutscher Dienststellen zu beschäftigen hatte. Als Fachunterabteilungen im engeren Sinne sind dagegen die Food and Agriculture Branch, die Restitution Branch und die Industry Branch anzusehen. In diesen drei Unterabteilungen verrichteten etwa 90% der mehr als 150 Bediensteten ihre Arbeit.
Die Unterabteilung für Ernährung und Landwirtschaft unter Brig.Gen. Hugh B. Hester gliederte sich in acht Referate: Land, Distribution, Institutions, Production, Reports and Statistics, Rationing, Transportation, Storage and Commodities Section.
Während die Restitution Branch nicht systematisch untergliedert war, umfaßte die Industrieabteilung folgende Referate:

Übersicht 34: Organisation der Industry Branch, Economics Division, OMGUS, Oktober 1945

- Chemical Section
- Plastics and Protective Coatings Section
- Vaccines, Sera and Antitoxins Section
- Building Materials and Construction Section
- Coal and Non-metallic Mining Section
- Intelligence Section
- Legal Section
- Machinery and Optics Section
- Public Utilities Section
- Oil Section
- Metals Section

Hinzu kamen noch einige Sonderbeauftragte. Personell hatte sich insoweit nichts geändert, als weiterhin Col. Leslie W. Jefferson an der Spitze der Restitutions Branch stand und Col. James Boyd die Industry Branch leitete.

In den Zusammenhang dieser Darstellung gehört der Sache nach auch die durch General Order Nr. 42 vom 12. September 1945 gegründete Investigation of Cartels and External Assets Division unter Col. Bernard Bernstein. Sie umfaßte neben dem Office of the Director sieben Unterabteilungen und einen Planungsstab. Durch General Order Nr. 73, OMGUS, vom 14. Dezember 1945 wurde die Abteilung jedoch bereits wieder aufgelöst und ihre Zuständigkeit auf die Wirtschafts- und Finanzabteilung übertragen. Dabei übernahm die Wirtschaftsabteilung die Verantwortung für Erhebungen über Art und Zielsetzung bestehender deutscher Kartelle, Syndikate, Trusts und anderer Formen wirtschaftlicher Konzentration. Diese Zuständigkeiten wurden in der Decartelization Branch unter Philip Hawkins zusammengefaßt. In der Finance Division wurde eine External Assets Branch unter Theodore H. Ball errichtet. Am 14. Dezember 1945 erloschen ebenfalls die Funktionen des I. G. Farben Control Officer, dessen Zuständigkeiten ebenfalls zum größeren Teil von der Wirtschaftsabteilung übernommen wurden.
Am 15. Januar 1946 bestand die Wirtschaftsabteilung außer dem in Referate eingeteilten Stab aus folgenden Unterabteilungen:

Übersicht 35: Organisation der Economics Division, OMGUS, 15. Januar 1946

- Policy and Coordination Branch
- Reports and Statistics Branch
- Decartelization Branch
- Food and Agriculture Branch
- Trade and Commerce Branch
- Restitution Branch
- Industry Branch

Hinzu trat durch General Order Nr. 10, OMGUS, vom 8. März 1946 eine Supply Accounting Branch, die vor allem für Vorratsbewirtschaftung verantwortlich war. Das Organisationshandbuch vom 9. März 1946 zeigt einen auf sechs Referate erweiterten Stab sowie sechs Unterabteilungen:

Übersicht 36: Organisation der Economics Division, OMGUS, 9. März 1946

- Industry Branch
- Food and Agriculture Branch
- Trade and Commerce Branch
- Decartelization Branch
- Restitutions Branch
- Supply Accounting Branch

Dazu kamen noch einige nachgeordnete Stellen vor allem im Bereich der wirtschaftlichen Entflechtung, insbesondere der I. G. Farben AG. Im Laufe des Jahres 1946 ergab sich insoweit eine bedeutende Änderung für die amerikanische Wirtschaftsverwaltung in Deutschland, als erste Schritte zur Errichtung der Bizone eingeleitet wurden. Diese führten jedoch nicht zu organisatorischen Konsequenzen, zumal die Ernennung des Economics Adviser und Leiters der Wirtschaftsabteilung, Brig.Gen. William H. Draper, durch General Order Nr. 14, OMGUS, vom 28. Februar 1947 zum Economics Adviser to the Deputy Military Governor eine mit Sicherheit unpolitische Entscheidung war. Dessen Nachfolger als Leiter der Wirtschaftsabteilung wurde Menc S. Szymczak, der seinerseits jedoch schon am 26. Juni 1947 durch einen anderen Zivilbediensteten, Lawrence Wilkinson, ersetzt wurde.

Im März 1947 umfaßte die Abteilung – außer den bereits genannten – noch zwei weitere Unterabteilungen. Die Notwendigkeit einer Research Control Branch unter George Scatchard wurde in einem Bericht, der im Bulletin der Militärregierung erschien, mit der lakonischen Feststellung begründet, daß moderne Kriege unter Umständen in einem Teströhrchen beginnen könnten.[6] Die zweite neue Unterabteilung war die Requirements and Allocations Branch unter George N. McClusky.

Übersicht 37: Organisation und Personal der Economics Division, OMGUS, Juli 1947

- Administration and Personnel Branch (Lt.Col. Thurman S. Doman)
- Policy and Coordination Branch (Malcolm S. McComb)
- Reports and Statistics Branch (Saul Nelson)
- Requirements and Allocation Branch (George N. McClusky)
- Research Control Branch (George Scatchard, später C. H. Nordstrom)
- Decartelization Branch (James S. Martin)
- Food and Agriculture Branch (Col. Hugh B. Hester)
- Trade and Commerce Branch (Spencer Phenix)
- Restitution Branch (Col. John H. Allen)
- Industry Branch (H. L. Berno)
- Supply Accounting Branch (Moore C. McIntosh, später John Kovac)

Die ersten fünf genannten Unterabteilungen sowie das amerikanische Sekretariat des Economics Directorate bei der Alliierten Kontrollbehörde wurden damals als Staff Branches, die übrigen Unterabteilungen als Functional Branches bezeichnet. Das einschlägige Organigramm enthält schließlich die amerikanischen Anteile (US Elements) in den Bipartite Control Groups (Economics, Food and Agriculture) und bietet insoweit eine nahezu vollständige Übersicht über die Wirtschaftsverwaltung der amerikanischen Militärregierung in Deutschland. Die große politische Bedeutung der Economics Division im Zusammenhang mit der Errichtung der Bizone kam organisatorisch besonders dadurch zum Ausdruck, daß die Direktoren Draper bzw. Wilkinson drei Stellvertreter erhielten, die alle nicht an der Spitze einer Unterabteilung standen: einen Deputy Director for Negotiations (Don D. Humphrey), einen Deputy Director for Administration (Col. Stephen A. Park) und einen Deputy Director for Bizonal/Minden Operations (Peter V. Martin, später A. S. Barrows).

Durch General Order Nr. 18, EUCOM, wurde die Wirtschaftsabteilung aufgelöst und mit Wirkung vom 1. März 1948 das Office of the Economics Adviser, OMGUS, geschaffen; die meisten Fachaufgaben im Bereich der Wirtschaftsverwaltung waren inzwischen von unterschiedlichen Dienststellen in der Bizone übernommen worden. Der Economics Adviser, der bisherige Direktor der Wirtschaftsabteilung, Lawrence Wilkinson, und sein vergleichsweise kleiner Mitarbeiterstab blieben für die Entwicklung der Grundsätze der Wirtschaftspolitik verantwortlich, die vom amerikanischen Anteil im Bipartite Control Office vertreten wurde. Durch die Reorganisation im Bereich der Innen- und Kulturverwaltung, die aufgrund der General Order Nr. 6 vom 18. Februar 1948 durchgeführt wurde, war die Wirtschaftsverwaltung insoweit betroffen, als die Aufgaben der Communications Branch der damals aufgelösten Internal Affairs and Communications Division mit Wirkung vom 1. März 1948 dem Office of the Economics Adviser übertragen wurden. Damals löste man auch die Transport

[6] „Modern wars can start in a test tube" (Military Government Weekly Information Bulletin Nr. 82 vom 3.3.1947).

Division auf und übertrug deren Aufgaben, soweit sie nicht auf BICO oder deutsche bizonale Stellen übergingen, dem Office of the Economics Adviser.
Im März 1948 gliederte sich das Office des Economics Adviser in zwei Stabsreferate (Verwaltung, Zentralsekretariat) sowie sechs Fachgruppen (Groups): Industry unter Frank L. Mayer, Communications unter Eugene H. Merrill, Food and Agriculture unter R. A. Ionnes, Transport unter dem bisherigen Leiter der Verkehrsabteilung, Col. Hans W. Holmer, Reports and Statistics unter Saul Nelson und Research Control unter C. H. Nordstrom. Diese Verwaltungsstruktur blieb bis in das Jahr 1949 bestehen, sieht man von kleineren Veränderungen der Bezeichnung einzelner Gruppen einmal ab; so nennt eine Personalübersicht vom April 1949 die bisherige Research Control Group nunmehr Scientific Research Group. Personell hatte sich insoweit etwas geändert, als nur die Fachgruppen für Industrie und für Post- und Fernmeldewesen (Communications) ihre Leiter behalten hatten. An der Spitze der Food and Agriculture Group stand nunmehr Philip M. Raup, während die Transport Group von W. T. Cantrell und die Reports and Statistics Group von C. K. Nichols geleitet wurden. Am inhaltlichen Auftrag des Office änderte sich dadurch kaum etwas. Indes gab es keine Decartelization Group mehr, da die Zuständigkeit für die Entflechtung der Wirtschaft vollkommen auf BICO übergegangen war; nur für eine sehr kurze Zeit gab es eine Decartelization Branch in der Property Division. Von räumlichen Verlagerungen war das Office of the Econommics Adviser nicht betroffen; es blieb vollständig in Berlin.
Mit General Order Nr. 46 vom 3. September 1949 gingen die Zuständigkeiten des Office of the Economics Adviser und des US Chairman of BICO zusammen mit denen des Office of the Finance Adviser und der Finance Division auf das in Frankfurt am Main errichtete Provisional Office of Economic Affairs, OMGUS, über. Als am 21. September 1949 der Hohe Kommissar endgültig an die Stelle des Militärgouverneurs trat, wandelte sich dieses Amt endgültig zum Office of Economic Affairs, HICOG, wobei der Problemkreis der Entflechtung der Wirtschaft dem Office of the General Counsel zugeschlagen wurde.
Am Beispiel der Wirtschaftsverwaltung von OMGUS – der Economics Division, des Office of the Economics Adviser und des Bipartite Control Office – kann am anschaulichsten gezeigt werden, in welchen Stufen sich die amerikanische Besatzungsmacht von der unmittelbaren Überwachung deutscher Verwaltungstätigkeit zurückzog und ihre vergleichbaren Fachbehörden entsprechend umorganisierte. Insofern ist die Geschichte der Wirtschaftsabteilung von OMGUS nicht nur von fachlicher, sondern von allgemein historischer Bedeutung.

11. Finance Division / Office of the Finance Adviser

Die Ursprünge des Office of the Finance Adviser, OMGUS, und seines Vorgängers, der Finance Division, OMGUS, können bis zum 14. August 1944 zurückverfolgt werden, als die Civil Affairs Division, SHAEF, eine German Country Section mit einer Finanzabteilung errichtete. Zuständigkeiten auf dem Bereich der Finanzverwaltung zum Zeitpunkt der Errichtung von USGCC am 9. August 1944, insbesondere die Formulierung von Grundsätzen einer künftigen Finanzpolitik der Besatzungsverwaltung, die Vorbereitung des Abschnitts „Finanzen" im Handbuch der Militärregierung und die Sammlung von Nachrichten zur deutschen Finanzverfassung lagen dann im Zuständigkeitsbereich der Military Government Division A, USGCC. Am 25. November 1944 wurde mit der Einführung der Abteilungsstruktur bei USGCC eine eigene Finanzabteilung unter Col. Bernard Bernstein errichtet.

Bei der Organisationsreform vom 29. Juni 1945 wurde die Finance Division dem Assistant Deputy for Trade and Finance unterstellt und umfaßte Branches für Public Finance unter Lt.Col. M. P. Fisher, für Financial Institutions unter Lt.Col. J. E. McDonougy, für Foreign Exchange and Blocking Control unter O. A. Schmitt, für Intelligence and Liaison unter A. M. Kamarck, für Accounts and Audits unter Col. M. J. Hudtluff sowie für Currency unter Lt.Col. H. D. Cragon.
Als USGCC mit Wirkung vom 1. bzw. 15. Oktober 1945 als OMGUS organisiert wurde, entstand die Finance Division, OMGUS, die für die allgemeine Aufsicht und Kontrolle über die öffentlichen Finanzen in der amerikanischen Besatzungszone, Fragen der Devisenbewirtschaft und des deutschen Auslandsvermögens zuständig war. Außerdem hatte sie die Sicherung entsprechender Devisen aus Exportleistungen und für die Bezahlung von Importen vorzunehmen. Auch der Bereich Geld und Kredit einschließlich der Aufsicht über die Landeszentralbanken lag bei der Finance Division. Leiter dieser Abteilung wurde der bisherige Assistant Deputy for Trade and Finance, Joseph M. Dodge, unter nahezu gleichzeitiger Ernennung zum Financial Adviser.
Als Stellvertreter des Abteilungsleiters fungierte Col. David L. Robinson. Außer dem Office of the Assistant Deputy for Trade and Finance waren auch die Property Control Branch der bisherigen Reparations, Deliveries and Restitution Division und Teile des Office of the Control Officer, I. G. Farbenindustrie A. G., in der Finance Division aufgegangen. Mitte Dezember 1945 kam die Kompetenz für die Ermittlung deutscher Auslandsvermögen hinzu, soweit diese innerhalb Deutschlands vorzunehmen war.
Die Leitung der fortbestehenden Financial Institutions Branch lag im Oktober 1945 bei Walter Lichtenstein, der Foreign Exchange and Blocking Control Branch bei Jack Bennett, der Financial Intelligence and Liaison Branch bei A. M. Kamarck, der Currency Branch weiterhin bei Lt.Col. H. D. Cragon, der Accounts and Audit Branch weiterhin bei Col. M. S. Hudtluff, der Property Control Branch bei Col. C. S. Reid sowie der I. G. Farben Control Branch bei Col. E. S. Pillsbury.
Das Organisationshandbuch vom 15. März 1946 wies nur eine leicht veränderte Organisationsstruktur der Abteilung auf. Vom 9. Juni 1946 bis 4. März 1947 wurde die Abteilung von Jack Bennett geleitet. An der Spitze der Financial Institutions Branch stand weiterhin Walter Lichtenstein; die Public Finance Branch wurde von Robert P. March, die Property Control Branch von E. N. Reinsel, die External Assets and Intelligence Branch von Albert Bender, die Foreign Exchange and Blocking Control Branch von Jo Fisher Freeman sowie schließlich das Foreign Exchange Depository in Frankfurt von Col. William G. Brey geleitet. Seit dem 4. März 1947 finden wir Theodore H. Ball als Abteilungsleiter, Jo Fisher Freeman als dessen Stellvertreter und folgende neue Unterabteilungsleiter: Howard P. Jones (Public Finance), Samuel M. Rose (External Assets and Intelligence), Judson C. Jones (Foreign Exchange and Blocking Control) sowie Richard P. Aikin (Finance Institutions); kurzfristig bestand eine Reports and Statistics Branch unter David Schwartz.
Die Abteilung war also bis Februar 1948 mehrfach innerorganisatorischen Änderungen unterworfen, die auch die Bezeichnungen und Funktionen der Unterabteilungen betrafen. Als die amerikanische und britische Besatzungsverwaltung sowie die deutschen bizonalen Dienststellen in den Jahren 1947 und 1948 reorganisiert wurden, übertrug man in größerem Umfang Durchführungskompetenzen auch auf dem Gebiet der Finanzverwaltung auf die deutschen Behörden. Das Ende dieser Entwicklung markierte in Bezug auf die amerikanische Militärregierung General Order Nr. 18, EUCOM, vom 18. Februar 1948, durch welche die Finanzabteilung der Militärregierung ebenso aufgelöst wurde wie das Office of the Finance Adviser, CINCEUR. An deren Stelle trat das Office of the Finance Adviser, OMGUS, und eine Property Division,

OMGUS. Die Aufsicht über die Durchführung der allgemeinen Finanzpolitik im Vereinigten Wirtschaftsgebiet war der neu geschaffenen Bipartite Finance Group innerhalb des Bipartite Control Office übertragen worden.
Das Office of the Finance Adviser unter Jack Bennett sowie dessen Stellvertreter und Nachfolger Jo Fisher Freeman (geschäftsführend ab 18. Januar 1949) übernahm von der früheren Finanzabteilung die Zuständigkeiten der Überprüfung der deutschen Finanzpolitik sowie der Beschäftigung mit mulitilateralen Übereinkommen, Programmen und politischen Projekten. Die Zuständigkeit für Devisen, gesperrtes, eingefrorenes und Auslandsvermögen wurde auf die Property Division, OMGUS, übertragen. Selbstverständlich war der Finance Adviser auch für die Entwicklung von Grundsätzen der Geld- und Finanzpolitik zuständig, welche die amerikanische Seite bei BICO betrieb; außerdem vertrat er die Vereinigten Staaten im Finance Directorate der Alliierten Kontrollbehörde und war amerikanisches Mitglied der Allied Bank Commission, die gemäß Militärregierungsgesetz Nr. 60 am 15. Februar 1948 als Drei-Mächte-Einrichtung zur Überwachung der Bank Deutscher Länder geschaffen worden war.
Das Amt des Finance Adviser war in mehrere Functional Groups gegliedert, die im wesentlichen den alten Branches entsprachen: Foreign Exchange Policy unter William S. Balderston, Internal Finance Policy unter Walter Heller, Central Bank unter Henry C. Conrad, Finance Intelligence unter Saul Kagan (später unter Emil Lang) und die Foreign Exchange Depository Group, welche zunächst weiterhin von Col. William G. Brey, später von Frank J. Roberts in Frankfurt geleitet wurde. Im Februar 1949 wurden die Funktionen der Foreign Exchange Group und der Internal Finance Policy Group in der Internal and External Finance Group unter Ralph McCabe zusammengefaßt.
Die Property Division unter Philip Hawkins gliederte sich in vier Fachunterabteilungen: die wegen Übertragung der Aufgaben auf BICO sehr bald aufgelöste Decartelization Branch unter Richard Bronson, der amerikanisches Mitglied der Decartelization Commission, BICO, wurde; die Property Control and External Assets Branch unter Fred E. Hartzsch; die Reparations Branch unter Orren R. McJunkins und die Restitution Branch unter Col. John H. Allen.
Seit 1948 wurden einige Organisationseinheiten von Berlin in die amerikanische Zone verlegt, so die Property Control and External Assets Branch nach Wiesbaden, die Restitution Branch nach Karlsruhe und die Central Filing Agency (Zentralmeldeamt) unter Bernard Fischbein nach Bad Nauheim.
Durch General Order Nr. 12, OMGUS, vom 7. April 1949 wurde zu einem vergleichsweise sehr späten Zeitpunkt eine Finance Division unter Jo Fisher Freeman wieder errichtet. Mit General Order Nr. 46 vom 3. September 1949 gingen die Zuständigkeiten des Finance Adviser, der Finance Division, des Economics Adviser und des US Chairman of BICO auf ein Provisional Office of Economic Affairs, OMGUS, über. Bei der Auflösung von OMGUS am 21. September 1949 wurde daraus das Office of Economic Affairs, HICOG, das wiederum eine Finance Division und eine Property Division umfaßte.

12. Armed Forces Division

Die Armed Forces Division bestand bereits am 9. August 1944 als eine von drei Abteilungen der damals in Bushy Park bei London gegründeten USGCC. Die Abteilung wurde von General John E. Lewis geleitet und war in drei Unterabteilungen (Heer, Marine, Luftwaffe) gegliedert. Ihre Hauptaufgabe bestand in der Vorbereitung der Entwaffnung der deutschen Streitkräfte.

Durch General Order Nr. 3 vom 25. November 1944 wurden die drei Unterabteilungen mit den Bezeichnungen Military (später Army/Ground) Division unter Brig.Gen. John E. Lewis, Naval Division unter Vice Admiral Robert L. Ghormley und Air Division unter Maj.Gen. Robert W. Harper verselbständigt. Die Umorganisation vom 29. Juni 1945 berührte die genannten drei Abteilungen nicht wesentlich, allerdings erhielt die Army (Ground) Division am 27. Juni mit Maj.Gen. Ray W. Barker einen neuen Leiter. Im Rahmen der Allied Control Authority wurden ein Military (Army), ein Naval und ein Air Directorate geschaffen, in denen die drei Leiter der genannten USGCC-Abteilungen die amerikanischen Interessen wahrzunehmen hatten.
Alle drei Abteilungen verfügten jeweils über eine Demobilization Branch, eine Disarmament und eine Intelligence Branch. Zur Army (Ground) Division gehörte darüber hinaus eine besondere Überwachungsstelle für das Oberkommando der Wehrmacht und das Oberkommando des Heeres; die Besonderheit der Marineabteilung bestand in einer zusätzlichen Ocean Shipping Branch, während die Air Division zwei weitere Unterabteilungen hatte: die Policy and Liaison Branch und eine Operations Branch.
Beim Übergang auf OMGUS wurden die drei „militärischen" Abteilungen mit Wirkung vom 15. Oktober 1945 unter Maj.Gen. Robert W. Harper erneut zur Armed Forces Division zusammengefaßt. Der Leiter der bisherigen Naval Division, Robert L. Ghormley, wurde durch die General Orders Nr. 63 und 67 vom 9. bzw. 26. Oktober 1945 zum Naval Adviser Clays ernannt.
Die neue Armed Forces Division wurde nicht nach Teilstreitkräften, sondern sachsystematisch in zwei große Unterabteilungen gegliedert: die Disarmament Branch unter Col. R. W. Yates und die Demobilization Branch unter Col. T. B. Whitted.
Das Organisationshandbuch vom 9. März 1946 sah zusätzlich zu den beiden genannten eine weitere Unterabteilung vor, die Aeronautics Branch, die ausdrücklich auch für den zivilen Luftverkehr über Deutschland zuständig sein sollte.
Abgesehen von der Umbenennung der Aeronautics Branch in (Civil) Aviation Branch unter Col. G. M. Jones läßt sich für die Jahre 1946/47 eine schrittweise Umstrukturierung der Abteilung nach Angelegenheiten der Teilstreitkräfte beobachten. So gab es im April 1947 eine Army Branch unter Col. W. W. Holler, eine Navy Branch unter Capt. E. J. Burke und eine Air Forces Branch unter Lt.Col. B. E. Steadman.
Aufgrund der General Order Nr. 41 vom 20. Mai 1947 übernahm Col. W. W. Holler geschäftsführend die Nachfolge von Maj.Gen. Robert W. Harper als Abteilungsleiter, wurde jedoch bereits durch General Order Nr. 74 vom 1. Oktober 1947 durch Maj.Gen. William E. Hall abgelöst. Nach diesem Revirement wurden die Unterabteilungen für Luftwaffe, zivilen Luftverkehr, Marine und Heer von Lt.Col. D. E. Kunkel, Col. G. M. Jones, Capt. J. S. Crenshaw und Col. T. B. Whitted geleitet.
Im März 1948 kehrte Lt.Col. B. E. Steadman auf seine alte Position als Leiter der Luftwaffenabteilung zurück. Die nach Wiesbaden verlegte Civil Aviation Branch erhielt mit Thomas D. Johnson erstmals einen zivilen Leiter und wurde im Sommer 1948 durch den Aufbau einer Meteorological Branch in Bad Kissingen unter Leitung von Clayton Van Tullenar entlastet. Durch General Order Nr. 38 vom 21. September 1948 wurde Capt. Joseph P. Thew zum Abwesenheitsvertreter des Abteilungsleiters Hall ernannt, der durch General Order Nr. 40 endgültig von seinen Pflichten entbunden wurde. Durch General Order Nr. 43 vom 19. Oktober 1948 bestellte man mit Maj.Gen. James P. Hodges einen neuen Direktor der Armed Forces Division, der im Jahre 1949 nur noch drei Unterabteilungen für die Erledigung seiner Aufgaben benötigte, da die drei nach Teilstreitkräften organisierten Unterabteilungen wegen Aufgabenmangels aufgelöst werden konnten. Die restlichen Aufgaben wurden durch General Order

Nr. 4 vom 4. März 1949 einem Mitte Dezember 1948 eingerichteten Military Security Board übertragen, der für alle drei westlichen Besatzungszonen zuständig war. So bestanden innerhalb der amerikanischen Militärregierung im Jahre 1949 nur noch die Civil Aviation Branch, die Liaison Branch unter Lt.Col. B. E. Steadman und die Meteorological Branch unter H. D. Perry, die im Mai 1949 von Bad Kissingen nach Frankfurt und im Juli desselben Jahres nach Darmstadt verlegt wurde.
Mit der endgültigen Auflösung von OMGUS am 21. September 1949 wurden die Aufgaben der Civil Aviation Branch von der Civil Aviation Division unter Leitung von Thomas D. Johnson im Office of Political Affairs, HICOG, wahrgenommen.

13. Internal Affairs and Communications Division

Die Internal Affairs and Communications Division wurde durch die grundlegende Reform von USGCC gemäß General Order Nr. 3 vom 25. November 1944 unter der geschäftsführenden Leitung von Brig.Gen. Frank C. Meade geschaffen. Er wurde Ende Mai 1945 kurzfristig in der Leitung der Abteilung von Maj.Gen. Oliver P. Echols abgelöst und übernahm die Leitung der Communications and Education Branch, zu der damals u. a. auch Religious Affairs gehörten. Außerdem gab es drei weitere Unterabteilungen: Civil Service and Local Government Branch unter Brig.Gen. Luther S. Smith, die Public Safety Branch unter Col. Orlando W. Wilson sowie die Public Health and Welfare Branch unter Maj.Gen. Morrison C. Stayer.
Ende Juni 1945 wurde die Internal Affairs and Communcations Division in vier erheblich kleinere Abteilungen aufgelöst, entstand jedoch mit der Bildung von OMGUS im Oktober 1945 erneut, als das Office of the Assistant Deputy for Public Services, die Communications Division, die Public Safety Division und die Public Health and Welfare Division zu einer Abteilung zusammengefaßt wurden. Die Leitung dieser neuen Abteilung übernahm erneut Brig.Gen. Frank C. Meade. Außer der Civil Administration Branch bestanden im Oktober 1945 wiederum eine Communication Branch unter Brig.Gen. S. M. Thomas, eine Public Safety Branch unter Col. Orlando W. Wilson und eine Public Health and Welfare Branch unter Gen.Maj. Morrison C. Stayer, zu der u. a. eine Education and Religious Affairs Section unter Maj. J. W. Taylor gehörte.
Das Organisationshandbuch vom 9. März 1946 beschreibt die Kompetenzen der Abteilung wie folgt: Gesundheits- und Wohlfahrtswesen, Unterrichts- und Religionsangelegenheiten, öffentliche Sicherheit mit Koordinierungsfunktionen auf dem Gebiet der Entnazifizierung, Allgemeine Innere Verwaltung sowie Post-, Fernmelde- und Nachrichtenwesen. Am 26. Dezember 1946 wurde die Public Health and Welfare Branch in zwei Unterabteilungen gegliedert, wobei der bisherige Unterabteilungsleiter Col. Milford T. Kubin für das Gesundheitswesen verantwortlich blieb, während Alden E. Bevier die Public Welfare Branch übernahm. Die Public Safety Branch, deren organisatorischer Zuschnitt sich nicht änderte, wurde jetzt von Theo E. Hall, die Communications Branch von Eugene H. Merrill geleitet. An die Spitze der Abteilung trat am 17. Mai 1946 Sumner Sewall, der nach weniger als einem halben Jahr am 12. November 1946 von Henry Parkman abgelöst wurde, dem seinerseits bereits am 14. Februar 1947 Dwight P. Griswold folgte. Nach einer Übergangsperiode unter Leitung des Deputy Director, Col. Emil Lenzner, vom 27. Juni bis 25. Juli 1947 wurde die Internal Affairs and Communications Division von George B. McKibbin geleitet, der auch weiterhin Lenzner als Stellvertreter im Amt beließ. Sieht man von personellen Wechseln an der Spitze der Public Welfare Branch – auf Alden E. Bevier folgte Mildred L. C. Biklen, später Mildred B. Smith – einmal ab, änderte sich an der Organisation und

der personellen Besetzung der Abteilung bis zu deren Auflösung am 1. März 1948 nichts mehr. Die Unterabteilungen Public Safety, Public Health und Public Welfare gingen in der Civil Administration Division auf, während die Ecucation and Religious Affairs Branch von der neuen Education and Cultural Relations Division, die Communications Branch vom Office of the Economics Adviser übernommen wurden.

14. Civil Administration Division

Grundsätzlich verstand man in der amerikanischen Armee unter Civil Affairs Division, G-5, den Teil des Stabes, der für Angelegenheiten der zivilen, allgemeinen inneren Verwaltung verantwortlich war. Die am 9. August 1944 in England errichtete USGCC wies zunächst nur drei Abteilungen, die Armed Forces Division und Military Government Division A und Military Government Division B auf. Civil Administration gehörte zur Military Government Division B. Durch General Order Nr. 3, USGCC, vom 25. November 1944 entstanden zwölf Fachabteilungen bei USGCC, von denen keine die Bezeichnung Civil Administration Division erhielt; vielmehr wurden die entsprechenden Aufgabenbereiche einer Internal Affairs and Communications Division zugewiesen. An der Spitze von deren Civil Service and Local Government Branch stand Brig.Gen. Luther S. Smith, der am 29. Juni 1945 die damals neu gebildete Civil Administration Division als Abteilungsleiter übernahm. An seinen Kompetenzen änderte sich damals nur wenig, weil an die Stelle der aufgelösten IACD neben der CAD noch drei weitere Abteilungen traten: Communications Division, Public Safety Division und Public Health and Welfare Division.

Durch die umfassende Umorganisation der Militärregierung, d. h. durch die Umwandlung von USGCC in OMGUS, wurde CAD im Oktober 1945 als Unterabteilung in eine Internal Affairs and Communications Division neuer Art eingegliedert. An die Spitze der nunmehrigen Civil Administration Branch trat der spätere Leiter des Regional Government Coordinating Office, James K. Pollock, der gleichzeitig Stellvertreter des Abteilungsleiters war. Pollock wurde am 15. Januar 1946 durch Brig.Gen. Charles K. Gailey als Chief of Branch abgelöst.

Die Unterabteilung gliederte sich in vier Referate: die Administrative Courts Section unter Col. J. A. McComsey, die Local Government Section unter Col. A. F. Hatch, die Civil Service Section unter Lt.Col. H. P. Jones und die Spatial Planning Section unter Col. R. E. Jones. Im Organisationshandbuch vom 9. März 1946 wurden die Zuständigkeiten der Unterabteilung präzise beschrieben: Vereinbarung von Vier-Mächte-Abkommen zur Dezentralisierung der politischen Strukturen in Deutschland, Wiedererrichtung demokratischer Verhältnisse in der kommunalen Selbstverwaltung, Überwachung der politischen Parteien, Vorbereitung zentraler Verwaltungseinrichtungen, Angleichung und Koordinierung der Politik und Verwaltung auf Länderebene sowie Überwachung der Reform des Öffentlichen Dienstes.

Nach der Vereinigung von OMGUS und OMGUSZ erhielt Civil Administration noch im April 1946 wieder den Status einer Abteilung. Unter dem Direktor Henry Parkman, der kurzfristig bereits als Chief of Branch Gaileys Nachfolge angetreten hatte, und dem neuen Deputy Director Edward H. Litchfield wurden – von einem Sekretariat und einer Administrative Branch abgesehen – am 26. April 1946 sechs Unterabteilungen gebildet.

Übersicht 38: Organisation und Personal der Civil Administration Division, OMGUS, 26. April 1946

Director (Henry Parkman)
Dep. Director (Edward H. Litchfield)
- Governmental Structures Branch (Kenneth A. Dayton)
- Civil Service Branch (Lt.Col. R. P. Rosengren)
- Population and Survey Branch (Karl A. Shafer)
- Administrative Courts Branch (B. D. Sartin)
- Election Affairs Branch (R. M. Scammon)
- Policy Enforcement Branch (Col. M. Boyle)

General Order Nr. 24 vom 26. April 1946 verwies bei der Aufgabenbeschreibung ausdrücklich auf die Kompetenzen der Civil Administration Branch nach der Schilderung im Organisationshandbuch und bezeichnete die darüber hinausgehenden Kompetenzen in folgenden fünf Punkten:

- Allgemeine Aufsicht über die Field Detachments
- Statistik, insbesondere Bevölkerungsentwicklung
- Grundsätze der Aufsicht über deutsche zentrale Einrichtungen
- Fachaufsicht über das Personal im Bereich von Civil Administration bei nachgeordneten Stellen der Militärregierung
- Koordinierung der Tätigkeit aller Teile von OMGUS auf dem Gebiet der Civil Administration auch in Bezug auf die Struktur deutscher Regierungen

Im Frühjahr 1947 wurde durch die Vereinigung der Civil Service Branch und der Administrative Courts Branch die Zahl der Unterabteilungen auf fünf verringert. An der Spitze der neuen Civil Service and Administrative Courts Branch stand Ellsworth D. Wolfsperger. Außerdem erhielt die Election Affairs Branch den Namen Election and Political Parties Branch, die Governmental Structures Branch mit Erwin W. Bard ebenso einen neuen Leiter wie die Policy Enforcement Branch mit Col. E. H. Metzger. Politisch besonders bedeutsam war die Übernahme der Leitung der Abteilung durch den vormaligen Stellvertreter des Direktors, Edward H. Litchfield, am 15. März 1947. Der Abteilungsleiter Litchfield wurde durch einen Deputy for Bizonal Affairs, Kenneth A. Dayton, unterstützt, der bisher die Governmental Structures Branch geleitet hatte, die ihrerseits noch im Sommer 1947 den dritten Leiter innerhalb eines Jahres erhielt, Hans Simons. Neu geschaffen wurde die Legislation Branch unter H. Philip Mettger. Auch an der Spitze der Policy Enforcement Branch gab es noch 1947 einen Wechsel: an die Stelle von Erwin W. Bard trat Lt.Col. L. G. Kelly.
Sieht man von der Erweiterung um eine Democratization Branch unter H. W. Landin ab, so blieb diese Besetzung der Civil Administration Division längere Zeit unverändert, bis CAD am 1. März 1948 die Funktionen der Prisoners of War and Displaced Persons Division und einiger Unterabteilung der Internal Affairs and Communications Division (Public Health, Public Welfare, Public Safety) erhielt. Die beiden anderen Abteilungen wurden damals aufgelöst.
Nach dieser Neugliederung bestand die Spitze von CAD aus dem Director's Office unter Edward H. Litchfield, dessen beiden Vertretern, dem Deputy for Bizonal Affairs, Kenneth A. Dayton, und dem Deputy for Operations, H. Philip Mettger. Die nunmehr überdurchschnittlich große und angesichts der einsetzenden Arbeiten des Parlamentarischen Rates zur Schaffung eines Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland politisch besonders gewichtige Abteilung gliederte sich – die Personnel and Administration Branch nicht mitgezählt – in nunmehr zehn Unterabteilungen und war

damit die größte unter allen OMGUS-Abteilungen. An Aufbau und Leitung der fünf bisher schon zur CAD gehörenden Unterabteilungen änderte sich nichts. Die Democratization Branch wurde allerdings in Civil Liberties and Democratization Branch umbenannt. Hinzugetreten waren die Public Safety Branch unter Theo E. Hall, zu der auch die Denazification Section unter Major M. K. Wilson gehörte, ferner die Public Health Branch unter Col. Milford T. Kubin, die Public Welfare Branch unter Mildred B. Smith und schließlich die Displaced Persons Branch unter L. G. Kelly, der bisher an der Spitze der aufgelösten Policy Enforcement Branch gestanden hatte.
Wie andere Abteilungen wurde auch CAD in erheblichem Umfang 1948/49 schrittweise von Berlin nach Bad Nauheim und Frankfurt verlegt. Dabei verließen nicht nur Unterabteilungen, sondern auch einzelne Sections die deutsche Hauptstadt. Abteilungsleiter Litchfield und sein Deputy Director for Operations, H. Philip Mettger, blieben in Berlin, während der nun Deputy Director for Bizonia and Governmental Affairs Adviser genannte Kenneth A. Dayton in Frankfurt residierte.
Im April 1949 bestanden schließlich folgende Unterabteilungen der CAD:

Übersicht 39: Organisation und Personal der Civil Administration Division, OMGUS, April 1949

Director
Edward H. Litchfield (Berlin)
Deputy Director for Operations
H. Philip Mettger (Berlin)
Deputy Director for Bizonia and Governmental Affairs Adviser
Kenneth A. Dayton (Frankfurt)

- Secretariat and Reports Branch unter Alexander R. Forest in Berlin und unter dessen Vertreter William Thad Lovett in Frankfurt
- Governmental Structures Branch unter Hans Simons in Frankfurt
- Legislation Branch unter Leslie Grant in Berlin
- Political Activities Branch unter John Elliot in Frankfurt und unter dessen Vertreter Dale Clark in Berlin
- Population and Analysis Branch unter Karl A. Shafer in Bad Nauheim
- Civil Service and Administrative Courts Branch unter Ellsworth D. Wolfsperger in Frankfurt
- Public Safety Branch unter Theo E. Hall in Berlin und unter dessen Vertreter J. L. McCraw in Bad Nauheim
- Public Health Branch unter Col. Milford T. Kubin in Bad Nauheim
- Public Welfare Branch unter Mildred B. Smith in Bad Nauheim
- Displaced Persons Branch unter L. G. Kelly in Berlin, während das Referat für Flüchtlinge nach Bad Nauheim verlegt wurde
- Civil Liberties and Democratization Branch unter David R. Hunter in Frankfurt

Im September 1949 gingen die Zuständigkeiten der Civil Administration Division, welche neben dem Control Office die Hauptarbeit auf amerikanischer Seite bei der Vorbereitung der Gründung der Bundesrepublik geleistet hatte, im Office of Political Affairs, HICOG, auf, in dem eine Internal Politics and Governmental Division und eine Displaced Populations Division geschaffen wurde.

15. Education and Cultural Relations Division

Die Education and Cultural Relations Division wurde gemäß General Order Nr. 6, OMGUS, vom 18. Februar 1948 mit Wirkung vom 1. März 1948 errichtet. Sie gehörte damit zu den verhältnismäßig spät gegründeten Abteilungen der amerikanischen

Militärregierung; ihre Funktionen waren vorher von anderen Verwaltungseinheiten ausgeübt worden.

Die wesentlichen Aufgaben, die später von der Education and Cultural Relations Division wahrgenommen wurden, waren 1944 auf zwei verschiedene Unterabteilungen Education and Religious Affairs verteilt.

Die erste der beiden war Teil der USGCC. Sie zeichnete dort für die Entwicklung von Grundsätzen der amerikanischen Politik auf dem Gebiet von Unterricht und Kultus verantwortlich; außerdem vertrat sie die Vereinigten Staaten in entsprechenden Verhandlungen mit den drei übrigen alliierten Mächten. Im Verwaltungsaufbau von USGCC gehörte die Unterabteilung zur Internal Affairs and Cummunications Division, die zwischen Oktober 1944 und Juli 1945 bestand. Dann wurde die Unterabteilung in die Public Health and Welfare Division überführt, die ihren Abteilungsstatus bei Gründung von OMGUS im Oktober 1945 wieder verlor und Unterabteilung in der Internal Affairs and Communications Division neuer Art wurde. Die Zuständigkeiten für Unterricht und Kultus bildeten damals eine Section innerhalb der Public Health and Welfare Branch, OMGUS, bis Education and Religious Affairs im Mai 1946 wiederum den Status einer Unterabteilung erhielten.

Die zweite Education and Religious Affairs Branch gehörte zur Civil Affairs Division, G-5, SHAEF. Diese Einrichtung machte praktische Politik über Außenstellen (Field Offices) auf regionaler und lokaler Ebene, wobei man sich der deutschen Verwaltungsstruktur (Länder, Regierungsbezirke, Stadt- und Landkreise) anpaßte. Nach der Überführung von SHAEF in USFET im Juli 1945 spielte die Unterabteilung eine führende Rolle bei der Durchführung der amerikanischen Besatzungspolitik im Rahmen ihrer Zuständigkeit und überwachte entsprechende deutsche Behörden. Die USFET-Einheit wurde im Oktober 1945 von einer OMGUSZ-Dienststelle mit Sitz in Frankfurt abgelöst.

Erst nach Überführung der Frankfurter Stelle nach Berlin am 2. Mai 1946 wurden planerische und durchführende Aufgaben in einer einzelnen Education and Religious Affairs Branch, OMGUS, unter John W. Taylor, seit Ende 1946 unter Richard T. Alexander zusammengefaßt, welche Teil der Internal Affairs and Communications Division, OMGUS, blieb, bis die Education and Cultural Relations Division zum 1. März 1948 geschaffen wurde. Damit kam deutlich ein wachsendes Interesse der Besatzungsverwaltung an kulturellen und religiösen Fragen zum Ausdruck. Dies wird nicht zuletzt durch die Schaffung eines besonderen Reorientation Funds sichtbar. Geschäftsführender Leiter der Abteilung wurde am 1. März 1948 Herman B. Wells, der am 23. Juli desselben Jahres von Alonzo G. Grace abgelöst wurde.

Neben dem Director's Office bestanden Anfang 1948 Fachunterabteilungen für Erziehung (Education Branch) unter Richard T. Alexander, 1949 unter John O. Riedl, für religiöse Angelegenheiten (Religious Affairs Branch) unter C. Arild Olsen, für Jugend, Frauen und Erwachsenenbildung (Group Activities bzw. Community Education Branch) unter Lawrence E. Norrie und für Kulturaustausch (Cultural Exchange Branch) unter Frank G. Banta. Die letztgenannte Unterabteilung war vor allen Dingen verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung von Austauschprogrammen für Wissenschaftler, Studenten, Verwaltungsbeamte und sogenannte Community Leaders im Rahmen eines German Experts Program, um in den Vereinigten Staaten demokratische Einrichtungen und Verfahren zu studieren sowie moderne Techniken auf dem jeweiligen Spezialgebiet kennenzulernen. Vergleichbare Programme brachten umgekehrt auch amerikanische Experten nach Deutschland, wo sie die Militärregierung berieten und mit fachlich interessierten deutschen Stellen zusammenarbeiteten.

Im Juni 1948 wurde die Cultural Exchange Branch zur Cultural Affairs Branch umgewandelt, als mehrere Funktionen, die bisher von der Unterabteilung für Theater und Musik, Information Services Division, wahrgenommen worden waren, dieser Unterabteilung zugewiesen wurden. Durch General Order Nr. 29 vom 26. Juli 1948 wurde ein Inter-Divisional Reorientation Committee gegründet, das unter Leitung des Direktors der Education and Cultural Relations Division aus je einem Mitglied der Civil Administration Division, der Information Control Division und des Control Office sowie der Cultural Exchange Branch als Sekretär bestand. Um die Jahreswende 1948/49 wurden auch die Aufgaben der Monuments, Fine Arts and Archives Section aus der Restitution Branch der Property Division in die Cultural Affairs Branch überführt, die damals von Ralph A. Burns geleitet wurde. Schließlich erhielt die Abteilung auch im September 1949 noch einen Kompetenzzuwachs, als sie die Information Centers Branch übernahm, die vorher zur Information Services Division gehört hatte.
Ursprünglich war die Education and Cultural Relations Division in Berlin errichtet worden, wurde jedoch im Sommer 1948 nach Nürnberg in den Justizpalast verlegt, wo sie bis März 1949 blieb, als sie zusammen mit dem Deputy Chief of Staff nach Bad Nauheim umzog. Bei der Übernahme von OMGUS durch HICOG ging die Education and Cultural Relations Division gemäß General Order Nr. 44 vom 3. September 1949 im Provisional Office of Public Affairs, OMGUS, bzw. Office of Public Affairs, HICOG, auf.

16. Prisoners of War and Displaced Persons Division

Die Prisoners of War and Displaced Persons Division, USGCC, wurde durch General Order Nr. 3 vom 25. November 1944 unter Leitung von Brig.Gen. Eric F. Wood geschaffen. Sie hatte bei ihrer Arbeit auch nach der Errichtung von OMGUS stets erhebliche Reibungsverluste gegenüber entsprechenden Kompetenzen von G-5, SHAEF, USFET und EUCOM. Die Umorganisation von USGCC Ende Juni 1945 berührte die Abteilung dagegen nur insoweit, als sie mit Brig.Gen. Stanley R. Mickelsen einen neuen Leiter erhielt, der auch nach der Errichtung von OMGUS im Oktober 1945 im Amt blieb. Bereits im Juni 1945 gab es die beiden Unterabteilungen Displaced Persons Branch unter Col. H. W. Anderson und Prisoners of War Branch unter Lt.Col. C. H. Ott. Mit dem Übergang auf OMGUS trat im Bereich der Unterabteilungen nur insoweit eine Änderung ein, als Lt.Col. James P. Abbott an die Stelle von Col. Anderson trat. Das Organisationshandbuch vom 9. März 1946 unterstreicht die Kompetenzüberschneidungen zwischen OMGUS und USFET mit Nachdruck, die auch durch die Auflösung von OMGUSZ am 1. April 1946 nicht entwirrt wurden.
Das Bild änderte sich im Jahre 1947 dadurch, daß nunmehr drei OMGUS-Unterabteilungen unter folgenden Bezeichnungen und Leitern bestanden: Displaced Persons and Stateless Persons Branch unter Lt.Col. James P. Abbott, Refugees and United Nations Prisoners of War Branch unter Lt.Col. Charles E. Boyle sowie Repatriation Branch unter Maj. John F. Asselta. Im September 1947 übernahm Brig.Gen. Thomas L. Harrold die Leitung der Abteilung mit Sitz in Frankfurt. Da er gleichzeitig Leiter der Civil Affairs Division, EUCOM, war, wurden die Reibungsverluste zwischen OMGUS und EUCOM auf diese Weise wahrscheinlich gemildert. In Berlin wurde Lt.Col. Harry S. Messec mit Wirkung vom 5. November 1947 zum Deputy Director bestellt. Bis zur Auflösung der Abteilung mit Ablauf des 28. Februar 1948 waren organisatorische oder personelle Veränderungen nicht mehr festzustellen. Ihre Aufgaben gingen auf die Civil Administration Division über.

17. Information Services Division

Der Vorgänger von OMGUS – USGCC – verfügte aufgrund General Order, ETOUSA, vom 15. März 1945, also bereits vor der Auflösung von SHAEF, über einen Information Control Service. Leiter dieser Einheit wurde gleichzeitig Brig.Gen. Robert A. McClure. Unter Information Control verstand man die Überwachung der Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Umerziehung des deutschen Volkes sowie die Lizenzierung der deutschen Informationsdienste (Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, wissenschaftliche Veröffentlichungen u. a. m.); hinzu traten Überwachungsfunktionen bei der Herstellung, Synchronisierung und Verbreitung von Filmen sowie im Bereich von Theater, Musik und Rundfunk. Bei SHAEF waren die Psychological Warfare Division und das Office of War Information für die Planung der Besatzungspolitik auf den genannten Gebieten zuständig. Als SHAEF Mitte Juli 1945 aufgelöst wurde und britische bzw. amerikanische Einrichtungen an seine Stelle traten, wurde eine Information Control Division bei USFET in Frankfurt zur Durchführung entsprechender Aufgaben und ein Office of the Director of Information Control (Information Services Control) im Rahmen der USGCC in Berlin als eine für politische Grundsätze zuständige Koordinierungsstelle errichtet. Der Leiter von ODIC, Brig.Gen. Robert A. McClure, vertrat die Vereinigten Staaten auch im entsprechenden Ausschuß des Political Directorate der alliierten Kontrollbehörde, die niemals ein eigenständiges Information Control Directorate errichtete.

Bei der Errichtung von OMGUS faßte man alle Zuständigkeiten unter dem Director of Information Control zusammen. Sein Office umfaßte im Oktober 1945 insgesamt 15 Mitarbeiter und gliederte sich in einen Stab des Direktors McClure und drei – alle von Zivilbediensteten geleitete – Sections: die Intelligence Section unter A. Thoombs, die Publishing Operations Section unter E. N. Reinsel und die Radio Section.

Mit Inkrafttreten des Organisationshandbuches vom 9. März 1946 wurde das Office of the Director of Information Control erheblich ausgebaut. Die Staff Group war für die politische Koordinierung verantwortlich; außerdem bestanden fünf Branches für die Überwachung der Presse, für die Kontrolle anderer Publikationen, für den Rundfunk, für Film, Theater und Musik sowie für Business Management. Unter Business Management verstand man das wirtschaftliche und finanzielle Gebaren der amerikanischen wie deutschen Informationsdienste, insbesondere auch die Beschaffung von Papier. Mit der Auflösung von OMGUSZ im April 1946 gingen die Funktionen der dortigen Information Control Division auf OMGUS in Berlin über. Nunmehr gab es hier ein Information Control Office. ICD wies 1946 folgende personelle Besetzung auf: Das Office of the Director wurde weiterhin von Brig.Gen. Robert A. McClure geleitet, die Plans and Directives Branch von Alfred V. Boerner, die Business Management Branch von John Kidder, die Intelligence Branch von Robert C. Schmid, die Publications Control Branch von Lt.Col. Douglas Waples, die Radio Control Branch von Charles S. Lewis, die Press Control Branch von Arthur D. Eggleston und die Film, Theater and Music Control Branch von Eric T. Clarke. In den folgenden Jahren änderte OMGUS diese Verwaltungsstruktur mehrfach. Durch General Order Nr. 16, OMGUS, vom 7. März 1947 wurde aus dem Office die Information Control Division. Der Name der Intelligence Branch wurde – ebenfalls 1947 – in Research Branch geändert; eine Information Center Exhibition Branch unter William C. Headrick, später unter Patricia Van Delden, trat hinzu.

An der Spitze der Abteilung wurde Brig.Gen. McClure am 15. Mai 1947 durch Col. Gordon E. Textor abgelöst. Im Jahre 1949 trat eine Overt Management Branch unter Lt.Col. Donald T. Jones an die Stelle der Business Management Branch; ein stellver-

tretender Abteilungsleiter für Politik und multinationale Angelegenheiten, Alfred V. Boerner, wurde zusätzlich zu dem allgemeinen, am 27. Juli 1947 ernannten Stellvertreter des Abteilungsleiters, Thomas P. Headen, berufen, um sowohl die Plans and Directives Branch, an deren Spitze Herbert C. Mayer auf Alfred V. Boerner folgte, als auch die neu geschaffene Political Information Branch unter W. B. Phillips, später unter Lawrence F. Babcock, koordinierend zu überwachen. Das besser gewordene Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten kam im August 1948 dadurch zum Ausdruck, daß der Name der Abteilung unter Streichung des Wortes „Control" in Information Services Division geändert, das Personal erheblich vermindert wurde und die Tätigkeit der Abteilung eher in der Abgabe von Empfehlungen an deutsche Stellen als in unmittelbarer Überwachung bestand.
Im Juni 1948 wurde die Theater and Music Section an die neu geschaffene Education and Cultural Relations Division abgegeben, so daß bei ISD lediglich eine Motion Picture Branch zurückblieb, die nach München verlegt wurde. Im Dezember 1948 änderte sich die Bezeichnung der Plans and Directives Branch in Policy and Programming Branch; außerdem wurden die Business Management und die Overt Management Branch in der Fiscal and Budget Control Branch zusammengefaßt. Die Research Branch wurde durch die Opinion Surveys Branch ersetzt, die Publishing Operations Branch übernahm die Zuständigkeiten für Veröffentlichungen der Militärregierung, während die Editorial Projection Branch für Grundsatzfragen der Überwachung deutscher Publikationen mit dem Ziel der Durchführung der amerikanischen politischen Grundsätze verantwortlich wurde; dazu gehörte auch die Besorgung von Material für das bewußt antikummunistische Vigorous Information Program.
Im April 1949 gliederte sich die Abteilung in zehn Unterabteilungen, die in fünf verschiedenen Städten ihren Dienstsitz hatten. Dieser Umstand wird kaum als Dezentralisierungsprozeß verstanden werden können; er ist offensichtlich darauf zurückzuführen, daß die Besatzungsmacht am Ort der entsprechenden deutschen Fachverwaltung präsent sein wollte.

Übersicht 40: Organisation und Personal von Information Services Division, OMGUS, April 1949

- Director's Office (Col. Gordon E. Textor) in Berlin
- Deputy Director (Thomas P. Headen) in Bad Nauheim
- Policy and Programming Branch (Alfred V. Boerner) in Berlin
- Fiscal and Budget Control Branch (Daniel C. Mulloney) in Berlin
- Opinion Surveys Branch (Leo P. Crespi) in Bad Nauheim)
- Editorial Projection Branch (John M. Stuart) in Frankfurt
- US Feature Service (Charles B. Arnot) in Frankfurt
- Information Centers and Exhibitions Branch (Patricia Van Delden) in Bad Nauheim
- Motion Picture Branch (Arthur Mayer) in München
- Radio Branch (Charles S. Lewis) in Berlin
- Press Branch (Arthur D. Eggleston) in Bad Nauheim
- Publications Branch (Lawrence P. Dalcher) in Bad Nauheim
- Publishing Operations Branch (Kendall Foss) in München

Beim Übergang von OMGUS zu HICOG im September 1949 wurde Information Services Division Bestandteil des Office of Public Affairs, HICOG.

18. Legal Division

Die anfangs bei USGCC für Rechtsfragen zuständige Military Government Division A wurde durch General Order Nr. 3 vom 25. November 1944 aufgelöst, eine selbständige Legal Division unter der geschäftsführenden Leitung von Lt.Col. J. B. Marsh gegründet. Ihre Aufgaben bestanden damals vor allem in der Rechtsberatung und der Planung der Rechtspolitik, der Vorbereitung des Aufbaus von Gerichten der Militärregierung und der Überwachung der deutschen Justiz sowohl im zivil- als auch im strafrechtlichen Bereich. Dementsprechend verfügte die Abteilung über folgende Unterabteilungen.

Übersicht 41: Organisation und Personal der Legal Division, USGCC, 25. November 1944

Director Lt.Col. J. B. Marsh
- Legal Advice Branch (Col. John M. Raymond, später Lt.Col. S. Bradford)
- Justice Ministry Branch (Col. E. L. McLendon)
- Judicial Branch (Maj. D. F. White, später Lt.Col. Frank Seydel)
- Prisons Branch (Col. A. B. Michell)

Durch die beiden grundlegenden Orders Nr. 33 und Nr. 34 vom 29. Juni 1945 erhielt Charles Fahy die Funktion eines Legal Adviser im damals eingerichteten Executive Office, während die Legal Division geschäftsführend von Brig.Gen. Edward C. Betts übernommen wurde.
Als OMGUS am 1. Oktober 1945 an die Stelle von USGCC trat, wurden die Funktionen der vier Unterabteilungen nur geringfügig geändert. Anders verhielt es sich auf der Führungsebene. Während die Leitung der Legal Division schon seit dem 20. Juli 1945 vom Legal Adviser, Charles Fahy, in Personalunion übernommen worden war, wurden der bisherige geschäftsführende Direktor, Brig.Gen. Edward C. Betts zum Deputy Director for War Crimes und Col. J. B. Marsh zum Deputy Director for Administration, beide außerhalb der Fachabteilungen, ernannt.
Die Legal Advice Branch beriet die Militärregierung in allen Fragen, die amerikanisches Recht, die Umsetzung der Politik der Militärregierung in Rechtsvorschriften, deutsche Gesetze, Völkerrecht und andere politische Fragen rechtlicher Relevanz betrafen; hier galt es vor allem, entsprechende Rechtsvorschriften zu entwerfen und die Entwürfe anderer Abteilungen auf Rechtsförmlichkeit zu überprüfen. Die Administration of Justice Branch als Zusammenschluß der früheren Justice Ministry Branch und der Judicial Branch war seit 1946 dafür verantwortlich, Studien und Pläne zu verfassen, die sich mit der Wiedererrichtung deutscher Justizministerien auf zentraler bzw. Landesebene ebenso beschäftigten wie mit dem Aufbau der Justizbehörden und Gerichte einschließlich der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Die Prisons Branch war für die Entwicklung von politischen Grundsätzen für die Überwachung der deutschen Gefängnisse verantwortlich. Von besonderer Bedeutung erwies sich dann ab 1946 die War Crimes Branch, die für die Grundsätze der amerikanischen Politik auf dem Gebiet der Verfolgung von Kriegsverbrechern, deren Auslieferung bzw. deren Anklage und Bestrafung verantwortlich war. Außerdem hatte die Verfolgung der Kriegsverbrecher nicht nur zur Bildung einer Unterabteilung War Crimes, sondern auch eines von der Abteilung unabhängigen Office of US Chief Counsel for War Crimes geführt.
Am 15. Mai 1946 war der Berufsrichter J. Warren Madden zum Legal Adviser und Leiter der Rechtsabteilung ernannt worden; gleichzeitig wurde Alvin J. Rockwell die bisher von Madden wahrgenommene Stelle eines Associate Director der Rechtsabtei-

lung übertragen. Bereits am 25. Juni 1946 trat Rockwell die Nachfolge Maddens als Leiter der Abteilung an. Nachfolger Rockwells als Associate Director wurde Oberst John M. Raymond am 20. August 1946. Die Errichtung des Länderrats als eines deutschen zonalen Organs unter Aufsicht der Militärregierung und dessen ständig zunehmende Kompetenzen auf dem Gebiet der Gesetzgebung machten im Oktober 1946 die Errichtung einer fünften Unterabteilung unabweisbar erforderlich: der Legislation Branch.

Durch General Order Nr. 3 vom 17. Januar 1947 wurde bekannt gegeben, daß mit Wirkung vom 1. Oktober 1946 ein Board of Clemency errichtet worden sei, dem mindestens drei weitere Mitglieder angehörten; dieses Gremium hatte Vorschläge für Begnadigungsentscheidungen zu erarbeiten. Durch General Order Nr. 26 vom 16. Juli 1948 wurde dieser Board aufgelöst.

Durch General Order Nr. 29 vom 2. April 1947 setzte man einen Extradition Board ein, dem unter dem Vorsitz des Vertreters der Rechtsabteilung je ein Beauftragter des Office of Director of Political Affairs, des Office of Director of Intelligence und der Internal Affairs and Communications Division angehörten. Durch die General Orders Nr. 30, 33 und 61 vom 4., 9. April bzw. 26. Juli 1947 wurde ein Legislation Review Board errichtet, in den man im April unter dem Leiter der Rechtsabteilung fünf weitere Mitglieder – zum Teil alternierend – persönlich berufen hatte; dagegen wurde im Juli entschieden, daß – unverändert unter dem Leiter der Rechtsabteilung – die Leiter der Civil Administration Division und der Internal Affairs and Communications Division sowie ein Vertreter des Office of the Chief of Staff je einen Sitz in dem Gremium einzunehmen hätten. Die Abteilungsleiter waren befugt, sich vertreten zu lassen. Durch General Order Nr. 15 vom 17. April 1948 übertrug man den Vorsitz im Legislation Review Board dem Leiter der Civil Administration Division; Mitglied des Board blieben oder wurden der Leiter der Rechtsabteilung oder sein Beauftragter, der Governmental Administration Adviser und der Vertreter des Office of Chief of Staff. Durch General Order Nr. 42 vom 15. Oktober 1948 wurde der Sitz des Board von Berlin nach Nürnberg verlegt.

Im Verlaufe des Jahres 1947 ergaben sich keine wesentlichen organisatorischen Veränderungen in der Rechtsabteilung der Militärregierung. Nach dem Stand vom September 1947 wurde die Legal Advice Branch von William E. McCurdy als Nachfolger von B. G. Habberton, die Legislation Branch von E. H. Schopler als Nachfolger von Samuel Kramer, die Administration of Justice Branch von Haven Parker, die Prisons Branch von T. Wade Markley als Nachfolger von S. Sauter und die War Crimes Branch von Ben Smith geleitet. Hinzu trat als Vorsitzender des Board of Clemency J. J. Walsh.

Col. John M. Raymond wurde am 15. März 1948 Nachfolger Rockwells an der Spitze der Rechtsabteilung, während Whitney R. Harris an die Stelle Raymonds trat. Charles H. Kraus übernahm die nach Nürnberg verlegte Administration of Justice Branch. Dort taten damals auch bereits die Prisons Branch und die War Crimes Branch ihren Dienst. Die beiden in Berlin verbliebenen Unterabteilungen hatten ebenfalls neue Leiter erhalten: die Legal Advice Branch James E. Heath und die Legislation Branch Creighton R. Coleman.

Durch General Order Nr. 32 vom 18. August 1948 wurden in Durchführung der Military Government Ordinance Nr. 31 „Military Government Courts for Germany" mit einem Chief Judge of the Court of Appeals errichtet. Die Dienstaufsicht über diese Militärregierungsgerichte übte der Deputy Military Governor, Maj.Gen. George P. Hays, durch den Chief of Staff, OMGUS, aus. Die Anklagevertretung übernahm ein Office of the Chief Attorney, das im Rahmen der Legal Division errichtet wurde.

Mit Abschluß der Nürnberger Prozesse wurde die War Crimes Branch aufgelöst. Während sich der organisatorische Zuschnitt bis September 1949 nicht mehr änderte, ergaben sich in der Rechtsabteilung noch einige räumliche Verlagerungen. Sie verfügte 1949 nicht mehr über Dienststellen in Nürnberg. Vielmehr wurde die Administration of Justice Branch unter Mortimer Kollender ebenso nach Bad Nauheim verlegt wie die Prisons Branch unter Sidney H. Souter. Die beiden übrigen Unterabteilungen blieben in Berlin, wobei die Legislation Branch mit John J. Barron einen neuen Leiter erhielt. Anstelle von Col. John M. Raymond übernahm am 28. März 1949 der bisherige Associate Director, William E. McCurdy, die Leitung der Abteilung.
Wie auch bei anderen Verwaltungseinheiten üblich, ging die Legal Division unmittelbar vor der Auflsöung von OMGUS gemäß General Order Nr. 45 vom 3. September 1949 in ein Provisional Office, OMGUS, über, das den Namen Office of General Counsel erhielt und diese Bezeichnung ab 21. September 1949 als HICOG-Einrichtung fortführte.

19. Office of the Chief of Counsel for War Crimes / Military Tribunals

Vorgänger des Office of the Chief of Counsel for War Crimes war das Office of the United States Chief of Counsel, das die amerikanische Anklagebehörde beim Internationalen Militärtribunal in Nürnberg bildete. Im Januar 1946 wurde sie der Kommandogewalt von OMGUS unterstellt. Zusätzlich zu ihren bisherigen Aufgaben wurde ihr auch die Verwaltung der amerikanischen Militärgerichte (Military Tribunals) einschließlich des inneren Dienstes bei den zwölf sogenannten Nachfolgeprozessen in Nürnberg übertragen. Hauptaufgabe des Office of the Chief of Counsel for War Crimes war die Feststellung, Gefangennahme und Verfolgung von deutschen Kriegsverbrechern im amerikanischen Besatzungsgebiet gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 10.
Der Chief of Counsel hatte ebenso wie der ganz überwiegende Teil der Verwaltung des OCCWC seinen Dienstsitz in Nürnberg; in Berlin wurde lediglich eine kleine Berlin Branch unterhalten, deren Referate sich 1947 mit der Sicherung von Beweismaterialien in den Komplexen SS, Wirtschaft und Reichsregierung (Ministerien) beschäftigten. In Nürnberg befanden sich 1948 neben dem Chief of Counsel, Brig.Gen. Telford C. Taylor, und mehreren Deputy Chiefs of Counsel für den I. G. Farben-Prozeß (Josiah E. Dubois), für den Krupp-Prozeß (Rawlings Ragland), für den Weizsäkker-Prozeß (Robert M. W. Kempner) und für den OKW-Prozeß (James M. McHaney) folgende Abteilungen:

Übersicht 42: Organisation und Personal des Office of the Chief of Counsel for War Crimes, OMGUS, 1948

- Administrative Division (Capt. Donald Paul)
- Reproduction Division (Maj. Alexander C. Granzin)
- Signal Division (Maj. Kenneth K. Evans)
- Language Division (Thomas K. Hodges)
- SS and Military Division (James M. McHaney)
- Evidence Division (Walter H. Rapp)
- Economic Ministries Division (Robert M. W. Kempner)
- Special Projects Division (Paul H. Gantt)
- Public Relations Division (Ernest D. Deane)

Im Frühjahr 1949 war die Zahl der Abteilungen auf sieben reduziert.

Übersicht 43: Organisation und Personal des Office of the Chief of Counsel for War Crimes, OMGUS, Frühjahr 1949

- Document Disposal Division (Fred Niebergall)
- Economic Ministries Division (Morris Amchan)
- Political Ministries Division (Robert M. W. Kempner)
- Publications Division (Drexel A. Sprecher)
- Publications Division (German Edition) (Paul H. Gantt)
- Public Relations Division (Eugene Philips)
- Reproduction Division (Erich G. R. Rehberg)

Der Internationale Militärgerichtshof hatte sich im Oktober 1945 Verfahrensvorschriften gegeben, die u. a. der Errichtung eines Sekretariats unter einem Generalsekretär dienten. Die Aufgaben des IMT-Sekretariats wurden bei den amerikanischen Militärgerichten fortgeführt und durch die Verordnung Nr. 7 der Militärregierung über die Organisation und Vollmachten bestimmter Militärgerichte vom 18. Oktober 1946 geregelt. Durch die General Order Nr. 67, OMGUS, vom 25. Oktober 1946 wurde das Sekretariat der Militärtribunale OMGUS in Berlin unterstellt, dort berichtete aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung der Generalsekretär zunächst OCCWC in Nürnberg. Als Secretary General for Military Tribunals wurde aufgrund der General Order Nr. 75 vom 13. November 1946 George M. Read als Nachfolger von Charles E. Sands ernannt, der jedoch vom 24. Januar bis 19. April 1947 dieses Amt erneut bekleidete, ihm folgte Col. John E. Ray. Am 10. Mai 1948 übernahm Howard L. Russell das Generalsekretariat und leitete es bis über die Auflösung der OMGUS-Verwaltung hinaus. Die Military Tribunals befanden sich alle in Nürnberg und behandelten die sogenannten Nachfolgeprozesse, wobei die Nummernfolge auf die Chronologie der Errichtung schließen läßt.

20. Manpower Division

Bei der Gründung von USGCC gehörte der Bereich Arbeit und Soziales (Manpower) zur Military Government Division B. Im November 1944 entstand dann die Manpower Division, USGCC, unter Maj. David A. Morse. Im Juni 1945 unterstand sie der Aufsicht des Assistant Deputy for Public Services und umfaßte unter der Leitung von Brig.Gen. Frank J. McSherry folgende Unterabteilungen:

Übersicht 44: Organisation und Personal der Manpower Division, USGCC, Juni 1945

Director Brig.Gen. Frank J. McSherry

- Administrative Office (J. H. Chadwick)
- Labor Ministry Section
- Labor Intelligence Section
- Nazi Labor Instituts Section
- Labor Standards and Social Insurance Branch (P. R. Porter)
- Labor Allocations Branch (Lt.Col. A. H. Aronson)
- Housing Branch (Maj. D. Snyder)

Nach der Umorganisation von USGCC zu OMGUS gab es neben dem Amt des Directors acht Referate:

Übersicht 45: Organisation der Manpower Division, OMGUS, Juli 1945

- Planning Section
- Labor Allocation Section
- Intelligence Section
- Labor Relations Section
- Housing Section
- Labor Institutions Section
- Social Insurance Section
- Reports and Statistics Section

Leiter der Manpower Division blieb Brig.Gen. Frank J. McSherry. Doch bald wurde das System der Branches wieder eingeführt.
Das Organisationshandbuch vom 15. März 1946 sah sechs Unterabteilungen vor, von denen die Labor Relations Branch mit Kompetenzen auf dem Gebiet der Gewerkschaften, der Arbeitskämpfe einschließlich Schlichtung und Schiedssprüche, der Arbeitsgerichte sowie der Tarifvertragsverhandlungen und die Housing Branch (Wohnungsbau) ihre alten Namen weiterführten. Die frühere Labor Standards and Social Insurance Branch wurde durch zwei selbständige Unterabteilungen ersetzt, wobei die Labor Standards Branch für Löhne und Einkommen, Arbeitszeit und -bedingungen sowie Arbeiterschutzgesetzgebungen und die Social Insurance Branch für alle Arten der Sozialversicherungen zuständig waren. Die Labor Allocations Branch, USGCC, hieß nunmehr Manpower Allocations Branch, OMGUS, und war für den Arbeitseinsatz sowie Beschäftigungs- und Arbeitslosenfragen verantwortlich. Wirklich neu war also nur die Field Operations Branch, welche die Grundsätze der Politik von OMGUS und die daraufhin entwickelten Programme auf regionaler und lokaler Ebene überwachte und förderte. Die Leitung der Abteilung übernahm im Juni 1946 Leo R. Werts. Unter ihm bestanden neben den drei Staff Branches (Stabsunterabteilungen) in den Jahren 1946/47 vier Unterabteilungen: Labor Relations unter Maj. Harold F. Mullaney, Wages and Labor Standards unter Sol Ozer, Social Insurance unter M. G. Murray und Manpower Allocation unter George S. Wheeler.
Mitte 1948 verfügten die Wages and Labor Standards Branch mit Earl R. Beckner und die Labor Relations Branch mit John K. Meskimen über neue Leiter, während alle anderen Kompetenzen in der Reports and Statistics Branch unter Albert H. Berman zusammengefaßt waren.
Im März 1949 gab es dann wieder vier Unterabteilungen: Labor Information and Orientation Branch unter Nels Anderson, Labor Economics Branch unter Earl R. Beckner, Labor Relations unter John K. Meskimen und die Research and Analysis Branch unter Albert H. Berman; gleichzeitig hatte der Leiter des Sekretariats der Abteilung den Rang eines Unterabteilungsleiters. An dieser Organisation änderte sich bis zur Gründung von HICOG nichts mehr, wobei die Kompetenzen von Manpower Division, OMGUS, in das Office of Labor Affairs (Labor Division / Manpower Division), HICOG, zusammengeführt wurden.

21. Transport Division

Bei der Gründung von USGCC wurde der Bereich Verkehr (Transport) von der Military Government Division A wahrgenommen. Durch General Order Nr. 3, USGCC, schuf man dann eine Transport Division unter Col. J. A. Appleton. Nach Einführung der neuen Organisationsstruktur Ende Juni 1945 wurde die Transport Division dem

Assistant Deputy for Public Services unterstellt und gliederte sich in folgende Unterabteilungen:

Übersicht 46: Organisation und Personal der Transport Division, USGCC, Juni 1945

Director Col. J. A. Appleton
- Inland Waterways Branch (Lt.Col. H. A. Knoll)
- Movement and Traffic Branch (Lt.Col. E. B. McKinney, später Col. T. C. Wenzlaff)
- Planning Branch (Lt.Col. H. H. Yokes)
- Ports and Coastal Shipping (Comdr. F. H. Foster)
- Rail Branch (Lt.Col. W. G. White)
- Road Branch (Lt.Col. J. L. S. Snead)

Durch zwei USFET-Direktiven vom Juli und September 1945 wurde eine Road Transportation Section und eine Movements Sub-Section in der Economics Branch, G-5, USFET, errichtet. Die Umwandlung von USGCC in OMGUS und G-5, USFET, in OMGUSZ zum 1. bzw. 15. Oktober 1945 berührte die Verkehrsverwaltung nur unwesentlich; so wurden bei OMGUS die Inland Waterways Branch und die Ports and Coastal Shipping Branch zur Water Transport Branch unter Lt.Col. D. R. Neff zusammengefaßt. Nach der Vereinigung von OMGUS und OMGUSZ am 1. April 1946 gab es neben der Executive Branch eine Movements (and Traffic) Branch unter J. C. Cook, eine Rail Branch unter E. V. Breitenbach, eine Water (Transport) Branch unter D. R. Neff und eine Road Branch unter C. E. Calvert. Der Abteilungsleiter – ab 12. November 1946 geschäftsführend, ab 10. November 1947 endgültig Col. Hans W. Holmer – und dessen Stellvertreter nahmen die amerikanischen Interessen im Transport Directorate der Alliierten Kontrollbehörde wahr.
Die Militärregierung unterhielt eigene nachgeordnete Behörden für die Wasserstraßenverwaltung, die mit den deutschen Wasser- und Schiffahrtsdirektionen vergleichbar sind. Das Rhine Field Office, das Danube Field Office in Passau und das Bremen Field Office waren – für Bremen gilt dies nur mit gewissen Einschränkungen – nicht den jeweiligen Landesmilitärregierungen zugeordnet, sondern erstatteten unmittelbar Bericht an den Leiter der Unterabteilung für Schiffahrt in der Verkehrsabteilung von OMGUS. Hinzu kamen Inspection and Security Sections, die gegenüber den deutschen Wasser- und Schiffahrtsbehörden die Einhaltung der Weisungen der Militärregierung im Bereich der deutschen Binnenschiffahrt zu überwachen, die deutschen Binnenschiffahrtsflotte zu erfassen und Genehmigungen für die Binnenschiffahrt zu erteilen hatten. Außerdem gab es ein Rail Field Office mit entsprechenden Funktionen für die Überwachung der deutschen Eisenbahnen.
Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Vereinigung der amerikanischen und der britischen Zone am 1. Januar 1947 wurde im Bipartite Control Office eine Transport Group errichtet, die auf amerikanischer Seite von Col. A. H. Schroeder geleitet wurde. Durch General Order Nr. 18, EUCOM, löste man mit Wirkung vom 1. März 1948 die Transport Division auf und übertrug deren Aufgaben, soweit sie nicht auf BICO oder deutsche bizonale Stellen übergingen, dem Office of the Economics Adviser.

22. Regional Government Coordinating Office

Der Aufbau des Regional Government Coordinating Office begann am 26. Oktober 1945 in Stuttgart. Das Amt diente der Militärregierung als koordinierende Dienststelle in allen Fragen, die mehr als ein deutsches Land in der amerikanischen Zone betra-

fen. Weisungen von OMGUS an die deutschen Landesregierungen liefen grundsätzlich über das Regional Government Coordinating Office; für den amerikanischen Sektor von Berlin war es nicht zuständig.
Durch General Order Nr. 21 vom 18. April 1946 wurde James K. Pollock förmlich zum Direktor des RGCO bestellt. Vorher hatte er seine Tätigkeit aufgrund mündlicher Weisungen durchgeführt. Die Dienststellenverwaltung des RGCO wurde vom Office of Military Government for Württemberg-Baden wahrgenommen.
Pollock war als Leiter des RGCO dem Militärgouverneur bzw. seinem Stellvertreter unmittelbar verantwortlich. Weisungen der Fachämter oder Fachabteilungen von OMGUS hatten er und seine insgesamt geringe Mitarbeiterzahl nicht entgegenzunehmen. Das Regional Government Coordinating Office beriet und überwachte den Länderrat in der amerikanischen Zone, damit die erste und wichtigste politische deutsche Instanz. Der Länderrat war ein Repräsentativorgan der vier beteiligten Landesregierungen von Bayern, Bremen, Hessen und Württemberg-Baden; er unterhielt neben einem Sekretariat zahlreiche Ausschüsse und Unterausschüsse. Zwischen ihnen und den zuständigen amerikanischen Beamten vermittelte das Regional Government Coordinating Office zahlreiche Besprechungen; es diente ganz grundsätzlich als Verbindungsstelle zwischen Besatzungsmacht und der deutschen Landesverwaltung. So wurden auch Beschlüsse und Vorschläge des Länderrats über das RGCO OMGUS zugeleitet und der Länderrat anschließend von RGCO über die Entscheidungen der Militärregierungen unterrichtet.
Der erste Leiter des RGCO, James K. Pollock, übte sein Amt bis Juli 1946 aus. Seine Nachfolger wurden ab 15. August 1946 Col. William W. Dawson, der gleichzeitig das Office of Military Government for Württemberg-Baden leitete und nach dessen plötzlichem Tod am 11. Februar 1947 (Lt.)Col. Charles D. Winning. 1948 wurde der Direktor Winning von einem Executive Officer, einem Senior Adviser, Anton Pabsch, einem Fachberater für Wirtschaft, Carl R. Mahder, einem Fachberater für Arbeit und Soziales, Heinz Guradze, und einem Fachberater für Überprüfung der deutschen Gesetzgebung, Dewilda Naramore, und zwei Unterabteilungsleitern, für die Reports und Information Branch Myrtle Todd Moseley und für die Public Information Branch James G. Lyons, unterstützt. Auf deutscher Seite waren der Generalsekretär Erich Roßmann und sein Stellvertreter Hans Wutzlhofer die wichtigsten Partner.
Am 1. Juli 1948 wurde das Regional Government Coordinating Office durch General Order Nr. 24 aufgelöst und seine Aufgaben von OMGUS selbst je nach fachlicher Zuständigkeit übernommen.

23. Bipartite Organization

Parallel zu der deutschen bizonalen Verwaltung wurde seit August 1946 eine gemeinsame amerikanisch-britische Verwaltung (Bipartite Organization) geschaffen, um die deutschen Dienststellen zu überwachen. Oberste gemeinsame Dienststelle der beiden Besatzungsmächte war der Bipartite Board, welcher aus den beiden Stellvertretenden Militärgouverneuren bestand. Nach der Ernennung Clays zum Military Governor am 15. März 1947 behielt er sich die Mitgliedschaft im Bipartite Board vor; die britische Seite wurde weiterhin durch den Deputy Military Governor, Lt.Gen. Sir Brian H. Robertson, vertreten. Dem Bipartite Board stand ein in Berlin geschaffenes Bipartite Secretariat in ähnlicher Weise zur Verfügung wie das Alliierte Sekretariat dem Alliierten Kontrollrat und dessen Koordinierungsausschuß.

Sechs gemeinsame Fachausschüsse (Bipartite Committees) wurden in Berlin errichtet und umfaßten die Leiter der jeweiligen Fachabteilungen der amerikanischen und der britischen Militärregierung. Die Bezeichnung Committee wurde im November 1946 in Panel geändert, um eine Verwechslung mit den deutschen bizonalen Ausschüssen zu vermeiden. Eine entsprechende Anzahl von amerikanisch-britischen Bipartite Control Groups, die als Verbindungsstellen zu den Panels fungieren sollten, wurden am Sitz der entsprechenden deutschen Verwaltungsräte oder Verwaltungen errichtet.

Bis Februar 1947 wurden drei weitere gemeinsame Dienststellen der beiden Besatzungsmächte geschaffen: die Joint Export-Import Agency (JEIA), die Joint Foreign Exchange Agency (JFEA) und die Joint Vetting Party, der die Aufgabe übertragen wurde, geeignetes deutsches Personal für die bizonalen Dienststellen zu ermitteln und zu überprüfen.

Im Mai 1947 wurden die deutschen bizonalen Wirtschaftsdienststellen neu organisiert; die Verwaltungsbehörden und Gemeinsamen Ausschüsse wurden abgeschafft und ihre Zuständigkeiten dem Wirtschaftsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet (kurz: Wirtschaftsrat) übertragen. Er bestand aus dem Wirtschaftsrat im engeren Sinne (Economic Council), dem Exekutivrat (Executive Committee) und den Direktoren (Executive Directors). Dieser neuen Struktur hatte die gemeinsame britisch-amerikanische Verwaltung verständlicherweise zu entsprechen. Durch die Übereinkunft der beiden angelsächsischen Mächte vom 29. Mai 1947 wandelten sich die Bipartite Control Groups zu Bipartite Groups im damals begründeten Bipartite Control Office, das je einen amerikanischen und britischen Leiter hatte. Durch General Order Nr. 47 vom 10. Juni 1947 wurde mitgeteilt, daß der frühere Assistant Deputy Military Governor und pensionierte Armeegeneral Clarence L. Adcock zum BICO US Chairman bestellt worden sei. Gegen Ende Juni 1947 wurde das Bipartite Control Office mit neuem Leben erfüllt, indem BICO den Bipartite Board bei der täglichen Verwaltungsarbeit des deutschen Exekutivrates vertreten sollte.

Die Sekretariate des amerikanischen und britischen Vorsitzenden, die zusammen das Joint Secretariat bildeten, sollten die Verbindung zwischen der Militärregierung und dem Wirtschaftsrat sicherstellen. Im September 1947 wurden die Bipartite Panels als solche abgeschafft; ihre beiden Mitglieder behielten ihre Funktionen als Advisers des jeweiligen Militärgouverneurs. Die Arbeit der Panels wurde von den entsprechenden BICO Groups übernommen, die damals mit Ausnahme der Transport Group, die bis Oktober 1947 in Bielefeld verblieb, nach Frankfurt verlegt wurden. Seit dieser Zeit gab es keinen unmittelbaren Instanzenzug von OMGUS in Berlin zu den deutschen bizonalen Verwaltungseinrichtungen. Alle Weisungen wurden über den US Chairman des am 10. September 1947 in Frankfurt errichteten Bipartite Control Office mitgeteilt. Bei einer historischen Bewertung des Verhältnisses von BICO in Frankfurt und der OMGUS-Zentrale in Berlin läßt sich feststellen, daß die meisten Entscheidungen in Frankfurt fielen und praktisch nur die grundsätzlichen, politischen Fragen in Berlin entschieden wurden.

Im Januar 1948 führte man eine weitere Umorganisation der deutschen bizonalen und der britisch-amerikanischen Besatzungsdienststellen durch. Die Anzahl der Abgeordneten des Wirtschaftsrats wurde verdoppelt, seine Kompetenzen erweitert, der Exekutivrat durch einen Länderrat ersetzt und ein Verwaltungsrat aus den Direktoren der einzelnen Verwaltungen unter Leitung eines ressortlosen Oberdirektors geschaffen. Auf BICO bezogen hatte dies zur Folge, daß das amerikanische und britische Personal unterhalb der Ebene der beiden gemeinsamen Vorsitzenden, Adcock und Sir Gordon N. Macready, insoweit zusammengefaßt wurde, als die Leiter und Stellvertretenden

Leiter der Unterabteilungen alternativ Briten oder Amerikaner waren. Das Prinzip der Doppelbesetzung hatte damit sein Ende gefunden. Die JFEA wurde damals von der JEIA übernommen und die so erweiterte Behörde nach Frankfurt verlegt.
Im August 1948 errichtete man gleichzeitig mit der Verwaltung für Arbeit zusätzlich eine Bipartite Manpower Group. Am 8. August 1949 wurde gemäß General Order Nr. 33 vom 6. August 1949 Adcock als US Chairman, BICO, von seinem bisherigen Stellvertreter, Robert K. Phelps, abgelöst.
BICO war sachlich auch am European Recovery Program beteiligt; das ERP-Sekretariat stellte die Verbindung mit der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (Organization of European Economic Cooperation) in Paris und der European Cooperation Administration in den Vereinigten Staaten dar. Bizonale Interessen wurden von den Vertretern von BICO wahrgenommen.
Am 21. September 1949 wurde das Bipartite Control Office offiziell aufgelöst, wenngleich einige seiner Einrichtungen (wie z. B. die gemeinsame Coal Control Group) noch eine gewisse Zeit fortbestanden.
Da BICO nicht zur amerikanischen Besatzungsverwaltung im engeren Sinne gehörte, kann sich die Darstellung der personellen Entwicklung des Sekretariats und der Bipartite (Control) Groups auf folgenden Abriß für die amerikanische Seite beschränken.

Übersicht 47: Organisation und Personal von Bipartite Control Office, 1947/1949

Bipartite Secretariat	
US Secretary	
September 1947	Walter E. Mather
Februar 1948	Walter E. Mather
Juni 1948	Walter E. Mather
April 1949	Walter E. Mather
Economics / Commerce and Industry Group	
September 1947	A. S. Barrows, US Member
Februar 1948	A. S. Barrows, US Member
Juni 1948	L. E. Spencer, Chief
April 1949	L. E. Spencer, Chief
Food and Agriculture / Food, Agriculture and Foresty Group	
September 1947	J. C. Lynn, US Member
Februar 1948	J. C. Lynn, US Member
Juni 1948	Stanley Andrews, Chief
April 1949	Stanley Andrews, Chief
Transport Group	
September 1947	Col. A. H. Schroeder, US Member
Februar 1948	Col. A. H. Schroeder, US Member
Juni 1948	C. P. Gross, Deputy Chief
April 1949	W. A. Fagan, Deputy Chief
Communications Group	
September 1947	W. L. Slattery, US Member
Februar 1948	W. L. Slattery, US Member
Juni 1948	C. P. Rapp, Deputy Chief
April 1949	W. J. Campbell, Deputy Chief
Finance Group	
September 1947	Lt.Col. Emery D. Stoker, US Member
Februar 1948	Lt.Col. Emery D. Stoker, US Member

Juni 1948	Howard P. Jones, Deputy Chief
April 1949	Howard P. Jones, Deputy Chief
	Manpower Group
April 1949	S. G. Wynn, Deputy Chief
	Civil Service Group
September 1947	Ellsworth D. Wolfsperger, US Member
Februar 1948	Ellsworth D. Wolfsperger, US Member
Juni 1948	R. C. Simonson, Chief
April 1949	Ellsworth D. Wolfsperger, Chief
	Decartelization Commission
Juni 1948	Richard Bronson, US Member
April 1949	Richard Bronson, Chief
	Legal Group
Juni 1948	Richard D. Kearney, Chief
April 1949	Richard D. Kearney, Chief
	US Customs Group
April 1949	J. Miles, Chief
	Central Brank Group
April 1949	Henry C. Conrad, Chief
	Combined Coal Control Group
April 1949	W. J. German, US Chairman

Im Zusammenhang mit der Commerce and Industry Group, BICO, ist zu erwähnen, daß deren OMSTEG Branch die Aufsicht über die deutsche Staatliche Erfassungs-Gesellschaft für öffentliches Gut führte, welche damit beauftragt war, amerikanisches Heeres- und Beutegut zur Versorgung der deutschen Wirtschaft und Bevölkerung zu erfassen, zu übernehmen und zu verwerten.[7]

24. Joint Export-Import Agency / Joint Foreign Exchange Agency[8]

Am 1. Januar 1947 wurden die Joint Export-Import Agency und die Joint Foreign Exchange Agency als Zwei-Mächte-Einrichtungen zur Förderung des deutschen Außenhandels und zur Beaufsichtigung deutscher Devisentransaktionen einschließlich der Verwendung des als Startkapital gewährten amerikanisch-britischen Zuschusses geschaffen. Durch General Order Nr. 8 vom 27. Januar 1947 wurde Roy J. Bullock als amerikanisches Mitglied der JEIA unter Beibehaltung seiner bisherigen Funktionen bestellt. Die JFEA war gleichsam die Abrechnungsstelle der JEIA und blieb trotz der grundsätzlich beschlossenen Vereinigung mit JEIA angeblich aus praktischen Gründen bis zum Ende der OMGUS-Periode als eigene Dienststelle bestehen.
Aufsichtsorgan für die JEIA war ein Board of Directors, der sich aus den Finanz- und Wirtschaftsberatern beider Militärregierungen sowie einem amerikanischen Generaldirektor und dessen britischen Stellvertreter zusammensetzte. Der Board, der Weisungen von BICO unterworfen war, tagte im Grundsatz monatlich. Im Sommer 1948 wurde JEIA, die ihren Sitz in Frankfurt-Höchst hatte, von dem Amerikaner William

[7] Vgl. J. Henke: Economic Reconstruction, S. 474.
[8] Vgl. Das Bundesarchiv und seine Bestände, S. 407

John Logan als Generaldirektor geleitet. Sieht man von der Dienststellenverwaltung ab, so stellte die Foreign Trade Division unter dem amerikanischen Direktor George J. Santry den Kern von JEIA dar, hinzu kam ein Office of the Comptroller unter Leitung des Amerikaners Moore C. McIntosh. Durch die Zusammenlegung der JEIA und des Office du Commerce Extérieur für die französische Zone am 18. Oktober 1948 entstand JEIA als Drei-Mächte-Behörde. Der Name blieb bestehen, doch erweiterte sich die Organisation erheblich. Im Frühjahr 1949 bestanden neben der Dienststellenverwaltung drei Offices: das Office of the Comptroller, das weiterhin von McIntosh geleitet wurde, das Office of Foreign Trade unter Leitung von C. E. Bingham und das Office of the Director of Operations unter M. S. Verner. Hinzu traten Zweigstellen (Branch Offices) in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Kiel, München, Stuttgart, Wiesbaden und Baden-Baden. Auch nach Übergang von OMGUS zu HICOG bestand JEIA als Behörde – allerdings mit verringerten Kompetenzen – noch einige Zeit fort.

25. Allied Control Authority

Die grundsätzliche Struktur der Alliierten Kontrollbehörde ist bereits hinreichend beschrieben worden (OMGUS, A. 6). Es reicht daher aus, einen Überblick über die Untergliederungen der Direktorate zu geben. Dies soll dadurch geschehen, daß die Bezeichnungen der Ausschüsse nach dem Stand vom März 1946 und Februar 1948 in den einzelnen Fachbereichen miteinander verglichen werden.

Übersicht 48: Direktorate und Ausschüsse der Alliierten Kontrollbehörde, März 1946

Military (Army) Directorate

Naval Directorate
- Demilitarization Committee
- Steering Committee

Air Directorate
- Committee on Aviation
- Committee on Meteorology
- Air Intelligence Committee

Transport Directorate
- Rail Committee
- Highway and Highway Transport Committee
- Inland Waterways Committee
- Ports Committee
- Coastal Shipping Committee

Political Directorate
- Establishment of Interim Office for German Affairs Committee

Economics Directorate
- Food and Agriculture Committee
- Trade and Commerce Committee
- Industry Committee
- Level of Industry Committee
- Fuel Committee
- Central German Administrative Departments Committee
- Liquidation of German War Potential Committee
- I. G. Farben Committee

Finance Directorate
- Cost of Transportation Internees Committee
- Decentralization of German Public Finance Committee
- Valuation of Reparations Committee
- Costs of Occupation Committee
- Banking Committee
- Insurance Committee
- Property Control Committee – Provincial Loans Committee

Reparations, Deliveries, and Restitution Directorate
- Restitution Procedures Committee
- Reparation Procedures Committee

Legal Directorate
- Patent Committee
- Control Council Gazette Committee
- Committee on Reopening of German Courts
- Working Party on Juvenile Delinquents
- Working Party on Criminal Code
- Working Party on Repeal of Nazi Laws
- Working Party on Revision of the Marriage Law
- Working Party on Hereditary Farm Laws

Prisoners of War and Displaced Persons Directorate
- Central Tracing Policy Board
- Combined Repatriation Executive

Manpower Directorate
- Labor Laws, Trade Unions, and Labor Relations Committee
- Labor Standards and Wages Committee
- Labor Supply and Allocation of Manpower Committee
- Committee on Social Insurance including Unemployment Relief
- Housing Problems Committee

Internal Affairs and Communications Directorate
- Allied Posts and Communications Committee
- Allied Education Committee
- Health Committee
- Religious Affairs Committee
- Public Safety Committee
- Civil Administration Committee
- Intelligence Committee
- Nutrition Committee
- Public Welfare Committee

German External Property Commission
- Committee for External Assets Statistics Pooling

Im Februar 1948 ergab sich dagegen folgendes Bild: An die Stelle der drei militärischen Directorates (Military/Army/Interarmy, Naval und Air) war ein Combined Services Directorate getreten, das im Grundsatz über die Kompetenzen der drei genannten Direktorate verfügte. Sieht man einmal von der Berlin Kommandatura ab, so blieb die Zahl von neun „zivilen" Direktoraten konstant; hinzu kam die German External Property Commission. Die neun Direktorate gliederten sich im Februar 1948 wie folgt.

Übersicht 49: Direktorate und Ausschüsse der Alliierten Kontrollbehörde, Februar 1948

Transport Directorate (Col. Hans W. Holmer)
- Railways Committee
- Highways Committee
- Coastal Shipping and Ports Committee
- Inland Waterways Committee
- Movements Working Party Committee

Political Directorate (Warren M. Chase)
- Information Committee

Economics Directorate (Lawrence Wilkinson)
- Decartelization Working Party
- Permanent Reparations Secretariat
- Industry Committee
- Fuel Committee
- Food and Agriculture Committee
- Committee for Liquidation of German War Potential
- Trade and Commerce Committee
- I. G. Farben Control Committee
- Central German Administrative Departments (Economic) Committee (Vacant)

Finance Directorate (Theodore H. Ball)
- Banking Committee
- Committee for Balancing of Foreign Accounts
- Taxation Committee
- Price Policy Committee
- Insurance Committee
- Committee for Financing Reparations Costs
- Committee on Financing Occupation Costs
- Public Finance Committee
- Currency Printing Committee
- Financial Regulations Committee

Reparations, Deliveries, and Restitution Directorate (Col. John H. Allen)
- Restitution Procedures Committee
- Reparations Procedure and Valuations Committee
- Reciprocal Deliveries Committee

Legal Directorate (Alvin J. Rockwell)
- Legislative Drafting Committee
- Committee on Reform of German Law
- Committee for the Revision of the Criminal Law
- Industrial Property Committee
- Crowcass, Permanent Committee

Prisoners of War and Displaced Persons Directorate (Lt.Col. Harry S. Messec)
- Central Tracing Policy Board
- Combined Repatriation Executive

Manpower Directorate (Leo R. Werts)
- Labor Supply Committee
- Social Insurance Committee
- Trade Union and Labor Law Committee
- Wages and Labor Standards Committee
- Housing Committee

Internal Affairs and Communications Directorate (George B. McKibbin)
- Civil Administration Committee
- Intelligence Committee
- Public Safety Committee
- Allied Education Committee
- Allied Welfare Committee
- Allied Health Committee
- Allied Communications and Posts Committee
- Allied Religious Affairs Committee

German External Property Commission (E. J. Cassody)

C. Quellenbeschreibung

1. USGCC und Adjutant General

Die unter USGCC 1944/45 und 17/8309 zusammengefaßten Unterlagen dokumentieren die Geschichte der Besetzung Deutschlands einschließlich Berlins durch amerikanische Truppen und der Errichtung der Militärregierung von Mitte 1944 bis zur Begründung von OMGUS im Oktober 1945 (mit Nachakten bis Ende 1946).
Die Kompetenz des Adjutant General auf dem Gebiet der Aktenführung erklärt, warum in diesem Teilbestand der Gesamtüberlieferung des Office of Military Government for Germany die Akten der Spitzengliederung, also vor allem des Militärgouverneurs selbst, dessen Vertreters, des Chef des Stabes, des Generalsekretärs u. a. zusammengefaßt sind. Die offenen Akten einschließlich der Verschlußsachen bis zum Geheimhaltungsgrad Secret wurden nach einem Aktenplan des War Department organisiert, dem das Prinzip der Dezimalklassifizierung zugrunde gelegt ist. Insgesamt sind 487 Boxes überliefert, die sich – jahrgangsweise organisiert – wie folgt gliedern:

AG 1945/46 Boxes 1 – 112
AG 1947 Boxes 1 – 194
AG 1948 Boxes 1 – 188
AG 1949 Boxes 1 – 93

Angesichts ihrer besonderen historischen Bedeutung soll die Überlieferungsschicht der Jahre 1945/46 aus dem Teilbestand des Adjutant General im folgenden detailliert beschrieben werden, wobei die Darstellung dem Aktenplan folgt.
Unter 0.1 sind u. a. Akten über die ersten freien Wahlen in der amerikanischen, der britischen und der sowjetischen Zone sowie in Berlin zusammengefaßt, außerdem Fragen der politischen Struktur der amerikanischen Besatzungszone und des Aufbaus der Parteien dokumentiert, so auch die frühen Auseinandersetzungen um den CSU-Politiker Josef Müller. Unter 0.3 finden sich Kirchensachen, insbesondere des Protestantismus, unter 0.5 Angelegenheiten der Kriegsverbrecherprozesse. Die Akten unter 0.7 behandeln Probleme des Wiederaufbaus der Medien, vor allem der Zeitungen und sonstigen Presseorgane, dokumentieren aber auch die Pressekonferenzen, die seitens der amerikanischen Militärregierung selbst gegeben wurden. Unter 0.8 und 0.9 ist der Wiederaufbau des Unterrichtswesens und der wissenschaftlichen Forschung belegt.
Das Aktenzeichen 0.4 war für Unterlagen über grundlegende Fragen der Wirtschafts-, Industrie- und Entflechtungspolitik – u. a. auf dem Banksektor – vorgesehen; die Akten enthalten aber auch Informationen über Fragen der Arbeitsverwaltung, der Gewerkschaften und der Behandlung des Vermögens der Deutschen Arbeitsfront. Unter 0.5 sind Akten zu Fürsorgemaßnahmen zugunsten der deutschen Bevölkerung überliefert, unter 0.7 Unterlagen zu Problemen der Kunst, der Archive, der Museen und anderer kultureller Einrichtungen.
Die unter dem Aktenzeichen 0.10 erfaßte Dokumentation bietet Informationen über die Landesverfassungen, den Neuaufbau der Justizverwaltung, aber auch der Landesverwaltungen im allgemeinen, die Gesetzgebung der Besatzungsmacht und der deutschen Länder sowie über Verwaltungsvorschriften unterschiedlicher Sachbereiche. Unter 0.14 wird der Aufbau der Militärregierung, aber auch der deutschen Verwaltungen, insbesondere auf der Ministerialebene, des Länderrats und seiner Ausschüsse do-

kumentiert. Hervorzuheben ist auch hier die Berichterstattung sowohl der Militärregierung als auch nachgeordneter amerikanischer und deutscher Stellen an die Militärregierung. Inhaltlich sind Fragen der Fraternisierung, der Entnazifizierung, vor allem im Bereich der Hochschulen, des Unterrichtswesens, der Bahn und der Post sowie Angelegenheiten der Verschleppten, der Flüchtlinge und Vertriebenen vieler Nationalitäten einschließlich der Juden dokumentiert. Unter 0.15 werden Fragen sowohl der deutschen wie der amerikanischen Gerichte behandelt.
Das Aktenzeichen 0.32 war Kontrollbesuchen amerikanischer Dienststellen in Deutschland vorbehalten und enthält daher zum Teil grundlegende Informationen zur amerikanischen Besatzungspolitik. Die Tätigkeit der amerikanischen Ministerien (Departments) ist unter dem Aktenzeichen 0.40 belegt, während unter 0.50 statistische Unterlagen, unter 0.62 Aktivitäten auf dem Gebiet der Fotografie und des Films, unter 0.72 Patentangelegenheiten überliefert sind.
Unter 0.80 finden sich Informationen über soziale Hilfsmaßnahmen, insbesondere der UNRRA, des Roten Kreuzes und amerikanischer Einrichtungen, zugunsten der deutschen Bevölkerung ebenso Informationen über einen „Betriebsrat" (OCEA) bei OMGUS selbst.
Die Akten unter 0.91 enthalten Informationen über die Gründung der amerikanischen Besatzungszone. Weitere Unterlagen befinden sich hier über Norwegen, Polen und Ungarn, aber auch über den Wiederaufbau Europas im allgemeinen, den Kontrollrat, den Rat der Außenminister, die deutsche Wirtschaft, Finanz- und Handelsfragen, die öffentliche Meinung, das Wohnungs- und Gesundheitswesen, Verkehrsangelegenheiten, die Internationalisierung der Ruhr und den Status des Saargebiets. Die Akten unter 100 beschäftigen sich mit Währungsfragen einschließlich der Behandlung von Auslandsvermögen in Deutschland. Unter 121 finden sich u. a. Haushaltsvoranschläge von OMGUS, unter 130ff. Informationen über Probleme des Rechnungswesens sowie schließlich unter 140 Fragen der Verwaltung von öffentlichem und privatem Eigentum. Unter dem Aktenzeichen 150 werden Forderungen vor allem ausländischer Staaten gegen die amerikanische Besatzungsmacht dokumentiert.
Unter 200 sind Akten über Probleme der Identifizierung von Personen, der Personalplanung, des internationalen Reiseverkehrs überliefert, unter 230 lassen sich Grundsätze über die Einstellung vor allem deutschen Personals bei OMGUS ermitteln. Besuche amerikanischer Geschäftsleute und Berichte über deutsche Wissenschaftler, Techniker und anderer Experten in amerikanischem Gewahrsam sind unter 231 erfaßt. Angelegenheiten der Lohnpolitik in Deutschland, auch für nichtdeutsche Arbeitnehmer, finden sich unter 240ff.
Unter dem vagen Titel Incidents (Zwischenfälle) sind bei 250 so verschiedenartige Gegenstände wie Aktivitäten von Polen auf dem Schwarzen Markt, Angriffe von Deutschen auf Angehörige der Besatzungsmächte und ein Aufruhr jüdischer Internierter in einem DP-Lager, aber auch Auseinandersetzungen zwischen amerikanischen und sowjetischen Soldaten dokumentiert. Unter 254 finden sich Unterlagen über Internierungs-, Kriegsgefangenen- und andere Lager.
Das Aktenzeichen 291.1 war Problemen der amerikanischen farbigen Soldaten vorbehalten, unter 293 finden sich Vorgänge über die Benachrichtigung von Angehörigen deutscher Kriegsgefallener. Unter 311 sind Probleme der Verkehrs-, Post- und Nachrichtenpolitik zusammengefaßt.
Von herausragender politischer Bedeutung, insbesondere für Fragen der Außenpolitik, ist die Überlieferung unter dem Aktenzeichen: 312 Correspondence, Political Affairs. So finden sich hier Denkschriften u. a. des Political Adviser, Robert Murphy, an General Clay über allgemeine Fragen der Deutschland- und Europapolitik.

Unter 313.5 finden sich Informationen über die Verfilmung von Akten deutscher Wirtschaftsunternehmen, unter 314.4 über Grundsatzfragen der Beschlagnahme, Benutzung und weiteren Behandlung deutscher Akten. Unter 314.7 wurden Fragen der Militärgeschichte einschließlich der amerikanischen Besatzungsverwaltung in Deutschland behandelt; schließlich finden sich unter 314.81 Kriegstagebücher der Vorläuferorganisation von OMGUS, der USGCC, aber auch Korrespondenz über die Tagebücher von Eva Braun mit einer englischen Übersetzung des Abschnitts von Februar bis Mai 1935.
Unter dem Aktenzeichen 319.1 Reports sind vorwiegend Berichte nachgeordneter Stellen der Militärregierung, aber auch zusammenfassende Darstellungen über internationale Konferenzen, z. B. die Pariser Reparationskonferenz Ende 1945, enthalten. Diese Überlieferung ist vor allem geeignet, fehlende Berichte auf regionaler Ebene zu ersetzen.
Unter dem Aktenzeichen 320 sind Aufbau und Organisation der Militärregierung auch aus der Zeit vor der Gründung von OMGUS belegt. Bei den Aktenzeichen 321 und 322 liegt der Schwerpunkt auf der Beschreibung von Zuständigkeiten nahezu aller Verwaltungseinheiten von OMGUS nicht nur auf der Ebene der Divisions, sondern auch von kleineren nachgeordneten Stellen wie z. B. dem Ministerial Collecting Center einerseits und alliierter Einrichtungen wie dem Kontrollrat und der Kommandatura in Berlin andererseits.
Unter 333 sind Inspektionsberichte bis hinunter auf die Ebene der Kreise zusammengefaßt; auch hier finden landes- oder regionalgeschichtlich interessierte Forscher ebenso reiches Material wie Wissenschaftler, die sich für bestimmte verwaltungsgeschichtliche Probleme oder Personen und deren Tätigkeit in der Zeit des NS-Regimes interessieren.
Unter 334 befinden sich ebenfalls verwaltungsgeschichtlich relevante Sachakten über einzelne Besatzungsdienststellen oder internationale Einrichtungen wie die European Economic Commission (EEC) oder die Alliierte Kontrollbehörde.
Zum Aktenzeichen 337 sind geschäftstechnische Serien, insbesondere Protokolle von Besprechungen innerhalb der amerikanischen Militärregierung, zusammengefaßt, so auch eine Niederschrift über die Potsdamer Konferenz, die wöchentlichen Staff Conferences von USGCC bzw. OMGUS, dazu Treffen der amerikanischen und britischen Stellvertretenden Militärgouverneure.
Unter 350 sind erneut Akten über Fragen des Unterrichts und des Wiederaufbaus der Schulverwaltungen in Deutschland einschließlich der Reeducation überliefert. Die Unterakten zu 350 enthalten bemerkenswertes Material: So finden sich unter 350.05 Unterlagen über Konflikte mit sowjetischen Stellen, unter 350.09 geheimdienstliche Berichte und ähnliche Unterlagen, unter 350.5 Informationen über die Behandlung deutscher Forscher und Techniker.
Beim Aktenzeichen 353 sind soziale Maßnahmen zugunsten der Angehörigen der Besatzungsverwaltung und der deutschen Bevölkerung zusammengefaßt. Unter 360 werden Fragen des Luftverkehrs, unter 370.2 die Aktionen „Goldcup" und „Paperclip" sowie andere „Operations", unter 371.1 die amerikanische Information Control Policy dokumentiert.
Unter dem Aktenzeichen 383 finden sich politische Grundsatzerörterungen über die Entnazifizierung, über die Behandlung von Kriegsgefangenen und Spionen, Verschleppten, Internierten u. a. m. Die Akten unter 386 dokumentieren Fragen des Eigentumsrechts, u. a. der ausländischen Vermögen in Deutschland und deutscher Vermögen im Ausland. Während unter 387 Ereignisse gegen Kriegsende – so die Kapitulation der deutschen Truppen in Norditalien – belegt sind, finden sich bei 388

Akten zu Fragen der Entwaffnung und Auflösung der deutschen Streitkräfte ebenso wie über die industrielle „Abrüstung" Deutschlands.
Unter 400 wurden Probleme der Versorgung der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland, unter 403 Fragen der Landwirtschaft, unter 410 und 411 Probleme der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Produktion von bestimmten Rohstoffen und Fertigprodukten behandelt. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Arzneien ist unter dem Aktenzeichen 430 bzw. 440ff. dokumentiert. Das Aktenzeichen 453 weist Unterlagen über die Ausrüstung der Eisenbahnen insbesondere auch im Verhältnis zu anderen Zonen aus. Unter 461 findet sich Material über die Beschlagnahme nationalsozialistischer Literatur, unter 462ff. ist die Papier-, Brennstoff-, Kohle-, Benzin-, Öl- und Kunstdüngerzuteilung behandelt.
Die Akten unter 500ff. dokumentieren Fragen der Wirtschaftspolitik, die unter 600ff. Angelegenheiten des Bauwesens, der Reparationen sowie der Rückerstattung von Grundstücken. Unter 700ff. finden sich Akten über die Gesundheits-, unter 800ff. über die Wasserstraßen- und Schiffahrtspolitik.
Nach diesem – hier für die Jahre 1945/46 kursorisch vorgestellten – Aktenplan sind auch die Unterlagen für die folgenden Jahrgänge 1947, 1948 und 1949 organisiert. Dabei stehen für das Jahr 1947 Fragen der Ermittlung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, der Pressepolitik, der Entflechtung der Wirtschaft, der Verfassungsgesetzgebung in deutschen Ländern, der Rechtsetzung durch die Militärregierung, der Entnazifizierung, der Flüchtlinge und Vertriebenen aller Nationen, des Wiederaufbaus des wirtschaftlichen und kirchlichen Lebens, Hilfsaktionen internationaler wie amerikanischer Einrichtungen, der Aufbau der Bizone und damit verbundene wirtschafts- und landwirtschaftspolitische Fragen, die außenpolitische Vertretung Deutschlands, der Marshallplan, die Londoner Außenministerkonferenz und andere Fragen der Außenpolitik im Vordergrund.
Der Jahrgang 1948 wird eröffnet mit einem Band über eine Demonstration gegen die Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards am 28. Oktober 1948 in Stuttgart. Die politische Situation unter besonderer Berücksichtigung der Erkrankung des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, die Berliner Blockade, die ersten Messen in Leipzig und Hannover, die Feiern zur 100jährigen Wiederkehr der Revolution von 1948, geheimdienstliche Aktivitäten, die Entnazifizierung, Displaced Persons, Reparationen und Restitutionen werden vorrangig behandelt.
Die Überlieferung für das Jahr 1949 ist schon vom Umfang her bedeutend geringer. Hervorzuheben sind insbesondere Unterlagen über die Auswirkung der Währungsreform, die Fortführung der Entflechtung der Wirtschaft, die Arbeits- und Sozialpolitik, die deutsche öffentliche Meinung, den Marshallplan, die Beendigung der Berliner Blockade und die Verhandlungen der drei Mächte über die politische Struktur der späteren Bundesrepublik Deutschland, dabei insbesondere zum Übergang der Verantwortung für Deutschland vom War Department auf das State Department, die Treffen der drei Militärgouverneure in den Monaten bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland, die Außenministerkonferenzen, die Reorganisation an der Ruhr und die Entsendung deutscher Wissenschaftler in die Vereinigten Staaten von Amerika.
Die Überlieferung des Adjutant General wird durch 172 Boxes mit Akten der Geheimhaltungsstufe „Top Secret (TS)" ergänzt, bei denen fast jedem Band ein Rotulus beigegeben ist, der einen Überblick über alle Schriftstücke bzw. Vorgänge bietet. Dieses Material ist für die politische Geschichte im Deutschland der Nachkriegszeit von besonderer Bedeutung. Es dokumentiert nicht nur die Entwicklung der amerikanischen und alliierten Deutschlandpolitik, sondern auch Vorgänge im Deutschland wäh-

rend der NS-Zeit. Im Unterschied zu den jahrgangsweise organisierten offenen Akten erstrecken sich die Verschlußsachen zeitlich von 1944 bis 1949 und enthalten in erheblichem Umfang Informationen – oft in Form von Geheimdienstberichten – auch über die Nachbarstaaten Deutschlands. Der Überlieferungsform nach sind Unterlagen über Kontrollratsgesetze (mit Durchführungsvorschriften für die amerikanische Zone), Rechtsverordnungen (Regulations), Direktiven (Directives) und Allgemeine Verfügungen (General Orders) hervorzuheben.

2. Chief of Staff

In der Bedeutung ähnelt dieser Aktenbestand den Unterlagen des Adjutant General, vom Umfang her handelt es sich allerdings allenfalls um ein Zehntel des AG-Materials. Eine jahrgangsweise Gliederung liegt nicht vor, vielmehr unterscheiden sich die Akten nach einer Gruppe mit der Bezeichnung COS (1 – 7) anstelle einer Shipment-Nummer und einigen kleineren Überlieferungsteilen, die im Zusammenhang mit anderen Akten nach Amerika verbracht wurden und daher eine Shipment-Nummer aufweisen (2/135, 3/176–3, 3/177, 17/162, 17/8185).
COS 1 enthält Unterlagen über die Verbindungswege nach Berlin, insbesondere auf der Schiene, die Verwaltung der Militärregierung in Bayern, Korrespondenz zwischen OMGUS und der sowjetischen Militäradministration im zweiten Quartal 1948, das erste Treffen der Alliierten Hohen Kommissare vom 19. September 1949 sowie persönliche Unterlagen von General Gailey und Mrs. Marjorie Clay. Unter COS 2 finden sich u. a. einige Unterlagen zur Moskauer Außenminister-Konferenz im Jahre 1947. COS 3 umfaßt ebenfalls Korrespondenz mit der sowjetischen Militäradministration (April 1948 bis März 1949) über Fragen der Währungsreform, Luftzwischenfälle u. a. m.
COS 4 dokumentiert Planungen der amerikanischen Regierung über die Besetzung Deutschlands aus dem Spätsommer 1944, Unterlagen über den Luftverkehr in Deutschland, über Kriegsgefangene und Displaced Persons, über die Begründung von Jugendclubs in Franken sowie zwei Wochenberichte des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen über Schmuggelaktivitäten.
COS 5 enthält Unterlagen zum hessischen Gesetz über Zwangsarbeit, über die Versorgung der deutschen Angeklagten in Nürnberg, die wirtschaftliche Vereinigung der britischen und der amerikanischen Zone, jugendpolitische Maßnahmen, einen Bericht über eine Reise an die Saar, über Clays Besuch an der Ruhr, Rückerstattungsmaßnahmen zugunsten von Ungarn, Kohlelieferungen, Angelegenheiten der Displaced Persons, über die Lage der Zivilinternierten, Besuche von Kongreßabgeordneten, die Situation der Schiffahrt in Bremerhaven, die Ernährungslage in Mannheim, Besuche in der sowjetischen Besatzungszone u. a. m. COS 6 umfaßt sieben Bände mit Vorlagen an General Clay und interne Korrespondenz der Militärregierung von Januar bis Dezember 1947.
COS 7 behandelt Wahlen, Personalangelegenheiten, Besuche prominenter Amerikaner, Auseinandersetzungen innerhalb der sowjetischen Besatzungsmacht, das Außenministertreffen 1947 in London, Fragen der Ruhrkohle, einen antisemitischen Brief in der Süddeutschen Zeitung, den Wahlkampf der KPD, Behandlung von deutschem beschlagnahmtem Registraturgut, insbesondere von Unterlagen der Reichskulturkammer, einen Rechenschaftsbericht des Gesetzgebungsreferates der OMGUS-Abteilung für Rechtsfragen (1947 – 1949) und Unterlagen über Gespräche mit deutschen Wirtschafts- und Gewerkschaftsführern.
Die Box 135–1 im Shipment 2 erstreckt sich zeitlich von September 1946 bis März 1949

und dokumentiert Fragen der Kriegsverbrecherprozesse und der Rückkehr von Flüchtlingen aus der sowjetisch besetzten Zone, Probleme der deutschen Wissenschaftspolitik von 1936 bis 1945 (mit Korrespondenz zwischen Clay und Otto Hahn über die Zukunft der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft), Fragen des Bankwesens, des Streiks an der Ruhr und des kommunistischen Einflusses, der Vertriebenen und der Rückkehr von Displaced Persons in ihre Heimat (auch Schriftwechsel mit der Sowjetischen Militäradministration), Probleme der Freigabe deutscher Filme aus der Zeit vor 1945, der Entwicklung der Gewerkschaften, der Wahlen in Berlin, des Außenhandels, der Bezahlung der amerikanischen Besatzungssoldaten, Angelegenheiten mehrerer Abteilungen und Einheiten von EUCOM, Fragen der Beschäftigung von Amerikanern, die früher Staatsangehörige von Feindstaaten waren, die Zusammenarbeit mit der Sowjetischen Militäradministration bei Grenzzwischenfällen und Auseinandersetzungen in Berlin, Fragen des Reiseverkehrs und der Reorganisation EUCOM, Untersuchungen über das Ende von Hitler und Bormann, über Luftverkehrsfragen sowie den Malmedy-Prozeß.

Box 2/135–2 enthält Berichte über politische Aktivitäten der Deutschen auf Landkreisebene, über französisch-bayerische Kontakte, über die Wirtschaftslage, insbesondere auf dem Ernährungssektor in der sowjetischen Besatzungszone, über das Außenministertreffen in Moskau 1947, ein belgisch-amerikanisches Übereinkommen über die Rückkehr von belgischen Kriegsgefangenen, über Displaced Persons unter besonderer Berücksichtigung von Ukrainern, über die Frage eines Ultraviolett-Quarzmikroskops der Firma Zeiss, den Haushalt von OMGUS für das Jahr 1948 sowie Korrespondenz über die Luftbrücke (August bis Oktober 1948) und die Berliner Blockade im allgemeinen.

Box 2/135–3 umfaßt in erheblichem Umfang Denkschriften, die General Clay vorgelegt und von ihm teilweise kommentiert wurden, dokumentiert Fragen der Dekartellisierung, der Berliner Blockade und Luftbrücke, Reparationen und enthält sieben Bände über den Malmedy-Prozeß.

In 3/176–3 sind Unterlagen des Chief of Staff enthalten. Die Unterlagen betreffen die Rückführung sowjetischer Staatsangehöriger nach dem Abkommen von Jalta, die in Landsberg einsitzenden Kriegsverbrecher, Fragen des Patentwesens, der Finanz- und Wirtschaftspolitik, der britisch-amerikanischen Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen, insbesondere zur Zeit der Berliner Blockade, aber auch die allgemeine Wirtschaftspolitik von 1945 bis 1949; hinzu kommt die Korrespondenz zwischen Clay und Robertson über den Status des Landes Bremen aus dem Oktober 1946.

Die Box 3/177–1 dokumentiert Wahlen in mehreren Zonen und in Berlin, Fragen der sowjetischen Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen von OMGUS zur Sowjetischen Militäradministration in den Jahren 1947 bis 1949, die französische Obstruktion gegen die Errichtung zentraler deutscher Dienststellen und andere Fragen aus dem Bereich der inneren Verwaltung (u. a. Korrespondenz Clays mit Washington, Fragen der Entnazifizierung, September 1945 bis Mai 1947), die amerikanisch-französischen Beziehungen (Juli 1945 bis Dezember 1947) unter besonderer Berücksichtigung der Saarfrage sowie Angelegenheiten des Marshallplanes, der Verfassungen der Länder der amerikanischen Besatzungszone und der Entnazifizierung.

Der Schwerpunkt der Überlieferung in Box 3/177–2 liegt in der Darstellung der Entwicklung bizonaler Einrichtungen sowie der britisch-französischen Politik gegenüber der deutschen Wirtschaft und der Frage einer französischen Beteiligung am Aufbau der Bizone. Außerdem behandelt werden die Steuerreform, die Bodenreform, die Akkreditierung ausländischer Militärmissionen, die Luftbrücke, die Arbeitskämpfe,

die Währungsreform, der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg, Schwarzmarktaktivitäten, subversive Tätigkeit der Sowjets gegen die SPD in Berlin (August 1946) sowie Beziehungen zwischen OMGUS und den deutschen Ländern unter besonderer Berücksichtigung des Länderrats und der Vereinigung der drei westlichen Besatzungszonen.
In Box 3/177-3 finden sich Unterlagen über die Organisation der Militärregierung, die funktionalen Verbindungen zwischen OMGUS und USFET, Grenzzwischenfälle mit den sowjetischen Streitkräften, Angelegenheiten der Juden, Haushaltsfragen, Entnazifizierung, Verschleppungen und Erschießungen von früheren HJ-Führern in der sowjetischen Zone, den Hoover-Bericht über die deutsche Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik, die Ruhrfrage, über die New Yorker Außenministerkonferenz (November bis Dezember 1946), gewerkschaftliche Aktivitäten (Juni 1946 bis Februar 1949), die Vorbereitung des Zusammenschlusses der drei westlichen Besatzungszonen und andere Fragen gesamtdeutscher Politik. Das Programm der Militärregierung im August 1945, Berichte über die Entwicklung des Unterrichtswesens, über die Potsdamer Konferenz, Vier-Mächte-Verhandlungen über die deutsche Industrie (1946) und die Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 sind ebenfalls beigefügt.
Die Box 17/162-1 dokumentiert die Fragen der Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Displaced Persons, der Vertriebenen und Flüchtlinge, Zusammenstöße mit sowjetischen Soldaten, die Organisation des Länderrats und dessen Beziehung zum Regional Government Coordinating Office, Fragen der Entnazifizierung (1946), der bayerischen Monarchisten, der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen (1946), Berlins und enthält Handakten von General Keating als amtierendem Stellvertretendem Militärgouverneur mit einem Bericht über die Niedersächsische Landespartei und den WAV-Vorsitzenden Loritz sowie einem biographischen Abriß über den General.
Box 17/162-2 dokumentiert die personelle Ausstattung der Militärregierung Württemberg-Baden, die Errichtung der Bizone (1946), Fragen des Arbeitseinsatzes, die Neuorganisation der Bizone und die Berlinpolitik samt den Erfordernissen der Luftbrücke.
In Box 17/8185 liegen Unterlagen über die Zusammenarbeit der drei westalliierten Militärgouverneur vom August 1948 bis August 1949 vor. Sie betreffen inhaltlich vor allem die künftige politische Organisation Westdeutschlands und die Beziehungen der Besatzungsmächte zu den Ministerpräsidenten der Länder und zum Parlamentarischen Rat. Sechs Bände (21 - 26) belegen die Vorbereitung der Gründung der Bundesrepublik Deutschland umfassend. Weitere Akten betreffen das Besatzungsstatut, das Vertriebenenproblem, die Bildung des Tripartite Military Security Board im Herbst 1948, die Treffen der drei Militärgouverneure (Oktober 1948 bis September 1949) und wirtschaftspolitische Fragen.

3. Allied Control Authority

Die verhältnismäßig umfangreichen Akten des amerikanischen ACA-Sekretariats enthalten im wesentlichen Auszüge aus Sitzungsprotokollen, Vermerken und Denkschriften zum jeweiligen Beratungsgegenstand. Sie sind durch Übersichten und Indices in Form von Karteikarten erschlossen. Die Kontakte des Sekretariats zu den Direktoraten und Ausschüssen sind in chronologischer Folge gut belegt. Dies gilt auch für die Akten der Direktorate selbst, wobei innerhalb der Unterlagen eines jeden Direktorats die Chronologie das herrschende Ordnungsprinzip darstellt. Außerdem sind

geschäftstechnische Serien der einzelnen Verwaltungseinheiten der ACA vorhanden.
Die ACA-Unterlagen sind in der Regel links oben auf einer jeden Seite durch Signaturen gekennzeichnet, aus denen die Provenienzstelle, die Art des Dokuments und der Zeitpunkt der Entstehung abzulesen sind.

4. Bipartite Control Office

Hervorzuheben sind vor allem Unterlagen über das European Recovery Program (ERP) und die Organization of European Economic Cooperation (OEEC) sowie der European Cooperation Administration (ECA) in den Vereinigten Staaten.
Es ist deutlich zu unterstreichen, daß nicht nur Akten der Economics Division, sondern auch andere Unterlagen aus den Bereichen Finanzen, Ernährung, Landwirtschaft, Verkehr und schließlich der Verwertung öffentlichen Guts für den Bereich des Außenwirtschaftsverkehrs und die Unterlagen der Joint Export-Import Agency (JEIA) sowie der Joint Foreign Exchange Agency (JFEA) in diesem Teilbestand enthalten sind.

5. Regional Government Coordinating Office

Die Aktenstruktur entspricht der Aktenführung des deutschen Pendants des RGCO, des Länderrats für das amerikanische Besatzungsgebiet. So finden sich Akten, insbesondere Protokolle von Länderratsausschüssen und Unterausschüssen mit Bemerkungen des Beobachters des RGCO („highlight summeries as noted by RGCO observer") für alle Verwaltungszweige.
Hinzu kommen chronologisch organisierte Durchschriften der Korrespondenz des Leiters des RGCO vom Juli 1946 bis Juni 1948 und Schriftwechsel mit dem Länderrat über die Zukunft der I. G. Farben Industrie. Hervorhebenswert ist ein Band über die Wirtschaftsplanung der Besatzungsmacht mit Unterlagen, die teilweise in das Jahr 1944 zurückgehen. Seit Mitte 1946 spiegeln sich in den Unterlagen von RGCO auch die Wirtschaftsentwicklung in der britischen Zone und selbstverständlich der Aufbau der Bizone. Bemerkenswert ist ferner die Korrespondenz über politische und verfassungsrechtliche Grundsatzfragen mit dem Deutschen Büro für Friedensfragen in Stuttgart.
Die Unterlagen über die Besprechungen der Besatzungsmacht mit den Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone sind in ihrer inhaltlichen Aussage über entsprechende Materialien im Bestand „Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes" (Z 1) im Bundesarchiv hinaus wegen der internen amerikanischen Beurteilungen über die jeweilige politische Situation von Bedeutung. Im Aktenband über Kommunalwahlen, Wahlen zu den verfassunggebenden Landesversammlungen sowie über die Verfassungen und Parteiprogramme in den Ländern ist ein Bericht eines amerikanischen Offiziers über Reden des SPD-Vorsitzenden Schumacher ebenso hervorzuheben wie eine Besprechung mit dem Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Arbeit in der sowjetischen Zone, Brack, über eine angeblich neue antikommunistische Kampagne in der Presse der amerikanischen Besatzungszone.
Ein besonderer Schwerpunkt liegt bei der Frage der Entnazifizierung, der Kriegsverbrecherprozesse und anderer Rechtsfragen. Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte (als Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit) in München ist

in 11/35–3/7 belegt. Aus dem Bereich der Unterrichtsverwaltung sind Akten über die Wiedererrichtung der Reichsanstalt für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht und politische Wertungen über den bayerischen Staatsminister Alois Hundhammer von besonderer Bedeutung.
Von den umfangreichen Ausschußunterlagen sind die Materialien über Kampfstoffe und über die Stahlproduktion (auch in bezug auf die Röchling-Werke) von besonderer Bedeutung. Hervorzuheben sind ferner eine Besprechung des Länderratsausschusses für Kriegsgefangenenwesens mit der Sowjetischen Militäradministration in Berlin im November 1947 und ein Bericht über eine Reise zweier hessischer Minister nach Thüringen im Juni 1946.
Erwähnt werden sollte schließlich auch der Band 11/39–3/8, der u. a. Vorwürfe gegen den württemberg-badischen Ministerpräsidenten Maier wegen dessen Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz im Jahre 1933 enthält. Die politisch wichtigste Dokumentation des Teilbestandes RGCO enthält der Band 11/42–3/1, in dem die privatdienstliche Korrespondenz General Clays mit den jeweiligen Leitern des RGCO überliefert ist; darin finden sich Informationen über die österreichischen Wahlen im Dezember 1945, die Ansichten Clays über die Bodenreform 1945/46, Maßnahmen zur Überwachung von Displaced Persons (Dezember 1945), Vorschläge des hessischen Ministerpräsidenten Geiler zur Errichtung von Zentralverwaltungen (Februar 1946), französische Bemühungen um Nord-Württemberg (April 1946), die Gründung des Landes Niedersachsen (April 1946), Bemerkungen über den Besuch des hessischen Finanzministers Matthes in Weimar (Juni 1946), die Vier-Zonen-Konferenz der Ministerpräsidenten in München (Juni 1947), die Bemühungen des Bremer Senats um die Rückführung von Archivalien aus der UdSSR (Dezember 1947) und ein Treffen des französischen Militärgouverneurs, Gen. Pierre Koenig, mit den Ministerpräsidenten der französischen Zone (Frühjahr 1948).

Fachämter und Fachabteilungen
Da eine detaillierte Beschreibung der Teilbestände der Fachämter und Fachabteilungen zu Redundanzen führen würde, beschränkt sich die folgende Darstellung auf eine summarische Nennung der in Deutschland in Mikroficheform zugänglichen Überlieferungen.

6. Control Office

Das Control Office stellte gleichsam das Organisationsreferat der Militärregierung dar. In seinen umfangreich erhaltenen Unterlagen (5/353 – 376; 11/44 – 50) finden sich Informationen über sämtliche Bereiche der Militärregierung. Dabei stehen Probleme der Dienststellenverwaltung und sog. Querschnittsaufgaben im Vordergrund: Haushalt, Organisation, Berichtswesen, Statistik, Informationswesen. Ab 1947 nimmt der politische Gehalt des Dokumentationsinhalts deutlich zu, da das Control Office bei der Vereinigung der drei Westzonen und der Vorbereitung der Errichtung eines westdeutschen Teilstaates, der späteren Bundesrepublik Deutschland, eine bedeutende Rolle spielte.
Besonders zu erwähnen sind die Unterlagen der Historical Branch, welche die Aufgabe hatte, Materialien für eine Geschichte der Militärregierung zusammenzustellen; auch wenn diese Tätigkeit nicht immer den uneingeschränkten Beifall Clays fand, enthalten die Unterlagen Schlüsseldokumente zur Geschichte und Tätigkeit der Militärregierung.

7. US Political Adviser / Office of Political Affairs

Die Mehrheit der Überlieferung findet sich nicht in den OMGUS-Unterlagen, sondern in Record Group 84 und in den Akten des amerikanischen Außenministeriums selbst. Dieses Material wurde im OMGUS-Projekt nicht berücksichtigt. Die in Deutschland verfilmt vorliegenden Unterlagen sind insgesamt dennoch für sämtliche historische Fragestellungen durchzusehen, die sich vorwiegend mit außenpolitischen Problemen auseinandersetzen. Zum Komplex der sog. Außenpolitik gehört in diesem Falle auch die Vertretung des besiegten Deutschland bzw. der amerikanischen Zone gegenüber Drittstaaten.

8. Economics Division / Office of the Economics Adviser

Die in Deutschland verfilmt vorliegenden Unterlagen bieten einen umfangreichen Überblick über die allgemeine und besondere Geschichte der deutschen Wirtschaft, der Wirtschaftsverwaltung und der amerikanisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen. Dabei steht das Problem der Dekartellisierung der deutschen Wirtschaft im Vordergrund. Nicht sauber abzugrenzen ist das Verhältnis der Unterlagen der Economics Division bzw. des Economics Adviser zu den Unterlagen des Bipartite Control Office. Da der Zusammenschluß der amerikanischen und britischen Besatzungszone zur Bizone im wesentlichen aus wirtschaftspolitischen Überlegungen zustande kam, sind die in diesem Teilbestand zusammengefaßten Unterlagen für wirtschaftshistorische Fragen ebenfalls heranzuziehen.

9. Finance Division / Office of the Finance Adviser

Die Unterlagen dokumentieren alle Bereiche der Finanzpolitik einschließlich des Komplexes Geld und Kredit, Zoll, Handelsabkommen und außenwirtschaftliche Fragen. Die unter Allied Bank Commission zusammengefaßten Akten belegen in erster Linie den Wiederaufbau des deutschen Bankensystems, vor allem die Errichtung und Überwachung der Landeszentralbanken, die Währungsreform vom 20. Juni 1948 und die finanzpolitischen Startvoraussetzungen für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

10. Manpower Division

Das Material enthält Unterlagen über die Tarifpartner (Arbeitgeber, Verbände und Gewerkschaften), alle Bereiche der Sozialpolitik einschließlich der Preis- und Lohnpolitik. Hinzu kommen Informationen über die Entnazifizierung insbesondere im Bereich der Deutschen Arbeitsfront, von Einrichtungen der Sozialversicherung und anderer einschlägiger Einrichtungen. Zum Bereich der Sozialpolitik in diesem Sinne gehört auch der Wohnungsbau. Insgesamt läßt sich feststellen, daß nicht nur die Lage in der amerikanischen, sondern in allen vier Besatzungszonen dokumentiert ist.

11. Office of the Director of Intelligence

Der Schwerpunkt der Überlieferung liegt nicht ausschließlich in Informationen über die amerikanische, sondern insbesondere auch über die sowjetische Besatzungszone Deutschlands. Hervorzuheben sind die Akten der Analysis and Research Branch, die nachrichtendienstliche Analysen über alle Bereiche der Politik enthalten.

12. Information Services Division

Die verfilmten Unterlagen dokumentieren in allerdings höchst unterschiedlicher Intensität alle Bereiche der Medienpolitik während der amerikanischen Besatzung Deutschlands. Dabei mögen Unterlagen über die Entwicklung der öffentlichen Meinung in der amerikanischen Zone besonders hervorgehoben werden.

13. Civil Administration Division

Unabhängig von der Verwaltungsstruktur, in der Angelegenheiten der allgemeinen inneren Verwaltung wahrgenommen wurden, enthält die Überlieferung reiches Material zu allen Bereichen der Innenpolitik – von der öffentlichen Sicherheit bis zur Wohlfahrtspflege. Hervorzugeben sind die Entnazifizierung und Demokratisierung des deutschen politischen Systems und der öffentlichen Verwaltung in der amerikanischen Zone. Den größten Teil der Überlieferung nehmen die Unterlagen des Director's Office und der Public Safety Branch ein. Erwähnenswert sind ferner die Materialien der für Kriegsgefangene und Displaced Persons zuständigen Verwaltungseinheiten. Mit den Unterlagen des Control Office vergleichbar sind die Materialien der Civil Administration Division insoweit, als auch hier die Vorbereitung der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland umfänglich dokumentiert ist.

14. Education and Cultural Relations Division

Die Überlieferung belegt vorwiegend folgende Bereiche: Schul- und Hochschulwesen einschließlich Entnazifizierung, Kirchensachen, Jugend- und Frauenfragen, die Reeducation sowie das Bibliotheks-, Archiv- und Museumswesen, Hinzu kommen Unterlagen über den Kulturaustausch mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

15. Legal Division

Die Überlieferung ist höchst unvollständig, da Akten der Rechtsabteilung offensichtlich in erheblichem Umfang von HICOG übernommen worden sind. Der Schwerpunkt der Informationen in den verfilmten Beständen liegt bei Fragen der rechtlichen Beratung der Militärregierung, der Justizverwaltung unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Justizvollzugsanstalten und der Behandlung von Kriegsverbrechen bzw. Kriegsverbrechern. Die wenigen Akten des OCCWC dokumentieren in erster Linie Fragen der Dienststellenverwaltung der amerikanischen Anklagebehörden

und der Materialbeschaffung für den Hauptkriegsverbrecherprozeß und die zwölf Nachfolgeprozesse in Nürnberg. Die Hauptüberlieferung in diesem Bereich ist in Washington unter Record Group 238 archiviert. Eine im OMGUS-Bestand vorhandene Teilüberlieferung der Special Projects Division beschäftigt sich nicht mit den Nürnberger Prozessen, sondern diente in erster Linie der Vorbereitung künftiger Kriegsverbrecherprozesse vor deutschen Gerichten.

Office of Military Government for Bavaria

Von

Reinhard Heydenreuter

A. Historischer Überblick

1. Die Besetzung Bayerns durch amerikanische Truppen im Jahre 1945

Die militärische Besetzung Bayerns im April und Mai 1945 erfolgte durch Einheiten der 3. und 7. US Armee. Die 3. Armee gehörte zur 12. Armeegruppe, die 7. Armee zur 6. Armeegruppe. Am 12. Mai 1945 kam auch die 7. Armee zur 12. Armeegruppe.
Während der Kampfhandlungen in Bayern im April 1945 wurden die Operationsgrenzen zwischen der 3. und 7. Armee durch General Dwight D. Eisenhower auf einer Linie westlich von Würzburg bis westlich von München und weiter nördlich von Salzburg festgelegt. Die 3. Armee operierte daher vorwiegend im östlichen, die 7. Armee im westlichen und südlichen Bayern.
Die 7. Armee unter General Patch bestand am 8. Mai 1945 aus folgenden Einheiten:

Übersicht 1: Einheiten der 7. U.S. Armee, 8. Mai 1945

VI. Corps:	44. Infantry Division, 103. Infantry Division, 10. Armored Division, 115. Cavalry Group
XXI. Corps:	36. Infantry Division, 101. Airborne Division, 12. Armored Division (zwischen 5. und 12. Mai bei Army Reserve), 101. Cavalry Group
XV. Corps:	3. Infantry Division, 42. Infantry Division, 86. Infantry Division, 20. Armored Division,[1] 106. Cavalry Group
Army Reserve:	63. Infantry Division, 100. Infantry Division, 45. Infantry Division

Die 7. Armee überschritt den Rhein Anfang April 1945 bei Worms, also südlich des Abschnitts, wo die ersten Einheiten der 3. Armee am Abend des 22. März 1945 den Rhein überquert hatten. Die 7. Armee stieß südwestlich der 3. Armee nach Westen vor. Am 4. April nahm die 42. Inf. Div. (XV. Corps) Würzburg und später Schweinfurt.[2] Am 11. April schwenkten das XV. und das XXI. Corps nach Süden, nachdem die Operationsräume der 7. Armee westlich und südlich der 3. Armee festgelegt worden waren. Das XXI. Corps wandte sich Richtung Ansbach, das XV. Corps östlich davon Richtung Bamberg und Nürnberg. Am 13. April fiel Bamberg an Einheiten der 4. und 45. Inf. Div. (XV. Corps), am 16. April begann der Angriff auf Nürnberg, das am 20. April besetzt wurde.[3]
Die Donau wurde von Einheiten der 12. Armored Div. (XXI. Corps) am 22. April auf einer unzerstörten Brücke bei Dillingen überquert. Fast gleichzeitig, am 23. April, setzten Einheiten der 10. Armored und der 44. Inf. Div. (VI. Corps) östlich davon bei Ehingen über den Fluß. Die 42. Inf. Div. (XV. Corps) nahm Donauwörth und überquerte am 26. April vor Tagesanbruch zusammen mit der 45. Inf. Div. (XV. Corps) die Donau.[4] Am gleichen Tag drang auch die 103. Inf. Div. (VI. Corps) nordöstlich von Ulm über die Donau. Nennenswerter Widerstand wurde nicht geleistet. Nachdem die 3. Inf. Div. (XV. Corps) Augsburg eingenommen hatte, stießen die 3., 42., 45. Inf. Div.,

---

[1] Die 20. Armored Division war der Ersatz für die 14. Armored Division, die wegen ihrer östlichen Kampfstellungen zur 3. Armee gezogen wurde.
[2] McDonald: The last Offensive, S. 420; vgl. The Seventh US Army: Reports of Operations, Bd. III.
[3] Ebenda, S. 425.
[4] Ebenda, S. 434.

die 20. Armored Div. (alle XV. Corps), sowie die 12. Armored Div. (XXI. Corps) in den letzten Apriltagen gemeinsam in Richtung München vor. Die 45. Inf. Div. erreichte zuerst Dachau, die 3. und 42. Inf. Div. drangen ins Münchener Zentrum vor. Widerstand in der SS-Kaserne im Norden der Stadt wurde von Einheiten der 45. Inf. Div. niedergekämpft. Am Sonntag, den 30. April 1945 war München vollständig in der Hand amerikanischer Truppen. Um 16.05 Uhr wurde das Münchener Rathaus an Einheiten der 45. Inf. Div. übergeben.[5] Am Spätnachmittag des 4. Mai erreichten Einheiten der 3. Inf. Div. (XV. Corps) Berchtesgaden. Die Ehre, Hitlers „Alpenfestung" als erste zu betreten, wurde einer Division zugestanden, die unter allen amerikanischen Divisionen die höchsten Verluste auf dem europäischen Kriegsschauplatz hatte. Die 103. Inf. Div. (VI. Corps) besetzte am 4. Mai Innsbruck.
Die 3. Armee[6] unter dem Kommando von General George S. Patton bestand Anfang Mai 1945 aus den folgenden Einheiten:

Übersicht 2: Einheiten der 3. U.S. Armee, Anfang Mai 1945

III. Corps:	4. Infantry Division, 99. Infantry Division, 9. Armored Division, 14. Armored Division, 14. Cavalry Group[7]
XX. Corps:	13. Armored Division, 3. Cavalry Group, 65. Infantry Division, 71. Infantry Division
XII. Corps:	4. Infantry Division, 5. Infantry Division, 11. Armored Division, 6. Armored Division

Einheiten der 5. Inf. Div. (XII. Corps) waren die ersten amerikanischen Truppen, die am Abend des 22. März 1945 den Rhein überquerten. Am 25. März betraten Soldaten der 4. Armored Div. (XII. Corps) nördlich von Aschaffenburg erstmals rechtsrheinisches bayerisches Gebiet. Anfang April stieß die 3. Armee durch Hessen nach Thüringen vor. Am 10. April wurde Coburg genommen. Am 15. April stand die 3. Armee auf der Linie Mulde–Plauen–Hof–Bayreuth und schwenkte dann auf Befehl des Oberkommandierenden nach Süden in Richtung Regensburg und Linz. Am 23. April überquerten Einheiten der 11. Armored Division (XII. Corps) den Regen, am 24. April die 86. und die 99. Inf. Div. (III. Corps) die Altmühl. Am 26. April überschritt die 86. Inf. Div. (III. Corps) bei Ingolstadt die Donau, gleichzeitig überquerten Einheiten der 65 Inf. Div. und 71. Inf. Div. (XX. Corps) die Donau bei Regensburg. Die Stadt wurde kampflos übergeben. Am 29. April überschritt die 13. Armored Div. (XX. Corps) bei Landau die Isar und erreichte nach zwei Tagen den Inn bei Braunau. Die 14. Armored Div. (III. Corps) nahm am 30. April Landshut. Das III. Corps rückte nach Österreich vor und erreichte am 4. Mai die Enns. Größerer Widerstand wurde den Amerikanern in Passau geleistet, das erst nach tagelanger Beschießung und Sprengung aller Brükken am 3. Mai eingenommen wurde. Das Hauptquartier des III. Corps blieb vom 2. Mai bis Kriegsende in Dorfen. Das XII. Corps stand um diese Zeit vor Linz.
Nach dem Ende der Feindseligkeiten stand die 7. Armee im wesentlichen in Schwaben und Oberbayern, die 3. Armee im übrigen Bayern. Noch im Mai begannen die 3. und 7. Armee, ihre Truppen abzubauen. Die erste Einheit, die Deutschland verließ, war

---

[5] Chronik der Stadt München, S. 42; Langendorf/Wulfffius: In München fing's an, S. 14.

[6] Zu den einzelnen Operationen der 3. Armee vgl. After Action Report 3rd US Army 1 August 1944 – 9 May 1945, Bd. 1, The Operations.

[7] The Phantom Corps, US Army III. Corps, 1945. Das III. Corps wurde April mit sechs Divisionen der 3. Armee zugeteilt, nachdem diese ihr VIII. Corps an die 1. Armee abgegeben hatte (The Seventh US Army: Reports of Operations, Bd. III, S. 425).

bei der 3. Armee das 474th Infantry Regiment, gefolgt von der 97th Infantry Division. Am 19. Mai 1945 wurde die 7. Armee angewiesen, die in Bayern besetzten Gebiete zugunsten der 3. Armee zu räumen. General Patton verlegte sein Hauptquartier am 23. Mai 1945 von Regensburg nach Bad Tölz in die ehemalige SS-Junkerschule. Sein Privatquartier bezog Patton in der ehemaligen Villa des NS-Verlegers und Reichsleiters Max Amann (Eher-Verlag) in St. Quirin am Tegernsee.[8]

Durch Umgruppierung wurde vorläufig versucht, die Besatzungsräume der einzelnen Divisionen an die Landkreisgrenzen anzupassen.[9] Das XV. Corps, das in den letzten Kriegstagen operationsmäßig der 3. Armee unterstand und Salzburg und Osttirol besetzt hatte, wurde Mai/Juni vollständig der 3. Armee angegliedert. Am 14. Juni wurden im Zusammenhang mit der Bildung von Militärdistrikten der 7. und 3. Armee neue Besatzungsgebiete zugewiesen: Die 3. Armee sollte Bayern übernehmen, die 7. Armee den restlichen Teil der amerikanischen Besatzungszone. Bis zum 10. Juli wurden die Grenzen zwischen der 3. und 7. Armee dreimal geändert.

Endgültig abgeschlossen wurde die Umgruppierung der beiden Armeen erst mit der Verlegung des 7th Army Command Post von Augsburg nach Heidelberg am 22. Juli 1945.

In dem von der 3. Armee besetzten Gebiet wurden die Grenzen zur sowjetischen Besatzungszone endgültig am 1. Juli, die zur französischen am 10. Juli festgelegt. Im Mai 1945 waren die Corps der 3. Armee wie folgt auf Bayern verteilt:

Übersicht 3: Verteilung der Corps, 3. U.S. Armee, auf Bayern, Mai 1945

III. Corps:	Franken[10]
XII. Corps:	Oberpfalz und Niederbayern[11]
XX. Corps:	Niederbayern und Oberösterreich[12]
XV. Corps:	Teile von Oberbayern, Teile von Tirol, Salzburg und Oberösterreich[13]

Nach dem Abzug der 7. Armee wurden die Corps der 3. Armee wie folgt verteilt:

Übersicht 4: Verteilung der Corps, 3. U.S. Armee, auf Bayern, Juli 1945

XV. Corps:	Franken[14]
XII. Corps:	Oberfranken und Niederbayern[15]

---

[8] Farago: Last days, S. 69.

[9] Das Besatzungsgebiet der 12. Armored Division, das Mitte Mai noch die Landkreise Aalen, Heidenheim, Nördlingen, Dillingen, Wertingen, Augsburg, Günzburg, Donauwörth, Neuburg, Krumbach sowie Teile der Landkreise Aichach, Schrobenhausen und Friedberg umfaßte, wurde am 17. Mai auf die drei letztgenannten Landkreise beschränkt.

[10] Das Hq III. Corps wurde am 12. Mai von Dorfen (zwischen Isar und Inn) nach Erlangen verlegt, um die Verwaltung der Regierungsbezirke Ober-, Mittel- und Mainfranken zu übernehmen. Am 17. Juni wurde es wieder abgezogen. Für sein Gebiet wurde kurzzeitig (13.–25. Juni) das XII. Corps und ab 25. Juni endgültig das XV. Corps zuständig (13/147–2/11).

[11] Anfang Mai hatte das XII Corps das Gebiet zwischen tschechischer Grenze und Donau hinunter bis kurz vor Linz besetzt. Das Hq wurde am 26. Mai von Grafenau nach Regensburg verlegt. Am 20. Mai unterstanden dem Corps 30 Military Government Detachments, darunter Straubing, Ingolstadt, Regensburg, Passau und Linz (ebenda).

[12] Das XX. Corps zog sich im Juni ganz aus Österreich zurück.

[13] Das XV. Corps wurde am 24. Mai der 3. Armee zugewiesen; es zog sich am 5. Juli aus Österreich zurück und bezog seine neue Positionen in Franken.

[14] Bestand Ende September aus: 102. Inf.Div., 79. Inf.Div. und 1. Inf.Div.

[15] Bestand Ende September aus: 83. Inf.Div., 90. Inf.Div. 3. Armored Div. (vgl. XII. Corps: Spearhead of Pattons Third Army, 1947).

XX. Corps:	Schwaben und Niederbayern[16]
38. AAA Brig.:	München und Landkreise Wolfratshausen, Bad Tölz und Miesbach

Das XXII. Corps war für die von der 3. Armee besetzten Gebiete in der heutigen Tschechoslowakei zuständig (Linie Eger–Pilsen–Rosenberg).

2. Die amerikanische Militärregierung in Bayern im Jahre 1945

a) European Civil Affairs Division[17]

Die Operationen der amerikanischen Truppen nach den Landungen in Sizilien hatten den für Zivilverwaltung zuständigen Leuten bei ETOUSA (European Theater of Operations, U.S. Army) gezeigt, daß sich die Militärregierungseinheiten in Zukunft selbst versorgen und verwalten müßten, da ihnen von seiten der Kampftruppen nicht die notwendige Unterstützung zuteil wurde. Am 7. Februar 1944 wurde daher von ETOUSA die European Civil Affairs Division unter dem Kommando von Col. Stearns in Shrivenham bei London ins Leben gerufen. Die Division war in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Sie war die einzige amerikanische Division, die außerhalb Amerikas aufgestellt worden war, sie war innerhalb von zehn Wochen einsatzbereit (Durchschnitt bei einer normalen Infanteriedivision: 13 Monate) und sie hatte, sobald sie zum Einsatz kam, keinerlei Kommandofunktion, da ihre Detachments Kampfeinheiten zugeteilt wurden, von denen sie ihre Anweisungen erhielten. Die ECAD besorgte demnach nur die Personalangelegenheiten.
Ende Mai 1944 verfügte die ECAD über drei Regimenter. In der zweiten Julihälfte wurde das 1st ECAR (European Civil Affairs Regiment), Ende Juli das 2nd ECAR nach Frankreich verlegt. Um diese Zeit stand fest, daß den Militärregierungsdetachments, bisher hauptsächlich zur Unterstützung der Kampftruppen gedacht, grundsätzliche Aufgaben im Rahmen einer zukünftigen amerikanischen Besatzungspolitik zugewiesen werden sollten. In Manchester, wo sich seit März das Hauptquartier der ECAD befand, stellte man nun die Ausbildung der Offiziere und Mannschaften auf Deutschland ab. Am 15. September, gerade als die ECAD von England nach Frankreich verlegt wurde, erfuhr man, daß die amerikanische Besatzungszone in Deutschland im Südwesten liegen würde. Während ECAD im September sein Hauptquartier in Rochefort-en-Yvelines, 30 Meilen südwestlich von Paris bezog, rückten die ersten Militärregierungsdetachments mit den Kampftruppen in Deutschland ein. In Rochefort versuchte die ECAD die noch nicht zum Einsatz gekommenen Offiziere und Mannschaften weiter auszubilden und – meist vergeblich – den Kontakt mit den in Deuschland operierenden Detachments aufrecht zu erhalten. Im Oktober 1944 wurde Headquarters, ECAD, nach Troyes, 80 Meilen östlich von Paris, verlegt. Die Regimenter gingen ihre eigenen Wege.
Der 3. Armee waren am 1. Juni 1944 die Kompanien A, B, C, D, I sowie Hq of 6902nd CAR (ab 16. Juni: 2nd ECAR) sowie eine Transportation Company zugeteilt.[18] Die Kompanien A – D unterstellte man den jeweiligen Korps (VIII, XV, XX, XII) der 3. Armee. Im August wurde das 2nd ECAR von der 3. Armee gelöst[19] und der 7. Armee

[16] Bestand Ende September aus: 71. Inf.Div. und 9. Inf.Div.
[17] Zum folgenden vgl. Ziemke: The U.S. Army, S. 68 ff.
[18] 13/104-1/8-4.
[19] 13/147-1/2/2.

Übersicht 5: Post-War Areas of Occupation, 3. U.S. Armee, Mai 1945

zugeteilt. Doch kam es aufgrund der jeweiligen militärischen Situation zu einem häufigen Austausch der Kompanien. Die 3. Armee wurde schließlich vorwiegend mit Detachments der 3rd ECAR versorgt, das sein Hauptquartier in Augsburg hatte.
Im Juni 1945 waren die Headquarters der Kompanien wie folgt über Bayern verteilt:

Übersicht 6: Hauptquartiere der Kompanien, ECAD, auf bayerischem Gebiet, Juni 1945

Hq Co A-3 Ochsenfurt
Hq Co B-3 Bamberg
Hq Co D-3 Regensburg
Hq Co E-3 Wasserburg
Hq Co F-3 München
Hq Co G-3 Augsburg (später Ziemetshausen)
Hq Co F-2 Ansbach
Hq Co H-2 Landshut (später Reisbach)

Schon nach den ersten Einsätzen der Detachments war deutlich geworden, daß die ECAD nicht ausreichend in der Lage war, die Detachments zu führen und zu überwachen. Dies führte dann schließlich zu der von Brig.Gen. Clarence L. Adcock, Assistant Chief of Staff G-5, USFET, am 10. Juli 1945 angeordneten Auflösung der ECAD zum 1. September 1945. Am 15. August ging die Kontrolle über die Civil Affairs Regiments auf die Kommandeure der Militärdistrikte über. Das 2nd ECAR war nun für den Western Military District, das 3rd ECAR für den Eastern Military District, also für Bayern zuständig. Ab 1. September trug das Regiment die Bezeichnung: 3rd Military Government Regiment.

b) Die G-5 Stabsabteilungen

Die ranghöchste Militärregierungsstelle während und nach der Besetzung war zunächst die G-5 Stabsabteilung bei Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces (SHAEF). Dieser unterstanden die G-5 Stabsabteilungen der Army Groups, diesen wiederum die G-5 Stabsabteilungen der Armeen. Auch Corps und Divisionen besaßen G-5 Stabsabteilungen. In der Anfangsphase der Besetzung kam den G-5 Abteilungen der Corps eine besondere Bedeutung zu, da sie den Einsatz und die Verteilung der lokalen Detachments in ihren vorläufigen oder endgültigen Operationsgebieten zu bestimmen hatten. Darüber hinaus waren die Corps in den ersten Wochen mit der Zusammenführung und Unterbringung der Displaced Persons beschäftigt, eine Arbeit, die in diesem Umfang von niemandem vorausgesehen worden war. Die Zusammenarbeit der G-5 Abteilungen der Corps mit den G-5 Abteilungen der 3. und 7. Armee wurde über die Liaison Officers der jeweiligen Corps abgewickelt. Die G-5 Abteilungen der Divisionen sollten die lokalen Militärregierungsdetachments praktisch unterstützen. Sie trieben aber nicht selten ihre eigene Militärregierungspolitik, so daß es für den Außenstehenden schwierig war, die Zuständigkeiten festzustellen. Am 20. Juni 1945 wurden dann Corps und Divisionen aus der Zuständigkeit für Militärregierungssachen entlassen.
Die wichtigste unter den genannten Stabsabteilungen war die G-5 Stabsabteilung der 3. Armee, die eine der Keimzellen des späteren „Office of Military Government for Bavaria" werden sollte. Wie die anderen Stabsabteilungen[20] wurde sie im April 1944

[20] 13/104-1/8-4

in England ins Leben gerufen und am 3. Mai 1944 in vier Coordination Staff Branches gegliedert[21] (Plans and Operations, Personnel and Administration, Intelligence, Supply). Diesen vier Abteilungen waren acht Functional Staff Departments (Public Health, Relief, Fiscal, Government Affairs, Transportation, Works and Utilities, Economic Affairs, Information) zugeordnet. Am 8. Mai 1944 wurde das Hq G-5, 3rd Army, nach The Hermitage bei Holmen Chapel/Cheshire verlegt.[22] Hier wurde das Personal der verschiedenen G-5 Stabsabteilungen, auch das der Corps und Divisionen, weiter geschult. Am 21. Mai 1944 billigte die 1. Armeegruppe folgende Mannschaftsstärken für die G-5 Abteilungen: Armee: 22 Offiziere und 50 Soldaten; Corps: drei Offiziere und vier Soldaten; Division (Infantry): fünf Offiziere und sechs Soldaten; Division (Armored): vier Offiziere und vier Soldaten.
Im Juli 1944 landete die G-5 Stabsabteilung unter Col. Nicholas W. Campanole (Assistant Chief of Staff) mit der 3. Armee in Frankreich. Er gliederte die Abteilung in die folgenden Main Groups:[23]

Übersicht 7: Organisation und Personal von G-5, 3. U.S. Armee, Juli 1944

Personnel and Administration	Maj.	Mick C. Williams
Intelligence	Maj.	William S. Dutton
Plans and Operations (auch zuständig für Flüchtlinge und Displaced Persons)	Lt.Col.	G. E. Goodwin
Relief and Supply (zuständig für Wirtschaft, öffentliche Versorgungsunternehmen, Transport, Nachrichtenwesen, öffentliches Wohlfahrtswesen)	Lt.Col.	A. Patton
Governmental Affairs (auch zuständig für Justizwesen, Finanzwesen, öffentliche Sicherheit, Gesundheitsfürsorge)	Lt.Col.	Caspar G. G. Bacon

Am 20. September 1944 stieß Col. Roy L. Dalferes zur G-5 Stabsabteilung des Nicholas W. Campanole als dessen Executive Officer.[24] Damals bestand die Abteilung aus 21 Offizieren. Am 18. März 1945 wurde Dalferes Nachfolger Campanoles.[25] Als Executive Officer amtierte seit April Lt.Col. Paul Hamilton.[26]
Den Kampftruppen der 3. Armee folgend, bezog die G-5 Stabsabteilung in Trier ihr erstes Hauptquartier. Am 5. April zog sie nach Frankfurt und am 26. April schließlich nach Erlangen. Dort blieb sie bis zum 18. Juni 1945. Dann vereinigte man die G-5 Stabsabteilung mit den in München (Tegernseer Landstraße) befindlichen Einrichtungen des Hq, 3rd Army.

c) Das Regional Military Government Detachment E1F3 (E-201)

Zum Leiter des für Gesamtbayern bestimmten Regional Military Government Detachment wurde im August 1944 der katholische New Yorker Stadtverordnete irischer Herkunft Arthur W. Keegan ernannt. Keegan war nach seinen eigenen Anga-

[21] „A special order on 29 April detailed the Chief Civil Affairs officer to the General Staff Corps and next day the section was designated G-5" (After Action Report, 3rd Army, Bd. 1, S. 4).
[22] 13/104-1/8-4.
[23] 13/147-2/1.
[24] 13/147-2/3.
[25] 13/147-2/9.
[26] 13/147-2/10.

ben[27] 20 Jahre Reporter und stellvertretender Herausgeber der New York Evening World und von diesen 20 Jahren war er 15 Jahre lang Public Relations Berater für die öffentlichen Bediensteten im Staate und in der Stadt New York. 19 Jahre lang stand er im öffentlichen Dienst. 1935 war er zum Stadtverordneten gewählt worden und 1942 ging er zur Armee. Keegans Mentoren in New York waren der Erzbischof Francis J. Spellman und der demokratische Parteiführer Edward T. Flynn. Beiden verdankte er seine Karriere als Militärregierungsoffizier.[28]

Als Keegan das Detachment E1F3 übernahm, hatte er keine speziellen Anweisungen für seine Tätigkeit in Bayern. Auf der Grundlage des SHAEF Handbuches[29] entwarf er nach seiner Ernennung einen Operational Plan, den er im Oktober 1944 vorlegte. Als im Februar 1945 deutlich wurde, daß das Detachment zusammen mit der 6. Armeegruppe kommen würde, verfaßten die Offiziere des Detachments im März und April „Proposed Operational Plans", in denen sie die zu erwartenden Aufgaben und die geeigneten Maßnahmen in den ihnen zugewiesenen Fachgebieten umrissen. Für folgende Bereiche wurden Pläne vorgelegt:[30]

Übersicht 8: Operationspläne des Regional Military Government Detachment E1F3, März und April 1945

- Supply (1. März)
- Property Control (17. April)
- Transportation (18. April)
- Economics and Public Utilities (27. April)
- Public Health (12. April)
- Agriculture, Food and Food Distribution (17. März)
- Finance (16. April)
- Public Utilities (27. April)
- Monuments, Fine Arts and Archives (27. April)
- Control and Care of DPs and Refugees (1. März)
- Public Welfare (9. März)
- Labor Function (1. März)
- Historical Information and Political Intelligence (1. März)
- Education and Religious Affairs (13. April)
- Administration of Justice and Legal Affairs (1. März)
- Public Safety (27. April)
- Administration and Local Government (14. März)

Am 10. Mai um Mitternacht erhielt Keegan von der Operations Branch, G-5, 6th Army Group, die mündliche Anweisung, sich mit seinem Detachment nach München zu begeben, wo er der 7. Armee zugeordnet sein sollte. Das Detachment verließ am 14. Mai um 7.00 Uhr Chartres in Frankreich und kam am 15. Mai um 20.15 in München an.[31] Das Personal des Detachments bestand um diese Zeit aus 32 Offizieren und 23 Soldaten. Sie bezogen ihre Quartiere in München-Bogenhausen in der Lamontstraße

---

[27] AG 1945–46/74/3.

[28] Farago: Last days, S. 75.

[29] Handbook for Military Government in Germany Prior to Defeat or Surrender (SHAEF, Dezember 1944 = letzte Fassung).

[30] COS 1/2 (in Klammern das Datum des jeweiligen „Administrative Memorandums").

[31] Diese und die folgenden Angaben aus dem ersten Wochenbericht des Det. E1F3 (10/85–3/5–1) sowie aus den Aussagen Keegans gegenüber Brigadier General Luther Stevens Smith im Juli 1945 (AG 1945–46/74/3).

9, 11 und 13 und in der Geibelstraße 13 und 17. Das Headquarters kam nebenan in die Holbeinstraße 11, in das Gebäude der Landesversicherungsanstalt Oberbayern. Nach der Ankunft benachrichtigte Keegan die G-5 Operations Branch der 7. Armee in Augsburg. Dann nahm er Verbindung mit dem für den Stadt- und Landkreis München zuständigen Det. F1F3 auf, das bereits seit dem 1. Mai in München tätig war. Dieses Detachment hatte bis zur Ankunft des Det. E1F3 im Auftrag der G-5 Section, 7th Army bzw. 6th Army Group, auch Maßnahmen für ganz Bayern durchgeführt (z. B. auf dem Wirtschafts- und Finanzsektor).[32] Darüberhinaus nahm Keegan Kontakt mit dem Det. F1A3, Würzburg (Lt.Col. Joublanc), sowie mit Lt.Col. Smith, dem kommandierenden Offizier der T-6 Force, 6th Army Group,[33] auf. Auch Kardinal Michael Faulhaber wurde von dem Katholiken Keegan unmittelbar nach seiner Ankunft angerufen. Von den militärischen Einheiten, die in und um München standen, war für Keegan vor allem die 45. Division von Bedeutung. Deren G-5 Offizier, Major Campbell, sowie der Commanding General der 45. Division, Maj.Gen. Fredericks, gehörten zu den ersten Gesprächspartnern Keegans.

Die einzelnen Abteilungen von Keegans Detachment holten sich ihre ersten Informationen ebenfalls zuerst von den Offizieren des Det. F1F3, die schon seit zwei Wochen in München waren. Der Leiter des Detachments, Col. Eugene Keller, hatte am 8. Mai Karl Scharnagl als Oberbürgermeister wieder eingesetzt, der vorübergehend auch über München hinausgehende Kompetenzen auszuüben hatte.[34] Auf Scharnagls Vorschlag hin ernannte Keller am 9. Mai Ernst Rattenhuber zum Leiter des Landesamtes für Ernährung und Landwirtschaft.[35] Sodann versuchte man sich mit den deutschen Verhältnissen, insbesondere mit der bisherigen Organisation der bayerischen Behörden, vertraut zu machen. Im weitesten Umfang interviewte man ehemalige Amtsträger. Die ersten Wochenberichte schildern die auf diese Weise ermittelten deutschen Organisationsstrukturen.

Die Zuständigkeit des Detachments war vorerst auf den Teil Bayerns beschränkt, der von der 7. Armee besetzt war.[36] Landesweit wurde das Detachment erstmals im Rahmen der Nahrungsmittelversorgung tätig, als es von SHAEF und der 12. Armeegruppe Anweisung erhielt, mit dem Landesernährungsamt auf Landesebene zusammenzuarbeiten.[37] Mit General Patton sprach Keegan erst am 25. Mai (in Bad Tölz).

Im Juni 1945 gliederte sich das Regional Military Government Detachment in folgende Abteilungen:

---

[32] 10/85-3/5-1.

[33] Zur T (Target) Sub Division G-2 vgl. Ziemke: The U.S. Army, S. 314.

[34] Niethammer: Die amerikanische Besatzungsmacht, S. 177.

[35] Aussage Rattenhuber im Juli 1945 (AG 1945-46/74/3). Nach dem Wochenbericht Nr. 1 des Regional Military Government Detachment wurde Rattenhuber von Keegan zum Direktor ernannt und vom zuständigen Food and Agriculture Officer (Willis P. Duruz) mit Instruktionen versehen (10/85-3/5-1). Gemeint ist wohl die Bestätigung der bisherigen Stellung.

[36] Instruktiv ist in diesem Punkt die Verteilerliste für den ersten Wochenbericht der Regional Military Government Detachments (Woche bis 21. Mai 1945). Er wurde an folgende 14 Adressaten versandt: G-5 SHAEF, 12th Army Group, ECAD, 7th Army, 3rd Army, ACC, G-5 45th Div., G-5 VI. Corps, G-5 XXI Corps, Det. E1B3, Det. F1D3, Det. F1A3, Det. F1H3, Det. F1F3 (10/85-3/5). Am 28. Mai wurde der Verteilerschlüssel um das 3rd ECAR und die Detachments F1H2 und F1D3 erweitert.

[37] 10/85-3/5.

Übersicht 9: Organisation und Personal des Regional Military Government Detachment E1F3, Juni 1945

Finance	Maj.	Miner B. Phillips
Regional Administration and Local Government	Lt.Col.	Arthur W. Bromage
Economics, Trade and Industry	Lt.Col.	Edmund K. Ellis
Education and Religion	1st Lt.	Earl E. Chisamore
Monuments, Fine Arts and Archives	1st Lt.	Daniel K. Kern
Public Health	Lt.Col.	Charles D. Shields
Food and Agriculture	Lt.Col.	Willis P. Duruz
Special Branch	Maj.	Howard E. Ordway
Post, Telephone and Telegraph	Maj.	Gilbert B. Baird
Legal	Lt.Col.	Sam H. Long
Prisons	Capt.	Walter A. Lunden
Labor	Capt.	Clarence M. Bolds
Transportation	Lt.Col.	Don A. Sheppard
Public Relations	Capt.	Francis J. Connaughton
Property Control		
Public Safety	Col.	Quirk
Intelligence	Maj.	Peter J. Vacca

Grundlage für die Tätigkeit Keegans und seiner Leute waren zuerst das SHAEF Handbook for Military Government Prior to Defeat or Surrender vom Dezember 1944, sowie die von Keegan selbst ausgearbeiteten und von der 6th Army Group gebilligten Operationspläne. Erste Direktiven für seine Tätigkeit erhielt Keegan nach eigenen Angaben erst am 7. Juli 1945 durch die von der 3. Armee (mit Datum von 15. Juni 1945) herausgegebenen Grundsätze „Organization for Military Government Eastern Military District". Von der Existenz und vom Inhalt der JCS 1067 will Keegan erst am 7. Juli erfahren haben[38] (wohl über die Direktive vom 7. Juli 1945 – Administration of Military Government in the U.S. Zone in Germany).
Ohne dezidierte Anweisungen machte sich Keegan an die Bildung einer bayerischen Regierung.[39] Am 28. Mai um 12.00 Uhr ernannte er Fritz Schäffer zum bayerischen Ministerpräsidenten.[40] Nach der Überreichung der Ernennungsurkunde,[41] die sich vor allem zu den Pflichten des Ministerpräsidenten äußerte, hielt Keegan noch folgende kurze Rede: „Mr. President Minister, you are a Roman Catholic and so am I, and you have been an active member of a large political party, and in civil life I am also. Military Government is reposing power in you over the German people and I expect you to be especially careful in the appointments you recommend to us to be certain to balance the German administration on a basis of its religious policies and the political influence that were exerted by the different political parties when there was last a free election in Bavaria. I will expect you to impose these same conditions upon all your ministers and to make it very emphatic with them as I now make it with you that if you or they recommend to Military Government the appointment of any official which is based on his political or religious beliefs and we discover that there was a person with better qualifications for the position who is being denied consideration and not recommended because his faith or whose political beliefs did not suit you or the Ministry,

[38] Aussage Keegans im Juli 1945 (AG 1945–46/74/3).
[39] Aussage Keegans im Juli 1945 (ebenda).
[40] Zur Ernennung Schäffers und zum folgenden vgl. Baer: Ministerpräsidenten, S. 8 ff.
[41] Abgedruckt ebenda, S. 255.

that would be regarded as a violation of Military Government orders and you would be arrested and punished according to Military Government law."[42]
Für die laufenden Kontakte mit Schäffer war vor allem Lt.Col. Arthur W. Bromage als Chef der Administration and Local Government Section zuständig. Mit Keegan selbst sollte Schäffer oder einer seiner Minister nur dann unmittelbar verhandeln, wenn dies von Bromage oder einem der zuständigen amerikanischen Offiziere für unbedingt notwendig gehalten wurde.
Die Auswahl der Regierungsmitglieder und der obersten Beamten überließen die Amerikaner im wesentlichen dem neuen Ministerpräsidenten.[43] Der erste, den Schäffer für sein Kabinett benannte, war Ministerialdirektor August Fischer, der das Innenministerium kommissarisch leiten sollte. Als Minister hatten die Amerikaner Hans Ritter von Lex vorgesehen, der aber zu dieser Zeit nicht zur Verfügung stand. Als Minister für Unterricht und Kultus schlug Schäffer den ihm bekannten Dr. Otto Hipp vor. Als Staatssekretär im Kultusministerium benannte Schäffer Dr. Hans Meinzolt, als Wirtschaftsminister Dr. Karl Arthur Lange, als Arbeitsminister Karl Roßhaupter, den er aus dem Konzentrationslager kannte. Den als Staatssekretär im Finanzministerium und Stellvertreter des Ministerpräsidenten vorgesehenen Dr. Hans Müller lernte Schäffer über den Münchener Oberfinanzpräsidenten Dr. Alexander Prugger kennen. Als Reichsbahnpräsidenten nominierte er den, angeblich auch von den Gewerkschaften gebilligten Dr. Karl Rosenhaupt. Von Keegan war Ernst Rattenhuber bereits am 9. Mai zum Landesbauernführer und Alfred Hoepffner am 22. Mai zum Landesforstmeister ernannt worden.[44] Auch Franz Fischer, im Innenministerium für die öffentlichen Betriebe zuständig, erlangte sein Amt durch einen Befehl der Militärregierung noch vor der Ernennung Schäffers. Als Leiter des Transportwesens schlug Schäffer Heinrich Brunner, als Oberfinanzpräsidenten Alexander Prugger vor.
Schäffers Vorschläge wurden von Keegan am 7. Juni 1945 gebilligt. Er wies Schäffer an,[45] als Finanzminister zu amtieren, zum Ministerialdirektor August Fischer zu ernennen und diesem die kommissarische Verwaltung des Innenministerium zu übertragen. Otto Hipp sollte zum vorläufigen Minister für Unterricht und Kultus sowie Karl Arthur Lange zum vorläufigen Minister für Wirtschaft ernannt werden. Am 8. Juni wurde zwischen Major Reilly (später Nachfolger von Bromage als Leiter der Administration and Local Government Abteilung) und August Fischer die vorläufige Organisation des Innenministeriums festgelegt. Aus der ehemaligen Abteilung für Arbeit und Fürsorge sollte ein eigenes Ministerium gebildet werden. Am 20. Juni 1945 wurde daher das Ministerium für Arbeit unter Leitung von Albert Roßhaupter ins Leben gerufen.[46] Das Transportwesen sollte dem Wirtschaftsministerium zugeteilt werden, das Theaterwesen wieder an das Kultusministerium fallen.[47]
So schnell die amerikanische Militärregierung in Bayern beim Aufbau einer Regierungsspitze war, so rigoros untersagte sie jede Art von politischer Betätigung, auch wenn sie eindeutig antifaschistischen Charakter hatte. Aufsehen, selbst bei den Amerikanern, erregte Keegans Vorgehen gegen die Freiheitsaktion Bayern, der er mit Be-

---

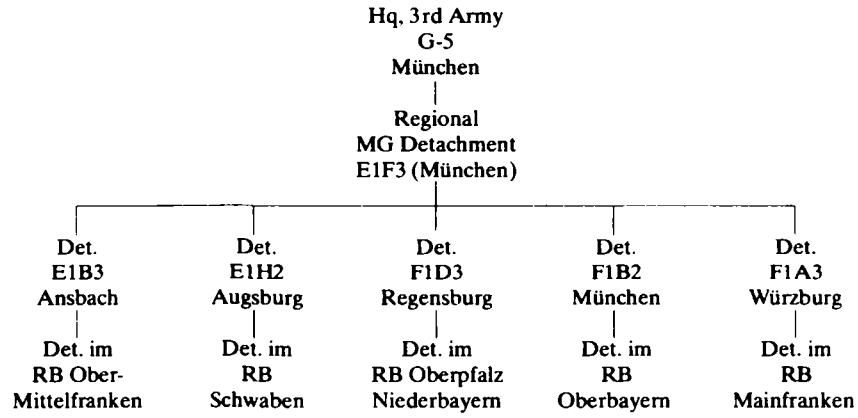
[42] AG 1945–46/74/3.
[43] Aussage Schäffers im Juli 1945 (AG 1945–46/74/3).
[44] 10/85–3/5.
[45] 10/85–3/5–1.
[46] Der Erlaß vom 20. 6. 1945 wurde im Bayer. GVBl. 1946, S. 10 abgedruckt; Handbuch der bayerischen Ämter, S. 296 f.
[47] 10/85–3/5–1 (VO vom 2.5.1946, Bayer. KMBl, S. 106).

fehl vom 17. Mai 1945 jede politische Betätigung verbot.[48] Murphy, Clays politischer Berater, beklagte das rüde Vorgehen Keegans. Dieser stützte sein Vorgehen auf Titel 99 ff. des SHAEF Handbook.

d) Konsolidierung

Am 14. Juni 1945 erhielt die 3. Armee Bayern (mit Ausnahme des Kreises Lindau) als endgültiges Besatzungsgebiet zugewiesen (Eastern Military District). Am 18. Juni 1945 verlegte die G-5 Stabsabteilung der 3. Armee ihr Hauptquartier von Erlangen nach München. Nun wurden auch die Befehlsstrukturen neu geordnet. Korps und Divisionen wurden ab 20. Juni aus ihrer Zuständigkeit für Militärregierungssachen entlassen. Sie waren nur noch für Sicherheitsfragen, Displaced Persons und Flüchtlinge zuständig (bis 5. November 1945). Dadurch ergab sich ab 20. Juni 1945 die folgende Kommandostruktur.[49]

Übersicht 10: Organisation des Regional Military Government Detachment E1F3, 20. Juni 1945



Detaillierte Anweisungen für die Verwaltung in den beiden Militärdistrikten brachte schließlich die Direktive vom 7. Juli 1945 (Administration of Military Government in the U.S. Zone in Germany),[50] die an die beiden Generäle des Eastern und des Western Military District adressiert war und mit ihren 142 Seiten eine Art Gesetzbuch der Militärregierung darstellt. Sie war in 24 Abschnitte (Sections) gegliedert.
Die Direktive war durch die Aufhebung von SHAEF im Juli 1945 notwendig geworden. Sie ersetzte die SHAEF Direktive vom 9. November 1944 und übertrug den bei-

[48] POLAD 730/29–1. Trotz dieses Verbots haben sich die Amerikaner sehr intensiv mit der Tätigkeit der Freiheitsaktion Bayern im „Dritten Reich" beschäftigt. In einem von Murphy dem State Department am 15.6.1945 übersandten Gutachten über die Lage in Bayern werden auch biographische Einzelheiten über die Mitglieder der FAB, sowie deren Vorschläge zum Wiederaufbau Bayerns berichtet. Interessanterweise finden sich viele der von der FAB als geeignet benannten Personen später in der Regierung wieder (Dr. Hipp, August Fischer, Dr. Lange, Dr. Hundhammer u.a.).

[49] 13/147–2/11. Die Umstrukturierung beruht auf einem TWX, TUSA vom 17.6.1945.

[50] Zu beachten ist, daß OMGBY vom Inhalt der heute vielzitierten JCS-Direktive erst auf dem Umweg über die Direktive vom 7.7. 1945 erfuhr.

den Militärdistrikten der amerikanischen Besatzungszone die alleinige Verantwortung für den Vollzug der Militärregierungsmaßnahmen. Gewisse Gebiete (Industrie, Transport, Kriegsgefangene, Informationskontrolle, Demobilisierung und Abrüstung) behielt man bis auf weiteres der 12. Armeegruppe vor.
Durch die Direktive vom 7. Juli 1945 wurde den für Militärregierungsaufgaben zuständigen Detachments eine an die deutsche Verwaltung angepaßte Gliederung verordnet: Unter einem Regional Military Government Detachment (geleitet von einem Regional Military Government Officer) mit Befehlsgewalt über alle anderen Detachments sollten Regierungsbezirks-Detachments und darunter Stadt- oder Landkreis-Detachments stehen. Damit war die in Bayern bereits bestehende Detachmentgliederung nachgezeichnet.
Angestrebt wurde auch eine Personalunion zwischen dem Regional Military Government Detachment und der G-5 Stabsabteilung der jeweiligen Armee: „Every effort will be made to utilize Commanding Officers of Regional Military Government Detachments and their key functional personnel as Assistant Chiefs of Staff, G-5, and chiefs of functional sections of G-5 Divisions on appropriate Military Districts Staffs." Wie aus den Berichten der G-5 Stabsabteilung im August hervorgeht, empfand man die Trennung des Regional Military Government Detachment E1F3 vom Hq des Assistant Chief of Staff, G-5, 3rd Army, (Col. Roy L. Dalferes) als schwere Belastung der Arbeit.[51]

e) Die Militärregierung in der Krise[52]

Im Laufe des Juni 1945 – Patton hielt sich gerade in den Vereinigten Staaten auf – geriet die amerikanische Militärregierung in Bayern in die Schlagzeilen der amerikanischen Presse. Es begann mit einem Artikel von Philipp Loewenfeld in der liberalen Wochenzeitschrift New Republic vom 18. Juni 1945, der die Überschrift „Bavarian Scandal" trug. Man warf Keegan vor, daß er die katholischen und konservativen Kreise in Bayern zu sehr fördere.[53] Nach weiteren Presseangriffen beauftragte Clay am 5. Juli 1945 General Echols mit einer Untersuchung der bayerischen Verhältnisse. Clay selbst anerkannte zwar die Arbeit von Keegan, war aber der Meinung, daß ihm Kenntnisse über die politischen Hintergründe in Deutschland und Bayern abgingen.[54]
Die Untersuchungen in München wurden von Brig.Gen. Luther Stevens Smith von USGCC sowie von Col. Storey von G-5, SHAEF, durchgeführt. Die Protokolle der am 12. Juli 1945 abgeschlossenen Untersuchungen gewähren einen interessanten Einblick in die Arbeit der Militärregierungsstellen in München in den beiden ersten Monaten ihrer Tätigkeit. Fast alle befragten Militärregierungsoffiziere gaben zu, daß in den Ministerien noch bis 90% ehemalige Parteimitglieder sitzen würden, daß man aber derzeit auf ihre Arbeit nicht verzichten könnte. Die Auswahl der Personen für die zu besetzenden Spitzenpositionen hatte man im wesentlichen dem Ministerpräsidenten und seinen Ministern überlassen. Zu den von Clay besonders angesprochenen Fragen nahm der Schlußbericht der Untersuchungskommission wie folgt Stellung:[55]

---

[51] OMGBY: Historical Report Juli/August 1945 (13/147–2/12).
[52] Peterson: The American occupation of Germany, S. 218 ff.; Kramer: Neuanfang, S. 469 ff.
[53] Ziemke: The U.S. Army, S. 383. Als herausragendes Beispiel für die reaktionären Tendenzen wurde die Ernennung Hans von Seissers durch Schäffer zum Münchener Polizeipräsidenten angeprangert.
[54] Schreiben Murphys an Brewster H. Morris vom 6.7.1945 (POLAD 730/29–1).
[55] AG 1945–46/74/3.

- Die verschiedenen politischen Gruppierungen, insbesondere die liberalen Elemente, seien in der bayerischen Verwaltung nicht ausreichend vertreten.
- Die bayerische Verwaltung sei überwiegend katholisch geprägt. Das gelte vor allem für den Bereich unterhalb der Spitzenpositionen.
- Die Auswahl der Beamten erfolgte bisher auf der Grundlage fachlicher Qualifikation und unter Berücksichtigung der jeweiligen Haltung zum Nationalsozialismus. Irgendein Druck auf Ernennungen sei weder von religiösen, politischen noch von gesellschaftlichen Gruppen ausgeübt worden. Dies gelte auch für Religionsgesellschaften.
- Der Einfluß ehemaliger Mitglieder der NSDAP auf die Verwaltung sei noch nicht ausgeschaltet. Es seien jedoch keine Beamten ernannt worden, die aktive Verbindungen zur NSDAP gehabt hätten.
- Man habe sich bisher nicht bemüht, Mitglieder ausgesprochen antifaschistischer Organisationen in der bayerischen Verwaltung zu integrieren. Das Verbot der Militärregierung, das sich gegen die politische Betätigung antifaschistischer Gruppen richtete, entspräche den vorgegebenen Bestimmungen. Solange jede politische Betätigung verboten bleibe, könne aus den antifaschistischen Gruppierungen nicht der gewünschte Nutzen gezogen werden.
- Die Öffentlichkeitsarbeit der bayerischen Militärregierung, insbesondere ihr Verhalten gegenüber der Presse sei nicht sehr glücklich gewesen.

Nach Vorliegen des Abschlußberichtes war Clay der Meinung, daß der „Bavarian Scandal" vor allem durch eine mangelhafte Pressepolitik der Militärregierung in Bayern versursacht worden sei.[56] In der Folgezeit brachte dann die Stellung der bayerischen Militärregierung zur Frage der Entnazifizierung Bayern wiederum in die amerikanischen Schlagzeilen. Diesmal waren es vor allem General Patton und Ministerpräsident Schäffer, die den Unmut der Journalisten erregten.
General Patton hatte sich in einem Brief vom 11. August 1945 bei Eisenhower für eine Verlangsamung der Entnazifizierung eingesetzt. Auch Schäffer beschwerte sich mehrmals bei den Amerikanern, als in den Ministerien nach der Direktive vom 7. Juli 1945 die Entlassungen zu einem teilweisen Stillstand der Verwaltung geführt hatten. Die Special Branch hatte bei einer Untersuchung der Ministerien Mitte August feststellen müssen, daß im Landwirtschaftsministerium von 39 Fragebögen 24 fehlten, im Innenministerium fehlten von 51 Fragebögen 46.[57] Hinzu kam, daß auch Keegan etliche Fehlgriffe machte, die Zweifel an seinen Fähigkeiten weckten. So wurde am 21. August 1945 bekannt, daß sein deutscher Berater Erich Schulz (59) ein vielfach vorbestrafter Krimineller war.[58] Am 31. August und am 3. September 1945 wurde Schäffer in der amerikanischen Presse von dem Journalisten Victor Bernstein heftig angegriffen. Angelastet wurde ihm vor allem die Berufung der Minister Lange, Hipp und Fischer, die als Nazis bezeichnet wurden, sowie die Tätigkeit des von Schäffer geförderten Staatsrat Geßler. Nun mußte man sich auch bei der bayerischen Militärregierung Gedanken über eine Kabinettsumbildung machen. Unter diesen Umständen sah Keegan offensichtlich seine politische Karriere in seiner Heimat gefährdet, bemühte er sich doch um die Rückkehr auf seinen dortigen Stadtratssitz. Gen. Clarence L. Adcock entließ ihn schließlich, und am 4. September 1945 verließ Keegan Bayern. Die Geschäfte wurden vom Executive Officer Robert A. Reese geführt, der damit de facto

[56] Ziemke: The U.S. Army, S. 383.
[57] Ebenda.
[58] Farago: Last days, S. 75.

Übersicht 11: Western und Eastern Military District, U.S. Zone, August 1945

Leiter der für Bayern zuständigen Militärregierung wurde, obwohl sich auch der Leiter der G-5 Stabsabteilung, 3. Armee, oft unter Umgehung von Reese um Militärregierungsaufgaben kümmerte, so daß die Mitarbeiter des Regional Military Government Detachment im September oft nicht wußten, wer eigentlich ihr Chef war.[59]
Mitte September rechnete man allgemein mit dem Rücktritt Schäffers. Kontakte zur Militärregierung bestanden kaum noch. Mit Patton hat Schäffer nie gesprochen. Sein schlechtes Verhältnis zur Militärregierung wurde Schäffer auch von seinen eigenen Parteifreunden vorgeworfen. Im Wochenbericht der Militärregierung vom 13. September 1945 konnte man lesen, daß Dr. Josef Müller die Aufnahme von Sozialdemokraten und Kommunisten in eine neue vorläufige Regierung befürworte und daß Schäffer durch einen anderen Mann ersetzt werden müsse. Daß dieser andere Mann auch Josef Müller heißen konnte, lassen nicht nur die guten Beziehungen Müllers zur Militärregierung vermuten, sondern auch ein Schreiben Murphys an das State Department vom 13. Oktober 1945, in dem er berichtet, daß Müller von Adam Stegerwald (Würzburg) vorgeschlagen worden sei.[60]
Das lang erwartete Ende des Kabinetts Schäffer wurde beschleunigt durch General Pattons berühmte Äußerungen zur Frage der Entnazifizierung: Am 22. September 1945 soll Patton in einem Interview geäußert haben „The Nazi thing is just a Democrat-Republican election fight", ein Ausspruch, der am nächsten Tag mit Empörung in den amerikanischen Zeitungen kommentiert wurde (New York Times vom 23. September 1945). Patton, der zuvor schon mehrfach durch Äußerungen in dieser Richtung aufgefallen war, war nun für Eisenhower auf seinem Posten nicht mehr tragbar. Auch Schäffer mußte nun schnell abgelöst werden. Am 24. September 1945 diskutierte Murphy mit Clay die Situation in Bayern.[61] Man beklagte die unzureichenden Informationen, die man aus Bayern erhielt und machte dafür Patton verantwortlich. Am 28. September 1945 sprach Murphy noch mit Schäffer und bereitete eine neue Kabinettsliste vor. Nach Murphys Meinung sollte Albert Roßhaupter neuer Ministerpräsident werden.[62] Doch die Mitarbeiter von USFET und schließlich Eisenhower regelten die Angelegenheit ohne Mitwirkung Murphys. Am 28. September 1945 wurde Schäffer auf Befehl Eisenhowers abgesetzt und Wilhelm Hoegner zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Bei der bayerischen Militärregierung war man über die Ablösung Schäffers nicht unglücklich. Murphys Vertreter in München, Beam, berichtete, daß der Widerstand gegen Schäffer vor allem von den jüngeren Offizieren in der Militärregierung, und unter diesen vor allem von deutschstämmigen Emigranten ausgegangen sei.[63]
Kurz nach der Entlassung Schäffers mußte auch General Patton Bayern verlassen. Am 5. Oktober 1945 löste ihn Lt.Gen. Lucian K. Truscott als Oberbefehlshaber der

---

[59] Dorn: Inspektionsreisen in der US-Zone, S. 50, Anm. 22.
[60] POLAD 728–1.
[61] Ebenda.
[62] Ebenda. Murphy war am 29. September noch ohne Kenntnis über die Vorgänge am Abend zuvor. Er verfaßte einen Brief an Patton, in dem er Albert Roßhaupter als neuen Ministerpräsidenten vorschlug. Zusätzliche Ministerien sollten geschaffen und der Regierung mehr Kompetenzen übertragen werden. Der Brief wurde nicht abgesandt. Murphy hatte sich auch bereits Gedanken über eine Kabinettsliste gemacht. Seine Aufstellung ist uns noch erhalten. Sie lautete: Innenminister Josef Müller (CSU), Wirtschaftsminister Dr. Kroth (KPD), Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Alois Hundhammer (CSU), Landwirtschaftsminister Baumgartner (CSU), Finanzminister Fritz Schäffer (CSU), Justizminister Wilhelm Hoegner (SPD).
[63] POLAD 730/29–1.

3. Armee und Chef des Eastern Military District ab. Patton wurde Präsident des General Board, USFET.[64]

f) Die Bildung des Office of Military Government for Bavaria

Die Entlassung Schäffers als bayerischer Ministerpräsident ereignete sich vor dem Hintergrund einer Umorganisation der amerikanischen Militärregierung. Durch die Proklamation Nr. 2 von General Eisenhower vom 19. September 1945, die am 28. September 1945 bekannt gegeben wurde, wurden die drei als Staaten bezeichneten Verwaltungsgebiete Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern errichtet.[65] Diesen übertrug man vorbehaltlich der Machtbefugnisse der Militärregierung „die volle gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt". Seit 1. Oktober 1945 waren als oberste Militärregierungsbehörden in den Ländern Offices of Military Government unter Leitung eines Direktors tätig.[66] („In the Eastern Military District, the regional military government detachment and G-5 Section of the army will be designated the Office of Military Government for Bavaria").
Zum ersten Direktor des Office of Military Government for Bavaria wurde General Walter J. Muller ernannt, bisher Chef der (für Nachschub zuständigen) G-4 Stabsabteilung der 3. Armee. Sein Stellvertreter wurde Col. Roy L. Dalferes, bisher Leiter der G-5 Stabsabteilung der 3. Armee[67] und seit dem Ausscheiden von Col. Keegan (am 4. September) auch de facto Leiter des Regional Military Government Detachments E1F3, bzw. seit 15. August E-201. Der Executive Officer von Dalferes bei der G-5 Stabsabteilung, Col. Paul A. Hamilton amtierte nun auch als Executive Officer beim Military Government for Bavaria. Der bisherige Executive Officer des Regional Military Government Detachment, Lt.Col. Robert A. Reese, blieb nur noch kurzzeitig Executive Officer des Detachtment E-201.[68]
Die räumliche Trennung der G-5 Section von der 3. Armee erfolgte am 15. Oktober 1945. Jetzt zog die G-5 Stabsabteilung von ihrem Sitz im Hauptquartier der 3. Armee („Rear Installations" in der Tegernseer Landstraße) nach Bogenhausen in die Holbeinstraße 11, um sich dort mit dem Regional Military Government Detachment E-201 und der Industry Branch, G-5, zum genannten Office of Military Government for Bavaria (OMGBY) zusammenzutun.[69] Nach der Zusammenlegung zählte die neue Behörde 218 Offiziere, 7 Oberfeldwebel (Warrant Officers) und 264 Soldaten. Am 21. November 1945 zog das Office of Military Government for Bavaria wieder zurück in die Tegernseer Landstraße.

---

[64] Ziemke: The U.S. Army, S. 386; Clay Papers, S. 89.

[65] Dokumente zum Aufbau, S. 30ff.

[66] Schreiben USFET vom 26.9.1945 „Organization of Military Government" (13/98–3/9–2). Das USFET-Schreiben wurde den Abteilungsleitern des Detachments E-201 am 2. Oktober mitgeteilt. Die neue Sprachregelung bürgerte sich erst im Laufe des Oktober ein. Auch die lokalen Detachments sollten nun die Bezeichnung „Office of Military Government for . . ." tragen. Entsprechend wurde auf Zonenebene aus der U.S. Group, Control Council (Germany) (USGCC) das Office of Military Government for Germany (U.S.), später OMGUS und aus der G-5 Stabsabteilung von USFET das Office of Military Government (U.S. Zone) (OMGUSZ). Zur Geschäftsverteilung vgl. Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 70.

[67] In der gesamten amerikanischen Besatzungszone wurden die G-5 Stabsabteilungen von ihren Aufgaben für die Militärregierung entbunden und das Personal den „Offices of Military Government" zugeführt (Clay: ebenda, S. 71).

[68] 13/147–2/14.

[69] 13/104–1/8–1.

g) Die lokalen Detachments

Die lokalen Detachments erreichten ihre Bestimmungsorte in der Regel unmittelbar nach den kämpfenden Truppen. Zwei Beispiele: Das Münchener Rathaus wurde am 30. April 1945 gegen 21.00 Uhr militärisch besetzt. Am Morgen des 1. Mai 1945 nahm das Detachment E1F3 seine Arbeit mit 24 Offizieren und 28 Soldaten auf. In Würzburg hatte das zuständige Detachment F1A3 noch vor dem Ende der Kampfhandlungen in der Stadt am 6. April 1945 einen Oberbürgermeister (Gustav Finkenburg) ernannt.[70]
Die Übernahme der einzelnen Gebiete durch die Corps der 3. Armee vollzog sich nach dem (revidierten) ECLIPSE Plan. Danach war das XII. Corps für Niederbayern und die Oberpfalz, das III. Corps für Franken und das XX. Corps für den ehemaligen Gau Oberdonau und Oberbayern zuständig. In ihren „permanent occupational areas" standen die Corps seit Anfang Juni. Verantwortlich für die notwendigen Militärregierungsmaßnahmen waren vor allem die G-5 Sections der Corps. Ende Mai waren im Bereich der 3. Armee 106 Detachments, Ende Juni 153 Detachments tätig.[71] Daneben gab es noch 37 DP-Detachments, die im Laufe der Zeit verringert und durch Einheiten der UNRRA abgelöst wurden.
Die Detachments der amerikanischen Besatzungszone waren je nach Einwohnerzahl und Bedeutung des ihnen zugewiesenen Verwaltungsgebietes in fünf Typen eingeteilt:[72] Ein Typ E war für Länder bzw. Regierungsbezirke, ein Typ F für Großstädte, die Typen G, H und I für Stadt- und Landkreise vorgesehen. Die Personalausstattung sollte von 26 Offizieren und 35 Soldaten beim Typ E bis zu vier Offizieren und sechs Soldaten beim Typ I variieren. Jedes Detachment war durch einen Buchstaben für den jeweiligen Typ, einer Zahl für die Durchnumerierung innerhalb des jeweiligen Typs und der Kompaniebezeichnung der zuständigen Kompanie innerhalb der 2 nd bzw. 3 rd ECAR gekennzeichnet. Das Kennzeichen H3E3 (Miesbach, Bad Aibling) stand also beispielsweise für das 3. H-Detachment im Bereich der Company E des 3rd ECAR.
Die lokalen Military Government Detachments orientierten sich im Mai und in der ersten Junihälfte 1945 vor allem an den taktischen Einheiten in ihrem Zuständigkeitsbereich. Eine Verbindung zum Regional Military Government Detachment bestand nur in Ausnahmefällen.[73] Aber auch die Verbindung zu den taktischen Einheiten wurde durch die laufenden Umgruppierungen erschwert. Vielfach zogen Einheiten ab, ohne die Detachments zu benachrichtigen und ließen dabei Objekte unbewacht zurück. Am 2. Mai 1945 erhielten die Detachments im Gebiet der 3. Armee eine Aufstellung (weekly information bulletin) über die Standorte der Militärpolizei und der verfügbaren Security Guards.[74] Die Leiter der Detachments orientierten sich in der Anfangsphase vor allem am Handbook for Unit Commanders (Germany) (SHAEF), das in erster Auflage im September 1944 und im Februar 1945 in zweiter verbesserter Auflage erschien.

---

[70] 10/130-2/3.

[71] 13/147-2/10.

[72] Ziemke: The U.S. Army, S. 76. Die ursprünglich geplanten A- bis D-Detachments wurden im Juli 1944 den befreiten Ländern vorbehalten; für Feindländer wurden die neuen E- bis I-Detachments geschaffen.

[73] Ein Bericht Capt. Homer G. Richeys an Murphy vom 21.6.1945 beklagte die mangelhafte Zusammenarbeit „between MG Detachments in the field, tactical and MP units on the one hand and higher headquarters on the other". Bei den taktischen Truppen sei die USGCC zum großen Teil unbekannt. Von der Existenz von SHAEF gebe es nur schwache Vorstellungen. Etwas besser sei es in dieser Hinsicht bei den MG-Detachments (POLAD 730/31).

[74] 1/130-3/2.

Ende Juli/Anfang August 1945 wurde das Personal aller bayerischen Military Government Detachments durch zwei SHAEF-Beauftragte auf seine Tauglichkeit hin überprüft. Man empfahl daraufhin, die Regierungsbezirks-Detachments personell zu verstärken und die Legal Officers zu entlasten. Die Mitwirkung der taktischen Truppen in Militärregierungsangelegenheiten (die besonders mit Sicherheitsüberlegungen begründet wurden) sei ein Hindernis für die Arbeit der Militärregierung und den Aufbau der deutschen Verwaltung.
Im Mai war ein Detachment im Schnitt für drei Landkreise zuständig. Erst im Laufe des Juni gelang es, für jeden Landkreis ein eigenes Detachment einzurichten.[75] Die erforderlichen Personen holte man sich aus den taktischen Einheiten. Gegen Ende Juli 1945 bestanden neben den fünf Regierungsbezirksdetachments noch folgende 152 lokale Detachments auf Stadt- und Landkreisebene.

Übersicht 12: Lokale Detachments auf Stadt- und Landkreisebene in Bayern, 29. Juli 1945

Regional Team Under Control of Army
E1F3 München

Region of Bavaria Under Control of Det. E1F3
E1B3 Ansbach
E1H3 Augsburg
F1H2 München
F1A3 Würzburg
F1D3 Regensburg
G3G3 München

RB Mainfranken Under Control of Det. F1A3
F1G2 Würzburg
H1A3 Aschaffenburg
H2A3 Schweinfurt
I4A2 Mellrichstadt
I5A2 Gemünden
I15G2 Hammelburg
I1A3 Neustadt/Saale
I2A3 Bad Kissingen
I3A3 Hassfurt
I4A3 Lohr
I5A3 Kitzingen
I6A3 Miltenberg
I10A3 Königshofen
I11A3 Karlstadt
I12A3 Ochsenfurt
I13A3 Markt Heidenfeld
I16A3 Obernburg
I17A3 Ebern
I18A3 Gerolzhofen
I19A3 Alzenau
I20A3 Hofheim
I12A3 Brückenau

RB Oberfranken-Mittelfranken Under Control of E1B3
F1B3 Nürnberg
G1B3 Bayreuth
H3A3 Neustadt/Aisch
H1B3 Bamberg
H2B3 Forchheim
H3B3 Erlangen
H4B3 Kulmbach
H5B3 Wunsiedel
H6B3 Kronach
H7B3 Weissenburg
H8B3 Münchberg
H9B3 Pegnitz
H10B3 Scheinfeld
H3H2 Lichtenfels
H5H2 Gunzenhausen
H6H2 Eichstätt
G2B3 Ansbach
I8A2 Stadtsteinach
I7A3 Rothenburg
I8A3 Dinkelsbühl
I2B3 Coburg
I3B3 Fürth
I4B3 Hof
I5B3 Schwabach
I6B3 Hilpoltstein
I7B3 Rehau
I12B3 Hersbruck
I13B3 Ebermannstadt
I17B3 Feuchtwangen
I18B3 Höchstadt
I19B3 Naila
I5H2 Lauf
I6H2 Windsheim

[75] 13/147-2/11.

RB Niederbayern-Oberpfalz Under Control of Det. F1D3

F2G2 Regensburg
G1E3 Passau
H2A2 Weiden
H1D3 Cham
H2D3 Parsberg
H3D3 Straubing
H4D3 Grafenau
H5D3 Burglengenfeld
H6D3 Regensburg
H7E3 Landau
H1H2 Neunburg vorm Wald
H2H2 Mallersdorf
H7H2 Vilsbiburg
I1A2 Mallersdorf
I2A2 Amberg
I3A2 Straubing
I8F2 Cham
I1D3 Amberg
I2D3 Neustadt/Waldnaab
I3D3 Nabburg
I4D3 Tirschenreuth
I5D3 Sulzbach-Rosenberg
I6D3 Mainberg
I7D3 Kelheim
I8D3 Bogen
I1A2 Mallersdorf
I9D3 Zwiesel
I10D3 Freyung
I13D3 Oberviechtach
I14D3 Waldmünchen
I15D3 Roding
I17D3 Kemnath
I18D3 Plattling
I20D3 Rottenburg
I21D3 Riedenburg
I22D3 Eschenbach
I23D3 Osterhofen
I1E3 Deggendorf
I2E3 Passau
I3E3 Vilshofen
I4E3 Pfarrkirchen
I5E3 Landshut
I6E3 Eggenfelden
I14E3 Griesbach
I17E3 Kötzting
I18E3 Wegscheid
I21E3 Dingolfing
I1G2 Vohenstrauß
I1H2 Neumarkt
I2H2 Beilngries

RB Schwaben Under Control of Det. E1H2

G1H2 Augsburg
G1G3 Dillingen
G2G3 Sonthofen
G4G3 Weissenhorn
H4G3 Krumbach
H5G3 Nördlingen
H6G3 Mindelheim
H7G3 Memmingen
H8G3 Illertissen
I5E2 Markt Oberdorf
I1F2 Schwabmünchen
I4F2 Neuburg
I9A3 Kempten
I6C3 Günzburg
I5F3 Friedberg
I7G3 Füssen
I11G3 Kaufbeuren
I15G3 Donauwörth
I20G3 Immenstadt
I22G3 Wertingen

RB Oberbayern Under Control of Det. F1H2

F1F3 München
H2B2 Wolfratshausen
H1E3 Altötting
H2E3 Traunstein
H3E3 Miesbach
H5E3 Aibling
H6E3 Mühldorf
H8E3 Ingolstadt
H1F3 Partenkirchen
H2F3 München
I6F2 Aubing
I3E2 Schongau
I6E2 Starnberg
I7E2 Weilheim
I1F2 Ebersberg
I5F2 Aichach
I7F2 Bad Tölz
I13G2 Bad Reichenhall
I14G2 Burghausen
I3H2 Pfaffenhofen
I4H2 Schrobenhausen
I5C3 Laufen
I7E3 Ingolstadt
I8E3 Freising
I9E3 Erding
I10E3 Berchtesgaden
I11E3 Rosenheim
I12E3 Dachau
I20E3 Rosenheim
I22E3 Moosburg
I23E3 Trostberg
I1F3 Landsberg
I2F3 Fürstenfeldbruck
I6F3 Mittenwald
I7F3 Murnau
I19G3 Wasserburg

Nach der Auflösung der ECAD wurden ab 16. August 1945 alle Detachments mit neuen Kennzeichen versehen, die nun keinen Bezug mehr zum jeweiligen Military Government Regiment aufwiesen. Die Detachments in Bayern wurden ab der Zahl 201 durchgezählt (E-201 war das Regional Military Government Detachment) Die übrigen E-Detachment hatten Ziffern ab 202, die F-Detachments ab 210, die G-Detachments ab 220, die H-Detachments ab 250 und die I-Detachments ab 330. So wurde beispielsweise das Regional Military Government Detachment E1F3 in E-201, das für den Regierungsbezirk Oberbayern zuständige Detachment F1H2 in E-205 und das für die Stadt München zuständige Detachment F1F3 in F-213 umbenannt. Die für die Regierungsbezirke zuständigen Detachments wurden personalmäßig verstärkt und ausnahmslos zu E-Detachments gemacht. Ab 1. Oktober 1945 firmierten die einzelnen Detachments unter Betonung ihrer Militärregierungsaufgaben zusätzlich zum alphanumerischen Kennzeichen als „Office of Military Government for . . .".

Übersicht 13: Lokale Detachments auf Stadt- und Landkreisebene in Bayern, Oktober 1945

Regierungsbezirk Mainfranken			
Co A	Ochsenfurt		1st. Lt.H. A. Lenert
E-202	Würzburg	RB Mainfranken	Lt.Col.M. E. Henderson
F-210	Würzburg	SK/LK Würzburg	Maj.Hugh M. Jones
G-220	Aschaffenburg	SK/LK Aschaffenburg	Maj.C. M. Emerick
G-221	Schweinfurt	SK/LK Schweinfurt	Maj.A. S. Grove
H-250	Bad Kissingen	LK Kissingen	Capt.M. A. Potter
H-251	Kitzingen	LK Kitzingen	Capt.J. B. Lynn
I-330	Alzenau	LK Alzenau	Maj.E. E. Shovea
I-331	Brückenau	LK Brückenau	Capt.H. B. Clark
I-332	Ebern	LK Ebern	Capt.S. L. Tulin
I-333	Gemünden	LK Gemünden	Capt.K. N. Galloway
I-334	Gerolzhofen	LK Gerolzhofen	Capt.W. J. Tonkin
I-335	Hammelburg	LK Hammelburg	Capt.E. H. Emery
I-336	Hassfurt	LK Hassfurt	Capt.T. F. Griffen
I-337	Hofheim	LK Hofheim	Capt.W. Hitt
I-338	Karlstadt	LK Karlstadt	1st Lt.W. E. Brayden
I-339	Königshofen	LK Königshofen	Capt.A. W. Peterson
I-340	Lohr	LK Lohr	Capt.Elmer E. Kelly
I-341	Marktheidenfeld	LK Marktheidenfeld	Capt.M. B. Voorhees
I-342	Mellrichstadt	LK Mellrichstadt	Capt.J. J. Schaller (actg)
I-343	Miltenberg	LK Miltenberg	Capt.D. J. Huffman
I-344	Neustadt/Saale	LK Neustadt/Saale	1st Lt.Elmer F. Warnke
I-345	Obernburg	LK Obernburg	Capt.B. H. Logan
I-346	Ochsenfurt	LK Ochsenfurt	Capt.H. A. Storm
Regierungsbezirk Ober- und Mittelfranken			
Co C	Ansbach		1st Lt.G. N. Hultzen
E-203	Ansbach	RB Ober- und Mittelfranken	Col.Edward M. Haight
F-211	Nürnberg	SK/LK Nürnberg	Col.C. H. Andrews
G-228	Ansbach	SK/LK Ansbach	Maj.W. R. Whitaker
G-229	Fürth	SK/LK Fürth	Capt.J. D. Cofer
H-261	Dinkelsbühl	LK Dinkelsbühl	Maj.J. W. Hall
H-262	Eichstätt	LK Eichstätt	Maj.W. T. Staats
H-263	Feuchtwangen	LK Feuchtwangen	Capt.C. E. Wilhelm
H-264	Gunzenhausen	LK Gunzenhausen	Maj.H. W. Zurn
H-265	Hersbruck	LK Hersbruck	Maj.F. M. Dunbaugh

H-266	Hilpoltstein	LK Hilpoltstein	Maj.Harold T. Lund
H-267	Weissenburg	LK Weissenburg	Maj.W. S. Bailey
H-268	Rothenburg	LK Rothenburg	Maj.R. C. Anderson
H-269	Schwabach	LK Schwabach	Maj.R. H. Stringer
H-270	Scheinfeld	LK Scheinfeld	Maj.H. C. Kauffman
H-271	Windsheim	LK Uffenheim	Capt.M. C. Baer
H-272	Lauf	LK Lauf	Capt.E. N. Humphrey
H-273	Neustadt a.d. Aisch	LK Neustadt a.d. Aisch	Maj.F. K. Hinchey
Co B	Bamberg		Capt.W. H. Cox
G-222	Bamberg	SK/LK Bamberg	Maj.J. A. Watkins
G-223	Bayreuth	SK/LK Bayreuth	Lt.Col.C. J. Reilly
G-224	Erlangen	LK Erlangen	Lt.Col.H. Hargrave
G-225	Coburg	SK/LK Coburg	Maj.H. Lockland
G-226	Kronach	LK Kronach	Maj.H. I. Woodall
G-227	Hof	SK/LK Hof	Maj.A. R. Giroux
G-247	Lichtenfels	LK Lichtenfels	Maj.J. R. Case
H-252	Ebermannstadt	LK Ebermannstadt	1st Lt.J. J. Bianchi
H-253	Höchstadt	LK Höchstadt a.d. Aisch	Capt.R. G. Hanford
H-254	Kulmbach	LK Kulmbach	Maj.P. B. Lamson
H-255	Pegnitz	LK Pegnitz	Maj.M. F. Skinner
H-256	Münchberg	LK Münchberg	Maj.A. C. Abbott
H-258	Rehau	LK Rehau	Capt.R. H. Dodds
H-259	Wunsiedel	LK Wunsiedel	Capt.D. H. Alexander
H-260	Forchheim	LK Forchheim	Lt.Col.F. Robie
I-347	Naila	LK Naila	Capt.H. W. Newell
I-348	Stadtsteinach	LK Stadtsteinach	1st Lt.H. F. Casademont

Regierungsbezirk Niederbayern und Oberpfalz

Co D	Regensburg		Capt.V. A. Grasso
E-204	Regensburg	RB Niederbayern und Oberpfalz	Lt.Col.Hasting
F-212	Regensburg	SK/LK Regensburg	Lt.Col.S. S. Speaks
G-230	Weiden	SK Weiden und LK Neustadt a. d. Wald	Capt.R. A. Rosan
H-274	Amberg	SK/LK Amberg	Maj.Mattox
G-244	Cham	LK Cham	Maj.C. E. McDaniel
H-275	Burglengenfeld	LK Burglengenfeld	Capt.E. Fichter
H-276	Parsberg	LK Parsberg	Maj.H. J. Mrachek
H-277	Tirschenreuth	LK Tirschenreuth	Capt.F. P. Murray
H-278	Neunburg	LK Neunburg vorm Wald	Maj.J. J. Egan
H-279	Eschenbach	LK Eschenbach i. d. Opf.	Capt.W. R. Baylies
I-349	Kemnath	LK Kemnath	Capt.W. G. Montpas
I-350	Nabburg	LK Nabburg	Capt.G. Doyle
I-351	Oberviechtach	LK Oberviechtach	Capt.R. A. Berry
I-352	Riedenberg	LK Riedenberg	Capt.C. V. Hansen
I-353	Vohenstrauß	LK Vohenstrauß	1st Lt.C. A. Harrington
I-354	Roding	LK Roding	Capt.C. R. Bucheit
I-355	Waldmünchen	LK Waldmünchen	Capt.J. E. Hudson
I-356	Beilngries	LK Beilngries	Capt.J. J. Mallon
I-357	Neumarkt	LK Neumarkt i. d. Opf.	1st Lt.W. N. Blanton
I-358	Sulzbach-Rosenberg	LK Sulzbach-Rosenberg	Capt.S. E. Prail
Co H	Regensburg		1st Lt.C. G. Savelli
G-243	Passau	SK/LK Passau	Lt.Col.F. W. Hanger
G-245	Landshut	SK/LK Landshut	Capt.A. J. Wann

G-246 Straubing	SK/LK Straubing	Maj.H. T. Olsen
H-301 Deggendorf	LK Deggendorf	Capt.L. C. Smallenberger
H-302 Eggenfelden	LK Eggenfelden	Capt.E. W. Manning
H-303 Grafenau	LK Grafenau	Capt.H. S. Rick
H-304 Kelheim	LK Kelheim	Capt.T. DeBogdan
H-305 Landau	LK Landau a. d. Isar	Maj. R. M. Stribling
H-306 Pfarrkirchen	LK Pfarrkirchen	Capt.W. D. Baird
H-307 Zwiesel	LK Regen	Capt.A. R. Sphar
H-308 Vilshofen	LK Vilshofen	Capt.W. J. Fitzpatrick
H-309 Vilsbiburg	LK Vilsbiburg	Capt.J. W. Fleshman
H-310 Freyung	LK Wolfstein	Capt.R. W. Douglass
I-375 Bogen	LK Bogen	Capt.A. G. Albert
I-377 Dingolfing	LK Dingolfing	Capt.B. E. Reichhardt
I-378 Griesbach	LK Griesbach	Capt.A. S. Gallant
I-379 Kötzting	LK Kötzting	Capt.E. L. Davis
I-380 Mainburg	LK Mainburg	Capt.W. Wickersham
I-381 Mallersdorf	LK Mallersdorf	Capt.S. R. Jacobs
I-382 Rottenburg	LK Rottenburg	Capt.E. A. Russo
I-382 Viechtach	LK Viechtach	Capt.J. F. Vaile
I-385 Wegscheid	LK Wegscheid	Capt.H. Walter

Regierungsbezirk Oberbayern

Co F München		1st Lt.J. MacDonough
E-205 München	RB Oberbayern	Lt.Col.J. W. Hensel
F-213 München	SK/LK München	Lt.Col.Eugene Keller
G-236 Partenkirchen	LK Garmisch-Partenkirchen	Maj.C. H. Heyl (actg)
G-237 Ingolstadt	SK/LK Ingolstadt	Capt.L. H. Norins
G-238 München	LK München	Maj.M. T. Mawrence
H-286 Fürstenfeldbruck	LK Fürstenfeldbruck	Capt.J. J. McBride
H-287 Landsberg	LK Landsberg	Capt.C. A. Rein
H-288 Pfaffenhofen	LK Pfaffenhofen	Maj.C. A. Sloat
H-289 Starnberg	LK Starnberg	Capt.M. Shellenberger
H-290 Weilheim	LK Weilheim	Maj.E. C. Wills
H-291 Wolfratshausen	LK Wolfratshausen	Capt.C. H. Bischoff
I-362 Aichach	LK Aichach	Capt.L. R. Day
I-364 Schrobenhausen	LK Schrobenhausen	Capt.R. G. Hill
I-365 München	Bavarian Supply	Capt.F. S. Franke
I-367 Dachau	LK Dachau	1st Lt.V. A. Burke
I-368 Schongau	LK Schongau	Capt.C. E. Carlsen
Co E Wasserburg		Capt.J. T. Collier
G-231 Freising	LK Freising	Maj.A. G. Snow
G-232 Miesbach	LK Miesbach	Maj.L. L. Haupt
G-233 Traunstein	LK Traunstein	Capt.F. L. Tracy
G-234 Altötting	LK Altötting	Capt.R. L. Montague
G-235 Rosenheim	SK/LK Rosenheim	Maj.R. G. MacDonald
H-280 Erding	LK Erding	Capt.H. J. Bierman
H-281 Laufen	LK Laufen	Capt.S. L. Jones
H-282 Mühldorf	LK Mühldorf	Maj.C. E. Vickerman
H-283 Wasserburg	LK Wasserburg	Capt.M. J. Groves
H-284 Bad Tölz	LK Tölz	Maj.J. Letteriello
H-285 Aibling	LK Aibling	Maj.E. J. Newmeyer
H-311 Berchtesgaden	LK Berchtesgaden	Maj.M. E. DiPietro
I-361 Ebersberg	LK Ebersberg	Capt.G. E. Horwath

Regierungsbezirk Schwaben		
Co G Ziemetshausen		1st Lt.O. Meirhenry
E-206 Augsburg	RB Schwaben	Lt.Col.R. L. Hiles
F-214 Augsburg	SK/LK Augsburg	Lt.Col.R. A. Norton
G-239 Dillingen	LK Dillingen	Maj.C. F. Baker
G-240 Weissenhorn	LK Neu-Ulm	Maj.J. A. Blakemore
G-241 Sonthofen	LK Sonthofen	Maj.A. B. Ebbers
G-242 Kempten	SK/LK Kempten	1st Lt.B. M. Ziegler
H-292 Donauwörth	LK Donauwörth	Maj.H. L. Snapp
H-293 Günzburg	LK Günzburg	Capt.J. G. Horrell
H-294 Markt Oberdorf	LK Markt Oberdorf	Capt.J. O. Renalds
H-295 Memmingen	LK Memmingen	Maj.Richard F. Wagner
H-296 Mindelheim	LK Mindelheim	Maj.E. C. Bunker
H-297 Neuburg	LK Neuburg a. d. Donau	Capt.W. H. Oswalt
H-298 Nördlingen	LK Nördlingen	Capt.S. H. Brown
H-299 Füssen	LK Füssen	Capt.T. R. Schweer
H-300 Krumbach	LK Krumbach	1st Lt.L. E. Dunn
I-369 Illertissen	LK Illertissen	Maj.W. S. Reed
I-370 Kaufbeuren	LK Kaufbeuren	Maj.E. M. Ross
I-372 Wertingen	LK Wertingen	Capt.R. E. Hale
I-373 Friedberg	LK Friedberg	Maj.P. S. Webb
I-374 Schwabmünchen	LK Schwabmünchen	1st Lt.L. E. Smith

Die Versorgung und Personalbetreuung der Militärregierungseinheiten oblag dem 3rd Military Government Regiment. Dieses verfügte im Dezember 1945 über folgende Companies (Co):

Übersicht 14: Versorgungseinheiten, 3rd Military Government Regiment, Dezember 1945

Hq 3rd MG Regt	Augsburg
Hq Co	Augsburg
Sv Co	Augsburg (mit: Maint Plat Augsburg 2nd Maint Plat Uttenreuth 3rd Maint Plat Straubing)
Replacement and Training Co	Augsburg
3rd MG Med Det	München
3rd MG Med Sec	Augsburg
Co A	Ochsenfurt
Co B	Bamberg
Co C	Ansbach
Co D	Regensburg
Co H	Regensburg
Co F	München
Co E	Wasserburg
Co G	Ziemetshausen

Am 21. Dezember 1945 wurde mit der Verlegung des Hq des 3rd Military Government Regiment von Augsburg nach München begonnen. Die Verlegung war am 8. Januar 1946 abgeschlossen.[76] Dem Hq wurden alle Offiziere des Detachments E-201 zugewie-

[76] 10/130-1/6.

sen. Die Soldaten (des Bavarian Land Teams) kamen zur Hq Co oder zur Service Co. Die Personal- und Transportabteilungen der beiden Hauptquartiere wurden ebenfalls zusammengelegt.
Commanding Officer im Hq 3rd Military Government Regiment wurde Col. Charles C. Morgan. Mit Wirkung vom 28. Februar 1946 wurden die Companies C, F und H, sowie die Replacement and Training Company aufgehoben.[77] Die verbleibenden Kompanien wurden an den Sitz der jeweiligen Regierungsbezirks-Detachments verlegt und dem Befehl des Kommandanten des Detachments unterstellt.

3. Das Office of Military Government for Bavaria zwischen 1946 und 1949

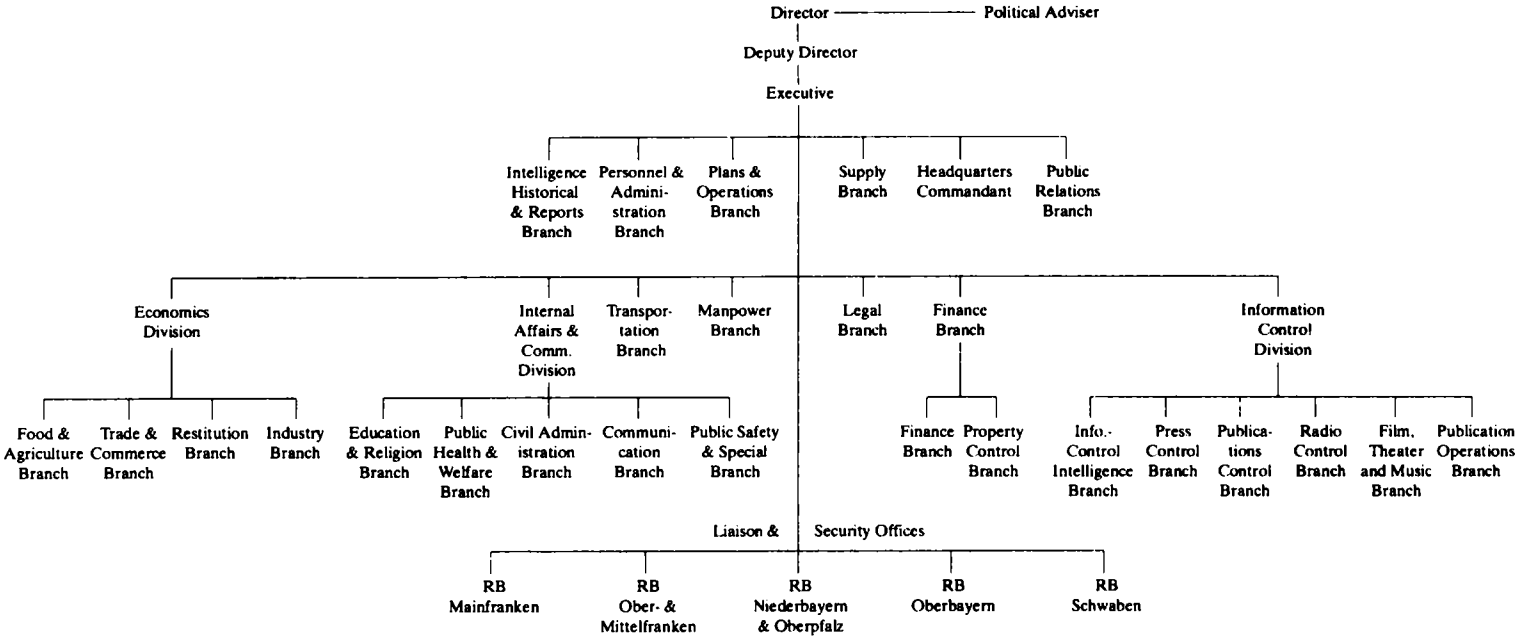
a) Organisationsentwicklung 1946–1949

Die Verlegung des Hq 3rd Military Government Regiment, der Service Company und der Hq Company von Augsburg nach München ab 21. Dezember 1945, die Eingliederung der 6870th DISCC als Information Control Division am 17. Januar 1946 und die Auflösung der Governmental Affairs Division am 15. Februar 1946 machten im Frühjahr 1946 eine neue Organisationsgliederung notwendig. Sie spiegelte gleichzeitig die Lösung des Office of Military Government for Bavaria von der 3. Armee und damit von der militärischen Kommandokette.
Die ab 15. Februar 1946 gültige Organisationsstruktur sah vier Divisions (Hauptabteilungen) für Economics, Internal Affairs and Communications, Finance und Information Control mit den entsprechenden Branches (Abteilungen) vor, vier selbständige Abteilungen für Transportation, Manpower, Public Health und Legal, sowie fünf Staff Branches für die internen Verwaltungsaufgaben.
Im April verbreitete OMGBY erstmals einen gedruckten Organisationsplan (Übersicht 15). Neu erscheint die Public Relations Branch. Die Public Health war, um Public Welfare ergänzt, der Internal Affairs Division unterstellt worden (vgl. auch den Administrative Procedure Guide vom 1. April 1946).[78]
Ein ab 17. Juli 1946 gültiger neuer Organisationsplan (Table of Organization = T/O) vergrößerte die Zahl der Divisions und Branches erheblich und verfeinerte die Organisation. Mit Blick auf die zunehmende Übertragung von Zuständigkeiten auf deutsche Stellen und mit Rücksicht auf die laufenden Beratungen zur bayerischen Verfassung wurde eine eigene Civil Administration Division mit entsprechenden Branches geschaffen. Die Legal Branch und die Manpower wurden zu eigenen Divisions erhoben. Damit waren alle aufgabenbezogenen (functional) Ressorts als Divisions organisiert. Die Gliederung war kein direktes Spiegelbild der bayerischen Ministerialorganisation, sondern orientierte sich eher am Vorbild von OMGUS. Die jeweiligen Zuständigkeiten waren aber so klar abgegrenzt, daß der deutsche Ansprechpartner einfach zu bestimmen war.
Für die Erledigung der internen Verwaltungsaufgaben waren neun Branches zuständig, die in einigen Fällen (Transportation Branch) auch Militärregierungsaufgaben (Überwachung deutscher Stellen) wahrnahmen.

---

[77] OMGBY: Monthly Report Februar 1946, S. 7.
[78] 10/195-2/11-3.

Übersicht 15: Organisation von OMGBY, April 1946



Schon im August bzw. September wurde dieser interne Verwaltungsbereich umorganisiert. Die für „Inspections" zuständige Section, der die zentrale Überwachung und Beurteilung des gesamten OMGBY-Personals zukam, und die mit fünf Offizieren im Oberst-Rang besetzt war, wurde nun als eigene Branch geführt. Die Personnel and Administration Branch, die laut T/O vom 1. Juli 1946 eine Soll-Stärke von 75 Personen hatte, wurde zur Division erhoben. Die von Clay Anfang August 1946 angekündigte Personalreduzierung zwang OMGBY zur Straffung der Bereiche Administration and Housekeeping. Im September 1946 wurde die Land Resources and Budget Branch aufgelöst sowie die Hq Co und die Service Co zusammengelegt.[79] Im Laufe des Jahres 1947 waren die wichtigsten internen Verwaltungssachen, insbesondere Versorgung und Verwaltung des Hq in München (housekeeping activities) von den Military Posts übernommen worden. Die bisher damit befaßte Hq Commandant Branch wurde am 1. Juni 1947 aufgehoben. Im August verbreitete OMGBY einen neuen Organisationsplan.

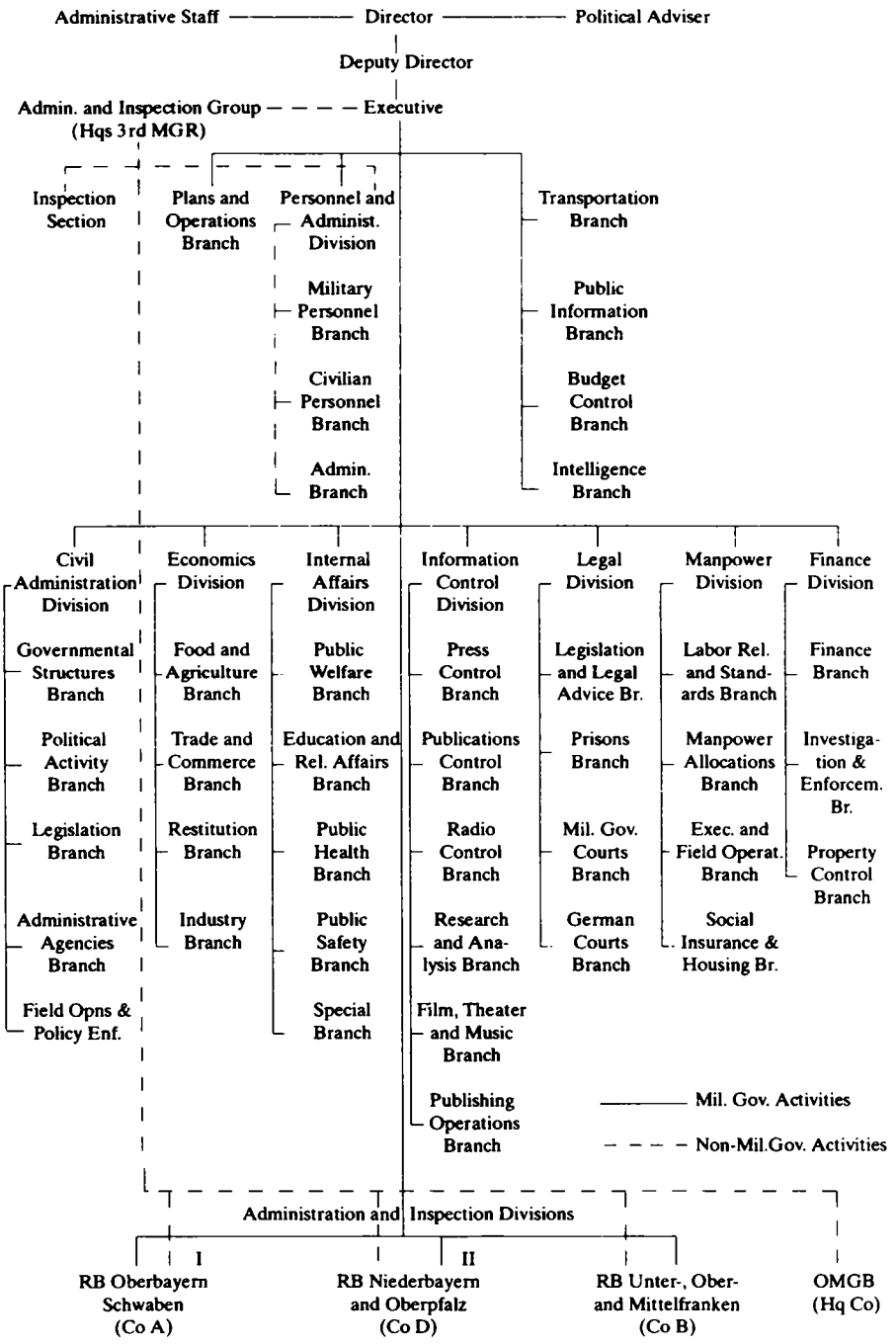
Im Januar 1948 kam es zu einer weiteren Straffung: Die Plans and Operations Branch sowie die Inspections Section wurden aufgelöst, und die Intelligence Branch unter Eingliederung anderer Stellen und Zuständigkeiten zur Intelligence Division erhoben. Am 1. März 1948 löste man nach dem Vorbild von OMGUS die Internal Affairs Division auf und erhob die ihr bisher zugeordnete Education and Cultural Relations Branch zu einer eigenen Division. Die anderen Branches der Internal Affairs Division kamen im wesentlichen zur Civil Affairs Division. Am 3. April 1948 wurde die Field Operations Division gegründet und der ganze Bereich der lokalen Military Government Offices völlig umgestaltet. Die erforderliche Personalreduzierung um 50% zum 30. Juni 1948 sowie die veränderte Aufgabengewichtung erforderte Mitte 1948 die Auflösung der Economics Division, der Finance Division, der Manpower Division, der Personnel and Administration Division sowie der Transportation Branch. Neu eingerichtet wurden die Food and Agriculture Division sowie die Property Control Division. Die Information Control Division erhielt als Information Service Division eine neue Organisation und neue Bezeichnung. An die Stelle der aufgelösten Divisions und Branches traten nun Advisers, die nun im wesentlichen als Berater des Land Director tätig waren.

Diese Organisation blieb im wesentlichen bis Mitte 1949 unverändert. Am 30. Juni 1949 löste man die Property Division auf. An ihre Stelle trat das Amt des Property Adviser. Die Information Service Division ging an OMGUS über (Information Service Group, OMGUS). Der Denazification Adviser sowie der Transportation Adviser beendeten ihre Tätigkeit. Die Ämter des Economics Adviser, des Property Adviser, des Finance Adviser sowie die Decartelization Branch faßte man unter einem Director, Economic Affairs Group zusammen. Im Juli 1949 organisierte man die verbleibenden Abteilungen wie in Übersicht 17 dargestellt.

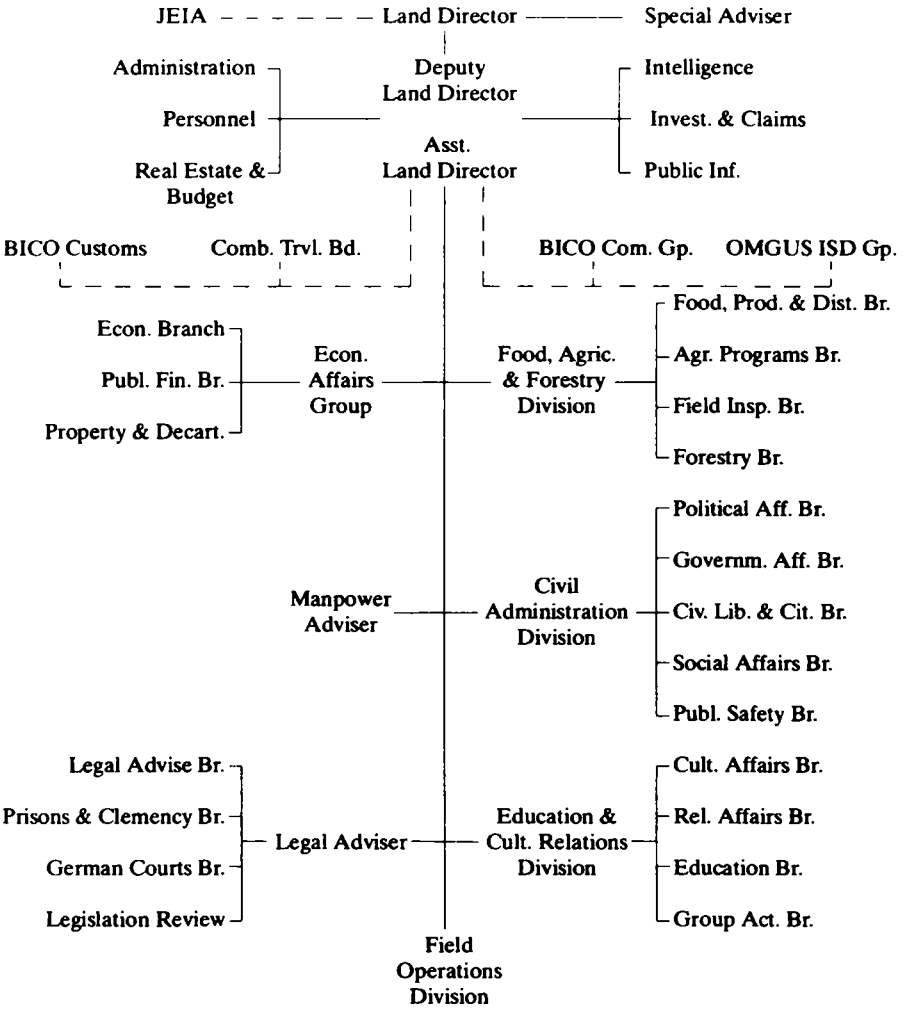
Das Nebeneinander von Dienststellen von OMGUS, BICO und OMGBY auf bayerischem Boden erschwerte die Arbeit der Militärregierung erheblich. Im Juli 1949 beklagte sich Murray D. Van Wagoner bei McCloy, daß seine Dienststelle immer mehr umgangen würde: „The complex of Military Government Offices here is becoming so confusing, that I cannot keep them straight. I wonder how a German citizen or Bavarian official can be expected to do so. Of more concern however is the fact, that these ‚independent' OMGUS and BICO agencies and representatives make direct contact

[79] Die Folgen der Personalreduzierung werden in einem Schreiben General Mullers an General C. L. Adcock vom 28.8.1946 erläutert (5/376-1/8).

Übersicht 16: Organisation von OMGBY, August 1947



Übersicht 17: Organisation von OMGBY, Juli 1949



with Bavarian Ministries and officials, side-tracking my office and without coordination with my office, in violation of existing directives."[80]

Nach dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts wurden im neuen Amt des Landeskommissars (Land Commissioner) teilweise neue Abteilungen gebildet, vielfach mit den alten Mitarbeitern. Das Office of Land Commissioner for Bavaria gab im November 1949 folgende Abteilungsgliederung bekannt:

[80] 13/144–2/5.

Übersicht 18: Organisation des Office of Land Commissioner for Bavaria, November 1949

Land Commissioner
Deputy Land Commissioner
Assistant Deputy Land Commissioner
  Executive Assistant
Administrative Office
  Personnel Assistant
  Communications Branch
  Operating Facilities Branch
  Investigation and Claims Branch
  Reports and Statistics Branch
Intelligence Division
Labor Affairs Division
Legal Affairs Division
Political Affairs Division
  Displaced Persons & Refugee Branch
  Government and Politics Branch
  Public Safety Branch
Public Affairs Division
  Exchanges Branch
  Education & Cultural Relations Branch
  Information Services Branch
  Public Relations Branch
Field Operations Branch
  District I (Munich)
  District II (Regensburg)
  District III (Nuernberg)
  District IV (Wuerzburg)
  District V (Augsburg)
Economic Affairs Division
  Finance Branch
  Food, Agriculture & Forestry Branch
  Industry Branch
  Property Branch
  Trade, Industry & Economic Analysis Branch

Das Amt des Landeskommissars wurde am 15. Dezember 1951 um ein Drittel verkleinert und gab wesentliche Befugnisse an das Generalkonsulat ab. Die Field Division bestand seit 15. Dezember 1951 nur noch aus 45 Resident Officers. Am 30. Juni 1952 löste man schließlich das Amt des Landeskommissars sowie die nachgeordneten Dienststellen der Resident Officers auf. Die verbliebenen Aufgaben gingen an das Generalkonsulat über. Soweit es sich um Angelegenheiten der Besatzungstruppen handelte, war eine in München errichtete Verbindungsstelle des europäischen Hauptquartiers der amerikanischen Armee zuständig. Die Aufgaben der lokalen Resident Officers übernahmen Verbindungsoffiziere der Armee.
Das Generalkonsulat war als Vertretung des State Department am 11. März 1946 eröffnet worden. Schon seit Juni 1945 arbeiteten in München als ständige Vertreter des Political Adviser (Robert D. Murphy) Morris Brewster und dann ab September 1945 Parker W. Buhrmann. Buhrmann wurde im Juni 1946 als Generalkonsul von James R. Wilkinson abgelöst.[80a]

[80a] Vgl. Kramer: Neuanfang.

Abschließend folgen die Divisions, Branches und selbständigen Sections der amerikanischen Militärregierung in Bayern in den Jahren 1946, 1947, 1948 und 1949 mit ihren jeweiligen Leitern.

Übersicht 19: Organisation und Personal von OMGBY, 3. Oktober 1946

Director	Brig.Gen.	Walter J. Muller
Deputy Director	Col.	Ernest C. Norman
Executive	Lt.Col.	Paul Hamilton
Political Adviser	Civ.	James R. Wilkinson
Inspection Section	Col.	Thomas H. Young
Land Resources and Budgets Branch	Lt.Col.	Emery D. K. Jackson
CO 3rd MG Regiment	Col.	Charles C. Morgan
Headquarters Comdt. Branch	Lt.Col.	R. T. Shelby
Intelligence Branch	Maj.	Peter J. Vacca
Plans and Operations Branch	Maj.	Edgar J. Jordan
Public Relations Branch		William G. Farquhar
Supply Branch	Lt.Col.	James W. Bender
Transportation Branch	Lt.Col.	Mitchell A. Giddens
Civil Administration Division		Albert C. Schweizer
Administrative Courts Branch		Frederick W. von Koschembahr
Civil Service Branch	Lt.Col.	Paul Burns
Field Operations Branch	Lt.Col.	Paul Burns (Acting)
Governmental Structures Branch	Lt.Col.	John P. Bradford
Political Activity Branch	Lt.Col.	Paul Burns
Economics Division	Col.	Stephen Y. McGiffert
Food and Agriculture Branch		George R. Quarles
Industry Branch	Maj.	Harold A. Taylor
Restitutions Branch	Maj.	James B. Goodwin
Trade and Commerce Branch		Paul S. Nevin
Finance Division	Civ.	Russell R. Lord
Fiscal Branch		Kurt Fredericks
Property Control Branch	Civ.	Jo M. Ferguson
Information Control Division	Col.	Bernard B. McMahon
Film, Theater and Music Control Branch	Lt.Col.	William C. Rogers
Information Control Intelligence Branch	Civ.	Robert C. Martindale
Press Control Branch		Ernst Langendorf
Publications Control Branch		Lawrence Dalcher
Publishing Operations Branch	Maj.	Hans Wallenberg
Radio Control Branch	Civ.	Field Horine
Internal Affairs and Communications Division	Lt.Col.	Robert A. Reese
Communications Branch	Maj.	Paul E. Griffith
Education and Religious Affairs Branch		Walter G. Bergman
Public Health Branch	Lt.Col.	E. Ross Jenney
Public Safety Branch	Maj.	Charles M. O'Donnell
Public Welfare Branch	Civ.	Louis M. Miniclier
Special Branch	Maj.	Edwin C. Johnson
Legal Division	Lt.Col.	Richard J. Jackson
German Courts Branch		Ernst Anspach
Legislative and Legal Advice Branch		Felix J. Freeman

MG Courts Branch	Capt.	Anthony J. Rich
Prisons Branch	Capt.	Walter A. Lunden
Manpower Division		Clarence M. Bolds
Labor Relations and Standards Branch		Frantz G. Loriaux
Manpower Allocations Branch		Edward J. Jones
Social Insurance and Housing Branch		Augustus B. Hill
Personnel and Administration Division	Col.	Fred A. Meyer
Administration Branch	Lt.Col.	Vernon J. Blondell
Personnel Branch	Maj.	T. A. Christophil

Übersicht 20: Organisation und Personal von OMGBY, 18. Oktober 1947

Director	Brig.Gen.	Walter J. Muller
Deputy Director		Clarence M. Bolds (Acting)
Executive	Lt.Col.	Robert M. Connolly
Administration and Inspection Group	Col.	Charles C. Morgan
Inspections Section	Col.	Ernest F. Boruski
Personnel and Administration Div.	Col.	Fred A. Meyer
Administration Branch	Lt.Col.	Vernon J. Blondell
Civilian Personnel Branch		Schubert E. Smith
Military Personnel Branch	Capt.	John J. Kinsella
Plans and Operations Branch	Lt.Col.	John A. McEvoy
Intelligence Branch		Harold E. Stearns
Public Information Branch		Haynes R. Mahoney (Acting)
Transportation Branch	Col.	John R. Knittel
Civil Administration Division		Albert C. Schweizer
Administrative Agencies Branch	Maj.	James H. McCord (Acting)
Executive Branch	Maj.	James H. McCord
Field Operations and Policy	Lt.Col.	James H. Cavins
Enforcement Branch		
Governmental Structures Branch		John P. Bradford
Legislative Branch		John P. Bradford (Acting)
Political Activities Branch	Lt.Col.	Paul Burns
Economics Division	Col.	Stephen Y. McGiffert
Food and Agriculture Branch		George R. Quarles
Industry Branch		Harold A. Taylor
Restitution Branch		Otto F. Yanish (Acting)
Trade and Commerce Branch		Paul S. Nevin
Finance Division		Russell R. Lord
Finance Branch		Kurt Fredericks
Investigation and Enforcement Br.		John R. McCarthy
Property Control Branch		Jack H. Lennon
Information Control Division	Civ.	James A. Clark
Film, Theater and Music Branch	Lt.Col.	William C. Rogers
Press Control Branch		Ernst Langendorf
Publications Control Branch		Henry Siemer
Publishing Operations Branch		Jack M. Fleischer
Radio Control Branch		Edmund Schechter
Research and Analyses Branch		Robert C. Martindale
Internal Affairs Division	Lt.Col.	Al D. Sims (Acting)
Education and Religious Aff.Br.		Walter G. Bergman

Public Health Branch	Lt.Col.	E. Ross Jenney
Public Safety Branch	Maj.	Charles M. O'Donnell
Public Welfare Branch		Louis M. Miniclier
Denazification Branch		William E. Griffith
Legal Division		Juan A. Sedillo
German Courts Branch		Allen A. Backer
Legislative and Legal Advice Br.		Leonard J. Ganse
MG Courts Branch		Ambrose Fuller
Prisons Branch		John J. Raymond
Manpower Division		Frantz G. Loriaux (Acting)
Executive and Field Operations Br.		Herbert W. Baker
Labor Relations and Standards Br.		Frantz G. Loriaux
Manpower Allocations Branch	Maj.	Abe Kramer (Acting)
Social Insurance and Housing Br.		Augustus B. Hill

Übersicht 21: Organisation und Personal von OMGBY, 2. November 1948

Land Director	Murray D. Van Wagoner
Special Adviser	Edward F. Kennedy
Deputy Land Director	Clarence M. Bolds
Assistant Land Director	Russell R. Lord (Acting)
Administration Branch	John J. Kinsella
Personnel Branch	Schubert E. Smith
Investigation and Claims Branch	David A. Gallant
Real Estate and Budget Control Branch	Augustus B. Hill
Public Information Branch	Haynes R. Mahoney (Acting)
Economics Adviser	Harold A. Taylor
Finance Adviser	Kurt Fredericks
Manpower Adviser	Frantz G. Loriaux
Transport Adviser	Theodore E. Zadra
Denazification Adviser	Curtis H. Shell (Acting)
Legal Adviser	Leonard J. Ganse
Legal Advice Branch	Eleanor C. Raynor (Acting)
Legislation Branch	Bertrand O. Oberry
German Courts Branch	
Prisons Branch	John J. Raymond
Education and Cultural Relations Div.	Charles D. Winning
Education Branch	Lawrence G. Derthick
Religious Affairs Branch	James M. Eagan
Cultural Affairs Branch	Kenneth J. MacCormac (Acting)
Group Activities Branch	Charles P. Carroll
University Branch	Clifton C. Winn
Food, Agriculture and Forestry Div.	Kenneth W. Ingwalson
Food Processing and Distribution Branch	Willard C. Muller
Agriculture Programs Branch	Ray E. Cameron
Field Inspections Branch	John C. Thorne
Forestry Branch	Birger Berg
Property Division	William Harrison
Property Control and External Assets Branch	Jack H. Lennon
Restitution Branch	Otto F. Yanish

Reparations Branch	Clifton H. Day
Decartelization Branch	Francis A. O'Connell
Information Services Division	James A. Clark
Press Branch	Ernst Langendorf
Publications Branch	Don C. Travis (Acting)
Radio Branch	Edmund Schechter
Information Centers Branch	Chester S. Wright
Film Branch	
Civil Administration Division	Albert C. Schweizer
Governmental and Political Branch	John P. Bradford
Public Health Branch	Robert I. Hood
Public Safety Branch	William R. Rohan
Public Welfare and DP Branch	William R. Gosser
Intelligence Division	Donald T. Shea
Research Branch	Paul E. Moeller
Analysis Branch	Albert P. Mayio
Reports Control Branch	Thomas J. Coad
Field Operations Division	Kenneth E. Van Buskirk
Branch „A"	Sidney D. White
Branch „B"	Robert M. MacWhorter
Branch „D"	Elmer F. Warnke
Branch „E"	Richard F. Wagner
Branch „G"	William C. Rhyne

Übersicht 22: Organisation und Personal von OMGBY, April 1949

State Director	Murray D. Van Wagoner
Special Adviser	Edward F. Kennedy
Deputy State Director	Clarence M. Bolds
Assistant State Director	Russell R. Lord (Acting)
Administration Branch	Howard M. Cook (Acting)
Personnel Branch	Schubert E. Smith
Investigation and Claims Branch	David A. Gallant
Real Estate and Budget Contr.Branch	Augustus B. Hill
Public Information Branch	Jack M. Fleischer
Economics Adviser	Harold A. Taylor
Deputy Economics Adviser	Jacob Fullmer
Finance Adviser	Kurt Fredericks
Deputy Finance Adviser	Joseph T. Bartos
Manpower Adviser	Frantz G. Loriaux
Deputy Manpoer Adviser	Abe Kramer
Transport Adviser	Theodore E. Zadra
Denazification Adviser	Curtis H. Shell
Legal Division	Leonard J. Ganse
Legal Advice Branch	Eleanor C. Raynor
Legislation Branch	Bertram C. Oberry
German Courts Branch	Paul J. Farr
Prisons Branch	John J. Raymond
Education and Cultural Relations Division	Charles D. Winning
Deputy Director	Robert C. Dawes
Education Branch	Lawrence G. Derthick
Religious Affairs Branch	James M. Eagan
Cultural Affairs Branch	Louis M. Miniclier

Group Activities Branch	Clayton C. Jones
University Branch	Clifton C. Winn
Food, Agriculture and Forestry Division	Kenneth W. Ingwalson
Deputy Director	Vernon W. Darter
Food Processing and Distribution Branch	Willard C. Muller
Agriculture Programs Branch	Ray E. Cameron
Field Inspections Branch	Buford J. Miller
Forestry Branch	Birger Berg
Property Division	William Harrison
Property Control and External Assets Branch	Jack H. Lennon
Restitution Branch	Otto F. Janisch
Reparations Branch	Clifton H. Day
Decartelization Branch	Francis A. O'Connell
Information Services Division	James A. Clark
Deputy Director	Herbert C. Gross
Press Branch	Ernst Langendorf
Publications Branch	Don C. Travis
Radio Branch	Edmund Schechter
Information Centers Branch	Chester S. Wright
Film Branch	William P. Dubansky
Civil Administration Division	Albert C. Schweizer
Deputy Director	Al D. Sims
Governmental and Political Branch	John P. Bradford
Public Health Branch	Robert I. Hood
Public Safety Branch	William R. Rohan
Public Welfare and DP Branch	William R. Gosser
Intelligence Division	Donald T. Shea
Research Branch	William Hoffman (Acting)
Analysis Branch	Albert P. Mayio
Reports and Statistics Branch	Thomas J. Coad

b) Personalentwicklung

Im Mai 1945 verfügten die mit der Militärregierung beauftragten Detachments innerhalb Bayerns über etwa 2000 Personen. Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß auch von den regulären Truppen, insbesondere von deren G-5 Abteilungen Militärregierungsaufgaben wahrgenommen wurden, reichte diese Zahl für die anfallenden Aufgaben bei weitem nicht aus.

Bis Ende Juli 1945 hatte sich die Gesamtstärke der Militärregierung nur leicht auf 2849 Personen erhöht (davon 1150 Offiziere und 699 Soldaten). Erst als sich im Laufe des Augusts und Oktobers 1945 die amerikanischen Truppen auf das ihnen vorbehaltene Besatzungsgebiet zurückzogen und u. a. ihre Detachments in der Tschechoslowakei auflösten, erhöhte sich der Personalstand in den bayerischen Detachments schlagartig. So erreichte Ende Oktober 1945, also schon zu einer Zeit, wo der Hauptteil der Verwaltung wieder auf deutsche Stellen übertragen worden war, der Personalstand bei allen Militärregierungs-Detachments seinen Höchststand. Am 31. Oktober 1945 zählte man in den Detachments 1401 Offiziere und 2335 Soldaten. Dazu kamen noch 489 Personen beim Office of Military Government und 264 Personen des 6870th DISCC.

Der Zuwachs war nicht nur in München, sondern auch auf dem Lande augenfällig. So verfügte beispielsweise das Stadtkreis-Detachment Ingolstadt, das im Mai drei Offiziere und fünf Soldaten zählte, im September über zehn Offiziere und 30 Soldaten.[81]

[81] Ziemke: The U.S. Army, S. 396.

Noch im Oktober wurde durch die OMGUS-Direktive vom 5. Oktober 1945 der Abbau des Militärregierungspersonals angeordnet.
Da ein Großteil der altgedienten Militärregierungsoffiziere im Rahmen der allgemeinen Demobilisierung zur Entlassung anstand, bedeutete der vorgesehene Personalabbau vor allem einen Verlust an Erfahrung. Um die Arbeit trotzdem möglichst effektiv fortsetzen zu können, wurde bereits Ende Juli zwischen Präsident Truman und General Eisenhower vereinbart, einen Teil der ausscheidenden Offiziere und Mannschaften durch Zivilangestellte zu ersetzen („Civilianization Program").[82] Außerdem hoffte man, einen Teil der zur Entlassung anstehenden Militärregierungsoffiziere als Zivilangestellte in Deutschland halten zu können. Ende 1945 wurde bei OMGBY ein Civilian Personnel Office eingerichtet, das die Bewerbungen für die vorgesehenen Zivilstellen bearbeiten sollte. Ab Januar 1946 standen 383 Stellen zur Verfügung, die aber nur langsam besetzt werden konnten: Im Januar waren erst 21, im Juni 153 (amerikanische) Zivilbedienstete für OMGBY tätig.
Die Festlegung der OMGBY zur Verfügung stehenden Offiziere, Mannschaften, Zivilbediensteten und deutschen Angestellten war seit Januar 1946 Aufgabe von OMGUS. In Abständen von sechs Monaten wurden nun die künftigen Sollstärken (aufgeschlüsselt nach Ressorts) mit den jeweiligen Ländermilitärregierungen ausgehandelt. Damit bestimmte OMGUS ganz entscheidend auch in den Ländern die Schwerpunkte der Besatzungspolitik.
Ungünstig auf die Kontinuität der Verwaltung wirkte sich der gezielte Wechsel im Personal der einzelnen Detachments aus, durch den bewährte und eingearbeitete Kräfte durch neue unerfahrene ersetzt, bzw. das Personal nach einiger Zeit in andere Detachments versetzt wurde. Dieses sogenannte „redeployment program" wurde innerhalb der Militärregierung stark kritisiert.[83]
Ende des Jahres, am 31. Dezember 1945, verfügte OMGBY über insgesamt 4093 Mann, davon 1415 Offiziere und 2678 Soldaten.[84] In den folgenden Monaten blieb die tatsächliche Stärke bei den Offizieren und Mannschaften weit über der Sollstärke, da die Stellen für Zivilangestellte nicht besetzt werden konnten. Die Gesamtzahl des Personals wurde jedoch drastisch verringert. Betrug die Sollstärke im März noch 3420 Mann, so sollte sie (laut Anordnung vom 9. Februar 1946)[85] am 1. Juni 1946 1800 Mann betragen (583 Offiziere, 834 Mannschaften und 383 Zivilangestellte; vgl. Übersicht 23).[86] Die tatsächliche Stärke betrug am 18. Juni 1946 sogar nur 1795. Auch die Stellen für deutsche Angestellte sollten nach dem Willen von OMGUS bedeutend verringert werden, nämlich von über 10000 am Anfang des Jahres 1946 auf 5600 am 1. Juni. Diese Sollstärke stand indes nur auf dem Papier. Bis Ende des Jahres waren über 7000 deutsche Angestellte für die Amerikaner tätig.[87]
Die in der ersten Hälfte 1946 angeordneten Personalreduzierungen gingen vor allem auf Kosten der lokalen Detachments. Für die neu organisierten und jetzt Liaison and Security Offices benannten Detachments standen nur noch 937 Stellen zur Verfügung.

---

[82] Clay Papers, S. 82.
[83] OMGBY: Monthly Historical Report 15.12.1945 – 14.1. 1946, S. 1 (13/147-2/17): „The widespread criticism of a redoployment program which relieved Military Government of many of its best qualified officers and enlisted men and then replaced them with people ignorant of military government functions and procedures continued on all levels".
[84] 13/147-2/17.
[85] 13/111-2/13.
[86] 10/130-1/6.
[87] Ebenda.

Dagegen hielt das Headquarters OMGBY in München einen bemerkenswert hohen Personalstand. Die Verteilung der genehmigten 727 Stellen auf Branches und Divisions zeigt Übersicht 24.

Übersicht 23: Personalverteilung von 3rd Military Government Regiment, OMGBY, Juni 1946

3rd Military Government
Juni 1946

		Hq	Hq Co	Sv Co	Medical	A	B	C	D	E	Total
1	Brigadier General	1									1
2	Colonel	8	10			1	1	1	1	1	23
3	Lt Colonel		30			4	10	7	4	3	58
4	Major		61	1	1	23	35	42	27	20	210
5	Captain	1	63	44	1	31	55	56	35	26	272
6	1st Lieutenant		14	4							18
7	Tot Commissioned	10	178	49	2	59	101	106	67	50	582
8	Warrant Officer		1								1
9	Grade 1	1	23	3		1	1	1	1	1	32
10	Grade 2		27	4		3	9	6	3	2	54
11	Grade 3	2	22	12	1	24	30	40	28	22	181
12	Grade 4		53	41	2	40	70	68	44	34	352
13	Grade 5		27	24	3	15	15	15	15	15	129
14	Grade 6			36	3	10	10	10	10	10	86
15	Total EM	3	152	120	6	93	135	140	101	64	834
16	Total Military	13	331	129	8	152	236	246	168	134	1417
17	CAF 15		2								2
18	CAF 14		5								5
19	CAF 13		38								38
20	CAF 12		61								16
21	CAF 11		36								36
22	CAF 9		34								34
23	CAF 7		21								21
24	P 7		3								3
25	P 6		61								61
26	P 5		20								20
27	P 4		3								3
28	Total Civ Staff		284								284
29	CAF 6		2								2
30	CAF 5	1	22								23
31	CAF 4		47								47
32	CAF 3	1	26								27
33	Tot Civ Clerical	2	97								99
34	Total Civ	2	381								383
35	Aggregate	15	712	129	8	152	236	246	168	134	1800

Übersicht 24: Personalverteilung von Headquarters and Headquarters Company, OMGBY, Juni 1946

Schlüssel der horizontal angeordneten Ziffern:

1: Command
2: Executive
3: Inspections
4: Company Hq
5: Pers & Adm
6: Plans & Opns
7: DP & Refugees
8: Supply
9: Hq Commandant
10: Hist & Reports
11: Economics Division, Separate Sec
12: Economics Division, Food & Agric
13: Economics Division, Trade & Com
14: Economics Division, Restitutions
15: Economics Division, Industry
16: Finance Division, Separate Sec
17: Finance Division, Finance
18: Finance Division, Prop Control
19: Transportation
20: Manpower
21: Legal
22: Ed & Religion
23: Internal Affairs & Communications, Sep Sec
24: Internal Affairs & Communications, Pub H & Wel
25: Internal Affairs & Communications, Civil Adm
26: Internal Affairs & Communications, Comm
27: Internal Affairs & Communications, Pub Safety
28: Information Control, Sep Sec
29: Information Control, Intelligence
30: Information Control, Info Control
31: Information Control, Pub Relations
32: TOTAL

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
Brig Gen	1																															1
Colonel	2	1	5					1			1				1				1		1		1	1		1	1	1				18
Lt Colonel					1	1		2	1		1	1	1	1	4						7					1	3	1	1	4		30
Major				1	3	1		2		1					3			6			13						16	–1	7	7		61
Captain	1			1	4	2	10	3						2	1			1			1		1		3		23		6	5		64
1 st Lt.					4			6												4					14							
Tot Com	4	1	5	2	12	4	10	14	1	1	2	1	1	3	9			7	1		22		2	1	3	2	47		3	14	16	188
WO					1																											1
Grade 1	1			1	4	1		2													1		1	1	1	1	7	1	1	1		24
Grade 2					6	1		5				1	1	1	5			2											4	1		27
Grade 3	1	1		1	13	1		1			1																4		–1			24
Grade 4				2	20	1		6	1					2													15		5	1		53
Grade 4				3	9			15																								27
Total EM	2	1		7	52	4		29	1		1	1	1	3	5			2			1		1	1	1	1	26	1	11	3		155
Total Mil	6	2	5	9	65	8	10	43	2	1	3	2	2	6	14			9	1		23		3	2	4	3	73	4	25	19		344
CAF 15												1													1							2
CAF 14												2				2				1												5
CAF 13							1				2		1		5		3	3	2	2	2	2		1	5	1	2			5	1	38
CAF 12							1		1					2	4		2	22	1		3			1	2	3	2		1	1		61
CAF 11							2						1				3	1	1		1				1		9		6	10	1	36
CAF 9					1									2			1	3	1						1		17		5	3		34
CAF 7					2						2				1			4	1	3	1				2	3			1		1	21
P-7																						2		1								3
P-6													2	2					1	1	52	3										61
P-5															6						4	10										20
P-4																					3											3
Tot Civ Staff					3		4			1	4	3	4	6	16	2	9	33	7	7	66	17		3	12	7	30		13	34	3	284
CAF 6																						1			1							2
CAF 5			1		2					2	2	1		1		1		3									8		1	1		23
CAF 4					3		1				1		1	1	10			1		3	5	10		1		1	2	2		4	1	47
CAF 3			1		1		1			2	1			2							5					1	5	1	6	1		27
Tot Civ Cler			2		6		2			4	4	1	1	4	10	1		4		3	10	11		1	1	2	15	3	7	6	1	99
Tot Civ			2		9		6			5	8	4	5	10	26	3	9	37	7	10	76	28		4	13	9	45	3	20	40	4	383
Aggregate	6	2	7	9	74	8	15	43	2	6	11	6	7	15	40	3	9	46	8	10	99	28	3	5	17	13	118	7	45	59	4	727

Die nächsten einschneidenden Personalreduzierungen setzte OMGUS für das Ende des Jahres 1946 fest. Angesichts der Annahme der Landesverfassungen und dem Beginn der Landtagsarbeit erschien eine Verringerung der amerikanischen Präsenz erwünscht.[88] Bis Ende des Jahres 1946 wollte man das gesamte OMGUS-Personal um 13% auf 5000 Personen abbauen. Für Bayern bedeutete das eine Reduzierung der Stellen um 25% im Münchener Hauptquartier und um 15% bei den lokalen Detachments.[89] Die für den 1. Januar 1947 verbindliche Personalstärke bei den einzelnen Abteilungen von OMGBY wurde von General Muller am 28. August 1946 wie folgt festgelegt:[90]

Übersicht 25: Sollstärke der Abteilungen von OMGBY, 1. Januar 1947

1.	Command, Executive and Inspection (mit Land Resources and Budget Control)	16
2.	Hq Commandant	34
3.	Hq and Service Company	80
4.	Personnel and Administration	53
5.	Intelligence	19
6.	Plans and Operations	7
7.	Transportations	6
8.	Supply	33
9.	Public Relations	3
10.	Manpower	8
11.	Legal Division	74
12.	Finance Division	41
13.	Economics Division	60
14.	Internal Affairs Division	130
15.	Information Control Division	71
16.	Civil Administration Division	15
		650

Für die lokalen Detachments (Companies A, B, D, E und G) standen 795 Personen zur Verfügung.

Demnach sah der Organisationsplan für den 1. Januar 1947 insgesamt nur noch 1446 Personen vor (486 Offiziere, 368 Zivilangestellte und 592 Soldaten). Tatsächlich betrug dann der Personalstand Ende 1946 1543 Personen (513 Offiziere, 417 Zivilangestellte und 613 Soldaten). Daneben verfügten die Amerikaner noch über 7064 Personen nichtamerikanischen Personals (indigenous personnel), von dem aber im folgenden Halbjahr über die Hälfte entlassen wurde: Im August arbeiteten etwa 3300 Nichtamerikaner bei der Militärregierung und Ende 1946 waren es nur noch 2990 Personen.[91]

Der Organisationsplan für den 1. Juli 1947 sah insgesamt nur noch 979 Stellen für Amerikaner vor (399 Offiziere, 349 Zivilangestellte und 231 Soldaten). Gegen Ende des Jahres pendelten sich Ist-Stärke und Soll-Stärke aufeinander ein: Am 31. Dezem-

[88] 5/376–1/8.

[89] 13/111–2/12.

[90] 5/376–1/8.

[91] 10/196–1/10. Die nichtamerikanischen Mitarbeiter der Militärregierung waren in der Regel deutsche Staatsangehörige. Von den 6950 Personen am 31.1.1947 waren 6594 Deutsche, 28 Österreicher, 80 Displaced Persons und 278 Personen mit sonstiger Staatsangehörigkeit (10/130–1/6).

ber 1947 verfügte die Militärregierung in Bayern über 424 Offiziere (plus sieben Warrant Officers), 199 Soldaten und 342 Zivilangestellte. Erstaunlich hoch war also immer noch die Zahl der Offiziere. Man war der Meinung, daß die Autorität der Militärregierung, insbesondere in den lokalen Detachments, durch Offiziere besser als durch Zivilangestellte zur Geltung gebracht werden konnte.
Eine drastische Personalreduzierung, jetzt vor allem auf Kosten der Offiziere, war dann für den 30. Juni 1948 vorgesehen. Das Personal mußte um fast 50% abgebaut werden; die verbliebenen Stellen wurden fast ausschließlich mit US-Zivilangestellten besetzt. Die zur Verfügung stehenden 504 Stellen sollten nach dem folgenden Schlüssel auf die Abteilungen der Militärregierung verteilt werden:

Übersicht 26: Personalstärke der Abteilungen von OMGBY, Juli 1948

Office of Director and Executive	8
Personnel and Administration	25
Public Information	1
Direction of Field Operation	3
Liaison and Security Detachments	227
Intelligence, Reports and Statistics, Research	25
Information Control (ohne Research)	43
Education and Cultural Relations	30
Civil Administration	3
Public Health	1
Public Welfare	4
Public Safety	11
Denazification	13
Legal	68
Finance	2
Property	
Property Control	8
Decartelization	3
Reparations	5
Restitutions	8
Economics	3
Food and Agriculture	10
Transport	1
Manpower	2

Da seit Herbst 1948 OMGBY nicht mehr für die Military Courts zuständig war, verringerte man das Personal der Liaison and Security Detachments auf 134 Stellen (März 1949). Dadurch sank die Ist-Stärke von OMGBY im Mai 1949 auf 327 Personen. Für den 30. Juni 1946 wurden OMGBY von OMGUS 235 Stellen zugeteilt. Nachdem OMGBY dem Abbau der Stellen, besonders im Bereich von Food and Agriculture, widersprochen hatte,[92] genehmigte OMGUS schließlich 250 Stellen, die wie folgt auf die einzelnen Abteilungen verteilt waren (in Klammern die tatsächliche Personalstärke im Mai 1949):

Übersicht 27: Personalstärke der Abteilungen von OMGBY, Mai 1949

Command and Executive	7	(9)
Personnel and Administration	15	(26)
Public Information Office	4	(5)

[92] 13/141-2/1.

Economics	7	(9)
Food and Agriculture	10	(10)
Legal	10	(14)
Education and Cultural Relation	35	(34)
Property	1	(18)
Decartelization	3	(2)
Civil Administration	14	(23)
Intelligence and Reports	20	(23)
Liaison and Security	124	(126)
Information Division	–	(28)

Die Information Service Division wurde mit Wirkung vom 30. Juni 1949 aufgelöst.

Übersicht 28: Personalstärke der Militärregierung in Bayern 1945–1949[93] (in Klammern die Sollstärke laut T/O)

Datum	Officers	Warrant Officers	Enlisted Men	Civilians	Gesamt
1945					
Mai					2100
31. Juli	1100	50	1699	–	2849
31. Okt.	1364	41	2335	–	4229
	+ 218	+ 7	+ 264		
30. Nov.	1243	37	2336	–	
	(+ 60 att.)				
31. Dez.	1382	33	2678	–	4093 (incl. att.)
1946					
31. Jan.	1280	24	2708	21	
28. Feb.	1091 (888)	31	2266 (1955)	54 (577)	3442 (3420)
18. Juni	715 (583)	17	910 (834)	153 (383)	1795 (1800)
1. Aug.	663 (576)	13	787 (818)	209 (407)	1673 (1801)
1. Okt.	585 (570)	10 (10)	763 (806)	398 (419)	1756 (1805)
31. Dez.	513 (487)	8	633 (592)	417 (367)	1571 (1446)
1947					
1. April	456 (476)	7 (8)	581 (591)	354 (371)	1398 (1446)
30. Juni	410 (399)	4	261 (231)	344 (349)	1019 (979)
1. Okt.	401 (413)	7	203 (214)	319 (352)	930 (979)
31. Dez.	424 (412)	7	199 (210)	342 (353)	972 (975)
1948					
1. Juli	(4)			(503)	
1949					
30. Juni				(235)	

c) Die Beziehungen zwischen der Militärregierung und den bayerischen Behörden

In der am 28. September 1945 verkündeten Proklamation Nr. 2 vom 19. September 1945 war den neu gebildeten Staaten „unter Vorbehalt der übergeordneten Machtbefugnis der Militärregierung volle gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt, soweit deren Ausübung nicht mit früheren und zukünftig getroffenen Maßnahmen des Kontrollrats für Deutschland oder einer von diesem errichteten zentralen

[93] Angaben aus 10/130–1/6.

deutschen Behörde in Widerspruch steht", zugestanden worden. Diese allgemeine Übertragung von Zuständigkeiten stand unter dem Vorbehalt der Befehlsgewalt der Militärregierung, d. h. jede Militärregierungsstelle konnte den gleichgeordneten deutschen Stellen Weisungen erteilen bzw. deutsche Anordnungen annullieren.
Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Wiederherstellung einer selbständigen deutschen Verwaltung war die USFET-Direktive vom 5. Oktober 1945 (Reorganization of Military Government Control Channels in Order to Develop German Responsibility for Self Government). Die Direktive sollte den Rückzug der Militärregierung aus der unmittelbaren Verwaltung einleiten. Auf der lokalen Ebene sollte in Zukunft nur noch die Kommunalverwaltung die zuständige Anlaufstelle für die Deutschen sein. Das Nebeneinander gleichartiger deutscher und amerikanischer Verwaltungsstellen sollte entfallen. Was sich die Militärregierung im wesentlichen weiterhin vorbehielt, war Property Control, Militärgerichtsbarkeit und Untersuchung der Fragebogen.
Das Echo auf die Direktive war geteilt. Für viele Amerikaner und Deutsche kam sie zu früh. Gerade Anfang Oktober erreichte die Entnazifizierung einen gewissen Höhepunkt. CIC-Teams überprüften jetzt die Fragebögen, und die „Schwarze Liste" war ab Oktober für alle Detachments greifbar. Die Direktive vom 5. Oktober 1945 sowie die weiteren, in der Zwischenzeit eingegangenen Schreiben und Direktiven von USFET zum Verhältnis Militärregierung und Zivilverwaltung wurden in einem USFET-Brief vom 21. November 1945 zusammengefaßt (Action to Strengthen German Civil Administration in the US-Zone). Bis spätestens zum 31. Dezember 1945 „sollen die Vollmachten, welche die Militärregierung über die deutschen Behörden hat, in der Instanz der Staatsregierung ausgeübt werden, und alle Anweisungen von Militärregierungsstellen an deutsche Behörden werden durch die Ministerpräsidenten und die Ressortminister der entsprechenden Staaten erfolgen". Die entsprechenden Anordnungen für die bayerische Regierung enthielt dann eine Weisung von OMGBY vom 26. Dezember 1945.[94] Ab 31. Dezember 1945 sollte der Ministerpräsident ausschließlich der Ansprechpartner der Militärregierung sein. Bei der Staatskanzlei wurde eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die alle von den Militärregierungsstellen einlaufenden Schreiben an das zuständige Ministerium bzw. an die zuständige Behörde weiterzuleiten hatte.
Die zunehmende Übertragung von Kompetenzen an deutsche Stellen warf die Frage auf, was mit den Angelegenheiten zu geschehen habe, die früher Reichssache waren und bei denen zumindest innerhalb der amerikanischen Zone eine einheitliche Behandlung erstrebenswert war, wie etwa auf dem Gebiete der Wirtschaft, des Transport- und Nachrichtenwesens. Nach dem Vorbild des amerikanischen „National Resource Planning Board", der aus Ministern und Subkomitees zur Bearbeitung gemeinsamer Fragen gebildet wurde, schufen die Amerikaner den Rat der Ministerpräsidenten mit Sitz in Stuttgart,[95] der am 17. Oktober 1945 zu seiner ersten Sitzung zusammenkam. Durch den in der zweiten Sitzung des Länderrats am 6. November 1946 gebilligten Organistionsplan des Länderrats erhielt das Gremium eine vorläufige Verfassung. Mit USFET-Brief vom 2. November 1945 wurde dann das Regional Government Coordinating Office (RGCO) als Koordinierungsbüro beim Sitz des Länderrats eingerichtet.
Mit Schreiben vom 24. Juni 1946 wies OMGUS das RGCO sowie die Militärregierungen in den Ländern an, nur noch bei gewissen wichtigen Gesetzen, Verordnungen und

---

[94] Dokumente zum Aufbau, S. 34 ff.; Hoegner: Der schwierige Außenseiter, S. 213 f.
[95] USFET-Schreiben vom 5. Oktober 1945 („Coordination of German Laender Governments and Special Administrative Services < Sonderverwaltungen > in the American Zone").

Vorschriften die amerikanische Zustimmung zu verlangen. OMGUS selbst behielt sich unter den genehmigungspflichtigen Normen seinerseits nur die wichtigsten zur Prüfung und vorherigen Genehmigung vor (alle Ländergesetze über das Beamtentum, über die politischen Parteien, über Wahlen und über die Gerichtsverwaltung, die Landesverfassungen sowie alle wichtigen Beschlüsse des Länderrats). Am 9. Juli 1946 wurde entsprechend dieser Anweisung dem bayerischen Ministerpräsidenten von OMGBY mitgeteilt, welche Gesetze, Verordnungen und Vorschriften in Zukunft noch vorgelegt werden mußten.

Mit Rücksicht auf das bevorstehende Inkrafttreten der Verfassungen in den Ländern der amerikanischen Besatzungszone formulierte OMGUS in der Direktive vom 30. September 1946 (Relationships Between Military and Civil Government <U.S. Zone> Subsequent to the Adoption of Land Constitutions) die neuen Beziehungen zwischen Militärregierung und Länderregierungen. Grundsätzlich sollte sich die Militärregierung unter Verzicht auf direkte Eingriffe auf Beobachtungen, gelegentliche Inspektionen, Berichteeinholung und Beratung beschränken.[96] Die verbliebenen Eingriffsrechte wurden genau abgegrenzt, insbesondere behielt man sich das Recht vor, bei einem Verstoß gegen Richtlinien der Militärregierung die entsprechenden Maßnahmen zu mißbilligen, Gesetze und Verordnungen zu suspendieren und Beamte zu entlassen. Freilich lag es weitgehend im Ermessen der Militärregierung, einen Verstoß gegen Militärregierungsbestimmungen festzustellen. Das wurde gleich nach Erlaß der Direktive deutlich, als es im Anschluß an die Landtagswahlen vom 1. Dezember 1946 um die Wahl des Ministerpräsidenten ging und OMGBY die Wählbarkeit des CSU-Kandidaten Josef Müller überprüfte. General Joseph T. McNarney bestätigte am 5. Dezember 1946 ausdrücklich dieses Überprüfungsrecht und die Befugnis der Militärregierung, auch bereits gewählte deutsche Politiker abzuberufen.[97] Wahrscheinlich hat diese Haltung der Militärregierung Einfluß auf die Ministerpräsidentenwahl vom 21. Dezember 1946 gehabt,[98] bei der nicht der CSU-Parteivorsitzende Müller, sondern der Staatssekretär im Justizministerium Hans Ehard gewählt wurde.

Nachdem mit der Proklamation Nr. 4 vom 1. März 1947 (Neufassung der Proklamation Nr. 2) die Befugnisse der Militärregierung in der US-Zone weiter eingeschränkt worden waren,[99] präzisierte Landesdirektor Muller für OMGBY am 11. April 1947 die Beziehungen zwischen amerikanischen und deutschen Stellen. Anweisungen und Richtlinien („orders and instructions") der Militärregierung durften nur noch über den Landesdirektor an den Ministerpräsidenten gehen, der sie dann an die zuständige Stelle weiterleitete. Sie bedurften der Schriftform. Soweit die Leiter von Abteilungen

---

[96] Dokumente zum Aufbau, S. 56ff.; 13/144–3/31. Die Direktive wurde erst Anfang Dezember über das Regional Government Coordinating Office in Stuttgart den Ländern zugänglich gemacht. In Bayern übermittelte sie der Ministerpräsident am 5. Dezember 1945 an die Ministerien (BayHStA MWi 11724).

[97] Am 7.12.1946 berief Muller Hundhammer, Horlacher (Präsident der Verfassunggebenden Landesversammlung), Liedig (Parteisekretär) und Müller in seine Dienststelle und gab folgende Erklärung der Militärregierung ab: „Die Militärregierung hat bis jetzt noch keine Maßnahmen gegen Dr. Müller getroffen. Da jedoch Dr. Müller für das Amt des Ministerpräsidenten in Erwägung gezogen wurde, erscheint es notwendig darauf hinzuweisen, daß Unklarheit darüber besteht, inwieweit Dr. Müller unter das Befreiungsgesetz fällt und daß entsprechende Maßnahmen notwendig werden könnten." (BayHStA Sonderministerium Nr. 92).

[98] Vgl. Mintzel: Geschichte der CSU, S. 330ff.; Langendorf/Wulffius: In München fing's an, S. 69ff.

[99] Dokumente zum Aufbau, S. 110ff.

der Militärregierung in Ausnahmefällen eine direkte Übermittlung an deutsche Stellen für wünschenswert hielten, mußten sie dazu vom Landesdirektor ausdrücklich ermächtigt werden. Der Ministerpräsident sollte darüber informiert werden. Alle Anweisungen und Richtlinien, die nicht in der genannten Form erlassen wurden, sollten unwirksam sein. Insbesondere die lokalen Militärregierungsstellen wurden ermahnt, zugunsten des erwünschten Demokratisierungsprozesses auf direkte Anweisungen zu verzichten. Diese Regelung vom 11. April 1947 wurde dem bayerischen Ministerpräsidenten am 22. April 1947 übersandt,[100] der sie an die Ministerien weiterleitete.

Seit dem Jahre 1947 bemühten sich die Amerikaner statt Befehlen Ratschläge zu erteilen. Verzicht auf „orders and instructions" und statt dessen „information and advice" hieß die Devise. Lediglich in einigen Bereichen wie Reparationen, Rückerstattung sowie Export-Import wurde noch direkte Kontrolle („operational control") ausgeübt.[101]

Die JCS-Direktive 1779 vom 15. Juli 1947 löste die berüchtigte JCS-Direktive 1067/6 vom 26. April 1945 ab. Die Direktive vom 15. Juli 1947 konkretisierte u. a. die Byrnes-Bevin-Vereinbarung vom 2. Dezember 1946, die Vereinbarungen vom 29. Mai 1947 über den Wirtschaftsrat sowie die Beschlüsse der Moskauer Außenministerkonferenz vom 23. April 1947. Die Direktive, der eine Neufassung des Titels 1, MGR, folgte, wurde am 18. Juli 1947 von General Clay den Länderregierungen mitgeteilt.[102] Sie betonte die Weiterentwicklung der staatlichen Selbständigkeit in den Ländern. In Teil 5 des Titels 1, MGR, schrieb man jetzt noch einmal fest, daß der Landesdirektor Verfügungen und Bekanntmachungen der Militärregierungen an deutsche Stellen über den Ministerpräsidenten zu übermitteln habe.

Um diese Zeit, zwischen dem 14. und 22. Juli 1947, wurden durch die Policy Enforcement Branch, CAD, OMGUS, die Beziehungen zwischen OMGBY und den bayerischen Behörden und Ministerien untersucht („policy review").[103] Der Untersuchungsbericht kam zum Ergebnis, daß in vielen Fällen die Überwachung von deutschen Einrichtungen durch Dienststellen der Militärregierung entbehrlich sei. Insbesonders im Gefängnisbereich, bei der Polizei, im Gesundheits- und Wohlfahrtswesen werde zu viel kontrolliert. Man rügte die mangelnde Eigeninitiative der bayerischen Behörden sowie die Versuche untergeordneter bayerischer Dienststellen, durch Einschaltung der Militärregierung den Dienstweg zu umgehen.

Trotz dieser Lockerung der Kontrollen ließen es die Amerikaner nicht zu, daß sich bayerische Dienststellen gegenüber Dienststellen der Militärregierung auf die Anweisungen vom 11. April 1947 beriefen, wenn sie eine Maßnahme für nicht gerechtfertigt hielten. Im November 1947 schrieb OMGBY deswegen an den Ministerpräsidenten:

„Da die Beschränkungen in der Kontrolle durch die Militärregierung selbst auferlegt sind, ist es nicht Sache der örtlichen Regierungsbeamten, den Versuch zu machen, um derartige Beschränkungen nachzusuchen oder über deren Befolgung durch die Offiziere der örtlichen Militärregierungen an Ort und Stelle ein Urteil zu fällen. In Fällen, in denen Beamte glauben, daß das genehmigte Verfahren nicht befolgt worden sei, ist die Unterrichtung des Staatsministeriums auf dem Dienstwege das richtige Verhalten. Das entsprechende Amt der Landesinstanz sollte dann seinerseits die Angelegenheit der Militärregierung des Landes zur Prüfung vorlegen. In allen Fällen sollten jedoch

---

[100] 13/144-3/31.
[101] OMGBY: Quarterly Historical Report 1947 I, S. 11.
[102] 13/144-3/31.
[103] AG 1947/19/8.

die Regierungsbeamten aller Instanzen zuerst die von Offizieren der Militärregierung erhaltenen dienstlichen Befehle oder Ersuchen ausführen."[104]
In den Jahren 1947 und 1948 hat die Militärregierung ihre Politik als „policy of persuasion" oder als „hands off policy" zu charakterisieren versucht. 1948 sollte der Wechsel von der Kontrolle zur „reorientation" vollzogen sein.
Diese neue zurückhaltende Gangart schloß indes nicht aus, daß die Militärregierung auch in den Jahren 1947, 1948 und 1949 immer dann massiv in die Verwaltungs- und Gesetzgebungshoheit der bayerischen Regierung und des bayerischen Landtags eingriff, wenn sie offensichtliche Verstöße gegen Bestimmungen des Besatzungsrechts (insbesondere Verstöße gegen MGR) oder auch Verletzungen der Bayerischen Verfassung festzustellen glaubte. Eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen wurden daher auch noch in den letzten Jahren der Militärregierungszeit in Bayern annulliert, was an einigen Beispielen aufgezeigt werden soll:
Mit Schreiben vom 28. November 1947 ordnete OMGBY die Annullierung des Gesetzes zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen vom 16. Juli 1926[105] an, nachdem die Prisons Branch festgestellt hatte, daß von Landräten und Oberbürgermeistern Verurteilungen aufgrund dieses Gesetzes ausgesprochen worden waren. Die Einweisung in Arbeitshäuser (bis zu zwei Jahren), also der Freiheitsentzug ohne Gerichtsverfahren, widersprach 9–430, MGR. Aus dem gleichen Grund ordnete OMGBY am 5. Januar 1948 die Annullierung des Gesetzes zur Bekämpfung des Schwarzen Marktes vom 25. September 1945 an.[106]
Das Gesetz zur Bekämpfung von Markenfälschungen vom 12. Juli 1948[107] hob OMGBY am 16. September 1948 deswegen auf, weil es das Landwirtschaftsministerium und das Wirtschaftsministerium zur Schließung von Geschäften ohne vorhergehendes gerichtliches Verfahren ermächtigte „und ihnen damit unter Verletzung des demokratischen Grundsatzes der Gewaltenteilung richterliche Befugnisse gibt".[108]
Am 16. September 1948 ordnete OMGBY die Aufhebung der Durchführungbestimmungen vom 5. September 1947[109] zu Anordnung Nr. 6 vom 15. Oktober 1945 an, weil diese die Errichtung von Industrie- und Handelskammern begrenzen und in gewissen Gebieten erzwingen würden. Darüber hinaus würden durch die Ermächtigung zugunsten der Kammer, vereidigte Fachleute auf dem Gebiete der Wirtschaft zu ernennen, Nichtmitglieder benachteiligt: „Die Zuweisung selbst nichtstaatlicher Funktionen und Aufgaben durch das Wirtschaftsministerium an die Industrie- und Handelskammern würde Natur und Wirksamkeit einer freiwilligen, privaten Organisation entscheidend verzerren".[110]
Als unzulässigen Verstoß gegen Art. 70 der Bayerischen Verfassung (Abs. 1: „Die für alle verbindlichen Gebote und Verbote bedürfen der Gesetzesform") wertete OMGBY einen Regierungsentwurf über die Bestrafung von Schulversäumnissen, da das geplante Gesetz die im Gesetz zu regelnden Bestimmungen einer Verordnung überlassen wollte (Schreiben vom 4. November 1948).[111]

---

[104] Schreiben der Staatskanzlei an alle Ministerien vom 26. 11. 1947 (BayHStA Sonderministerium Nr. 93).
[105] Bayer. GVBl. Nr. 17 vom 22.6.1926.
[106] Bayer. GVBl. Nr. 2 vom 10.10.1945; BayHStA MA 130814.
[107] Bayer. GVBl. 117.
[108] BayHStA MA 130823/2539.
[109] Bayer. GVBl. 207.
[110] BayHStA MA 130823/2532.
[111] BayHStA MA 130824/3036.

Mit Befehl Nr. 9 vom 15. Dezember 1948 annullierte OMGBY eine Verordnung über die Wirtschaftsverwaltung, da sie der Verwaltung gesetzgeberische Kompetenzen einräumte.[112]
Mit Befehl Nr. 10 vom 3. Januar 1949 hob OMGBY den Art. 7 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden vom 10. August 1948 auf, weil im Gesetz dem Staat gewisse Einflußnahmen auf die Polizeibehörden der Gemeinden eingeräumt wurden.[113]
Mit Befehl Nr. 11 hob OMGBY am 10. Januar 1949 das Gesetz über die Rechnungsprüfung wegen Verstoßes gegen Art. 80 der Bayerischen Verfassung (Rechnungsprüfung nur durch einen mit richterlicher Unabhängigkeit ausgestatteten Rechnungshof) auf, weil statt dem Rechnungshof in seiner Gesamtheit dem Rechnungshofpräsidenten gewisse Befugnisse zuerkannt worden waren.[114]
Mit Befehl Nr. 12 vom 21. Januar 1949 hob OMGBY das Gesetz über die Errichtung einer Marktordnung für die Ernährungswirtschaft des Landes Bayern sowie die dazu ergangenen Erlasse, Vorschriften etc. mit Wirkung vom 25. Januar auf, da das Gesetz zu unbestimmt formuliert war und darüber hinaus das Gesetz berufsständische Organisationen zur Ausübung von Exekutivgewalt ermächtigte.[115]
Die Rechtsauffassung der Militärregierung erschien der bayerischen Verwaltung mehr oder weniger überzogen; sie war indes in ihrer demokratischen Grundhaltung und ihrem Verfassungsverständnis auf der Höhe der Zeit. Erst unter dem Eindruck der Verfassungsrechtsprechung haben sich die von den Amerikanern gesetzten strengen Maßstäbe in den 50er und 60er Jahren allgemein durchgesetzt.
Am 10. April 1949 wurde dem bayerischen Ministerpräsidenten vom Landesdirektor das Besatzungsstatut zur Kenntnis übersandt.[116] Mit seinem Inkrafttreten am 21. September 1949 ging die Militärregierungszeit auch in Bayern zu Ende.
Im September 1949 faßte der Leiter der Governmental and Political Branch der Civil Administration Division von OMGBY, John P. Bradford, zusammen, in welcher Weise und mit welchem Erfolg sich die Militärregierung um die demokratische Entwicklung in Bayern bemüht hatte. Er wies darauf hin, daß es vor allem der Militärregierung zu verdanken sei, wenn in den Wahlgesetzen für Gemeinden und Landtag ein zumindestens partielles Persönlichkeitswahlrecht Eingang gefunden hätte. Größten Wert habe die Militärregierung auf die Schulreform gelegt, da nach ihrer Meinung eine gute Ausbildung die sicherste Garantie für ein demokratisches Verhalten sei. Daher habe man so energisch die Schulgeld- und Lehrbuchfreiheit durchgesetzt. Die letzten Verlautbarungen der Militärregierung zur Gewerbefreiheit hätten dazu gedient, jedermann von willkürlichen Einschränkungen bei der Ausübung eines dem Lebensunterhalt dienenden Berufes zu befreien.
In den letzten zwei Jahren hätte die Militärregierung einige Gesetze des Landtags und eine bedeutende größere Zahl von Verordnungen aufgehoben. Bei den Gesetzen war vor allem zu beanstanden, daß sie in unzulässiger Weise gesetzgebende Gewalt auf die Verwaltung übertrugen. Umgekehrt wären viele Verordnungen aufgehoben worden, weil sie vom Gesetzgeber hätten beschlossen sein müssen. Dies könnte in den Vereinigten Staaten nie geschehen, da hier der Kongreß eifersüchtig über seine Kompetenzen wache.

---

[112] BayHStA MA 130825/3151.
[113] BayHStA MA 130827/1.
[114] BayHStA MA 130827/54.
[115] BayHStA MA 130827/162.
[116] BayHStA MA 130830.

Ausführlich ging Bradford auf die Bemühungen der Militärregierung um eine Reform des Beamtentums in Bayern ein. Hier sei vor allem eine Änderung des Beamtengesetzes notwendig.
Sehr besorgt sei die Militärregierung auch über die Mißachtung der Rechte einzelner bei Durchsuchungen und Verhaftungen. Wenn die Demokratie lebensfähig sein solle, dann müsse mit ihr vor allem in den Kommunen begonnen werden. Daher habe sich die Militärregierung ausführlich mit den geplanten Kommunalgesetzen befaßt. Leider würde diese Angelegenheit weder bei der Presse noch beim Durchschnittsbürger die nötige Beachtung finden.[117]
Bradfords Resumee ist nicht frei von Resignation. Den Amerikanern bleibt jedoch der Trost, daß sie in vielen Punkten entscheidende Anregungen gegeben hatten und daß sich einiges von dem, was sich zwischen 1945 und 1949 noch nicht durchsetzen ließ, heute zum unverzichtbaren Bestand des demokratischen Rechtsstaates gehört.

[117] Information Bulletin OMGUS vom 6.9.1949. Vgl. dazu auch die vom Landeskommissar für Bayern herausgegebene Broschüre: Gedanken über eine neue bayerische Gemeinde-Ordnung 1951 (BayHStA MA 113692).

B. Systematische Übersicht
Die einzelnen Aufgabenbereiche der Militärregierung

1. Die Landesdirektoren und ihre Stellvertreter

a) General Walter J. Muller

General Walter J. Muller, geboren am 29. September 1895 in Wyoming, graduierte 1918 in West Point und lernte Deutschland wenig später während der Rheinlandbesetzung kennen. Zwischen den Kriegen arbeitete Muller als Mathematiklehrer. Nach dem Ende der Wirtschaftskrise ging er zur Armee. Als Colonel diente er unter Patton in Marokko und Frankreich und brachte es schließlich 1944 zum Brigadegeneral und zum Chef der für den Nachschub zuständigen Stabsabteilung G-4 der 3. Armee, bevor er am 5. Oktober 1945 zum Direktor der amerikanischen Militärregierung in Bayern ernannt wurde. Seine Tätigkeit in Bayern wird insgesamt günstig beurteilt. Wilhelm Hoegner hat Muller sehr geschätzt: „Vor allem General Muller, der nach außen hin manchmal den rauhen Berufssoldat herauskehrte, aber voll Herzensgüte war, hat Bayern große Dienste geleistet. Er hat bayerische Sonderwünsche wiederholt bei General Clay [. . .] mit Nachdruck vertreten. In schwierigen Lagen ist er mir immer beigestanden."[1] Etwas kritischer äußerte sich Walter F. Dorn: „Verbindlich, klug und durchsetzungsfähig war General Muller gewiß, allerdings besaß er kein tieferes Verständnis des spezifisch bayerischen Problems."[2] Gegenüber seinen Untergebenen in der Militärregierung galt Muller als nachsichtig, gemäß der Devise, die in seinem Arbeitszimmer hing: „If an order can't be obeyed, don't give it."
Am 20. November 1947 übergab Muller († 1965) seine Befugnisse als Landesdirektor an den Zivilisten Murray D. Van Wagoner. Der Amtswechsel erfolgte auf Wunsch Mullers, der wieder in den Armeedienst zurückkehren wollte. Darüber hinaus war OMGUS bestrebt, die Schlüsselstellungen in der Militärregierung mit Zivilisten zu besetzen.

b) Murray D. Van Wagoner

Als Nachfolger Mullers wurde am 20. November 1947[3] der ehemalige Gouverneur von Michigan, Murray D. Van Wagoner ernannt. Seit November 1947 führte Wagoner den Titel „Landesdirektor des Amtes der Militärregierung für Bayern" (Land Director, Office of Military Government for Bavaria).
Van Wagoner wurde am 18. März 1898 im amerikanischen Bundesstaat Michigan geboren. Dort lebte und arbeitete er vorwiegend, bis ihn General Clay nach Deutschland holte. Der Bundesstaat Michigan besaß etwa die gleiche Einwohnerzahl wie Bayern bei einem doppelt so großen Gebietsumfang. Möglicherweise spielten diese vergleichbaren Verhältnisse bei der Berufung zum Landesdirektor eine gewisse Rolle; entscheidend dürfte jedoch gewesen sein, daß Clay den gleichaltrigen und ihm als Ingenieur von der Ausbildung her näherstehenden Van Wagoner von früher kannte.

---

[1] Hoegner: Der schwierige Außenseiter, S. 204.
[2] Dorn: Inspektionsreisen in der US-Zone, S. 50.
[3] General Order Nr. 12 vom 20.11.1947.

Van Wagoner absolvierte 1921 das University of Michigan College of Engineering, führte von 1926–1930 ein eigenes Ingenieurbüro und bekleidete in der Folgezeit mehrere Jahre lang führende Stellen im Straßenbauwesen von Michigan (1933–1940: gewählter State Highway Commissioner). Präsident Roosevelt ernannte Wagoner 1938 zum US-Vertreter beim Internationalen Straßenkongreß in Den Haag. Als Präsident der American Road Builders Association studierte er 1937 das deutsche Autobahnsystem. Von 1940 bis 1942 war er Gouverneur von Michigan, um dann nach Detroit in die Privatwirtschaft zu gehen. Clay holte ihn als Berater für Ingenieurwesen nach Deutschland, bevor er ihn zum Landesdirektor ernannte.
Van Wagoner trat sein Amt in Bayern im Januar 1948 an. Ende September 1949 wurde er der erste Landeskommissar (Land Commissioner for Bavaria). Ende Oktober kehrte Van Wagoner nach fast zwei Jahren Tätigkeit in Bayern nach Michigan zurück, wo er von 1950 bis zu seinem Tode am 12. Juni 1986 Mitglied der Mackinac Bridge Authority war.
Sein Nachfolger wurde (zunächst als „acting" Land Commissioner) Clarence M. Bolds. Sein zähes Festhalten an den Schulreformplänen führte nach einem Protest Kardinal Faulhabers bei McCloy am 15. Juli 1950 zu seiner Ablösung durch den katholischen Professor George N. Shuster. Shuster[4] blieb bis 20. November 1951. Ihm folgte als letzter Landkommissar Oron J. Hale. Am 30. Juni 1952 übertrug Hale seine Befugnisse dem Münchener Konsul Charles Thayer.

c) Stellvertreter der Landesdirektoren

Stellvertreter des Land Director war der Deputy Land Director (Stellvertretender Landesdirektor). Dieses Amt wurde bei der Gründung von OMGBY von Col. Roy L. Dalferes, dann bis November 1946 von Col. Ernest C. Norman versehen (anschließend Leiter der Policy Enforcement Branch, OMGUS), dann von Januar 1947 bis Juli 1947 von Kenneth A. Dayton. Kenneth Dayton war Jurist, arbeitete zuerst für CAD, OMGUS, und wurde dann zum Verbindungsoffizier für die Verfassungsberatungen in Hessen und Württemberg-Baden (ab August 1946) ernannt. Nach seiner Tätigkeit in Bayern wurde er Deputy Director for Bizonal Affairs bei CAD, OMGUS. Nachfolger Daytons als Deputy Director wurde im August 1947 Lt.Col. Paul Hamilton, im September 1947 (geschäftsführend) Russell R. Lord, von Oktober 1947 bis zur Auflösung von OMGBY Clarence M. Bolds.
Als „geschäftsführender" Land Director, dem vor allem die Verwaltung anvertraut war, war der Executive Officer tätig. Das Amt wurde seit der Gründung von OMGBY am 1. Oktober 1945 bis Juli 1947 von Lt.Col. Paul Hamilton, vom August 1947 bis Mitte 1948 von Lt.Col. Robert M. Connolly, von Juni 1948 an bis 1949 (geschäftsführend) von Russell R. Lord versehen. Seit 1. Juli 1948 hieß das Amt Assistant Land Director.
Als unmittelbarer Berater des Land Director war vom Sommer 1946 bis zum Frühjahr 1947 James R. Wilkinson als Political Adviser tätig. Eine ähnliche Stellung hatte der Special Adviser (Assistant) to the Land Director. Dieses Amt wurde anläßlich der Ernennung Van Wagoners zum Land Director geschaffen und von Edward F. Kennedy während der Amtszeit Wagoners versehen. Kennedy kehrte Ende August 1949 in die USA zurück.

---

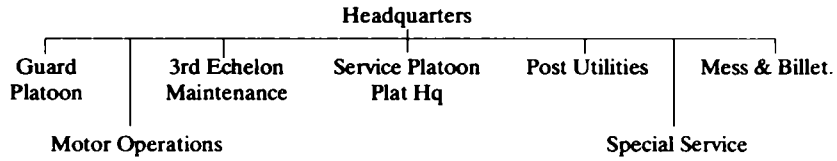
[4] George N. Shuster (27. 8. 1894–25. 1. 1977) war von 1940 bis 1960 Präsident des (katholischen) Hunter College in New York; schrieb: In Amerika und Deutschland. Erinnerungen eines amerikanischen College-Präsidenten. Frankfurt a. M. 1965.

2. Die interne Verwaltung der Militärregierung

a) 3rd Military Government Regiment: Headquarters and Service Company

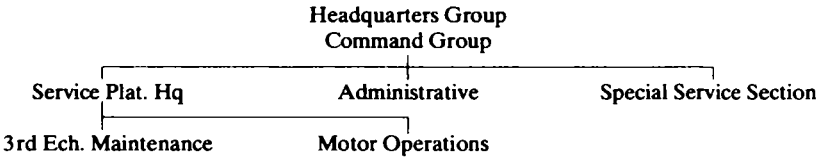
Seit Januar unterstand die 3rd Military Government Company unmittelbar dem Land Director. Der Regimentskommandeur (ab 1. Januar 1946 Col. Charles C. Morgan) erhielt seine Weisungen vom Executive Officer. Grundsätzlich gehörten alle Soldaten von OMGBY zu diesem Regiment, das also vor allem für die militärische Disziplin verantwortlich war. Die wichtigsten internen Verwaltungsfunktionen („housekeeping") nahm die Anfang des Jahres 1946 endgültig nach München verlegten Headquarters Company sowie die Service Company wahr. Die Service Company verfügte im Juli 1946 über 120 Soldaten und neun Offiziere und war wie folgt gegliedert:

Übersicht 29: Organisation der Service Company, 3rd Military Government Regiment, OMGBY, Juli 1946



Im September legte man die Headquarters Company und die Service Company zu einer Headquarters and Service Company zusammen, verringerte das Personal und übertrug wichtige Funktionen an das Office of Headquarters Commandant. Die Company verfügte jetzt nur noch über sechs Offiziere und 54 Soldaten und kümmerte sich nun vor allem um den Kraftfahrzeugdienst. Die Organisation sah nun wie folgt aus:

Übersicht 30: Organisation der Headquarters and Service Company, 3rd Military Government Regiment, OMGBY, September 1946



Als man im August 1947 die gesamte interne Verwaltung in eine Administration and Inspection Group einbrachte und das 3rd Military Government Regiment auflöste, wandelte man die Headquarters and Service Company in die Administration and Inspection Division (Section) 4 um. Die neue Division hatte die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß das Headquarters vom Munich Post gut versorgt wurde (Betrieb und Unterhalt von Kraftfahrzeugen, Versorgung, Sicherheit, Hausverwaltung, Kantinen, Technischer Dienst, Feuerschutz).

Aus dem Headquarters 3rd Military Government Regiment bildete man am 12. Juli 1947 eine Administration and Inspection Group (unter Col. Charles C. Morgan). In ihr waren nun alle internen Verwaltungsaufgaben zusammengefaßt, insbesondere die Personalsachen, die Aufrechterhaltung der Disziplin, die militärische Ausbildung sowie die allgemeine Betreuung der Militärregierungsstellen. Die Companies E, D und

B sowie die Headquarters and Service Company wandelte man in Sections (dann ab Juli Divisions) Nr. 1–4 um, d. h. man benannte sie um. Die Organisation hielt nur bis Anfang 1948, dann taucht die Bezeichnung 3rd Military Government Regiment wieder auf und firmiert dann ab 20. März 1948 als 7780 OMGUS Group, Bavaria Section.

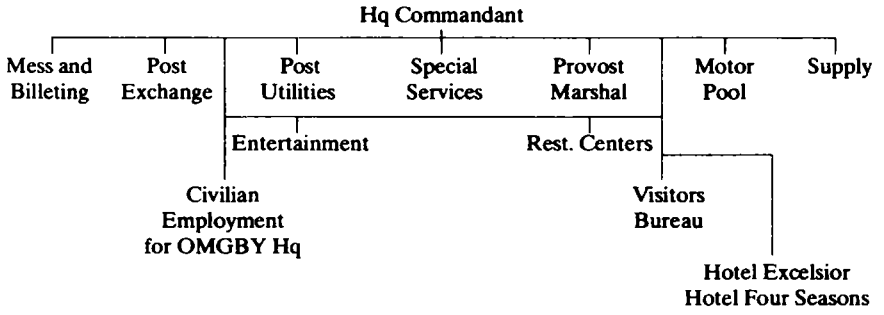
b) Inspection Section

Die im März 1946 eingerichtete Inspection Section, die immer im engen Kontakt zum Executive Officer (Assistant Land Director) stand, mußte den Vollzug der von OMGBY oder OMGUS erlassenen Bestimmungen überwachen. Kontrolliert wurden vor allem die Detachments. Die Inspection Section war immer mit hochrangigen Offizieren besetzt (Juli 1946: fünf Colonels). Ihr Leiter war bis Juli 1947 Col. Thomas H. Young, seit August 1947 Col. Ernest F. Boruski und seit Februar 1948 Col. Thomas H. Young.

c) Headquarters Commandant Branch

Die engeren „housekeeping"-Aufgaben bei OMGBY in München nahm eine Headquarters Commandant Branch (bzw. Section bis Herbst 1946) wahr. Sie sorgte für die Bereitstellung von Büroräumen und Transportmöglichkeiten, für Verpflegung und Unterkunft innerhalb des Hauptquartiers. Dieses befand sich in der ehemaligen Reichszeugmeisterei. Nach Kriegsende besetzte die 7. Armee das Gebäude, überließ es dann an DPs. Schließlich belegte das Headquarters (Rear) der 3. Armee das Gebäude. Am 21. November 1945 zog OMGBY in die Räume an der Tegernseer Landstraße ein. Bei der Headquarters Commandant Branch war eine große Zahl deutscher Angestellter tätig. Die Branch betrieb ein Visitor Center sowie die Hotels Excelsior und Vier Jahreszeiten. Anfang 1946 zeigte die Headquarters Commandant Section die folgende Organisation:

Übersicht 31: Organisation der Headquarters Commandant Branch, OMGBY, Anfang 1946



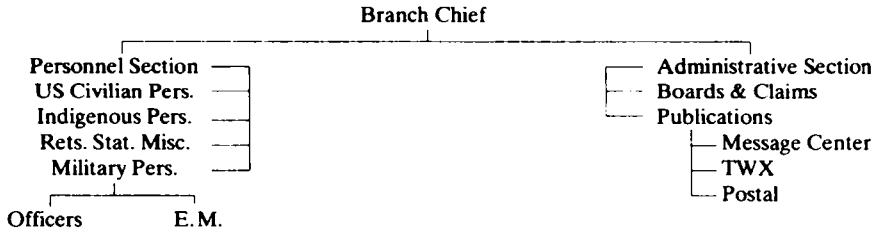
Das jetzt so genannte Office of Headquarters Commandant erreichte im September 1946 seine größte Stärke. Es verfügte laut T/O vom 7. September 1946 über zehn Offiziere, 78 Soldaten und natürlich über entsprechend viele deutsche Angestellte.
Im Zuge der Reorganisation der U. S. Streitkräfte in Europa kam es im Frühjahr 1947 zur Errichtung von Military Posts. Das gesamte amerikanische Besatzungsgebiet teilte man nun in Military Posts ein, deren Aufgabe vor allem die Verwaltung war (house keeping activities). Die Posts waren vor allem zur Unterstützung der lokalen Militärregierungen verpflichtet, sie übten die Disziplinargewalt aus, überwachten den Ge-

brauch von U.S. Eigentum und bildeten so die zentralen Verwaltungsstellen (administrative bases) für die militärischen Einheiten in ihrem Bereich; ihnen oblag auch die Hausverwaltung und das Betreiben der Kantinen („Post Commanders will have complete control over assigned troops, Post Commanders will furnish appropriate living essentials and services for assigned and attached personnel"). Für Bayern war der am 15. März 1947 eingerichtete First Military District zuständig, der über die folgenden Military Posts gebot: Würzburg, Bamberg, Nürnberg, Fürth, Amberg, Regensburg, Augsburg, München, Kaufbeuren (bis 1. Juli 1947), Garmisch und Bad Tölz. Das Office of Headquarters (= Headquarters Commandant Branch) war nun entbehrlich und wurde aufgehoben. Seine Aufgaben (insbesondere den Betrieb der Kantinen) übernahm der Münchener Military Post.

d) Personnel and Administration Branch/Division

Im Januar 1946 wurden die Personnel and Administration Branch von OMGBY und die Personnel and Administration Branch des 3rd Military Government Regiment zu einer einheitlichen Branch zusammengelegt.[5] Sie erfüllte die Aufgaben einer zentralen Personalabteilung, einer zentralen Kanzlei samt Registratur und betrieb als Posteinlauf- und -auslaufstelle ein Message Center mit Kurierdienst. Am 17. Juli 1946 wies sie bei einer Sollstärke von 75 Personen die folgende Organisation auf:

Übersicht 32: Organisation der Personnel and Administration Branch, OMGBY, 17. Juli 1946



Am 3. September 1946 wurde die Branch zur Personnel and Administration Division mit einer Administration Branch und einer Personnel Branch erhoben.[6] Am 1. Juni 1947 teilte man die Personnel Branch in eine Military Personnel und in eine Civilian Personnel Branch.[7] Im Juni 1948 löste man die Division auf; die Administration Branch und die Personnel Branch wurden dem Executive Officer (Assistant Land Director) unterstellt. Im Mai 1949 verfügte die Administration Branch über folgende Sections:

Übersicht 33: Organisation der Administration Branch, OMGBY, Mai 1949

- Administrative Operations Section
- Plans Section
- Records Section

[5] 13/104–1/8–1.
[6] 10/130–1/6.
[7] 13/120–1/7–2.

- Special Orders Section
- Central Files Distribution Section
- Services Section[8]

Die Personnel Branch war zum gleichen Zeitpunkt in eine Employee Utilization Section, eine Administration Section und eine Payroll Section gegliedert.[9] Leiter der Personnel and Administration Branch und Adjutant General war bis zur Aufwertung der Abteilung im August 1946 Lt.Col. Vernon J. Blondell. Leiter der neuen Division wurde Col. Fred A. Meyer, der bis zu ihrer Auflösung 1948 amtierte. Blondell erhielt bei der Errichtung der Division die Administration Branch (bis 1948). Leiter der neuen Civilian Personnel Branch wurde am 1. Juni 1947 Schubert E. Smith, Leiter der Military Personnel Branch Major Thomas Pugh, bzw. ab August 1947 Capt. John J. Kinsella, der dann im Juli 1948 die Administration Branch übernahm.

e) Plans and Operations Branch

Die Plans and Operations Branch war die zentrale Stelle für Planung und Organisationswesen innerhalb der Militärregierung. Sie war für die Vorbereitung der jeweiligen Organisationspläne (T/O) zuständig, regelte die Zuständigkeit der lokalen Detachments und versorgte die Detachments mit den für ihre Arbeit notwendigen Informationen. Die Organisationshoheit für die Untergliederung der Divisions oder selbständigen Branches stand grundsätzlich den Divisions oder Branches selbst zu. Bei Änderungen in der Organisation mußte allerdings die Plans and Operations Branch sowie die Personnel and Administration Branch mitwirken. Schließlich war noch die Billigung des Land Director erforderlich.[10] Am 15. Dezember 1945 wurde die Operations Section der Hq and Service Company in die Plans and Operations Branch eingegliedert.[11] Zusätzlich wurde der Branch 1945 noch die Ausbildung und Weiterbildung des Militärregierungspersonals (Deutschkurse, Seminare u. ä.) sowie die Oberaufsicht über alle mit DPs und Flüchtlingen zusammenhängenden Tätigkeiten der Militärregierung übertragen. Am 1. Januar 1946 wurde wieder die Armee für die DPs verantwortlich. Die Refugee Section und damit die Zuständigkeit für das Flüchtlingswesen ging am 28. August 1946 an die Public Welfare Branch über.
Im Januar 1947 übernahm die Branch die Publikation der (für das Militärregierungspersonal bestimmten) Zeitschrift „The Bavarian", die bis zum 13. Juni 1947 erschien.[12] Im Februar 1947 wurde die Branch mit der Abwicklung der Aufgaben der Special Service Section beauftragt. Anfang Juni 1948 wurde die Plans and Operations Branch aufgelöst.
Leiter der Plans and Operations Branch waren vom 4. Januar 1946 bis zum 6. März 1947 Major Edgar J. Jordan, vom 7. März 1947 bis 30. Juni 1947 Lt.Col. Kenneth Van Buskirk, vom 1. Juli 1947 bis August 1947 Major Stanford P. Sussell, von September bis Ende des Jahres 1947 Lt.Col. John A. McEvoy, der von Major Thomas R. Rolfe abgelöst wurde.

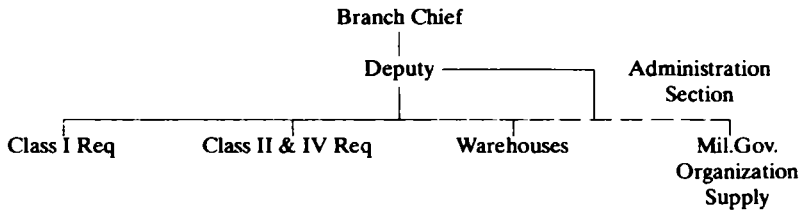
---

[8] 13/141-2/1-2.
[9] 13/132-2/38.
[10] Einleitung zum T/O vom 17.7.1947.
[11] 10/130-2/3.
[12] OMGBY: Annual Historical Report 1945/47, S. 11.

f) Supply Branch

Hauptaufgabe der Supply Branch bildete die Versorgung der Displaced Persons (mit Ausnahme von Lebensmitteln und Medikamenten). Grundsätzlich war die Versorgung der DPs Aufgabe der deutschen Behörden. Die am 10. Juli 1945 beim Regional Detachment errichtete Supply Section sollte subsidiär zu den deutschen Lieferungen tätig werden.[13] Im August 1945 wurde diese Section mit der Supply Section der G-5 Stabsabteilung der 3. Armee zusammengelegt. General Muller organisierte nach seinem Amtsantritt eine ihm unmittelbar unterstehende Supply Branch. Im November wurde dieser Supply Branch auch die Versorgung der deutschen Zivilinternierten (damals etwa 35000 Personen) übertragen. Die Versorgung der DPs[14] lief über von der Supply Branch betriebene Warenhäuser.[15] Die Zivilbevölkerung wurde erstmals im März 1946 mit Nahrungsmittel (Trockengemüse) versorgt. 1946 verfügte die Supply Branch über 43 Personen und folgende Organisationsstruktur (20 Personen arbeiteten in der Unterabteilung Warehouses):

Übersicht 34: Organisation der Supply Branch, OMGBY, 1946



Im März 1947 wurde der Supply Branch das Captured Enemy Material Depot in München übergeben. Wenig später, am 15. Mai 1947, wurden die Aufgaben im Bereich der DPs und Zivilinternierten von der Operation Section, Civil Affairs Division, Hq EUCOM, übernommen.[16]
Leiter der Supply Branch war bis zu ihrer Auflösung Lt.Col. James W. Bender, der seit Mitte 1947 die Hq and Service Company leitete.

g) Investigation and Claims Branch

Die im Frühjahr 1948 ins Leben gerufene Investigation and Claims Branch unterstand unmittelbar dem Assistant Land Director. Sie führte im Auftrag des Land Director die notwendigen Untersuchungen durch, wenn gegen die Militärregierung Ansprüche, insbesondere Schadensersatzansprüche geltend gemacht wurden. Im Rahmen des so-

[13] 13/147-2/14.

[14] Bis April 1946 waren etwa 1500000 DPs aus Bayern repatriiiert. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch 300000 DPs in Bayern, deren Repatriierung sich schwieriger gestaltete. Ende Juni 1947 befanden sich noch 265000 DPs in Bayern. Seit 1. Oktober 1947 war OMGUS für die Verpflegung der in Lagern der Internationalen Flüchtlingsorganisation (IRO) lebenden DPs zuständig; die Lebensmittel kamen aus deutschen Quellen. Die Lieferungen wurden die Food, Agriculture & Forestry Division, OMGBY, beaufsichtigt (13/144-2/5).

[15] Im Oktober 1945 standen drei Warenhäuser in München-Pasing, Regensburg und Zeil zur Verfügung (13/147-2/14).

[16] 13/120-1/6-3.

genannten EUCOM Safety Program war die Branch vor allem mit der Untersuchung von Unfällen befaßt, die von OMGBY-Angehörigen verursacht worden waren.
Im Frühjahr 1948 war die Branch mit zwei Amerikanern und acht Deutschen besetzt.

h) Real Estate, Land Resources and Budget Control Branch

Am 1. Mai 1948 wurde die Social Insurance and Housing Branch der Manpower Division der Personnel and Administration Division übertragen und in Real Estate and Land Resources Branch umbenannt (später Real Estate, Land Resources and Budget Control Branch). Nach der Auflösung der Personnel and Administration Division im Juni 1948 wurde die Branch direkt dem Assistant Land Director unterstellt. Sie war zuständig für den aus der bayerischen Wirtschaft entnommenen Sachbedarf der amerikanischen Besatzungsmacht, deren Grundstückbedarf, das Wohnungswesen im allgemeinen (insbesondere Durchführung des Kontrollratsgesetzes Nr. 18) sowie für die Haushaltsverwaltung von OMGBY. Kontakte mit den deutschen Behörden bestanden besonders im Bereich des Wohnungswesens, für das auf bayerischer Seite das Arbeitsministerium, seit Herbst 1948 das Innenministerium zuständig war.[17] Im Unterschied zum Arbeitsministerium scheint das Innenministerium im Bereich des Wohnungswesens an einer Zusammenarbeit mit OMGBY weniger interessiert gewesen zu sein. Jedenfalls mußte der Leiter der Abteilung Wohnungswesen im Innenministerium am 13. Dezember 1948 aufgefordert werden, wie sein Vorgänger im Arbeitsministerium wenigstens einmal wöchentlich bei der Real Estate and Budget Control Branch zu erscheinen, um einen Tätigkeitsbericht zu geben und mit den Amerikanern die anstehenden Probleme zu erörtern.[18]
Leiter der Branch war über den September 1949 hinaus Augustus B. Hill, der seit 1946 schon Chef der Social Insurance and Housing Branch der Manpower Division gewesen war.

i) Public Relations (Public Information) Branch

Die Public Relations Branch bildete das Presseamt der Militärregierung. Sie unterrichtete die internationale Presse und die deutschen Medien, betreute ausländische Korrespondenten bei ihrem Aufenthalt in Bayern, überwachte die Publikation der für das OMGBY-Personal bestimmten Wochenzeitung „The Bavarian", und betrieb seit April 1946 ein eigenes Press Camp in München, nachdem das Press Camp der 3. Armee in Bad Tölz geschlossen worden war. Der Public Relations Branch kam ganz allgemein die schwierige Aufgabe zu, gegenüber der Öffentlichkeit die Maßnahmen der Militärregierung zu erläutern und verständlich zu machen.[19]
Im Mai 1945 wurden die PR-Aufgaben des Regional Detachments von der Public Relations Section innerhalb der Intelligence Branch versehen. Seit Herbst arbeiteten auch in Augsburg (bis Anfang 1946) und in Nürnberg (Kriegsverbrecherprozesse) eigene Public Relations Officers von OMGBY. Am 14. März 1946 wurden dann alle PR-Aktivitäten in München zusammengefaßt. Am 1. April 1946 trennte man die Public Relations Section von der Intelligence Branch, Information Control Division und unterstellte sie als eigene Branch nach dem Vorbild von USFET und OMGUS direkt dem Land Director.[20] 1947 erfolgte eine Umbenennung in Public Information Branch.

---

[17] Verordnung vom 12.10.1948 (Bayer. GVBl. 1948, S. 207).
[18] BayHStA MA 130826/3454.
[19] OMGBY: Annual Historical Report 1945/46, S. 253.
[20] Ebenda, S. 254.

Im Februar 1949 gliederte sich die Branch in eine News Section, Administration Section sowie Radio and Feature Section.[21]
Leiter der Public Relations Section im Mai 1945 war der Journalist Capt. Francis J. Connaughton. Connaughton, der von Keegan als „25000-Dollar-Mann, der für eine Captain-Entlohnung arbeitet", bezeichnet wurde, mußte sich im Juni 1945 vorwerfen lassen, er habe die Öffentlichkeit nicht ausreichend über Ziele und Tätigkeit der bayerischen Militärregierung informiert. Man machte ihn im Untersuchungsbericht vom 12. Juli 1945 indirekt für die Artikel in den amerikanischen Zeitungen verantwortlich, in denen die Militärregierung angegriffen worden war. Sein Nachfolger wurde George D. Ritchie und im Herbst Capt. William S. Conklin. Am 1. April 1946 wurde Public Relations Branch von William G. Farquhar übernommen, dessen Nachfolger war ab 14. März 1947 Haynes R. Mahoney, dessen Nachfolger ab Dezember 1948 Jack M. Fleischer, bis dahin Chefredakteur der „Neuen Zeitung".

3. Internal Affairs Division

a) Organisation

Übersicht 35: Organisation der Internal Affairs (and Communications) Division, OMGBY, Februar 1946, April 1946, Juli 1946, Juli 1947

Februar 1946
- Civil Administration Branch
- Education and Religion Branch
- Communications Branch
- Public Safety Branch

April 1946
- Civil Administration Branch
- Education and Religion Branch
- Communications Branch
- Public Safety and Special Branch
- Public Health and Welfare Branch

Juli 1946
- Education and Religious Affairs Branch
- Special Branch
- Communications Branch
- Public Safety Branch
- Public Health Branch
- Public Welfare Branch

Juli 1947 (Internal Affairs Division)
- Education and Religious Affairs Branch
- Public Safety Branch
- Public Welfare Branch
- Public Health Branch
- Denazification Branch

Die Internal Affairs and Communications Division begann ihre Arbeit am 15. Februar 1946 als Nachfolgerin der im September 1945 ins Leben gerufenen Governmental Af-

[21] 11/132-2/38.

fairs Division. Die Internal Affairs and Communications Division war (als allgemeine Hauptabteilung für Inneres der Militärregierung) im Februar 1946 in folgende Abteilungen gegliedert: Civil Administration Branch, Education and Religion Branch, Communications Branch und Public Safety Branch. Im März 1946 kam noch eine Public Health and Welfare Branch hinzu. Im Juli 1946 wurde die Civil Administration Branch zu einer eigenen Division erhoben. Die Public Safety and Special Branch (so seit April 1946 genannt), die Public Health and Welfare Branch teilte man im Mai bzw. Juli 1946 in jeweils zwei Branches, so daß die Internal Affairs and Communications Division im Juli 1946 sechs Abteilungen umfaßte. Am 1. Dezember 1946 wurden die Aufgaben der Communications Branch, die für die Wiederherstellung und Überwachung des deutschen Post- und Fernmeldewesens zuständig war, auf OMGUS übertragen und die Division in Internal Affairs Division umbenannt.
Am 1. März 1948 wurde die Internal Affairs Division aufgelöst[22] und gleichzeitig die Education and Religious Affairs Branch in eine neue Education and Cultural Relations Division umgewandelt.[23] Die übrigen Abteilungen (Public Safety, Public Welfare, Public Health sowie Denazification) wurden der Civil Administration Division angegliedert.[24]
Die im September 1945 neugebildete Governmental Affairs Branch (später Division) leitete Lt.Col. Richard J. Jackson bis zur Auflösung im Februar 1946. Jackson schlug Ministerpräsident Hoegner im Oktober 1945 Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister vor.[25] Chef der neuen Internal Affairs and Communications Division wurde Lt.Col. Robert A. Reese. Reese schied im Februar 1947 aus. Leiter der Division bis zu ihrer Auflösung war dann Lt.Col. Al D. Sims (acting chief).
Im Juli 1947 hatte die Division eine tatsächliche Stärke von 118 Mitarbeitern, davon 53 in der Special Branch, 22 in der Public Safety Branch, 15 in der Welfare Branch, vier in der Health Branch und 20 in der Education and Religious Affairs Branch (Division).[26]

b) Communications Branch

Zuständig für das Post-, Telefon- und Telegraphenwesen waren unter Leitung der G-5 Communications Abteilungen der 3. und 7. Armee in den ersten Wochen die Post, Telephone and Telegraph Officers (PTTO) der Detachments und das Signal Corps. Das Signal Corps kümmerte sich vor allem um die technischen Fragen, während die Militärregierungsoffiziere für die Überwachung der Telefon- und Telegrafenleitungen sowie der Postdienste zuständig waren.[27] Die drei Reichspostdirektionen in Bayern arbeiteten unter Aufsicht der Militärregierung weiter. Der Postdirektion Augsburg wurde Capt. McKenna (Det. E1H3), der Postdirektion Nürnberg Major Norton (Det. E1B3) und der Postdirektion München Major Gilbert B. Baird (Det. E1F3) zugeteilt. Baird war auch Leiter der PTT Section des Regional Military Government Detachment. Er ernannte einen neuen vorläufigen Leiter der Münchener Postdirektion (Dr. Geiger). Eine vollständige Entnazifizierung auf der Grundlage der Direktive der 6. Armeegruppe hielt er Ende Mai für undurchführbar. Nach seiner Meinung hätten

---

[22] General Order Nr. 4, OMGBY, 25.2.1948.
[23] Vgl. OMGUS-Hb, Bayern B.5.
[24] Vgl. Ebenda, B.4.
[25] Hoegner: Außenseiter, S. 204.
[26] AG 1947/19/8.
[27] 13/147-2/10.

dann im Laufe des Jahres 90% aller Beamten der Postdirektion entlassen werden müssen, was die Arbeit des Signal Corps, der PWD (Radio) und anderer amerikanischer Stellen erheblich behindert hätte. Er plädierte dafür, bei unabkömmlichen Technikern die Entnazifizierungsregeln elastischer zu handhaben.[28]
Telefonanschlüsse für deutsche Teilnehmer wurden von G-2, 7. bzw. 3. Armee, und dem Signal Corps genehmigt. Viele Telefonanlagen waren nahezu unbeschädigt, wie etwa in Bamberg und Regensburg. Andere, so z. B. in Bayreuth, waren gänzlich zerstört.[29] In München wurde das Fernsprechnetz erst im Juli wieder in Betrieb genommen,[30] nachdem mit Direktive vom 12. Juni 1945 ein beschränkter innerstädtischer Fernsprechverkehr zugelassen worden war. Mit Direktive vom 21. Juni 1945 wurde für Postkarten und offene Briefe auch ein innerstädtischer Postverkehr genehmigt. Zuständig war in letzter Instanz der Communications Officer G-5, 3. Armee, Edwin A. Coker.[31]

4. Civil Administration Division

a) Organisation

Übersicht 36: Organisation der Civil Administration Division, OMGBY, Februar 1946, Juli 1946, Juli 1947, Juli 1948, Juli 1949

Februar 1946 (Civil Administration Branch, Internal Affairs and Communications Division)

- Land Government Section
- Local Government Section
- Elective and Civil Service Organizations Section
- Administrative Courts Section
- Field Operations Section

Juli 1946
- Executive Branch
- Governmental Structures Branch
- Political Activities Branch
- Civil Service Branch
- Administrative Courts Branch
- Field Operations Branch

Juli 1947
- Governmental Structures Branch
- Legislation Branch
- Political Activities Branch
- Administrative Agencies Branch
- Field Operations and Policy Enforcement Branch

Juli 1948
- Governmental and Political Branch
- Denazification Branch
- Public Health Branch

---

[28] Wochenbericht Nr. 2 (bis 28.5.1945) des Regional Detachment (10/85–3/5).
[29] 10/130–3/2.
[30] Chronik der Stadt München, S. 63.
[31] 13/147–2/11.

- Public Safety Branch
- Public Welfare and DP Branch

Juli 1949
- Political Affairs Branch
- Governmental Affairs Branch
- Civil Liberties and Citizenship Branch
- Social Affairs Branch
- Public Safety Branch

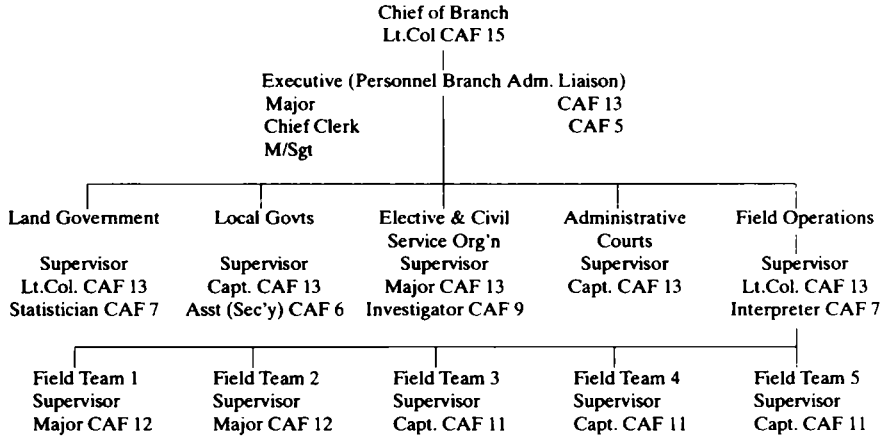
Die Administration and Local Government Section unter Lt.Col. Arthur W. Bromage war eine der wichtigsten Abteilungen des seit 15. Mai 1945 in München arbeitenden Regional Military Government Detachment (E1F3). Am 6. Juni 1945 wurden als Hauptaufgabe dieser Abteilung (die in den ersten Monaten abwechselnd Section, Division oder Department genannt wurde) die Überwachung des Innenministeriums, die Überwachung der Beamten und die Zusammenarbeit mit der Public Safety Division genannt.[32] Am 5. September 1945 wurde die Section der neuen Governmental Affairs Branch unterstellt. Als Anfang Februar 1946 die Governmental Affairs Division nach dem Ausscheiden der Legal Branch in die Internal Affairs and Communication Division umgewandelt wurde, erhob man die Administration and Local Government Section zur Civil Administration Branch (Übersicht 37). Im Juni 1946 ergänzte man die Unterabteilungen durch eine Political Activities Section.
Am 17. Juli 1946 erhob man die Civil Administration Branch der Internal Affairs and Communication Division zu einer selbständigen Division (CAD) (Übersicht 38). Während Schwerpunkt der CAD die Demokratisierung und Dezentralisierung der gesamten Staatsverwaltung sein sollte, beschränkte sich die Internal Affairs Division nun auf einzelne, dem Innen- bzw. Kultusministerium zugeordnete Sachgebiete.
Die neugeschaffene Governmental Structures Branch entstand aus der Land Government und der Local Government Section der Civil Administration Branch. Die Political Activities Branch war die Fortsetzung der am 29. Juni 1946 ins Leben gerufenen Political Activities Section. Die Civil Service Branch und die Administrative Courts Branch wurden am 1. Januar 1947 zur Civil Service and Administrative Courts Branch zusammengelegt und dann in Administrative Agencies Branch umbenannt.
Mit der Auflösung der Internal Affairs Division am 1. März 1948 kamen folgende Branches zur Civil Administration Division: Public Safety Branch, Public Health Branch, Public Welfare and DP Branch und die Denazification Branch.
Anschließend wurden schrittweise die Governmental Structures Branch, die Administrative Agencies Branch, die Political Affairs (Activities) Branch sowie die Legislation (Legislative) Branch zu einer gemeinsamen Government and Politics Branch zusammengefaßt (= Governmental and Political Branch) (Juli 1948). Durch Personalreduzierungen 1948 bedingt, beschränkte man die Aufgaben der Civil Administration Division erheblich. Als Verbindungsstelle zum Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes war CAD nur bis zum Juli 1948 tätig.
Im Juli 1948 wurde im Rahmen der Reorientation-Politik auf Anordnung von CAD, OMGUS, das Office of the Democratization Coordinator eingerichtet.[33] Seit April 1948 war die Administrative Agencies Branch innerhalb der CAD mit den entsprechenden Koordinationsaufgaben betraut.[34]

---

[32] 10/85-3/5-1.
[33] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LIV f.
[34] Ebenda, S. 34.

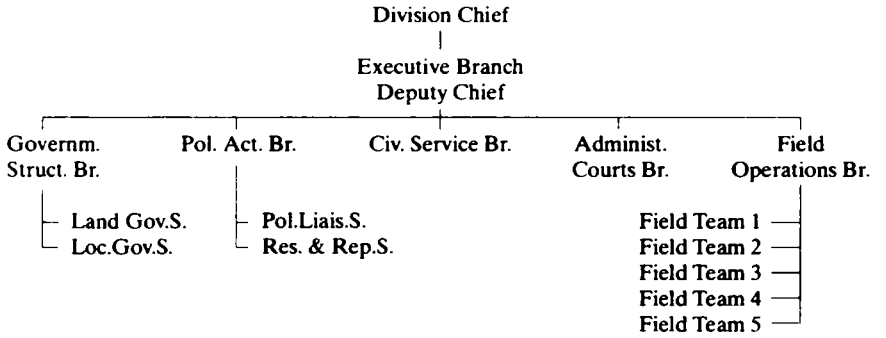
Im Dezember 1948 wurde die Denazification Branch in das Office of the Denazification Adviser umgewandelt und schließlich am 30. Juni 1949 aufgehoben.
Im Juli 1949 faßte man die Public Health und die Public Welfare Branch zu einer Social Affairs Branch zusammen.
Die Civil Administration Division beendete ihre Tätigkeit am 21. September 1949 (Inkrafttreten des Besatzungsstatuts). Nachfolgeorganisation beim Amt des Land Commissioners wurde die Political Affairs Division.
Erster Chef der Administration and Local Government Section im Mai 1945 war Lt.Col. Arthur W. Bromage. Sein Nachfolger wurde am 25. Juli 1945 Maj. Reilly, der am 29. August durch Capt. (dann Maj.) Albert C. Schweizer abgelöst wurde.[35] Schweizer, vorher Administration Officer im Regierungsbezirk Schwaben, blieb Leiter dieser Section der Civil Administration Branch und dann der Civil Administration Division bis zu deren Auflösung am 21. September 1949. Er wurde dann Leiter der Political Affairs Division im Amt des Land Commissioner. Albert C. Schweizer starb am 8. Oktober 1949 an den Folgen eines Autounfalls.
Am 30. Juni 1946 hatte die Civil Administration Branch laut T/O 19 amerikanische Mitarbeiter, tatsächlich aber nur acht Offiziere, fünf Zivilangestellte und einen Soldaten. Im Juli 1947 betrug die Stärke der Division unverändert 14 Mitarbeiter.[36]
Leiter der Executive Branch von der Gründung im Juli 1946 bis zur Auflösung im Mai 1948 war Major James H. McCord. Leiter der Political Activities Branch war in der Zeit ihres Bestehens Lt.Col. Paul Burns. Leiter der Governmental Structures Branch war John P. Bradford, der bis Ende März dem Stadtkreisdetachment Würzburg vorstand. Die Administrative Courts Agencies Branch leitete von Juli 1946 bis Ende 1947 Frederick W. v. Koschembar, ab Anfang 1948 Charles Caroll.

Übersicht 37: Organisation der Civil Administration Branch mit jeweiliger Stellenbewertung (Offiziere bzw. Zivilangestellte), OMGBY, Mai 1946

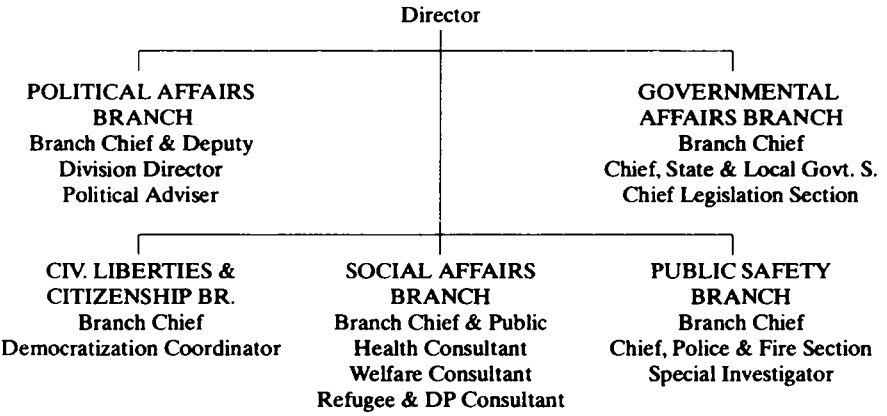


[35] 10/65–3/10.
[36] AG 1947/19/8.

Übersicht 38: Organisation der Civil Administration Division, OMGBY, August 1946



Übersicht 39: Organisation der Civil Administration Division, OMGBY, Juli 1949



b) Political Activities Branch

Am 29. Juni 1946 wurde im Zusammenhang mit der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung (am 30. Juni) innerhalb der Civil Administration Branch eine Political Activities Section ins Leben gerufen, seit 17. Juli 1946 Political Activities Branch innerhalb der Civil Administration Division. Die neue Abteilung war für Zulassung und Kontrolle aller politischen Parteien und Gruppierungen zuständig und hatte die Wahlen zu überwachen – Aufgaben, die vorher die Intelligence Section der Intelligence Branch wahrgenommen hatte. Die Grundlagen für die Politik der Militärregierung in diesem Bereich (Parteigründungen, innere Struktur der Parteien) waren in Titel 3–201, MGR, niedergelegt. Größten Wert legten die Amerikaner auf die demokratische Organisation innerhalb der Parteien. Die Satzungen der CSU wurden beispielsweise nach Verzögerungen erst am 29. Oktober 1946 genehmigt.[37] Von besonderer Bedeutung war dabei das Verbot reiner Flüchtlingsparteien (Titel 3–208, MGR), das auf heftigen Widerstand der Vertriebenen stieß. Lediglich für die Kommunalwah-

[37] BayHStA Abt. V, Nachlaß Ehard.

len 1948 genehmigte die Militärregierung die Teilnahme von Flüchtlingsgruppen, die aber anschließend wieder aufgelöst werden mußten.[38] Die Branch umfaßte nie mehr als vier Mitarbeiter und war in eine Political Liaison Section und eine Research and Reports Section gegliedert. Ihr Leiter war seit ihrer Gründung Lt.Col Paul Burns.
Für die Kontakte zu den Parteien war Pierre M. Purves zuständig. Die Parteiführer wurden seit 30. Juli 1946 zu regelmäßigen Konferenzen in die Räume der Civil Administration Division eingeladen.[39] Mitte 1948 wurde die Political Activities Branch aufgelöst und in die Governmental and Political Branch (als Section) eingegliedert.

c) Governmental Structures Branch / Legislation (Legislative) Branch

Die Governmental Structures Branch wurde bei der Gründung der Civil Administration Division durch Zusammenlegung der Land Government Section und der Local Government Section der Civil Administration Branch gebildet. Sie hatte den Aufbau der bayerischen Staatsverwaltung nach demokratischen Grundsätzen zu überwachen (Demokratisierung, Dezentralisierung, Entnazifizierung), hielt Verbindung zur Staatskanzlei und zum Innenministerium (soweit nicht andere Abteilungen der Militärregierung zuständig waren) und kontrollierte die Kommunalverwaltungen (Regierungsbezirke, Land- und Stadtkreise, Gemeinden). Auch die Verbindung zum Länderrat in Stuttgart gehörte zu den Aufgaben dieser Branch. Im Oktober 1946 übernahm CAD von der US-Armee (Engineers) die Aufsicht über das Vermessungswesen. Nach dem Zusammentreten des bayerischen Landtags im Januar 1947 war die Governmental Structures Branch als Koordinationsbehörde für die bayerische Gesetzgebung tätig und achtete auf die Übereinstimmung dieser Gesetzgebung mit den politischen Richtlinien der Militärregierung. Im Sommer 1947 wurde zu diesem Zweck eine eigene Legislation (Legislative) Branch ins Leben gerufen, die während ihrer einjährigen Tätigkeit vom Chef der Governmental Structures Branch, John P. Bradford, kommissarisch geleitet wurde. In einigen Fällen griff die Militärregierung direkt in das Gesetzgebungsverfahren ein. Beispielsweise setzte die Militärregierung das Gesetz Nr. 61 zur Vereinheitlichung der Statistik vom 28. Februar 1947[40] nach der Verkündung außer Kraft, da es die Statistik zum Staatsmonopol erhob. Das Gesetz wurde nach den Vorstellungen der Militärregierung durch Gesetz Nr. 125 vom 8. Mai 1948 abgeändert.[41] Der Gesetzentwurf über die bayerische Staatsbürgerschaft wurde schon im Regierungsentwurfsstadium von der Militärregierung abgelehnt.
Die Aufgaben der Governmental Structures Branch im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums wurden 1947 wie folgt beschrieben:[42]
„a) Überwachung und Unterstützung von organisatorischen und Personalangelegenheiten innerhalb des Ministeriums.
b) Förderung und Demokratisierung bei den nachgeordneten Gebietskörperschaften. Nachdem die dringenden Probleme der Länder durch die Verfassung und die Berufung der Landtage gelöst wurden, muß nun besonderer Nachdruck auf die örtlichen Verwaltungen gelegt werden. Die Militärregierung bemüht sich, dem bayerischen Volk seine Verantwortung und seine Pflichten gegenüber der neuen Demokratie in den Landkreisen und Gemeinden zum Bewußtsein zu bringen. Diese Grundsätze soll-

[38] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. XXXIX f.
[39] BayHStA MA 11373.
[40] Bayer. GVBl. 1947, S. 91.
[41] Bayer. GVBl. 1948, S. 85.
[42] Aktenvermerk vom 24.9.1947 (BayHStA MA 130811).

ten in den neuen Gemeinde-, Landkreis- und Bezirksordnungen, die jetzt diskutiert werden, fest verankert werden".
Insbesondere sollte nach Auffassung der CAD das Recht der Selbstverwaltung, das den kommunalen Körperschaften in der NS-Zeit entzogen worden war, wiederhergestellt werden. Dem Innenministerium wurde vorgeworfen, daß einige Beamte des Ministeriums die enge Kontrolle der Kommunen durch das Ministerium beibehalten wollten.
Die Militärregierung beschränkte die Überwachung der Kommunalverwaltungen auf Untersuchungen in ausgewählten Städten und Landkreisen, sobald dort Unregelmäßigkeiten bekannt wurden. Auch Entlassungen von Politikern, die in ihrer Amtsführung gegen demokratische Grundsätze verstoßen hatten, gehörten zum Maßnahmenkatalog der Militärregierung. Am 26. November 1946 wurde der Regierungspräsident von Unterfranken Jean Stock von der Militärregierung entlassen, weil er versucht haben soll, in das gegen seinen Schwiegersohn geführte Spruchkammerverfahren einzugreifen. Im 4. Quartal 1946 wurden von der Militärregierung 21 Bürgermeister und sieben Landräte wegen mangelnder Eignung entlassen bzw. ihre Wahl nicht bestätigt. Seit 1947 befürwortete man bei CAD jedoch mehr und mehr eine „hands-off"-Politik.

Exkurs: Militärregierung und Bayerische Verfassung[43]

An den Vorarbeiten zur Bayerischen Verfassung vom 2. Dezember 1945 waren auf amerikanischer Seite vor allem General Clay persönlich, sowie CAD, OMGUS, und ein Interdivisional Committee on German Governmental Structures unter Leitung von Edward H. Litchfield und auch noch weitere Berater Clays beteiligt. Obwohl also CAD, OMGBY, bei der bayerischen Verfassunggebung eher im Hintergrund tätig war, ist es nützlich, sich an dieser Stelle einen Überblick über die Mitwirkung der Amerikaner bei den bayerischen Verfassungsberatungen zu verschaffen: Die 1946 gestellten Weichen sollten für die Politik der Militärregierung in Bayern in den folgenden Jahren von entscheidender Bedeutung werden.
Bereits am 22. Oktober 1945 hatte das bayerische Kabinett einen von Ministerpräsident Hoegner verfaßten Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Staatsgewalt in Bayern beschlossen.[44] Während Württemberg-Baden und Großhessen ein ähnliches Gesetz mit Wirkung vom 22. November 1945 genehmigt erhielten, blieb der bayerische Entwurf bei OMGUS liegen und wurde schließlich mit Schreiben vom 13. Februar 1946 abgelehnt. Clay hatte sich Ende 1945 bereits entschlossen, Länderverfassungen beraten zu lassen; Hoegner war ein Gegner einer so frühen Verfassunggebung.[45] Am 4. Februar 1946 gab OMGUS den Militärregierungen der Länder den Terminkalender für die geplanten Verfassungsberatungen bekannt (Vorlage des Verfassungsentwurfs bis 15. September, Abstimmung und Wahl des 1. Landtags am 3. November). OMGBY forderte daraufhin mit Schreiben vom 8. Februar 1946 Ministerpräsident Hoegner auf, bis zum 22. Februar einen von OMGUS vorgeschlagenen Vorbereitenden Verfassungsausschuß einzuberufen. Das Arbeitsergebnis dieses Ausschusses sollte bis zum 20. Mai 1946 vorliegen. Die Eröffnungssitzung dieses Vorbereitenden Verfassungsausschusses fand am 8. März 1946 statt. General Muller wies in

---

[43] Vgl. dazu allgemein: Fait: Weg zur Verfassung; dies.: In einer Atmosphäre von Freiheit; Siegel: Bayerns Staatswerdung; Kock: Bayerns Weg; Nawiasky/Leusser: Verfassung; Pfetsch: Verfassungspolitik.
[44] Kock: Bayerns Weg, S. 108.
[45] Fait: Weg zur Verfassung, S. 208.

seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß die Konstituierung eines Vorbereitenden Verfassungsausschusses auch bei der Schaffung einer Verfassung in den amerikanischen Bundesstaaten üblich sei. So habe beispielsweise im Staate New York der vorbereitende Ausschuß zwölf Bände Material im Druck vorgelegt, bevor die verfassunggebende Versammlung 1938 zusammentrat. Muller umriß die vier Hauptaufgaben des Vorbereitenden Verfassungsausschusses wie folgt:

1. Er soll am Entwurf des Gesetzes für die Wahl der Verfassunggebenden Landesversammlung mitwirken.
2. Er soll das notwendige bibliographische und dokumentarische Material für die Verfassunggebende Landesversammlung zusammentragen.
3. Er soll den Meinungsaustausch anregen. Insbesondere soll jede genehmigte Partei aufgefordert werden, Vorschläge einzureichen.
4. Das gesammelte Material soll in Form eines Berichtes oder eines Handbuches der Verfassunggebenden Landesversammlung vorgelegt werden. „Wir verlangen von dem Ausschuß nicht, daß er einen vollständigen Verfassungsentwurf vorbereitet. Wenn er wünscht, kann er es tun".

Ganz gegen die Absichten der Militärregierung legte Hoegner dem Vorbereitenden Verfassungsausschuß vor dem Beginn der Beratungen einen eigenen Verfassungsentwurf vor, der nach 14 Sitzungen mit einigen Änderungen am 3. Mai verabschiedet und am 15. Mai der Militärregierung mit einem kurzen Bericht übersandt wurde.[46] Hoegner war damit dem Zeitplan der Militärregierung um einen Monat voraus. OMGUS hatte nämlich klargestellt, daß der endgültige Bericht nicht – wie ursprünglich geplant – am 20. Mai, sondern erst am 15. Juni eingereicht werden mußte,[47] nachdem Clay in einer Rede vor dem Stuttgarter Länderrat am 4. Juni 1946 darauf hingewiesen hatte, daß die Verfassungen auch eine Bestimmung über die Übertragung von Hoheitsbefugnissen auf den Länderrat bzw. auf andere deutsche Gemeinschaftseinrichtungen enthalten mußten. Die Ausführungen Clays wurden dem Ministerpräsidenten von OMGBY mit der Anweisung übermittelt, den Verfassungsentwurf zu ergänzen. Daraufhin trat der Vorbereitende Verfassungsausschuß am 24. Juni 1946 zu einer letzten (15.) Sitzung zusammen und ergänzte den Verfassungsentwurf um einen Artikel 141 (der im wesentlichen dem späteren Artikel 180 entsprach). Am 10. April 1946 hatte Hoegner der Militärregierung ein Gesetz über die Wahl der Verfassunggebenden Landesversammlung sowie die dazugehörige Wahlordnung übersandt. Die Genehmigung (unter Vorbehalt kleiner Änderungen, insbesondere zum innerparteilichen Wahlverfahren) erteilte OMGUS am 7. Mai.[48] Ein Gesetz über die Verfassunggebende Landesversammlung, das Hoegner der Militärregierung am 13. März übersandte, genehmigte die Militärregierung nicht: Die Landesversammlung sollte selbst über dieses Gesetz entscheiden. Nach den auf Weisung der Militärregierung durchgeführten Wahlen vom 30. Juni 1946 trat die Verfassunggebende Landesversammlung am 15. Juli zu ihrer ersten Plenarsitzung zusammen. Sie überwies den Verfassungsentwurf an einen von ihr gewählten Verfassungsausschuß mit 21 Mitgliedern. Seit der 13. Sitzung des Verfassungsausschusses (7. August 1946) nahmen an den Beratungen als Sonderbeauftragte der Militärregierung zwei Vertreter von CAD, OMGBY, sowie Roger Hewes Wells teil. Letzterer war stellvertretender Direktor von CAD, OMGUS, und Lei-

[46] Hoegner: Verhandlungen, S. 99.
[47] Schreiben OMGBY vom 1. 5. 1946 (BayHStA MA 110901).
[48] BayHStA MA 110904; vgl. auch Akten zur Vorgeschichte 1, S. 550.

ter der Election Affairs Branch, im Zivilleben Professor für Politische Wissenschaften.[49]
Er legte dem Verfassungsausschuß dar, daß sich die Militärregierung mit allgemeinen Richtlinien begnügen wolle: „Herr Schweizer und Herr Oberstleutnant Bredford [gemeint: Bradford] sind von Herrn General Mathis zu Sonderberatern in der Frage der Landesverfassungen ernannt worden. Wir stehen Ihnen jederzeit zur Verfügung und würden gern von Zeit zu Zeit zwanglos mit Ihnen zusammenkommen. Wir beabsichtigen nicht, an irgendwelchen Sitzungen Ihrer Ausschüsse oder der verfassunggebenden Landesversammlung selbst teilzunehmen, aber wir hoffen, daß die Fraktionsführer und die Mitglieder des Verfassungsausschusses ihre Probleme frei und ungezwungen mit uns besprechen werden." Trotz dieser eher unverbindlich klingenden Formulierungen nahmen die Amerikaner in wichtigen Punkten Einfluß auf die Verfassungsberatungen.
Auf amerikanische Intervention gehen die Fassungen, bzw. Einfügungen der, bzw. in die Art. 11, 12, 22, 25, 36, 44, 48, 75, 94, 98, 104, 105, 111, 177, 179, 180, 184 und 185 der heutigen Bayerischen Verfassung zurück. Gestrichen wurden Bestimmungen über die Planwirtschaft, die staatliche Überwachung des Geld- und Kreditwesens und des Außenhandels (Art. 113, 115 und 117 des Entwurfs).[50]
In einem Schreiben von OMGUS an die Ministerpräsidenten vom 23. Juli 1946 wurde eine Garantie der örtlichen Selbstverwaltung, die politische Neutralität der Beamten, die Feststellung ihrer Leistungen durch Prüfungen im Wege des Wettbewerbs sowie ihr Bekenntnis zum „demokratisch-konstitutionellen Staat" gefordert.[51]
Mit Schreiben vom 8. August 1946 verwies OMGBY auf eine Rede Clays vor dem Länderrat, in der eine Angleichung der Grundrechtsbestimmungen in den drei Verfassungen von Bayern, Württemberg-Baden und Groß-Hessen gefordert worden war. Daraufhin schlug Hoegner am 12. August 1946 dem Verfassungsausschuß die Einfügung der Artikel 104 und 105 vor. In der Sitzung des Verfassungsausschusses am 11. Oktober berichtete Hoegner, daß gewisse in der Verfassung genannte Verbände nach amerikanischer Meinung „nicht staatliche Einrichtungen sind, sondern daß sie auf privater Grundlage und freier Vereinbarung beruhen sollen [...] General Clay führt aus, daß diese wirtschaftlichen und sozialen Personengruppen jenen Korporationen sehr ähnlich sein würden, die die Entwicklung des Faschismus einleiteten. Jedenfalls haben die faschistischen Regierungen solche Gruppen geschaffen, um ihre Machtvollkommenheit zu stützen."[52] Daraufhin beschloß der Verfassungsausschuß die Einfügung des Art. 179, der den Staatsrechtlern bis heute erhebliches Kopfzerbrechen bereitet.[53] Er entsprach aber einem bis 1949 von den Amerikanern beharrlich verfolgten Anliegen: In einer Direktive vom 30. September, die den Regierungen allerdings erst im Dezember 1946 zuging, wurde klargestellt, „daß Regierungsbefugnis-

---

[49] Fait: In einer Atmosphäre von Freiheit, S. 440.
[50] Siegel: Bayerns Staatswerdung, S. 97 ff. Übrig blieb der heutige Art. 152.
[51] Hoegner: Der schwierige Außenseiter, S. 257.
[52] Bayer. Verfassunggebende Versammlung, Stenographische Berichte III, S. 739; vgl. auch Akten zur Vorgeschichte 1, S. 639.
[53] Art. 179 der Bayerischen Verfassung lautet: „Die in dieser Verfassung bezeichneten sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Körperschaften, Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft und Organisationen der Erzeuger, Verteiler und Verbraucher (Art. 34, 36, 154, 155, 164) sind keine öffentlichen Behörden und dürfen keine staatlichen Machtbefugnisse ausüben. Zwangsmitgliedschaft bei ihnen ist auszuschließen." Vgl. dazu Nawiasky: Verfassung des Freistaates Bayern, Anm. zu Art. 179.

se nicht auf private oder halböffentliche Wirtschaftskörper übertragen werden dürfen". Im Gesetz Nr. 56 der Militärregierung sowie in 13–120, MGR, fanden diese Grundsätze ihren normativen Niederschlag.

Von allergrößter Bedeutung für die Wirksamkeit der Grundrechte innerhalb der Verfassung war die von den Amerikanern angeregte Formulierung des Art. 98 Satz 1–3. Erstmals in der deutschen Verfassungsgeschichte wurde eine Einschränkung der Grundrechte prinzipiell verboten. Nur der Gesetzgeber darf im begrenzten Umfang eine Einschränkung vornehmen („wenn die öffentliche Sicherheit, Sittlichkeit, Gesundheit und Wohlfahrt es zwingend erfordern"). Damit erhielten die Grundrechte erstmals einen geschützten Kernbereich, vor dem auch der Gesetzgeber halt machen muß. Noch der Entwurf Hoegners und der Entwurf des Vorbereitenden Verfassungsausschusses gingen von dem Grundrechtsverständnis der Bamberger und Weimarer Verfassungen aus, das eine weitgehend beliebige Einschränkung der Grundrechte durch Gesetz ermöglichte. Bei der Diskussion über den Art. 98 berichtete Hoegner am 22. Oktober 1946 dem Verfassungsausschuß (35. Sitzung):

„Ich habe die Angelegenheit gestern morgen mit Mr. Wells zusammen besprochen. Er hat uns dargelegt, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika die Ausnahmen von den Grundrechten durch den höchsten Gerichtshof im Laufe der Zeit geschaffen und umgrenzt worden sind. Mr. Wells hat anerkannt, daß wir selbstverständlich nicht auf eine Entwicklung des Verfassungslebens von 150 Jahren zurückblicken können."[54]

Einer weiteren bemerkenswerten Initiative der Amerikaner ist der Art. 98 Satz 4 und das damit geschaffene (in Deutschland und Europa einmalige) Institut der Popularklage zu verdanken.[55] Gemäß Art. 98 Satz 4 Bayerische Verfassung (in Verbindung mit Art. 53 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes Nr. 72 über den Verfassungsgerichtshof vom 22. Juli 1947)[56] kann jedermann, ohne persönlich betroffen zu sein, die verfassungswidrige Einschränkung von Grundrechten durch eine Norm des materiellen Rechts (also durch ein formelles Gesetz, eine Verordnung oder Satzung) geltend machen. Diese Bestimmung wurde erst in der zweiten Lesung des Plenums der Verfassunggebenden Landesversammlung auf Anregung der Militärregierung in den Verfassungsentwurf eingefügt. In der Eile übersah man, die Popularklage im Abschnitt über den Verfassungsgerichtshof (Art. 60–69) noch einmal aufzuführen.

Die Schlußsitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung fand am 26. Oktober 1946 statt. Die Verfassung wurde mit 136 Stimmen der CSU und SPD gegen 14 Stimmen der KPD, FDP und WAV angenommen. In der gleichen Sitzung verlas der Präsident der Versammlung, Dr. Michael Horlacher, einen Brief Clays vom 24. Oktober 1946, in dem dieser die Bayerische Verfassung unter bestimmten Vorbehalten genehmigte.[57] Clay wies auf die Gesetzgebung der Alliierten und die Vollmachten der Militärregierung hin und stellte klar, daß die Genehmigung nicht als Zustimmung zu einem bayerischen Separatismus zu verstehen sei. Eine bayerische Staatsangehörigkeit werde daher nur insoweit anerkannt, als ein bayerischer Staatsangehöriger zugleich auch ein deutscher Staatsangehöriger sei. Der in Art. 178 formulierte Wille, einem künftigen deutschen Bundesstaat beizutreten, sei nicht als Recht zu verstehen, die Teilnahme an irgendeiner Form der deutschen Regierung zu verweigern, gleich ob diese als Zwischenlösung von den alliierten Behörden oder als beständige Regierung

---

[54] Bayer. Verfassunggebende Versammlung, Stenographische Berichte III, S. 748.

[55] Nawiasky/Leusser: S. 141 und 145 f.; Knöpfle: Verfassungsgerichtsbarkeit, S. 260, Anm. 34.

[56] Bayer. GVBl. 1947, S. 147.

[57] Siegel: Bayerns Staatswerdung, S. 101 und 110 f. Bayer. Verfassunggebende Versammlung, Stenographische Berichte IV, S. 239.

vom deutschen Volk in seiner Gesamtheit bestellt werde. Die Vertreter Bayerns hätten in jedem Fall an den Beratungen über eine zukünftige deutsche Regierung teilzunehmen. Durch diese Ausführungen war der Art. 178 bedeutungslos geworden.
Gemäß einem Schreiben von OMGUS vom 17. September 1946[58] an die Militärregierungen in Bayern, Groß-Hessen und Württemberg-Baden mußte die Verfassung einem Volksentscheid unterworfen werden. Dieser fand zusammen mit der ersten Landtagswahl am 1. Dezember 1946 statt. Sie wurde mit 2090440 gegen 870135 Stimmen angenommen. Wäre die Verfassung abgelehnt worden, hätte der neu gewählte Landtag als Verfassunggebende Landesversammlung tätig werden müssen.

d) Civil Service and Administrative Courts Branch (Administrative Agencies Branch)

Die Civil Service and Administrative Courts Branch entstand am 1. Januar 1947 aus der Zusammenlegung von Civil Service Branch und Administrative Courts Branch. 1947 erhielt die Abteilung den Namen Administrative Agencies Branch. Sie war vor allem für das Beamtenwesen und die Verwaltungsgerichtsbarkeit zuständig.
Die Errichtung einer eigenen Civil Service Branch im Jahre 1946 beleuchtet den hohen Rang, den die Militärregierung einer Reform des Berufsbeamtentums einräumte.[59] Die Amerikaner nahmen starken Einfluß auf den Inhalt des bayerischen Beamtengesetzes vom 28. Oktober 1946,[60] das an die Stelle des Deutschen Beamtengesetzes vom 26. Januar 1937[61] trat. Das bayerische Beamtengesetz von 1946 gab dem Beamten erstmals ein förmliches Beschwerderecht gegen für ihn nachteilige dienstliche Maßnahmen. Das 1937 beseitigte Recht auf Einsicht in die Personalakten stellte man wieder her. Auf besonderen Wunsch der Militärregierung schuf man nach dem Vorbild der amerikanischen Civil Service Commissions in Art. 47 und 57 ff. ein mit umfassenden Aufgaben betrautes Landespersonalamt. Es sollte von einem Generalsekretär geleitet werden und hatte Verzeichnisse über sämtliche Beamten und Beamtenstellen sowie Einstellungs-, Vorrückungs- und Wartestandslisten zu führen. Bei Stellenbesetzungen stand dem Landespersonalamt ein Auswahlrecht zu. Diese zentrale Personalbewirtschaftung stieß innerhalb der bayerischen Regierung auf starken Widerstand: Man verhinderte die Verankerung des Landespersonalamtes in der Verfassung und verzögerte die Ausführung des Gesetzes. Mitte 1948 beklagte sich daher die Civil Administration Division in ihrem Jahresbericht, daß vom demokratischen Geist des Beamtengesetzes nichts verwirklicht worden sei; vielmehr würde man die alte Unterscheidung zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern de facto weiter aufrecht erhalten. Bedenklich war nach Meinung der Militärregierung vor allem die Besetzungspraxis innerhalb der bayerischen Staatsverwaltung. Freiwerdende Stellen würde man für Nazis freihalten, bewährte Antifaschisten oder Flüchtlinge bei der Stellenvergabe benachteiligen. Die Hauptschuld an diesen Versäumnissen trugen nach Meinung der Civil Administration Division die führenden Mitglieder des Personalamtes, insbesondere dessen Generalsekretär Dr. Metz. Im September 1947 empfahl die Administrative Agencies Branch die Entlassung von Metz wegen Mißachtung von Bestim-

---

[58] BayHStA MA 110904.
[59] Vgl. dazu Benz: Versuche zur Reform, S. 220 ff.; Peterson: The American occupation of Germany, S. 248 ff. Art. 94 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung erhielt auf Anregung der Amerikaner den Zusatz, daß den Bürgern die staatlichen Ämter nach ihrer Befähigung und ihren Leistungen offenstehen (Bayer. Verfassunggebende Versammlung: Stenographische Berichte II, S. 426).
[60] Bayer. GVBl., S. 349.
[61] RGBl. I, S. 39.

mungen der Militärregierung. Die Entlassung kam aber wegen der ablehnenden Haltung von OMGUS zu diesem Zeitpunkt nicht zustande.[62] Die Reform des Berufsbeamtentums gehörte zu den noch bis 1949 besonders forcierten Anliegen der Münchener Militärregierung. In einem umfangreichen Schreiben des Landesdirektors vom 7. Februar 1949 warf dieser der bayerischen Regierung schwere Versäumnisse vor:[63]
„Seit Inkrafttreten des Bayer. Beamtengesetzes am 28. Oktober 1946 hat sich in steigendem Maße gezeigt, daß weder die demokratischen Ziele des Gesetzes, noch die Grundsätze der Militärregierung (Titel 4) verwirklicht worden sind [...] Es sollte damit aufgehört werden, ständig hauptamtliche Stellen mit Angestellten anstatt mit Beamten zu besetzen. Das Landespersonalamt sollte ein Einstufungssystem ausarbeiten; es sollte das jetzige Prüfungsverfahren überholen, um es von undemokratischen, kastenähnlichen Merkmalen zu befreien; es sollte mit seinen geheimen Sitzungen aufhören; es sollte dafür sorgen, daß offene Stellen durch Ausschreibung der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden". Um die Vorwürfe zu unterstreichen, wurden im Anhang mehrere Einzelfälle gebracht; das Resümee lautete: „Die angeführten Fälle beleuchten eindringlich das Versagen der zuständigen bayerischen Behörden, die durch die Militärregierung für den öffentlichen Dienst gegebenen Richtlinien zu beachten".
Am 17. Mai 1949 übersandte der Landesdirektor dem Ministerpräsidenten „Vorschläge zur Revision des Bayerischen Beamtengesetzes".[64] OMGBY berief sich dabei, wie schon einige Male vorher, auf die in Titel 4 (Change 1 vom 12. Mai 1947) MGR niedergelegten Grundsätze. Auf bizonaler Ebene hatten die Amerikaner mehr Erfolg. Nachdem die Gesetzgebungsorgane des Vereinigten Wirtschaftsgebietes über lange Zeit hinweg passiven Widerstand geleistet hatten, setzte die Militärregierung am 18. Februar 1949 über den Kopf des Wirtschaftsrates hinweg das Gesetz Nr. 15 („Verwaltungsangehörige der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes") in Kraft, das den Unterschied zwischen Beamten und Angstellten beseitigte. In Bayern scheiterte OMGBY am einhelligen Widerstand von Regierung und Verwaltung. Die Reform des Berufsbeamtentums gehörte in Bayern zu den eindeutig verlorenen Schlachten der Militärregierung.
Wenig Probleme gab es dagegen bei der Wiedererrichtung der Verwaltungsgerichte, um die sich die Administrative Courts Branch kümmerte. Bayerische Rechtsgrundlage für die Wieder- und Neuerrichtung der Verwaltungsgerichte war das Gesetz Nr. 39 über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 25. September 1946.[65] Ursprünglich war die Eröffnung der Verwaltungsgerichte für den 15. Oktober 1946, des Verwaltungsgerichtshofs für den 15. Dezember 1946 vorgesehen. Wegen Personalmangels konnten am 13. Oktober aber nur die Verwaltungsgerichte München und Ansbach eröffnet werden. Der Verwaltungsgerichtshof München und das Verwaltungsgericht Regensburg nahmen am 13. Dezember 1946 ihre Arbeit auf. Die übrigen Verwaltungsgerichte eröffnete man bis zum 15. Januar 1947. Die Administrative Agencies Branch monierte, daß Flüchtlinge bei den Einstellungen trotz des großen Personalmangels kaum Berücksichtigung gefunden hätten. Dagegen stellte man bedenkenlos bayerische Juristen ein, die bei der Entnazifizierung als „Mitläufer" klassifiziert worden waren.[66]
Im April 1948 wurde die Administrative Agencies Branch mit der Koordinierung der Demokratisierungsmaßnahmen innerhalb der Civil Adminstration Division beauf-

[62] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. 1 ff.
[63] BayHStA MA 130828/318.
[64] BayHStA MA 130831/2273.
[65] Bayer. GVBl. 1946, S. 281.
[66] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. 4.

tragt. Im Juli 1948 richtete man auf Anordnung von CAD, OMGUS, ein eigenes Office of Democratization Coordinator ein, das für Kulturaustauschprogramme im politischen Bereich (Austausch von Beamten) sowie für das Bürgerrechtsprogramm („civil liberties") der Militärregierung zuständig war. Das Amt sollte als „clearing house" für Bürgerrechtsbeschwerden gegen bayerische Behörden dienen.[67] Im Juli 1949 entwickelte sich daraus die Civil Liberties and Citizenship Branch.

e) Governmental and Political Branch

Die Governmental and Political Branch ist das Ergebnis der seit März 1948 durchgeführten Umorganisationen innerhalb der Civil Administration Division. In ihr faßte man die ehemaligen Stammabteilungen zusammen. Die drastischen Personalreduzierungen seit Mitte 1948 verlangten auch eine Konzentration der Aufgabenstellung: Im Mittelpunkt der Bemühungen standen jetzt die für das Demokratieverständnis der Amerikaner zentralen Forderungen: Durchsetzung des Mehrheitswahlrechtes (Personenwahl), Förderung der Gewerbefreiheit, Freihalten der Wirtschaftsverbände von staatlichem Einfluß, Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Demokratisierung des Staatsdienstes.[68] Die Bemühungen um eine Reform des Berufsbeamtentums ist bereits oben (bei der Administrative Agencies Branch) geschildert worden. Auch sonst kämpfte die Abteilung mit erstaunlicher Hartnäckigkeit (unterstützt vom Landesdirektor) bis Ende 1949 um die Verwirklichung ihres aus heutiger Sicht modernen Demokratiekonzepts. Wenn später durch die Weiterentwicklung des deutschen Verfassungsrechts und vor allem durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ein Großteil der amerikanischen Wünsche doch noch verwirklicht wurde, so zeigt das, wie vorausschauend die amerikanische Demokratisierungspolitik in Deutschland und Bayern war.
Im Februar 1949 war die jetzt sogenannte Government and Politics Branch in folgende Sections gegliedert:[69]

Übersicht 40: Organisation der Government and Politics Branch, CAD, OMGBY, Februar 1949

- Political Activities Section
- State Government Section
- Local Government and Administrative Agencies Section
- Legislation and Civil Service Section
- CAD Office at Staatskanzlei

Leiter der neuen Branch war John P. Bradford, bisher Chef der Governmental Structures Branch.
Einige der besonders spektakulären Aktionen der Branch seien im folgenden kurz geschildert: Eines der schon bei den Verfassungsberatungen in die Diskussion gebrachten Hauptanliegen der Amerikaner waren die im Militärregierungsgesetz Nr. 56 vom 12. Februar 1947 und in 13–120, MGR, niedergelegten Prinzipien für die Organisation von Geschäfts- und Berufsverbänden (Non-Governmental Business and Professional Associations). Diese Verbände waren nach den amerikanischen Bestimmungen nur zulässig, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllten: Freiwillige und gleiche Mit-

[67] Ebenda, S. LIV f.
[68] Ebenda, S. XXXXVII f.
[69] 11/132-2/38-3.

gliedschaft, demokratische Organisation, keine Beschränkung des freien Wettbewerbs, keine Ausübung von Regierungsbefugnissen (vgl. den von den Amerikanern durchgesetzten Art. 179 der Bayerischen Verfassung!) und schließlich keine staatliche Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Diese Forderungen bildeten den Anlaß zu zahlreichen Kontroversen zwischen Militärregierung und bayerischer Regierung.

Beispielsweise kritisierte die Militärregierung immer wieder Versuche der Regierung, dem Bayerischen Bauernverband den Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zu verleihen. In einem Schreiben vom 19. März 1948 erläuterte OMGUS die Politik der Militärregierung zu diesem Fragenkomplex.[70] Auch vor direkten Eingriffen in die Gesetzgebung scheuten die Amerikaner nicht zurück, wenn es galt, die genannten Prinzipien durchzusetzen: So hob OMGBY mit Befehl Nr. 12 am 21. Januar 1949 das Gesetz über die Errichtung einer Marktordnung für die Ernährungswirtschaft des Landes Bayern vom 24. August 1948[71] sowie die dazu ergangenen Erlasse und Vorschriften auf, weil das Gesetz einmal zu unbestimmt formuliert war und außerdem berufsständische Organisationen zur Ausübung von Regierungsgewalt ermächtigte.[72]

Schon bei den Verfassungsberatungen hatten sich die Amerikaner für das Mehrheitswahlrecht bzw. für die Personenwahl eingesetzt, allerdings ohne nennenswerten Erfolg. So bemühte man sich bei den Wahlgesetzen um eine verstärkte Durchsetzung dieses Prinzips. Beim Gemeindewahlgesetz und beim Landeswahlgesetz gelang das nur teilweise.[73] Auch hier griff man durch Suspendierungen in die Gesetzgebungsautonomie des bayerischen Landtages ein: Mit Befehl Nr. 20 vom 30. Juni 1948 suspendierte OMGBY Art. 45 Abs. 2–4 des Landeswahlgesetzes wegen unzulässiger Einschränkung des Wählerwillens.[74]

Auf Befehl von OMGBY vom 3. September 1948[75] wurde die mit Zustimmung des Landtags vom Innenministerium erlassene Niederlassungsordnung für Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Dentisten vom 5. Mai 1948[76] mit Wirkung zum 1. Dezember für nichtig erklärt, da die Verordnung die Niederlassung unzulässig beschränke und darüber hinaus den Berufsverbänden bei der Niederlassungsgenehmigung staatliche Hoheitsbefugnisse einräume. Der Landtag erließ daraufhin das Gesetz zur Regelung des ärztlichen Niederlassungswesens vom 23. Dezember 1948.[77] Auch dieses Gesetz mißfiel einigen OMGUS-Mitarbeitern (insbesondere US-Decartelization Element, BICO). Da sich die zuständigen Abteilungen bei OMGUS offensichtlich nicht einigen konnten, blieb dem Gesetz das Schicksal nochmaliger Aufhebung erspart.[78]

Mit Schreiben vom 18. Dezember 1948[79] erinnerte OMGBY die bayerische Regierung an die seit 16. März 1948 geltenden Bestimmungen der MGR (11–110ff., früher 13–120ff.), durch die alle Genehmigungspraktiken im Gewerbebereich, die dem Gleichheitsgrundsatz widersprachen, ausdrücklich untersagt worden waren (so auch Militär-

---

[70] BayHStA MA 130818/1079.
[71] Bayer. GVBl. 1948, S. 159.
[72] BayHStA MA 130827/162; Bayer. GVBl. 1949, S. 33.
[73] Gesetz Nr. 103 über die Wahl der Gemeinderäte und der Bürgermeister vom 27. 2. 1948 (Bayer. GVBl. 1948, S. 19); Landeswahlgesetz vom 29. 3. 1949 (Bayer. GVBl. 1949, S. 69).
[74] BayHStA MA 130833/2999.
[75] BayHStA MA 130822/2373.
[76] Bayer. GVBl. 1948, S. 85.
[77] Bayer. GVBl. 1949, S. 2.
[78] BayHStA OMGUS Legal Division 16/2477.
[79] BayHStA MA 130826/3510. Vgl. dazu Boyer: Handwerksordnung oder Gewerbeordnung.

regierungsgesetz Nr. 56 vom 12. Februar 1947). Das Schreiben führte dann weiter aus: „Nach Überprüfung der im Lande Bayern in Kraft befindlichen *Lizenzierungsgesetze* ist die Militärregierung für Bayern der Ansicht, daß sie die Entwicklung einer freien demokratischen Wirtschaft beeinträchtigen und die volle Ausschöpfung der wirtschaftlichen Möglichkeiten [...] behindern, da sie von allen Personen, die neue Geschäfte vergrößern möchten, den Nachweis des ‚wirtschaftlichen Bedürfnisses' für ihr Vorhaben und ihre persönliche ‚Zuverlässigkeit' verlangen. Es wird deshalb die Aufhebung oder Abänderung des Gesetzes Nr. 42 über die Errichtung gewerblicher Unternehmen vom 23. September 1946[80] gefordert."
Noch deutlicher drückte sich dann OMGBY einen Monat später aus: In einem Schreiben vom 31. Januar 1949[81] an die bayerische Staatsregierung stellte man klar, daß alle Gesetze, Verordnungen und Vorschriften, die gewerbliche Lizenzierungen regeln, vollständig aufgehoben seien, soweit sie den im Schreiben vom 18. Dezember 1948 genannten Grundsätzen widersprachen. Daraufhin arbeitete das Wirtschaftsministerium den Entwurf eines Gesetzes über die Gewerbefreiheit aus, in dem die Lizenzierungsfälle nach den Vorstellungen der Militärregierung aufgelistet wurden. Die Bemühungen der bayerischen Regierung waren indes nach Meinung der Militärregierung noch nicht zufriedenstellend, so daß der Landesdirektor am 5. April 1949[82] unter Hinweis auf die vorhergehenden Schreiben noch einmal klarstellte: „Es ist der feste Grundsatz der Militärregierung, daß das System der Lizenzierung von Tätigkeiten durch Einzelpersonen, Gesellschaften, Vereinigungen, Verbänden oder sonstigen juristischen Personen, gleichgültig auf welchem Gebiet, undemokratisch ist und grundsätzlich nicht gebilligt werden kann". Ausnahmen seien nur dort zulässig, wo durch die betreffenden Tätigkeiten Belange der öffentlichen Gesundheit, Sicherheit und Wohlfahrt berührt werden.
Auch in der Diskussion um den Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung griff OMGBY ein: Am 17. Januar 1949 legte man im Anschluß an eine Denkschrift des Innenministeriums („Demokratisierung der Verwaltung") eine eigene Stellungnahme zum weiteren Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung vor („Grundsätze für einen demokratischen Ausbau der Kommunalverwaltung").[83]

f) Public Safety Branch

Innerhalb des Regional Military Government Detachment (E1F3) wurde am 17. Mai 1945 ein Public Safety Office eingerichtet, dem zwei Tage später eine Special Branch eingegliedert wurde.[84] Ursprüngliche Aufgabe der Public Safety Branch war der Wiederaufbau der deutschen Polizeikräfte und der deutschen Feuerwehren, ihre Entnazifizierung und Überwachung. Sodann war Public Safety Branch im Zusammenwirken mit CIC und anderen amerikanischen Sicherheitsbehörden für die allgemeine Sicherheit verantwortlich.
Die Grundlage für die Arbeit dieser Sicherheits- und Polizeiabteilung der Militärregierung (Ansprechpartner auf deutscher Seite war die Polizeiabteilung des Innenministeriums) bildete Abschnitt VIII der Direktive vom 7. Juli 1945. Danach mußte der Wiederaufbau der aufgelösten Polizeiverbände auf lokaler Ebene beginnen. Alle Ge-

[80] Bayer. GVBl. 1946, S. 299.
[81] BayHStA MA 130827/230.
[82] BayHStA MA 130830/989.
[83] BayHStA MA 130827/140.
[84] 10/85-3/5.

meinden über 5000 Einwohner sollten eine eigene Polizei als Bestandteil der Gemeindeverwaltung haben. Die Landpolizei für Gemeinden unter 5000 Einwohner organisierte man auf Regierungsbezirksebene. Die in der Direktive vom 7. Juli 1945 vorgesehene bayerische Grenzpolizei wurde durch Verordnung des Innenministerium vom 15. November 1945 mit einer Landesgrenzpolizeidirektion in München eingerichtet. Im Dezember führten amerikanische Spezialisten die bayerische Polizei in die Technik der Fingerabdruckaufnahme ein. Das in der Direktive vom 7. Juli 1945 genannte Landeserkennungsamt nahm erst 1946 seine Arbeit auf. Ende des Jahres 1945 begann man mit der Wiederbewaffnung der Polizei. Diese mußte nach Anweisung von USFET unter Kontrolle des Ministerpräsidenten durchgeführt werden.[85]
Das in der Direktive vom 7. Juli 1945 (Abschnitt VIII) streng durchgehaltene Prinzip der Dezentralisierung der Polizeikräfte wurde durch die USFET-Anweisung vom 21. Januar 1946[86] durchbrochen, in der die Militärregierungen in Bayern, Groß-Hessen und Württemberg-Baden veranlaßt wurden, eine Landespolizei auf Länderebene ins Leben zu rufen. Die Organisationsbestimmungen für den Aufbau der Landpolizei von Bayern genehmigte die Militärregierung durch Schreiben vom 26. März 1946 mit Wirkung vom 5. April 1946. Interessanterweise unternahm im Herbst 1946 die Governmental Structure Branch Versuche, diese Zentralisierung der Polizei wieder rückgängig zu machen, was jedoch die Public Safety Branch aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zurückwies.[87]
Den Abschnitt VIII der Direktive vom 7. Juli 1945 ersetzte man seit dem 1. Februar 1946 durch Tit. 9, MGR, der in der Folgezeit mehrfach entscheidend geändert wurde, insbesondere nachdem die deutschen Sicherheitsorgane zunehmend mehr Verantwortung erhielten.
Am 11. März 1947 beauftragte man die bayerische Grenzpolizei mit der zivilen Grenzüberwachung. Parallel dazu zogen sich die Einheiten der US Constabulary von der Grenze zurück. Seit Juni 1948 überließen die Amerikaner die Grenzkontrolle vollständig den deutschen Stellen. Die größten Probleme beim Aufbau der bayerischen Grenzpolizei waren die zu geringe Mannschaftsstärke und die fehlenden Transportmöglichkeiten. Beides bemängelte die Militärregierung am 21. April 1947.[88] Am 1. August 1947 ging die Befugnis zur Ausgabe von Grenzübertrittsscheinen von den Liaison and Security Offices auf die Grenzpolizei über. Im August 1948 hob man schließlich die Grenzstationen zwischen der amerikanischen und der französischen Besatzungszone auf.
Mit großer Sorgfalt wachte die Militärregierung über die in 9–200, 9–211, 9–411 und 9–430, MGR, niedergelegten Prinzipien der Dezentralisierung, der Selbständigkeit der Gemeindepolizei und der weitestgehenden Beschränkung der Normgebung durch die Exekutive. Mit Schreiben vom 1. Oktober 1947 ordnete OMGBY an, daß ein Erlaß des Innenministers vom 21. Mai 1947, mit dem Vorschriften für die Organisation der Stadtpolizeidirektionen und ein Handbuch für die Organisation der Stadt- und Gemeindepolizei in Bayern in Kraft gesetzt werden sollten, wegen Verstosses gegen die genannten Bestimmungen für nichtig erklärt werden sollte.[89] Als ein besonderes Verdienst der Besatzungspolitik darf die nach 1945 erfolgte Ausgliederung der Verwaltungspolizei aus dem Polizeibereich gelten.[90] Nach 9–235, MGR, war den deut-

---

[85] Wochenbericht Nr. 33 (10/85–3/6–5).
[86] AG 014.1 – GEC – AGO vom 21.1.1945.
[87] BayHStA Präsidium der bayerischen Landpolizei 12.
[88] BayHStA MA 130807.
[89] BayHStA MA 130811.
[90] Vgl. dazu Mayer: Bayerns Polizeirecht.

schen Polizeistellen das Tätigwerden in allen Dingen verboten, die nicht mit dem Schutz von Leben und Eigentum, der Erhaltung des Friedens und der Verhinderung und Aufdeckung von Verbrechen zusammenhingen. OMGBY wachte beharrlich darüber, daß die Polizei keine Verwaltungsaufgaben durchführte, und mahnte entsprechende Überschreitungen immer wieder ab.[91]

Ein großes Anliegen war für OMGBY der Kampf gegen willkürliche Maßnahmen der Polizei bei Festnahme von Personen, Durchsuchung von Wohnungen und Beschlagnahme von Eigentum. In einem Schreiben des Landesdirektors an Ministerpräsident Ehard vom 5. April 1949 wurde bemängelt, daß bei den insgesamt 54000 Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen des letzten Jahres in der Regel kein Durchsuchungsbefehl vorlag.[92] Dies würde sowohl der Proklamation Nr. 3 des Kontrollrats als auch dem in der bayerischen Verfassung verankerten Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum widersprechen. Auch sonst erteilten die Amerikaner der deutschen Polizei keine guten Zensuren. In einem Bericht vom Februar 1949 heißt es etwa: „MG inspections have revealed the presence of strong factors within Bavarian public safety agencies tending towards the creation of a police state".[93]

Die Überwachung der deutschen Polizeidienststellen vor Ort war Aufgabe der jeweiligen Public Safety Officers des Detachments bzw. des Liaison and Security Office. Zusätzlich wurden am 1. Juli 1946 auf Regierungsbezirksebene Field Supervisory Teams eingerichtet.[94] Sie bestanden aus zwei Offizieren (Chief of the Field Team und Public Safety Officer) sowie einem Angestellten. Für diese fünf Field Teams (in München, Augsburg, Nürnberg-Ansbach, Regensburg und Würzburg) war eine Field Supervisory Section der Public Safety Branch zuständig. Durch eine Änderung des Titels 9, MGR, vom 19. Januar 1948 (die der bayerischen Regierung am 10. Februar übermittelt wurde) sollte jede Einmischung der Liaison and Security Offices in die Tätigkeit der deutschen Polizeidienststellen beseitigt werden.[95] Im Januar zog man alle Public Safety Officers aus den Liaison and Security Offices ab. Die Überwachungsaufgaben übernahmen jetzt die Field Teams.[96] Ende 1948 wurde dann die Überwachung der deutschen Polizei auf Landkreis- und Regierungsbezirksebene ganz eingestellt.[97]

Auch bei der Organisation des Feuerwehrwesens war OMGBY auf weitestgehende Dezentralisierung bedacht. Die entsprechende Militärregierungspolitik war in 9–700, 9–701 und 9–704, MGR, niedergelegt. Unter Hinweis auf diese Bestimmungen monierte OMGBY bei der bayerischen Regierung am 12. Mai 1948,[98] daß bei der Wahl der örtlichen Feuerwehrchefs eine Bestätigung der Regierung bzw. des Landesamtes für Feuerschutz[99] gefordert worden wäre. Am 3. September 1948 wies OMGBY erneut darauf hin, daß von keiner Regierungsstelle oberhalb der Landkreisebene eine Kontrolle über die Feuerwehren ausgeübt werden dürfe.[100] Die Staatsregierung wurde

---

[91] Mit Schreiben vom 27.1.1949 an den bayerischen Ministerpräsidenten monierte der Landesdirektor, daß die Nürnberger Stadtpolizei Theaterlizenzen, Lotteriegenehmigungen u. ä. erteilte (BayHStA MA 130827).

[92] BayHStA MA 130829/949; OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LIII.

[93] 11/132–2/38.

[94] OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, S. 148.

[95] 5/361–2/36; BayHStA MA 130815/390.

[96] 13/127–2/5.

[97] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LII.

[98] BayHStA MA 130819/1350.

[99] Ende 1945 erließ USFET eine Direktive über die Errichtung von Landesstellen zur Feuerverhütung; Wochenbericht Nr. 33 (10/85–3/6–5).

[100] BayHStA MA 130822/2372.

aufgefordert, den lokalen Feuerwehrchefs Kopien der in Teil 7 des Titels 9, MGR, niedergelegten Bestimmungen zuzusenden.

g) Public Health Branch

Am 18. Mai 1945 nahm in München eine Public Health and Welfare Branch des Regional Military Government Detachments mit etwa 52 Offizieren und 220 Soldaten die Arbeit auf.[101] Leiter dieser Abteilung war Lt.Col. Charles D. Shields, dessen deutscher Ansprechpartner der Leiter der im Juni ins Leben gerufenen Gesundheitsabteilung des Innenministeriums, Dr. Gustav Seiffert, war. Die ersten Maßnahmen der Public Health and Welfare Branch dienten der Verhütung von Epidemien bei den amerikanischen Truppen, den Displaced Persons und der deutschen Zivilbevölkerung. In der Woche bis 15. Juni 1945 waren im Raum München 221 Typhusfälle gemeldet worden. Weitere Aufgaben dieser Abteilung waren die Betreuung der befreiten KZ-Insassen und die Neuorganisation des Gesundheitswesens. Mit der Wiedererrichtung der bayerischen Gesundheitsverwaltung, die im wesentlichen schon Ende 1945 abgeschlossen war, beschränkte sich die Arbeit der Public Health and Welfare Branch auf die Überwachung der deutschen Behörden.
Seit April 1946 unterstand die Branch der Internal Affairs and Communications Division. Im Juli wurden die Welfare-Aufgaben einer eigenen Public Welfare Branch übertragen. Die Public Health Branch war danach in folgende Sections gegliedert:

Übersicht 41: Organisation der Public Health Branch, CAD, OMGBY, Juli 1946

- Medical Section
- Dental Affairs Section
- Veterinary Section
- Sanitary Section
- Nursing and Hospital Section
- Supply Section
- Nutrition Section

1946 kam als neue Aufgabe die medizinische Betreuung von Flüchtlingen hinzu. Die Militärregierung veranlaßte in diesem Zusammenhang die Einrichtung von 35 Flüchtlingsstationen. Sehr in Anspruch genommen wurde die Abteilung durch die stark um sich greifenden Geschlechtskrankheiten, zu deren Behandlung eigene Spezialkrankenhäuser eingerichtet wurden. Hier mußte die Branch besonders Verbindungsaufgaben zwischen deutschen Behörden und amerikanischen Armee-Einheiten wahrnehmen. Zum Leidwesen der Branch kümmerten sich die amerikanischen Armee-Einheiten wenig um die Zuständigkeiten der deutschen Stellen.[102] 1948 mußte sich die Branch auch mit der bayerischen Gesetzgebung zum ärztlichen Zulassungsrecht befassen. Sie wandte sich vor allem gegen die Übertragung von quasi richterlicher und staatlicher Gewalt an ärztliche Interessenverbände.[103]

---

[101] OMGBY: Annual Historical Report 1945/46. Shields war schon vorher in München tätig und wurde zuerst dem lokalen Detachment F1F3 zugeteilt. Gemäß TWX vom 28.3.1945 an die 12., 6. und 21. Armeegruppe wurden sämtliche Public Health Tätigkeiten dem Office of Chief Surgeon, SHAEF, (und nicht G-5) unterstellt. Ansprechpartner der in München tätigen Public Health Offiziere waren daher die Surgeons der 3. und 7. Armee (10/85-3/5-1).

[102] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LI.

[103] Ebenda.

Das für Gesundheitswesen zuständige Personal wurde zwischen 1945 und 1946 besonders stark abgebaut. Mitte 1946 bestand die Public Health Branch nur noch aus drei amerikanischen Mitarbeitern. Bei der Übernahme durch CAD im Sommer 1948 stand der Branch nur ein amerikanischer Arzt zur Verfügung. Der erste Leiter der Abteilung im Mai 1945 war Lt.Col. Charles D. Shields, sein Nachfolger wurde im Frühjahr 1946 Lt.Col. E. Ross Jenney. Dieser wurde im Juli 1948 von Robert I. Hood abgelöst.

h) Public Welfare (and DP) Branch

Seit Juli 1946 arbeitete unter der Internal Affairs Division eine eigene (von der Public Health Branch getrennte) Public Welfare Branch. Nach der Auflösung der Internal Affairs Division kam die Welfare Branch zur Civil Affairs Division und nannte sich Public Welfare and DP Branch. Sie besaß zwei Unterabteilungen: eine Child Welfare Section sowie eine DP and Refugee Section (1948). Die korrespondierenden deutschen Behörden waren für die Welfare Officers und die Welfare Branch vor allem die entsprechenden Abteilungen des Innenministeriums, der Flüchtlingskommissar und das Landesjugendamt.

Die ersten Welfare Officers der Militärregierung hatten 1945 vor allem mit der Rückführung der verschleppten Personen (Displaced Persons) zu tun. Sie kümmerten sich um die Wiedererrichtung privater Wohlfahrtsorganisationen und des Roten Kreuzes, um die Organisation von Hilfsprogrammen (Notverpflegungen, Schulspeisungen, CARE-Programm) und später um die Betreuung von Flüchtlingen. Die Zuständigkeit für die Flüchtlinge erhielt die Public Welfare Branch am 28. August 1948, nachdem ihr die Displaced Persons and Refugee Section (vorher bei der Plans and Operations Branch) eingegliedert worden war.[104] Das Flüchtlingsproblem ist von den Amerikanern schon 1945 als rein deutsche Angelegenheit betrachtet worden, was allerdings gewisse Einflußnahmen und Anregungen nicht ausschloß. So drängte die Militärregierung beispielsweise immer sehr energisch, die Flüchtlinge vorbehaltlos und gleichberechtigt in Bayern einzugliedern. Die Amerikaner bestanden daher darauf, daß Flüchtlinge nur vorübergehend in Lager untergebracht wurden. Auch das Verbot der Gründung reiner Flüchtlingsparteien sollte dieser Grundtendenz amerikanischer Besatzungspolitik – vorbehaltlose Eingliederung der Flüchtlinge in die bayerische Bevölkerung – dienen.

Verdienstvoll waren die Anregungen der Branch bei der Ausbildung von „youth welfare workers", bei der neueste wissenschaftliche Erkenntnisse der Jugendwohlfahrt zugrunde gelegt werden konnten. Nicht gelungen ist den Amerikanern die Durchsetzung einer ausreichenden Jugendwohlfahrtsgesetzgebung.[105]

Der erste 1945 in München tätige „Chief Welfare Officer" war Capt. W. Stainton. Ihm folgte im Oktober 1945 Capt. Herman Auerbach. Im Februar 1946 findet sich Louis M. Miniclier als ziviler Leiter der damaligen Welfare Section (Branch). Seit 1948 leitete William R. Gosser die Branch.

Personalmäßig war die Abteilung immer sehr schwach besetzt. Im März 1946 zählte die Branch drei Mitarbeiter in München und fünf Field Representatives im Außendienst. Durch die Übernahme der Displaced Persons and Refugee Section im August 1946 kamen 15 neue Mitarbeiter hinzu, doch bereits im T/O vom Oktober 1948 zählte die Branch nur noch drei Mitarbeiter mit ausschließlich beratender Funktion.

---

[104] Um diejenigen verschleppten Personen, die nicht repatriierbar waren, kümmerte sich UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration). 1947 (April) waren in Bayern noch 241 866 DPs bei UNRRA registriert.

[105] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LIII f.

i) Special Branch (Denazification Branch)

Am 19. Mai 1945 wurde dem Safety Office des Regional Military Government eine Safety Branch angegliedert, deren Aufgabe die zentrale Durchführung von Entnazifizierungsmaßnahmen war. Die notwendigen Ermittlungen dieser Branch stützten sich insbesondere auf das zur Verfügung stehende deutsche Aktenmaterial sowie auf Fragebögen, die von den Betroffenen auszufüllen waren. Man begann mit der Auswertung von Fragebögen derjenigen Personen, die bei der Militärregierung beschäftigt werden sollten oder die bei deutschen Ämtern noch in Schlüsselpositionen tätig waren bzw. dort eingestellt werden sollten. Dabei arbeitete die Special Branch mit der 45th Division, CIC, der Civil Service Records Unit sowie der Münchener Polizei zusammen.[106] Auch die anderen Abteilungen der Militärregierung führten Entnazifizierungsmaßnahmen durch. Einheitliche Entnazifizierungsrichtlinien besaßen die Amerikaner beim Einmarsch in Deutschland nicht. Col. Eugene Keller vom Münchener Detachment wandte beispielsweise die Direktive der 6. Army Group (vom 30. März 1945) an. Eine einheitliche Regelung brachte dann die Direktive vom 7. Juli 1945.[107]
Nach dem Inkrafttreten des Befreiungsgesetzes, durch das die Entnazifizierungsmaßnahmen in die Hände der Deutschen gelegt wurden, wurden die Kontrollfunktionen, die sich die Amerikaner noch vorbehalten hatten, bei der Special Branch zentralisiert. Diese war am 24. Mai 1946 von der Safety Branch getrennt[108] und zu einer selbständigen Abteilung gemacht worden. Nun war die Hauptaufgabe der Abteilung die Unterstützung und Kontrolle des neu geschaffenen Sonderministeriums und der dem Ministerium untergeordneten Stellen (Spruchkammern, Berufungskammern und Arbeitslager). Organisation und Tätigkeit der im Zusammenhang mit dem Befreiungsgesetz neu formierten Special Branch brachte Tit. 9 Teil 8, MGR. Einzelheiten des Verfahrens finden sich in den „Instructions to Public Safety Special Branches for Denazification under the ‚Law for Liberation from National Socialism and Militarism'", die OMGUS am 17. Mai 1946 publizierte.
Am 1. Januar 1947 gliederte sich die Abteilung in die folgenden Unterabteilungen:

Übersicht 42: Organisation der Special Branch, CAD, OMGBY, 1. Januar 1947

- Administrative Section
- Field Operations Section
- Labor Camps and Prisons Section
- MG Denazification Section
- German Denazification Section
- Special Investigation Section

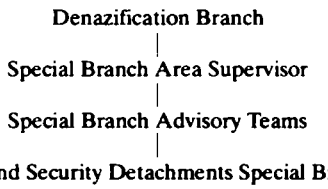
Bei allen lokalen Detachments waren unter der Oberaufsicht der Special Branch (die man im Oktober 1947 in Denazification Branch umbenannte) Special Branch Sections (= Liaison and Security Detachment Special Branches) tätig. Diese kümmerten sich vor allem um die lokalen Spruchkammern. Die Urteile der Spruchkammern konnten überprüft und durch Anweisungen an das Sonderministerium korrigiert werden. Die Berufungskammern wurden von Special Branch Advisory Teams überwacht. Für die Arbeitslager war die Labor Camp Section[109] zuständig.

---

[106] 10/85–3/5–1.
[107] Vgl. dazu und zum folgenden Niethammer: Entnazifizierung, S. 50ff.
[108] Ebenda, S. 349f.
[109] Ebenda, S. 455f.

Die im Herbst 1946 artikulierte Kritik der Amerikaner an der deutschen Entnazifizierungspraxis steigerte auch die Bedeutung der Special Branch. Wie sehr die Amerikaner auch weiterhin die deutschen Entnazifizierungsmaßnahmen überwachten, zeigt die OMGUS-Direktive vom 21. September 1946 („Removal of Important German Officials") sowie die Änderung von Titel 9 Teil 8, MGR (Special Branch Operations) vom 22. November 1946.
Zu Beginn des Jahres 1948 wies die Denazification Branch die folgende Organisation auf:

Übersicht 43: Organisation der Denazification Branch, CAD, OMGBY, Anfang 1948



Nach der Auflösung der Internal Affairs Division kam die Denazification Branch am 1. Februar 1948 zur Civil Administration Division. Die OMGUS-Direktive vom 4. Mai 1948 beseitigte 9–830 und 9–831, MGR, sowie Militärgesetz Nr. 8 und alle darauf basierenden Verordnungen. Die Überwachung der Spruchkammern wurde mit Ausnahme derjenigen Fälle eingestellt, in denen die Militärregierung neue Beweismittel besaß oder in denen grobe Verfahrensmängel bekannt geworden waren.
Damit war eine der wesentlichsten Aufgaben der Denazification Branch beendet. Im Dezember 1948 schloß die Militärregierung ihr Entnazifizierungsprogramm offiziell ab. Bereits im September 1948 war die Denazification Branch in das Office of the Denazification Adviser umgewandelt worden. Die bisherigen Teams arbeiteten nun als Außenstellen des neuen Amts. Auskünfte, die bisher die Militärregierung erteilt hatte (insbesondere Auskünfte aus dem Document Center) vermittelte jetzt das Sonderministerium. Am 30. Juni 1949 löste man schließlich auch das Office of the Denazification Adviser auf.
Das Personal der Special Branch erreichte im Juli 1946 mit 72 Mitarbeitern seinen Höchststand, wobei der größte Teil der Mitarbeiter bei den Inspection Teams tätig war. Im Juli 1947 zählte die Branch 47, am 13. Oktober 1948 nur noch zehn Mitarbeiter. Leiter der Abteilung war Mitte 1946 Major Edwin C. Johnson, der im März 1947 von William E. Griffith abgelöst wurde. Im Herbst 1948 folgte diesem der neue Denazification Adviser Curtis H. Shell.

5. Education and Cultural Relations Division

a) Organisation

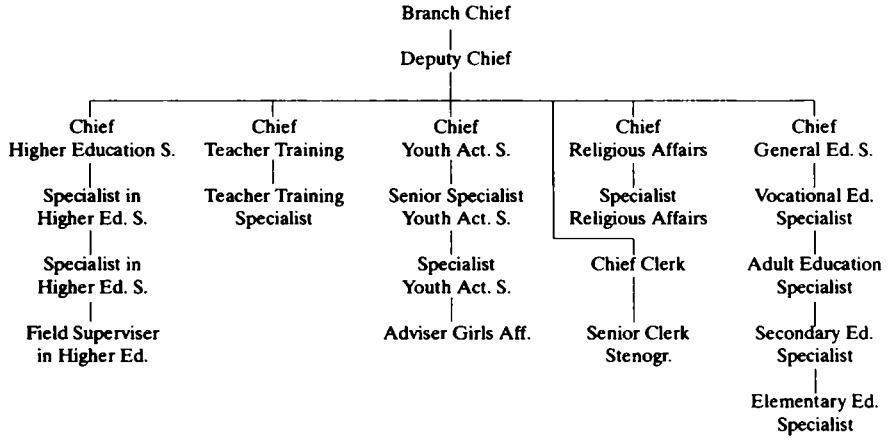
Mit Fragen der Erziehung und der Religionsgemeinschaften befaßten sich nach dem Einmarsch der Amerikaner die Education and Religious Officers der Militärregierung.[110] In München waren es zuerst die Offiziere des Münchener Lokaldetachments F1F3 (Capt. W. M. Landeen und Lt. Earl E. Chisamore) und seit dem 21. Mai 1945 die Education and Religious Affairs Section des Regional Military Government Detachments E1F3, die überregional für diese Sachbereiche zuständig war. Später wurde diese Abteilung der Militärregierung als Education and Religious Affairs Branch der Internal Affairs and Communications Division unterstellt.
Im Jahre 1946 (Organisationsplan vom 17. Juli 1946) verfügte die Branch über 28 Mitarbeiter, darunter neun Field Representatives und fünf Research Assistants. Die Branch war in folgende Sections untergliedert:[111]

Übersicht 44: Organisation der Education and Religious Affairs Branch, IACD, OMGBY, Juli 1946

- Higher Education and Teacher Training
- Elementary Education
- Secondary Education and Special Schools
- Youth Activities
- Religious Affairs

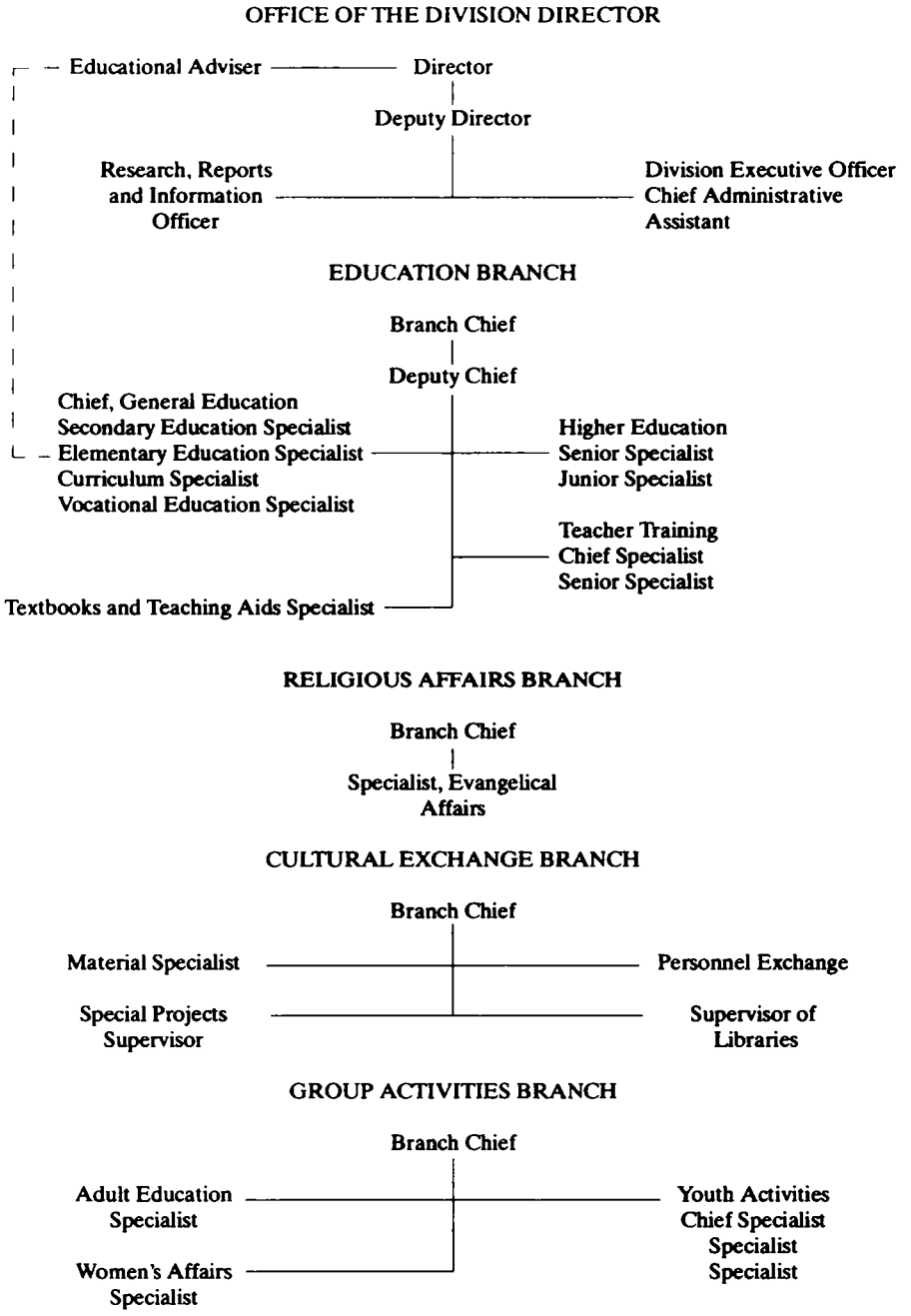
Dieses Organisationsschema wurde auch nach der für den 1. Januar 1947 angeordneten Personalreduzierung auf 21 Mitarbeiter beibehalten. Im Organisationsplan vom 1. Juli 1947 differenzierte man (bei einer gleichbleibenden Zahl von 21 amerikanischen Mitarbeitern) die Organisation:

Übersicht 45: Organisation der Education and Religious Affairs Branch, IAD, OMGBY, Juli 1947



[110] Vgl. allgemein Wenisch: Das Schriftgut der „Education and Cultural Relations Division", S. 202–209.
[111] OMGBY: Annual Historical Report 1945/46, S. 134.

Übersicht 46: Organisation der Education and Cultural Relations Division, OMGBY, Mai 1948



Im Zuge der Auflösung der Internal Affairs Division entstand aus der Education and Religious Affairs Branch im Februar 1948 eine eigene Division mit dem Namen Education and Cultural Relations Division.[112] Die Umorganisation ging von OMGUS aus, wo Clay die Erziehungsabteilung ausbaute, umbenannte (Education and Cultural Affairs Division) und sich unmittelbar unterstellte.[113] Eine ähnliche Aufwertung und Umbenennung der Erziehungsabteilungen findet sich seit dem 1. März 1948 auch bei den anderen Ländern.[114] Die neue Division wurde in eine Education Branch, eine Religious Affairs Branch und eine Group Activities Branch gegliedert. Im April kam noch eine Cultural Exchange Branch dazu. Die Aufgaben der Youth Activities Section, der General Education Section sowie der Women's Affairs Section übernahm man im wesentlichen von der Group Activities Branch, die der Higher Education Section und der Teacher Training Section von der Education Branch.
Im Zuge der Umorganisation verbesserte sich auf Veranlassung von OMGUS und des neuen Leiters der Erziehungsabteilung, Hermann B. Wells,[115] die Personalausstattung der Abteilung erheblich. Waren es noch im Februar 1948 15 Mitarbeiter, so sah der Organisationsplan vom Mai 1948 bereits 31 Mitarbeiter vor. Die Organisation der Division ist in Übersicht 46 dargestellt.
Wie in den anderen Ländern wurde nach dem Vorbild und auf Anregung von OMGUS[116] die Zuständigkeit für Theater und Musik, die bisher von der Film, Theater and Music Branch, Information Control Division, wahrgenommen worden war, im Juli 1948 auf die Education and Cultural Relations Division übertragen. Zu diesem Zweck wurde die Cultural Exchange Branch zu einer Cultural Affairs Branch ausgebaut. Für die bessere Zusammenarbeit mit OMGUS war von Bedeutung, daß im Juni/Juli 1948 die Education and Cultural Division, OMGUS, nach Nürnberg verlegt worden war. Die Universitätsangelegenheiten erfuhren durch die Gründung einer eigenen University Branch am 2. November 1948 eine erhebliche Aufwertung.[117] Das Personal der Division wuchs gegen Ende des Jahres noch an. Im Dezember zählte sie 35 Mitarbeiter. Dazu kamen in der zweiten Jahreshälfte 1948 mehrere Spezialisten für Erziehungs- und Gruppenarbeit, die jeweils nur für 60 Tage tätig waren.[118] Auch im Jahre 1949 konnte die Education and Cultural Relations Division ihren Personalstand von 35 Mitarbeitern im wesentlichen unverändert halten. Keine andere Abteilung der Militärregierung wurde in ähnlicher Weise vom allgemeinen Personalabbau verschont.[119]
Zu Beginn des Jahres 1949 wies die Division folgende Organisation auf:

Übersicht 47: Organisation der Education and Cultural Relations Division, OMGBY, Anfang 1949

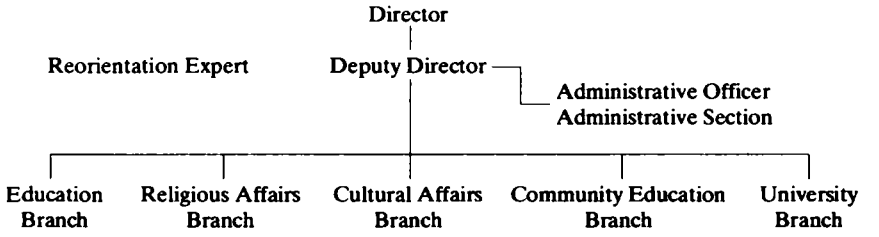
- Education Branch
- Religious Affairs Branch
- Cultural Affairs Branch
- Group Activities Branch
- University Branch

---

[112] General Order, OMGBY, Nr. 4, 25.2.1948.
[113] Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 335; General Order, OMGUS, Nr. 6, 18.2.1948; Thron: Schulreform, S. 133.
[114] Siehe S. .
[115] Thron: Schulreform, S. 133 f.
[116] General Order Nr. 22, OMGUS, vom 23.6.1948 (13/127-2/5).
[117] General Order Nr. 18, OMGBY, vom 2.11.1948.
[118] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXI.
[119] 13/141-2/1-2.

Im Rahmen des amerikanischen Reorientierungsprogrammes beauftragte man die Education and Cultural Relations Division mit Leitungsfunktionen: Am 19. April 1948 wurde ein abteilungsübergreifendes Reorientation Committee eingerichtet, dessen Vorsitzender der Chef der Education and Cultural Relations Division und dessen Mitglieder die Leiter der anderen Divisions von OMGBY waren. Das Kollegium war beauftragt, Projekte im Bereich Erziehungswesen und Kulturaustausch und allgemein alle bildungspolitischen Bemühungen zu koordinieren. Am 1. Dezember 1948 löste der Land Director das Reorientation Committee auf und ersetzte es durch eine Office of Military Government Bavaria Special Reorientation Staff Unit.[120] Zum Leiter dieser Staff Unit bestimmte man wiederum den Chef der Education and Cultural Relations Division. Seit 1948 arbeitete bei der Division ein Reorientation Expert. Am 30. Juni 1948 präsentierte sich die Education and Cultural Relations Division mit folgendem Organisationsschema:

Übersicht 48: Organisation der Education and Cultural Relations Division, OMGBY, Juni 1949



Für den Bereich Education and Religion war im Regional Military Government Detachment E1F3 von Anfang an der (protestantische) Capt. W. M. Landeen zuständig. Ihm folgte 1st Lt. Earl E. Chisamore und dann im Juli 1945 Major D'Arms. Chef der Education and Religious Affairs Branch innerhalb der Internal Affairs Division war seit Mai 1946 Walter G. Bergman.[121] Anfang 1948 löste ihn Martin Mayes ab. Dieser hatte seit September 1946 als Bücherei- und Lehrbuchspezialist, seit 1. Mai 1947 als Deputy Branch Chief gearbeitet. Nachfolger von Mayes wurde im April 1948 (als kommissarischer Leiter der Education and Cultural Relations Division) Louis M. Miniclier (später dann Leiter der Cultural Affairs Branch). Ihn löste im Juli 1948 Charles D. Winning[122] ab, der vorher als Direktor des aufgelösten Regional Government Coordinating Office (RGCO) in Stuttgart tätig gewesen war.

---

[120] General Order Nr. 19, OMGBY, vom 1.12.1948 (5/354-2/31).

[121] Bergman machte 1929 an der University of Michigan seinen Ph.D. Von 1920 – 1923 unterrichtete er an High Schools, von 1925 – 1929 an der University of Michigan, von 1931 – 1933 an der Wayne University. 1933 – 1943 war er Research Director für die Detroit Schools. 1943 – 1945 arbeitete er als Education Officer, von September 1945 bis Mai 1946 als Education Director UNRRA, American Zone.

[122] Winning war 20 Jahre lang Mitglied der Fakultät des Business Administration College der New York University und kam als Civil Affairs Officer mit der 7. Armee nach Deutschland und zur Militärregierung Württemberg-Baden. Im September 1946 wurde er Deputy Director des RGCO und am 1. Januar 1947 als Nachfolger von James K. Pollock dessen Direktor (Information Bulletin vom 19.8.1948, S. 11).

Die Leiter der Sections and Branches wechselten sehr häufig. Über einen längeren Zeitraum blieb Clifton C. Winn, der von September 1946 bis 30. April 1947 Deputy Branch Chief, dann Leiter der Higher Education Section und schließlich seit November 1948 Leiter der neuen University Branch war. Eine gewisse personelle Kontinuität gab es auch bei der Religious Affairs Branch, die seit dem 15. März 1947 von James M. Eagan geleitet wurde.

b) Education Branch

Bei der Errichtung der Education and Cultural Relations Division im Februar 1948 wurde die Higher Education Section sowie die Teacher Training Section der bisherigen Education and Religious Affairs Branch zu einer neuen Education Branch zusammengefaßt. Die neue Branch verfügte über Spezialisten für Vocational Education, Secondary Education, Elementary Education, University sowie Teacher Training.

Dem Erziehungswesen widmeten die Militärregierungsbehörden seit 1947 ihre besondere Aufmerksamkeit. Die amerikanischen Schulreformpläne stießen indes auf den Widerstand der bayerischen Regierung und wurden dadurch zu einer ernsthaften Belastung der Beziehungen zwischen OMGBY und Staatsregierung. Trotz ihrer Grundvorstellung von einer notwendigen Umerziehung des deutschen Volkes nach den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft (der entsprechende amerikanische Begriff „reeducation" stammt aus dem Bereich der Psychiatrie), fehlte noch 1945 ein klares Konzept, wie eine solche Umerziehung konkret aussehen sollte.[123] Man beschränkte sich daher anfänglich auf eine besonders intensive Entnazifizierung der Lehrer, auf die Überprüfung der Schulbücher und auf Hilfestellungen bei der Wiedereröffnung der Schulen. Die Volksschulen konnten in der Regel bis zum 1. Oktober 1945 wieder eröffnet werden. Bei den Höheren Schulen war nur eine schrittweise Wiedereröffnung möglich. Im April 1946 hatten von den 204 Höheren Schulen 142 bereits wieder den Unterricht aufgenommen.[124]

Zu ersten Differenzen zwischen deutschen und amerikanischen Stellen kam es im Erziehungsbereich wegen der Frage der Bekenntnisschulen. Die amerikanischen Erziehungsoffiziere begünstigten ganz eindeutig die Gemeinschaftsschule, während man bei den Religionsgemeinschaften und im Kultusministerium die Konfessionsschule favorisierte. So wurde von der Education and Religious Affairs Branch sowie von OMGUS ein vom Kabinett Hoegner am 16. Januar 1946 verabschiedetes „Gesetz über die Rechtslage der Religionsgemeinschaften in Bayern" nicht gebilligt, weil es in Art. 8 die Bekenntnisschule als Regelschule gelten ließ.[125] In der trügerischen Hoffnung, daß die Gemeinschaftsschule in Bayern durch das Votum der Eltern doch noch ein Erfolg werden würde und aus Rücksicht auf die Religionsgemeinschaften erhoben die Amerikaner dann keine Einwendungen, als die Bekenntnisschule als Regelschule in Art. 135 der Bayerischen Verfassung verankert wurde. Damit war diese Schlacht verloren.

---

[123] Sonnenberger: Rekonfessionalisierung, S. 100.

[124] Besonders verdienstvoll waren die Bemühungen der Amerikaner um Bereitstellung geeigneter Unterrichtsmittel, insbesondere Bücher. Im Bereich des Unterrichtsfilms war die Entscheidung wichtig, das „Institut für Bild und Film im Unterricht" in München anzusiedeln. Die Aufsicht über dieses Institut wurde im Juli 1946 von OMGUS an OMGBY übertragen (Education and Religious Affairs Branch).

[125] Sonnenberger: Rekonfessionalisierung, S. 107.

Auf einem anderen Kampffeld, dem der Schulreform (Gesamtschule), gaben die Amerikaner nicht so schnell auf. Durch den Bericht einer Erziehungskommission, die im Jahre 1946 unter Leitung von George F. Zook Deutschland bereist und die Schulverhältnisse studiert hatte („Zook report"), wurde eine Wende in der amerikanischen Schulpolitik eingeleitet.[126] Der im Herbst 1946 veröffentlichte Bericht kritisierte die deutsche Schulpolitik und erhob verschiedene Forderungen, insbesondere nach Schaffung von Gesamtschulen. Der für Deutschland so typische Dualismus von Volksschule und Gymnasium würde nach Meinung der Amerikaner dem demokratischen Gebot auf Chancengleichheit widersprechen.

Konkretisiert wurden diese Forderungen durch ein Telegramm General Clays an die Militärregierungen der Länder vom 10. Januar 1947,[127] durch das die Landesregierungen verpflichtet wurden, bis zum 1. April 1947 Grundsätze zur Erziehungspolitik vorzulegen und dann bis 1. Juli 1947 langfristige Pläne zur Umgestaltung des Erziehungswesens nachzureichen. Eine erste Reaktion von OMGBY war im Februar die Rückgabe der im Herbst 1946 vom Kultusminister Dr. Franz Fendt vorgelegten Entwürfe für die Lehrpläne der Höheren Schulen und Berufsschulen. Am 19. Februar 1947 erläuterte der Chef der Education and Religious Affairs Division, OMGUS, John W. Taylor, im bayerischen Kultusministerium die neue Linie.[128]

In der Folgezeit trafen sich die Vertreter der Erziehungsabteilung von OMGBY wöchentlich einmal mit Kultusminister Hundhammer und den zuständigen Referenten. Am 14. März 1947 wurden die entsprechenden Abschnitte der Military Government Regulations neu gefaßt und die Kontrollratsdirektive Nr. 54 vom 25. Juni 1947 übernahm die Grundprinzipien dieser amerikanischen Schulpolitik. Der am 1. April 1947 dann vom Kultusministerium eingereichte Schulreformplan war nach Meinung von OMGBY und OMGUS völlig unbrauchbar.[129] Taylors Nachfolger und bisheriger Vertreter, Richard T. Alexander, verstärkte den Druck auf Bayern. Ein zweiter bayerischer Schulreformplan, der den Amerikanern keinerlei Zugeständnisse machte und der am 1. Oktober 1947 eingereicht worden war,[130] verfiel ebenfalls der Ablehnung. In einem Schreiben an den Ministerpräsidenten vom 18. November 1947[131] begründete Clay die Ablehnung wie folgt:

„Das Programm läßt das demokratische Grundprinzip gleicher Ausbildungsmöglichkeiten für alle außer Acht. Es schafft die Überschneidung der Grundschule und der höheren Schule um vier Klassen nicht ab; es schlägt ein zweigleisiges System von der 5. Klasse an vor und regt sogar ein drittes Gleis, eine Mittelschule für junge Leute, die nicht an der Universität studieren wollen, jedoch eine bessere Ausbildung wünschen als die Volks- und Berufsschulen sie bieten können, an [. . .] Ich bin enttäuscht, daß allein in Bayern während des vergangenen Jahres anscheinend kein Fortschritt in der Einführung moderner, demokratischer Erziehungsmethoden erzielt wurde". In Kreisen der Militärregierung wurde nun die Entlassung Hundhammers diskutiert.[132]

Mit Schreiben vom 23. Dezember 1947 wurde das Kultusministerium angewiesen, bis zum 1. Februar 1948 der Militärregierung einen verbesserten Reformplan vorzule-

---

[126] Text in: Dokumente zur Schulreform, S. 53 f.; BayHStA MA 130804.
[127] Schlander: Reeducation, S. 108 ff.
[128] Dokumente zur Schulreform, S. 54 ff.; Thron: Schulreform, S. 92 ff.
[129] Text in: Dokumente zur Schulreform, S. 66 ff.; Thron: Schulreform, S. 95 f.
[130] Text in: Dokumente zur Schulreform, S. 136 ff.
[131] BayHStA MA 130812; Thron: Schulreform, S. 109 f.
[132] Ebenda, S. 111.

gen. Gleichzeitig wurden dem Ministerium „Anweisungen" erteilt, bestimmte Reformmaßnahmen durchzuführen. Am 1. Februar 1948 legte das Kultusministerium der Militärregierung einen dritten Reformplan vor, der Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit vorsah.[133] Dieser Plan wurde von OMGBY grundsätzlich gebilligt. Auf der Grundlage dieses Plans wurde für den bayerischen Landtag eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet, die dieser in seinem Haushaltsausschuß am 11. und 21. Juli 1948 behandelte. Der Haushaltsausschuß verschob jedoch eine Beschlußfassung über den Gesetzentwurf, weil durch die im Juni 1948 durchgeführte Währungsreform die voraussichtlichen Kosten der Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit für den Staatshaushalt nicht tragbar sein würden. Als sich der bayerische Landtag am 31. Juli 1948 vertagte, war über die Schulreform noch kein Beschluß gefaßt worden. Die Militärregierung betrachtete das Verhalten des Landtags und des Kultusministerium als „vorsätzliche Sabotage",[134] nachdem der Landesdirektor noch am 1. April 1948 den Ministerpräsidenten darauf hingewiesen hatte, daß die Voraussetzungen für die Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit bis zu Beginn des Schuljahrs im September vorliegen müßten.[135]

Die nun folgenden Reaktionen der Militärregierung stellen einen einmaligen Vorgang innerhalb der Besatzungszeit dar: In einer Pressekonferenz erklärte der Landesdirektor, daß die Militärregierung erwäge, die Kosten für die Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit selbst zu tragen und sie dem bayerischen Staat als „Besatzungskosten" in Rechnung zu stellen. Abweichend von dieser Ankündigung erließ schließlich der Landesdirektor am 4. August 1948 einen „Befehl", in dem die Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit dekretiert wurde.[136] Die Lehrmittelfreiheit sollte u. a. dadurch gesichert werden, daß ab sofort alle Schulbücher und Lehrmittel als von der Militärregierung beschlagnahmt gelten sollten und nur an Schulen verkauft werden dürften.

Das Kultusministerium ließ durch den Staatsrechtler Dr. Henning von Boehmer überprüfen, ob ein solcher „Befehl" der Militärregierung überhaupt rechtswirksam war. Unter Berufung auf das Völkerrecht, insbesondere auf die Haager Landkriegsordnung, wurde die Rechtswirksamkeit der Maßnahme verneint.

Am 21. September 1948 gestand General Clay der bayerischen Regierung ein stufenweises Vorgehen auf dem Weg zur Schulreform zu.[137] Trotz weiterer Mahnungen des Landesdirektors wurden erst am 5. März 1949 Gesetze über die Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit verabschiedet, die beide Kompromißcharakter hatten. Daneben kümmerte sich die Education Branch auch um weniger umstrittene Einzelmaßnahmen im Rahmen des Reorientierungsprogramms[138] wie Überprüfung von Schulbüchern und Erarbeitung von Lehrplänen. Zu diesem Zweck richtete man in München, Augsburg und Erlangen Curriculum Centers ein.

Die Tätigkeit der Education Branch im Februar 1949 spiegelt sich in folgender Gliederung:

---

[133] Text in: Dokumente zur Schulreform, S. 197 ff.

[134] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXII.

[135] Text in: Dokumente zur Schulreform, S. 216 f.; OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXII.

[136] Ebenda; Dokumente zur Schulreform, S. 245 ff.; Thron: Schulreform, S. 151.

[137] Dokumente zur Schulreform, S. 262 ff.

[138] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXIII.

Übersicht 49: Organisation der Education Branch, ECRD, OMGBY, Februar 1949

- General Education Section
- Curriculum Section
- Teacher Education Section
- Vocational Education Section
- Specialists for Textbooks, Materials of Instructions, Education Service Centers

Die Education Branch hat auch noch 1949 versucht, die zuständigen bayerischen Stellen für ihre Schulreformpolitik zu gewinnen. Sie wurde aber in ihren Bemühungen von OMGUS nicht mehr wirksam unterstützt. Das Scheitern der Schulreform nach amerikanischem Muster konnte OMGBY daher Clay anlasten. Ein letztes Nachhutgefecht lieferten sich die Kontrahenten 1950. Als der Landkommissar Bolds, der Nachfolger Van Wagoners, einen nochmaligen Vorstoß in Richtung Schulreform machte, beschwerte sich Kardinal Faulhaber bei Hochkommissar McCloy. Bolds wurde abberufen und durch den katholischen Deutschamerikaner Prof. G. N. Shuster ersetzt.

c) Religious Affairs Branch

Auf religiösem Gebiet hatte sich die amerikanische Militärregierung von Anfang an Abstinenz auferlegt.[139] Man betrachtete die Religionsgemeinschaften als Mitbetroffene des NS-Regimes und suchte sie gerade in der schwierigen Anfangszeit der Besetzung als Gesprächspartner zu gewinnen. Die Religionsgemeinschaften wurden lediglich einer Berichtspflicht unterworfen, damit sich die Amerikaner Kenntnis über ihre Probleme beschaffen konnten.
Die für Religionsangelegenheiten zuständige Religious Affairs Branch arbeitete wie ihre Vorgänger vor allem als Verbindungsstelle zwischen Religionsgemeinschaften und Militärregierung. Sie versuchte, einerseits bei den Religionsgemeinschaften für die Politik der Militärregierung zu werben und leitete andererseits die Kritik der Religionsgemeinschaften an Maßnahmen der Militärregierung an die zuständigen Abteilungen weiter: Insbesondere mußte sich die Religious Affairs Branch mit dem zunehmenden Protest der Kirchen an den Kriegsverbrecherprozessen, der Entnazifizierung, der Schulreform und den Reparationen auseinandersetzen.[140] Besonders massiv waren die kirchlichen Proteste in der Frage der Bekenntnisschule.[141]

d) Group Activities Branch

Die Group Activities Branch (seit Juni 1949 Community Education Branch) war bei der Gründung der Education and Cultural Relations Division im Februar 1948 aus der Youth Activities Section und der Women's Affairs Section gebildet worden. Zu den von dieser Branch geförderten Jugendaktivitäten gehörte auch die Vermittlung von Studienaufenthalten von bayerischen Jugendexperten in den Vereinigten Staaten. Seit 1948 gehörte auch die Erwachsenenbildung in die Zuständigkeit dieser Branch.[142]

---

[139] Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 338; Boyens: Kirchenpolitik, S. 7 – 99.
[140] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXVII f.
[141] Sonnenberger: Rekonfessionalisierung, S. 132; Hürten: Die katholische Kirche, S. 178 ff.
[142] Vgl. zur sonstigen Tätigkeit Wenisch: Das Schriftgut der „Education and Cultural Relations Division", S. 207.

e) Cultural Affairs Branch

Im April 1948 wurde auf Anweisung von OMGUS innerhalb der Education and Cultural Relations Division eine Cultural Exchange Branch ins Leben gerufen. Sie wurde beauftragt, die Verteilung von amerikanischen Geldmitteln in Höhe von $100000 zu überwachen, die zugunsten eines Studenten- und Lehreraustausches bereitgestellt worden waren, damit interessierte Deutsche Kenntnisse des amerikanischen Erziehungswesens erwerben konnten.[143] Die Geldmittel mußten bis 30. Juni 1948 ausgegeben werden. Nach Beendigung dieses Projekts wurde die Abteilung nach dem Vorbild von OMGUS in Cultural Affairs Branch umbenannt. Ihr wurde die Theater Section sowie die Music Section der Information Control Branch eingegliedert.

f) University Branch

Bis einschließlich 1946 waren die bayerischen Universitäten vor allem das Objekt von Entnazifizierungsmaßnahmen; eine ernsthafte Universitätsreform wurde von seiten der Amerikaner nicht in Angriff genommen.[144] Mit dem Vorlesungsbetrieb an der Universität München konnte am 1. April 1946 begonnen werden; die feierliche Eröffnung fand am 15. Juli 1946 statt. Die fortdauernden Entlassungen von Dozenten und Angestellten im Universitätsbereich beeinträchtigten an manchen Fakultäten in empfindlicher Weise den Lehrbetrieb.
Eine letzte Entlassungsanordnung der Militärregierung erging mit Brief vom 13. November 1946. Aufgrund von Untersuchungen der Special Branch sowie der Education Branch im Oktober wurde die Entlassung von 33 Professoren und 46 Assistenten und Verwaltungsangestellten der Universität München gefordert. Auch acht Professoren und 27 Assistenten und Verwaltungsangestellte der Technischen Hochschule waren betroffen. Ein Teil der Entlassenen wurde schon 1947 mit Genehmigung der Militärregierung wieder eingestellt.[145]
Im Rahmen der Reorientierungsmaßnahmen seit 1947 gewannen die Universitäten neue Bedeutung für die Militärregierung. Verwaltungsmäßiger Ausdruck dieser neuen Bemühungen war die Gründung einer eigenen University Branch im November 1948. Sie hatte sich vor allem um die Förderung des Studentenaustausches zu kümmern. Bis Ende 1948 waren 50 bayerische Studenten an amerikanische Universitäten geschickt worden. Von Maßnahmen in Richtung auf eine Universitätsreform sah man auch jetzt ab. Die Militärregierung beklagte in ihren Berichten lediglich den niedrigen Standard der Sozialwissenschaften.[146]

---

[143] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXV.
[144] Vgl. allgemein Tent: Mission on the Rhine; Boehm: Die Ludwig-Maximilian-Universität; Huber: Die Universität München.
[145] BayHStA MA 130810.
[146] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXIV.

6. Legal Division

a) Organisation

Übersicht 50: Organisation der Legal Division, OMGBY, 1. Juni 1946, 17. Juli 1946, 1. Juli 1947, 1. Juli 1948

1. Juni 1946 (Legal Branch)
- Military Government Courts Section
- German Courts Section
- Prisons Section
- Legal Advice and Legislation Section
- Land Denazification Board
- Security Review Board

17. Juli 1946
- Military Government Courts Branch
- German Courts Branch
- Prisons Branch
- Legal Advice and Legislation Branch
- Security Review Board

1. Juli 1947
- Military Government Courts Branch
- German Courts Branch
- Prisons Branch
- Legislation Branch
- Legal Advice Branch

1. Juli 1948
- Military Government Courts Branch
- German Courts Branch
- Prisons Branch
- Legislation Branch
- Legal Advice Branch
- Area Legal Officers (übernommen von der Field Operations Division)

Dem Regional Military Government Detachment E1F3, das im Mai 1945 seine Arbeit in München aufnahm, gehörten fünf bis sechs Legal Officers an, deren Hauptaufgabe die Beratung der Legal Officers in den untergeordneten Einheiten war. Gleichzeitig dienten sie als Mitglieder des Münchener General Military Government Court sowie als prosecutors und defense counsels. Die ersten Gesprächspartner der Legal Officers des Regional Detachment waren im Mai 1945 auf deutscher Seite der Oberlandesgerichtspräsident Dr. Walther Stopp und der spätere Ministerpräsident Fritz Schäffer, der den Amerikanern einen Plan zur Neuorganisation des Oberlandesgerichts vorlegte.[147]

Im August wurde die Legal Branch (auch Legal Section genannt) des Detachments E-201 (das frühere Detachment E1F3) mit der Legal Section, G-5, 3. Armee, zusammengelegt. Der daraus entstandenen Legal Branch von OMGBY wurden in der Folgezeit alle anderen Legal Officers auf Regierungsbezirks- und Kreisdetachmentsebene unterstellt. Die Legal Branch wurde Teil der Governmental Affairs Division, Anfang Februar 1946 selbständige Branch. Im Juni 1946 wurde die Legal Branch in

[147] 10/85-3/5-1.

eine Legal Division umgewandelt. Diese war in eine Military Government Courts Branch, eine German Courts Branch, eine Prisons Branch sowie eine Legislation and Legal Advice Branch gegliedert. Bis zum 20. November 1946 arbeiteten im Rahmen der Legal Division noch Security Review Boards sowie vom 1. Februar bis 10. Juni 1946 ein Denazification Review Board.
Die Legislation and Legal Advice Branch wurde im November 1947 in zwei Branches aufgeteilt. Die Military Government Courts Branch sowie die ihr angeschlossene Review Section stellten ihre Arbeit im Herbst 1948 ein. Die German Courts Branch wurde am 1. Juli 1949 in German Justice Branch umbenannt. Gleichzeitig löste man die Prisons Branch auf.
Ein bayerisches Justizministerium als deutscher Ansprechpartner der Legal Division wurde von der amerikanischen Militärregierung erst im Oktober 1945, nach der Ernennung Wilhelm Hoegners zum Ministerpräsidenten, gebilligt.[148] Während OMGBY schon im Juni Hoegner als Mitarbeiter gewann und ihn gerne als Justizminister gesehen hätte,[149] verneinte USFET bis September die Notwendigkeit eines bayerischen Justizministeriums. Grundlage für den Aufbau des bayerischen Justizwesens wurde der „Plan für den Aufbau des Rechtspflegewesens in der amerikanischen Zone" vom 4. Oktober 1945.
Die Legal Section des Regional Military Government Detachment E1F3 wurde seit Juni 1945 von Lt.Col. Sam H. Long geführt, den im September Lt.Col. Richard J. Jackson und Capt. Cooper ablösten.[150] Anfang Februar 1946 wird Haven Parker als Leiter der Legal Branch genannt; er wurde später bei OMGUS Leiter der Administration of Justice Branch. Vom 14. Februar 1946 bis 1. Februar 1947 leitete Lt.Col. Richard J. Jackson (vorher Chef der aufgelösten Governmental Affairs Division), vom 1. Februar 1947 bis Herbst 1948 Juan A. Sedillo die Legal Branch bzw. Legal Division. Sedillo war vor seiner Tätigkeit in Bayern Leiter der Legal Division bei der Militärregierung in Württemberg-Baden gewesen. Er stammte aus Santa Fé, New Mexico, wo er zehn Jahre als Rechtsanwalt praktiziert hatte und vier Jahre als State Senator und Vorsitzender des Rechtsausschusses tätig war. Seit 1944 in Europa, diente er in der Armee als judge advocate. Sein Ausscheiden aus der Legal Division, OMGBY, hängt mit der Neuorganisation der amerikanischen Militärgerichtsbarkeit zusammen. Seit 1948 war Sedillo Mitglied des neu eingerichteten Court of Appeals (Nürnberg). Sein Nachfolger im Herbst 1948 wurde der ehemalige Leiter der Legal Advice Branch, Leonard J. Ganse. Er blieb bis zum Ende von OMGBY Leiter der Rechtsabteilung und nach dem September 1949 im Office of the Land Commissioner Chief der Legal Affairs Division.
Im Juli 1947 besaß die Legal Division 68 Mitarbeiter, davon fünf in der Prisons Branch, fünf in der German Courts Branch, zwei in der Legal Advice Branch und 52 in der Military Government Courts Branch.[151]

b) Military Government Courts Branch

Gerichte der amerikanischen Militärregierung, die für Verstöße gegen Anordnungen der Besatzungsmacht zuständig waren, wurden im amerikanischen Kontrollgebiet aufgrund der Verordnung Nr. 2 eingerichtet. Diese Gerichte waren nicht zuständig für die Soldaten der amerikanischen Armee. Diese unterstanden der Kriegsgerichtsbarkeit

---

[148] Vgl. Rumschöttel: Das Bayerische Staatsministerium der Justiz, S. 362 ff.
[149] Aussage des Legal Officer Sam H. Long am 7.7.1945 (AG 1945–46/74/3)
[150] Hoegner: Der schwierige Außenseiter, S. 200.
[151] AG 1947/19/8.

(court martial jurisdiction). Die Verordnung Nr. 2 (gleichzeitig mit der Proklamation Nr. 1, den Gesetzen Nr. 1 und 2, sowie der Verordnung Nr. 1 am 11. September 1944 von General Eisenhower erlassen) nannte drei Arten von Gerichten, nämlich Summary, Intermediate and General Courts.
Die Summary Courts waren in ihrem Strafmaß auf ein Jahr Gefängnis oder $1000 (M 10000) Geldstrafe beschränkt. Sie waren in der Regel mit einer Person besetzt. Zur Entlastung der Summary Courts richtete man in einigen bayerischen Städten seit Ende 1945 Special Summary Courts (Schnellgerichte) mit beschränkten Befugnissen ein. Das erste dieser Schnellgerichte nahm im November 1945 in München seine Arbeit auf.
Die Intermediate Courts konnten Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren und Geldstrafen bis zu $10000 (M 100000) verhängen; sie waren in der Regel mit zwei Personen besetzt; war ein Jurist vorhanden, genügte eine Person.
Die General Courts konnten jede Strafe einschließlich der Todesstrafe verhängen. Sie bestanden aus mindestens drei Mitgliedern; einer davon mußte Jurist sein.
Ursprünglich konnten nur Offiziere der Armee Mitglieder der Gerichte sein; nach einer Änderung der Verordnung Nr. 2 vom 30. Januar 1946 waren auch Zivilbeamte als Richter zugelassen. Die Ernennung der Richter und die Einsetzung der Gerichte erfolgte laut Direktive vom 7. Juli 1945 durch die Kommandanten der Militärdistrikte. Die Befugnis zur Errichtung von Summary Courts konnte auch an die Regierungsbezirksdetachments delegiert werden.
Die ersten Militärgerichte begannen sofort nach der Besetzung mit ihrer Arbeit. Bis zum Juni 1945 hatten die Amerikaner bereits 96 Summary, neun Intermediate und vier General Courts eingerichtet. Die Summary Courts befaßten sich vor allem mit Verstößen gegen die Sperrstundenregelungen, 1946/47 mit Verstößen gegen Grenzübertrittsregelungen, die Intermediate Courts mit Fragebogenfälschungen und die General Courts mit Waffenbesitz und Gewalttaten.[152] 1946 arbeiteten dann in Bayern fünf General, 17 Intermediate und 141 Summary Courts. Für die Summary Courts waren seit 1. Juni 1946 (unter Oberaufsicht der Military Government Courts Branch) die Liaison and Security Offices, also die lokalen Militärregierungen zuständig.[153]
Die Military Government Courts waren vor allem Strafgerichte. Sie ahndeten Verletzungen von Bestimmungen der Besatzungsmacht, insbesondere die in der Verordnung Nr. 1 („Crimes and Offences") aufgeführten Straftatbestände. Diese Verordnung enthielt 20 sehr ungleiche Taten, die mit der Todesstrafe oder einer anderen Strafe nach Ermessen des Gerichts bestraft werden konnten. Strafbar war u. a. die (nicht näher definierte) „Spionage" (Art. I Nr. 1), die „Tötung eines Angehörigen der Alliierten Streitkräfte oder der Angriff auf einen solchen" (Art. I Nr. 7) oder die „vorsätzliche Zerstörung, Entfernung, störende Einwirkung auf oder Verheimlichung von Akten oder Archiven irgendwelcher Art, gleichgültig ob öffentlicher oder privater Natur" (Art. I Nr. 15) bis hin zum (nicht näher definierten) „Diebstahl oder schwindelhaften Erwerb von Eigentum der Alliierten Streitkräfte oder eines Angehörigen derselben" (Art. I Nr. 19). Die Todesstrafe stand dabei nicht nur auf dem Papier. Noch 1948 haben die amerikanischen Militärgerichte in Bayern über 40 Todesurteile ausgesprochen. Wegen des praktisch unbeschränkten Strafrahmens der Verordnung Nr. 1 fielen die Urteile der verschiedenen Militärgerichte in gleichgelagerten Fällen oft sehr unterschiedlich aus. Diesem auf die Dauer untragbaren Zustand versuchte OMGUS durch eine entspre-

[152] 13/147-2/11.
[153] OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, S. 70.

chende Direktive abzuhelfen, die OMGBY am 20. April 1946 bekanntmachte.[154] Bis zur Wiedereröffnung der deutschen Gerichte haben sich die Militärgerichte auch mit Straftaten deutscher Staatsbürger nach deutschem Recht befaßt. Für Zivilstreitigkeiten waren die Militärgerichte grundsätzlich nicht zuständig. Erst mit der Verordnung Nr. 6 vom 21. Mai 1946 (geändert durch Verordnung Nr. 18 vom 13. September 1947) errichtete man in Stuttgart ein Zivilgericht der Militärregierung.

Das Verfahren vor den Gerichten der Militärregierung war in einem im Oktober 1944 erschienenen „Technical Handbook for Legal and Prison Officer" geregelt, das im Juni 1945 in einer zweiten Auflage erschien. Die USFET-Direktive vom 17. Juli 1945 bestätigte im wesentlichen dieses Manual. Der im November 1945 veröffentlichte Titel 5, MGR, (Legal and Penal Administration) regelte Gerichtsverfahren und Gerichtsverfassung der Militärgerichte neu (Sections „Rules of Practice in Military Government Courts" und „Administrative Rules of Military Government Courts"). OMGBY gab zur Erläuterung des Titels 5, MGR, ein „Manual for Military Government Courts" heraus. Das Verfahren vor den amerikanischen Militärgerichten läßt sich als überwiegend summarisch charakterisieren. Urteilsbegründungen (opinions) waren nicht erforderlich. Eine gewisse Angleichung des Verfahrens an amerikanische Verhältnisse brachte die OMGUS-Direktive vom 16. Juli 1947.[155]

Eine Berufung war im Verfahren vor den Gerichten der Militärregierung nicht vorgesehen. Der Verurteilte konnte jedoch eine Überprüfung (review) eines Falles auf dem Verwaltungsweg beantragen. Eine automatische Überprüfung wurde bis 1947 dann vorgenommen, wenn die Strafe ein Jahr Gefängnis bzw. 10000 Mark überstieg (5–311.1, MGR). Seit 1947 erfolgte eine Überprüfung nur auf Antrag, außer wenn eine Todesstrafe verhängt worden war. Bei Todesstrafen war die Bestätigung des Theater Commander erforderlich.

Die Überprüfungen führte seit 1. Juni 1946 zentral eine Court Review Section innerhalb der Military Government Courts Branch durch. In den Monaten Oktober bis Dezember 1946 überprüfte diese Review Section 15000 vor Summary Courts abgehandelte Fälle. Im Frühjahr 1948 richtete man einen Board of Review ein, für den die Court Review Section Empfehlungen ausarbeitete. Er bestand aus drei Personen: einem Vertreter des Landesdirektors, dem Leiter der Military Government Courts Branch und dem Leiter der Court Review Section. Der Board hatte die Befugnis, jedes Urteil zu bestätigen, aufzuheben oder abzuändern.

Mit der Überprüfung war der jeweilige Fall abgeschlossen. Gnadenweisen Straferlaß oder vorzeitige Haftentlassung auf Bewährung sahen die Bestimmungen nicht vor. Die oft abenteuerlichen Urteile sowie die Überfüllung der Gefängnisse machten schließlich im Juni 1946 die Einrichtung eines für die gesamte amerikanische Besatzungszone zuständigen Clemency Board erforderlich.[156] Später erweiterte man dieses System und errichtete noch zusätzliche Clemency Boards in den Ländern.[157] Am

---

[154] Letter AG 250.4 OMGB „Guide to Military Government Courts to Promote Greater Uniformity in the Most Common Categories of Offenses Enumerated in Ordinance No 1".

[155] Letter AG 13.3 OMGUS „Reduction of Case Load of, Preparation of Cases for Trial Before, and Legal Principles to be Followed by, Military Government Courts".

[156] Der Clemency Board stand unter der Oberaufsicht der Legal Division, OMGUS. Er setzte sich aus zwei amerikanischen Rechtsanwälten und zwei amerikanischen Strafvollzugsbeamten zusammen. Seine Sitzungen hielt er in den Gefängnissen ab.

[157] Der für Bayern zuständige Clemency Board befaßte sich nur mit den zu Freiheitsstrafen unter zwei Jahren verurteilten Gefangenen. Er bestand aus drei (nebenamtlich tätigen) Mitgliedern. Im Jahre 1947 behandelte er insgesamt 3622 Fälle.

31. Juli 1948 ersetzte man die Clemency Boards durch deutsche und amerikanische Parole Boards, die aus je drei Mitgliedern bestanden.[158] Sie kümmerten sich um die von Gerichten der Militärregierung verurteilten Personen, die in deutschen Gefängnissen einsaßen. Der deutsche Parole Board hatte bei diesem Verfahren dem Military Government Parole Board Vorschläge zu unterbreiten.[159] Zur Entlastung der Gefängnisse dienten zusätzlich die zwei Amnestien vom 21. November 1946 und 20. November 1947. Am 18. Dezember 1948 richtete man für Gnadensachen einen Land Pardon Board ein, der aus dem Leiter der Legal Division als Vorsitzendem, dem Leiter der Prisons Branch sowie einem attorney der Legal Advice Branch bestand.

Ein großes Problem innerhalb der Militärgerichtsbarkeit, besonders in Bayern, bildete der Mangel an Juristen. 1945 waren die Gerichte der Militärregierung in der Regel mit Nichtjuristen besetzt, insbesondere alle Summary Courts. Dies galt auch für die folgenden zwei Jahre. Ende 1947 schrieb Juan A. Sedillo, der Chef der Legal Division von OMGBY, in einem Bericht: „In Bavaria, the Summary Courts judges are generally laymen untrained in the law except for the experience they gain in their work. Their duties as judges are always in addition to great many other tasks".[160] Seit Ende 1945 wurde der Mangel an geschulten Juristen immer gravierender. In Bayern verhängte man Anfang 1946 für alle Juristen in der Armee eine Entlassungssperre von sechs Monaten. Trotzdem konnten die für Juristen vorgesehenen 60 Stellen nicht besetzt werden; es fanden sich lediglich 34 Personen – und auch diese nur gezwungenermaßen aufgrund der genannten Entlassungssperre. In der Folgezeit versuchte man durch organisatorische Maßnahmen die Juristen innerhalb der Militärregierung von anderen Aufgaben freizustellen, um sie für richterliche Aufgaben einsetzen zu können.

Die General und Intermediate Courts auf Regierungsbezirksebene wurden am 1. Juni 1947 neu organisiert. Fünf Legal Field Teams unter je einem Chief Judge in den fünf Regierungsbezirken mit insgesamt 45 bis 50 Juristen stellten nun die erforderlichen Richter und Staatsanwälte (prosecutors) in den Obergerichten. Die schon genannte OMGUS-Direktive vom 16. Juli 1947 brachte nicht nur eine Änderung des Verfahrens, sondern ordnete auch eine Verringerung der von den Militärgerichten abgehandelten Fällen um 25% mit Wirkung vom 1. November 1947 an. Zu diesem Zweck übertrug man auf die deutschen Gerichte vor allem die Aburteilung kleinerer Übertretungen (wie beispielsweise den Straftatbestand des illegalen Grenzübertritts). Im Frühjahr 1948, zusammen mit der Einrichtung der Field Operations Division und der Bildung von Areas erhielten die Military Government Courts eine der neuen Area-Einteilung angepaßte Organisation. Die Zahl der Summary Courts wurde auf 23 verringert. Der für je einen Summary Court zuständige Area Legal Officer war nun verwaltungsmäßig den jeweiligen Areas (Area Commander) angegliedert. Fachlich unterstand er einem der fünf Legal Teams auf Regierungsbezirksebene und der Legal Division.

Trotz verschiedener Anpassungen war das Verfahren der Gerichte der Militärregierung weitgehend nach dem Vorbild der Kriegsgerichtsbarkeit gestaltet und auch wegen der Mitwirkung von Nichtjuristen nur beschränkt unter Friedensbedingungen tauglich. Nachdem bereits in der französischen und britischen Zone die Verfassungen

---

[158] OMGUS-Direktive (on Clemency) vom 15.7.1948 (11/132-2/38-2).

[159] Vgl. dazu die von Legal Division, OMGUS, herausgegebenen „General Instructions Relative to the Parole of Military Government Court Prisoners in German Custody in the Four Länder of the US Area of Control in Germany" vom 11.10.1948. Sie faßte im wesentlichen die Ergebnisse der deutsch-amerikanischen Parole Conference vom 10./11.8.1948 in Nürnberg zusammen.

[160] OMGBY: Weekly Information Bulletin vom 8.12.1947, S. 4.

der Militärgerichte einer Revision unterzogen worden waren, ging man schließlich auch im amerikanischen Kontrollgebiet Ende 1948 an eine Neuorganisation der Gerichtsbarkeit, die nun ausschließlich Zivilisten (Juristen) übertragen werden sollte. Die Verordnungen Nr. 31, 32 und 33 bildeten die Grundlage für die Einrichtung eines zonenweiten Gerichtssystems. Die Gerichte unterstanden nun direkt OMGUS; OMGBY war (wie die anderen Militärregierungen in den Ländern) aus seiner Zuständigkeit für die Militärgerichtsbarkeit entlassen. Man trennte Gerichts- und Anklagebehörden und richtete innerhalb der Legal Division von OMGUS ein Office of the Chief Attorney ein, das sich aus dem Chief Attorney und den entsprechenden District Attorneys zusammensetzte. Nun war auch eine Berufung gegen Urteile der ersten Instanz möglich. In Bayern traten die entsprechenden Bestimmungen im Oktober 1948 in Kraft. Am 18. September waren sie der bayerischen Regierung übermittelt worden.[161] Da nun für OMGBY auch alle Review-Aufgaben entfielen, löste man (nach Erledigung der Reviews für die vor Oktober 1948 abgeurteilten Fälle) am 25. Oktober 1948 die Military Courts Branch (samt Review Section) auf.[162]
Die Verordnung Nr. 31 teilte das amerikanische Kontrollgebiet in elf Gerichtsbezirke mit elf District Courts (und untergeordneten Magistrate Courts) ein.[163] Fünf dieser Gerichtsbezirke lagen in Bayern (7. Distrikt Augsburg, 8. Distrikt München, 9. Distrikt Regensburg, 10. Distrikt Ansbach, 11. Distrikt Würzburg). Ein Court of Appeals (Berufungsgericht) nahm in Nürnberg seine Arbeit auf. Zum dortigen Chief Judge wurde William A. Clark (aus Princeton, N.J.) ernannt. Ab Oktober 1948 waren innerhalb Bayerns insgesamt 23 amerikanische Juristen bei den Gerichten der Militärregierung tätig. Das Verfahren der Gerichte regelten die Verordnung Nr. 32 (Code of Criminal Procedure) und Nr. 33 (Code of Civil Procedure).
Leiter der Military Government Courts Branch war bis 18. November 1946 Worth B. McCauley. Ihm folgte Ambrose Fuller, den dann Anfang 1948 wieder McCauley ablöste. Er blieb bis zur Auflösung der Branch Ende des Jahres.

c) German Courts Branch

Die German Courts Branch begann ihre Arbeit als eigene Abteilung der Legal Division am 1. März 1946. Ihre Aufgabe war der Wiederaufbau des Justizwesens in Bayern nach demokratischen Grundsätzen und die Entfernung von belasteten Richtern und Staatsanwälten. Deutscher Gesprächspartner der German Courts Branch war vor allem das im Oktober 1945 ins Leben gerufene Justizministerium. Vorrangige Aufgabe der German Courts Branch bzw. der zuständigen Legal Officers war die Wiedereröffnung der deutschen Gerichte sowie dann auch die Genehmigung zur Übernahme der Gerichtsbarkeit in Fällen, die den deutschen Gerichten vorerst entzogen gewesen waren. Gemäß Artikel VII des Militärregierungsgesetz Nr. 2 hatte die German Courts Branch die Befugnis, die deutschen Richter oder Staatsanwälte zu entlassen, die Entscheidungen der deutschen Gerichte zu überprüfen, aufzuheben oder den Urteilsspruch abzuändern.[164]
Grundlage für den Neuaufbau der deutschen Gerichtsbarkeit war der oben schon erwähnte „Plan für den Aufbau des Rechtspflegewesens in der amerikanischen Zone"

---

[161] BayHStA MA 130822/2417.
[162] General Order Nr. 18, OMGBY, vom 2.11.1948.
[163] Bayer. GVBl. 1948, S. 181; 13/127-2/5.
[164] Nach einem Bericht vom 1.7.1949 (17/188-3/1) wurden in 20–30 Fällen die Entscheidungen bayerischer Gerichte durch die German Courts Branch für nichtig erklärt.

vom 4. Oktober 1945, zu dessen Durchführung die Governmental Affairs Division, OMGBY, am 3. Januar 1946 genauere Anweisungen erließ.[165] Danach mußte der Justizminister bis 10. Januar 1946 eine Liste der Gerichte vorlegen, deren Beibehaltung bzw. Wiedereröffnung gewünscht wurde. Auch das Ernennungsverfahren für Richter, Justizpersonal und Rechtsanwälte wurde geregelt. Seit dem Inkrafttreten der bayerischen Verfassung am 9. Dezember 1946 beschränkte sich die Tätigkeit der German Courts Branch auf die Kontrolle des Justizministeriums und auf die Inspektion ausgewählter Gerichte. Unmittelbare Entlassungen durch die Militärregierung wurden von nun an vermieden, doch brachte man entsprechende Einwendungen über das Justizministerium vor. So beobachtete die German Courts Branch mit großer Sorge den hohen Anteil ehemaliger Parteigenossen unter den Richtern und bei der Staatsanwaltschaft. Ende 1948 beklagte sich die German Courts Branch, daß aufgrund der milden Spruchkammerpraxis 81% der Richter und 84% der Staatsanwälte ehemalige Mitglieder der NSDAP waren.[166] In manchen Fällen hatte das Vorgehen der Militärregierung auch unmittelbare Auswirkungen: So wurde etwa auf Betreiben der Militärregierung der Staatssekretär im Justizministerium entlassen, weil er angeblich Gerichtsakten an die Gestapo weitergegeben hatte.

Seit dem Militärregierungsgesetz Nr. 10 vom 1. Dezember 1947 war die German Courts Branch auch für die Durchführung des Gesetzes zuständig, das die Adoption deutscher Kinder durch Angehörige der Vereinten Nationen regelte. Da seit dem 1. Juli 1949 die German Courts Branch nur noch aus einem Beamten bestand, beschränkte sich die Militärregierung auf die Überprüfung der Entscheidungen der Obergerichte sowie der Beschwerden, die Angehörige der Vereinten Nationen bzw. Displaced Persons betrafen. Die unmittelbare Kontrolle der Gerichte wurde eingestellt. Gesprächspartner war jetzt ausschließlich das Staatsministerium der Justiz. Seit 1949 überwachte die German Courts Branch auch (anstelle der Property Division) die Tätigkeit der durch Militärregierungsgesetz Nr. 59 eingerichteten Entschädigungskammern (Restitutions Courts).

Am 1. Juli 1949 wurde die German Courts Branch in German Justice Branch umbenannt. Sie hatte sich jetzt zunehmend auch mit dem Reorientation Program zu befassen. Im Januar 1950 wurde sie innerhalb des Office of the Land Commissioner mit der Legislation Branch zur Justice and Legislation Branch zusammengefaßt.

Durch das Gesetz Nr. 2 wurde die deutsche Gerichtsbarkeit im amerikanischen Kontrollgebiet suspendiert und gewisse Gerichte ganz aufgehoben. Die Wiedereröffnung der deutschen Gerichte begann im Sommer 1945, wobei die Amtsgerichte in der Regel durch den jeweiligen Legal Officer der lokalen Militärregierung wiedereröffnet wurden. Am 13. September 1945 waren bereits 41 Amtsgerichte und fünf Landgerichte eröffnet; am 31. März 1946 arbeiteten bereits drei Oberlandesgerichte, 21 Landgerichte und 185 Amtsgerichte. Ein bayerischer Verfassungsgerichtshof wurde im Juli 1947 eröffnet.[167] Am 1. Juli 1948 wurde das Oberste Landesgericht wiedereröffnet, gleichzei-

---

[165] AG 014.1 – OMGBY – 3. Instructions for the Application in Bavaria of the Plan for the Administration of Justice. Hq, USFET, 4 Oct. 1945 (BayHStA MA 130803).

[166] In einer Studie über die Anstellungspraxis des Bayerischen Justizministeriums in den Jahren 1945 – 1947 stellte die Legal Division, OMGBY, 1948 die Behauptung auf, daß viele qualifizierte und politisch unbelastete Personen nicht in den bayerischen Justizdienst übernommen wurden, weil sie nicht aus Bayern stammten und weil man die Stellen für Einheimische bis zu deren Entnazifizierung freihalten wollte (17/187-1/11).

[167] Im Gesetz Nr. 72 über den Verfassungsgerichtshof vom 22.7.1947 (Bayer. GVBl. S. 147) wurden wesentliche Anregungen der Militärregierung berücksichtigt. Die erste Entscheidung des

tig auch bei den Amtsgerichten und Landgerichten Schöffengerichte eingerichtet. Schwurgerichte alter Ordnung (wie vor 1924) arbeiteten auf Veranlassung der Militärregierung seit April 1949.
Die wiedereröffneten Gerichte waren bei Strafsachen in ihrer Zuständigkeit zugunsten der Militärgerichte beschränkt, insbesondere soweit es sich um Anordnungen der Militärregierung handelte. Bei gewissen Strafsachen war die vorherige Zustimmung der Militärregierung erforderlich, bei anderen mußte mindestens sieben Tage vor der Aburteilung Meldung an die Militärregierung erstattet werden. Hoegner ließ diejenigen Nummern des Strafenkatalogs des Art. II der Verordnung Nr. 1 der Militärregierung, die durch deutsche Gerichte abgeurteilt werden konnten, ins Deutsche übersetzen und als Gesetz Nr. 3 (vom 16. Oktober 1945)[168] im November veröffentlichen (Gesetz über die Bestrafung von Verfehlungen gegen die Anordnungen der Besatzungsbehörden). Ohne Genehmigung der Militärregierung durften deutsche Gerichte auch keine bürgerlichen Streitsachen entscheiden, an denen alliierte Armeeangehörige oder Zivilbedienstete beteiligt waren.[169]
Das Verfahren wurde auf der Grundlage der Proklamation Nr. 3 des Kontrollrats und des Plans für den Aufbau der Rechtspflege in der amerikanischen Zone (aufgehoben am 25. Juni 1947) für Bayern in der Strafrechtspflegeordnung von 1946 geregelt.
Die Zuständigkeiten der deutschen Gerichte wurden schrittweise erweitert.[170] Die Militärregierung beschränkte sich auf die Überprüfung der wichtigsten Verfahren und Urteile. Mit Schreiben vom 3. Juni 1949, also schon am Ende der Militärregierungszeit, verfügte OMGBY die regelmäßige Vorlage folgender Vorgänge:

1. Anklageschriften aller politisch oder finanziell wichtigen Strafsachen.
2. Zusammengefaßte Berichte der Staatsanwaltschaften in allen politisch und finanziell wichtigen Strafsachen.
3. Entscheidungen der Gerichte erster und zweiter Instanz in allen Straf- und Zivilsachen, in die ein Interesse der Militärregierung unmittelbar hineinspielt, sowie von Fällen, in denen ein deutsches Gericht ein Gesetz der Militärregierung oder des Kontrollrates auslegt.
4. Entscheidungen der Gerichte erster und zweiter Instanz in allen Zivil- und Strafsachen, die durch Presse oder Rundfunk einer nicht nur örtlichen Öffentlichkeit bekannt geworden sind oder sonst Gegenstand größerer öffentlicher Meinungsverschiedenheiten waren.
5. Urteile des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, des Bayerischen Obersten Landesgerichts und der drei Oberlandesgerichte.

Verfassungsgerichtshofes wurde am 22.9.1947 gefällt und betraf die Gültigkeit der Wahl des Landtagsabgeordneten Dr. August Haußleiter.

[168] Die Amerikaner erteilten am 12.11.1945 ihre Zustimmung (BayHStA MA 114950).

[169] Vgl. MRG Nr. 2 Art. VI (b) (6) (III). Seit 1947 wurde ein Großteil der Korrespondenz zwischen Militärregierung und Bayerischem Justizministerium von diesen Genehmigungen beansprucht (vgl. BayHStA MA 130804 - 130825).

[170] Eine umfangreiche Übertragung von Zuständigkeiten an die deutschen Gerichte erfolgte durch den Briefbefehl von OMGUS vom 16.7.1947 („Reduzierung der großen Zahl von Fällen vor ... Militärgerichten"), der dem bayerischen Ministerpräsidenten am 12.8.1947 von General Muller übermittelt wurde. Die Übertragung erfolgte mit Wirkung vom 1. September. Unter anderem wurde jetzt den Gerichten die Befugnis übertragen, Diebstahl bzw. rechtswidrigen Besitz von alliiertem Eigentum bis zum Wert von 25 Dollar selbstständig abzuurteilen. Am 18.3.1948 wurde dieser Betrag auf 100 Dollar erhöht (BayHStA MA 130809 und 130817).

6. Listen über die bei den Schwurgerichten anstehenden Sachen und zwar mindestens 30 Tage vor Beginn der Sitzungsperiode.

Die Militärregierung hat bis zuletzt von ihrem Recht Gebrauch gemacht, Gerichtsverhandlungen zu kontrollieren, Gerichtsakten einzusehen und die Rechtsprechung zu überwachen. Man bezog sich dabei auf das Gesetz Nr. 2 Art. VII (23–202, MGR, Change 23 vom 9. Juni 1947). Ungewöhnliche Beachtung fand das Eingreifen der Militärregierung im Fall Loritz. Alfred Loritz war Gründer und Parteivorsitzender der WAV (Wirtschaftliche Aufbauvereinigung).[171] Die WAV hatte am 25. März 1946 von der Militärregierung die landesweite Anerkennung als Partei erhalten. Am 24. Juni 1947 war Loritz als Staatsminister für Sonderaufgaben entlassen worden. In der Folgezeit waren mehrere Gerichtsverfahren gegen ihn anhängig. Als man 1949 wegen verleumderischer Beleidigung gegen ihn ermittelte – Loritz hatte behauptet, in Stadelheim nach Gestapomethoden behandelt worden zu sein –, erklärten die Vertreter der Militärregierung am 26. Juli 1949 in einer Pressekonferenz,[172] daß nach ihrer Meinung ein Gerichtsverfahren gegen einen Parteivorsitzenden vor der Bundestagswahl undemokratisch sei und daß darüber hinaus dem Angeklagten Loritz das rechtliche Gehör verweigert worden sei. Die Militärregierung habe daher, so berichteten die Vertreter der Militärregierung weiter, sich (wie in 230 Fällen vorher) die Akten des Falles kommen lassen und eine Vertagung der Verhandlung vorgeschlagen. Der Generalstaatsanwalt sei damit einverstanden gewesen, wurde aber vom Justizminister angeblich angewiesen, der Verschiebung nicht zuzustimmen. Nach Meinung der Militärregierung wollte der Justizminister Dr. Josef Müller das Verfahren noch vor den Bundestagswahlen abgeschlossen haben. Obwohl daraufhin Müller jeden Eingriff in ein schwebendes Verfahren ableugnete, ordnete die Militärregierung mit Befehlen vom 26. und 29. Juli 1949 die Einstellung der Verhandlung an.
Leiter der German Courts Branch waren Ernst Anspach (bis 1. Februar 1947), Allen A. Backer (bis Ende 1947), Leo M. Goodman (bis November 1948) und schließlich Paul J. Farr.

d) Prisons Branch

Die Prisons Branch hatte in der ersten Phase der Besetzung vor allem die Aufgabe, die Gefängnisse zu kontrollieren, das Gefängnispersonal politisch zu überprüfen und die zu Unrecht nach NS-Recht verurteilten Gefängnisinsassen freizulassen. Gleich nach Ankunft des Regional Military Government Detachments in München begann der für das Gefängniswesen zuständige Offizier (Capt. Walter A. Lunden) mit der Inspektion von Gefängnissen in der Nähe von München (Stadelheim, Aichach, Landsberg). Unabhängig vom Regional Military Government Detachment arbeiteten dort bereits Prisons Review Boards, die zwischen April und Juli 1945 über tausend Gefangene überprüften und frei ließen.[173] Ende des Jahres war diese Arbeit beendet.[174]

---

[171] Vgl. Woller: Loritz-Partei.
[172] BayHStA MA 111393.
[173] Der 2. Wochenbericht des Regional Detachment (Ende Mai 1945) spricht von 500 Entlassenen in Landsberg und 1800 Entlassungen in Aichach (10/85–3/5–1). Der 4. Wochenbericht (ebenda) nennt für den 5. Mai 7520 Gefangene im Raum München, von denen bis 5.6.1945 5600 entlassen waren.
[174] 10/85–3/6–4.

Gesprächspartner der Prisons Branch war auf deutscher Seite vor allem die für den Strafvollzug zuständige Abteilung des Justizministeriums (Direktor des Gefängniswesens). Die Mitarbeiter der Prisons Branch besichtigten selbständig Gefängnisse und Zuchthäuser und berichteten das Ergebnis mit den entsprechenden Empfehlungen an das Ministerium. Die Branch führte eine Kartei über alle zu Freiheitsstrafen verurteilten Häftlinge in Bayern. Grundlegend für die amerikanische und alliierte Gefängnispolitik war die Kontrollratsdirektive Nr. 19 vom 12. November 1945 (Principles for Administration of German Prisons).

Für straffällige und nicht repatriierbare Displaced Persons eröffnete die Prisons Branch in Fürth ein unter deutscher Leitung stehendes Gefängnis. Gleichzeitig (am 30. Oktober 1946) richtete man in Münchberg ein Displaced Persons Detention Center ein, in dem man die zu längerer Gefängnissstrafe verurteilten DPs unterbrachte. Später kamen noch in Straubing und Würzburg Strafvollzugsanstalten für DPs hinzu. Die ersten Todesurteile für nach dem Krieg begangene Verbrechen wurden am 14. Februar 1947 im Gefängnis von Landsberg an fünf Displaced Persons vollstreckt.

An den Ende 1946 eingeleiteten Maßnahmen zur vorzeitigen Entlassung von Häftlingen war die Prisons Branch an führender Stelle beteiligt. Da die Arbeit der 1946 eingerichteten Clemency Boards nur sehr schleppend voranging, ermächtigte man am 27. Mai 1947 die Prisons Branch zur selbständigen Entlassung derjenigen Gefangenen, die bereits zwei Drittel ihrer Haftstrafe verbüßt hatten.

Seit 1948 bemühte sich die Prisons Branch beim Justizministerium um die Trennung der Gefängnisverwaltung von der Staatsanwaltschaft[175]. Auch kümmerte man sich bis zuletzt um die demokratische Gesinnung des Gefängnispersonals. Mit Schreiben vom 25. Mai 1948 monierte die Legal Division beim Justizministerium die Wiedereinstellung von Gefängnispersonal, das man 1945 entlassen hatte. Dies würde die Demokratisierungsbemühungen im Gefängniswesen gefährden.[176] 1948 arbeitete die Prisons Branch neue Bewährungsregeln für die Strafgefangenen aus, die dann aber später von der bayerischen Justizverwaltung nicht übernommen wurden. Sehr intensiv kümmerte sich die Prisons Branch um die Haftbedingungen in den bayerischen Gefängnissen. Die häufigen Inspektionen (alle zwei Monate) waren selbst nach Meinung von OMGUS zu aufwendig.[177] Noch am 2. September 1948 übersandte OMGBY dem Justizministerium einen auf Inspektionen beruhenden Untersuchungsbericht der Prisons Branch, in dem bei zahlreichen Gefängnissen Verstöße gegen die Kontrollratsdirektive Nr. 19 moniert wurden.[178]

Am 30. Juni 1949 löste man die Prisons Branch auf,[179] die mit ihren ständigen Bemühungen um Reformen im Strafvollzug zu den aktivsten (und für die bayerischen Behörden auch lästigsten) Abteilungen der Militärregierung zählte.

Seit Mai 1945 war bei der Militärregierung für das Gefängniswesen Capt. Walter A. Lunden zuständig. Er leitete die Prisons Branch bis 9. September 1946. Ihm

---

[175] Die bayerische Justiz (Staatssekretär Ehard) führte im Frühjahr wieder eine Aufsicht der Generalstaatsanwaltschaften über die Strafvollzugsanstalten ein (zwischen 1935 und 1945 waren die Generalstaatsanwaltschaften die höhrere Vollstreckungs- und Vollzugsbehörde), eine Regelung, die auch innerhalb des Justizministeriums sehr umstritten war und schließlich 1957 aufgehoben wurde (Dietl: Strafvollzug in Bayern, S. 176.) Auch hier erwies sich die Politik der Militärregierung als ihrer Zeit voraus.

[176] BayHStA MA 130819/1428.

[177] AG 1947/19/8.

[178] BayHStA MA 130822/2349.

[179] 13/141-2/1-1.

folgten T. Wade Markley bis 17. März 1947, Andres C. Warming (als acting chief) bis 11. Juni 1947 und schließlich John J. Raymond, der die Branch bis zu ihrer Auflösung leitete.
Am 1. Juli 1945 verfügte OMGBY über einen Chief Prison Officer samt Stellvertreter in München und je einen Prison Officer in den fünf Regierungsbezirken. Anfang 1946 sank der Personalstand der Branch auf vier Personen. Field Offices gab es Ende 1946 in Nürnberg, Augsburg und Straubing. 1947 und 1948 verfügte die Abteilung über je fünf Mitarbeiter.

e) Legislation and Legal Advice Branch

Die Legislation (Attorney) and Legal Advice Branch nahm ihre Arbeit am 15. März 1946 auf, nachdem die Gesetzgebungs- und Rechtsberatungsangelegenheiten bis zu diesem Datum direkt vom Chief Legal Officer bzw. dessen Deputy Legal Officer erledigt worden waren.
Die Legislation Section dieser Branch, die im November 1947 zu einer eigenen Branch erhoben wurde, überprüfte alle Gesetz- und Verordnungsentwürfe der bayerischen Regierung, leitete sie den interessierten Divisions und OMGUS zur Stellungnahme zu und stellte gegenüber der bayerischen Regierung nach Abschluß des Verfahrens die Zustimmung oder Ablehnung der Militärregierung fest. Zur Überprüfung der Gesetzgebung war bei OMGUS am 4. April 1947 ein Legislation Review Board eingerichtet worden. Ein Legislation Review Board, OMGBY, arbeitete seit 22. September 1947. Er bestand aus dem Chief der Government and Politics Branch, CAD, und dem Chef der Legislation Branch. Seine Tätigkeit mußte von der Legislation Section (Branch) vorbereitet werden. Auch die Rechtsprechung des 1947 ins Leben gerufenen Bayerischen Verfassungsgerichtshofes wurde von der Legislation Branch überwacht.[180] Besonderen Wert legte die Legislation Section bei ihren Überprüfungen auf Gesetzmäßigkeit der Verwaltung (Gesetzesvorbehalt), d. h. es wurde besonders darauf geachtet, daß jede Normsetzung durch die Verwaltung (Verordnungen, Bekanntmachungen) von einem entsprechenden Gesetz gedeckt war.
Die Legal Advice Section (seit November 1947 eine eigene Branch) der Legislation and Legal Advice Branch erstattete Rechtsgutachten für alle Zweige der Militärregierung. Einen Großteil der Arbeit nahmen dabei Rechtsfragen ein, die sich mit der Auslegung der Militärregierungsgesetze Nr. 52 und 53 (Property Control) befaßten.

f) Land Denazification Review Board

Der vom 1. Februar bis zum 10. Juni 1946 arbeitende Land Denazification Review Board entschied über Vorlagen aus den Detachments, die bis dahin in der Zuständigkeit der entsprechenden USFET-Boards standen. Die Entscheidungsbefugnis des Board war auf diejenigen Fälle beschränkt, in denen ein Deutscher nach den Entnazifizierungsbestimmungen automatisch aus dem Amt entfernt werden mußte, das zuständige Detachment aber die Notwendigkeit der Beibehaltung der betreffenden Person wegen Unabkömmlichkeit geltend machte und darüber hinaus der Betroffene nach Meinung des Detachments nur als nomineller Nazi einzustufen war. Nach dem

[180] Gemäß Schreiben der Legal Division vom 3.12.1947 an den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes mußte dieser alle Urteile der Militärregierung vorlegen (BayHStA Verfassungsgerichtshof Nr. 16).

10. Juni 1946 wurde die Tätigkeit des Land Denazification Review Board durch deutsche Stellen weiter geführt (Sonderministerium).

g) Security Review Boards

Die (zwei) für Bayern zuständigen Security Review Boards wurden am 9. Dezember 1945 ins Leben gerufen.[181] Ihnen gehörten jeweils mindestens drei Offiziere an, einer davon war Mitglied des CIC. Sie hatten die Aufgabe, in einem halbprozessualen Verfahren alle Personen die als mögliches Sicherheitsrisiko („potential security threats") verhaftet und in Internierungslager gebracht worden waren, zu entlassen, wenn sie nach USFET-Bestimmungen kein Sicherheitsrisiko mehr darstellten. Der Antrag auf Entlassung mußte von dem Internierten selbst gestellt werden. Im Auftrag der Security Review Boards arbeiteten auch deutsche Review Boards. Die Security Review Boards wurden am 29. November 1946 geschlossen; bis dahin wurden 21353 Anträge auf Entlassung gestellt, von denen 17656 positiv beschieden wurden. Im November gingen dann die Lager in deutsche Verwaltung über (Sonderministerium).

7. Information Control Division[182]

a) Organisation

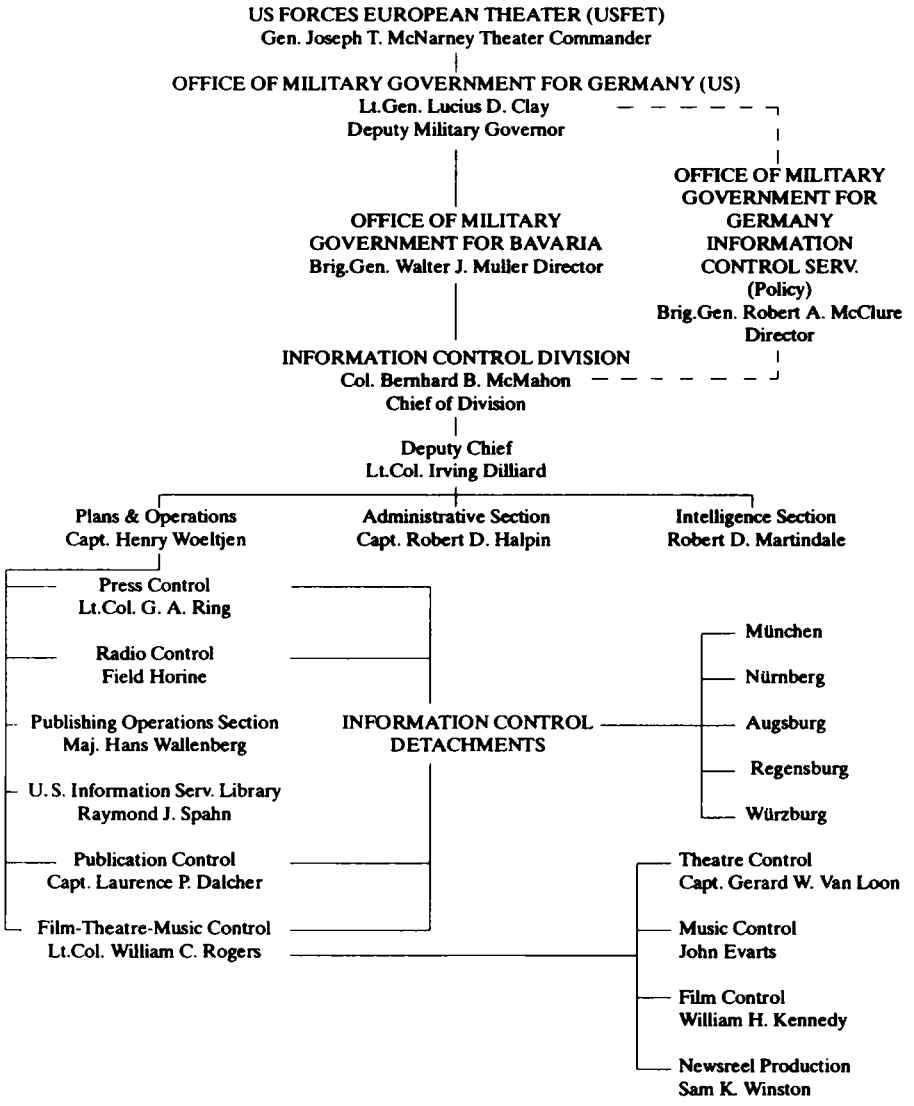
Die amerikanische Einheit, die bei der Besetzung Münchens am Sonntag, den 30. April 1945 als erste den Marienplatz erreichte, war ein Combat Propaganda Team (Psychological Warfare Branch) der 7. Armee.[183] Ihr gehörte Ernst Langendorf an, der nach anderen Einsätzen im Juni 1945 nach München zurückkam und in der Folgezeit für Presselizenzierung zuständig war.
Die Einheiten der Psychological Warfare Division, SHAEF, die im Februar 1944 ins Leben gerufen worden waren, operierten weitgehend unabhängig von den sonstigen Militärregierungseinheiten.[184] Anfangs vor allem mit der „Kampfpropaganda" beauftragt, kümmerte sich die Psychological Warfare Division nach der Besetzung um den gesamten Medienbereich (Informationskontrolle). Für Bayern war das 6870th District Information Services Control Command (6870th DISCC) zuständig, das im Mai 1945 über 65 Offiziere und 97 Soldaten verfügte. Diese Einheit war am 15. Februar 1945 in Les Mesnuls (Frankreich) begründet und dort ausgebildet worden. Am 7. Mai 1945 traf sie in München ein.[185]
Durch das Gesetz Nr. 191 vom 24. November 1944 war den Deutschen jede Tätigkeit im Medienbereich untersagt worden. Der Druck von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern, die Produktion von Filmen und die Veranstaltung von Rundfunksendungen waren nur noch nach vorhergehender Genehmigung durch die Amerikaner möglich. Unter welchen Voraussetzungen die durch Gesetz 191 untersagten Tätigkeiten wieder zugelassen werden konnten, regelte die Nachrichtenkontrollvorschrift Nr. 1 vom 12. Mai 1945. Die Zulassung erfolgte entweder durch ausdrückliche Genehmigung (Li-

---

[181] OMGBY: Annual Historical Report 1945/46, S. 179.
[182] Vgl. allgemein Benz: Amerikanische Literaturpolitik; Schwab: Kultur zwischen Kontrolle und kleiner Freiheit und Frei: Amerikanische Lizenzpolitik.
[183] Langendorf/Wulffius: In München fing's an, S. 9ff.
[184] Ziemke: The U.S. Army, S. 173.
[185] 10/66–1/40.

zenzierung) oder durch Registrierung. Einzelheiten des Verfahrens waren im „Manual for the Control of German Information Services" vom 12. Mai 1945 (revidiert am 18. Juni 1945) geregelt. In der Direktive vom 7. Juli 1945 findet sich die amerikanische Politik auf dem Gebiet der Informationskontrolle in Abschnitt 21 zusammengefaßt. Dieser Abschnitt wurde am 30. Juli 1945 durch eine ausführlichere Fassung ersetzt und später als Titel 21 in die Military Government Regulations übernommen.
Im Juli 1945 wurde die anglo-amerikanische Psychological Warfare Division, SHAEF, aufgelöst. Aus dem amerikanischen Teil der Division wurde die Information Control

Übersicht 51: Organisation und Personal der Information Control Division, OMGBY, April 1946



Division, USFET, unter Brig.Gen. Robert A. McClure gebildet, die bis Ende des Jahres weitgehend unabhängig von der Militärregierung arbeitete.[186] Das für den Eastern Military District zuständige 6870th DISCC teilte man am 31. Juli 1945 administrativ der 3. Armee zu. Gleichzeitig bezog die Einheit ihr Hauptquartier in Leoni am Starnberger See. Die für Film, Theater und Musik zuständige Abteilung wurde in den Filmstudios Geiselgasteig untergebracht. Detachments wurden in München, Augsburg, Regensburg, Nürnberg und Würzburg eingerichtet.
In den ersten Monaten ihrer Tätigkeit waren die Einheiten des 6870th DISCC noch ganz von PWD, SHAEF, bzw. ICD, USFET, abhängig. Die Entscheidungen über Genehmigungen (Lizenzierungen) im Medienbereich wurden vom Direktor der ICD, USFET, in Bad Homburg im Zusammenwirken mit einem Licensing Board getroffen.[187] Zu einer Dezentralisierung des Zulassungsverfahrens kam es erst im Herbst 1945. Weniger wichtige Fälle (Genehmigungen von Theateraufführungen, Buchveröffentlichungen, Zeitschriften) konnten nun von den DISCC selbständig entschieden werden, wobei sich ICD, USFET, ein Nachprüfungsrecht vorbehielt.[188]
Ende des Jahres begann man die Information Control Division, USFET, in OMGUS einzugliedern.[189] Wenig später, am 17. Januar 1946 wurde auch das 6870th DISCC als Information Control Division an OMGBY angeschlossen. Sie verfügte zu dieser Zeit über 44 Offiziere und 122 Soldaten. Im Januar 1946 bestand die neue Division im wesentlichen aus drei Abteilungen, nämlich der Intelligence Branch, der Information Control Branch und der Public Relations Branch. Letztere wurde am 1. April 1946 von der Information Control Division getrennt und direkt dem Landesdirektor unterstellt.[190] Die Gliederung der verbleibenden Tätigkeitsbereiche veranschaulicht Übersicht 52.
Eine straffere Organisation erhielt die Division (wie die anderen Abteilungen der Militärregierung) im Juli 1946. Die Division umfaßte jetzt folgende acht Branches:

Übersicht 52: Organisation der Information Control Division, OMGBY, Juli 1946

- Administration Branch
- Plans and Operations Branch
- Intelligence Branch
- Press Control Branch
- Publications Control Branch
- Radio Control Branch
- Film, Theater and Music Control Branch
- Publishing Operations Branch

Außerdem verfügte sie über fünf Field Teams in:
- München
- Nürnberg
- Augsburg
- Regensburg
- Würzburg

Im Herbst 1946 löste man die Administration Branch sowie die Plans and Operations Branch auf. Am 5. November 1946 wurde eine umfangreiche Direktive („Information

---

[186] Ziemke: The U.S. Army, S. 367.
[187] USFET Direktive vom 30.7.1945 (= Nr. 9d des Abschnitts 21 der Direktive vom 7.7.1945).
[188] USFET Direktive vom 22.10.1945 (= Nr. 8c (2) des Abschnitts 21 der Direktive vom 7.7.1945).
[189] USFET Direktive vom 11.12.1945; OMGBY: Annual Historical Report 1945/46, S. 186.
[190] Siehe S. .

Control Policies for Bavaria") erlassen, die vor allem für die Liaison and Security Detachments gedacht war.[191] Die Information Control Intelligence Branch wurde im Mai 1947 in Research and Analysis Branch umbenannt und schließlich am 1. Februar 1948 in die neugegründete Intelligence Division eingeliedert. Wichtig für Zielsetzung und tägliche Arbeit der Abteilung war die ab 3. Oktober 1947 wirksame Änderung des Tit. 21, MGR, durch die Nachrichtenkontrollvorschrift Nr. 3.[192] Im Juli 1948 begann man mit größeren Umorganisationen und Umbenennungen. Seit 6. August 1948 hieß die Division Information Services Division und signalisierte damit ihren Dienstleistungscharakter.[193]

Mit dieser Umbenennung folgte man (wie in Württemberg-Baden und in Hessen) dem Vorbild und den Anweisungen von OMGUS. Große Teile der Information Control (Services) Division, OMGUS, waren im übrigen am 12. Juni 1948 von Berlin nach München verlegt worden.[194] Auf Veranlassung von OMGUS wurde im August 1948 die Theater and Music Section in die mehr und mehr aufgewertete Education and Cultural Relations Division eingegliedert. Die Newsreel Section der Film Branch wurde am 1. Oktober 1948 von der Information Services Division, OMGUS, übernommen.[195] Ebenfalls am 1. Oktober wurde die Publishing Operations Branch von OMGUS übernommen. Sie blieb unter Jack Fleischer in München.

Völlig neu wurde im Juli/August 1948 die Exhibition and Information Centers Branch eingerichtet (seit November 1948: Information Centers Branch). Im Dezember 1948 und Januar 1949 war die Information Services Division demnach in folgende Branches gegliedert:

Übersicht 53: Organisation der Information Services Division, OMGBY, Ende 1948 /Anfang 1949

- Press Branch
- Publications Branch
- Radio Branch
- Information Centers Branch
- Film Branch

Mit Wirkung vom 30. Juni 1949 wurden alle Aufgaben im Bereich von Information Services in den Ländern von OMGUS übernommen.[196]

Hingewiesen sei noch auf die Opinion Surveys Branch, die in Bayern seit 1. Mai 1947 arbeitete und unter der direkten Aufsicht der Information Control Division, OMGUS, stand, verwaltungsmäßig (administrative support) aber OMGBY angegliedert war. Aufgabe dieser Branch war die wissenschaftlich fundierte Durchführung von Meinungsumfragen unter der deutschen Bevölkerung sowie die Trendermittlung. Die Branch arbeitete (1948) mit zwei Field Teams in München und Nürnberg, die unter Leitung von amerikanischen Zivilangestellten standen. Die Branch verfügte über Au-

---

[191] OMGBY: Annual Historical Report 1946 IV, Anhang I zu Kap. VI.

[192] Sie wurden der bayerischen Regierung erst am 30.10.1947 zur Kenntnisnahme übersandt (BayHStA MA 130812).

[193] General Order Nr. 13, OMGBY, vom 30.6.1948 und General Order Nr. 14, OMGBY, vom 10.8.1948 (13/127-2/5).

[194] Ebenda.

[195] General Order Nr. 17, OMGBY, vom 15.10.1948.

[196] Letter, OMGUS, 13.5.1949 (13/141-2/1-1). In den Ländern wurden jetzt sogenannte Liaison and Advisory Teams tätig.

ßenstellen in Ingolstadt, Landsberg, Regensburg, Nürnberg, Bamberg und Bayreuth. Die Tätigkeit dieser Abteilung der Militärregierung belegt die große Bedeutung, die der Meinungsumfrage als Instrument politischen Handelns von den Amerikanern zugebilligt wurde.
Leiter des 6870th DISCC war seit 26. März 1945 Lt.Col. William H. Kinard. Ihn löste im Mai 1945 Col. Bernard B. McMahon ab (bis 21. Mai Leiter des 6871st DISCC in Heidelberg). McMahon wurde dann Chef der neuen Information Control Division. Im Februar 1947 wechselte er zur Information Control Division der hessischen Militärregierung. Sein Nachfolger in München, Lt.Col. Anthony F. Kleitz, amtierte nur bis Juli 1947 und wurde durch den Zivilangestellten James A. Clark abgelöst. Dieser blieb bis zur Auflösung der Information Services Division am 30. Juni 1949.
Das 6870th DISCC erreichte im Oktober 1945 mit 264 Mitarbeitern seine größte Personalstärke. Bei der Eingliederung in OMGBY am 21. Januar 1946 zählte die Information Control Division 44 Offiziere und 122 Soldaten. In der Folgezeit versuchte man die meisten Stellen mit Zivilangestellten zu besetzen. Laut T/O vom 17. Juli 1946 sollten von den 95 zur Verfügung stehenden Stellen 77 Zivilangestellten vorbehalten sein. Die T/O vom 7. November 1947 sah unter 60 Mitarbeitern nur noch zwei Offiziere und zwei Soldaten vor. Die Analysis Branch und die Publishing Operations Branch waren mit 16 bzw. 14 Mitarbeitern personell am großzügigsten ausgestattet. Ende 1948 erhielt dann die Information Centers Branch die größte Gewichtung. Laut Organisationsplan vom 13. Oktober 1948 arbeiteten von den insgesamt 30 Mitarbeitern der Abteilung 13 in der Exhibition and Information Centers Branch.

b) Press (Control) Branch

Die Press Control Branch war von ihrer Aufgabenstellung her die wichtigste Branch innerhalb der Information Control Division, OMGBY. Sie war mit dem Aufbau einer freien Presse in Bayern beauftragt. Sie traf die Auswahl der Lizenzträger und gewährte die notwendige wirtschaftliche Unterstützung. Die erste Lizenz für eine Tageszeitung in Bayern wurde vom 6870th DISCC am 6. Oktober 1945 für die Süddeutsche Zeitung (Lizenzträger: August Schwingenstein, Edmund Goldschagg und Franz Joseph Schoeningh) vergeben.[197] Es folgten der Hochland Bote (8. Oktober), die Nürnberger Nachrichten (11. Oktober) und die Franken Post (12. Oktober). Im April 1946 erschienen bereits 16 von der Militärregierung lizenzierte Tageszeitungen. Im Juli 1947 war das Lizenzierungsprogramm im wesentlichen beendet, soweit es parteipolitisch und konfessionell unabhängige Zeitungen betraf. Die Militärregierung machte jedoch die Aufhebung des Lizenzierungszwanges vom Erlaß eines Pressegesetzes abhängig, in dem die in der bayerischen Verfassung gewährleistete Pressefreiheit konkretisiert werden sollte.[198] Richtlinien für ein solches Pressegesetz entwarf die Militärregierung in einem Schreiben vom 15. Oktober 1948 an den Ministerpräsidenten.[199]
Am 5. Juli 1949 beschloß der Landtag ein Gesetz über die Presse. Zwei Bestimmungen dieses Gesetzes, die für den verantwortlichen Redakteur einer Zeitung einen bayerischen Wohnsitz und ein Mindestalter von 25 Jahren vorschrieben, wurden von OMGUS und OMGBY wegen Verstosses gegen Art. 5 Grundgesetz und Art. 110

---

[197] Langendorf/Wulffius: In München fing's an, S. 23 ff.
[198] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXIX.
[199] Bereits im Herbst 1946 hatte OMGUS einen Länderratsentwurf zu einem Pressegesetz abgelehnt, da entsprechende Gesetze auf Länderebene erlassen werden sollten (Akten zur Vorgeschichte 1, S. 1022 f.).

Bayerische Verfassung durch Order Nr. 22 vom 22. August 1949 für nichtig erklärt. Gleichzeitig (am 22. August) trat für Bayern die allgemeine Genehmigung Nr. 3 der Nachrichtenkontrollvorschrift Nr. 3 (geänderte Fassung) in Kraft.[200] Damit war für Bayern die Lizenzierungspflicht aufgehoben. Das Pressegesetz wurde in der von den Amerikanern gewünschten Fassung am 3. Oktober 1949 (mit Rückwirkung auf den 1. Juli) neu beschlossen.[201] Es ist eines der wenigen Gesetze aus der Zeit der Militärregierung, das heute noch in Kraft ist.

c) Publishing Operations Branch

Die Publishing Operations Branch war für die Herausgabe der in deutscher Sprache erscheinenden Militärregierungspublikationen verantwortlich. Die erste für die bayerische Bevölkerung bestimmten amerikanischen Zeitung gab die 12. Armeegruppe im April 1945 unter dem Namen „Mitteilung" heraus. Es folgte der seit dem 20. April 1945 erscheinende „Bayerische Tag". Diese in Bamberg gedruckte Zeitung erreichte Ende April eine Auflage von 400000 Stück.[202] Seit dem 18. Mai 1945 erschien eine „Bayerische Landeszeitung" (drei Ausgaben bis 1. Juni) und seit dem 9. Juni einmal wöchentlich die „Münchner Zeitung".[203] Alle diese Zeitungen waren nach Aussage der Amerikaner immer sehr schnell vergriffen.[204]
Große Bedeutung erlangte dann die seit 18. Oktober 1945 zweimal wöchentlich erscheinende „Neue Zeitung", die zeitweise eine Auflage von zwei Millionen Exemplaren erreichte. Seit 8. August 1945 erschien die Illustrierte „Heute". Dem gehobeneren Bedarf diente die Vierteljahreszeitschrift „Amerikanische Rundschau" und die Monatszeitschrift „Neue Auslese".
Im Juni 1946 verfügte die Publishing Operations Branch über 17 amerikanische und 930 deutsche Mitarbeiter. Leiter der Branch und zugleich Chefredakteur der „Neuen Zeitung" war bis September 1947 Hans Wallenberg. Ihm folgte Max Kraus und seit Februar 1948 Jack M. Fleischer, mit dem die „Amerikanisierung" der „Neuen Zeitung" begann,[205] die zu einem deutlichen Qualitätsverlust führte. Im Oktober 1948 übernahm OMGUS die Herausgabe sämtlicher Militärregierungspublikationen; die Publishing Operations Branch gliederte man in die Information Services Division, OMGUS, ein. Auch unter OMGUS arbeitete Fleischer noch als Leiter der Publishing Operations Branch in München weiter, wurde dann aber noch 1948 von Kendall Foss abgelöst.

d) Radio (Control) Branch[206]

Die Radiokontrollabteilung war vor allem mit dem Betrieb von Radio München (später auch Radio Nürnberg) befaßt. Nachdem die Radio Section der 6870th DISCC den Sender wieder instandgesetzt hatte, wurden am 10. Mai 1945 die ersten Sendungen ausgestrahlt. Mit der Zunahme der Sendezeit erweiterte sich der deutsche Mitarbeiterstab.

---

[200] BayHStA MA 130836/3918.
[201] Bayer. GVBl. 1949, S. 243; BayRS 2250-1-I.
[202] 13/147-2/10.
[203] Matz: Die Zeitungen der U.S. Armee, S. 153f.
[204] 13/147-2/11.
[205] Jack Fleischer, ehemaliger Europakorrespondent einer amerikanischen Nachrichtenagentur, der nicht einmal die deutsche Sprache richtig beherrschte, zog weitere „mit Ressentiments geladene alliierte Journalisten" nach München (Netzer: Die Neue Zeitung, S. 40).
[206] Vgl. Bolz: Von Radio München.

Am 31. Januar 1946 wurde, wie in den anderen Ländern, die Finanzierung der Radiostationen, insbesondere die Bezahlung der nichtamerikanischen Angestellten, der bayerischen Regierung übertragen. Im April/Mai 1946 zählte Radio München bei einer wöchentlichen Sendezeit von 86 Stunden sieben amerikanische und 370 deutsche Mitarbeiter. Am 31. Dezember 1947 übermittelte OMGBY der bayerischen Regierung Grundsätze für eine zukünftige Rundfunkgesetzgebung.[207] Das Gesetz sollte bis spätestens zum 15. März 1948 erlassen sein. Hauptaufgabe der Gesetzgebung war die Beseitigung jeder direkten Regierungskontrolle.
Nach der Verabschiedung des von der Radio (Control) Branch mitgestalteten[208] bayerischen Rundfunkgesetzes vom 10. Oktober 1948[209] wurde am 25. Januar 1949 in einem Festakt die Verwaltung des Rundfunks in deutsche Hände (Rundfunkrat) übergeben, nachdem bereits am 11. Juni 1946 durch die Ernennung eines deutschen Chefredakteurs (Felix Buttersack) die Programmgestaltung Sache der deutschen Mitarbeiter geworden war.
Leiter der Radio Control Branch war seit Herbst 1945 der Zivilist Field Horine. Sein Nachfolger wurde im März 1947 Edmund Schechter.

e) Publications (Control) Branch

Die Publications Control Branch (Verlagskontrollabteilung) war mit der Überwachung des Buch- und Verlagswesens und den entsprechenden Lizenzierungen beauftragt. Die ersten vier (vorläufigen) Lizenzen erhielten im September 1945 Verleger für religiöses Schrifttum. Am 15. November 1945 wurde die erste normale Verlagslizenz an den Verleger Kurt Desch in München erteilt.[210] Im April 1946 hatte die Branch bereits 71 Verlage, 418 Druckereien und 2082 Buchläden überprüft und zugelassen. Mitte 1946 arbeitete die Abteilung mit sieben Amerikanern und 15 Deutschen, im Juli 1947 mit fünf Amerikanern und 18 Deutschen. Im Januar 1947 gliederte man die Branch in drei Sections:

- Die Servicing Section stellte amerikanische Artikel für deutsche Zeitschriften zur Verfügung und vermittelte amerikanische Buch-Copyrights.
- Die Scrutinity Section überprüfte (als Lektorat der Abteilung) deutsche Bücher und Zeitschriften.
- Die U.S. Information Centers Section (vorher U.S. Information Service Library Section) war seit Sommer 1945 mit der Einrichtung von Bibliotheken mit (vorwiegend) amerikanischem Lesematerial befaßt. Diese Information Centers wurden seit Oktober 1947 „Amerikahäuser" genannt. Das Münchener wurde am 8. Januar 1946 eröffnet.

Die von der Publication Branch festgelegten Auflagebeschränkungen fielen nach der Währungsreform fort. Anfang 1949 war die Branch in eine Licensing Section, Scrutinity Section und Servicing Section gegliedert.

f) Information Centers Branch

Im Sommer 1948 wurde aus der Publication Branch eine eigene Exhibition and Information Centers Branch herausgelöst. Ihr gehörte der Direktor der Internationalen

---

[207] BayHStA MA 130814.
[208] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXX f.
[209] Bayer. GVBl. 1948, S. 135.
[210] OMGBY: Annual Historical Report 1945/46, S. 206.

Jugendbibliothek, ein Fachmann für Ausstellungen sowie neun Supervisers der Amerikahäuser Augsburg, Bamberg, Erlangen, Hof, München, Nürnberg, Passau, Regensburg und Würzburg an. Aufgabe der neuen Branch war es ganz allgemein, das Reorientation Program und im speziellen das Information Centers Program weiterzuführen und auszudehnen.[211]
Anfang 1949 betreute die (seit November 1948 so genannte) Information Centers Branch acht Amerikahäuser (Augsburg, Bamberg, Coburg, Erlangen, München, Nürnberg, Regensburg, Würzburg) und 65 Reading Rooms.[212]

g) Film Theater Music Control Branch (Film Branch)

Die für Film, Theater und Musik zuständige Kontrollabteilung war entsprechend der Press Control Branch für die Lizenzierung, Registrierung, Überwachung und Förderung der deutschen Aktivitäten zuständig. Mit Unterabteilungen für Film, Theater und Musik arbeitete die Branch bis Juni 1948. Dann kamen die Zuständigkeiten für Theater und Musik an die Cultural Affairs Branch der Education and Cultural Relations Division.[213]
Die Tätigkeit der Branch beschränkte sich nun im wesentlichen auf die Förderung und Überwachung der Filmproduktion. Im Juni 1945 war in Geiselgasteig der an die Abteilung angeschlossene „Allgemeine Filmverleih" gegründet worden.[214] Auch die Wochenschau „Welt im Film" wurde von angloamerikanischen Filmteams in Geiselgasteig produziert. Der erste deutsche Nachkriegsfilm in der US-Zone wurde im Dezember 1947 uraufgeführt. Bis Ende 1948 waren bereits 44 Filme (31 Dokumentar- und 13 Spielfilme)[215] produziert worden. Am 1. Oktober 1948 wurde die Newsreel Section von ISD, OMGUS, übernommen.

h) Information Control Intelligence Branch[216] *(Research and Analysis Branch)*

Die Information Control Intelligence Branch bildete die Nachfolgerin der Intelligence Section der 6870th DISCC bzw. der Information Control Division. Ihre Organisation erfolgte im April 1946, nachdem in einer Direktive General Clarence L. Adcocks der Information Control Division die „political intelligence" zugewiesen worden war.[217]
Die neue Intelligence Branch arbeitete mit zwei Sections für Media Intelligence und Political Affairs (Political Intelligence). Der Media Intelligence Section oblag die Überwachung der deutschen Medien. Sie bediente sich dabei auch nachrichtendienstlicher Methoden wie Telefon- oder Briefüberwachung. Die Media Intelligence Section nannte sich seit 21. Mai 1947 Field Research Section. Den Außendienst für diese Unterabteilung versahen fünf Detachments in den Regierungsbezirken.
Die Political Affairs Section arbeitete im April 1946 mit fünf Units (Reporting, Editorial, Surveys, Archives, Mail Analysis). Die Editorial Unit machte man am 1. Januar 1947 zur selbständigen Section. Sie wurde am 1. Februar 1947 in Political Analysis und schließlich am 19. Mai 1947 in Research Section umbenannt. Ihre Hauptaufgabe war die Herausgabe von „Trend", einem für Militärregierungsstellen bestimmten Informa-

---

[211] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXXXI.
[212] Krauss: Nachkriegskultur in München, S. 169.
[213] Vgl. OMGUS-Handbuch, Teil Bayern B 5.e
[214] OMGBY: Annual Historical Report 1945/46, S. 236.
[215] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXX.
[216] Zur Organisation vgl. 10/66–1/40 und 10/90–1/9.
[217] Ebenda.

tionsblatt, das vor allem Analysen zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland brachte. Die Publikation von „Trend" begann Anfang 1946 mit monatlichen, später wöchentlichen Ausgaben. Von Sommer 1946 bis Frühjahr 1947 erschien zusätzlich noch ein tägliches „Intelligence Bulletin".[218] Herausgeber von „Trend" und Leiter der Research Section war Donald T. Shea, der spätere Leiter der Intelligence Division. Nach Sheas Meinung genoß „Trend" im gesamten Militärregierungsbereich einen hervorragenden Ruf, doch wurde die Tätigkeit der Section nicht überall positiv beurteilt. Ernst Langendorf von der Press Branch der Information Control Division beschwerte sich am 20. August 1946 über den blinden Eifer und die falschen Bewertungen der für „Trend" verantwortlichen Kollegen.[219] Im September 1947 standen Shea nur noch zwei Mitarbeiter für „Trend" zur Verfügung. Er forderte zusätzliche Analysts.[220] Bei OMGUS scheint man indes kein Interesse mehr an „Trend" gehabt zu haben; so stellte es schließlich sein Erscheinen ein.

Die Surveys Unit der Political Affairs Section unterstellte man am 1. Mai 1947 der Information Control Division von OMGUS. Die Political Affairs Section erhielt darauf den Namen Media Analysis Section. Die Tätigkeit der Mail Analysis Section (innerhalb der Media Analysis Section) endete am 30. Juni 1947.

Im Mai 1947 gliederte sich demnach die Information Control Intelligence Branch in die Field Research Section, in die Research Section und in die Media Analysis Section. Unter Berücksichtigung ihrer veränderten Aufgabenstellung nannte sich die Branch dann seit 21. Mai 1947 Research and Analysis Branch.[221] Am 1. Februar 1948 wurde die Research and Analysis Branch in die neugegründete Intelligence Division übernommen.

Leiter der Intelligence Section innerhalb der 6870th DISCC (1945) sowie der Intelligence Section der Information Control Division (1946) war Capt. H. Peter Hart.[222] Ihn löste im Februar 1947 der Zivilist Robert C. Martindale ab. Martindale leitete die Information Control Intelligence Branch (Research and Analysis Branch) bis zu deren Auflösung im Februar 1948 und wurde dann der erste Chef der neu geschaffenen Intelligence Division.

Im Frühjahr verfügte die Abteilung über insgesamt 45 Mitarbeiter (davon 20 in den vier Field Teams). Der T/O vom 17. Juli 1946 sah insgesamt 29 Zivilangestellte, der T/O vom 1. Juli 1947 nur noch 16 Zivilangestellte vor.

8. Intelligence Branch

Die Intelligence Branch entwickelte sich aus der Historical and Political Intelligence Abteilung des Detachment E1F3 und aus der Intelligence Branch, Hq G-5, 3rd Army. Diese letztere wurde am 29. April 1944 ins Leben gerufen und zuerst von Maj. William S. Dutton, dann ab Februar 1945 von Maj. Edwin H. Coker geleitet.[223] Sie war bei der Besetzung Bayerns in Abteilungen für Intelligence, Communications und Public Utilities gegliedert.

---

[218] 10/73–2/15.
[219] 10/91–1/15.
[220] 13/75–3/9.
[221] 10/90–1/9. Die Namensänderung ging von OMGUS aus, das am 1. April 1947 seine Intelligence Branch in Research Branch umbenannt hatte, um Verwechslungen mit den sonstigen „Intelligence"-Abteilungen (Office of the Director of Intelligence) zu vermeiden.
[222] Ebenda.
[223] 13/147–2/8.

Nach der Zusammenlegung der G-5 Stabsabteilung mit dem Detachment E-201 im Oktober 1945 entstand die neue Intelligence Branch unter Leitung von Maj. Peter J. Vacca, der seit März 1945 im Detachment E1F3 bzw. E-201 (Regional Military Government Detachment) tätig war. Die Hauptaufgabe dieser Branch, die dem Landesdirektor unmittelbar unterstand, war die Sammlung und Auswertung aller Nachrichten über Ereignisse und Entwicklungen, die für die Militärregierung von Bedeutung waren. Das Ergebnis dieser Nachforschungen wurde den Dienststellen der Militärregierung in Berlin, Frankfurt und München in wöchentlichen „Intelligence Reports" mitgeteilt.

Seit August 1945 war die Abteilung auch für die Überwachung und Förderung der demokratischen Entwicklung in Bayern, also vor allem für die Zulassung von Parteien und die Überwachung von Wahlen zuständig. Dadurch wurde Maj. Peter J. Vacca zu einem der wichtigsten Gesprächspartner der Deutschen. Man begann mit der Zulassung von Parteien auf Kreisebene, die schon in der Direktive vom 7. Juli 1945 (Section III) vorgesehen war. Die Voraussetzungen schuf die Direktive von USFET vom 27. August 1945.

Hq 3rd Army erließ daraufhin am 3. Oktober 1945 genauere Anweisungen („Political Activities):[224] Bewerbungen wurden von den lokalen Militärregierungen vorläufig,[225] dann von G-5, USFET, endgültig genehmigt oder abgelehnt. Für die Zulassung der Parteien auf Landesebene erging von USFET am 23. November 1945 eine Direktive. Ihr waren Besprechungen in München zwischen den Vertretern der Parteien auf der einen sowie Walter L. Dorn und Col. Storey von USFET auf der anderen Seite vorausgegangen.[226] Die Parteienpolitik der Militärregierung war durchaus nicht im Sinne der bayerischen Regierung. In einem Schreiben vom 17. August 1945 an Lt.Col. Robert A. Reese wandte sich Ministerpräsident Schäffer gegen die verfrühte Zulassung von Parteien.

Als erste Landesparteien wurden am 9. Januar 1946 in Bayern die CSU und die SPD zugelassen. Die Zulassungsurkunde überreichte General Walter J. Muller den beiden Parteivorsitzenden Dr. Josef Müller und Wilhelm Hoegner persönlich.[227] Zu dieser Zeit waren bereits 264 lokale und regionale Parteigruppierungen zugelassen worden.

Die nächste große Aufgabe der Intelligence Branch war die Vorbereitung der für 27. Januar 1946 angesetzten Gemeinderatswahlen (in Gemeinden unter 20000 Einwohner). Das Innenministerium mußte einen Entwurf für eine Gemeindeordnung vorlegen, der mit Datum vom 18. Dezember 1945 in Kraft trat.[228] Da die Prüfung der Wahlberechtigung mittels Fragebogen sich als sehr zeitraubend herausstellte, bat der Länderrat in Stuttgart am 4. Dezember 1945 die amerikanische Militärregierung um eine Verschiebung des Wahltermins auf März 1946, was aber USFET ablehnte.[229] Am

---

[224] 730/29–1; als Mitglieder und Förderer (Gründer) von Parteien auf Kreisebene waren im Schreiben der 3. Armee nur Personen zugelassen, die mindestens seit einem Jahr in Bayern ansässig waren. Diese Bestimmung wurde im November wieder gestrichen.

[225] Die lokalen Detachments mußten nun „political activity reports" erstellen, in denen über die Gründung und Tätigkeit von politischen Organisationen und Parteien berichtet werden sollte (seit September 1945 wöchentlich, seit Oktober 1945 vierzehntägig, seit Januar 1946 monatlich – bis zum Frühjahr 1947). In diesen Reports sind Berichte der Orts- und Kreisverbände der Parteien über Mitglieder, Organisation, Finanzen etc. verarbeitet.

[226] POLAD 730/30.

[227] 10/85–3/5–1.

[228] Bayer. GVBl. 1946, S. 25.

[229] BayHStA MA 11 1401; Akten zur Vorgeschichte 1, S. 176 ff.

28. April 1946 führte man die Wahlen für die Kreistage und am 16. Mai 1946 die Wahlen für die Gemeinden über 20000 Einwohner durch. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die von Washington aus veranlaßte Auflösung der Bayerischen Heimat- und Königspartei durch Schreiben vom 19. Mai 1946.[230] Im Juli 1946 übernahm die Civil Administration Division die Zuständigkeit für Parteien und Wahlen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren auf Länderebene fünf Parteien, auf Kreisebene 380 Gruppierungen (28 unterschiedlicher Parteien bzw. Wählervereinigungen) zugelassen worden. Im April 1946 gliederte man in die Intelligence Branch die bis dahin selbständige History and Reports Section ein. Die Abteilung erhielt jetzt den Namen: Intelligence, Historical and Reports Branch. Sie gliederte sich in die folgenden Unterabteilungen:

- Intelligence Section
- Historical and Reports Section
- Documents and Translation Section

Die Aufgabe der Intelligence Section war (nach dem Juli 1946) die Sammlung, Zusammenstellung und Bewertung von Nachrichten, die für die Militärregierung von Bedeutung sein konnten. Die von der Intelligence Section gesammelten und erarbeiteten Informationen wurden an alle Dienststellen der Militärregierung weitergegeben (Weekly Intelligence Reports). Hauptlieferanten der Informationen waren die Liaison and Security Offices, die wöchentliche Intelligence Reports oder auf Anforderung „Special Reports" zu liefern hatten.[231] Da auch andere Stellen mit Intelligence-Aufgaben betraut waren, war die Korrdinierung ein Hauptproblem, das anscheinend bis zur Gründung der Intelligence Division 1948 nicht befriedigend gelöst werden konnte. In vielen Berichten wird über das Nebeneinander und Gegeneinander der mit Intelligence befaßten Stellen geklagt. Seit 1946 gab es zwar ein Intelligence Coordination Committee[232] bei OMGBY, dessen Aufgabe die Überwachung aller Intelligence-Aktivitäten war, aber viele dieser Stellen gingen letztlich ihre eigenen Wege. Als konkurrierende Intelligence-Stellen kamen neben der Intelligence Branch vor allem die Intelligence (Research) Branch der Information Control Division, dann die verschiedenen Gliederungen des CIC,[233] die G-2 Stabsabteilung der 3. Armee, S-2 der Constabulary und die taktischen Truppen in Frage.

---

[230] BayHStA MA 11392.

[231] Bis September 1946 schickten die Liaison and Security Offices ihre Weekly Intelligence Reports auch an den Director of Intelligence, OMGUS, seitdem auf Anweisung von OMGUS nur noch an die Intelligence Branch. OMGUS begnügte sich mit dem Weekly Land Intelligence Report und mit einem täglichen TWX, in dem die wichtigsten Ereignisse zusammengefaßt waren (10/91–1/15).

[232] Bericht von ODI an General Eisenhower über die Intelligence Branch, OMGBY (17/57–3/5).

[233] Das Counter Intelligence Corps (CIC) arbeitete weitgehend unabhängig von OMGBY. Es war für die Abwehr von Spionage, Sabotage und subversiver Tätigkeit zuständig. Während die Intelligence Division, OMGBY, ihre Nachrichten offen sammelte, arbeitete das CIC mit nachrichtendienstlichen Mitteln. Unmittelbar nach der Besetzung war in München die CIC 307th Task Force (Marshall Haseltine) tätig (10/85–3/5–1). Im November 1945 rief man für den Bereich der amerikanischen Besatzungszone das 970th CIC Detachment ins Leben, das im November 1948 in 66th CIC Detachment umbenannt wurde. Dieses Detachment unterstand unmittelbar der Frankfurter Intelligence Division, OMGUS. Das Detachment war in Regionen untergliedert, die ihrerseits sehr selbständig operierten (Bayern gehörte zu den Regionen IV, V und VI). Die Zusammenarbeit zwischen der Intelligence Division, OMGBY, und CIC wurde 1949 vom Chef der Intelligence Division Donald T. Shea als unzureichend kritisiert (10/73–2/15).

Die Historical Section sammelte alle Fakten, die für die Geschichte der Militärregierung von Interesse waren und verwertete diese in monatlichen, vierteljährlichen und ganzjährigen Historical Reports. Kurzzeitig gab die Historical Section eine Zeitschrift, „The Bavarian", heraus, die für die Mitglieder der Militärregierung bestimmt war (seit Anfang 1947 von der Plans and Operations Branch herausgegeben). Zur allgemeinen Verbesserung des Berichtswesens wurden im September 1946 alle Divisions und Branches angewiesen, eigene Reports Officer zu ernennen.[234]
Die Documents and Translation Section sammelte, übersetzte und analysierte Dokumente aus deutschem Besitz, die für die Militärregierung und sonstige amerikanische Stellen von Bedeutung waren, insbesondere auch wissenschaftliche Dokumente. Sie leitete die für die Amerikaner wichtigen NSDAP-Akten an die Document Centers in Freising und Berlin sowie an USFET weiter. Darüber hinaus wurden in der Section alle für die Militärregierung notwendigen Schriftstücke übersetzt.
Am 22. November 1946 wurden die Intelligence Branches und Divisions in den Ländern von OMGUS angewiesen, ihre Arbeit weniger auf Sicherheitsprobleme, sondern mehr auf politische, soziale und wirtschaftliche Analysen zu konzentrieren.[235]

Übersicht 54: Organisation und Personal der Intelligence Branch, OMGBY, 1. Juli 1947

Branch Chief	Harold E. Stearns
Executive Officer	Virginia Hornak
Liaison Officer	Eugene McMasters
Intelligence Section	
Deputy Branch Chief and Section Chief	James H. Cavins
Intell. Reports Editor	Artur Burkard
Intell. Officer	Henry Wolbier
Intell. Interpreter	Leo Steingut
Intell. Analyst	Peter Beer
Intell. Analyst	Howard Triest
Historical and Reports Section	
Section Chief	George Godfrey
Information Specialist	Thomas J. Coad
Field Reporting Officer	Kurt Rosenthal
Documents and Translation Section	
Section Chief	Wilhelm Krauledat
Superviser Translation Section	Marianne Blashek

Leiter der Intelligence Branch war von Anfang an (1945) Maj. Peter J. Vacca.[236] Am 4. April 1947 verließ er Bayern, um die Leitung der Intelligence Division, OMGWB, zu übernehmen. Zu seinem Nachfolger ernannte man im April den Zivilisten Harold E. Stearns, der vorher als Chef von Intelligence Branch in Württemberg-Baden tätig war.

---

[234] OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, S. 101.
[235] OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, Kap. VI, App. 1.
[236] Peter J. Vacca arbeitete vor seiner Militärregierungstätigkeit als Post Intelligence Officer beim Seneca Ordnance Depot im Staate New York. In einem Bericht vom 14.10.1946 (Frank M. Potter jr. an Col. Peter P. Rodes, ODI) wird er wie folgt charakterisiert: „He is definitely a ‚character'. He is aggressive, likes to play around with ‚side shows' and generally takes himself quite seriously. He is a ‚cloak and dagger' type of operator ... I question whether Vacca is big enough for the job, but he is energetic and he does get results" (17/47–3/5)

9. Intelligence Division

Schon 1946 ergaben sich zwischen der Intelligence Section der dem Landesdirektor unmittelbar unterstehenden Intelligence Branch und der der Control Division unterstehenden Intelligence Branch Spannungen, weil die Berichte beider Stellen oft sehr unterschiedlich ausfielen und nicht selten gegensätzliche Empfehlungen aussprachen. Trotzdem hat General Muller, der ja schon im Oktober 1945 eine ihm zugeordnete Intelligence-Abteilung geschaffen hatte, nie (im Unterschied zu den anderen Landesdirektoren) eine Zusammenlegung der Intelligence-Aktivitäten ins Auge gefaßt. Sein Nachfolger Van Wagoner rief dann schließlich am 15. Januar 1948[237] eine eigene Intelligence Division ins Leben, in der die bisherige Intelligence Branch sowie die Research and Analysis Branch der Information Control Division zusammengelegt wurden. Damit waren alle Stellen, die sich mit offener Informationsbeschaffung beschäftigten, in einer Abteilung zusammengefaßt. Nach den Aussagen des zweiten Chefs der Intelligence Division, Donald T. Shea,[238] verbesserten sich damit die bisher mangelhaften Verbindungen zu den Stellen, die mit Nachrichtendienst und nachrichtendienstlicher Informationsbeschaffung befaßt waren. Dem gegenseitigen Meinungsaustausch dienten vor allem die sogenannten Intelligence Coordinating Committees.

Die Intelligence Division arbeitete mit folgenden Branches:
- Intelligence Branch (= Analysis Branch)
- Research Branch
- Reports and Statistics Branch

Die Research Branch (mit Special Project Section, Field Research Section und Liaison Section) sammelte die notwendigen Informationen, die dann von der Analysis Branch verarbeitet wurden. Die Analysis Branch verfügte über je einen Sociological, Political, Economics, Information Media und einen Security Analyst. Das Ergebnis der Untersuchungen fand seinen Niederschlag in „Weekly Intelligence Reports".
Die Reports and Statistics Branch setzte die Tätigkeit ihrer Vorgängerbehörde, der Historical Section der Intelligence Branch, fort (vor allem also die Erstellung der „Historical Reports"). Darüber hinaus übernahm sie die Aufgaben der Reports and Statistics Section der aufgelösten Economics Division. Die Reports and Statistics Branch war in eine Field Reports and Production Section, eine Statistics Section und in eine Historical Section gegliedert.
1948 und 1949 war das größte Problem der Intelligence Division die ungenügende Berichterstattung durch die lokalen Militärregierungsstellen.[239] Deren Intelligence Reports bildeten das Rückgrat der Arbeit der Intelligence Division. Klage führte man von seiten der Division auch über den Mangel an Transportmöglichkeiten.
Die Leitung der neugegründeten Intelligence Division übernahm im Januar 1948 Robert C. Martindale, der bisherige Chef der Research Analysis Branch der Information Control Division. Ihm folgte am 1. Juli 1948 Donald T. Shea, der vorher in der Finance Division als Leiter der Intelligence and Investigation (bzw. Intelligence and Prosecution) Section tätig war.

---

[237] Die Zusammenlegung wurde durch ein Schreiben von OMGUS vom 15.1.1948 genehmigt (13/127-2/5).
[238] 10/73-2/15.
[239] Ebenda.

10. Economics Division

a) Organisation

Soweit zu Beginn der Besetzung Wirtschaftsfragen von Bedeutung waren, kümmerten sich darum im wesentlichen die Armee-Einheiten und nicht die Militärregierungsstellen. Ende Juni/Anfang Juli wurde dann beim Regional Military Government Detachment eine Economics and Supply Branch unter Lt.Col. George R. Erion eingerichtet. Juli/August erhielt diese Abteilung den Namen Economic Control Agency. Sie gliederte sich in fünf Sections[240] für Labor, Agriculture, Internal Trade, Price Control and Rationing, Transportation, Civilian Requirements and Allocations. Im September 1945 befahl SHAEF sowohl für den Western als auch für den Eastern Military District die Einrichtung von Economic Branches mit Chief, Deputy Chief, Administrative Officer und folgenden Sections: Food and Agriculture, Transportation, Manpower, Civilian Requirements and Allocations, Trade and Distribution, Price Control, Reports and Statistics sowie German Agencies. Auch auf Detachmentebene sollten Economic Sections eingerichtet werden. Im November 1945 ordnete USFET in den jetzt bestehenden drei Ländern der amerikanischen Besatzungszone die Einrichtung von Economics Divisions mit folgender Organisationsstruktur an: Chief of Division, Deputy Chief, Reports and Statistics Section, Requirements Section, German Agencies Officer, Administrative Section, Food and Agriculture Branch, Restitution Branch, Industry Branch, Trade and Commerce Branch.[241] Gleichzeitig erfolgte eine fachliche Anbindung an die Economics Division, OMGUS.[242] In Bayern nahm die so organisierte Economics Division am 20. Dezember 1945 ihre Arbeit auf.[243]

Die Zuständigkeit der umfangreichen Economics Division läßt sich nicht auf einen Nenner bringen. Sie hatte vor allem die Militärregierungspolitik zu vollziehen, die in den Titel 11 (Industry) und 13 (Trade and Commerce), MGR, ihren Niederschlag gefunden hatte. Die Economics Division war demnach auf vielen Gebieten tätig: Nahrungsmittelproduktion und -verteilung, Förderung und Überwachung der Industrieproduktion, Reparationen, Außen- und Binnenhandel, Rückerstattung, Sicherstellung von Kunstdenkmälern und Archiven, Überwachung der wissenschaftlichen Forschung. Grundsätzlich sollte die Wirtschaftsentwicklung im Rahmen der Besatzungsvorgaben unter bestmöglicher Heranziehung deutscher Kräfte gesichert und die Entnazifizierung des Wirtschaftsbereichs durchgeführt werden. Als deutsche Ansprechpartner der Economics Division kamen vor allem das Wirtschaftsministerium und das Landwirtschaftsministerium in Frage.

Auf Weisung der Militärregierung in München vom 1./14. August 1945 begann am 25. Oktober 1945 ein Bayerisches Landeswirtschaftsamt (mit zwölf Landesstellen) seine Tätigkeit.[244] Diese unter der Oberaufsicht des Wirtschaftsministeriums stehende Behörde hatte den Auftrag, die Erzeugung und Verteilung der gewerblichen Güter zu lenken. Gleichzeitig begann man unter Billigung der Militärregierung mit der Errichtung von Handwerkskammern, sowie Industrie- und Handelskammern.

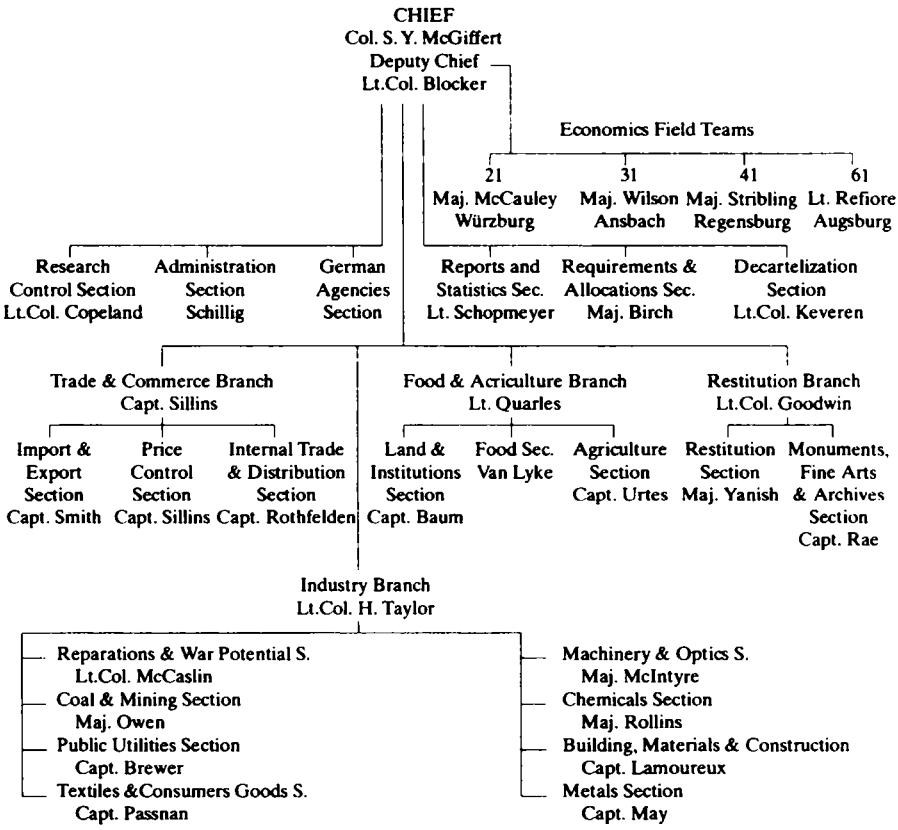
Die Economics Division war in Branches und Staff Sections gegliedert. Bis zur Auflösung der Economics Division im Juni 1948 blieb die Gliederung in die vier Hauptab-

---

[240] 13/147-2/12.
[241] 3/269-2.
[242] 13/98-3/9.
[243] General Order Nr. 1, OMGBY, vom 30.11.1945 (13/75-2/5).
[244] Bayer. GVBl. 1945, Nr. 5.

teilungen für Food and Agriculture, Industry, Trade and Commerce sowie Restitution bestehen. Gleich im Februar 1946 richtete man (wie auch in den anderen Ländern der amerikanischen Besatzungszone) eine Decartelization Section ein. Am 1. April 1946 ergänzte man die Division um eine Denazification and Research Control Section. Durch die Vielfalt ihrer Aufgaben erhielt die Economics Division eine komplizierte Organisationsstruktur, die sich für das Frühjahr 1946 wie folgt darstellen läßt.

Übersicht 55: Organisation und Personal der Economics Division, OMGBY, April 1946



Seit 1946 nahmen die Zuständigkeiten der Economics Division rasch ab. Eigene Initiativen konnte sie im Unterschied zu anderen Stellen der amerikanischen Militärregierung in Bayern nicht entfalten, da sie von Anfang an sehr stark von OMGUS in Berlin abhängig war. Eine Ausnahme bildete hier lediglich die Trade and Commerce Branch, die sich um die Förderung des Exports in Bayern einige Verdienste erwarb. Auch durch den schrittweisen Übergang der Wirtschaftsverwaltung an das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und dessen Behörden verringerte sich die Bedeutung der Münchener Economics Division. Die erfolgreiche Durchführung der Währungsreform machte dann 1948 die Überwachung der für die Zwangsbewirtschaftung zuständigen deutschen Stellen weitgehend überflüssig. Nachdem am 27. Januar 1948 die Foreign Trade Section der Trade and Commerce Branch an JEIA überging, kam es dann vor allem

wegen der von OMGUS angeordneten Stellenkürzungen zur Auflösung der Economics Division am 30. Juni 1948.[245] Der Food and Agriculture Branch billigte man indessen noch so viel Bedeutung zu, daß man sie in eine eigene Food and Agriculture Division umwandelte. Die Restitution Branch, die man ebenfalls noch brauchte, teilte man der neu gegründeten Property Division zu. Die anderen Abteilungen, wie die Trade and Commerce Branch, die Requirements and Allocations Section, die German Agencies Section und die Reports and Statistics Section, löste man völlig auf. Teilweise wurden ihre Aufgaben von anderen Abteilungen der Militärregierung übernommen, so etwa die Wirtschaftsstatistik von der Intelligence Division. Aufgelöst wurde auch die wichtige Industry Branch. Ihre Sections für Decartelization, Reparations and War Potential, deren Aufgaben noch nicht abgeschlossen waren, gliederte man in die neue Property Division ein. Die Research Control Section hatte man am 14. Juni 1948 direkt OMGUS unterstellt und in Scientific Research Group umbenannt. Neu geschaffen wurde das Office of the Economics Adviser. Es war im wesentlichen nur noch Berichts- und Verbindungsstelle.

Leiter der Economics Division war seit ihrer Gründung 1945 Col. Stephen Y. McGiffert. McGiffert verstand sich mit dem damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard außerordentlich gut; er war möglicherweise an dessen Berufung in Hoegners Kabinett im Oktober 1945 beteiligt. Weniger gut war das Verhältnis McGifferts zum Nachfolger Erhards, dem Sozialdemokraten Rudolf Zorn (Dezember 1946 – September 1947). McGiffert amtierte bis Anfang 1948. Dann löste ihn der bisherige Leiter der Industry Branch, Harold A. Taylor, ab. Taylor bekleidete nach der Auflösung der Division das Amt des Economics Adviser. Im Sommer 1949 wurde er zum Leiter der Commerce and Industry Group in Frankfurt ernannt. Als Economics Adviser in Bayern folgte ihm Jacob Fullmer.

Chef der wichtigen Industry Branch war seit 1945 Harold A. Taylor (zuerst als Lt.Col., dann als Zivilangestellter). Nach der Ernennung Taylors zum Chef der Division wurden erst Lt.Col. James F. McCaslin und dann Jacob Fullmer seine Nachfolger als Chefs der Branch. Die Trade and Commerce Branch leitete von 1945 bis zu ihrer Auflösung im Frühjahr 1948 Paul S. Nevin (zuerst als Major, dann als Zivilangestellter).

Die Economics Division gehörte zu den personalstärksten Abteilungen von OMGBY. Der T/O vom 17. Juli 1946 wies eine Gesamtstärke von 80 Personen aus, ein Jahr später waren es immerhin noch 67 Personen (T/O vom 1. Juli 1947). 1946 und 1947 reduzierte man vor allem das Personal der Industry Branch, während man die Trade and Commerce Branch sogar geringfügig erweiterte. Im Juli 1947 betrug die tatsächliche Stärke der Division 72 Personen, davon waren zehn für Food and Agriculture, 26 für Industry, 19 für Trade and Commerce, neun für Restitution und zwei für Decartelization zuständig. Dem Office of Economics Adviser gestand man nur mehr drei Mitarbeiter zu. Bei der Auflösung der Division konnten nicht alle Mitarbeiter anderweitig untergebracht werden. Dreizehn Personen mußte man entlassen.

b) Industry Branch

Für die Kontrolle und Überwachung der deutschen Industrieproduktion waren nach Einstellung der Feindseligkeiten vorwiegend die Armee-Einheiten und deren (für die Versorgung verantwortlichen) G-4 Stabsabteilungen zuständig. Im Mai 1945 organisierte SHAEF eine Production Control Agency,[246] die mit Abteilungen auf Armee-

[245] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. 443.

[246] Letter, SHAEF, 17.5.1945 „Production Control (Germany) Interim Policy".

ebene arbeitete. Die Production Control Agency im Eastern Military District war der G-4 Stabsabteilung der 3. Armee angegliedert. Ihr unterstanden einige Production Control Sections, die bei den verschiedenen Versorgungseinheiten angesiedelt waren (Signal Corps, Chemical Warfare Service, Quartermasters usw.). Die Control Officers dieser auf lokaler Ebene tätigen Production Control Sections mußten mit den zuständigen Militärregierungsstellen zusammenarbeiten und durften den deutschen Stellen Anweisungen nur im Benehmen mit der zuständigen Militärregierung geben.
Die Production Control Agency war in folgende Unterabteilungen gegliedert:

Übersicht 56: Organisation der Production Control Agency, G-4, 3. U.S. Armee, Mai 1945

- Textiles Section
- Consumer Goods and Miscellaneous Section
- Chemical Industry Section
- Electric Industry and Instruments Section
- Machinery and Equipment Section
- Metal Industry Section
- Solid Fuels and non Metal Mining Section
- Building Materials Section
- Public Utilities Section
- Petroleum Section

Die dringendste Aufgabe der Production Control Agency war es, einen Überblick über die vorhandene Industriekapazität zu gewinnen, Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Produktion einzuleiten (soweit die Produktion für die alliierten Streikräfte, die deutsche Bevölkerung und die verschleppten Personen notwendig waren) sowie die deutsche Kriegsindustrie zu demontieren.
Im Laufe des Herbstes 1945 übernahmen dann die G-5 Stabsabteilungen bzw. die Militärregierungen die Zuständigkeit für die Industrie. USFET[247] genehmigte die Einrichtung einer Industry Branch bei der G-5 Stabsabteilung der 3. Armee (20. September 1945). Diese übernahm auch die bisherigen Aufgaben der beim Regional Military Government Detachment angesiedelten Industry Section sowie der verschiedenen Production Control Sections der Supply Services.
Im September 1945 war die Industry Branch wie folgt organisiert: Chief, Deputy Chief, Administrative Officer, Reports and Statistics Officer. Subsections: Public Utilities, Building Material and Construction, Coal and Non Metal Mining, Machinery and Equipment, Chemicals, Consumers Goods, Metals, Electrical Equipment and Instruments.[248]

---

[247] General Order Nr. 202, USFET, vom 24.8.1945 (13/73–2/1). Grundlage für die Tätigkeit der Industry Branch war Section X (Industry) der Direktive vom 7.7.1945, die am 1.10.1945 geändert wurde (später Titel 10, MGR)

[248] Parallel dazu wurden beim Bayerischen Wirtschaftsministerium auf Weisung der Militärregierung vom 1./14.8.1945 ein Landeswirtschaftsamt mit zentralen Landesstellen organisiert (Anordnung vom 25.10.1945, Bayer. GVBl. Nr. 5). Im einzelnen wurden folgende zwölf Landesstellen geschaffen:

1. Holz
2. Textilwirtschaft
3. Eisen und Metalle
4. Leder
5. Mineralöle
6. Chemie
7. Kohle
8. Papier
9. Steine und Erden
10. Strom, Gas und Wasser
11. Glas, Porzellan und Keramik
12. Für verschiedene Waren.

Die Industry Branch hatte die Aufgabe, die Industriekontrolle im größtmöglichen Umfang auf deutsche Stellen zu übertragen (Wirtschaftskontrollstellen), die Produktion von Gütern, die von der Besatzungsmacht benötigt wurden, zu beaufsichtigen, die Industriekapazität zu erfassen („industrial survey") und die Industriebetriebe zu entnazifizieren. Seit Anfang 1946 war sie auch für Demontagen und Reparationen zuständig (eigene Section).
Das Schwergewicht in der Tätigkeit der Production Control Agency bzw. der Industry Branch lag im Jahre 1945 bei der Lizenzierung von Betrieben (Erteilung von Betriebserlaubnissen) sowie bei der Erfassung der Industriekapazität.[249] Seit Mitte 1946 wurden die Kompetenzen der Industry Branch im Zuge einer Neuorganisation erheblich beschränkt.
Die Leiter der Sections wurden zu Beratern (Technical Consultants) des Leiters der Industry Branch. Mit Wirkung vom 22. Juli 1946 wurde eine Technical Consultant Section gebildet, der die einzelnen Berater und früheren Sections zugeordnet wurden: Der Technical Consultant for Mining übernahm die Aufgaben der ehemaligen Mining Section, der Technical Consultant for Chemicals die Aufgaben der Chemical Section. Der Consultant for Building Materials sowie der Consultant for Metals and Machinery übernahmen die Aufgaben der entsprechenden Sections (die Electrical Equipment and Instruments Section war im März 1946 mit der Machinery and Equipment Section zusammengefaßt worden). Ein Technical Consultant for Lumber and Timber war für die Durchführung des Lumber Export Program verantwortlich. Die Zuständigkeit für die sonstigen Holz- und Forstsachen war im Juni 1946 an die Food and Agriculture Branch gekommen.
Ebenfalls mit Wirkung vom 22. Juli 1946 wurde eine Control and Inspection Section errichtet, bei der zentral alle Kontroll- und Überwachungsaufgaben der ehemaligen Sections zusammengefaßt wurden und die vor allem die Aufgaben wahrnahm, die ihr von den Technical Consultants zugewiesen wurden. Darüber hinaus war sie für die Vorbereitung und Durchführung der Reparationen sowie für Maschinenbau, Optik und Verbraucherwaren verantwortlich.
Die gleichfalls im Juli 1946 neu errichtete Program Review Section war mit der Durchführung verschiedener Produktionsprogramme befaßt, insbesondere mit dem von OMGUS im September 1946 gestarteten Captured Enemy Material Program (Übergabe von ehemaligen Armeebeständen an die deutsche Wirtschaft). Auch die Transferierung von amerikanischen Armeebeständen (insbesondere Aluminium) auf deutsche Stellen wurde von der Program Review Section überwacht. Im Juni 1947 wurde sie mit der Quantitative Receipt Section zusammengelegt. Die Qantitative Receipt Section war am 15. Januar 1947 als Staff Section der Economics Division, OMGBY, gegründet worden.[250] Sie führte im wesentlichen die Arbeit der Official Receipts Section der Supply Branch weiter.

c) Trade and Commerce Branch

Für den Bereich Trade and Commerce wurde bereits 1945 innerhalb der Economics Branch eine Section ins Leben gerufen. Ihre Hauptaufgabe bildete die Entnazifizierung und Reorganisation von Handel und Gewerbe. Die Durchführung der entsprechenden Maßnahmen war Sache der auf Regierungsbezirksebene arbeitenden Trade

---

[249] Die Erfassung erfolgte durch das SHAEF Formblatt „C", das in je einem Exemplar an OMGUS, das Wirtschaftsministerium und das Statistische Landesamt ging.
[250] 13/120-1/6-6.

and Commerce Officers (später Trade and Commerce Teams). Am 1. Mai 1946 zog man die Trade and Commerce Teams aus den Regierungsbezirken zurück und zentralisierte die Tätigkeit der Trade and Commerce Branch.
Im Frühjahr gliederte sich die Trade and Commerce Branch wie folgt:

Übersicht 57: Organisation der Trade and Commerce Branch, Economics Division, OMGBY, Mai 1946

- Foreign Trade Section (später Export-Import Section)
- Trade and Distribution Section (später Internal Trade and Distribution Section)
- Price Control Section

Die Price Control Section mußte die für die Preiskontrolle zuständigen bayerischen Behörden überwachen. Sie bemühte sich um eine Bekämpfung des Schwarzmarktes, genehmigte Preiserhöhungen und war befugt, Strafen zu verhängen.[251]
Die Internal Trade and Distribution Section (seit Juli 1947 Internal and Interzonal Trade Section) überwachte diejenigen deutschen Stellen, die für die Warenverteilung (außer Lebensmittel), den Groß- und Einzelhandel, den Interzonenhandel sowie die Rationierung zuständig waren.
Die Import-Export Section kümmerte sich um die Exportförderung. Sie bildete das Münchener Büro des im Zuge des Byrnes-Bevin-Abkommens vom Herbst 1946 gegründeten Vereinigten Ausfuhr- und Einfuhramtes in Minden (Joint Export Import Agency <JEIA>). Besonders verdient machte sich die Abteilung um die Organisation der ersten bayerischen Exportschau, die am 3. August 1946 eröffnet wurde.
Seit 1947 lag der Schwerpunkt innerhalb der Trade and Commerce Branch auf der Förderung des Außenhandels. Dies läßt sich schon aus der für Juli gültigen Gliederung der Branch ablesen:

Übersicht 58: Organisation der Trade and Commerce Branch, Economics Division, OMGBY, 1947

- Export-Import Licensing and Pricing Section
- Export-Import Promotion and Expedition Section
- Contract Administration and Accounting Section
- Internal and Interzonal Trade Section
- Foreign Buyers' Bureau

Besonders bemüht war die Branch im Jahre 1947 um die Unterstützung bayerischer Firmen bei Geschäften mit dem Ausland. Dazu kam die Überwachung der jeweiligen Vertragsgestaltung, die Kontrolle des Exportprogramms und die Vergabe von Exportlizenzen. Sämtliche Rechte hatte sich die Militärregierung auf dem Gebiet des Messe- und Ausstellungswesens vorbehalten (insbesondere die Durchführung von Exportschauen).
Am 21. Januar 1948 gliederte man alle mit Außenhandel befaßten Abteilungen an

[251] Die Militärregierungspolitik auf dem Gebiete Handel und Gewerbe war in Titel 13, Teil 1 und 2, MGR, niedergelegt. Diese wurden der Economics Division, OMGBY, mit Memorandum Nr. 6 von Economics Division, OMGUS, am 15.1.1946 zugesandt.

JEIA an. Sie erhielten die Bezeichnung JEIA Foreign Trade Division Bavaria.[252] Am 1. Februar 1948 löste man schließlich den Rest der Trade and Commerce Branch auf.

d) Research Control Section

Im März/April 1946 wurde als Staff Section der Economics Division eine Denazification and Research Control Section ins Leben gerufen. Vorausgegangen war das Memorandum Nr. 15 vom 1. März 1946 der Economics Division, OMGUS, in dem die Organisation einer Research Control Branch bei Economics Division, OMGUS, angekündigt und die Organisation einer amerikanischen und deutschen Stelle für Forschungskontrolle auf Landesebene angeordnet wurde. Chef dieser Section war seit März Lt.Col. Royal S. Copeland. Als Entnazifizierungsstelle im Wirtschaftsbereich arbeitete die Section nur zwei Monate.
Bleibende Aufgabe der Section blieb die Kontrolle der wissenschaftlichen Forschung. Diese war im Kontrollratsgesetz Nr. 25 vom 29. April 1946 („research control") sowie in Titel 27, MGR, geregelt. Wissenschaftliche Forschung durch deutsche Stellen unterlag einem Genehmigungsvorbehalt. Seit Oktober 1946 bewarben sich bayerische Forschungsinstitute bei der Research Control Section um entsprechende Genehmigungen.[253] Die Section überprüfte die durch das Kontrollratsgesetz Nr. 25 vorgeschriebenen Berichte der deutschen Forschungsinstitute und untersuchte deutsche Erfindungen, die möglicherweise für die amerikanische Armee von Nutzen sein konnten.
In Zusammenarbeit mit der Research Control Section richtete in Vollzug des Memorandums Nr. 15 der Economics Division, OMGUS, der bayerische Ministerpräsident Anfang 1946 eine Wissenschaftliche Forschungsabteilung ein. Diese war der hauptsächliche Gesprächspartner für die Research Control Section auf der deutschen Seite. Am 14. Juni 1948 wurde die Research Control Section OMGUS unterstellt und in Scientific Research Group umbenannt.[254]

e) German Agencies Branch

Auf Anregung von OMGUS richteten die Militärregierungen der Länder innerhalb ihrer Wirtschaftsabteilungen spätestens im Mai eigene Stellen für „German Agencies" ein, deren Aufgabe es war, bei der Errichtung und Organisation von deutschen Wirtschaftsämtern, Wirtschaftsorganisationen, Handwerkskammern, Geschäfts- und Berufsvereinigungen, Genossenschaften usw. mitzuwirken. Die amerikanischen Grundsätze in diesem Bereich waren in einer Direktive von OMGBY vom 1./14. August 1945, 13–120, MGR (seit März 1948: 11–110, MGR), sowie im Militärregierungsgesetz Nr. 56 vom 19. Februar 1947 („Prohibition of Excessive Concentration of Economic Power") niedergelegt.
Die Besatzungspolitik in diesem Sektor ist für Bayern nicht ohne Wirkung geblieben: Seit dem Frühjahr 1946 kümmerte sich OMGUS um die Organisationsstruktur der 1945 wiederbegründeten bayerischen Industrie- und Handelskammern (Otto Brodnitz, German Agencies Adviser, OMGUS).[255] Die German Agencies Section der Economics Division, OMGBY, blieb zunächst unbesetzt, seit Herbst 1946 leitete sie

[252] 13/127-2/5.
[253] OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, S. 530.
[254] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. 514.
[255] Dazu und zum folgenden vgl. Fuchs: Industrie- und Handelskammern.

als German Agencies Officer John B. Holt. Er versuchte im Frühjahr 1947 vor allem, den Vollzug von 13–120, MGR, zu sichern, insbesondere das dort niedergelegte Prinzip der „freien Vereinigungen" gegenüber der in Bayern üblichen Zwangsmitgliedschaft in Berufsverbänden (Industrie- und Handelskammer) durchzusetzen.[256] Am 10. Oktober 1947 beanstandete Holt den Entwurf eines Gesetzes über den Aufbau des bayerischen Handwerks wegen Unvereinbarkeit mit den in 13–120, MGR, niedergelegten Prinzipien.[257] Insbesondere rügte er die im Entwurf vorgesehene Zwangsmitgliedschaft in Innungen sowie die behördenähnlichen Kompetenzen dieser Selbstverwaltungskörperschaften. Ihren Höhepunkt erreichte diese Politik der Amerikaner erst nach der Auflösung der German Agencies Section, als mit Befehl Nr. 8 vom 16. September 1948[258] die Durchführungsbestimmungen zur Anordnung über die Errichtung von Industrie- und Handelskammern vom 5. September 1947[259] aufgehoben wurden. Die bayerischen Industrie- und Handelskammern verloren damit ihre Rechtsgrundlage.[260]

f) Reports and Statistics Section

Zusammen mit der Industry Branch wurde im September 1945 als Unterabteilung eine Reports and Statistics Section ins Leben gerufen, die dann im Dezember 1945 zu einer selbständigen Section innerhalb der Economics Division wurde. Die Reports and Statistics Section sammelte mit Hilfe der deutschen Behörden (insbesondere des Wirtschaftsministeriums) Daten zur Wirtschaftslage in Bayern. Sie erstellte Statistiken und Berichte, die sie vor allem an die Reports and Statistics Section, OMGUS, weiterleitete.[261] Diese Section zeichnete für die Herausgabe des „Bavarian Economist" verantwortlich.[262] Das statistische Material bezog die Section vor allem vom Bayerischen Statistischen Landesamt, dessen Tätigkeit sie zu überwachen hatte.

Mit der Auflösung der Economics Division, OMGBY, beendete auch die Reports and Statistics Section im Juni 1948 ihre Arbeit. Verbliebene Aufgaben wurden von der Reports sowie der Statistics Section der neu gebildeten Intelligence Division übernommen.

---

[256] Ebenda, S. 149 ff.

[257] BayHStA MA 130811.

[258] Fuchs: Industrie- und Handelskammern, S. 173 ff.

[259] Bayer. GVBl. 1947, S. 207 f.

[260] De facto blieb indes alles beim alten; der Befehl Nr. 8, der letztlich auf General Clay zurückging, wurde von der bayerischen Regierung nie veröffentlicht und der Vollzug von den Amerikanern auch nicht angemahnt. Vgl. Fuchs: Industrie- und Handelskammern, S. 175 ff.

[261] 13/75–2/5.

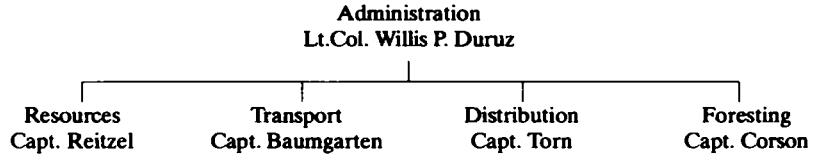
[262] Ein OMGUS-Untersuchungsbericht vom Juli 1947 hielt den „Bavarian Economist" für überflüssig (AG 1947/19/8).

11. Food, Agriculture and Forestry Division

a) Organisation

Die Sicherung der Lebensmittelversorgung gehörte zu den ersten und vordringlichsten Aufgaben der in Bayern einrückenden Militärregierungseinheiten. Schon am 9. Mai 1945 ernannte Col. Eugene Keller vom Münchener Military Government Detachment F1F3 auf Vorschlag von Bürgermeister Scharnagl Ernst Rattenhuber zum Leiter des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft. Nach dem Eintreffen des Regional Military Government Detachments bestätigte dessen Food and Agriculture Officer, Lt.Col. Willis P. Duruz, Rattenhuber im Amt.[263] Ebenfalls noch im Mai wurde Alfred Hoepffner zum „head of forestry and fish and game" ernannt.[264] Diese ersten Maßnahmen der Militärregierung stützten sich (nach Angaben von Duruz) auf die SHAEF-Direktive vom 18. Mai 1945 („Military Government Control of Food, Agriculture, Forestry and Fisheries for the Region"), in der auch die Zusammenlegung von Landwirtschaft und Forstwirtschaft innerhalb eines Ministeriums angeordnet wurde.[265] Man unterstellte vorerst beide Sachgebiete dem Wirtschaftsministerium. Am 21. Dezember 1945 erteilte General Truscot dem Ministerpräsidenten Hoegner die „Lizenz zur Organisation und Arbeit des Bayerischen Bauernverbands".[266]
Das sogenannte Food and Agriculture Office des Regional Military Government Detachments war Ende Mai 1945 in folgende Abteilungen gegliedert.[267]

Übersicht 59: Organisation des Food and Agriculture Office, Regional Military Government Detachment E1F3, Ende Mai 1945



In den Regierungsbezirksdetachments waren jeweils zwei bis fünf Food and Agriculture Officers tätig, deren Hauptaufgabe die Wiedererrichtung der Ernährungsämter und der Landwirtschaftsstellen (seit 1948 Landwirtschaftsämter) in den Landkreisen war. Im September 1945 ging die Zuständigkeit für den Bereich Landwirtschaft und Forsten auf die neu organisierte Economics Branch bzw. Division über. Die Food and Agriculture Officers in den Regierungsbezirksdetachments wurden Mitglieder der Economics Teams. Die Food and Agriculture Branch der Economics Division arbeitete im Frühjahr 1946 mit Unterabteilungen (Sections) für Agriculture Production, Food and Rationing sowie Fish and Game. Die Forstsachen, die von der Industry Branch der Economics Division verwaltet wurden (und zwar von der dortigen Building Materials Section), wies man erst im Juni 1946 der Food and Agriculture Branch

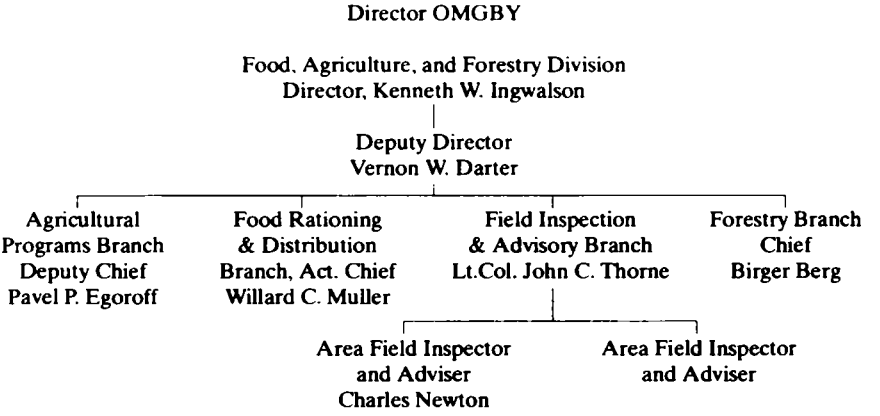
263 10/85–3/5.
264 Ebenda.
265 AG 1945–46/74/3.
266 Vgl. die VO Nr. 106 über die Aufgaben des Bayerischen Bauernverbandes vom 29.10.1946 (Bayer. GVBl. 1947, S. 15 f.). Der dem Bauernverband noch 1945 verliehene öffentlich-rechtliche Status widersprach der Politik der Militärregierung (MGR 13–120).
267 10/85–3/5.

zu, wo man sie mit der Fish and Game Section zusammenlegte. Eine parallele Organisationsänderung fand in der bayerischen Staatsverwaltung statt, wo man Anfang Juli 1946 die Staatsforstverwaltung in das Landwirtschaftsministerium eingliederte.[268]
Die Forestry Section überwachte vor allem die mit Jagd- und Fischfang befaßten bayerischen Behörden; ihr besonderes Augenmerk galt der Kontrolle von Feuerwaffen. Darüber hinaus gab die Forestry Section Jagd- und Fischereilizenzen an das Militärregierungspersonal aus. Im Bereich Forstwesen hatte sich die Abteilung vor allem mit der Brennholzversorgung, mit der Lieferung von Grubenholz (für den Ruhrbergbau) sowie mit dem Holzexport zu befassen.
Die Food and Rationing Section (später Food Processing, Rationing and Distribution Branch) unterstützte und überwachte die für die Lebensmittelzuteilungen verantwortlichen bayerischen Behörden (Ernährungsämter) und kümmerte sich um die Versorgung der Displaced Persons mit Lebensmitteln. Angesichts der Versorgungsprobleme im Winter 1946/47 bemühte sich die Abteilung vor allem darum, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und ein größtmögliches Maß der Selbstversorgung in der deutschen Landwirtschaft zu erreichen. Wiederholt wiesen die Amerikaner auf die Notwendigkeit hin, die Anbaugebiete zu erweitern. Eingeführte Nahrungsmittel durften anfangs nur in Notfällen an die deutsche Bevölkerung abgegeben werden. Seit 1946 trafen zunehmend deutsche und alliierte Zweizonenbehörden überregionale Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungslage. Der Crop Production Plan, der eine Erweiterung der Anbaugebiete für Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben u. a. vorsah, wurde von der Bipartite Food and Agriculture Control Group am 18. Juni 1947 der Food and Agriculture Branch zur Durchführung übermittelt. Der Plan blieb im wesentlichen auf dem Papier. Der Widerstand gegen die bizonalen Behörden führte am 12. Dezember 1947 zum Rücktritt des Landwirtschaftsministers Baumgartner. Er weigerte sich, die 100000 Tonnen Kartoffeln zu liefern, die von Bayern verlangt wurden. Nach seiner Meinung seien die Länder zu bloßen Ausführungsorganen der bizonalen Behörden verkümmert.
Auch der Militärregierung gegenüber verhielten sich die bayerischen Behörden und erst recht die Bauern abweisend, wenn es um Ablieferungspflichten oder Maßnahmen zur Produktionssteigerung ging. Am 2. Dezember 1947 richtete daher die Militärregierung eine zusätzliche Agriculture Production and Collection Section ein, die man 1948 in Inspection Section umbenannte.
Durch die Auflösung der Economics Division Ende Juni 1948 erhielt die Food and Agriculture Branch den Status einer eigenen Division. Im Herbst 1948 verfügte sie über die folgende Organisation (Übersicht 60).[269]
Der Food and Agriculture Branch bzw. Division angegliedert war ein Technical Consultant Lumber and Timber Products, der sich später Forest Products Consultant nannte.[270]
Leiter der Food and Agriculture Branch war vom 15. Februar 1946 bis zum 1. Februar 1948 George R. Quarles. Ihm folgte ab 18. Februar 1948 Kenneth W. Ingwalson.
Die Personalstärke der Food and Agriculture Branch (Division) blieb zwischen 1946 und 1949 im wesentlichen gleich, was den hohen Stellenwert der Landwirtschaft in der Politik der Militärregierung (auch in den letzten zwei Jahren vor dem Besatzungsstatut) unterstreicht. Seit 1946 waren in der Food and Agriculture Branch (Division) nur amerikanische Zivilangestellte tätig (Juli 1946: 8; Juli 1947: 6; Juli 1948: 10, Juli 1949: 10).

---

[268] Diese Eingliederung war schon am 10.5.1946 durch den Ministerrat beschlossen worden.
[269] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. 527.
[270] Von 1946 bis 1948 wurde dieser Posten von Carl Glades versehen.

Übersicht 60: Organisation und Personal der Food, Agriculture and Forestry Division, OMGBY, Herbst 1948



b) Agriculture Programs Branch

Anläßlich der Einrichtung der Food and Agriculture Division am 1. Juli 1948 gab man der bisherigen Agriculture Production Section den Namen Agriculture Programs Branch. Die neue Bezeichnung stellte klar, daß sich diese Unterabteilung anstatt der bisherigen Überwachung in Zukunft mehr mit Einzelprojekten befassen würde. So kümmerte sich die Branch 1948/49 mit beachtlichem Erfolg um den Austausch von Landwirtschaftsexperten, um die berufliche Aus- und Weiterbildung (Verbesserung der Anbaumethoden) und um die landwirtschaftliche Forschung.
In die Zuständigkeit der Branch fiel auch die politisch äußerst brisante Bodenreform.[271] Die Amerikaner hatten erste Schritte bereits im Militärregierungsgesetz Nr. 54 vom 27. August 1945 (Nutzung von Vermögen der Wehrmacht) unternommen. Konkretisiert wurden die amerikanischen Pläne dann schließlich in dem vom Länderrat beschlossenen und in den einzelnen Ländern publizierte Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform vom 18. September 1946.[272] Als sich zeigte, daß die Bodenreform in Bayern, nicht zuletzt wegen des Widerstands der bayerischen Behörden,[273] nur schleppend vorwärts kam, wurde von OMGUS in Berlin eine Beschleunigung der im Gesetz vorgesehenen Maßnahmen angeordnet. Am 23. September 1947 gab General Muller dem bayerischen Ministerrat eine Anordnung von General Clay bekannt,[274] nach der die Bodenreform zum Ende des Jahres ungeachtet aller Einwände von bayerischer Seite abzuschließen sei. Im Anschluß an einen Besuch von

[271] Vgl. dazu Enders: Die Bodenreform in der amerikanischen Besatzungszone.
[272] Bayer. GVBl. 1946, S. 326 (Gesetz Nr. 48). Die von der Militärregierung revidierte Ausführungsverordnung zum Gesetz wurde am 26.2.1947 erlassen (Bayer. GVBl. 1947, S. 92)
[273] Auf bayerischer Seite waren für die Bodenreform zuständig das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als oberste Siedlungsbehörde, die Regierungen als mittlere und die Landratsämter als untere Siedlungsbehörden. Die geschäftsmäßige Durchführung der Bodenreform und Siedlung lag bei privaten Siedlungsträgern (mit Staatsbeteiligung) wie beispielsweise der Bayerischen Landessiedlung GmbH und der Bayerischen Bauernsiedlung GmbH.
[274] BayHStA MA 130810.

Philip M. Raup (Food and Agriculture Branch, OMGUS) in Bayern wurde der Landwirtschaftsminister aufgefordert, die Praxis der oberen bayerischen Siedlungsbehörden bei Grundaufteilungen und bei der Anerkennung von Saatzucht- und Tierzuchtbetrieben (die von den entsprechenden Maßnahmen befreit waren) zu überprüfen und zu berichten. Die Amerikaner verdächtigten die bayerischen Behörden, durch eine allzu großzügige Auslegung des Gesetzes[275] die Bodenreformbemühungen zu sabotieren. Trotz des dann erlassenen Gesetzes zur beschleunigten Durchführung der Bodenreform vom 28. November 1947[276] konstatierte die Militärregierung auch Anfang des Jahres 1948 noch den fast vollständigen Stillstand der Bodenreform in Bayern. Die betroffenen Grundeigentümer bedienten sich zur Verzögerung der Aufteilungsmaßnahmen der eben eingerichteten Verwaltungsgerichte oder brachten sich durch Scheinverkäufe (an Verwandte u. a.) aus der Schußlinie. In einem Schreiben vom 31. März 1948 an die Landessiedlungsbehörde wies die Food and Agriculture Branch darauf hin, daß sie Grundverkäufe nach dem 5. November 1945 (Vorlage eines amerikanischen Bodenreformgesetzes an den Länderrat) als Umgehungsgeschäfte betrachten würden,[277] die in der Regel nicht von der Landessiedlungsbehörde genehmigt werden sollten. Trotz aller Bemühungen von Seiten der Militärregierung waren dann Ende 1948 zwar viele staatliche und ehemalige Wehrmachtsgrundstücke zu Siedlungszwecken verteilt worden, aber noch kein Quadratmeter privaten Landes.[278] So sollte es auch 1949 bleiben, so daß die Bodenreform zu denjenigen Maßnahmen der Amerikaner gehörte, die in Bayern ohne große Wirkung blieben.

c) Field Inspection Branch

Am 2. Dezember 1947 erweiterte man die Food and Agriculture Branch um eine zusätzliche Agricultural Production and Collection Control Section. Die Abteilung sollte die Ernährungsämter A und B sowie die Landwirtschaftsstellen überwachen. Durch selbständige Untersuchungen kontrollierte man, ob die Landwirte den Ablieferungspflichten korrekt nachkamen, insbesondere ob ihre Angaben über den jeweiligen Ertrag der Wahrheit entsprachen. Auch die Nahrungsmittelverteilung wurde überprüft. Zu den sonstigen Aufgaben der Abteilung und ihrer Field Teams gehörte auch die Vermittlung zwischen lokalen Militärregierungsstellen und deutschen Behörden im landwirtschaftlichen Bereich. Sie erreichte dies u. a. durch die Organisation von Konferenzen.
1948 wurde die Abteilung in Inspection Section umbenannt, später in Field Inspection and Advisory Branch. Für den Außendienst verfügte die Abteilung über zehn Field Inspectors, von denen ein jeder etwa 14 Landkreise zu betreuen hatte (1948). Im Frühjahr 1949 wurde der Außendienst durch fünf Field Teams versehen.

---

[275] BayHStA MA 130811.
[276] Bayer. GVBl. 1947, S. 215.
[277] BayHStA MA 130818/954.
[278] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXXV.

12. Finance Division

a) Organisation

Im Zuge der Auflösung der Governmental Affairs Division wurde am 15. Februar 1946 die Finance Division mit den zwei Unterabteilung Fiscal Branch (später in Finance Branch umbenannt) und Property Branch ins Leben gerufen. Als dritte Unterabteilung kam im Herbst 1946 eine Investigation and Enforcement Branch dazu.
Im Sommer 1947 galten die folgenden sieben Punkte als vordringliche Anliegen der Finance Division:[279]

- Ausgeglichene Haushaltspolitik der bayerischen Regierung
- Dezentralisierung des Finanzwesens (Banken, Versicherungen u. a.)
- Kontrolle des Geldumlaufs zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung und Vermeidung von inflationären Entwicklungen
- Verhinderung von Auslandsguthaben, die der bayerischen Wirtschaft schaden (Militärregierungsgesetze Nr. 52 und 53)
- Vermögenskontrolle (insbesondere bei Vermögen ehemaliger Nationalsozialisten, ehemaliger Parteiorganisationen, Kriegsgewinnler)
- Auszahlung von Kriegsgefangenen, die in den Vereinigten Staaten gearbeitet haben[280]
- Besatzungskosten

Gleichzeitig mit der Economics Division löste man am 30. Juni 1948 die Finance Division auf, nachdem grundlegende Zuständigkeiten an die deutschen und alliierten Behörden des Vereinigten Wirtschaftsgebietes übergegangen waren. Darüber hinaus war durch die am 21. Juni 1948 durchgeführte Währungsreform ein Großteil der Kontrollen im Finanzwesen unnötig geworden. Die verbliebenen Aufgaben der Finance Branch übernahm das neu eingerichtete Office of Finance Adviser. Die Property Control Branch wurde Kernstück der neu gegründeten Property Division (Property Control and External Assets Branch).
Leiter der Finance Division war bei ihrer Gründung im Februar 1946 Col. Russell R. Lord, der dann seit Sommer 1946 die Division als Zivilangestellter weiterführte. Als Lord im September 1947 kurzzeitig (geschäftsführender) Deputy Director von OMGBY wurde, vertrat ihn als Leiter der Finance Division William Hamilton. Dieser wurde dann im Juni 1948 (geschäftsführender) Leiter, nachdem Lord ab Juni Acting Executive Officer bzw. seit Juli Acting Assistant Land Director geworden war. Hamilton wurde nach Auflösung der Finance Division Chef der neu errichteten Property Division.
Leiter der Fiscal (Finance) Branch war von Januar 1946 bis 14. Juni 1946 Maj. David W. Wallace, dann von 15. Juni 1946 bis 30. Juli 1947 John W. Tuthill und von 1. August 1947 bis März 1948 Kurt Fredericks, der als Captain, dann als Zivilangestellter in der Finance Division arbeitete (seit März 1946 als Leiter der Finance Institutions Section, dann als Leiter der Fiscal Branch). Er wurde von Joseph T. Bartos abgelöst. Fredericks amtierte ab 1. Juli 1948 als Finance Adviser. Ihm folgte als (Acting) Finance Adviser 1949 Joseph T. Bartos.
Leiter der Property Branch war Anfang 1946 Capt. Jo M. Ferguson, dann im Juli und August 1946 Sherwyn E. Ehrlich und seit 20. August 1946 wieder Jo M. Ferguson (als

[279] OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, Annex XI, 1 (13/86-3/3-5).
[280] Mit den Zahlungen wurde am 15.1.1947 begonnen.

Zivilangestellter). Ferguson wurde im August 1947 von Jack H. Lennon abgelöst, der dann bei der Gründung der Property Division Leiter der Property Control Branch blieb.
Im Juli 1947 betrug die tatsächliche Stärke der Finance Division 37 Personen, davon arbeiteten fünf für Finance, 20 für Property Control und neun für Investigation and Enforcement.[281]

b) Finance Branch

Bei der Gründung der Finance Division arbeitete die Fiscal Branch (seit Mitte 1947 Finance Branch) mit zwei Sections: Public Finance sowie Financial Institutions / Foreign Exchange and Blocking. Am 1. April 1946 kam eine neue Section für Finance Intelligence and Investigation hinzu, die im März 1947 wieder aufgelöst wurde. Ihre Aufgaben wurden von der Investigation and Enforcement Branch wahrgenommen. 1947 bestand die Finance Branch aus den Sections:

- Public Finance
- Financial Institutions
- Blocking and Control (= Foreign Exchange and Blocking Control [1948])[282]

Die Finance Branch überwachte das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und dessen gesamten Geschäftsbereich mit folgenden Schwerpunkten:

- Staatshaushalt[283]
- Steuerwesen[284]
- Bankwesen[285]
- Besatzungskosten und Kosten für DPs[286]
- Währungswesen
- Außenhandel
- Auswärtige Guthaben
- Versicherungswesen
- Kreditpolitik

---

[281] AG 1947/19/8.

[282] 13/86–3/3–5.

[283] Der jeweilige bayerische Haushaltsentwurf wurde direkt von OMGUS überprüft; vgl. Einwendungen gegen den Haushalt von 1947 vom 17.9.1947 (BayHStA MA 130810).

[284] Auf Drängen der amerikanischen Militärregierung wurde beispielsweise durch Gesetz Nr. 109 vom 31. März 1948 (Bayer. GVBl. 1948, S. 53) die Gewerbesteuer auf die Gemeinden zurückübertragen. Die Finance Branch beabsichtigte mit dieser am 1.1.1948 in Kraft getretenen Bestimmung eine Stärkung der kommunalen Finanzkraft und Selbständigkeit (OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXXXIX).

[285] Im Bankwesen war die Dezentralisierung erklärtes Ziel der amerikanischen Militärregierung. Das Militärregierungsgesetz Nr. 57 (Bayer. GVBl. 1947, S. 132, 209), in Kraft seit 6.5.1947, sah die Ernennung von Verwaltern für die Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank in den Ländern sowie die Umbenennung dieser Banken vor. Der vom Ministerpräsidenten als Verwalter für die Commerzbank vorgeschlagene Kandidat (Dr. Claus Dohrn) wurde von der Militärregierung nicht gebilligt (OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, S. 541).

[286] Auf Wunsch der Militärregierung wurden im Winter 1947/48 Besatzungskostenämter gebildet, die in die bayerische Finanzverwaltung eingegliedert waren. Sie waren auch für die Versorgung der DPs zuständig. Die Besatzungskosten bildeten im Bayerischen Staatshaushalt den größten Einzelposten (1946/47): 526,2 Millionen Mark (13/86–3/3–5).

- Landeszentralbank[287]
- Börsenwesen[288]
- Sperrung und Beschlagnahme von Bankguthaben (Am 8. Oktober 1947 waren noch 650000 Bankguthaben im Wert von 14 Billionen Reichsmark gesperrt.)

Aktive Hilfe sollte die Finance Branch durch die Unterstützung der Joint Export Import Agency bei der Finanzierung des bayerischen Handels leisten.
Nach der Gründung der Bank deutscher Länder[289] und nach der Währungsreform im Jahre 1948 wurde die Überwachung der Einrichtungen im Finanzbereich erheblich eingeschränkt. Der Finance Adviser, der seit Juni die Aufgaben der Finance Branch wahrnahm, beschränkte sich im wesentlichen (neben der Beratung der Militärregierung) auf die Überwachung der bayerischen Haushaltspolitik und der bayerischen Banken (Dezentralisierung, Kreditpolitik, Zahlungsfähigkeit).
Unter Verweis auf Artikel 28 des Militärregierungsgesetzes Nr. 63 (Verbot von Haushaltsfehlbeträgen) drängte die Militärregierung noch 1949 auf einen Ausgleich des Haushalts im Entwurf des bayerischen Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1949/50. Am 28. Mai 1949 billigte der Landesdirektor in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten den Entwurf nur mit Vorbehalten, um abschließend zu betonen, daß der Ausgleich des Haushaltes eine Frage darstellt, „auf die die Militärregierung ganz besonderen Wert legt".[290]

c) Investigation and Enforcement Branch

Die im Herbst 1946 als Nachfolgerin der Investigation Section der Property Control Branch eingerichtete Investigation and Enforcement Branch wurde im März 1947 mit der Financial and Investigation Section der Finance Branch zusammengelegt.[291] Die Investigation and Enforcement Branch verfügte (im März 1947) über Sections für Evaluation and Investigation, Operations und Prosecution. Die Abteilung, die es in dieser Form nur in Bayern gab, arbeitete (im Januar 1948) mit neun amerikanischen Mitarbeitern und einer größeren Anzahl deutscher Angestellter. Außerhalb Münchens waren vier Field Teams stationiert, nämlich (im Juli 1947) in Augsburg (Region II), Altötting (Region III), Nürnberg (Region IV) und Bamberg (Region V).[292] Für die Umgebung Münchens (Region I) versah die Branch selbst die Aufgaben eines Field Teams.
Die Investigation and Enforcement Branch überwachte vor allem die Durchsetzung des Militärregierungsgesetzes Nr. 52 über die Sperre und Kontrolle von Vermögen (Blocking and Control of Property), des Militärregierungsgesetzes Nr. 53 über Devi-

---

[287] Gleichzeitig mit parallelen Gesetzen in den anderen Ländern der amerikanischen Besatzungszone wurde durch Gesetz Nr. 50 vom 27.11.1946 (Bayer. GVBl. 1946, S. 329), das am 1.1.1947 in Kraft trat, eine Landeszentralbank in Bayern errichtet. Die Landeszentralbanken sollten im Zuge der von den Amerikanern gewünschten Dezentralisierung an die Stelle der bisherigen Reichsbankanstalten in den Ländern treten. Durch Schreiben von Finance Division, OMGBY, vom 18.4.1947 genehmigte die Militärregierung gem. § 26 des genannten Gesetzes die Übernahme des Eigentums der Deutschen Reichsbank (BayHStA MA 130807). Das Gesetz Nr. 50 wurde durch Gesetz Nr. 66, in Kraft seit 15.4.1949 aufgehoben (Bayer. GVBl. 1949, S. 98).

[288] Im August 1945 wurde die Börse in München wieder eröffnet.

[289] Gesetz Nr. 60 – revidierte Fassung – in Kraft seit 1.11.1948 (Bayer. GVBl. 1948, S. 251).

[290] BayHStA MA 130832/2502.

[291] OMGBY: Annual Historical Report 46/47, Annex XI, 1.

[292] 13/120–1/6.

senbewirtschaftung und Kontrolle des Güterverkehrs (Control of Foreign Exchange and of the Movement of Property) sowie der zu den Gesetzen ergangenen Verordnungen. Die Überwachung erfolgte entweder selbständig durch eigene Ermittlungen oder durch Überwachung deutscher Stellen, insbesondere der Zoll-, Grenzpolizei- und Steuerfahndungsbehörden.[293] Die Informationen über mögliche Gesetzesverstöße bezog die Branch vorwiegend von der Civil Censorship Division.

13. Property Division

a) Organisation

Nach der Auflösung der Finance Division und der Economics Division richtete man auf Empfehlung von OMGUS am 1. Juli 1948 eine Property Division ein.[294] Von der Finance Division übernahm die Property Division die Property Control Branch (jetzt: Property Control and External Assets Branch), also den Bereich der Vermögenskontrolle. Von der ehemaligen Economics Division kamen die Restitution, Reparations sowie die Decartelization Branches, also die Abteilungen für Rückerstattung, Reparationen und Kartellentflechtung an die Property Division. Sie wies demnach im Juli 1948 folgende Organisation auf:

Übersicht 61: Organisation der Property Division, OMGBY, Juli 1948

- Property Control and External Assets Branch
- Restitution Branch
- Reparations Branch
- Decartelization Branch

Die Property Division bestand nur ein Jahr lang. Wie in den anderen Ländern der amerikanischen Besatzungszone beendete sie ihre Tätigkeit am 1. Juli 1949.[295] Die verbleibenden Aufgaben nahm ein Property Adviser sowie eine selbständige Decartelization Branch wahr.[296]
Leiter der Property Division und späterer Property Adviser war William Harrison, der sich schon seit 1945 bei der Militärregierung (vor allem dann als Deputy Chief der Finance Division) mit Fragen der Vermögenskontrolle befaßte.

b) Property Control (and External Assets) Branch

Die Militärregierungseinheiten waren angewiesen, bestimmte Vermögensgruppen, insbesondere Staatsvermögen, Vermögen der NSDAP und ihrer leitenden Mitglieder, unrechtmäßig enteignetes Vermögen, Vermögen von abwesenden nichtdeutschen Staatsangehörigen, bedeutsame Kunstwerke u. a. zu beschlagnahmen und unter Verwaltung zu stellen. Einzelheiten brachte das Militärregierungsgesetz Nr. 52 vom 14. Juli 1945 (Sperre und Kontrolle von Vermögen) sowie die dazu ergangenen Allgemeinen Vorschriften. Die Property Control Officers des Regional Detachments sowie die Property Control Officers in den lokalen Detachments hielten sich in den ersten Wochen

---

[293] 13/86–3/3–4.
[294] 13/86–3/1–4 (zur Organisation vgl. auch 13/83–1/1 und 13/86–3/1–3).
[295] Letter, OMGUS, vom 11. 5. 1949 (13/141–2/1–2).
[296] 5/378–3/4.

vor allem an das SHAEF-Handbuch vom 9. November 1944 sowie an das Property Control Technical Manual.[297] Jedes Detachment verfügte über einen eigenen Property Control Officer. Im Mai und Juni 1945 kümmerte man sich vorwiegend um die Vermögen von alliierten Staatsbürgern sowie um die Vermögen bedeutender Nationalsozialisten. Die Property Control Officers des Regional Detachments arbeiteten anfänglich auch mit den T-(Target)Forces zusammen, die ja vor allem auf militärische und sonstige Forschungseinrichtungen, auf Patente und das entsprechende Aktenmaterial angesetzt waren. Besonders die Ermittlung und Sicherstellung der Registraturen der NSDAP-Stellen war Voraussetzung für die Ermittlung und Beschlagnahme der entsprechenden Vermögen. Eine schwere Arbeitsbelastung für die Property Control Mitarbeiter brachte das (am 26. September 1945 in Kraft getretene) Gesetz Nr. 8 der Militärregierung (Verbot der Beschäftigung von Mitgliedern der NSDAP in geschäftlichen Unternehmungen und für andere Zwecke, mit Ausnahme der Beschäftigung als gewöhnliche Arbeiter). Alle Betriebe von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern mußten nun unter Vermögenskontrolle gestellt werden. Damit entwickelte sich die Property Control Tätigkeit zum arbeitsintensivsten Bereich der Militärregierung.[298] Einschlägig für die Arbeit der Property Control Abteilungen waren auch die Militärregierungsgesetze Nr. 53 (Devisenbewirtschaftung) und Nr. 54 (Nutzung von Vermögen der Wehrmacht) sowie die Kontrollratsgesetze Nr. 2, 9 und 10. Ausführungsbestimmungen brachte Titel 17, MRG, die auch als offizielle Richtlinie für die Tätigkeit der deutschen Stellen galt.

Seit 15. Februar 1946 gehörte die Property Branch zur Finance Division. Die lokalen Detachments entließ man zwischen 30. März und 16. April aus ihrer Zuständigkeit für Property Control. An ihre Stelle traten fünf Teams auf Regierungsbezirksebene mit je einem Major und 22 für mehrere Landkreise zuständige Sub District Teams mit je einem US-Zivilangestellten.[299] Diesen (27) im Außenbereich tätigen amerikanischen Beauftragten für Vermögenskontrolle (District Property Controller) standen je nach Größe ihres Arbeitsbereiches zwei bis zwanzig deutsche Mitarbeiter zur Verfügung. Eine erhebliche Erweiterung der Beschlagnahmetatbestände brachte das Befreiungsgesetz vom 5. März 1946 (vgl. Ergänzung Nr. 2 der Allgemeinen Vorschrift Nr. 1 zu Gesetz Nr. 52). Die Militärregierung unternahm daher seit dem Frühjahr 1946 konkrete Schritte, um die Durchführung der Vermögenskontrolle in deutsche Hände zu legen. Die Aufstellung der Grundsätze der Vermögenskontrolle sowie die Aufsicht über die Tätigkeit der deutschen Behörden wollte man sich jedoch vorbehalten (Titel 17, Abschnitt 130, MGR). Im Mai 1946 legte das bayerische Finanzministerium einen von der Finance Division angeforderten Organisationsplan für ein Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung vor.[300] Dieses nahm am 8. (22.) Juli 1946 seine Tätigkeit auf.[301] Eine OMGUS-Direktive und ein OMGUS-Plan vom 8. Juni 1946 bildeten die Grundlage für die Übertragung der Zuständigkeiten auf die deutschen Stellen.[302] Die Property Control Branch und ihre Property Controllers beschränkten sich nun auf die Überwachung der deutschen Ämter (Landesamt mit 141 Außenstel-

---

[297] OMGBY: Weekly Report Nr. 2 – Woche bis 28. 5. 1945 (10/85–3/5–1).

[298] Ziemke: The U. S. Army, S. 388 f.

[299] 13/86–3/2.

[300] 13/86–3/3–3.

[301] VO Nr. 109 vom 24. 10. 1946 (Bayer. GVBl. 1947, S. 43), Genehmigung der Militärregierung vom 2. 1. 1947.

[302] 13/86–3/3–1/2. Ein entsprechender OMGBY (Property Control Branch)-Plan wurde dem bayerischen Ministerpräsidenten am 13. 6. 1946 übersandt (BayHStA MF 69409).

len und fünf Zweigstellen auf Regierungsbezirksebene). Bei der Anstellung und Entlassung von Treuhändern sowie bei der Freigabe von beschlagnahmten Vermögen mußte die Zustimmung der Property Control Branch eingeholt werden. Das Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung unterstand zunächst unmittelbar dem Ministerpräsidenten, da sich besonders das Wirtschaftsministerium der von der Militärregierung gewünschten Unterstellung unter das Finanzministerium widersetzte, die dann schließlich 1948 zustande kam.[303]
Durch Gesetz Nr. 58 der Militärregierung (zur Durchführung der Kontrollrats-Direktive Nr. 50, in Kraft getreten am 29. Juni 1947) erhielt das Landesamt die Vermögenswerte der NSDAP und 61 weiterer aufgelöster Organisationen übertragen.
Die Property Control Branch verfügte im Juli 1947 nur noch über 19 Mitarbeiter, davon waren elf District Property Controllers und ein Executive Superviser für Nordbayern im Außendienst tätig. Die Münchener Zentrale unter Leitung des Land Property Control Chief teilte sich in eine Property Section und eine Accounts und Audits Section. Letztere kümmerte sich um die gesperrten Konten, deren Zahl bis 1947 kontinuierlich zunahm: Am 31. Mai 1947 waren 647000 Konten im Wert von 14 Billionen Reichsmark gesperrt, das waren 8,6% aller bestehenden Konten. Die Aufhebung der Sperrungen erfolgte für die einzelnen Personengruppen und Organisationen durch sog. Allgemeine Genehmigungen.
Bei der Eingliederung der Property Branch in die neu gegründete Property Division im Juli 1948 änderte man die Bezeichnung der Branch: Sie hieß jetzt Property Control and External Assets Branch und arbeitete mit zwei Unterabteilungen: einer Allied and Neutral Properties Section sowie einer Duress Property and Claims Section. Für den Außendienst standen in den Regierungsbezirken noch fünf District Representatives zur Verfügung. Ende 1948 unterlagen noch 17706 Vermögen im Wert von 4,33 Milliarden Mark der Vermögenskontrolle.[304] Unmittelbare Zuständigkeit behielt sich die Militärregierung noch auf dem Gebiet der „Duress Property" vor, also bei den Vermögenswerten, die durch Zwangsverkauf etc. in deutsche Hände gekommen waren. Zur Entscheidung strittiger Fälle schuf man im Dezember 1948 einen Board of Review der Militärregierung. Im Februar 1949 bestand die Property and External Assets Branch aus einer Allied, Neutral and German Properties Section sowie einer Duress and Law 58 Properties and Accounts Section.[305] Erst am 1. Juli 1949, gleichzeitig mit der Auflösung der Property Division, übertrug man die Verwaltung der bisher noch von der Militärregierung unmittelbar kontrollierten Vermögen dem Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung.
Leiter der Property Control Branch war seit 1945 Captain (dann Zivilangestellter) Jo M. Ferguson. Ihm folgte im Juli 1947 Jack H. Lennon.
Außerhalb der Zuständigkeit der Property Control Branch stand das Vermögen der I.G. Farben. Dieses war durch die Allgemeine Verordnung Nr. 2 (zu Gesetz Nr. 52) vom Juli 1945 dem Stellvertreter des Militärgouverneurs in der amerikanischen Zone unmittelbar unterstellt worden und kam schließlich durch Art. I des Kontrollratsgesetzes Nr. 9 vom 30. November 1945 in die Verfügungsgewalt des Kontrollrates. Im September 1945 richtete man in Bayern Sub Control Offices (I.G. Farbenindustrie A.G.) in München, Augsburg, Nürnberg und Gendorf am Inn ein. Diese führten die örtliche Aufsicht über das Vermögen der I.G. Farben. Sie unterstanden dem am 5. Juli 1945 er-

[303] VO Nr. 138 vom 15. 11. 1947 (Bayer. GVBl. 1947, S. 247).
[304] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXXXII.
[305] 11/132-2/38.

nannten Operational Control Officer (I.G. Farben A.G.) Col. Edwin S. Pillsbury. Pillsbury unterstand seinerseits unmittelbar dem Office of Control Officer in Berlin.

c) Restitution Branch

Im Abschnitt XIX der Direktive vom 7. Juli 1945 (Reparations, Deliveries and Restitution) wurde zur Frage der Rückerstattung von Vermögensgegenständen nur kurz Stellung genommen. Ausländer durften ihre Ansprüche nur über ihre Regierungen vorbringen. Ansprüche Deutscher sollten von noch zu errichtenden deutschen Stellen abgewickelt werden. Detailliertere Bestimmungen über das Verfahren bei Rückerstattung von Vermögensgegenständen, die von den Deutschen nach dem 1. September 1939 aus den von ihnen besetzten Gebieten nach Deutschland gebracht worden waren, sind dann im Januar 1946 vom Kontrollrat gebilligt worden. Sie fanden ihren Niederschlag in Titel 19, MRG (Restitution of non-cultural objects), der am 16. Januar 1946 durch Economics Division, OMGUS, an die drei Länder verschickt wurde (Memorandum Nr. 5). Ein bayerisches Gesetz vom 29. April 1946 verpflichtete die Inhaber von solchen Vermögensgegenständen sowie alle, die über Kenntnisse einer Transferierung solcher Vermögensgegenstände verfügten, bei Strafe zu einer entsprechenden Erklärung.[306]

Die nun anlaufende Rückerstattung von Vermögenswerten fand in der Neuorganisation der entsprechenden Militärregierungsstellen ihren Ausdruck. Im Rahmen der Economics Division richtete man eine eigene Restitutions Branch mit einer Restitutions Section und einer Monuments, Fine Arts and Archives Section ein. Die Restitutions Section setzte die Arbeit der bisherigen Reparations, Deliveries and Restitutions Branch fort, wobei man die Abteilung für Reparationen der Industry Branch zuwies. Die Monuments, Fine Arts and Archives Section hatte vorher unter der Property Control Branch gearbeitet.

Die erste Rückerstattung nichtkultureller Objekte ins Ausland erfolgte im Januar 1946. Als korrespondierende deutsche Behörde wurde am 12. September 1946 beim Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft ein Amt für die Durchführung der Rücklieferungen errichtet.[307]

Aus den Jahresberichten ist ersichtlich, daß die Restitutions Section der Restitution Branch wegen ihrer knappen Personalausstattung und der sich häufig ändernden OMGUS-Richtlinien ihre Aufgaben nur unzureichend erfüllen konnte.[308] Am 30. Juni 1947 wurden 516, am 30. Juni 1948 779 unerledigte Fälle genannt. Ende 1948 waren noch Ansprüche aus den Ländern Italien, Belgien, Frankreich und der Tschechoslowakei anhängig.

Die sonstige (interne) Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte (Wiedergutmachung) wurde durch Gesetz Nr. 59 der Militärregierung vom 10. November 1947[309] zoneneinheitlich geregelt. Die bayerische Verordnung vom 15. April 1948[310] bestimmte als Wiedergutmachungsbehörden die Zweigstellen des seit Juli 1946 tätigen Landesamts für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung. Ein erster Entwurf dieser Verordnung vom 16. Dezember 1947 war von der Legal Division, OMGUS, (wegen

---

306 Bayer. GVBl. 1947, S. 142.
307 Bayer. GVBl. 1946, S. 381.
308 OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. 718 und 722 f.
309 Bayer. GVBl. 1947, S. 221. Anmeldungsfrist für Ansprüche war der 31.12.1948.
310 Bayer. GVBl. 1948, S. 111. Das Gesetz wurde dem Ministerpräsidenten am 26. 11. 1948 von OMGBY übersandt (BayHStA MA 130812).

des dort normierten zu umständlichen Verfahrens vor den Güteausschüssen) zurückgewiesen worden.[311]
Ende 1948[312] richtete man in Bayern ein eigenes Landesamt für Wiedergutmachung (unter der Leitung des Generalanwalts Dr. Philipp Auerbach) ein. Das Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung sollte die entsprechenden Zuständigkeiten verlieren. OMGBY bestand aber darauf, daß die Verwaltung von unter Kontrolle stehenden Vermögen auch in den Fällen, in denen die Wiedergutmachung betroffen war („Duress Property"), beim Landesamt für Vermögensverwaltung verblieb.[313] Da dies nicht geschah, suspendierte die Militärregierung die Organisationsverordnung vom 3. November 1948 durch Befehl Nr. 13 (mit Wirkung vom 9. Juni 1949).[314]
Daraufhin organisierte man das Landesamt für Wiedergutmachung neu und nannte es „Bayerisches Landesentschädigungsamt".[315] In der entsprechenden Verordnung heißt es dann ausdrücklich: „Die Zuständigkeit der Wiedergutmachungsorgane im Sinne des Militärregierungsgesetzes Nr. 59 (Art. 2 Abs. 4 Satz 2) bleibt unberührt."
Die Restitutions Section der Restitution Branch verfügte 1946 und 1947 nur über vier amerikanische und die doppelte Zahl deutscher Mitarbeiter. Mitte 1948 waren es drei amerikanische und vier deutsche Mitarbeiter.
Als Leiter der Branch wird im Februar 1946 Lt.Col. Blocker genannt. Ihm folgte im Mai 1946 Major James B. Goodwin, der im Mai 1947 von Otto F. Yanish abgelöst wird. Yanish leitete die Branch bis Januar 1949.

d) Decartelization Branch

Die Dekartellisierungsabteilung der Property Division setzte die Arbeit der Decartelization Section der Economics Division fort. Die Grundsätze der amerikanischen Dekartellisierungspolitik waren im Militärregierungsgesetz Nr. 56 vom 10. Februar 1947 („Prohibition of Excessive Concentration of Economic Power" - „Verbot der übermäßigen Konzentration deutscher Wirtschaftskraft") niedergelegt.[316] Durch Amendment Nr. 1 vom 30. April 1947 wurde bestimmt, daß alle beherrschenden Unternehmen sowie alle Firmen, die mehr als 10000 Personen angestellt hatten, der Militärregierung über ihre Eigentumsverhältnisse, Kartellabsprachen, Guthaben und Verbindlichkeiten Auskunft erteilen mußten. Am 2. Mai 1947 wurden dem bayerischen Ministerpräsidenten von der Economics Division diese Bestimmungen übersandt.[317] Innerhalb von 14 Tagen sollte ein Organisationsplan und eine Personalliste für eine bayerische Kartellentflechtungsstelle eingereicht werden. 57 Berichte wurden erstattet.[318] Zu konkreten Dekartellisierungsmaßnahmen kam es jedoch nicht.[319] Die im Gesetz Nr. 56 vorgesehe-

---

[311] National Archives, Washington, RG 84 HICOG LegAdVO 9/1392.
[312] VO über die Organisation der Wiedergutmachung vom 3. 11. 1948 (Bayer. GVBl. 1948, S. 248).
[313] BayHStA MA 130827/200 (unter Verweis auf 17-116.1 und 17-131.1, MGR).
[314] BayHStA MA 130832/2541.
[315] Zweite VO über die Organisation der Wiedergutmachung vom 22. 11. 1949 (Bayer. GVBl. 1949, S. 276).
[316] 13/77-1/7.
[317] BayHStA MA 130807.
[318] OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXXXIII ff. und 743 ff.
[319] Mit Ausnahme der aufgrund des Kontrollratsgesetzes Nr. 9 beschlagnahmten Unternehmen der IG Farben wurden in Bayern keine Betriebe entflochten oder Kartelle aufgelöst. Bei der Gründung der Decartelization Section im Frühjahr 1946 waren für Bayern noch die Münch-

ne deutsche Kartellentflechtungsstelle wurde am 1. Juli 1947 beim bayerischen Wirtschaftsministerium errichtet. Die Decartelization Branch beaufsichtigte die Arbeit dieser Behörde, führte selbständig Untersuchungen über Handelsverbände, Syndikate und monopolartige Verbände durch und setzte sich besonders für eine konsequente Durchführung der Gewerbefreiheit unter Abwendung von dem in Deutschland üblichen Konzessionssystem ein. Sie übernahm damit die Aufgaben der mit der Economics Division aufgelösten German Agencies Section. Die Branch war auch für den Vollzug des Militärregierungsgesetzes Nr. 75 („Reorganization of German Coal, Iron and Steel Industries") zuständig. Auch nach Auflösung der Property Division am 30. Juni 1949 wurde die Decartelization Branch als selbständige Abteilung weitergeführt. An die Decartelization Branch angegliedert war der bayerische Vertreter des IG Farben Control Office (IG Farben Control Office Field Representative).

e) Reparations and War Potential Branch

Für die Durchführung der Reparationen sowie für die Vernichtung des deutschen Kriegs- und Rüstungspotentials war bei OMGBY seit 1945 die Industry Branch und deren Reparations and War Potential Section zuständig. Erste Maßnahmen im Hinblick auf die im Potsdamer Abkommen nur ungenau und in Abhängigkeit von einer künftigen Festsetzung der deutschen Industriekapazität geregelten Reparationsleistungen traf man in Bayern seit dem 6. November 1945, als man mit der Inventarisierung von fünf für Reparationen vorgesehenen Betrieben begann. Das Verfahren (u. a. die Mitwirkung der Reparations, Removal and Demolition Section, Industry Branch, OMGUS) war in Titel 11, Teil 9, MGR, sowie in den Economics Division Memoranda Nr. 7 vom 29. Januar 1946 und Nr. 12 vom 21. März 1946 geregelt. Im März 1946 standen 75 und Ende Juni 1946 schließlich 122 bayerische Betriebe auf der Reparationsliste. Die erste Reparationslieferung aus Bayern und aus der amerikanischen Zone überhaupt erfolgte am 30. März 1946. Es handelte sich um 20 Wagenladungen von Ausrüstungsteilen der Firma Kugelfischer in Schweinfurt, die über Bremen in die UdSSR verschifft wurden.[320] Nach der Firma Kugelfischer, deren Ausrüstungsgegenstände zu 50 % in die UdSSR kamen, folgte 1946 das Chemiewerk Anorgana in Gendorf, dessen Elektrizitätswerk abgebaut und in die UdSSR verbracht wurde. Im ersten Halbjahr 1947 wurden u. a. Anlagen folgender Firmen in die UdSSR geliefert: Dornier in Inzell, Heeresmunitionsanstalt in Miesbach, Atlaswerke in München, Frühwald und Jäger in München, Paraxolwerke in Weiden. 1947 begann man auch mit dem Abbau und Versand von Anlagen der Bayerischen Motorenwerke in München.
Auf bayerischer Seite wurde zur Abwicklung der Reparationen 1946 ein Amt für Reparationsangelegenheiten ins Leben gerufen.[321] Bis Ende 1947 waren aus Bayern mit Ausnahme von Kugelfischer, dem Kraftwerk Gendorf sowie sieben Gleichstromgene-

---

ner Rückversicherung, die Friedrich Flick Beteiligungen und die Bayerische Filmkunst im Gespräch. Vgl. Anordnungen Nr. 1 zum Militärregierungsgesetz Nr. 5 „Verbot monopolartiger Verhältnisse in der deutschen Filmindustrie" (Bayer. GVBl. 1947, S. 43, in Kraft getreten am 8.3.1946). Für das Scheitern der amerikanischen Dekartellisierungspolitik machte OMGBY die fehlenden Anweisungen von OMGUS verantwortlich (OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXXXIII).

320 Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S. 158.

321 VO Nr. 99 betr. Errichtung von Ämtern für die Durchführung der Reparationsleistungen, Vernichtung des Kriegs- und Rüstungspotentials und für Rücklieferungen vom 12.9.1946 (Bayer. GVBl. 1946, S. 381) in Verbindung mit § 9 der VO Nr. 136 über die Wirtschaftsverwaltung in Bayern vom 27.11.1947 (Bayer. GVBl. 1947, S. 217).

ratoren des Kraftwerkes Töging nur solche Anlagen als Reparationen geliefert worden, die als Teil von Rüstungsbetrieben automatisch demontiert hätten werden müssen. Auf der Demontageliste vom 16. Oktober 1947 standen zwar 88 (89) bayerische Betriebe, davon waren aber nur 20 Nichtrüstungsbetriebe. Diese wurden von OMGBY mit Schreiben vom 22. Oktober 1947 ausdrücklich benannt und ihre Demontierung bis 31. März 1948 angeordnet.[322] Die bayerischen Behörden, denen die Durchführung der Demontagen zu Reparationszwecken übertragen waren, arbeiteten nach Meinung der Militärregierung sehr schleppend. Zur Beschleunigung des Verfahrens wurde der Reparations-Abteilung der Industry Branch gestattet, direkt mit den zuständigen deutschen Dienststellen in Verbindung zu treten,[323] d. h. der Ministerpräsident als alleinzuständiger Adressat der Militärregierung durfte in Reparationsfragen umgangen werden. Darüber hinaus wurde auf Weisung der Militärregierung mit Verordnung Nr. 144 vom 17. Februar 1948[324] der Staatsminister für Wirtschaft zum Staatsbeauftragten für Reparationsangelegenheiten bestellt. Er unterstand für seinen Geschäftsbereich unmittelbar dem Ministerpräsidenten und konnte zur Durchführung der Anordnungen der Militärregierung Weisungen an die Staatsministerien erteilen.

Trotz dieser Maßnahmen konnten die Demontage und Lieferung der auf der Reparationsliste stehenden Fabriken auch im Jahre 1948 nicht abgeschlossen werden. Bis November 1948 hatte man 67 der geplanten 89 Anlagen demontiert und versandt.[325]

Im Frühjahr 1948 löste man die Reparations and War Potential Section von der Industry Branch und erhob sie zu einer eigenen Branch. Nach der Auflösung der Economics Division am 30. Juni 1948 wurde die Reparations and War Potential Branch Teil der neu gegründeten Property Division. Sie gliederte sich in vier Sections: Die Reparations Shipment Section kümmerte sich um den Abbau und die Verfrachtung der zu Reparationszwecken benötigten Anlagen.[326] Die War Potential Section befaßte sich mit der Demontage und Zerstörung von kriegswichtigen Betrieben, die unter die Kategorien I und II fielen.[327] Die Inventory Section führte die Bewertung von Industrieanlagen zu Reparationszwecken durch und überprüfte die Inventare und die Foreign Liaison Section schließlich kümmerte sich um die OMGBY zugeteilten Vertreter der alliierten Empfängerstaaten.

Im Herbst 1947 verfügte die Section über 20 amerikanische und 25 deutsche, am 30. Juni 1948 über 16 amerikanische und 26 deutsche Mitarbeiter. In der zweiten Jahreshälfte 1948 wurde die Mitarbeiterzahl der Reparations and War Potential Branch auf zehn amerikanische und 16 deutsche Mitarbeiter reduziert. Leiter der Reparations and War Potential Branch war seit Frühjahr 1948 Lt.Col. James F. McCaslin und seit 1. Juli 1948 Clifton H. Day.

---

[322] BayHStA MA 130811 und 130814.

[323] Schreiben vom 16.1.1948, das die entsprechenden Anweisungen des OMGBY-Schreibens vom 11.4.1947 aufhob (BayHStA MA 130814).

[324] Bayer. GVBl. 1948, S. 16.

[325] 5/378–3/4.

[326] Das Verfahren war in Titel 11, Teil 9, MGR, sowie in verschiedenen Anweisungen von Economics Division, OMGUS, geregelt.

[327] Das Verfahren war in Titel 19, Teil 9, MGR, und verschiedenen Anweisungen von Economics Division, OMGUS, geregelt. In Bayern waren 69 Rüstungsbetriebe der Kategorie I zugeordnet worden. Davon wurden 15 bis 1.11.1947, der Rest bis November 1948 demontiert (5/378–3/4). Zu den letzten demontierten Betrieben zählten die Messerschmitt-Fabrikationsanlagen in Eschenlohe und Oberammergau.

Korrespondierende deutsche Behörde war das am 12. September 1946 beim Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft errrichtete Amt für die Durchführung der Reparationsleistungen sowie das Amt für die Durchführung der Vernichtung des Kriegs- und Rüstungspotentials.[328] Beide Ämter wurden später zusammengelegt. Am 31. März 1949 wurde das verbliebene Amt für Reparationsangelegenheiten aufgelöst.[329]

14. Manpower Division

a) Organisation und Zuständigkeit

Das Regional Detachment E1F3 verfügte im Mai 1945 auch über eine Labor Section. Diese kümmerte sich zunächst um Arbeitskräfte für das Detachment[330] und führte Informationsgespräche mit ehemaligen bayerischen Regierungsbeamten, die in der Arbeitsverwaltung tätig waren. Am 25. Mai erörterte man mit ehemaligen Gewerkschaftsvertretern (u. a. Thomas Wimmer) die Zukunft der Gewerkschaften. Dr. Durst, Ministerialdirektor der Abt. IV des Reichsarbeitsministeriums, befragte man über die Aufgaben seiner Abteilung.[331] Gleichzeitig traf man die ersten Organisationsmaßnahmen: Das Hauptversorgungsamt unterstellte man (bis zur Gründung eines Arbeitsministeriums) vorläufig dem Ministerpräsidenten.
Im Juni 1945 konnte sich der Regional Labor Officer Clarence M. Bolds und seine Abteilung dann voll den eigentlichen Aufgaben seiner Abteilung widmen. Besonders dringliche Anliegen waren:

- Beseitigung von Kriegsschäden in Münchener Arbeitsunterkünften,
- Beschaffung von landwirtschaftlichen Arbeitern für die bevorstehende Ernte,
- Beschaffung von Arbeitern für die bayerischen Bergwerke und – Entlassung von Kriegsgefangenen.[332]

Dazu kam die Überwachung des am 20. Juni 1945 geschaffenen Arbeitsministeriums. Die sonstigen Aufgaben der von Bolds geführten Abteilung waren in der Section XV der Direktive vom 7. Juli 1945 niedergelegt (später: Titel 15, MGR: Labor Allocation, Housing, Labor Relations, Wages, Hours and Labor Standards, Social Insurance).
Bis Ende 1945 gehörte die Labor bzw. Manpower Section zur Economics and Supply Branch bzw. zu deren Nachfolgeorganisationen (Economic Control Agency bzw. Economic Branch). Bei der Neuorganisation der Wirtschaftsabteilung und Einrichtung einer Economics Division Ende 1945 gliederte man die Manpower Branch aus und gab ihr einen selbständigen Status. Im Mai errichtete OMGBY eine eigene Manpower Division und machte damit deutlich, daß die Arbeitsverwaltung im Rahmen der amerikanischen Besatzungspolitik einen hohen Stellenwert hatte. Die Division arbeitete mit drei Abteilungen (Manpower Allocation Branch, Labor Relations and Labor Standards Branch und Social Insurance and Housing Branch).
Im November 1946 kam noch die Executive and Field Operations Branch mit drei Field Operations Supervisers hinzu. Am 1. Mai 1948 wurde die Social Insurance and

---

[328] Bayer. GVBl. 1946, S. 381; vgl. Anm. 321.
[329] Bayer. GVBl. 1949, S. 1.
[330] 10/85–3/5–1.
[331] Ebenda.
[332] AG 1945–46/74/3.

Housing Branch in die Personnel and Administration Division eingegliedert und in Real Estate and Land Resources Branch umbenannt. Diese blieb als Real Estate and Budget Control Branch auch nach der Auflösung der Personnel and Administration Division bestehen.

Die Manpower Division wurde am 30. Juni 1948 aufgelöst. An ihre Stelle trat ein Office of Manpower Adviser (mit Deputy Manpower Adviser, Assistant Manpower Adviser, Wages and Hours Section, Research and Statistics Section, Executive Section).

Der Hauptansprechpartner der Manpower Division auf deutscher Seite war das am 20. Juni 1945 auf Initiative und durch eigenes Gesetz der Militärregierung[333] ins Leben gerufene Arbeitsministerium. Das Arbeitsministerium, das offensichtlich gegen den Widerstand des Ministerpräsidenten Schäffer von den Amerikanern durchgesetzt wurde, entwickelte sich zum Lieblingsministerium der amerikanischen Militärregierung in Bayern.[334] Es erhielt die wichtige Zuständigkeit für den Wohnungsbau. Der Schriftverkehr zwischen Arbeitsministerium und Manpower Division lief nicht (wie bei den anderen Ministerien) über den Ministerpräsidenten, sondern, auch noch nach 1945, direkt zwischen Maj. Bolds und Minister Albert Roßhaupter. Zwischen beiden bestand ein außergewöhnlich freundschaftliches Verhältnis.[335] Zu den wichtigsten Maßnahmen im Jahre 1946 gehörte die schrittweise Zulassung der Gewerkschaften. In der zweiten Januarhälfte erhielten zehn Industriegewerkschaften von der Militärregierung die Genehmigung, Mitglieder zu werben.[336] Vorher hatte man nur Betriebsausschüsse zugelassen. Im April 1946 hatten die Amerikaner auf Kreisebene bereits 110 Gewerkschaften genehmigt. Die Wahl von Betriebsräten war im Kontrollratsgesetz Nr. 22 vom 10. April 1946 geregelt. Erste Betriebsratswahlen führte man im Mai 1947 durch. Die Manpower Division überwachte die Tätigkeit dieser Betriebsräte. In einigen Fällen monierte sie, daß sich die Betriebsräte mehr Kompetenzen anmaßten, als ihnen das Kontrollratsgesetz Nr. 22 zugestand. Zwei Nürnberger Betriebsräte verwarnte man 1947, weil sie gegen den Willen der Gewerkschaften Streiks organisiert hatten.[337] Die Bildung von zentralen Betriebsräten verbot die Manpower Division im Frühjahr 1948 als dem Kontrollratsgesetz Nr. 22 widersprechend.[338]

Am 1. November 1946 waren die beiden Landesarbeitsämter in München und Nürnberg errichtet worden.[339] Die Selbstverwaltung bei den Arbeitsämtern regelte die Kontrollratsdirektive Nr. 29 vom 17. Mai 1946. Sie führte bei den Arbeitsämtern beratende Ausschüsse ein. Die Direktive vollzog die Manpower Division in den 35 bayerischen Arbeitsämtern am 24. Juni 1947, also mit beträchtlicher Verspätung.[340]

Die Kontrollratsnormen erhielten für die bayerische Regierung erst dann Verbindlichkeit, wenn sie von OMGBY übermittelt worden waren. Erst dann war zum Ausdruck gebracht, daß die amerikanische Militärregierung diese Norm auch in Bayern zur Anwendung bringen wollte. Verzögerungen bei der Durchführung von Kontrollratsnormen durch die Manpower Division finden sich beim Kontrollratsgesetz Nr. 21 vom 30. März 1946 (Arbeitsgerichtsgesetz), das in Bayern erst am 30. Juni 1947 vollzogen

---

[333] Bayer. GVBl. vom 20. 1. 1946, S. 9; Niethammer: Entnazifizierung, S. 181 f.
[334] Bauer: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik, S. 77 ff.
[335] Hoegner: Der schwierige Außenseiter, S. 265.
[336] Fichter: Besatzungsmacht und Gewerkschaften, S. 113.
[337] OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, S. 630 f.
[338] Schreiben vom 22. 3. 1948 (BayHStA MA 130817, 858).
[339] VO Nr. 95 vom 10. 9. 1946 (Bayer. GVBl. 1946, S. 305).
[340] VO Nr. 124 vom 1. 3. 1947 (Bayer. GVBl. 1947, S. 157).

wurde,[341] und beim Kontrollratsgesetz Nr. 35 (Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten) vom 10. August 1946, das Anfang 1948 immer noch nicht vollzogen war.
Schneller ging es bei der Kontrollratsdirektive Nr. 42 vom 24. Oktober 1946 (Grenzübertritt deutscher Arbeiter und Angestellter, die in einer Zone wohnen und in einer anderen beschäftigt sind), die am 13. Dezember 1946 dem Arbeitsministerium übermittelt wurde.
In Einzelangelegenheiten griff die Manpower Division nach 1945 nur noch in wenigen Fällen ein, beispielsweise dann, wenn für Sondermaßnahmen und für Reparationsleistungen der notwendige Bedarf an Arbeitskräften von den deutschen Stellen nicht beschafft werden konnte. Am 15. August 1946 wies OMGBY etwa das Arbeitsministerium an, alle Anstrengungen zur Beschaffung von Arbeitskräften im Rahmen des „locomotive and rolling stock repair program" zu unternehmen.
Nachdem diese Anweisung offensichtlich ohne die erwünschte Wirkung blieb, befahl OMGBY dem Ministerium, die erforderlichen Arbeitskräfte zwangszuverpflichten. Zwangsverpflichtungen auf Grund von Anweisungen der Militärregierung gab es auch bei den im Rahmen der Reparationen durchgeführten Arbeiten (Demontage und Abtransport des Koaxialkabels bis zum 1. September 1946). Arbeitskräfte forderte OMGBY vom Arbeitsministerium auch für die aufwendigen Demontagearbeiten an: So arbeiteten im Oktober 1946 bei den IG-Farben Anlagen in Gendorf über 8500 Arbeiter. Diese Arbeiten verstärkten den Arbeitskräftemangel vor allem im landwirtschaftlichen Bereich.
Zu unmittelbaren Eingriffen der Manpower Division kam es auch im Bereich des Wohnungswesens in Vollzug des Kontrollratsgesetzes Nr. 18 (Kritische Wohngebiete). Beispielsweise erklärte die Militärregierung am 11. April 1947 die Stadt Fürth zum kritischen Wohngebiet und verbot Neuzuzüge.[342]
Im Sommer des Jahres 1947 beschäftigte sich die Division vor allem mit der Vermittlung bei Konflikten zwischen Armee und deutschen Arbeitskräften, sowie mit der Beschafffung von Arbeitskräften für Sonderprojekte und auf Anforderung der Economics Division.[343]

b) Personal

Im Unterschied zu vielen anderen Abteilungen von OMGBY blieb die Manpower Branch bzw. die Manpower Division von häufigen Personalveränderungen an der Spitze verschont. Zwei Männer bestimmten die Geschicke dieser Abteilung vom ersten bis zum letzten Tag: Clarence M. Bolds und Frantz G. Loriaux. Beide waren vor ihrer Tätigkeit in Deutschland in amerikanischen Gewerkschaften tätig gewesen.[344] Diese Gewerkschaften gehörten dem Congress of Industrial Organizations (CIO) an. Bolds war schon im Mai 1945 als Labor Officer des Regional Detachment in München tätig. Damals stieß 2nd Lt. Frantz G. Loriaux zur damaligen Labor Section. Bolds avancierte dann zum Leiter der Manpower Branch. Mitte Februar 1946 übernahm die (kommissarische) Leitung der Branch Frantz G. Loriaux (eventuell hielt sich Bolds zu

---

[341] Gesetz vom 6. 12. 1946 (Bayer. GVBl. 1947, S. 1); Bekanntmachung vom 30. 7. 1947 (Bay. StAnz. S. 28). Von den vorgesehenen zehn Arbeitsgerichten eröffnete man vorerst nur fünf sowie das Landesarbeitsgericht.
[342] BayHStA MA 130806.
[343] AG 1947/19/8.
[344] Fichter: Besatzungsmacht und Gewerkschaften, S. 123.

dieser Zeit in den USA auf). An der Spitze der neuformierten Manpower Division stand dann wieder Bolds, der im September 1947 zum Deputy Director von OMGBY ernannt wurde. Die Leitung der Manpower Division übernahm nun Loriaux, der nach Auflösung der Division im Juni 1948 als Manpower Adviser (Stellvertreter: Abe Kramer) weiteramtierte.
Die Personalausstattung der Manpower Division war, verglichen mit anderen Abteilungen der Militärregierung, eher bescheiden. Im Juni 1946 verfügte der Leiter der Division über neun amerikanische Mitarbeiter (civilians), im November 1947 über sieben. Der Manpower Adviser arbeitete mit einem Deputy Manpower Adviser und einem Assistant Manpower Adviser zusammen.

15. Transportation Branch

a) Aufgaben

Die Aufgaben der Militärregierung im Bereich des Transportwesens waren in Section XIV der Direktive vom 7. Juli 1945 niedergelegt, die durch Direktive vom 27. August 1945 geändert wurde (= Tit. 14, MGR, später mehrfach geändert).[345] Die Transportation Section (seit 1946: Branch) der Militärregierung sowie die Transportation Section von G-5 kümmerten sich vorrangig um Wiedererrichtung und Entnazifizierung der deutschen Transportbehörden; nach der Direktive vom 7. Juli 1945 sollte die Wiederherstellung des Verkehrsnetzes durch deutsche Stellen veranlaßt werden. Auf Anregung der Militärregierung wurde am 23. Juli 1945 im Wirtschaftsministerium eine eigene Transportabteilung (unter Heinrich Brunner) eingerichtet.[346] Die Abteilung sollte vor allem Koordinierungsaufgaben wahrnehmen. Im Januar 1946 errichtete Ministerpräsident Hoegner schließlich auf Weisung der Militärregierung ein eigenes Verkehrsministerium.[347]
Am 1. August 1945 arbeiteten bereits wieder 9480 Personen im Bereich der bayerischen Transportverwaltung (1. Mai 1946: 10224). Es wurden Zivilstellen für Reifen, Batterien und Ersatzteile eingerichtet, Ersatzteillager in München und Nürnberg auf der Basis von ehemaligem Wehrmachtseigentum angelegt und eine Bayerische „Truck-Company" gegründet, die von der US Armee abgegebene Fahrzeuge reparierte und an deutsche Stellen weitergab. Die Transportation Branch vermittelte auch die Bereitstellung von US-Fahrzeugen für die bayerische Wirtschaft und überwachte dabei auch in Einzelfällen, ob der Einsatz der Fahrzeuge tatsächlich – wie gefordert – für die deutsche Wirtschaft erfolgte und notwendig war. Man errichtete zentrale und lokale Zulassungsstellen[348] und veranlaßte die notwendigsten Instandsetzungen des Straßennetzes.[349]
Nach eigenen Angaben verbrachten im Frühjahr 1946 die Mitglieder der Abteilung die Hälfte ihrer Arbeitszeit mit Inspektionsreisen. Jede Straßeninspektion mußte an die Road Transport Division in Berlin berichtet werden.[350]
Im Oktober 1946 betraute man die „Gesellschaft für die Verwertung von Rüstungsgut" mit dem Verkauf und der Verteilung des deutschen Armeeguts (Captured Enemy

---

[345] 10/195–1/20.
[346] Dokumente zur Geschichte III 9, S. 28 (Denkschrift Schäffer).
[347] Handbuch der bayerischen Ämter, S. 242.
[348] Gemäß bayer. Gesetz Nr. 2 durfte an ehemalige Nazis kein Führerschein ausgegeben werden.
[349] Bericht der Transportation Branch vom 25. 6. 1946 (10/195–2/11).
[350] 10/195–2/11.

Material < CEM >). Insgesamt wurden 1946 der bayerischen Wirtschaft 2000 ehemalige Wehrmachtsfahrzeuge übergeben. Daneben verkaufte man amerikanische Armeefahrzeuge an die bayerische Wirtschaft, und zwar über 7000 Nutzfahrzeuge.[351]
Im Herbst 1946 half die amerikanische Armee bei der Einbringung der Ernte (Operation Spud).[352] Nach der 1946 erfolgten Verwertung der ehemaligen deutschen Wehrmachtsbestände und nach den amerikanischen Verkäufen gab es keine weiteren Neulieferungen mehr. Die mangelnden Ersatzteillieferungen und Reparaturmöglichkeiten verschlechterten den LKW-Bestand im Sommer 1946 rapide.[353] Im Winter 1946/47 kam es dann – auch wegen der Witterungsverhältnisse – zu spürbaren Engpässen im Transportwesen, die erst Ende 1947 behoben werden konnten.
Im März 1947 umriß die Transportation Branch ihre Aufgaben wie folgt:[354]

- Übermittlung der OMGUS-Direktiven an das Verkehrs- und Innenministerium sowie Überwachung des ordnungsgemäßen Vollzugs.
- Überwachung der deutschen Stellen beim Unterhalt von Straßen und Brücken. Mitteilung der Ergebnisse von Inspektionsreisen an die Ministerien.
- Koordinationstätigkeit bei der Bereitstellung und Zuteilung von Autoersatzteilen und Reifen für die Wirtschaft.
- Überwachung der deutschen Stellen, die für die Zulassung und den Betrieb von Kraftfahrzeugen in der Wirtschaft verantworlich sind.

Angesichts der Kraftstoffknappheit und des beklagenswerten Zustands des zur Verfügung stehenden Fahrzeugmaterials bemühte sich die Transportation Branch stets um eine Verlagerung des Transports auf die Schiene oder auf das Wasser. Vorrangiges Ziel war für die Amerikaner die Förderung der Wirtschaft; besonders intensiv kontrollierte die Branch daher auch die Zulassung von LKWs durch deutsche Stellen, da diese nur zugunsten der deutschen Wirtschaft verwendet werden durften (Tit. 14–331.2, MGR). Eine am 3. Oktober 1947 von den Amerikanern durchgeführte Straßenkontrolle an den Münchener Einfallstraßen kam zu dem Ergebnis, daß über 50% der Lastwagen leer oder nur gering beladen waren. Nur 10% der Lastwagen transportierten Brennholz oder Lebensmittel. Viele Lastwagen wurden zur Personenbeförderung oder zu Botenzwecken verwendet. Vermutet wurde, daß viele der Lastkraftwagen zu Schwarzmarktgeschäften verwendet würden: „Ganz offenbar haben die deutschen Ministerien nicht alle möglichen Anstrengungen unternommen, um sich selbst zu helfen, ehe sie sich mit einer langen Liste von Beschwerden und Mängeln an die Militärregierung um Hilfe gewandt haben."[355] Militärische Bedürfnisse sowie Rückerstattungs- und Reparationswünsche dritter Nationen hatten nach Meinung der Branch 1948 gegenüber wirtschaftlichen Bedürfnissen zurückzutreten.[356]
Große Transportprobleme warfen jeweils die Einbringung der Ernten sowie die Versorgung mit Kohle und Holz auf. Freilich waren mit diesen Fragen zunehmend bizonale Stellen befaßt (Transport Group, Highway Branch, BICO). Trotzdem glaubte man bei OMGBY auf eine gewisse Aufsicht im Transportwesen nicht verzichten zu können. Noch 1948 hielt man die Überwachung vor allem deshalb für notwendig, weil angeblich die Zuteilung von Kraftfahrzeugen, Reifen und Kraftstoff durch deutsche Stel-

---

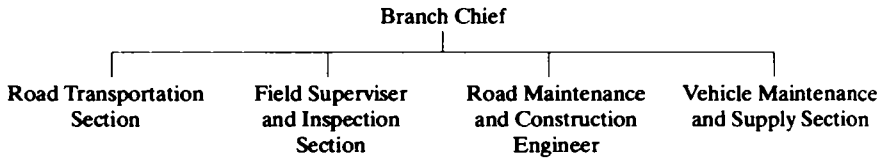
[351] 10/196–1/10.
[352] OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, S. 617.
[353] Ebenda.
[354] 10/196–1/10–4.
[355] BayHStA MA 130811.
[356] 10/196–1/10.

len nicht selten von politischen und familiären Gründen oder – noch schlimmer – durch Korruption oder Repressalien beeinflußt würde.[357] Ohne Aufsicht und Druck werde nach Meinung der Amerikaner der Ausbau des Straßennetzes nicht vorangehen. Im Mai 1948 forderte die Transportation Branch BICO auf, die Überwachung des Straßen- und Brückenbaus zu verstärken, da ein zukünftiger Transportation Adviser dazu nicht in der Lage sein würde.[358]
Das seit Juli 1948 bestehende Office of the Transportation Adviser war faktisch nur noch eine Außenstelle der bizonalen Organisation.

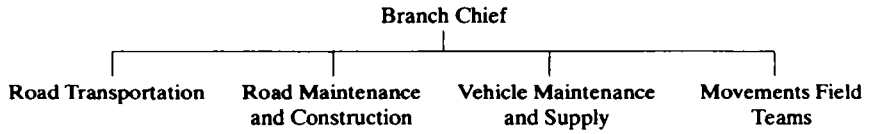
b) Organisation

Die Transportation Branch war immer eine selbständige Branch mit folgender Organisation:

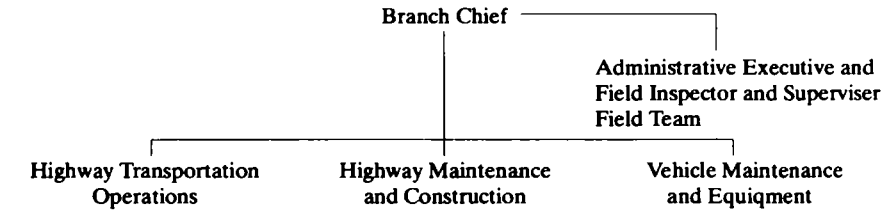
Übersicht 62: Organisation der Transportation Branch, OMGBY, 1. Januar 1946



Übersicht 63: Organisation der Transportation Branch, OMGBY, Juni 1946



Übersicht 64: Organisation der Transportation Branch, OMGBY, Juli 1947:



Am 30. Juni 1948 wurde die Transportation Branch aufgelöst und das Amt des Transportation Adviser geschaffen. Dieses Amt bestand bis 30. Juni 1949.[359]

c) Personal

Zu Beginn der Besetzung waren in der Transportation Section 60 amerikanische und 80 deutsche Mitarbeiter tätig; jedem Detachment war ein Transportation Officer zugeteilt. Darüber hinaus verfügte jedes (E-)Regierungsbezirksdetachment über zusätzli-

[357] Ebenda.
[358] Ebenda. Am 26. 2. 1948 war Titel 14, MGR, neu gefaßt worden.
[359] 10/195–1/20.

che Transportation Officers, die sich zu monatlichen Konferenzen in München trafen.[360] Am 5. April 1946 verfügte die Münchener Transportation Branch über 223 Offiziere und 15 Soldaten.[361]
In den folgenden Monaten reduzierte man das Personal der Transportation Branch erheblich. Die Aufgaben der den Detachments zugeteilten Transportation Officers wurden nun den Field Liaison Officers zugeteilt.[362] Der T/O vom 17. Juli 1946 sah nur noch einen Offizier und sieben amerikanische Zivilangestellte vor.[363] Ein Jahr später waren es nur noch ein Offizier und drei amerikanische Zivilangestellte, im März 1948 ein Offizier und drei amerikanische Zivilangestellte (bis zur Auflösung am 30. Juni 1948).
Leiter der Transportation Branch waren: Lt.Col. Mitchell A. Giddens (Dezember 1945 bis Februar 1947), Col. Edward M. Haight (Mai 1947), Col. John R. Knittel (Februar 1947 bis April 1948), Charles Hansen (bis Juni 1948 Acting Chief, dann Acting Transportation Adviser) und Theodore E. Zadra als Transportation Adviser (ab November 1948 bis zur Auflösung des Amts am 30. Juni 1949).

16. Die Organisation der lokalen Militärregierungsstellen (Field Operations Division) 1946–1949

Die USFET-Direktive vom 5. Oktober 1945[364] sah die schrittweise Übertragung der wesentlichen Verwaltungsbefugnisse auf die deutschen Stellen vor. Nach den Kommunalwahlen, spätestens aber am 30. Juni 1946 sollten die lokalen Detachments ihre bisherige aktive Tätigkeit einstellen.
Nach den bayerischen Kommunalwahlen vom 27. Januar 1946 begann OMGBY mit der Umorganisation der lokalen Detachments. Am 2. März 1946 machte OMGBY die entsprechenden Pläne bekannt.[365] Am 1. Mai wurden alle Landkreis-Detachments und am 1. Juni alle kombinierten Landkreis-Stadtkreis-Detachments in Liaison and Security Offices umbenannt. Am 1. Juni löste man alle Regierungsbezirks-Detachments auf und unterstellte die Liaison and Security Offices fachaufsichtlich (functional control) direkt OMGBY.
Im März und April verloren die Military Government Detachments ihre Zuständigkeit für Vermögenskontrolle (Property Control). Die Vermögenskontrolle war von diesem Zeitpunkt an Aufgabe der Sub-District-Control Officers.
Die seit 1. Juni 1946 bestehenden 23 Stadtkreis- und Landkreis- sowie 119 Landkreis Liaison and Security Offices erhielten neue Kennbuchstaben, die den jeweiligen Regierungsbezirk kennzeichneten (A = Unterfranken; B = Ober- und Mittelfranken, D = Niederbayern und Oberpfalz; E = Oberbayern; G = Schwaben).

---

[360] 10/196-1/10; 10/195-2/11-4.
[361] 10/195-2/11.
[362] Schreiben vom 3. 6. 1946 über die Aufgaben der Field Liaison Officers auf dem Transportsektor (10/196-1/10-4).
[363] Ebenda.
[364] USFET Directive, AGO 014.1 GWC-AGO vom 5. 10. 1945, subject: Reorganization of Military Government Control Channnels in Order to Develop German Responsibility for Self Government.
[365] OMGBY, Schreiben vom 2. 3. 1946, subject: Reorganization of Military Government Units in Bavaria.

Als Personal standen insgesamt nur noch 384 Offiziere und 553 Soldaten zur Verfügung. Für die kombinierten Stadt- und Landkreis Liaison and Security Offices war eine Personalstärke von fünf Offizieren und fünf Soldaten (vorher acht und zwölf), für die Landkreis Liaison and Security Offices eine Personalstäreke von zwei Offizieren und zwei Soldaten (vorher drei und fünf) vorgesehen.
Die fünf Administrative Companies, denen nur noch die verwaltungsmäßige Betreuung der Liaison and Security Offices oblag,[366] sollten ab 1. Juni 1946 jeweils sechs Offiziere und 40 Solaten umfassen. Die tätsächliche Personalstärke blieb allerdings in der Regel unter diesen Zahlen. Ende 1946 verfügten die fünf Kompanien über folgendes Personal:

Übersicht 65: Personalstärke der Administrative Companies, Field Operations Division, OMGBY, Juni 1946

	Offiziere	Soldaten
Co A Würzburg	9	24
Co B Ansbach	5	43
Co D Regensburg	6	36
Co E München	8	32
Co G Augsburg	8	32

Die Liaison and Security Offices blieben bis Anfang 1948 in folgender Verteilung weitgehend unverändert bestehen (Stand Januar 1947 mit den jeweiligen Leitern):

Übersicht 66: Liaison and Security Offices, Field Operations Division, OMGBY, Januar 1947

Regierungsbezirk Unterfranken

Co A		Würzburg	Lt.Col. M. E. Henderson
A-210	SK/LK Würzburg	Würzburg	Maj. M. B. Voorhees
A-220	SK/LK Aschaffenburg	Aschaffenburg	Capt. H. I. Blevig
A-221	SK/LK Schweinfurt	Schweinfurt	Maj. G. M. Marsh
A-250	LK Kissingen	Bad Kissingen	Maj. R. W. Jernigin
A-251	LK Kitzingen	Kitzingen	Maj. E. H. Emry
A-330	LK Alzenau	Alzenau	Capt. A. T. Neumann
A-331	LK Brückenau	Brückenau	Capt. A. G. Prondzinski
A-332	LK Ebern	Ebern	Capt. G. G. Brock
A-333	LK Gemünden	Gemünden	Maj. J. S. Sullivan
A-334	LK Gerolzhofen	Gerolzhofen	Capt. W. W. James
A-335	LK Hammelburg	Hammelburg	Capt. K. L. Ellis
A-336	LK Hassfurt	Hassfurt	Capt. R. E. Hellmig
A-337	LK Hofheim	Hofheim	Capt. F. L. Beelby
A-338	LK Karlstadt	Karlstadt	Maj. J. E. Breland
A-339	LK Königshofen	Königshofen	Capt. F. E. Witty
A-340	LK Lohr	Lohr	Capt. L. K. Owens
A-341	LK Markt Heidenfeld	Markt Heidenfeld	Capt. T. F. Griffin
A-342	LK Mellrichstadt	Mellrichstadt	Capt. C. Boden
A-343	LK Miltenberg	Miltenberg	Capt. J. L. Hinkel
A-344	LK Neustadt (Saale)	Neustadt a.d.S.	Maj. H. P. Clark
A-345	LK Obernburg	Obernburg	Capt. M. B. Jaeger
A-346	LK Ochsenfurt	Ochsenfurt	Capt. I. A. Lowell

[366] OMGBY: Quarterly Historical Report Oct - Dec 1946, S.1f.: „The five companies are charged **only** with administrative responsibilities, including the assignment of personnel".

Regierungsbezirk Oberfranken-Mittelfranken

Co B		Ansbach	Col. Edward M. Haight
B-211	SK/LK Nürnberg	Nürnberg	Lt.Col. A. T. Callicot
B-222	SK/LK Bamberg	Bamberg	Lt.Col. J. C. Barnet
B-223	SK/LK Bayreuth	Bayreuth	Lt.Col. S. M. Guild
B-224	SK/LK Erlangen	Erlangen	Lt.Col. F. Robie
B-225	Neustadt & Coburg	Coburg	Maj. S. Klein
B-226	Kronach	Kronach	Maj. Harold T. Lund
B-227	SK/LK Hof	Hof	Maj. H. L. Woodall
B-228	SK/LK Ansbach	Ansbach	Lt.Col. W. R. Whitaker
B-229	SK/LK Fürth	Fürth	Maj. A. C. Abbott
B-247	LK Lichtenfels & SK Staffelstein	Lichtenfels	Maj. F. W. Crimp
B-252	LK Ebermannstadt	Ebermannstadt	Maj. R. Y. Boyer
B-253	LK Höchstadt a.d.A.	Höchstadt	Capt. H. H. Moore
B-254	SK/LK Kulmbach	Kulmbach	Maj. H. C. Kauffman
B-255	LK Pegnitz	Pegnitz	Capt. H. G. Stamatis
B-256	LK Münchberg	Münchberg	Maj. R. C. Anderson
B-258	LK Rehau	Rehau	Capt. L. De Ford
B-259	LK Wunsiedel	Wunsiedel	Maj. T. Cleary
B-260	LK Forchheim	Forchheim	Maj. H. W. Zurn
B-261	LK Dinkelsbühl	Dinkelsbühl	Maj. A. S. Adams
B-262	LK Eichstätt	Eichstätt	Capt. J. R. Thomas
B-263	LK Feuchtwangen	Feuchtwangen	Capt. B. A. Morgan
B-264	LK Gunzenhausen	Gunzenhausen	Maj. R. J. Nielson
B-265	LK Hersbruck	Hersbruck	Capt. D. S. Stroup
B-266	LK Hilpolstein	Hilpolstein	Capt. R. E. Peters
B-267	LK Weissenburg	Weissenburg	Capt. C. W. Collier
B-268	LK Rothenburg	Rothenburg	Maj. F. K. Hinchey
B-269	LK Schwabach	Schwabach	Maj. R. E. Stringer
B-270	LK Scheinfeld	Scheinfeld	Capt. G. B. Jones
B-271	LK Windsheim	Windsheim	Capt. L. C. Wheeler
B-272	LK Lauf	Lauf	Maj. F. C. Smith
B-273	LK Neustadt (Aisch)	Neustadt a.d.A.	Maj. C. J. Cody
B-347	LK Naila	Naila	Capt. C. N. Hultzen
B-348	LK Stadtsteinach	Stadtsteinach	Maj. F. T. Brewster

Regierungsbezirk Niederbayern und Oberpfalz

Co D		Regensburg	Lt.Col. O. D. Hastings
D-212	SK/LK Regensburg	Regensburg	Maj. C. G. Doyle
D-230	SK/LK Weiden-Neustadt a. d. Wald	Weiden	Maj. G. J. Ganer
D-243	SK/LK Passau	Passau	Lt.Col. R. T. Nichols
D-244	SK/LK Amberg	Amberg	Maj. R. E. Boyd
D-245	SK/LK Landshut	Landshut	Maj. H. J. Mrachek
D-246	SK/LK Straubing	Straubing	Lt. Col. J. R. Hector
D-274	LK Cham	Cham	Capt. E. A. McNamara
D-275	LK Burglengenfeld	Burglengenfeld	1st Lt. R. W. Crowley
D-276	LK Parsberg	Parsberg	Maj. E. O. Carlson
D-277	LK Tirschenreuth	Tirschenreuth	Capt. L. R. Mariels
D-278	LK Neunburg vorm Wald	Neunburg	Maj. G. E. Griffin
D-279	LK Eschenbach	Eschenbach	Capt. R. O. Woodward
D-301	LK Deggendorf	Deggendorf	Maj. H. A. Hardt
D-302	Lk Eggenfelden	Eggenfelden	Capt. Marvon Glossop
D-303	LK Grafenau	Grafenau	Capt. R. N. McWorther
D-304	LK Kelheim	Kelheim	Capt. G. L. Milner
D-305	LK Landau a.d. Isar	Landau	Capt. V. O. Rose
D-306	LK Pfarrkirchen	Pfarrkirchen	Capt. N. Ugland

D-307	LK Regen	Zwiesel	Lt.Col. G. H. Foster
D-308	LK Vilshofen	Vilshofen	Maj. R. B. Swatash
D-309	LK Vilsbiburg	Vilsbiburg	Maj. F. B. Marshall
D-310	LK Wolfstein	Freyung	Capt. A. J. Howard
D-349	LK Kemnath	Kemnath	Maj. D. L. O,Roark
D-350	LK Nabburg	Nabburg	Maj. T. G. Shackelford
D-351	LK Oberviechtach	Oberviechtach	Maj. J. Mulholland
D-352	LK Riedenberg	Riedenberg	Maj. V. M. Corbin
D-352	LK Vohenstrauss	Vohenstrauss	Maj. J. B. Clark
D-353	LK Roding	Roding	Maj. L. P. Rhodes
D-354	LK Waldmünchen	Waldmünchen	Maj. R. W. Hitchcock
D-355	LK Beilngries	Beilngries	Maj. E. Fichter
D-356	LK Neumarkt i.d.Opf.	Neumarkt	Capt. A. G. Albert
D-358	LK Sulzbach-Rosenberg	Sulzbach-Rosenberg	Maj. R. T. Coykendall
D-375	LK Bogen	Bogen	Maj. J. F. Staudinger
D-377	LK Dingolfing	Dingolfing	Maj. J. C. Robertson
D-378	LK Griesbach	Griesbach	1st Lt. G. L. Thomas
D-379	LK Kötzting	Kötzting	Maj. J. J. Maher
D-380	LK Mainburg	Mainburg	Capt. E. R. Garrison
D-381	LK Mallersdorf	Mallersdorf	Capt. G. C. Jones
D-382	LK Rottenburg	Rottenburg	Maj. R. E. Levy
D-383	LK Viechtach	Viechtach	Maj. J. F. Rey
D-385	LK Wegscheid	Obernzell	1st Lt. K. J. Miller
Regierungsbezirk Oberbayern			
Co E		München	Lt.Col. R. J. Philpott
E-213	SK/LK München	München	Lt.Col. Eugene Keller
E-231	SK/LK Freising	Freising	Lt.Col. H. E. Blakeley
E-232	LK Miesbach	Miesbach	Capt. W. A. Forys
E-233	LK Traunstein	Traunstein	Capt. V. L. Thom
E-234	LK Altötting	Altötting	Capt. C. A. Larimer
E-235	SK/LK Rosenheim	Rosenheim	Capt. R. H. Necel
E-236	LK Garmisch-Partenkirchen	Garmisch	Maj. M. W. Nitz
E-237	SK/LK Ingolstadt	Ingolstadt	Lt.Col. James H. Kelly
E-280	LK Erding	Erding	Maj. C. A. Brown
E-281	LK Laufen	Laufen	Capt. C. J. Wardle
E-282	LK Mühldorf	Mühldorf	1st Lt. C. V. Russell
E-283	LK Wasserburg	Wasserburg	Capt. D. Root
E-284	LK Tölz	Bad Tölz	Maj. A. O. Froede
E-285	LK Aibling	Aibling	Maj. E. J. Newmeyer
E-286	LK Fürstenfeldbruck	Fürstenfeldbruck	1st Lt. C. C. Boatwright
E-287	LK Landsberg	Landsberg	Maj. C. A. Rein
E-288	LK Pfaffenhofen	Pfaffenhofen	Maj. H. E. Reed
E-289	LK Starnberg	Starnberg	Maj. C. E. Carlson
E-290	LK Weilheim	Weilheim	Capt. M. J. Groves
E-291	LK Wolfratshausen	Wolfratshausen	Maj. P. L. Steers Jr.
E-311	LK Berchtesgaden	Berchtesgaden	Maj. M. Lawrence
E-361	LK Ebersberg	Ebersberg	Capt. E. J. Pennetto
E-362	LK Aichach	Aichach	Capt. J. E. Thayer
E-364	LK Schrobenhausen	Schrobenhausen	Capt. H. J. Bierman
E-367	LK Dachau	Dachau	Lt.Col. R. T. Shelby
E-368	LK Schongau	Schongau	Capt. C. S. Garber
Regierungsbezirk Schwaben			
Co G		Augsburg	Lt.Col. C. M. Avery
G-214	SK/LK Ausburg	Augsburg	Lt.Col. R. A. Norton

G-239	LK Dillingen	Dillingen	Maj. R. J. Paul
G-240	LK Neu Ulm	Neu Ulm	Maj. H. E. Howlett
G-241	LK Sonthofen	Sonthofen	Maj. J. E. Rhea
G-242	SK/LK Kempten	Kempten	Maj. Richard F. Wagner
G-292	LK Donauwörth	Donauwörth	Capt. M. G. Kruglinski
G-293	LK Günzburg	Günzburg	Maj. M. G. Norum
G-294	LK Markt Oberdorf	Markt Oberdorf	Capt. S. D. Lubin
G-295	LK Memmingen	Memmingen	1st Lt. M. W. Toepfer
G-296	LK Mindelheim	Mindelheim	Capt. L. A. Proper
G-297	LK Neuburg	Neuburg	Maj. H. M. Sebastian
G-298	LK Nördlingen	Nördlingen	Maj. B. Peshmalyan
G-299	LK Füssen	Füssen	Capt. J. N. Urtes
G-300	LK Krumbach	Krumbach	Capt. H. V. Worthington
G-369	LK Illertissen	Illertissen	Capt. F. W. Guzak
G-370	LK Kaufbeuren	Kaufbeuren	Maj. E. E. Elliot
G-372	LK Wertingen	Wertingen	Capt. J. M. Woodwart
G-373	LK Friedberg	Friedberg	Capt. D. J. Moran
G-374	LK Schwabmünchen	Schwabmünchen	Capt. J. W. Kenne

Aufgrund der zehnprozentigen Personalreduzierung zum 1. Januar 1947 wurden die 23 Stadt- und Landkreis Liaison and Security Offices auf je vier Offiziere und zwei Soldaten verringert. Lediglich die Liaison and Security Offices Nürnberg und München behielten sechs Offiziere und vier Soldaten. Unverändert blieb das Personal der Landkreis Liaison and Security Offices mit zwei Offizieren und zwei Soldaten. Im Frühjahr 1947 wurden die Liaison and Security Offices durch die neu eingerichteten Military Posts entlastet, die für die militärischen Einheiten ihres Sprengels zentrale Verwaltungsaufgaben übernahmen.

Am 31. März 1947 erließ OMGUS eine einheitliche SOP für Liaison and Security Office und Administrative Units.[367]. Am 20. Juli wurde die Administrative Company A in die Company B und die Administrative Company G in die Company E eingegliedert.[368] Die Company B (mit sechs Offizieren und sieben Soldaten) betreute 55 Offices, die Company D (mit fünf Offizieren und sieben Soldaten) 41 Offices und die Company E (mit acht Offizieren und sieben Soldaten) 45 Offices. Die Stadt-/Landkreis Liaison and Security Offices waren in der Regel mit zwei Offizieren und einem Soldaten zu besetzen (neun Offices mit drei und einem, Augsburg mit vier und einem, München mit sieben und einem, Nürnberg mit fünf und einem, Regensburg mit drei und einem), die Landkreis Liaison and Security Offices mit zwei Offizieren und einem Soldaten.

In den folgenden Monaten wurde das Personal weiter verringert. Um die Funktionsfähigkeit der Detachments zu erhalten, mußten auch die Aufgaben der lokalen Detachments entsprechend verringert werden. Entlastet wurden die Detachments vor allem hinsichtlich ihrer Berichtspflicht (reports), die sehr viel Zeit in Anspruch nahm. Ende 1947 standen insgesamt nur noch 302 Offiziere und 141 Soldaten zur Verfügung, die nun insbesondere auf Kosten der Stadt-Landkreis Liaison and Security Offices wie folgt verteilt wurden:

---

[367] 13/120–1/7.
[368] 13/120–1/6.

Übersicht 67: Personalverteilung auf die Liaison and Security Offices, Field Operations Division, OMGBY, Juli 1947

Schlüssel der horizontal angeordneten Ziffern:

1	München	10	Aschaffenburg
2	Augsburg	11	Coburg
3	Regensburg	12	Bayreuth
4	Passau	13	LK Lichtenfels
5	Straubing	14	LK Weilheim
6	Landshut	15	LK Berchtesgaden
7	Nürnberg	16	12 weitere SK
8	Schweinfurt	17	114 weitere LK
9	Bamberg	18	Summe

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Lt.Col.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	12		27
Major	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	12	114	141
Captain	4	2	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1			114	132
1st Lieutenant	1						1											2
Total Officers	7	4	3	3	3	3	5	3	3	3	3	3	3	3	2	24	228	303
S/Sgt. (Chief Clerk)	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	12	114	141
Total	8	5	4	4	4	4	6	4	4	4	4	4	4	4	3	36	342	443

Mit Schreiben vom 26. Dezember 1947 ordnete OMGUS eine weitere Personalreduzierung in den Detachments um 53 % an.[369] In Zukunft standen in Bayern der Militärregierung für ihre lokalen Dienststellen nur noch 300 (April 1948 bzw. Juli 1948 223) Planstellen (mit Einschluß der Legal Officers) zur Verfügung. Dieser drastische Eingriff bewog OMGBY zu einer vollständigen Umorganisation. Man begann mit einem lokal begrenzten Verwaltungsexperiment in der Oberpfalz („Group Amberg") und schritt dann am 3. April 1948 zu einer als „Reorganization of Land Bavaria" angekündigten Neuorganisation.[370] Wichtigster Punkt dieser Neuorganisation war die Einrichtung einer Field Operations Division in München als oberste Kontrollinstanz aller lokaler Detachments. Diese Field Operations Division (FOD) gliederte sich in fünf Branches, die in Würzburg (Branch A), Nürnberg (Branch B), Regensburg (Branch D), München (Branch E) und Augsburg (Branch G) ihren Sitz hatten. Die von den Branches versorgten Gebiete gliederten sich ihrerseits in 19 Areas, 91 Offices (Hauptbüros) und 51 Sub-Offices (Nebenstellen). Die Sub-Offices besaßen kein amerikanisches Personal und standen unter der Aufsicht des jeweiligen Offices. Der Leiter eines Offices mußte mindestens einmal in der Woche das ihm unterstellte Sub-Office aufsuchen. Grundsätzlich waren jetzt nur noch Offiziere bzw. Zivilangestellte tätig. Bis 1. Juli 1947 wurden alle Mannschaften aus den lokalen Militärregierungsstellen herausgenommen.

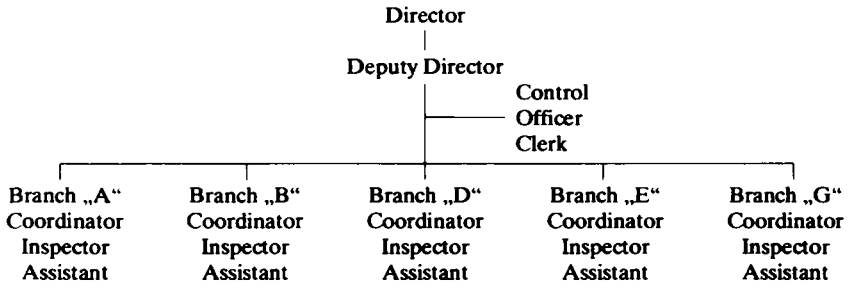
Die Branches leitete als Vertreter der FOD vor Ort ein Branch Coordinator and Inspector, der sich vor allem um die Personalangelegenheiten im Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Branch zu kümmern hatte. Als Leiter einer Area fungierte der Area

[369] Ltr. Hq OMGUS, (file AG 322 CO), subject: Reduction of Liaison and Security Detachment Personnel.

[370] Operations Directive Nr. 1, OMGBY, vom 3.4.1948.

Commander. Er war grundsätzlich allzuständig und sollte vor allem in seinem Gebiet als Democratization Officer tätig sein.[371] Ihn vertrat der Area Executive Officer.
Das 3rd Military Government Regiment, sein Hq, die Hq and Service Company, die Companies B, D und E wurden zusammengelegt und ab 20. März 1948 in 7780th OMGUS Group, Bavaria Section umbenannt.[372]
Die Bezeichnung Detachment schaffte man jetzt ab. In Zukunft firmierte beispielsweise die Militärregierungsdienststelle in Füssen mit: „Füssen Office, Military Government Area Kempten". Die Sub-Offices (Nebenstellen) richtete man in denjeneigen Landkreisen ein, in denen sich keine DP-Lager, keine nennenswerten amerikanischen Truppen und keine Städte über 50000 Einwohner befanden und wo keine Grenzprobleme auftraten. Die Mitte 1948 eingeführte Organisation ergab dann das folgende Bild.

Übersicht 68: Organisation der Field Operations Division, OMGBY, 1948



Übersicht 69: Organisation und Personal der Field Operations Division, OMGBY, Oktober 1948

OMG Bavaria, Munich
Director: Kenneth E. Van Buskirk, Munich
Deputy Director: William J. Moran, Munich
Control Officer: P. W. Deibel, Munich

Branch „A" – Lower Franconia
Branch Chief: B. N. Narvid, Würzburg
Deputy Branch Chief: V. R. Hurst, Würzburg

Area Bad Kissingen
Area Commander: Alexander D. Robb, Bad Kissingen
MGO, Office Bad Kissingen: Lt. S. F. Turner, Bad Kissingen with suboffice for Neustadt
MGO, Office Schweinfurt: Robert L. Rigg, Schweinfurt, with suboffices for Hofheim, Hassfurt and Gerolzhofen
MGO, Office Mellrichstadt: Lt. C. M. Taylor, Mellrichstadt
MGO, Office Brückenau: Ray D. Fogg, Brückenau
MGO, Office Hammelburg: Lt. J. M. Kinsman, Hammelburg
MGO, Office Königshofen: Lt. W. C. Clifton, Königshofen

Area Würzburg
Area Commander: E. C. Wimberly, Würzburg

[371] SOP for FOD (9/107-1/13).
[372] General Order Nr. 7, OMGBY, vom 1.4.1948.

MGO, Office Würzburg: P. Bubser, Würzburg, with suboffices for Ochsenfurt, Marktheidenfeld, Karlstadt and Gmünden
MGO, Office Aschaffenburg: Frank D. Rossborough, Aschaffenburg with suboffices for Alzenau, Obernburg, Miltenberg and Lohr
MGO, Office Kitzingen: Lt. M. O. Harness, Kitzingen

Branch „B" – Upper and Middle Franconia
Branch Chief: Robert M. MacWhorter, Nürnberg
Deputy Branch Chief: Sidney C. White, Nürnberg

Area Nürnberg
Area Commander: Harold T. Lund, Nürnberg
MGO, Office Nürnberg: Lt.Col. J. C. Barnet, Nürnberg
MGO, Office Fürth: John S. Hilliard, Fürth
MGO, Office Schwabach: Capt. S. G. Real, Schwabach

Area Coburg
Area Commander: Stanford P. Sussell, Coburg
MGO, Office Coburg: R. D. Walston, Coburg, with suboffices for Ebern, Lichtenfels and Staffelstein
MGO, Office Kronach: Lt. S. S. Smith, Kronach
MGO, Office Kulmbach: Capt. W. F. McCarthy, Kulmbach

Area Hof
Area Commander: Jack D. Brooks, Hof
MGO, Office Hof: Capt. A. A. Stanchos, Hof, with suboffice for Münchberg
MGO, Office Rehau: Capt. J. M. James, Rehau
MGO, Office Wunsiedel: John W. Vonier, Wunsiedel
MGO, Office Naila: Capt. J. H. Campbell, Naila, with suboffice for Stadtsteinach

Area Bayreuth
Area Commander: Charles L. Leven, Bayreuth
MGO, Office Bayreuth: C. M. Pace, Bayreuth, with suboffice for Ebermannstadt
MGO, Office Pegnitz: Capt. L. Griffin, Pegnitz
MGO, Office Lauf: Maj. W. A. Kelly, Lauf
MGO, Office Hersbruck: Lt. L. J. Chamberlain, Hersbruck

Area Bamberg
Area Commander: Nathan R. Preston, Bamberg
MGO, Office Bamberg: Lt. S. R. Mooers, Bamberg
MGO, Office Erlangen: Lt.Col. M. D. Barrett, Erlangen, with suboffice for Forchheim
MGO, Office Höchstadt: Capt. S. E. Witty, Höchstadt
MGO, Office Scheinfeld: Lt. W. J. Hennesy
MGO, Office Uffenheim: Capt. Q. A. Mitchel, Uffenheim

Area Ansbach
Area Commander: Joseph C. Joublanc, Ansbach
MGO, Office Ansbach: Capt. J. T. Reader, Ansbach, with suboffices for Feuchtwangen and Gunzenhausen
MGO, Office Weissenburg: M. R. Aliff, Weissenburg, with suboffice for Hilpoltstein
MGO, Office Eichstätt: Capt. I. W. Edgar, Eichstätt
MGO, Office Rothenburg: Frederick Roessler, Rothenburg
MGO, Office Dinkelsbühl: WOJG R. S. Whaley, Dinkelsbühl

Branch „D" – Lower Bavaria and Upper Palatinate
Branch Chief: Elmer F. Warnke, Regensburg
Deputy Branch Chief: John J. May, Regensburg

Area Regensburg
Area Commander: L. F. Keally, Regensburg

MGO, Office Regensburg: Capt. W. R. Smallwood, Regensburg, with suboffices for Mallersdorf, Riedenburg and Kelheim
MGO, Office Cham: Capt. G. Lafountain, Cham, with suboffices for Neuburg v/W, Roding, Waldmünchen and Kötzting
MGO, Office Parsberg: James O. Lipman, Parsberg, with suboffice for Beilngries
MGO, Office Burglengenfeld: Capt. L. T. Chaquette, Burglengenfeld
MGO, Office Neumarkt: Capt. J. B. Spencer, Neumarkt

Area Amberg
Area Commander: Alfred J. Dann, Amberg
MGO, Office Amberg: Capt. R. J. Van Campen, Amberg, with suboffice for Sulzbach
MGO, Office Weiden: Maj. G. H. Swick, Weiden, with suboffices for Oberviechtach and Nabburg
MGO, Office Eschenbach: Capt. E. S. Parr, Eschenbach, with suboffice for Kemnath
MGO, Office Tirschenreuth: Capt. L. O. Thibodeau, Tirschenreuth
MGO, Office Vohenstrauß: Capt. M. C. Gibbons, Vohenstrauß

Area Straubing
Area Commander: J. T. Lawrence, Straubing
MGO, Office Straubing: Maj. C. P. Kropowski, Straubing, with suboffice for Bogen
MGO, Office Landshut: Maj. T. G. Shackelford, Landshut, with suboffices for Mainburg, Dingolfing, Vilsbiburg and Rottenburg
MGO, Office Regen: Lt. W. M. Gardner, Regen
MGO, Office Deggendorf: Maj. R. E. Timberlake, Deggendorf, with suboffice for Viechtach
MGO, Office Landau: Capt. F. W. Adams, Landau

Area Passau
Area Commander: A. V. Diguini, Passau
MGO, Office Passau: Marvon Glossop, Passau, with suboffice for Grafenau
MGO, Office Wegscheid: Lt. R. Demarc, Obernzell
MGO, Office Vilshofen: Capt. R. W. Buffington, Vilshofen
MGO, Office Griesbach: Capt. J. H. Honour, Griesbach
MGO, Office Pfarrkirchen: Carl R. Hansen, Pfarrkirchen
MGO, Office Eggenfelden: Lt. I. J. Cooper, Eggenfelden
MGO, Office Wolfstein: Lt. R. H. Rivet, Freyung

Branch „E" – Upper Bavaria
Branch Chief: Richard F. Wagner, München
Deputy Branch Chief: Jerome A. Walker, München

Area Freising
Area Commander: F. K. Wiest, Freising
MGO, Office Freising: Louis W. McAnnally, Freising
MGO, Office Pfaffenhofen: William A. Rubin, Pfaffenhofen, with suboffice for Schrobenhausen
MGO, Office Dachau: Capt. G. Jacobson, Dachau, with suboffice for Aichach
MGO, Office Erding: Capt. J. F. Nordgren, Erding
MGO, Office Ingolstadt: Maj. H. E. Reed, Ingolstadt

Area Garmisch
Area Commander: William J. Garlock, Garmisch
MGO, Office Garmisch: Capt. R. L. Roye, Garmisch
MGO, Office Weilheim: Everett W. Schoening, Weilheim
MGO, Office Schongau: Lt. Robert J. Schermer, Schongau
MGO, Office Starnberg: John C. Midzor, Starnberg
MGO, Office Fürstenfeldbruck: Lt. T. C. Wickman, Fürstenfeldbruck

Area Munich
Area Commander: James H. Kelly, München
Deputy Commander: L. Roberts, München

Area Toelz
Area Commander: G. H. Godfrey, Bad Tölz
MGO, Office Tölz: Franz F. Egger, Bad Tölz
MGO, Office Aibling: Francis W. Schillig, Aibling, with suboffice for Ebersberg
MGO, Office Wolfratshausen: Melvin A. Weightman, Wolfratshausen
MGO, Office Miesbach: William R. Corbett, Miesbach

Area Rosenheim
Area Commander: Lee Emerick, Rosenheim
MGO, Office Rosenheim: Lt. J. L. Allison, Rosenheim
MGO, Office Traunstein: Russel A. Wickman, Traunstein, with suboffice for Laufen
MGO, Office Wasserburg: Capt. L. Jones, Wasserburg
MGO, Office Mühldorf: Gerald F. McMahon, Mühldorf
MGO, Office Altötting: W. G. Keene, Altötting
MGO, Office Berchtesgaden: Lt.Col. S. R. Place, Berchtesgaden

Branch „G" – Swabia
Branch Chief: William C. Rhyne, Augsburg
Deputy Branch Chief: Herbert D. Hart, Augsburg

Area Augsburg
Area Commander: Donald S. Root, Augsburg
MGO, Office Augsburg: R. Q. Petitfils, Augsburg, with suboffice for Friedberg
MGO, Office Schwabmünchen: Lt. M. E. Hecht, Schwabmünchen
MGO, Office Günzburg: J. R. Barker, Günzburg, with suboffice for Krumbach
MGO, Office Neu-Ulm: Capt. R. S. Hardison, Neu-Ulm, with suboffice for Illertissen
MGO, Office Dillingen: Capt. J. T. Mulcahey, Dillingen, with suboffice for Wertingen
MGO, Office Neuburg a/D.: Thomas E. Eshleman, Neuburg a/D.
MGO, Office Donauwörth: Delbert G. Reck, Donauwörth
MGO, Office Landsberg: Andrew J. Sikora, Landsberg

Area Kempten
Area Commander: Sidney S. Siskind, Kempten
MGO, Office Kempten: Joseph P. Montgomery, Kempten
MGO, Office Sonthofen: John K. Huston, Sonthofen
MGO, Office Füssen: Capt. R. W. Anderson, Füssen
MGO, Office Markt Oberdorf: Capt. E. E. Jones, Markt Oberdorf
MGO, Office Memmingen: Donald J. Angers, Memmingen
MGO, Office Mindelheim: J. L. Ott, Mindelheim
MGO, Office Kaufbeuren: Maj. M. G. Norum, Kaufbeuren

Den Areas verwaltungsmäßig angegliedert waren die (23) Area Legal Officers, die fachlich unter den jeweiligen Regierungsbezirks-Legal Teams bzw. unter der Legal Division standen. Die Legal Officers urteilten als Einzelrichter der 23 Military Government Summary Courts (je ein Summary Court pro Area sowie je ein zusätzlicher Summary Court für München, Augsburg und Nürnberg). Im Oktober 1948 ging im Rahmen einer vollständigen Neuorganisation die Zuständigkeit für Militärregierungsgerichtsbarkeit an OMGUS über.
Für den April 1948 wurde die Sollstärke der Field Operations Division auf 300, für den 1. November 1948 auf 200 und schließlich für den 1. März 1949 auf 134 Stellen festgesetzt. Am 1. März 1949 wurden deshalb die Areas aufgelöst und die Kreis-Offices direkt den jeweiligen Branches unterstellt. Mehrere Kreis-Offices wurden aufgelöst und

als Sub-Offices von den benachbarten Kreisen mitverwaltet. Am 1. März 1949 bestanden noch 95 „aktive" Offices und 47 „inaktive" Sub-Offices.

Übersicht 70: Organisation und Personal der Field Operations Division, OMGBY, April 1949

Director: Kenneth E. Van Buskirk
Deputy Director: William J. Moran

Branch „A" – Würzburg
Branch Chief: Sidney C. White, Würzburg
Deputy Branch Chief: V. R. Hurst, Würzburg
MGO Kissingen: Alexander D. Robb, Bad Kissingen
MGO Schweinfurt: Robert L. Rigg, Schweinfurt
MGO Hammelburg: Daniel R. Miller, Hammelburg, with suboffice for Gemünden
MGO Brückenau: Ray D. Fogg, Brückenau
MGO Neustadt: Robert J. Annis, Neustadt a. d. Saale
MGO Mellrichstadt: Ellis H. McKay, Mellrichstadt
MGO Königshofen: Ernest B. Brown, Königshofen
MGO Hofheim: (vacancy), Hofheim, with suboffice for Hassfurt
MGO Ebern: (vacancy), Ebern
Assistant MGO Würzburg: Everett H. Upton, Würzburg, with suboffices for Ochsenfurt and Marktheidenfeld
MGO Kitzingen: Vincent T. Schuster, Kitzingen, with suboffice for Gerolzhofen
MGO Karlstadt: John H. Phillips, Karlstadt, with suboffice for Lohr
MGO Aschaffenburg: Frank D. Rossborough, Aschaffenburg, with suboffice for Alzenau
MGO Obernburg: (vacancy), Obernburg, with suboffice for Miltenberg

Branch „B" – Nürnberg
Branch Chief: Robert M. MacWhorter, Nürnberg
Deputy Branch Chief: John T. Davis, Nürnberg
MGO Nürnberg: Harold T. Lund, Nürnberg
MGO Fürth: Charles Emerick, Fürth
MGO Schwabach: John S. Hilliard, Schwabach, with suboffice for Hilpolstein
MGO Coburg: Joseph C. Joublanc, Coburg, with suboffice for Staffelstein
MGO Kronach: Lynn C. Keck, Kronach, with suboffice for Lichtenfels
MGO Kulmbach: Thomas G. Tadross, Kulmbach, with suboffice for Stadtsteinach
MGO Hof: Jack D. Brooks, Hof, with suboffice for Münchberg
MGO Naila: Rudolph Menchl, Naila
MGO Rehau: Gerald Teran, Rehau
MGO Wunsiedel: John W. Vonier, Wunsiedel
MGO Bamberg: Nathan R. Preston, Bamberg, with suboffice for Forchheim
MGO Höchstadt: Joe F. Hackett, Höchstadt
MGO Erlangen: (vacancy), Erlangen
MGO Scheinfeld: Theodore B. Ruddock, Scheinfeld, with suboffice for Neustadt a. Aisch
MGO Bayreuth: Charles L. Leven, Bayreuth, with suboffice for Ebermannstadt
MGO Pegnitz: William F. Bossemeyer, Pegnitz
MGO Lauf: Milton L. Aliff, Lauf, with suboffice for Hersbruck
MGO Ansbach: Frederick Roessler, Ansbach, with suboffice for Gunzenhausen
MGO Rothenburg: Gerald S. Foley, Rothenburg, with suboffice for Uffenheim/Windsheim
MGO Dinkelsbühl: John R. Ward, Dinkelsbühl, with suboffice for Feuchtwangen
MGO Weissenburg: Josif Marcu, Weissenburg, with suboffice for Eichstätt

Branch „D" – Regensburg
Branch Chief: Elmer F. Warnke, Regensburg
Deputy Branch Chief: John J. May, Regensburg
MGO Regensburg: Louis F. Keally, Regensburg, with suboffice for Mallersdorf

MGO Kelheim: William E. Donehoo, Kelheim, with suboffice for Riedenburg
MGO Neumarkt: (vacancy), Neumarkt, with suboffice for Beilngries
MGO Parsberg: (vacancy), Parsberg
MGO Cham: Riley C. Gilley, Cham, with suboffice for Roding
MGO Waldmünchen: Forrest G. Tilton, Waldmünchen, with suboffice for Neunburg
MGO Burglengenfeld: James O. Lipman, Burglengenfeld
MGO Kötzting: Charles Pearce, Kötzting, with suboffice for Viechtach
MGO Straubing: Philip F. Bubser, Straubing, with suboffice for Bogen
MGO Landshut: Bertel Arnberg, Landshut, with suboffice for Vilsbiburg
MGO Landau: Harry G. Mullin, Landau, with suboffice for Dingolfing
MGO Mainburg: (vacancy), Mainburg, with suboffice for Rottenburg
MGO Deggendorf: Marvon Glossop, Deggendorf
MGO Grafenau: (vacancy), Grafenau
MGO Passau: Albert V. Digiuni, Passau, with suboffice for Vilshofen
MGO Wolfstein/Zwiesel: (vacancy), Wolfstein/Zwiesel
MGO Pfarrkirchen: Carl R. Hansen, Pfarrkirchen
MGO Wegscheid: Joseph P. Lanzano, Wegscheid
MGO Regen: John J. Grealy, Regen
MGO Griesbach: George E. Stringer, Griesbach
MGO Eggenfelden: Dimitri Kitrina, Eggenfelden
MGO Amberg: Alfred J. Dann, Amberg, with suboffice for Sulzbach-Rosenberg
MGO Eschenbach: Harry H. Ellis, Eschenbach, with suboffice for Kemnath
MGO Oberviechtach: Carlson M. Parker, Oberviechtach, with suboffice for Nabburg
MGO Vohenstrauß: Marcus G. Cameron, Vohenstrauß
MGO Tirschenreuth: Frank J. Gates, Tirschenreuth
MGO Neustadt/Weiden: (vacancy), Neustadt/Weiden

Branch „E" – Munich
Branch Chief: Richard F. Wagner, München
Deputy Branch Chief: Jerome A. Walker, München
MGO München: James H. Kelly, München
MGO Ingolstadt: William G. Keen, Ingolstadt
MGO Pfaffenhofen: Roger Montcalm, Pfaffenhofen, with suboffice for Schrobenhausen
MGO Freising: Louis W. McAnnally, Freising
MGO Dachau: William A. Rubin, Dachau, with suboffice for Aichach
MGO Erding: (vacancy), Erding
MGO Rosenheim: Lee Emerick, Rosenheim
MGO Wasserburg: Yale Richmond, Wasserburg
MGO Altötting: Richard von der Haar, Altötting, with suboffice for Mühldorf
MGO Berchtesgaden: Gerald F. McMahon, Berchtesgaden
MGO Traunstein: Russel A. Wickman, Traunstein, with suboffice for Laufen
MGO Garmisch: William J. Garlock, Garmisch
MGO Weilheim: Everett W. Schoening, Weilheim
MGO Schongau: Robert J. Schermer, Schongau
MGO Starnberg: John C. Midzor, Starnberg
MGO Fürstenfeldbruck: Henry Carley, Fürstenfeldbruck
MGO Tölz: Franz F. Egger, Bad Tölz
MGO Wolfratshausen: Melvin A. Weightman, Wolfratshausen
MGO Miesbach: William R. Corbett, Miesbach
MGO Aibling: Francis W. Schillig, Aibling, with suboffice for Ebersberg

Branch „G" – Augusburg
Branch Chief: William C. Rhyne, Augsburg
Deputy Branch Chief: Herbert D. Hart Augsburg
MGO Augsburg: Donald S. Root, Augsburg, with suboffice for Friedberg
MGO Donauwörth: Delbert G. Reck, Donauwörth, with suboffice for Nördlingen

MGO Neuburg a. Donau: Thomas E. Eshleman, Neuburg a. Donau
MGO Dillingen: Williard R. Ritzinger, Dillingen, with suboffice for Wertingen
MGO Günzburg: Francis C. Lindaman, Günzburg, with suboffice for Krumbach
MGO Neu-Ulm: John K. Huston, Neu-Ulm, with suboffice for Illertissen
MGO Landsberg: Andrew J. Sikora, Landsberg, with suboffice for Schwabmünchen
MGO Kaufbeuren: Sidney S. Siskind, Kaufbeuren, with suboffice for Markt Oberdorf
MGO Mindelheim: Thomas J. Smith, Mindelheim
MGO Memmingen: Donald J. Angers, Memmingen
MGO Kempten: Joseph P. Montgomery, Kempten
MGO Sonthofen: Gordon F. Feehan, Sonthofen
MGO Füssen: Dewey M. Campbell, Füssen

Am 30. Juni 1949 wurden weitere zehn Stellen einbehalten; die verbleibenden Stellen wurden zwischen Hq und Branches nach folgendem Schlüssel verteilt.

Übersicht 71: Personal der Field Operations Division, OMGBY, Juni 1949

Hqs. Field Opns Div	5 – US Civ
Branch „A"	19 – US Civ
Branch „B"	26 – US Civ
Branch „D"	31 – US Civ
Branch „E"	26 – US Civ
Branch „G"	17 – US Civ
TOTAL	124 – US Civ

Die Field Operations Division blieb auch über das Inkrafttreten des Besatzungsstatuts am 21. September 1949 hinaus bestehen. Mit der Einrichtung des Office of the Land Commissioner im Oktober 1949 wurden die Branches in folgende Districts umgewandelt:

Übersicht 72: Konkordanz der Branches, Field Operations Division, OMGBY, mit den Districts, Land Commissioner of Bavaria, September 1949

Branch E	= District 1 (München)
Branch D	= District 2 (Regensburg)
Branch B	= District 3 (Nürnberg)
Branch A	= District 4 (Würzburg)
Branch G	= District 5 (Augsburg)

Insgesamt verfügte die Field Operations Division laut T/O vom 1. Januar 1950 über 95 Personen

C. Quellenbeschreibung

I. Die Ordnung und Strukturierung der OMGBY-Akten im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

1. Rahmenbedingungen

Zwischen Herbst 1981 und Anfang 1985 wurden die Ordnungsarbeiten der auf Microfiches im BayHStA verwahrten ca. 6500 OMGUS- bzw. OMGBY-Akten durchgeführt. Schon vorher war abweichend von der ursprünglichen, amtlichen Kurzbezeichnung OMGB für Office of Military Government for Bavaria OMGBY als Bestandsbezeichnung im Bayerischen Hauptstaatsarchiv festgelegt worden, mit dem BY der Nachkriegsautokennzeichen Bayerns am Ende zur Abgrenzung von den ähnlich lautenden Kurzbezeichnungen der amerikanischen Militärregierungen anderer Länder, welche ebenfalls ein „B" enthielten.[1]
Einige Grundfragen waren vor der endgültigen Strukturierung der Akten des Office of Military Government for Bavaria im BayHStA zu klären. Zwar war von Anfang an klar, daß die innere Gliederung nach Unterprovenienzen der einzelnen OMGBY-Teilbehörden und nach dem Registraturprinzip erfolgen sollte. Sollten nun jedoch alle Registraturen auch kurzfristig bestehender Untergliederungen der Militärregierung genau nachvollzogen oder ein zeitlicher Schnitt angelegt werden, welcher eine organisatorische Stabilität vorgaukeln könnte? Sollten in den Repertorien sowohl die zur Kopierung bestellten und im BayHStA vorhandenen Akten nachgewiesen werden, wie auch jene, welche von den deutschen Archivaren in den National Archives in Washington D.C. als Kassationsgut bewertet auf besonderen Erfassungsbögen als „folders of no historical value" summarisch verzeichnet worden waren?
Diese Fragen wurden durch die Sachzwängen folgende Vorgehensweise allmählich zufriedenstellend gelöst. Die Ordnungsarbeiten wurden nämlich notgedrungen schrittweise durchgeführt, um eine frühzeitige Benutzung mit vorläufigen Findmitteln vor Eingang der letzten Microfichesendungen im Jahre 1984 (mit letzten Nachzüglern 1990) zu ermöglichen. Somit gingen Kontrolle und Inventarisierung der eingehenden Kopiensendungen und schrittweise Ordnung parallel. Nur zu dem größeren Teil der Aktenkopien lagen bereits vor dem eigentlichen Eingang der dazugehörigen Microfiches die in den USA angelegten Verzeichnungsbögen vor, so daß nur in beschränktem Umfang erste Überlegungen zur Strukturierung vor Einsicht der Akten möglich waren. Gerade z.B. zu Teilen der Information Control Division/Intelligence Division, Manpower Division und der Transport Branch, deren Aktenkopien erst relativ spät eingingen, war darum auch erst zu diesem Zeitpunkt inhaltlich Näheres bekannt. Die Bestandsstrukturierung konnte somit nur von einem Grobraster bis zu allmählicher Verfeinerung unter Rückkoppelung von Erfahrungen bei der Eingangskontrolle der Kopien, Benutzerbetreuung und der Aktendurchsicht aus verschiedenen, v.a. auch amtlichen Anlässen durchgeführt werden.

---

[1] Diese Ähnlichkeit der Abkürzungen hatte in der Anfangsphase sogar zu Falschsendungen von Microfiches, die eigentlich für andere Archivverwaltungen bestimmt waren, nach München geführt.

Erste Versuche, auch die Verzeichnungsbögen der absichtlich in den USA nicht kopierten „folders of no historical value" in die Benutzerrepertorien einzubeziehen, führten trotz ausreichender Einweisung der Benutzer zu einer solchen Flut von Falschbestellungen, daß die entsprechenden Datenbögen schnellstens wieder aus dem unmittelbaren Benutzerbereich entfernt wurden. Sie werden nur von Fall zu Fall als ergänzende Information zugänglich gemacht, etwa wenn ein Forscher meint, im BayHStA nicht alle für seine Untersuchung einschlägigen OMGBY-Akten vorzufinden und zusätzlich eine USA-Reise planen zu müssen. Da die „folders of no historical value" durchweg Material enthalten, welches bei Abgaben bayerischer Behörden an die staatlichen Archive ohne Bedenken als Kassationsgut eingestuft worden wäre, unterblieb die Reise dann meistens.
Wegen der häufigen Umstrukturierungen der Militärregierung während ihres Bestehens 1945–1948/49 war weiter zu entscheiden, ob jede auch kurzfristig bestehende Untergliederung registraturmäßig wieder hergestellt werden sollte, oder ein langatmigeres Raster anzulegen wäre. Neben wiederum der Verwirrung erster Benutzer bei Einführung in einen sich ständig wandelnden Mikrokosmos von Behörden mit wechselnden Zuständigkeiten ließ die innere Struktur der Akten hier nur einen Weg zu: Sehr schnell zeigte die Arbeit mit den Akten, daß sie noch am ehesten unter dem Gesichtspunkt stabiler Registraturen zu dem zeitlichen Schnitt der letzten, großen Reorganisationswelle Frühjahr/Sommer 1948 eine Einheit als Teilprovenienzen der Divisions und nachgeordneten Abteilungen eben jenes Abschnitts bildeten. Zu oft waren Akten verschiedenster durch Umorganisation untergegangener Untergliederungen von einer Nachfolgestelle einfach weitergeführt worden und zu viele Akten waren häufig bei dem Versuch, eine jeweils neue Aktenordnung zu bilden, neu formiert worden. Ein Nachvollziehen aller ehemaligen Gliederungen hätte zumindest bei den Akten der Militärregierung für Bayern keine für Archiv und Forschung durchschaubare Arbeitsgrundlage ergeben.

2. Akten- und Strukturpläne als Vorgaben

Bei dem Großteil der OMGBY-Akten hatten die in den National Archives in Washington D.C. bei der Sichtung und Verzeichnung der Militärregierungsregistraturen tätigen bayerischen Archivare nicht nur eine Zuordnung der einzelnen Akten zu den Hauptabteilungen (Divisions) der Militärregierung, sondern auch deren Untergliederungen (Branches und Sections) vornehmen können.[2] Für alle Divisions, auch jene, bei denen eine Unterteilung der Akten gemäß der ehemaligen, inneren Struktur nicht oder nur in geringem Umfange hatte durchgeführt werden können, waren in Washington „Provenienzbeschreibungen", d.h. kurze Behördengeschichten angefertigt worden, welche auch auf die ehemaligen Untergliederungen eingingen. Allgemeine Organisations- oder Stellenpläne sind zu fast allen Gliederungen und zu mehreren Zeitpunkten in den OMGBY-Akten überliefert. Datiert vom 26. Juli 1946 wurde ein Aktenplan bei der Militärregierung in Umlauf gebracht, der nach einem Dezimalklassifikationssystem aufgebaut ist.[3] Er beginnt mit der Nummer 000.1 Political, reicht bis

---

[2] So vor allem bei Land Director, Legal Division, Finance Division, Property Division, Economics Division, Education and Cultural Relations Division, Field Operations Division, z.T. bei Civil Administration Division und Information Services Division.

[3] Der Aktenplan ist in den OMGBY-Akten nicht überliefert, konnte aber bei der Erschließungsarbeit in Washington D.C. an anderer Stelle gefunden und kopiert werden.

825 Structure of Waterways und sieht ca. 550 Positionen vor, die freilich von keiner Dienststelle voll ausgenutzt wurden, zumal ein erheblicher Teil rein militärische Begriffe vorsieht. Man behalf sich bei der Militärregierung, indem man letztere für Angelegenheiten der Verwaltung Bayerns uminterpretierte. Dies wurde von verschiedenen Militärregierungsstellen auf verschiedene Art und Weise und mit unterschiedlichem Geschick durchgeführt. Eine der größten Schwierigkeiten bereitete diesbezüglich die Einordnung der Organisationsakten und Korrespondenzserien sowohl über die Militärregierungsbehörden selbst wie zu Anordnungen und Überwachung der nachgeordneten bayerischen Behörden (von der Staatsregierung bis zu den Gemeinden). Nur ein Teil der Militärregierungsbehörden wandte diesen Aktenplan überhaupt an, andere kapitulierten davor, stellten v.a. fest, daß bei einem Geschäftsanfall der Größenordnung, wie er bei der Aufsichtsverwaltung Bayerns anfiel, für weite Aufgabenbereiche nur ein einziger Überbegriff oder überhaupt keine Aktenplanstelle vorgesehen war.

3. Rekonstruktion nach dem vorhandenen Aktenplan

Am gründlichsten befolgte den Aktenplan nach dem Zahlenklassifikationssystem die Registratur des Land Director (Militärgouverneur) für ihre umfangreichen Central Files, welche jedoch weder die Vorzimmerregistratur des Militärgouverneurs und seiner Stellvertreter noch gar die Registraturen der ihm nachgeordneten Divisions in München umfaßte. Ähnlich wurde der Aktenplan von der Field Operations Division und ihren Vorgängerorganisationen befolgt, wobei sich erhebliche Unterschiede zwischen der oberen Ebene in München und der unteren Ebene der kleinen Dienststellen in den einzelnen Landkreisen zeigten.
Die in den National Archives arbeitenden bayerischen Archivare hatten bei der Verzeichnung der Akten des Land Director bei gut der Hälfte der Akten das alte Aktenzeichen mit aufnehmen können, in den weiteren Fällen konnten die Akten bei der Ordnung in München eindeutig zugeordnet werden. Auch in diesem Falle waren die Akten beim Versand in die USA und vor der Zuteilung der Shipping List Nummern, unter welchen sie von den deutschen Archivaren dort vorgefunden wurden, in erheblichem Maße durcheinander geraten, so daß hier wie bei den anderen OMGBY-Registraturen heute stark springende Bestellnummern im Repertorium vorherrschen; denn aus Gründen der Koordination mit den Originalbeständen in den USA werden die alten Nummern weiter beibehalten.
Auch die Registratoren des Land Director hatten die oben beschriebenen Schwierigkeiten der Zuordnung von Akten, für die kein eindeutiger Bezugspunkt im Aktenplan vorhanden war. Ihre z.T. zaghaften Ansätze der Uminterpretation[4] wurden bei der Bestandsgliederung von OMGBY in München um der Deutlichkeit willen noch weitergeführt,[5] aber nur wo Bereinigungen unumgänglich waren.

---

[4] Z.B.: Nr.14.1 ursprünglich „Military Government, Germany" vor allem bei der Field Operations Division zum Sammelbecken „Civil Administration"; Nr.300.4 ursprünglich „Change of Orders" zu „General Orders OMGBY" für innere Struktur und Tätigkeitsbereiche der Militärregierung; Nr.314.7 ursprünglich für Kriegstagebücher etc. zu „Historical Reports", eine Position Army Welfare umgewidmet für Public Welfare, z.B. auch bezüglich der Displaced Persons und Flüchtlinge.

[5] Z.B. nach einigen Vorläufern bereits von OMGBY: Nr.319.1 „Reports, Mescellaneous" als Sammelbecken für weitere, andernorts nicht einzuordnende Berichte; Nr.322 ursprünglich für

Bei der Field Operations Division war die Veränderung von Aktenplanstellen des Zahlenklassifikationsplanes zwar weiter entwickelt worden als beim Land Director, dafür der Aktenplan auf der unteren Ebene ungenauer angewandt worden. Zudem waren in jenen Fällen, in denen sich mehrere nominell getrennte Militärregierungsdienststellen z. B. für einen Regierungsbezirk, ein Area und einen Landkreis an einem Dienstort befanden, in Wirklichkeit offensichtlich nicht nur gemeinsame Registraturräume benutzt, sondern Akten ausgetauscht und sogar unkonventionell jeweils von der anderen Stelle weitergeführt worden! Gegen jede archivische Systematik mußten daher z. B. für die Hauptorte der bayerischen Regierungsbezirke die Registraturen aller Ebenen der FOD-Verwaltungen nur nach dem allerdings übersichtlichen Zahlenklassifikations-Aktenplan geordnet zusammen gelassen werden.[6]

4. Gliederung nach verbesserten und nachempfundenen Aktenplänen

Ansonsten wurden auch bei den Hauptregistraturen der Militärregierung in München vorgegebene Aktenpläne größtenteils überhaupt nicht oder unzureichend angewandt. In einigen Fällen finden sich nicht vollendete oder jedenfalls nicht konsequent durchgeführte Ansätze, sich jeweils einen neuen, bedarfsgerechten Aktenplan neu zu erstellen. Mehr oder minder erkennbare Aktenplanfragmente, z. T. nur mit eindeutigen, vom Zahlenklassifikationsplan der Militärregierung abweichenden Titelbildungen oder auch einigen numerischen Aktengruppen fanden sich z. B. bei Economics Division (einschließlich der später verselbständigten Food and Agriculture Division) und Civil Administration Division.
Soweit wie möglich und für eine verständliche Repertorisierung sinnvoll geschah die Registraturrekonstruktion in letzteren Fällen in Anlehnung an die Vorgaben aus der Zeit von 1945–1948, wobei man sich manchmal schon wie ein Antikensammler des 19. Jahrhunderts vorkam, der skrupellos Torsi alter Skulpturen ergänzt. So geschah es bei der Information Services Division in der Struktur von 1948, wo – auch in der unten aufgeführten Gliederung des Repertoriums sichtbar – an grob neu formierte Aktengruppen eine durchlöcherte Reihe von Aktenzeichen der Nummern 7–87 anschließt.
Soweit eine Rekonstruktion nach dem Aktenbefund nicht mehr sinnvoll war,[7] wurde nach der durch die Arbeit mit den Akten erschlossenen Kenntnis von Funktion und Denkweise der Militärregierung ein neuer Aktenplan nachempfunden.
Dies war am weitgehendsten erforderlich bei der am 15. Januar 1948 mehr oder weniger neu formierten Intelligence Division. Sie war aus Teilen der Information Control Division (v. a. Research and Analysis Branch) und der Intelligence Branch (nachrichtendienstliche Abteilung mit v. a. Historical Section zur Erarbeitung und Ablage der

---

Militärische Organisation zu „Organization of Military Government"; bei der Gruppe Nr. 400 ff. „Supplies" usw. die ursprünglich nicht einzuordnenden Bereiche der Wirtschafts- und Ernährungsverwaltung u. a. m.

[6] Ein Extremfall ist FOD Nürnberg, wo folgende Registraturen völlig ineinander verstrickt belassen werden mußten: Regierungsbezirk (dessen bayerische Regierung zudem Ansbach war und ist!), FOD Office für den Landkreis, die kreisfreie Stadt, und Area Office für mehrere umgebende Landkreise.

[7] Aus den Historical Reports geht auch hervor, daß militärische und zivile Mitarbeiter einzelner Dienststellen häufig in kurzen Abständen in der US-Zone oder zwischen Deutschland und den USA hin- und herversetzt wurden, für Hilfsarbeiten in den Büros auch amerikanische Wehrpflichtige ohne ausreichende Vorkenntnisse und häufig ohne Interesse an der Arbeit Verwendung fanden. Einige Registraturen sehen entsprechend aus.

zahlreichen Besichtsserien) beim Land Director neu formiert worden, nachdem die beiden Behörden mit ihrer parallelen Aufgabenstellung sich manchmal eher ungewollt gegenseitig behindert statt kooperiert hatten.[8] Auch die vorangehenden Teilgliederungen waren fast ständig umgegliedert worden, bei einer nicht geringen Arbeitslast im Verhältnis zu einem geringen Personalstand. Für einige Teilbereiche lagen Ansätze zu eigenen Aktenplänen vor, erkenntlich nicht nur an einheitlicher Titelbildung, sondern z. T. auch durchgehenden Numerierungen. Sie waren aber entweder durch Umorganisationen überrollt worden oder als Neuanfänge nach denselben durch die nächste Umgliederung hinfällig geworden, so daß sie eine Reihe unzusammenhängender Torsi mit noch größeren, amorphen Bereichen daneben bildeten. Zwar konnten sie in einen neu entworfenen Aktenplan eingefügt werden, dieser mußte aber völlig neu gestaltet werden. Es wurde einerseits den jüngsten Organisationsschemata von 1948 gefolgt und andererseits wurde er entsprechend des Arbeitsgebietes von Intelligence Division als Kontrollinstanz im Ergebnis in etwa wie ein Spiegelbild der gesamten Militärregierung für Bayern angelegt. Einige Ungereimtheiten wurden absichtlich nicht beseitigt, so wurden z. B. die Berichtsserien für die oberste Verwaltungsebene der Militärregierung unter den Berichtsserien von Land Director Central Files belassen, wo man sie 1948 nicht mehr herausgelöst hatte, während sonstige Berichtsakten zur Intelligence Division umgegliedert worden waren.

5. Sonderphänomene von Berichtsserien

Bei der Bestandsaufnahme der Berichtsserien wurden während der Erstaufnahme in den USA Fundstellenkonkordanzen der Berichte angefertigt, welche nicht nur Überlieferungslücken, sondern auch lückenfüllende Parallelserien in Historical Branch, Control Office, OMGUS, und in dem Bestand der National Archives „Office of the Chief of Military History" aufzeigten. Kopien dieser Parallelserien stehen in München ebenfalls zur Verfügung, um eine möglichst vollständige Überlieferung zu gewährleisten.

6. Ausblick

Im Ergebnis stellt die im folgenden abgedruckte Repertoriengliederung von OMGBY zu den meisten Teilbehörden der Militärregierung eine Mischung aus Rekonstruktion und Neukonzeption von Aktenplänen dar. Weitere Ordnungsarbeiten i. e. S. am Bestand OMGBY sind nicht erforderlich. Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, daß die gegenwärtigen Repertorien, die aus ca. 40 Aktenordnern mit Kopien der Original-Erfassungsbögen bestehen, mittelfristig in die im BayHStA inzwischen verwendete EDV-Datenbank eingegeben und nicht nur in einer benützungsfreundlicheren Form ausgedruckt, sondern auch durch alphabetische Stichwortverzeichnisse bereichert werden – ganz abgesehen von den sich dadurch ergebenden, erweiterten Möglichkeiten der Recherche. Vorerst hat sich die logische Struktur des Bestandes nach dem verbesserten Registraturprinzip als Findmittel bewährt.

Lothar Saupe

---

[8] Vgl. hierzu die „Provenienzbeschreibung" zu Information Control Division, bzw. Intelligence Division von Brewster S. Chamberlin (im BayHStA als Vorspann im einschlägigen OMGBY-Teilrepertorium), und Intelligence Division, Program and Objectives in 10/73–2/15, sowie weitere Organisationsakten in OMGBY.

II. Akten der Militärregierung von Bayern im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

1. Inhalts- und Repertorienübersicht

Bestandsübersicht
Land Director (Militärgouverneur für Bayern)
Transportation Branch
Manpower Division
Legal Division
Finance Division
Property Division
Economoics Division
Food and Agriculture Division
Education and Cultural Relations Division
Information Services Division
Intelligence Division
Intelligence Division: Reports
(Zur Bestandsergänzung vervollständigt mit Berichten der Provenienzen OCMH und CO, OMGUS)
Civil Administration Division
Field Operations Division

2. Land Director

- Einführung
- Office of the Director:
- Correspondence, speeches, meetings
- Spezialakten und Berichte
- Administration, Central Files
- Investigation and Claims Branch
- Administration Branch
- Land Director, OMGBY Central Files: Confidential papers and secret files

Land Director, OMGBY Central Files

000.1 Political: Elections – Politics
000.3 Religion
00.5 War Criminals
000.6 Prisons and Jails (civil)
000.73 Censorship
000.74 Libraries
000.76 Newspapers, Press
000.77 Radio Broadcasts
000.8 Civilian Schools and Universities
000.82 Civilian Schools and Universities
000.1 Meetings, Conferences and Celebrations
004 Industries
004.2 Banks and Banking
007 Monuments and Fine Arts
012 Taxation
013.3 Legal
014.1 MG (Military Government, Germany)

014.12 Civil Police
014.33 Citizenship, Naturalization
014.311 Denazification
014.35 Voting
014.393 Deportation and Exile
018 Bonds
019 Insurance
043 Postal Service
060 Charts, maps, etc.
070 Inventions
080 Red Cross (American and Bavarian)
091.112 Diplomatic Relations
091.3 Export and Import
091.412 Propaganda
091.713 Allied Liaison Personnel
092 International Affairs
092.1 Frontier and Control
092.2 Treaties and Agreements
100 Finance and Accounting
153 Claims and Accounts
158 Claims against U.S. Army
200 Personnel Directives
200.2 Identification
200.6 Awards and Decorations
210.1 Appointments
210.2 Promotions
210.482 Travel Control
210.711 Leaves
220.711 Civilian Employees
230.32 Dependants
231.2 „Operation Paperclip"
248 Allowances and Wages
250 Discipline
250.1 Morals and Conduct
250.3 Arrests
250.4 Courts Martial
260 Pensions
291.1 Marriages
293 Burials and Funerals
300.4 General Orders OMGBY
311 Communications
311.5 Documents and Security
312 Correspondence
313 Records
314.7 Military Histories and Historical Reports
319.1 Reports (miscellaneous)
322 Organization of Military Government of Bavaria
323.3 Hospitals
331.2 Clubs
332.1 Flags
333.3 Inspections of Organizations
333.5 Investigations
334 Boards of Review
337 Conferences
350 Education and Reorientation

353 Training
353.8 Athletics and Amusements
353.81 Army Public Welfare & Public Welfare
354.1 Camps
370 Letters and Directives
380.01 Security
383.4 Enemy Nationals (Espionage)
383.6 Prisoners of War
383.7 Displaced Persons; Refugees, Expellees
386 Property Rights
386.2 Billeting and Occupation of Premises
386.3 Enemy Materials
400 Supplies
403 Farming (including: „Food, Agriculture and Forestry")
413 Tools, Instruments and Machines
413.3 Music
413.53 Photographic Equipment and Supplies
420 Clothing and Equipage
421 Uniforms
430.2 Food and Rations
431 Meats, Fish, Fats and Oil
432 Fruits, Vegetables and Nuts
433 Bread, Cereals and Grain
434 Butter, Eggs, Lard and Milk
435 Beverages and Drinks
438 Alcohol and Cleaning Supplies
440 Medical Supplies and Instruments
441 Chemicals, Drugs and Medicine
451 Vehicles (General)
451.92 Tires, Spare Parts
453 Railroads
454 Animals
457 Drums, Bags, Boxes and Packing Supplies
461 Publications
462 Printing Facilities
463.1 Utilities
463.3 Coal
463.4 Wood (Fuel)
463.7 Petrol, Oil and Lubricants (POL)
464 Fertilizer and Forage
474 Arms and Amunition
537 Transportation General (by Auto and Truck)
580 Transportation by Air
600.1 Buildings, Constructions, Installations
601.53 Leases and Loans
611 Roads and Highways
637 Houses and Buildings, misc.
671.1 Water Supply
675 Electrical Power (Lighting)
676 Communications System
680.421 Hunting and Fishing
700 Medicine and Health
800 Rivers, Waterways and Harbours

3. Transportation Branch

Einführung
Directives, Regulations
Correspondence, Teletype Messages
Reports
Special Cases

4. Manpower Division

Einführung
1. Director's Files:
1.1.1 Function of MG and Manpower Division
1.1.2 Directives
1.2.1 Letters of Transmittal
1.2.2 Correspondence
1.2.3 Communications in & out
1.2.4 Inter Office Memos
1.3.1 Different Subjects
1.3.2 Personalities, Fragebogens
1.3.3.1 Ministry of Labour
1.3.3.2 Trade Unions
1.3.4 Housing and Housing Reports
1.3.5 Reports
1.4 Field Operations Reports
2. Branches:
2.1.1 Labor Relations and Standards Branch
2.1.2 Reports on Labor Unions
2.2 Manpower Allocations Branch
2.3 Social Insurance & Housing Branch
2.3.1.1 Social Insurance
2.3.2.1 Housing
2.3.2.2 Housing: Military Government Requisitionings
2.3.2.3 Housing Reports
3. Manpower Adviser:
3.1 Correspondence
3.2 Different Subjects

5. Legal Division

Einführung
Legislation Branch
- Verschiedenes
- Einzelne Gesetzesvorhaben:
  - Verfassung, Verwaltung etc.
  - Gerichte, Verfahrensrecht etc.
  - Arbeitsrecht
  - Kriegsopfer
  - Handel, Wirtschaft, Gewerbe
  - Energieversorgung, Aufuhr von Kunstwerken
  - Bericht der Food and Agriculture Division
  - Gesundheitswesen etc.

Legal Advice Branch
- Verschiedenes
- Correspondence
- Reports

German Courts Branch
- Verschiedenes
- Persons, Legal Personnel
- Correspondence
- Reports

6 a. Finance Division

- Einführung
- General; misc. subjects
- Correspondence
- Reports
- Civil Service
- Finance Branch:
  - Misc. subjects
  - Bipartite Board
  - Banks, Currency etc.
  - Taxes
  - Customs
  - Occupation Costs
  - Public Finance

6 b. Property Division

- Einführung
- General; misc. subjects
- Correspondence
- Investigations
- Reports
- Property Control Branch:
  - General & misc. subjects
  - Correspondence
  - Individual plants and objects
- Reparations Branch:
  - Gen. & misc.
  - Correspondence
  - Individual objects
- Restitution Branch:
  - Gen. & misc.
  - Individual plants and objects
  - Reports

7 a. Economics Division

- Einführung
- General
- Communications, Documents, Correspondence

- Reports
- Trade & Commerce
- Industry Branch:
  - General
  - Industrial Production
    - Leather, Paper, Textiles
    - Econ. Div. and Econ. Div. Industry Br. Porcelain, Glass and Ceramics
  - Econ. Div. and Econ. Div., Industry Br., Chemical Section/Techn. Consultant Chemicals: Chemicals and Ammunition
- Restitution

7 b. Food and Agriculture Division

- Einführung
- Division Director's Files
- Food & Agriculture, General; Correspondence
- Conferences and Meetings
- Some of the Reports
- Food Processing and Distribution
- Agricultural Programs
  - General
  - Land Reform
- Field Inspections (Food & Agriculture), Investigations
- Forestry:
  - General and misc.
  - Conferences and Meetings
  - Lumber
  - Hunting and Fishing
  - Some of the Forestry Reports

8. Education and Cultural Relations Division

- Einführung
- Generalakten etc.
- Correspondence
- Universities
  - General
  - Universitäten in Erlangen, Nürnberg, Regensburg
  - Universitäten und andere Hochschulen in München (und Weihenstephan)
  - Universitäten und andere Hochschulen in Würzburg
  - Students, Scholarships
- Education and Schools
  - General
  - School Reform
  - Schools in Unterfranken
- Reports
- Reorientation and Denazification
- Group Activities
- Youth Affairs
  - General
  - Correspondence

- German Youth Activities (GYA): Misc. and reports
- Youth Meetings, - Conferences, - Organizations etc.
- Cultural Exchange Programs
- General
  - „Projects 1949"
- Religious Affairs
- Reports Education and Religious Affairs
- Cultural Affairs:
  - Theater Section
  - Music Section

9. Information Services Division

- Einführung
- General and misc.
- Correspondence
- Reorientation
- Film and Motion Picture
- Applications for Licences
- Publications Branch
- Information Centers Branch
- Press Branch
  - General and misc.
  - Advertising
  - Amtsblätter
  - Verein Bayerischer Zeitungsverleger (Bavarian Publishers Association)
  - Various Organizations
  - Aktenzeichen 7–87 wie folgt:

7 Black List
8 Catholic Church
9 Circular Letters
10 Civil Government
16 Denazification
17 DANA (Deutsche Allgemeine Nachrichtenagentur)
23 European Union
28 ICD
31 Intelligence
34 Interzonal Exchange
35 JEIA (Joint Export Import Agency)
36 Journalist Exchange
37 Journalists School
38 Journalist League
39 Legal Adviser
42 Mitteilungsblätter
43 Münchener Kulturpressedienst
44 Newspaper Exchange
45 Newspaper Agencies
49 Policy Directives
50 Political Affairs
58 Press Conferences
60 Press Memos
61 Press Releases
62a Property Control

63 Publications
64 Publishing Operations Sect.
65 PW
67 Quarterly and Statistical Reports
68 Refugee Journalists
69 Public Information
70 Reorientation
72 Request to Publish
85 Youth Program
87 Weekly Summary

- Licences, Correspondence etc. various Newspapers
- Correspondence etc. with newspapers in the following towns:
  - Altötting
  - Ammerseegebiet
  - Ansbach
  - Aschaffenburg
  - Augsburg
  - Bad Aibling
  - Bad Tölz
  - Bad Wörishofen
  - Bamberg
  - Bayreuth
  - Coburg
  - Dachau
  - Freilassing
  - Fürstenfeldbruck
  - Hof a. d. Saale
  - Ingolstadt
  - Kempten
  - Landau
  - Landsberg/Lech
  - Miesbach
  - Mindelheim
  - Mühldorf/Inn
  - Munich
  - Nürnberg
  - Passau
  - Pfaffenhofen
  - Schongau
  - Schweinfurt
  - Trostberg
  - Wasserburg
  - Weilheim
  - Würzburg

- Correspondence, Fragebogens and other Documents concerning individual Newspapermen

10. Intelligence Division

Einleitung
a) Office of Military Government for Bavaria
   - Mission and Policy
   - Generalia & Miscellanea

- Reports from Military Government Divisions, Branches and Sections
- OMGBY American and German Personnel
- Information Control Division (1945–48)
  now: Intelligence Division (1948–49)
  - Policy & Organization
  - Activities etc.; Summaries
- ID Correspondence
  - Letters
  - TWX (Teletyp messages, cable or radio messages)

b) Political
- Generalia & misc. (e. g. Bayerische Verfassung)
- Elections
- Landtag
- Bavarian Government
- The Bavarian Ministries
- Occupation of Germany
- Bizone – Länderrat – Bundesrepublik
- German Relations to foreign countries
- Boundaries; other allied zones, neighbouring countries
- Allied zones
- Political parties
- Political etc. organizations; meetings
- International societies, meetings etc.
- German-American societies
- Non-political organizations and group activities
- Festivals
- Youth
- Personalakten:
  - Personensammelakten
  - einzelne, personenbezogene Akten, alphabetisch

c) Civil Administration etc.
- General
- Public safety; crime, incidents
- Police
- Public welfare
- Welfare organizations; Red Cross
- Refugees and expellees
- Displaced Persons
  - General
  - Different DP nationalities
  - DPs: Ukrainians
- Emigration and repatriation
- Prisoners of war
- Ehemalige deutsche Soldaten
- Public health

d) Legal Affairs

e) Civil Service – Beamte

f) Transportation

g) Manpower

h) Housing

i) War Crimes and Denazification
- Office of Strategic Services (OSS):
  Berichte 1944–45 (War crimes & Nationalsozialismus)
- Captured German Records (vor allem NSDAP)
- Documents and Translation Section: Reports
- War crimes (and denazification)
- War Crime Trials
- Denazification and Spruchkammern
- Renazification
- Illegal activities etc.
- Anti-semitism
- Political victims of N.S.
- Camps

k) Economics Affairs
- Economic – general
- Industry and mining
- Chemicals, explosives and ammunition
- Property Control
- Restitution
- Reparations
- Dismantling
- Lastenausgleich
- Staatliche Erfassungsgesellschaft für öffentliches Gut (STEG)
- Trade & commerce
- Black market
- Trade unions
- Berufs- und Fachverbände
- Finance
- Monetary problems
- Food and Agriculture

l) Cultural Affairs
- General
- Information Control:
  - General
  - Press, publications
  - Licensing, registration
  - Theater
  - Film
  - Radio
- Education & Religious Affairs:
  - General
  - Universities
  - Schools
  - German scientists
  - Reeducation & reorientation
  - Church & religion

m) German and Bavarian Public Opinion
- Newspaper clippings on various subjects
- German public opinion

- Public opinion surveys on various political subjects and developments
- German reactions to certain events
- „Briefs"
  - General
  - Berlin Briefs
  - Munich Briefs
- Essential Elements of Information (E. E. I.)
- Complaints and criticism of the population
- Public opinion and subversive propaganda
- Rumors

11 a. Reports

- Military Government Historical Reports (1944–48)
- OMGUS CO: Bavaria reports
- Political activities
- Misc. reports on: political, general information etc.
- Reports vom OMGBY divisions, branches & sections
- OMGUS CO (desgl.)
- ID – Turicum Reports
- ID – Intelligence Reports
- Historical Section: Reports v. a. von der unteren Verwaltungsebene
- Research Branch, Reports

11 b. Anschließend nach Gegenständen aufgestellte Berichte der Provenienzen ID, OMGBY, OCMH, OMGUS und CO, OMGUS

- Reports on (and from) various OMGBY-Detachments (Regierungsbezirke und Landkreise)
- Berichte von und über Regierungsbezirke, Stadtkreise und Landkreise nach folgender Anordnung:
- Regierungsbezirk insgesamt, dessen Hauptstadt und der dazu gehörige Landkreis
- übrige Land- und Stadtkreise alphabetisch zu: Unterfranken, Ober- und Mittelfranken, Oberpfalz und Niederbayern, Oberbayern, Schwaben

12. Civil Administration Division

- Einführung
- Verschiedenes
- Government and Politics
- Political Parties
- Reorientation
  - Verschiedenes
  - Scholarships
  - Cultural Exchange
- „Civil Liberties"
- Reports
  - Verschiedene Berichte
  - Oberbayerische Landkreise A – W

- Governmental and Political Branch
  - Verschiedenes
  - Political Affairs
  - Establishment of Political Parties on Landkreis Level
- Denazification Branch
- Public Welfare Branch
  - General
  - Correspondence
  - Reports
  - Welfare Agencies
    - German Agencies
    - Non German Agencies
  - Youth Welfare
  - Refugees, Expellees, Displaced Persons, Persecutees, Disarmed Enemy Forces
- Public Health Branch
  - General and Correspondence
  - Reports
  - Health Problems, Individual cases etc.
  - Organizations and Agencies
  - Persons
- Public Safety Branch
  - General
  - Single Files on:
    - German Police
    - Stadt Police
  - Continued as File Numbers 12–67:
    - 12. Rural Police
    - 13. Border Police
    - 14. Hunting Police
    - 15. Forest Police
    - 16. Industrial Police and Civilian Guards
    - 17. Fire Arms
    - 22. Hunting & Fishing
    - 23. DP Camps and Activities
    - 25. Interzonal and International Travel
    - 39. Internment Camps & Internees
    - 42. Communications Stadt Police
    - 45. War Crimes
    - 67. Policy in General
- Licensing of Various Organizations
  - Reports
  - Rural Police Personalities
  - Correspondence FOD Field Team 2, Schwaben

13. Field Operations Division

Director's Files (München)

Branch A (Unterfranken)
(Military Government Areas: Bad Kissingen, Würzburg)

Würzburg (Office) – Akten für Regierungsbezirk/Branch Area, Landkreis, Stadt
Aschaffenburg (Office)
Bad Kissingen (Area, Office)
Brückenau (Office)

Ebern (Office)
Hammelburg (Office)
Haßfurt (Office)
Karlstadt (Suboffice)
Kitzingen (Office)
Miltenberg (Suboffice)
Neustadt (Suboffice)
Schweinfurt (Office)

Branch B (Oberfranken und Mittelfranken)
(Military Government Areas: Ansbach, Bamberg, Bayreuth, Coburg, Hof, Nürnberg)

Nürnberg (Regierungsbezirk/Branch Area, Landkreis und Stadt)
Ansbach (Area, Office)
Bamberg (Area, Office)
Bayreuth (Area, Office)
Coburg (Area, Office)
Dinkelsbühl (Office)
Ebermannstadt (Suboffice)
(Ebern ab 1948 als Suboffice zu Area und Office Coburg, siehe Branch A)
Eichstätt (Office)
Erlangen (Office)
Feuchtwangen (Suboffice)
Fürth (Office)
Hersbruck (Office)
Hilpoltstein (Suboffice)
Höchstadt/Aisch (Office)
Hof (Area, Office)
Kronach (Office)
Kulmbach (Office)
Lauf (Office)
Lichtenfels (Suboffice)
Münchberg (Suboffice)
Naila (Office)
Neustadt/Aisch (Suboffice)
(Nürnberg siehe oben)
Pegnitz (Office)
Rehau (Office)
Rothenburg o.d.T. (Office)
Scheinfeld (Office)
Schwabach (Office)
Stadtsteinach (Suboffice)
Weißenburg i.B. (Office)
Wunsiedel (Office)

Branch D (Niederbayern und Oberpfalz)
Military Government Areas: Amberg, Passau, Regensburg, Straubing

Regensburg (Office, Regierungsbezirk, Area, Landkreis und Stadt)
Amberg (Area, Office)
Bogen (Suboffice)
Burglengenfeld (Suboffice)
Cham (Office)
Deggendorf (Office)
Eggenfelden (Office)
Grafenau (Suboffice)
Griesbach (Office)
Kelheim (Suboffice)

Kemnath (Suboffice)
Kötzting (Suboffice)
Landau (Office)
Landshut (Office)
Mainburg (Suboffice)
Mallersdorf (Suboffice)
Nabburg (Suboffice)
Neumarkt i. d.Opf. (Office)
Neunburg v. W. (Suboffice)
Oberviechtach (Suboffice)
Parsberg (Office)
Passau (Area, Office)
Pfarrkirchen (Office)
Regen (Office)
(Regensburg siehe oben)
Riedenburg (Suboffice)
Roding (Suboffice)
Rottenburg (Suboffice)
Straubing (Area, Office)
Sulzbach-Rosenberg (Suboffice)
Tirschenreuth (Office)
Viechtach (Suboffice)
Vilsbiburg (Suboffice)
Vilshofen (Office)
Vohenstrauß (Office)
Waldmünchen (Suboffice)
Wegscheid (Office)
Weiden/Neustadt (Office)
Wolfstein (Office)

Branch E (Oberbayern)
Military Government Areas: Bad Tölz, Freising, Garmisch, München, Rosenheim

München (Regierungsbezirk, Area, Landkreis, Stadt; Office)
Altötting (Office)
Bad Aibling (Office)
Bad Tölz (Office)
Berchtesgaden (Office)
Dachau (Office)
Freising (Area, Office)
Fürstenfeldbruck (Office)
Garmisch (Area, Office)
Ingolstadt (Office)
Landsberg (Office)
Miesbach (Office)
Mühldorf (Office)
(München siehe oben)
Pfaffenhofen (Office)
Rosenheim (Area, Office)
Schongau (Office)
Schrobenhausen (Suboffice)
Starnberg (Office)
Traunstein (Office)
Wasserburg (Office)
Wolfratshausen (Office)

Branch G (Schwaben)
Military Government Areas: Augsburg, Kempten

Augsburg (Regierungsbezirk, Area, Landkreis, Stadt, Office)
Dillingen (Office)
Donauwörth (Office)
Friedberg (Suboffice)
Füssen (Office)
Günzburg (Office)
Kaufbeuren (Office)
Kempten (Area, Office)
(Landsberg Office 1948 zur Branch Office, Area Augsburg, siehe Branch E)
Marktoberdorf (Office)
Memmingen (Office)
Mindelheim (Office)
Neuburg a. d. Donau (Office)
Neu-Ulm (Office)
Schwabmünchen (Office)
Sonthofen (Office)

14. BayHStA „OMGUS Reports"

Duplikate auf Papier (Originalduplikate)
Es handelt sich um Kopien jener Art von Berichten, die von den verschiedenen Military Government-Dienststellen auch an OMGBY ID gelangten. Da bei ID die Serien lückenhaft sind, wurden diese Berichte zur Bestandsergänzung beschafft.

Office of Military Government for Hesse

Von

Dieter Emig und Alfred G. Frei

A. Historischer Überblick

1. Vorgeschichte

Nachdem General Dwight D. Eisenhower durch die Proklamation Nr. 2 vom 19. September 1945 die Gründung des Landes Groß-Hessen verkündet hatte, übernahm das Detachment E-5 der amerikanischen Militärregierung für Deutschland am 8. Oktober 1945 in Wiesbaden die Kontrolle über den gesamten Landesbereich.[1]
Dieses Detachment war am 15. September 1944 in Rochefort en Yveline (Frankreich) im Rahmen der European Civil Affairs Division aufgestellt worden.[2] Es trug die Bezeichnung E1A2 und war ursprünglich als Regionaldetachment für den Bereich Saar-Pfalz-Rheinhessen vorgesehen. Sowohl während des Aufenthalts in Frankreich als auch beim Vormarsch war der Kommandierende Offizier von E1A2 gleichzeitig für alle anderen Detachments, die in seinem regionalen Bereich arbeiten sollten, verantwortlich.
Vor Erreichen der „statischen Phase" – so bezeichneten die Amerikaner die Zeit nach dem Sieg über die Armeen der Nationalsozialisten – waren jedoch die meisten dieser Detachments taktischen Truppen zugeordnet.[3] Eindrucksvoll schildert der erste Tagesbericht des Detachments diese Situation:
„Die Rolle, die das Regional Detachment während der Kampfphase spielte, unterschied sich [...] sehr von dem, was sich viele Military Government Officers vorgestellt hatten. Mangelndes Verständnis für die Aufgabenstellung dieser Art von Detachment und das Fehlen einer klaren Direktive von höherer Ebene waren zwei Faktoren, die echte Hindernisse für eine erfolgreiche Organisation der Militärregierung darstellten und zu Verwirrung, Frustration und Unzufriedenheit beitrugen, die sich wie ansteckende Krankheiten unter den Mitarbeitern des Detachments immer weiter verbreiteten. Trotz der langen Wartezeit und der ermüdenden Unterrichtsstunden, die Offiziere und Mannschaften zuvor hinter sich gebracht hatten, waren die Erwartungen in den Wochen nach Aufstellung des Detachments groß. Aber die unzureichende Klärung der Aufgaben und Tätigkeiten des Teams [...] bedrohte ernsthaft seine Moral und Leistungsfähigkeit.
Der tagtägliche Ärger, fehlende eigene Unterkünfte, unzureichende Verpflegungs- und Versorgungseinrichtungen, der ergebnislose und sich ständig wiederholende Ausbildungsplan, das moralische und geistige ‚Abschlaffen' von Offizieren und Soldaten, die nichts anderes zu tun hatten, als sich mit ihrem persönlichen Wohlergehen und ihren eigenen Launen zu beschäftigen – all dies trug im Laufe der Zeit viel dazu bei, den Zusammenhalt und den Enthusiasmus zu zerstören, der die meisten Mitarbeiter des Detachments in den ersten Wochen ihrer Arbeit beseelt hatte."[4]

---

[1] Chronology Military Government Detachment E1A2 (E-5) and Office of Military Government for Hesse 1944 – 1947 (Staatsarchiv Darmstadt), S. 5 (zit: Chronology).
[2] Ebenda, S. 1.
[3] 8/187-1/2.
[4] Ebenda.

Übersicht 1: Organisation und Offiziere des Detachments E1A2 bei seiner Aufstellung in Rochefort en Yveline beim Hauptquartier der European Civil Affairs Division (ECAD), 15. September 1944

Tätigkeitsbereich	Dienstgrad	Name
Military Government Officer	Lt.Col.	Donat M. Wilson
Deputy Mil.Gov. Officer	Lt.Col.	Norman E. Routzohn
Executive Officer	Major	Irwin Harlow
Assistant Exec. Officer	Major	Myron I. Barker
Administrative Officer	1st Lt.	Robert Wallach
Fire Section	Capt.	James L. Turner
Econ. and Public Utilities	Major	Albert J. Gottlieb
Econ. and Public Utilities	Capt.	James W. Nicol
Econ. and Public Utilities	2nd Lt.	George E. Roese
Property Control	Major	Myron M. Maupin
Property Control	Major	John D. Picco
Property Control	1st Lt.	Francis R. Paternoster
Post, Telephone, Telegraph	Major	Dalton D. Irwin[5]
Labor	Capt.	Glenn E. Garrett
Displaced Persons	Capt.	Archibald R. Giroux
Displaced Persons	2nd Lt.	Hillard A. Rhoades
Displaced Persons	1st Lt.	Rex M. Smith
Displaced Persons	1st Lt.	Harold A. Wyatt
Food	Capt.	Thomas B. Keith
Supply	Capt.	William G. Mueller
Legal	Lt.Col.	Frank Seydel
Legal	Capt.	Franklin J. Potter
Legal	1st Lt.	Charles H. Story
Administration and Legal	Major	Charles P. Sisson
Publ. Monuments and Fine Arts	Capt.	Harold W. Landin
Public Safety	Capt.	John F. Murnane
Public Safety	Major	August F. Berendt
Public Safety	1st Lt.	Thomas W. Harris
Education and Relig. Affairs	Major	James F. Bursch
Histor.and Polit.Information	1st Lt.	Edgar L. Erickson
Transport	1st Lt.	Charles H. Hennessy

Kommandierender Offizier des Detachments E1A2 war Lt.Col. Donat M. Wilson. Als Stellvertreter fungierte bis zum 25. September 1944 Lt.Col. Frank Seydel, später dann Lt.Col. Norman E. Routzohn. Am 28. Oktober 1944 übernahm Lt.Col. Eugene Bond dieses Amt. Routzohn wurde zum Property Control Officer bestimmt. Diese Ablösung stand vermutlich in Zusammenhang mit den großen Disziplinproblemen, mit denen E1A2 und die untergeordneten Detachments in jener Zeit zu kämpfen hatten.

So waren bereits am 20. Oktober 1944 durch eine Razzia Unregelmäßigkeiten in der Messe der Company A festgestellt worden. Daraufhin wurde Capt. Hudson als kommandierender Offizier abgelöst und Lt. Peterson zu seinem Nachfolger ernannt.

Eines der wichtigsten Probleme während der in Etain fortgesetzten Ausbildung war die Frage der zukünftigen Behandlung der Displaced Persons (DPs). Während die Unterrichtung der Detachment Officers durch Spezialisten von E1A2 ihren Fortgang nahm, blieb diese Frage weithin ungeklärt. Trotzdem wurden die Detachments nach

[5] Scheidet am 24. September 1944 aus.

dem 20. November – sie waren inzwischen über Joudreville bis Maxeville bei Nancy vorgerückt – zunehmend für Aufgaben im DP-Bereich herangezogen. Am 25. November 1944 vermeldete der Chronist von E1A2 das Ende des offiziellen Ausbildungsprogramms.

Die Stärke des Regional Detachment E1A2 betrug nach verschiedenen Zugängen am 17. Dezember 1944 118 Offiziere und 173 Soldaten. Von den Offizieren waren zu diesem Zeitpunkt 51 in Maxeville stationiert, 67 befanden sich im Feld.[6] Nach einer Zwischenstation in Esch (Luxemburg) erreichte das Detachment E1A2 am 28. April 1945 Neustadt in der Pfalz.

Kurz zuvor, am 26. April 1945, hatte Colonel James R. Newman, geboren 1903, das Kommando von E1A2 übertragen bekommen. Im Zivilberuf an führender Stelle in einer Schulaufsichtsbehörde tätig und promovierter Erziehungswissenschaftler, konnte er auf eine erfolgreiche militärische Karriere zurückblicken. Als Absolvent der Militärakademie in West Point hatte er sich bereits 1934 freiwillig gemeldet und war schließlich 1941 in den aktiven Dienst berufen worden. Seine militärischen Sporen verdiente er sich als kommandierender Offizier in verschiedenen Einheiten der Küstenwache und der Luftabwehr. Später wurde er aufgrund seiner beruflichen Erfahrung zum ersten Militärregierungs-Regiment versetzt und brachte es nach einer Zwischenstation in England bis zum kommandierenden Offizier in der Vorhut der European Civil Affairs Division in Frankreich. Von dort wurde er 1944 nach England zurückberufen, um die Organisation der Militärregierung für Württemberg zu übernehmen. Aus welchen Gründen schließlich das Kommando von E1A2 an Col. James R. Newman übergeben worden war, konnte nicht geklärt werden.[7] Jedenfalls blieb es ihm vorbehalten, am 18. Mai 1945 die erste deutsche Zivilregierung nach Kriegsende in ihr Amt einzuführen. An ihrer Spitze stand Hermann Heimerich. Weitere Mitglieder der nach amerikanischen Angaben quasi handverlesenen Regierung waren Dr. Wilhelm Zutt, Dr. Hans Anschütz, Dr. Alexander Mitscherlich, Adolf Rausch und Emil Henk.[8] Diese Regierung war zuständig für die späteren Bezirke Trier, Koblenz, Saarland (Saarbrücken), Pfalz (Neustadt) und Rheinhessen (Mainz).[9]

Da die linksrheinischen Gebiete von den Franzosen beansprucht wurden, bereitete sich das Detachment in den ersten Julitagen 1945 auf den Umzug von Neustadt nach Wiesbaden vor. In Besprechungen mit Vertretern der französischen Militärregierung (Col. Bonne, Maj.Gen. Bouley) wurde die Übergabe des Gebiets vorbereitet, die am 10. Juli 1945 feierlich vollzogen wurde. Im Tagesbericht heißt es, daß „die meisten Deutschen den Abzug der Amerikaner nicht gern sahen".[10]

2. Vom Regional Detachment zur Landesmilitärregierung

Am 16. Juli 1945 übernahm Detachment E1A2 die offizielle Befehlsgewalt über den Regierungsbezirk Wiesbaden und bezog sein Hauptquartier im Landeshaus. Capt. Landin, der zuständige Offizier für die Zivilverwaltung, reiste sogleich nach Mann-

[6] 8/187-1/2.

[7] Weitere biographische Angaben zu James R. Newman in 8/216-3/3, 8/217-1/3 und Dorn: Inspektionsreisen in der US-Zone.

[8] Kurzbiographien der Regierungsmitglieder, der Text der Antrittsrede von H. Heimerich und eine Beschreibung des Festaktes in 8/217-1/3.

[9] 8/187-1/1.

[10] Ebenda.

heim, Heidelberg und Konstanz, um geeignete Mitglieder für eine deutsche Zivilregierung zu suchen.
Die ersten Tage in Wiesbaden waren bestimmt durch Kompetenzabgrenzungen gegenüber dem für die Stadt Wiesbaden zuständigen Detachment F1D2, ersten „Säuberungsmaßnahmen" in deutschen Behörden sowie Informationsbeschaffung über den Regierungsbezirk. Im Mittelpunkt standen weiterhin Ernährungs-, Gesundheits-, Sicherheits- und DP-Probleme.
Am 26. Juli 1945 legte das Hauptquartier von E1A2 mit Organizational Directive Nr. 2 die Aufgaben und Verantwortlichkeiten des Regierungspräsidiums fest. Die personelle Besetzung regelten die Personnel Directions Nr. 1–5.[11] Organizational Directive Nr. 3 vom selben Tage sprach dem Regierungspräsidenten zum 1. August die Zuständigkeit für folgende Bereiche zu – selbstverständlich unter der Kontrolle der Militärregierung:

- Landwirtschaft, Gewässer und Forsten,
- Sozial- und Gesundheitswesen,
- Post,
- Erziehung und Kultus,
- Arbeit und Sozialversicherung und
- Wohnungswesen.

Auf einem Treffen der stellvertretenden Kommandeure von Detachment E1A2, Lt.Col. Howard R. Cress und von E1D2 (ehemals SHAEF Area Frankfurt), Lt.Col. Stone, am 31. Juli 1945, an dem auch die Wirtschaftsfachleute der beiden Detachments teilnahmen, einigte man sich auf folgende Punkte:
„Der Wirtschaftsabteilung (Department of Economics) des Regierungsbezirks Wiesbaden obliegt die zivile Überwachung der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern, des Landwirtschaftsamts und der Preisbildungs- und Preiskontrollbehörden.
Unter Aufsicht des Wiesbadener Regierungspräsidiums standen früher der Stadtkreis Frankfurt sowie die Landkreise Main-Taunus, Offenbach, Obertaunus, Friedberg und Hanau. Sie gehörten damals wie heute in die gewachsene Wirtschaftsstruktur des Regierungsbezirks Wiesbaden und sollten deshalb auch weiterhin im Zuständigkeitsbereich dieses Regierungsbezirks bleiben. Die Offiziere von Detachment E1A2 stimmen der Empfehlung zu, daß dieser Beschluß – soweit sie davon betroffen sind – angenommen wird. Die endgültige Entscheidung obliegt der Abteilung G-5 (Stabsabteilung: Civil Affairs – Military Government Section) bei der 7. Armee."[12]
Diese Beschlüsse sind vor dem Hintergrund der Auflösung von SHAEF in der zweiten Juli-Hälfte zu sehen. Damit hatte auch die „curious creation" SHAEF Enclave Frankfurt ihr Ende gefunden.[13] Weitere wichtige Aufgaben, denen sich das Detachment be-

[11] 8/216–3/5. Dort auch das Operational Memorandum Nr. 1 und 2 vom 8. und 10. August 1945, die das Verhältnis zwischen Regierungsbezirk und Militärregierung regelten.
[12] OMGHE: Historical Report July 1945.
[13] Siehe die von USFET Headquarters am 27. Juli 1945 erlassene „Directive on Reassignment of Responsibilities of the USFET Restricted Area" (8/90–1/9) und Organizational Direction Nr. 11, Det. E-5, 8.10.1945 (5/41–1/20). Harold Zink, Professor für Politische Wissenschaft und selbst an prominenter Stelle in der Militärverwaltung tätig, hatte die SHAEF Enklave schon 1947 so kommentiert: „The American commandant of SHAEF at Frankfurt decided that it would be very nice if he could have a little feudal state to play with" (Zink: Military Government, S. 97).

reits im Juli widmete, waren das Transport- und Erziehungswesen sowie der städtische Wiederaufbau. Unklarheiten bestanden im Bereich der Property Control (Vermögenskontrolle).[14]

Mitte August wurden die ursprünglichen Detachment-Bezeichnungen, die Größe und Truppenzugehörigkeit angegeben hatten, geändert. E1A2 wurde nun E-5.[15] Im August beschäftigte sich E-5 schwerpunktmäßig mit der Reorganisierung und Zentralisierung der deutschen Zivilverwaltung. Dazu ist dem Historical Report vom August 1945 zu entnehmen, daß die Militärregierung im „Kindergarten-Stadium" ansetzen mußte, was die deutschen Fähigkeiten zu einer eigenständigen Verwaltung betraf. Weiter heißt es: „Preußische Bürokratie und Organisationspläne der Militärregierung waren nicht miteinander vereinbar". Wenig optimistisch schließt der Report: „das Verrücken eines Schreibtisches brachte Kalamitäten mit sich und der Umzug eines Büros war eine Katastrophe".

Die Verwaltung unter der Leitung des Regierungspräsidenten wurde mit der Organizational Directive Nr. 10 vom 31. August 1945 in zehn Abteilungen gegliedert.[16] 600 Bedienstete des Regierungspräsidiums waren wegen Nazi-Aktivitäten entlassen worden. Die Militärregierung setzte ein Ausbildungsprogramm für die einzelnen Abteilungen in Gang, auch um die von den Entlassungen bedingten Lücken zu schließen. Über die Arbeit der lokalen beratenden Ausschüsse (Advisory Councils) äußert sich der Bericht unzufrieden. Die Mitglieder dieser Ausschüsse hätten ihre Positionen oft dazu benutzt, sich und ihren Bekannten persönliche Vorteile zu verschaffen.

Den lokalen Militärregierungen und deutschen Verwaltungseinheiten sollte die Notwendigkeit einer zentralen Kontrolle über verschiedene Wirtschaftsbereiche vermittelt werden. Der Regierungspräsident war ermächtigt, untergeordneten Stellen Anweisungen zu geben. Verwaltungsvorschriften mußten allerdings vor ihrer Veröffentlichung zweisprachig der Militärregierung vorgelegt werden. In dringenden Fällen konnten auch die örtlichen Militärregierungen Anordnungen des Regierungspräsidenten aufheben oder beim Chef der Militärregierung des Regierungsbezirks, dem Senior Military Government Officer, verlangen, daß dieser den Regierungspräsidenten zur Änderung seiner Anweisungen auffordert. Ein Vetorecht hatten sie jedoch nicht.

Eines der schwierigsten Probleme der Militärregierung war es, die Machtbefugnisse des Regierungspräsidenten gegenüber den Landräten und Oberbürgermeistern durchzusetzen, ohne dabei in Konflikt mit der Verantwortlichkeit der Kreis-Militärregierungen zu geraten, die jene in ihre Ämter eingesetzt hatten.[17] Beide Instanzen hatten sich vor Ort inzwischen weitgehend aneinander gewöhnt und betrachteten die Einführung einer höheren Verwaltungsebene oft als Eingriff in ihr Orts- und Kreis-Fürstendasein. Diesem Dilemma versuchte man dadurch zu begegnen, daß bei lokalen Ernennungen und anderen wichtigen personellen Veränderungen das Einverständnis des Senior Military Government Officers vorgeschrieben wurde. Der Militärregierungschef konsultierte dazu seinerseits den Regierungspräsidenten.[18] Die Entscheidungsgewalt lag jedoch beim Senior Military Government Officer und der lokalen Militärregierung,

---

[14] OMGHE: Historical Report July 1945; Organizational Direction Nr. 2, OMGHE, 24.7.1945; Nr. 3, 26.7.1945; Nr. 5, 31. 7.1945 (8/189–1/5).

[15] Chronology, S. 3.

[16] 8/216–3/5.

[17] Die Beziehungen zwischen Regierungsbezirk und Kreis-Militärregierungen regelte Operational Memorandum Nr. 1, Det. E1A2, 8.8.1945 (8/216–3/5).

[18] Operational Memorandum Nr. 3, Det. E1A2, 15.8.1945 (8/216–3/5).

wobei der Regierungspräsident ermächtigt war, über Fälle unzureichender Kooperation und mangelnder Leistungsfähigkeit Bericht zu erstatten.
Der Monatsbericht für August 1945 läßt darauf schließen, daß E-5 zu diesem Zeitpunkt über spezialisierte Offiziere für alle wesentlichen Aufgabenbereiche verfügte. Nach und nach folgte die Einteilung der Militärregierung in Divisions. Was die praktische Durchführung von Maßnahmen in den zentralen Problembereichen wie POL (Petrol, Oil, Lubricants) oder Transport betraf, vertraute E-5 in der Anfangsphase zumeist eher auf die Unterstützung der 7. Armee als auf die eigene Leistungsfähigkeit.
Die Militärregierung verbuchte positiv, daß die politisch „indifferente Haltung" der Deutschen „aufzutauen begann". Ihr Bericht vom August informiert sachlich und ohne eigene Meinungsäußerung über die Bestrebungen, drei Parteien im Regierungsbezirk wieder aufzubauen (SPD, KPD und Liberale). Mit der Ablösung des Regierungspräsidenten Hans C. A. F. Bredow und der Ernennung seines Nachfolgers Martin Nischalke am 4. August 1945 setzte die Militärregierung nach eigener Einschätzung dem Einfluß „einiger Industrieller und Kirchenleute" ein Ende, die zudem gemeint hätten, „den Amerikanern den rechten Weg und die richtigen Leute zeigen zu müssen".[19]
Am 30. August 1945 versammelte der Senior Military Government Officer, Col. Newman, die Detachment Commanders im Wiesbadener Landeshaus. Er referierte über die Verantwortlichkeit der Militärregierungs-Offiziere gegenüber dem Senior Military Government Officer und informierte über die wichtigsten Ergebnisse eines gerade zu Ende gegangenen Treffens von Militärregierungs-Offizieren in Frankfurt. Wie auch Newmans Vortragsthema zeigte, mußten sich die regionalen Militärregierungen offensichtlich in den ersten Wochen ihrer Tätigkeit erheblich darum bemühen, ihre Macht gegenüber den örtlichen Detachments durchzusetzen, die gemeinsam mit den neuernannten deutschen Amtsinhabern ein Gegengewicht zu den amerikanischen und deutschen Zentralstellen in Wiesbaden bildeten.[20]
Am 8. Oktober 1945 – so vermerkt der Monatsbericht der Militärregierung in militärischer Kürze – wurde aus den Regierungsbezirken Wiesbaden, Hessen (Darmstadt) und Kassel das Land „Groß-Hessen" gebildet. Demgegenüber notierten dann die Historiographen der Militärregierung nicht ohne Pathos:
„Diese Aufgabe, an der sich schon früher deutsche Regierungen ohne Erfolg versucht hatten, wurde nun von einer siegreichen Macht vollbracht, die jenseits des Atlantiks lag und zu deren Gestade jenes Land einst seine hessischen Soldaten geschickt hatte, um im Unabhängigkeitskrieg zu kämpfen."[21] E-5 unter Col. James R. Newman wurde nun zum landesweit verantwortlichen Detachment, zum „Office of Military Government for Greater Hesse" (OMGGH).[22] Damit war faktisch das für den Regierungsbezirk Wiesbaden zuständige Detachment in OMGGH aufgegangen; formal blieb es aber neben den beiden anderen Regierungsbezirks-Detachments in Kassel und Darmstadt weiter bestehen. Gleichzeitig wurde Wiesbaden zur hessischen Landeshauptstadt bestimmt.[23]
Das im Juli 1945 in Marburg eingesetzte Detachment E-2, das als regionale Militärregierung für das Land Hessen-Nassau hatte arbeiten sollen, wurde wegen seiner

---

[19] Personnel Directions (ebenda).
[20] OMGHE: Historical Report August 1945.
[21] OMGHE: Historical Report October 1945.
[22] Anweisung des Headquarters Seventh Army, Western Military District: „Organization of Western Military District for Military Government Purposes" vom 26.9.1945 (5/41–1/20).
[23] Ebenda.

wenig erfolgversprechenden Entwicklung unter seinem Kommandierenden Offizier Col. Charles T. Johnson zum gleichen Zeitpunkt offiziell dem Kommando von E-5 unter Col. Newman unterstellt.[24] In der Praxis waren bereits im September 1945 die Zuständigkeiten von E-2 an E-5 übergegangen. Im Laufe des Monats war auch schon die Ausrüstung von E-2 nach Wiesbaden gebracht worden.

3. Der Aufbau von OMGHE und deutscher Landesregierung

Im Laufe des Monats Oktober kam es zu verschiedenen organisatorischen Veränderungen innerhalb der Militärregierung. So wurde Detachment E-6 (Frankfurt) zu einem Stadtkreis-Detachment im Regierungsbezirk Wiesbaden.[25] Folgende Detachments wurden aufgelöst und mit anderen Detachments zusammengelegt:

- im Regierungsbezirk Wiesbaden: H-82 (Weilburg), H-84 (Schlüchtern), H-85 (Idstein/Bad Schwalbach), I-145 (Bad Orb), I-146 (Hadamar), I-147 (Flörsheim) und I-149 (Usingen);
- im Regierungsbezirk Darmstadt: G-37 (Sprendlingen), H-64 (Ober-Ramstadt), I-140 (Beerfelden) und I-141 (?)[26]
- im Regierungsbezirk Kassel: H-66 (Frankenberg), H-74 (Ziegenhain), H-76 (Biedenkopf) und I-144 (Wolfhagen).

Schon im September war ebenfalls die Zusammenlegung einiger Kreisdetachments für November und Dezember 1945 festgelegt worden:

- H-81 Hofheim (Kreis Maintaunus) und H-78 Bad Homburg (Kreis Obertaunus und Usingen);
- H-79 Hanau (Kreis Hanau) und H-78 Gelnhausen (Kreis Gelnhausen und Schlüchtern);
- H-80 Weilburg (Kreis Limburg und Oberlahn) und G-41 Wetzlar (Kreis Wetzlar).

E-5 sollte zum Januar 1946 die Verantwortung für die Kreise Rüdesheim, Untertaunus, Maintaunus, Obertaunus, Usingen, Limburg, Oberlahn, Wetzlar und zum Februar für die Kreise Wiesbaden, Hanau, Gelnhausen, Schlüchtern, Dillkreis und Biedenkopf übernehmen.[27]
Es erwies sich in zahlreichen Fällen als notwendig, trotz Auflösungen und Zusammenlegungen kleinere Büros (Sub-Offices) an den betreffenden Orten aufrecht zu erhalten. Je zwei oder drei Offiziere und einige Soldaten nahmen von Ort zu Ort unterschiedliche Aufgaben wahr, die nicht auf Kreisebene zentralisiert werden konnten. Parallel zur Verkleinerung der Kreis- und Regierungsbezirks-Detachments stieg die Personalstärke von E-5 von 61 Offizieren am 1. Oktober 1945 auf 99 am Ende des Monats.
Vor fast unlösbare Probleme wurde die Militärregierung durch das Military Government Law Nr. 8 vom 26. September 1945 gestellt. Mit diesem juristisch dürftig formulierten, für die Entnazifizierung aber folgenreichen Gesetz war eine drastische Erweiterung des von Entnazifizierungsmaßnahmen betroffenen Personenkreises vorgenommen worden. Auf allen Ebenen sowohl der Militärregierung als auch der

---

[24] Chronology, S. 5.
[25] Organizational Direction Nr. 11, Det. E-5, 8.10.1945 (8/81–3/21).
[26] Kein Nachweis.
[27] OMGHE: Historical Report October 1945 (8/216–3/5, 8/216–4/10).

deutschen Verwaltungsstellen herrschte Unklarheit und Verwirrung. Eines jedoch war sicher: Entnazifizierung war zum „big business", zur „top-to-bottom affair" geworden, wie ein zeitgenössischer Beobachter vermerkte.[28] Die Offiziere waren – selbst überfordert – kaum mehr in der Lage, die von der Bevölkerung gestellten Fragen nach der korrekten Anwendung des Gesetzes zu beantworten.

Andere wichtige Aufgaben konnten dabei ebenfalls nicht aufgeschoben werden: Geeignete Mitarbeiter für die neugeschaffene hessische Regierung mußten gefunden werden. Daneben setzten die Offiziere der Militärregierung ihre bisherigen Tätigkeiten fort. Property Control meldete ebenfalls Probleme: Die Feststellung nationalsozialistischen Eigentums sei noch nicht sehr weit fortgeschritten, da es in vielen Detachments an Engagement in diesem Bereich mangele. Weiter seien die Property Control Officers zu sehr mit anderen Aufgaben beschäftigt und müßten sich überdies beim Aufspüren von Vermögen, das der Kontrolle der Militärregierung zu unterwerfen sei, zu sehr auf Informationen deutscher Zivilangestellter stützen.

Die MFAA (Museum, Fine Arts and Archives) Section, Economics Division, begann indessen mit dem Aufbau einer Landesorganisation für ihren Bereich. Auch einige andere Abteilungen (DPs, Public Safety u.a.) bezogen bereits statistisches Material aus ganz Hessen in ihren Bericht ein, allerdings ohne diese Kompetenzerweiterung zu thematisieren. Im Informationsbereich spielte DISCC (District Information Services Control Command) als ausführendes Organ der Information Control Division (ICD), USFET, eine wichtige Rolle.[29]

Im Laufe des November 1945 trafen in Wiesbaden immer mehr Militärregierungsoffiziere und deutsche Beamte ein. Das markierte die gestiegene Bedeutung sowohl der amerikanischen als auch der deutschen Zentralregierung. Bereits im Oktober waren die Spitzenpositionen in der deutschen Regierung besetzt worden. Mit den Organizational Directions Nr. 1 vom 12. Oktober 1945 bis Nr. 8 vom 26. Oktober 1945 waren die Hessische Landesregierung eingesetzt sowie die Erlaubnis zur Errichtung der wichtigsten Ministerien erteilt worden. Durch die parallel dazu erlassenen Personnel Directions wurde die personelle Besetzung der Ministerien vollzogen.[30]

Der Monatsbericht vom November zog eine Bilanz des bisher Erreichten. Dabei wurden „Fortschritte" festgestellt:

„Das beinhaltet den erfolgreichen Aufbau der Landesregierung, den praktischen Abschluß der Entnazifizierung in den Regierungsbehörden, keinen aktiven Widerstand gegen die Besetzung, die Beachtung von Recht und Gesetz durch die Deutschen, das Eintreffen einer bis jetzt nur kleinen Zahl von Flüchtlingen, die zügige Wiederingangsetzung des Kommunikationswesens, die Wiedereinsetzung fast aller Gerichte, die Zulassung von Parteiaktivitäten auf Landesebene mit drei bereits sehr starken und aktiven Parteien, den Abschluß des Wiederaufbaus einer effektiven Landwirtschafts- und Ernährungsbehörde, das Ausbleiben von Epidemien und die Abwendung eines Zusammenbruchs im Gesundheitswesen, die Wiedereröffnung fast aller Grundschulen sowie Fortschritte bei der Wiedereröffnung weiterführender Schulen."[31]

Schlechter sah die Bilanz auf dem Gebiet der Wirtschaft aus: Geringe industrielle Aktivität, mangelhafte Versorgung, fehlende Ausrüstung, Konsumgüter- und Baumate-

---

[28] Freeman: Hesse.

[29] OMGHE: Historical Report October 1945.

[30] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946, Appendix; Organizational Directions and Personnel Directions auch in 8/216–3/4.

[31] OMGHE: Historical Report November 1945.

rialknappheit bestimmten das Dasein der deutschen Bevölkerung. Dazu versprach der Bericht, daß man sich von seiten der Militärregierung – so gut es die bestehenden Verhältnisse zuließen – mit den Schlüsseln zur Lösung dieser Probleme beschäftigte, nämlich mit der Kohleversorgung und dem Transportwesen.
Schlaglichtartig seien im folgenden weitere Entwicklungen skizziert. Mit der Information Control Instruction Nr. 2 wurde den Parteien im November erlaubt, publizistisch tätig zu werden. Insgesamt bestanden im November bereits 133 Kreis-Parteiorganisationen (in 39 von 41 Kreisen); SPD und KPD waren in je 39 Kreisen organisiert.
Die Gerichte der Militärregierung gingen hart gegen Waffenbesitz, Manipulationen an Fragebogen sowie widerrechtlichen Besitz amerikanischer Güter vor (z. B. in Frankfurt: 6 Jahre Haft wegen unberechtigten Besitzes eines Gewehres). Im Sicherheitsbereich ergaben sich zunehmend Probleme durch bewaffnete Banden von DPs. Die Verstärkung der deutschen Polizeikräfte sollte hier Abhilfe schaffen. Der interzonale Postverkehr, im Oktober in die Wege geleitet, stieg sprunghaft an.[32]
Am 15. November 1945 wurde das 2nd Military Government Battalion (Separate), 2nd MGBat(Sep), aufgestellt. Kommandeur dieser Einheit war in Personalunion der Direktor von OMGHE, der gleichzeitig auch noch als Direktor der Militärregierung im Regierungsbezirk Wiesbaden fungierte.[33] Das 2nd MGBat(Sep) hatte für die MG-Detachments Verwaltungs- und Versorgungsaufgaben wahrzunehmen. Zum 30. November gehörten ihm und seinen untergeordneten Einheiten 622 Offiziere und 920 Soldaten an. Seine Büros hatte das 2nd MGBat(Sep) im Wiesbadener Landeshaus bezogen.
Im November 1945 wurden die Detachments G-36 (Groß-Gerau), H-59 (Alsfeld), H-60 (Erbach), H-69 (Hünfeld), H-70 (Melsungen), H-71 (Rotenburg) und H-73 (Witzenhausen) aufgelöst. Im Regierungsbezirk Kassel fand eine umfassende Neuordnung des Detachment-Systems statt. Mit Ausnahme von G-39 (Marburg) kontrollierte dort jetzt jedes Detachment je zwei Kreise.
Der letzte Monat des Jahres 1945 brachte „grundlegende Veränderungen in der Organisation der Militärregierung in Groß-Hessen mit sich. Fast alle Aufgaben, für die zuvor die Kreis- und Regierungsbezirks-Detachments zuständig gewesen waren, wurden auf die deutsche Zivilregierung übertragen."[34] Mit der Organizational Direction Nr. 10 vom 15. Dezember 1945 wurden den Regierungsbezirks-Detachments auf Grundlage einer Anweisung von USFET[35] wesentliche Befugnisse im Finanz-, Justiz- und Sozialbereich entzogen. Parallel dazu ermächtigte die Organizational Direction Nr. 11 vom 24. Dezember 1945 den Ministerpräsidenten, die entsprechenden Abteilungen der Bezirksregierungen aufzulösen und deren Aufgaben auf Landesbehörden zu übertragen. Weitere Directions (12, 13, 14, 16) entzogen den Kreis- und Regierungsbezirksdetachments neben vielen anderen Aufgaben ihre Ernennungsbefugnisse und übertrugen sie auf den Ministerpräsidenten. Die Organizational Direction Nr. 19 vom 20. Juni 1946 gab diese Rechte an die inzwischen gewählten Orts- und Kreisparlamente weiter.[36]
Vor diesen Zentralisierungs- und Demokratisierungsmaßnahmen hatte sich „jeder Chef einer örtlichen Dienststelle als omnipotenter Besitzer eines politischen Schrebergartens" betrachtet, wie Samuel L. Wahrhaftig in seinen Erinnerungen an die Besatzungszeit in Hessen festhielt.[37]

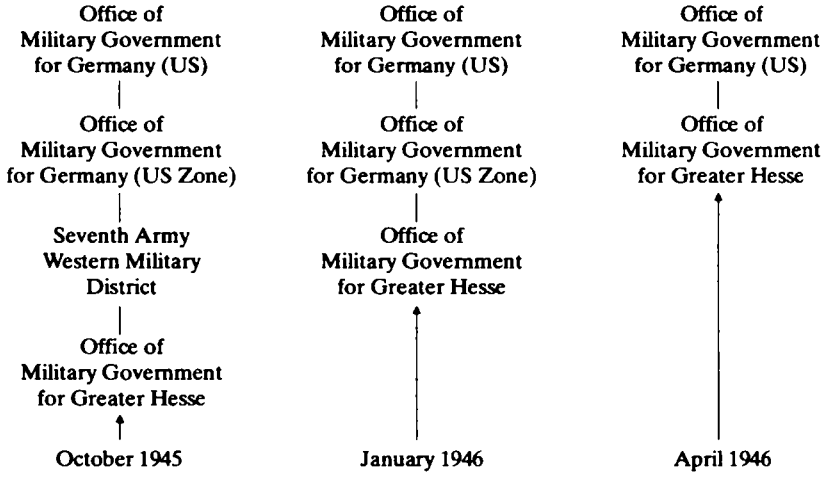
---

[32] Ebenda; OMGHE: Historical Report December 1945.
[33] General Order Nr. 1, Hq 2nd MGBat(Sep), 15.11.1945.
[34] OMGHE: Historical Report December 1945.
[35] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[36] Ebenda, Appendix; Organizational Directions in 8/216–3/5 und 8/216–3/4.
[37] Wahrhaftig: In jenen Tagen, S. 787.

Mit General Order Nr. 337 vom 14. Dezember 1945 des Headquarters US Forces, European Theater (USFET) wurde dem Western Military District und seinen Armeen die Kontrolle über die Landesmilitärregierung entzogen. Die Militärverwaltung behielt die Kriegsgerichtsbarkeit (general court martial jurisdiction) und die Hoheit in einigen militärischen und Sicherheitsfragen. Die Landesmilitärregierung war jetzt USFET gegenüber direkt verantwortlich. Sie konnte jedoch auch Anweisungen vom Office of Military Government for Germany, United States (OMGUS), in Berlin und vom Office of Military Government for Germany, US-Zone (OMGUSZ), in Frankfurt erhalten.[38] Die dadurch geschaffene unklare Befehlssituation, die Kompetenzstreitigkeiten innerhalb der amerikanischen Regierung zum Ausdruck brachte,[39] beendete USFET mit General Order Nr. 61 vom 7. März 1946. Diese Anordnung löste OMGUSZ auf und übertrug seine Aufgaben an OMGUS. Die Ländermilitärregierungen wurden unter Aufsicht des für OMGUS verantwortlichen stellvertretenden Militärgouverneurs der Vereinigten Staaten in Deutschland gestellt. Die von General Order Nr. 337 festgelegte Hoheit der Armee in juristischen und militärischen Fragen blieb erhalten. Armee und Militärregierung wurden darin weiter zu einer engen Zusammenarbeit in der Nachrichtenbeschaffung, technischen Hilfe u. a. verpflichtet.[40]

Übersicht 2: Entwicklung der Befehlskette zwischen der amerikanischen Militärregierung in Hessen und ihren vorgesetzten Dienststellen, Oktober 1945 bis April 1946[41]

CHAIN OF COMMAND



[38] General Order Nr. 337, USFET, 14.12.1945 wurde am 19.2.1946 durch General Order Nr. 43, USFET, ergänzt. Beide Orders in: 12/226-1/1-11 ⟨26 of 54⟩; vgl. auch 8/179-1/8. Der mit General Order Nr. 188, USFET, 12.8.1945 eingerichtete Western Military District wurde mit General Order Nr. 1, USFET, 2.1.1946, wieder aufgelöst. An die Stelle des Hessen umfassenden Districts trat die 7. US-Armee. Diese beendete mit General Order Nr. 66, USFET, 13.3.1946, ihre Tätigkeit (vgl. 12/226-1/1-11 ⟨26 of 54⟩).

[39] Vgl. Ziemke: Occupation of Germany, vor allem S. 401 ff.

[40] 12/226-1/1-11 ⟨26 of 54⟩.

[41] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946, Appendix.

Eine entscheidende Veränderung in Struktur und Organisation der Militärregierung markierte die Auflösung aller Detachments durch General Order Nr. 14 vom 28. Mai 1946. An die Stelle der Detachments traten Liaison & Security Offices (LSOs, ungefähr: Verbindungs- und Sicherheitsbüros) in allen Land- und Stadtkreisen, die bereits mit General Order Nr. 13 vom 21. Mai 1946 eingerichtet worden waren. Neben ihren „Verbindungs"-Aufgaben hatten sich die LSOs um die öffentliche Sicherheit, die Entnazifizierung und die Militärgerichtsbarkeit zu kümmern.
Auf Landesebene trat mit General Order Nr. 15 vom 29. Mai 1946 das Office of Military Government for Greater Hesse (OMGGH), das zum 3. Juni 1946 innerhalb des 2nd MGBat(Sep) gebildet wurde, offiziell an die Stelle des Detachments E-5.[42] Am 8. April wurde die Bezeichnung dann in „Office of Military Government for Hesse" (OMGHE) umgeändert.
Diese organisatorischen Veränderungen, die Col. Newman bereits am 11. Februar 1946 in einer Denkschrift an den Stellvertretenden Militärgouverneur, Lucius D. Clay, in Grundzügen formuliert hatte, brachten den Funktionswandel der Militärregierung zum Ausdruck: An Stelle direkter Eingriffe und eigener Mitwirkung wurden die deutschen Exekutivorgane nun beaufsichtigt und kontrolliert. Diese deutschen Verwaltungseinrichtungen konnten seit der Durchführung von Wahlen (Gemeindewahlen am 20./27. Januar 1946, Kreistagswahlen am 28. April 1946, Wahlen in den Stadtkreisen am 26. Mai 1946) auch demokratische Legitimation beanspruchen.
Auf Landesebene erfolgten die Wahlen zur Verfassungberatenden Landesversammlung am 30. Juni 1946. In der Versammlung verfügten die SPD über 42, die CDU über 35, die KPD über sieben und die LDP über sechs Abgeordnete. Die Landtagswahl vom 1. Dezember 1946, bei der gleichzeitig die Landesverfassung zur Abstimmung gestellt wurde, brachte der SPD 38, der CDU 28, der LDP 14 und der KPD zehn Sitze.
An die Stelle der von dem parteilosen Karl Geiler geführten Landesregierung trat am 3. Januar 1947 eine Koalitionsregierung aus SPD und CDU unter dem Ministerpräsidenten Christian Stock (SPD). Obwohl die Militärregierung Präferenzen für den von ihr ausgewählten und eingesetzten Geiler hatte, mußte sie den Personalvorschlägen der durch demokratische Wahlen legitimierten Parteien zustimmen, wollte sie nicht ihren eigenen Grundsätzen untreu werden.[43]
Der Verfassungskompromiß von CDU und SPD fand nach einigen Veränderungen die Zustimmung von OMGHE und OMGUS. Auf Verlangen von OMGUS mußte der Artikel 41 einer gesonderten Volksabstimmung unterworfen werden. Dieser Artikel sah die Sofortsozialisierung von Bergbau-, Energieversorgungs-, eisen- und stahlerzeugenden Unternehmen sowie von bestimmten Verkehrsbetrieben vor. Im Volksentscheid vom 1. Dezember 1946, gleichzeitig mit der Landtagswahl und der Abstimmung über die Annahme der Verfassung durchgeführt, wurde der Artikel mit 72 Prozent der Stimmen angenommen. Die Landesregierung setzte daraufhin die Besitzer der somit „sozialisierten" Betriebe als Treuhänder ein. Die praktische Umsetzung der von SPD und Teilen der CDU entwickelten Sozialisierungsmodelle scheiterte schließlich an Unstimmigkeiten innerhalb der SPD/CDU-Koalition, am hinhaltenden Widerstand der Militärregierung und an juristischen Schritten, die die oppositionelle LDP/FDP einleitete.[44]
Zur Entspannung des Verhältnisses zwischen Militärregierung und deutscher Bevölkerung trug die Aufhebung des Ausgehverbots im April 1946 bei.[45]

---

[42] Ebenda; auch 5/41–1/20.
[43] Wahrhaftig: In jenen Tagen, S. 104.
[44] Kropat: Hessen in der Stunde Null, S. 121, 260 ff.
[45] 8/53–1/26.

Mit USFET Circular Nr. 71 vom 25. Mai 1946 wurden Resource Boards eingerichtet und deren Aufgaben definiert. Angesichts der enormen Versorgungsprobleme auf allen Ebenen sollten die Boards als Koordinationsgremien zwischen Armee und Militärregierung für beide Seiten zufriedenstellende Lösungen finden. In Hessen wurde 1947 ein Land Resource Board ins Leben gerufen, der von sechs Local Resource Boards unterstützt wurde. Die Boards waren bei den Military Posts (amerikanische Militärstandorte) angesiedelt und bestanden aus je einem Vertreter der Militärregierung und der Armee.[46]

4. Organisation und Entwicklung der amerikanischen Militärregierung in Hessen

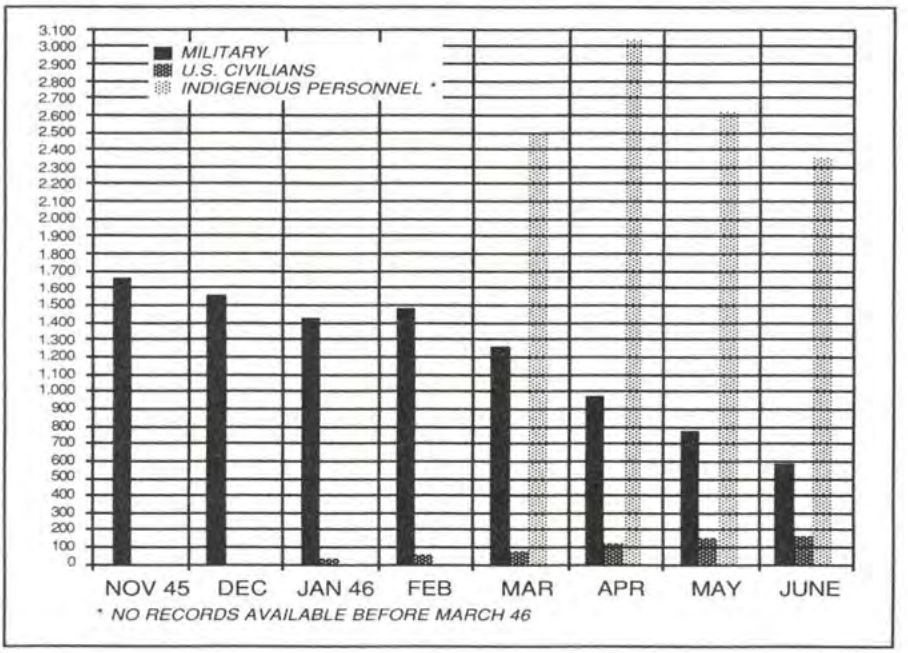
Für personelle Kontinuität in der hessischen Militärregierung sorgte James R. Newman, ein „früherer West Pointer" und Kenner der Army, der der hessischen Militärregierung von Beginn an bis zur Auflösung als Direktor vorstand.
In Command & Executive (Kommando und Exekutive: Stabsabteilung) wurde der Direktor von Anfang an von einem Deputy Director unterstützt, der als Deputy Director for Operations bis Juni 1946 für die Kontrolle der LSOs zuständig war. Nach der Eingliederung der früheren SHAEF Enklave Frankfurt im September 1945 war der im November dieses Jahres eingesetzte zweite Deputy Director for Frankfurt zuständig. Diese Stelle entfiel jedoch am 13. Oktober 1947, als der Stelleninhaber (Robert K. Phelps) zum Bipartite Control Office versetzt wurde.[47]
Eine wichtige Rolle im Verwaltungsgang spielten der Executive Officer und der Assistant Executive Officer. Beide waren im internen Befehlsstrang zeichnungsberechtigt (wie auch der Deputy Director).[48] Zunächst hatten diese beiden Offiziere an der Spitze der Befehlspyramide im 2nd MGBat(Sep) gestanden, wurden aber mit dem Aufbau von OMGHE auch den Divisions übergeordnet. Nach der Umstrukturierung in der ersten Jahreshälfte 1947 erhielt das Battalion im Juli einen Director of Administrative Services, was auch die geringer werdende Bedeutung militärischer Elemente in der Militärregierung andeutet. Für Personalangelegenheiten hatte bis März 1946 (Einrichtung einer eigenen Personnel Division) der Adjutant im 2ndMGBat(Sep) die Hauptzuständigkeit. Er verfügte über ein eigenes Büro, das bis zu zehn Mitarbeiter umfaßte.
Am Tag der Aufstellung (15. September 1944) gehörten dem späteren Regierungsdetachment E-5 114 Offiziere und 36 Mann an.[49] Ein Jahr später, am 15. November 1946, waren es bereits 114 Offiziere und 52 Mannschaften.[50] Im Juni 1946 betrug die Zahl des US-Personals (Offiziere, Soldaten und Zivilisten) in der Militärregierung für Hessen 618.[51] Diese Zahl sank kontinuierlich, während sich die Zahl der deutschen Mitarbeiter der Militärregierung zunächst deutlich erhöhte. So arbeiteten im August 1946609 Amerikaner und 2196 Deutsche in OMGGH.[52] Bis zum Dezember war der

[46] OMGHE: Historical Report April – July 1947, Appendix.
[47] OMGHE: Historical Report October – December 1947. Dort wird das „Office" noch als „Council" bezeichnet.
[48] 8/193-2/4.
[49] 8/187-1/2.
[50] OMGHE: Historical Report November 1945.
[51] 8/179-3/8.
[52] 8/179-3/6.

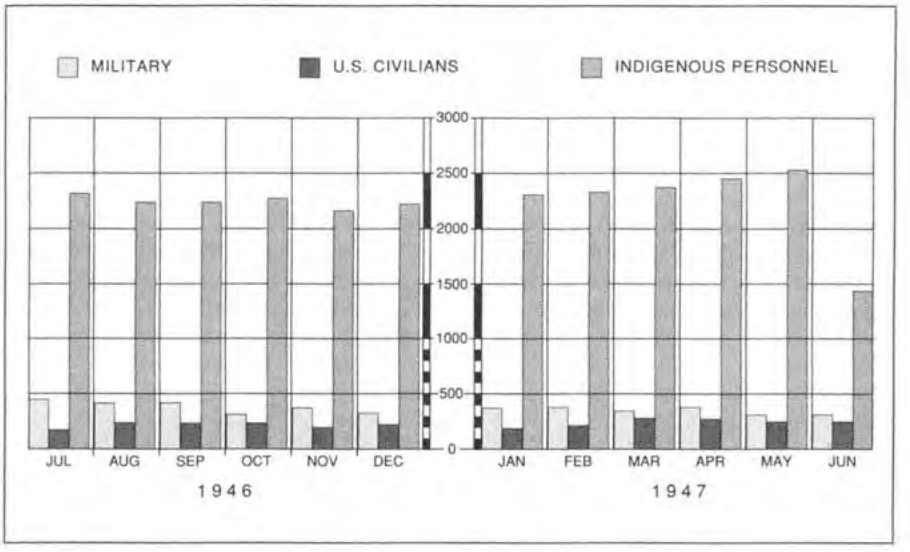
Personalstand der Deutschen auf 2997 angewachsen, während die Zahl der Amerikaner nur noch 545 betrug.[53]
Diese Verschiebungen sind Ausdruck des „ever current personnel problem", von dem im zweiten großen Historical Report die Rede ist.[54] Das Personalproblem zeigte sich einerseits in der starken Fluktuation und andererseits im ständigen Mangel an qualifiziertem Personal. Die übliche „Überseedienstzeit" für US-Soldaten dauerte 30 Monate. Nur wenige Mitarbeiter der Militärregierung verlängerten ihre Dienstzeit auf 36 Monate. Diesen Schwierigkeiten versuchte OMGUS mit einem Civilianization Program zu begegnen: Durch Anschlußarbeitsverträge auf Angestelltenbasis sollten qualifizierte Mitarbeiter zu einem längeren Verbleiben in Deutschland gebracht werden.[55]
Im Juni 1947 startete OMGHE ein Ausbildungsprogramm, das amerikanische Universitätsabsolventen auf eine Tätigkeit in der Militärregierung vorbereiten sollte.[56] Trotz dieser Maßnahmen blieb der Personalmangel bestehen; oft konnten nicht einmal alle zur Verfügung stehenden Stellen besetzt werden. In einzelnen Fällen versuchte die Militärregierung, durch Beantragung der Höhergruppierung von Stellen in besonders wichtigen Bereichen (z.B. Press Branch) besser qualifiziertes Personal zu bekommen.[57] Regelmäßig gab es Unstimmigkeiten zwischen OMGUS und OMGHE, wenn die Personalzuweisung durch die vorgesetzte Dienststelle nicht den Wünschen von OMGHE entsprach.[58] Diese Probleme führten dazu, daß in den OMGUS-Akten widersprüchliche Angaben über Personalstärke und -ausstattung keine Seltenheit sind. Weitere Ursachen für die Personalprobleme sind in der starken internen Fluktuation in OMGHE und auch in Unklarheiten im Verhältnis zwischen OMGHE und dem 2nd MGBat(Sep) zu suchen.[59] So geben die folgenden Balkendiagramme zwar durchaus richtige Tendenzen der Personalentwicklung wieder, stimmen aber nicht genau mit den an anderen Stellen genannten Zahlen überein.

[53] 8/179-3/4.
[54] OMGHE: Historical Report July - December 1946.
[55] Ebenda.
[56] OMGHE: Historical Report April - July 1947.
[57] 8/179-3/4.
[58] So z.B. Legal Division, ebenda.
[59] OMGHE: Historical Report October 1945 - June 1946.

Übersicht 3: Personalentwicklung von OMGHE, November 1945 – Juni 1946[60]



Übersicht 4: Personalentwicklung von OMGHE, Juli 1946 – Juni 1947[61]



[60] 5/41–1/19.
[61] OMGHE: Historical Report April – July 1947, Annex L.

Eine Verringerung der Personalstärke um 42% trat im zweiten Vierteljahr 1947 ein, als die Versorgungsaufgaben (housekeeping activities) von OMGHE an die Military Posts, d.h. die amerikanischen Militärstandorte, übertragen wurden. Das amerikanische Personal verringerte sich von 530 am 30. April 1947 auf 443 am 30. Juni 1947. Noch einschneidender war die Veränderung bei den deutschen Stellen. Ihre Zahl sank von 2583 am 30. April 1947 auf 1360 am 30. Juni 1947. Fast alle bisher bei OMGHE Beschäftigten wurden jedoch von den Military Posts übernommen.[62] Im Zuge der fortschreitenden Abgabe von Kompetenzen an deutsche Stellen verringerte sich das Personal der Militärregierung kontinuierlich, so zum Beispiel durch den Rückzug der Militärregierung aus der Entnazifizierung im Sommer 1948. Schon am 22. Januar 1948 hatte OMGUS angekündigt, das US-Personal der Militärregierung in Deutschland um 4000 Stellen zu kürzen.[63]
Für Hessen ergaben sich folgende Zahlen (Personalzuweisungen durch OMGUS):[64]

Übersicht 5: Personalzuweisungen an OMGHE durch OMGUS, Januar 1948 – September 1949

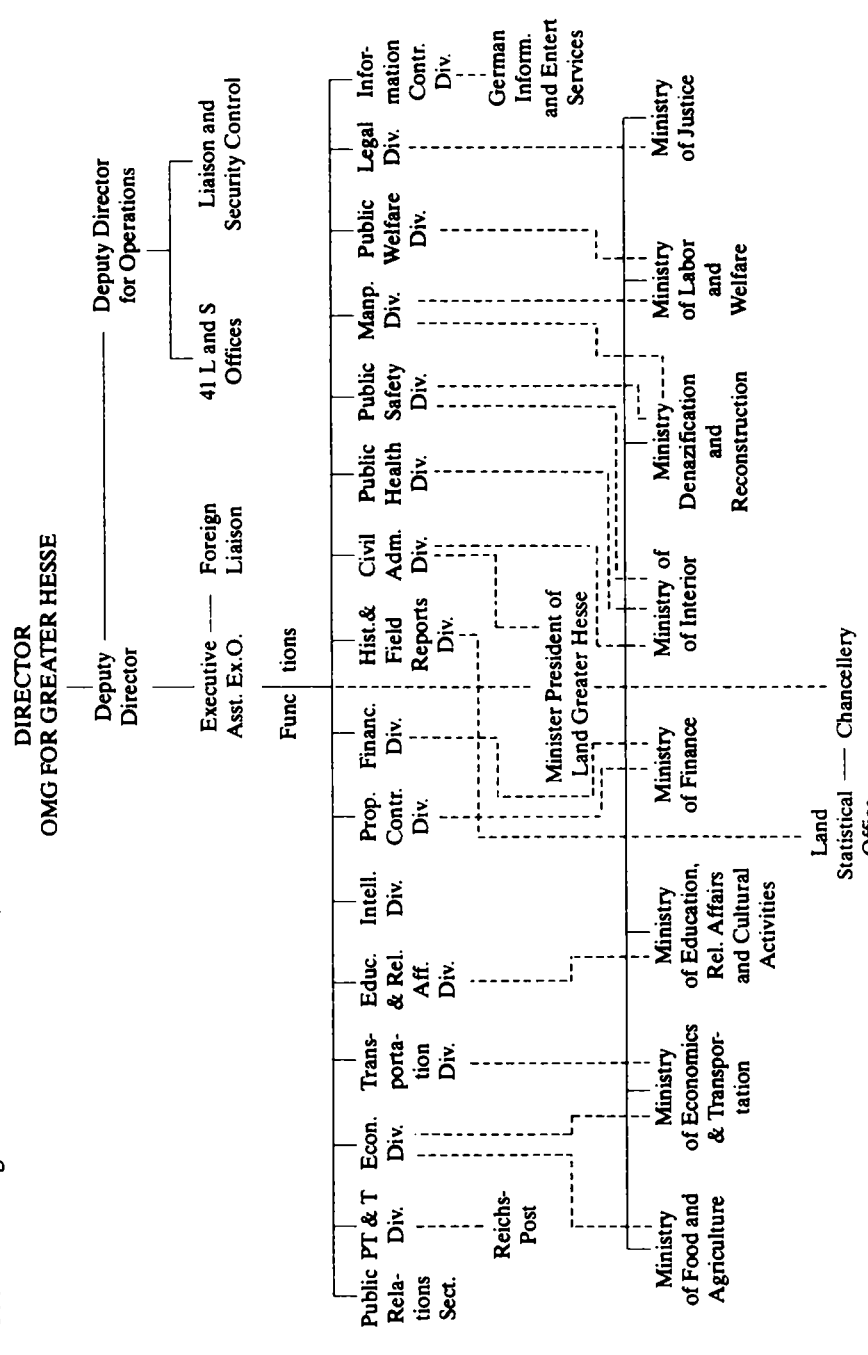
	US-Personal	Deutsches Personal
22. 1.1948	392	
5. 3.1948	234	
14. 5.1948	231	
5. 6.1948	232	
23. 8.1948	229	872
24. 9.1948	202	801
4.10.1948	210	
23.11.1948	214	
15. 1.1949	202	
28. 2.1949	183	460
31. 5.1949	175	460
30. 6.1949	168	460
31. 7.1949	140	488
31. 8.1949	130	488
20. 9.1949	129	492

Der Anteil von Militärs am Personal der Militärregierung sank bis zum 31. Juli 1949 auf Null. In den letzten Monaten amtierte eine völlig zivile „Militär"-Regierung.
Bis Juni 1946 war die Organisationsstruktur von OMGHE so ausgebaut, daß sie in ihren Grundzügen bis 1948 bestehen bleiben konnte. Die Übersicht 6 zeigt gleichzeitig die Zuständigkeiten für die deutschen Verwaltungseinheiten, die von den Abteilungen der Militärregierung (Divisions) kontrolliert wurden.

---

[62] OMGHE: Historical Report April – July 1947, S. 3.
[63] 8/179–3/4.
[64] Bis 23.11.1948: 8/179–3/4,
15.1. und 28.2.1949: 5/42–3/9 (assigned personnel),
31.5. und 30.6.1949: 5/42–3/10 (assigned personnel),
31.7. – 20.9.1949: 5/42–3/11 (assigned personnel).

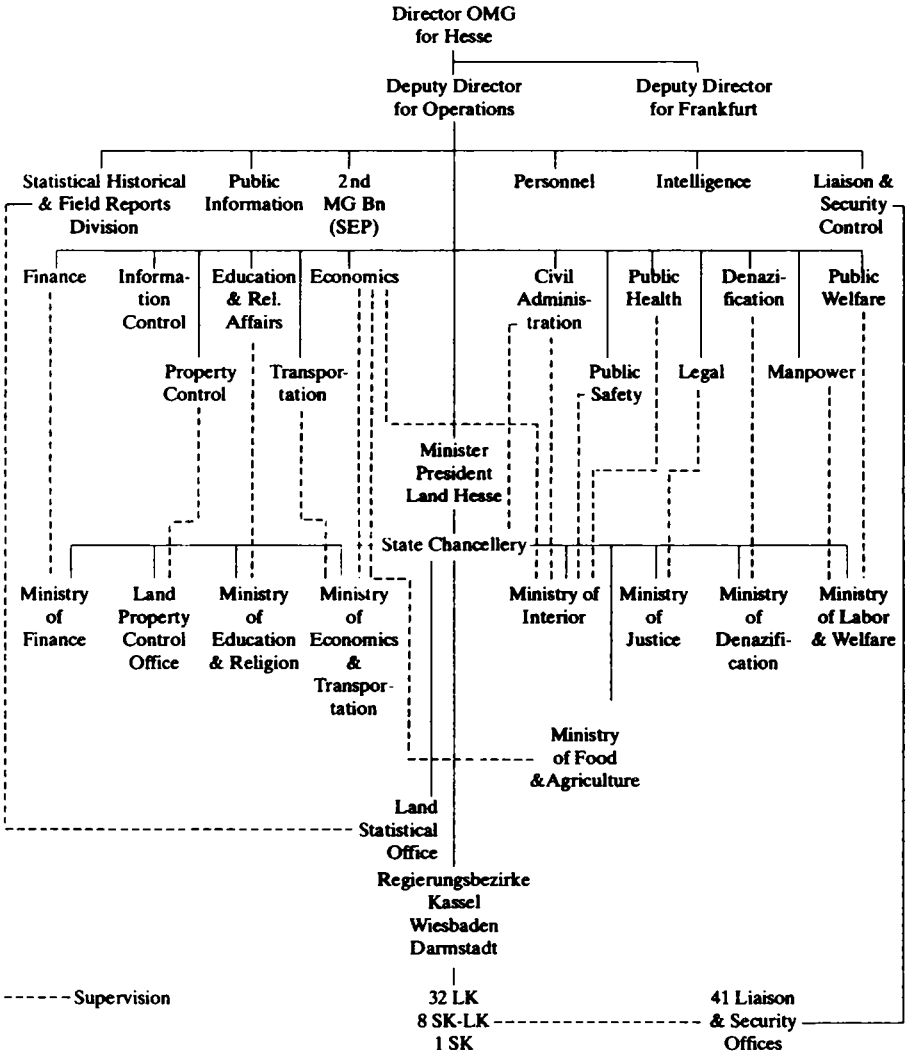
Übersicht 6: Organisation von OMGHE, Juni 1946[65]



[65] OMGE: Historical Report October 1945 – June 1946.

Im Juli 1946 wurde eine eigenständige Denazification Division eingerichtet.[66] Zum 31. Dezember 1946 stellte die Post, Telephone and Telegraph Division ihre Tätigkeit ein. Ihre Aufgaben – sofern sie nicht auf die Deutsche Post übertragen worden waren – übernahm die Communication Branch, OMGUS.[67]
Die folgende Übersicht vom Juni 1947 zeigt die Organisationsstruktur der Militärregierung nach diesen Veränderungen.

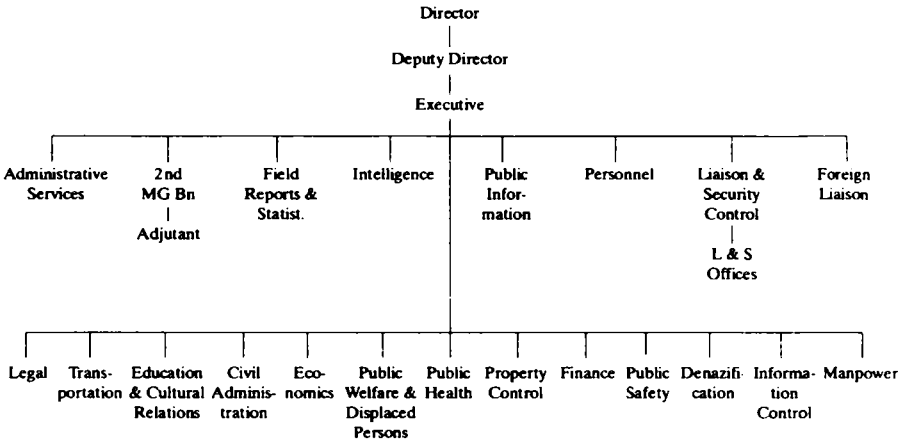
Übersicht 7: Organisation von OMGHE und hessischer Regierung, Juni 1947[68]



[66] Chronology, S. 23.
[67] OMGHE: Historical Report July – December 1946.
[68] 5/41-2/7.

Ende 1947 entfiel die Stelle des Deputy Director for Frankfurt. Für Administrative Services and Foreign Liaison wurden jetzt eigene Abteilungen eingerichtet. Die Administrative Services übernahmen gemeinsam mit der Personnel Division von dem in Auflösung begriffenen 2nd MGBat(Sep) die Verwaltungsaufgaben. In der inneren Verwaltung von OMGHE stellten sie keine eigenständige Einheit dar. Foreign Liaison faßte die Offiziere, die für den Kontakt mit anderen Staaten und deren DPs zuständig waren, zusammen.[69] Dadurch ergab sich zum 1. Januar 1948 folgende Organisationsstruktur.

Übersicht 8: Organisation von OMGHE, Januar 1948[70]

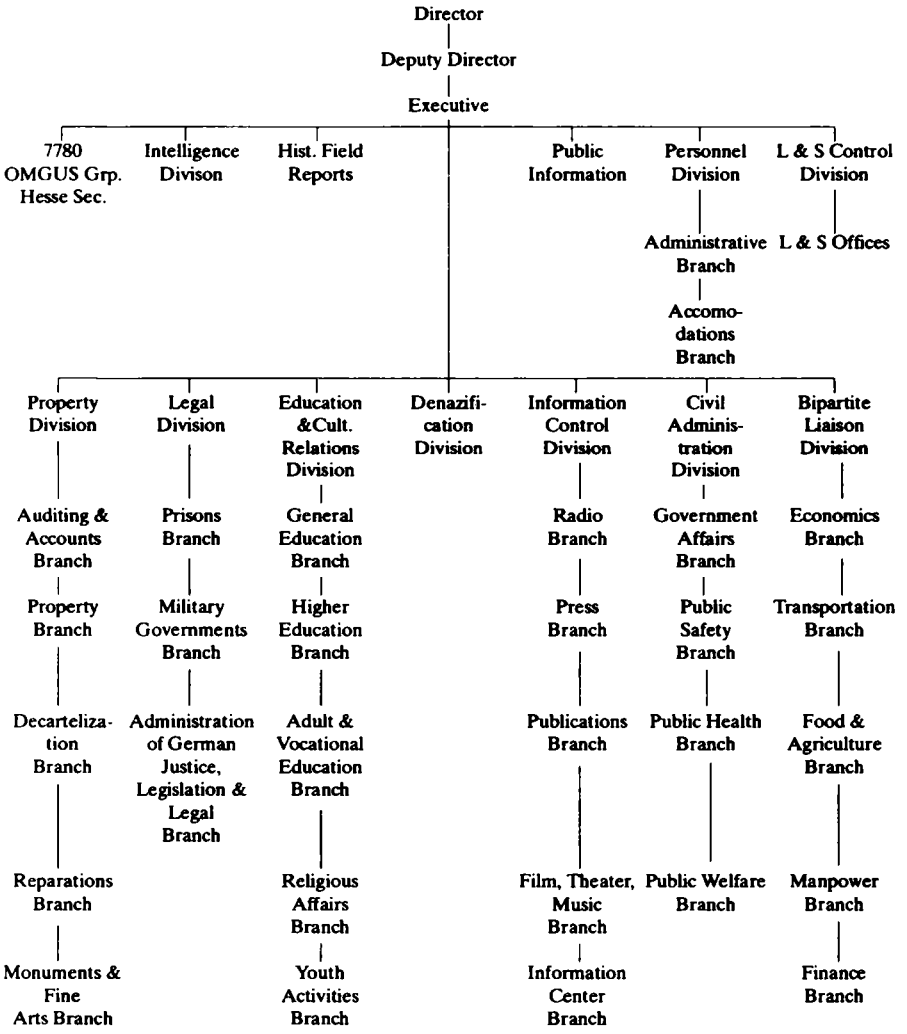


Mit General Order Nr. 4 vom 1. März 1948 strukturierte die Militärregierung die Education and Religious Affairs Division in Education and Cultural Relations Division um.[71] Im April 1948 kam es zu einer deutlichen Straffung des Organisationsaufbaus. General Order Nr. 5 vom 20. April 1948[72] – ein Befehl, der uns bei der Beschreibung der einzelnen Divisions und Branches noch häufig begegnen wird – löste folgende Divisions auf: Civil Administration, Public Health, Public Safety und Public Welfare & Displaced Persons. Ihre Aufgaben wurden der neu gebildeten Civil Administration Division übertragen, die sich nun aus den Branches Government Affairs, Public Health, Public Safety und Public Welfare & DPs zusammensetzte.
Weiter löste General Order Nr. 5 auch die Economics, Transportation, Manpower, Finance und Property Control Divisions auf. Die Aufgaben der Transportation, der Manpower und der Finance Division sowie der Food and Agriculture Branch – einer Abteilung der aufgelösten Economics Division – wurden auf die entsprechenden Branches der neu eingerichteten Bizonal Liaison Division übertragen, die bis auf die Bereiche Decartelization, Reparation, Restitutions und Monuments, Fine Arts & Archives auch alle anderen Aufgaben der Economics Division übernahm. Die noch

[69] OMGHE: Historical Report October – December 1947.
[70] 5/41–3/10.
[71] Ebenda.
[72] 8/215–1/3, auch in 5/41–3/10.

verbliebenen Aufgabenfelder übernahm die neu geschaffene Property Division, die darüber hinaus für Auditing and Accounts und die Aufgaben der Property Control zuständig war.[73]
Diese Straffung war einerseits durch die Übertragung von Aufgaben an deutsche Behörden ermöglicht worden und andererseits Folge der Errichtung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Bizone), die die USA und Großbritannien am 2. Dezember 1946 beschlossen hatten.

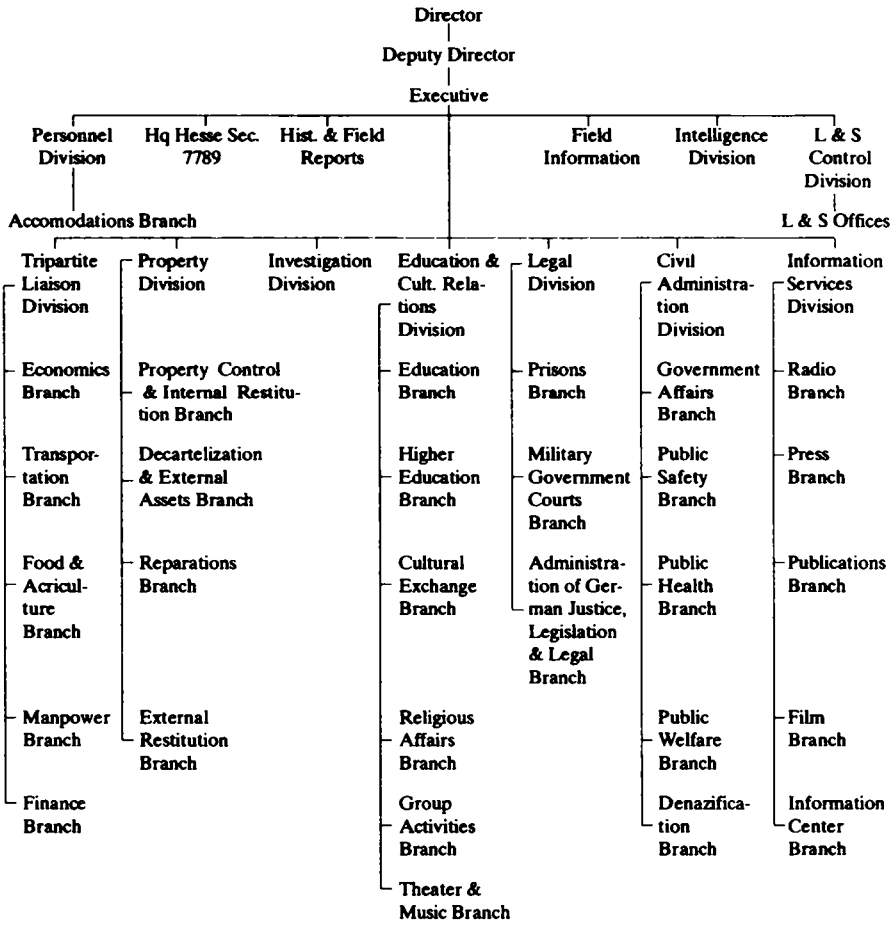
Übersicht 9: Organisation von OMGHE, 30. April 1948[74]



[73] Vgl. die entsprechenden Kapitel OMGUS-Hb, Teil Hessen B.
[74] 5/41–3/10.

Mit General Order Nr. 9, OMGHE, vom 6. August 1948 wurde die Information Control Division in Information Services Division umbenannt[75] – ein kleiner Hinweis auf das veränderte Selbstverständnis der Militärregierung.
Der Rückzug der Militärregierung aus der Entnazifizierung führte zur Herabstufung der Entnazifizierungsabteilung vom Status einer eigenständigen Division zu einer Branch der Civil Administration Division.[76] Die Enforcement Branch der Denazification Division hingegen wurde mit General Order Nr. 13 vom 23. August 1948 zur Investigation Division umgebildet. Diese hatte nun im Auftrag des Direktors von OMGHE kriminalistische sowie Kontrollaufgaben durchzuführen und außerdem Beschwerden und Klagen nachzugehen.[77]

Übersicht 10: Organisation von OMGHE, 31. Oktober 1948[78]

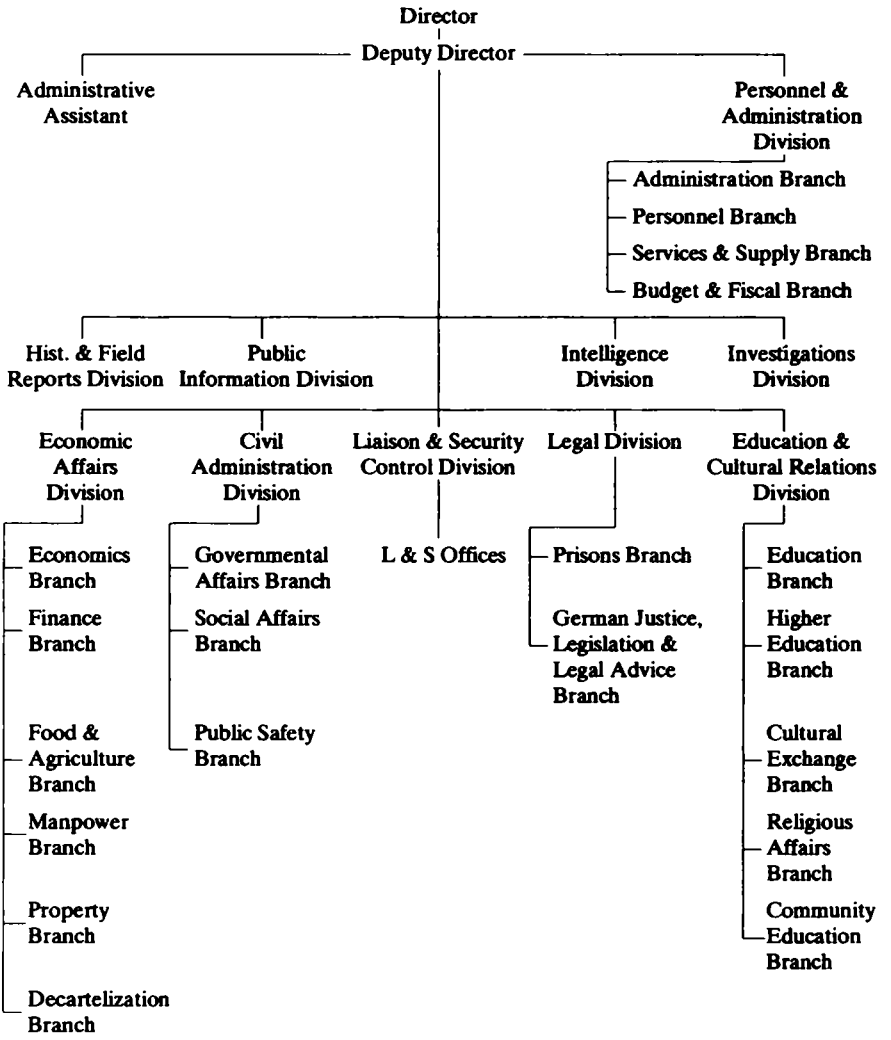


[75] Ebenda.
[76] Ebenda (General Order Nr. 13, OMGHE, 23.8.1948).
[77] Ebenda.
[78] Ebenda.

Bis 30. Juni 1949 blieb die Organisationsstruktur unverändert.[79] Im Juli wurde die Property Division als Property Branch in die Economic Affairs Division (bisher: Bipartite Liaison Division) eingegliedert. Die Information Services Division wurde aufgelöst. Der Executive Officer wurde durch einen Administrative Assistant ersetzt.[80]

In dieser Form blieb die Organisation der amerikanischen Militärregierung in Hessen bis zu ihrer Auflösung am 20. September 1949 bestehen.[81] An ihre Stelle trat nach der Charter of the Allied High Commission for Germany vom 6. Juli 1949[82] ein U.S. Land Commissioner, der von Kreis Resident Officers unterstützt wurde.[83]

Übersicht 11: Organisation von OMGHE, 31. Juli 1949[80]



[79] 5/42–3/10.
[80] 8/42-3/11
[81] Ebenda.
[82] 8/213–2/15.
[83] 8/189–1/9.

5. Die lokale und regionale Verwaltung der Militärregierung. Die Detachments

Ende März, Anfang April 1945 – meist direkt hinter der kämpfenden Truppe – bezogen die meisten Militärregierungs-Detachments ihre Standorte und begannen mit der Arbeit. Diese Arbeit schien schier unerschöpflich, umfaßte sie doch nicht weniger als den Aufbau und die Kontrolle aller Bereiche der öffentlichen Verwaltung. Bis zur Konsolidierung einer Landesmilitärregierung hatten die Detachments in ihren Zuständigkeitsbereichen also die alleinige Verantwortung, aber auch die Hauptlast der Arbeit zu tragen.

Je nach Aufgabe und Größe waren die Detachments als E-, F-, G-, H- oder I-Detachments klassifiziert. Die E-Detachments waren die größten und am meisten spezialisierten. Sie waren zuständig für einzelne Länder, Provinzen oder sehr große Stadtkreise. Ursprünglich mit einer Personalausstattung von ungefähr 30 Offizieren und circa 50 Soldaten geplant, erreichten einige von ihnen eine wesentlich größere Dimension. Die F-Detachments unterschieden sich nur geringfügig von den E-Detachments. Zuständig für Regierungsbezirke und Stadtkreise, waren sie mit circa 25 Offizieren und etwa doppelt so viel Soldaten ausgestattet. Die G-Detachments waren vorgesehen für Städte, kleinere Regierungsbezirke und größere Landkreise. Ihre personelle Ausstattung lag in der Planung bei etwa zwölf Offizieren und circa 20 Mann. Die H- und I-Detachments schließlich waren die kleinsten Einheiten und sollten mit circa vier bis sechs Offizieren und etwa zehn Soldaten für kleinere Städte und kleine und weniger wichtige Landkreise zuständig sein.

Die personelle Ausstattung der Detachments stieg im Sommer 1945 in vielen Fällen auf das Doppelte der Soll-Zahlen an, sank dann aber kontinuierlich, so daß oft die angegebenen Sollstärken unterschritten wurden. Die Spezialisierung des Personals korrespondierte mit der Größe der Detachments. Hatten die E-Detachments für fast alle Aufgaben einen eigenen Spezialisten, so mußte in den I-Detachments häufig ein Offizier vier oder fünf Funktionen übernehmen.

Zunächst hatten die Detachment-Bezeichnungen aus zwei Buchstaben/Zahlen-Kombinationen bestanden, die Größe, Nummer und Truppenzugehörigkeit angaben, (z. B. E1A2 = 1. E-Detachment, Company A, 2nd ECA Regiment). Diese Bezeichnungen wurden zum 15. August 1945 durch Anweisung des Hauptquartiers des 2nd ECA Regiments so geändert, daß mit dem ersten Buchstaben die Größe des Detachments angegeben und eine laufende Nummer angefügt wurde (z. B. wurde E1A2 zu E-5).

In Übereinstimmung mit den ursprünglichen Plänen der Amerikaner, zwei Länder auf dem Gebiet des heutigen Hessen zu errichten, hatten für das geplante Land Hessen-Nassau (bestehend aus den Provinzen Kurhessen und Nassau) in Marburg (E-2/E1G2) und für das Land Hessen in Darmstadt (E-3/E1B2) zunächst zwei Länder-Detachments ihre Arbeit aufgenommen. Als Provinzial-Detachments agierten E-4 (E1C2) in Kassel (Provinz Kurhessen), E-5 (E1A2) in Wiesbaden (Provinz Nassau) und E-6 (E1D2) in Frankfurt (SHAEF Enclave). Mit der Schaffung des Landes Greater Hesse durch die Proklamation Nr. 2 war diese Zuständigkeitsverteilung überholt. Das Detachment E-2 in Marburg unter seinem nicht sehr geschickten Kommandanten Col. Charles T. Johnson wurde aufgelöst und seine Ausrüstung dem nun landesweit verantwortlichen Detachment E-5 in Wiesbaden überstellt.[84] E-4 übernahm die Zuständigkeit für den Regierungsbezirk Hessen (später Regierungsbezirk Darmstadt).

---

[84] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.

Parallel zur Errichtung des Landes Groß-Hessen und mit der Übernahme der Zuständigkeit für den gesamten Landesbereich durch E-5 in Wiesbaden wurde auch die SHAEF Enclave aufgelöst, E-6 zum Stadtkreis-Detachment für Frankfurt erklärt und das Gebiet der SHAEF Enclave dem gleichzeitig für den Regierungsbezirk Wiesbaden zuständigen Detachment E-5 unterstellt. So blieben ab Oktober 1945 noch drei Regierungsbezirks-Detachments bestehen und zwar E-3 in Darmstadt, E-4 in Kassel und E-5 in Wiesbaden.

Das Darmstädter Detachment E1B2 war am 16. September 1944 unter seinem kommandierenden Offizier Major Charles J. Gregg bei Rochefort in Frankreich aufgestellt und auf seine Aufgaben vorbereitet worden. Nachdem Ende Oktober 1944 Lt.Col. Clare R. Davis das Kommando über das Detachment übernommen hatte, führte sein Weg über Verdun, Joudreville, St. Avold (Frankreich) und Rumelange nach Esch in Luxemburg (Februar 1945). Als eine der Spearhead Units erreichte E1B2 schließlich am 26. März 1945 seinen Einsatzort Darmstadt.[85]

Die Personalstärke von E-3 (E1B2) wird bei der Aufstellung mit elf Offizieren und sechs Mann angegeben. Im Sommer und Herbst 1945 überschritt das Detachment seine Sollstärke teilweise erheblich und erreichte Zahlen von weit über 70 Offizieren und mehr als das Doppelte an Soldaten. Von Ende des Jahres 1945 bis zur Auflösung der Regierungsbezirks-Detachments Anfang Juni 1946 pendelte die Zahl des Personals, überstieg aber nie die Größenordnung von 10–15 Offizieren und 20–25 Mann.[86] Die kommandierenden Offiziere von E-3 (E1B2) waren Lt.Col. Clare R. Davis, Lt.Col. William T. Burt (ab November 1945), Lt.Col. R. W. Copeland (ab Januar 1946) und Lt.Col. William R. Swarm (ab Ende Februar 1946).

Das Regionaldetachment E1C2, das am 18. April 1945 an seinem Einsatzort Kassel eingetroffen war, hatte vorher dem Military Government Training Center der 9. US-Armee angehört und dort sowohl Amerikaner als auch Briten auf ihre Aufgaben im Rahmen der Militärregierung vorbereitet.[87]

Die 41 Offiziere und 48 Soldaten, die von Tirlemont (Belgien) über Lintfort und Bielefeld nach Kassel gekommen waren, unterstanden der 9. US-Armee (ab Mai 1945 der 7. US-Armee) und waren zuständig für den Regierungsbezirk Kassel und als Provinzial-Detachment gleichzeitig für die Provinz Kurhessen und die hessischen Landkreise Alsfeld, Lauterbach und Gießen.[88] Der kommandierende Offizier von E-4 (E1C2) war von April 1945 bis zur Auflösung des Detachments im Juni 1946 Lt.Col. Arthur Skarry.

Für das Berichtswesen der Regierungsbezirks-Detachments sollen zwei Beispiele genügen. Bis zur Übernahme der landesweiten Verantwortlichkeit durch E-5 im Oktober 1945 waren die Detachments den jeweiligen G-5-Abteilungen der entsprechenden Armee gegenüber berichtspflichtig, danach gegenüber E-5. Die Berichte folgen mit geringen Abweichungen einem Raster und werden mit abnehmenden Kompetenzen der Regierungsbezirks-Detachments weiter standardisiert.

---

[85] 8/190–2/8.
[86] 8/188–3/3 und 8/190–2/8.
[87] 8/187–2/3.
[88] Ebenda.

Übersicht 12: Raster eines Berichts des Detachments E-4 (E1C2) vom Spätfrühjahr 1945[89]

1. Military Government Staffs
2. Civil Administration
3. Political
4. Press and Information Services
5. Public Safety
6. Courts
7. Education
8. Fiscal
9. Property Control
10. Monuments, Fine Arts and Archives
11. Natural Resource
12. Agriculture, Fisheries and Forestry
13. Trade and Industry
14. Labor
15. Civilian Supply
16. Public Works and Utilities
17. Public Health and Welfare
18. Displaced Persons and Refugees

Übersicht 13: Raster eines Berichts des Detachments E-3 (E1B2), Frühjahr 1946[90]

1. Summary of the situation
2. Special Branch
3. Civil Administration
4. Political Intelligence and Activities
5. Public Safety
6. Legal
7. Property Control

Da den Detachments in der ersten Phase der Militärregierung die Hauptlast der Arbeit zufiel, soll die folgende Aufstellung Aufschluß über Standorte und Zuständigkeitsbereiche der im Sommer 1945 lokalisierbaren Detachments auf dem Gebiet des späteren Groß-Hessen geben. Zur Vereinfachung werden die Detachmentbezeichnungen, die bis 15. August 1945 galten, in Klammern angeführt. Der Standort wird in Großbuchstaben angegeben, dann folgt der Zuständigkeitsbereich.

Übersicht 14: Regionale, lokale und funktionale Detachments in Hessen, Sommer 1945

Regionale Detachments

E-2	(E1G2)	MARBURG Land Hessen-Nassau (Provinzen Kurhessen und Nassau)
E-3	(E1B2)	DARMSTADT Land Hessen, später RB Hessen, dann RB Darmstadt
E-4	(E1C2)	KASSEL Provinz Kurhessen, dann RB Kassel
E-5	(E1A2)	WIESBADEN (vorher NEUSTADT) Provinz Nassau, RB Wiesbaden, ab Oktober 1945 Groß-Hessen
E-6	(E1D2)	FRANKFURT/M. SHAEF Enclave, ab Juli 1945 SK Frankfurt

[89] 8/11-2/2.
[90] 8/188-3/4.

Lokale Detachments

F-12	(F1B2)	DARMSTADT LK Darmstadt. Für den SK Darmstadt war anfangs H5A9 zuständig, das zwischen dem 19. und 26. Juli mit dem aus Saarbrücken eintreffenden H1A2 zusammengelegt wurde. Ab 23. August 1945 wurde aus H1A2 und F1B2 das Detachment F-12 SK und LK Darmstadt gebildet. H-64 Ober-Ramstadt (ab September 1945) und G-36 LK Groß-Gerau (ab November 1945)
F-13	(F2B2)	OFFENBACH SK und LK Offenbach und G-37 Sprendlingen (ab Sept. 1945)
F-14	(H1C2)	KASSEL SK und LK Kassel, bis Frühjahr 1946 I-144 LK Wolfhagen, ab Frühjahr 1946 H-70 LK Melsungen
F-15	(F1D2)	WIESBADEN SK Wiesbaden
G-31	(I6B2)	BENSHEIM/Frühjahr 1946 HEPPENHEIM LK Bergstraße und H-60 LK Erbach (November 1945)
G-32	(I10D2)	BÜDINGEN LK Büdingen
G-33	(H1B2)	DIEBURG LK Dieburg
G-34	(I11D2)	FRIEDBERG LK Friedberg
G-35	(H5D2)	GIESSEN SK Gießen und H-61 LK Gießen (ab September 1945)
G-36	(H3B2)	GROSS-GERAU LK Groß-Gerau, ab November 1945 zu F-12
G-37		SPRENDLINGEN ab September 1945 zu F-13
G-38	(I4C2)	FRITZLAR LK Fritzlar-Homberg und H-74 LK Ziegenhain (ab November 1945)
G-39	(F1C2)	MARBURG SK und LK Marburg
G-40	(H1D2)	FULDA SK und LK Fulda und H-69 LK Hünfeld (ab November 1945)
G-41	(I5D2)	WETZLAR LK Wetzlar
G-48	(I6C2)	KORBACH LK Waldeck und H-66 LK Frankenberg sowie I-142 Arolsen (Teil von LK Waldeck)
H-59	(I9D2)	ALSFELD LK Alsfeld, ab November 1945 zu H-62
H-60	(I8B2)	ERBACH LK Erbach, ab November zu G-31
H-61	(H5D2)	GRÜNBERG LK Gießen, ab Ende September 1945 zu G-35
H-62	(I9C2)	LAUTERBACH LK Lauterbach und H-59 LK Alsfeld (ab November 1945)
H-64	(I4B2)	OBER-RAMSTADT LK Darmstadt, ab September zu F-12
H-65	(I8C2)	ESCHWEGE LK Eschwege und H-73 LK Witzenhausen (ab November 1945)
H-66	(I3C2)	FRANKENBERG LK Frankenberg, ab November 1945 zu G-48
H-67	(I1C2)	HERSFELD LK Hersfeld und H-71 LK Rotenburg (ab November 1945)

H-68 (I5C2) HOFGEISMAR
LK Hofgeismar und I-144 LK Wolfhagen (ab Mai 1946)

H-69 (H5C2) HÜNFELD
LK Hünfeld, ab November 1945 zu G-40

H-70 (I2C2) MELSUNGEN
LK Melsungen und Mai bis Oktober 1945 H-71 LK Rotenburg

H-71 ROTENBURG
LK Rotenburg, Mai bis Oktober 1945 zu H-70, ab November 1945 zu H-67

H-73 (H2C2) WITZENHAUSEN
LK Witzenhausen, ab November 1945 zu H-65

H-74 (E2C2) ZIEGENHAIN
LK Ziegenhain, ab November 1945 zu G-38

H-76 (I4G2) BIEDENKOPF
LK Biedenkopf, ab 20. Oktober 1945 zu H-77

H-77 (H3D2) DILLENBURG
Dillkreis und H-76 LK Biedenkopf (ab 20. Oktober 1945)

H-78 (I1D2) GELNHAUSEN
LK Gelnhausen und H-84 LK Schlüchtern (ab November 1945)

H-79 (H2D2) HANAU
LK und SK Hanau

H-80 (I6D2) LIMBURG/WEILBURG (ab 15. Oktober 1945)
LK Limburg und H-82 Oberlahnkreis (ab Oktober 1945)

H-81 (I8D2) HOFHEIM
Main-Taunus-Kreis

H-82 (I7D2) WEILBURG
Oberlahnkreis, ab Oktober 1945 zu H-80

H-83 (I3G2) RÜDESHEIM
LK Rheingau und H-85 Untertaunuskreis (ab Oktober 1945)

H-84 (I2G2) SCHLÜCHTERN
LK Schlüchtern, ab Oktober 1945 zu H-78

H-85 (H6D2) IDSTEIN/BAD SCHWALBACH
Untertaunuskreis (I-148 Bad Schwalbach wurde H-85 zugeordnet, dessen Sitz nach Bad Schwalbach verlegt wurde), ab Oktober 1945 zu H-83

H-86 (I2D2) BAD HOMBURG
Obertaunuskreis und I-149 LK Usingen (ab Oktober 1945)

I-140 (I1B2) BEERFELDEN
Teile von LK Erbach und Teilfunktionen für LK Erbach, ab September 1945 zu H-60

I-142 (I5G2) AROLSEN
Teile von LK Waldeck, ab September 1945 zu G-48

I-143 BAD WILDUNGEN
Gemeinde Bad Wildungen, ab November 1945 zu G-48

I-144 (I7C2) WOLFHAGEN
LK Wolfhagen, ab September 1945 zu F-14, ab Mai 1946 zu H-68

I-145 (I17G2) BAD ORB
Teile von LK Gelnhausen Region Bad Orb, ab August 1945 zu H-78

I-146 (I4D2) HADAMAR
Teile von LK Limburg, ab September 1945 zu H-80

I-147 (I13D2) FLÖRSHEIM
Teile von Main-Taunus-Kreis, ab September 1945 zu H-81 als Special Branch von H-81

I-148 (I3D2) BAD SCHWALBACH
Teile von Untertaunuskreis, ab September 1945 zu H-85

I-149 (I12D2) USINGEN
LK Usingen, ab Oktober 1945 zu H-86

Neben den lokalen Detachments bestanden einige funktionale Detachments, die hier der Vollständigkeit halber angegeben werden.

H-72	KASSEL	
	Warehouse Operation, aufgelöst am 11. Januar 1946	
ML-1 (SP)	KASSEL	
	Liaison (zugeordnete Verbindungsoffiziere der Alliierten), aufgelöst am 25. Januar 1946	
H-87	ESSEN	
	US Liaison Detachment (Ruhr)	
H-88	BAD EMS/SULZBACH (ab Mai 1946)	
	US Liaison Detachment (Saar)	

Die beiden letztgenannten Büros waren unter der Zuständigkeit der hessischen Militärregierung am 24. Januar 1946 aufgestellt worden, waren aber der Coal and Mining Section der Economics Division von OMGHE gegenüber verantwortlich. Nachdem die erste Auflösungsanordnung vom 28. Mai 1946 am 10. Juni 1946 widerrufen worden war, wurden sie endgültig zum 20. Oktober 1946 aufgelöst.[91]

Das leitende Personal der Detachments im zeitlichen Querschnitt[92]

Übersicht 15: Kommandierende Offiziere der Detachments, OMGHE, Oktober 1945[93]

Zuständigkeitsbereich		Standort	Kommand. Offizier
E-5	Land Greater Hesse	Wiesbaden	Col. James R. Newman
E-3	RB Hessen	Darmstadt	Lt.Col. Clare R. Davis
F-12	SK/LK Darmstadt	Darmstadt	Lt.Col. L. G. Kelly
F-13	SK/LK Offenbach	Offenbach	Lt.Col. W. A. Snow
G-31	LK Bergstraße	Bensheim	Maj. W. R. Brown
G-32	LK Büdingen	Büdingen	Capt. L. S. LaPrade
G-33	LK Dieburg	Dieburg	Maj. E. T. Cusick
G-34	LK Friedberg	Friedberg	Maj. R. J. Willard
G-35	SK/LK Gießen	Gießen	Maj. V. L. Ehrenclou
G-36	LK Groß-Gerau	Groß-Gerau	Maj. E. P. Capone
H-59	LK Alsfeld	Alsfeld	Capt. W. P. Burke
H-60	LK Erbach	Erbach	Capt. L. A. Claff
H-62	LK Lauterbach	Lauterbach	Capt. H. Nickelsberg
E-4	RB Kassel	Kassel	Lt.Col. Arthur Skarry
F-14	SK/LK Kassel	Kassel	Maj. R. Bard
G-38	LK Fritzlar-Homberg	Fritzlar	Maj. Robert A. Gish
G-39	SK/LK Marburg	Marburg	Lt.Col. T. A. Brown
G-40	SK/LK Fulda	Fulda	Maj. Charles F. Russe
G-48	LK Waldeck	Korbach	Capt. J. H. Ford
H-65	LK Eschwege	Eschwege	Capt. A. W. Moore
H-66	LK Frankenberg	Frankenberg	Capt. L. E. Morris
H-67	LK Hersfeld	Hersfeld	Capt. G. S. Tredell
H-68	LK Hofgeismar	Hofgeismar	Capt. S. C. Moore
H-69	LK Hünfeld	Hünfeld	Capt. H. H. Liebhafsky
H-70	LK Melsungen	Melsungen	Capt. T. T. Turnbull

[91] 5/41-2/5.

[92] Offensichtliche Tippfehler in den teilweise schwer lesbaren Listen wurden verbessert.

[93] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946, Appendix I.

H-71	LK Rotenburg	Rotenburg	Capt. F.W. Hower
H-73	LK Witzenhausen	Witzenhausen	Capt. W.E. Getman
H-74	LK Ziegenhain	Ziegenhain	Capt. O.R. Schrimshaw
I-144	LK Wolfhagen	Wolfhagen	Capt. C.E. Mullin
I-143	Gm Bad Wildungen	Bad Wildungen	Capt. J.K. Kaup
E-5	RB Wiesbaden	Wiesbaden	Col. James R. Newman
E-6	SK Frankfurt	Frankfurt	Lt.Col. Robert K. Phelps
F-15	SK Wiesbaden	Wiesbaden	Lt.Col. F.A. Sansome
G-41	LK Wetzlar	Wetzlar	Lt.Col. Eugene M. Lee
H-76	LK Biedenkopf	Biedenkopf	Capt. Robert A. Goetcheus
H-77	LK Dill	Dillenburg	Maj. A.T. Kreuger
H-78	LK Gelnhausen	Gelnhausen	Maj. Matthew F. Chotas
H-79	SK/LK Hanau	Hanau	Maj. T. Turner
H-80	LK Limburg	Limburg	Capt. E.F. Duffy
H-81	LK Maintaunus	Hofheim	Capt. F.H. Percy
H-82	LK Oberlahn	Weilburg	1st Lt. B.S. Beaudway
H-83	LK Rheingau	Rüdesheim	Maj. J.G. Gavin
H-84	LK Schlüchtern	Schlüchtern	Capt. A.H. Harkins
H-85	LK Untertaunus	Bad Schwalbach	Capt. J.I. Cannon
H-86	LK Obertaunus	Bad Homburg	Capt. M.L. Campbell
I-149	LK Usingen	Usingen	Capt. Arsen L. Yakoubian

Übersicht 16: Kommandierende Offiziere der Detachments, OMGHE, 5. Januar 1946[94]

Zuständigkeitsbereich		Standort	Kommand. Offizier
E-5	Greater Hesse	Wiesbaden	Col. James R. Newman
E-5	RB Wiesbaden	Wiesbaden	Col. James R. Newman
E-6	SK Frankfurt	Frankfurt	Lt.Col. Francis E. Sheehan
F-15	SK Wiesbaden	Wiesbaden	Lt.Col. F.A. Sansome
G-41	LK Wetzlar	Wetzlar	Capt. William E. Lockwood
H-77	LK Dill und LK Biedenkopf	Dillenburg	Maj. D.B. Bernstein
H-78	LK Gelnhausen und LK Schlüchtern	Gelnhausen	Maj. Matthew F. Chotas
H-79	SK/LK Hanau	Hanau	Maj. T. Turner
H-80	LK Limburg und LK Oberlahn	Weilburg	Capt. E.F. Duffy
H-81	LK Maintaunus	Hofheim	Capt. John C. Nelson
H-83	LK Rheingau und LK Untertaunus	Rüdesheim	Maj. J.G. Gavin
H-86	LK Usingen und LK Obertaunus	Bad Homburg	Capt. Arsen L. Yakoubian
E-4	RB Kassel	Kassel	Lt.Col. Arthur Skarry
F-14	SK/LK Kassel und LK Wolfhagen	Kassel	Lt.Col. R. Bard
G-38	LK Fritzlar-Homberg und LK Ziegenhain	Fritzlar	Capt. G. De Nubla
G-39	SK/LK Marburg	Marburg	Maj. Lewis S. Williams
G-40	SK/LK Fulda und LK Hünfeld	Fulda	Maj. Charles F. Russe

[94] Ebenda.

G-48	LK Waldeck und LK Frankenberg	Korbach	Maj. E. J. Dikeman
H-65	LK Eschwege	Eschwege	Capt. W. E. Getman
H-67	LK Hersfeld	Hersfeld	Maj. T. T. Turnbull
H-68	LK Hofgeismar	Hofgeismar	Capt. S. C. Moore
H-72	Warehouse Operation	Kassel	1st Lt. R. O. Wildish
ML-1	(SP) Liaison	Kassel	1st Lt. M. Rogin
E-3	RB Hessen	Darmstadt	Lt.Col. R. W. Copeland
F-12	SK/LK Darmstadt und LK Groß-Gerau	Darmstadt	Lt.Col. L. G. Kelly
F-13	SK/LK Offenbach	Offenbach	Capt. E. J. Emerick
G-31	LK Bergstraße und LK Erbach	Bensheim	Maj. A. C. Leggatt
G-32	LK Büdingen	Büdingen	1st Lt. T. A. Norris
G-33	LK Dieburg	Dieburg	Capt. J. M. Nutt
G-34	LK Friedberg	Friedberg	Maj. R. J. Willard
G-35	SK/LK Gießen	Gießen	Maj. David M. Easterday
H-62	LK Lauterbach und LK Alsfeld	Lauterbach	Capt. H. Nickelsberg

Übersicht 17: Kommandierende Offiziere der Detachments, OMGHE, 15. März 1946[95]

Zuständigkeitsbereich		Standort	Kommand. Offizier
E-5	RB Wiesbaden	Wiesbaden	Col. James R. Newman
E-6	SK Frankfurt	Frankfurt	Col. Robert K. Phelps
F-15	SK Wiesbaden	Wiesbaden	Maj. Matthew F. Chotas
G-41	LK Wetzlar	Wetzlar	Maj. Michael Baymor
H-77	LK Dill und LK Biedenkopf	Dillenburg	Maj. D. B. Bernstein
H-78	LK Gelnhausen und LK Schlüchtern	Gelnhausen	Capt. W. F. Johnson
H-79	SK/LK Hanau	Hanau	Lt.Col. T. Turner
H-80	LK Oberlahn und LK Limburg	Weilburg	Capt. H. L. Edberg
H-81	LK Maintaunus	Hofheim	Maj. John C. Nelson
H-83	LK Rheingau und LK Untertaunus	Rüdesheim	Maj. J. G. Gavin
H-86	LK Obertaunus und LK Usingen	Bad Homburg	Capt. Lawrence F. Jones
E-4	RB Kassel	Kassel	Lt.Col. Arthur Skarry
F-14	SK/LK Kassel und LK Wolfhagen	Kassel	Maj. Gerald C. Sola
G-38	LK Fritzlar-Homberg und LK Ziegenhain	Fritzlar	Capt. G. De Nubla
G-39	SK/LK Marburg	Marburg	Maj. Lewis S. Williams
G-40	SK/LK Fulda und LK Hünfeld	Fulda	Lt.Col. Charles F. Russe
G-48	LK Waldeck und LK Frankenberg	Korbach	Capt. H. R. Dichtenmueller
H-65	LK Eschwege	Eschwege	Maj. A. W. Moore

[95] Ebenda.

H-67	LK Hersfeld	Hersfeld	Capt. R. W. Godwin
H-68	LK Hofgeismar	Hofgeismar	Capt. S. B. Borda
E-3	RB Hessen	Darmstadt	Lt.Col. William R. Swarm
F-12	SK/LK Darmstadt und LK Groß-Gerau	Darmstadt	Maj. F. R. Musgrove
F-13	SK/LK Offenbach	Offenbach	Capt. C. H. Carter
G-31	LK Bergstraße und LK Erbach	Bensheim	Maj. Lawrence H. Brown
G-32	LK Büdingen	Büdingen	Capt. T. A. Norris
G-33	LK Dieburg	Dieburg	Capt. John S. Chapin
G-34	LK Friedberg	Friedberg	R. J. Williams
G-35	SK/LK Gießen	Gießen	Maj. David M. Easterday
H-62	LK Lauterbach und LK Alsfeld	Lauterbach	Capt. H. Nickelsberg

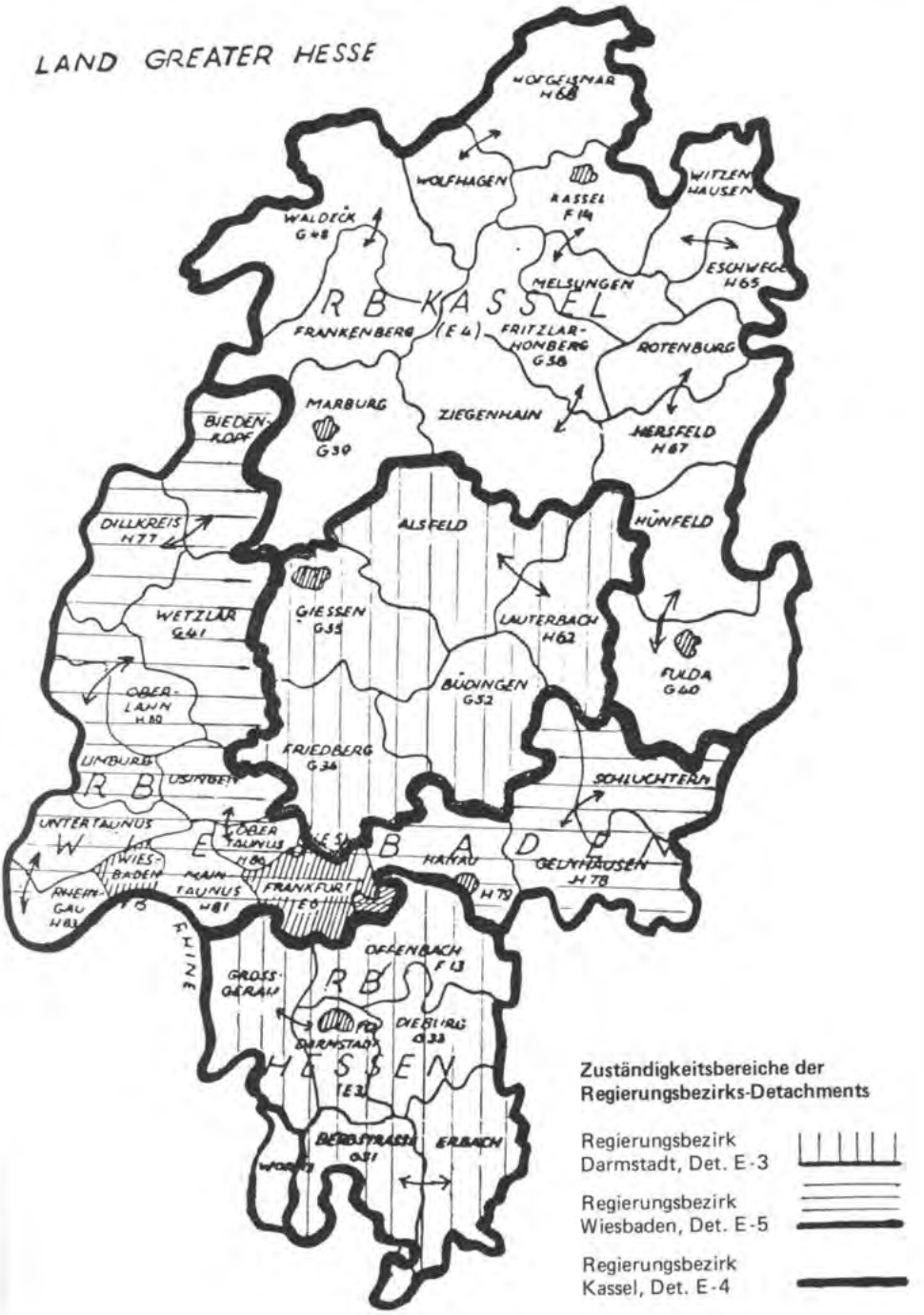
Die Auflösung einzelner Detachments und die Übernahme der Zuständigkeit durch andere Detachments ist häufig aus folgenden Gründen nicht genau zu datieren:

1. Während der „mobilen Phase", also bis circa Juli 1945, ergingen Marschbefehle und Aufstellungsbefehle an kleinere Detachments häufig nur mündlich und wurden deshalb nur im Daily Journal notiert. Diese Journals wiederum sind nicht für alle Detachments erhalten geblieben.
2. Offensichtlich sind nicht alle General Orders, mit denen während der „statischen Phase" Aufstellung, Auflösung oder Zuständigkeitsverlagerung geregelt wurden, überliefert.
3. Der Rekonstruktion aus den vorhandenen Überlieferungen der einzelnen Detachments sind deshalb Grenzen gesetzt, weil es häufig Monate dauerte, bis Anordnungen vorgesetzter Dienststellen ihren Niederschlag im täglichen Schriftverkehr fanden.
4. Die Angaben in den Akten der Militärregierung sind häufig widersprüchlich.[96]

Die Zuständigkeitsverteilung, wie sie sich Anfang 1946 nach verschiedenen Zusammenfassungen und Auflösungen von Detachments ergab, zeigt Übersicht 18. Mit der Konsolidierung der Militärregierung ging ab Ende 1945/Anfang 1946 eine Umbildung der Detachments einher. Nach und nach erhielten sie Liaison and Security Funktionen bis zur endgültigen Umwandlungen aller Detachments in Liaison & Security Offices (siehe dazu OMGUS-Handbuch, Hessen B.13).

[96] Z. B. OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946 und „Combination of Detachments" vom 21.9.1945 in 8/216-2/10.

Übersicht 18: Zuständigkeitsbereiche der hessischen Regierungsbezirks-Detachments bis zu ihrer Auflösung im Juni 1946 (Stand Ende 1945)



B. Systematische Übersicht
Die einzelnen Aufgabenbereiche der Militärregierung für Hessen

1. Command and Executive

a) Aufgaben und Organisation

Command and Executive war die Stabsabteilung von OMGHE. Sie leitete und kontrollierte die Arbeit der Divisions und Detachments (später Liaison & Security Offices).
Der Direktor vertrat OMGHE nach außen. Sein Ansprechpartner auf deutscher Seite war der Hessische Ministerpräsident. Innerhalb der amerikanischen Militärregierung für Deutschland war sein Vorgesetzter zunächst der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur, seit 15. März 1947 der Militärgouverneur. Beide Ämter hatte nacheinander Lucius D. Clay inne. Weiter repräsentierte der Direktor die Militärregierung bei öffentlichen Anlässen und gegenüber auswärtigen Besuchern. An die hessische Bevölkerung wandte er sich gelegentlich in Radioansprachen.
Gegenüber den anderen Divisions von OMGHE trat vor allem der Executive Officer in Erscheinung. Er verhandelte und korrespondierte auch mit nachgeordneten Stellen von OMGUS und hielt die Verbindung zu den Armee-Einheiten. Ihm zur Seite stand der Assistant Executive Officer. Diese Stellen wurden im Juli 1949 durch einen Administrative Assistant ersetzt.
Der Deputy Director war der Stellvertreter des Direktors (in E-5: Deputy Military Government Officer). Von November 1945 bis September 1947 waren zwei Deputy Directors tätig. Der Deputy Director for Operations war bis zur Bildung einer eigenen Abteilung für Liaison & Security Control (LSC) im Juni 1946 für die örtlichen Gliederung von OMGHE verantwortlich. Nach Auflösung der SHAEF Enclave war ein zweiter Deputy Director speziell für Frankfurt zuständig. Nachdem der Stelleninhaber zum Bipartite Control Office versetzt worden war, entfiel diese Stelle.

b) Personal

In Command and Executive waren 1946 unter Einschluß der Funktionsträger acht Amerikaner beschäftigt. Es verwundert nicht, daß es dieser Abteilung gelang, ihren Personalbestand bis Anfang 1949 relativ stabil zu halten – trotz der Personalkürzungen, von denen OMGHE insgesamt betroffen war. Um die Jahreswende 1947/48 waren sogar elf Amerikaner in der Abteilung beschäftigt. Erst in den letzten Monaten wurde das amerikanische Personal reduziert. Am Schluß blieben nur noch der Director und der Deputy Director übrig. Die Zahl der deutschen Mitarbeiter war schon früher geschrumpft. Hatten 1946 vier Deutsche für Command and Executive gearbeitet, so war bereits 1948 nur noch einer tätig.[1]
Das Amt des Direktors hatte während der gesamten Tätigkeit von OMGHE James R. Newman inne, der zuvor als Military Government Officer (MGO) das Detachment

[1] Diese und die Personalzahlen für die folgenden Abteilungen aus 5/41-2/2; 8/179-3/6; OMGHE: Historical Report July-September 1947; 8/215-1/2.

E-5 bis zu seiner Auflösung am 3. Juni 1946 befehligt hatte. Newman war zunächst Oberstleutnant. Im September/Oktober 1946 wurde er in den Zivilstatus übergeleitet und begegnet uns seit diesem Zeitpunkt in den Quellen als Dr. Newman.
Als Deputy Director war von Juli 1945 bis Januar 1946 Lt.Col. Howard R. Cress, der spätere Leiter der Liaison & Security Control Division, tätig. Dieses Amt wurde, nachdem es bis Mai 1946 unbesetzt gewesen war, von Francis E. Sheehan bis zum Ende von OMGHE ausgeübt. Sheehan war zuvor Executive Officer gewesen.
Als zweiter stellvertretender Direktor agierte von November 1945 bis Mai 1946 Lt.Col. Charles H. Reed, der später für einige Monate die Public Welfare and Displaced Persons Division leitete. Im Mai 1946 wurde Robert K. Phelps, der frühere Commanding Officer des Detachments E-6 (Frankfurt) zum Deputy Director for Frankfurt ernannt. Dieses Amt übte er bis September 1947 aus (im Oktober 1947 wechselte er zum Bipartite Control Office).
Als Executive Officer war von Juli 1945 bis September 1946 Charles E. Stewart tätig. Vom März bis Mai hatte allerdings der spätere Deputy Director Francis E. Sheehan vorübergehend dieses Amt inne. Nach einem Monat Unterbrechung übernahm Ernest K. Neumann dieses Amt. Nach Wegfall der Position des Executive Officer im Juli 1949 arbeitete Neumann als Chef der Legal Division.

2. Second Military Government Battalion (Separate) (ab 20. März 1948: Hesse Section, 7780 OMGUS Group)

a) Aufgaben

Das Second Military Government Battalion (Separate) – 2nd MGBat(Sep) – hatte zwei Funktionen:

a) es bildete den militärisch-organisatorischen Rahmen für OMGHE;
b) die dem Battalion direkt unterstellten Einheiten übernahmen für OMGHE alle technischen und verwaltungsmäßigen Aufgaben.

zu a):
2nd MGBat(Sep) wurde am 15. November 1945 für die innere Verwaltung der hessischen Militärregierung gebildet. Es übernahm damit die Aufgaben sowie die entsprechenden Einheiten des 2nd Military Government Regiment, das Bestandteil von ECAD (European Civil Affairs Division) gewesen war und zu der auch Detachment E1A2 (später E-5) und die anderen hessischen Militärregierungsdetachments gehört hatten. 2nd Military Government Regiment wurde zum 1. Januar 1946 endgültig aufgelöst.[2] Die Beifügung „(Separate)" wies darauf hin, daß 2nd MGBat(Sep) als Sondereinheit nicht Teil der sonstigen militärischen Befehlskette war.[3]
In einem Memorandum vom 11. Februar 1946 hatte J.R. Newman empfohlen, „daß die Bezeichnung Detachment E-5 aufgehoben wird und sein Personal mit dem von 2nd MGBat(Sep) zu einer Einheit, dem Hauptquartier der Militärregierung für Groß-Hessen, zusammengefaßt wird ... Das gesamte Personal von Detachment E-5 sollte dem 2nd MGBat(Sep) zur Verwaltung und Versorgung zugeordnet werden." Zur Begründung führte Newman an, daß „dauernde Verwirrung" unter seinen Leuten

[2] 8/179–1/6.
[3] Vgl. zur Entwicklung der Kommandostruktur OMGUS-Handbuch, Teil Hessen A.

herrschte, da zwei verschiedene Einheiten unter einem (seinem) Kommando zusammengefaßt seien. Die vorgeschlagene Vereinheitlichung könne dies beheben.[4]
Am 3. Juni 1946 kam OMGUS Newmans Vorschlag nach und stellte die gesamte hessische Militärregierung in den organisatorischen Rahmen von 2nd MGBat(Sep), bei dem es sich also von diesem Zeitpunkt an um die militärische Nomenklatur von OMGHE handelte. Die von Newman beklagte „Verwirrung" war damit jedoch noch immer nicht beseitigt: In der Frühphase der Militärregierung hätte „eine der Hauptschwierigkeiten darin bestanden, die Vorstellung, daß 2nd MGBat(Sep) und OMGHE zwei getrennte und unterschiedliche Organisationen seien, auszutreiben", heißt es im ersten großen Historical Report.[5]

zu b):
2nd MGBat(Sep), wie es als gesonderte Abteilung neben den Divisions in den Organisationsgrafiken von OMGHE auftaucht, bezeichnete die Service-Einheiten, die für die innere Verwaltung von OMGHE zuständig waren. Diese Einheiten erledigten Aufgaben wie

- Fahrbereitschaft
- Gebäude- und Raumpflege
- Post- und Telefonverkehr
- Verpflegung
- Wohnungs- und Büroraumbeschaffung
- Materialbeschaffung
- Freizeiteinrichtungen (Mess)
- Einkaufsmöglichkeiten (PX)
- Ärztliche Versorgung
- militärische Personalverwaltung
- Vervielfältigung und Drucke
- Kurierdienst.

Im zweiten Vierteljahr 1947 wurden fast alle dieser Funktionen auf die Military Posts (Militärstandorte) übertragen. Dieser Vorgang war bis zum 1. Juli 1947 abgeschlossen. Beim 2nd MGBat(Sep) verblieben nur noch die Verwaltung von OMGHE-Vermögen, die Koordination der Versorgung, die militärischen Personalakten, die Zentralregistratur, die Reisestelle, die Vervielfältigungsstelle, der Postverkehr und einige kleinere Aufgaben. Vor allem, was den Kurierdienst und die Fahrbereitschaft anlangte, war OMGHE mit der Übernahme der „housekeeping functions" durch die Military Posts sehr unzufrieden.[6] Nach der Überführung von 2nd MGBat(Sep) in die Hesse Section, 7780 OMGUS Group, übernahm die Personnel Division einen großen Teil der noch bei 2nd MGBat(Sep) verbliebenen Aufgaben.

b) Organisation

Bei seiner Bildung am 15. November 1945 bestand 2nd MGBat(Sep) als funktionale Einheit aus folgenden Teilen:

---

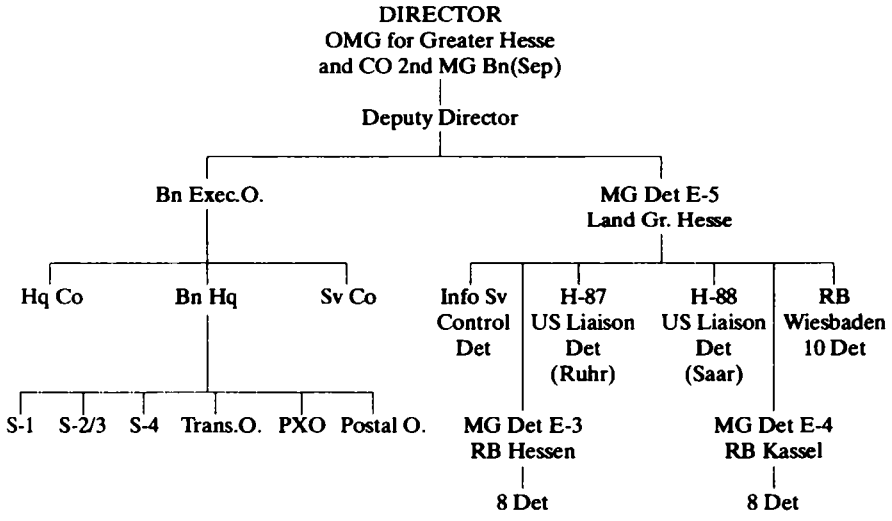
[4] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946, Annex.
[5] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[6] OMGHE: Historical Report April – July 1947.

Übersicht 19: Organisation von 2nd Military Government Battalion (Separate), 15. November 1945

- Headquarters
- Headquarters and Service Company, Wiesbaden
- Headquarters and Service Company, Wetzlar
- Company Headquarters, Company „C", Mobile Maintenance Platoon, Kirchhain.[7]

Diese in Aufbau und Namensgebung verwirrende Organisation wurde zum Jahresende gestrafft. General Order Nr. 5 vom 29. Dezember 1945 löste das Company Headquarters, Company „C", auf. Mit General Order Nr. 6 vom 31. Dezember 1945 wurde die Headquarters and Service Company in Headquarters Company umbenannt. Die gleiche Order bestimmte die Auflösung des Mobile Maintenance Platoon und die Bildung der Service Company.[8]
Faktisch lag die Leitung der Einheiten in den Händen des Battalion Executive Officer. 2nd MGBat(Sep) hatte damit seit 1946 folgende Struktur:[9]

Übersicht 20: Organisation von 2nd Military Government Battalion (Separate), Januar 1946



Headquarters Company war für die Personalverwaltung, Disziplinarfälle und Ausbildungsfragen der beim OMGHE-Hauptquartier tätigen Soldaten zuständig. Battalion Headquarters umfaßte Stabs- und Versorgungsabteilungen sowie Poststelle. Service Company war anstelle des aufgelösten Mobile Maintenance Platoon für die gesamte Fahrbereitschaft von OMGHE zuständig. Sie verlegte ihren Standort am 1. Januar 1946 von Wetzlar nach Oberursel. Im Jahr 1946 verfügte OMGHE über 749 Fahrzeuge.[10]

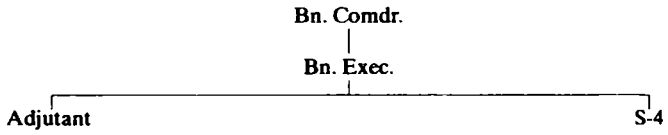
---

[7] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[8] Ebenda, Annex.
[9] Ebenda.
[10] AG 1945–46/69/10.

Zum 31. Dezember 1945 wurde dem Battalion die 2nd Military Government Medical Group zugeordnet. Das organisatorische Schicksal dieser kleinen Einheit verdeutlicht schlaglichtartig das Durcheinander, das im ersten Vierteljahr 1946 bei der hessischen Militärregierung herrschte. General Order Nr. 6 vom 6. Februar 1946 löste die Medical Group auf. Zwei Wochen später, am 19. Februar 1946, wurde mit General Order Nr. 7 diese Auflösung widerrufen. General Order Nr. 8 vom 11. Juni 1946 beendete dann endgültig die Tätigkeit der Group.
In der ersten Jahreshälfte 1946 verschwanden auch die Stabsabteilungen. Die Abteilungen S-2/3 waren wohl von vornherein eher der Form halber ausgewiesen gewesen. Die Personalangelegenheiten (außer für Soldaten), für die zuvor S-1 zuständig gewesen war, wurden jetzt beim Adjutant des Battalion und in der Personnel Division, OMGHE, geregelt. S-4 (Versorgung/Vermögen) wurde mit der Headquarters Company zusammengelegt.
Eine einschneidende organisatorische Veränderung erbrachte die Abgabe der Verwaltungsaufgaben an die Military Posts im Jahr 1947. Nach dieser im Juli abgeschlossenen Übergabe blieben nur zwei Unterabteilungen bestehen:

- S-4 (Vermögensverwaltung, Versorgung)
- Adjutant's Office (Personalakten und verbliebene Verwaltungsaufgaben).[11]

Übersicht 21: Organisation von 2nd Military Government Battalion (Seperate), 30. Juni 1947

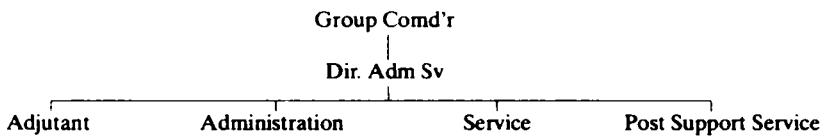


Abgesehen von der Umwandlung der Dienstbezeichnung Executive Officer in Director of Administrative Services im Sommer 1947 blieb diese Organisationsstruktur bis März 1948 bestehen.[12]
OMGUS legte mit General Order Nr. 8 vom 8. März 1948 fest, daß die gesamte OMGUS Organisation ab 30. März 1948 als 7780 OMGUS Group auszuweisen sei. 2nd MGBat(Sep) als Nomenklatur wurde darin zu Hesse Section, 7780 OMGUS Group. Personal und Struktur blieben allerdings unverändert.
Im Organisationsplan von OMGHE trat die Hesse Section, 7780 OMGUS Group als Verwaltungseinheit an die Stelle von 2nd MGBat(Sep). Die Organisation der Einheit wurde gegenüber 2nd MGBat(Sep) erneut aufgegliedert in die Bereiche

- Adjutant
- Verwaltung (mit Registratur)
- Service (Versorgung, Vermögensverwaltung)
- Unterstützung der Military Posts.

[11] OMGHE: Historical Report April – July 1947, Annex.
[12] 12/168-1/3.

Übersicht 22: Organisation von Hesse Section, 7780 OMGUS Group, 31. März 1946[13]



In den Personalverteilungsplänen von OMGHE tauchte jedoch überhaupt nur das Adjutant's Office auf, das seit 30. Juni 1948 gemeinsam mit der Personnel Division gezählt wurde.[14] Im Frühjahr 1949 entfiel die OMGUS Group auch aus dem Organisationsplan von OMGHE.

c) Personal

2nd MGBat(Sep) benötigte sehr viel Personal, um seinen Verwaltungsaufgaben nachzukommen. Im Jahr 1946 arbeiteten 133 Amerikaner im Battalion. Diese Zahl sank leicht zu Beginn des Jahres 1947. Die Übergabe der Verwaltungstätigkeiten an die Military Posts bedeutete einen scharfen Einschnitt: im Herbst 1947 waren nur noch 19 Amerikaner im Battalion. Bis zur Auflösung des 2nd MGBat(Sep) im März 1948 sank diese Zahl auf 15. Diese Mitarbeiter wurden ab Sommer 1948 in der Personnel Division mitgezählt. Im Jahr 1946 beschäftigte das 2nd MGBat(Sep) 710 Deutsche. Diese Zahl stieg bis auf 1050 Anfang des Jahres 1947. Mit der Kompetenzabgabe an die Military Posts entfielen über tausend deutsche Mitarbeiterstellen. Die meisten der Stelleninhaber wurden jedoch von den Military Posts übernommen.
Bei der Bildung des 2nd MGBat(Sep) am 15. November 1945 übernahm James R. Newman das Kommando der Einheit. Newman leitete damit kurzzeitig drei verschiedene Institutionen der Militärregierung: OMGHE, Detachment E-5 und 2nd MGBat(Sep). Vom 21. Februar bis 4. März 1946 vertrat ihn kurzzeitig Lt.Col. Charles H. Reed. Die Rechnung von Newman, das Doppelkommando auf Dauer zu behalten, ging nicht auf: am 1. Juni 1946 wurde Lt.Col. Samuel S. Graham Chief des 2nd MGBat(Sep). Graham leitete gleichzeitig die Industry Branch der Economics Division. Er kommandierte das Battalion bis zu dessen Auflösung.
Adjutant der Division war zunächst Capt. Robert A. Goetcheus, der bereits im Dezember 1945 von Major Edwin A. Gehm abgelöst wurde. Auf Gehm folgte Anfang 1947 1st Lt. Robert D. Thayer. Im Sommer 1948, bevor das Adjutant's Office endgültig entfiel, hatte Edward R. Pilli noch kurze Zeit dieses Amt inne.

3. Personnel Division

a) Aufgaben

Bis zum März 1946 wurden die Personalangelegenheiten von OMGHE vom Adjutant und vom Administrative Officer beim OMGHE-Direktor geregelt. Im März begann OMGHE mit dem Aufbau einer eigenständigen Personnel Division (zunächst Personnel Branch genannt), in der nach und nach alle Personalangelegenheiten konzentriert wurden. Dabei oblag der Personnel Division von OMGHE nur die Personalverwal-

[13] 5/41-2/7.
[14] 5/42-3/11.

tung. Die Personalzuweisung war Sache von OMGUS, das auch in Fragen der Verteilung des Personals zwischen den einzelnen Divisions das letzte Wort hatte. Selbst bei der Einstellung der mittleren und höheren Mitarbeiter (Gehaltsstufe CAF-7 und höher) von OMGHE fällte OMGUS letztlich die Entscheidung.
Schwierigkeiten bereitete der Division die Umstellung von militärischem Personal auf Zivilpersonal, bei dem statt militärischer Gesichtspunkte fachliche Qualifikationen für den jeweiligen Arbeitsbereich entscheidend waren. So schrieb die Division im ersten Historical Report: „Es war besonders schwierig, einen Mann, der momentan als Offizier oder als Soldat bereits eine Stelle innehatte, für die er sich jetzt bewarb, davon zu überzeugen, daß er für eine zivile Anstellung wirklich nicht die geringste Qualifikation besaß."[15] Trotz dieser Schwierigkeiten gelang jedoch in den folgenden Jahren die vollständige „civilianization" von OMGHE.
Neben den Personalangelegenheiten war die Personnel Division auch für die Budgetverwaltung und -kontrolle von OMGHE zuständig. Diese Aufgabe erhielt die Division eher zufällig, da sie in ihren Reihen einen ausgebildeten Spezialisten für Haushaltsangelegenheiten hatte. Seine Arbeit wurde dadurch erschwert, daß OMGHE seine Mittel von zwei Seiten erhielt: zum einen vom Land Hessen, zum anderen von der amerikanischen Militärregierung.
Zum 30. Juni 1948 erfuhren die Aufgaben der Personnel Division (auch als Personnel & Administrative Office bezeichnet) eine beträchtliche Erweiterung. Die Division hatte die Verwaltungsaufgaben des im März in die 7780 OMGUS Group überführten 2nd MGBat(Sep) zu übernehmen. Zwar hatten die Military Posts bereits zum 1. Juli 1947 die Verwaltungsaufgaben (housekeeping functions)[16] von OMGHE und zum 1. Dezember 1947 die Verwaltung des deutschen OMGHE-Personals übernommen,[17] doch verblieben die Klassifizierung und Einteilung der Stellen sowie die Budget-Kontrolle bei der Personnel Division. Daneben hatte sie jetzt die Verbindung mit den Military Posts zu übernehmen und war zudem für kleinere technische Dienste und für die Überwachung der zu dieser Zeit rund 400 deutschen Angestellten von OMGHE zuständig. Schließlich unterhielt sie auch die Poststelle von OMGHE in Wiesbaden.
Im zweiten Vierteljahr 1947 richtete die Personnel Division eine Employee and Training Section ein, um den Ausbildungsstand des deutschen und amerikanischen Personals zu verbessern. Im Juni 1947 traf ein zwölfköpfiges Kontingent von Military Government Interns (Praktikanten) ein, die eine Ausbildung bei der Militärregierung absolvierten.[18] Eine weitere Aufgabe der Personnel Division bestand in der Organisation und Durchführung von Deutschkursen für die Mitarbeiter der Militärregierung.[19] Auf die Notwendigkeit der Teilnahme an diesen teilweise mehrmonatigen Kursen wurde von OMGUS und vom OMGHE-Direktor immer wieder hingewiesen.[20]

b) Organisation

Die Personnel Division, die 1946 in der Organisationsgraphik des 2nd MGBat(Sep) auftauchte und vorübergehend als dessen Teil geführt wurde, war in zahlreiche Bran-

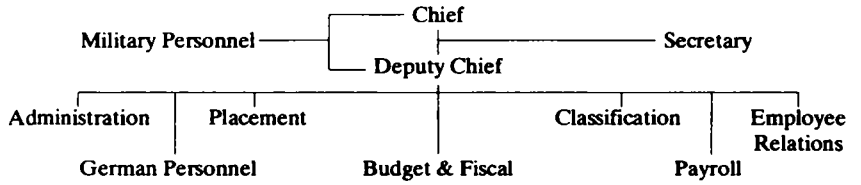
---

[15] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946; zur Quellenlage vgl. den Aktenbericht von Gerhard Menk, Staatsarchiv Marburg, vom 5.12.1977, den uns der Verfasser freundlicherweise zur Verfügung stellte.
[16] Chronology, S. 45.
[17] Ebenda und OMGHE: Historical Report July – September 1947.
[18] 8/215–1/2.
[19] OMGHE: Historical Report April – July 1947.
[20] Z. B. ebenda, auch 8/179–2/1.

ches aufgegliedert. Neben ihren Branches unterhielt sie noch ein eigenständiges Sekretariat und eine im Chef-Büro angesiedelte Abteilung, die für das militärische Personal zuständig war. Die Personalakten (records) führte allerdings das Adjutant's Office des 2nd MGBat(Sep).
Die sieben Branches, aus denen sich die Division im Jahr 1947 zusammensetzte, hatten folgende Aufgaben:

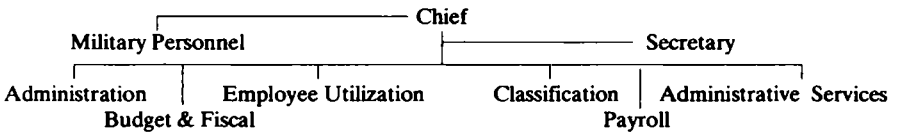
- Administration führte die Aktenablage und war für die allgemeinen Angelegenheiten des US-Personals zuständig;
- German Personnel behandelte alle das deutsche Personal betreffenden Vorgänge;
- Placement war für Einstellung und Stellenzuweisung von US-Zivilisten zuständig;
- Budget & Fiscal verwaltete die OMGHE-Finanzen;
- Classification erarbeitete Stellenbeschreibungen für die OMGHE-Zuweisungen und hatte Planungsaufgaben;
- Payroll war für die Lohnbuchhaltung und für die Abschlußberichte zuständig;
- Employee Relations behandelte Fragen der Arbeitsbeziehungen und des Arbeitsklimas. Die Branch war auch für das Ausbildungsprogramm der Militärregierung verantwortlich.

Übersicht 23: Organisation der Personnel Division, OMGHE, 30. Juni 1947[21]



Aufgrund der zum 30. Juni 1948 und teilweise schon vorher vollzogenen Funktionsveränderungen änderte sich auch die Organisationsstruktur der Division. Die für das deutsche Personal zuständige Branch war entfallen, nachdem zum 1. November 1947 die Military Posts diesen Bereich der Personalverwaltung übernommen hatten. Aufgrund der allgemeinen Personalkürzungen fiel die Position des Deputy Chief weg. Die neu geschaffene Administrative Services Branch war für die Verbindung mit den Military Posts zuständig. Employee Relations und Placement wurden zur Employee Utilization Branch zusammengezogen. Administration hatte jetzt zusätzlich einige Aufgaben wahrzunehmen, für die das aufgelöste 2nd MGBat(Sep) zuständig gewesen war: beispielsweise die Ausgabe von PX Cards. Classification, Budget & Fiscal und Payroll blieben unverändert.

Übersicht 24: Organisation der Personnel Division, OMGHE, 30. Juni 1948[22]



[21] OMGHE: Historical Report April – July 1947.
[22] 5/41-3/10.

In den letzten Monaten der OMGHE-Tätigkeit verschmolzen Personnel Division, Administration und Adjutant's Office (früher beim 2nd MGBat(Sep), dann 7780 OMGUS Group) zu einer Einheit. Lediglich in den Organisationsgraphiken fristeten sie eine eigenständige Existenz.

c) Personal

Nach ihrer Bildung beschäftigte die Division zunächst 16 Amerikaner. Diese Zahl sank bis zum 30.Oktober 1947 auf zehn und zum 15.März 1948 auf sechs ab. 1948 erhöhte sich die nominelle Personalstärke vorübergehend, da jetzt das Personal des Adjutant (7780 OMGUS Group) in der Division mitgezählt wurde. Im Jahr 1949 schrumpfte die Division trotzdem beträchtlich, so daß ab Mai lediglich fünf Amerikaner in ihr verblieben.
Das deutsche Personal stieg von anfänglich 26 Mitarbeitern auf dem Höhepunkt der Aktivitäten der Division Ende 1946/Anfang 1947 bis auf 46 an, um dann nach Abgabe verschiedener Kompetenzen bis auf zwölf am 15.März 1948 zu sinken. Obwohl die Division einige Aufgaben vom 2nd MGBat(Sep) übernommen hatte, beschäftigte sie in der zweiten Jahreshälfte 1948 nur noch zehn Deutsche.
Von der Bildung im März 1946 bis zum Oktober desselben Jahres leitete Melvin W. Kernkamp die Division. An seine Stelle trat dann Robert A. Goetcheus, der bis Januar 1948 im Amt blieb. Ihm folgte sein bisheriger Stellvertreter James R. Haarstad.

4. Civil Administration Division

a) Aufgaben

Die Civil Administration Division (CAD) hatte drei Hauptaufgabenbereiche:

a) Sie war für die Zulassung, die Überwachung und das Verbot von Parteien und anderen politischen Organisationen zuständig. Von Verboten waren anfangs vor allem rechtsradikale Gruppen betroffen, die sich schwerpunktmäßig in Nordhessen betätigten. Seit 1947 gerieten die Kommunisten und ihre Aktivitäten zusehends in das Blickfeld und damit unter schärfere Kontrollen. So wurden Parteizeitschriften vorübergehend verboten, und im Jahre 1948 untersagte die Militärregierung die von den Kommunisten angeregten „Volkskongresse". Ein Verbot jeder weiteren Tätigkeit der Bewegung auf Zonenebene folgte.[23]
b) CAD hielt den Kontakt zu allen Bereichen der deutschen Exekutive und kontrollierte gemeinsam mit der Legal Division die deutsche Gesetzgebung. Besondere Aufmerksamkeit wurde der hessischen Verfassung gewidmet. So setzte sich die Division in einem ausführlichen Memorandum vom 1.November 1946 mit dem hessischen Verfassungsentwurf auseinander,[24] wobei auffällt, daß sie den später auf Verlangen von OMGUS einer gesonderten Volksabstimmung unterworfenen Artikel 41 (Sozialisierung) noch nicht einmal kritisch kommentierte. Nachdem der hessische Landtag Anfang 1947 seine Gesetzgebungsarbeit aufgenommen hatte, bildeten CAD und Legal Division das Legislative Committee, dem die Chiefs bei-

[23] OMGHE: Historical Report 1948. Welche Aufmerksamkeit der Volkskongreß-Bewegung geschenkt wurde, zeigt der Report Nr. 123 der ICD Opinion Surveys vom 25.5.1948: Reactions to the Volkskongreß Petition in Berlin and Darmstadt (IfZ, München).
[24] 8/189–1/5.

der Divisions angehörten. Seine Funktionen und Aufgaben waren in einem Memorandum des Assistant Executive Officer vom 11. Dezember 1946 beschrieben worden.[25] Daneben war CAD für die Vertretung von OMGHE in den bizonalen Einrichtungen verantwortlich und kontrollierte die Arbeit der Landesregierung in diesem Rahmen.

c) CAD überwachte die gesamte deutsche Verwaltungstätigkeit. Dabei nahmen die Amerikaner immer wieder Anstoß am Weiterwirken preußischer Verwaltungstradition und beklagten die „Obrigkeitshörigkeit" in den deutschen Behörden.[26] CAD kümmerte sich auch um den Aufbau der deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit, deren Arbeit sie kontrollierte.

Neben diesen drei Hauptaufgaben betätigte sich CAD gemeinsam mit anderen Divisions in den Bereichen Statistik und Haushaltswesen. 1948 wurden unter der Bezeichnung CAD neben der alten Division die früher eigenständige Public Safety, Public Health, Public Welfare und etwas später auch Denazification Division vereinigt.

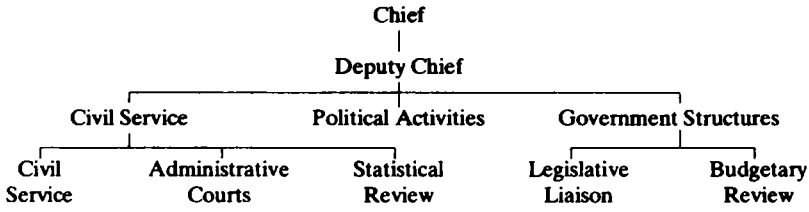
b) Organisation

1946 war CAD in drei Branches unterteilt:

- Government Organization & Control Branch
- Civil Service & Administrative Courts Branch
- Elective & Civil Organizations Branch.[27]

Diese drei Branches wurden 1947 umbenannt und zwei von ihnen in Sections unterteilt:[28]

Übersicht 25: Organisation der Civil Administration Division, OMGHE, 30. Juni 1947



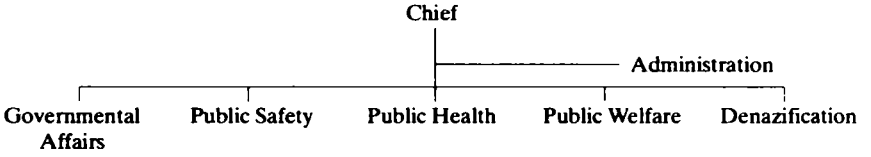
Im Sommer 1947 wurden die Legislative Liaison Branch der Political Activities Branch unterstellt und die Verwaltungsgerichte der Government Structures Branch zugeordnet.[29] Zum 1. Januar 1948 entfiel Statistical Review, die Aufsicht über die Verwaltungsgerichte ging zur Civil Service Branch zurück, und die Political Activities wurden dem Deputy Chief direkt unterstellt,[30] der seit dem 31. Januar 1948 den Titel Deputy Director hatte.[31]

---

[25] 17/211-3/3.
[26] OMGHE: Historical Report July – September 1947; vgl. auch OMGHE: Historical Report 1948.
[27] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946, Appendix I.
[28] OMGHE: Historical Report April – July 1947.
[29] Ebenda.
[30] 5/41-2/17.
[31] 5/41-3/10.

Nachdem J. R. Newman in einem Schreiben an Clay vom 1. Dezember 1947 festgestellt hatte, daß „kein Rückgang in den Arbeitsaufgaben der Division" zu verzeichnen sei,[32] blieb CAD bei der großen Umstrukturierung im April 1948 ungeschoren. Mit General Order Nr. 5 vom 20. April 1948 wurden dem Chief von CAD vielmehr noch die Bereiche Public Health, Public Safety und Public Welfare and Displaced Persons unterstellt.[33] Damit waren die früheren Divisions nur noch Branches neben der Governmental Affairs Branch in der neu formierten Division. Zur Verwaltung der vergrößerten Division wurde jetzt eine Administration Branch eingerichtet.[34] General Order Nr. 13 vom 23. August 1948 machte zudem einen Teil der früheren Denazification Division zur Denazification Branch von CAD, so daß die Division seit diesem Zeitpunkt mit folgender Struktur arbeitete:[35]

Übersicht 26: Organisation der Civil Administration Division, OMGHE, 31. Dezember 1948



Im Juli 1949 wurden Public Health und Public Welfare zur Social Affairs Branch zusammengefaßt, Denazification entfiel.

c) Personal

Der spätere Chef von CAD in Hessen, Harold W. Landin, war schon bei der Aufstellung von E-5 am 15. September 1944 in Rochefort mit von der Partie. Er war damals im Rang eines Captain für öffentliche Bauwerke und Kunstschätze zuständig. Am 1. Dezember 1945 wurde er zum Major befördert. In OMGHE wurde ihm dann die Leitung der Civil Administration and Local Government Section übertragen, wo ihn J. R. Newman schon am 1. Dezember 1945 wegen seiner Geschicklichkeit beim Auswählen deutschen Personals für die Landesregierung und für Kommunalverwaltungen besonders belobigte.[36]

Landins Division erhielt von OMGUS am 1. Juni 1946 13 US-Stellen zugewiesen,[37] von denen jedoch nur sechs besetzt werden konnten. CAD beschäftigte seit Juli 1946 vier Deutsche, deren Zahl am 1. Januar 1947 auf zehn anstieg.[38] Bis Mitte 1948 waren so für CAD rund 15 Personen tätig. Durch die Zusammenfassung weiterer Divisions innerhalb von CAD wuchs deren Personal Mitte 1948 auf über 20 amerikanische Mitarbeiter an, um dann kontinuierlich abzusinken.

Harold W. Landin blieb bis Ende 1947 Chef von CAD. Am 15. Dezember 1947 wurde Otto A. Atzert zum kommissarischen Leiter der Division ernannt. (Er war häufig in

[32] 8/214-1/9.
[33] 8/215-1/3.
[34] 5/41-3/10.
[35] Ebenda.
[36] 8/216-3/4.
[37] 8/179-3/8.
[38] 5/41-2/2.

den Sendungen von Radio Frankfurt als „the Voice of Hesse Military Government" zu hören.) Im Januar 1947 übernahm Dale Noble die Leitung der Division, die er bis zum Ende von OMGHE innehatte.

5. Economics Division

a) Aufgaben

Die Aufgaben der Economics Division bestanden in der Kontrolle praktisch aller wirtschaftlichen Aktivitäten in Industrie, Handel, Gewerbe, im Ernährungswesen und in der Landwirtschaft. Diese Überwachung – aber auch Unterstützung – hatte das Ziel, die Arbeit der deutschen Behörden und Organisationen in diesen Bereichen möglichst effektiv zu gestalten.[39]

In der Frühphase der Militärregierung hatten sich die regionalen und lokalen Detachments zusammen mit den Truppeneinheiten direkt dieser Aufgaben angenommen. Gemeinsam mit den Überbleibseln der deutschen Kommunalverwaltung und „besonderen privaten Organisationen" hatten sie versucht, die öffentlichen Versorgungseinrichtungen wieder in Gang zu setzen. Seit Oktober 1945 waren dann nach und nach die Kontroll- und Überwachungsaufgaben von den lokalen und regionalen Detachments abgezogen und bei E-5 in Wiesbaden zusammengefaßt worden. Dieser Prozeß war Ende 1945 abgeschlossen. „Die Economics Division wuchs von kaum einer Handvoll Mitarbeitern bei Beginn ihrer Tätigkeit zu einer Organisation mit fast fünfzig US-Mitarbeitern an", vermerkte OMGHE im Juni 1946.[40]

Bis Mitte des Jahres 1946 hatte die Economics Division die direkte Kontrolle der wirtschaftlichen Aktivitäten an die inzwischen geschaffenen deutschen Behörden übergeben. Ansprechpartner war jetzt vor allem das am 21. Oktober 1945 mit Organizational Direction Nr. 5, OMGHE, gebildete Ministerium für Wirtschaft und Verkehr.[41] Das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft übernahm am 1. Juni 1946 die Kontrolle über den Konsumgüterbereich (auch Lebensmittel) von OMGHE. Eigene, über die Kontrolle deutscher Maßnahmen hinausgehende Aktivitäten entfaltete die Division jetzt nur noch in den Bereichen Reparationen, Wiedergutmachung/Rückführungen, Forschungskontrolle. Daneben unterstützte sie die Wirtschaftsverwaltung der Armee.[42]

Der Krisenwinter 1946/47 zeigte drastisch, daß die ökonomischen Probleme keineswegs gelöst waren. Die Economics Division bemühte sich daraufhin verstärkt um die wirtschaftlich nutzbare Forschung und konnte nach Ablauf des ersten Vierteljahres 1947 schon über die Existenz von 19 universitären und 45 industriellen Forschungseinrichtungen berichten.[43] Obwohl sich schon im Laufe des Jahres 1947 Anzeichen wirtschaftlicher Besserung gezeigt hatten, wertete OMGHE im Historical Report von 1948 erst die Währungsreform vom 20. Juni 1948 als entscheidenden wirtschaftlichen Durchbruch.

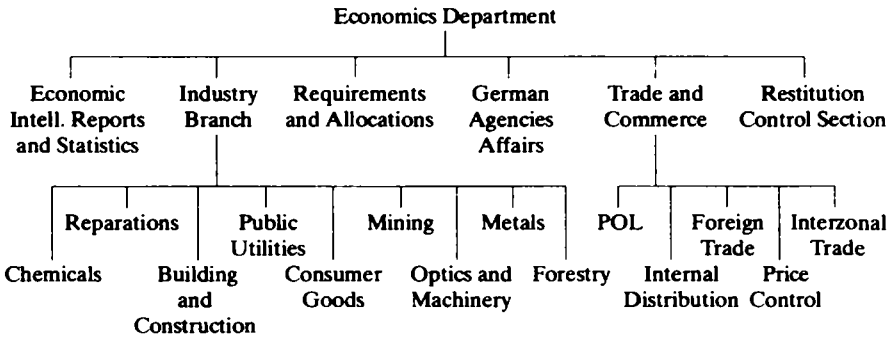
---

[39] 8/81–1/7. Dort auch ein ausführlicher Organisationsplan der Economics Division.
[40] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[41] Ebenda und Appendix.
[42] OMGHE: Historical Report July – December 1946.
[43] OMGHE: Historical Report January – March 1947.

b) Organisation und Einzelaufgaben

Die organisatorische Einteilung der Economics Division vermittelt ein anschauliches Bild über die Aufgaben, die die Division im einzelnen wahrzunehmen hatte. Das Economics Department als Vorläufer der Division war ursprünglich in sechs Branches aufgegliedert, von denen einige in den ersten Monaten quasi selbständig arbeiteten.[44]

Übersicht 27: Organisation des Economics Department, OMGHE, Oktober 1945



Die Reports and Statistics Branch (Economic Intelligence entfiel 1946) erhob und sammelte Daten über das gesamte hessische Wirtschaftsleben, die von 1947 an in umfangreichen „Statistical Handbooks Economic Activities" zusammengefaßt wurden.[45] Die Branch wollte mit ihrer Arbeit auch zur Dezentralisierung des deutschen Statistikwesens beitragen. Aufgrund der Neubildung des Landes Hessen traf man hier auf außerordentlich schwierige Arbeitsbedingungen.[46]

Die Industry Branch war für die industrielle Produktion, die öffentlichen Versorgungseinrichtungen und für Reparationsangelegenheiten zuständig. Sie war zunächst in acht, später in neun Sections gegliedert. Die 1946 geschaffene Program Review Section koordinierte die Arbeit der vier für die verschiedenen Sparten der Industrieproduktion zuständigen Sections und überwachte jene Teile der deutschen Produktion, die für die amerikanische Armee notwendig waren.[47]

Die Reparations Section arbeitete auf der Grundlage einer Vereinbarung von OMGHE mit der 7. US-Armee vom 12. Dezember 1945, in der diese die Zuständigkeit für Reparationsfragen an die Militärregierung abgegeben hatte. Gleichfalls im Dezember 1945 war im hessischen Wirtschaftsministerium eine Abteilung für Reparationsangelegenheiten gebildet worden, für deren Überwachung die Reparations Section von OMGHE zuständig war.[48] Bereits Ende 1946 konnte die Section die Demontage von 94% der früheren hessischen Luftfahrtindustrie und die Erfassung von 44 für die Reparationen bestimmten Betrieben mit einem Wert von 100 Millionen Reichsmark melden.[49] Enorme Schwierigkeiten bereitete in der Folgezeit das Perso-

[44] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[45] In den Anhängen der größeren Historical Reports.
[46] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[47] OMGHE: Historical Report July – December 1946.
[48] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[49] Ebenda.

nal- und Transportproblem. Der Historical Report 1948 äußerte den Verdacht, daß die deutschen Arbeitsämter nur die „Lahmen und Blinden" für Reparationsarbeiten rekrutierten und damit das Reparationsprogramm behindern würden. Auf dem Höhepunkt der Tätigkeit der Reparations Section beaufsichtigten insgesamt sieben amerikanische Ingenieure die Arbeit von circa 3000 deutschen Arbeitskräften. Bereits Ende 1948 kündigte der Historical Report von OMGHE den Abschluß des Reparationsprogramms „innerhalb der nächsten Monate" an und vermerkte, daß die Folgen der Reparationen für die hessische Wirtschaft unbedeutend gewesen seien.[50]

Die Requirements Branch ordnete Requisitionen an und kontrollierte die requirierten Güter. Die German Agencies Branch koordinierte die Zusammenarbeit mit deutschen Stellen und beriet die anderen Branches bei dieser Zusammenarbeit.[51]

Die Trade and Commerce Branch, die zunächst aus fünf Sections bestanden hatte, wurde im Januar 1946 in drei Sections umorganisiert, die auch ihre Hauptaufgaben bezeichneten: Importe und Exporte nach und aus Hessen, Handelswesen, Preiskontrolle. Nach Auflösung der Handelsbeschränkungen in den drei Westzonen beschäftigte sich die Import Export Section mit Außenhandelsproblemen. Diese Aufgabe übernahm im Frühjahr 1948 die hessische Branch der Joint Export Import Agency (JEIA),[52] deren Leitung der frühere Chef der Trade and Commerce Branch, Julian A. Hillman, übernahm.[53]

Price Control fertigte von September 1945 bis Ende 1946 Zweiwochenberichte an, die über Preisentwicklung, Versorgungslage und Schwarzmarktaktivitäten informierten. In den folgenden Jahren verfaßte sie Monatsberichte.[54]

Die POL (Petrol, Oil, Lubricants) Section war für die Beschaffung und Verteilung von Petroleum-Produkten für die Militärregierung zuständig. Gleichzeitig überwachte sie die Neuordnung des deutschen Kraftstoffversorgungswesens mit dem Ziel, wieder „freien Handel" einzuführen.[55] Die Zuständigkeit für POL ging 1946 an die Industry Branch über.

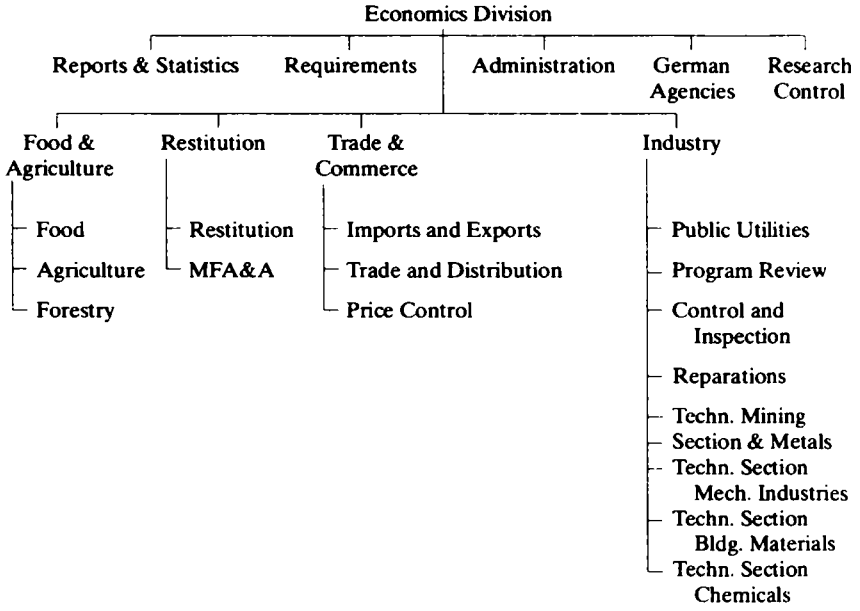
Die Restitution Branch war für die Rückführung von im Krieg verschleppten Gütern jeder Art zuständig. Nachdem der Bereich Monuments, Fine Arts & Archives (MFAA) von der Historical Division zu Economics gekommen war, wurde die Branch in zwei Sections aufgeteilt. MFAA war für die Rückführung von Kulturgütern zuständig. Die engagiert tätige Section setzte sich auch für den Schutz deutscher Kulturgüter und die Rückführung ausgelagerten Kulturgutes ein. Sie überwachte und förderte den Aufbau der Abteilung für kulturelle Angelegenheiten im hessischen Ministerium für Kultus und Unterricht sowie der Landesdenkmalpflege. Diesen Behörden übergab sie nach und nach die ausführenden Tätigkeiten, die sie dann kontrollierte. Bereits im Sommer 1945 waren in Wiesbaden und in Marburg Sammelstellen für verschleppte Kunstwerke (Central Collecting Points for Displaced Arts Objects) eingerichtet worden, die ihre Bestände auch hin und wieder öffentlich zugänglich machten. Im September 1945 entstanden in Frankfurt und in Offenbach Sammelstellen für jüdische Kultgegenstände und Bücher. In Offenbach wurde darüberhinaus im März 1946 ein

---

[50] OMGHE: Historical Report 1948.
[51] 8/181-1/7.
[52] Vgl. Joint Export-Import Agency Charter vom 19.1.1948, in: Germany under occupation, S. 235 - 238.
[53] General Order Nr. 1, OMGHE, 11.1.1948 (5/41-2/17).
[54] 8/62-2/2.
[55] 8/93-1/9.

Archival Depot für nicht-deutsche Bücher und Archive eingerichtet, das für die gesamte US-Zone zuständig war.[56]
In Anlehnung an ein OMGUS-Papier[57] wurde die Economics Division Anfang 1946 neu strukturiert. Neben den bereits erwähnten Veränderungen auf der Sections-Ebene wurden drei zusätzliche Branches geschaffen:[58]

Übersicht 28: Organisation der Economics Division, OMGHE, Juni 1946



Die Food and Agriculture Branch war bereits im Oktober 1945 auf Landesebene gebildet worden. Gleichzeitig wurde die Verantwortung für Ernährung und Landwirtschaft von den lokalen und regionalen Detachments auf das am 22. Oktober 1945 mit Organizational Direction Nr. 6, OMGHE, gebildete Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft übertragen, das von der Branch kontrolliert wurde. Nachdem diese Branch in die Economics Division eingegliedert worden war, erhielt sie auch die Forestry Section zugeordnet, die zunächst zur Industry Branch gehört hatte. Beim Wiederaufbau der Forstverwaltung stand diese Section vor größten Personalproblemen, da die Forstbediensteten unter „Reichsforstmeister" Hermann Göring zu fast 100 Prozent nationalsozialistisch organisiert gewesen waren.[59]
Die Food Section wurde am 1. Januar 1946 gebildet und war für alle Ernährungsfragen zuständig. Bereits im November 1945 war zudem ein hessisches Landesernährungsamt etabliert worden. Die Food and Agriculture Branch hatte sich zunächst um die Vereinheitlichung des Lebensmittelkartenwesens gekümmert. Food Section kontrollierte

[56] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[57] Undatiert in 8/81–1/7.
[58] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946, Appendix.
[59] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.

und überwachte bis Mai 1946 direkt die deutsche Lebensmittelbewirtschaftung und setzte gemeinsam mit den hessischen Behörden die Rationen fest. Im Mai wurden diese Aufgaben auf den Länderrat in Stuttgart übertragen, so daß sich die Section aus der unmittelbaren Kontrolle zurückziehen konnte. Gemeinsam mit der Price Control Section und der Public Safety Division widmete sich die Food Section zunehmend der Schwarzmarktbekämpfung.
Das Lebensmittelkartenwesen war die einzige Möglichkeit, genaue Bevölkerungsdaten zu gewinnen. Diese Daten gab die Section an die anderen Divisions weiter. In den Aufgabenbereich der Section fiel weiter die Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln aus den USA sowie – zusammen mit anderen Abteilungen von OMGHE – die Durchführung von Not- und Hilfsprogrammen (z. B. Child Feeding Program).
Eines der zentralen Probleme der Agriculture Section stellte die Ernteüberwachung dar. Organisatorisch drückte sich das darin aus, daß die Branch neben der Überlastung der Food Section gerade die schwierige Ernteüberwachung immer wieder als Argument für die Anträge auf Personalaufstockung anführte.[60]
Auch die Durchführung der Bodenreform, die in den Zuständigkeitsbereich der Agriculture Section fiel, gab immer wieder Anlaß zur Klage. Zu schleppend schien alles zu gehen: so waren bis Ende 1948 nur 5460 Hektar Land neu verteilt, von denen 3080 Hektar Kleingartenland waren und nur 2380 Hektar für neue Bauernhöfe vorgesehen waren.[61]
Die Research Control Branch arbeitete auf der Grundlage des Kontrollratsgesetzes Nr. 25 (Gesetz zur Regelung und Überwachung der wissenschaftlichen Forschung) vom 29. April 1946. In ihren Aufgabenbereich fielen sowohl die Kontrolle deutscher Forscher und Forschungseinrichtungen als auch die Überprüfung der Anträge auf Wiederaufnahme von Forschungstätigkeiten. Der kleine Stab dieser Branch sah sich häufig gezwungen, Mitarbeiter der Industry Branch zur Unterstützung heranzuziehen.
Die Anfang 1946 eingeführte Organisationsstruktur der Economics Division blieb bis Mitte 1948 erhalten. Im Sommer 1947 wurde innerhalb der Division die Decartelization Branch gebildet. Bereits am 4. Februar 1947 war – kurz vor der Verkündung des Gesetzes Nr. 56 der Militärregierung (Verbot der übermäßigen Konzentration deutscher Wirtschaftskraft) – Harry J. Coster als Chef der Research Control zum Beauftragten für alle „Dekartellisierungs-Probleme" benannt worden.[62] Die Arbeit dieser wichtigen, wenngleich wenig effektiven[63] Behörde beschränkte sich in der ersten Zeit auf die Erfassung und teilweise Übernahme der Treuhänderschaft für zu entflechtende Betriebe. Ihre eigentliche Tätigkeit entfaltete diese Abteilung erst innerhalb der Property Division.
General Order Nr. 5 vom 20. April 1948 löste die Economics Division auf und überführte ihre Branches in die Bipartite Liaison Division und in die Property Division.[64]

c) Personal

Die Economics Division gehörte bis zu ihrer Auflösung zu den größten Divisions im Wiesbadener Hauptquartier. Im Juli und August 1946 gehörten ihr 48 Amerikaner und 100 Deutsche an. Etwas größer war nur die Information Control Division. Dieser

---

[60] So am 21.1.1947 (8/123–1/15) und am 6.5.1948 (8/123–1/16).
[61] OMGHE: Historical Report 1948.
[62] 17/8285/19.
[63] Ebenda.
[64] 8/215–1/3.

Personalstand sank Anfang 1947 auf 31 Amerikaner und 75 Deutsche ab, um sich im Herbst auf 43 amerikanische und 101 deutsche Mitarbeiter zu erhöhen. Damit war Economics vorübergehend personell am besten ausgestattet.
1948 wurde die Division dann wieder von ICD und Legal überflügelt. Vor ihrer Auflösung im April 1948 hatte sie noch 21 amerikanische Mitarbeiter. Die hohe Personalstärke zeigt, welche große Bedeutung die Amerikaner dem wirtschaftlichen Wiederaufbau – neben dem ideologisch-kulturellen Bereich – zumaßen.
Innerhalb der Division nahm zunächst die Industry Branch mit über der Hälfte der Mitarbeiter eine beherrschende Stellung ein. Nach Einsetzung der bizonalen Wirtschaftsverwaltung entfiel diese Branch jedoch. Übrig blieben vor allem Mitarbeiter im Food and Agriculture Bereich.
Als Chef der Economics Division agierte vom Juli 1945 bis April 1946 Jerome C. White, der in dieser Zeit vom Major zum Lt.Col. aufstieg. An seine Stelle trat der Zivilist Stanley H. Sisson, der die Division bis zu ihrer Auflösung leitete. Sein Stellvertreter war Olav Maseng. Anfang 1947 nahm dieses Amt Carl E. Levan wahr, der dann von Joseph J. Taylor, dem späteren Chef der Economics Branch in der Bizonal Liaison Division, abgelöst wurde.
Die Leitung der wichtigen Food and Agriculture Branch hatte bis zum Sommer 1948 Saul M. Katz. Die Forestry Section dieser Branch leitete William F. Bond, einer der wenigen Mitarbeiter, die von 1945 durchgängig in der hessischen Militärregierung tätig waren. Chef der großen Industry Branch war bis zur Auflösung der Division Samuel S. Graham (bis 1947 Lt.Col.), der nebenher noch das 2nd MGBat(Sep) kommandierte. Die Trade and Commerce Branch leitete seit Anfang Dezember 1947 Julian A. Hillman, der seit 11. Januar 1948 gleichzeitig Chef der JEIA war. In dieser Branch war George S. Baker Section Chief der wichtigen Price Control Section. Der spätere OMGSTEG (Office of Military Government, Staatliche Erfassungsgesellschaft) Officer für Hessen, Roy L. Stith, leitete in der Economics Division 1947/48 die Requirements and Allocation Branch. Chef von MFAA war der agile Theodore A. Heinrich, der diese Einheit auch nach ihrer Angliederung an die Property Division weiter leitete.

6. Bizonal Liaison Division

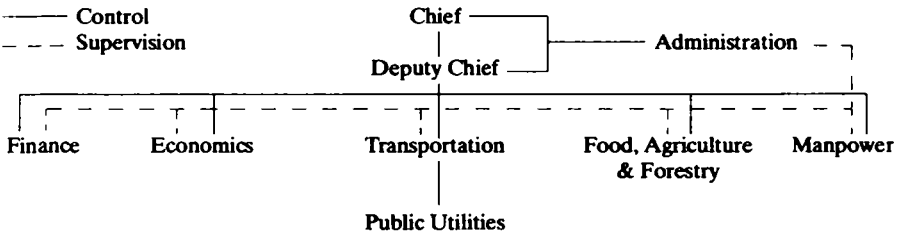
a) Aufgaben und Organisation

General Order Nr. 5 vom 20. April 1948 löste die Economics, Transportation, Manpower und die Finance Division auf und bildete aus den aufgelösten Divisions die Bizonal Liaison Division (später Bipartite Liaison Division). Aus der früheren Economics Division wurden die Bereiche Decartelization, Reparations, Restitutions und Monuments, Fine Arts & Archives in die Property Division überführt. Die Food and Agriculture Branch wurde als Branch Teil der Bizonal Liaison Division. Die verbliebenen Bereiche bildeten die Economics Branch in der neuen Division. Manpower, Transportation und Finance wurden zu Branches der Bizonal Liaison Division umgebildet und nahmen die bisherigen Aufgaben wahr[65] – allerdings in reduziertem Umfang: Schon am 1. Dezember 1947 hatte Newman in einem Schreiben an Clay darauf hingewiesen, daß die Finance, die Transportation und die Manpower Division einen

[65] 8/214–1/9.

Großteil ihrer Aufgaben erfüllt hätten und personell deutlich reduziert oder, im Fall der Industry Branch, praktisch aufgelöst werden könnten. Nur die Food and Agriculture sowie die Trade and Commerce Branch sollten in ihrem bisherigen Umfang erhalten bleiben.[66]
Mit der anschließenden Umbildung reagierte OMGHE einerseits auf die verminderten Aufgaben der Militärregierung und andererseits auf die Schaffung der Bizone. Die neue Division hatte folgende Organisationsstruktur:[67]

Übersicht 29: Organisation der Bipartite Division, OMGHE, 30. Juni 1948



Im Juli 1949 wurde die Bipartite Liaison Division in Economic Affairs Division umbenannt und neu strukturiert. Die Transportation Branch entfiel. Aus der aufgelösten Property Division wurden der Division die Decartelization Branch und die Property Branch angegliedert.

b) Personal

Am 30. Juni 1948 waren in der neuen Division 22 Amerikaner und 47 Deutsche beschäftigt. Dieser Personalstand verringerte sich zum Jahresende auf zwölf Amerikaner und 39 Deutsche. Im Mai 1949 bestand das amerikanische Personal nur noch aus dem Division Chief, den vier Branch Chiefs und dem Verwaltungsleiter.
General Order Nr. 5 vom 20. April 1948 hatte Stanley H. Sisson, den früheren Chef der Economics Division, zum Leiter der neuen Division ernannt. Zum Chef der Economics Branch rückte sein früherer Stellvertreter als Division Chief, Joseph J. Taylor, auf. Zu Branch Chiefs der anderen in der Division eingegliederten Bereiche wurden die früheren Division Chiefs ernannt. Saul M. Katz blieb Leiter der Food and Agriculture Branch. Mit General Order Nr. 10 trat James S. Hathcock am 21. August 1948 an seine Stelle. General Order Nr. 6 vom 22. April 1948 hatte – zusätzlich zu ihren seither ausgeübten Funktionen – Division Chief Stanley H. Sisson zum Economic Adviser und die Branch Chiefs Glenn E. Garrett und Donald S. Spigler zum Manpower bzw. Financial Adviser des OMGHE Director ernannt. General Order Nr. 19 vom 1. Oktober 1948 ernannte Branch Chief James S. Hathcock zum Food and Agriculture Adviser to the Director.

[66] Ebenda.
[67] 5/41-3/10.

7. Education and Religious Affairs Division (ab 1. März 1948: Education and Cultural Relations Division)

a) Aufgaben

Folgt man dem langjährigen OMGHE Director James R. Newman, dann lag auf der Education and Religious Affairs Division (ERAD) „die Hauptlast beim Wiederaufbau Deutschlands nach demokratischen Grundsätzen". Der Erfolg der amerikanischen Besatzungspolitik, so schrieb er 1947 weiter, hänge davon ab, inwieweit es gelänge, die deutsche Jugend zum „democratic way of life" zu erziehen.[68] So gibt denn auch ein Rechenschaftsbericht eines der ERAD Officer aus dem Jahre 1947 als die erste größere Aktivität in diesem Bereich die Durchführung eines insgesamt 15-stündigen (drei Stunden pro Woche) Seminars über „demokratische Erziehung" an. Dieses Seminar sei auf „breites öffentliches Interesse" gestoßen und habe dazu gedient, amerikanische Demokratisierungskonzepte und deutsche Reformvorstellungen zu diskutieren.[69] In allen Kreisdetachments führten die ERA Officers viertägige „Orientation Courses" für Lehrer durch. Diese Detachment Officers überwachten auch die Wiedereröffnung der Schulen.[70] In diesem Zusammenhang entwickelten die E-5 Officers im Sommer 1945 ein Formblatt, das das Verfahren zur Wiedereröffnung deutscher Schulen weitgehend standardisierte und das offensichtlich so vorbildlich war, daß es später von den Ländermilitärregierungen in Bayern und Württemberg-Baden übernommen wurde. Von November 1945 bis März 1946 erfolgte die Zusammenfassung der ERA-Aktivitäten auf Landesebene und der Aufbau der entsprechenden OMGHE Division.
Die Division hatte danach folgende Aufgaben und Zielsetzungen:

- Sie überwachte den Aufbau des am 26. Oktober 1945 auf der Grundlage von Organizational Direction Nr. 8 gebildeten hessischen Ministeriums für Kultus und Unterricht sowie der Schulverwaltung. Daneben kontrollierte sie die Entnazifizierung der in diesem Bereich Tätigen. Ziel war die „Vereinheitlichung des Schulwesens, die allen Schülern die gleichen Voraussetzungen gibt, um zu aktiven Staatsbürgern in einem demokratischen Staat zu werden".[71]
- Sie überwachte die Berufs- und Erwachsenenbildung. Mit dem Ziel der „Aufklärung der gesamten Bevölkerung" setzte die entsprechende Branch der Division die Einführung von Staatsbürgerkunde gerade in diesen Bereichen durch. Auf ihr Betreiben und mit ihrer Unterstützung bildete sich im August 1946 der Hessische Landesverband für Erwachsenenbildung e. V. Die Adult and Vocational Education Branch führte vom 9. – 11. Dezember 1946 in Wiesbaden die erste Tagung von Berufsschullehrern in der amerikanischen Zone durch. Bildungspolitisch setzte sich die Division für die Einführung des 9. Schuljahres ein und erreichte die Einführung und Anerkennung einer Sonderreifeprüfung an den Volkshochschulen Wiesbaden und Frankfurt.[72]
- Sie sollte in engem Kontakt mit Hochschulverwaltungen, Lehrenden und Studentenschaften beratend und anleitend bei der Neugestaltung der Universitäten tätig werden und deutlich machen, daß „Demokratie mehr als eine äußere Form" sei.

---

[68] Brief an Clay vom 1.12.1947 (8/214–1/9).
[69] 8/215–1/14.
[70] OMGHE: Historical Report 1945 – June 1946.
[71] 5/41–2/7.
[72] 8/215–1/14.

Das grundlegende Ziel war eine „positive demokratische Veränderung der deutschen Mentalität im Hochschulbereich".[73]

- Gemeinsam mit der Armee überwachte und unterstützte sie die Jugendringe auf Kreis- und auf Landesebene. Ziel war, die deutschen Jugendlichen zu einer aktiven Teilnahme am öffentlichen Leben zu bewegen und eine „politische und moralische Umorientierung der deutschen Jugend hin zu Demokratie und Frieden" herbeizuführen.[74] In diesem Zusammenhang und um die Jugendarbeit zu koordinieren, führte die Division vom 21. – 24. Oktober 1946 in Assmannshausen ein Treffen mit Vertretern der gleichfalls in diesem Bereich tätigen Armeekommandos und Gästen aus Württemberg-Baden, Bayern, Bremen und Österreich durch.[75]
- Im kirchlichen Bereich überwachte die Division die Entnazifizierung und das Verhältnis von Kirche und Staat, wobei auf die Religionsfreiheit besonders geachtet wurde.[76]

Im Laufe des Jahres 1947 setzte sich OMGHE für eine umfassende Schulreform ein.[77] So verwarfen ihre Vertreter in dem Schulreformplan, den der engagierte Kultusminister Erwin Stein am 1. Oktober 1947 vorgelegt hatte, die Trennung der Schulzüge bereits nach dem vierten Schuljahr (durch Einführung von Latein vom fünften Schuljahr an). Sie forderten mindestens sechs Schuljahre ohne Klassentrennung.[78]

Im Jahr 1948 gewann der Hochschulbereich an Bedeutung. Im Anschluß an eine Studie von zwei führenden Offizieren der Division (Wells/Alexander) über die Situation des hessischen Hochschulwesens erhielt die Division von OMGUS vier zusätzliche University Specialists zugewiesen.

Ende Juni 1948 wurde eine Cultural Exchange Branch eingerichtet. Aufgaben im Bereich des Kulturaustausches hatte zuvor in geringem Umfang die Higher Education Branch wahrgenommen. Diese Verstärkung des Kulturaustausches war Ausdruck einer sich im Jahr 1948 insgesamt verändernden Akzentsetzung in der Arbeit der Division. An die Stelle der gezielten und kontrollierenden Einflußnahme auf einen beschränkten Personenkreis von Multiplikatoren (z. B. Pfarrer, Lehrer) trat der Versuch, sich durch Filme, Amerikahäuser, Austauschprogramme usw. direkt an die Bevölkerung zu wenden. Dieser Versuch fand seinen offiziellen Ausdruck im Reorientation Program, das OMGHE am 25. August 1947 anordnete.[79] Dem in diesem Zusammenhang gebildeten „Reorientation Committee" gehörte der Chef der Division an. Innerhalb der Division wurde die Youth Activities Branch in Group Activities Branch umbenannt und war nun für die Bereiche Frauenarbeit, Jugendaktivitäten, Erwachsenenbildung und audiovisuellen Medieneinsatz zuständig.

Die Branch war damit u. a. verantwortlich für die Villa Lilly Leadership Training School,[80] die Oberreifenberg Training School und die Community School Audio-Visual Aids Program (CSA).[81] Während sich die ersten beiden Einrichtungen der Jugendarbeit widmeten, führte CSA Filmvorführungen durch und bildete Filmvorführer aus.

---

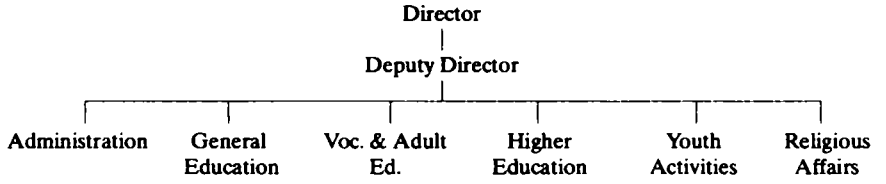
[73] 5/41-2/7.
[74] Ebenda.
[75] OMGHE: Historical Report July 1946 – December 1946.
[76] 5/41-2/7.
[77] OMGHE: Historical Report April – July 1947; OMGHE: Historical Report July – September 1947.
[78] OMGHE: Historical Report October – December 1947.
[79] OMGHE: Historical Report 1948.
[80] 8/191-3/4.
[81] 8/192-2/12.

Daneben fielen zu dieser Zeit praktisch alle im Rahmen des Reorientation Program durchgeführten Projekte in die Zuständigkeit der ECR Division, die dabei eng mit anderen Divisions zusammenarbeitete. Diese Projekte, an denen oft Experten aus den USA mitwirkten, sollten dem Erlernen „demokratischen Verhaltens" auf allen Ebenen und in allen Bevölkerungsgruppen dienen.
Im Laufe des Jahres 1948 wurde eine Verlagerung der Schwerpunkte in der Zielsetzung der Division deutlich: in den Aufgabenbeschreibungen der Branches entfielen im wesentlichen die Demokratisierungsforderungen.[82] In den Hauptzielsetzungen des Reorientation Program wurde neben den bekannten Forderungen nach Sicherung der Freiheitsrechte des einzelnen und demokratischen Strukturen auf allen Ebenen nun auch „die Schaffung eines Bollwerks gegen die Propagierung totalitärer philosophischer Ideologien" verlangt.[83]

b) Organisation

Bei ihrer Aufstellung war die Division zunächst in sieben Branches gegliedert. Nachdem die beiden Field Teams General Education (vier Stellen) und Curricular Democratization (eine Stelle) in andere Branches eingegliedert und eine eigenständige Administration Branch eingerichtet worden war, präsentierte sich die Division von Mitte 1947 bis Mitte 1948 in folgender Organisationsstruktur:[84]

Übersicht 30: Organisation der Education and Religious Affairs Division, OMGHE, 30. Juni 1947



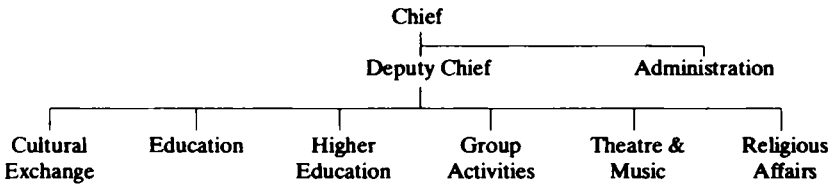
Die von OMGUS am 18. Februar 1948 herausgegebenen General Orders Nr. 6 und Nr. 8 zur organisatorischen Neuordnung des ERA-Bereichs vollzog OMGHE nur teilweise nach. Während die hessische Militärregierung mit General Order Nr. 4 vom 1. März 1948[85] die von OMGUS mit General Order Nr. 8 angeordnete Umbenennung der Division in „Education and Cultural Relations Division" vollzog, folgte sie General Order Nr. 6 nicht. Am 8. März 1948 wies Henry A. Wann, der Direktor der hessischen Division, in einem Schreiben an Newman darauf hin, daß es nicht möglich wäre, „die Veränderung sofort vorzunehmen".[86] In der Tat verzichtete OMGHE auf Dauer darauf, die Division – wie von OMGUS angeordnet – in vier Branches zu gliedern, sondern hielt an den bestehenden fünf Branches mit einer gesonderten Administration Section fest. Als hessische Besonderheit bestand eine Higher Education Branch fort. Die Youth Activities Branch wurde allerdings in Group Activities umbenannt und erhielt die bereits erwähnten zusätzlichen Aufgaben.

---

[82] 5/41-3/10.
[83] 8/191-3/4.
[84] 5/41-2/7.
[85] 5/41-2/17.
[86] 8/215-1/14.

Anfang 1948 wurden die Aufgaben der Vocational and Adult Education Branch auf die Group Activities und die Education Branch verteilt. Ende 1948 bildete OMGHE einer OMGUS-Anweisung entsprechend eine Cultural Exchange Branch. Am 6. August 1948 kam noch die Theatre and Music Branch, die zuvor zur Information Control Division gehört hatte, dazu,[87] so daß die Division in den letzten Monaten der Besatzungszeit folgende Struktur hatte:[88]

Übersicht 31: Organisation der Education and Cultural Relations Division, OMGHE, 31. Dezember 1948



c) Personal

Der Personalstand der ERAD zeichnete sich durch eine bemerkenswerte Konstanz aus. Von 1946 bis Anfang 1949 arbeiteten in der Regel 21 Amerikaner in der Division. Nachdem sich Newman gegenüber OMGUS am 1. Dezember 1947 für eine Beibehaltung der Division ausgesprochen hatte,[89] überstand sie die große Veränderung des Jahres 1948 praktisch unbeschadet. Dadurch wurde sie zu einer der größten Divisions von OMGHE, was auch ihrer gestiegenen Bedeutung im Rahmen der von der amerikanischen Regierung 1947/48 forcierten ideologischen Arbeit Rechnung trug.
Die Zahl der deutschen Mitarbeiter erhöhte sich von sieben am 1. Juli 1946 auf 40 am 31. Dezember 1948 – eine einmalige Entwicklung innerhalb von OMGHE. Weiter war in dieser Division der Anteil der promovierten Mitarbeiter, die entweder aus dem schulischen oder aus dem universitären Bereich kamen, wesentlich höher als in anderen Divisions.
Schon bei der Aufstellung von E-5 am 15. September 1944 war der Major und spätere Lt.Col. James F. Bursch für Erziehung und Religion zuständig gewesen. Nach Bildung der ERA Division übernahm er bis Mai 1946 deren Leitung. Zu diesem Zeitpunkt rückte Vaughn De Long, der vorher als Deputy Chief tätig gewesen war, zum Chief auf. Auf De Long folgte Dr. Henry A. Wann, der von Januar 1947 bis August 1948 die Division leitete. Vom August 1948 bis zur Auflösung übernahm dann wieder Vaughn R. De Long dieses Amt. Deputy Chief der Division wurde als Nachfolger von De Long Dr. Leroy Vogel, dessen Position aber schon Anfang 1949 entfiel.
Die Higher Education Branch leitete seit ihrer Bildung Dr. James Hartshorne. An seine Stelle trat 1947 Dr. Howard P. Becker, der Ende 1948 von Dr. Franz Montgomery abgelöst wurde. Chief der Religious Affairs Branch war zunächst Dumont F. Kenny. Dieses Amt übernahm Ende 1948 George F. Donovan. Seit Sommer 1945 beschäftigte sich Erwin Dingman mit der Berufs- und Erwachsenenbildung. Nachdem ERAD die Arbeit aufgenommen hatte, wurde er zum Chief der entsprechenden Branch ernannt. Diese Stelle übernahm im Frühjahr 1948 kurzzeitig Dr. Howard Oxley, der nach Auf-

[87] General Order Nr. 8, OMGHE, 6.8.1948 (5/41-3/10).
[88] 5/41-3/10.
[89] 8/214-1/9.

lösung der Vocational and Adult Education Branch Chief der neu gebildeten Group Activities Branch wurde. Nach den Umstrukturierungen im Frühjahr 1948 übernahm Dr. Eugene R. Fair die Leitung der Education Branch. Zur gleichen Zeit wurde Dr. Marie Schnieders Chefin der Cultural Exchange Branch. Die Leitung der Theatre and Music Branch, die im Sommer 1947 von ICD zu ECRD verlegt worden war, hatte zunächst William P. Dubensky inne, der schon bei ICD in diesem Bereich tätig gewesen war. Diese Funktion übte 1949 dann Dr. Everett B. Heim aus.

8. Finance Division

a) Aufgaben

Die Finance Division war für Währungsfragen, die öffentlichen Haushalte und die Überwachung des deutschen Geld- und Bankwesens zuständig. Zunächst hatte jedes Detachment über einen für Finanzfragen zuständigen Offizier verfügt. Diese unterstanden der Aufsicht der Regierungsbezirks-Detachments.
Nach der Bildung eines deutschen Finanzministeriums in Hessen durch Organizational Direction Nr. 4, OMGHE, vom 20. Oktober 1945, das nun die deutsche Finanzverwaltung kontrollierte, konnte die Finance Division über das Ministerium ihre Aufsichtsfunktionen wahrnehmen. Im November 1945 entfiel die Zuständigkeit der Land- und Stadtkreisdetachments für finanzielle Fragen. Die Regionaldetachments zogen sich im Dezember 1945 aus dem Finanzbereich zurück, die Verantwortung lag seit dieser Zeit allein bei der Division. Diese versuchte, das deutsche Finanz- und Bankwesen gründlich zu entnazifizieren. Insgesamt wurden über 3600 Beschäftigte in diesem Bereich zunächst relegiert.[90]
Im November 1945 gab die Division der Currency Section, Finance Division, OMGUSZ, einen Überblick über die Bestände der hessischen Reichsbankfilialen.[91] Die Bankguthaben führender Nationalsozialisten wurden gesperrt.[92] Anfang 1947 überwachte die Division die Neustrukturierung des hessischen Finanzministeriums, dessen auf fünf angewachsene Abteilungen bis zum 1. Mai 1947 zusammen in einem Gebäude untergebracht werden sollten.[93]
Die Eingriffe der Finance Division in die deutsche Politik verringerten sich in den folgenden Monaten. Einsprüche gegen den hessischen Haushaltsplan, die sie Ende 1947 vortrug, konnten „informell" geklärt werden.[94] Die Division drang allerdings häufig darauf, daß die Landesregierung ihre Haushalte rechtzeitig vor Beginn der Rechnungsjahre einbrachte. Auseinandersetzungen zwischen dem hessischen Finanzministerium und OMGHE ergaben sich dadurch, daß das Ministerium nach Ansicht von OMGHE zu hohe Prokopfzahlen für die Belastung Hessens durch Besatzungskosten in die öffentliche Diskussion einbrachte.
Am 27. Februar 1948 übergab OMGHE die Aufsicht über gesperrte Bankguthaben an die Landesregierung. Die Einsetzung einer deutschen Wirtschaftsverwaltung für die Bizone (MG Proclamation Nr. 7, Bizonal Economic Administration, vom 9. Februar 1948) und die Errichtung der Bank deutscher Länder zum 1. März 1948 (MG Law

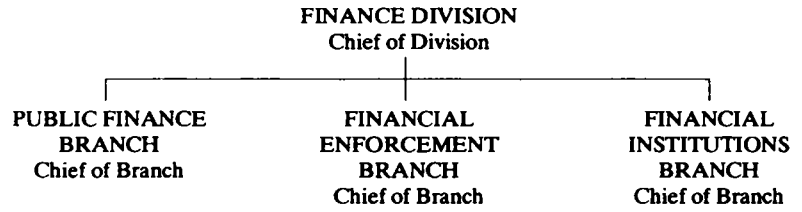
[90] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[91] OMGHE: Historical Report 1945.
[92] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[93] OMGHE: Historical Report January – March 1947.
[94] OMGHE: Historical Report October – December 1947.

Nr. 60 vom 1. März 1948) verringerten die Aufgaben der Finance Division weiter.[95] Mit General Order Nr. 5 vom 20. April 1948 wurde sie endgültig aufgelöst. Mit stark reduziertem Personal nahm fortan die Finance Branch in der Bizonal Liaison Division und danach in der Economic Affairs Division die verbleibenden Aufgaben wahr.[96] Die Branch beobachtete vor allem die Folgen der auf Grundlage der Militärregierungsgesetze Nr. 61 – 65 am 20. Juni 1948 durchgeführten Währungsreform.[97]

b) Organisation

Die Organisationsstruktur, die sich nach Konstituierung der Division herausgebildet hatte, blieb bis zu ihrer Auflösung am 20. April 1948 erhalten. Eine der drei Branches beschäftigte sich mit den öffentlichen Haushalten, die zweite verfolgte Mißachtungen von Anweisungen der Militärregierung. Die dritte Branch war für das Bank- und Kreditwesen, Versicherungen und Währungsfragen zuständig. Sie kontrollierte außerdem die gesperrten Bankguthaben.
Im Juni 1947 hatte die Finance Division folgende Struktur:[98]

Übersicht 32: Organisation der Finance Division, OMGHE, 30. Juni 1947



c) Personal

Die Finance Division gehörte zu den kleineren Divisions von OMGHE. 1946 verfügte sie über sieben amerikanische und elf deutsche Mitarbeiter. Während die Zahl der deutschen Mitarbeiter bis Ende 1947 konstant blieb, wurde das amerikanische Personal um drei Positionen auf vier verringert. Vor Auflösung der Division waren nur noch zwei Amerikaner bei ihr beschäftigt, die 1948 in der Finance Branch der Bizonal Liaison Division weiterarbeiteten. Im Frühjahr 1949 entfiel eine Position, so daß am Ende der Tätigkeit von OMGHE nur noch ein Finanzberater für diesen Bereich zuständig war.
Leiter der Division war zunächst Major John D. C. Baldwin, der am 20. Oktober 1947 von seinem bisherigen Stellvertreter Donald S. Spigler abgelöst wurde. Spigler wurde am 22. April 1948 zum Finanzberater des Direktors von OMGHE ernannt. Als sein Stellvertreter arbeitete bis zum 20. September 1948 Paul J. Zeller. Nachdem Zeller seinen Dienst beendet hatte, übernahm John A. Grey seine Aufgabe.

---

[95] OMGHE: Historical Report 1948.
[96] 8/215–1/3.
[97] OMGHE: Historical Report 1948.
[98] OMGHE: Historical Report April – July 1947.

9. Foreign Liaison Division (auch French Liaison)

Ende 1947 wurden die noch bei OMGHE tätigen ausländischen Verbindungsoffiziere, für die zunächst der Executive Officer von OMGHE zuständig gewesen war,[99] in einer eigenen Division zusammengefaßt.[100] Da es sich zu diesem Zeitpunkt nur noch um drei Franzosen handelte, wurde die Division in den OMGHE-Aufstellungen zum Teil auch als French Liaison geführt. In den ersten beiden Jahren der Militärregierung waren zahlreiche ausländische Verbindungsoffiziere in Hessen tätig gewesen. Ihre Aufgabe bestand vor allem in der Rückführung und Betreuung von Landsleuten, die sich als Soldaten oder DPs in Deutschland befanden. Die Verbindungsoffiziere waren entweder amerikanischen Truppenteilen oder Detachments der Militärregierung zugeordnet (attached).[101] Eine eigenständige Foreign Liaison Division bestand nur bis März/April 1948.

10. Information Control Division (ab 6. August 1948: Information Services Division)

a) Aufgaben

„Die Aufgaben von Information Control umfassen die Bereiche Presse, Zeitschriften, Bücher, Filme, Musik und Radio. Information Control beschäftigt sich also mit dem gesamten Medienbereich", schrieb die Division im ersten Historical Report von OMGHE.[102]

Zunächst hatte das 6871st District Information Services Control Command (DISCC) diese Aufgaben wahrgenommen. 6871st DISCC war im März 1945 als Teil der Psychological Warfare Division von SHAEF gebildet worden und agierte als Einheit der 7. US Armee unter deren Kommando im Western Military District. Nach der Auflösung dieses District mit General Order Nr. 1, USFET, vom 2. Januar 1946[103] beschränkte sich 6871st DISCC auf Württemberg-Baden. Die Information Control-Aufgaben in Hessen übernahm das 6840th Theater Information Services Control Command (TISCC), das seinen Sitz in Bad Nauheim hatte. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Einheit in Hessen acht Zeitungen, 26 Verleger und fünf Theater zu kontrollieren. 6840th TISCC wurde allerdings bereits im Januar 1946 wieder aufgelöst.

General Order Nr. 4, 2nd MGBat(Sep), vom 25. Januar 1946 ordnete die Aufstellung des Information Services Control Detachment in OMGHE an.[104] Die neugeschaffene Abteilung verlegte ihren Sitz von Bad Nauheim und Schloß Georgenborn, wo TISCC vorübergehend seinen Sitz gehabt hatte, nach Wiesbaden. Das Information Services Control Detachment wurde jedoch mit General Order Nr. 5, 2nd MGBat(Sep), vom 4. Februar 1946 wieder aufgelöst.[105]

---

[99] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946, Appendix.

[100] OMGHE: Historical Report October – December 1947.

[101] Aufstellungen in 8/179–1/15; für E-4 (Kassel) Aufstellungen in 8/180–1/2, 8/180–1/3 bzw. 8/187–3/9.

[102] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946; vgl. zum folgenden auch Hurwitz: Die Stunde Null, S. 120ff.

[103] 12/226–1/1–11.

[104] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.

[105] Ebenda, Appendix.

An seine Stelle trat die am 28. Februar 1946 auf Grundlage einer USFET-Anweisung vom gleichen Tag gebildete Information Control Division (ICD), OMGHE.[106] Die Division wies starke personelle Kontinuitäten zu ihren drei Vorläuferorganisationen auf. Der Organisationsaufbau war am 1. Juni 1946 vollendet.[107] Allerdings waren noch im Juli 1946 zwei Chief of Branch-Stellen und eine Deputy Chief of Branch-Stelle unbesetzt.[108]

Schwierigkeiten bereitete die Tatsache, daß die Aufgaben, die 6840th Theater Information Services Control Command auf Zonenebene wahrgenommen hatte, nunmehr neu verteilt werden mußten. Der Information Control Division von OMGHE fiel bei dieser Zuständigkeitsverteilung im Frühjahr 1946 die Aufgabe zu, hauptverantwortlich für den Aufbau und die Kontrolle der DANA (Deutsche Allgemeine Nachrichten-Agentur) zu zeichnen.[109] Die anderen zonalen Aufgaben, ausschließlich derjenigen, die ausdrücklich in die Zuständigkeit der entsprechenden Abteilungen der Länder-Militärregierungen gegeben worden waren, übernahm im Laufe des Sommers 1946 Information Control Division, OMGUS, und Information Control Service, OMGUS.[110]

Innerhalb von ICD, OMGHE, waren die Aufgaben auf einzelne Branches verteilt. So beschäftigte sich die Press Branch mit dem Zeitungswesen. Ihre erste Aufgabe, die sie noch im Rahmen der Vorläuferorganisationen von ICD in Angriff genommen hatte, bestand in der Auswahl geeigneter Lizenzträger für die in den größeren Städten zu gründenden Zeitungen. Als erste hessische Zeitung erhielt die „Frankfurter Rundschau" am 31. Juli 1945 ihre Lizenz und durfte ab 1. August 1945 zunächst mit 500000 Exemplaren erscheinen.

Die Branch führte beständige Klage über chronischen Personalmangel und Unterbezahlung des vorhandenen Personals.[111] Auseinandersetzungen zwischen deutschen Stellen und OMGHE ergaben sich des öfteren, weil die Amerikaner die Zeitungen gegenüber Angriffen aus Parteien und Behörden grundsätzlich in Schutz nahmen.[112] In den Aufgabenbereich der Press Branch fiel auch – wie oben erwähnt – der Aufbau und die Kontrolle von DANA in Bad Nauheim. Diese Stadt wurde deshalb zum Sitz der Agentur, weil das nationalsozialistische Propagandaministerium seine Ausrüstung dorthin ausgelagert hatte.

Alle anderen Druckerzeugnisse außer den Zeitungen, die eine Sonderstellung einnahmen, fielen in den Zuständigkeitsbereich der Publications and Periodicals Branch, die darüberhinaus auch die kommerziellen Leihbibliotheken kontrollierte.

Die Radio Branch beschäftigte sich mit Radio Frankfurt, dem zunächst einzigen Rundfunksender in Hessen.[113] Ein Kontrolloffizier war bei allen Ausstrahlungen dieses Senders zugegen.[114] Der technische Betrieb des Senders ging im Laufe des Jahres 1946 in deutsche Hände über. Schwierigkeiten ergaben sich mit der Übernahme der inhaltlichen Regie. Schon für 1947 vorgesehen, wurde sie erst im Herbst 1948 Wirk-

---

[106] 8/216-3/8 und OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[107] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[108] 8/155-1/13.
[109] 8/216-3/8.
[110] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[111] Ebenda; 8/160-2/7; 8/179-3/4.
[112] OMGHE: Historical Report 1948.
[113] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[114] 8/215-2/11.

lichkeit, nachdem der Landtag am 22. September 1948 ein Rundfunkgesetz verabschiedet hatte, dem OMGHE zustimmte.[115]

Die Film, Theater and Music Branch war an verschiedenen Stellen untergebracht. Während die Bereiche Theater and Music von Wiesbaden aus betreut wurden, residierte die Film-Abteilung in den ehemaligen UFA-Räumen in Frankfurt. Die Branch kontrollierte die öffentlichen Aufführungen in ihrem Bereich, bei denen im übrigen nur Künstler auftreten durften, die zuvor ein entsprechendes Lizenzierungsverfahren der Branch hinter sich gebracht hatten.[116] Die Film Section verwaltete darüberhinaus bis zum 1. Februar 1948 den gesamten Filmverleih. Seit Februar 1948 übernahmen nach und nach kommerzielle Agenturen den Verleih.[117] In ihren Äußerungen gegenüber den anderen OMGHE-Stellen machte sich die Branch oft zum Anwalt der Künstler, indem sie beispielsweise auf deren schlechte Versorgungssituation hinwies.[118]

Die Intelligence Branch von ICD hatte zunächst eine doppelte Aufgabe: einmal sollte sie Informationen über Verhalten und Ansichten der Deutschen – besonders gegenüber den Amerikanern – sammeln. Zum anderen hatte sie die Lizenzbewerber für den künstlerischen und publizistischen Bereich auf ihre demokratische Tauglichkeit zu überprüfen.

Mit einer Direktive vom 22. Januar 1946 erhielt die Branch zusätzlich den Aufgabenbereich „Political Intelligence", d. h. die Überwachung politischer Aktivitäten auf deutscher Seite, zugeteilt. Die Zentrale in Wiesbaden sammelte die Berichte der acht Außenstellen und gab wöchentlich einen acht- bis zehntausend Worte umfassenden Bericht, den „German Public Opinion Review", heraus. Allerdings begann schon im Februar 1946 die Bildung einer eigenständigen Organisationseinheit für diesen Bereich (später Intelligence Division).[119]

Auf zonaler Ebene entsprach dieser Entwicklung die Einrichtung einer eigenen, wissenschaftlichen Standards verpflichteten „Survey Unit" als Unterabteilung der Intelligence Branch der Information Control Division, OMGUS. Das Hauptquartier dieser Einheit war aus organisatorischen Gründen der Landesmilitärregierung Hessen angegliedert; sie unterhielt aber auch in Bayern, Württemberg-Baden und Berlin lokale Büros mit festem Personal.[120]

Die Aktivitäten der Intelligence Branch verlagerten sich im Laufe der Zeit von der politischen Aufklärung in den Forschungsbereich. Diese Entwicklung fand schließlich in der Umbenennung der Branch in Research Branch im Sommer 1947 ihren Ausdruck.[121] Die Aufgabenbereiche Lizenzvergabe und -kontrolle blieben jedoch erhalten.[122] Anfang 1948 wurde die Branch erneut in Media Investigation Unit umbenannt.[123]

Die Exhibition and US Information Centers Branch war zuständig für die Aufsicht über die seit Anfang 1946 in folgenden Städten eröffneten Information Centers (Amerika-Häuser):

---

[115] OMGHE: Historical Report 1948.
[116] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[117] 8/215-2/11.
[118] OMGHE: Historical Report April – July 1947.
[119] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[120] Ebenda.
[121] OMGHE: Historical Report April – July 1947.
[122] 8/215-2/11.
[123] 8/176-1/26.

Übersicht 33: US Information Centers (Amerika-Häuser) in Hessen, 1946–1948

Marburg	(eröffnet am 26. Februar 1946)
Frankfurt	(eröffnet am 22. Mai 1946)
Kassel	(eröffnet am 19. September 1946)
Darmstadt	(eröffnet am 16. Januar 1947)
Gießen	(eröffnet am 15. Mai 1947)
Wiesbaden	(eröffnet am 8. Juli 1947)[124]
Fulda	(eröffnet im Juli 1948)[125]

Die Centers führten Sprachkurse und öffentliche Veranstaltungen durch. Weiter verfügten sie über Leihbibliotheken. Für die Auswahl des Buchbestandes war ebenfalls die Exhibition and US Information Centers Branch zuständig. Darüber hinaus richtete die Branch in 38 Kreisstädten Büchereien ein. Die sieben Centers verfügten über ein „Bookmobile", das kleinere Gemeinden mit Lektüre versorgte. Im Jahr 1948 verzeichneten die Centers 991000 Besucher und 497000 Buchausleihen.[126]
Mit General Order Nr. 9 vom 6. August 1948 erhielt ICD die neue Bezeichnung Information Services Division (ISD).[127] Diese Umbenennung der Division brachte den Funktionswandel und die Umorientierung der amerikanischen Politik zum Ausdruck: von der „Kontrolle" zum „Service". So spielte ISD eine wichtige Rolle im Reorientation Program.[128] Der Division Chief war Mitglied im Reorientation Committee von OMGHE.
Ein pessimistisches Fazit der ICD/ISD-Arbeit in Hessen zog der Leiter der Media Investigation Unit, Max H. Kimental, in einem Brief an seinen Division Chief vom 13. Juni 1949.[129] Zwar seien „die deutschen Medien in diesem Land [...] alles in allem [...] nicht gegen die Demokratie", die Meinungsführer schienen aber noch nicht „über ausreichende Selbstsicherheit, genug Rückgrat und vielleicht auch Mut zu verfügen, um die Angriffe der noch immer bestehenden nationalsozialistischen Phalanx niederzuschlagen".

b) Organisation

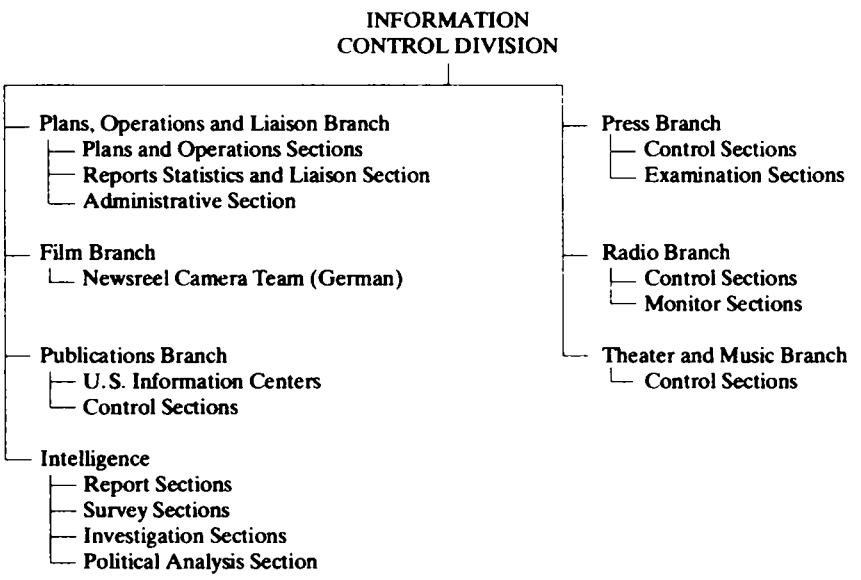
ICD war in sieben Branches gegliedert, die ihrerseits wieder in Sections unterteilt waren. Im Juni 1946 war die Division wie folgt organisiert (Übersicht 34).[130]
Bis zum Juni 1947 wurden folgende Veränderungen vorgenommen:

- Die Plans, Operations and Liaison Branch, die für Stabsaufgaben und Außenkontakte zuständig war, wurde als Branch aufgelöst. Der Organisationsbereich wurde dem Chief direkt zugeordnet.
- Für die US Information Centers, deren Zahl sich in diesem Zeitraum von zwei auf fünf erhöhte, war jetzt nicht mehr nur eine Section der Publications Branch, sondern eine eigene Branch zuständig, die gleichzeitig mit dem Ausstellungswesen betraut war.
- Die frühere Intelligence Branch wurde zur Research Branch.

---

[124] Chronology, S. 16, 21, 28, 36, 43, 46.
[125] OMGHE: Historical Report 1948.
[126] Ebenda.
[127] 5/41–3/10.
[128] Vgl. OMGUS-Hb,Teil Hessen B.7: Education and Religious Affairs Division.
[129] 8/176–1/26.
[130] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.

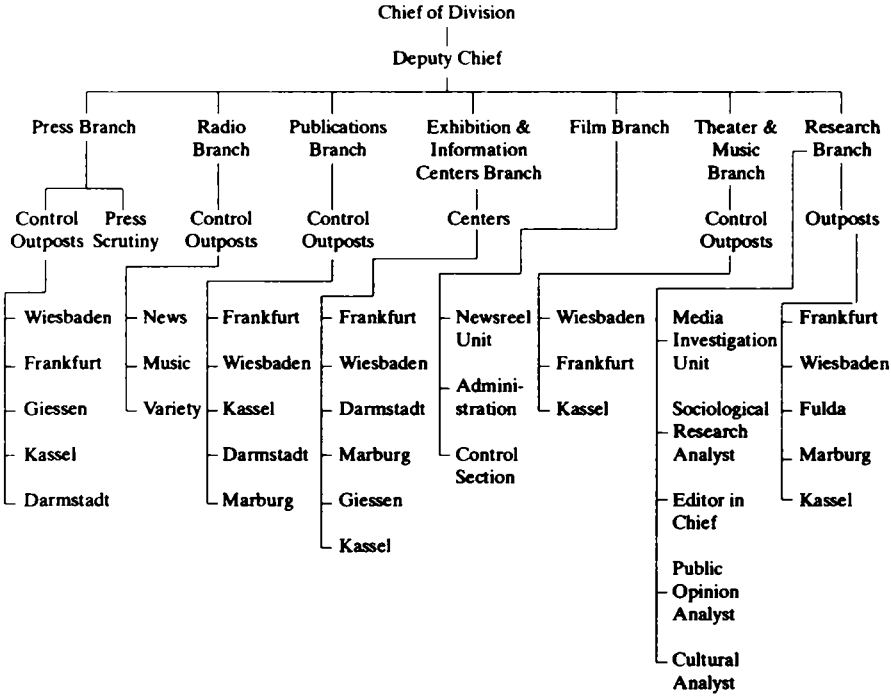
Übersicht 34: Organisation der Information Control Division, OMGHE, Juni 1946



Im Gegensatz zu den meisten anderen Divisions verfügte ICD über zahlreiche Außenstellen, wie die Übersicht 35 vom Juni 1947 verdeutlicht.[131]
Im Sommer 1947 wurde die Stabsabteilung auf zwei Positionen (Plans & Operations Officer und Administrative Officer) gestrafft. Anfang 1948 wurden die Film Branch und die Theater and Music Branch, die schon zu Beginn der ICD-Tätigkeit eine gemeinsame Unterabteilung gebildet hatten, erneut in einer Branch vereinigt. Im zweiten Vierteljahr 1948 entfiel der Plans and Liaison Officer, und die Research Branch wurde in Media Investigation Unit umbenannt. General Order Nr. 8 vom 6. August 1948[132] verlegte die Zuständigkeit für Theater und Musik in die Education and Cultural Relations Division; bei ICD verblieb die jetzt wieder eigenständige Film Branch. Bei der Organisationsstruktur von Ende 1948 (Übersicht 36) fällt auf, daß bis auf die Information Centers alle anderen Außenstellen unter Aufsicht des Deputy Chief zusammengefaßt sind und daß sich ihre Zahl somit stark verringert hat. Sieben Information Control Officers nahmen jetzt die Aufgaben der Außenstellen aller Branches wahr.[133]
Die Press Branch hatte zunächst über Außenposten in Wiesbaden, Frankfurt, Gießen, Kassel und Darmstadt verfügt. Anfang 1948 kamen zusätzliche Außenstellen in Fulda und Marburg hinzu. Die Außenstellen waren meist mit einem Press Control Officer besetzt, dem – außer in Darmstadt und Kassel – ein Press Assistant zur Seite stand. Ende 1948 entfielen alle Außenstellen bis auf Frankfurt wieder.
Die Radio Branch konzentrierte ihre Arbeit zunächst auf Radio Frankfurt. Nach Eröffnung der Studios in Wiesbaden und Kassel im Jahr 1948 unterhielt die Branch auch dort Außenposten. Sie hatte weiter Sections für den Frankfurter Kurzwellensender

[131] OMGHE: Historical Report April – July 1947.
[132] 5/41-3/10.
[133] 8/215-2/11.

Übersicht 35: Organisation der Information Control Division, OMGHE, 30. Juni 1947



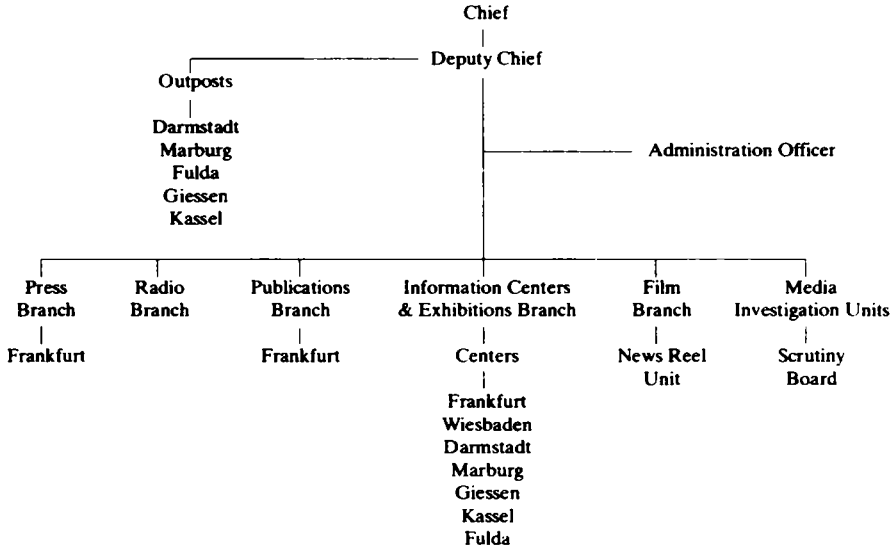
und Kabelradioprogramme (Wired Radio Program Distribution System) eingerichtet. Nach der Verabschiedung des Rundfunkgesetzes entfielen alle der Branch direkt zugeordneten Außenposten.

Die Publications Branch unterhielt bis Ende 1948 Außenstellen in Frankfurt, Wiesbaden, Kassel, Darmstadt und Marburg, später dann nur noch in Frankfurt. Die Exhibitions and US Information Centers Branch unterhielt während der gesamten Zeit ihrer Tätigkeit in jedem der Center eine Außenstelle. Die Film Branch in Frankfurt hatte seit April 1946 eine News Reel Unit, die eine deutsche Wochenschau produzierte. Nachdem die Branch ausgebaut war, verfügte sie über eine für den Filmverleih zuständige Section und über eine Control Section. Diese beiden Sections entfielen aber Ende 1948 wieder. Die Theater and Music Branch hatte Außenstellen in Wiesbaden, Frankfurt und Kassel. Über die meisten Outposts verfügte zunächst die Intelligence Branch. Ihre acht Vertretungen befanden sich in Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden, Marburg, Gießen, Fulda, Bad Nauheim und Kassel. Als Research Branch hatte diese Organisationseinheit deren nur noch fünf: in Frankfurt, Wiesbaden, Fulda, Marburg und Kassel. Anfang 1948 kam kurzzeitig wieder eine Position in Darmstadt hinzu, die wie die anderen Außenstellen im zweiten Vierteljahr 1948 wieder entfiel.

Die Division schrumpfte in der ersten Jahreshälfte 1949 weiter. Im Juni 1949 wurde sie ganz aufgelöst.[134]

[134] 8/42-3/11.

Übersicht 36: Organisation der Information Services Division, OMGHE, 31. Dezember 1948



c) Personal

ICD, die einen Teil ihres Personals von DISCC und TISCC übernommen hatte, war fast während der gesamten Zeit ihrer Tätigkeit die größte Division in OMGHE, was die Zahl ihrer amerikanischen Mitarbeiter betraf. Mit 52 amerikanischen Mitarbeitern am 17. August 1946, also ein gutes halbes Jahr nach Beginn ihrer Tätigkeit, erreichte die Division ihren personellen Höchststand. Diese Zahl sank bis Herbst 1947 auf 36 ab. In dieser Zeit war die Economics Division vorübergehend die größte Division. Diese war jedoch um die Jahreswende 1947/48 von Kürzungen betroffen, so daß zum März 1948 ICD, die ihre 36 amerikanischen Mitarbeiter behalten hatte, wieder stärkste Division war. Die Veränderungen im April 1948 ließen die Organisationsstruktur von ICD unangetastet, brachten aber eine Verringerung des amerikanischen Personals auf 26. Diese Zahl stieg während des Reorientation Program zunächst leicht an (1. Juli 1948: 28), sank aber auf 23 zum Jahreswechsel 1948/49. Am 2. Mai 1949 gehörten der Division dann nur noch acht Amerikaner an: der Chief, ein Mitarbeiter für Verwaltungsaufgaben und sechs Branch Chiefs.

Die größte Branch war die Intelligence/Research Branch. Sie umfaßte 1946 20 und 1947 18 US-Positionen. Die anderen sechs Branches umfaßten vier bis sieben Positionen. Abgesehen von der Exhibitions and US Information Centers Branch, der die amerikanischen Leiter der Amerika-Häuser angehörten, wurde der Personalstand der Branches bis Ende 1948 ungefähr halbiert, um dann 1949 auf je eine Position zusammenzuschrumpfen. Von dieser Reduzierung des Personals war auch die Exhibitions and US Information Centers Branch betroffen.

Von ihrer Aufstellung bis zum Februar 1947 wurde ICD von Anthony F. Kleitz geleitet. Ihn löste Bernard B. McMahon ab, der bis zum Juli 1947 amtierte. Zu diesem Zeitpunkt trat Dietrich Schroeder, der bisher Deputy Chief gewesen war, an die erste Stelle der Division. Vom Dezember 1947 bis November 1948 leitete dann Frederick N. Leonhard die Division. Leonhard war früher bei der Berliner Militärregierung tätig

gewesen. Sein am 11. März 1948 zum Deputy Chief ernannter Stellvertreter Arthur Reef übernahm am 24. November 1948 die Amtsgeschäfte, die er bis zur Auflösung der Division führte. Zu seinem Stellvertreter wurde am 30. November 1948 Raymond J. Stover ernannt, der zuvor die Press Branch geleitet hatte.
In der Press Branch ersetzte ihn Vincent O. Anderson, der schon seit 1946 stellvertretender Leiter der Branch gewesen war. Wie Anderson gehörte auch der aus Palästina in die USA emigrierte Emil P. Jallouk der Division von ihrem Anfang bis zum Ende an. Er leitete zunächst die Plans, Operations and Liaison Branch, um nach deren Auflösung Chief der Exhibitions and US Information Centers Branch zu werden. Die Theater, Music and Film Branch leitete William P. Dubensky. Nachdem Theater and Music in die Education and Cultural Relations Division überführt waren, leitete Irvin C. Scarbeck die verbliebene Film Branch. Dieser war zunächst Jallouks Stellvertreter in der Plans, Operations and Liaison Branch gewesen.
Die Chefposition in der Publications Branch war zunächst unbesetzt. Sie wurde 1947 von Otto Albrecht eingenommen, der dann von dem österreichischen Emigranten Frederick A. Praeger, dem bisherigen Chief der Intelligence/Research Branch abgelöst wurde. Als Praeger am 21. September 1948 in die Vereinigten Staaten zurückkehrte, rückte sein bisheriger Stellvertreter Raymond Pagan zum Chief auf, der dieses Amt bis zum Ende der Division versah.
Die Radio Branch leitete zunächst Herbert C. Gross, bis er 1948 von Robert H. Lochner abgelöst wurde.
Die Leitung der großen Intelligence/Research Branch wechselte sehr oft. Auf D. L. McCarthy folgte Robert Browning, auf ihn der bisherige Deputy Chief F. A. Praeger. Als Praeger zur Publications Branch ging, kam Max H. Kimental, der die später in Media Investigation Unit umbenannte Einheit bis zum Schluß leitete.

11. Intelligence Division

a) Aufgaben

Ausgehend von einer OMGUS-Anweisung vom 22. Februar 1946 richtete OMGHE mit Letter Order Nr. 82 vom 25. März 1946 das Office of the Chief of Intelligence, OMGHE, ein.[136] Obwohl Intelligence als Branch/Division tätig war, wurde dieser Name gewählt, um die Division von den Intelligence Branches und Intelligence Sections der anderen Divisions zu unterscheiden. Der Chief of Intelligence gehörte auch dem Stab des OMGHE-Direktors an.[137]
Die Aufgaben von Intelligence bestanden darin, „das Sammeln und Übermitteln von Nachrichtenmaterial zu koordinieren und für den OMGHE-Direktor Zusammenfassungen von Berichten und Analysen über Ereignisse, Entwicklungen und Trends zu erstellen. Um diese Aufgaben zu erfüllen, war Intelligence berechtigt, direkt von allen OMGHE-Einheiten nachrichtendienstliches Material anzufordern".[138]
Im Juni 1946 sandten bereits sechzig Stellen Informationen an die Division. Zusammenfassungen dieser Berichte schickte die hessische Intelligence an den Director of Intelligence von OMGUS (Berlin). Im Vordergrund stand allerdings die Information

[136] 8/53-2/2 und 8/216-3/8.
[137] OMGHE: Historical Report October 1945 - June 1946.
[138] 8/53-2/2.

des Direktors von OMGHE, vor allem was „Bedrohungen der Sicherheit der Militärregierung" betraf.[139]
Die Arbeitsschritte von Intelligence bestanden aus:

a) Konzeption,
b) Nachrichtenbeschaffung,
c) Zusammenstellung,
d) Auswertung,
e) Einschätzung und
f) Informationsverteilung.[140]

Angesichts der zunächst dünnen Personaldecke handelte es sich dabei jedoch eher um eine Zielplanung denn um eine echte Arbeitsteilung.
Auf die Schwierigkeiten zu Beginn der Arbeit wies ein Memorandum des Chief of Intelligence vom 19. Oktober 1946 hin.[141] Darin hieß es: „Die gegenwärtigen Leistungen der Intelligence Division sind mittelmäßig, unangemessen und unbefriedigend. Sie verdienen nicht den Titel ‚Intelligence'. Dieser Zustand ist unerträglich und muß verändert werden." Als Ursachen für den Mißstand werden angeführt:

- Personalknappheit;
- der Aufbau der Division unter nicht qualifizierter Leitung;
- Kompetenzüberschneidungen mit anderen Divisions;
- die Überbetonung geheimdienstlicher Aktivitäten gegenüber seriöser Informationsbeschaffung, die zu einem „cloak and dagger stigm" (dem Stigma vom Dolch im Gewande) der Division geführt habe;
- Defizite bei den Informationszulieferern.

Hätten diese Probleme nicht bestanden, führte das Memorandum aus, so hätte beispielsweise der im Winter 1946/47 drohende wirtschaftliche Zusammenbruch früher erkannt werden können. Abhilfe, so wurde weiter argumentiert, könnte vor allem die Aufstockung des Personalbestandes durch „handverlesene Mitarbeiter mit Spezialausbildung" schaffen. Sollte diesem Vorschlag keine Folge geleistet werden, empfahl der Chief in seinem Memorandum die Auflösung der ganzen Division.
Das machte offensichtlich Eindruck: Ende 1946 wurden die im Memorandum entwickelten Personalforderungen durch OMGUS und OMGHE erfüllt. Daneben zogen sich andere Divisions von Intelligence Aufgaben zurück und kamen dadurch der Intelligence Division nicht mehr in die Quere.[142] Seit Ende November 1946 erhielt Intelligence auch regelmäßige Situationsberichte der Liaison & Security Offices[143] – ein entsprechendes Frageraster, als Grundlage der Berichte, hatte die Division bereits am 23. Juli 1946 an die entsprechenden Stellen geschickt.[144] Mit diesem Material konnte sie dann seit Anfang 1946 Tagesberichte[145] (Daily Information Summaries, ISUM) für OMGUS erstellen.[146] Neben den „overt informations" der Liaison & Security Offices

---

[139] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[140] Ebenda.
[141] 8/193–2/4.
[142] So Economics Intelligence and Intelligence Branch von ICD; vgl. OMGUS-Hb, Teil Hessen B.5 und B.10.
[143] OMGHE: Historical Report July – December 1946.
[144] 8/193–2/4.
[145] Zum Teil in 8/193–2/4.
[146] OMGHE: Historical Report July – December 1946.

standen Intelligence auch die „covert informations", die sie vom 970th CIC (Counter Intelligence Corps) erhielt, zur Verfügung. Der Eifer des Chief of Intelligence war OMGUS allerdings offenbar ein Stück zu weit gegangen: „Cooperate, do not compete!" („Zusammenarbeiten, nicht wetteifern!") schrieben ihm die Berliner in einem Brief vom 20. November 1946 ins Stammbuch.[147]
Trotz des Übereifers gab es bei Intelligence offensichtlich auch Grund zu Klagen. Schon am 31. Januar 1947 monierte OMGUS eine „Verzögerung in der Berichtsübermittlung" von OMGHE. Der Chief of Intelligence entschuldigte dies – nach einem Seitenhieb auf die Liaison & Security Offices und deren Berichterstattung – mit schwierigen Wetterverhältnissen: da die gesamte Nachrichtenübermittlung über Kuriere liefe, hätten wetterbedingte Verkehrsstörungen die Verzögerung verursacht.[148]
Obwohl der erste Vierteljahresbericht 1947 von OMGHE positiv über den Organisationsaufbau von Intelligence berichtet,[149] scheinen bestimmte Probleme weiter bestanden zu haben. In einem Rundschreiben an die Liaison & Security Offices vom 22. Juli 1947 weist der Chief of Intelligence darauf hin, daß deutsche Mitarbeiter keine „Investigators" sein könnten, sondern nur wie Zeitungsreporter eingesetzt werden dürften.[150] Die Liaison & Security Offices hatten offenbar auf Deutsche als Beschaffer von Informationen zurückgegriffen, da es weiterhin an geeignetem amerikanischen Personal fehlte, wie der dritte Vierteljahresbericht von 1947 beklagt.[151] Die Liaison & Security Officers seien „kein befriedigender Ersatz für ausgebildetes Nachrichtendienstpersonal", heißt es schließlich im vierten Vierteljahresbericht von 1947.[152]
Auch die Beschaffung geheimdienstlicher Informationen machte Probleme. Intelligence war hier auf CIC angewiesen und deshalb von den Personalkürzungen, die CIC Ende 1947 hinnehmen mußte, in seiner Arbeit mitbetroffen.[153] Diese Probleme verloren jedoch in den letzten zwei Jahren der OMGHE-Tätigkeit ihre Schärfe: die Politik der Militärregierung verlagerte sich zunehmend von Überwachung und Kontrolle hin zu Medienarbeit und „reorientation".

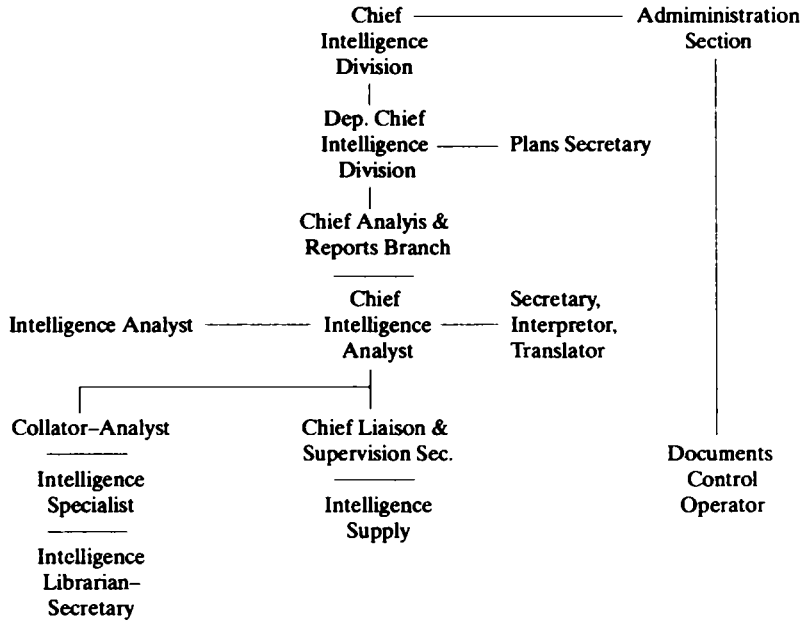
b) Organisation

Der Aufbau der Intelligence Division zog sich durch das ganze Jahr 1946. Erst zum Jahresende war sie „in der Lage, ihre Aufgaben voll wahrzunehmen", heißt es im Bericht über das zweite Halbjahr 1946.[154] Nach der Bildung der Division fand am 20. Mai 1946 eine Konferenz über ihre künftige Struktur statt,[155] die allerdings zunächst keine Folgen für den praktischen Aufbau hatte: noch am 1. Juli 1946 setzte sich die Division lediglich aus dem Chief und Enlisted Men (Mannschaftsdienstgrade) zusammen.[156] Erst nach den Personalzuweisungen Ende 1946 konnte die Division eine tatsächliche Organisationsgliederung vornehmen. Diese Organisationsgliederung von Anfang 1947 unterscheidet sich allerdings noch deutlich von der Struktur der anderen Divisions:[157]

---

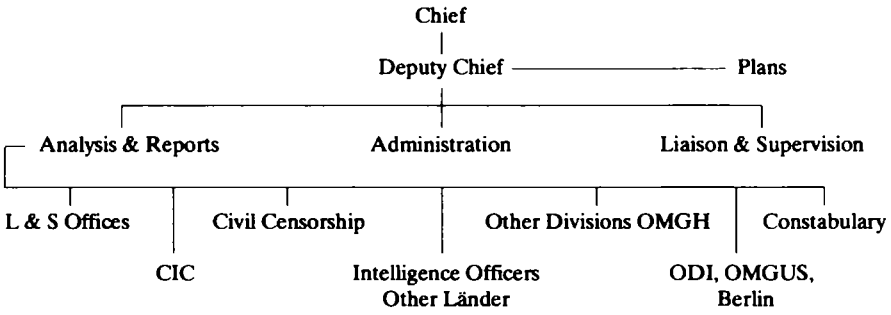
147 8/193–2/4.
148 Ebenda.
149 8/190–2/11.
150 8/193–2/4.
151 OMGHE: Historical Report July – September 1947.
152 OMGHE: Historical Report October – December 1947.
153 Ebenda.
154 OMGHE: Historical Report July – December 1946.
155 8/193–2/4.
156 OMGHE: Historical Report July – December 1946.
157 5/41–2/5.

Übersicht 37: Organisation der Intelligence Division, OMGHE, Anfang 1947



Anstelle einer Branch-Aufteilung sind alle einzelnen Positionen mit ihren Aufgaben benannt. Erst zum Ende der ersten Jahreshälfte 1947 zeigte sich die Division in der üblichen Struktur:[158]

Übersicht 38: Organisation der Intelligence Division, OMGHE, 30. Juni 1947



Die Division war in vier Branches gegliedert. Für die Planung blieb der Deputy Chief zuständig; der Verwaltungsbereich, der anfänglich direkt an den Chief angebunden war, wurde jetzt in die anderen Branches eingereiht. Die Analysis and Reports Branch war die Schaltstelle für das Nachrichtenwesen. Bei ihr gingen die Berichte ein. Sie wertete sie aus und gab die Ergebnisse weiter. Die Organisationsgliederung zeigt auch

[158] OMGHE: Historical Report April – July; 5/41-2/5.

die zahlreichen Stellen, die entweder an die Branch Berichte abgaben oder Berichtsergebnisse von ihr erhielten. In der Liaison & Supervision Branch waren die Kontrollfunktionen gebündelt. Sie überwachte das Berichtswesen und nahm „Feldaufgaben" wahr. Diese Organisationsstruktur blieb bis zum Frühjahr 1949 erhalten, als die Division auf zwei Stellen reduziert wurde.

c) Personal

Wie bereits erwähnt, betrug die Zahl der fest bei der Intelligence Division beschäftigten Amerikaner im Sommer 1946 nur drei. Erst im Frühjahr 1947 erreichte die Division ihre Sollstärke von 16, die zum Herbst wieder auf 14 verringert wurde. Diese Zahl blieb bis Ende 1948 fast konstant; bei den von OMGUS im März 1948 angeordneten allgemeinen Personalkürzungen kam die Intelligence Division ungeschoren davon. Zum Jahresende 1948 wurden ihre Stellen nur leicht – um zwei – auf zwölf gekürzt. Bis zum Ende der Besatzungszeit schrumpfte der amerikanische Personalbestand der Division auf zwei Positionen, den Division Chief und den Chief der Analysis and Reports Branch zusammen.
Bis 1947 waren 15 Deutsche für die Division tätig. In diesem Jahr entfielen alle ihre Stellen. Am 30. Oktober 1947 wurde ihre Zahl bereits mit Null angegeben. Diese Entwicklung hatte ihre Ursache wohl vor allen Dingen im Mißtrauen der Amerikaner gegenüber der Mitarbeit von Deutschen im Intelligence Bereich, wie es in dem erwähnten Brief des Division Chief vom 22. Juli 1947 zum Ausdruck kam.[159] Sie widerspricht jedoch der Gesamttendenz der amerikanischen Besatzungspolitik, die zunehmend auf deutsche Mithilfe im Kalten Krieg baute. Eine mögliche Erklärung wäre, daß es sich bei den deutschen Mitarbeitern um linke Antifaschisten gehandelt hatte, die in der neuen weltpolitischen Konstellation verdächtig wurden.
Mit der Anordnung zur Bildung einer Intelligence Einheit wurde gleichzeitig James O'Steen zum Chief ernannt. Er übte dieses Amt bis zum Jahresende 1948 aus. Seit Januar 1949 leitete dann sein bisheriger Stellvertreter Robert A. Cunningham die Division. Die Stellvertreter-Stelle war bis zum Amtsantritt Cunninghams Anfang 1947 unbesetzt gewesen.

12. Land Resource Board

Circular Nr. 71, USFET, vom 23. Mai 1946[160] richtete in der amerikanischen Besatzungszone Resource Boards ein. Diese Boards sollten die Versorgung des amerikanischen Militärs mit dem Bedarf der Militärregierung und der wirtschaftlichen Situation in Deutschland abstimmen sowie in Streitfällen vermitteln. Sie waren paritätisch aus Vertretern der Armee und der Militärregierung zusammengesetzt. Neben dem zonalen Board agierten Boards auf Landesebene und auf lokaler Ebene. Bei den Local Boards erfolgte die räumliche Einteilung in Anlehnung an die Bezirke der Military Posts. Die Boards nahmen zum 15. Juni 1946 ihre Arbeit auf.
Dem hessischen Land Resource Board gehörten OMGHE-Direktor J. R. Newman und Col. Paul E. Ruestow von den USAFE Headquarters (1947: Brigadier General Fay Prickett, 1st Constabulary Brigade) an. Nicht stimmberechtigter Sekretär war Major Milton Waltcher, ein Mitarbeiter der Economics Division von OMGHE (1947:

[159] 8/193-2/4.
[160] 5/41-2/7; 8/214-1/16.

William P. Weber, Economics Division, OMGHE). Der Land Resource Board hatte folgende Arbeitsausschüsse (Permanent Committees):

- Supply and Materials (Versorgung und Materialien), Mitglieder: Olav Maseng, Deputy Chief of Economics Division, OMGHE; Col. Woodward B. Mann, USAFE Headquarters.
- Real Estate Property (zuständig für Liegenschaften), Mitglieder: Samuel S. Graham, Chief of Industry Branch, Economics Division, OMGHE; Lt.Col. M. Falkow, USAFE Headquarters (1947: Col. Paul S. Blair, USAFE).
- Manpower Allocation (Arbeitskräfte), Mitglieder: Glenn E. Garrett, Chief of Manpower Division, OMGHE; Col. John W. White, USAFE Headquarters (1947: Lt.Col. Frank A. Hartmann, USAFE).

Local Resource Boards arbeiteten in Darmstadt, Wiesbaden, Kassel und Frankfurt. 1947 kamen weitere Local Boards in Fulda und Gießen hinzu.[161]
Die Resource Boards griffen bei Streitfällen zwischen Armee und Militärregierung ein. Die Historical Reports von OMGHE berichten über zwei landesweit bedeutende Auseinandersetzungen:

- In Griesheim (bei Frankfurt) hatte eine Ordonance Unit der Armee ein chemisches Werk der IG-Farben requiriert, das Kohlen-Elektroden und Farben hergestellt hatte. OMGHE hielt die Wiederaufnahme der Produktion dieser Güter für sehr wichtig und drängte die Armeeinheit zum Verlassen des Werkes. Der Konflikt zog sich fast ein Jahr hin. Erst im Juni 1947 fand der Land Resource Board einen Kompromiß: die Einheit sollte in Neubauten untergebracht werden.[162]
- In Bensheim hatte eine Engineer Unit der Armee eine Fabrik in Beschlag genommen, die Küchengegenstände und Papier produziert hatte. Der Darmstädter Local Resource Board beschloß, daß die Armeeinheit die Fabrik zu verlassen hätte, damit diese die Produktion wieder aufnehmen könne.[163]

13. Legal Division

a) Aufgaben

Die Legal Division hatte drei Hauptaufgaben:
a) die Gerichtsbarkeit der Militärregierung;
b) die Kontrolle des hessischen Justizsystems einschließlich der Gefängnisse;
c) die Kontrolle der hessischen Gesetzgebung (zusammen mit der Civil Administration Division).

Zu a) Die Gerichtsbarkeit der Militärregierung
Nach dem Einmarsch der Amerikaner waren zunächst alle Militärregierungsgerichte (Field Military Government Courts) von den Truppenkommandanten ernannt worden. Das Hauptquartier der 7. Armee hatte die höheren Instanzen der Gerichte im hessischen Bereich ernannt. Am 1. Januar 1946 gingen die gesamten Ernennungsrechte (auch für die Revisionsinstanzen) an den Direktor von OMGHE über.

---

[161] Zusammensetzung in 8/214–1/16 und OMGHE: Historical Report April – July 1947, Annex.
[162] OMGHE: Historical Report July – December 1946; OMGHE: Historical Report April – July 1947.
[163] OMGHE: Historical Report July – December 1946.

Die MG Courts waren laut MG Ordinance Nr. 2 zuständig für alle Angehörigen von Staaten der Vereinten Nationen, zivile US-Amerikaner und für Deutsche, die gegen Anordnungen der Militärregierung oder der alliierten Streitkräfte verstoßen hatten. Es bestanden drei verschiedene Ebenen von MG Courts:

- Summary Courts mit einem Offizier oder US-Zivilisten, die Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr und Geldstrafen bis zur Höhe von 10000 RM aussprechen konnten;
- Intermediate Courts mit einem bis drei Offizieren, die Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren und Geldstrafen bis 100000 RM verhängen konnten;
- General Courts mit mindestens drei Offizieren, die alle Strafen, auch die Todesstrafe, verhängen konnten.[164]

Richter bei den Courts waren zum geringeren Teil Angehörige der Legal Division, zum größeren Teil aber andere Angehörige der Militärregierung, die das Richteramt „nebenberuflich" versahen. „Full-time Courts" bestanden in Kassel, Gießen, Wiesbaden, Frankfurt und Darmstadt. Nach der Verbesserung der Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten versuchte die Division möglichst viele Gerichtsverfahren auf diese Standorte zu konzentrieren.[165]

Übersicht 39: Military Government Courts in Hessen, Oktober 1945 – Mai 1946[166]

	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	März	April	Mai
General	0	0	0	1	1	1	3	3
Intermediate	4	4	6	6	6	6	6	6
Summary	38	35	39	39	39	39	39	39

Die Legal Division überprüfte alle Urteile der Militärregierungsgerichte und nahm dabei in Einzelfällen ihr Recht wahr, Strafe und Urteil zu modifizieren. Am 11. Juli 1946 bildete sie auch einen Begnadigungsausschuß, dem ein leitender Mitarbeiter der Division, ein Gefängnisoffizier und der deutsche Leiter des hessischen Gefängniswesens angehörten.

Probleme traten dadurch auf, daß unter dem Militärregierungspersonal, aus dessen Reihen die Richter berufen wurden, zu wenig ausgebildete Juristen waren. So sollte beispielsweise in den Intermediate Courts mindestens ein Jurist sitzen. Da diese Minimalforderung oft nicht erfüllt werden konnte, mußte die Division ein Ausbildungsprogramm durchführen, was wiederum ihre personellen Möglichkeiten überstieg.[167] Zur besseren Kontrolle der MG Courts teilte Legal Division das Land Hessen in der zweiten Jahreshälfte 1946 in vier Bezirke (Field Legal Areas) mit je einem Senior Legal Officer ein.[168]

Vor besondere Probleme stellten die MG Courts Verbrechen von Displaced Persons. Zum einen waren die DPs aufgrund ihrer besonderen Situation häufig in Straftaten verwickelt, und zum anderen bestand Unklarheit darüber, was mit verurteilten DPs geschehen sollte. Sie wurden zunächst einem gesonderten Strafvollzug unterstellt.

Nachdem am 15. Februar 1946 der Security Review Board der 7. Armee aufgelöst worden war, bildete OMGHE mit Letter Order vom 29. März 1946 einen eigenen Security

[164] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[165] Ebenda.
[166] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946, Annex.
[167] 17/211–3/3.
[168] OMGHE: Historical Report July – December 1946.

Review Board, der die Aufgabe hatte, auf Antrag die Rechtmäßigkeit von Einweisungen in Internierungslager (Automatic Arrest) zu überprüfen. Dem Board gehörten drei in Wiesbaden stationierte Mitglieder (der Vorsitzende, ein CIC-Mitarbeiter und ein Offizier der Legal Division) und fünf Mitarbeiter des Lagers Darmstadt an. Zu seiner Unterstützung wurden in allen hessischen Kreisen deutsche Security Review Boards eingerichtet, die für den amerikanischen Board Material bereit stellen sollten. Um eine Verringerung der Lagerinsassen zu erreichen, drängte OMGUS auf eine schnelle Bearbeitung: der Security Review Board sollte wöchentlich 800 – 1000 Fälle bearbeiten. In der Folgezeit wurden weniger als 10% der Entlassungsanträge zurückgewiesen.[169] Bis zum 30. Juni 1946 hatte der Board bereits 7480 Fälle behandelt und 6942 Freilassungen verfügt.[170]
Schon 1947 zeichnete sich ab, daß die MG Courts Kompetenzen an deutsche Gerichte abgeben würden. Zum einen sollte dadurch die deutsche Verantwortlichkeit gestärkt werden, zum anderen überstieg beispielsweise die Zahl der Diebstahlsdelikte aus US-Depots ohnehin die Leistungsfähigkeit der MG Courts. So wurden im Sommer 1947 Fälle mit einer Schadenshöhe bis zu 50 Dollar in deutsche Zuständigkeit übergeben.[171] Im Januar 1948 wurden durch MG Ordinance Nr. 23 die Habeas-Corpus-Bestimmungen für die Militärgerichtsbarkeit eingeführt. Zu einer weiteren Entlastung der MG Courts trug bei, daß seit April 1948 deutsche Gerichte in beschränktem Umfang Vergehen von Angehörigen ausländischer Staaten – mit Ausnahme von Armeeangehörigen – behandeln durften. Zu dieser Zeit wurden auch die Bestimmungen über Fragebogenfälschungen, die in die Zuständigkeit der MG Courts fielen, entschärft.
Am 26. Oktober 1948 wurde die Militärregierungsgerichtsbarkeit in der amerikanischen Zone völlig neu organisiert. Sie ging jetzt aus den Händen der Landesmilitärregierung in die Zuständigkeit einer unabhängigen OMGUS-Stelle über. Im neuen OMGUS-System bildete Hessen die Distrikte III und IV. Die MG Courts von OMGHE hatten sich seit diesem Zeitpunkt nur noch mit weiter zurückliegenden Verfahren und deren Kontrolle zu befassen und konnten dadurch ihre Tätigkeit weitgehend beenden.

Zu b) Die Kontrolle der deutschen Justiz
Hatten zunächst die Offiziere der Detachments die Richter und das Personal im Justizwesen bestimmt, so kontrollierte später die Legal Division den Aufbau eines demokratischen und inhaltlich wie personell entnazifizierten Rechtswesens in Hessen über das Justizministerium. Dieses Ministerium wurde aufgrund Organizational Direction Nr. 2 vom 14. Oktober 1945 (mit einer Ergänzung durch Organizational Direction Nr. 13 vom 7. Januar 1946) gebildet. Das Justizministerium übernahm alle Befugnisse im Rechtswesen, die zuvor bei den Provinzregierungen gelegen hatten. Mit Organizational Direction Nr. 10 vom 15. Dezember 1945 entzog OMGHE den Kreis- und Regierungsbezirksdetachments gleichfalls alle Befugnisse in diesem Bereich.
Die bereits eingesetzten Gerichte setzten unter neuer Aufsicht ihre Arbeit fort. Als erste Gerichte in Hessen hatten am 4. Juni 1945 die Amtsgerichte in Limburg und Camberg ihre Arbeit wieder aufgenommen. Der Aufbau des hessischen Gerichtswesens war zum 1. April 1946 abgeschlossen. Am 8. März des gleichen Jahres wurde das Oberlandesgericht Frankfurt mit Nebenstellen in Darmstadt und Gießen eröffnet; in der zweiten Märzhälfte nahmen die letzten Amtsgerichte ihre Arbeit auf.

---

[169] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[170] OMGHE: Historical Report July – December 1946.
[171] OMGHE: Historical Report April – July 1947.

Die Legal Division arbeitete gemeinsam mit dem Justizministerium ein spezielles Entnazifizierungs- und Zulassungsverfahren für die juristischen Berufe aus, das ohne die Einschaltung örtlicher Militärregierungsstellen auskam.[172] Im Jahre 1948 erhielten die deutschen Gerichte dann das Recht, auch Kriegsverbrechen zu behandeln.
Die Zuständigkeit für die deutschen Gefängnisse ging im Februar 1948 von der Public Safety Division auf die Legal Division über. Sie kontrollierte über das Justizministerium die damals 43 hessischen Gefängnisse. Dabei nahm sie Anstoß an einigen Eigenheiten des deutschen Gefängniswesens (Einzelzellen, Beschränkung der Freizeitaktivität auf Hofgang, mangelhafte Trennung von Geschlechtern und Generationen) und verlangte die Vorlage neuer Konzepte.[173] Dem akuten Problem der anhaltenden Überbelegung der Gefängnisse versuchte man durch die Förderung von Neubauten und durch Amnestien (z. B. Christmas Amnesty 1946) zu begegnen.[174]

Zu c) Die Kontrolle der hessischen Gesetzgebung
„Im legislativen Bereich besteht die Aufgabe der Legal Division darin, den Director zu beraten und für ihn alle gesetzgeberischen und quasigesetzgeberischen Maßnahmen auf ihre rechtliche Zulässigkeit und auf ihre Übereinstimmung mit den Richtlinien, Gesetzen und Verordnungen des Kontrollrats, der Vereinigten Staaten und der Militärregierung zu überprüfen", heißt es im ersten großen Historical Report.[175] Im einzelnen setzte sich die Legal Division dafür ein, daß nazistische Inhalte aus den bestehenden Gesetzen getilgt wurden und daß das neugebildete Land Hessen ein einheitliches Rechtssystem erhielt. In der ersten Zeit mußten Gesetzentwürfe vor der Verabschiedung der Legal Division vorgelegt werden, die ihrerseits wiederum dem Direktor von OMGHE eine Stellungnahme empfahl. Als sich nach der Landtagswahl vom 1. Dezember 1946 eine steigende Flut von Gesetzentwürfen abzeichnete, wurde diese Prozedur auf Seiten von OMGHE formalisiert.
Ausgehend von einem Memorandum des Assistant Executive Officer Robert Wallach vom 11. Dezember 1946[176] legte OMGHE mit Organizational Direction Nr. 24 vom 14. März 1946 folgendes Verfahren fest:[177]

- OMGHE erhält vor der Beschlußfassung des Landtages alle Gesetzentwürfe zu Händen der Legal Division.
- Legal Division schickt Kopien an die Civil Administration Division und an die Division, deren Tätigkeitsbereich von dem Gesetzentwurf berührt wird.
- Zum 14. März 1946 wird ein Legislative Committee gebildet, das aus den Chiefs der Legal und der Civil Administration Division besteht. Dieses Committee zieht zu seinen Beratungen die Chiefs der betroffenen Divisions hinzu. Die Civil Administration Division leitet die Stellungnahme des Committee dann an die Landesregierung weiter. Später wurde das Verfahren insoweit präzisiert, daß sich das Committee nur noch mit Gesetzentwürfen beschäftigte, die irgendwelche Widersprüche hervorgerufen hatten.[178]
- Kopien von im Landtag beschlossenen Gesetzen leitet die Legal Division an die Legal Division von OMGUS und an das Regional Government Coordinating Office weiter.

---

[172] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946 und ebenda, Annex.
[173] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[174] OMGHE: Historical Report January – March 1947, OMGHE: Historical Report July – September.
[175] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[176] 17/211-3/3.
[177] 5/41-2/5.
[178] OMGHE: Historical Report January – March 1947.

Allerdings konnte OMGHE nicht zu allen Gesetzentwürfen Stellung beziehen: Bedeutsamere Vorhaben wurden von OMGUS behandelt. So blieb OMGHE beispielsweise zur Intervention von OMGUS gegen den Sozialisierungsartikel in der Hessischen Verfassung nur übrig, in ihrem Historical Report zu kommentieren: „Das Resultat [der OMGUS-Intervention] war fast ein Chaos."[179] Am 30. Dezember 1947 forderte J. R. Newman von OMGUS erneut eine grundsätzliche Stellungnahme in der sich hinziehenden Auseinandersetzung.[180]
Die Einwände von OMGHE gegen Gesetzentwürfe hatten zwei Schwerpunkte:

- zum einen verlangte die Militärregierung bei allen Gesetzen, die Sozialisierungsmaßnahmen zum Ziel hatten oder den Beschäftigten Mitbestimmungsrechte einräumten, die Zurückstellung und das Abwarten von Entscheidungen einer deuschen Zentralinstanz;
- zum anderen wies sie zahlreiche Gesetze zurück, die mit berufsständischen Regelungen (Zulassungsverfahren, Zwangskörperschaften o. ä.) die Gewerbefreiheit einschränkten. Da praktisch alle in diesem Bereich vorgelegten Gesetze zurückgewiesen wurden, erließ OMGHE noch am 19. November 1948 eine förmliche Direktive für Berufsorganisationen, gegen die kein Gesetzentwurf verstoßen durfte.[181]

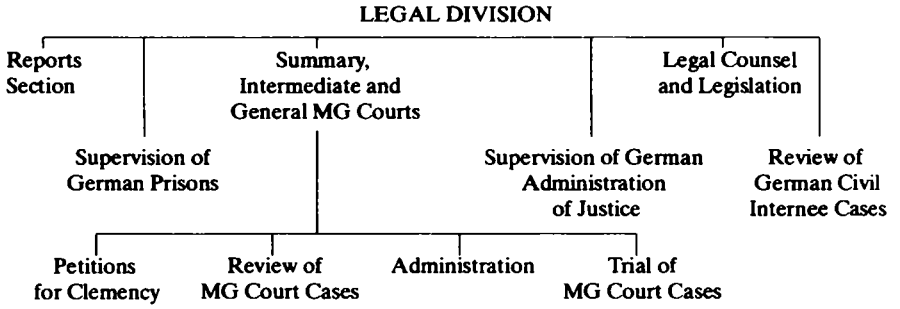
Neben diesen drei Hauptaufgaben beriet die Legal Division die anderen Divisions von OMGHE und auch deutsche Stellen in Rechts- und Verfassungsfragen.

b) Organisation

Nach ihrer Bildung umfaßte die Legal Division zunächst sechs Branches, die zuständig waren für:

- Berichte und Protokollwesen,
- deutsche Gefängnisse,
- Militärregierungsgerichte,
- deutsche Justiz,
- Gesetzgebung und Beratung und
- Verfahren von deutschen Internierten.

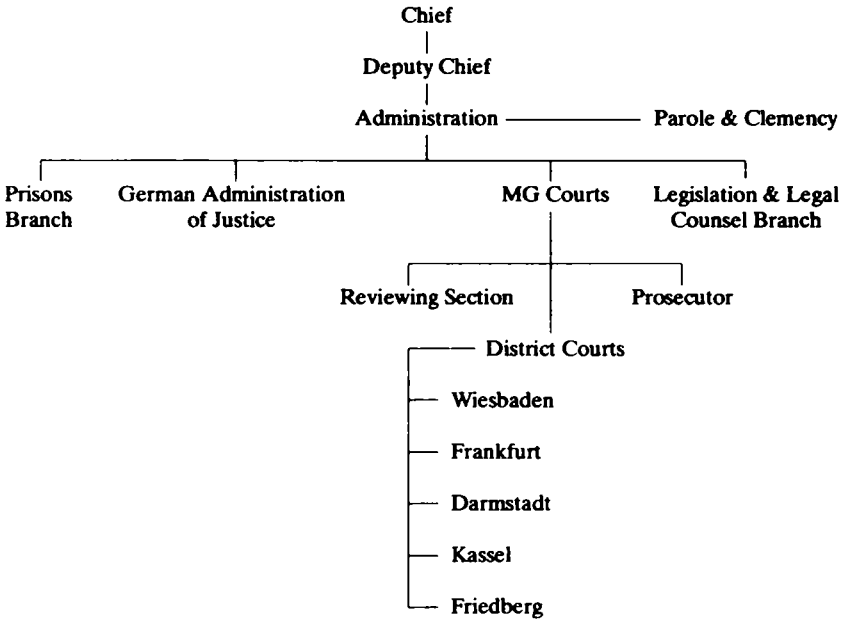
Übersicht 40: Organisation der Legal Division, OMGHE, Juni 1946[182]



[179] OMGHE: Historical Report July – December 1946.
[180] 17/211-3/3.
[181] OMGHE: Historical Report 1948; vgl. die Auseinandersetzungen um das Gewerbezulassungsgesetz in Akten zur Vorgeschichte 4, S. 1011 ff. und 1025 ff.
[182] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.

Die MG Courts Branch war zudem in vier Sections (Überprüfung von MG Courts-Verfahren, Durchführung von MG Courts-Verfahren, Gnadengesuche und Verwaltung) unterteilt (Übersicht 40).
In der zweiten Jahreshälfte 1946 teilte die Division dann die MG Courts in fünf Bezirke auf und bildete entsprechende Field Teams mit zunächst je drei Mitarbeitern (ab 1. Juli 1947 in Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt nur noch zwei Mitarbeiter). Darüber hinaus unterhielt sie eine Review Section, die die Revisionsfälle überprüfte und die Wiederaufnahme von Verfahren vorbereitete. Getrennt davon arbeitete die Abteilung des Anklagevertreters. Die German Administration of Justice Branch richtete zum 1. Mai 1947 eine Außenstelle in Marburg ein, um die deutschen Gerichte in Nord- und Mittelhessen besser überwachen zu können. Die einzelnen Branches hatten jetzt ihr Berichtswesen selbst zu verwalten, eine eigenständige Reports Section entfiel. Für Fälle von deutschen Internierten war jetzt ausschließlich der am 29. März 1946 gebildete Security Review Board zuständig, die entsprechende Branch der Legal Division entfiel. Begnadigungs- und Bewährungsfragen wurden jetzt nicht mehr im Rahmen der MG Courts behandelt. Eine entsprechende Section war dem Stabsbereich der Division angegliedert.
Die Division hatte so bis Anfang 1948 folgende Struktur.[183]

Übersicht 41: Organisation der Legal Division, OMGHE, 30. Juni 1947

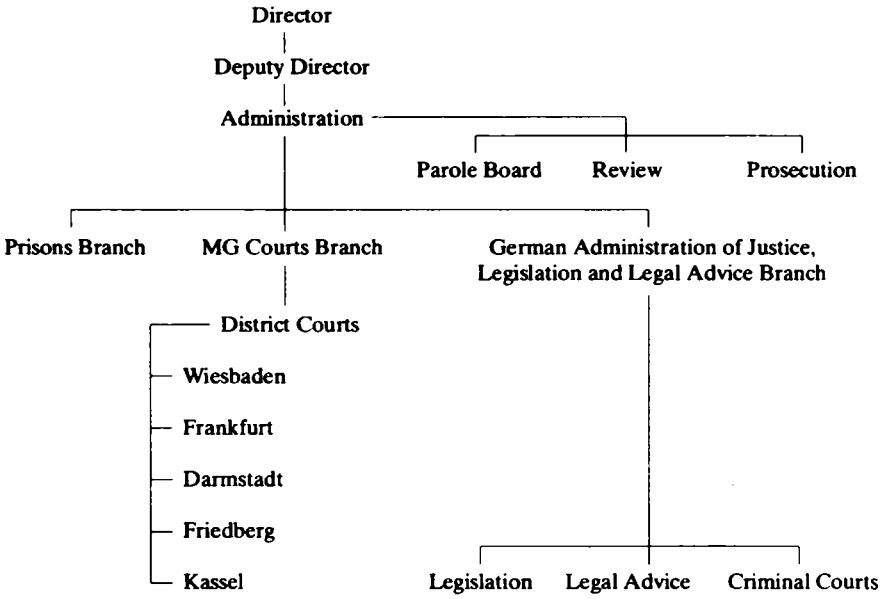


Aufgrund der abnehmenden Belastung konnten im ersten Vierteljahr 1948 die German Administration of Justice und die Legislation and Legal Advice Branch zusammengelegt werden. Die neugeschaffene Branch hatte Sections für Gesetzgebung, Beratung und deutsche Strafjustiz. Zur gleichen Zeit wurden die Überprüfung der MG

[183] OMGHE: Historical Report April - July 1947.

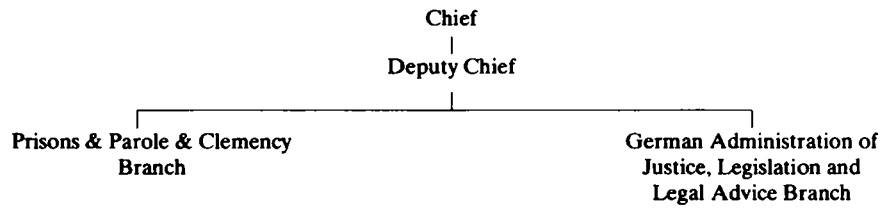
Courts und die Anklage-Abteilung aus der MG Courts Branch herausgenommen und der Stabsabteilung angegliedert.
Damit hatte die Division für kurze Zeit folgende Struktur.[184]

Übersicht 42: Organisation der Legal Division, OMGHE, 31. Mai 1948



Schon am 30. Juni 1948 wurde eine weitere Straffung vorgenommen. Im Bereich der Militärregierungsgerichtsbarkeit war die Legal Division jetzt nur noch für Begnadigungs- und Bewährungsfragen zuständig. Diese Bereiche wurden mit der Prisons Branch zu einer Branch zusammengelegt. Die Organisationsgliederung nimmt den offiziellen Wegfall der OMGHE zugehörigen MG Courts Branch am 26. Oktober 1948 schon zum 30. Juni 1948 vorweg. Weiter war zu diesem Zeitpunkt die eigenständige Verwaltungsabteilung entfallen. Die Division hatte vom Sommer 1948 bis zur Auflösung von OMGHE folgende Struktur (wobei Anfang 1949 auch noch die Position des Deputy Chief entfiel):[185]

Übersicht 43: Organisation der Legal Division, OMGHE, 30. Juni 1948



[184] 5/41-2/17.
[185] 5/41-3/10.

c) Personal

Die Legal Division gehörte zu den größten Divisions von OMGHE. Mit der Zahl der amerikanischen Mitarbeiter nahm sie zumeist die dritte Position ein (hinter ICD und Economics Division). Im Sommer 1946 zählte sie 37 amerikanische Mitarbeiter. Diese Zahl blieb ein Jahr lang konstant, um zum 30. Oktober 1947 auf 30 abzusinken. Zum 1. Januar 1948 waren 26, zum 30. Juni 25 und zum 31. Dezember 1948 dann nur noch zehn Amerikaner bei der Legal Division beschäftigt. Diese Zahl verringerte sich 1949 dann auf drei. Zunächst arbeiteten 20 deutsche Mitarbeiter bei der Division. Deren Zahl erhöhte sich 1947 vorübergehend bis auf 30, um dann 1948 wieder auf 17 abzusinken.
Von Juli 1945 bis Dezember 1946 leitete Krit G. Logsdon die Legal Division. Sein Nachfolger bis Sommer 1949 war Franklin J. Potter. Potter war schon seit der Aufstellung von E1A2 in Frankreich als Legal Officer dabei und war Logsdons Stellvertreter gewesen. Sein Stellvertreter wiederum war Marc J. Robinson. Von Juli bis September 1949 war der langjährige Executive Officer Ernest K. Neumann Chief der Division. Nachdem die Stelle des Branch Chief der German Administration of Justice (später auch Legal Advice and Legislation) Branch lange Zeit unbesetzt gewesen war, hatte Ernst Anspach 1948/49 diese Stelle inne. Er war zunächst Deputy Chief der Branch gewesen. Die Prisons Branch leitete von 1947 bis zum Ende Wallace Lawrence. Die Leitung der MG Courts Branch, die ebenfalls lange unbesetzt war, hatte von 1947 bis zu ihrem Wegfall Dewitt White inne, der zunächst Chief des Field Teams in Wiesbaden gewesen war.

14. Liaison and Security Control Division / Office of Superviser of Detachments – Liaison and Security Offices

a) Aufgaben

In den ersten Monaten der Besetzung hielt das Office of Superviser of Detachments, das mit drei Offizieren ausgestattet war, die Verbindung zwischen den Detachments und dem Hauptquartier (später OMGHE) aufrecht. Zu seinen Aufgaben gehörte die Betreuung der Detachments bei den ersten Bestandsaufnahmen und bei der Herstellung von geregelten Beziehungen zu den taktischen Einheiten. Nicht Kontrolle, sondern Hilfe und Unterstützung standen im Vordergrund der Arbeit. So wurden in der Anfangsphase die Reisen des Superviser nicht als Inspektionsreisen, sondern als Besuche deklariert. Allerdings hatte der erfolgreich tätige Superviser, wie der erste Historical Report vermerkte, in der ersten Zeit keine Weisungsbefugnis. Das änderte sich, als nach der Auflösung der Detachments und der Errichtung der Liaison & Security Offices das Office of the Superviser zur Liaison & Security Control Section (LSC) wurde.[186] Die Section unterstand zunächst dem Deputy Director for Operations und – nachdem eine Deputy Director Stelle entfallen war – dem Executive Officer. Ihre wesentlichen Aufgaben bestanden in der Einführung, Organisation und Durchführung regelmäßiger Fortbildungsseminare für die Liaison & Security Officers sowie in den häufig durchgeführten regelmäßigen Inspektionsreisen zu den einzelnen Liaison & Security Offices.

---

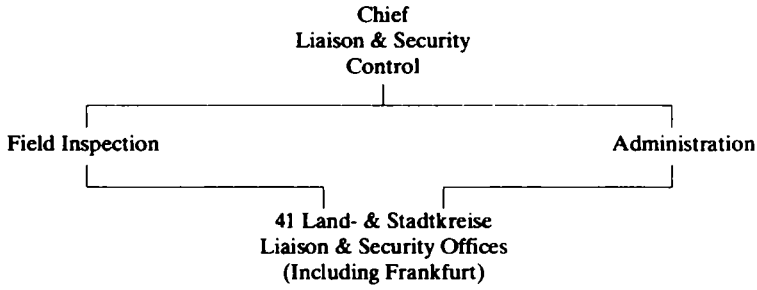
[186] 8/123–2/13. OMGHE: Historical Report October 1945 gibt für den gleichen Zeitpunkt die Errichtung der Liaison & Security Control Division an.

Wie bei vielen Divisions war auch bei der Liaison & Security Control Division die Bezeichnung nie einheitlich geregelt: Im internen Dienstbetrieb ohnehin nur „Liaison & Security Control" (LSC) genannt, finden sich daneben sowohl „Liaison & Security Section" als auch „Liaison & Security Control Office". Selbst nach der Errichtung der Liaison & Security Division Anfang 1948 tauchten bis weit ins Frühjahr hinein noch Organisationspläne auf, die die Bezeichnung „Section" verwendeten.[187]

b) Organisation

Der Organisationsaufbau von Liaison & Security Control blieb vom Juni 1946 bis Ende 1948 unverändert und bot folgendes Bild:[188]

Übersicht 44: Organisation der Liaison and Security Control Division, OMGHE, 1. Januar 1948

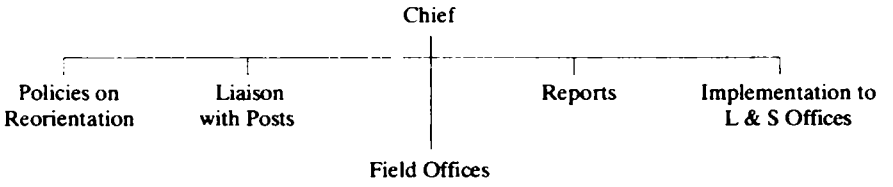


Im Laufe des Jahres 1948 entfalteten die Liaison & Security Offices zunehmend Aktivitäten im Rahmen des Reorientation Program und unterstützten die Armee bei ihren Youth Activities. Beide Initiativen zielten auf die Einübung parlamentarisch-demokratischer Verhaltensweisen und -normen ab. Während sich das Reorientation Program vorwiegend an Erwachsene richtete und durch öffentliche Diskussionsveranstaltungen, Filmvorführungen, Kulturaustausch usw. versuchte, seine Ziele zu erreichen, konzentrierte sich die Armee auf die Unterstützung von verschiedenen Sparten im Jugendbereich.[189]
Diese neuen Arbeitsschwerpunkte hatten zur Folge, daß nun die Division in vier Branches gegliedert wurde. Die Verwaltungsabteilung entfiel und die Aufgabe der Field Inspections Branch übernahm die Liaison with Posts Branch. Eine eigene Reports Branch war für die monatlichen Reorientation Reports zuständig und berichtete regelmäßig über die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften für die LSOs. Implementation to Liaison & Security Offices Branch organisierte monatliche und zweimonatliche Weiterbildungsseminare für die Liaison & Security Officers und erstellte Arbeitshilfen für deren Büros. Die Policies on Reorientation Branch war für die demokratische Erziehung der Deutschen sowie die Herstellung guter Beziehungen zwischen Militärregierung, Militärstandorten und deutscher Bevölkerung zuständig.
Durch diese Umorganisation hatte die Liaison & Security Control Division von Ende 1948 bis zu ihrer Auflösung folgendes Aussehen:[190]

---

[187] Viele Beispiele in 8/216-2/9; siehe auch 5/41-3/10 und 5/41-2/17.
[188] 5/41-3/10.
[189] Vgl. OMGUS-Hb, Teil Hessen B.7.
[190] 5/41-3/10.

Übersicht 45: Organisation der Liaison and Security Control Division, OMGHE, 31. Dezember 1948



c) Personal

Die Liaison & Security Control Division war stets eine der kleinsten Divisions innerhalb von OMGHE. Bis zum Juni 1946 fungierte der Deputy Director Howard R. Cress als Superviser of Detachments, unterstützt von seinem Stellvertreter William E. Lockwood. Bei der Einrichtung der Liaison & Security Section im Juni 1946 war eine Sollstärke von 22 Offizieren vorgesehen, die jedoch nie erreicht wurde.[191] Am 1. Juli 1946 versahen neun Offiziere und acht Mannschaftsdienstgrade ihren Dienst bei Liaison & Security Control. Die Zahl der Mitarbeiter sank über das Jahr 1947 kontinuierlich ab. Am 1. Januar 1948 bestand die Division nur noch aus zwei Offizieren und zwei deutschen Angestellten.

Von diesem Zeitpunkt bis zur Auflösung der Division waren nie mehr als vier Offiziere, ein Soldat und zwei deutsche Angestellte tätig. Die Chiefs der Liaison & Security Control Section waren in Personalunion gleichzeitig als Inspector General[192] eine Art Beschwerdestelle, in etwa vergleichbar mit dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages.

Vom Sommer 1946 bis zum Juli 1947 leitete Lt.Col. Eugene M. Lee die Liaison & Security Control Section. Abgelöst wurde er von seinem Vorgänger, Lt.Col. Howard R. Cress. Zu dessen Nachfolger wurde im Mai 1948 der inzwischen als Zivilist tätige Arsen L. Yakoubian[193] ernannt, dessen offizielle Bestätigung allerdings erst im Dezember 1948 erfolgte.

Die Gesamtzahlen des Personals für den Bereich der Liaison & Security Offices (mit Control Section) nahmen folgende Entwicklung:

Übersicht 46: Anzahl der bei LSO (mit Control Section), OMGHE, Beschäftigten, Juli 1946 – Oktober 1948

Zeitpunkt	US-Personal	Deutsche
1. Juli 1946	193	1073
1. Januar 1947	181	1500
15. März 1948	132	837
30. Oktober 1948	76	888

Für 1949 lagen keine Zahlen vor.

---

[191] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.

[192] 8/157-2/13; 8/216-1/9.

[193] Arsen L. Yakoubian, der während der gesamten Militärregierungszeit in den verschiedensten Positionen innerhalb von OMGHE gearbeitet hat, promovierte übrigens 1951 in New York mit einer Arbeit über Western Allied Occupation Policies and Development of German Democracy 1945 – 1951.

d) Die Liaison and Security Offices

Nachdem bereits zum Jahresende 1945 und Anfang 1946 den lokalen und Regierungsbezirks-Detachments wesentliche Befugnisse entzogen und an deutsche Behörden übergeben worden waren[194] und die Politik der Militärregierung mehr und mehr von direkten Eingriffen zur Überwachung deutscher Behörden überging, waren organisatorische Konsequenzen für das Detachment-System unausweichlich.
Auf Schwierigkeiten und Probleme, die im Zusammenhang mit einigen bereits eingerichteten Liaison & Security Detachments auftraten, verweist ein Memorandum des Detachments Superviser Howard R. Cress an James R. Newman vom 27. März 1946.[195] Es ging darin um die Liaison & Security Offices, die als Unterabteilung von Kreis-Detachments (Parent Detachments) seit Anfang 1946 in jenen Landkreisen arbeiteten, die nicht mehr von einem „eigenen" Kreis-Detachment betreut wurden. Cress beschrieb in seinem Bericht vor allem Probleme der Kompetenzabgrenzung und der Dienstwege. Weiter ging es darum, wie sich die bereits existierenden Liaison & Security Offices auf die geplante Neuorganisation im Juni vorbereiten sollten.
Eine ausführliche Begründung der geplanten Neuorganisation, die die Verwaltung vereinfachen, Zeit, Arbeitskraft und Benzin einsparen sollte, hatte James R. Newman bereits im Februar 1946 in einer Denkschrift an General Lucius D. Clay gegeben.[196] Im einzelnen bedeutete die dann im Juni 1946 durchgeführte Reform:

- die Auflösung der Regierungsbezirks-Detachments und aller verbliebenen lokalen Detachments;[197]
- die Errichtung von Liaison & Security Offices in allen Kreisstädten;[198]
- die Unterstellung der Liaison & Security Offices unter OMGGH;
- die Reduzierung der Aufgaben der Liaison & Security Offices auf Entnazifizierung, öffentliche Sicherheit, Berichterstattung und Verbindungsaufgaben sowohl mit deutschen Behörden als auch mit dem amerikanischen Militär und die Betreuung der Military Government Courts.

Damit war die exekutive Gewalt weitgehend bei OMGGH zusammengefaßt.

Übersicht 47: Stellenbesetzung der Liaison and Security Offices, OMGHE, Juni 1946

Zuständigkeitsbereich	Standort	Kommandierender Offizier
SK Frankfurt	Frankfurt	Col. Robert K. Phelps
SK Wiesbaden	Wiesbaden	Maj. Matthew F. Chotas
LK Wetzlar	Wetzlar	Capt. Mervin S. Clark
LK Dill	Dillenburg	Capt. E. G. Stolper
LK Gelnhausen	Gelnhausen	Capt. J. G. Bennas
LK Biedenkopf	Biedenkopf	Capt. T. E. Faircloth
SK/LK Hanau	Hanau	Maj. E. J. Emerick
LK Oberlahn	Weilburg	Capt. A. G. Volz
LK Limburg	Limburg	Capt. P. H. Olsen
LK Maintaunus	Hofheim	Maj. John C. Nelson
LK Rheingau	Rüdesheim	Capt. W. F. Hintz
LK Obertaunus	Bad Homburg	Capt. Lawrence F. Jones

[194] Vgl. OMGUS-Hb, Teil Hessen A.5.
[195] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946, Appendix I (5/41-1/20).
[196] Ebenda.
[197] General Order Nr. 14, OMGHE, 28.5.1946 (ebenda).
[198] General Order Nr. 13, OMGHE, 21.5.1946 (ebenda).

LK Usingen	Usingen	Capt. R.F. Gibney
LK Untertaunus	Bad Schwalbach	Capt. Thomas W. Harris
LK Schlüchtern	Schlüchtern	Capt. S.B. Borda
SK/LK Kassel	Kassel	Lt.Col. William R. Swarm
LK Melsungen	Melsungen	Maj. W.C. Gipple
LK Fritzlar-Homberg	Fritzlar	Capt. G.D. Fexy
LK Ziegenhain	Ziegenhain	Capt. R.B. Elwell
SK/LK Marburg	Marburg	Lt.Col. L.G. Kelly
LK/SK Fulda	Fulda	Lt.Col. Howard R. Cress
LK Hünfeld	Hünfeld	Capt. E.T. Tedick
LK Waldeck	Korbach	Capt. D.W. Shea
LK Frankenberg	Frankenberg	Maj. Lewis S. Williams
LK Eschwege	Eschwege	Capt. J.F. Philp
LK Witzenhausen	Witzenhausen	Maj. Lawrence H. Brown
LK Hersfeld	Hersfeld	Maj. Michael Baymor
LK Rotenburg	Rotenburg	Capt. G.W. Davis
LK Hofgeismar	Hofgeismar	Capt. Leonard R. Allen
LK Wolfhagen	Wolfhagen	Capt. Stanley A. Karas
LK/SK Darmstadt	Darmstadt	Lt.Col. Arthur Skarry
LK Groß-Gerau	Groß-Gerau	Capt. H.L. Edberg
SK/LK Offenbach	Offenbach	Capt. I. Boncowitz
LK Bergstraße	Heppenheim	Maj. Robert A. Gish
LK Erbach	Erbach	Capt. R.O. Didlo
LK Büdingen	Büdingen	Capt. N.V. Steenberg
LK Dieburg	Dieburg	Capt. John S. Chapin
LK Friedberg	Friedberg	Capt. Cecil S. Parshall
SK/LK Gießen	Gießen	Maj. Charles F. Russe
LK Lauterbach	Lauterbach	Capt. H. Nickelsberg
LK Alsfeld	Alsfeld	Capt. H.B. Miller

Die Organisation, die Aufgaben, die Verwaltung und das Berichtswesen der Liaison & Security Offices und die Pflichten der dort tätigen Offiziere wurden von OMGUS durch ausführliche Standing Operating Procedures (SOP) beschrieben.[199] Ein Annex to SOP for Liaison & Security Offices, der von OMGGH in Abstimmung mit den einzelnen Divisions entwickelt worden war, gab den Liaison & Security Offices zusätzliche Erläuterungen und Handreichungen für ihre Arbeit.

Als „Augen und Ohren der Landesmilitärregierung" und als „persönliche Repräsentanten der Vereinigten Staaten und ihrer Militärregierung in Deutschland und als Beispiele demokratischer Kultur"[200] waren die Liaison & Security Offices und ihre Mitarbeiter hohen Verhaltenserwartungen ausgesetzt. Zur besseren Koordination der Arbeit wurden ab Juli 1946 monatliche Treffen der Senior Liaison & Security Officers im Wiesbadener Landeshaus durchgeführt. Die Hauptprobleme der LSOs waren die Entnazifizierung und die wachsenden Raum- und Platzanforderungen der stetig – nicht zuletzt durch Familiennachzug – größer werdenden Militärstandorte. Erschwerend kam hinzu, daß sich durch den raschen Abzug der taktischen Truppen die Notwendigkeit ergeben hatte, eine mobile Eingreiftruppe für Polizei- und Bewachungsaufgaben, die Constabulary, aufzustellen. Bewährte Verbindungen zur Armee waren dadurch unterbrochen, völlig neue Verbindungen mußten aufgebaut werden.[201] Weitere Schwierigkeiten bereiteten der chronische Personalmangel, der Weggang erfahre-

[199] 8/213–2/11; 8/213–2/15; 5/3546–1/4.
[200] 8/213–2/11.
[201] OMGHE: Historical Report July – December 1946 ; auch in 8/213–2/13.

ner und ausgebildeter Offiziere und die turnusmäßig durchgeführten Personalrotationen. Offiziere und Mannschaften sollten nicht länger als ein Jahr an einem Standort bleiben.

Übersicht 48: Stellenbesetzung der Liaison and Security Offices, OMGHE, 1. April 1947[202]

Zuständigkeitsbereich	Standort	Kommandierender Offizier
LK Alsfeld	Alsfeld	Capt. Stanley A. Karas
LK Bergstraße	Heppenheim	Maj. Arlo R. Gill
LK Biedenkopf	Biedenkopf	Capt. William L. Culbertson
LK Büdingen	Büdingen	Capt. George P. Johnson
SK Darmstadt	Darmstadt	Lt.Col. Arthur Skarry
LK Dieburg	Dieburg	Capt. Mervin S. Clark
LK Dill	Dillenburg	Maj. Ben. L. Bassinor
LK Eschwege	Eschwege	Maj. George P. Moore
LK Erbach	Erbach	Maj. Lawrence H. Brown
LK Frankenberg	Frankenberg	Maj. Lewis S. Williams
SK Frankfurt	Frankfurt	Maj. Gerald C. Sola
LK Friedberg	Friedberg	Maj. Porter E. Perry
LK Fritzlar-Homberg	Fritzlar	Maj. John Connely
SK Fulda	Fulda	Lt.Col. Howard R. Cress
LK Gelnhausen	Gelnhausen	Capt. George D. Fexy
SK Gießen	Gießen	Maj. Charles F. Russe
LK Groß-Gerau	Groß-Gerau	Capt. Norman L. Neider
SK Hanau	Hanau	Maj. Robert A. Gish
LK Hersfeld	Hersfeld	Maj. Michael Baymor
LK Hofgeismar	Hofgeismar	Capt. Leonard R. Allen
LK Hünfeld	Hünfeld	Capt. William G. Westbrook
SK Kassel	Kassel	Lt.Col. Gustav J. Albrecht
LK Lauterbach	Lauterbach	Capt. Clyde R. Argo
LK Limburg	Limburg	Capt. John S. Chapin
LK Maintaunus	Hofheim	Maj. John C. Nelson
SK Marburg	Marburg	Lt.Col. Charles H. Reed
LK Melsungen	Melsungen	Maj. Will. C. Gipple
LK Oberlahn	Weilburg	Lt.Col. Merle A. Meacham
LK Obertaunus	Bad Homburg	Capt. J. Nottingham
SK Offenbach	Offenbach	Lt.Col. John C. Rose
LK Rheingau	Rüdesheim	Capt. James R. Hyde
LK Rotenburg	Rotenburg	Capt. William F. Hintz
LK Schlüchtern	Schlüchtern	Capt. Oscar F. Howard
LK Untertaunus	Bad Schwalbach	Maj. Matthew F. Chotas
LK Usingen	Usingen	Capt. James W. Francis
LK Waldeck	Korbach	Maj. Cecil S. Parshall
LK Wetzlar	Wetzlar	Maj. David M. Easterday
SK Wiesbaden	Wiesbaden	Col. Francis H. Boucher
LK Witzenhausen	Witzenhausen	Maj. Everett E. Covell
LK Wolfhagen	Wolfhagen	Capt. Thomas E. Faircloth
LK Ziegenhain	Ziegenhain	Capt. Thomas W. Harris

Eine einschneidende Veränderung in der Organisation der Liaison & Security Offices kündigte Ende 1947 die Aufforderung von OMGUS an OMGHE an, Pläne für eine

[202] 5/41-2/5.

fünfzigprozentige Reduzierung des Liaison & Security Personals vorzulegen.[203] Der daraufhin von OMGHE entwickelte Organisationsplan sah nun anstatt der 41 Kreis-Liaison & Security Offices die Einrichtung von 14 Districts mit Nebenstellen vor.[204] Der weitere Verlauf der Umorganisation zeigt deutlich den inzwischen erreichten „Bürokratisierungsgrad" der Militärregierung: Ein Memorandum vom 11. Juni 1948[205] ordnete zum 14. Juni 1948 die Errichtung von zwölf Liaison & Security Districts an und wurde mit Memorandum vom 9. August 1948[206] um einen dreizehnten District erweitert. Beide Memoranda wurden mit einem Memorandum vom 1. November 1948[207] für nichtig erklärt, das seinerseits die Einrichtung von 16 Liaison & Security Districts vorsah. Eine endgültige Klärung brachte schließlich das Memorandum vom 28. Dezember 1948, das wiederum das vorherige Memorandum für nichtig erklärte und die Errichtung von nunmehr zehn Liaison & Security Districts zum 10. Januar 1949 anordnete.

Übersicht 49: District Liaison and Security Offices mit Nebenstellen, OMGHE, 10. Januar 1949

a) *Wiesbaden District Liaison & Security Office*
Headquarters in Wiesbaden
Sub-Office Maintaunus
Sub-Office Untertaunus
Sub-Office Rheingau
Sub-Office Limburg

b) *Frankfurt District Liaison & Security Office*
Headquarters in Frankfurt
Sub-Office Offenbach
Sub-Office Maintaunus
Sub-Office Friedberg
Sub-Office Usingen

c) *Darmstadt District Liaison & Security Office*
Headquarters in Darmstadt
Sub-Office Groß-Gerau
Sub-Office Bergstraße
Sub-Office Dieburg
Sub-Office Erbach

d) *Hanau District Liaison & Security Office*
Headquarters in Hanau
Sub-Office Büdingen
Sub-Office Gelnhausen
Sub-Office Schlüchtern

e) *Wetzlar District Liaison & Security Office*
Headquarters in Wetzlar
Sub-Office Oberlahn
Sub-Office Dillkreis

---

[203] Brief vom 26.12.1947 (8/216–2/10).
[204] Ebenda.
[205] 8/213–2/15.
[206] 8/157–2/13.
[207] Ebenda und 8/190–1/2.

f) Gießen District Liaison & Security Office
Headquarters in Gießen
Sub-Office Alsfeld
Sub-Office Lauterbach

g) Marburg District Liaison & Security Office
Headquarters in Marburg
Sub-Office Biedenkopf
Sub-Office Frankenberg

h) Fulda District Liaison & Security Office
Headquarters in Fulda
Sub-Office Hünfeld
Sub-Office Hersfeld
Sub-Office Rotenburg

i) Fritzlar-Homberg District Liaison & Security Office
Headquarters in Fritzlar
Sub-Office Waldeck
Sub-Office Melsungen
Sub-Office Ziegenhain

j) Kassel District Liaison & Security Office
Headquarters in Kassel
Sub-Office Wolfhagen
Sub-Office Hofgeismar
Sub-Office Witzenhausen

Nach der Auflösung von OMGUS und seiner Länder-Militärregierungen im September 1949 fungierte das Office of the United States High Commissioner for Germany als amerikanischer Teil der Alliierten Hochkommission. In Hessen trat an die Stelle von OMGHE das Office of Land Commissioner for Hesse. Die bisherigen Liaison & Security Offices wurden Area Offices der nunmehr nur noch sechs Districts. Die Liaison & Security Officers hießen von nun an United States Resident Officers.[208]

Übersicht 50: US Resident Offices in Hessen, 1. Oktober 1949

Organisationsplan für 1. Oktober 1949

I FRANKFURT DISTRICT
(a) Friedberg-Usingen Area
(b) Hanau Area
(c) Büdingen Area
(d) Obertaunus Area

II WIESBADEN DISTRICT
(a) Rheingau-Untertaunus Area
(b) Limburg Area
(c) Maintaunus Area

III DARMSTADT DISTRICT
(a) Groß-Gerau Area
(b) Bergstraße Area
(c) Dieburg-Erbach Area
(d) Offenbach Area

[208] 8/213–2/15.

IV *KASSEL DISTRICT* (Hofgeismar)
- (a) Waldeck-Wolfhagen Area
- (b) Witzenhausen Area
- (c) Eschwege Area
- (d) Fritzlar Area

V *MARBURG DISTRICT*
- (a) Frankenberg-Biedenkopf Area
- (b) Gießen Area
- (c) Wetzlar Area
- (d) Oberlahn-Dillkreis Area

VI *HERSFELD DISTRICT* (Hünfeld)
- (a) Ziegenhain Area
- (b) Fulda Area
- (c) Alsfeld-Lauterbach Area
- (d) Melsungen-Rotenburg Area

Übersicht 51: Stellenbesetzung der Liaison and Security Offices, OMGHE, März 1948[209]

Zuständigkeitsbereich	Standort	Kommandierender Offizier
LK Alsfeld	Alsfeld	1st Lt. E.C. Starn
LK Bergstraße	Heppenheim	Maj. D.J. Heffernan
LK Biedenkopf	Biedenkopf	Capt. William L. Culbertson
LK Büdingen	Büdingen	Capt. T.L. Vitulio
SK/LK Darmstadt	Darmstadt	Lt.Col. J.C. Rose
LK Dieburg	Dieburg	Capt. Mervin S. Clark
LK Dill	Dillenburg	Capt. Richard W. Smith
LK Erbach	Erbach	Capt. J.R. Hyde
LK Eschwege	Eschwege	Maj. E.J. Hart
LK Frankenberg	Frankenberg	Capt. G.P. Johnson
SK Frankfurt	Frankfurt	Maj. Gerald C. Sola
LK Friedberg	Friedberg	Maj. H.P. Radigan
LK Fritzlar-Homberg	Fritzlar	Maj. W.C. Gipple
SK/LK Fulda	Fulda	Maj. T.L. Tempest
LK Gelnhausen	Gelnhausen	Capt. G.D. Fexy
SK/LK Gießen	Gießen	Maj. George P. Moore
LK Groß-Gerau	Groß-Gerau	Capt. W.M. Condon
SK/LK Hanau	Hanau	Lt.Col. C.H. Reed
LK Hersfeld	Hersfeld	Maj. W.J. Salwocki
LK Hofgeismar	Hofgeismar	Capt. W.S. Chadwick
LK Hünfeld	Hünfeld	1st Lt. A. Abraham
SK/LK Kassel	Kassel	Lt.Col. G.J. Albrecht
SK Lauterbach	Lauterbach	Capt. C.R. Argo
LK Limburg	Limburg	J.S. Sabol
LK Maintaunus	Hofheim	Maj. John C. Nelson
SK/LK Marburg	Marburg	Maj. H.S. Hornecker
LK Melsungen	Melsungen	Capt. C.S. Bechel
LK Oberlahn	Weilburg	Capt. Oscar F. Howard
LK Obertaunus	Bad Homburg	Maj. C.A. Vollrath
SK/LK Offenbach	Offenbach	Maj. W.R. Sheehan
LK Rheingau	Rüdesheim	Capt. W.L. Young

[209] 8/216–2/9.

LK Rotenburg	Rotenburg	Capt. R.J. Fitzsimmons
LK Schlüchtern	Schlüchtern	Capt. S. Kershaw
LK Untertaunus	Bad Schwalbach	Maj. Matthew F. Chotas
LK Usingen	Usingen	Capt. H.J. Wills
LK Waldeck	Korbach	Maj. P.E. Perry
LK Wetzlar	Wetzlar	Maj. Charles F. Russe
SK Wiesbaden	Wiesbaden	Col. Francis H. Boucher
LK Witzenhausen	Witzenhausen	Maj. B.L. Bassinor
LK Wolfhagen	Wolfhagen	Capt. V.K. Ledbetter
LK Ziegenhain	Ziegenhain	Capt. John S. Chapin

Übersicht 52: Stellenbesetzung der Liaison and Security Offices, Juli 1949[210]

Zuständigkeitsbereich	Standort	Kommandierender Offizier
SK/LK Darmstadt	Darmstadt	H.P. Radigan
LK Groß-Gerau	Groß-Gerau	nicht besetzt
LK Bergstraße	Heppenheim	nicht besetzt
LK Dieburg	Dieburg	nicht besetzt
LK Erbach	Erbach	nicht besetzt
SK Frankfurt	Frankfurt	Gerald C. Sola
SK/LK Offenbach	Offenbach	W.R. Sheehan
LK Obertaunus	Bad Homburg	F.N. Grove
LK Friedberg	Friedberg	J.W. Jergensen
LK Usingen	Usingen	nicht besetzt
LK Fritzlar-Homberg	Fritzlar	P.E. Perry
LK Waldeck	Korbach	nicht besetzt
LK Melsungen	Melsungen	B. Zemplany
LK Ziegenhain	Ziegenhain	nicht besetzt
SK/LK Fulda	Fulda	Mervin S. Clark
LK Hünfeld	Hünfeld	W.L. Burns
LK Hersfeld	Hersfeld	F.J. Green
LK Rotenburg	Rotenburg	J.F. Keough
SK/LK Gießen	Gießen	G.P. Moore
LK Alsfeld	Alsfeld	W.J. Hoffman
LK Lauterbach	Lauterbach	nicht besetzt
SK/LK Hanau	Hanau	R.O. Didlo
LK Büdingen	Büdingen	nicht besetzt
LK Gelnhausen	Gelnhausen	J.A. Goodnight
LK Schlüchtern	Schlüchtern	nicht besetzt
SK/LK Kassel	Kassel	Robert A. Goetcheus
LK Eschwege	Eschwege	N.G. Turner
LK Witzenhausen	Witzenhausen	J.E. Monoghan
LK Hofgeismar	Hofgeismar	nicht besetzt
LK Wolfhagen	Wolfhagen	nicht besetzt
SK/LK Marburg	Marburg	E.L. Weyland
LK Biedenkopf	Biedenkopf	nicht besetzt
LK Frankenberg	Frankenberg	nicht besetzt
LK Wetzlar	Wetzlar	C.E. Lloyd
LK Dill	Dillenburg	nicht besetzt
LK Oberlahn	Weilburg	nicht besetzt
SK Wiesbaden	Wiesbaden	G.E. Vadney
LK Limburg	Limburg	J.S. Huffner
LK Maintaunus	Hofheim	nicht besetzt

[210] 5/42–3/11.

LK Rheingau	Rüdesheim	nicht besetzt
LK Untertaunus	Bad Schwalbach	nicht besetzt

15. Manpower Division

a) Aufgaben

Die Manpower Division war zuständig für Arbeitsbedingungen, Arbeitsverwaltung, Sozialversicherung, Tariffragen und Löhne. In ihre Zuständigkeit fielen auch die Gewerkschaften.
Diese Aufgabenbereiche wurden zunächst auf Detachment-Ebene bearbeitet. Jedes Kreis-Detachment verfügte über einen Kreis Labor Officer, der Berichte an die Regierungsbezirks-Detachments abgab und auch für die Zulassung der Gewerkschaften zuständig war. Zum 1. Januar 1946 entfielen diese Zuständigkeiten. Die Manpower Division nahm jetzt alle Kontrollfunktionen über das hessische Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt wahr, das am 14. Oktober 1945 auf Grundlage von Organizational Direction Nr. 2, OMGHE, gebildet worden war.
Die Gewerkschaftsgründungen vollzogen sich zunächst auf Orts- und Kreisebene.[211] Die erste Gewerkschaft im Regierungsbezirk Wiesbaden bildete sich am 29. August 1945 in Hanau.[212] Bis Juni 1946 bestanden in 33 Landkreisen Gewerkschaften, landesweit waren sechs Einzelgewerkschaften organisiert.[213] Der erste allgemeine landesweite Gewerkschaftskongreß fand am 24./25. August 1946 in Frankfurt statt.[214]
Bereits im Mai 1945 hatte das Landesarbeitsamt in Frankfurt seine Arbeit wieder aufgenommen. Im Oktober wurde dem Amt die Aufsicht über die 14 inzwischen wieder eingerichteten regionalen Arbeitsämter zugesprochen. Eines der Hauptprobleme, mit dem die Arbeitsverwaltung konfrontiert war, lag im hohen Personalbedarf der amerikanischen Streitkräfte. Hatten im Oktober 1945 noch 26839 Deutsche bei den Truppen gearbeitet, so waren es im Mai 1946 bereits 63786.
Die Manpower Division setzte auf den Aufbau von Industriegewerkschaften, um die Demokratisierung in Verbänden und Betrieben zu fördern. In den Auseinandersetzungen um Sozialisierung und Betriebsrätegesetz bezog die Division von sich aus keine klare Position. Aktiv unterstützte sie den Versuch, in Hessen Freiwillige für den Ruhrbergbau zu werben.

b) Organisation

Die Manpower Division war bis zu ihrer Auflösung am 20. April 1948 in fünf Branches gegliedert:

- Labor Relations (industrielle Arbeitsbeziehungen) war für Gewerkschaften und Betriebsräte zuständig.
- Wages, Hours, Labor Standards beschäftigte sich mit Löhnen, Arbeitszeit und Arbeitsverhältnissen. Sie überwachte die Einhaltung von Vorgaben der Militärregierung und analysierte Tarifabschlüsse.
- Social Insurance kontrollierte das Sozialversicherungswesen.

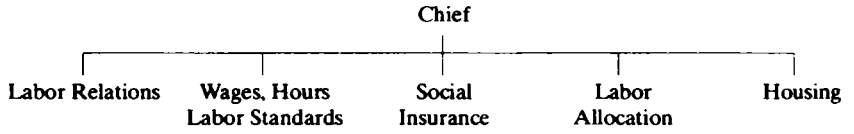
---

[211] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[212] Chronology, S. 3.
[213] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[214] Chronology, S. 26.

- Labor Allocation hielt Kontakt mit den anderen Divisions und war Ansprechpartner der US-Armee für die Zuweisung von Arbeitskräften. Die Branch hatte auch die Aufsicht über die Arbeitsämter.
- Housing kontrollierte die örtlichen Wohnungsämter und arbeitete mit der Building Material Section, Economics Divison, zusammen.

Die Organisation der Manpower Division stellte sich im Juni 1946 wie folgt dar:[215]

Übersicht 53: Organisation der Manpower Division, OMGHE, 30. Juni 1946



Da die Division aber nie mehr als vier amerikanische Mitarbeiter zählte – die meiste Zeit waren nur zwei Stellen besetzt –, hatte diese Organisationsgliederung wohl mehr selbstdarstellerischen Charakter.
Seit dem 20. April 1948 nahm die Manpower Branch in der neu gebildeten Bipartite Liaison Divison (später in der Economics Division) die Aufgaben der früheren Manpower Division wahr. Am 22. April 1948 wurde der bisherigen Division Chief und neue Branch Chief zum Manpower Adviser des Direktors von OMGHE ernannt.

c) Personal

Die Manpower Division gehörte zu den kleinsten Divisions von OMGHE. Im Vergleich beispielsweise zur Economics Division nimmt sie sich geradezu zwergenhaft aus. In den Jahren 1946/47 verfügte die Manpower Division zumeist über vier amerikanische Mitarbeiter (zum 1. Januar 1947 vorübergehend nur drei). Seit 1. Januar 1948 arbeiteten nur noch drei Amerikaner mit. In der Manpower Branch der Bipartite Liaison Division waren zunächst zwei Amerikaner aus der aufgelösten Manpower Division tätig. 1949 blieb nur noch der Branch Chief übrig.
Die Manpower Division zeichnet sich durch eine bemerkenswerte personelle Stabilität aus. Glenn E. Garrett war seit September 1944 im Manpower-Bereich tätig gewesen und leitete die Division von ihrer Bildung bis zu ihrer Auflösung. Danach war er Chief der Manpower Branch in der Bipartite Liaison Division und Manpower Adviser von J. R. Newman. Ihm zur Seite stand Albert A. Maurinac, der Ende 1947 für längere Zeit in den USA weilte und Mitte 1948 dann endgültig ausschied. Am 20. September 1947 kam Evan T. Hopkins zur Division, der für Arbeitsverwaltung zuständig war und in der zweiten Jahreshälfte 1948 ausschied. Ab Ende 1947 arbeitete vorübergehend Abraham Bluestone als Military Government Trainee – eine Art Militärregierungsreferendar – in der Division.

16. Post, Telephone and Telegraph Division

Die amerikanischen Truppen legten beim Einmarsch alle Postverbindungen lahm, und die Army Signal Corps übernahmen die Kontrolle über die fernmeldetechnischen Anlagen. Nachdem die Detachments ihre Arbeit aufgenommen hatten, be-

[215] 5/41-2/7.

nannten sie jeweils einen verantwortlichen Post Officer, der für die deutsche Post in seinem Kreis zuständig war. Ausschließlich für Postangelegenheiten zuständige Offiziere saßen in Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden und Kassel. Zum 29. Oktober 1945 wurden die Detachments von der Kontrolle über die Post entbunden, nur die beiden Postoffiziere in Frankfurt und Wiesbaden behielten ihre Verantwortungsbereiche. Zum 1. Februar 1946 wurden dann alle Post Officers in der Post, Telephone and Telegraph (PT&T) Section von OMGHE in Wiesbaden zusammengefaßt.[216] Die Section (später Division) hatte ihren Hauptsitz in Frankfurt, dem „Nervenzentrum" des hessischen Postsystems.[217] Sie hatten ihre Diensträume in der Frankfurter Oberpostdirektion bezogen, deren früherer Zuständigkeitsbereich ungefähr den Grenzen des neu geschaffenen Landes Hessen entsprach. Die Spitzen der Postdirektion waren im Juli 1945 vom Detachment E-6 (Frankfurt) ernannt und in den folgenden Monaten kontrolliert worden. Am 1. Oktober 1945 übernahm E-2 in Marburg formal die Zuständigkeit, die dann mit Auflösung von E-2 endgültig an E-5/OMGHE in Wiesbaden überging.

Bis zum 1. Oktober 1945 war es gelungen, in der gesamten US-Zone den Brief- und Telefonverkehr wieder in Gang zu bringen. Die Postsparkasse hatte ihre Arbeit schon im August 1945 wieder aufgenommen. Der Telegrammdienst war bis zum 1. Dezember 1945 wiederhergestellt.[218] Die Entnazifizierung der Post lag zunächst in Händen der lokalen Detachments. Diese Zuständigkeit ging teilweise im Oktober 1945 und insgesamt im Januar 1946 an die Special Branch von OMGHE über. Von den 18000 Bediensteten der Postdirektion mußten 3500 entlassen werden.

War zunächst jede Postdirektion für sich der Militärregierung gegenüber verantwortlich gewesen, so wurde zum 15. April 1946 in München eine Oberpostdirektion eingerichtet, die vorübergehend als Zentralstelle für die deutsche Post in der US-Zone fungierte und gegenüber OMGUS die Gesamtverantwortung trug.[219] OMGUS zentralisierte deshalb auch die PT&T-Arbeit der Militärregierung bei sich in Berlin. Die Post, Telephone and Telegraph Division von OMGHE gab zum 31. Dezember 1946 ihre Zuständigkeit an die Communications Branch von OMGUS ab und wurde aufgelöst.[220]

Im Oktober 1945 arbeiteten 15 Offiziere und drei Soldaten im Post, Telephone and Telegraph-Bereich. Die Zahl der Offiziere verringerte sich zum 1. Februar 1946 auf acht. Ende Juni waren nur noch drei Offiziere der Section/Division zugeordnet, von denen zwei im Sommer 1946 den Zivilisten-Status annahmen. Gemeinsam mit den drei Amerikanern arbeiteten zehn Deutsche in der Division. Bis Dezember 1946 hatte sich die Zahl der Amerikaner auf zwei verringert.

Juli/August 1945 war Major William B. Campbell Chef des Post, Telephone and Telegraph-Bereichs. Von August bis Dezember 1945 nahm Lt.Col. Henry S. Ferguson diese Stelle ein. Im ganzen Jahr 1946 leitete James C. Paxton die Section/Division. Er hatte diese Leitungsposition für Hessen auch nach Eingliederung von Post, Telephone and Telegraph in OMGUS noch bis zum September 1947 inne.

---

[216] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.

[217] So der zeitweilige Division Chief James C. Paxton in einem Schreiben vom 3.1.1946 (8/216–3/8).

[218] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.

[219] Ebenda.

[220] OMGHE: Historical Report July – December 1946.

17. Property Control Division (ab 20. April 1948: Property Division)

a) Aufgaben

Die Property Control Division arbeitete auf der Grundlage des Militärregierungsgesetz Nr. 52 (Sperre und Kontrolle von Vermögen) und einer USFET Directive vom 7. Juli 1945. Danach fielen vor allem fünf Kategorien von Vermögen unter die Aufsicht der Militärregierung:

- Staatseigentum des früheren „Dritten Reiches" und seiner Kriegsverbündeten;
- Eigentum der NSDAP und angeschlossener oder von ihr betreuter Organisationen;
- Eigentum, das Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, neutralen Ländern oder anderen auswärtigen Besitzern gehörte;
- Eigentum stark belasteter Nationalsozialisten;
- Eigentum, das während der NS-Herrschaft unter Zwang oder durch Einschüchterung den Besitzer gewechselt hatte.[221]

Die Property Control-Arbeit sollte so zwei politischen Zielen dienen:

- einerseits sollte sie im „regierungslosen" Zustand unmittelbar nach der Besetzung staatliches und ausländisches Eigentum vor Schäden bewahren;
- andererseits sollte sie zweifelhafte Eigentumstransaktionen während der NS-Zeit rückgängig machen und als Strafmittel gegen NS-Verbrecher dienen.[222]

Früheres Eigentum der deutschen Wehrmacht fiel in die Zuständigkeit der US-Armee.[223] Es bestand jedoch „beträchtliche Verwirrung" darüber, wie mit Waren aus Armeebeständen verfahren werden sollte. Eine Anweisung des kommandierenden Generals der 7. US-Armee vom November 1945 bestimmte, daß Verkaufserlöse von Wehrmachtsgütern auf einem Sperrkonto der Militärregierung gutzuschreiben seien. Das Militärregierungsgesetz Nr. 54 vom 27. August 1945 übergab landwirtschaftlich nutzbares Eigentum des Reiches, dessen Luftwaffe und einiger NS-Organisationen an die Länder in der US-Zone.[224]
In den ersten Monaten nach der Besetzung waren die lokalen Detachments für die Vermögensverwaltung zuständig. Jedes Detachment hatte einen Property Control Officer. Am 16. Juli 1945 nahm die Property Control Section des Detachments E1A2 (E-5), aus dem dann die Property Control Division von OMGHE hervorging, ihre Arbeit auf. Am 21. Juli 1945 entzog eine USFET Directive den Detachments die ausschließliche Kompetenz über die Vermögenskontrolle. Die örtlichen Militärregierungen hatten jetzt ihre Erhebungen an den Deputy Chief Property Control Officer des Western Military District weiterzuleiten. Nach Bildung von OMGHE am 1. Oktober 1945 wurde die Registratur der Vermögenskontrolle in der Property Control Branch, Finance Division, OMGUS, zentralisiert.
Die Property Control Division und die Property Control Officers der Detachments hatten die Aufgabe, Vermögen aufzuspüren, das unter die Kontrolle der Militärregierung fiel. Die Kreis Special Branches und CIC stellten dazu ihre Informationen zur Verfügung. Zur Verwaltung größerer Vermögenswerte wurden Treuhänder eingesetzt, deren Arbeit die Property Control Division kontrollierte. Sie koordinierte auch

---

[221] OMGHE: Historical Report 1948.
[222] Ebenda.
[223] OMGHE: Historical Report July 1945.
[224] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.

die Übergabe von Reichs- und Ländereigentum an deutsche Stellen. Wiedergutmachungsmaßnahmen waren von deutschen Behörden unter Aufsicht von Property Control Division durchzuführen.

Nach der Bildung des Landes Hessen im Oktober 1945 übergab OMGHE schrittweise die Vermögenskontrolle an deutsche Behörden. Die Property Control Division kontrollierte deren Arbeit über das Landesamt für Vermögenskontrolle beim hessischen Finanzministerium. Eine Klärung der Verhältnisse erbrachte die OMGUS Directive „Übertragung der Verantwortung der Vermögenskontrolle in Groß-Hessen und Württemberg-Baden auf die Landesministerpräsidenten" vom Mai 1946. Diese Directive übertrug die Gesamtverantwortung für die Vermögenskontrolle auf das Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung (Land Civilian Agency Head) im Finanzministerium und seine nachgeordneten Behörden. Die Property Control Division war zwar weiterhin Kontrollorgan auf allen Ebenen, blieb aber nur für Vermögen von Angehörigen von Staaten der Vereinten Nationen und neutraler Staaten direkt zuständig. Mit Inkrafttreten dieser Regelungen zum 1. Juni 1946 erloschen die Property Control Aufgaben der Kreis- und Regierungsbezirksdetachments. Bis dahin waren in Hessen bereits 21 561 Vermögenswerte unter Kontrolle gestellt worden.[225] Diese Zahl stieg bis auf 47 010 am 1. Januar 1948. 1948 kam es dann verstärkt zu Rückgaben und Veränderungen der Eigentumsverhältnisse, so daß Ende des Jahres nur noch 20 360 Vermögenswerte unter Kontrolle standen.[226] Das Landesamt für Vermögenskontrolle hatte die Tätigkeit der Militärregierungsstellen zunächst mit insgesamt 824 Beschäftigten fortgesetzt.[227] Diese Zahl verringerte sich auf 614 am 1. August 1948.[228]

Was die Rückgabe von durch NS-Organisationen beschlagnahmtem Eigentum betrifft, so beklagte OMGHE die „schleppende Behandlung durch OMGUS" sowie die „Verwirrung und Ineffektivität der deutschen Ämter für Vermögenskontrolle". Dies hätte zu einer Verzögerung der Rückgabe um einen Zeitraum von bis zu drei Jahren geführt und beispielsweise bei den Gewerkschaften „beträchtliche Kritik [...], die weitgehend berechtigt war", hervorgerufen. Bei ausländischem Eigentum unterstellte OMGHE den deutschen Stellen sogar „absichtliches Verzögern" und „Behinderung" der Rückgabe.[229]

Die Spannungen zwischen OMGHE und OMGUS spitzten sich weiter zu, nachdem die OMGUS Property Control Branch 1948 eine Außenstelle in Wiesbaden errichtet hatte. Nur durch die vom Chief of Property Control Division persönlich vorgetragene Drohung, daß OMGHE die Verantwortung für das hessische Landesprogramm zur Vermögenskontrolle zurückgebe, sei es gelungen, OMGUS von „Einmischungen" abzuhalten.

Nachdem OMGHE schon 1946 die Aufsicht über deutsche Vermögen an das Land Hessen abgetreten hatte, erhielten die hessischen Behörden am 1. April 1948 auch die Zuständigkeit für ausländische Vermögen. Die Property Control Division konnte sich damit auf die Kontrolle der deutschen Maßnahmen beschränken.[230]

Im letzten Jahr der Militärregierung hatte die Entflechtung in der Arbeit der am 20. April 1948 gebildeten Property Division große Bedeutung. Am 12. Februar 1947

---

[225] Ebenda.
[226] OMGHE: Historical Report 1948.
[227] OMGHE: Historical Report April – July 1947.
[228] OMGHE: Historical Report 1948.
[229] Ebenda.
[230] Ebenda.

hatten die Militärgouverneure der amerikanischen und der britischen Zone Entflechtungsgesetze verkündet (US-Militärregierungsgesetz Nr. 56 / Britische Militärregierungsverordnung Nr. 78 – Verbot der übermäßigen Konzentration deutscher Wirtschaftskraft). Danach wurde auf bizonaler Ebene die Bipartite Decartelization Commission (BIDEC) gebildet, die ihren Sitz in Frankfurt hatte. BIDEC richtete bei allen Ländermilitärregierungen Branch Offices ein. OMGHE siedelte ihre Decartelization Branch zunächst in der Economics Division an. Nach Auflösung der Economics Division im April 1948 setzte die Branch ihre Arbeit in der Property Division fort.
Bei der Entflechtungspolitik ging OMGHE von folgenden Überlegungen aus: „Eine der kostbarsten Wirtschaftstraditionen der Vereinigten Staaten besteht darin, Zusammenschlüsse von Industrieunternehmen dann zu zerschlagen, wenn ihre Bedeutung und ihr Einfluß so groß werden, daß sie faktisch den Markt monopolisieren und eine Gefahr für den freien Wettbewerb darstellen. Der Aufstieg von Industriegiganten war immer und unvermeidlich mit einer riesenhaften Zusammenballung politischer Macht verbunden." Mit dieser optimistischen Sichtweise der amerikanischen Wirtschaftstradition war die Einschätzung der deutschen Entwicklung verbunden, die Fragmente einer kritischen Faschismusanalyse enthielt: „Die Vereinigten Staaten hatten festgestellt, daß die Nazi-Partei ihre ersten finanziellen Stimuli von den riesigen zentralisierten Industrieunternehmen in Deutschland erhalten hatte. Sie waren sich weiter darüber im klaren, daß das Bündnis zwischen Big Business und der politischen Staatsführung zu einer hierarchischen Regierungsstruktur geführt hatte, in der das Führerprinzip angelegt war. Deshalb brachten die Vereinigten Staaten bei der Besetzung ihre feste Entschlossenheit – aus ihrer eigenen langen Tradition entsprungen – nach Deutschland mit, Monopole, Unternehmensverflechtungen und Kartelle aufzubrechen, damit sie nie wieder zu einer neuen Diktatur in Deutschland beitragen können." Ziel war, „für das deutsche Volk eine freie Wettbewerbswirtschaft wiederherzustellen, oder anders ausgedrückt, dem deutschen Volk seine wirtschaftliche Freiheit zurückzugeben. Dabei war völlig klar, daß politische Freiheit ohne wirtschaftliche Freiheit unmöglich ist".[231]
Die praktische Entflechtungspolitik blieb jedoch deutlich hinter diesen wohlklingenden Willenserklärungen zurück. So heißt es zum Beispiel in einem internen Memorandum des Bipartite Control Office, US Decartelization Element (Frankfurt) vom 19. Juli 1949, daß das Entflechtungsprogramm auf Länderebene „nicht so gründlich und wirkungsvoll umgesetzt worden ist, wie es wünschenswert wäre". Etliche Militärregierungsoffiziere und deutsche Beamte hätten die Entflechtung für eine Sache gehalten, die „nur auf dem Papier stehe, für die praktische Politik aber bedeutungslos sei". Viele deutsche und amerikanische Beamte hätten in der Entflechtung „ein destruktives Programm zur ‚Atomisierung' der deutschen Industrie" gesehen. Sie hätten „passiven Widerstand" gegen die Entflechtung geleistet, der zu „mangelhaften Fortschritten" im Entflechtungsprogramm geführt habe. Die Koordination sei unzureichend, die Decartelization Branches der Länderregierungen verfügten über zu wenig Einfluß und zu wenig Personal. Die anderen Abteilungen der Militärregierungen ließen die Decartelization Branches „im Regen stehen". Dies fände seinen Ausdruck auch darin, daß die Chiefs of Branch in Gehalt und Rang niedriger eingestuft seien als ihre Kollegen. Die rote Laterne hätte in dieser Hinsicht der Chief of Branch in der hessischen Militärregierung.[232] Mit dieser kritischen Analyse und seinen Verbesse-

[231] Ebenda.
[232] 17/8285/19.

rungsvorschlägen stand das Memorandum jedoch auf verlorenem Posten. Bereits im April 1949 hatte Lucius D. Clay erklärt, daß jetzt „der Zeitpunkt gekommen" sei, „in dem die Entkartellisierung beendet werden muß".[233] Ein Memorandum des Leiters der hessischen Decartelization Branch vom 11. Juli 1949 beklagte, daß aufgrund der Bewirtschaftungsmaßnahmen in verschiedenen Bereichen „das Entflechtungsprogramm stark behindert" worden sei.[234]

Hatten sich „die ersten Aktivitäten der OMGHE Decartelization Branch darauf beschränkt, die deutsche Industrie ausführlich zu studieren und zu untersuchen", so konnte im Jahr 1948 die Untersuchung von 452 hessischen Betrieben abgeschlossen werden. 264 Abschlußberichte mit Entflechtungsvereinbarungen wurden an OMGUS zur Überprüfung weitergeleitet. Im gleichen Jahr wurden 82 sogenannte „Show Cause Orders" vorbereitet und BIDEC zur Unterzeichnung vorgelegt. Mit diesen „Show Cause Orders" wurden Firmen oder Einzelpersonen gezwungen, schriftlich zu begründen, warum – ihrer Meinung nach – eine von ihnen geplante oder durchgeführte wirtschaftliche Aktivität dem Militärregierungsgesetz Nr. 56 nicht widerspräche.[235]

„Beträchtliche Fortschritte" seien 1948 auch „in der gewaltigen Aufgabe, die IG-Farben-Gruppe zu entflechten, gemacht worden".[236] Der Konzern war zunächst unter Aufsicht des Control Office, G-5, USFET, gestellt worden. Am 8. März 1946 erhielt die Property Control Division, OMGHE, die Zuständigkeit für den Frankfurter Konzern zugesprochen und begann am 15. März mit den notwendigen Erfassungsmaßnahmen.[237]

Erst 1948 jedoch wurden die in Hessen gelegenen Teile der IG-Farben in siebzehn unabhängige Unternehmen umgewandelt. Vorschläge für die weitere Entflechtung des IG-Farben-Vermögens in der Bizone sollte ein aus Deutschen bestehendes „Farben Dispersal Panel" (FARDIP) erarbeiten. Die Produktion der IG-Farben konnte während der gesamten Entflechtungsperiode weiterlaufen.[238]

Ausgehend von der für die Entflechtung formulierten Zielsetzung beschäftigte sich die Division auch mit den berufsständischen Zulassungsverfahren. Sie wies zahlreiche Gesetzesvorlagen zurück und verlangte, daß der freie Wettbewerb auch bei der Berufsausübung in keiner Weise eingeschränkt werden dürfe.[239]

Wie die Decartelization Branch hatte auch die Monuments, Fine Arts and Archives Section (MFAA) bis zum April 1948 zur Economics Division gehört und kam erst danach zur Property Division. Sie hatte zunehmend zwischen deutschen Kultureinrichtungen und ausländischen Staaten, die verschlepptes Kulturgut zurückforderten, zu vermitteln. Das Offenbach Archival Depot konnte seine Bestände bis Ende Juni 1948 um rund eine Viertelmillion Bücher reduzieren, nachdem es deren rechtmäßige Besitzer ausgemacht hatte.

Trotz einiger Reibereien machte auch die Rückführung von Kunstschätzen und Museumsobjekten aus dem Wiesbaden Control Collecting Point Fortschritte. In einer spektakulären Aktion wurden im Sommer/Herbst 1948 106 weltbekannte Bilder, die früher dem Kaiser-Friedrich-Museum in Berlin gehört hatten, aus den Vereinigten Staaten nach Wiesbaden gebracht und ab 16. Oktober 1948 der Öffentlichkeit in einer

---

[233] Wiesbadener Kurier vom 29.4.1949 (Ausschnitt in 17/7285/19).
[234] 17/8285/19.
[235] OMGHE: Historical Report 1948.
[236] Ebenda.
[237] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[238] OMGHE: Historical Report 1948.
[239] Ebenda.

Ausstellung präsentiert. Die Bilder waren zusammen mit 96 anderen 1945 in die USA geschafft worden. In eine schwierige Situation geriet die Monuments, Fine Arts and Archives Section, als OMGUS 1948 alle hessischen Gesetze, die den Kunsthandel reglementierten, aufhob. MFAA hatte die Gesetze gutgeheißen und befürchtete jetzt die Rückkehr von Geschäftemachern und Nationalsozialisten auf dem Kunstmarkt.

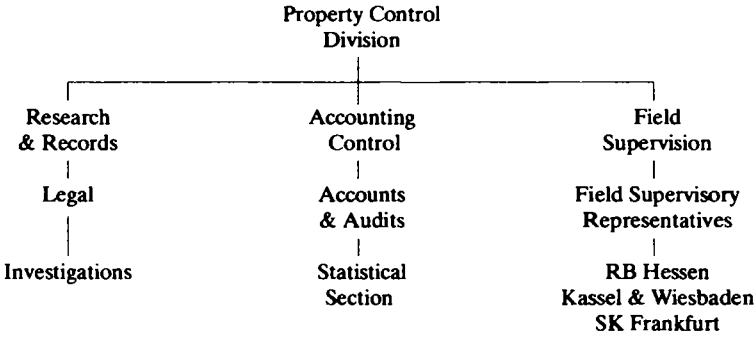
b) Organisation

Die Property Control Division war zunächst in drei Branches gegliedert:

- Research and Records arbeitete Pläne aus, um Vermögen aufzuspüren, das in den Zuständigkeitsbereich von Property Control fiel. Die Branch wertete Erhebungsdaten aus – auch von den Geheimdiensten – und gab der angehängten Investigations Section Anweisungen für eigene Nachforschungen. Mit Hilfe von dadurch erhaltenen Informationen versuchte sie, unrechtmäßige Verschiebungen von beschlagnahmtem Vermögen aufzudecken und zu verhindern. Die Branch bearbeitete auch die Anträge auf Freigabe ausländischen Eigentums.
  Die angehängte Legal Section (später Legal Counsel) überprüfte die Übereinstimmung der deutschen Vermögenskontrolle mit den Vorschriften der Militärregierung. Sie kontrollierte weiter die mit den Treuhändern geschlossenen Verträge auf ihre Rechtmäßigkeit. Später beschäftigte sie sich mit den hessischen Gesetzentwürfen, die Vermögenskontrolle und Wettbewerbsrecht betrafen.
- Accounting Control war für die praktische Durchführung der Property Control Politik zuständig, d. h. sie schloß Verträge ab, regelte die finanziellen Angelegenheiten usw. Die Branch war auch für die innere Verwaltung der Division zuständig. Ihre Accounts and Audits Section überprüfte die Berichte der Treuhänder, während Statistical Section das Zahlenmaterial zusammenstellte.
- In Field Supervision waren die sieben Außendienstmitarbeiter (Field Supervisory Representatives) zusammengefaßt, die die Arbeit der deutschen Vermögenskontrollbehörden überwachten und bis 1948 für die Verwaltung des ausländischen Vermögens zuständig waren.

Damit hatte die Property Control Division zunächst folgende Struktur:[240]

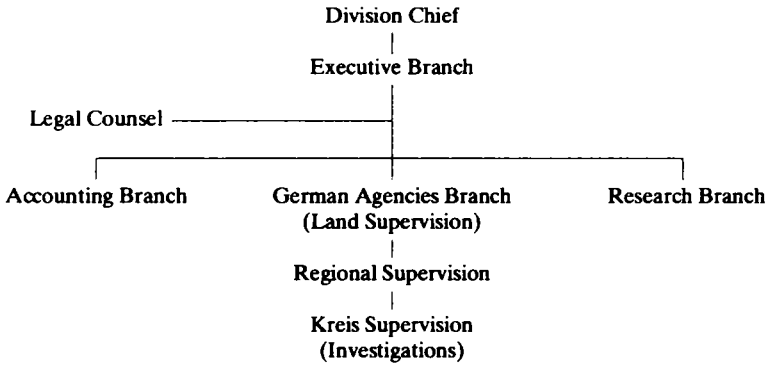
Übersicht 54: Organisation der Property Control Division, OMGHE, Juni 1946



[240] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.

Bis Frühsommer 1947 wurden die koordinierenden und administrativen Aufgaben in der Executive Branch zusammengefaßt, an die Legal Counsel als jetzt eigenständige Section angehängt wurde. Entsprechend der weiteren Übertragung praktischer Vermögenskontrolle auf deutschen Stelle wurde die Field Supervision in German Agencies Branch umbenannt. Selbst abzuwickeln blieb für die Property Control Division nur mehr die ausländisches Eigentum betreffenden Angelegenheiten. Die Investigations Section kam jetzt von Research zur German Agencies Branch.
Damit hatte die Division folgendes Aussehen:[241]

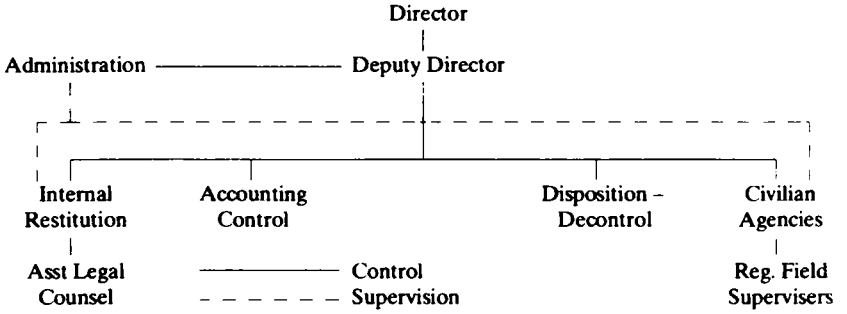
Übersicht 55: Organisation der Property Control Division, OMGHE, 30. Juni 1947



Veränderte Aufgaben bedingten eine Umorganisation der Division zum Jahresende 1947. Über die unter Kontrolle genommenen Vermögen mußte jetzt endgültig entschieden werden: Sollten sie an die früheren Eigentümer zurück- oder an neue weitergegeben werden? Internal Restitution bearbeitete jetzt die unter Militärregierungsgesetz Nr. 59 (Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände) vom 10. November 1947 fallenden NS-Vermögen, während Disposition-Decontrol für alle Vermögen der im Kontrollratsgesetz Nr. 2 aufgeführten Organisationen und für die mit OMGUS-Direktive vom 25. Juni 1947 benannten ausländischen Vermögen zuständig war. Legal Counsel wurde an Internal Restitution angehängt; mit der inneren Verwaltung der Division war jetzt eine dem Deputy Director verantwortliche Section beauftragt.
Die Division hatte damit bis zur Umstrukturierung am 20. April 1948 die in Übersicht 56 wiedergegebene Organisation.[242]
General Order Nr. 5 vom 20. April 1948 bestimmte die Auflösung der Property Control Division und die Bildung der Property Division. In den folgenden Monaten gliederte sich die neue Division in vier Branches und zwei Sections. Eine dem Deputy Director verantwortliche Section war für die Verwaltung zuständig. Property Control and Internal Restitution Branch war für alle deutschen Vermögen betreffenden Aufgaben der früheren Property Control Division sowie für die Kontrolle der deutschen Ämter für Vermögenskontrolle zuständig. Von der früheren Economics Division kam die Decartelization Branch mit ihren zwei Außenstellen in Frankfurt und Kassel zu der neuen Division. Die Reparations Branch war gleichfalls vorher bei der Economics Division gewesen. Ihr fielen auch die Aufgaben der früheren Restitution Section der

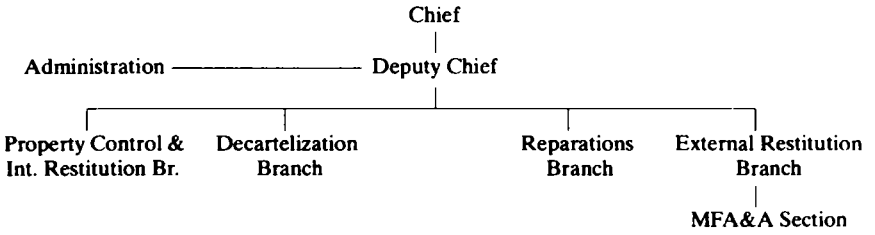
[241] 5/41-2/7.
[242] 5/42-2/14.

Übersicht 56: Organisation der Property Control Division, OMGHE, 31. Dezember 1947



Economics Division zu.[243] Für ausländisches und im Ausland befindliches Vermögen war die External Restitution Branch zuständig. An sie war die Monuments, Fine Arts and Archives Section – ebenfalls früher bei der Economics Division – angehängt. Bis Juli 1949 hatte die Property Division damit folgende Organisation:[244]

Übersicht 57: Organisation der Property Division, OMGHE, 30. Juni 1948



Da sich die Aufgaben der Divison immer weiter verringerten, wurde sie im Juli 1949 aufgelöst. Die verbleibenden Arbeiten führte die Property Branch der neu zusammengestellten Economics Affairs Division aus. Nur die Decartelization Branch blieb als eigenständige Einheit in der neuen Division erhalten.

c) Personal

Die Property Control Division zählte nach ihrer Größe zu den mittleren Divisions. Sie hatte 1946 14, am 1. Januar 1947 13, am 30. Oktober 1947 zwölf, am 1. Januar 1948 neun und am 15. März 1948 zehn amerikanische Mitarbeiter. Nach der Neustrukturierung im April 1948 stieg deren Zahl vorübergehend auf 17 an, um zum Jahresende wieder auf zehn zu sinken. Im Mai 1949 arbeiteten dann nur noch vier Amerikaner in der Division.
Die Zahl der deutschen Mitarbeiter betrug 1946 17. Am 1. Januar 1947 waren 20, am 30. Oktober 1947 18 und von Januar bis März 1948 wieder 17 Deutsche bei Property Control beschäftigt. Nach der Neustrukturierung erreichte die Zahl der Deutschen vorübergehend mehr als 20.

---

[243] Zu den Aufgaben von Reparations und Restitution vgl. OMGUS-Hb, Teil Hessen B.5.
[244] 5/41-3/10.

Division Chief war vom Juli bis September 1945 Major Myron M. Maupin. September/Oktober 1945 hatte Cap. Francis R. Paternoster dieses Amt inne. Maupin und Paternoster waren schon bei der Aufstellung von E1A2 am 15. September 1944 dabei gewesen. Von Oktober 1945 bis Januar 1946 leitete Lt.Col. William K. Denaro die Division. Ihn löste Lt.Col. Krit G. Logsdon ab, der gleichzeitig Chief der Legal Division war. Auf Logsdon folgte schon im März 1946 Major Irwin A. Urbantke, der bis Oktober tätig war. Eine längere Amtszeit hatte William R. Rule. Er wurde erst im Juni 1949 von John R. Cain abgelöst, der seit Ende 1947 sein Stellvertreter gewesen war. Vor diesem Zeitpunkt hatte die Division keinen Deputy Chief gehabt.
Die größte Branch der Property Control Division war zunächst Field Supervision/German Agencies, die 1946 neun Mitarbeiter umfaßte, darunter sieben Field Representatives. Angesichts der Hinwendung zur De-Control schrumpfte diese Branch bis auf einen Mitarbeiter im Dezember 1948 zusammen. Chief of Branch war lange Zeit Victor G. Cronthall gewesen. Er übernahm Anfang 1949 die Leitung der Decartelization Branch von Erich L. Meyer, der diese Branch nach der Neustrukturierung im April 1948 geleitet hatte. Cronthall war nach der Ernennung von J. R. Cain zum Chief of Division gleichzeitig auch Leiter der Property Control Branch, die zuvor Cain geleitet hatte. Chief der Reparations Branch in der Property Division war Ernest J. Bootz, der zuvor in der Economics Division tätig gewesen war. Ebenso führte Theodore A. Heinrich in der Property Division sein Amt als Monuments, Fine Arts and Archives Chief fort, das er bereits in der Economics Division innegehabt hatte. Chef der kleinen Accounting Branch (später External Restitution) war Allan C. Wilson.

18. Public Health Division

a) Aufgaben

„Entnazifizierung und Wiederaufbau des öffentlichen Gesundheitswesens sowie die Seuchenkontrolle" waren zunächst Hauptaufgaben der Public Health Division.[245] Dazu kamen die Überwachung der Ernährungssituation, des Krankenpflegewesens und der Tiermedizin. Für die Versorgung mit Arzneien und medizinischem Gerät war die Division gemeinsam mit der Economics Division zuständig.
Die Public Health Aufgaben hatten anfangs die Public Health Sections der Kreisdetachments wahrgenommen. Diese bestanden aus einem Offizier und einer unterschiedlichen Anzahl von Soldaten. Die Public Health Sections wurden im Dezember 1945 aufgelöst, da zu diesem Zeitpunkt die Abteilung für Gesundheitswesen des am 12. Oktober 1945 mit Organizational Direction Nr. 2, OMGHE, gebildeten hessischen Innenministeriums und seine nachgeordneten Stellen die praktischen Arbeiten übernahmen. Die Abteilung für Gesundheitswesen wurde durch die Public Health Division (zunächst als Branch bezeichnet) von OMGHE kontrolliert.
Der Historical Report für die erste Phase der OMGHE-Tätigkeit wertet diese Übergabe von Kompetenzen an deutsche Stellen als „verfrüht vom Standpunkt der Entnazifizierung" aus betrachtet. Die Entnazifizierung sei für die Division zunächst das größte Problem gewesen. Es war offenbar schwierig, genügend unbelastete Ärzte und Amtsärzte für die medizinische Versorgung aufzutreiben. Besonders unangenehm war OMGHE die Mitwirkung der „politisch beeinflußten Ärztekammern" bei der Zulas-

[245] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.

sung. Eine umfassende Kontrolle dieser Zulassung hätte zwar die „Entnazifizierung verbessert", sei aber angesichts des medizinischen Bedarfs nicht durchführbar gewesen.[246]

Da in Hessen keine größeren Epidemien zu verzeichnen waren, wertete OMGHE die von ihr durchgeführte Seuchenkontrolle als „sehr erfolgreich".[247] Der Arbeitsschwerpunkt der Division verlagerte sich 1946 von der Entnazifizierung und Seuchenkontrolle auf die Überwachung der Ernährungssituation. Von Juni bis November 1945 waren auf zonaler Ebene insgesamt sechs Nutrition Teams aufgestellt worden. Zwei davon operierten in Hessen, von denen eines aber im Februar 1946 wieder aufgelöst wurde. Nach ersten Kontrollen hatten diese Teams in Hessen acht zumeist bombengeschädigte Städte als neuralgische Punkte in der Lebensmittelversorgung herausgefunden. Diese Städte waren Frankfurt, Kassel, Darmstadt, Wiesbaden, Hanau, Gießen, Marburg und Bad Homburg. Ihnen galt die besondere Aufmerksamkeit der Public Health Division, die beispielsweise durch Kinderspeisungen Engpässe zu verhindern suchte.[248] Als im September 1946 das amerikanische Personal im verbliebenen Nutrition Team auf einen Offizier verringert wurde, übernahmen zwei deutsche Teams in vollem Umfang die Aufgaben der früheren US-Teams.

Daneben ordnete die Militärregierung umfangreiche „Street-Weighing and School-Weighing Programs" (Passanten und Schüler wurden gewogen) an, um einen einigermaßen repräsentativen Überblick über die Ernährungssituation zu gewinnen.[249] In der Seuchenbekämpfung stellten nur die Tbc-Fälle und die beängstigende Verbreitung von Geschlechtskrankheiten ein Problem dar. Mit steigender Einfuhr von Penicillin konnte jedoch auch hier Abhilfe geschaffen werden.[250]

Im zweiten Vierteljahr 1947 mußten der Leiter und der stellvertretende Leiter der Abteilung für Gesundheitswesen im Innenministerium wegen anstehender Spruchkammerverfahren vom Dienst suspendiert werden. Die Situation im deutschen Gesundheitswesen stellte sich für OMGHE insgesamt als „kläglich" dar.[251] Trotz des schleppenden Aufbaus eines „effektiven und demokratischen deutschen Gesundheitssystems" gab die Militärregierung bis Ende des Jahres 1947 alle Aktivitäten in diesem Bereich nach und nach auf und beschränkte sich auf ihre Kontrollaufgaben.[252]

Erst im Frühjahr 1948 konnte die Division eine Verbesserung der Ernährungssituation und der medizinischen Versorgung feststellen. Die Entnazifizierung des Gesundheitswesens stellte für die Militärregierung zu diesem Zeitpunkt kein Problem mehr dar.[253]

b) Organisation

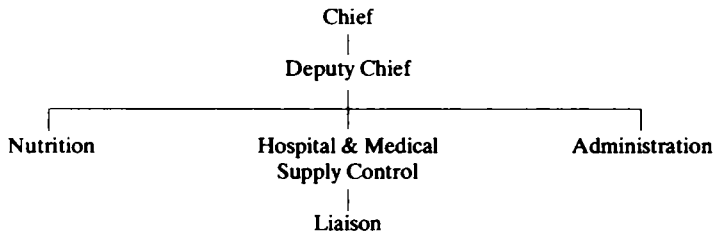
Die Public Health Division legte erst Mitte 1947 ihren ersten Organisationsplan vor. Bis Ende 1946 bezeichnete sich der Leiter der Division weiter als Senior Public Health Officer und knüpfte damit an die militärische Organisationsstruktur vor Etablierung

---

[246] Ebenda.
[247] Ebenda.
[248] Ebenda.
[249] OMGHE: Historical Report July – December 1946.
[250] OMGHE: Historical Report January – March 1947 und OMGHE: Historical Report April – July 1947.
[251] OMGHE: Historical Report July – September 1947.
[252] OMGHE: Historical Report October – December 1947. Vgl. auch J. R. Newmans Memorandum vom 1.12.1947 (8/214–1/9).
[253] OMGHE: Historical Report 1948.

von OMGHE an. Er gehörte auch zu denjenigen Mitarbeitern der Militärregierung, die ihren militärischen Rang am längsten behielten.
Bis 1947 hatte sich dann folgende Organisation herausgebildet:[254]

Übersicht 58: Organisation der Public Health Division, OMGHE, 30. Juni 1947



Der Chief kümmerte sich neben seinen üblichen Aufgaben um Ausbildungsangelegenheiten. Sein Stellvertreter war gleichzeitig für die Seuchenbekämpfung zuständig. Die Division war in drei Branches aufgeteilt. Die Nutrition Branch (Ernährung) kontrollierte die deutschen Nutrition Teams und sammelte Daten über die Ernährungslage in Hessen. Die Hospital and Medical Supply Control Branch beschäftigte sich vor allem mit der Lagerung und Verteilung von Arzneimitteln (vorwiegend Penicillin) und medizinischem Gerät. Daneben kontrollierte und erfaßte sie die hessischen Krankenhäuser. An die Branch angeschlossen war ein Liaison Officer, der für die Verbindung mit den amerikanischen Truppen zuständig war. Die Administration Branch verwaltete die Division und unterstützte den Division Chief. Im Sommer 1947 wurde der Liaison Officer direkt beim Stab der Division und nicht mehr bei der Hospital and Medical Supply Control Branch angegliedert. In dieser Organisationsstruktur arbeitete die Division dann bis zu ihrer Auflösung am 20. April 1948. General Order Nr. 5 vom 20. April 1948 löste die Division auf. Ihre Aufgaben wurden seit diesem Zeitpunkt von der Public Health Branch in der neu zusammengestellten Civil Administration Division wahrgenommen. Im Juli 1949 wurde die Branch mit der Public Welfare Branch derselben Division zur Social Affairs Branch zusammengefaßt.

c) Personal

Die Public Health Division wies einen sehr stabilen Personalstand auf. Von 1946 bis zu ihrer Auflösung beschäftigte sie fünf Amerikaner und sechs Deutsche. Nur die Zahl der Deutschen erhöhte sich im Herbst 1947 vorübergehend auf sieben. Nach der Auflösung der Division arbeiteten zunächst drei frühere amerikanische Mitarbeiter in der Public Health Branch der Civil Administration Division mit. 1949 blieb davon nur noch der Branch Chief übrig.
Vom Juli 1945 bis September 1946 hatten nacheinander sieben verschiedene Offiziere das Amt des Senior Public Health Officers inne. Dann übernahm Lt.Col. Charles H. Moseley diese Stelle (später als Division Chief). Er leitete die Division bis zu ihrer Auflösung. Danach wurde er Chief der Public Health Branch der Civil Administration Division und Public Health Adviser von J. R. Newman.

[254] 5/41-2/7.

19. Public Information Division

a) Aufgaben

„Military Government is news". So beginnt ein Memorandum des Leiters der für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Public Information Division vom 22. März 1948.[255] Die kleinste Division von OMGHE schätzte die Bedeutung ihrer Arbeit also keineswegs gering. Dabei herrschte in den ersten Jahren der Militärregierung selbst bei der Benennung dieser Division ein Durcheinander, das weit über das übliche Maß hinausging. Sie begegnet uns zunächst als Public Relations Branch, dann als Public Relations Office oder als Public Information Section.

Erst in den letzten zwei Jahren von OMGHE setzte sich die Bezeichnung Public Information Division durch. Im ersten großen Historical Report beschrieb die Division/Branch ihre Aufgabenstellung so: „Seit ihrer Bildung im August 1945 ließ sich die Public Relations Branch von einem zentralen Motto leiten: die Militärregierung bei der Bevölkerung der USA und Hessens durch ein positives Bild in der Weltpresse gut zu verkaufen."[256]

Die Aufgaben dieser Division sind ungefähr mit denen eines Presseamtes zu vergleichen: sie betreute Journalisten, gab Pressemitteilungen heraus, organisierte Pressekonferenzen und wertete für OMGHE Presse und Rundfunk aus. Etwas außergewöhnlich war die Arbeit der Home Town Branch, die die Medien in den Heimatorten der OMGHE-Mitarbeiter über die Leistungen des Sohnes bzw. in Einzelfällen auch der Tochter der jeweiligen Stadt informierte.

Die Photographic Branch hatte neben der Arbeit für die Historical Reports – ein Supplementband war in der Regel mit Bildern und Pressemeldungen ausgestattet – zusätzliche Service-Leistungen für Armeestellen und für OMGUS zu erbringen, wobei sie oft über ihre unzureichende Photo-Ausrüstung Klage führte.[257]

In der ersten Zeit war die Division einer strengen Kontrolle ausgesetzt. Sie mußte ihre Arbeit nicht nur mit 6871th DISCC abstimmen,[258] sondern bis zum 1. Februar 1946 auch der 7. US-Armee ihre Pressemitteilungen vor der Herausgabe vorlegen. Nach Auflösung der 7. Armee lockerten sich diese Beschränkungen. Die Division arbeitete nun weitgehend selbstverantwortlich. Sie schickte Kopien ihrer Veröffentlichungen an die Public Relations Division, USFET, und konnte von einer quasi automatischen Freigabe ausgehen.

Pressemitteilungen, die die US-Zone betrafen, hatte die Division dem Public Relations Officer von OMGUS vorzulegen. Eine gewisse Kontrolle ergab sich zudem aus der Tatsache, daß die Public Information Division die meisten ihrer Mitteilungen über OMGUS oder USFET laufen ließ, da diese Stellen über bessere technische Verbreitungsmöglichkeiten verfügten.[259]

Die inhaltlichen Arbeitsgrundlagen für die Division hatte der Assistant Executive Officer, OMGHE, in einem Memorandum vom 16. September 1946 zusammengefaßt. Er bezog sich dabei vor allem auf USFET Circular Nr. 152 vom 8. November 1945. Dieses Rundschreiben hielt die Public Relations-Stellen der Militärregierungen zu

---

[255] „Militärregierung – das sind Nachrichten" (8/215-1/2).

[256] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.

[257] OMGHE: Historical Report April – July 1947; OMGHE: Historical Report July – September 1947.

[258] OMGHE: Historical Report November 1945.

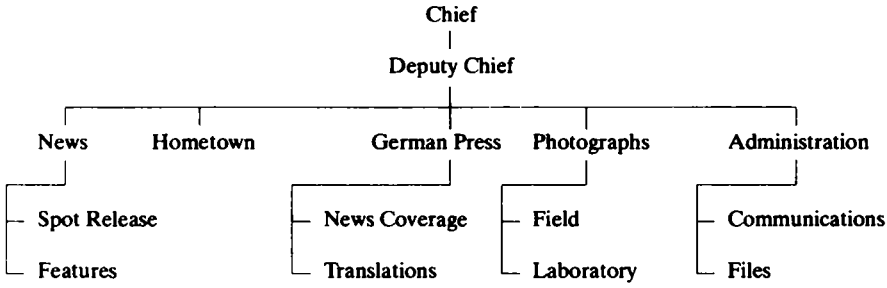
[259] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.

einem „liberalen und freundlichen Umgang" mit Presseleuten an. Nach Aufhebung der Zensurmaßnahmen gegenüber Korrespondenten am 2. September 1945 sollten die Journalisten – sowohl Ausländer als auch zugelassene Deutsche – großzügig mit Material versorgt werden. Örtliche Beschränkungen seien aufzuheben. Ziel der amerikanischen Politik sei die allgemeine Pressefreiheit. Das Memorandum unterstrich abschließend, daß bei der hessischen Militärregierung für alle Fragen der Öffentlichkeitsarbeit die Public Relations Branch zuständig sei.[260]
In Absprache mit dem Direktor von OMGHE startete die Public Information Division hin und wieder auch gezielte Informationskampagnen. So trat sie beispielsweise nach einem Ersuchen der Decartelization Branch[261] „unseriösen Stellen" entgegen, die behauptet hatten, daß Entflechtung und Entnazifizierung dem wirtschaftlichen Wiederaufbau schadeten.[262]

b) Organisation

Schien schon bei etlichen anderen Divisions die graphische Darstellung ihrer inneren Organisation mehr von optischen und formalen als von tatsächlich existierenden arbeitspraktischen Gesichtspunkten geleitet, so wird dies bei der Public Information Division besonders deutlich. Als kleinste Division, die sie die meiste Zeit war, legte sie einen der differenziertesten Organisationspläne vor:[263]

Übersicht 59: Organisation der Public Information Division, OMGHE, 30. Juni 1947

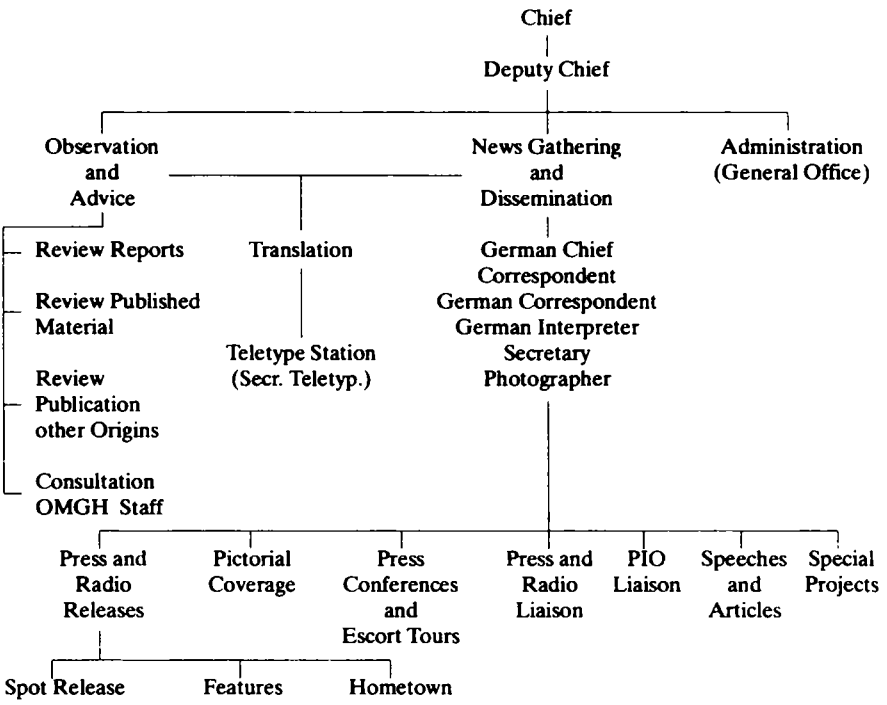


Angesichts der personellen Ausstattung können die darin aufgeführten einzelnen Branches und Sections nur als eine stichwortartige Wiedergabe der Aufgabenbeschreibung angesehen werden. Das hinderte die Division aber nicht daran, nach einer weiteren Personalkürzung im Jahre 1947 einen noch stärker ausdifferenzierten Organisationsplan vorzulegen (Übersicht 60).[264]
Im März 1948 kehrte die Public Information Division ohne erkennbaren Anlaß zum früheren Plan zurück, um im Juni – nach einer erneuten Personalkürzung – wieder den differenzierteren Plan vom Januar 1948 zu präsentieren.

---

[260] 8/217–1/3.
[261] 17/8285/19.
[262] OMGHE: Historical Report April – July 1947.
[263] Ebenda.
[264] 5/41–3/10.

Übersicht 60: Organisation der Public Information Division, OMGHE, Januar 1948



c) Personal

Im Jahre 1946 verfügte die Division über vier amerikanische Mitarbeiter. Bemerkenswert dabei ist, daß die Zivilbediensteten in dieser Division schon zu diesem Zeitpunkt wegen des hohen Anspruchs an die berufliche Qualifikation deutlich in der Mehrheit waren (drei). Anfang 1947 sank die Zahl der amerikanischen Mitarbeiter auf drei, Ende des Jahres auf zwei. Seit Mitte 1948 war dann nur noch ein Amerikaner, der Chief of Division, für die Public Information Division tätig. Demgegenüber stieg die Zahl der deutschen Beschäftigten von fünf im Jahr 1946 auf sieben Ende 1947 und blieb dann zumeist in dieser Höhe konstant.
In der Leitung zeichnete sich die Division durch Kontinuität aus. Hillard A. Rhoades leitete die Division von ihrer Bildung im Juli/August 1945 bis zum Ende von OMGHE.

20. Public Safety Division

a) Aufgaben

„In den ersten Monaten der Besetzung", schrieb J. R. Newman rückblickend, „bezogen sich 85 Prozent der Militärregierungsarbeit auf den Bereich der öffentlichen Sicherheit".[265] Für diesen Bereich war seit Oktober 1945 die Public Safety Division

[265] Memorandum vom 1.12.1947 (8/214–1/9).

(PSD) zuständig. „Die Aufgabe, mit der sich die Public Safety Officers konfrontiert sahen, bestand darin, alle nazistischen Polizei- und Feuerwehrorganisationen aufzulösen und neue demokratische Polizei- und Feuerwehrorganisationen aufzubauen", heißt es im ersten Historical Report.[266]

Insgesamt äußerte sich OMGHE zufrieden über die öffentliche Sicherheit in Hessen: „Trotz ungünstiger Bedingungen – einem besiegten Volk, zerstörter Städte, Mangel an Lebensmitteln, Kleidung und Wohnraum, einer demoralisierten, unerfahrenen und unbewaffneten Polizei – war die Situation niemals alarmierend."[267] Auch die Aufhebung der Ausgangssperre am 30. März 1946 führte nicht zu einem Ansteigen der Kriminalität.[268]

Bis zum 22. Juli 1947 gehörte die für die Entnazifizierung zuständige Special Branch zur Public Safety Division. Mit über 700 deutschen und amerikanischen Mitarbeitern hatte diese Abteilung großes Gewicht in der Division.[269] Die Public Safety Division war zunächst auch für das Gefängniswesen zuständig gewesen. Im Februar 1946 wurde ihre Prisons Branch jedoch der Legal Division unterstellt.[270]

Für Feuerwehr- und Polizeiangelegenheiten waren in der ersten Phase der Militärregierung die Public Safety Officers der örtlichen Detachments zuständig. Am 7. Juli 1945 hatte Section VII der USFET Directive „Administration of Military Government in the U. S. Zone of Germany" eine inhaltliche Grundlage für diese Arbeit geschaffen. Danach konnten kleine Einheiten von Stadt-, Land-, Grenz- und Kriminalpolizei aufgestellt werden. Bis September 1945 blieben diese Einheiten unbewaffnet. Seit diesem Zeitpunkt wurden sie nach und nach mit leichten amerikanischen Waffen ausgestattet. Bis zum 1. Juli 1946 waren in Hessen 4698 Stadtpolizisten in Dienst genommen. Die Militärregierung hatte sie zuvor auf ihre demokratische Gesinnung überprüft.

Die Organisation der Landpolizei wurde über die Kreis- und Regierungsbezirksebene schrittweise zentralisiert. Eine USFET Directive vom 21. Januar 1946 erlaubte die Einrichtung einer Landespolizeidirektion, die in Hessen am 15. Mai 1946 in der Abteilung für öffentliche Sicherheit im Innenministerium eingerichtet wurde. Mitte 1946 umfaßte die Landpolizei bereits 1300 Mann. Unter gleicher deutscher Verantwortlichkeit wurde zum 15. Februar 1946 eine Landesgrenzpolizei eingerichtet, die in den hessischen Grenzgebieten der US-Zone tätig war. Bis Sommer 1946 waren 636 Mann eingestellt, die in zwölf Kommissariate und 84 Posten aufgeteilt waren. Ein Landeskriminalamt war bereits zum 13. Dezember 1945 beim Innenministerium eingerichtet worden.

Der Aufbau der Feuerwehr verlief dezentral. Die Militärregierung achtete darauf, daß die Feuerwehren getrennt von der Polizei arbeiteten und jeden militärischen Drill aufgaben. Eine Kriegsfolge war die Einrichtung einer Spezialabteilung zum Entschärfen von Bomben, die der Brandschutzabteilung des Innenministeriums unterstand.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der Public Safety Division war die Ausgabe von Pässen und Passierscheinen. Nachdem im Juni 1946 mit den anderen Besatzungszonen Vereinbarungen über den gegenseitigen Reiseverkehr getroffen worden waren, nahm diese Aufgabe immer größeren Raum ein. Zunächst waren für diese Angelegenheiten die örtlichen Detachments zuständig gewesen. Nachdem im Januar 1946 in der Public Safety Division eine Pass Section eingerichtet worden war, übernahm das Wiesbade-

---

[266] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[267] Ebenda.
[268] 8/53–1/26.
[269] Zur Entnazifizierung vgl. OMGUS-Hb,Teil Hessen B.22.
[270] Chronology, S. 14; vgl. auch OMGUS-Hb, Teil Hessen B.13.

ner OMGHE-Hauptquartier diese Aufgaben. Angesichts der zunehmenden Arbeitsbelastung stieg der Personalbestand der neuen Section in der ersten Jahreshälfte 1946 von drei auf 20 Personen. Täglich waren rund 1500 Fälle zu bearbeiten.[271]
Am 2. September 1947 erfolgte im OMGHE-Hauptquartier die Eröffnung eines Combined Travel Board, der die Verantwortung für die Ein- und Ausreise von bzw. nach Deutschland übernahm. Die fünf deutschen Mitarbeiter der Pass Section der Public Safety Division wechselten zu diesem Board.[272] Während zum 20. August 1948 alle Handels- und Reisebeschränkungen mit der britischen und der französischen Zone aufgehoben worden waren, wurde der Interzonenverkehr mit der sowjetischen Besatzungszone – vor allem nach der Währungsreform – immer problematischer.[273]
In ihren Wochenberichten informierte die Public Safety Division über Probleme der öffentlichen Sicherheit wie z. B. Räuberbanden oder rechtsextremistische Aktivitäten.[274]
Wie aus einem Bericht des Public Safety Officer des Stadtkreises Wiesbaden vom Frühjahr 1947 hervorgeht, bestand eine Hauptaufgabe der Public Safety Division im Polizeibereich im Versuch, ein Bindeglied zwischen deutschen und amerikanischen Polizeistellen zu bilden.[275] Schon zu Beginn der OMGHE-Tätigkeit hatten Public Safety Officers Vorträge für Mitarbeiter der US Constabulary gehalten.[276]
Trotz gelegentlicher Mißverständnisse[277] und der Entfernung etlicher Belasteter aus dem Polizeidienst – nachdem die Akten des Berlin Document Center zugänglich waren – machte der Aufbau der deutschen Polizei in den Augen von OMGHE gute Fortschritte.[278] Die deutsche Polizei nahm Anleitung und Hilfe von OMGHE entgegen und bezog sich bei ihren Maßnahmen zur Stärkung der eigenen Autorität oft auf die Militärregierung.[279]
Das Polizeiwesen ging erst Anfang 1948 auf Grundlage einer OMGUS-Direktive vom 19. Januar 1948 endgültig in deutsche Verantwortung über. OMGHE äußerte sich insgesamt zufrieden über den Aufbau der deutschen Polizei in Hessen, beklagte aber das Weiterwirken „einiger rudimentärer Formen" von Militarismus.[280]

b) Organisation

Die Public Safety Division war zunächst in fünf Unterabteilungen gegliedert:

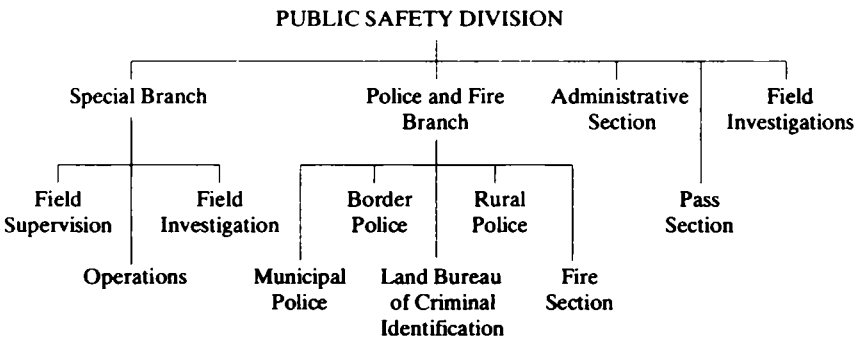
- die Special Branch mit ihren Untersuchungs- und Inspektionsteams;
- die Police and Fire Branch mit Sections für die vier Polizeibereiche und für die Feuerwehr;
- die Pass Section für Reise- und Handelsangelegenheiten;
- die Field Investigations Branch zur Erstellung der Berichte zur Lage der öffentlichen Sicherheit.

Die Organisation der Division zeigte folgendes Bild:[281]

---

[271] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[272] OMGHE: Historical Report July – September 1947.
[273] OMGHE: Historical Report April – July 1947; OMGHE: Historical Report 1948.
[274] 8/53–1/26 und 8/188–2/6.
[275] 8/215–1/2.
[276] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[277] OMGHE: Historical Report July – September 1947.
[278] OMGHE: Historical Report April – July 1947.
[279] OMGHE: Historical Report October – December 1947.
[280] OMGHE: Historical Report 1948.
[281] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946, Annex.

Übersicht 61: Organisation der Public Safety Division, OMGHE, Juni 1946

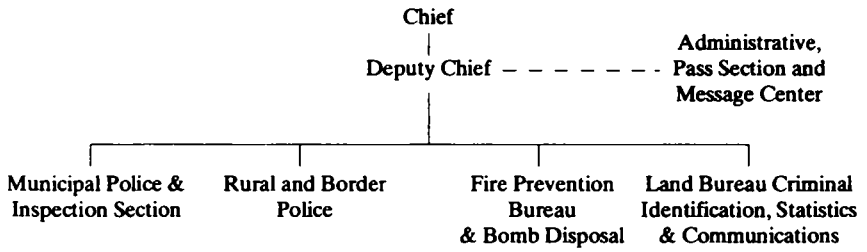


Im Sommer entfiel die Special Branch. Administrative und Pass Section wurden zusammengelegt und direkt beim Deputy Chief angebunden. Diese Section war auch für die Informationsverteilung zuständig. Die früheren Sections der Police and Fire Branch wurden jetzt zu eigenen Unterabteilungen, von denen je eine für die

- Stadtpolizei
- Landpolizei und Grenzpolizei
- Feuerwehr und Bombenentschärfung
- Kriminalpolizei, Polizeifunk und Kriminalstatistik zuständig war.

Diese Struktur behielt die Division bis zu ihrer Auflösung am 20. April 1948:[282]

Übersicht 62: Organisation der Public Safety Division, OMGHE, 31. Dezember 1947



General Order Nr. 5 vom 20. April 1948 bestimmte die Auflösung der Public Safety Division. Ihre Aufgaben hatte jetzt die Public Safety Branch in der neu zusammengestellten Civil Administration Division wahrzunehmen.[283] Der Branch Chief wurde mit General Order Nr. 6 vom 22. April 1948 zum Public Safety Adviser des Direktors von OMGHE ernannt.[284]

[282] 5/41-2/14.
[283] 8/215-1/3.
[284] 5/51-3/10.

c) Personal

Nach den ersten Monaten der Besatzungszeit gehörte die Public Safety Division zu den mittelgroßen Divisions. Ohne Special Branch hatte sie 1946 13, 1947 zwölf und vor der Auflösung im April 1948 zehn amerikanische Mitarbeiter. In der Public Safety Branch der Civil Administration Division waren zunächst sechs Amerikaner tätig. Bis zum Ende der Militärregierung verringerte sich das Personal bis auf eine Person, den Branch Chief.
1946 arbeiteten 23 Deutsche für die Public Safety Division (ohne Special Branch). Diese Zahl stieg Anfang 1947 vorübergehend auf 27 an, um dann kontinuierlich auf 11 bei der Auflösung der Division zu fallen.
Von der Bildung bis zum Januar 1946 wurde die Division von Curtis Reid geleitet. Ihn löste der spätere Executive Officer Ernest K. Neumann ab, der bis November 1946 tätig war. Vom November 1946 bis September 1948 leitete John E. Stuerwald, der vorher bei der Police and Fire Branch tätig gewesen war, die Division bzw. die Branch. Seit 22. April 1948 war er auch Public Safety Adviser des Direktors von OMGHE.
Nach Stuerwald leitete Hubert J. Teitelbaum vorübergehend die Branch. Teitelbaum war gleichzeitig Chief der Denazification Branch in der Civil Administration Division und kannte Public Safety von seiner früheren Tätigkeit als Chief der Special Branch. In den letzten Monaten vor Auflösung von OMGHE leitete dann der langjährige Mitarbeiter der Public Safety Division Jesse W. Callahan als letzter verbliebener Public Safety Experte die Branch.

21. Public Welfare and Displaced Persons Division

a) Aufgaben

Die Displaced Persons, definiert als „Zivilisten, die kriegsbedingt außerhalb der Grenzen ihrer Heimatländer leben",[285] standen von Anfang an im Mittelpunkt der Militärregierungsarbeit. Schon während ihres Aufenthalts in Frankreich beschäftigten sich die später in Hessen tätigen Detachments intensiv mit diesem Problem. E1A2 (E-5) hatte bereits zu diesem Zeitpunkt eine Displaced Persons Section gebildet. Ihre Mitarbeiter bereiteten sich unter anderem durch einen Aufenthalt bei der G-5 Abteilung der 3. US Armee vom 10. bis 14. Oktober 1944 in Nancy vor und informierten sich über die Einrichtung von DP-Camps und die technischen Möglichkeiten der Armee.[286]
In Hessen trafen die Detachments dann nach eigenen Schätzungen 200000 Displaced Persons an. Ungefähr 150000 gelangten bis Ende 1945 in ihre Heimatländer zurück.[287] In den offiziellen Sammellagern waren bis Ende 1945 fast 60000 DPs registriert, darunter mehr als die Hälfte Polen (November 1945: 56978 DPs, 33049 Polen; Dezember 1945: 58264 DPs, 35633 Polen). Die Armee stellte zunächst zwei, später vier Transportkompanien zusammen, um die DPs in den von ihr betreuten rund dreißig Lagern in Hessen nach Nationalitäten zusammenzuführen und auf den Weg in ihre Heimatländer zu bringen.[288]
Über die Zuständigkeiten für die von der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) verwalteten Lager bestanden zunächst offenbar Unklarhei-

---

[285] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[286] 8/187-1/2.
[287] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[288] OMGHE: Historical Report November 1945; OMGHE: Historical Report December 1945.

ten. Eine am 9. Oktober 1945 veröffentlichte USFET-Anordnung wies der Militärregierung die Aufsicht über die Lager zu. Mit Schreiben vom 10. Oktober 1945 wies deren Wiesbadener Zentrale darauf hin, daß die kommandierenden Offiziere der Kreisdetachments für das reibungslose Funktionieren der in ihrem Bereich gelegenen DP-Lager verantwortlich seien.[289]
Nach einer Anordnung des Hauptquartiers des 7. US Armee vom 14. Dezember 1945 übernahm dann jedoch die Armee zum 1. Januar 1946 von der Militärregierung die Verantwortung für die DP-Sammellager in Hessen.[290] Die Militärregierung behielt die zuständigkeit für DPs, die sich außerhalb der Lager aufhielten.[291] Die Lager selbst wurden weiter von UNRRA verwaltet. Das UNRRA-Personal, die alliierten Verbindungsoffiziere und alle anderen Mitarbeiter der Sammellager wurden nun der 7. US Armee zugeordnet.[292] Nach der Auflösung der 7. Armee übernahm Ende März 1946 die 3. US Armee die Kontrolle über die DP-Lager.[293] Am 15. März 1947 gingen die Lager dann in die Zuständigkeit der Military Posts über.[294] Am 21. April 1947 erging ein Aufnahmestop in den Sammellagern. DPs, die außerhalb der Lager lebten, fielen jetzt unter deutsche Zuständigkeit. Nach Auflösung der UNRRA zum 1. Juli 1947 übernahm die PCIRO (Preparatory Commission for International Refugee Organization) die Lagerverwaltung.[295]
Zum 31. Dezember 1948 waren noch 39910 DPs in hessischen Sammellagern registriert. Dieser „harte Kern" von schwierig rückführbaren DPs stellte „ein Hauptproblem" der Militärregierung dar, das sie aber am Ende ihrer Tätigkeit in deutsche Hände übergab.[296]
Neben der Anfang 1946 auf Koordination und Verbindung reduzierten DP-Betreuung war die Public Welfare and Displaced Persons Division für folgende Aufgabenbereiche zuständig:

- Flüchtlinge und Vertriebene,
- Sozialfürsorge,
- Kinder- und Jugendwohlfahrt,
- private und staatliche Wohlfahrtsorganisationen,
- freiwillige Hilfsprogramme,
- Behinderte,
- Verfolgte des Naziregimes,
- Rückführung deutscher Kriegsgefangener.[297]

Von Mai bis Juli 1945 wurden diese Aufgaben direkt von den lokalen Detachments und den deutschen Kommunalverwaltungen wahrgenommen. Seit Juli übernahmen sowohl auf deutscher wie auf amerikanischer Seite die Institutionen auf Regierungsbezirksebene die Koordination der Aktivitäten im Sozialbereich.[298]

---

289 8/216-3/5.
290 OMGHE: Historical Report October 1945 - June 1946, Appendix.
291 8/68-2/2.
292 OMGHE: Historical Report October 1945 - June 1946, Appendix.
293 Chronology, S. 17.
294 8/190-2/11.
295 OMGHE: Historical Report April - July 1947.
296 OMGHE: Historical Report 1948.
297 OMGHE: Historical Report October 1945 - June 1946; OMGHE: Historical Report October - December 1947.
298 OMGHE: Historical Report October 1945 - June 1946.

Nach Einrichtung des hessischen Ministeriums für Arbeit und Wohlfahrt mit Organizational Direction Nr. 2, OMGHE, vom 14. Oktober 1945 verlagerte OMGHE seine Tätigkeiten von direkten Eingriffen auf Überwachung und Kontrolle. Dazu wurde die Public Welfare and Displaced Persons Division gebildet.[299]
Die Militärregierung wertete schon im Juni 1946 die Entnazifizierung im Sozialbereich als abgeschlossen. Die NS-Wohlfahrtsorganisationen waren aufgelöst, und die konfessionellen und freien Wohlfahrtsorganisationen erhielten die Erlaubnis, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Im April/Mai 1946 liefen in Hessen amerikanische Hilfsprogramme an. Diese Hilfsprogramme wurden vom Council of Relief Agencies Licensed for Operation in Germany (CRALOG) koordiniert. CRALOG hatte acht Repräsentanten in der US-Zone. Die praktische Durchführung der Hilfsprogramme wurde von OMGUS an deutsche Wohlfahrtsorganisationen übergeben.
Einen Teil der CRALOG-Hilfe wandten die Verbände für Schulspeisungen auf, die vom „Landesausschuß Groß-Hessen für die Verteilung ausländischer Liebesgaben" durchgeführt wurde. Das Komitee wählte für die Speisungen zunächst die Städte Darmstadt, Gießen, Offenbach, Kassel und Frankfurt aus, weil dort nach den Erhebungen der Public Health Division (OMGHE) der Hunger besonders groß war.[300]
Seit Ende 1945 verlagerte sich der Arbeitsschwerpunkt der Division. Flüchtlinge, Vertriebene, Kriegsteilnehmer wurden anstelle der DPs zu den brennendsten Problemfällen. Im Dezember 1945 rechnete die Public Welfare and Displaced Persons Division mit 500000 Menschen, die zusätzlich nach Hessen strömen würden.[301]
Gemeinsam mit der Manpower, Public Safety, Food and Agriculture (Economics), Public Health und der Finance Division bildete sie ein Planungskomitee, das seine Arbeit am 19. Juni 1946 aufnahm.[302] Bis zum 30. Juni 1947 waren bereits über 700000 Menschen nach Hessen eingereist. Die hessische Bevölkerungszahl überschritt damit die Viermillionengrenze.[303] Vor allem an den drei offiziellen Exchange Points strömten die Menschen ins Land: in Bebra aus der sowjetischen Zone, in Volkmarsen aus der britischen Zone und in Wiesbaden-Kastel (Mainz-Kastel) aus der französischen Zone.[304] Bis zum 30. Juni 1948 waren 841216 Menschen zusätzlich nach Hessen gekommen, die damit über zwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten. Die Militärregierung wandte sich gegen Bestrebungen von Stellen der Landesregierung, das Landesflüchtlingsamt aufzulösen. Sie beklagte das Desinteresse der lokalen Behörden und sorgte sich um die „laufend schlechter werdenden Beziehungen zwischen Flüchtlingen und einheimischer Bevölkerung"[305] – ein Problem, das die Besatzungszeit allerdings überdauern sollte.

b) Organisation

Entsprechend ihrer vielfältigen Aufgabenstellung entwarf die Public Welfare and Displaced Persons Division zunächst einen sehr differenzierten Organisationsaufbau. Sie unterhielt Abteilungen für

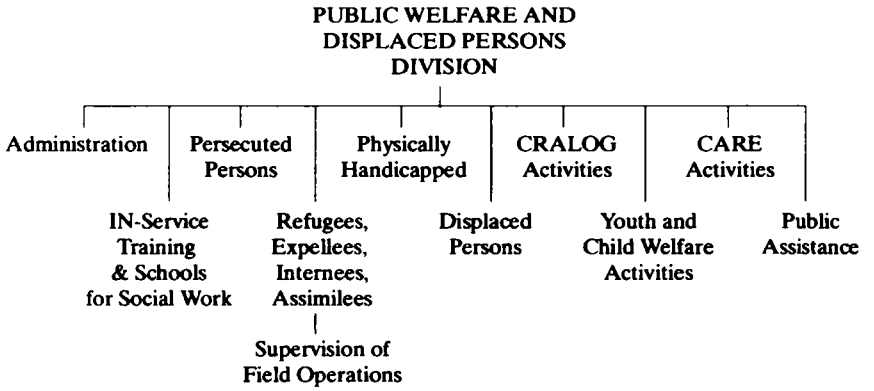
---

[299] 8/68-2/2.
[300] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[301] 8/68-2/2.
[302] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[303] OMGHE: Historical Report April – July 1947.
[304] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[305] OMGHE: Historical Report 1948.

- Verwaltung,
- Ausbildungsfragen,
- Verfolgte des Naziregimes,
- Flüchtlinge, Vertriebene und Einwanderer (diese Abteilung war auch für die Überwachung der regionalen Militärregierungseinheiten zuständig),
- Behinderte,
- CRALOG-Aktivitäten,
- Jugendwohlfahrt,
- amerikanische Hilfe und
- Sozialfürsorge.

Die Division hatte damit im Juni 1946 folgende Struktur:[306]

Übersicht 63: Organisation der Public Welfare and Displaced Persons Division, OMGHE, Juni 1946



In den folgenden Monaten erfolgte eine Straffung des Organisationsplans, die dem realen Personalstand und Leistungsvermögen entsprach. Die Division hatte jetzt noch fünf Branches, die der Deputy Chief koordinierte:

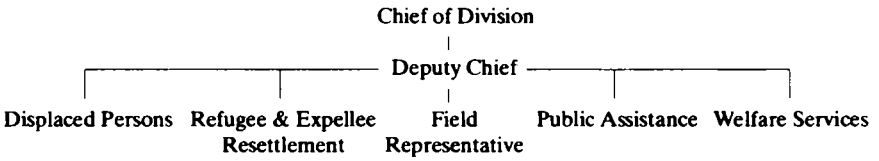
- Displaced Persons Branch hielt in DP-Angelegenheiten Kontakt mit der Armee und mit deutschen Stellen. Sie war auch für Kriegsheimkehrer zuständig sowie für Fragen der Aus- und Einreise.
- Refugee and Expellee Resettlement Branch war für die Verteilung und Ansiedlung von Flüchtlingen, Vertriebenen und anderen Einwanderern zuständig.
- Field Representative überwachte die regionalen Aktivitäten.
- Public Assistance Branch war zuständig für Sozialhilfe, die Verbindung mit der hessischen Regierung, Fragen der hessischen Sozialgesetzgebung, Ernährungsprogramme, ausländische Hilfsorganisationen und Statistik.
- Welfare Services Branch beschäftigte sich mit Jugendwohlfahrt, Ausbildungsfragen, privaten Wohlfahrtsorganisationen, Verfolgten, Behinderten und Gemeindediensteten.

Die Division hatte damit im Juni 1947 folgende Struktur:[307]

---

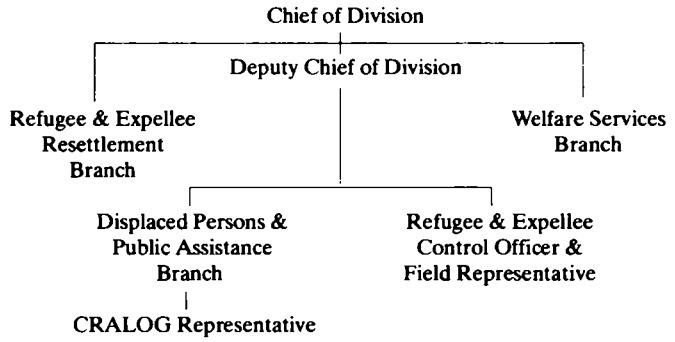
[306] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946, Annex.
[307] 5/41-2/7.

Übersicht 64: Organisation der Public Welfare and Displaced Persons Division, OMGHE, 30. Juni 1947



Bereits in den folgenden drei Monaten ergab sich eine weitere Straffung. Angesichts der geänderten Problemlage verlor die DP-Branch ihre Eigenständigkeit und wurde mit der Public Assistance Branch zusammengefaßt, die außerdem von der Welfare Services die Zuständigkeit für Verfolgte übernahm. Fragen der hessischen Landespolitik hatte sie jetzt nicht mehr zu regeln, dafür war der Chief of Division allein zuständig. An die Branch angegliedert war der CRALOG-Repräsentant in Hessen. Zwei Branches beschäftigten sich jetzt mit Flüchtlingsfragen. Auf zentraler Ebene arbeitete die Refugee and Resettlement Branch. Zu ihren bisherigen Aufgaben übernahm sie von der früheren DP-Branch die Zuständigkeit für Kriegsheimkehrer und Aus- und Einreiseangelegenheiten. Sie war zudem für die Überwachung der Exchange Points verantwortlich. Der Refugee and Expellee Control Officer und der Field Representative waren in einer weiteren Branch zusammengefaßt. Mit Ausnahme der Verfolgten behielt die Welfare Services Branch ihre bisherigen Zuständigkeiten. Diese Branch und die Refugee and Expellee Resettlement Branch wurden vom Chief of Division koordiniert, während der Deputy Chief für die anderen beiden Branches zuständig war. Die Division hatte damit seit September 1947 folgende Organisationsstruktur:[308]

Übersicht 65: Organisation der Public Welfare and Displaced Persons Division, 30. September 1947



Diese Organisation behielt die Division bis zu ihrer Auflösung bei. General Order Nr. 5 vom 20. April 1948 löste die Public Welfare and Displaced Persons Division auf und übertrug ihre Aufgaben der Public Welfare and Displaced Persons Branch in der Civil Administration Division. Angesichts der abnehmenden Bedeutung der DP-Problematik hieß die Branch im letzten Jahr der Besatzungszeit nur noch Public Welfare

[308] OMGHE: Historical Report July – September 1947.

Branch. Der Chief of Branch wurde mit General Order Nr. 6 vom 22. April 1948 zum Public Welfare Adviser des Direktors von OMGHE ernannt. Im Juli 1949 wurde die Branch mit der Public Health Branch zur Social Affairs Branch, Civil Administration Division, zusammengefaßt.

c) Personal

Angesichts der komplexen Aufgaben im Sozialbereich in einer wirtschaftlichen Notsituation nimmt sich die personelle Besetzung der Public Welfare and Displaced Persons Division sehr bescheiden aus. Die Division führte regelmäßig Klage wegen Überlastung und beantragte deshalb im März 1946 sogar, von der Abfassung eines wöchentlichen Arbeitsberichts befreit zu werden – allerdings ohne Erfolg.[309]
Die Zahl der amerikanischen Mitarbeiter wurde ganz im Gegenteil von acht im Jahr 1946 auf sechs im Jahr 1947 reduziert. 1948 sank die Zahl gar auf fünf. Nach Auflösung der Division arbeiteten noch vier Amerikaner in der Public Welfare Branch der Civil Administration Division. Am Ende der Militärregierungszeit blieb nur der Chief of Branch übrig. Was das deutsche Personal betrifft, so hatten die Klagen der Division mehr Erfolg. Die Zahl der deutschen Mitarbeiter stieg von vier 1946 auf zehn im Jahr 1947 und pendelte sich dann bei neun ein.
Bereits während der Tätigkeit von E-5 in Neustadt war Capt. Sharon L. Hatch Chief des Bereichs für Public Welfare and Displaced Persons gewesen. Er behielt diese Stelle bis Oktober 1945. Dann wurde Lt.Col. Charles H. Reed zum Chief of Division ernannt. Er wurde im Januar 1946 von Capt. Thomas A. Reardon abgelöst. Schon im März wurde Reardon aber zum Deputy Chief heruntergestuft; Chief wurde wieder Sharon L. Hatch, der dieses Amt bis zum Schluß innehatte. Er leitete auch die Public Welfare Branch in der Civil Administration Division und wurde am 22. April 1948 zum Public Welfare Adviser von J. R. Newman ernannt. Als Deputy Chief arbeitete nach Reardon Major Morris E. Sorenson und bis zum Wegfall der Stelle Peter Stanne.

22. Special Branch / Denazification Division

a) Aufgaben

Auf der Grundlage der USFET-Direktive vom 7. Juli 1945[310] begannen die Special Branches der verschiedenen Detachments Entnazifizierungsverfahren durchzuführen.[311] Die Special Branches agierten zunächst im Rahmen der Public Safety Division. Betroffen waren Anwärter und Inhaber von Stellen im öffentlichen Dienst und privaten Sektor, deren Positionen von „mehr als geringer Bedeutung" waren.[312] Bis zum 31. Dezember 1945 waren in Hessen bereits 192 558 Fragebogen ausgegeben worden.[313]
Die USFET-Direktive sah gleichzeitig die Einsetzung von Military Government Denazification Review Boards vor, die besonders wichtige Fälle von Amtsenthebungen

---

309 6/82–2/2.
310 OMGUS: Report of the Military Governor (1. April 1947 – 30. April 1948), Nr. 34, Denazification, S. 23 – 36; vgl. auch Niethammer: Mitläuferfabrik, S. 150 – 156.
311 8/214–1/11.
312 OMGUS: Report of the Military Governor (1. April 1947 – 30. April 1948), Nr. 34, Denazification, S. 2; darin auch die weitere Entwicklung auf gesamtzonaler Ebene.
313 OMGHE: Historical Report December 1945.

überprüften.[314] Am 26. Dezember 1945 setzte OMGHE einen derartigen Board für das Land Hessen ein. Er bestand aus acht Offizieren der Militärregierung. Sekretär war 2nd Lt. Roger E. Reynolds. Am 9. Februar 1946 ernannte der Direktor von OMGHE Arsen L. Yakoubian zum Vorsitzenden des Boards. Mit Befehlen vom 5. März und vom 22. April 1946 machte Newman zehn weitere Offiziere und amerikanische Zivilangestellte der Militärregierung zu Mitgliedern des Review Boards.[315] Da der Board mit drei anwesenden Mitgliedern beschlußfähig war,[316] konnten aufgrund dieser Erweiterungen zahlreiche Fälle überprüft werden.

Bereits am 1. November 1945 wies ein Rundschreiben auf Probleme im Entnazifizierungsverfahren hin. Es verlangte mit großem Nachdruck, daß alle Sachbearbeiter die ausgefüllten und bearbeiteten Fragebogen direkt zur Special Branch des Wiesbadener Militärregierungshauptquartiers weiterleiten und nicht, auch nicht als Kopien, bei sich behalten sollten.[317]

Eine neue Situation schuf das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus", das nach Verkündung durch die Ministerpräsidenten von Bayern, Württemberg-Baden und Hessen mit Zustimmung der Militärregierung am 6. März 1946 in Kraft trat.[318] Damit lag ab Juni 1946 die Verantwortung für die Durchführung des Entnazifizierungsprogramms in deutschen Händen. Nur noch in wenigen Bereichen, wie z. B. beim Personal des auf Grundlage von Artikel 23 dieses Gesetzes gebildeten Ministeriums für politische Befreiung oder von US-Einrichtungen, beteiligte sich die Militärregierung weiter am praktischen Entnazifizierungsverfahren.[319]

Die Arbeit der Special Branch konzentrierte sich jetzt auf die Überwachung des deutschen Vorgehens. OMGHE gliederte mit Anordnung vom 22. Juli 1946 die Special Branches aus der Public Safety Division aus und bildete eine eigenständige Special Branch Division, die Ende 1946 in Denazification Division umbenannt wurde. Durch die Bildung einer selbständigen Division sollte zudem eine direktere Kontrolle des für die Entnazifizierung zuständigen Ministeriums für politische Befreiung ermöglicht werden.[320] Allerdings löste diese Umstrukturierung nicht alle Probleme: Am 13. September 1946 leitete Newman persönlich ein OMGUS-Schreiben vom 6. September an alle Liaison and Security Offices weiter, in dem die „defätistische Haltung eines Teils des Militärregierungspersonals gegenüber der Entnazifizierung" beklagt wurde.

Eine weitere wichtigte Aufgabe der Division lag in der Überwachung der Internierungslager für schwer belastete Nationalsozialisten, die unter die Automatic Arrest Category[321] fielen. Hatten in Hessen zunächst drei Lager (Civil Internment Enclosures) bestanden (C.I.E Nr. 73 in Ziegenhain, C.I.E. Nr. 75 in Schwarzenborn, C.I.E. Nr. 99 in Butzbach), so wurden diese im Frühjahr 1946 im Lager Darmstadt (C.I.E. Nr. 91) zusammengefaßt. Die Bewachung von C.I.E. Nr. 91 lag in den Händen des

---

[314] OMGUS: Report of the Military Governor (1. April 1947 – 30. April 1948), Nr. 34, Denazification, S. 2.

[315] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946, Appendix I.

[316] Ebenda, Befehl vom 26.12.1945.

[317] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.

[318] Ebenda; Text des Gesetzes in OMGUS: Report of the Military Governor (1. April 1947 – 30. April 1948), Nr. 34, Denazification, S. 52.

[319] Ebenda, S. 3.

[320] 8/216–3/8.

[321] Vgl. Directive JCS 1067 vom 26.4.1945, Abs. 8, OMGUS-Report of the Military Governor (1. April 1947 – 30. April 1948), Nr. 34, Denazification, S. 15f. und spätere Bestimmungen, ebenda.

39th Field Artillery Battalion; das Geheimdienstpersonal stellte das 326th Headquarters Intelligence Detachment.[322]
Nach der Zusammenlegung der Lager in Darmstadt umfaßte C.I.E. Nr. 91 23000 Insassen, deren Zahl sich in den folgenden Monaten aufgrund von Veränderungen in den Automatic Arrest Categories spürbar verringerte. Über Entlassungen entschieden die Security Review Boards der Militärregierung, die an die Stelle des am 15. Februar 1946 aufgelösten Security Review Board der 7. US-Armee getreten waren.[323] Die Zahl der Insassen betrug am 1. November 1946 nur noch 11000 Personen.[324] Auf Anordnung von USFET vom 13. Juli 1946 wurden Kontrolle und Bewachung des Lagers an das hessische Ministerium für politische Befreiung übergeben.[325] Am 19. März 1947 verließ der letzte amerikanische Soldat das Lager, in dem noch immer 11000 Belastete einsaßen.[326]
Im Laufe des Jahres 1947 beobachteten die Amerikaner mit Sorge die Schwierigkeiten der Deutschen, geeignetes Personal für die Besetzung der Spruchkammern zu finden.[327] Diese Probleme fanden auch darin ihren Ausdruck, daß im Sommer 1947 die KPD-Mitglieder unter Protest aus den Spruchkammern ausschieden. Die Enforcement Branch der Division beklagte die schleppende Durchführung der Entnazifizierung auf deutscher Seite. Dieses Drängen nach schnellerer Erledigung der Verfahren ging jedoch mit einer merklich nachlassenden Härte gegenüber den NS-Belasteten einher: So kamen in der zweiten Hälfte 1947 über 70000 Überprüfte in den Genuß einer Amnestie; im Lager Darmstadt verringerte sich die Zahl der Insassen auf 6875.[328]
Die zunächst umfassend angelegte Entnazifizierungskampagne reduzierte sich zunehmend auf Einzelfälle: So wurde Ende 1947 das Verfahren gegen eine Gruppe früherer deutscher Generalstabsoffiziere in Neustadt (Hessen) vorbereitet, die zuvor bei der Historical Division der US-Armee zum Schreiben einer Geschichte der deutschen Beteiligung am Zweiten Weltkrieg angestellt waren.[329]
Da OMGHE die Entnazifizierung im Sommer 1948 als im wesentlichen abgeschlossen ansah, wurde die Denazification Division zum 1. Oktober 1948 aufgelöst. Einen Teil der verbliebenen Aufgaben führte die in der Civil Administration Division gebildete Denazification Branch durch, während die Tätigkeiten der früheren Denazification Division, die über die Entnazifizierung hinausgingen, jetzt von der neu geschaffenen Investigation Division wahrgenommen wurden.[330]

b) Organisation

Die Organisationsstruktur der Denazification Division zeichnete sich durch eine starke Differenzierung aus: Diese Differenzierung und der damit zusammenhängende hohe Personalstand drückten die hohe Bedeutung aus, die die Amerikaner der Entnazifizierung in den ersten Jahren der Besatzung zumaßen.

---

[322] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[323] Ebenda; vgl. auch oben B.19. Public Safety Division.
[324] OMGHE: Historical Report July – December 1946.
[325] 8/188–2/6.
[326] 8/190–2/11.
[327] OMGHE: Historical Report April – July 1947.
[328] OMGHE: Historical Report July – September 1947.
[329] OMGHE: Historical Report October – December 1947.
[330] OMGHE: Historical Report 1948; General Orders Nr. 11, OMGHE, 23.8.1948 und Nr. 13, 23.8.1948 (8/179–3/4, 5/41–3/10); vgl. auch OMGUS-Hb, Teil Hessen B.23.

Die Enforcement Branch überwachte die Vollstreckung der Spruchkammerurteile und verfolgte Mißachtungen des „Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus". Ihre Investigation Section fahndete nach Fragebogenfälschungen. Die Fälschungen wurden dann von der Prosecution Section den Militärregierungsgerichten vorgelegt. Document Section archivierte die Berichte über Entnazifizierungslisten und sammelte Mitgliederlisten der NSDAP und anderes, für die Arbeit der Division wichtiges Material.
Civil Internment Camp Branch, die in der zweiten Jahreshälfte 1947 in Enclosure Supervision umbenannt wurde, war für die Überwachung der Internierungslager zuständig. Sie arbeitete dabei auch mit CIC zusammen und organisierte den Austausch von Internierten mit den anderen Besatzungszonen. Die angegliederte Camp Special Branch überwachte die Spruchkammern im Lager Darmstadt.
Decision Review Branch wurde kurz nach Vorlage des ersten Organisationsüberblicks in zwei Sections aufgeteilt. Tribunal Decisions Section erhielt von den örtlichen Special Branches Problemfälle vorgelegt. Sie wies dann das Ministerium für politische Befreiung auf diese Probleme hin. Employment Eligibility Section überprüfte die Mitglieder der Spruchkammern auf ihre demokratische Zuverlässigkeit. Wiesbaden Special Branch kontrollierte die deutschen Mitarbeiter der Militärregierung. Weiter überprüfte sie die Entnazifizierungsverfahren der Inhaber von Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft.
Eine zentrale Rolle spielte die Field Supervision Branch. Sie hielt Kontakt mit dem Befreiungsministerium und überwachte die Einhaltung der Entnazifizierungsvorschriften auf allen Ebenen. Die Special Branch Officers der Liaison and Security Offices wurden von ihr beraten. Sie inspizierte die 47 hessischen Spruchkammern, die sieben Berufungskammern und die ihr angegliederten 41 Special Branches. Dazu waren acht, seit Ende 1947 nur noch sieben Area Supervisers eingesetzt.
Reports and Statistics war für das Berichtswesen zuständig. Die Branch nahm von deutschen und amerikanischen Stellen Berichte entgegen und erstellte daraus Statistiken sowie die Berichte der Division.
Die Leitung der Division hatte die Executive Branch inne, die seit der zweiten Jahreshälfte 1947 aus dem Director und dem Deputy Director bestand.
Für Juni 1947 ergibt sich für die Denazification Division folgender Organisationsaufbau: Übersicht 66[331]
Diese Struktur blieb bis zur Auflösung der Division am 1. Oktober 1948 erhalten. Bereits am 23. August 1948 hatte General Order Nr. 11 die Enforcement Branch der Division aufgelöst, aus der dann die Investigation Division gebildet wurde.[332]

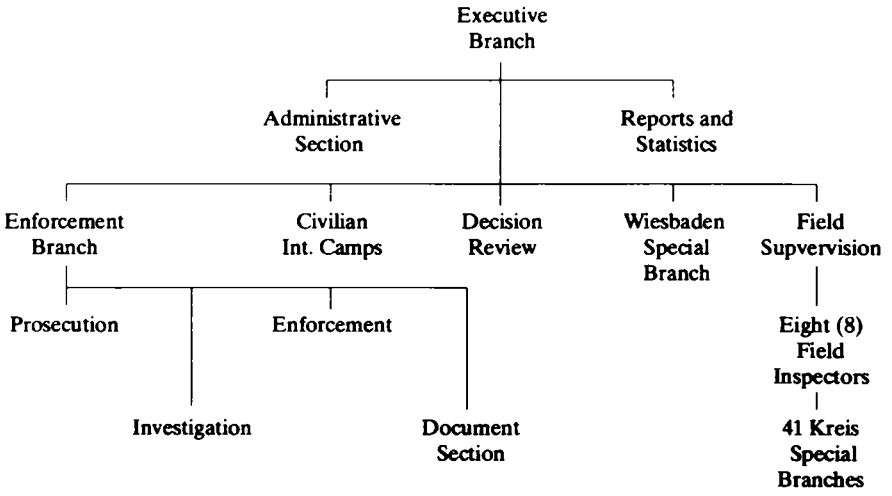
c) Personal

Die Personalstärke dieser Division resultierte vor allem aus der hohen Zahl der deutschen Beschäftigten: Am 1. Juli 1946 arbeiteten 127 Deutsche in der Entnazifizierungsabteilung. Diese Zahl blieb im Jahr 1946 konstant und sank 1947 leicht (1. Januar: 125; 30. Oktober 1947: 110). Vor der Auflösung der Division am 1. Oktober 1948 kam es zu einem deutlichen Personalabbau (15. März: 105; 30. Juni 1948: 45). Die Zahl der amerikanischen Mitarbeiter stieg von 15 am 1. Juli 1946 auf 20 am 30. Oktober 1947, um zum 30. Juni 1948 auf sieben abzusinken.

---

[331] 5/41-2/7.
[332] 5/41-3/10.

Übersicht 66: Organisation der Denazification Division, OMGHE, 30. Juni 1947



Die Division leitete seit ihrer Bildung Hubert J. Teitelbaum. Ihm stand Arsen L. Yakoubian als Deputy Chief zur Seite. Dieser wurde mit General Order Nr. 10 am 15. Dezember 1947 zum kommissarischen Leiter bestimmt. An seine Stelle trat, gleichfalls kommissarisch, Roger E. Reynolds. Während dieser bis zur Auflösung in der Division blieb, wechselte Yakoubian im Frühjahr zur Liaison and Security Control Division. Nach kurzer Abwesenheit arbeitete dann Teitelbaum wieder als Chief. Bei Auflösung der Division wurde er mit General Order Nr. 15 vom 23. August 1948 zum Chief der Denazification Branch in der Civil Administration Division ernannt, und am 1. Oktober 1948 auch zum Chief der Public Safety Branch (General Order Nr. 19). Am 23. August 1948 hatte ihn Newman außerdem mit General Order Nr. 12 zu seinem Denazification Adviser ernannt.

23. Investigation Division

a) Aufgaben

General Order Nr. 11 vom 23. August 1948 löste die Enforcement Branch in der Denazification Division auf und überführte Personal und Ausrüstung in die Investigation Division, die zum 1. September 1948 neu geschaffen wurde. Als Aufgaben der neuen Division legte der Befehl fest:

a) „Auf Anordnung des Direktors Untersuchung aller Angelegenheiten, die Personal, Ausrüstung, Aufgaben und Aktivitäten von OMGHE und seiner nachgeordneten Dienststellen betreffen;
b) Annahme und Untersuchung von Beschwerden der Bediensteten von OMGHE und seiner nachgeordneten Dienststellen;
c) Durchführung aller anderen Untersuchungen, die vom Direktor angefordert werden."[333]

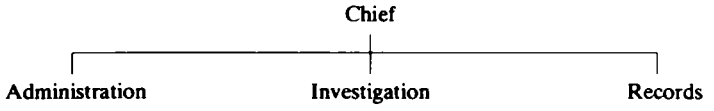
[333] 5/41-3/10.

Es handelte sich also um eine interne Kontrollbehörde.

b) Organisation und Personal

Die wenigen Beschäftigten der Division bearbeiteten die Bereiche Verwaltung, Untersuchungen und Berichte:[334]

Übersicht 67: Organisation der Investigation Division, OMGHE, 31. Dezember 1948



Zwei Wochen nach der Aufstellung der Division forderte OMGHE bei OMGUS drei zusätzliche Personalstellen für diesen Bereich an.[335] Dieser Forderung war offenbar kein Erfolg beschieden: Zum Jahreswechsel waren nur zwei Amerikaner in der Division beschäftigt, die von zwölf deutschen Mitarbeitern unterstützt wurden. Am Ende der OMGHE-Amtszeit beschränkte sich das US-Personal der Division nur noch auf den Chief.
General Order Nr. 14 vom 23. August 1948 hatte John A. Stark zum Chief der neuen Division ernannt. Ihm stand Philipp A. Damon zur Seite. Zuvor waren Stark als Investigator und Damon als Administrative Assistant in der Denazification Division tätig gewesen. Im Frühjahr 1949 wechselte Allan C. Wilson in die Division, wo er als Chief und einziger Amerikaner bis zum Ende ausharrte.

24. Statistical, Historical and Field Reports Division

a) Aufgaben

Schon während der Zeit, in der das Detachment E1A2 in Frankreich lag, begann der Historical and Political Information Officer Edgar L. Erickson mit seiner Arbeit. In französischen Archiven und Bibliotheken, in deutschen Hinterlassenschaften und bei den entsprechenden Abteilungen der US Army suchte und sammelte er Material über Deutschland. Seine besondere Aufmerksamkeit widmete er dem vorgesehenen Einsatzgebiet des Detachments, der Region Saar-Pfalz-Südhessen. In den War Diaries, die bis Mitte 1945 über die Aktivitäten des Detachments berichten, finden sich an vielen Stellen Meldungen über seine Funde von Unterlagen über die NSDAP oder von geographischen und historischen Informationen.[336]
Am 1. Juli 1945 wurde dann die Historical Information and Political Intelligence Division gebildet. Zu deren Aufgaben gehörten zunächst:

- die Vorbereitung und Abfassung der Monatsberichte E5/OMGHE (Historical Reports),
- die Kontrolle des Berichtswesens der Detachments (Field Reports),
- der Bereich Denkmäler, Kunst und Archive (Monuments, Fine Arts & Archives),

[334] Ebenda.
[335] 8/179-3/4.
[336] 8/187-1/1 und 2.

- politische Überwachungsmaßnahmen und
- Aufklärungsaufgaben (Intelligence).

Der Bereich Monuments, Fine Arts & Archives (MFAA) wurde im Herbst 1945 der Finance Division zugeordnet – der Beginn einer Odyssee durch verschiedene Divisions. Die politischen Überwachungsaufgaben übernahm zum Jahresende die Civil Administration Division. Mit der Bildung der Intelligence Division übernahm diese auch alle Aufgaben im Aufklärungsbereich. Als Tätigkeitsbereiche verblieben so die Vorbereitung und Erstellung der Historical Reports und die Aufsicht über die Field Reports. Anfang 1946 wurde der gesamte Bereich der Statistik (Statistical Investigation) in die Verantwortung der Division gestellt und überschattete bald alle anderen Aufgaben. Die entsprechende Branch der Division koordinierte den Aufbau des Hessischen Statistischen Landesamtes, das am 14. Januar 1946 auf Grundlage der Organizational Direction Nr. 15, OMGHE, unter Aufsicht der Division seine Tätigkeit aufgenommen hatte.
Im zweiten Arbeitsbereich der Division, den Field Reports, herrschte im Herbst 1945 ein riesiges Durcheinander. Eine USFET-Direktive von Ende Oktober hatte sich die Organisation und Kontrolle des gesamten Berichtswesens der Militärregierung zum Ziel gesetzt. Die darin vorgesehenen Dienstwege bildeten jedoch nach Meinung der Division ein „gespenstisches Labyrinth", wie es im Historical Report vom Frühjahr 1946 heißt. „Diese Konfusion", fährt der Bericht fort, „führte zu einem unglücklichen Verfahren: In erster Linie wurde danach getrachtet, die Berichte rechtzeitig hereinzubekommen, während nur wenige Gedanken auf ihren Inhalt verwendet wurden."[337] Acht Monate mußten vergehen, bis man (im Juni 1946) daran ging, den Berichtswirrwarr zu entwirren. Hatten die Detachments zunächst mindestens dreißig Berichte pro Monat abliefern müssen, so konnten sich die Liaison & Security Offices jetzt mit sechs bis acht begnügen. Entlastung brachte auch die Verringerung der vorgesetzten Stellen im Armee- und OMGUS-Bereich. Seit Frühjahr 1946 entfielen dann bei den Kreis- und Regierungsbezirkdetachments die Field Reports and Historical Functions. Jetzt wurden deutsche Behörden zu dieser allgemeinen Berichterstattung herangezogen. Zur Abfassung der Historical Reports wurde im März 1946 ein „full-time historian" eingestellt. Seit 1946 erschienen die Reports vierteljährlich.
Daneben war die Division damit beauftragt, die von OMGHE veröffentlichten Anordnungen zu verteilen und zu archivieren. Im März 1946 wurde die ursprüngliche Bezeichnung der Division in Historical and Field Reports Division geändert. Im Juli 1946 erfolgte eine erneute Umbenennung, als ein Statistiker zum Chef der Division ernannt wurde. Ihre Bezeichnung lautete von nun an Statistical, Historical and Field Reports Division. Ernennung und Namensänderung waren äußerliche Zeichen für die Verschiebung der Aufgabenschwerpunkte der Division weg vom Berichtswesen hin zur Statistik.
Der neue Chef versuchte denn auch bald, die Zuverlässigkeit der Datenerhebung zu verbessern. So drängte er die Landesregierung zur Einsetzung eines ständigen Koordinierungsausschusses für Statistik sowie zur Ernennung von Statistikern auf Kreis- und Regierungsbezirksebene. Durch Field Inspectors ließ er das deutsche Berichtswesen systematisch überprüfen und verbesserte die Formblätter zur Datenerhebung. Offenbar hatte er mit seinen Maßnahmen Erfolg: OMGUS wies die anderen Ländermilitärregierungen an, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen.
Im Februar 1947 hatte die Division alle Gliederungen und Aktiväten der Militärregierung und der hessischen Landesregierung sowie deren Beziehungen untereinander in

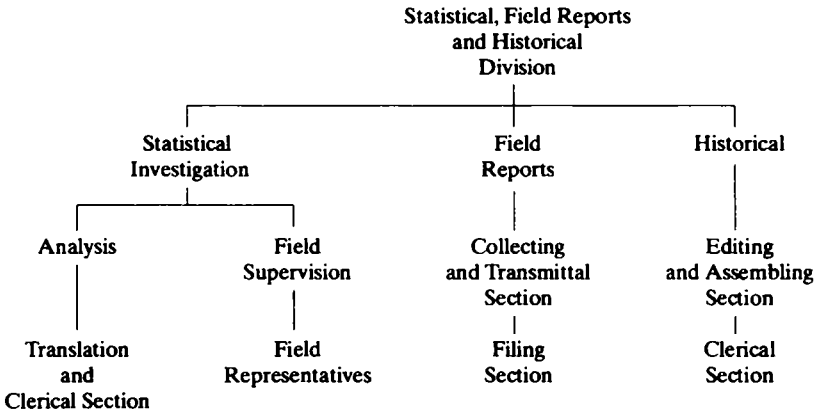
[337] OMGHE: Historical Report April – July 1947.

übersichtlichen Darstellungen erfaßt und im Hauptquartier ausgestellt, damit sich der „schnelle Besucher" mit den Aufgaben und Aktivitäten der Militärregierung vertraut machen konnte. Die graphischen Darstellungen der Organisation der Militärregierung (Organizational Charts) wurden seitdem den Historical Reports beigefügt. Der statistische Teil der Reports wurde systematisiert und der Umfang des „erzählenden" Teils auf 150 Seiten je Vierteljahresbericht beschränkt. An die Reports wurden Pressemitteilungen und Fotographien angefügt.[338]
Der frühere Reporter der Armee-Zeitung „Stars and Stripes" Dexter L. Freeman verfaßte 1947/48 als Mitarbeiter der Division das Buch „Hesse – a new German state", das im Sommer 1948 erschien und die Arbeit der amerikanischen Militärregierung und ihren Beitrag zur Bildung des Landes Hessen darstellen sollte.[339] Die statistische Arbeit, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, erweiterte sich Anfang 1948 hin zu Auswertung und Analyse. Seit diesem Zeitpunkt wurden auch wieder Monatsberichte für OMGHE angefertigt.[340]

b) Organisation

Nach den beschriebenen Veränderungen Ende 1945/Anfang 1946 hatte die Division Mitte 1946 folgende Organisationsstruktur:[341]

Übersicht 68: Organisation der Statistical, Field Reports and Historical Division, OMGHE, Juli 1946

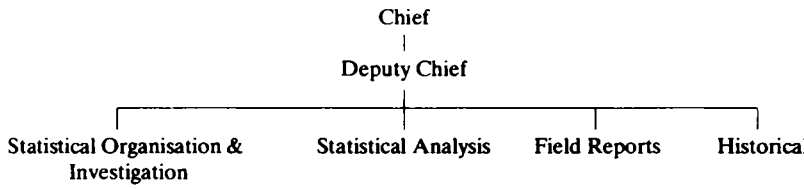


Die Aufteilung der drei Branches in acht Sections, die angesichts der zumeist nur vier amerikanischen Mitarbeiter der Division bereits 1946 nur auf dem Papier bestand, wurde 1947 fallen gelassen.
Anfang 1948 wurde für den Bereich Statistical Analysis eine eigene Branch eingerichtet, so daß die Division im letzten Jahr ihrer Tätigkeit folgende Organisationsstruktur hatte:[342]

---

[338] Ebenda.
[339] Freeman: Hesse. A New German State. o. O. o. J. (Frankfurt 1948).
[340] 5/41-2/17.
[341] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946.
[342] 5/41-2/17.

Übersicht 69: Organisation der Statistical, Historical and Field Reports Division, OMGHE, 31. März 1948



Im Frühjahr 1948 entfiel die Stelle des Deputy Chief – es waren ohnehin nur noch vier Amerikaner in der Division tätig.

c) Personal

Die Statistical, Historical and Field Reports Division gehörte zu den kleineren Divisions von OMGHE. Sie hatte zunächst vier amerikanische Mitarbeiter. Ende 1947 kam eine Stelle dazu, die aber im Frühjahr 1948 wieder entfiel. Der amerikanische Personalbestand sank dann kontinuierlich bis auf eine Position – nämlich die Stelle des Division Chief, der vom 16. März 1949 bis zum Ende der Tätigkeit von OMGHE als einziger Amerikaner in der Division verblieb. Nachdem zunächst nur zwei Deutsche in der Division arbeiteten, erhöhte sich deren Zahl im Zusammenhang mit den vermehrten Aufgaben im statistischen Bereich bis auf 20 am 1. Januar 1947. Die deutsche Personalstärke bewegte sich 1947/48 zwischen 15 und 20, um dann gleichfalls zu fallen.
Robert A. Irving, der bereits in der Zeit, als E-5 die Militärregierung in Neustadt gestellt hatte, Leiter der Division gewesen war, behielt diese Position bis zum Juli 1946. Dann wurde er von dem gelernten Statistiker Donald M. Marvin abgelöst: Die Division hatte jetzt vor allem statistische Aufgaben wahrzunehmen. Nach Marvin leitete Clifford K. Burke die Division. Burke war zunächst in der Economics Division tätig gewesen. Seine Dienstzeit dauerte von Februar bis Juni 1948. Dann rückte Robert A. Irving wieder in die Leitungsposition auf, die er bis zum Ende von OMGHE innehatte.

25. Transportation Division

a) Aufgaben

Die Transportation Division war für den Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr in Hessen sowie für die entsprechenden Verkehrswege zuständig. Das zivile Verkehrssystem war im Mai 1945 völlig zusammengebrochen. Zunächst hatten sich die örtlichen Detachments dieser Probleme anzunehmen. Sie setzten dafür auf Ortsebene „Fahrbereitschaftsleiter" und auf Regierungsbezirksebene „Gruppenfahrbereitschaftsleiter" ein, die den Militärregierungsstellen gegenüber für die Verwaltung des Mangels verantwortlich waren.
Vor allem im Bahnbereich suchten die Transportoffiziere der Militärregierung die Zusammenarbeit mit dem Military Railway Service der US-Armee. Zu diesem Zweck fand am 8. August 1945 in Frankfurt ein Treffen zwischen Vertretern der Militärregierung und des Military Railway Service statt. Auf dem Treffen kam man überein, die

Bahnlinien der Reichsbahndirektionen Frankfurt und Kassel, die das Gebiet des späteren Landes Hessen umfaßten, in zwei Kategorien einzuteilen. Kategorie I sollte vorrangig dem militärischen Bedarf dienen, während Kategorie II für deutsche Transportbedürfnisse zur Verfügung stand.
Im Herbst stellte die inzwischen gebildete Militärregierung eine Prioritätenliste für die Güterbeförderung auf:

1. Lebensmittel, landwirtschaftliche Güter und landwirtschaftlicher Bedarf,
2. Kohle und Treibstoff, der zur Beförderung von Lebensmitteln benötigt wird,
3. Brennholz und
4. Baumaterialien.

Die Division konnte nach und nach die direkte Kontrolle über das Transportwesen an deutsche Stellen abgeben, die zum großen Teil im hessischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr zusammengefaßt waren. So wurde im November 1945 die hessische Wasserstraßendirektion gebildet, die zunächst der Staatskanzlei unterstand. Die Straßenbauämter wurden zum 10. Oktober 1945 reorganisiert und am 1. Januar 1946 unter deutsche Kontrolle gestellt. Die Straßenmeistereien und der Bevollmächtigte für den Nahverkehr arbeiteten unter direkter Kontrolle der Militärregierung, bis sie am 12. April 1946 dem Verkehrsministerium unterstellt wurden. Im Sommer 1945 war die Entnazifizierung der hessischen Reichsbahnmitarbeiter angelaufen, die nach Meinung der Transportation Division vor allem im Winter 1945/46 die Leistungsfähigkeit der Eisenbahn beeinträchtigte.
Die Armee, die im Herbst 1945 und 1946 auch beim Einfahren der Ernte half, stellte bis Juli 1946 den Deutschen über die Militärregierung 2800 defekte, aber reparable Fahrzeuge und 3036 Anhänger zur Verfügung. Die Reparaturarbeiten und die teilweise Umrüstung auf Holzvergaser wurden durch hessische Firmen in Kassel und Wiesbaden ausgeführt.[343]
Der harte Winter 1946/47 brachte auch in Hessen einen weitgehenden Zusammenbruch des Verkehrswesens.[344] Ein chronisches Problem war der Mangel an Reifen. Aus diesem Grund standen im Sommer 1947 zeitweise 2558 Lastwagen still.[345] Bei diesen und anderen Materialproblemen arbeitete die Transportation Division eng mit der Economics Division zusammen. Seit Sommer 1947 gab sich die Division jedoch optimistisch, was die Lösung der Verkehrsprobleme betraf.[346] Bei der Eisenbahn konnte bis Ende 1948 der Mangel an Lokomotiven behoben werden. Dazu trugen vor allem die Kasseler Henschel-Werke bei, die bis zu 32 Lokomotiven im Monat reparierten.
Einen Einschnitt brachte die Währungsreform im Juni 1948. Die Personenbeförderung der Eisenbahn sank auf dreißig Prozent des Standes vor der Reform. Ende 1948 hatte er wieder fünfzig Prozent des vorherigen Standes erreicht. Auf der anderen Seite nahm nach der Währungsreform der Autoverkehr zu.[347]
Die Division war auch für den Director's Special Diesel Train (Dieselsonderzug) zuständig. Mit diesem Zug (Train Nr. 137.448) führte J. R. Newman seine Reisen durch. Der Zug stand zudem den Division Chiefs für ihre Dienstreisen zur Verfügung.[348]

---

[343] OMGHE: Historical Report October 1945 – June 1946; 8/189–1/5.
[344] 8/190–2/11; OMGHE: Historical Report July – September 1947.
[345] OMGHE: Historical Report April – July 1947.
[346] OMGHE: Historical Report July – September 1947.
[347] 17/19–2/8; OMGHE: Historical Report 1948.
[348] 17/19–2/8; OMGHE: Historical Report July – September 1947.

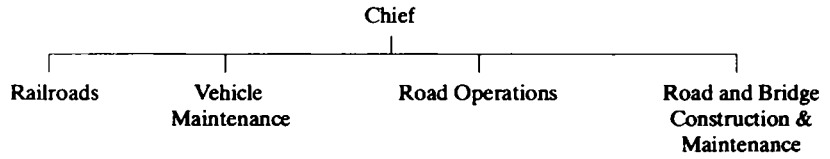
b) Organisation

Die Division war während des gesamten Zeitraums ihres Bestehens in vier Branches aufgeteilt:

- Railroads war für die Eisenbahnen und für die Verbindung zwischen OMGHE und Reichsbahn zuständig.
- Vehicle Maintenance beschäftigte sich mit allen, die deutschen Straßenfahrzeuge betreffenden Problemen. Die Branch führte darüber für OMGUS Statistiken.
- Road Operations überwachte die Einhaltung der Militärregierungsvorschriften für den Straßenverkehr durch deutsche Stellen.
- Road and Bridge Construction & Maintenance überwachte die deutsche Straßenbauverwaltung.

Im Juni 1946 stellte sich die Organisation der Transportation Division wie folgt dar:[349]

Übersicht 70: Organisation der Transportation Division, OMGHE, 30. Juni 1946



Für den Dieselsonderzug war der Chief of Division verantwortlich. Nach der Auflösung der Division wurde der für den Zug zuständige Mitarbeiter – der „Superviser of Diesel" Albert Filupeit – Command and Executive zugeordnet. Railroads wurde später in Inland Waterways and Railroads umbenannt, die Branch war auch für die Verbindung mit der hessischen Wasserstraßenverwaltung zuständig. In dieser Form arbeitete die Division bis zu ihrer Auflösung durch General Order Nr. 5 vom 20. April 1948. Die Anordnung bestimmte, daß die Aufgaben der Transportation Division von diesem Zeitpunkt an von der Transportation Branch in der neugebildeten Bizonal Liaison Division wahrgenommen werden sollten. Mit General Order Nr. 19 vom 1. Oktober 1948 wurde der Chief of Branch zum Transportation Adviser to the Director ernannt. Im Rahmen der Auflösung der Bizonal Liaison Division fiel die Transportation Branch ganz weg.

c) Personal

Trotz der zentralen Bedeutung, die das Transportwesen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau hatte, gehörte die Transportation Division immer zu den kleinsten Divisions von OMGHE. Im Jahr 1946 arbeiteten vier Amerikaner in der Division, Anfang 1947 nur drei. Am 16. Oktober 1947 erhielt die Division von OMGUS zusätzlich einen Administrative Assistant zugewiesen, so daß vorübergehend wieder vier Amerikaner in der Division arbeiteten. Am Jahresanfang 1948 zählte die Transportation Division wieder drei, im März – kurz vor ihrer Auflösung – vier amerikanische Mitarbeiter. In der Transportation Branch der Bipartite Liaison Division arbeiteten zunächst drei Amerikaner aus der früheren Transportation Division; im Jahr 1949 blieb nur einer von ihnen, der Chief of Branch, übrig. Die Zahl der deutschen Mitarbeiter der Division sank kontinuierlich von fünf 1946 auf drei vor Auflösung der Division.

[349] 5/41-2/7.

Chief der Division war von Juli 1945 bis August 1947 Charles F. Hennessy, der schon bei der Aufstellung von E1A2 als 1st Lt. (später Capt.) in Rochefort dabei gewesen war. Im August 1947 schied Hennessy gemeinsam mit Dale T. Barker, dem Chief of Road Supply Branch, aus der Division aus. Vom 1. September bis 31. Dezember 1947 leitete der Deutsche Kurt Magnus als „Emergency Overall Director" kommissarisch die Division. Für ihn kam Anfang 1948 Theodore E. Dodds, der die Division bis zu ihrer Auflösung leitete und dann als Chief of Transportation Branch in der Bipartite Liaison Division sowie als Transportation Adviser tätig war

C. Quellenbeschreibung

1. Die Akten der amerikanischen Militärregierung in Hessen

Die in den hessischen Staatsarchiven Wiesbaden, Darmstadt und Marburg zur Verfügung stehenden Aktenbestände der amerikanischen Militärregierung für Hessen (OMGHE) sind ein verfilmter Teilbestand der im Washington National Record Center (einer Außenstelle des Nationalarchivs in Suitland, Maryland) als Record Group 260 (RG 260) aufbewahrten Originalakten des „Office of Military Government for Germany, United States" (OMGUS).
Bei dem OMGHE-Teil des Bestandes RG 260 handelt es sich aber auch in anderer Hinsicht um einen Teilbestand. Zum einen sind die Akten wohl schon bei der Verschiffung nach Amerika nicht mehr ganz vollständig gewesen; bestimmte Teile der Akten (vor allem Personalakten) sind von den Amerikanern nicht freigegeben worden; weitere Lücken dürften ihre Ursachen in Transportverlusten haben, denn auch auf den Verladelisten (Shipping Lists) noch aufgeführte Archivboxen sind nicht mehr vorhanden. Zum anderen sind von den deutschen Bearbeitern bei ihrer Verzeichnungsaktion weitere Einschränkungen vorgenommen worden:

1. Sogenannte „Folders of no historical value" – also als archivunwürdig angesehene Akteneinheiten –, die in der Bundesrepublik der Kassation anheim gefallen wären, wurden nicht verfilmt. Sie sind mit Kurztiteln auf gelben Erfassungsbögen erfaßt und am Ende der Verzeichnung einer Organisationseinheit angehängt.
2. Akteneinheiten, die nicht als völlig wertlos angesehen wurden, bei denen aber die Wahrscheinlichkeit der Doppelüberlieferung bestand, es sich um Mehrfachexemplare handelte oder wo das Original von so schlechter Qualität war, daß eine Verfilmung zwecklos erschien, wurden zwar näher beschrieben, aber nicht verfilmt. Insgesamt wird der Anteil des letztlich verfilmten Aktenmaterials nach Angaben von Bearbeitern[1] auf 30 bis 50 % geschätzt.

Die Erschließung des OMGHE-Bestandes ist bis jetzt nur über die Erfassungsbögen (data sheets), die von den deutschen Archivaren angelegt wurden, möglich. Auf ihnen sind durch die ausführliche Beschreibung des Inhalts der einzelnen Faszikel (folder), durch die Provenienzangabe, den erfaßten Zeitraum sowie Angaben über Größenordnung, Entnahmen und Bearbeiter die wesentlichen Informationen enthalten. Geordnet sind diese Verzeichnungsblätter allerdings nach Provenienzen, denen die Organisationsstruktur von OMGHE in ihrer Endphase zugrunde liegt.
Da aber die Binnenstruktur von OMGHE häufig wechselte und damit auch Registraturzusammenhänge vernichtet wurden, ist das Auffinden einzelnder Akteneinheiten häufig mit großem Zeitaufwand verbunden.
Eine denkbare Rekonstruktion von Aktenserien anhand der Aktenzeichen ist leider kein gangbarer Weg, da nur ein Teil der Akten überhaupt mit Aktenzeichen versehen ist. Mahnungen von OMGHE an ihre nachgeordneten Dienststellen, das von diesen für ihre Zwecke als unbrauchbar erachtete „Dewey Decimal File System" doch flexi-

[1] Bei diesen Angaben stützen wir uns auf Aussagen deutscher Archivare, die an der Verzeichnung der Akten mitgewirkt haben. Es gaben uns freundlicherweise Auskünfte die Herren E. G. Franz und A. Hildebrandt (Staatsarchiv Darmstadt), G. Menk (Staatsarchiv Marburg), H.-J. Haebel und B. Helfer (Hauptstaatsarchiv Wiesbaden) und H. G. Ruppel (Stadtarchiv Offenbach).

bler zu handhaben und für die einheitliche Kennzeichnung der anfallenden Akten anzuwenden, belegen dies.[2]
Angesichts dieser Probleme wäre eine mit Hilfe der Elektronischen Datenverarbeitung noch zu leistende Indexierung des Bestandes ein Meilenstein in seiner Benutzbarkeit. Gleichzeitig könnten durch Vernetzung der Indices teilweise Lücken in den Länderbeständen geschlossen werden.[3] Das wird wohl noch für geraume Zeit Zukunftsmusik bleiben.
Um nicht von der – trotz aller Einschränkungen – immer noch enormen Fülle des Aktenmaterials erschlagen zu werden, sollte der interessierte Benutzer zweckmäßigerweise immer mit den Historical Reports seinen Einstieg in die Arbeit suchen. Reports wurden auf allen Ebenen der Militärregierung (Divisions, Branches, Detachments) in regelmäßigen Zeitabständen erstellt und wurden durch die Historical Division von OMGHE zu umfangreichen Historical Reports (meist mit mehreren Anhängen) zusammengestellt.
Angesichts der Probleme bei der Erschließung des Aktenmaterials und der Lücken im OMGHE-Bestand geben wir eine Übersicht mit Angabe der Fundstellen über die Historical Reports von OMGHE. Die Historical Reports einzelner Divisions oder Branches finden sich am konzentriertesten sowohl im OMGHE-Bestand Historical Division (8/187-1 bis 8/191-2) als auch des Control Office, Historical Division, OMGUS.

Historical Reports des Office of Military Government for Hesse (Greater Hesse)

Historical Report October 1945 – Juni 1946 (4 Volumes)			
Vol. I	Narrative	8/190-2/9	5/41-1/10
Vol. II	Appendix I	8/190-2/10	5/41-1/20
Vol. III	Appendix II		5/41-1/21
	Organization Plans and Charts		
Vol. IV	Appendix III Pictorial		5/41-1/22
Historical Report July 1946 – December 1946 (3 Volumes)			
Vol. I	Narrative		5/41-2/1
Vol. II	Appendix		5/41-2/2
Vol. III	Pictorial		5/41-2/3
Historical Report January – March 1947 (3 Volumes)			
Vol. I	Narrative	8/190-2/11	5/41-2/4
Vol. II	Appendix	8/190-2/12	5/41-2/5
Vol. III	Pictorial		5/41-2/6
Historical Report April – June 1947 (3 Volumes)			
Vol. I	Narrative		5/41-2/6
Vol. II	Appendix		5/41-2/7
Vol. III	News + Photos	8/190-3/1	5/41-2/8

[2] 8/216-3/9.
[3] Pionierarbeit hat in diesem Zusammenhang schon das Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München mit der Verzeichnung des zentralen OMGUS-Bestandes geleistet, in dem sich zahlreiche Akten befinden, die sich auf die Länder und die einzelnen Ländermilitärregierungen beziehen.

Historical Report July – September 1947 (4 Volumes)			
Vol. I	Narrative		5/41–2/9
Vol. II	Appendix	8/190–3/2	5/41–2/10
Vol. III	News and Photographic Supplement		5/41–2/11
Vol. IV	Special Intelligence Appendices		5/41–2/12
Historical Report October – December 1947 (3 Volumes)			
Vol. I	Narrative	8/190–3/3	5/41–2/13
Vol. II	Appendix	8/190–3/3	5/41–2/14
Vol. III	News and Photo Supplement		5/41–2/15
Historical Report 1948 (3 Volumes)			
Vol. I	Narrative		5/41–3/9
Vol. II	Appendix	3/437–1/4	5/41–3/10
Vol. III	News and Photographic Supplement	3/437–1/1	5/41–3/12
Historical Report January – March 1948 (4 Volumes)			
Vol. I	Narrative		5/41–2/16
Vol. II	Appendix	3/437–1/9	5/41–2/17
Vol. III	News and Photographic Supplement	3/437–1/6	5/41–2/18
Vol. IV	Special Intelligence Appendices		5/41–2/19
Historical Report Hesse-Nassau, September 1945 (1 Volume)			5/41–3/1
Historical Report October 1945 (2 Volumes)			
Vol. I	History	3/437–1/7	5/42–1/2
Vol. II	Appendix	3/437–1/8	5/41–3/2
Historical Report November 1945 (2 Volumes)			
Vol. I	History		5/41–3/3
Vol. II	Appendix		5/41–3/4
Historical Report December 1945 (2 Volumes)			
Vol. I	History		5/41–3/5
Vol. II	Appendix		5/41–3/6
Historical Report January 1946 (2 Volumes)			
Vol. I	History		5/41–3/7
Vol. II	Appendix		5/41–3/8
Historical Report February 1946 (2 Volumes)			
Vol. I	Narrative		5/42–1/4
Vol. II	Appendix		5/42–1/3
Report November – December 1947			5/42–3/4
Report January – March 1948			5/42–3/5
Report April – June 1948			5/42–3/6
Report July – September 1948			5/42–3/7

Report October – December 1948	5/42–3/8
Report January – February 1949	5/42–3/9
Report May – June 1949	5/42–3/10
Report July – September 1949	5/42–3/11
Semi-monthly Reports June – November 1947	5/42–3/3

Der OMGHE-Bestand bietet aber auch lokal- und regionalhistorisch interessantes Material in Hülle und Fülle.
Für die Anfangsphase der Militärregierung finden sich die Berichte der Lokal-, Kreis- und später Regierungsbezirks-Detachments am dichtesten bei der Historical Division und für später in der Abteilung Residence Office (Wiesbaden, Frankfurt, Darmstadt, Marburg, Bad Hersfeld, Kassel). Da dieser Bestand ebenfalls Lücken aufweist, empfiehlt es sich wiederum, zur Ergänzung den Bestand Control Office, Historical Division, OMGUS, heranzuziehen. Für eine erste Orientierung geben wir für die vielfältige Reportliteratur der Detachments (Orte in alphabetischer Reihenfolge) die Fundstellen an und geben zu den einzelnen Abschnitten des Repertoriums des OMGHE-Bestandes (HStA Wiesbaden) kommentierende Stichworte.

Fundstellenverzeichnis für die von den Detachments (Liaison & Security Offices auch im Repertorium unter Residence Office) erstellten Reports (Tages-, Wochen-, Monatsberichte; Historical, Political, Intelligence Reports)

A. Regional Detachments

Darmstadt E-3 (E1B2)

8/191–1/1	5/7–3/2	5/7–3/4–7

Frankfurt E-6 (E1D2)

8/189–3/17	8/191–2/19	8/194–2/6
8/194–2/7	8/194–2/8	8/194–2/9
8/194–3/1	8/194–3/3	8/194–3/4
5/8–1/1	5/8–1/2	5/8–1/5
5/8–1/7		

Kassel E-4 (E1C2)

8/187–1/3	8/187–1/4	8/187–1/5
8/187–2/1	8/187–2/2	8/187–2/3
8/187–2/4	8/187–2/5	8/187–2/6
8/187–2/7	8/187–2/8	8/187–2/9
8/187–2/10	8/187–2/11	8/189–2/12
8/189–3/8	5/7–2/6	5/7–3/1
5/7–3/8	5/7–3/9	5/9–2/4
5/9–2/6		

Marburg E-2 (E1G2)

8/93–1/9	8/190–3/6	8/191–2/14
5/7–2/3	5/9–2/4	5/9–2/6

Wiesbaden E-5 (E1A2) (Historical Reports siehe oben)

8/187–1/2	8/189–3/12	8/189–3/13
8/189–3/14	8/190–3/9	8/194–2/1
8/194–2/2	8/194–2/3	8/194–2/4

8/194–2/5	8/194–2/10	8/194–3/5
8/194–3/6	8/195–1/2	5/8–1/1
5/8–1/2	5/8–1/3	5/8–1/4

B. Local Detachments

Alsfeld H-59 (I9D2)
8/189–3/7 8/191–2/3 5/9–1/3
5/9–1/6

Arolsen I-142 (I5G2)
5/9–3/9

Bad Homburg H-86 (I2D2)
8/191–1/11 8/191–2/10 5/9–3/6

Bad Orb I-145 (I17G2)
5/9–3/10 5/9–3/11

Bad Schwalbach I-148 (I3D2)
8/191–1/7 5/9–3/14

Beerfelden I-140 (I1B2)
5/9–3/8

Bensheim/Heppenheim G-31 (I6B2)
8/191–2/2 8/191–2/5 5/9–3/7
5/8–2/4

Biedenkopf H-76 (I4G4)
8/191–1/12 8/191–2/17 5/7–3/1
5/9–2/1 5/9–2/2

Büdingen G-32 (I10D2)
8/189–3/6 8/191–2/1 5/7–2/5
5/8–2/5

Darmstadt F-12 (F1B2)
8/191–2/4 5/7–2/1 5/7–2/5
5/7–3/2 5/8–1/7

Dieburg G-33 (H1B2)
8/191–1/14 5/8–1/3 5/8–2/6

Dillenburg H-77 (H3D2)
8/191–1/12 8/191–2/16 5/9–2/2

Erbach H-60 (I8B2)
8/191–2/2 5/9–1/4

Eschwege H-65 (I8C2)
5/9–1/8 5/9–1/15

Flörsheim I-147 (I13D2)
8/191–1/9 8/191–2/13 5/9–3/13

Frankenberg H-66 (I3C2)
5/9–1/2,9 5/9–1/9

Friedberg G-34 (I11D2)
8/191–1/13 5/8–2/7

Fritzlar G-38 (I4C2)
5/8–3/3

Fulda G-40 (H1D2)
8/195–1/8 5/8–3/4 5/8–3/5

Gelnhausen H-78 (I1D2)
8/191–1/6 8/191–2/20 5/9–2/3

Gießen G-35 (H5D2)
8/191–1/10 8/191–2/7 8/195–1/10
8/195–1/11 5/7–3/3 5/8–3/1

Groß-Gerau G-36 (H3B2)
8/191–1/3 8/191–2/4 5/8–3/2
5/7–2/1

Grünberg H-61 (H5D2)
5/9–1/5

Hadamar I-146 (I4D2)
8/191–2/22 5/9–3/12

Hanau H-79 (H2D2)
8/191–2/21 5/9–2/4

Hersfeld H-67 (I1C2)
5/9–1/8 5/9–1/10

Hofgeismar H-68 (I5C2)
5/9–1/11

Hofheim H-81 (I8D2)
8/191–1/9 8/191–2/13 5/9–3/1

Hünfeld H-69 (H5C2)
5/9–1/12

Idstein/Bad Schwalbach H-85 (H6D2)
8/191–1/7 8/191–2/18 5/9–3/5

Kassel F-14 (H1C2)
5/8–2/2

Korbach G-48 (I6C2)
5/9–1/2

Lauterbach H-62 (I9C2)
8/191–2/3 8/191–2/6 5/9–1/6

Limburg/Weilburg H-80 (I6D2)
8/191–1/8 8/191–2/22 5/9–2/4

Marburg G-39 (F1C2)
5/9–2/6

Melsungen H-70 (I2C2)		
5/8–2/2		5/9–1/13
Ober-Ramstadt H-64 (I4B2)		
5/9–1/7		
Offenbach F-13 (F2B2)		
8/189–3/5	8/191–1/5	5/8–2/1
Rotenburg H-71 (I4A9)		
5/9–1/8	5/9–1/14	
Rüdesheim H-83 (I3G2)		
8/191–1/7	8/191–2/12	5/9–3/3
Schlüchtern H-84 (I2G2)		
5/9–3/4	8/191–1/6	8/191–2/11
5/9–2/3		
Usingen I-149 (I12D2)		
8/191–1/11	5/9–3/15	
Weilburg H-82 (I7D2)		
5/9–3/2	8/191–1/2	8/191–1/8
8/191–2/9		
Wetzlar G-41 (I5D2)		
8/191–1/4	8/191–2/8	5/9–1/1
Wiesbaden F-15 (F1D2)		
8/191–1/2	8/191–2/5	5/8–2/3
Witzenhausen H-73 (H2C2)		
5/9–1/8	5/9–1/15	
Wolfhagen I-144 (I7C2)		
5/9–3/10		
Ziegenhain H-74 (E2C2)		
5/9–1/16		

Inhaltsverzeichnis des Repertoriums zum Teilbestand Hessen (OMGHE) der Akten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland (OMGUS) (Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden)

Band I	1. Detachments (Vorakten)
	2. Residence Office
	a) Wiesbaden
	b) Frankfurt/M.
	c) Darmstadt
Band II	d) Marburg
	e) Bad Hersfeld
	f) Kassel
Band III	3. Personnel and Administration Division
Band IV	4. Historical Division

Band V	5. Office of the Land Commissioner – Director (OLCH) 6. STEG (German Public Corporation for the Collection and Distribution of War Materials)
Band VI	7. Education and Religious Affairs Division/Education and Cultural Relations Division
Band VII	a) Office of the Chief
Band VIII	b) Education Branch c) Higher Education Branch d) University Officer
Band IX	e) Cultural Exchange Branch f) Religious Affairs Branch g) Theatre and Music Branch h) Youth Activities Section i) Adult Education Branch
Band X	8. Civil Administration Division/Civil Affairs Division a) Office of the Chief b) Governmental Affairs Branch c) Public Safety Branch
Band XI	d) Public Health Branch
Band XII	e) Public Welfare Branch
Band XIII	f) Denazification Branch
Band XIV	9. Information Service Division a) Office of the Chief
Band XV	b) Radio Branch c) Press Branch d) Publication Branch 10. Public Relations Division
Band XVI	11. Legal Division a) Prisons Branch
Band XVII	b) Legislation and Legal Counsel
Band XVIII	12. Intelligence Division
Band XIX	13. Economics Division a) Office of the Director
Band XX	b) Transportation Branch c) Manpower Branch d) Public Utilities Branch
Band XXI	e) Industry Branch
Band XXII	f) Food and Agriculture Branch g) Decartelization Branch
Band XXIII	14. Bipartite Liaison Division a) Economics Branch

Band XXIV b) Finance Branch

Band XXV c) Economics Division / Finance Branch

Band XXVI 15. Property Division
a) Office of the Director
b) Reparation and Restitution Branch

Anhang:
Band XXVII 1. OMGUS Control Office Historical Division
2. USFET

Repertorium mit kommentierenden Stichworten

(Als Fundstelle wird nur das Shipment und die Nummer der Box angegeben.)

1. *Detachments* (Vorakten)
8/18–1 bis 8/19–1, 8/26–1 bis 8/27–1
Nur einzelne Folder der Detachments E-2, E-3, E-4, E-5 Wiedereröffnung der Grundschulen, Entnazifizierung der Lehrer, Universität Gießen (Verfilmungsquote minimal).

2. *Residence Office*
Allgemeine Korrespondenz, Kommunalverwaltung, Reports, öffentliches Leben, politische Betätigung, Gesundheit, Wohlfahrt, Displaced Persons, Entnazifizierung, Parteien, Beschlagnahmen, Gerichte der Militärregierung, Kriminalstatistik, Flüchtlinge, Unfallmeldungen, Internierungslager.
a) *Wiesbaden* 8/1–1 bis 8/1–2
b) *Frankfurt/M.* 8/1–2 bis 8/2–3
Friedberg 8/3–1
Hanau 8/3–1
Bad Homburg 8/9–2 bis 8/9–3, 17/16–1 bis 17/16–3
c) *Darmstadt* 8/3–1, 8/11–3
Groß-Gerau 8/3–1, 8/3–2
Bergstraße 8/3–2
Dieburg 8/3–2 bis 8/4–1
Offenbach 8/4–1 bis 8/4–2
d) *Marburg* 8/5–1, 8/6–2, 8/12–1 bis 8/12–2
Dill 8/4–2
Biedenkopf 8/4–3, 8/6–2
Gießen 8/5–1 bis 8/5–3
e) *Bad Hersfeld* 8/5–2 bis 8/7–2
Fulda 8/7–2 bis 8/8–1
Ziegenhain 8/8–1, 8/8–2
Melsungen, Lauterbach, Rotenburg, Hünfeld 8/8–2
Alsfeld 8/8–2 bis 8/9–2
f) *Kassel* 8/9–3 bis 8/10–1, 8/11–2
Fritzlar 8/10–1 bis 8/11–1
Frankenberg, Hofgeismar/Wolfhagen 8/11–1
Waldeck 8/11–1, 8/11–3
Witzenhausen/Eschwege 8/11–2

3. *Personnel and Administration Division*
8/178–1 bis 8/180–3, 8/184–1, 8/185–1 bis 8/186–3
Allgemeine Korrespondenz, US-Angestellte, Deutsche Angestellte, Bulletins, Special Orders, General Orders, Internierungslager, Reports, Information Control, Wochen- und Monatsberichte, Meinungsforschung.

4. *Historical Division*
8/187–1 bis 8/191–2
Tagesjournale; wöchentliche, halbmonatliche und monatliche Berichte der Detachments, Divisions, einzelne Branches; Reports zu Entnazifizierung, Reparationen; Rohmaterial für die Zusammenstellung der Historical Reports von OMGHE.

5. *Office of the Land Commissioner – Director*
8/213–1 bis 8/217–3, 17/15–3
Allgemeine Korrespondenz, Flüchtlinge und DPs, Untersuchungen und Inspektionen, Anweisungen an deutsche Behörden, Wahlen, Freizeiteinrichtungen, Höhepunkte der Politik der Militärregierung, Politische Parteien, Special Orders, Reports, Korrespondenz mit Divisions, Branches, Detachments.

6. *STEG (German Public Corporation for the Collection and Distribution of War Materials)* (Staatliche Erfassungsgesellschaft für öffentliches Gut mbH)
17/163–1

7. *Education and Religious Affairs Division / Education and Cultural Relations Division*
8/18–1 bis 8/24–3, 8/26–1 bis 8/29–3
Allgemeine Korrespondenz, Reports, Schulwesen, Universitäten, Studenten, Kultusministerium, Entnazifizierung, Lehrpersonal, Berufsschulen, Fachschulen, Privatschulen, Kirchen, Sekten, Jugendorganisationen, Sportvereine, Expertenaustausch, Konferenzprotokolle, Jugendaktivitäten, Camps.
   a) Office of the Chief
   8/15–1 bis 8/17–3
   Korrespondenz, Expertenaustausch, Kultusministerium, Universitäten, Schulreform, Schulbücher, Erwachsenenbildung, Reorientation, Büchereien, Konferenzen, Kulturaustausch.
   b) Education Branch
   8/18–1 bis 8/22–3, 8/24–1 bis 8/24–3, 8/44–2 bis 8/45–2
   Korrespondenz, Schulbücher, Curricula, Entnazifizierung, Lehrpersonal, berufliche Erziehung, Lehrerausbildung, Statistik, Demokratisierung, Schulzeitungen, Reports, Schulreform, Studentenstatistik, Konferenzen, Tagungen.
   c) *Higher Education Branch*
   8/20–2 bis 8/22–2
   Korrespondenz, Kultusministerium, Hessische Universitäten, Studenten, Austauschprogramme, Uni-Personal, Entnazifizierung, Veranstaltungen, Studentische Organisationen, Wohnungsprobleme, Forschung, Reports.
   d) *University Officer*
   8/18–3, 8/19–2, 8/24–3
   Nur Universitäten Marburg und Gießen.
   e) *Cultural Exchange Branch*
   8/19–2 bis 8/20–2, 8/24–3
   Kultur- und Expertenaustausch, Studentenaustausch.

f) *Religious Affairs Branch*
8/26–2 bis 8/28–1
Kirchen, Sekten, Entnazifizierung, Reports, Theologie, Studenten-Statistik.

g) *Theater and Music Branch*
8/24–3, 8/44–1
Report, Theater, Korrespondenz.

h) *Youth Activities Section*
8/28–3 bis 8/32–3
Korrespondenz, Jugendorganisationen, Jugendringe, Kreisjugendpfleger, Landesjugendausschuß, Sport, Camps, Jugendpublikationen, Jugendleiter, Reports über Einstellung von Jugendlichen, Konferenzen.

i) *Adult Ecucation Branch*
8/22–3
Korrespondenz, Reports, Konferenzen, Erwachsenenbildung, Volkshochschulen, Lehrpersonal, Programme, Austausch.

8. *Civil Administration Division / Civil Affairs Division*

a) *Office of the Chief*
8/45–2 bis 8/47–2, 8/49–2, 8/49–3
Korrespondenz mit deutschen Verwaltungen, Reports, Wahlen, Parteien, Amtsblätter, Kreisblätter, Gesetzestexte, Sitzungsprotokolle etc. (kaum verfilmt, da meist Doppelüberlieferung).

b) *Governmental Affairs Branch*
8/47–3 bis 8/49–1
Öffentlicher Dienst; Parteien, Programme, Aktivitäten, Mitglieder; Interessenverbände.

c) *Public Safety Branch*
8/50–1 bis 8/50–3, 8/53–1, 8/53–2
Allgemeine Korrespondenz, Anordnungen, Inspektionen, Polizei, Feuerwehr, Straftaten von Displaced Persons.

d) *Public Health Branch*
8/53–2 bis 8/63–1
Allgemeine Korrespondenz, Entnazifizierung des medizinischen Personals, Krankenhäuser, Gesundheitswesen, DP-Camps, Erhebungen über Krankheiten, Reports, Medizinisches Gerät und Arzneimittelversorgung.

e) *Public Welfare Branch*
8/63–1 bis 8/69–3
Allgemeine Korrespondenz, Reports, Wohnungsprobleme, Jugendwohlfahrt, Displaced Persons, illegale Grenzübertritte, Verfolgte, Zulassung privater Wohlfahrtsorganisationen, Behinderte, Flüchtlingslager, Massenspeisungen.

f) *Denazification Branch*
8/78–1 bis 8/79–3
Allgemeine Korrespondenz, Ministerium für politische Befreiung, Reports der Detachments, Berichte über Einzelpersonen, Spruchkammern, Internierungslager Darmstadt, Arbeitslager.

9. *Information Service Division*

a) *Office of the Chief*
8/153–2 bis 8/157–3
Allgemeine Korrespondenz, Reports, Kammern, Verbände, Vereine, Lizenzen, Lizenzträger, Presse, Verlage, Verleger, Pressegesetz, US- und deutsches Per-

sonal, Regelungen, Konferenzen, Untersuchungsberichte, öffentliche Meinung.

b) *Radio Branch*
8/157–3, 8/161–2, 8/161–3, 8/172–1
Reports, Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf Film, Radio, Zeitungen, Radio Frankfurt, Reden und Interviews.

c) *Press Branch*
8/158–1 bis 8/161–2, 8/171–1
Allgemeine Korrespondenz, Zeitungen (z.B. Frankfurter Rundschau, Hessische Nachrichten, Neuer Mainzer Anzeiger, Wiesbadener Kurier, Rheingauer Anzeiger, Frankfurter Neue Presse, Darmstädter Echo, Darmstädter Tagblatt), Personal, Lizenzträger, Lizenzen, Pressestatistik, DANA, Jugendzeitschriften, Entnazifizierung, Druckereien, Papierzuteilung, Buchhändler, Büchereien, Verleger, Reports.

d) *Publication Branch*
8/171–2 bis 8/172–2, 8/176–1, 8/176–2
Allgemeine Korrespondenz, Verleger, DP-Publikationen, Reports, NS-Literatur, Verbotene Literatur, Druckrechte.

10. Public Relations Division
8/191–3 bis 8/192–3
Allgemeine Korrespondenz, Erwachsenenbildung, Jugendarbeit, Frauenarbeit, Reorientation, Gemeinwesenarbeit, Expertenaustausch.

11. Legal Division

a) *Prisons Branch*
8/196–1 bis 8/212–3
Gerichtsakten der einzelnen Gerichtsorte, Gnadengesuche, Einzelfälle, Reports (Verfilmungsquote 5–10%).

b) *Legislation and Legal Counsel*
17/202–1 bis 17/212–3
Korrespondenz, Justizministerium, Gerichte, Gesetzestexte, Ausführungsbestimmungen, Verordnungen, Spezielle Rechtsfragen, Reports, Organisationsfragen (Verfilmungsquote minimal).

12. Intelligence Division
8/193–2 bis 8/195–3, 17/125–1
Allgemeine Korrespondenz, Anordnungen, Reports, Politische Aktivitäten allgemein, Parteien, Gewerkschaften, einzelne Untersuchungsberichte über Personen und Parteien.

13. Economics Division

a) *Office of the Director*
8/80–1 bis 8/86–3, 17/19–1, 17/19–2
Allgemeine Korrespondenz, Wirtschaftsministerium, Entnazifizierung, Deutsche Kontrollämter, Interzonen- und Außenhandel, Kompensationsgeschäfte, Kohleversorgung, Preiskontrolle, Wirtschaftsstatistik, Wirtschaftsentwicklung, Produktion, Berichte über Firmen und Branchen, Hilfsaktionen.

b) *Transportation Branch*
8/87–1 bis 8/88–3,17/19–2
Allgemeine Korrespondenz, Wirtschaftsministerium, Verkehrswege, Entnazifizierung, Transportprobleme, Energieversorgung, Reports, Kraftfahrzeuge.

c) *Manpower Branch*
8/89–1, 8/89–2, 8/115–2, 8/115–3, 8/118–1
Allgemeine Korrespondenz, Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt, Arbeitskräfteprobleme, Gewerkschaften, Arbeitsrecht, Betriebsräte, Entnazifizierung, Arbeitsverwaltung, Sozialversicherung.

d) *Public Utilities Branch*
8/91–2, 8/91–3, 17/19–1
Allgemeine Korrespondenz, Wirtschaftsministerium, Straßenbauverwaltung, Reports, Zustandsberichte Verkehrswege, öffentliche Energieversorgung.

e) *Industry Branch*
8/91–3 bis 8/94–3, 17/25–1, 17/25–2
Allgemeine Korrespondenz, Reports, einzelne Firmen, Zuteilung von Roh- und Werkstoffen, Energieversorgung; Produktionsberichte über Firmen, Industriezweige, Produkte; Lieferverträge; Bestandsaufnahmen über Betriebe, die die militärische Sicherheit gefährden.

f) *Food and Agriculture Branch*
8/118–1 bis 8/126–3, 17/15–1, 17/15–3, 17/24–2, 17/163–2, 17/163–3
Allgemeine Korrespondenz, Landwirtschaftsministerium, Reports, Nahrungsmittelproduktion und Produkte, Feldpolizei, Forstverwaltung, Kammern, Berufsverbände, Lebensmitteldiebstähle, Landesernährungsamt, Nahrungsmittelmangel, Landwirtschaftsstatistik, Düngemittel, Jagd und Fischerei, Expertenaustausch, Entnazifizierung, Landreform, Nahrungsmittelstatistik.

g) *Decartelization Branch*
17/8283 bis 17/8290
Allgemeine Korrespondenz, Reports und Erhebungen zur Entflechtung einzelner Firmen (z. B. Bosch GmbH, Henschel und Sohn GmbH, DEGUSSA, E. Merck, Spinnfaser AG, Wintershall AG).

14. Bipartite Liaison Division

a) *Economics Branch*
17/19–2, 17/164–1 bis 17/166–3, 17/169–1
Allgemeine Korrespondenz, Reports, Bestandsaufnahmen von Firmen in der US-Zone, einzelne Produkte, Untersuchung und Befragung IG-Farben, chemische und angeschlossene Industrie, Energieversorgung, Export – Import, Reparationen, Kriegsindustrie, Entflechtung, Währungsreform, Außenhandelsbeziehungen.

b) *Finance Branch*
17/169–2 bis 17/170–2
Marshallplan, Kreditpolitik, Devisen, ausländische Gutachten, Ansprüche von Kriegsgefangenen, gesperrte Konten, Landeszentralbank, Preise, Zollverwaltung, Zölle, Zollunion, Konferenzen.

c) *Economics Division / Finance Branch*
8/103–1 bis 8/105–3, 8/113–1 bis 8/114–3, 8/176–2, 17/19–3 bis 17/24–1
Allgemeine Korrespondenz, Finanzministerium, Landeszentralbank, Reports, Banken, Finanzberichte, Pensionen, Beutegut, gesperrte Konten, Zollämter, Staatshaushalt, Steuern, Besatzungskosten, Lastenausgleich, Währungsreform, Entnazifizierung, Finanzämter.

15. Property Division

a) *Office of the Director*
8/128–1 bis 8/137–2

Allgemeine Korrespondenz, Vermögenskontrolle, Treuhänder, ehemalige Besitzer zwangsenteigneter Güter, individuelle und institutionelle Ansprüche auf Rückerstattung beschlagnahmter Vermögenswerte, Wehrmachtseigentum, Entflechtung, Reports.

b) *Reparation and Restitution Branch*
8/137–2 bis 8/151–3
Reparationsgüter, Inventarisierung, einzelne Firmen, Zerstörung der Kriegsindustrie, Rückerstattung, Wiedergutmachung, Munitionsverwertungsprogramme, Reports, Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung, Abschlußbericht.

1. *OMGUS Control Office Historical Division*
3/437–1, 5/7–2 bis 5/9–3, 5/41–1 bis 5/43–1, 5/53–1, 11/17–3
Historical Reports OMGHE; verschiedenartigste Reports der Detachments, Divisions, Branches; statistisches Material und statistisches Handbuch der Economics Division.

2. *USFET*
USFET-Akten (RG 338) Box Nr. 11063 – 11065, 11068
After Action Reports, Truppenbewegungen
The Adjutant General's Office (RG 407) Box Nr. 2673
After Action Report Nr. 155 (G-5, 7th Army)
Detachment-Standorte Südhessen.

Wie sich aus den Akten der Divisions immer wieder Hinweise auf lokale und regionale Entwicklungen ergeben, findet man in den Akten der Detachments und Liaison & Security Offices Material zu übergreifenden Fragestellungen. Deshalb wird jede Arbeit mit den Akten der amerikanischen Militärregierung in Hessen bis auf weiteres mit einer systematischen Durchsicht des gesamten Repertoriums beginnen müssen. Unsere knappe Skizze der organisatorischen und funktionalen Gliederung von OMGHE sowie unsere Bemerkungen zum Quellenbestand sollten dabei, so hoffen wir, orientierende Hilfestellungen geben können.

2. Deutsche Quellen zur amerikanischen Militärregierung in Hessen

Wer über die amerikanische Militärregierung in Hessen arbeiten möchte, muß zum beschriebenen amerikanischen Quellenmaterial die Bestände der deutschen Archive heranziehen. In Stadt- und Kreisarchiven finden sich Unterlagen zu den lokalen Gliederungen der Militärregierungen, die in der Korrespondenz zwischen Kreisen und Gemeinden auf der einen und der Militärregierung auf der anderen Seite angefallen sind. Da diese Quellen in von Ort zu Ort sehr unterschiedlichem Maß erhalten und verzeichnet sind, können darüber keine allgemeinen Aussagen gemacht werden. Gleiches gilt für die ersten deutschen Regierungen in Hessen, deren Akten teilweise in den hessischen Staatsarchiven zugänglich sind. Für die Provinzialregierung Starkenburg und für den Regierungsbezirk Darmstadt ist das Staatsarchiv Darmstadt zuständig, während die Materialien für Hessen-Nassau vom Staatsarchiv Marburg verwaltet werden. Im Hauptstaatsarchiv Wiesbaden befinden sich die Quellen zum Regierungsbezirk Wiesbaden.
Im Hauptstaatsarchiv sind auch die wichtigsten deutschen Quellen zu OMGHE in Wiesbaden zugänglich. Sie sind aus der Zusammenarbeit zwischen OMGHE und der

hessischen Landesregierung hervorgegangen und befinden sich in folgenden Abteilungen des Hauptstaatsarchivs:

Abt. 501 Der Hessische Minister für politische Befreiung (bis 1946 Minister für politische Bereinigung, bis 1947 Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung)
Abt. 502 Der Hessische Ministerpräsident – Staatskanzlei (bis 1947 Ministerpräsident – Chef der Staatskanzlei)
Abt. 503 Der Hessische Minister des Innern (bis 1947 Minister des Innern)
Abt. 504 Der Hessische Kultusminister (bis 1947 Minister für Kultur und Unterricht; 1947–1949 Hessischer Minister für Kultus und Unterricht)
Abt. 505 Der Hessische Minister der Justiz (bis 1947 Minister der Justiz)
Abt. 506 Der Hessische Minister der Finanzen (bis 1947 Minister der Finanzen)
Abt. 507 Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik (bis 1947 Minister für Wirtschaft und Verkehr)
Abt. 508 Der Hessische Sozialminister (bis 1947 Minister für Arbeit und Volkswohlfahrt)
Abt. 509 Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten (1947–1950 Hessischer Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten)

Da der Ministerpräsident gegenüber OMGHE die Gesamtverantwortung für die Politik der Landesregierung trug, ist die Abteilung 502 besonders bedeutsam. Hier ist ein umfangreicher Schriftwechsel mit der Militärregierung vorhanden (Behördenregistraturzeichen 2e). In der gleichen Abteilung finden sich auch Unterlagen zur Wohnungsbeschlagnahmung durch die Militärregierung. Allerdings sind auch im Geschäftsgang der anderen Ministerien hin und wieder Akten im Umgang mit der Militärregierung angefallen. Hervorzuheben sind das Ministerium für politische Befreiung, das Ministerium des Innern und das Wirtschaftsministerium, in dem auch Akten zur Auseinandersetzung um die Sozialisierung angefallen sind.
In den Nachlässen der ersten Ministerpräsidenten Karl Geiler (Hauptstaatsarchiv, Abt. 1126), seines Nachfolgers Christian Stock (Staatsarchiv Darmstadt, Bestand 0–27), des Erziehungsministers Erwin Stein (Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 1178), des zeitweiligen Chefs der Staatskanzlei Hermann Brill (Bundesarchiv, Koblenz) und des Chefs der Provinzialregierung Starkenburg Ludwig Bergsträsser (Institut für Wissenschaftliche Politik, Universität Marburg) finden sich weitere Quellen zur Militärregierung

Office of Military Government for Wuerttemberg-Baden

Von

Wilfried Schöntag

A. Historischer Überblick

1. Die Vorgeschichte: Planungen für die Militärregierung und die Entstehung der Besatzungszonen in Baden und Württemberg

Die Planungen für die Arbeit der amerikanischen Militärregierungen in den zu besetzenden Gebieten reichen in das Jahr 1942 zurück. Hier wird jedoch nur so weit darauf eingegangen, als sie für die Entwicklung in Württemberg und Baden von Bedeutung waren.

Sehr früh stieß William W. Dawson, Rechtsanwalt und Professor der Rechte, zu diesem Aufgabenbereich.[1] Er lehrte ab Oktober 1942 an der School for Government of Occupied Territory in Charlottesville/Virginia. Über Camp Custer, Michigan, zog er dann nach Shrivenham, England. Im Army School Center wurden dort die Grundlagen für die European Civil Affairs Division (ECAD) gelegt, die im Februar 1944 ihre Arbeit aufnahm. Etwa 3000 Offiziere, Spezialisten für alle Verwaltungsbereiche, bereiteten sich dort auf ihre Arbeiten vor. In Manchester begannen im Sommer 1944 die Planungen für bestimmte Einsatzgebiete in Deutschland (ECAD Regional Staff Program Training Division). Hier löste Lt.Col. Dawson Col. Dillard als Leiter des ECAD Training Programms für Deutschland ab. Zwei Pläne für unterschiedliche Formen der militärischen Besetzung wurden ausgearbeitet. Eine dritte Variante, die dann eintrat, die Besetzung eines Teiles durch französische Truppen, war damals nicht vorhersehbar. Daher gab es für diese Lage später auch keine Pläne. Die Offiziere wurden intensiv in die Verhältnisse der einzelnen deutschen Länder eingeführt. Dieses allgemeine Studium setzte Ende Juli 1944 ein. Eine Aufteilung in Gruppen und eine Aufstellung der Detachments für die Einsatzgebiete im Rheinland, in Hessen, Baden, Württemberg und Bayern erfolgte im August und September 1944 in Rochefort, Frankreich. Die Schulung war darauf ausgerichtet, die Offiziere auf eine Tätigkeit an einem ganz bestimmten Ort vorzubereiten. Dieses Konzept wurde vor allem in den höheren Stäben vertreten, auf der unteren Ebene wurde es teilweise angegriffen und in Frage gestellt.[2]

Am 20. Oktober 1944 wurde Dawson zum Commanding Officer von Detachment E1E2, dem Regional Military Government Team für Baden, ernannt. Gleichzeitig wurde er damit Senior Commander der Kompanien E und F des 2nd ECA Regiments. Mit diesen beiden Kompanien und einigen Detachments der Company, 3rd ECAR, die für Südwürttemberg bestimmt waren, zog er von Rochefort in das Hauptquartier nach Martigny les Bains, 40 km vom damaligen Hauptquartier der 6th US Army Group entfernt. Anfang November mußte das Winterquartier nach Châtillon sur Seine verlegt werden, da die 7. US Armee die Unterkünfte in Martigny benötigte. In diesen Wochen erfolgten zahlreiche Umbesetzungen innerhalb der Detachments wie auch die Abgabe von Detachments an andere Armeen.

Kommandeur des Detachments E1C3, des Regional Military Government Teams für Württemberg, war Lt.Col. James R. Newman. Er befehligte als Senior Detachment

---

[1] OMGWB / Historical Branch, CO, OMGUS: History of Military Government in Land Wuerttemberg-Baden to 30 June 1946 (3/410-2/6). Kap.1, Introduction. (Im folgenden zit.: OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB).

[2] 12/226-1/1-11.

Commander die Kompanien C und G, 3rd ECAR, deren Detachments Mitte September 1944 für den Einsatz in Württemberg neu aufgestellt worden waren.[3] Diese Einheiten bezogen ihr Winterquartier in Troyes. Dort wurden die Pläne für den Aufbau der württembergischen Verwaltung verfeinert.

Die militärischen Planungen sahen im September 1944 vor, daß die 1. Französische Armee im Rahmen der amerikanischen 6. Armeegruppe in Süddeutschland die an ihre Grenzen stoßenden deutschen Gebiete erobern sollte. Die amerikanischen Detachments der Company F, 2nd ECAR, und Company C, 3rd ECAR, sollten unter dem Schutz der französischen Truppen die deutsche Verwaltung aufbauen und kontrollieren.[4]

Im Dezember 1944 errichtete die französische Regierung in Paris eine Schule für französische Militärverwaltungsoffiziere. Viele amerikanische Offiziere der Kompanien E und F lehrten dort als Instruktoren. Die in Paris theoretisch ausgebildeten Franzosen wurden im Februar 1945 von den Amerikanern in Montbard in die Arbeit vor Ort eingeführt.

Dies ist der Hintergrund dafür, daß zunächst amerikanische Offiziere mit ihren Military Government Detachments die französischen Truppen auf ihrem Vormarsch ins Elsaß begleiteten. Nachdem auf der Konferenz von Jalta die französische Stellung durch die Beteiligung am Alliierten Kontrollrat aufgewertet worden war, waren die gemeinsamen Planungen für die Franzosen nicht mehr annehmbar. Das nun gleichberechtigte Frankreich wollte das Recht erlangen, eine eigene Besatzungszone unmittelbar und eigenständig zu verwalten. Den Amerikanern wurde im März 1945 nach und nach klar, daß ihre Detachments nicht in den französisch besetzten Gebieten würden arbeiten können. Es kam zwar noch dazu, daß amerikanische Detachments mit den französischen Truppen in Karlsruhe und Stuttgart einzogen. Da die Franzosen ihnen jedoch die Tätigkeit untersagten, zogen sie nach wenigen Tagen wieder ab. Dawson und die anderen Offiziere, die bei der Ausbildung der französischen Militärverwaltungsoffiziere ausgeholfen und „Entwicklungshilfe" geleistet hatten, mußten nun zusehen, wie sie von diesen herausgedrängt wurden.

Das Problem der Zonengrenze mußte völlig neu geregelt werden, da sich die SHAEF-Politik vom Dezember 1944 nicht mehr durchführen ließ, die ihren Niederschlag in § 41 (d) des Handbook for Military Government in Germany gefunden hatte. Danach sollten die eventuell von französischen Truppen besetzten Gebiete Teil der amerikanischen oder britischen Zone sein. Die gemischt besetzten Militärregierungen sollten dem Oberbefehlshaber der jeweiligen Armeegruppe unterstehen. Nun mußte aber eine eigenständige französische Besatzungszone abgegrenzt werden. Die Aufteilung von Baden und Württemberg auf zwei Besatzungszonen zog beträchtliche Schwierigkeiten in der Abgrenzung der Verantwortlichkeit der amerikanischen Militärregierung nach sich. Im „Handbook" war in § 39 festgelegt, daß bei einer Aufteilung eines Militärregierungsbezirks auf zwei Military Districts der Kommandeur die Kontrolle und Aufsicht über die Militärregierung des Gesamtlandes ausüben sollte, in dessen Bereich die Landeshauptstadt lag. Beherrschte ein Kommandeur eines Militärdistrikts mehrere Landeshauptstädte, so war er für die Militärregierungen in allen be-

---

[3] Det. E1C3: War Diary vom 17.9.1944, mit Aufstellung der Detachments für Württemberg. Das Tagebuch weist auch die Personalveränderungen in den folgenden Wochen nach (3/413–2/1).

[4] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB Kap. 1, Section V, S. 133 (3/410–2/16); vgl. OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Introduction; Bericht über die allgemeine Entwicklung 1945/46 (12/1–1/33), S. 24 ff.

troffenen Ländern zuständig. Ende 1944 war diese Regelung von untergeordneter Bedeutung, da man davon ausging, daß kein Land durch Besatzungsgrenzen geteilt werden sollte. Nachdem nun aber im März/April 1945 der Fall doch eingetreten war, entstand für die Amerikaner das Dilemma, daß die 1. Französische Armee, die bis Mai 1945 dem Kommando der 6. US Armeegruppe unterstand, gemäß § 39 „Handbook" in beiden Landeshauptstädten Karlsruhe und Stuttgart deutsche Landesverwaltungen für die Gesamtländer, d. h. auch für den amerikanisch besetzten Teil vorbereitete und in Stuttgart auch einsetzte. Da sich jedoch die politischen Rahmenbedingungen verändert hatten, erkannten die Amerikaner die französischen Maßnahmen für ihre Besatzungszone nicht an. Mit Zwang setzten sie schließlich durch, daß die Franzosen die beiden Landeshauptstädte räumten. Damit hatten die Amerikaner das Recht auf die Bildung der jeweiligen Landesregierung erhalten. Die Weichen für die Teilung der beiden Länder und eine Zusammenfassung von Nordbaden und Nordwürttemberg waren mit der Auflösung des Regional Military Government Detachment für Baden gestellt. Die Planungen der Amerikaner für die Bezirke der Militärregierungen im Western Military District waren bis Juni/Juli 1945 zwar noch im Fluß. Sie sahen jedoch in jedem Falle für Nordbaden und -württemberg eine übergreifende Militärverwaltung und damit auch deutsche Verwaltung in Stuttgart vor.[5] Dawson und seine engeren Mitarbeiter befürworteten die Teilung der beiden Länder nicht. Er strebte eine Verständigung mit den Franzosen und eine gemeinsame Militärverwaltung an, konnte sich aber nicht durchsetzen.[6]

Die History of Military Government in Land Wuerttemberg-Baden to 30 June 1946 kommentiert die Teilung sehr kritisch.[7] Sie sei willkürlich, eigenmächtig, unter Zwang und ohne Berücksichtigung der Anliegen der Betroffenen erfolgt.[8] Die Demokratisierungsbemühungen und der Aufbau einer demokratischen Verwaltung erlitten immer wieder schwere Rückschläge, da die Spannungen zwischen den beiden Landesteilen mit ihren unterschiedlichen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungen immer wieder aufbrachen.[9] „Future historians will have to decide upon the wisdom of attempting to amalgate two such diverse areas as North Wuerttemberg and North Baden instead of allowing them to retain their separate identity as did the French Military Government in their respective sectors of the two Laender".[10] Die Proklamation Nr. 2 vom 19. September 1945 vereinigte die aufgrund von logistischen und taktischen Erwägungen zusammengefaßten Rumpfländer zum Land Württemberg-Baden. Damit war für die Militärregierung eine unvorhergesehene Lage entstanden, mit der sie nun fertig werden mußte.

---

[5] Freundliche Mitteilung von Dr. Klaus Oldenhage, Koblenz. G-5, SHAEF, Fwd/IA/803 vom 14.6.1945 betr. Military Government Region Land Hessen-Baden-Wuerttemberg. Vgl. Gillen: State and Local Government, S. 42 f.; vgl auch Nüske: Württemberg-Hohenzollern, S. 182 ff.

[6] Gillen: State and Local Government, S. 44.

[7] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section XI: Retrospect and Forecast, bes. S. 197 ff. (12/1-1/33).

[8] Noch 1948 heißt es in: Wuerttemberg. A Synopsis, S. 7 (12/1-1/5): „Land Wuerttemberg-Baden was created by Military Government order. Considered a ‚shotgun-wedding' many administrative relationships remain still unsolved". Vgl. die Zusammenfassung der Probleme in einer von Chester B. Lewis verfaßten Rede an die Offiziere von OMGWB vom 13.3.1946 (12/1-1/17).

[9] Bericht Ende 1947, S. 3 (12/1-1/5).

[10] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section XI, S. 3 (12/1-1/33).

Die „geistigen Väter", die die Umsetzung und Durchführung der von USFET ausgearbeiteten Politik auf die württembergischen und badischen Verhältnisse vornahmen, waren Capt. Chester B. Lewis, Administration and Local Government Officer, der schon 1944 in Manchester an den Planungen für Württemberg mitgearbeitet hatte, und für Baden zunächst Capt. Loran L. Lewis und Major Ward J. Starr, dann der spätere Regional Military Government Officer Dawson. Der von Chester B. Lewis am 24. Februar 1945 vorgelegte Plan über den Aufbau einer Militärregierung wie einer deutschen Verwaltung (Operational Plan Land Wuerttemberg, Germany, Administration and Local Government)[11] konnte wegen der unvorhergesehenen Zonengrenzziehung nur teilweise und auch dann erst nach dem 8. Juli 1945, dem Tag der Übernahme von Stuttgart, durchgeführt werden.[12] Loran L. Lewis arbeitete nach der Besetzung im Detachment für den LKB Mannheim.

Die französische Besetzung von Teilen Badens und Württembergs und der Ausschluß der Amerikaner von der Verwaltung demoralisierte zunächst die Offiziere. Schon in den Trainingslagern hatte es Widerstände gegen eine zu enge Ausbildung für nur einen Einsatzort gegeben. Jetzt wurden diese Kritiker bestätigt. Nun gab es eine große Zahl von hochspezialisierten Offizieren, die zum Nichtstun verdammt waren, da sie ihren Einsatzort nicht beziehen konnten. Die Schreiben Dawsons aus den ersten Wochen nach der Besetzung enthalten immer wieder Hinweise auf diese Enttäuschung und die gedrückte Stimmung unter seinen Offizieren.[13]

2. Die Militärregierung im Land Württemberg-Baden bis Mai 1946 (Regional Military Government Wuerttemberg-Baden, Det. E1C3 – Office of Military Government for Land Wuerttemberg-Baden)

a) Die Konsolidierung von Det. E1C3 – OMGWB – bis Dezember 1945

Am 25. April 1945 hatte Col. Dawson das Kommando über das Detachment E1C3 übernommen, das die Landesverwaltung in den von den Amerikanern besetzten Teilen von Baden und Württemberg aufbauen und kontrollieren sollte. Von Hockenheim zogen Vorausabteilungen am 2. Mai nach Schwäbisch Hall, am 4. Mai war das Detachment dort vollständig versammelt.[14] Als Zeitpunkt für die Aufnahme der Arbeit in Württemberg wurde im Selbstverständnis der Militärregierung der 8. Mai 1945. An diesem Tag bezog das Detachment sein Hauptquartier in Schwäbisch Gmünd. Die aufgabenbezogene Organisation (functional organization) entsprach den in Manchester und Rochefort ausgearbeiteten Plänen.[15]

---

[11] 12/226-1/1-11.

[12] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Introduction, Kap. 1 (3/410-2/6); ebenda Kap. 3, Administration, S. 308 (3/410-2/6).

[13] 12/226-1/1-11.

[14] Det. E1C3: Weekly Report vom 5.5.1945 (12/26-1/13); vgl. OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 267 ff. (12/23-1/14, 3/410-2/6).

[15] Det. E1C3: Weekly Report vom 13.5.1945 (12/26-1/13); OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Section VII, 1-7, S. 70 f., S. 148 ff. (12/23-1/12).

Übersicht 1: Organisation des Regional Military Government Detachment E1C3, 8. Mai 1945[16]

Command, Executive and Administrative Duties	Regional Military Government Officer Deputy RMG Officer Executive Officer Administrative Officer
Functional Activities, Special Offices	Administration and Local Government Public Safety Legal Finance Property Control Trade and Industry Economics and Public Utilities Transportation Displaced Persons Public Welfare Public Health Labor Education and Religion Monuments, Fine Arts and Archives Historical Information and Political Intelligence

Für jeden Aufgabenbereich standen ein oder mehrere Offiziere zur Verfügung, insgesamt 23. Diese mußten ihren Fachbereich nun organisieren, indem sie Verbindung zu der von der französischen Militärregierung in Stuttgart eingesetzten Verwaltung sowie zu den von den amerikanischen Detachments auf Gemeinde- oder Kreisebene schon wieder in Gang gebrachten deutschen Verwaltungen aufnahmen. Da die Kommunikationsmittel zusammengebrochen waren und selbst für die Militärregierung nur eine begrenzte Zahl von Fernsprechleitungen zur Verfügung stand, bedeutete dies, daß die Offiziere umherreisen mußten, um die Dinge an Ort und Stelle zu regeln.

In den Tagen zwischen dem 26. Mai und dem 2. Juni 1945 fanden die ersten Besprechungen aller Offiziere statt, um die Arbeit zu koordinieren. Die seit Anfang Mai bestehenden Kontakte zur französischen Militärregierung wurden verstärkt, um eine über die Zonengrenze hinwegreichende Landesverwaltung ins Leben zu rufen.[17] Anfang Juli hatten sich die Vorstellungen der Amerikaner konkretisiert. Am 5. Juli 1945 fuhr eine Gruppe von Fachoffizieren, die Inneres, Finanzen, Wirtschaft, Erziehung und Kultus vertraten, nach Stuttgart, um den Aufbau der Landesverwaltung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Im Gegensatz zu den Franzosen, die neun Landesdirektoren eingesetzt hatten,[18] wollten die Amerikaner nur sechs Ministerien einrichten.[19] Weiterhin wollten die Amerikaner in ihrem Besatzungsbereich die drei Verwaltungseinheiten Nordwürttemberg, Landeskommissariatsbezirk Mannheim und Landeskommissariatsbezirk Karlsruhe beibehalten.

---

[16] 3/410-2/6.

[17] Dawson an Col. Dillard, 11.5.1945 (12/226-1/1-11); Det. E1C3: Weekly Report Nr. 5, 2.6.1945 (12/26-1/13).

[18] Nachrichten der Militärregierung für den Stadtkreis Stuttgart vom 19.6.1945 (abgedr. bei Sauer: Demokratischer Neubeginn, S. 14).

[19] Det. E1C3: Weekly Report Nr. 12, 21.7.1945; vgl. auch Report Nr. 9 (12/26-1/13); OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Section VII, S. 150f. (3/410-2/6).

Dawson wollte mit den Franzosen zu einer Vereinbarung über eine Zusammenarbeit beim Aufbau einer Landesverwaltung kommen,[20] um die Einheit der beiden Länder so weit wie möglich zu bewahren. Solange die Franzosen jedoch keine Zugeständnisse machten, wachte er andererseits darüber, daß diese in der US-Zone keine Befugnisse erlangten.[21]

Die Politik der Amerikaner war darauf ausgerichtet, vor der endgültigen Festlegung der Zonengrenze keine Bindungen hinsichtlich einer Landesverwaltung oder Landesregierung einzugehen. In diesen Wochen der Unsicherheit sollten die Offiziere von Detachment E1C3 eng mit den Kreisdetachments zusammenarbeiten und übergeordnete Belange nur klären, wenn es die Lage unbedingt erforderte. Der Schwerpunkt der Arbeit der Militärregierung lag daher bis weit in den August hinein bei den Detachments auf Kreisebene. Die Struktur der Militärregierung im Gebiet des späteren Landes Württemberg-Baden entwickelte sich aus einer locker verknüpften, ungleichen Ansammlung von Detachments auf Kreis- und Bezirksebene. In diesen Wochen wurden die Kreisdetachments immer wieder mit einiger Berechtigung als „little kingdoms" bezeichnet, wenn man die Machtfülle der Offiziere als Maßstab nimmt.[22] Noch im November 1945 war Det. E-1, OMGWB, nicht über alle Entwicklungen in den nachgeordneten Einheiten informiert und mußte daher Umfragen über organisatorische Veränderungen vornehmen. Erst nach und nach entstand eine hierarchische Organisation mit abgegrenzten Verantwortungsbereichen.

Die Franzosen hatten es da leichter. Ihre Ausgangslage war wesentlich einfacher und klarer, so daß sie entsprechend der von den Alliierten entworfenen Planung am 13. Juni 1945 neun Landesbehörden einrichteten, deren Wirkungskreis sich auch auf die amerikanische Zone erstrecken sollte.

Einige Aufgaben waren nicht den amerikanischen Militärregierungen zugewiesen worden, sondern wurden in den ersten Monaten nach der Besetzung auf Armeebene bearbeitet.[23] Hierzu gehörte zum einen die Kontrolle über die deutschen Medien durch das 6871st District Information Service Control Command (DISCC) und zum anderen die Industrial Production Control. Weiterhin bestanden Displaced Persons Teams und UNRRA Teams, die eng mit den Detachments zusammenarbeiteten. Im September 1945 waren in Württemberg-Baden fünf DP-Teams mit 31 Offizieren und 34 Soldaten und 31 UNRRA-Teams mit 258 Mitarbeitern tätig.

Als die Linienführung der Zonengrenze schließlich festlag, wurden die Landeshauptstädte Karlsruhe und Stuttgart und die Landkreise, durch die die Autobahn Karlsruhe – Ulm verlief, am 8. Juli 1945 um 12 Uhr von den Franzosen an die Amerikaner übergeben.[24] Schon einige Tage vorher hielten sich amerikanische Quartiermacher in Stuttgart auf.[25] Da am 4. Juli schon der Stab der 100. US Infanteriedivision, die die mi-

---

[20] Vgl. z. B. die Festlegungen zwischen Dawson und Col. Niel vom 8.7.1945 (17/145-3/1).

[21] So erließ er eine Direktive an alle Detachments, daß Anweisungen der Landesdirektoren für die amerikanische Zone nur bindend seien, wenn sie von einem Offizier von Det. E1C3 unterschrieben seien (Det. E1C3: Weekly Report Nr. 8, 22.6.1945, 12/26-1/13).

[22] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1 (12/1-1/34); vgl. die von Chester B. Lewis verfaßte Ansprache an die Militärregierungsoffiziere vom 13.3.1946 (12/1-1/17).

[23] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB (3/410-2/6).

[24] OMGWB: Monthly Historical Report 8 July to 30 September 1945 (3/410-2/4). Dieser von M. Moskowitz verfaßte Bericht beschreibt sehr präzise die Fakten wie die allgemeine Lage.

[25] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB (12/1-1/6), dort auch Stadtplan mit Einzeichnung der einzelnen Dienststellen; vgl. auch Bericht Ende 1946 mit Bildern aus dem Graphic Survey Room, OMGWB (3/407-3/17).

litärische Besetzung vornehmen sollte, Ansprüche auf die Villa Reizenstein angemeldet hatte, kam das Vorauskommando des Det. E1C3 einen Tag zu spät. Dawson hätte dieses Gebäude gerne für sein Hauptquartier übernommen, konnte sich aber nicht durchsetzen. In dieser traditionsbeladenen, über der Stadt gelegenen Villa hatte der Reichsstatthalter residiert, dann die französische Militärregierung. Dawson mußte mit der ehemaligen Residenz des Kommandierenden Generals des Wehrkreises V in der Olgastraße 11–13 vorlieb nehmen. Weitere Büroräume wurden in der Olgastraße 9 und 24, in der Ulrichstraße 19, Gaisburgstraße 27 und Stafflenbergstraße 42 und 44 requiriert. Die Kantine konnte in der Olgastraße 18–20 eingerichtet werden. Für die Unterkünfte wurden zunächst 29 Villen beschlagnahmt. Dawson selbst wohnte in der Richard-Wagner-Straße 29. Der Offiziersklub befand sich in der Hohenheimerstraße 119. Da die Franzosen bei ihrem Abzug die von ihnen belegten Häuser fast vollständig ausgeräumt hatten, waren Reparatur- und Einrichtungsarbeiten notwendig, die mehrere Wochen beanspruchten. Das letzte Team von Det. E1C3 konnte daher erst am 6. August von Schwäbisch Gmünd nach Stuttgart umziehen.

Im Zuge der Auflösung von ECAD wurden die Bezirke der Detachments auf die deutschen Verwaltungsbezirke abgestimmt und zum 15. August umbenannt. Aus Det. E1C3 wurde E-1, Regional Military Government Office.

Erst im August 1945 war das Regional Military Government Detachment so weit konsolidiert, daß es Einfluß auf die Arbeit der Kreisdetachments in Württemberg und vor allem in Baden nehmen konnte. Weiterhin bestand eine wesentliche Aufgabe darin, auf der Grundlage der von der französischen Militärregierung geschaffenen Tatsachen eine Landesverwaltung nach amerikanischen Richtlinien aufzubauen.[26]

Mitte Juli 1945 bestand weitgehende Klarheit darüber, daß Nordbaden und Nordwürttemberg unter Beibehaltung gewachsener deutscher Verwaltungsstrukturen zu einem Land zusammengefaßt werden sollten. Im August erhielt Dawson den Befehl, beide Gebiete als ein Land, „a single land", zu behandeln.[27] Bis zum 12. August waren die Entscheidungen über den Aufbau einer deutschen Landesverwaltung gefallen, und die Organisationsstruktur stand fest,[28] und bis zum 19. August lag den vorgesetzten Stellen die Liste der Minister zur Genehmigung vor.[29] Schließlich fand am 24. September 1945 die feierliche Einsetzung und Vereidigung der Regierung für das Land Württemberg-Baden statt, das durch die Proklamation Nr. 2 vom 19. September 1945 geschaffen worden war.

Das Regional Military Government Detachment E-1 mußte im September 1945 entsprechend der Organisation der deutschen Landesverwaltung umstrukturiert werden, da der Grundsatz bestand, daß der Landesregierung und den Ministerien jeweils spiegelbildlich eine entsprechende Abteilung der Militärregierung gegenüberstehen sollte. Dies bedeutete auch, daß spätere Veränderungen auf deutscher Seite Änderungen im Gefüge der Militärregierung nach sich zogen.

Übersichten über die Gliederung von Det. E-1 kurz vor der Einsetzung der Regierung und danach verdeutlichen den Wandel. Weiterhin sind an der Stellenbesetzung die Arbeitsschwerpunkte in den ersten Monaten abzulesen.

---

[26] Det. E1C3: Weekly Report Nr. 11 und 12(12/26–1/13).
[27] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 6/36 (3/410–2/2).
[28] Det. E1C3: Weekly Report Nr. 15, 12.8.1945, (12/26–1/1).
[29] Det. E1C3: Weekly Report Nr. 16, 19.8.1945 (ebenda).

Übersicht 2: Organisation und Personal des Detachment E-1, Regional MGO, 19. September 1945[30]

		Offiziere	Soldaten
Command and Executive Group			
Reg. Mil. Gov. Officer	Col. William W. Dawson	1	1
Dep. Reg. Mil. Gov. Off	Lt.Col. Charles D. Winning	1	1
Executive Officer	Maj. Rafferty (acting)	1	1
Ass. Exec. Officer	Maj. Ellsworth (acting)	1	–
Administrative Officer	Maj. Vincent	1	–
Billeting Officer	1st Lt. Jost	1	–
Sergeant Major	M/Sgt Brophy	–	1
Detachment Supply	WOJG Applebaum	1	1
Motor Pool	CWO Kimele	1	3
Message Center	Sgt Wright	–	2
Communications Section	WOJG Rosenberg	1	2
File Section	S/Sgt Humberd	–	4
Functional Group			
Administration and Local Goverment	Capt. Chester B. Lewis	1	–
Department of Interior	Lt. Col. James Tobey	1	–
Displaced Persons	Lt. Col. Richardson	2	2
Economics	Maj. Morgan Keaton	4	–
Trade and Industry	Maj. A. Y. Lucal	13	–
Educations and Religion	Capt. John P. Steiner	3	–
Monuments, Fine Arts and Archives (MFAA)	2nd Lt. Koch	1	1
Finance	Lt. Col. George H. Auffinger	4	–
Food and Agriculture	Capt. Paul F. Taggart	19	5
Forestry	Maj. Harvey	3	–
French Affairs	Lt. Col. Paul T. Arzee	1	2
Historical Information and Pol. Intell. (HI&PI)	1st Lt. Moses Moskowitz	2	2
Labor	Capt. Alfred Bingham	2	1
Legal	Maj. Franklin M. Ritchie	7	1
Property Control	Lt. Col. Bethel W. Peterson	4	2
Post, Telegraph and Telefone (PTT)	Lt. Col. Paul E. Ketterer	3	–
Public Safety	Lt. Col. Robert L. Perry	5	5
Public Health	Lt. Col. Preiser	16	2
Public Relations	Maj. Tabers	1	–
Public Welfare	Maj. Robert M. Patterson	2	–
Transportation	Maj. Jay F. Reynolds	8	–
		111	39

Nach der Einsetzung der Landesregierung wurden die Arbeitsbereiche (functional offices – sections) zu Abteilungen (divisions) zusammengefaßt, die den Landesministerien Inneres, Finanzen, Justiz, Wirtschaft, Kult und Post entsprachen. Diese Arbeit besorgte vor allem Capt. Chester B. Lewis, Administration and Local Govern-

[30] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section VII, 3a, S. 158f. (3/410–2/6); auch S. 154 (12/23–1/12).

ment Officer, in Zusammenarbeit mit dem designierten Ministerpräsidenten Reinhold Maier.[31] Einige Arbeitsbereiche, die nicht in die Abteilungen integriert werden konnten, wurden in besonderen Büros zusammengefaßt. Nach der Einrichtung eines Arbeitsministeriums wurde bei OMGWB auch eine Labor Division geschaffen.

Übersicht 3: Organisation und Personal des Detachment E-1, OMGWB, 1. Dezember 1945[32]

		Offiziere	Soldaten
Command and Executive Group			
Director	Col. William W. Dawson	5	1
Deputy Director	Lt.Col. Charles D. Winning		
Executive Officer	Lt.Col. Hugh Mair		
Ass.Exec.Officer	Maj. Ellsworth		
Administrative Officer	Capt. Walter C. Allen		
Administrative Group			
Headquarters Commandant	Maj. Ellsworth	2	1
Ass.Hq Commandant	1st Lt. Jost		
First Sergeant	1st Sgt Schopman		
Detachment Supply		1	2
Motor Pool		2	6
Communication		–	3
Mess Halls		1	1
Government Group			
Administration and Local Government	Maj. Chester B. Lewis	2	–
Interior Division	Lt.Col. James Tobey	1	–
Public Health Branch	Lt.Col. Cooper	11	2
Public Safety Branch	Lt.Col. Robert L. Perry	7	6
Public Welfare Branch	Maj. Charles L. Leven	1	1
Economics Division	Lt.Col. Morgan Keaton	4	2
Food & Agriculture Br.	Maj. Paul F. Taggart	7	1
Forestry Branch	Maj. Andrews	3	2
Labor & Housing Br.	Maj. Alfred Bingham	3	–
Trade & Commerce Br.	Maj. Dawes	7	–
Industry Branch	Lt.Col. Raynor	13	1
Transportation Branch	Maj. Jay F. Reynolds	8	–
Public Utilities & Public Works Branch	Capt. Foster	1	1
Culture Division	Maj. John P. Steiner		
Education & Rel. Br.	Maj. John P. Steiner	3	–
MFAA Branch	2nd Lt. Koch	1	1

[31] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 158f. (3/410–2/6).
[32] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section VII, 5, S. 164f. (12/1–1/33); S. 158f. (3/410–2/6).

Finance Division	Lt.Col. George H. Auffinger	5	–
Legal Division	Lt.Col. Juan A. A. Sedillo	7	–
Posts	Maj. Paschall	2	–
Functional Offices			
Displaced Persons	Lt.Col. Richardson	6	3
French Affairs	Lt.Col. Paul T. Arzee	2	1
HI&PI & Field Reporting	Capt. Moses Moskowitz	2	1
Property Control	Maj. John F. Coote	4	1
Public Relations	Capt. Tabers	1	–
		112	37

Zum 1. Oktober 1945 wurde im Zuge der Bildung des Office of Military Government for Germany (US) auch das Regional Military Government Det. E-1 in Office of Military Government Wuerttemberg-Baden umbenannt. Der Leiter erhielt die Bezeichnung Direktor, ebenso auch die Chefs der Abteilungen. Die Aufgaben des Direktors von OMGWB wurden nun, da auf allen Ebenen eine deutsche Verwaltung eingerichtet worden war, in General Order Nr. 337, USFET, vom 14. Dezember 1945 neu gefaßt.[33] Mit Wirkung vom 1. Januar 1946 wurden die den Direktoren überwiesenen Aufgaben aufgeführt. In den folgenden Monaten paßten die General Orders Nr. 43, 61, 237 und 303, USFET, die Aufgabenbeschreibung der jeweiligen Entwicklung an.[34]

Nachdem die Landesverwaltung im Dezember 1945 wieder auf allen Ebenen arbeitete, konnte sich die Militärregierung vor allem auf der unteren Ebene von den unmittelbaren Verwaltungsaufgaben zurückziehen und sich auf Kontrollfunktionen beschränken. Erst jetzt konnte in Württemberg-Baden die USFET-Direktive vom 7. Juli 1945 durchgeführt werden. Sie sah eine Zentralisierung der Aufsicht über die deutsche Landesverwaltung bei dem Regional Military Government Detachment, jetzt OMGWB, vor. Dies setzte die Übertragung zahlreicher Aufgaben auf die jeweiligen deutschen Dienststellen mit voller Verantwortlichkeit voraus. Dieser Übergang zu „operational control" mit entsprechender Übertragung der Aufgaben sollte bis zum 15. November abgeschlossen sein. In Württemberg-Baden war sie im großen und ganzen erst am 15. Dezember 1945 durchgeführt.

Die Zentralisierung der Kontrolle bei OMGWB ging in mehreren Schritten vor sich. Die badischen Detachments führten bis zum 8. Juli 1945 ein Eigenleben. Da ein Regional Military Government Detachment fehlte, übernahm das Detachment F1E2, zuständig für den Landeskommissariatsbezirk Mannheim, diese Funktion. Erst nach und nach konnte Det. E-1 die vollständige Kontrolle über die beiden Detachments für die badischen Landeskommissariatsbezirke Mannheim und Karlsruhe gewinnen. Zum 11. Oktober 1945 wurden die beiden Landeskommissariatsbezirke aufgehoben und ein Landesbezirk Baden, mit Sitz der Landesbezirksverwaltung in Karlsruhe, eingerichtet. Det. E-7, OMG for Landesbezirk Baden (auch OMG North Baden genannt), beaufsichtigte die Landesbezirksverwaltung und war selbst OMGWB als Mittelinstanz nachgeordnet. Während OMGWB die Detachments/Offices of Military Government in Baden nur mittelbar unterstanden, übte es in Württemberg die unmittelbare Aufsicht über diese aus. Hier gab es keine Mittelinstanz.

---

[33] 12/226-1/1-11.

[34] Alle ebenda, dort auch die Anweisungen des Hq, 7. US Armee, WMD, an die Direktoren.

Bei den Aufgaben trat eine Konzentrierung ein, als die Industrial Production Control, die auf Armeebene von der G-5 Section betrieben wurde, deren Personal aber schon in Stuttgart arbeitete, im Dezember 1945 auf OMGWB überführt wurde. Anfang Januar 1946 wurden nach der Auflösung des 6871st DISCC dessen Aufgaben und Personal auf OMGWB übergeleitet und eine Information Control Division eingerichtet.

b) Die Einrichtung von Functional Teams

Mit der Konzentration der Kontrolle (operational control) auf Landesebene bei OMGWB und dem Rückzug von der unteren Verwaltungsebene nach Übertragung zahlreicher Aufgaben auf deutsche Dienststellen gingen eine Auflösung von Sub-Detachments in den Kreisen und eine personelle Verkleinerung der Militärregierungen auf Kreisebene Hand in Hand. Dabei entstand das Problem, wie von OMGWB in Stuttgart aus über bestimmte, für die Amerikaner wichtige Verwaltungsbereiche dennoch eine ausreichende und unmittelbare Kontrolle (functional control) ausgeübt werden könne. Man fand die Lösung in der Einrichtung von Functional Teams.[35]
Als Teil der jeweiligen Division standen sie unter der Leitung und Aufsicht des Direktors, waren aber bestimmten MGO auf Kreisebene angegliedert, um in deren Sprengel Aufsicht über deutsche Dienststellen auszuüben oder andere Spezialaufgaben wahrzunehmen. Durch General Order Nr.2, Hq 1st MGBat(Sep), vom 15. Dezember 1945 wurden „Investigations, Reporting and Advisory Teams" für die Bereiche Public Health, Public Safety, Intelligence, Legal, Labor, Posts/Telephone/Telegraph geschaffen, die in den Orten Karlsruhe, Heidelberg, Heilbronn, Ulm, Stuttgart, Ludwigsburg, Schwäbisch Gmünd, Göppingen, Esslingen und Schwäbisch Hall tätig wurden.

Übersicht 4: Functional Teams, OMGWB, 15. Dezember 1945

Bezeichnung	Nummer	Zuordnung
Interior Division		
Public Welfare Team	1	E-7 Karlsruhe
Public Health Team	1	E-7 Karlsruhe
	2	F-16 Mannheim
Public Safety Team	1	F-10 Stuttgart
	2	E-7 Karlsruhe
	3	G-29 Ludwigsburg
	4	G-24 Schwäbisch Gmünd
	5	G-25 Göppingen, ab 19.1.1946 Bad Mergentheim
	6	G-23 Esslingen
	7	F-16 Mannheim
	8	G-43 Heidelberg
	9	G-28 Heilbronn
	10	F-11 Ulm
	11	G-26 Schwäbisch Hall
Culture Division		
Education Team	1	E-7 Karlsruhe
	2	F-16 Mannheim
	3	G-43 Heidelberg

[35] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 159f. (12/1-1/33, 3/410-2/6).

Arts and Monuments Team	1	E-7 Karlsruhe
	2	G-28 Heilbronn
Economics Division		
Economics Team	1	F-10 Stuttgart
	2	E-7 Karlsruhe
	3	F-16 Mannheim
Labor Division		
Labor Team	1	E-7 Karlsruhe
Posts Division		
PTT Team	1	E-7 Karlsruhe
Legal Division		
Legal Team	1	E-7 Karlsruhe
	2	F-16 Mannheim

Am 6. Januar 1946 wurde das 6871st DISCC aufgelöst und das Personal teilweise dem 1st MGBat(Sep) zugewiesen und bei OMGWB eine Information Control Division eingerichtet. Die bestehenden Außenposten das 6871st DISCC wurden mit Wirkung vom 8. Februar 1946 zu Information Control Teams umgewandelt:[36]

Information Control Division		
Information Control Team	1	F-10 Stuttgart
	2	G-43 Heidelberg
	3	F-16 Mannheim
	4	E-7 Karlsruhe
	5	F-11 Ulm
	6	G-28 Heilbronn

Zum 8. Februar wurden folgende weitere Teams eingesetzt:

Posts Division		
PTT Team	2	F-10 Stuttgart
	3	F-11 Ulm
Legal Division		
Legal Team	3	G-43 Heidelberg
	4	F-11 Ulm
	5	F-10 Stuttgart
Education and Religion Division		
Education and Religion Team	4	F-11 Ulm
	5	G-28 Heilbronn

Die Teams Nr. 1–3 (siehe oben) wurden in Education and Religion Teams umbenannt.

[36] General Order Nr. 4, 1st MGBat(Sep), vom 8.2.1946 (17/7–2/9–13).

Interior Division
Die Public Health Teams wurden umstrukturiert und erhielten daher die Bezeichnung „Type II" gegenüber den im Dezember 1945 eingesetzten „Type I".

Public Health Team	1	(Type II)	E-7 Karlsruhe
	2	"	F-16 Mannheim
	3	"	G-43 Heidelberg
	4	"	F-10 Stuttgart
	5	"	G-28 Heilbronn
	6	"	G-26 Schwäbisch Hall
	7	"	F-11 Ulm
Nutrition Team	8	"	F-10 Stuttgart
Public Health Team	9	(Type I)	E-7 Karlsruhe, nach dessen Auflösung am 28. 2.1946 kam das Personal zum Det. G-47, SK Karlsruhe
Public Welfare Team	2		F-10 Stuttgart (im Januar 1946 eingerichtet)

Wenige Wochen später, ab dem 1. März 1946, begann schon der Abbau der Functional Teams, da das Personal, das in die Heimat entlassen wurde, nicht wieder ersetzt wurde. Bis zum 30. Juni 1946 wurden die Teams bis auf wenige nach und nach aufgelöst.[37] Folgende Teams blieben bestehen:

Public Welfare Team	1	Karlsruhe
	2	Stuttgart
Public Health Team	8	Stuttgart
Legal Team	1	Karlsruhe
	2	Mannheim
	3	Heidelberg
	4	Ulm
	5	Stuttgart
Information Control Team	1	Stuttgart
	2	Heidelberg
	3	Mannheim
	4	Karlsruhe
	5	Ulm
	6	Heilbronn

Im Zuge der Bereinigung der Verwaltungsstrukturen in Baden war durch General Order Nr. 11, 1st MGBat(Sep), vom 13. März 1946 als Ersatz für das aufgelöste Det. E-7, OMG North Baden, ein Civil Administration Team Nr. 1 in Karlsruhe errichtet worden.

Aufgelöste Functional Teams	Datum/Zeitraum der Auflösung
Public Health Team 1–7, 9	27. März: Mannheim 30. April: Heilbronn, Ulm 15. Mai: alle anderen
Public Safety Team 1–11	1. April

[37] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section II, S. 80ff. (3/410–2/6), 12/1–1/33); OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section IX, S. 175f. (3/410–2/6).

Education and Religion Team 1–5	26. Juni
Economics Team 1–3	Juni
PTT Team 1–3	Mai – Juni
Labor Team 1	Juni

c) Befehlswege zwischen der Militärregierung und der Landesregierung und -verwaltung

Um Klarheit zu schaffen, welche Unterstellungsverhältnisse bei den deutschen Dienststellen vorlagen und welche Offiziere der Militärregierung berechtigt waren, jenen Anweisungen zu erteilen, gab Major Chester B. Lewis, Administration and Local Government, am 15. Januar 1946 eine Anweisung „Organization and Command Channels of Military Government and German Government Land Wuerttemberg-Baden" heraus.[38]

Zunächst wurden die deutschen Verwaltungsstrukturen beschrieben. Die Landesregierung wurde durch den Ministerpräsidenten und sieben Minister gebildet. Der Ministerpräsident übte die vollziehende und gegenwärtig auch noch die gesetzgebende Gewalt aus. Als Regierungschef stand er auch der Verwaltung vor. Sein Stellvertreter war der Präsident des Landesbezirks Nordbaden. Der Regierung nachgeordnet war in Baden die Landesbezirksverwaltung, der ein Präsident und sieben Direktoren vorstanden. Die Kreisverwaltungen unterstanden in Württemberg unmittelbar den Ministerien, in Baden der Landesbezirksverwaltung. Dem wurde die Organisation der Militärregierung gegenübergestellt, die in Divisions, Branches, Sections and Special Staffs gegliedert war. Den Leitern der einzelnen Büros stand in der deutschen Verwaltungshierarchie jeweils ein bestimmter Gesprächspartner gegenüber, z. B. der Direktor einer Division einem Landesminister.

Bei den Funktionsbeschreibungen der einzelnen Büros der Militärregierung wurde schon angekündigt, daß OMG for North Baden (Det. E-7) aufgelöst werden sollte und die verbleibenden Aufgaben einem OMGWB zugeordneten Offizier übertragen werden sollten. Damit hatte die Militärregierung die Konsequenzen aus dem Statut vom 20. Dezember 1945 über die Landesverwaltung in Württemberg-Baden gezogen.[39] Am 28. Februar 1946 wurde OMG for North Baden aufgehoben.

Weiter wurde ausgeführt, daß besondere Aufgaben durch Special Functional Officers wahrgenommen würden, die den OMG auf Kreisebene zugeordnet worden seien. Die Direktoren der OMG auf Kreisebene überwachten die Kreisverwaltung. Eine Aufgabenerledigung durch die Kreis-Militärregierungen (functional activities) fand nur noch in einzelnen Fällen statt, in denen eine Anordnung der vorgesetzten Stelle vorlag. Der Rückzug auf die überwachende Tätigkeit war damit bis auf Ausnahmen vollzogen. Die Anweisung endete damit, daß genau festgelegt wurde, welcher Offizier deutschen Stellen Befehle erteilen konnte.

d) Die Organisation von OMGWB von März bis Mai 1946

Die Organisationspläne von OMGWB vom 25. März bzw. 22. Mai 1946 folgten der Vierteilung in Command and Executive Group, Administration, Functional Offices und Government Group.[40] In der Person des Direktors von OMGWB fiel die militä-

---

[38] OMGWB Nr. 1709, CBL/be (Adm. + LG) vom 15.1.1946; vgl. OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 3, Section I, S. 308 ff. (3/410–2/6).

[39] Diskussionen auf deutscher Seite über das Statut bei Sauer: Demokratischer Neubeginn, S. 82 f.

[40] Der offizielle Organisationsplan stammt vom 22.5.1946 (17/162–2/5).

rische Verwaltung, die das 1st MGBat(Sep) besorgte, und die aufgabenbezogene Verwaltung, für die OMGWB zuständig war, zusammen. Der Deputy Director war vor allem für die Verwaltungsangelegenheiten des Detachment E-1, OMGWB, verantwortlich.[41] Der Administrative Officer befaßte sich mit den vielfältigen Problemen, die bei der Zusammenarbeit der Divisions untereinander wie mit den Kreisdetachments entstanden. Der Executive Officer bearbeitete die Dinge, die zum Verwaltungsbereich eines G-1 und G-4 Offiziers gehörten. Der ihm unterstehende Assistant Executive Officer faßte in seinem Verantwortungsbereich die G-1 Aufgaben zusammen, die im Büro des Adjutanten des Bataillons, des Personaloffiziers und von verschiedenen anderen Stellen bearbeitet wurden. Der Kommandant des Detachment-Hauptquartiers war verantwortlich für die Unterkünfte, die Kantinen und die Versorgung aller Angehörigen des Det. E-1 wie des 1st MGBat(Sep). Er war für die Zuteilung und Sicherheit der Büroräume zuständig und außerdem auch verantwortlich für das Besucherbüro (Visitor Bureau) in Stuttgart mit seinen Räumen, in denen anhand von Bildern und Graphiken die Arbeit der Militärregierung dargestellt wurde (Graphic Survey Room).

Im Frühjahr 1946 entwickelte sich eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Field Operations Office und dem Civil Administration Office, vorher Local Government. Diese war erforderlich geworden, um die Weitergabe von politischen Direktiven und anderen Anweisungen an die Military Government Offices auf Kreisebene und parallel dazu durch das Civil Administration Office an den Ministerpräsidenten und damit auch an die lokalen deutschen Dienststellen gleichzeitig und gleichmäßig sicherzustellen.

Ansonsten war die aufgabenbezogene Organisation gegenüber Dezember 1945 kaum verändert worden. Hinzugekommen war eine Manpower Division, da ein Landesarbeitsministerium gebildet worden war. Aufgrund der Direktive vom Dezember 1945 über die Entnazifizierung war ein Denazification Board entstanden, ein Prüfungsausschuß für Berufungsverfahren in Entnazifizierungsfragen für das gesamte Land. Eine Information Control Division hatte die Aufgaben des Anfang Januar 1946 aufgelösten 6871st DISCC übernommen.

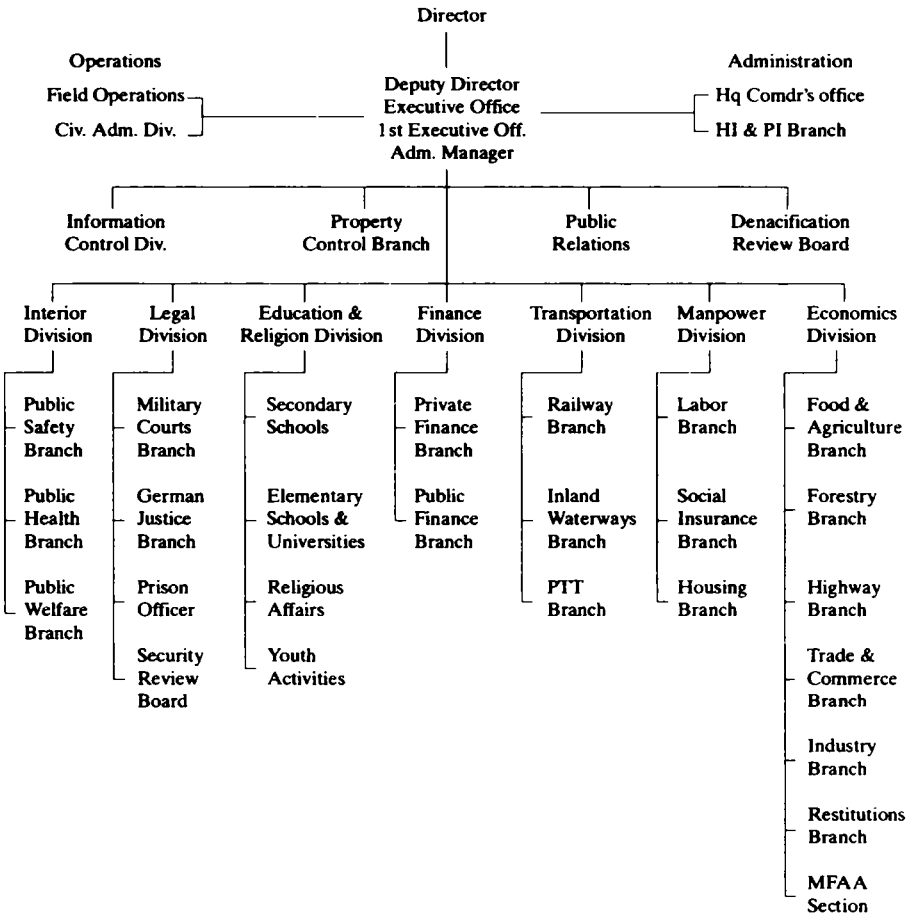
Auf eine Besonderheit bei der Organisationsänderung ist an dieser Stelle hinzuweisen. Ein Aufgabenbereich konnte als Division, Branch oder Section organisiert werden. Wurde eine Umstrukturierung vorgenommen, erfolgte zumeist auch eine neue Bündelung. Die Postaufgaben, zunächst in einer Division organisiert, wurden dann einer Branch der Transportation Division zugeordnet. Transportation wiederum war im Dezember 1945 eine Branch der Economics Division und wurde nun verselbständigt. Food and Agriculture Branch, Economics Division, übernahm vom Functional Economics Team No 3 den Betrieb der Getreidespeicher in Mannheim-Feudenheim, für die bis zum 15. Dezember 1945 ein Subdetachment, H-88, zuständig war. Die MFAA-Aufgaben, zunächst einer Branch der Culture Division zugewiesen, wurden in einer Section der Restitution Branch, Economics Division, zusammengefaßt. Dieser Vorgang macht deutlich, daß es in der ersten Phase um das Auffinden und Sicherstellen von Kulturgütern ging und nun die rechtlichen und wirtschaftlichen Probleme gelöst werden mußten, die sich durch die Rückgabe der von Deutschen verschleppten Kunstgegenstände ergaben.

Abschließend zeigt eine Übersicht die Organisation der Militärregierung in diesen Monaten.

---

[41] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section IX, S. 177 ff. (3/410–2/6).

Übersicht 5: Organisation des OMGWB, 25. März 1946[42]



3. Die Reorganisation zum 1. Juni 1946 und die Veränderungen bis zum 21. September 1949

a) Die Militärregierung bis zum Inkrafttreten der Landesverfassung am 1. Dezember 1946

Die USFET-Direktive vom 5. Oktober 1945 hatte vorgesehen, daß zum 1. Juni 1946 alle Military Government Offices ihre aufgabenbezogene Tätigkeit (operational activity) gegenüber der deutschen Verwaltung zu beenden und sich auf eine überwachende und kontrollierende Tätigkeit zurückzuziehen hatten. In Württemberg-Baden war man auf diese Phase weitgehend vorbereitet. Nach den Gemeinderatswahlen im Januar und

[42] Ebenda; vgl. 12/1-1/33. Eine provisorische Organisationsdarstellung zum 18.5.1946 bei Control Office, OMGUS (5/376-3/6).

Mai 1946 und den Kreistagswahlen im April 1946 entstanden demokratisch gewählte Gremien, denen die Military Government Offices immer mehr Aufgaben zur eigenverantwortlichen Erledigung übertrugen. Mit der Einsetzung einer Vorläufigen Volksvertretung, die erstmals am 16. Januar 1946 tagte, und der Festsetzung eines Termins für die Wahl einer Verfassunggebenden Landesversammlung zum 30. Juni 1946 war auch eine demokratisch gewählte Vertretung auf Landesebene vorbereitet.

Dies alles bedingte eine neue Stellung der Militärregierung gegenüber der Regierung und der Verwaltung, die Änderungen in der Organisation erforderlich machten.[43] Die bisherige Organisationsstruktur hatte sich stark an die der taktischen Einheiten angelehnt. Dies hatte zur Folge, daß es bis dahin keine zentrale Aufsicht und Kontrolle über alle im Land tätigen Military Government Offices gab. Daher wählte man nun eine Struktur, die auf die Überwachung eines geographischen Raums ausgerichtet war. Sie war aufgabenbezogen und nicht so sehr taktisch oder logistisch konzipiert. Die neue Organisation konnte die militärischen Verantwortlichkeiten, die normalerweise in den G-1 bis G-4 Stäben wahrgenommen werden mußten, nicht vernachlässigen. Sie wurden aber umgeformt, um der neuen Lage gerecht zu werden. Wegen seiner Größe benötigte das Hauptquartier von OMGWB mehr die Organisationsform einer Armee als die einer Division. Ein Divisionshauptquartier umfaßte damals etwa 50–60 Offiziere, OMGWB aber das Doppelte. Daher sollte ein Generalstab an die Stelle der S-1 bis S-4 Stäbe treten, zu dem die aufgabenbezogenen Divisions als „Special Staff Sections" hinzukommen sollten. Da zwei Drittel des Personals Zivilisten sein sollten, die jedoch der militärischen Kontrolle unterstanden, mußte der Organisationsplan sowohl zivile wie auch militärische Merkmale aufweisen.

In Württemberg-Baden entschied man sich für eine Gliederung, nach der die der Militärregierung übertragenen Aufgaben auf fünf Gruppen verteilt wurden.[44] Die Command and Executive Group bestand aus dem

Director OMGWB (Zivilist)
Deputy Director (Offizier) → Kommando über 1st MGBat(Sep)
Executive Director (Zivilist)
Administrative Manager (Zivilist).

Der Deputy Director – einziger Offizier in der Führungsgruppe – übernahm sämtliche militärischen Kommandos und Aufgaben und damit auch die Leitung des 1st MGBat(Sep). Der Direktor von OMGWB, der vorher diese Funktion innehatte, wurde damit von umfangreichen Befehls-, Kontroll- und Verwaltungsaufgaben freigesetzt. Er konnte sich nun seinen eigentlichen Aufgaben, Durchführung der Politik der Alliierten in Württemberg-Baden, widmen.

Unter der unmittelbaren Aufsicht des Executive Officer, der als Berater (advisory staff) des Direktors tätig war, standen die Special Divisions: Public Relations Division (diese nahm die G-2 Funktionen wahr), Information Control Division und Allied Liaison Division, die alle jeweils unter einem Direktor arbeiteten.

Die Information Control Division hätte der Systematik nach der Government Group zugeordnet werden müssen, da sie neben internen Arbeiten vor allem die deutschen Medien zu überwachen hatte. Von der Aufgabenstellung her ist sie den Functional Divisions zuzurechnen. Aus verfassungsrechtlichen und politischen Gründen konnte diese Zuordnung jedoch nicht vorgenommen werden. Das Recht auf freie Meinungs-

---

[43] Planungen für die Reorganisation in 12/28–1/1; OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section IX, 8, S. 181 f. (12/1–1/33).

[44] Organisationspläne, auch für einzelne Branches, in OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Teil II, Anhang Statistiken (3/410–2/3).

äußerung schloß eine Regierungskontrolle über die Medien aus, ausgenommen waren Verletzungen der freiheitlichen Ordnung. Da eine Kontrolle der Medien für die Militärregierung jedoch unumgänglich war, mußte dieser verdeckte Weg eingeschlagen werden.

Die übrigen Aufgaben wurden dem Adjutanten in drei Gruppen unterstellt. Jeder Gruppe stand ein Assistant Director vor. In der Administration and Service Group waren die G-1 und G-4 Aufgaben zusammengefaßt: Personnel Division, Administrative Division, Accomodation Division, Supply Division, Fiscal Division und Automotive Transportation Division.

Die Aufgaben des G-5 Stabs, Durchsetzung der Politik der Besatzungsmächte, Planung und Durchführung von Aufsicht und Kontrolle über die Landesregierung und -verwaltung, waren auf die Government Group und die Field Operations Group aufgeteilt. Die Government Group bestand aus der Civil Administration Division, Interior Division, Legal Division, Education and Religion Division, Economics Division, Transportation Division, Finance Division und Manpower Division. Der Assistant Director for Government, der nach Stuttgart zurückgekehrte Lt.Col. Winning, übte eine bisher fehlende Koordinierungs- und Kontrollaufgabe innerhalb der Group aus. Hierfür bediente er sich teilweise der Civil Administration Division, die aber auch gleichzeitig eine Ausführungsstelle war. Die anderen Divisions waren jeweils auf ein bestimmtes Verwaltungsgebiet spezialisiert und einem Landesministerium zugeordnet.[45]

Die Field Operations Group stand den Liaison and Security Offices auf Kreisebene vor. Die MGO auf Kreisebene waren zum 1. Juni 1946 aufgehoben worden und in LSO umgewandelt worden. Das Det. E-1 in Stuttgart war zum gleichen Zeitpunkt aufgelöst worden und wurde als Headquarters, Office of Military Government Wuerttemberg-Baden, weitergeführt.[46]

Bei den LSO fand man nicht sogleich die endgültige Struktur. Um die einzelnen, jetzt mit wenig Personal besetzten Offices von Dienststellenverwaltungsarbeiten zu entlasten, faßte man sie in Gruppen zusammen, wobei ein LSO, als Parent Detachment, die Verwaltung für mehrere LSO übernahm. Am 26. Mai 1946 fand eine erste Gruppierung statt, zum 26. August wurde eine neue Zuordnung vorgenommen.[47] Rückblikkend gesehen hatte sich das System der Parent Detachments nicht bewährt.

Bisher war nur von aufgabenbezogenen Gesichtspunkten die Rede, die die Organisationsstruktur von OMGWB beeinflußten. Unabhängig davon verlief jedoch eine Entwicklungslinie, die die Organisation berührte. Im Herbst 1945 und im Frühjahr 1946 ließen sich zahlreiche Offiziere und Soldaten entlassen. Es gelang in vielen Fällen nicht, die Stellen sofort wieder zu besetzen. Hinzu kam, daß OMGUS Pläne für eine drastische Personalreduzierung aufstellte. Für OMGWB wurden zum 1. Juni 1946 601 Planstellen bewilligt. Da sich die Aufgaben änderten, teilweise auch vermehrt hatten, kam es zu Engpässen. Aufschlußreich hierfür ist ein Schreiben von OMGWB vom 4. November 1946 an OMGUS,[48] in dem ausgeführt wurde, daß im Laufe des Jahres 1946 bei gleichem Personalvolumen folgende neue Einrichtungen geschaffen worden seien: eine US Civilian Branch, ein Security Review Board, eine Intelligence Division, eine Denazification Division mit expandierender Special Branch, ein Land Resources Board mit drei lokalen Boards, ein Land Real Estate Officer mit fünf örtlichen Mili-

---

[45] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 60f. (12/23–1/14).

[46] General Order Nr. 19, 1st MGBat(Sep), 28.5.1946 (17/7–2/10).

[47] General Order Nr. 19, 1st MGBat(Sep), vom 28.5.1946 (ebenda); General Order Nr. 25, 1st MGBat(Sep), vom 26.8.1946 (ebenda).

[48] 12/1–1/28.

tary Government Real Estate Officers, eine Scientific Research Control Branch, eine Fiscal Division und bei Field Operations eine Policy Enforcement and Inspection Branch. Personalintensiv war auch die Ausweitung des Youth Activity Program und der Information Service Libraries. Über den engeren Anlaß hinaus ist diese Aufstellung ein wichtiger Indikator für die Verschiebung der Schwerpunkte innerhalb der Besatzungspolitik und die Bildung von neuen Arbeitsschwerpunkten.

Ein offizieller Organisationsplan von OMGWB erschien zum 1. November, der die aufgeführten Neuerungen berücksichtigte.[49] Als sechste Special Division war ein Land Resources Board hinzugekommen. Die Government Group war um eine Denazification Division erweitert worden, nachdem im August ein Ministerium für politische Befreiung entstanden war. Die Field Operations Group hatte zur besseren Koordinierung und Durchsetzung eine Policy Enforcement and Inspection Branch erhalten.

Im Dezember 1946 lag ein wichtiger Einschnitt in den Beziehungen der Militärregierung zur Landesregierung und den Ministerien. Nach der Billigung der Landesverfassung durch OMGUS trat diese am 1. Dezember 1946 in Kraft. Auch auf Landesebene konnten sich nun durch die Verfassung legitimierte Gremien konstituieren, die vor allem die bisher vom Ministerpräsidenten kraft Autorität der Besatzungsmacht wahrgenommene Legislative übernahmen. Zu diesem Anlaß gab OMGUS am 24. September 1946 eine Direktive an alle Militärregierungen in der US-Zone heraus, die Anweisungen enthielt, wie sich die Military Government Offices gegenüber der Landesregierung verhalten sollten.[50] Unter Punkt 5 wurden Art und Weise der künftigen Arbeit der Military Government Offices knapp mit den Worten „observation, inspection, reporting and advising" umschrieben. Die Tätigkeit der Landesregierung sollte nur dann mißbilligt und korrigiert werden, wenn diese die genau umrissenen Ziele der Politik der Militärregierung offen verletzte. In diesen Fällen konnten die Militärregierungen sogar deutsche Beamte absetzen. Als direkte Einwirkungsmöglichkeiten blieben die Military Government Courts bestehen, die Vergehen gegen das von den Alliierten gesetzte Recht aburteilten. Unmittelbare Verwaltung übten die Militärregierungen nur noch in den Bereichen aus, die von deutschen Dienststellen nicht wahrgenommen werden durften, in denen aber aufgrund von internationalen Verträgen gehandelt werden mußte.

Um die Bedeutung der Verfassunggebung für die Aufgabenstellung und die Arbeitsweise von OMGWB und die Beziehungen zur Landesregierung zu unterstreichen, soll ein zusammenfassender Rückblick auf die bisherige Entwicklung vorgenommen werden.[51]

Die Beschlüsse der Konferenz von Jalta vom 3. Februar 1945 hatten unmittelbare Auswirkungen auf die Entwicklung in Baden und Württemberg.[52] Als Mitglied des Kontrollrats richteten die Franzosen eine Besatzungszone ein, die aus der amerikanischen und britischen Zone herausgelöst wurde. Es kam zur Teilung von zwei Ländern, da ein Ausgleich nicht möglich war. Eine Überlassung von ganz Baden an die Franzosen scheiterte daran, daß die Amerikaner aus strategischen Gründen nicht auf den für ganz Süddeutschland wichtigen Hafen Mannheim und die Autobahn von Karlsruhe nach Ulm verzichten konnten.

---

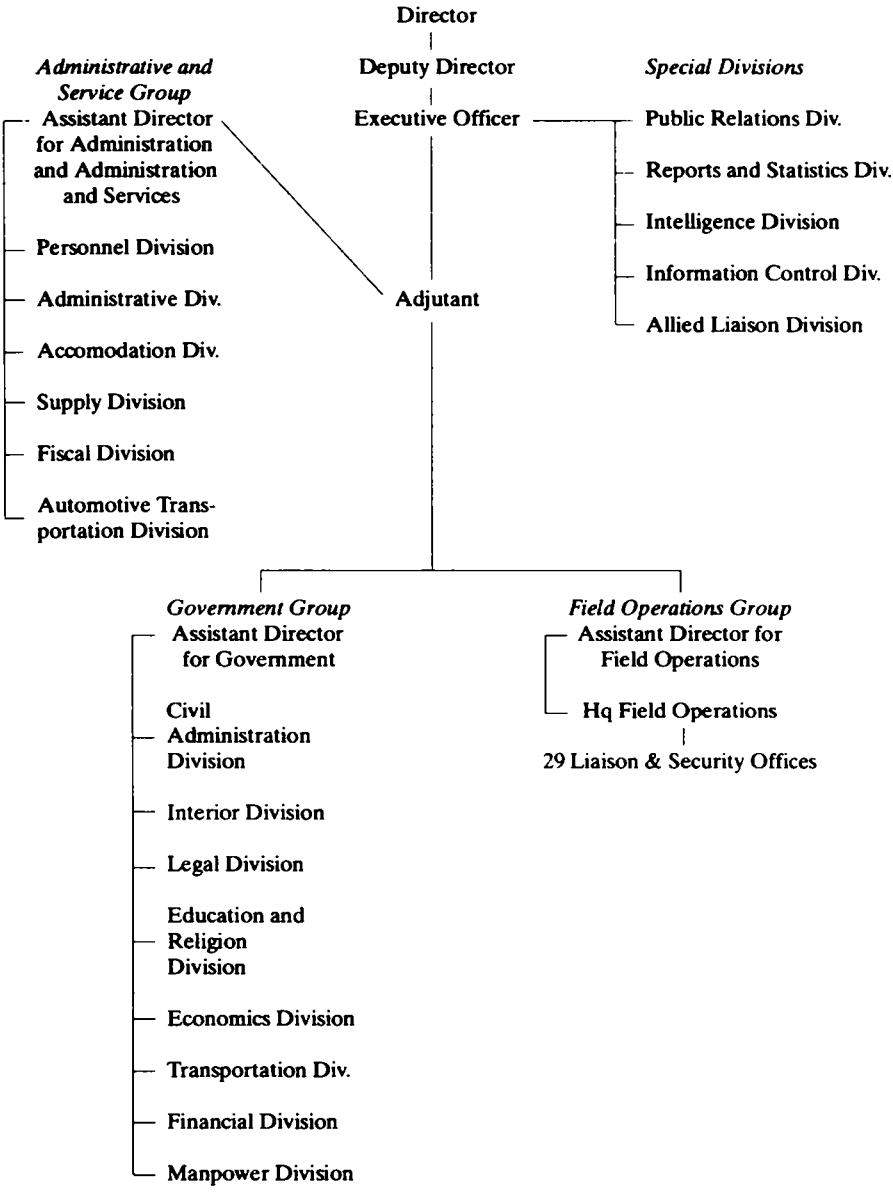
[49] Dieser Organisationsplan konnte bislang nicht ermittelt werden. Vgl. General Order Nr. 3, OMGWB, vom 20.9.1947, die diesen Plan für ungültig erklärte (17/7–2/9–13, hier Folder 11).

[50] Adjutant General, OMGUS, an Landdirektoren, AG 010.1(CA) (12/226–1/1–11).

[51] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 192 ff. (12/23–1/12).

[52] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 24 ff, S. 52 f. (12/1–1/33); vgl. History Juli – Dezember 1946, S. 1 f. (3/407–3/17).

Übersicht 6: Organisation des OMGWB, 1. Juni 1946



Am 28. März 1945 errichtete das Det. F1E2 eine Militärregierung in Mannheim, am 27. April 1945 das Det. E1C3 in Schwäbisch Hall. Nach der endgültigen Festlegung der Zonengrenze errichtete das Det. E1C3 am 8. Juli in Stuttgart sein Hauptquartier und betrieb den Aufbau einer Regierung für die von Amerikanern besetzten Teile von Baden und Württemberg. Die Proklamation Nr. 2 vom 19. September 1945 begründete

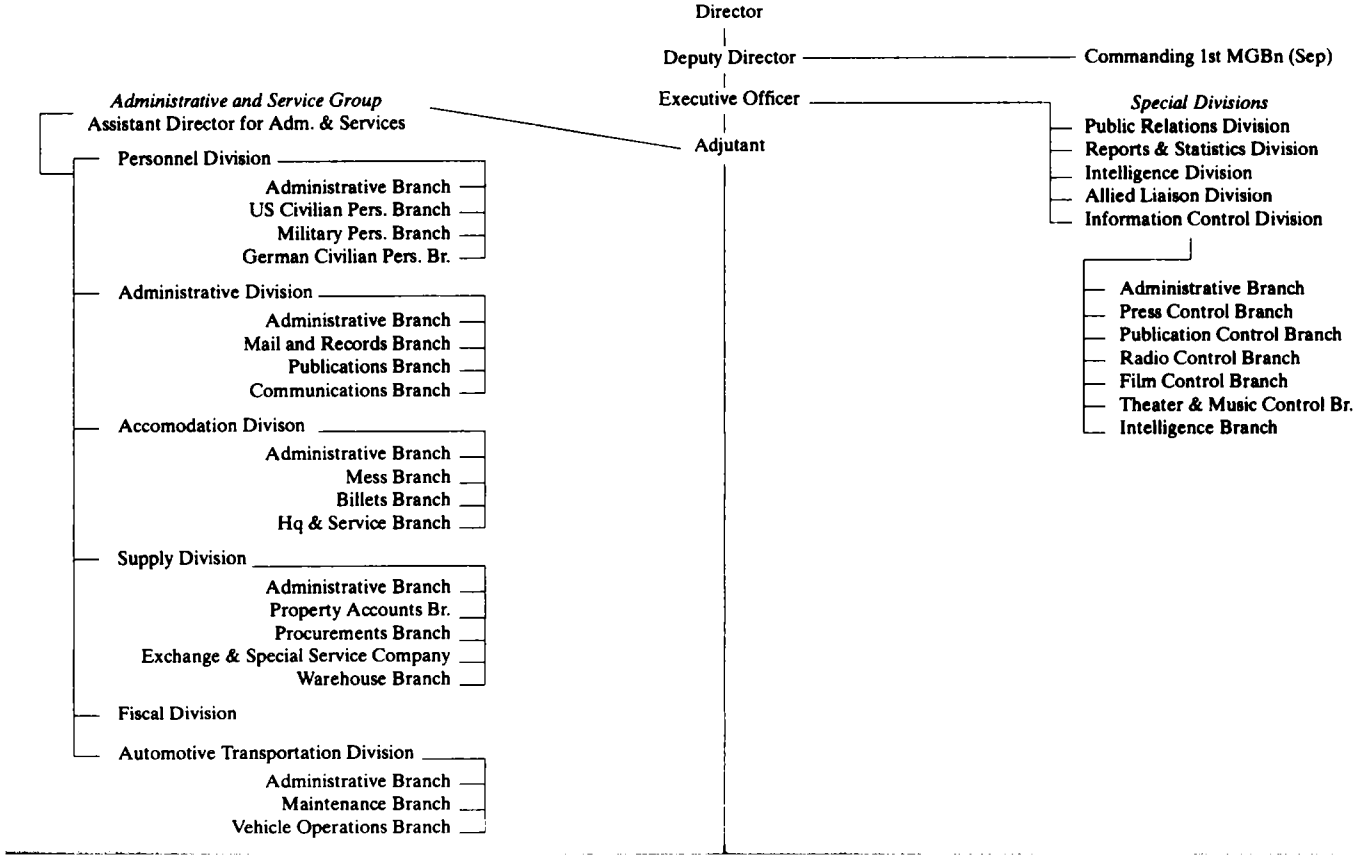
das künstliche Land Württemberg-Baden. Die Teilung des Landes war damit festgeschrieben.
Am 24. September 1945 setzten die Amerikaner Reinhold Maier als Ministerpräsidenten und eine Landesregierung ein. Von deren Existenz waren die Planungen von Anbeginn der Arbeit der Militärregierung ausgegangen. Zahlreiche Schwierigkeiten in den ersten Wochen wurden auf das Fehlen einer zentralen deutschen Verwaltung zurückgeführt, auch wenn das Prinzip des Aufbaus von unten her bestand. Von August bis Oktober entstanden die Parteien auf Kreis- und Landesebene.
Am 11. Oktober 1945 wurde als Mittelinstanz der Landesbezirk Baden gebildet. Deutsche Bestrebungen, der Landesbezirksverwaltung eine von der Regierung in Stuttgart unabhängige Stellung zu verleihen, wurden von der Militärregierung von Anfang an bekämpft.
Im November 1945 wurde die Wahlordnung für die Gemeinde- und Kreisratswahlen ausgearbeitet. Die deutsche Verwaltung auf Gemeinde- und Kreisebene war im Dezember 1945 so weit reorganisiert, daß die MGO viele Aufgaben auf diese übertragen konnten. Sie zogen sich von einer direkten Arbeitskontrolle auf eine allgemeine politische Kontrolle zurück. Auf Gemeindeebene wurden keine direkten Eingriffe mehr vorgenommen. In den folgenden Wochen verlagerte sich der Schwerpunkt der Arbeit auf OMGWB in Stuttgart. Am 20. Januar 1946 fanden die Gemeinderatswahlen, im April und Mai 1946 die Landkreisrats-, bzw. Stadtkreisratswahlen statt.
Am 1. Juni 1946 wurde OMGWB reorganisiert, die Military Government Offices in Liaison and Security Offices umgewandelt, die als Verbindungsbüros fungierten und auch – in Verbindung mit den US-Truppen – über die Sicherheit wachten. Am 30. Juni 1946 wurden die Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung gewählt. Nachdem am 29. Oktober 1946 OMGUS die Landesverfassung gebilligt hatte, trat sie am 1. Dezember in Kraft. Auch auf Landesebene führte die Militärregierung nun die indirekte Kontrolle ein.

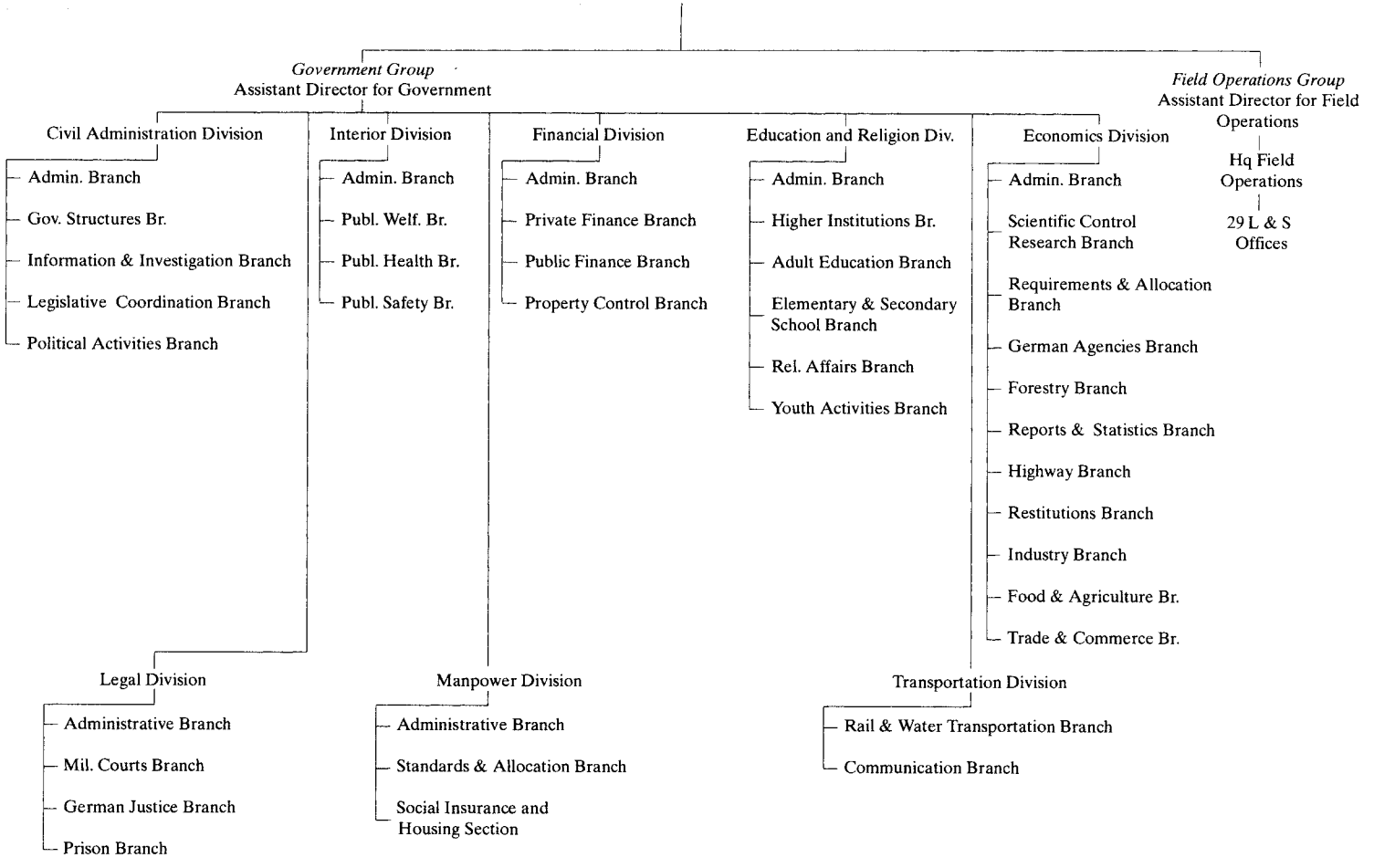
b) Organisationsveränderungen von 1947 bis September 1949

Seit Frühjahr 1947 bemühte sich OMGUS verstärkt darum, alle Verwaltungsbereiche zu straffen, um Personal freizusetzen und in das Zivilleben zu entlassen („civilianization"). Im März 1947 setzte OMGUS einen Ausschuß ein, der für alle Militärregierungen einen möglichst systematischen und einheitlichen Organisationsplan erarbeiten sollte. Die Organisationsstrukturen von OMGUS und den Militärregierungen auf Länderebene sollten übereinstimmen und mit denen der Landesverwaltungen abgestimmt sein. Ein Anliegen war dabei, die Dienstwege übersichtlich zu gestalten, durch vergleichbare Arbeitsplätze einen Austausch des Personals zu erleichtern, um ein Rotationssystem einführen zu können, und nicht zuletzt durch eine Arbeitsplatzbeschreibung die Einstufung der Mitarbeiter einheitlich und gerecht vornehmen zu können. Im Zuge dieser Arbeiten wurden vergleichende Organisationspläne angefertigt, die die Unterschiede innerhalb der Militärregierung auf Länderebene und OMGUS aufzeigten.[53]
In Württemberg-Baden zogen diese Überlegungen Konsequenzen nach sich: die Organisation wurde im Sommer 1947 gestrafft. Bei den Special Divisions wurde der Land Resources Board wieder aufgelöst. Public Relations Division wurde nun als Public Information Office bezeichnet, einige andere Divisions wurden ebenfalls zu Offices umgewandelt. Neu eingerichtet wurde ein Inspection Office.

[53] 12/226-1/1-11.

Übersicht 7: Organisation des OMGWB, Herbst 1946



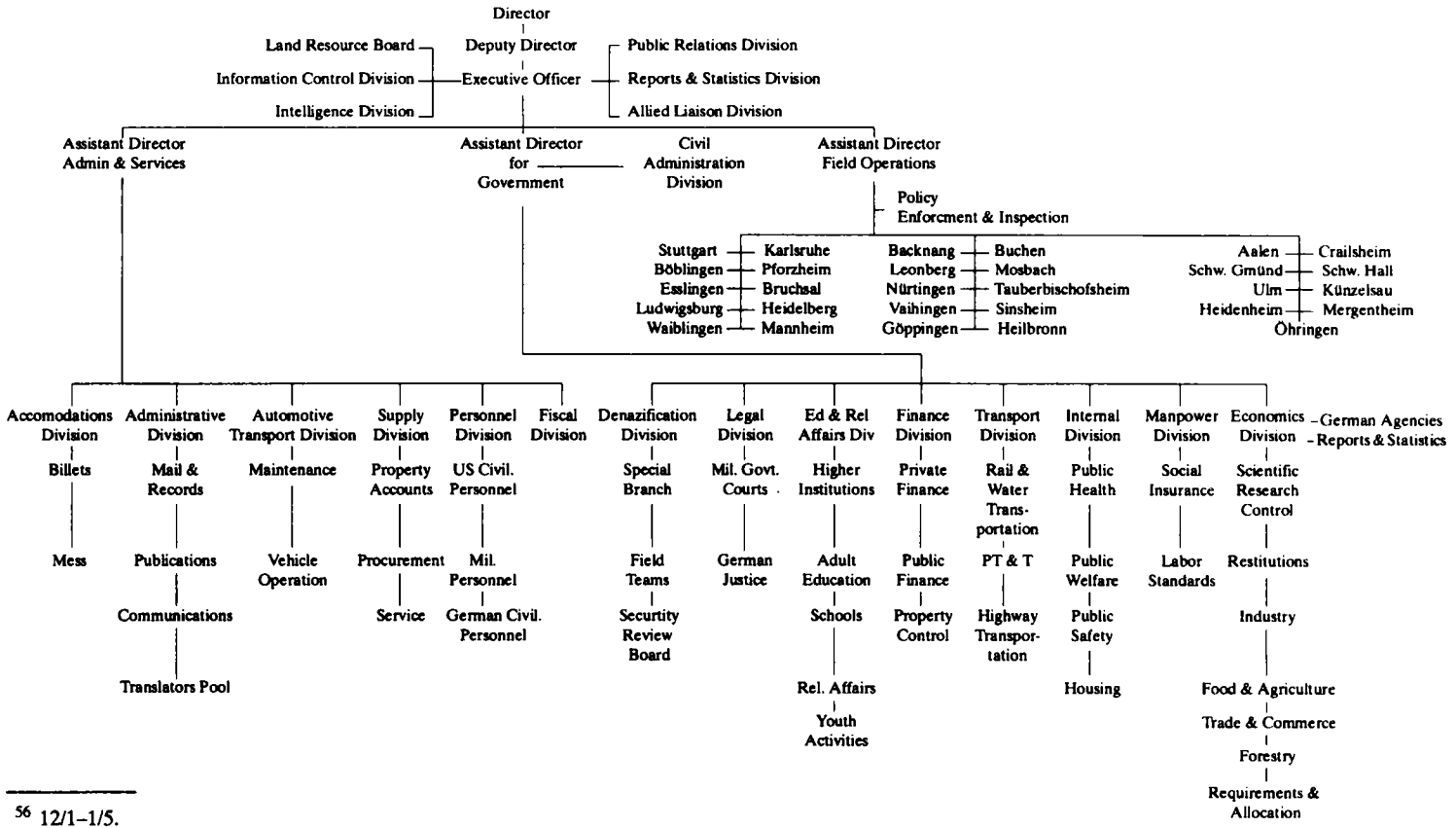

Government Group
Assistant Director for Government
Field Operations Group
Assistant Director for Field Operations
Hq Field Operations
29 L & S Offices
Civil Administration Division
Admin. Branch
Gov. Structures Br.
Information & Investigation Branch
Legislative Coordination Branch
Political Activities Branch
Interior Division
Admin. Branch
Publ. Welf. Br.
Publ. Health Br.
Publ. Safety Br.
Financial Division
Admin. Branch
Private Finance Branch
Public Finance Branch
Property Control Branch
Education and Religion Div.
Admin. Branch
Higher Institutions Br.
Adult Education Branch
Elementary & Secondary School Branch
Rel. Affairs Branch
Youth Activities Branch
Economics Division
Admin. Branch
Scientific Control Research Branch
Requirements & Allocation Branch
German Agencies Branch
Forestry Branch
Reports & Statistics Branch
Highway Branch
Restitutions Branch
Industry Branch
Food & Agriculture Br.
Trade & Commerce Br.
Legal Division
Administrative Branch
Mil. Courts Branch
German Justice Branch
Prison Branch
Manpower Division
Administrative Branch
Standards & Allocation Branch
Social Insurance and Housing Section
Transportation Division
Rail & Water Transportation Branch
Communication Branch

Stark von der Veränderung betroffen war die Administration and Service Group. Da alle Divisions zu Branches herabgestuft wurden, erübrigte sich die Stellung eines Assistant Director for Administration and Services. Die elf Branches unterstanden nun dem Assistant Executive Officer, der gleichzeitig Adjutant war. Die Aufgabenerledigung innerhalb der Branches wurde neu gebündelt.
Entsprechend des Wandels der Aufgabenschwerpunkte traten in der ehemaligen Government Group ebenfalls Veränderungen ein. Der Assistant Director for Government wurde in den Governmental Affairs Officer umgewandelt, dem weiterhin die Civil Affairs Division als Arbeitsstab zur Verfügung stand. Die Zahl der Divisions blieb konstant. Entsprechend der Forcierung der Entnazifizierung wurden die Branches der Denazification Divison verdoppelt, in der Legal Division kam eine Legal Advice Branch hinzu.
Der Assistant Director for Field Operations wurde aufgehoben und ein Field Operations Office eingerichtet. Die als Koordinierungsstelle gedachte Policy and Enforcement and Inspection Branch war wieder aufgelöst worden. Bei den LSO gab es keine Veränderungen.[54]
Die Organisation vom 20. September 1947 wurde durch General Order Nr. 3 vom 11. Mai 1948 bzw. in der revidierten Order vom 23. August 1948 aufgehoben[55] und ein neuer Organisationsplan zum 15. Mai 1948 in Kraft gesetzt. War bisher eine relative Kontinuität und Stabilität in der Organisation festzustellen, so traten nun beachtliche Änderungen ein. Die Vierteilung in Command and Executive, Administration, Special Offices und Functional Divisions wurde beibehalten. Innerhalb der Bereiche wurden die Aufgaben in weniger Organisationseinheiten zusammengefaßt.
Die Verwaltung war jetzt in einer Personnel and Administrative Division zusammengezogen. Das Büro des Assistant Executive Officer and Adjutant, die neun Branches und das Büro des Headquarters Commandant wurden zum 15. Mai bzw. 1. Juli 1948 aufgelöst und die Aufgabenerledigung in vier neuen Branches zusammengezogen.
Die Aufgaben der Special Divisions bzw. Offices wurden teils neu gebündelt und auf beratende Aufgaben beschränkt. Die Berichtstätigkeit und die geheimdienstlichen Aufgaben wurden in der Intelligence and Reports Division zusammengefaßt, das Allied Liaison Office zum Büro des French Adviser umgewandelt und die Fragen des Wohnungswesens, die zuletzt bei der Interior Division bearbeitet worden waren, wieder bei einem Housing Adviser vereinigt. Die Information Control Division wurde den Functional Divisions zugeordnet. Das Büro des Governmental Affairs Officer und die Civil Administration Division wurden zum 15. Mai 1948 aufgehoben und die Functional Divisions unmittelbar dem Executive Officer unterstellt. Eine Straffung des Dienstwegs war vorgenommen worden. Fünf Divisions wurden aufgelöst und die Aufgaben bei neu gebildeten Divisions zusammengefaßt; bestehen blieben Legal Division, Education and Cultural Relations Division und unter anderem Namen die Economics Division, jetzt Bipartite Affairs Division.

---

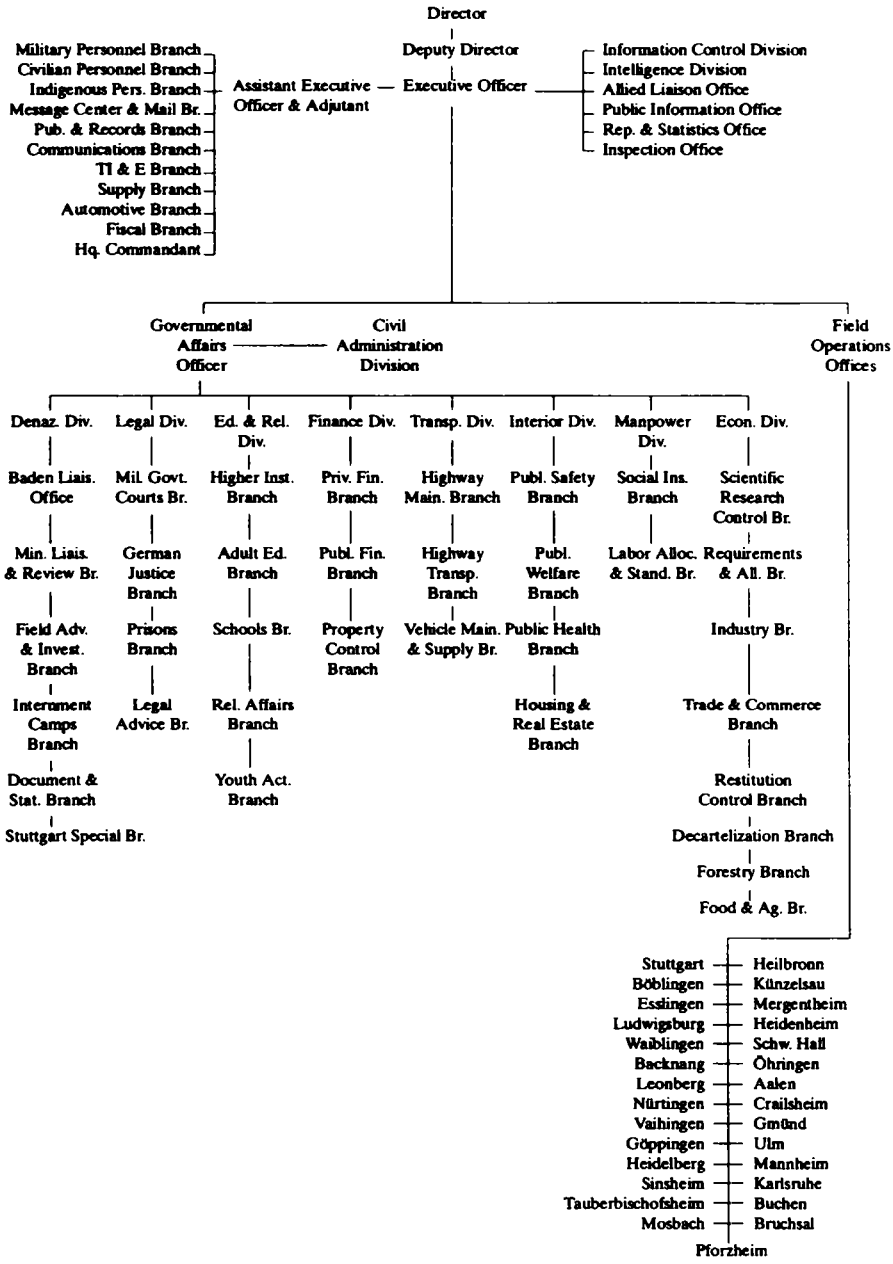
[54] Organisationspläne Stand April 1947 und 20. September 1947 siehe Übersicht 8 und 9.
[55] 17/7-2/12.

Übersicht 8: Organisation des OMGWB, April 1947[56]



[56] 12/1–1/5.

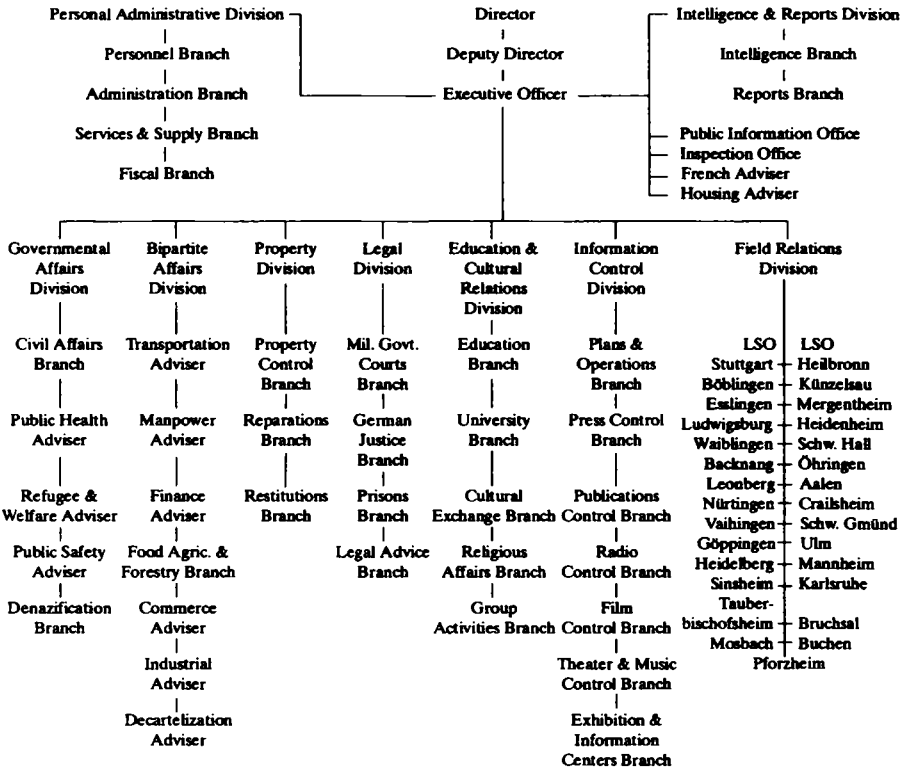
Übersicht 9: Organisation des OMGWB, September 1947[57]



[57] General Order Nr. 3, OMGWB, 1st MGBat(Sep), vom 20.9.1947, ohne Anlagen (17/7-2/9-13, hier Folder 11); vgl. 12/1/1-5, der diese Übersicht entnommen ist.

Governmental Affairs Division faßte weitgehend die Aufgaben der aufgelösten Denazification Division und Interior Division wie auch der Civil Administration Division zusammen. Die bisher vom Governmental Affairs Officer ausgeübte Koordinierungstätigkeit wurde ebenfalls auf diese Division übertragen. Die Bipartite Affairs Division übernahm neben den Aufgaben der aufgelösten Economics Division Funktionen der Finance, Transportation und Manpower Divisions. Eine neu gebildete Property Division erhielt Aufgaben übertragen, die vorher in der Finance und der Economics Division bearbeitet worden waren. Wie schon gesagt, wurde die Information Control Division unter die Functional Divisions eingereiht. Deren sieben Branches beaufsichtigten die deutschen Medien.
Das Field Operations Office wurde in eine Field Relations Division umgewandelt. An der Aufgabenstellung änderte sich nichts. Die LSO waren von keinen Umstellungen betroffen. General Order Nr. 3 war sehr ausführlich gehalten und führte in einem Anhang in einer Aufgabenbeschreibung die neuen Büros auf, so daß hier auf weitere Einzelheiten verzichtet werden kann.

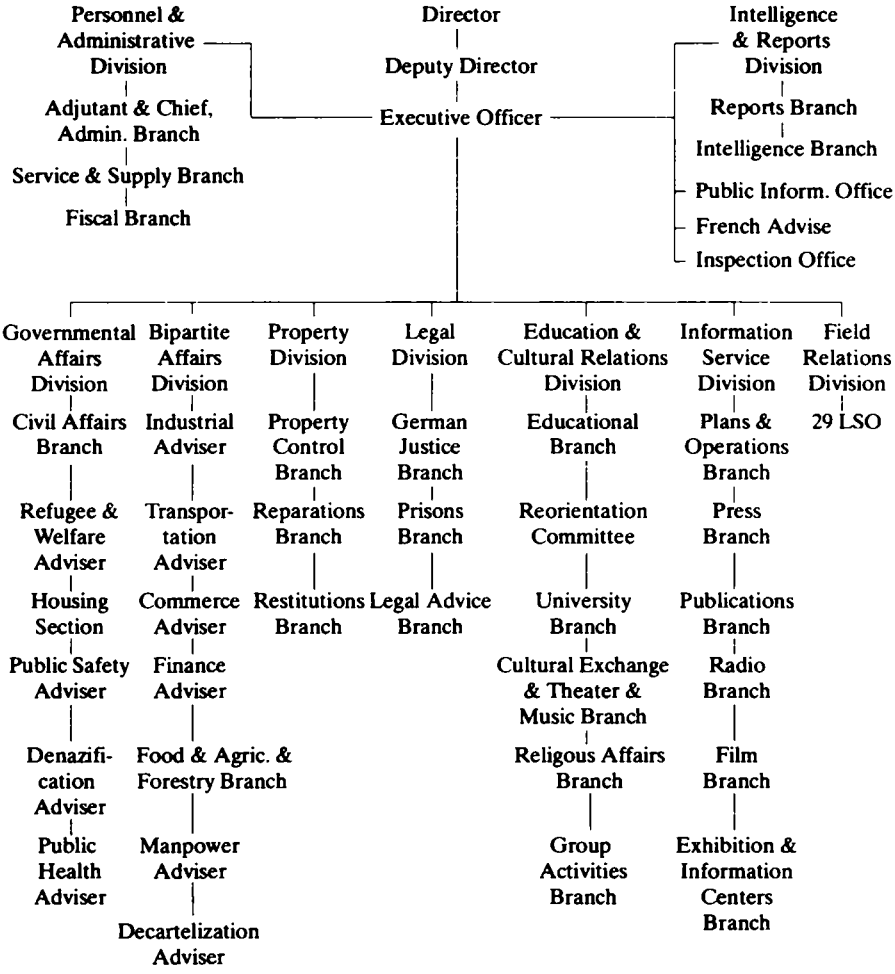
Übersicht 10: Organisation des OMGWB, 15. Mai 1948[58]



[58] General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948, revidierte Fassung (17/7–2/9–13, hier Folder 12).

Bis zum Ende des Jahres 1948 beendeten fast alle Büros von OMGWB die Kontrollfunktionen, soweit sie überhaupt noch ausgeübt wurden, und gingen zu einer beratenden Tätigkeit über. Bei der Information Control Division fiel die Bezeichnung „Control" fort und wurde durch „Service" ersetzt, ebenso fiel bei den Branches der Zusatz „Control" fort.[59]
Kleinere Änderungen wurden bei den einzelnen Branches vorgenommen. Die Aufgaben des Housing Adviser wurden wieder einer Section in der Governmental Affairs Division zugeordnet. Die Military Government Courts Branch konnte aufgelöst werden, da die Militärgerichtshöfe ihre Arbeit eingestellt hatten.

Übersicht 11: Organisation des OMGWB, 6. Dezember 1948[60]



[59] Special Order Nr. 75, OMGWB, vom 10.12.1948, die die Special Order Nr. 73, OMGWB, vom 6.12.1948 ersetzt (17/7-3/2-11).
[60] Special Order Nr. 75, OMGWB, vom 10.12.1948 ersetzt Special Order Nr. 73, OMGWB, vom 6.12.1948 (17/7-3/2-11).

Ende 1948 ernannte der Land Director ein Reorganization Planning Committee, das untersuchen sollte, wie die Organisation der Militärregierung im Hinblick auf die Bildung eines deutschen Bundesstaates aussehen müßte. Die Gruppe, der Harry B. Wolfe, Eugene P. Walters, Chester B. Lewis und George L. Erion angehörten, leitete J. Ward Starr, Direktor der Intelligence and Reports Division.[61] OMGUS hatte als Vorgaben eine deutsche Verfassung, die Einsetzung einer Regierung und ein Besatzungsstatut vorgesehen. Die OMGUS vorgelegte Staff Study „Recommendations on Program, Organization and Manpower Requirements of Military Government in Wuerttemberg-Baden" war zwar erst für die Zeit nach der Einsetzung eines Land Commissioner gedacht, beeinflußte jedoch die Organisation von OMGWB schon in den nächsten Monaten.

Kurz nach dem Amtsantritt von General Charles P. Gross als Land Director, regelte eine General Order vom 17. Februar 1949 erneut die Organanisation von OMGWB.[62] Die Aufgaben wurden nun auf zwei große Blöcke verteilt. Die Bereiche Administration und Special Offices wurden in einer Gruppe zusammengefaßt, die dem Executive Officer unterstellt war. In einer Gruppe Policy Operations, die dem Deputy Director unterstand, waren die Functional Divisions vereinigt, die die Politik der Besatzungsmächte durchzuführen hatten. Der Executive Officer wurde damit in seinem Tätigkeitsbereich eingeschränkt. Innerhalb der Branches fanden nur kleinere Veränderungen statt.

Von April bis Juli 1949 wurden mehrere Veränderungen vollzogen, die den Übergang auf die Verwaltung unter einem Land Commissioner vorbereiteten.[63] Die MFAA Section der Restitutions Branch, Property Division, wurde der Education and Cultural Relations Division angegliedert; gleichzeitig wurde die Restitution Branch aufgelöst. Zum 30. Juni 1949 wurde die Information Service Division mit allen Branches aufgelöst und die Tätigkeit weiterhin von OMGUS wahrgenommen. Zum gleichen Datum beendete die Property Control Division die Arbeit, die zum größten Teil auf OMGUS überging. Bei OMGWB wurde das Büro eines Property Adviser eingerichtet, der allerdings auch die Funktion des Executive Officer übernahm.[64]

Mit Wirkung vom 1. Juli 1949 wurde nochmals eine Organisationsanweisung erlassen, die die genannten Änderungen berücksichtigte und die Aufgaben der einzelnen Büros beschrieb.[65] Bis zur Beendigung der Tätigkeit von OMGWB am 21. September 1949 um 12.15 Uhr und dem Beginn der Ära des Land Commissioner of Wuerttemberg-Baden[66] traten keine Änderungen in der Organisation mehr ein.

---

[61] 17/145–3/3.

[62] General Order Nr. 2, OMGWB, vom 17.2.1949 (17/7–2/9–13, hier Folder 13).

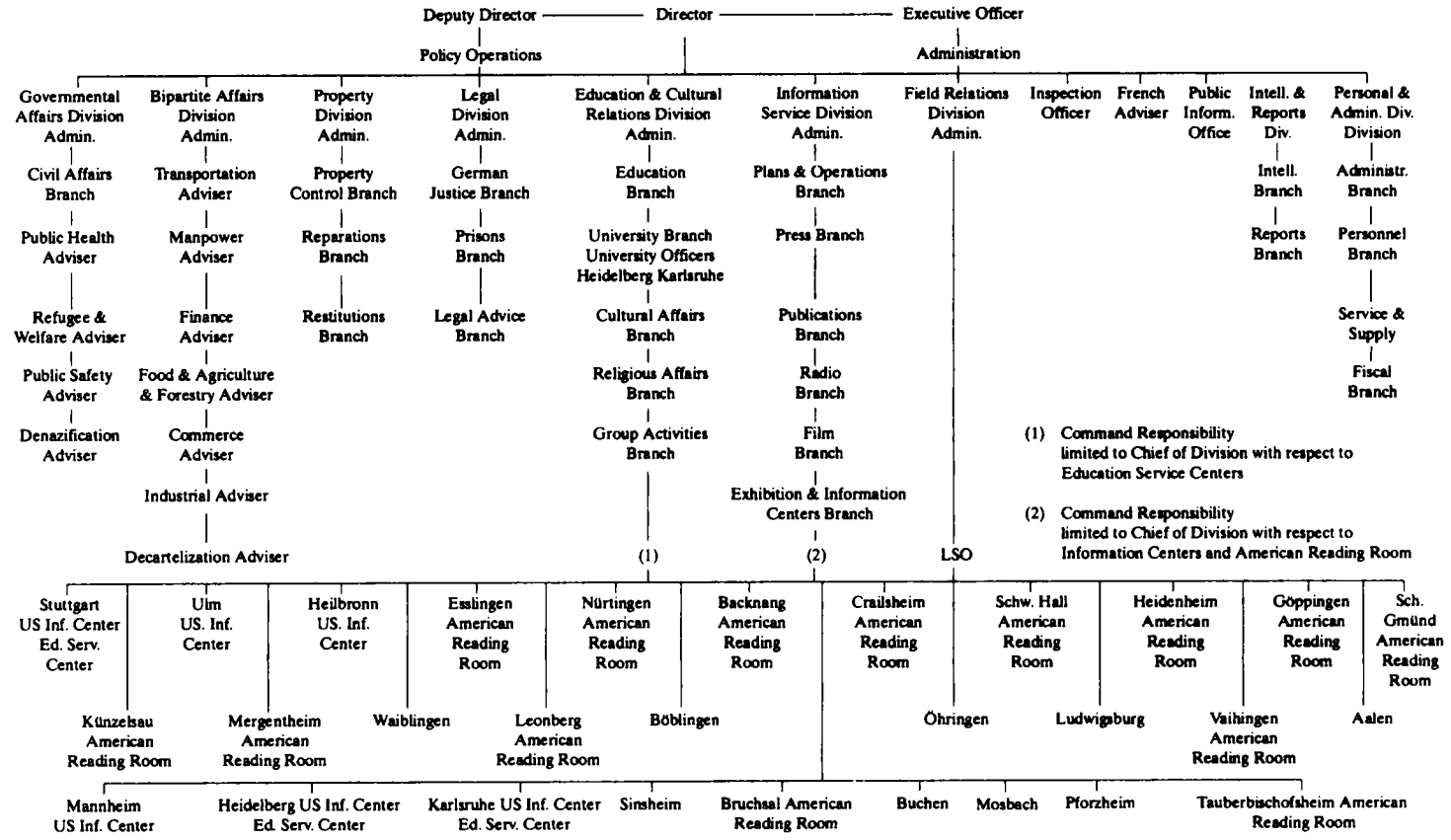
[63] General Order Nr. 3, 4, 6 und 7, OMGWB, vom 17.3. (3 und 4), 30.6. und 1.7.1949 (17/7–2/9–13, hier Folder 13).

[64] OMGWB an OMGUS, 20.5.1946 (12/227–1/4).

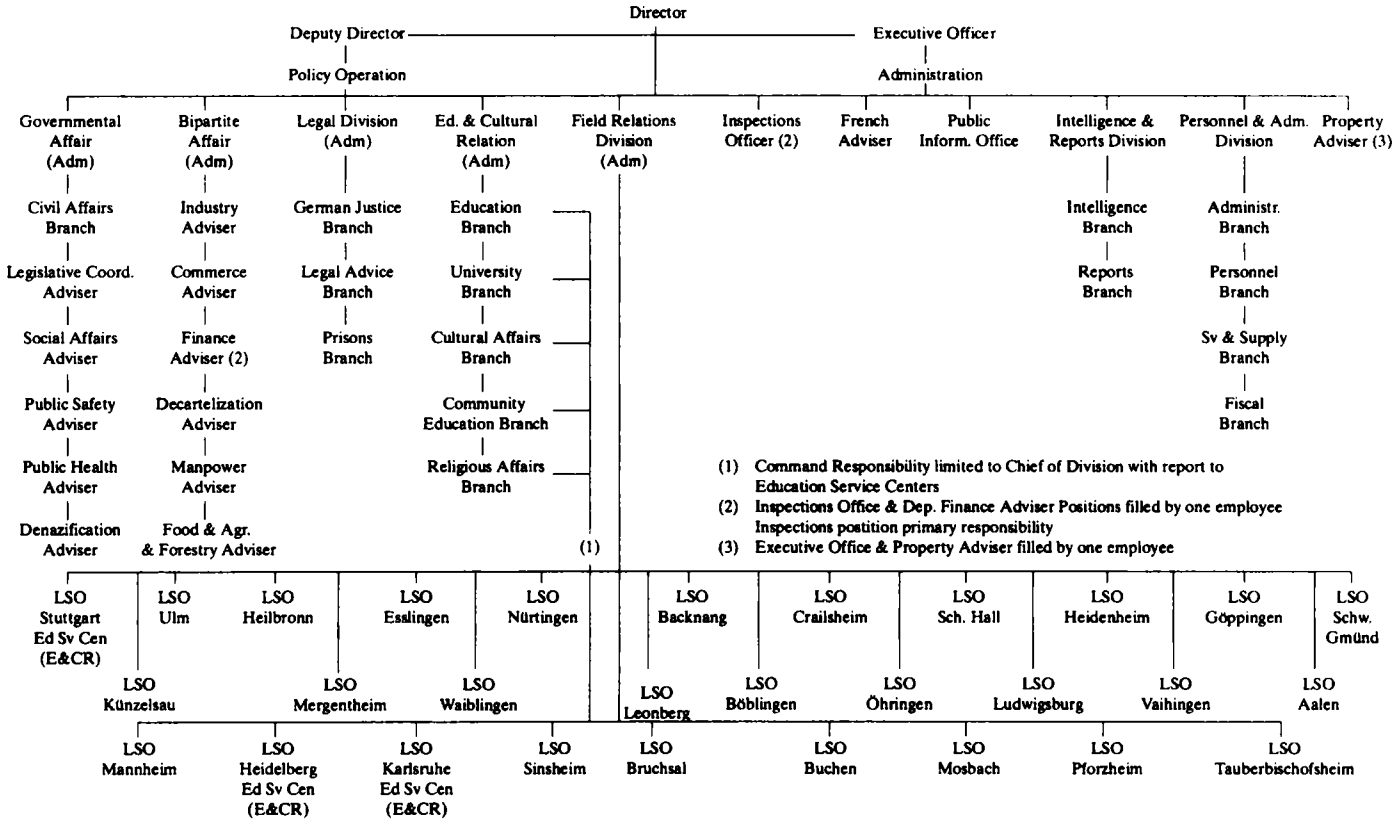
[65] General Order Nr. 5, OMGWB, vom 1.7.1949 (17/7–2/9–13, hier Folder 13).

[66] Lee: Field Organization of HICOG.

Übersicht 12: Organisation des OMGWB, 17. Februar 1949



Übersicht 13: Organisation des OMGWB, 1. Juli 1949[67]



[67] General Order Nr. 5, OMGWB, vom 1.7.1949 (17/7–2/9–13, hier Folder 13).

4. Personalentwicklung 1945 bis 1949

Von September 1944 bis April 1945 änderte sich die Personalstärke des Det. E1C3 kaum. Mitte April kam es zu einer Verstärkung durch die Übernahme der mit Dawson von Det. E1E2 gekommenen Offiziere.[68] Die Zonengrenzziehung führte zu großen Verschiebungen innerhalb der Detachments. Weiterhin kamen nach Beendigung der Kampfhandlungen zahlreiche Offiziere aus den taktischen und Servicetruppen zu den Militärregierungen. Im Gegensatz zur Stammbesatzung der Militärregierungen wurden sie nur kurz in Romilly (Frankreich), Bielefeld oder in Bad Homburg auf ihre neue Aufgabe vorbereitet. Im August 1945 ist der Höhepunkt der Tätigkeit auf Kreisebene und damit auch der personellen Besetzung der Militärregierungen festzustellen. Entsprechend der Konsolidierung der Landesverwaltung und der Übertragung von Aufgaben auf diese setzte bei den Militärregierungen eine Verminderung der Mitarbeiter ein. Auf der anderen Seite trat mit der Aufgabenkonzentrierung bei RMGO, Det. E-1, eine ständige Personalvermehrung ein.
Ein weiterer Grund für die Personalveränderungen waren die Entlassungen. Für viele Offiziere und Soldaten war im September 1945 die Dienstzeit abgelaufen und eine große Zahl wurde in die Heimat entlassen. Ab dieser Zeit hatten die Militärregierungen große Schwierigkeiten, ausgeschiedenes Personal wieder zu ersetzen. Zuwachs erfolgte nur noch in den Aufgabenbereichen, die OMGWB neu angegliedert wurden (z. B. Personal der Industry Branch und 6871st DISCC). Da die Offiziere ihre Dienstzeit jeweils um sechs Monate verlängern konnten, schieden im April 1946 wieder überdurchschnittlich viele aus. Von insgesamt 1 462 Offizieren und Soldaten am 27. Februar 1946 sank die Zahl auf eine Sollstärke von 601 Stellen am 1. Juni 1946.[69] In Folge dieser Entwicklung mußte der größte Teil der Functional Teams wieder aufgelöst werden.
Um der Personalnot abzuhelfen, bestanden seit Herbst 1945 Pläne, US Zivilisten einzustellen. Bei OMGWB wurde am 20. März 1946 der erste Zivilist (War Department Civilian) vereidigt. Das Verhältnis von militärischem und zivilem Personal sollte 2:1 sein. Bei OMGWB konnte diese Relation lange Zeit nicht hergestellt werden. Der Überhang von Offizieren blieb erhalten.

Übersicht 14: Personalstand (Soll-Stand) von OMGWB, Februar–Juni 1946[70]

	Fachpersonal			Büropersonal			
	Off.	US Ziv.	Summe	Sold.	US Ziv.	Summe	Gesamtsumme
Feb.	377	4	381	830	8	838	1219
März	323	35	358	684	18	702	1060
April	270	70	340	537	28	565	905
Mai	217	105	322	390	38	428	750
Juni	164	144	Soll: 308 Ist: 310	243	47	Soll: 290 Ist: 424	Soll: 598 Ist: 734

Zum 1. Juni betrug das Soll für Stellen deutscher Angestellter 2001, das Ist dagegen 3428.

---

[68] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section II, S. 80ff. (3/410–2/6); vgl. auch S. 71 f., 81 f. (12/23–1/12).
[69] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section IX, S. 174 f. (3/410–2/6).
[70] 12/226–1/1–11; 5/376–3/6.

Ein Vergleich über die Besetzung der einzelnen Büros der Militärregierungen in Bayern, Hessen und Württemberg-Baden liegt für den 1. Juni 1946 vor.[71]
OMGUS kontrollierte ab Sommer 1946 den Personalstand sehr genau. Hatte man bis dahin die Stellen für einzelne Divisions global zugeteilt, so verlangte OMGUS nun eine stellenweise Anforderung aufgrund von Organisationplänen und Stellenbeschreibungen. Eine Aufstellung zum 8. August 1946 zeigt die globale Zuweisung wie auch die effektive Besetzung. Die Zahlen sind auch deswegen von Interesse, weil sie anzeigen, mit welcher Intensität einzelne Arbeitsbereiche wahrgenommen wurden.

Übersicht 15: Personalstärke der Abteilungen des OMGWB, 8. August 1946[72]

	Ist	Soll
Command and Executive	6	
Information Control Division		
Administrative Branch	7	
Press Control Branch	9	
Publication Control Branch	7	
Radio Control Branch	4	
Film Control Branch	2	
Theater & Music Control Branch	5	
Intelligence Branch	16	
Sonstige	3	
Information Control Division insgesamt	53	50
Intelligence Division	4	
Public Relations Division	4	
Reports & Statistics Division	6	
Allied Liaison Division	4	
Administration & Service Group, Administation	2	
Accomodation Division		
Administrative Branch	4	
Mess Branch	6	
Billets Branch	3	
Hq & Service Company	6	
Accomodation Division insgesamt	19	17
Administrative Division		
Administrative Branch	2	
Mail & Records Branch	8	
Publications Branch	2	
Communications Branch	5	
Administrative Division insgesamt	17	17
Automotive Transportation Division		
Administrative Branch	4	
Maintenance Branch	11	
Operations Branch	7	
Automotive Transportation Division insgesamt	22	22

[71] 12/2–2/27.
[72] 12/226–1/1–11.

Supply Division		
Administrative Branch	5	
Property Account Branch	2	
Procurement Branch	4	
Exchange & Special Services Branch	6	
Supply Division insgesamt	17	17
Personnel Division		
Administrative Branch	4	
US Civilian Personnel Branch	17	
Military Personnel Branch	13	
German Civilian Personnel Branch	1	
Personnel Division insgesamt	35	23
Fiscal Division	1	
Government Group, Administration	1	
Civil Administration Division		
Administrative Branch	3	
Government Structure Branch	1	
Information & Investigation Branch	2	
Civil Administration Division insgesamt	6	7
Legal Division		
Administrative Branch	3	
Military Courts Branch	38	
German Justice Branch	8	
Prisons Branch	4	
Legal Division insgesamt	53	41
Education & Religion Division		
Administrative Branch	6	
Higher Institutions Branch	2	
Adult Education Branch	1	
Elementary & Secondary School Branch	2	
Religious Affairs Branch	2	
Youth Activities Branch	2	
Education & Religion Division insgesamt	15	14
Financial Division		
Administrative Branch	4	
Private Finance Branch	4	
Public Finance Branch	2	
Property Control Branch	12	
Financial Division insgesamt	22	21
Transportation Division		
Rail & Water Transportation	2	
Communication Branch	4	
Transportation Division insgesamt	6	6
Interior Division		
Administrative Branch	5	
Public Welfare Branch	7	

Public Health Branch	8	
Public Safety Branch	82	
Interior Division insgesamt	102	96
Manpower Division		
Administrative Branch	2	
Standards & Allocations Branch	1	
Social Insurance and Housing Section	1	
Manpower Division insgesamt	4	4
Economics Division		
Administrative Branch	4	
Scientific Control & Research Branch	1	
Requirements & Allocations Branch	5	
German Agencies Branch	1	
Reports & Statistics Branch	1	
Highway Branch	4	
Restitutions Branch	6	
Industry Branch	16	
Food & Agriculture Branch	9	
Trade & Commerce Branch	6	
Forestry Branch	1	
Economics Division insgesamt	54	54
Field Operations	187	187

Im September 1946 legte OMGWB im Auftrag von OMGUS eine Studie vor, die sich mit den Auswirkungen von Stelleneinsparungen auf die Arbeit auf Landesebene beschäftigte.[73] Die Studie ging von einer Reduzierung von 601 auf 518 Stellen aus, einer Zahl, die sehr schnell unterschritten wurde. OMGUS setzte die Zahl der Planstellen zum 1. Januar 1947 auf 543 fest:[74] 313 Stellen für Militärpersonen, 230 für US Zivilisten. Weiterhin waren 2492 Stellen für deutsches Personal vorgesehen. Sechs Monate später mußte OMGWB mit 411 Stellen für amerikanisches Personal auskommen. Die stärksten Streichungen hatte Field Operations hinnehmen müssen; 57 Stellen waren weggefallen.

[73] Staff Study: „Effect of Reduction in Personnel Allocation", 7.9.1946, 29 S., mit genauen Aufgabenbeschreibungen (12/226–1/1–11); vgl. 5/376–1/8.

[74] OMGUS an OMGWB, 11.11.1946 (ebenda).

Übersicht 16: Personalstärke der Abteilungen des OMGWB, 30. Juni 1947[75]

Staff/Divisions	Off.	Sold.	US Ziv.	Summe
Land Director	–	–	1	1
Deputy Director	1	–	1	2
Executive Officer	–	–	2	2
Zwischensumme	1	–	4	5
Special Divisions				
Information Control Division	4	1	23	28
Intelligence Division	2	1	8	11
Public Relations Division	–	–	2	2
Reports & Statistics Division	1	–	3	4
Allied Liaison Division	1	–	2	3
Land Real Estate	–	–	–	–
Zwischensumme	8	2	38	48
Assistant Director for Administration & Services	1	–	–	1
Accomodation Division	1	2	–	3
Administrative Division	4	6	6	16
Automotive Transportation Division	1	–	1	2
Supply Division	2	2	–	4
Personnel Division	2	7	9	18
Fiscal Division	1	–	–	1
Zwischensumme	12	17	16	45
Assistant Director for Government	–	–	–	–
Civil Administration Staff	–	–	6	6
Denazification Division	10	1	18	29
Legal Division	–	–	38	38
Education & Religion Division	2	–	13	15
Finance Division	3	–	10	13
Transportation Division	–	–	4	4
Interior Division	14	–	15	29
Manpower Division	–	–	4	4
Economics Division	5	–	40	45
Zwischensumme	34	1	148	183
Field Operations	87	35	8	130
Gesamtsumme	142	55	214	411
Regional Government Coordinating Office			16	

Der Zwang zur Personaleinsparung blieb in den folgenden Monaten bestehen. Im August/September 1947 wurden wieder umfangreiche Organisationsuntersuchungen vorgenommen, um Stellen streichen zu können.[76] Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung bis zum 1. Juli 1948 (zur Rubrik der US Zivilisten wurden die bei RGCO Beschäftigten hinzugezählt).

[75] 12/1-1/31; vgl. die Aufstellung mit geringfügigen Abweichungen in 3/408-2/27.
[76] 12/1-1/28.

Übersicht 17: US Mitarbeiter bei OMGWB, Juli 1947–Juli 1948[77]

	US Ziv.	Off.	Sold.	Summe
Juli 1947	234	142	51	427
September 1947	204	136	55	395
Dezember 1947	217	146	54	417
Februar 1948	232	119	53	404
April 1948	234	73	36	343
Mai 1948	219	59	34	312
Juni 1948	205	31	0	236
1. Juli 1948	205	27	0	232

Im Dezember 1947 wurde OMGWB aufgefordert, das Personal der LSO bis zum Juni 1948 um 50% zu reduzieren. Am 28. Januar 1948 legte OMGWB einen Stufenplan vor.[78] Waren am 30. November 1947 bei den LSO 125 Amerikaner beschäftigt, sollten es zum 30. Juni 1948 nur noch 63 sein. Auf das einzelne Büro entfielen somit nur noch ein bis vier Stellen, die mit US Personal besetzt waren. Diese starke Personalverminderung war unter anderem dadurch möglich geworden, daß sich die LSO und die Militärregierung aus dem Entnazifizierungsverfahren zurückgezogen hatten.

Im ersten Halbjahr 1948 wurde die Stellenbesetzung durch die Unsicherheit über einen Wechsel der Zuständigkeit für die Militärregierung in Deutschland vom Department of Defence zum State Department erschwert. Diese Zuständigkeitsveränderung hätte zur Folge gehabt, daß alle Militärpersonen hätten ausscheiden müssen.[79] Eine Umwandlung in entsprechende zivile Stellen wurde angeboten; die qualifizierten Offiziere wollten jedoch die Armee nicht verlassen. Da die internationale Lage für den Wechsel nicht günstig erschien, wurde er nicht wie beabsichtigt zum 30. Juni 1948 vollzogen. Die Soldaten wurden jedoch alle im Juni 1948 entlassen.

Der starke Rückgang an Personalstellen von Mai zu Juni 1948 hängt mit der tiefgreifenden Organisationsveränderung von Mai/Juni 1948 zusammen.[80] Da innerhalb der Groups starke Veränderungen vorgenommen wurden, sind nicht alle Zahlen vergleichbar. Personnel and Administration verfügte noch über 19 Stellen (Administration and Services vorher 45), Field Operations über 54 (vorher 130), Civil Administration über drei (vorher sechs), Denazification über neun (vorher 29), Transportation und Manpower über jeweils eine Stelle (vorher jeweils vier).

Im einzelnen wurde OMGWB zum 30. Juni 1948 folgender Stellenplan von OMGUS bewilligt.[81]

---

[77] History of Civilian Personnel Branch 1947/48 (3/408-2/27).

[78] 12/226-2/1-4.

[79] OMGWB: Field Operations History 1947/48, S. 2 (3/409-3/5); OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Juli – September 1948, S. 7 (3/409-3/5).

[80] General Order, Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948 (17/7-2/9-13, hier Folder 12).

[81] OMGUS an OMGWB, 5.3.1948 (17/145-3/2; 12/226-2/1-4).

Übersicht 18: Stellenplan von OMGWB, 30. Juni 1948

		Stellen
Office of the Director and Executive		6
Personnel and Administration		19
Public Information		1
Intelligence		12
Reports and Statistics		3
Research		6
Information Control (ohne Research)		22
Education and Cultural Relations		20
Civil Administration		3
Public Health		1
Public Welfare		2
Public Safety		7
Denazification		9
Legal		36
Finance (ohne Property Control)		2
Property		13
davon Property Control	4	
Decartelization	2	
Reparations	3	
Restitutions	4	
Economics (ohne Food and Agriculture)		3
Food and Agriculture		6
Transport		1
Manpower		1
Direction of Field Operations		3
Liaison & Security Offices		51
		227

In den folgenden Monaten wurden die Stellen für Offiziere bis auf zwei im Büro des Direktors, die als persönlicher Stab von General Charles P. Gross tätig waren, reduziert.

Übersicht 19: Anzahl der bei OMGWB Beschäftigten, Oktober 1948–August 1949

	1.Okt.1948	6.Dez.1948	20.Apr.1949	15.Aug.1949
US Zivilisten	224	199	185	147
Offiziere		25	2	
Deutsche	702	607	458	664
	926	831	645	811

Übersicht 20: Personalstärke der Abteilungen des OMGWB, 1949[82]

	20. Mai 1949	30. Juni 1949
Command and Executive Office[a]	5	6
Personnel and Administration	22	8
Public Information Office	2	1
Bipartite Affairs Division	16	10
Legal Division	10	8
Education & Culture Relation Division	25	27
Denazification	2	1
Property	7	
ISD	16	
Governmental Affairs	12	9
Intelligence & Reports	20	16
Liaison & Security Offices	41	41
Amerika Häuser	6	
Universitäten	2	
Inspection Office	1	1
French Adviser	1	1
	188	129

a) Hierzu kommen zwei Offiziere des persönlichen Stabs von General Gross.

Übersicht 21: Personalentwicklung bei den Military Government Offices / Liaison and Security Offices, OMGWB, 1945–1948

		26. Aug. 1945		6. Jan. 46		30. Jun. 46		Juni 1948		
		Off.	Sold.	Off.	Sold.	Off.	Sold.	Off.	Sold.	Ziv.
OMG	Stuttgart	26	28	12	22	4	6	–	1	8
	Böblingen	4	8	6	11	2	3	–	–	1
	Esslingen	7	13	7	13	3	2	–	1	2
	Ludwigsburg	12	10	12	10	3	5	–	1	3
	Waiblingen	7	13	7	13	2	3	–	–	5
	Backnang	4	8	4	8	2	3	1	1	–
	Leonberg	5	5	5	7	2	3	1	1	–
	Nürtingen	4	6	4	6	*	*	1	–	1
	Vaihingen	3	6	3	6	2	3	1	–	–
LKB/LB	Mannheim	50	54	28	28	–	–	–	–	–
OMG	Mannheim	21	36	11	23	6	3	2	1	9
	Heidelberg	16	31	19	27	3	3	2	1	7
	Buchen	4	6	4	3	3	3	1	1	–
	Mosbach	5	6	5	9	2	2	–	–	1
	Tauberbischofsheim	4	6	8	3	1	2	–	1	1
	Sinsheim	5	8	5	4	2	2	1	–	–
LKB	Karlsruhe	39	25	–	–	–	–	–	–	–
OMG	Karlsruhe	15	20	12	16	5	3	1	1	8
	Pforzheim	13	24	7	6	2	3	–	–	2
	Bruchsal	4	7	4	7	2	3	1	–	–

82 12/227–1/4.

	26. Aug. 1945		6. Jan. 46		30. Jun. 46		Juni 1948		
	Off.	Sold.	Off.	Sold.	Off.	Sold.	Off.	Sold.	Ziv.
Heilbronn	20	26	10	9	4	4	–	–	6
Crailsheim	7	12	6	6	2	3	1	–	–
Schwäbisch Hall	3	9	4	7	2	3	1	1	2
Künzelsau	4	7	3	7	2	3	1	1	–
Bad Mergentheim	4	6	4	6	2	4	1	1	3
Öhringen	2	7	3	5	2	3	–	1	1
Ulm	20	29	19	19	3	5	–	1	4
Aalen	7	13	5	19	2	2	1	–	2
Schwäbisch Gmünd	8	14	4	7	2	2	1	1	–
Göppingen	9	14	7	10	2	2	–	–	2
Heidenheim	13	15	4	7	2	4	1	–	–

* Angaben liegen nicht vor.

5. Offiziere und US Zivilisten in leitenden Stellungen Querschnitte

Übersicht 22: Offiziere und US Zivilisten in leitenden Stellungen bei OMGWB, 1945–1949

Regional Military Government Officer, Director of OMGWB		
James B. Newman	Lt.Col	bis 25. April 1945 für Det. E1C3, Württemberg
William W. Dawson	Lt.Col./Col.	bis 25. April 1945 für Det. E1E2, Baden ab 25. April 1945 RMGO für Det. E1C3 Dir. of OMGWB 15. Aug. 1945 – 13. Nov. 1946. Ab 8. Aug. auch Dir. RGCO, Stuttgart
Sumner Sewall	Civ.	15. Nov. 1946[83] – 7. Dez. 1947
Charles M. LaFollette	Civ.	15. Dez. 1947[84] – 28. Dez. 1948
Charles P. Gross	Maj.Gen. (retired)	Zum 17. Jan. 1949 ernannt,[85] am 21. Jan. 1949 Amtsantritt. Bleibt 1949 als Land Commissioner im Amt.
Deputy Military Government Officer, Deputy Director of OMGWB		
Alan Hart	Lt.Col.	8. Mai 1945
Charles D. Winning	Lt.Col.	26. Juli 1945 – März 1946
Morris O. Edwards	Lt.Col.	20. März 1946 – 13. Mai 1948
Harvey M. Coverley	Civ.	10. Aug. 1948 – Sep. 1949

[83] Daten der Amtszeit; Ernennung durch General Order Nr. 74, OMGUS, vom 12.11.1946, bekannt gemacht durch General Order, Nr. 28, OMGWB, vom 23.11.1946 (17/76-2/9-13).

[84] General Order Nr. 4, OMGWB, vom 15.12.1947 (17/7-2/9-13, hier Folder 11).

[85] General Order Nr. 2, OMGUS, vom 7.2.1949 (17/145-2/24).

Executive Officer		
Rafferty (acting)	Maj.	Sep. 1945
Hugh Mair	Lt.Col.	Dez. 1945
Harvey M. Coverley	Lt.Col.	(März, Juni 1947)
David F. Anderson		bis 3. Aug. 1949
Adjutant		
Walter C. Allen	Capt.	Dez. 1945
Richard T. Lynch	Capt.	(Feb., März 1946)
Robert M. Fitzgerald	1st Lt.	(Mai 1946)
Leonard Cooke	Lt.Col.	Nov. 1946 – 5. Jan. 1948
Hugh Mair	Lt.Col.	5. Jan. – 24. März 1948
Felix Zak	1st Lt.	24. März 1948 – März 1949

Stellenbesetzung des OMGWB, 19. September 1945: Übersicht 2

Stellenbesetzung des OMGWB, 1. Dezember 1945: Übersicht 3

Übersicht 23: Stellenbesetzung des OMGWB, 11. September 1946

Col. William W. Dawson	Dir. of OMGWB
Lt.Col. Morris O. Edwards	Dep. Dir.
Lt.Col. Harvey M. Coverley	Executive Officer
Lt.Col. Charles D. Winning	Dir. of Government
Lt.Col. Irvin L. Harlow	Dir. Field Operations
Chester B. Lewis	Dir. Civil Administration
1st Lt. Richard Scammon	Dep. Dir. Civil Administration
Maj. J. Ward Starr	Dir. Interior
John P. Steiner	Dir. Education
Richard Banks	Ass. Dir. Education
Juan A. A. Sedillo	Dir. Legal
Maj. Garloch	Dir. Denazification
Lt.Col. Edward J. Drinkert	Dir. Finance
Col. Eugene P. Walters	Field Relations
Capt. Edwin F. Beal	Dir. Manpower
Maj. William D. Neill	Dir. Transportation
George L. Erion	Dir. Economics

Übersicht 24: Stellenbesetzung des OMGWB, 1. Juli 1947[86]

Sumner Sewall	Civ.	Dir.
Morris O. Edwards	Lt.Col.	CO, 1st MGBat(Sep)
Harvey M. Coverley	Civ.	Executive Officer
Leonard C. Cooke	Lt.Col.	Adjutant
Hugh Mair	Lt.Col.	Ass. Dir. Admin. and Service Group
Chester B. Lewis	Civ.	Ass. Dir. for Government
Eugene P. Walters	Lt.Col.	Ass. Dir. for Operation
J. Huntington Hills	Col.	Dir. ICD
Peter J. Vacca	Civ.	Dir. Intelligence Division
W. S. Harrison	Civ.	Dir. Public Relations Div.
James B. Larwood	Civ.	Dir. Reports and Statistics Division
Arthur G. Robertson	Civ.	Dir. Liaison Division
Leonard C. Cooke	Lt.Col.	Dir. Administration Division

[86] OMGWB an EUCOM, 1.7.1947 (17/145–2/8).

James D. Belk	Capt.	Dir. Automotive Division
William R. Hyde	Maj.	Dir. Supply Division
John F. Richardson	Civ.	Dir. Personnel Division
George M. Seckinger	Maj.	Dir. Fiscal Division
David F. Anderson	Civ.	Dir. Denazification Division
Richard J. Jackson	Civ.	Dir. Legal Division
John P. Steiner	Civ.	Dir. Education and Religion Division
Edward J. Drinkert	Lt.Col.	Dir. Finance Division
Arthur M. Garrison	Civ.	Dir. Transportation Division
J. Ward Starr	Civ.	Dir. Interior Division
Edwin F. Beal	Civ.	Dir. Manpower Division
George L. Erion	Civ.	Dir. Economics Division
Chester B. Lewis	Civ.	Dir. Civil Administration Staff

Entsprechend der neuen Organisationsstruktur waren die Mitarbeiter in den folgenden Bereichen eingesetzt:

Übersicht 25: Stellenbesetzung des OMGWB, September 1947[87]

Morris O. Edwards	Lt.Col.	Actg Dir./Dep. Dir.
Harvey M. Coverley	Civ.	Actg Dep. Dir.
Hugh Mair	Lt.Col.	Actg Executive Officer & Commanding Officer 1st MGBat(Sep)
Leonard C. Cooke	Lt.Col.	Ass. Executive Officer & Adjutant
Felix Zak	1st Lt.	Ass. Adjutant
Paul E. Lemeris	CWO	Chief Military Personnel Br.
Earl P. Deets	Civ.	Chief Civilian Personnel Br.
William B. Apgar	Civ.	Chief Indigenous Personnel Br.
Felix Zak	1st Lt.	Chief Message Center and Mail Branch
Felix Zak	1st Lt.	Chief Publications and Records Br.
Felix Zak	1st Lt.	Chief Communications Branch
Lucius E. Forbes	Maj.	Chief TI & E Branch
William R. Hyde	Maj.	Chief Supply Branch
James D. Belk	Capt.	Chief Automotive Branch
George M. Seckinger	Maj.	Chief Fiscal Branch
H. McCallion	1st Lt.	Headquarters Commandant
J. Huntington Hills	Col.	Dir. Information Control Division
Peter J. Vacca	Civ.	Dir. Intelligence Division
Arthur G. Robertson	Civ.	Allied Liaison Officer
Willis S. Harrison	Civ.	Public Information Officer
James B. Larwood	Civ.	Reports and Statistics Officer
Joseph Rousseau	Lt.Col.	Inspection Officer
Chester B. Lewis	Civ.	Governmental Affairs Officer
Chester B. Lewis	Civ.	Dir. Civil Administration Division
David F. Anderson	Civ.	Dir. Denazification Division
Walter S. Leeds	Civ.	Chief Baden Liaison Office
Frederic T. Churchill	Civ.	Chief Ministerial Liaison Review Branch
James L. Spellman	Maj.	Chief Field Advisory and Investigation Branch
John D. Austin	Capt.	Chief Internment Camps Branch

[87] Special Order Nr. 122, OMGWB, vom 20.9.1947 (17/7-3/8).

Walter Hart	Civ.	Chief Document Center and Statistics Branch
John Wolfsheimer	Civ.	Chief Stuttgart Special Branch
Richard J. Jackson	Civ.	Dir. Legal Division
Carl J. Fulghum	Civ.	Chief Military Government Courts Branch
Ralf E. Brown	Civ.	Chief German Justice Branch
Paul J. Gernert	Civ.	Chief Prisons Branch
Wesley A. Smith	Civ.	Chief Legal Advice Branch
John P. Steiner	Civ.	Dir. Education and Religious Affairs Division
Harold A. Basilius	Civ.	Chief Higher Institutions Branch
Ralph E. Berry	Civ.	Chief Adult Education Branch
Payne Templeton	Civ.	Chief Schools Branch
Karl J. Arndt	Civ.	Chief Religious Affairs Branch
Lear A. Shelnutt	Civ.	Chief Youth Activities Branch
Edward J. Drinkert	Lt.Col.	Dir. Finance Division
John van Stirum	Civ.	Chief Private Finance Branch
Herbert F. Fraser	Civ.	Chief Public Finance Branch
Zinn B. Garret	Civ.	Chief Property Control Branch
Arthur M. Garrison	Civ.	Dir. Transportation Division
William D. Neill	Civ.	Chief Highway Maintenance Branch
Elden H. French	Civ.	Chief Highway Transportation Br.
Robert J. Stamp	Civ.	Chief Vehicle Maintenance and Supply Branch
J. Ward Starr	Civ.	Dir. Interior Division
Robert L. Perry	Lt.Col.	Chief Public Safety Branch
James H. Campbell	Civ.	Chief Public Welfare Branch
Philipp R. Beckjord	Lt.Col.	Chief Public Health Branch
William T. Neel	Maj.	Chief Housing and Real Estate Branch
Edwin F. Beal	Civ.	Dir. Manpower Division
Theodore A. Lapp	Civ.	Chief Social Insurance Branch
Walter H. Keller	Civ.	Chief Labor Allocations and Standards Branch
George L. Erion	Civ.	Dir. Economics Division
Lionel J. Brunton	Lt.Col.	Chief Scientific Research Control Branch
Joseph Letteriello	Civ.	Chief Requirements & Allocation Branch
Lionel J. Brunton	Lt.Col.	Chief Industry Branch
Frank S. Wilson	Civ.	Chief Trade and Commerce Branch
Edward O. Smith	Civ.	Chief Restitution Control Br.
Otto E. Hurliman	Civ.	Chief Decartelization Control Branch
Paul F. Taggart	Civ.	Chief Food & Agriculture Branch
William H. Messeck	Civ.	Chief Forestry Branch
Eugene P. Walters	Civ.	Field Operations Officer
Irvin L. Harlow	Lt.Col.	LSO Stuttgart
Manfred Ernst	Capt.	LSO Böblingen
Nicholas Semaschko	Capt.	LSO Esslingen

Eugene E. Oja	Capt.	LSO Ludwigsburg
Fred A. Hubbard	Maj.	LSO Waiblingen
Richard Forest	Maj.	LSO Backnang
Salvatore Giunta	Capt.	LSO Leonberg
John F. Capell	Maj.	LSO Nürtingen
Rudolf Urbach	Capt.	LSO Vaihingen
Allen G. Spitz	Lt.Col.	LSO Göppingen
Charles J. West	Lt.Col.	LSO Heilbronn
Thomas E. Griswold	Capt.	LSO Künzelsau
Boni V. Bloom	Capt.	LSO Bad Mergentheim
Lester H. Kylo	Maj.	LSO Heidenheim
Stanley A. Warren	Maj.	LSO Schwäbisch Hall
George H. Caple	Maj.	LSO Öhringen
Charles A. Pallette	Maj.	LSO Aalen
Robert Lawton	Capt.	LSO Crailsheim
Philip K. Folton	Capt.	LSO Schwäbisch Gmünd
Marcus L. Hoover	Maj.	LSO Ulm
James H. Lynch	Lt.Col.	LSO Heidelberg
Charles N. Matthews	Capt.	LSO Sinsheim
Nathaniel W. Barber	Capt.	LSO Tauberbischofsheim
John Zecca	Capt.	LSO Mosbach
Charles H. Rue	Lt.Col.	LSO Mannheim
Clair S. Keona	Maj.	LSO Karlsruhe
Russel C. Stenson	Capt.	LSO Bruchsal
Charles H. Wright	Capt.	LSO Buchen
Raymond Lascoe	Maj.	LSO Pforzheim

Übersicht 26: Stellenbesetzung des OMGWB, 12. Januar 1948[88]

Philipp R. Beckjord	Lt.Col.	Interior
Leonard C. Cooke	Lt.Col.	Inspection Office
Edward J. Drinkert	Lt.Col.	Finance
Morris O. Edwards	Lt.Col.	Commanding
Hugh Mair	Lt.Col.	Assistant Executive Officer & Adjutant
Joseph H. Rousseau	Lt.Col.	Inspection Office
Edward W. Sears	Lt.Col.	Economics
Joel B. White	Lt.Col.	Interior
Richard Banks	Maj.	Education and Religion
Lucius Forbes	Maj.	Administration
Glen C. Hess	Maj.	Economics
William R. Hyde	Maj.	Supply
Alenson T. Leland	Maj.	Interior
Stanley Malachowsky	Maj.	Economics
George M. Seckinger	Maj.	Fiscal
John A. Wickham	Maj.	ECIS
Paul H. Friday	Maj.	Economics
John D. Austin	Capt.	Denazification
James D. Belk	Capt.	Transportation
Herman Brunke	Capt.	Interior
Bernard Connolly	Capt.	Interior
Albert Dresner	Capt.	Interior

[88] 3/409–2/6. Auf den folgenden Seiten die Aufstellungen für Februar 1948.

Joseph E. Evers	Capt.	Legal
Felix Zak	1st Lt.	Administration
Virgil E. Larson	WOJG	Reports and Statistics
Liaison and Security Offices		
Irvin L. Harlow	Lt.Col.	LSO Stuttgart
James H. Lynch	Lt.Col.	LSO Heidelberg
Charles H. Rue	Lt.Col.	LSO Mannheim
Allen C. Spitz	Lt.Col.	LSO Göppingen
Charles J. West	Lt.Col.	LSO Heilbronn
Allen O. Brophy	Maj.	LSO Mannheim
John T. Capell	Maj.	LSO Nürtingen
Marcus L. Hoover	Maj.	LSO Ulm
Fred E. Hubbard	Maj.	LSO Buchen
Clair S. Keena	Maj.	LSO Karlsruhe
Lester H. Kyle	Maj.	LSO Ludwigsburg
Raymond Lascoe	Maj.	LSO Pforzheim
Charles A. Palette	Maj.	LSO Aalen
Earl P. Schouten	Maj.	LSO Heidenheim
Sylvan B. Simpson	Capt.	LSO Mannheim
Stanley A. Warren	Capt.	LSO Schwäbisch Hall
George H. Wilson	Capt.	LSO Leonberg

Nach der Organisationsveränderung vom 15. Mai 1948 wurde folgende Personalliste aufgestellt.[89] (Bei allen Personen ohne militärischen Rang handelt es sich um US Zivilisten).

Übersicht 27: Stellenbesetzung des OMGWB, Mai 1948

Charles M. LaFolette		Director
Morris O. Edwards	Lt.Col.	Commanding Officer 7780th OMGUS Group and Adviser to the Director
Harvey M. Coverley		Actg Dep. Dir.
Edward J. Drinkert	Lt.Col.	Actg Executive Officer
Harry B. Wolfe		Ass. Executive Officer
Felix Zak	1st Lt.	Adjutant and Chief, Administration Branch
George M. Bartels		Chief, Service and Supply Branch
George M. Seckinger	Maj.	Chief, Fiscal Branch
J. Ward Starr		Chief, Intelligence & Reports Div.
James B. Larwood		Chief, Reports Branch
Peter J. Vacca		Chief, Intelligence Branch
Charles D. Beckman		Chief, Public Information Office
Robert Hutton		French Adviser
Herman Brunke	Capt.	Housing Adviser
Joseph Rousseau	Lt.Col.	Inspection Officer
Chester B. Lewis		Chief, Governmental Affairs Division
Harold A. Wyatt		Chief, Civil Affairs Advisory Branch
James H. Campbell		Public Welfare Adviser
Robert L. Perry		Public Safety Adviser

[89] Special Order Nr. 21, OMGWB, vom 19.5.1948 (17/7–3/2–9, hier Folder 9; 3/409–2/6); Special Order Nr. 122, OMGWB, vom 20.9.1947 wurde aufgehoben.

Newton S. Friedman		Acting Denazification Adviser
Philipp R. Beckjord	Lt.Col.	Public Health Adviser
George L. Erion		Chief, Bipartite Affairs Division
Josef Letteriello		Commercial Adviser
Lionel J. Brunton		Industry Adviser
Arthur M. Garrison		Transportation Adviser
John van Stirum		Actg Finance Adviser
Paul F. Taggart		Chief, Food, Agriculture and Forestry Branch
Edwin F. Beal		Manpower Adviser
Otto E. Hurliman		Decartelization Adviser
Zinn B. Garret		Chief, Property Division and Chief, Property Control Branch
John A. Holbrook		Chief, Reparations Branch
Edward O. Smith		Chief, Restitutions Branch
Richard J. Jackson		Chief, Legal Division
Charles J. Fulghum		Chief, Military Government Courts Branch
Ralf E. Brown		Chief, German Justice Branch
Paul J. Gernert		Chief, Prisons Branch
Wesley A. Smith		Chief, Legal Adviser Branch
John P. Steiner		Chief, Education and Cultural Relations Division
Payne Templeton		Chief, Educational Branch
Robert Ittner		Chief, University Branch
John F. Mead		Chief, Cultural Exchange Branch
Karl J. Arndt		Chief, Religious Affairs Branch
Leon A. Shelnutt		Chief, Group Activities Branch
Nicholas Canday		Chief, Information Control Division
John Boxer		Chief, Plans and Operations Branch
Joseph L. Dees		Chief, Press Control Branch
Ewald W. Schnitzer		Chief, Publication Control Branch
Fred G. Taylor		Chief, Radio Control Branch
John A. Scott		Chief, Film Control Branch
William Castello		Chief, Theater and Music Control Branch
Michael Weyl		Chief, Exhibition Information Center
Eugene P. Walters		Chief, Field Relations Division
Charles A. Pallette	Maj.	LSO Aalen
Eugene E. Oja		LSO Backnang
Boni V. Bloom		LSO Bad Mergentheim
James C. Kennedy	1st Lt.	LSO Böblingen
Fred A. Cerken	Capt.	LSO Bruchsal
Fred A. Hubbard	Maj.	LSO Buchen
Robert C. Lawton	Capt.	LSO Crailsheim
Nicholas Semaschko		LSO Esslingen
William T. Neel		LSO Göppingen
Charles J. West	Lt.Col.	LSO Heidelberg
Earl P. Schouten	Maj.	LSO Heidenheim

James W. Butler		LSO Heilbronn
Allen G. Spitz	Lt.Col.	LSO Karlsruhe
Allen O. Brophy	Maj.	LSO Künzelsau
John F. Helbrook	Capt.	LSO Leonberg
Thomas E. Griswold		LSO Ludwigsburg
Hugh Mair		LSO Mannheim
John Zecca		LSO Mosbach
Charles W. Matthews	Capt.	LSO Nürtingen
Raymond Lascoe		LSO Pforzheim
Pierre Nelson		LSO Öhringen
Philip Felton	Capt.	LSO Schwäbisch Gmünd
William B. Henry	1st Lt.	LSO Schwäbisch Hall
John Welch	Capt.	LSO Sinsheim
Marcus L. Hoover		LSO Stuttgart
Russel C. Stenson	Capt.	LSO Tauberbischofsheim
John F. Capell		LSO Ulm
James A. Dunn	Capt.	LSO Vaihingen
Charles H. Wright		LSO Waiblingen

Zum 20. September 1948 ergaben sich folgende Änderungen:[90]

Übersicht 28: Stellenbesetzung des OMGWB, 20. September 1948

Harvey M. Coverley		Dep. Director
Edward J. Drinkert	Lt.Col.	Ass. Dep. Director and 7780th OMGUS Group WB Section
David F. Anderson		Executive Officer
Harry B. Wolfe		Chief, Pers. & Admin. Division
Pierre Menard		Chief, Services and Supply Branch
James A. Dunn	Capt.	Housing Adviser / Section (neu)
William D. Radcliffe		Public Health Adviser
John F. Mead		Dep. Chief, Education & Cultural Relations Division
William C. Hendrick		Chief, Cultural Exchange and Theater and Music Branch
Michael Barjansky		Chief, Exhibition Information Center
Henry W. Bynum	Capt.	LSO Backnang
Leon L. Goldman		LSO Böblingen
Nathaniel W. Barber		LSO Göppingen
William T. Neel		LSO Heidelberg
Eustis L. Poland	Capt.	LSO Künzelsau
William D. Henry	1st Lt.	LSO Leonberg
Eugene E. Oja		LSO Schwäbisch Hall
Louis R. McCracken		LSO Tauberbischofsheim
Arthur J. Matheny	Capt.	LSO Vaihingen

[90] Special Order Nr. 55, OMGWB, vom 20.9.1948 (17/7–3/2–11, auch 3/409–2/6); vgl. Special Order Nr. 73, OMGWB, vom 6.12.1948 und Special Order Nr. 75, OMGWB, vom 10.12.1948 (17/7–3/2–11) mit den jeweiligen Personalveränderungen. Vgl. die T/O-Aufstellung zum 1.7.1948 für die Field Relations Division und LSO (5/356–1/6).

Übersicht 29: Stellenbesetzung des OMGWB, 8. März 1949[91]

Charles P. Gross	Maj.Gen.	Director
Harvey M. Coverley		Dep. Director
David F. Anderson		Executive Officer
Harry B. Wolfe		Chief and Assistant Executive Officer, Personnel & Administrative Division
Felix Zak	1st Lt.	Adjutant
Lucille Speck		Administrative Officer
Ward J. Starr		Chief, Intelligence & Reports Division
Peter J. Vacca		Chief, Intelligence Branch
James B. Larwood		Chief, Reports Branch
Michael J. Valenti		Chief, Public Information Office
Joseph H. Rousseau	Lt.Col.	Chief, Inspections Office
Robert R. Hutton		Chief, French Adviser
Chester B. Lewis		Chief, Governmental Affairs Div.
Harold A. Wyatt		Chief, Civil Affairs Branch
William D. Radcliffe		Chief, Public Health Branch
James H. Campbell		Refugee and Welfare Adviser
Robert L. Perry		Public Safety Adviser
Walder S. Leeds		Denazification Adviser
George L. Erion		Chief, Bipartite Affairs Division
Arthur M. Garrison		Transportation Adviser
Newton S. Friedman		Manpower Adviser
John van Stirum		Finance Adviser
Paul F. Taggart		Food, Agriculture & Forestry Adviser
Lionel J. Brunton		Industrial Adviser
Otto E. Hurlimen		Decartelization Adviser
Arthur M. Garrison		Commerce Adviser
Zinn B. Garret		Chief, Property Division
John A. Holbrook		Chief, Reparations Branch
Edward O. Smith		Chief, Restitutions Branch
Richard A. Jackson		Chief, Legal Division
Charles T. Bloodworth		Chief, German Justice Branch
Paul J. Gernert		Chief, Prisons Branch
Wesley A. Smith		Chief, Legal Advice Branch
John P. Steiner		Chief, Education & Cultural Relations Division
Payne Templeton		Chief, Education Branch
Robert T. Ittner		Chief, University Branch
Karl J. Arndt		Chief, Religious Affairs Branch
Leon E. Shelnutt		Chief, Group Activities Branch
Cecil Headrick		Chief, Cultural Affairs Branch
Nicholas Canaday		Chief, Information Services Division
John H. Boxer		Chief, Plans & Operations Branch
Maurice M. Frink		Chief, Press Branch
Ewald W. Schnitzer		Chief, Publications Branch
Fred C. Taylor		Chief, Radio Branch
Harry D. Brockman		Chief, Film Branch
Michael Barjansky		Chief, Exhibition & Information Centers Branch

[91] 12/1-2/5.

Eugene P. Walters		Chief, Field Relations Division
Wuerttemberg Area		
Daniel F. Craig		MGO Aalen
Richard K. Darr		MGO Backnang
Loren L. Goldman		MGO Böblingen
Ralph L. Bowers		MGO Crailsheim
Nicholas Semaschko		MGO Esslingen
Nathaniel W. Barber		MGO Göppingen
John Christenson		MGO Heidenheim
James W. Butler		MGO Heilbronn
James Grant Lyons		MGO Künzelsau
George W. Bartels		MGO Leonberg
Thomas E. Griswold		MGO Ludwigsburg
Boni V. Bloom		MGO Bad Mergentheim
Henry Walter		MGO Nürtingen
Pierre C. Nelson		MGO Öhringen
Thomas E. R. Smith		MGO Schwäbisch Gmünd
Eugene P. Oja		MGO Schwäbisch Hall
Marcus L. Hoover		MGO Stuttgart
John F. Capell		MGO Ulm
Arthur J. Matheny	Capt.	MGO Vaihingen
Charles H. Wright		MGO Waiblingen
Baden Area		
Donald H. Feick		MGO Bruchsal
Marshall Prentice		MGO Buchen
William T. Neel		MGO Heidelberg
Charles J. West		MGO Karlsruhe
Hugh Mair		MGO Mannheim
John Zecca		MGO Mosbach
Raymond Lascoe		MGO Pforzheim
Martin J. Savell		MGO Sinsheim
Louis A. McCracken		MGO Tauberbischofsheim

Übersicht 30: Stellenbesetzung des OMGWB, 8. Juli 1949[92]

Command and Executive		
Charles P. Gross	Maj.Gen.	Director
Harvey M. Coverley	CAF-15	Dep. Director
David F. Anderson	CAF-14(2)	Executive Officer
Zinn B. Garret	CAF-14	
Doris E. MacDonald	CAF-5	Secretary (Stenography)
Yvonne W. Cassity	CAF-5	Secretary (Stenography)
Russell P. Bissman	1st Lt.	Administrative Assistant
Joseph R. Morlock	T/Sgt	Mess Steward
Personnel & Administrative Division		
Harry B. Wolfe	CAF-12	Chief, Pers. & Admin. Div.
Nora E. E. Wittliff	CAF-7	Employee Relations Asst.
Adam A. Sobetsky	CAF-7(2)	Payroll Superviser
Wallace Chmielowski	CAF-5(2)	Traffic Clerk

[92] 12/1–1/5; 3/407–3/18.

Martin Schiffer	CAF-5(2)	Property & Supply Clerk
Joseph A. DeCarlo	CAF-5	Clerk
Emil M. Csissarik	CAF-5(3)	Mail Clerk
Yoshihio Murakami	CAF-4	Mail Clerk
Intelligence & Reports Division		
J. Ward Starr	CAF-14(2)	Chief, Intell. & Reports Div.
Peter J. Vacca	CAF-13(6)	Chief, Intelligence Branch
James B. Larwood	CAF-12(5)	Chief, Reports Branch
Noberts W. Wiley	CAF-12(2)	Dep. Chief, Intell. Branch
Winslow Hallett	CAF-11(2)	Dep. Chief, Reports Branch
Louis Hafner	P-4	Research Analyst (Pol)
Paul Loeser	P-4	Research Analyst (Econ)
Sophie Dalos	P-4	Research Analyst (Soc)
Allen H. Lane	CAF-10(2)	Statistical Officer
Herman Lotterman	CAF-9(3)	Inform. Spec. (Intelligence)
Hugh Weil	CAF-11	Information Specialist
Elisabeth H. Hartsook	P-3	Research Analyst (Soc)
Frances H. Osgood	CAF-6	Inform. & Editorial Clerk
Mary C. Artery	CAF-4	Clerk Stenographer
Clyde R. Gregory	CAF-3(2)	Mail & File Clerk
Governmental Affairs Division		
Chester B. Lewis	CAF-15(2)	Chief, Govt Affairs Div.
Robert L. Perry	CAF-13(6)	Public Safety Adviser
William Radcliffe	P-7	Public Health Adviser
Harold A. Wyatt	CAF-15(3)	Chief, Civil Affairs Branch
James H. Campbell	P-6(2)	Public Welfare Adviser
Pentrose Gardner	CAF-12	Governmental Administrator
James E. Hurley	CAF-12(6)	Deputy Public Safety Adviser
Walter Leeds	CAF-12	Denazification Adviser
Hedwig Wachenheim	P-3	Public Welfare Specialist
Charles H. Cunkle	CAF-9(3)	Investigator (Misc.)
Public Information Office		
Ella C. Petersen	CAF-5	Secretary
Michael H. F. Mahoney	CAF-12	Public Information Officer
Inspections Office		
Walter A. Dew	CAF-9	Inspection Officer
French Adviser		
Robert C. Hutton	CAF-12	French Adviser
Bipartite Affairs Division		
George L. Erion	P-8(3)	Chief, Bipartite Aff. Div.
Arthur M. Garrison	CAF-13(5)	Transportation Adviser
Paul F. Taggart	P-7(3)	Chief, Food & Agriculture & Forestry
John van Stirum	P-7	Finance Adviser
Newton S. Friedman	P-7	Manpower Adviser
William E. Northey	P-6	Labor Economist
William F. Doering	P-6	Agricultural Administrator
James F. Kein	P-5	Agric. Ext. Specialist
William Messeck	P-5(2)	Forestry Adviser
Mario C. Doormann	P-4	Home Econ. Specialist
John A. Holbrook	CAF-14	Industrial Adviser
James C. Mulroy	P-6	Decartelization Adviser

Legal Division				
Richard J. Jackson	P-8	Chief, Legal Division		
Charles T. Bloodworth	P-7	Chief, German Justice Branch		
Wesley A. Smith	P-6(2)	Chief, Legal Advice Branch		
Robert D. King	P-6(5)	Attorney – Adviser		
Paul J. Gernert	CAF-13	Chief, Prisons Branch		
Robert E. Welsh	P-5(6)	Attorney – Adviser		
Don S. Farrens	P-5	Attorney		
Raymond Bring	P-4(2)	Attorney		
Educational & Cultural Relations Division				
John P. Steiner	P-8	Chief, Ed. & Cult. Rel. Div.		
John F. Mead	P-7	Dep. Chief of Division		
Payne Templeton	P-7	Chief, Education Branch		
Leon A. Shelnutt	CAF-13	Chief, Group Act. Branch		
Karl O. Suessenguth	P-6	Education Specialist		
Robert T. Ittner	P-6	Chief, University Branch		
Karl J. Arndt	P-6(2)	Chief, Rel. Affairs Branch		
Ralph E. Berry	CAF-12	Group Act. Specialist		
William Castello	CAF-12(2)	Chief, Theater & Music Sect.		
Aksel G. Nielsen	CAF-12	Group Act. Specialist		
Richard A. Tilden	P-5	Educator		
Harold Robinson	P-5(2)	Education Specialist		
Noble C. Hiebert	P-5	Education Specialist		
Otto O. Kaufman	P-5	Elementary Education Spec.		
Anna E. Brauer	P-6	Education Spec.(Educ. Center)		
Charles H. Philpott	P-5	Education Spec.(Educ. Center)		
C. Jaques R. Breitenbucher	P-5	University Specialist		
Harry C. Gossard	P-5	University Specialist		
Benno D. Selcke	P-5(2)	University Specialist		
William C. Hendrick	P-5	Educationist (Cul. Affairs)		
William Lovegrove	P-5	Fine Arts Adviser		
Dwight B. Horner	CAF-11	Adm. Officer (Reorientation)		
Katharine R. Shankland	CAF-11	Group Activ. Specialist		
Margaret M. Blewett	CAF-11	Group Activ. Specialist		
Peter Beauvais	CAF-9	Inf. Spec. (Theater & Music)		
Charles J. Ermatinger	CAF-9	Administrative Assistant		
Dorothy M. Fanning	CAF-7	Administrative Assistant		
Field Relations Division				
Administration				
Eugene P. Walters	CAF-14	Chief, Field Rel. Division		
Loren L. Goldman	Capt. (CAF-13)	Dep. Chief, Field Rel. Div.		
Bernard W. Daley	CAF-5	Clerk		
Field				
Daniel F. Craig	CAF-12	Military	Government	Officer
Donald H. Feick	CAF-9	"	"	"
Marshall Prentice	CAF-11	"	"	"
Martin J. Savell	CAF-9	"	"	"
Nicholas Semaschko	CAF-12	"	"	"
Nathaniel W. Barber	CAF-12	"	"	"
William T. Neel	CAF-13	"	"	"
Charles J. West	CAF-11	"	"	"
William S. Fitzer	CAF-12(2)	"	"	"

John Christenson	CAF-11	Military	Government	Officer
James Butler	CAF-13(2)	"	"	"
William Gidaly	CAF-12(2)	"	"	"
James G. Lyons	CAF-11(3)	"	"	"
George W. Bartels	CAF-9(2)	"	"	"
Thomas E. Griswold	CAF-12	"	"	"
Hugh Mair	CAF-13	"	"	"
Boni V. Bloom	CAF-11	"	"	"
John Zecca	CAF-11	"	"	"
Henry Walter	CAF-12	"	"	"
Milton S. Rosner	CAF-11	"	"	"
Pierre C. Nelson	CAF-11	"	"	"
Raymond Lascoe	CAF-12	"	"	"
Edward A. Rossitt	CAF-9	"	"	"
Thomas E. R. Smith	CAF-11	"	"	"
Eugene E. Oja	CAF-11	"	"	"
William Martin	CAF-9	"	"	"
William H. Wood	CAF-11	"	"	"
Ralph L. Bowers	CAF-9	"	"	"
Marcus L. Hoover	CAF-13	"	"	"
Andrew P. Craig	CAF-11	"	"	"
Louis A. McCracken	CAF-11(5)	"	"	"
John F. Capell	CAF-12	"	"	"
Charles H. Wright	CAF-12	"	"	"
Richard K. Darr	CAF-7	"	"	"

Detailed	
Harry L. Detwiler	P-4
Paul Priday	P-5
John F. Deery	P-5
Charles M. Henderson	CAF-11
Earl T. Squiro	P-5
Joel B. White	CAF-11(5)
Harry D. Brockman	CAF-12(2)
Henry E. Sprew	CAF-12(5)

B. Systematische Übersicht

Die einzelnen Tätigkeitsbereiche der Militärregierung für Württemberg-Baden

1. Der militärische Kommandobereich und die Verwaltung der Militärregierung

Die Militärregierungen auf Landes- wie Kreisebene besaßen lange Zeit eine militärische Organisationsform und Befehlsstruktur, die taktisch wie logistisch begründet war. Neben dieser stand eine Organisationsstruktur, die auf die Aufgabenstellung hin ausgerichtet war, die Aufbau und Kontrolle in einer deutschen Verwaltung in einem entnazifizierten, entmilitarisierten und demokratischen Staatswesen sicherstellen sollte. Es dauerte über ein Jahr, bis sich die „Behördenstruktur" gegenüber der militärischen in den Vordergrund geschoben hatte und schließlich durchsetzte. Aber auch dann blieben gewisse militärische Befehlswege erhalten, um Personal-, Verwaltungs- und Versorgungsangelegenheiten zu erledigen. Nur von diesen ist in diesem Kapitel die Rede.

Anfang des Jahres 1945 bestand ein Nebeneinander von kämpfender Truppe und Spezialeinheiten für die Zivilverwaltung. Nord-Baden und -Württemberg wurde von den Truppen des zur 7. US Armee gehörenden VI. Corps besetzt, die Teil der 6. Armeegruppe waren.[1] Für die Zivilverwaltung war bei der Armeegruppe die G-5 Section zuständig. Diese verfügte über Spezialisten für die deutsche Verwaltung, wie sie es auch bei SHAEF gab. Bei den nachgeordneten Einheiten, 7. Armee und VI. Corps, gab es ebenfalls G-5 Sektionen.

Als im Juni 1945 die 6. Armeegruppe aufgelöst wurde, ging die Verantwortung für die Militärregierungen auf den Kommandierenden General der 7. US Armee über. Ab dem 25. August 1945 gehörte diese zum Western Military District, dessen Hauptquartier in Heidelberg lag. Damit war die militärische Organisation mit den deutschen Landes- und Verwaltungsgrenzen in Übereinstimmung gebracht worden. Der Kommandeur der 7. US Armee hatte die ausführende Gewalt auf den Kommandierenden Offizier des Det. E1C3, bzw. E-1 delegiert. Diese Unterstellung hatte bis zum 1. Januar 1946 Bestand.

Die Spezialeinheiten für die Zivilverwaltung der ECAD waren nach den Grundsätzen der taktischen Truppen gegliedert. Unter dem Divisionshauptquartier standen Regimenter und Servicetruppen. Die Regimenter hatten jeweils acht Kompanien. Die Soldaten standen unter dem Befehl des Kompaniekommandeurs, die Offiziere dagegen unter der Disziplinargewalt des Senior Detachment Commanders, der in dem hier behandelten Zusammenhang der kommandierende Offizier des Regional E-Detachment war. Die Kompanien bestanden aus einer unterschiedlich großen Zahl von Detachments, je nach Größe des zu verwaltenden Gebietes.

Für die Länder Baden und Württemberg waren Teile des 2nd ECA Regiment vorgesehen, für das Regional Military Government Baden das Detachment E1E2 und für Württemberg das Detachment E1C3. Die E1-Detachments waren Anfang 1945 mit

---

[1] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 58ff. (12/23–1/12); Cordes: Die Besetzung von Baden-Württemberg.

etwa 23 Offizieren besetzt; deren Funktionen entsprachen denen der Spezialisten der G-5 Section der Armee.

Als die französischen Truppen im März und April 1945 Südbaden, den preußischen Regierungsbezirk Sigmaringen und Südwürttemberg besetzt hatten, mußten die Amerikaner ihre Pläne kurzfristig ändern. Die erste in Baden eingerichtete Militärregierung, die vom Det. F1C2 für den Landeskommissariatsbezirk Mannheim und für die Stadt Mannheim eingerichtet worden war, erhielt wegen der Ungewißheit über die endgültige Zonengrenzziehung die Funktion eines Regional Military Government Detachments zugewiesen. Es war unmittelbar der G-5 Section der 7. US Armee unterstellt und berichtete dorthin.

Eine weitere Änderung erfolgte am 25. April 1945. Die beiden Regional Military Government Detachments für Baden und Württemberg wurden teilweise zusammengelegt, und Col. William W. Dawson übernahm von Col. James R. Newman das Kommando über das Det. E1C3, das Ende April von Hockenheim nach Schwäbisch Hall, dann nach Schwäbisch Gmünd (8. Mai) und schließlich nach Stuttgart (8. Juli) zog. Col. Newman übernahm die Führung des Det. E1A2, das für Hessen bestimmt war. Obwohl lange Zeit für die württembergischen Verhältnisse vorbereitet, verließ er diesen Raum und ging als Leiter der Militärregierung nach Groß-Hessen.

Das ursprünglich für Baden vorgesehene Regional Det. E1E2 zog Anfang Mai 1945 von Kaiserslautern nach Schwäbisch Hall, am 10. Juli von dort nach Bad Homburg, dem Hauptquartier der ECAD. Dort wurde es am 16. Juli 1945 aufgelöst.[2] Die organisatorische Entwicklung in den Ländern Baden und Württemberg zeigt, daß schon früh die Weichen für eine Zusammenfassung der beiden Rumpfländer zu einem neuen Land gestellt worden sind. Da das Regional Military Government Detachment für Baden aufgelöst, das für Württemberg vorgesehene jedoch noch nicht einsatzfähig war, mußte das Det. F1E2, LKB Mannheim, in einer Übergangsphase eine übergeordnete Funktion wahrnehmen.

Am 8. Mai 1945 entsprach die Organisation des Regional Military Government Detachment E1C3 den in Manchester und Rochefort ausgearbeiteten Plänen. Die Befehlsgewalt lag beim Regional Military Government Officer (RMGO), er wurde unterstützt von einem Stellvertreter (Deputy Regional Military Government Officer [DRMGO]), einem geschäftsführenden Offizier (Executive Officer) sowie seinen Verwaltungsoffizieren. Für die Bearbeitung der Zivilverwaltungsaufgaben (functional activities) standen Fachoffiziere zur Verfügung. Von nun an erfolgte eine schrittweise Konzentration der Befehlsgewalt auf den Regional Military Government Officer. Innerhalb seines Befehlsbereichs mußte er für annähernd gleiche Strukturen sorgen.

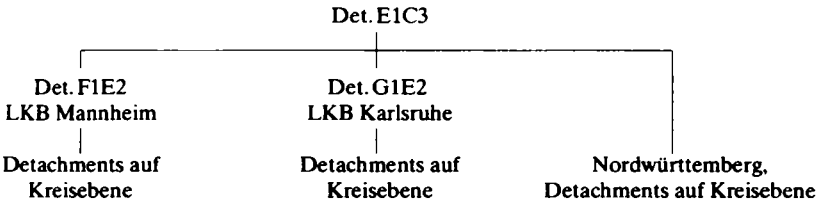
Nachdem das Det. E1C3 am 8. Juli 1945 die Landeshauptstadt Stuttgart bezogen hatte, wurden ihm Det. F1E2, LKB Mannheim, und das nun auch in Karlsruhe eingerichtete Det. G1E2 für den dortigen LKB unterstellt. In Nordbaden bestanden somit auf drei Ebenen Militärregierungen. Diese Dreistufigkeit entsprach der Organisation der badischen Landesverwaltung, bei der zwischen Ministerien und Kreisen die Landeskommissariatsbezirke bestanden.[3] Da es in Württemberg keine Zwischeninstanzen in der Landesverwaltung gab, waren hier die Detachments auf Kreisebene dem Regional Military Government Detachment unmittelbar unterstellt.

---

[2] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, (3/410–2/6).

[3] Zur Verwaltungsgliederung vgl. Historischer Atlas von Baden-Württemberg, Beiworte zur Karte VIII, 4 – 5 und VII, 12.

Übersicht 31: Organisation des Detachment E1C3, OMGWB, Juli 1945



Die bevorstehende Auflösung der ECAD führte dazu, daß alle Detachments zum 15. August 1945 entsprechend der regionalen Verwaltungsgrenzen neue Bezeichnungen erhielten. Das RMGO Det. E1C3 wurde Det. E-1, Det. F1E2 erhielt die Bezeichnung Det. E-7, Det. G1E2 Det. F-17.[4] Die offizielle Bezeichnung von Det. E-1 lautete „Hq US Military Government Wuerttemberg-Baden, E-1, Co. A 2nd Military Government Regiment".[5]

Als am 1. September die European Civil Affairs Division in Bad Homburg aufgelöst wurde, blieben das 2nd und 3rd Military Government Regiment bestehen. Das 2nd Military Government Regiment, das sein Hauptquartier zunächst in Wiesbaden, dann in Heidelberg hatte, wurde dem Western Military District zugeordnet und übernahm die Aufgaben des Hauptquartiers der G-5 Section des Western Military Districts.

Der Befehlsbereich des kommandierenden Offiziers des Det. E-1 in Stuttgart bezog sich zunächst nur auf die Durchführung der Politik der Militärregierung durch seine Offiziere (operational control). Das Kommando und die Verwaltungsaufgaben (administrative and command functions) verblieben weiterhin beim kommandierenden Offizier, 2nd Military Government Regiment (vorher 2nd ECA Regiment). Die Zusammenfassung dieser Aufgaben bei den Civil Affairs und Military Government Regiments hatte in der frühen Phase die Offiziere von der Verantwortung für Personalverwaltung, allgemeine Verwaltung sowie Versorgung, Transport usw. freigestellt. Im Zuge der Festigung der Militärregierung in Württemberg-Baden war jedoch eine Zusammenfassung des Kommandos, der Verwaltung und der Verantwortung für die Durchführung der Politik der Besatzungsmächte in einem Hauptquartier auf Landesebene erforderlich.

Eine Änderung in der Benennung der Detachments erfolgte zum 1. Oktober 1945. Die Militärregierungen trugen jetzt die Bezeichnung „Office of Military Government for ..." und die Leiter den Titel „Director". Neben dieser aufgabenbezogenen Bezeichnung blieb jedoch die militärische als Detachment bestehen. Jeder Direktor war nun auch der kommandierende Offizier für sein Detachment. Die Briefköpfe führten die Bereiche auf:

Office of Military Government for Land Wuerttemberg Baden.
Det. E-1, 2nd Military Government Regiment (Sep).

Am 15. November 1945 erfolgte die Umstrukturierung des 2nd Military Government Regiment. Für Württemberg-Baden bzw. Hessen wurde das 1st bzw. 2nd Military Government Battalion (Separate) eingerichtet. General Order Nr. 1, 1st MGBat (Sep), 15. November 1945, vollzog die Übernahme des Kommandos durch Col. Wil-

[4] Vgl. die Übersicht 35.

[5] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section VIII, 1–3, S. 170ff. (3/410–2/6); vgl. 12/23–1/12; 12/1–1/33.

liam W. Dawson.[6] Im 1st Military Government Battalion (Separate) lief die militärische Struktur aller Militärregierungen in Württemberg-Baden zusammen. In der Person des Bataillonskommandeurs waren jetzt das Kommando und die Aufsicht über den Verwaltungsbereich wie den Einsatz des Militärregierungspersonals vereinigt. Es entstand eine verschränkte Organisation von militärischen und Militärverwaltungsbüros, die auch für die damals arbeitenden Offiziere schwer auseinander zu halten waren.[7]

Folgende Stellen wurden in Personalunion verwaltet (1. Dezember 1945):

1st MGBat(Sep)	OMGWB	
Commanding Officer	Director	Col. William W. Dawson
Executive Officer	Executive Officer	Lt.Col. Hugh Mair
Adjutant (S-1)	Regional Administrative Officer	Capt. Walter C. Allen

Message Center und File Section waren für beide Bereiche zuständig.

Am 15. November 1945 erstreckte sich der Kommandobereich auf die 29 Stadt- und Landkreisdetachments in Württemberg-Baden, das Det. E-7 für den Landesbezirk Baden und das Det. E-1, OMGWB. Neben dem Stab mit den S-1 bis S-4 Sections verfügte das Hauptquartier des 1st MGBat(Sep) über eine Headquarters and Service Company (vorher Company A, 2nd MG Regiment), die die württembergischen Detachments versorgte, eine Mobile Maintenance Platoon und Headquarters Company E in Durlach für die Versorgung der badischen Detachments.
Am 31. Dezember 1945 endete die Kontrolle der Armee-Einheiten über die Militärregierungen: der Western Military District wurde aufgehoben. Das 1st MGBat(Sep) – und damit auch OMGWB – wurde zum 1. Januar 1946 unmittelbar USFET unterstellt.[8] Es blieb jedoch in den Bereichen Versorgung, allgemeine Verwaltungsaufgaben und Gerichtsbarkeit (Court Martial Jurisdiction) weiterhin der 7. US Armee zugeordnet und von ihr abhängig. Der Direktor von OMGWB bzw. der Kommandeur des Bataillons hatte ein unabhängiges Kommando erhalten und unterstand dem Kommandierenden General, USFET. General Order Nr. 337, USFET, vom 14. Dezember 1945 faßte in § 3 die Aufgaben der Direktoren neu. General Order Nr. 43, USFET, vom 19. Februar 1946 paßte die Aufgaben der Direktoren vor allem hinsichtlich der Personalverwaltung den veränderten Gegebenheiten an.
Die Organisationsstruktur des Bataillons ist in Übersicht 32 dargestellt.[9]

---

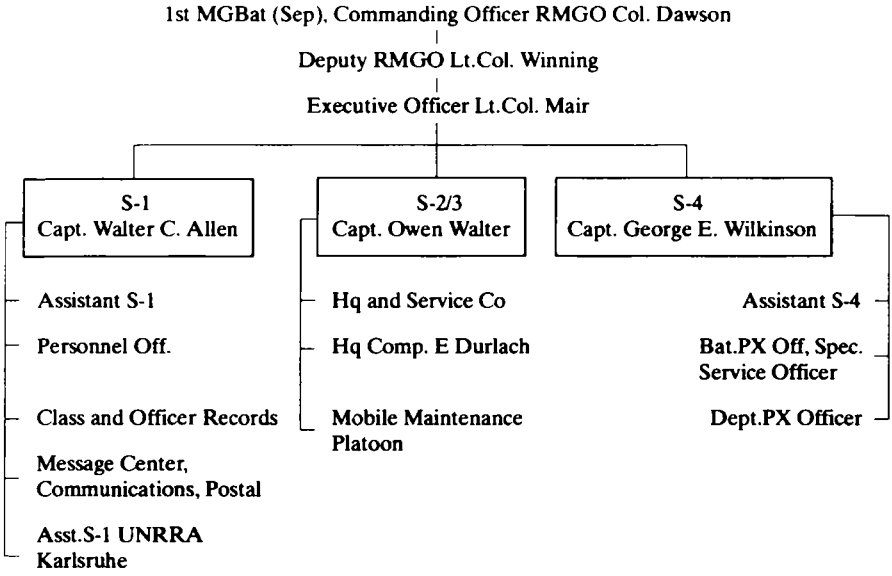
[6] 17/7–2/9–13.

[7] „is difficult to determine as many positions of the functional regional OMG organization were duplicated in the military organization of the First Military Government Battalion (Sep)" (12/1–1/33).

[8] General Order Nr. 337, USFET, vom 14.12.1945 (12/226–1/111); Ltr., Hq 7th Army an Direktoren der OMG US Zone, 17.11.1945 (ebenda).

[9] Organizational Chart Nr. 1, Administration Instruction Nr. 1, 1st MGBat(Sep), vom 1.1.1946 (3/410–2/6; 12/1–1/33).

Übersicht 32: Organisation des 1st Military Government Battalion (Seperate), 1. Januar 1946



Der S-1 überwachte den Koordinierungsstab, sein Stellvertreter bearbeitete die Versetzungen und Personalzuteilungen, der Personnel Officer auch die allgemeinen Anweisungen (Special Orders, General Administration). In allen anderen Fällen ist die Aufgabenstellung aus der Bezeichnung zu entnehmen. Als am 28. Februar 1946 Det. E-7, OMG North Baden, aufgehoben wurde, wurde auch Hq Company E in Durlach aufgelöst.[10] Hq and Service Company in Stuttgart war nun für die Versorgung aller Detachments in Württemberg-Baden zuständig, ebenso für den Kurierdienst.
Der letzte Schritt zur Schaffung einer einheitlichen Organisation für die Militärregierung wurde am 1. April 1946 vollzogen.[11] Mit der Einrichtung eines Major Command of Office of Military Government for Germany (US) wurde die bisherige Aufspaltung in Verwaltung (ECAD) und aufgabenbezogene Tätigkeit (G-5, SHAEF usw.) aufgehoben. OMGUS vereinte beide Bereiche, auch wenn die Courts Martial Jurisdiction und einige Versorgungs- und Verwaltungsaufgaben für OMGWB noch von der US Armee erledigt wurden. Zum 1. April 1946 wurde das 1st MGBat(Sep) OMGUS unterstellt.[12] Die große Entfernung zu OMGUS in Berlin brachte Erschwerungen in der Kommunikation mit sich.
Bei der Organisations- und Strukturveränderung vom 1. Juni 1946 ging man von der großräumigen militärischen Organisationsform ab und entwickelte eine Struktur, die eine Aufgabenerledigung in einem abgegrenzten Raum ermöglichte.[13] Aber auch bei

[10] General Order Nr. 7, 1st MGBat(Sep), vom 28.2.1946 (17/7-2/9-13).
[11] General Order Nr. 61, USFET, vom 7.3.1946 (12/226-1/1-11); vgl. 12/1-1/24.
[12] Ltr., Hq USFET, AG 370.5, Troop Assignment (Nr. 14) § 4, 1.4.1946; vgl. OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 179 (3/410-2/6).
[13] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 176 (12/23-1/12).

dieser Umstrukturierung blieb die Gerichtsbarkeit über das Personal, die Verwaltungs- und Versorgungsaufgaben bei der Armee (Area Commanders).[14]
Für die militärischen Zwecke – hierunter fiel auch die Personalverwaltung und die Versorgung von OMGWB – wurde das 1st MGBat(Sep) in 32 militärische Einheiten aufgeteilt:[15]

Hq 1st MGBat(Sep)
Hq OMGWB (vorher Det. E-1), Stuttgart
Hq and Service Company
29 Detachments/LSO

Mit der Neugliederung war ein Wechsel im Kommando verbunden. Da der Direktor von OMGWB ein Zivilist sein sollte, erhielt der Deputy Director, OMGWB, das Kommando übertragen. Dieser mußte künftig ein Offizier sein. Er leitete von nun an die Verwaltung und übte die militärische Aufsicht aus.[16] Der Verwaltungs- und Versorgungsbereich wurde mit der Einrichtung der Administration and Service Group zum 1. Juni 1946 grundlegend umstrukturiert. Das 1st MGBat(Sep) blieb als Befehlszentrale bestehen, die meisten Aufgaben wurden jedoch in der Administration and Service Group bearbeitet.[17]
Die sechs Abteilungen und zahlreichen Referate unterstanden dem Assistant Director for Administration and Services, der vom Adjutanten beaufsichtigt wurde. In der Administrative Division waren alle Aufgaben zusammengefaßt, die ein Adjutant wahrnahm, ausgenommen die Personalbearbeitung, die der Personnel Division zugewiesen war. Die Accomodation Division hatte die Aufgaben des früheren Hq Commandant Office übernommen.[18] Der leitende Offizier war nun ein „Director", er wurde aber häufig unter der alten Bezeichnung „Hq's Commandant" aufgeführt. Er war für die Disziplin der Soldaten verantwortlich. Die Hq and Service Company unterstand ihm, die Aufgaben besorgte jedoch die Supply Division. Solange das Medical Detachment bestand, führte er die Aufsicht darüber. Als es im Sommer 1946 abzog, übernahm das 387th Station Hospital die medizinische Versorgung. Die Supply Division nahm neben den schon genannten Aufgaben die des S-4 wahr. Die Exchange and Special Service Branch hielt vor allem die Verbindungen zu den LSO aufrecht. Durch eine Direktive vom 7. Mai 1946 war zum 1. Juni 1946 eine Fiscal Division eingerichtet worden, die den Haushalt für OMGWB aufzustellen und zu bewirtschaften hatte. Sie hatte auch die Deutsch-Mark-Fonds zu verwalten, die die Landesbehörden für das War Department abrechneten.[19] Die Automotive Transportation Division führte die Aufgaben des am 31. Mai 1946 aufgelösten 1st Mobile Maintenance Platoon und des E-1 Detachment Motor Pool fort, der vorher unter der Aufsicht des S-2/3 gestanden hatte.
Die differenzierte Organisation der Administration and Service Group wurde zwischen Juli und September 1947 vereinfacht. Die Stellung des Assistant Director for Administration and Services fiel weg, die Aufgaben wurden in zehn Branches und dem Büro eines Hq Commandant zusammengefaßt, die dem Assistant Executive Officer, der gleichzeitig Adjutant war, unterstellt wurden. Zum 1. Juli 1948 wurden die

[14] General Order Nr. 237, USFET, vom 20.8.1946 (12/226-1/1-11).
[15] 3/410-2/6.
[16] 12/1-1/33.
[17] Organisationsplan zum 1. Juni 1946 siehe Übersichten 6 und 7 (12/1-1/33).
[18] 18.5.1946 (12/1-1/29).
[19] OMGWB: Monatsberichte Juli 1946 – Dezember 1948 (12/121-2/5); vgl. OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, (3/407-2/15).

Aufgaben in der Personnel Administrative Division zusammengefaßt, die nur noch vier Branches besaß (Personnel, Administration, Services and Supply und Fiscal Branch).
Die 29 LSO wurden im Sommer 1946 zu Gruppen zusammengefaßt, bei denen das Parent Detachment die Verwaltung für die anderen Detachments übernehmen sollte. Zu Parent Detachments wurden F-10 Stuttgart, G-28 Heilbronn, F-16 Mannheim, G-47 Karlsruhe und F-11 Ulm bestimmt.[20] Die Detachments wurden daher zum 1. Juni 1946 umbenannt. Innerhalb einer Gruppe führten alle den vom Parent Detachment abgeleiteten Buchstaben. Die Ziffern veränderten sich jedoch nicht. Jedes Detachment hatte den Morning Report zu erstellen und galt als militärische Einheit. Am 26. August 1946 trat Heidelberg an die Stelle von Mannheim, und Göppingen an die von Ulm als Parent Detachment.[21] Der Leitbuchstabe wurde nicht verändert.

Übersicht 33: Organisation der Detachments, 1st MGBat(Sep), OMGWB, ab Juni/August 1946

Alte Bezeichnung	Neue Bezeichnung
E-1	Hq OMG Wuerttemberg-Baden, Stuttgart
F-10 Parent Detachment	S-10 Stuttgart
G-21	S-21 Böblingen
G-23	S-23 Esslingen
G-29	S-29 Ludwigsburg
G-30	S-30 Waiblingen
H-50	S-50 Backnang
H-53	S-53 Leonberg
H-55	S-55 Nürtingen
H-58	S-58 Vaihingen
G-28 Parent Detachment	H-28 Heilbronn
G-22	H-22 Crailsheim
G-26	H-26 Schwäbisch Hall
H-52	H-52 Künzelsau
H-54	H-54 Bad Mergentheim
H-56	H-56 Öhringen
G-25 Parent Detachment	U-25 Göppingen
F-11	U-11 Ulm
G-20	U-20 Aalen
G-24	U-24 Schwäbisch Gmünd
G-27	U-27 Heidenheim
G-43 Parent Detachment	M-43 Heidelberg
F-16	M-16 Mannheim
H-89	M-89 Buchen
H-90	M-90 Mosbach
H-91	M-91 Tauberbischofsheim
H-92	M-92 Sinsheim

[20] General Order Nr. 19, 1st MGBat(Sep), vom 28.5.1946 (17/7-2/9-13), vgl. 12/1-1/33 und OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section IX, 11, S. 187 ff. (3/410-2/6).
[21] General Order Nr. 25, 1st MGBat(Sep), vom 26.8.1946 (17/7-2/9-13).

G-27 Parent Detachment	K-47 Karlsruhe
G-46	K-46 Pforzheim
H-87	K-87 Bruchsal

General Order Nr. 2, OMGWB 1st MGBat(Sep), vom 10. Juni 1947 löste das Hq 1st MGBat(Sep) und sämtliche 29 Detachments im Land mit Wirkung vom 15. Juni 1947 auf.[22] Der Charakter der LSO als militärische Einheiten war damit aufgehoben worden.

Das 1st MGBat(Sep) und die Hq and Service Company, Stuttgart, als Verwaltungs- und Versorgungseinheit bestanden weiter. Als die 7780th OMGUS Group zum 20. März 1948 eingerichtet wurde,[23] erhielt das 1st MGBat(Sep) die Bezeichnung „Wuerttemberg-Baden Section, 7780th OMGUS Group". Das Personal und alle Einrichtungen wurden auf diese Section überführt. OMGWB trug nun die offizielle Bezeichnung „Office of Military Government Land Wuerttemberg-Baden, 7780th OMGUS Group, Wuerttemberg-Baden Section".

Übersicht 34: Bezeichnungen der Regional Military Government Detachments, OMGWB, 1945

8. Juli 1945	15. Aug. 1945	1. Okt. 1945
Regional Mil.Gov. Office Stuttgart Det. E1C3	Det.E-1	Office of Mil.Gov. for Land Wuerttemberg-Baden Det. E-1, 2nd Mil. Gov. Regiment
Det. F1E2 LKB Mannheim	Det.E-7	Am 11. Okt. 1945 nach Karlsruhe verlegt: Office of Military Government for Landesbezirk North Baden, Det. E-7
Det. G1E2 LKB Karlsruhe	Det.F-17	am 11. Oktober 1945 aufgehoben

[22] 17/7-2/9-13.

[23] General Order Nr. 8, OMGUS, vom 8.3.1948 (12/168-1/3).

Übersicht 35: Detachments in (Nord-)Baden 1945–1947

März/April 1945	Juni 1945	8. Juli 1945	Ende Juli	15. August 1945	November 1945	31. Mai/26. August 1946	15. Juni 1947
F1E2 LKB Mannheim/ SK Mannheim	F1E2 LKB Mannheim G1B2 SK Mannheim			E-7 LKB Mannheim F-16 SK Mannheim	E-7 LB Baden F-16 SK/LK Mannheim	aufgehoben M-16 Mannheim	aufgehoben
I1E2 LK Mannheim, Hq Weinheim	I1E2 LK Mannheim			G-42 LK Mannheim	aufgehoben, 9. November		
I2E2 SK/LK Heidelberg	→ Schorndorf/Württ. G3E2 SK Heidelberg I18G3 LK Heidelberg			G-43 SK Heidelberg G-44 LK Heidelberg	G-43 SK/LK Heidelberg aufgehoben, 23. November	M-43 Heidelberg	aufgehoben
I3E2 LK Buchen (Hq)/ Tauberbischofsheim	I3E2 LK Buchen I9F2 LK Tauberbischofsheim Hq Wertheim			H-89 LK Buchen H-91 LK Tauberbischofsh.	H-89 LK Buchen H-91 LK Tauberbischofsh.	M-89 Buchen M-91 Tauberbischofsheim	aufgehoben aufgehoben
I4E2 LK Mosbach (Hq), Sinsheim	I4E2 LK Mosbach I16G3 LK Sinsheim I10G2 Stadt Schwetzingen I9G2 Hockenheim MG Grain Elevator I7G2 Eberbach I8G2 Wiesloch			H-90 LK Mosbach H-92 LK Sinsheim I-151 Stadt Schwetzingen I-150 Hockenheim I-152 Eberbach I-153 Wiesloch	H-90 LK Mosbach H-92 LK Sinsheim aufgehoben, Okt. 1945 aufgehoben, Okt. 1945 aufgehoben, Okt. 1945 aufgehoben, Okt. 1945	M-90 Mosbach M-92 Sinsheim	aufgehoben aufgehoben
		G1E2 LKB Karlsruhe	G1E2 LKB Karlsruhe	F-17 LKB Karlsruhe	aufgehoben		
		G2E2 SK/LK Pforzheim	G2E2 SK Pforzheim I13G3 LK Pforzheim	G-46 SK Pforzheim I-154 LK Pforzheim	G-46 SK/LK Pforzheim aufgehoben	K-46 Pforzheim	aufgehoben
		H1E2 SK Karlsruhe I10G3 LK Karlsruhe Hq Ettlingen	H1E2 SK Karlsruhe I10G3 LK Karlsruhe	G-47 SK Karlsruhe G-45 LK Karlsruhe	G-47 SK/LK Karlsruhe aufgehoben	K-47 Karlsruhe	aufgehoben
		I17G3 LK Bruchsal	I17G3 LK Bruchsal	H-87 LK Bruchsal	H-87 LK Bruchsal	K-87 Bruchsal	aufgehoben
		Technische Einrichtungen					
		H2A9 und H2E2 Mannheim/Feudenheim, CA/MG Grain Elevator		H-57 H-88	aufgehoben, 15. Dez. 1945 aufgehoben, 15. Dez. 1945		
		I4G3 Edingen, DP Supply		I-137	aufgehoben, 15. Dez. 1945		

Übersicht 36: Detachments in (Nord-)Württemberg 1945–1947[24]

22. Juni 1945	Nach 8. Juli 1945	15. August 1945	25. November 1945	1. Juni/26. August 1946	15. Juni 1947
	F1C3 SK Stuttgart	F-10 SK Stuttgart	F-10 SK Stuttgart	S-10 Stuttgart	aufgehoben
H2C3 SK/LK Heilbronn	H2C3 LK Heilbronn	G-28 LK Heilbronn	G-28 LK/SK Heilbronn	H-28 Heilbronn	aufgehoben
	H4C3 SK Heilbronn	H-51 SK Heilbronn	aufgehoben, zieht ab		
H3C3 LK Ludwigsburg	H3C3 LK Ludwigsburg	G-29 LK Ludwigsburg	G-29 LK Ludwigsburg	S-29 Ludwigsburg	aufgehoben
	I16G2 Gem. Bietigheim	I-131 Gem. Kornwestheim	aufgehoben		
H1G3 SK/LK Ulm					
	F1G3 SK/LK Ulm	F-11 SK/LK Ulm	F-11 SK/LK Ulm	U-11 Ulm	aufgehoben
	I4G3 SK Ulm				
	I7G3 Gem. Blaubeuren	I-133 Gem. Blaubeuren	aufgehoben		
	I10C3 Gem. Langenau	I-134 Gem. Langenau	aufgehoben		
	H3G3 LK Esslingen	G-23 LK Esslingen	G-23 LK Esslingen	S-23 Esslingen	aufgehoben
I1C3 LK Künzelsau	I1C3 LK Künzelsau	H-52 LK Künzelsau	H-52 LK Künzelsau	H-52 Künzelsau	aufgehoben
I2C3 LK Schwäb. Gmünd	I2C3 LK Schwäb. Gmünd	G-24 LK Schwäb. Gmünd	G-24 LK Schwäb. Gmünd	U-24 Schwäb. Gmünd	aufgehoben
I3C3 LK Backnang	I3C3 LK Backnang	H-50 LK Backnang	H-50 LK Backnang	S-50 Backnang	aufgehoben
I4C3 LK Schwäbisch Hall	I4C3 LK Schwäbisch Hall	G-26 LK Schwäbisch Hall	G-26 LK Schwäbisch Hall	H-26 Schwäbisch Hall	aufgehoben
I1G3 LK Aalen	I1G3 LK Aalen	G-20 LK Aalen	G-20 LK Aalen	U-20 Aalen	aufgehoben
I2G3 LK Öhringen	I2G3 LK Öhringen	H-56 LK Öhringen	H-56 LK Öhringen	H-56 Öhringen	aufgehoben
	I3G3 LK Böblingen	G-21 LK Böblingen	G-21 LK Böblingen	S-21 Böblingen	aufgehoben
I5G3 LK Göppingen	I5G3 LK Göppingen	G-25 LK Göppingen	G-25 LK Göppingen	U-25 Göppingen	aufgehoben
	I11G2 Gem. Geislingen	I-130 Gem. Geislingen	aufgehoben		
I6G3 LK Nürtingen	I6G3 LK Nürtingen	H-55 LK Nürtingen	H-55 LK Nürtingen	S-55 Nürtingen	aufgehoben
	I12G2 Gem. Kirchheim	I-132 Gem. Kirchheim	aufgehoben		
	I8G3 LK Leonberg	H-53 LK Leonberg	H-53 LK Leonberg	S-53 Leonberg	aufgehoben
I9G3 LK Crailsheim	I9G3 LK Crailsheim	G-22 LK Crailsheim	G-22 LK Crailsheim	H-22 Crailsheim	aufgehoben
I14G3 LK Heidenheim	I14G3 LK Heidenheim	G-27 LK Heidenheim	G-27 LK Heidenheim	U-27 Heidenheim	aufgehoben
I2F2 LK Waiblingen	I2F2 LK Waiblingen	G-30 LK Waiblingen	G-30 LK Waiblingen	S-30 Waiblingen	aufgehoben
	I8C3 Gem. Fellbach	I-135 Gem. Fellbach	aufgehoben		
	I9C3 Gem. Schorndorf	I-136 Gem. Schorndorf	aufgehoben		
I6F2 LK Bad Mergentheim	I6F2 LK Bad Mergentheim	H-54 LK Bad Mergentheim	H-54 LK Bad Mergentheim	H-54 Bad Mergentheim	aufgehoben
	I12G3 LK Vaihingen	H-58 LK Vaihingen	H-58 LK Vaihingen	S-58 Vaihingen	aufgehoben
		I-158 Mühlacker	aufgehoben		

[24] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. III, Section IV, VI (3/410–2/6).

2. Civil Administration und Interior

Der Aufbau der Landesverwaltung setzte dezentralisiert von unten nach oben ein. Sofern noch im Amt, wurden die Amtsträger, die vor 1937 in die NSDAP eingetreten waren, aus dem Amt entfernt und durch unbelastete Personen ersetzt.[25] Waren keine geeigneten Deutschen vorhanden und mußte die Verwaltung weitergeführt werden, war es auch den MG-Offizieren erlaubt, die Verwaltungsarbeit kurzzeitig selbst zu erledigen. Allgemein galt jedoch der Grundsatz der indirekten Kontrolle und Verwaltung durch die von der Militärregierung eingesetzten deutschen Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister usw.,[26] denen die Befehle erteilt wurden, deren Ausführung dann überwacht wurde.

Die Vorarbeiten für die Einsetzung einer Landesregierung begannen intensiv am 5. Juli 1945, als Offiziere des Det. E1C3 von Schwäbisch Gmünd nach Stuttgart fuhren, um dort mit den von der Französischen Militärregierung eingesetzten Landesdirektoren, den Leitern von neun Departements, zu verhandeln. Verhandlungsziel der Amerikaner war die Schaffung von nur sechs Ministerien unter Beibehaltung der drei Verwaltungszonen Nord-Württemberg, Landeskommissariatsbezirk Mannheim und Landeskommissariatsbezirk Karlsruhe.

Aufgrund der USFET-Direktive vom 7. Juli 1945 wurden Arbeitsausschüsse (working committees) eingesetzt, die beratend bei Entnazifizierung, Versorgungsfragen usw. herangezogen wurden. Diese Direktive sah auch vor, daß die Kommandeure des Military District in ihren Ländern einen Ministerpräsidenten einsetzen sollten. Am 16. Juli 1945 trugen von Dawson beauftragte Offiziere Dr. Reinhold Maier die Stellung eines Ministerpräsidenten für das neu zu bildende Land an. Nach 24 Stunden Bedenkzeit nahm Maier den Auftrag an.[27] Die Auswahl der übrigen Mitglieder der Regierung ging dann zügig voran. Die USFET-Direktive vom 27. August 1945 steckte den Rahmen für die lokale Selbstverwaltung ab. So bald wie möglich sollten gewählte Gremien auf Gemeinde-, Kreis- und schließlich auch auf Landesebene errichtet werden.[28] Ab Herbst 1945 wurden die Wahlen und die Ordnungen für die Gemeinde- und Kreisräte vorbereitet.

Die Abgrenzung der Befugnisse des am 24. September 1945 eingesetzten Ministerpräsidenten enthielt die USFET-Direktive vom 21. November 1945.[29] Die nach und nach ergangenen Bestimmungen über den Aufbau und die Tätigkeit der Landesverwaltung wurden schließlich im Titel 4 der Military Government Regulations zusammengefaßt, die am 1. März 1946 in Kraft traten.

In den ersten Wochen und Monaten ging es den Militärregierungen beim Aufbau der deutschen Verwaltung vor allem darum, eine für die Durchsetzung ihrer Politik geeignete Unterstützung und Hilfe zu erhalten.[30] Dann aber setzte ein Umschwung ein und die Politik war darauf gerichtet, möglichst schnell den Deutschen die Verantwortung für die Regierung und die Verwaltung zu übertragen.

---

[25] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 3, Civil Administration, S. 267 ff. (12/23–1/14).

[26] Ebenda, S. 275.

[27] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 342 (3/410–2/6).

[28] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 277 (12/23–1/14).

[29] Ltr., Hq USFET, OMG (US Zone) vom 21.11.1945 „Action to strengthen German Civil Administration in the US Zone"; vgl. OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 3, Section 1, S. 342 ff. (3/410–2/6).

[30] Memorandum des Deputy Military Governor vom 16.1.1946 (OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 278, 12/23–1/14).

Die Verantwortung für den Aufbau der Landesverwaltung lag beim Kommandeur der 6. Armeegruppe, dann beim Kommandierenden General des Western Military District. Die jeweiligen G-5 Sektionen legten die Politik fest, die der Leiter des Regional Military Government Detachment, bzw. OMGWB auszuführen hatte. Erst mit der Unterstellung unter USFET zum 1. Januar 1946 wurde dem Direktor von OMGWB ein größerer Verantwortungsbereich für die Militärverwaltung eingeräumt.
Den Arbeitsbereich Civil Administration hatte Dawson dem Administration and Local Government Officer, Capt. Chester B. Lewis, übertragen, der seit 1944 an den Planungen für Württemberg mitgearbeitet hatte. Dawson selbst war als designierter Regional Military Government Detachment Commander für Baden sehr gut mit den dortigen Verhältnissen vertraut.[31]
Im September 1945 wurde entsprechend der württembergischen Verwaltungstradition ein Staatsministerium eingerichtet. Dieses Gremium wurde aus den Ministern gebildet. Den Vorsitz führte der Ministerpräsident. Weiterhin wurde das Innenministerium wieder aufgebaut. Ersterem war der Administration and Local Government Officer zugeordnet, letzterem der Director of Interior Division.

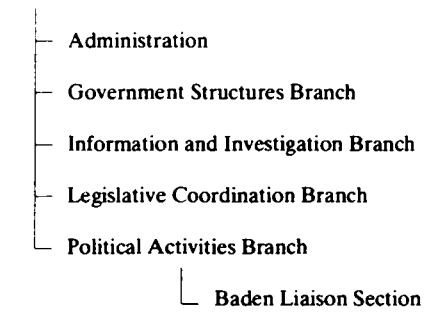
a) Local Government, Government Group, Civil Administration

Die Leitung der Government Group bestand nach der Einrichtung der Landesministerien nur aus einem kleinen Stab (Administration and Local Government), der für Grundsatzfragen und die Kontakte zum Ministerpräsidenten und Staatsministerium zuständig war. Anfang 1946 wurde als Stabsabteilung (Special Staff, Operations) eine Civil Administration Division eingerichtet.
Als die Militärregierung gegen heftigen deutschen Widerstand der Landesbezirksverwaltung Baden jeglichen Charakter einer Regierung oder Nebenregierung genommen und ihr die Stellung einer nachgeordneten Verwaltungseinrichtung zugewiesen hatte, konnte auch das Det. E-7, OMG North Baden, aufgehoben werden. Die noch verbleibenden Aufgaben des zum 28. Februar 1946 aufgehobenen Detachments und dessen Local Government Officer übernahm das am 13. März 1946 eingerichtete Civil Administration Team Nr. 1, das dem Det. G-27, MGO Karlsruhe, zugeordnet wurde, das aber dem Civil Administration Special Staff, OMGWB, unterstellt war.[32]
Es dauerte etwa ein halbes Jahr, bis die Offiziere von OMGWB die Struktur gefunden hatten, um ihre Politik gegenüber Landesregierung und -verwaltung hinreichend durchsetzen zu können. Bei der Umbildung im Juni 1946 wurden die G-3 Aufgaben auf die Gruppen Government und Field Operations aufgeteilt. Government Group faßte alle Abteilungen zusammen, die den Landesministerien zugeordnet waren. Der Assistant Director for Government koordinierte die Arbeit aller Abteilungen. Die neue Civil Administration Division wurde die beratende wie ausführende Stabsabteilung für den Assistant Director for Government.[33]
Am 1. Juni 1946 übernahm Lt.Col. Charles D. Winning die Stellung des Assistant Director und übte das Amt bis Februar 1947 aus. Leiter der CAD wurde Chester B. Lewis. Nach dem Ausscheiden Winnings faßte er beide Stellen zusammen und war bis September 1949 in diesem Aufgabenbereich tätig.

---

[31] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 279, 308 f. (3/410–2/6).
[32] General Order Nr. 11, 1 st MGBat(Sep), vom 13.3.1946 (17/7–2/9–13).
[33] OMGWB: History, Juli – Dezember 1946, S. 54 f. (3/407–3/17); vgl. OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap 1, S. 326 (3/410–2/6).

Übersicht 37: Organisation der Civil Administration Division, OMGWB, 1. Juni 1946



Die den einzelnen Branches zugewiesenen Aufgaben zeigen, daß CAD Legislative und Exekutive im Lande wie auch die allgemeine politische Entwicklung koordinierte. Aber auch innerhalb von OMGWB war eine Abstimmung erforderlich, da die Abgrenzung der Abteilungen nicht in allen Fällen mit denen der Landesministerien übereinstimmte (z. B. Housing, Manpower Division – Innenministerium; MFAA, Economics Division – Kultministerium; Roads, Bridges, Transportation Division – Innenministerium).[34]

Der Spielraum des Direktors von OMGWB wie der Abteilungsleiter hinsichtlich der Auslegung der Anweisungen von OMGUS war sehr begrenzt, wenn überhaupt vorhanden. Eine Episode im Verlauf der Verfassungsverhandlungen im Herbst 1946 mag dies verdeutlichen. Die französische Militärregierung in Tübingen hatte Col. Dawson zu einem Arbeitsessen nach Tübingen eingeladen, um dabei Fragen einer beide Besatzungszonen übergreifenden Landesverfassung zu besprechen. Dawson, der sehr gute Verbindungen zu den Franzosen besaß, konnte hier jedoch keine Zugeständnisse machen. Ohne unhöflich zu werden, lehnte er die Einladung ab. Es habe keinen Zweck, über diese Angelegenheit zu sprechen, da die Weisungen von OMGUS dies nicht vorsähen und für eine Besprechung kein Spielraum sei. Wenn die französische Militärregierung an diesem Problem interessiert sei, sollte sie sich direkt an OMGUS wenden.[35]

Die Politik und das Programm der Civil Administration Division wurden durch die Annahme der Landesverfassung nicht verändert, die Art und Weise der Aufgabenerledigung jedoch beträchtlich. Schon während der Verfassungsverhandlungen hatte der Deputy Military Governor nur der CAD erlaubt, mit der Regierung über Verfassungsfragen zu sprechen. Den anderen Abteilungen wurde es untersagt, sich in Verfassungsfragen einzumischen.[36] Allein CAD nahm die Interessen der Militärregierung wahr, bei Meinungsverschiedenheiten entschied der Deputy Military Governor. Nach Annahme der Verfassung machte OMGWB öffentlich bekannt, daß es sich nun von einer verwaltenden auf eine überwachende Tätigkeit zurückgezogen habe. Die Beziehungen zwischen OMGWB und der Landesregierung wurden so geregelt, daß die Militärregierung dem Staatsministerium Befehle nur noch in schriftlicher Form, an den Mini-

[34] 12/1-1/33.

[35] 12/226-1/1-11, ohne Datum.

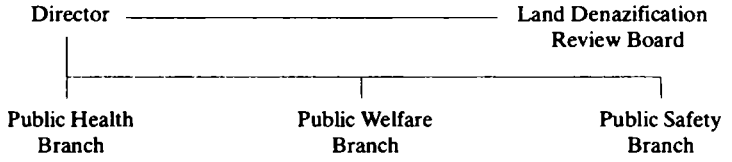
[36] OMGUS an die Direktoren der OMG, AG 010.1 (CA) vom 24.9.1946 (12/226-1/1-11), vom 30.9.1946 und vom 6.12.1946 (ebenda).

sterpräsidenten oder einen Minister gerichtet, erteilte. Diese mußten die Unterschrift des Direktors von OMGWB oder seines Stellvertreters tragen. Alle von Fachoffizieren der Militärregierung an deutsche Beamte gerichteten Weisungen usw. waren dagegen lediglich Ratschläge. Da die Gewaltenteilung jetzt durchgeführt war, konnten die meisten Aufgaben der Landesverwaltung in Eigenverantwortung übertragen werden. Nur bei wenigen Aufgaben behielt sich die Militärregierung eine unmittelbare Kontrolle vor. Civil Administration fiel nach Annahme der Verfassung verstärkt die Aufgabe zu, im Bereich der Parteien und der politischen Entwicklung tätig zu werden. Zum 15. Mai 1948 wurden der Governmental Affairs Officer, wie der Assistant for Government inzwischen benannt worden war, und die Civil Affairs Division aufgehoben und die Aufgaben von der Civil Affairs Branch, Governmental Affairs Division, übernommen. Die Koordinierungsaufgaben gingen auf den Direktor der Division über.

b) Interior Division, Governmental Affairs Division

Als im September 1945 ein Innenministerium eingerichtet wurde, entstand bei Det. E-1, OMGWB, eine Interior Division, der Public Health Branch, Public Safety Branch und Public Welfare Branch unterstellt wurden. Lt.Col James Tobey leistete die Aufbauarbeit. Als er im Dezember 1945 ausschied, übernahm Major J. Ward Starr die Leitung der Division. Er war vorher Administration and Local Government Officer des aufgelösten Det. F-17, LKB Karlsruhe.[37]
Interior Division unterlag in den folgenden Monaten und Jahren wenigen Veränderungen. Ein Land Denazification Review Board, im April 1946 als Appellationsinstanz eingerichtet und dem Direktor der Abteilung unterstellt, wurde im Juli 1946 wieder aufgehoben.

Übersicht 38: Organisation der Interior Division, OMGWB, Juni 1946



Nach der Annahme des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 wurde eine Special Branch eingerichtet und der Public Safety Branch unterstellt. Am 13. August 1946 gingen alle Aufgaben, die mit der Entnazifizierung zusammenhingen, an eine neue Denazification Division über.[38]
Am 13. August 1946 wurde bei Interior eine Housing Branch eingerichtet, die die auf das Innen-, Wirtschafts- und Arbeitsministerium verteilten Zuständigkeiten in der Bau- und Wohnungspolitik überwachte.[39] Die Housing Branch war vorher Teil der Manpower Division. Wurde in diesem Falle eine Zusammenführung von Kompetenzen vorgenommen, blieben andere Aufgaben des Innenministeriums unter der Kontrolle anderer Büros von OMGWB.[40]

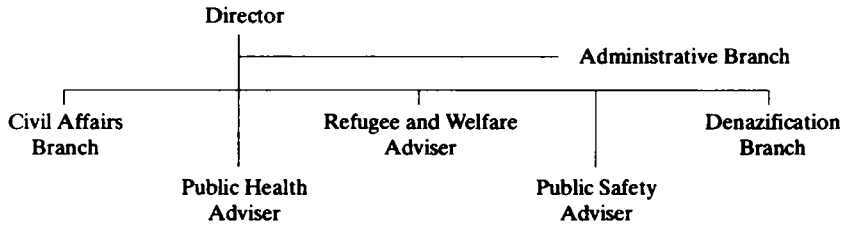
---

[37] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 3, S. 358f. (3/410–2/6).
[38] OMGWB: History, Juli – Dezember 1946, S. 61f. (3/407–3/17).
[39] OMGWB: History, Juli – Dezember 1946, S. 63 (ebenda).
[40] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 3, S. 358f. (3/410–2/6).

Innenministerium	Abt. VI	Gemeindefinanzen	Finance Division
	Abt. V	Sektion C Landesvermessung	Civil Administration Division
	Abt. V	Sektion D Straßen-Wasserwege	Economics Division, Transportation Branch

In der zweiten Jahreshälfte 1946 beteiligte sich Interior verstärkt am UNRRA-Programm, das in Stuttgart von UNRRA District Office Nr. 1 durchgeführt wurde.[41]
Zum 15. Mai 1948 wurde die Interior Division aufgelöst.[42] Administrative, Public Health, Public Welfare und Public Safety Branch gingen an die neugebildete Governmental Division über. Housing und Real Estate Branch wurden aufgelöst und die Aufgaben von einem Housing Adviser, OMGWB, wahrgenommen, der zur Gruppe der Special Divisions/Offices gezogen wurde.[43]

Übersicht 39: Organisation der Governmental Affairs Division, OMGWB, Juni 1948



Die Civil Affairs Branch führte die Aufgaben der aufgelösten Civil Administration Division fort, die Denazification Branch die der aufgehobenen Denazification Division. Der Direktor der Division übernahm vom Governmental Affairs Officer und der Civil Administration Division die Koordinierungsaufgaben. Er war nun neben dem Direktor von OMGWB der einzige Abteilungsleiter, der direkte Kontakte mit dem Ministerpräsidenten unterhalten durfte.[44] Im Sommer 1949 wurde der Aufgabenbereich der Division um das Büro eines Legislative Coordination Adviser erweitert.

c) Public Health

Bis Juni 1946 wurden die Aufgaben von Public Health von zwei eng zusammenarbeitenden Organisationen wahrgenommen, den Public Health Offizieren der Militärregierung und den Ärzten der Medical Group.
Bei den Militärregierungen sorgten von Anfang an Public Health Offiziere, die jedoch keine Ärzte waren, für den Aufbau des deutschen Gesundheitswesens, um die Seuchengefahr u.ä. so niedrig wie möglich zu halten.[45] Die Aufgaben konnten in Anbetracht der Zerstörungen im ersten Jahr leidlich gelöst werden. Es traten keine größeren Epidemien auf. Die Eindämmung der Geschlechtskrankheiten wurde in enger Zusammenarbeit mit deutschen Stellen vorgenommen. Da ausgebildete Ärzte unter

[41] OMGWB: History, Juli – Dezember 1946, S. 64 (3/407–3/17).
[42] General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948 (17/7–2/9–13); Verwaltungsanordnungen in 12/27–2/24.
[43] 12/226–2/1–4.
[44] General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948, S. 2, Nr. 8, Anhang (17/7–2/9–13).
[45] Public Health, OMGWB: History bis Juni 1946 (12/1–1/33); vgl. ebenda S. 2(88) ff. (3/410–2/2).

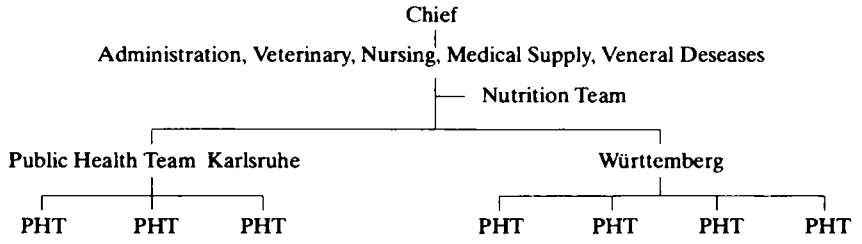
den Public Health Offizieren bei den Detachments auf Kreisebene fehlten, waren die Offiziere weitgehend auf die Hilfe der Sanitätseinheiten der taktischen Truppen angewiesen.
Im September 1945 wurden die Public Health Aufgaben in einer Branch der Interior Division zusammengezogen. In Baden war bis zum 28. Februar 1946 ein Public Health Officer bei OMG North Baden tätig. Danach war ein Offizier der Branch, OMGWB, Stuttgart, dem OMG Karlsruhe zugeordnet, der die badischen Belange wahrnahm. Im März 1946 war die deutsche Gesundheitsverwaltung so weit funktionsfähig, daß sie die meisten Aufgaben in Eigenverantwortung durchführen konnte. Für die Überwachungsaufgaben waren im Dezember 1945 Public Health Teams eingerichtet worden, die in den folgenden Wochen umgebildet wurden.[46] Dies erfolgte in enger Zusammenarbeit mit der MG Medical Group.

Zum 25. Januar 1946 bestanden folgende Teams:

Public Health Teams Nr. 1–7	(Type II)	in Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Stuttgart, Heilbronn, Schwäbisch Hall, Ulm
Nr. 8		Nutrition Team Stuttgart
Nr. 9	(Type I)	für LB Baden in Karlsruhe

Das Nutrition Team überwachte den Ernährungszustand der deutschen Bevölkerung in den großen Städten. Am 1. Juni 1946 ging diese Aufgabe auf die deutsche Gesundheitsverwaltung über.
Public Health Branch besaß im Frühjahr 1946 folgende Struktur:

Übersicht 40: Organisation der Public Health Branch, Interior Division, OMGWB, Frühjahr 1946



Den zweiten Organisationsstrang der Gesundheitsverwaltung bildete die Medical Group, die schließlich in OMGWB aufging. Bis August 1945 waren für das Gesundheitswesen zuständige Soldaten und Offiziere des US Medical Detachments in der Medical Group, European Civil Affairs Division, zusammengefaßt. Am 15. August 1945 wurde eine Second Medical Detachment Group gebildet, die dem Hauptquartier der 7. US Armee unterstellt war und als Public Health Section des 2nd MG Regiments im Raum Groß-Hessen und Württemberg-Baden arbeitete. Das Hauptquartier der etwa 100 Offiziere und 100 Soldaten lag im August in Heidelberg. Im November 1945 erhielt das Medical Detachment den Status einer Group und löste sich von 2nd MG Regiment. Am 29. Dezember 1945 wurde für Württemberg-Baden die First MG Medi-

[46] General Order Nr. 2, 1st MGBat(Sep), vom 15.12.1945 und General Order Nr. 4, 1st MGBat(Sep), vom 8.2.1946 (17/7–2/9–13).

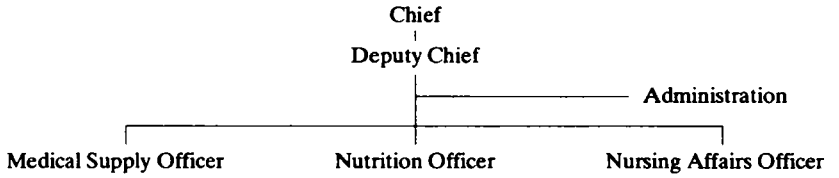
cal Group eingerichtet und dem 1st MGBat(Sep) unterstellt.[47] Die Offiziere, Soldaten und Schwestern – am 1. Januar 1946 etwa 30 Personen – wurden den OMG auf Kreisebene zugeordnet. Da die Medical Group nicht den jeweiligen Direktoren der OMG unterstand, kam es häufig zu Spannungen.
General Order Nr. 3 vom 28. Januar 1946 löste die Medical Group auf, die zum 19. Februar 1946 als First MG Medical Group, 1st MGBat(Sep), neu formiert wurde. Lt.Col. Philipp Beckjord wurde Kommandeur und gleichzeitig Chief Public Health Officer for Land Wuerttemberg-Baden. Die Fachaufsicht lag beim Direktor der Interior Division, während er verwaltungsmäßig dem Kommandeur des 1st MGBat(Sep) unterstand.[48]
Am 21. Juni 1946 wurde die 1st Medical Group aufgelöst und das Personal der Public Health Branch, Interior Division, zugewiesen.[49] Ein Verwaltungsproblem, das über Monate hinweg Schwierigkeiten bereitet hatte, war endlich bereinigt worden. Die medizinische Versorgung der Mitglieder der Militärregierung erfolgte nun durch das 387th Station Hospital.

Am 30. Juni 1946 bestand die Branch aus:

Chief Public Health Officer	Lt.Col. Philipp R. Beckjord
Deputy Chief PHO	Capt. Richard Q. Petitfils
Administrative Officer	
Nutrition Team	
(drei Offiziere)	
Clerk (EM)	

Nach der Auflösung der Public Health Teams Nr. 1 – 7 und 9 von März bis Mai 1946 war das Personal in Stuttgart zusammengezogen worden. Die erforderlichen Informationen aus dem Land mußten nun durch Inspektionsreisen, Berichte der LSO und deutscher Stellen gewonnen werden. Das Personal der Branch bestand in den folgenden Monaten aus sechs bis sieben Personen.[50]
Ende 1946 waren die Aufgaben in der Branch wie folgt gegliedert:[51]

Übersicht 41: Organisation der Public Health Branch, Interior Division, OMGWB, Ende 1946



Nach der Auflösung der Interior Division wurde die Public Health Branch aufgelöst und die Aufgaben einem Public Health Adviser zum 15. Mai 1948 übertragen.

---

[47] General Order Nr. 4, 1st MGBat(Sep), vom 28.12.1945 (17/7-2/9-13); vgl. 12/1-1/33.
[48] General Order Nr. 5, 1st MGBat(Sep), vom 19.2.1946 (17/7-2/9-13).
[49] General Order Nr. 21, OMGWB, 1st MGBat(Sep), vom 21.6.1946 (17/7-2/9-13).
[50] OMGWB: History Juli – Dezember 1946, T. 2 (3/407-3/17).
[51] 12/27-2/24.

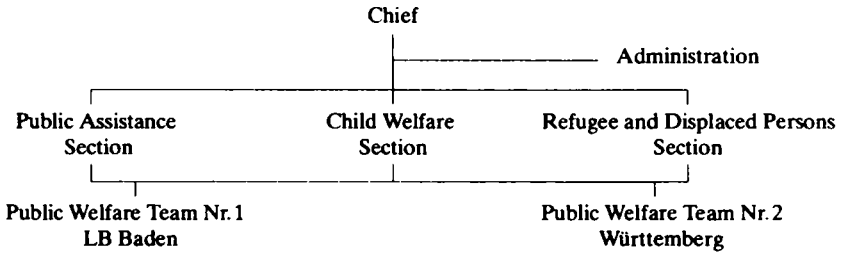
d) Public Welfare

Dem Public Welfare Officer gelang es sehr schnell, das Landeswohlfahrtsamt und später die Abteilung IX, Wohlfahrtswesen, im Innenministerium arbeitsfähig zu machen.[52] Public Welfare wurde dann als Section bzw. Branch der Interior Division organisiert. Im Dezember 1945 wurde dem Det. E-7, OMG North Baden, das Public Welfare Team Nr. 1 zugeordnet. Für Württemberg entstand im Januar 1946 das Public Welfare Team Nr. 2.

Die DPs stellten 1945/46 ein großes Versorgungs- wie auch Sicherheitsproblem dar. Eine der schwierigsten Aufgaben nach der Eroberung waren Erfassung und Rückführung der verschleppten Personen, die als Angehörige alliierter Staaten einen besonderen Schutz genossen.[53] Ende Juni 1945 waren 121 000 Personen in ihre Heimat zurückgeführt worden, als sich die Zahl der zu versorgenden Personen durch einen starken Zustrom polnischer und baltischer Staatsbürger wieder drastisch erhöhte, die aus den von der Sowjetunion besetzten Gebieten geflohen waren. Die Lager wurden von der UNRRA betreut, bei Det. E-1 und F-17 gab es jedoch für die DPs zuständige Offiziere. Weiterhin waren Public Welfare und Public Safety mit den Lagern befaßt. Weder die Militärregierungen noch die deutsche Polizei kamen gegen die große Zahl von Überfällen, Plünderungen usw. an. Da die DPs alliierte Rechte genossen und man ein negatives Echo in der internationalen Presse fürchtete, ergriff man keine Zwangsmaßnahmen, wie etwa das Einzäunen der Lager. Als der Militärregierung die Probleme über den Kopf wuchsen, wurde auf ihr Drängen die Aufsicht über die DP-Lager zum 1. Januar 1946 den Besatzungstruppen übertragen,[54] die bald die Ordnung wieder herstellen konnten. Ende Juni betreute die UNRRA in Württemberg-Baden noch 63 000 DPs in 65 Lagern.

Im März 1946 wies die Branch folgende Gliederung auf:

Übersicht 42: Organisation der Public Welfare Branch, Interior Division, OMGWB, März 1946



Am 30. Juni 1946 arbeiteten neun Amerikaner und acht deutsche Mitarbeiter in der Branch. Zum 1. Januar 1947 wurden die Aufgaben um eine Relief Supply Section erweitert,[55] die die Hilfsprogramme auf Landesebene steuerte. Im Zuge der Personaleinsparungen wurden zum 30. Juni 1947 die beiden Public Welfare Teams aufgehoben, nachdem das Team Nr. 1 schon seit März nicht mehr besetzt war.[56]

---

[52] OMGWB: OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 2 (3/410–2/2, 12/1–1/31).

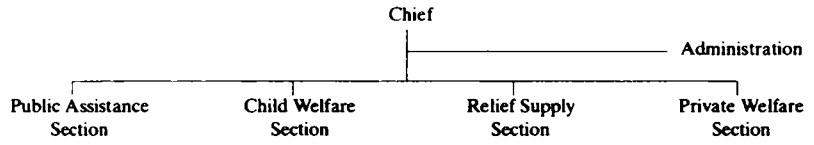
[53] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 13, S. 2455 ff. (3/410–1/3); vgl. 12/1–1/31.

[54] General Order Nr. 337, USFET, vom 14.12.1945.

[55] Vgl. Organisationsplan und Anlagen, Dezember 1946 (12/27–2/24).

[56] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Januar – Juni 1947 (3/409–1/1).

Übersicht 43: Organisation der Public Welfare Branch, Interior Division, OMGWB, Juni 1947

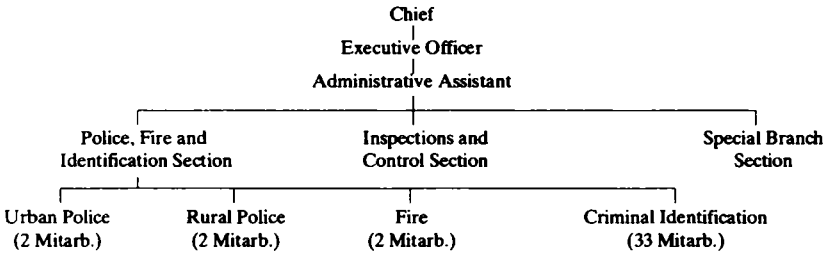


Zum 15. Mai 1948 wurde die Branch aufgelöst und ein Refugee and Welfare Adviser, Governmental Affairs Division, mit den Aufgaben betraut.

e) Public Safety

Die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung war auf die Public Safety Offiziere der Militärregierungen, die Military Police, CIC, CID und die Security Police aufgeteilt, die 1946 durch die Constabulary Troops ersetzt wurde. Public Safety war vor allem für die Sicherheit der deutschen Bevölkerung, die Militärpolizei für die der Soldaten und der alliierten Personen zuständig. Im einzelnen gehörten zum Aufgabenbereich der Public Safety Officers die auf ordnungs- und kriminalpolizeiliche Aufgaben beschränkte deutsche Polizei, die Feuerwehren, zivile Verteidigung, Gefängnisse und aufgelöste Konzentrationslager.[57]
Enge Zusammenarbeit mit dem CIC beim Aufspüren von Nationalsozialisten, der Erfassung ihrer Akten usw., führte zur Einrichtung einer Special Branch, die die Nachforschungen und Überprüfungen bei den Entnazifizierungsverfahren vornahm.
Entsprechend der Aufgabengliederung standen dem Senior Safety Officer Ende 1945 neben seinem Stellvertreter zwei Special Branch Officers, ein Feuerwehr- und ein Polizeioffizier zur Seite. Die Polizeiaufgaben wurden schon im Oktober 1945 in Rural Police und Urban Police aufgeteilt. Zum 15. Dezember 1945 wurden alle Public Safety Officers der Kreisdetachments der württemberg-badischen Militärregierung unterstellt und zu elf Public Safety Teams zusammengefaßt, die an strategisch wichtigen Orten eingesetzt wurden.[58] Da die Arbeit der Teams nicht zufriedenstellend war, wurden sie zum 1. April 1946 wieder aufgelöst.[59] Hinzu kam, daß sich viele Offiziere in die Heimat entlassen ließen und kein Ersatz zu erhalten war.

Übersicht 44: Organisation der Public Safety Branch, Interior Division, OMGWB, Juni 1946



[57] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Section 1, S. 443 ff. (12/1-1/31); vgl. OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Section 2, S. 44 ff. (12/1-1/33).
[58] General Order Nr. 2, 1 st MGBat(Sep), vom 15.12.1945 (17/7-2/9-13).
[59] General Order Nr. 14, 1 st MGBat(Sep), vom 1.4.1946 (17/7-2/9-13).

Am 13. August 1946 ging die Bearbeitung der Special Branch-Aufgaben auf die Denazification Division über.[60] Die Public Safety Branch wurde am 15. Mai 1948 aufgehoben, ein Public Safety Adviser, Governmental Affairs Division, übernahm die Aufgaben.

f) Housing

Housing, Steuerung der Haus- und Wohnungsbaupolitik, wurde in den ersten Monaten nach der Besetzung von Labor wahrgenommen.[61] Zum 13. August 1946 wurde dieser Arbeitsbereich auf die Interior Division überführt.[62] Auf Landesebene nahm die Abt. V des Innenministeriums diese Aufgaben wahr. Im Sommer 1947 wurde der Arbeitsbereich erweitert. Eine Housing and Real Estate Branch entstand, die die Arbeit des aufgelösten Land Resources Board übernahm. Dieses war in der zweiten Hälfte des Jahres 1946 eingerichtet worden, um die Tätigkeit der drei Land Resources Boards und des Land Real Estate Officer zu koordinieren. Nachdem die Housing and Real Estate Branch ab April 1948 nur noch mit einem Mitarbeiter besetzt war, wurde die Branch zum 15. Mai 1948 aufgehoben und ein Housing Adviser eingesetzt, der zur Gruppe der Special Divisions/Offices gezogen wurde. Er war weiterhin als Sekretär des Land Resources Board und als Real Estate Officer tätig.[63] Zum 6. Dezember 1948 wurde diese Aufgabe wieder einer Housing Section zugewiesen, die Teil des Büros des Refugee and Welfare Adviser, Governmental Division, wurde.[64]

g) Offiziere / US Zivilisten in leitenden Stellungen

Übersicht 45: Leitendes Personal der Civil Administration (Interior) Division, OMGWB, 1945–1949

Administration and Local Government Officer, Württemberg		
Chester B. Lewis	Capt.	1945 – Anfang 1946
Admin. & LGO LKB Mannheim		
Loran L. Lewis	Capt.	1945
Admin. & LGO LKB Karlsruhe		
J. Ward Starr	Maj.	Juli 1945 – 11. Okt. 1945
Government Group/Government Affairs Officer		
Charles D. Winning	Lt.Col./Civ.	1. Juni 1946 – Feb. 1947
Chester B. Lewis	Maj./Civ.	Feb. 1947 – Mai 1948
Civil Affairs Division/Governmental Affairs Division		
Chester B. Lewis	Maj./Civ.	März 1946 – Sept. 1949
Government Structures Branch/Civil Affairs Branch		
Harold Wyatt	Civ.	1. Juni 1946 – Sept. 1949
Interior Division		
James Tobey	Lt.Col.	April 1945 – Dez. 1945
J. Ward Starr	Maj./Civ.	Dez. 1945 – Mai 1948

[60] 12/27-2/24; vgl. die Berichte von 1946 in 3/410-2/2 und von 1947 in 3/409-1/1.
[61] OMGUS-Handbuch, Teil Württemberg-Baden B.8.
[62] General Order Nr. 24, OMGWB, 1 st MGBat(Sep), vom 13.8.1946 (17/7-2/9-13).
[63] General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948, Aufgabenbeschreibung im Anhang Nr. 6 (17/7-2/9-13); vgl. OMGWB: Quarterly Histories 1947–1948 (3/408-1/22).
[64] General Order Nr. 6, OMGWB, vom 6.12.1948 (17/7-2/9-13).

Public Health

Senior Public Health Officer / Branch		
Preiser	Lt.Col.	Sept. 1945
Cooper	Lt.Col.	Dez. 1945
Philipp R. Beckjord	M.C. Lt.Col.	Feb. 1946 – Mai 1948
William D. Radcliffe	Civ.	Sept. 1948 – Sept. 1949
Senior Public Health Officer, Baden		
John W. Winebrenner	Maj.	Okt. – Dez. 1945
Richard Q. Petitfils	1st Lt.	Dez. 1945 – Mai 1946
Deputy Chief of Branch		
Richard Q. Petitfils		Mai 1946 – Ende 1947
Public Welfare		
Robert M. Patterson	Capt./Maj.	Aug. 1944 – Nov. 1945
Charles L. Leven	Maj.	Nov. 1945 – März 1946
James H. Campbell	Maj./Civ.	März 1946 – Sept. 1949
Public Safety		
Robert L. Perry	Lt.Col./Civ.	Sept. 1945 – Sept. 1949

3. Denazification

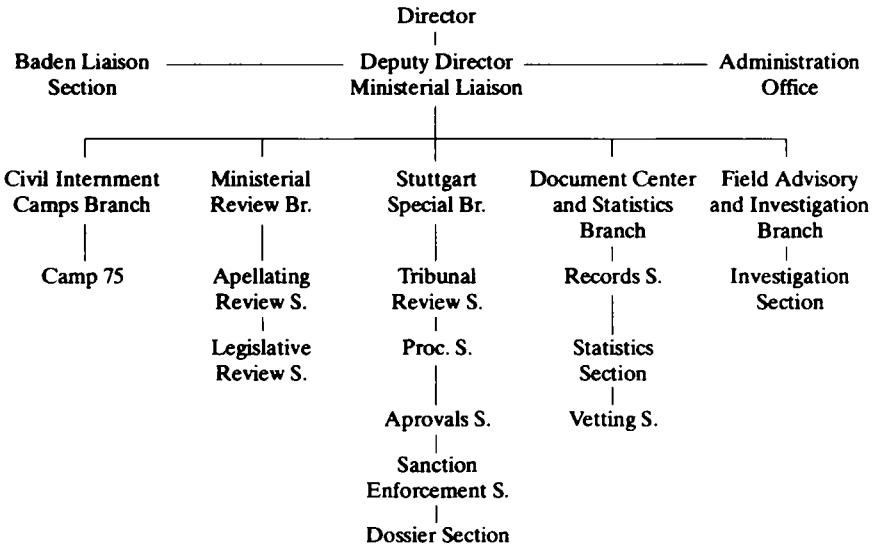
Im ersten Jahr ihres Bestehens befaßten sich innerhalb der Militärregierung Public Safety und Legal mit den Problemen der Entnazifizierung. Von April bis Juli 1946 bestand bei der Interior Division ein Land Denazification Review Board. Im Sommer 1946 drang die Militärregierung bei der Landesregierung darauf, das „Staatssekretariat für Sonderaufgaben" in ein „Ministerium für politische Befreiung" umzuwandeln. In Württemberg-Baden sollte wie in den anderen Ländern der US Zone ein Ministerium für die Bearbeitung der Entnazifizierungsfragen geschaffen werden. Die Einrichtung erfolgte am 14. August 1946.[65] Am 13. August 1946 wurde bei OMGWB eine Denazification Division gebildet, die dem Assistant Director for Government unterstellt wurde.[66] Mit gleicher Order wurde die Special Branch Section, Public Safety Branch, Interior Division, der neuen Division zugeordnet. Am 28. September 1946 folgte der Security Review Board, vorher Teil der Legal Division.[67]
Die neue Division sollte die Durchführung der Entnazifizierungspolitik überwachen, die in der Gesamtpolitik der Amerikaner einen hohen Stellenwert einnahm. Die Zusammenfassung der verstreut wahrgenommenen Aufgaben hing damit zusammen, daß die Militärregierung mit der Durchführung der Entnazifizierung durch deutsche Stellen nicht zufrieden war. General Lucius D. Clay, Deputy Military Governor, machte dies in seiner Adresse an den Länderrat am 5. November 1946 deutlich.[68] In der Folge wies OMGUS am 2. Dezember 1946 die Direktoren der Länder an, aufgrund des Kontrollratsgesetzes Nr. 24 wieder die Verantwortung für die Entfernung von Nationalsozialisten und anderer, den Alliierten gegenüber feindlich eingestellten Personen

---

[65] 15/158–1/3; vgl. Sauer: Entstehung, S. 148.
[66] General Order Nr. 24, 1st MGBat(Sep), vom 13.8.1946 (17/7–2/9–13).
[67] General Order Nr. 27, 1st MGBat(Sep), vom 28.9.1946 (ebenda).
[68] Abgedruckt bei Kormann: Denazification Policy, S. 105 f. und in Akten zur Vorgeschichte 1, S. 1015 ff.

aus einflußreichen Stellungen an sich zu ziehen.[69] Der Vollzug wurde der Special Branch mit sofortiger Wirkung übertragen. Die jeweiligen Anordnungen auf Amtsenthebung mußte der Direktor, OMGWB, unterschreiben. Das Gesetz über die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus mußte daraufhin geändert werden. Im Sommer 1947 richtete die Division zur Überwachung der deutschen Dienststellen neue Referate ein.

Übersicht 46: Organisation der Denazification Division, OMGWB, August 1947[70]



Die Denazification Division wurde mit allen Referaten zum 15. Mai 1948 aufgehoben.[71] Die Aufgaben übernahm eine Denazification Branch, Governmental Affairs Division. Der neue Aufgabenbereich wurde im Anhang der Order Nr. 3 abgegrenzt. Am 11. August 1948 wies OMGUS die Militärregierungen an, bis zum 1. Oktober 1948 die Beteiligung am Entnazifizierungsverfahren zu beenden.[72] Die Arbeit der Special Branch wurde daraufhin bei OMGWB am 1. September 1948 eingestellt. Die verbleibenden Arbeiten nahm ein am 28. August 1948 eingesetzter Denazification Adviser wahr. Mit der Beendigung der Aufsicht durch die Offiziere und US Zivilisten bei OMGWB verlangsamte sich schlagartig die Arbeit im Ministerium für die politische Befreiung wie auch bei den Spruchkammern.

---

[69] Alle Anweisungen in 12/226–1/1–11.

[70] 12/2–2/39; vgl. Organisationsplan vom 20.9.1947 (12/1–1/5); Special Order Nr. 122, OMGWB, vom 20.9.1947 (17/7–3/2–11); OMGWB: History 1947 (3/409–3/5).

[71] General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948 (17/7–2/9–13); vgl. OMGWB: History April bis Dezember 1948 (3/409–3/5).

[72] OMGUS AG 383 (CA) vom 11.8.1948 (3/409–3/5).

a) Security Review Board

Im Winter 1945/46 hatten die Amerikaner in neun Internierungslagern, zwei Krankenhäusern und einem Internierungsgefängnis etwa 30000 Internierte in Württemberg-Baden zusammengezogen, die jedoch nicht der Kontrolle von OMGWB unterstanden. Eine USFET-Direktive vom 15. November 1945, ergänzt durch eine Direktive des Western Military District vom 12. Dezember 1945, sah die Einrichtung von Military Government Review Boards vor. In Württemberg-Baden entstanden daraufhin auf Kreisebene 31 Prüfungsausschüsse. Am 15. Februar 1946 folgte die Einrichtung eines Security Review Board, Legal Division, der dem deutschen Landesamt zugeordnet war.[73] Da Sicherheitsfragen angesprochen waren, erfolgte eine enge Zusammenarbeit mit dem 716th CIC. Die fünf Offiziere des Board hatten teilweise Erfahrung bei Military Government Intelligence gesammelt, ein Offizier hatte vorher bei CIC gearbeitet. Die Empfehlungen der deutschen Prüfungsausschüsse gingen an den Military Government Administrative Board des Internierungslagers, das ein Intelligence Officer leitete. Dieser legte jeden Fall dem Security Review Board vor, der ihn abschließend beurteilte. Nur eine Order mit Unterschrift des Direktors von OMGWB führte zur Entlassung aus einem Internierungslager. Mit Wirkung vom 29. September 1946 wurde der Security Review Board (mit Personal, Aufgaben und Diensträumen) von der Legal Division gelöst und der Denazification Division zugewiesen.[74] An der Aufgabenstellung und am Arbeitsablauf änderte sich nichts.

b) Special Branch

Seit April 1945 standen Public Safety spezialisierte Offiziere zur Verfügung, die deutsche Personen auf ihre NS-Vergangenheit hin untersuchten.[75] Die Special Branch Officers sammelten Material, analysierten es und stellten Berichte über die jeweiligen Personen zusammen. Die Offiziere arbeiteten dabei eng mit dem Counter Intelligence Corps, dem War Crime Office und der Militärpolizei zusammen. Special Branch war bis zum 13. August 1946 eine Section der Public Safety Branch und wurde dann zur Denazification Division umgesetzt. Zum 1. September 1948 sollten die Special Branches aufgehoben werden. In Württemberg-Baden arbeiteten sie jedoch noch bis zum 31. Oktober 1948.[76] Die Akten der Special Branch wurden dann nach Darmstadt in das 7771st Document Center (Rear) gebracht.

c) Offiziere/US Zivilisten in leitenden Stellungen

Übersicht 47: Leitendes Personal der Denazification Division, OMGWB, 1945 – 1949

Denazification Division		
J. Ward Starr	Maj.	Aug. – Dez. 1946
W. J. Garlock	Maj.	ab 31. Dez. 1946
David F. Anderson	Civ.	(Sept. 1947)
Newton S. Friedman	Civ.	(Mai 1948)
Walter S. Leeds	Civ.	März – Juli 1949

[73] OMGWB: Jahresbericht 1945/46, S. 13(227) ff. (3/410-2/2), OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 5, S. 1181 (3/410-1/1).
[74] General Order Nr. 27, 1st MGBat(Sep), vom 28.9.1946 (17/7-2/9-13).
[75] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, (12/1-1/31); ebenda, S. 62 (3/410-2/2).
[76] OMGWB: History 1948, S. 14 (3/409-3/5).

4. Information Control, Intelligence

a) Historical Information and Political Intelligence (HI&PI)

Die Kontrolle des öffentlichen Lebens durch Nachrichtendienste war in den Monaten nach der Besetzung auf mehrere Stellen aufgeteilt.
Das Regional Military Government Detachment E-1 verfügte ab April 1945 über eine HI&PI Section, die bis März 1946 von 1st Lt. bzw. Capt. Moses Moskowitz geleitet wurde. Er verfolgte die politische Entwicklung und seit August 1945 den Aufbau der politischen Parteien. Die Verantwortung für die Zulassung der politischen Parteien lag in seiner Hand, ebenso entschied er in Zusammenarbeit mit DISCC über die Lizenzierung der Parteiveröffentlichungen. Nachdem Moskowitz von Anfang an eng mit dem Assistant Administration and Local Government Officer, 1st Lt. Richard Scammon, zusammengearbeitet hatte, ging diese Tätigkeit später vollständig auf die Civil Affairs Division über. Weiterhin stellte HI&PI aus den von den Detachments gefertigten Aufstellungen die monatlichen Berichte von OMGWB wie auch die Weekly Intelligence Reports zusammen.[77]
In der ersten Hälfte des Jahres 1946 wurde dieser Arbeitsbereich grundlegend umstrukturiert.[78] Am 6. Januar 1946 ging die nachrichtendienstliche Erfassung und Beobachtung der Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber den Maßnahmen der Militärregierung auf die Intelligence Branch, Information Control Division, über. Die Erstellung der allgemeinen Berichte wurde nach dem Ausscheiden von Moskowitz auf die Reports and Statistics Division und die der Weekly Intelligence Reports auf die Intelligence Division überführt. Die Nachfolge von Moskowitz trat 1st Lt. Plotnik in der HI&PI Branch an. Am 1. Juli 1946 wurde er in die Intelligence Division versetzt, und HI&PI hörte auf zu bestehen. Wie die HI&PI Branch zählten auch die Nachfolgeeinrichtungen zu den Special Divisions, die unter der Aufsicht des Executive Officers standen.

b) Information Control Division / Information Service Division

Zur besseren Koordinierung der Informationskontrolle im Land Württemberg-Baden wurde am 5. Januar 1946 das 6871st District Information Service Control Command (DISCC) aufgelöst, das Personal mit Wirkung vom 6. Januar 1946 zur Hälfte OMGWB zugewiesen und damit eine Information Control Division (ICD) aufgebaut.[79] Die Außenbüros des 6871st DISCC blieben bestehen und arbeiteten ab dem 8. Februar 1946 als Information Control Teams Nr. 1–6 weiter, die den Detachments F-10 (Stuttgart), G-43 (Heidelberg), F-16 (Mannheim), E-7 (Karlsruhe), F-11 (Ulm), und G-28 (Heilbronn) zugeordnet wurden.[80]
ICD war aus dem Arbeitsbereich psychologische Kriegführung hervorgegangen, der organisatorisch bei G-2, bzw. der Psychological Warfare Division angesiedelt war. Daher bestand für diese Aufgaben im Jahr 1945 eine von Det. E-1 OMGWB unabhän-

---

[77] Anweisungen von OMGWB zur Erstellung der Monatsberichte in 3/410–2/4.
[78] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section 2, S. 93 (3/410–2/6).
[79] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 6, S. 1236ff. (3/410–1/1); vgl. 12/1–1/32; OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1(256) f. (3/410–2/2); vgl. OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 2, Political Affairs, S. 260f. (12/1–1/33, bzw. 3/410–2/6).
[80] General Order Nr. 4, 1st MGBat(Sep), vom 8.2.1946 (17/7–2/9–13).

gige Organisation, die der 12th Army Group, bzw. 7th US Army bzw. der Military District Control unterstellt war.

Nach dem Abschluß der Kampfhandlungen war die Psychological Warfare Division aufgelöst und die Arbeit auf das am 15. Februar 1945 bei Paris aufgestellte District Information Service Control Command überführt worden,[81] das unter der Aufsicht des Army Group Commander, ab Juli 1945 des Western Military District Commander stand. Da es für diese Arbeit – abgesehen von der nachrichtendienstlichen Tätigkeit – keine Vorbilder gab, konnten keine detaillierte Planungen wie in den anderen Bereichen der Militärverwaltung entwickelt werden. Die Aufgabenstellung bestand darin, jegliche Nazipropaganda zu unterbinden, zur Sicherheit der alliierten Truppen beizutragen, indem durch Zensur und Kontrolle von Radio, Presse und anderen Medien alle gefährlichen Entwicklungen und Bestrebungen sofort entdeckt und bekämpft werden konnten. Darüber hinaus sollten durch öffentliche Veranstaltungen und durch die Verbreitung von Nachrichten Ziele und Auffassung der Besatzungsmacht bekannt gemacht und damit zur Umerziehung der Deutschen beigetragen werden. Die Entnazifizierung und die Lizenzierung aller Personen, die für die Medien arbeiteten, stand zunächst im Mittelpunkt der Arbeit, was in enger Zusammenarbeit von DISCC und Offizieren des Det. E-1, OMGWB, vorgenommen wurde. Zunächst war DISCC mit der Lizenzierung von Zeitungen beschäftigt, um neben den von der Armee herausgegebenen Zeitungen geeignete Informationsträger zu erhalten.[82] Das kulturelle Leben kam ab August 1945 im Bereich des Konzertwesens wieder in Gang, ab September 1945 wurden die Theater nach und nach wieder eröffnet.

Die Leitung des 6871st DISCC, das für alle Information Control Field Services in Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bremen zuständig war, wechselte 1945 häufig (Lt.Col. William G. Downs, Col. Bernard B. McMahon, Lt.Col. John B. Stanley, Lt.Col. Clarence E. Gooding). Als zum 5. Januar 1946 das 6871st DISCC aufgelöst wurde, kam die Land Wuerttemberg-Baden Section einschließlich des Personals zum 1st MGBat(Sep) und arbeitete dort ab 6. Januar als Information Control Division weiter. Gooding übernahm die Leitung der neuen Division. Das übrige Personal des 6871st DISCC war dem 2ndMGBat(Sep) OMG Hesse zugewiesen worden. Am 10. März 1946 löste Col. J. Huntington Hills Gooding ab. Im Jahre 1948 wurde Nicholas Canday Hills Nachfolger.

Die Information Control Division verfolgte die gleichen Ziele wie die Vorgängerorganisation. Für die umfangreiche Kontrolltätigkeit wie auch die Aktivitäten zum Aufbau eines demokratischen Lebens in Württemberg-Baden war eine große Anzahl von Mitarbeitern erforderlich. Anfang Juli 1946 gehörten 37 Offiziere oder US Zivilisten und neun Soldaten bzw. US Zivilisten zur Division.[83] In diesem Arbeitsbereich wurden keine Aufgaben auf deutsche Stellen übertragen. Somit gab es keine korrespondierenden Landesverwaltungen. Eine Ausnahme bildete jedoch Radio Stuttgart, dessen Finanzierung nach dem 12. Mai 1946 auf das Land Württemberg-Baden überging.

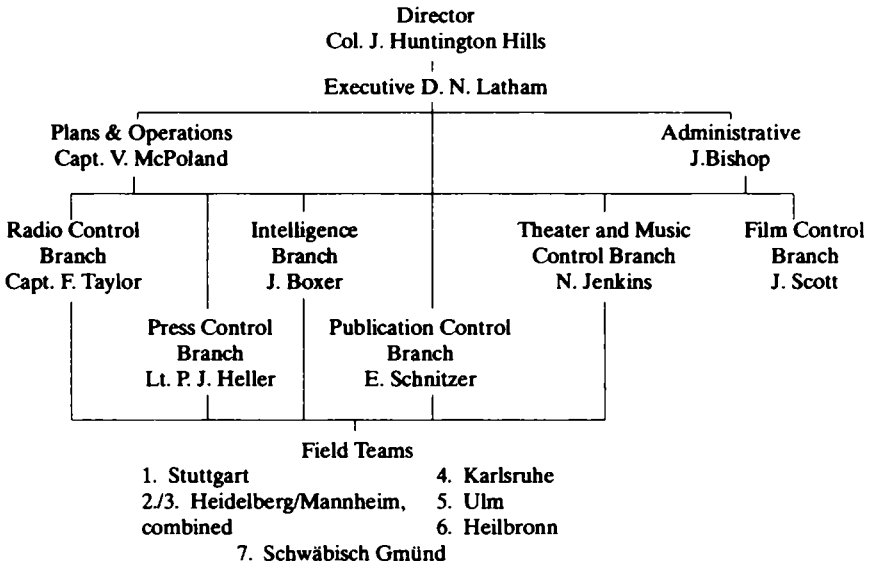
---

[81] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1(256) f. (3/410–2/2); vgl. 12/97–1/1.

[82] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1261 f. (3/410–1/1); vgl. Pilgert: Information Services, S. 14 f.

[83] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 2(257) (3/410–2/2).

Übersicht 48: Organisation und Personal der Information Control Division, OMGWB,[84] Juli 1946



Im Januar 1947 ging die Intelligence Branch in einer neu gebildeten Public Opinion Survey and Research Branch, kurz Research Branch genannt, auf. Am 1. April 1948 wurde diese wieder aufgehoben und die Aufgaben der Intelligence Division übertragen.[85] Die mehrfach veränderte Administration and Plans and Operations Branch wurde zum 15. Mai 1948 zur Plans and Operations Branch umgebildet, die vor allem Koordinierungsaufgaben innerhalb der Division zu besorgen hatte.[86]
Bei dieser tiefgreifenden Reform wurde die Information Control Division aus der Gruppe der Special Divisions herausgenommen und der Governmental Group zugeordnet. Zum 15. Mai 1948 ergab sich daher folgende Gliederung innerhalb der Division:

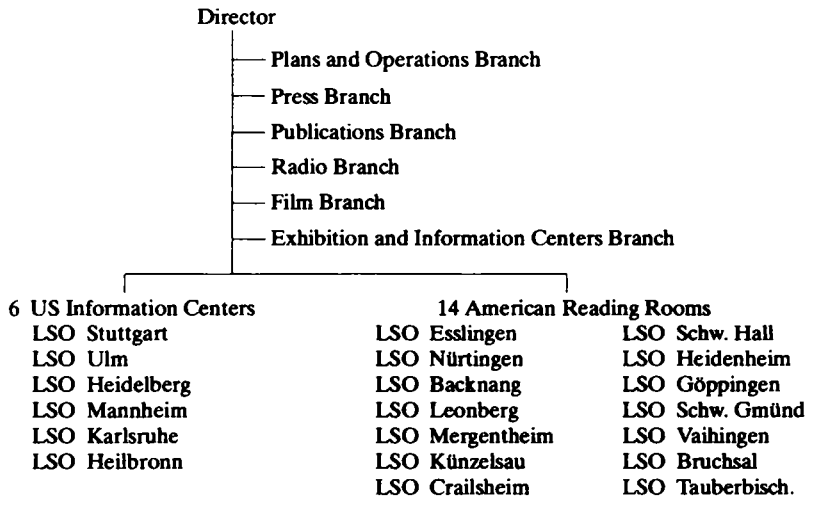
Übersicht 49: Organisation der Information Control Division, OMGWB, Mai 1948

Director
- Plans and Operations Branch
- Press Control Branch
- Publications Control Branch
- Radio Control Branch
- Film Control Branch
- Theater and Music Control Branch
- Exhibitions and Information Centers Branch

[84] Ebenda, S. 4(259); vgl. 12/1-1/32; OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1261 (3/410-1/1).
[85] General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948 (17/7-2/9-13).
[86] Aufgabenbeschreibung in Anhang Nr. 5 (ebenda).

Mit dieser Umgruppierung war eine grundlegende Veränderung in der Aufgabenstellung in die Wege geleitet worden, die von der Aufsicht und Kontrolle zu einer beratenden Tätigkeit überleitete.
Am 1. August 1948 wurde die Theater and Music Control Branch der Education and Cultural Relations Division angegliedert.[87] Bei der Reorganisation vom 6. Dezember 1948 erhielt die Division die Bezeichnung Information Service Division, bei den Branches fiel das Wort „Control" weg. Die Änderung in der Aufgabenstellung zog die Umbenennung nach sich.
General Order Nr. 2, OMGWB, vom 17. Februar 1949[88] unterstellte die Information Service Division dem Deputy Director, da der Executive Officer nun nur noch für die Verwaltungsangelegenheiten und die Special Division/Offices zuständig war. Die Aufgaben der ISD als Stabseinheit wurden im Anhang der General Order Nr. 6 f neu gefaßt.

Übersicht 50: Organisation der Information Service Division, OMGWB, 17. Februar 1949



Zum 30. Juni 1949 erfolgte die Aufhebung der Information Service Division, OMGWB.[89] Die Aufgaben übernahm die Information Service Division, OMGUS.

c) Radio Control Branch / Radio Branch – Radio Stuttgart

Radio Stuttgart wurde zunächst von der Radio Branch, DISCC, bzw. ICD, betrieben.[90] Im Zuge der Besetzung Stuttgarts durch französische Truppen hatte ein US DISCC Survey Team die zerstörten und ausgeräumten Sende- und Produktionsräume der Rundfunkanstalt Stuttgart und die dazu gehörige Sendeanlage bei Mühlacker übernommen. In etwa sechs Wochen bauten die Amerikaner die Studios und den

[87] General Order Nr. 75, OMGWB, vom 29.7.1948 (17/7-2/9-13).
[88] 17/7-2/9-13.
[89] General Order Nr. 6, OMGWB, vom 30.6.1949 (17/7-2/9-13); vgl. OMGUS an OMGWB, 13.3.1949, AG 311.11 (JS) (12/227-1/4). – Zu den Information Centers Pilgert: Information Services, S. 1 f., 7 f., 40 f., 76 f.
[90] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 16(271) (3/410-2/2); vgl. 12/97-1/3.

100000 Watt Sender wieder auf, dessen Sendebereich sich über Baden, Württemberg und Teile Bayerns erstreckte. In diesen Wochen entwickelten die Offiziere den Sendebetrieb über eine mobile Rundfunkanlage „696" ab. Die französische Militärregierung ließ zwar den Betrieb des Senders durch amerikanisches Personal zu, verbot jedoch politische oder sonstige informative Sendungen. Daher konnte erst nach dem 8. Juli 1945 ein von der politischen Zielsetzung der Amerikaner geprägtes Rundfunkprogramm ausgestrahlt werden.
Am 1. Juli 1945 arbeiteten 33 Offiziere und US Zivilisten und 68 deutsche Angestellte in der Radio Branch bzw. bei Radio Stuttgart, wie die Sendeanstalt nun genannt wurde. Ein Jahr später waren es fünf Amerikaner und 324 deutsche Angestellte. Diese Personalentwicklung verdeutlicht den Übergang von der unmittelbaren Betreibung und Kontrolle der Sendeproduktion zur Überwachung des Programms. Die Sendezeit steigerte sich von 48 Wochenstunden im Juli 1945 über 58 Stunden im Dezember, 75 Stunden im März 1946 auf 114 Stunden im Juni 1946. Im Juni 1946 waren die Außenstudios in Heidelberg im Bau und in Karlsruhe in der Planung.
Durch Landesgesetz vom 6. April 1949 ging Radio Stuttgart am 22. Juli 1949 unter der Bezeichnung Süddeutscher Rundfunk in deutsche Leitung über.[91] Die Vorzensur des Programms hörte nun auf, es wurde jedoch weiterhin durch die Monitoring and Reports Section überwacht. Die Branch leitete von 1946 bis Juni 1949 Fred D. Taylor.

d) Press Control Branch

Die für die Kontrolle der Zeitungen zuständigen Offiziere des 7871st DISCC stellten zunächst alle noch erscheinenden Blätter ein.[92] Da Zeitungen bei den damaligen Kommunikationsverhältnissen die geeignetsten Informationsmittel waren, gab die 6th Army Group in den großen Städten zunächst eigene deutschsprachige Zeitungen heraus: in Heidelberg die Süddeutschen Mitteilungen und in Stuttgart die Stuttgarter Stimme.[93] Die Press Control Officers der 6871st DISCC veröffentlichten darüber hinaus für Württemberg-Baden von August bis Dezember 1945 die „Weltnachrichten".
Als nächster Schritt folgte die Lizenzierung deutscher Zeitungen. Am 6. September 1945 erhielt die Rhein-Neckar-Zeitung in Heidelberg die Lizenz, am 17. September 1945 folgte die Stuttgarter Zeitung.[94] Bei den ersten Ausgaben nahmen die Offiziere eine Vorzensur vor und gingen später zur Nachzensur über. Auch die im Lande erscheinenden Amtsblätter fielen unter die Zensur. Die Branch stützte sich auf sechs Außenbüros in Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Heilbronn, Ulm und Stuttgart. Im August 1949 wurden die Press Branch und die Publications Branch zu einer Press and Publications Branch zusammengefaßt.[95]

e) Intelligence Branch mit Survey Unit / Public Opinion Survey and Research Branch

Die Intelligence Branch wurde vom 6871st DISCC übernommen.[96] Deren Mitarbeiter überwachten die deutschen Informationseinrichtungen wie Presse, Verlage, Druckereien und Filmtheater. Sie besorgten vor allem die Personalinformationen für die

---

[91] Gesetz Nr. 1039 (Radiogesetz) in WBRBl. S. 71; vgl. Pilgert: Information Services, S. 71.
[92] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 31(286) (3/410-2/2), S. 4(259) (ebenda); vgl. 12/1-1/32.
[93] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1267 (3/410-1/1).
[94] Pilgert: Information Services, S. 14f.
[95] 12/96-2/47.
[96] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 7(262) (3/410-2/2).

Schwarze bzw. Weiße Liste, die ICD bei den Lizenzierungsentscheidungen zugrunde legte. Im Juni 1946 bestanden in der Branch Sektionen für General Media Intelligence und für Political Intelligence, die ihre Informationen von den sechs Außenstellen in Stuttgart, Heidelberg, Karlsruhe, Heilbronn, Ulm und Schwäbisch Gmünd erhielten. Jeder Antragsteller wurde in der Branch überprüft. Zweifelhafte Fälle oder Lizenzanträge von überregionaler Bedeutung wurden zur Überprüfung an das Information Control Division Screening Center in Bad Homburg weitergeleitet.
Über die Kontrolle der deutschen Medien hinaus war der Arbeitsbereich Political Intelligence für ganz OMGWB von Bedeutung, da die Mitarbeiter ab Frühjahr 1946 auch die Weekly Intelligence Reports erarbeiteten. Die Beschaffung der Informationen erfolgte durch die Büros der Militärregierungen im Lande, durch gezielte Interviews wie auch durch ein über das Land gespanntes Netz von deutschen Informanten, die für die Militärregierung arbeiteten.
Die Erfassung der Stimmung in der deutschen Bevölkerung betrieb HI&PI seit 1945 auf wissenschaftlicher Grundlage. Im Januar 1946 ging diese Arbeit auf die Intelligence Branch über, die dafür ein Survey Unit einrichtete.[97] Seit Januar 1947 stand diese Arbeit im Vordergrund. Es wurde dafür eine Public Opinion Survey and Research Branch, kurz Research Branch genannt, eingerichtet, die auch die Aufgaben der Intelligence Branch übernahm. Zum 11. März 1948 wurde dieses Büro wieder aufgelöst und sowohl Aufgabe wie Personal auf die Intelligence Division übertragen. Eine Public Opinion Survey Unit blieb jedoch bei der Plans and Operations Branch, ISD, bestehen.

f) Plans and Operations Branch

Im Frühjahr 1948 gliederte sich die Branch in ein Public Opinion Survey Unit und eine Außenstelle in Heidelberg.[98] In der Branch selbst arbeiteten drei US Zivilisten und 15 deutsche Angestellte, hinzu kamen in der Survey Unit ein US Zivilist und 24 deutsche Interviewer.
Im Zuge der Veränderungen vom Mai 1948 erweiterten sich die Aufgaben der Branch. Zu den Koordinierungsaufgaben kam die Überprüfung der Personen, die Lizenzen beantragt hatten, wie auch Durchsicht und Kontrolle der Veröffentlichungen aller Medien.[99] Dafür entstand eine Personnel Control Section und eine Scrutiny Section. Die Public Opinion Survey Unit blieb weiterhin bestehen.

g) Publications Control Branch

Eine spezielle Branch überwachte die Verlage und den Buchhandel und erteilte hierfür die Lizenzen.[100] Unter der Aufsicht der Branch standen zeitweise die United States Information Service Libraries in Stuttgart und Heidelberg und die Leseräume in Karlsruhe, Ulm und Mannheim.[101] Als im Rahmen der Umerziehungsarbeit diese Informationstätigkeit ausgeweitet wurde, entstand eine neue Branch zur Koordination der Tätigkeit.

---

[97] Ebenda, S. 11(266); OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1406ff. (3/410–1/1); vgl. 12/1–1/31.
[98] 3/409–3/5.
[99] ISD, OMGWB: Quarterly History, Januar – März 1949 (3/409–3/6); vgl. die Aufgabenbeschreibung der Branch in General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948, Anhang Nr. 5 (17/7–2/9–13).
[100] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 13(268) (3/410–2/2).
[101] 12/1–1/33 (Stand 30.6.1946).

h) Information Center and Exhibition Branch

Die im Sommer 1948 eingerichtete Branch stand den US Information Centers und den American Reading Rooms[102] vor, die einen gewichtigen Stellenwert in der Reorientierungs- und Umerziehungspolitik besaßen. Neben der Bereitstellung von gedrucktem Material führten die Mitarbeiter öffentliche meinungsbildende Veranstaltungen (public opinion forums) durch. Die Einrichtungen wurden von den LSO auf Kreisebene betrieben; der Direktor der Information Service Division bestimmte jedoch das Arbeitsprogramm. Sechs US Information Centers bestanden bei den LSO Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe, 14 American Reading Rooms bei den LSO Backnang, Bruchsal, Crailsheim, Esslingen, Göppingen, Heidenheim, Künzelsau, Leonberg, Mergentheim, Nürtingen, Schwäbisch Hall, Schwäbisch Gmünd, Tauberbischofsheim und Vaihingen.

i) (Film), Theater and Music Control Branch

In den ersten Monaten bearbeiteten drei Offiziere des 6871st DISCC den Bereich Film, Theater und Musik.[103] Anfang 1946 wurden zwei Branches für die Überwachung dieser Bereiche eingerichtet. Die Theater and Music Control Branch überwachte den Theater- und Musikbetrieb und erteilte die erforderlichen Lizenzen. Vier Außenstellen in Stuttgart, Ulm, Karlsruhe und Heidelberg halfen bei der Informationsbeschaffung. Am 1. August 1948 wurden die Aufgaben der Theater and Music Control Branch der Education and Cultural Relations Division übertragen.

j) Film Control Branch

Am 18. Juli 1945 wurde bei Det. E1C3 ein Beauftragter für das Filmwesen eingesetzt,[104] der eng mit den Offizieren des DISCC zusammenarbeitete. Zunächst war nur der Verleih amerikanischer Filme zulässig. Nach und nach konnten auch deutsche (zensierte) Filme vorgelegt werden. Im August hatten zwei Kinos die Spielerlaubnis erhalten, Filme aus amerikanischer Produktion zeigen zu dürfen. Im Dezember 1945 hatten 41 Filmtheater und im Juni 1946 schon wieder 113 geöffnet.

k) Personal der Information Control/Service Division

Übersicht 51: Leitendes Personal der Information Control (Service) Division, OMGWB, 1945–1949

Regional Historical Information and Political Intelligence		
Moskowitz, Moses	1st Lt./Capt. AC	April 1945 – März 1946
Plotnik	1st Lt.	März – Juni 1946
6871st District Information Service Control Command		
Downs, William G.	Lt.Col.	15. Feb. – 9. April 1945
McMahon, Bernard B.	Col.	9. April – 21. Mai 1945
Stanley, John B.	Lt.Col.	21. Mai – 25. Nov. 1945
Gooding, Clarence E.	Lt.Col.	25. Nov. 1945 – 5. Jan. 1946

[102] 3/409–2/2.
[103] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 29(283) (3/410–2/2).
[104] Ebenda, S. 5(260).

Information Control Division, OMGWB		
Gooding, Clarence E.	Lt.Col.	6. Jan. – 10. März 1946
Hills, J. Huntington	Col., GSC	10. März 1946 –
Canday, Nicholas	Civ.	(15.Mai 1948) – 30.Juni 1949
Plans and Operations Branch		
Boxer, John	Civ.	Mai 1948 – 30. Juni 1949
Radio Control Branch		
Best	Rundfunkoffizier	Ende 1945
Taylor, Fred C.	Capt./Civ.	1946 – 30. Juni 1949
Press Control Branch		
Heller, Peter J.	Lt.	1946 – Aug. 1947
Dees, Joseph L.	Civ.	Mai 1948
Frink, Maurice M.	Civ.	März – 30. Juni 1949
Intelligence Branch		
Boxer, John	Civ.	Juli 1946
Publications Control Branch		
Schnitzer, Ewald W.	Civ.	Juli 1946 – 30. Juni 1949
Theater and Music Control Branch		
Jenkins, Newell	Civ.	Juli 1946
Castello, William	Civ.	Mai 1948
Film Control Branch		
Scott, John A.	Civ.	Juli 1946 – Mai 1948
Brockman, Harry D.	Civ.	März 1949
Information Center and Exhibition Branch		
Weyl, Michael	Civ.	Mai – Sept. 1948
Barjansky, Michael	Civ.	Sept. 1948 – 30. Juni 1949

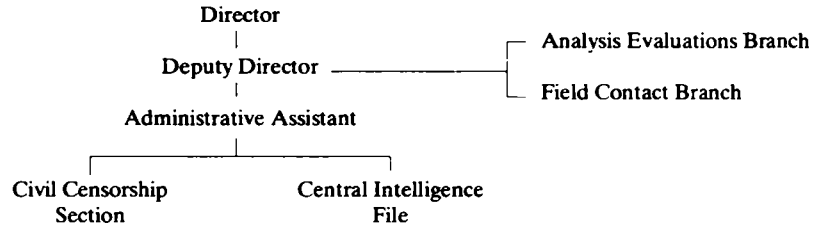
l) Intelligence Division / Intelligence and Reports Division

Intelligence, nachrichtendienstliche Tätigkeiten, wurden in den ersten Monaten nach der Besetzung von HI&PI, Political Intelligence, sowie der Intelligence Branch, 6871st DISCC, in Zusammenarbeit mit dem Public Safety Officer, dem CIC und der Militärpolizei wahrgenommen.[105] Im Mittelpunkt stand die Überwachung des politischen Lebens. Als im Winter 1945 die Wahlen für die Gemeinde- und Kreisräte vorbereitet wurden, zeigte sich die Notwendigkeit, die Political Intelligence unter die Aufsicht der Civil Adminstration Division und der Information Control Division zu stellen, um die Tätigkeit der politischen Parteien und deren Aktivitäten vor den Wahlen besser kontrollieren zu können. Als Moskowitz im März 1946 ausschied, wurde die Political Intelligence von der HI&PI Branch zur Intelligence Branch, ICD, gezogen.
Zum 1. Juli 1946 entstand eine Intelligence Division, OMGWB, die alle nachrichtendienstlichen Aktivitäten koordinieren sollte.[106] Alle G-2 Aufgaben wurden bei dieser Division vereinigt. In einem Koordinierungskomitee saßen Mitarbeiter der Intelligence Branch, ICD, der Public Safety Branch, der Field Operations Division, später

[105] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 2, S. 214 f., 242 f. (3/410–2/6).
[106] Intelligence Division, OMGWB: Historical Report, Juli – Dezember 1946 (3/407–3/14); vgl. Aufgabenbeschreibung in: OMGUS an die Landesdirektoren, 25.3.1946 (AG 1945–46/49/18).

auch der Denazification Division und der Political Affairs Officer, Civil Administration. Die Mitarbeiter der Intelligence Division stellten ab Juli 1946 den Weekly Intelligence Report (MG/INT/2/F) für OMGUS zusammen. Die Division baute nach und nach einen Central Intelligence File auf. Da es zunächst an Personal mangelte (Juli 1946: drei Offiziere, Januar 1947: zehn Amerikaner, sechs deutsche Mitarbeiter), wurde zunächst die personenbezogene Sammlung aufgebaut, während die Archivierung und Auswertung von Orts- und Organisationsdaten zurückgestellt wurden.

Übersicht 52: Organisation der Intelligence Division, OMGWB, September 1946

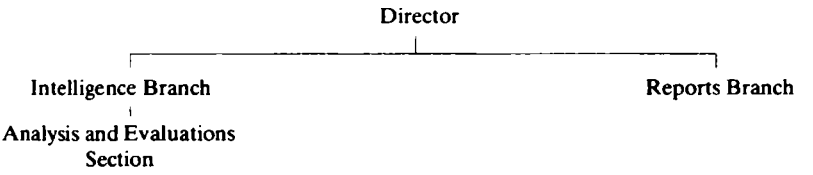


Zum 23. September 1946 wurde der Division die Koordinierung der Zensuraktivitäten (civil censorship submission) innerhalb von OMGWB übertragen. In der dafür eingerichteten Civil Censorship Section liefen die Aufträge aller Abteilungen von OMGWB zusammen. Die Section hielt die Verbindung zur Civil Censorship Division, Group E, in Esslingen aufrecht. Diese Zusammenfassung brachte gegenüber dem früheren Neben- und Durcheinander wesentliche Arbeitserleichterungen mit sich.
Im November 1946 erfolgte eine Aufgabenvermehrung. Intelligence Division hatte jetzt neben den Bereichen Sicherheit und politische Entwicklung auch Wirtschaft und gesellschaftliche Entwicklung nachrichtendienstlich zu erfassen.
Im Rahmen einer internen Umgliederung wurde am 5. März 1947 eine Collation Branch, Intelligence Division, eingerichtet,[107] der der Translator Pool, bisher Administration Division, integriert wurde. Im März/April 1948 erfolgte eine erneute Umbildung. Ein Teil der Aufgaben der Research Branch (Public Opinion Survey and Research Branch), Information Control Division, ging mit vier Mitarbeitern auf die Intelligence Division über.
Zum 15. Mai 1948 faßte man die Bereiche Intelligence und Reports and Statistics in einer neuen Abteilung, der Intelligence and Reports Division, zusammen.[108] Die Leitung übernahm J. Ward Starr, der bis dahin Direktor der Interior Division gewesen war. Die Intelligence Branch leitete der ehemalige Direktor der Intelligence Division, der einstige Deputy Director stand der Analysis and Evaluations Section vor. Die Aufgaben der neuen Division sind in General Order Nr. 3, Anhang Nr. 20 und 21 beschrieben.

---

[107] General Order Nr. 1, OMGWB, 1 st MGBat(Sep), vom 5.3.1947 (17/7-2/9-13).
[108] General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948 (berichtigte Fassung der General Order Nr. 3, vom 11.5.1948) (17/7-2/9-13); vgl. OMGWB: Quarterly History, April - Juni 1948 (3/408-1/24); vgl. auch 3/409-3/5.

Übersicht 53: Organisation der Intelligence and Reports Division, OMGWB, 15. Mai 1948



Durch die Aufhebung mehrerer Branches und die Zusammenfassung der Aufgaben konnte die Aufgabenerledigung gestrafft und Personal abgebaut werden. Bis zum Ende von OMGWB im September 1949 traten keine organisatorischen Änderungen mehr ein.

Übersicht 54: Leitendes Personal der Intelligence Division / Intelligence and Reports Division, OMGWB, 1947–1949

Vacca, Peter J.	Civ.	Sept. 1947
Starr, J. Ward	Civ.	15. Mai 1948 – Sept. 1949

m) Public Relations Division, Public Information Division

Bei Det. E-1 nahmen die Information Control Officers auch die Aufgaben von Public Relations wahr. Im September 1945 wurden erstmals hauptamtlich tätige Public Relations Officers bei OMGWB und den Militärregierungen in Mannheim und Karlsruhe eingesetzt.[109] Sie hielten vor allem die Verbindung zum 6871st DISCC aufrecht. Später nahmen die Mitarbeiter die Aufgaben eines Pressesprechers wahr, die Informationsmaterial über die Arbeit der Militärregierung abgaben.

Übersicht 55: Leitendes Personal der Public Relations Division / Public Information Division, OMGWB, 1945–1949

Tabers	Maj.	Sept. 1945
Harrison, Willis	Civ.	Sept. 1947
Beckman, Charles D.	Civ.	Mai 1948
Valenti, Michael J.	Civ.	März 1949
Mahoney, Michael H. F.	Civ.	Juli 1949

5. Legal Division

Auf der Grundlage des von Legal Division, G-5, SHAEF, 1944 erarbeiteten Technical Manual for Legal and Prisoner Officers stellte die ECA Training Division im August 1944 Pläne für die Legal Officers in Baden und Württemberg auf.[110] Für alle Ebenen und Aufgabenbereiche wurden genaue Handlungsanweisungen (Legal SOP) ausgearbeitet. Aufgabe der Legal Officers war die Aufsicht über alle Zweige der Justizverwaltung: Entnazifizierung des Personals, Aufbau einer Gerichtsorganisation, Auf-

[109] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 6, S. 1478 (13/410–1/1, 12/1–1/32).
[110] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 5, S. 990 - 1499, hier S. 1022 (3/410–1/1).

sicht über die Gefängnisse, Einsetzung von Military Government Courts zur Aburteilung derjenigen, die gegen Gesetze und Anordnungen der Militärverwaltung verstoßen hatten. Auf allen Verwaltungsebenen – Regional Military Government Detachment, LKB-Detachment und Kreisdetachment – arbeiteten Legal Officers. Da das Regional Military Government Detachment seine Arbeit erst ab dem 8. Juli 1945 voll aufnehmen konnte und ein deutsches Justizministerium erst im September entstand, lag der Schwerpunkt der Arbeit in den ersten Wochen auf der Kreis- und LKB-Ebene. Det. F1E2, LKB Mannheim, verfügte im April 1945 über zwei Legal Officers, im Juni kam ein weiterer hinzu. Ebenso war das Det. G2E2, LKB Karlsruhe, personell ausgestattet. Erst nach September 1945 waren so viele Mitarbeiter zugeteilt worden, daß eine Branch-Bildung vorgenommen werden konnte.

Das Regional Military Government Detachment E1C3 residierte von Mai bis Juli 1945 im Amtsgericht in Schwäbisch Gmünd. Vier Legal Officers bearbeiteten die Bereiche German Courts, Military Government Courts und Prisons. In der zweiten Hälfte 1945 und 1946 wechselten die Mitarbeiter sehr häufig.[111] Chief Legal Officer Lt.Col. Dan H. McNeal wurde im Juli 1945 durch seinen Stellvertreter Major Franklin M. Ritchie abgelöst, dieser am 26. September 1945 durch Lt.Col. Juan A. A. Sedillo, der bis Februar 1947 die Division leitete. Sein Nachfolger, Richard A. Jackson, blieb bis September 1949 im Amt.

In den ersten Monaten herrschte großer Mangel an Legal Officers, die eine juristische Ausbildung hatten. Vor allem bei der Besetzung der Military Government Courts gab es daher Engpässe.

Solange die deutschen Gerichte geschlossen waren, übernahmen die Military Government Courts die Rechtsprechung. Auf Kreisebene wurden Summary Courts eingesetzt. Die zweite und dritte Instanz, die Intermediate bzw. General Courts konnten erst im Frühjahr 1946 ihre Arbeit aufnehmen. Zuerst wurden in Baden die Amtsgerichte (Mannheim, Heidelberg am 15. Juni 1945) und das Landgericht Karlsruhe eröffnet. In Württemberg wurden die ersten Richter am 16. Juli vereidigt.[112] Mit der Eröffnung des Oberlandesgerichts in Stuttgart am 1. Dezember 1945 und zwei Wochen später der Zweigstelle in Karlsruhe war ein wesentlicher Bereich der Justizverwaltung wieder in Gang gesetzt worden. Der November 1945 stellt einen bedeutenden Einschnitt dar. Bis dahin arbeitete die Justizverwaltung allein auf der Grundlage der Kontrollratsgesetze und der Anordnungen der Militärregierung. Am 26. November trat das erste deutsche Gesetz über die Zuständigkeit der Gerichte in Kraft,[113] dem in kurzer Zeit weitere folgten. Immer mehr Fälle konnten nun von den Military Government Courts auf deutsche Gerichte überführt und die Military Government Courts entscheidend entlastet werden.

Nach der Vereidigung der Landesregierung wurde im September 1945 ein Justizministerium geschaffen und bei dem RMG Det. E-1 eine Legal Division eingerichtet. Zunächst wurden die drei Branches German Courts, Military Government Courts und Prisons beibehalten. Als sich die Militärregierungen auf Kreisebene von der unmittelbaren Kontrolle der Justizbehörden zurückzogen, wurde es erforderlich, Legal Functional Teams für Kontrollzwecke einzurichten.[114] Das Personal war Bestandteil der Legal Division, die Teams waren jedoch Det. E-7, OMG North Baden, und Det.

---

[111] Aufstellungen in OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1041 (3/410–1/1).

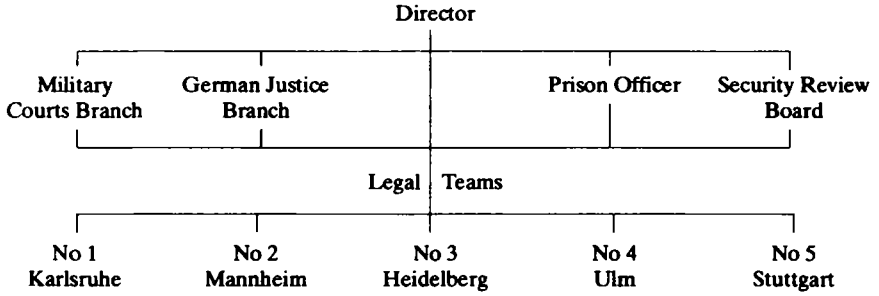
[112] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1124 ff. (3/410–1/1).

[113] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1062 „Gesetz zur Überleitung der Strafverfügungsrechte der Polizeibehörden auf die Gerichte" (3/410–1/1)

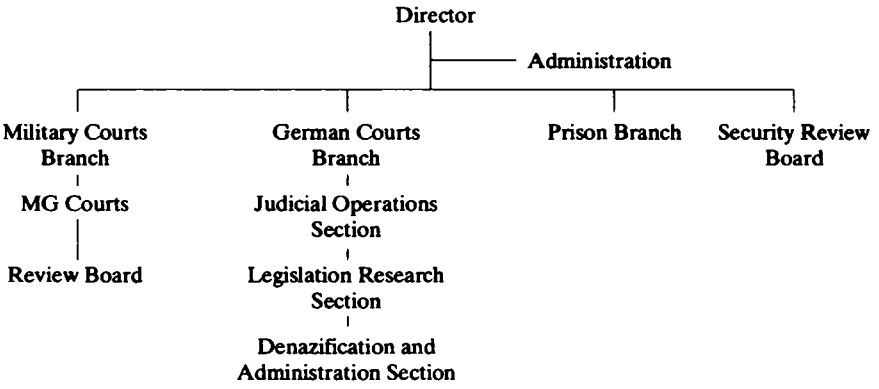
[114] General Order Nr. 2, 1st MGBat(Sep), vom 15.12.1945 (17/7–2/9–13).

F-16, OMG Mannheim, zugeordnet. Am 8. Februar 1946 wurden die Legal Teams Nr. 3–5 in Heidelberg, Ulm und Stuttgart eingerichtet.
Zunächst war die Division durch die Command and Executive Group dem Direktor von OMGWB unterstellt. Eine Koordinierung der Aufgaben mit denen der anderen Functional Divisions war organisatorisch nicht geregelt. Erst ab dem 1. Juni 1946 war Legal in der Government Group dem Assistant Director for Government unterstellt, der die Arbeit aller Divisions koordinierte und die Politik der Militärregierung gegenüber der Landesregierung umsetzte.[115] Diese Struktur blieb bis zur Organisationsänderung vom 15. Mai 1948 bestehen. Die Zwischenstufe des Assistant Directors wurde aufgehoben und Legal unmittelbar dem Executive Officer unterstellt. Innerhalb der Legal Division ergaben sich von 1946 bis 1949, im Vergleich zu den anderen Divisions, wenige Änderungen.

Übersicht 56: Organisation der Legal Division, OMGWB, 25. März 1946

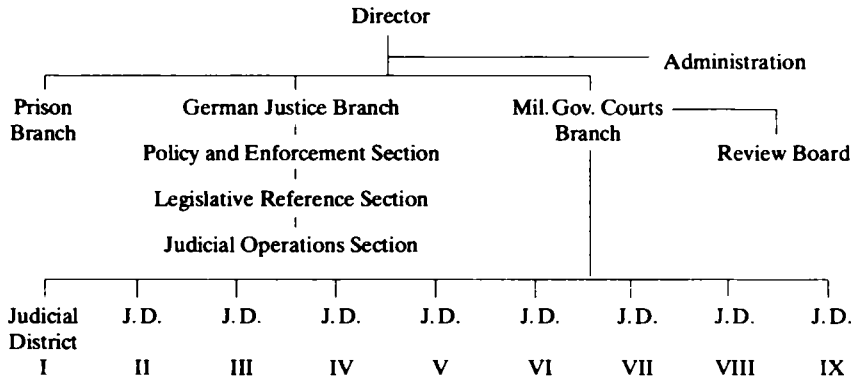


Übersicht 57: Organisation der Legal Division, OMGWB, 30. Juni 1946[116]

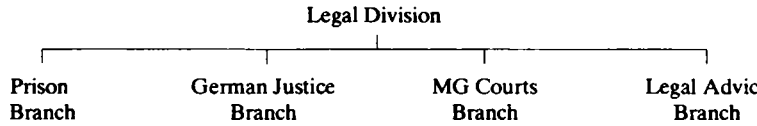


[115] Legal Division, OMGWB: History, Juli 1946 – Juli 1947 (3/409–1/1).
[116] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1039 (3/410–1/1).

Übersicht 58: Organisation der Legal Division, OMGWB, September 1946[117]



Übersicht 59: Organisation der Legal Division, OMGWB, 20. September 1947



Im Oktober 1948 wurde die Military Government Courts Branch aufgelöst, da die MG Courts aus der Unterstellung unter OMGWB gelöst und den US Military Government Courts for Germany überwiesen wurden. Die anderen drei Branches blieben bis September 1949 bestehen.

a) German Courts / German Justice Branch

Nach der Besetzung galt zunächst nur das von den Besatzungsmächten verkündete Recht. Das deutsche Recht war außer Kraft gesetzt und konnte erst wieder angewendet werden, wenn es von der Militärregierung überprüft und angepaßt worden war.[118] Mit eigener Gesetzgebung hielt sich die Militärregierung in Württemberg-Baden sehr zurück.[119] Es paßte vor allem die von SHAEF, USFET und dem Kontrollrat erlassenen Gesetze an die regionalen Verhältnisse an. Für die deutsche Gesetzgebung war der Deputy Legal Officer zuständig, der daneben die gesamte deutsche Justizverwaltung überwachte.[120] Eine Anweisung von USFET vom 21. November 1945 ordnete an, der Landesregierung Aufgaben in Eigenverantwortung zu übertragen.[121] Dazu gehörte auch die Befugnis der Landesregierung, für einen begrenzten Bereich Gesetze zu erlassen, die jedoch vor der Verkündung von OMGWB geprüft und gebilligt werden mußten. Um die Auswirkungen besser überschauen zu können, arbeitete Legal eng

[117] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, (3/409–2/2).
[118] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1049 f. (3/410–1/1).
[119] Ebenda, S. 1059 f.
[120] Legal Division, OMGWB: Jahresbericht 1945/46, S. 215 f. (3/410–2/2).
[121] Ltr. USFET, OMG (US Zone), 21.11.1945 „Action to strengthen German Civil Administration in the US Zone"; vgl. OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 3, Section 1, S. 342 ff. (3/410–2/6).

mit dem Administration and Local Officer zusammen. Dieser setzte in seinen Anweisungen an den Ministerpräsidenten die Politik der Militärregierung um, und der Legal Officer mußte die Übereinstimmung der aufgrund dieser Anordnungen ergangenen Landesgesetze und Verordnungen mit den Gesetzen und Direktiven des Kontrollrats und der Militärregierung überprüfen.
Bis zur Einsetzung der Landesregierung gingen die Gesetze und Anordnungen der Militärregierung von Württemberg-Baden auf dem Dienstweg zu den Offices of Military Government auf Bezirks- und Kreisebene und wurden von den dortigen Offizieren direkt an die Behörden gegeben. Nachdem die Landesregierung und die Ministerien im November 1945 organisatorisch dazu in der Lage waren, übernahmen diese die Anordnungsbefugnis. Der fortschreitende Übergang von Kompetenzen auf die Landesregierung drückte sich darin aus, daß Legal bis Anfang 1946 die deutschen Gesetze und Anordnungen billigte (approved), ihnen dann aber nur noch zustimmte (consented to). Erst im März 1947 ging Legal dazu über, die Gesetze erst nach der Verabschiedung im Landtag zu überprüfen. Hierbei ergab sich für die Regierung das Risiko, daß ein nach der Verfassung erlassenes Gesetz von der Militärregierung nicht gebilligt werden konnte.[122]
Das Anschwellen der deutschen Gesetzgebungs- und Verordnungstätigkeit führte dazu, daß Anfang 1946 eine Legislation Research Section eingerichtet wurde, die Capt. Thomas J. Myers leitete. Dies und die Umbenennung der Branch von German Courts in German Justice zeigt die Schwerpunktverlagerung in der Tätigkeit an, die am Anfang beim Aufbau der Gerichte gelegen hatte.
Ab dem 22. Mai 1945 hatten die beiden für German Courts zuständigen Offiziere mit dem Landesdirektor der Justiz, Dr. Josef Beyerle, über den Aufbau der Gerichte und vor allem über Personalprobleme verhandelt. Da bis September 1945 eine Landesverwaltung fehlte, gab es keine Instanz, die die Landgerichtspräsidenten hätte ernennen können. Man fand einen Ausweg, indem die jeweiligen Landräte die Ernennungsurkunden der ersten drei Landgerichtspräsidenten unterschrieben.[123] Im Dezember 1945 arbeiteten die Gerichte aller Instanzen.
Die Entnazifizierung des Justizpersonals und die Gewinnung unbelasteter Richter bereitete große Schwierigkeiten. Da die NS-Ideologie die Richterschaft stark beeinflußt und geprägt hatte,[124] behielt sich OMGWB bis zum 3. Juni 1946 die Genehmigung jeder einzelnen Richterernennung vor, danach auch noch die einiger Spitzenstellungen. Diese strenge Aufsicht über das deutsche Gerichtswesen erforderte einen großen Personalaufwand.

b) Prison Branch

Nach der Besetzung übernahmen die Military Government Detachments die Gefängnisse und überprüften die Urteile der Insassen.[125] Der Prison Officer bei Det. E-1 überwachte dann mit Hilfe der Legal Officers auf Bezirks- und Kreisebene den Aufbau und die Leitung der Gefängnisse. Zum 1. Juni 1946 gingen alle „functional operations" vom Prison Officer auf die Landesregierung, bzw. das Justizministerium über.

---

[122] Legal Division, OMGWB: History, Juli 1946 – Juli 1947, S. 1 ff. (3/409–1/1).
[123] Legal Division, OMGWB: Jahresbericht 1945/46, S. 217 (3/410–2/2).
[124] Ebenda, S. 222. Bis 1949 beschäftigte Legal immer wieder das Eindringen der NS-Ideologie in die Gerichte und die Richterschaft.
[125] Legal Division, OMGWB: Jahresbericht 1945/46, S. 16(230) ff. (3/410–2/2); OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 5, S. 1195 (3/410–1/1).

c) Legal Advice Branch

Ab Sommer 1946 häuften sich die Anfragen an die German Justice Branch über die Auslegung einzelner Bestimmungen, so daß im Oktober 1946 eine Legal Advice Section bei der German Justice Branch eingerichtet wurde.[126] Im Mai 1947 wurde die Section zu einer Branch der Legal Division umgewandelt, in der deutsche und amerikanische Juristen Gutachten über Rechtsfragen erarbeiteten. Legal Advice Branch bestand bis September 1949.

d) Military Government Courts Branch

Nach der Besetzung richteten die Detachments auf Kreisebene Military Summary Courts ein, die kleinere Vergehen gegen Gesetze der Militärregierung aburteilten.[127] Sie konnten Strafen bis zu einem Jahr Haft oder 10000 Mark (1000 Dollar) Strafe verhängen. Die Military Government Courts Branch überprüfte jeweils die Urteile. Da die Offiziere der Militärregierungen auf Kreisebene häufig überfordert waren, ein Verfahren juristisch einwandfrei durchzuführen,[128] mußten sehr viele Fälle revidiert werden. Bis zum 30. Juni 1946 waren es 17472 Fälle, etwa 1248 pro Monat. Als die Zahl der Fälle anstieg, wurde im Februar 1946 ein Special Review Board eingerichtet, der die Urteile revidierte.
Der Aufbau einer zweiten Instanz, der Intermediate Military Government Courts, und einer dritten Instanz, der General Military Government Courts erfolgte durch den General der 7. US Armee. Zum 1. Januar 1946 wurden beide Instanzen OMGWB unterstellt. Endgültig waren die Military Government Courts dieser beiden Instanzen erst im Januar bzw. April 1946 arbeitsfähig. Die Intermediate Courts waren mit drei Offizieren besetzt, von denen mindestens einer eine juristische Ausbildung haben mußte. Das Gericht konnte bis zu zehn Jahre Haft oder 100000 Mark (10000 Dollar) Strafe verhängen, die dritte Instanz auch die Todesstrafe.
Ab Juni 1946 waren bei der Branch neun Richter (Civil Service Classification P-6), neun Ankläger und neun Hilfsankläger beschäftigt, die als Geschworenengericht in bestimmten Bezirken wirkten. Die Sprengel waren im Juni 1946 gebildet worden.[129]

Übersicht 60: Military Government Courts Branch, OMGWB: Judicial Districts, Februar 1948[130]

District	Judicial Area (Kreise)	Basic Location
First	Stuttgart	Stuttgart
Second	Mannheim	Mannheim
Third	Heidelberg	Heidelberg
Fourth	Karlsruhe Bruchsal Pforzheim	Karlsruhe

[126] Legal Division, OMGWB: Jahresbericht 1946/47, S. 20ff. (3/409–1/1).
[127] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 5, S. 1073 ff. (3/410–1/1).
[128] Legal Division, OMGWB: Jahresbericht 1945/46, S. 12(226): „It can be truthfully said that they ‚made' law"(3/410–2/2).
[129] 3/409–2/2; vgl. Legal Division, OMGWB: Jahresbericht 1946/47, S. 10ff. (3/409–1/1).
[130] 12/137–1/18.

Fifth	Ulm Aalen Heidenheim Göppingen	Ulm
Sixth	Heilbronn Öhringen Crailsheim Schwäbisch Hall Sinsheim	Heilbronn
Seventh	Backnang Waiblingen Esslingen Nürtingen Schwäbisch Gmünd	Waiblingen
Eighth	Ludwigsburg Vaihingen/Enz Leonberg Böblingen	Stuttgart
Ninth	Bad Mergentheim Mosbach Buchen Tauberbischofsheim Künzelsau	Bad Mergentheim

Ab Oktober 1948 wurde die Tätigkeit der Military Government Courts eingeschränkt.[131] An ihre Stelle traten die Gerichte des 5. und 6. Judicial District of the US Military Government Courts for Germany, die ab dem 2. November 1948 im Land Recht sprachen. Zum gleichen Zeitpunkt wurde die Military Government Courts Branch, OMGWB, aufgelöst.[132]

e) Offiziere / US Zivilisten in leitender Stellung

Übersicht 61: Leitendes Personal der Legal Division, OMGWB, 1945–1949

Chief Legal Officer		
McNeal, Dan H.	Lt.Col.	bis Juli 1945
Ritchie, Franklin M.	Maj.	Juli 1945 – Sept. 1945
Legal Division, Director		
Sedillo, Juan A. A.	Lt.Col. JAGD	26.Sep. 1945–10.Feb.1947
Jackson, Richard A.	Lt.Col.	10.Feb. 1947 – Sep. 1949
Military Government Courts Branch, Chief		
Guthman, Henry	1st Lt.	Juni 1946
Fulghum, Carl J.	Civ.	(Sep. 1947 – Nov. 1948)

[131] Special Order Nr. 66, OMGWB, vom 29.10.1948 (17/7–3/2–11); vgl. Special Order Nr. 73, OMGWB, vom 6.12.1948 und Special Order Nr. 75, OMGWB, vom 10.12.1948.

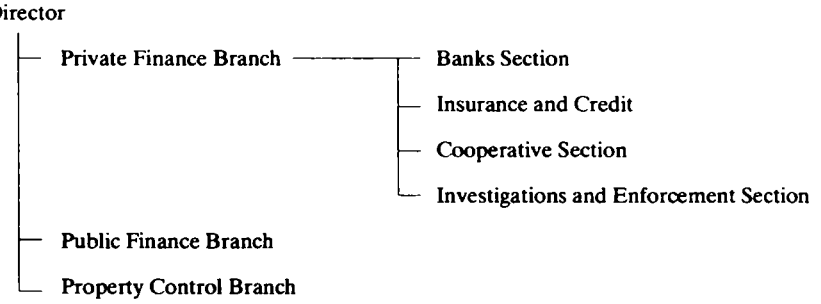
[132] Legal Division, OMGWB: Quarterly History, S. 22 (3/409–3/5).

German Justice Branch, Chief		
Myers, Thomas I.	Civ.	Juni 1946
Brown, Ralf E.	Civ.	(Sep. 1947 – Mai 1948)
Bloodworth, Charles T.	Civ.	(März 1949) – Sep. 1949
Prison Officer		
LaRue, Robert	Maj.	Juni 1946
Legal Advice Branch		
Smith, Wesley A.	Civ.	(Sep. 1947) – Sep. 1949

6. Finance Division

Finance gehörte zu den Aufgabengebieten – Aufsicht über die Währung, Devisenkontrolle, Sperrung und Kontrolle von Eigentum –, für die von Anfang an drei spezialisierte Offiziere beim Det. E1C3 wie auch bei den Detachments auf LKB- und Kreisebene arbeiteten.[133] Da zunächst die Reichsbankhauptstelle und der Bankenplatz Stuttgart unter französischer Aufsicht standen, ergaben sich beträchtliche Schwierigkeiten, die erst beseitigt werden konnten, als Stuttgart in der Hand der Amerikaner lag. Mit der Errichtung eines Finanzministeriums entstand auch bei OMGWB eine Finance Division. Deren Aufbau und Konsolidierung zogen sich jedoch bis in das Frühjahr 1946 hin, da es an fachlich geschultem Personal fehlte und das vorhandene häufig wechselte.
Im Frühjahr verlagerte sich der Arbeitsschwerpunkt von Property Control auf Guthaben und den Währungsbereich überhaupt, so daß eine Zusammenlegung mit dem Finanzbereich förderlich erschien. Die Aufhebung der Property Division und die Zuordnung der Property Branch zu Finance Division erfolgte am 20./21. Juni 1946.

Übersicht 62: Organisation der Finance Division, OMGWB, 1. Juli 1946



Am 1. Juli 1947 gingen die Untersuchungen und Bestrafungen nach den Militärregierungsgesetzen Nr. 52 und 53 auf die Finanzaufsicht im Finanzministerium Württemberg-Baden über. Der Finance Division blieb damit nur noch eine allgemeine Aufsicht über das Finanzwesen auf Landesebene.[134] Infolge dieser Reduzierung der Aufgaben

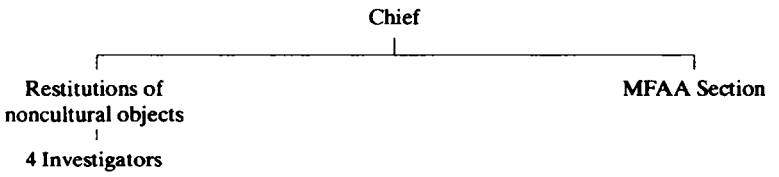
[133] Finance Division, OMGWB: The first two years, bis Juni 1947, mit Lebensläufen der Mitarbeiter (12/17-2/6); vgl. 3/410-2/2.
[134] Finance Division, OMGWB: Quarterly History, Juli – September 1947 (12/17-2/6).

wurde die Finance Division zum 15. Mai 1948 aufgelöst.[135] Property Control Branch wurde Kristallisationspunkt für eine neu gebildete Division. Die wenigen verbleibenden Aufgaben besorgte bis September 1949 ein Finance Adviser in der Bipartite Affairs Division.

a) Restitution

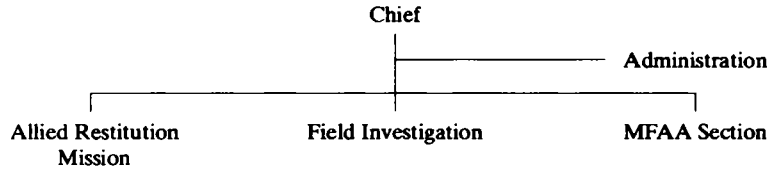
Die Aufsicht über verschlepptes Eigentum und dessen Rückführung wurde im Jahr 1945 von Property Control wahrgenommen.[136] Als sich abzeichnete, daß eine große Zahl von Fällen zu bearbeiten war, einigten sich Property Control und Economics Division im Dezember 1946 darüber, eine Restitutions Control Branch einzurichten, die der Economics Division unterstellt wurde. Im März 1946 arbeiteten neben dem Leiter der Branch drei Offiziere als Field Investigators.
Zum 1. Juni 1946 wurde der Arbeitsbereich von Restitutions auch auf den künstlerischen und kulturellen Bereich, d. h. die Rückführung von Kunstwerken u. ä. ausgeweitet. Die Monuments, Fine Arts and Archives Branch (MFAA), die bisher unter der Aufsicht der Cultural Division gearbeitet hatte, wurde aufgehoben und die Aufgaben einer MFAA Section der Restitutions Branch, Economics Division, übertragen.

Übersicht 63: Organisation der Restitutions Control Branch, Economics Division, OMGWB, Juli 1946



Im Sommer setzte sich der Leiter der Branch, Edward O. Smith, dafür ein, daß beim Wirtschaftsministerium ein Amt für Wiedergutmachung eingerichtet wurde, das die Rückführung der Gegenstände – Verpacken, Versenden usw. – übernahm. Die Restitution Officers wurden dadurch entscheidend entlastet. Im November 1946 wurde jedem Investigator ein Deutscher beigeordnet, der vom Wirtschaftsministerium gestellt wurde.
Im Sommer 1947 wurden kleinere Umstellungen vorgenommen:

Übersicht 64: Organisation der Restitutions Control Branch, Economics Division, OMGWB, Juni 1947[137]



[135] General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948 (17/7–2/9–13).
[136] Restitution Divison, OMGWB: History 1945/46, S. 1(421) ff. (3/410–2/2); OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 2001 f. (13/410–1/2); Restitution Division, OMGWB: Jahresbericht 1946/47 (12/50–2/1).
[137] 3/409–2/3; vgl. OMGWB: History Januar – März 1947 (12/50–2/1).

Bei der umfangreichen Umorganisation vom 15. Mai 1948 wurde die Restitutions Control Branch von der Economics Division getrennt und der neu gebildeten Property Division zugeordnet, ohne daß sich die Aufgabenstellung änderte. Im Juni 1948 gab General Clay den Auftrag, das Restitutions-Programm durch Verstärkung von Personal und Transportkapazität möglichst bis zum 1. Januar 1949 abzuschließen.[138] Nachdem die Arbeit in Württemberg-Baden weitgehend erledigt oder aber deutschen Stellen übertragen worden war, wurde die Restitutions Branch zum 1. April 1949 aufgelöst.[139] Die MFAA Section wurde wieder der Education and Cultural Relations Division unterstellt.[140]

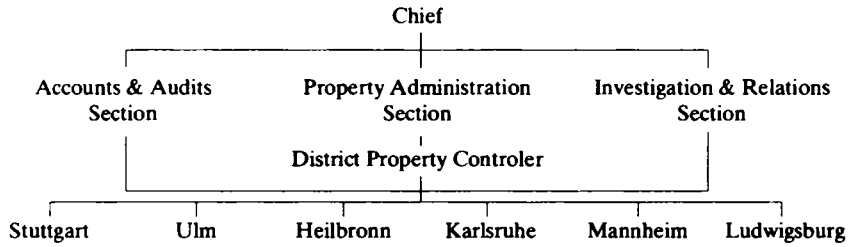
b) Property Control

Property Control Officers gehörten zur Grundausstattung der Detachments.[141] Lt.Col. Bethel W. Peterson arbeitete als Chief im Regional Military Government Detachment, in den Field Detachments gab es ebenfalls Spezialisten. In den ersten Monaten erschwerten Personalmangel wie auch häufiger Wechsel die Arbeit nachhaltig. Im September 1945 schied Peterson aus, im Oktober übernahm Major John F. Coote dessen Stelle als Land Property Control Officer. Er blieb bis zum 29. März 1946 im Amt. Wegen des Personalmangels in den Field Offices baute Coote ab November 1945 eine deutsche Verwaltung für Property Control auf Kreisebene auf, der die Property Control Officers die Untersuchungsaufgaben und die Führung der Konten übertrugen.
Titel 17, MGR, vom März 1946 stellte die Arbeit auf eine solide Grundlage. Bisher hatten genaue Arbeitsanweisungen gefehlt. Da sich seit Anfang 1946 die Arbeit von Property Control vor allem mit Finanzfragen beschäftigte, lag eine Zusammenlegung mit der Finance Division nahe. Am 20. Juni 1946 hörte die Property Control Division auf zu bestehen und fungierte ab 21. Juni als Property Control Branch, Finance Division.[142]
Im März 1946 hatten Verhandlungen mit dem Finanzministerium über eine Übertragung der Aufgaben begonnen, am 1. Juni 1946 erfolgte die förmliche Übergabe.[143] Die damit verbundene Aufgabenentlastung war ein weiterer Grund, die Division zu einer Branch umzuwandeln. Fast 70% der deutschen Mitarbeiter bei Property Control wechselten in die Ämter für Vermögenskontrolle über. OMGWB hatte für diesen Aufgabenbereich als erstes Land der US-Zone die Übergabe vollzogen. Im Juli 1946 übernahm Major Zinn B. Garret das Amt des Land Property Control Chief. Die Aufgaben der Branch wurden in drei Sections bearbeitet.

---

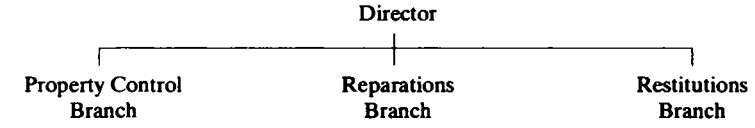
[138] Restitution Branch, OMGWB: Quarterly History, Januar – Dezember 1948 (12/50–2/2).
[139] General Order Nr. 3, OMGWB, vom 17.3.1949 (17/7–2/9–13).
[140] General Order Nr. 4, OMGWB, vom 17.3.1949 (ebenda).
[141] Property Control Division, OMGWB: History 1945–1947, S. 25ff. (12/17–2/6); vgl. OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 2136f. (3/410–1/3).
[142] General Order Nr. 23, OMGWB, vom 27.6.1946 (17/7–2/9–13).
[143] Property Control Division, OMGWB: History 1945–1947, S. 25ff. (12/17–2/6); Memorandum OMGWB an Lt.Col. Coverley vom 15.7.1946 (12/226–1/1–11).

Übersicht 65: Organisation der Property Control Branch, Finance Division, OMGWB, Juli 1946[144]



Im Juli 1947 wurden die Field Offices auf drei reduziert. An der Aufgabenstellung – Aufsicht über das deutsche Landesamt – änderte sich nichts. Zum 15. Mai 1948 wurde die Finance Division aufgelöst. Aus Property Control Branch, der Reparations Section (Industry Branch, Economics Division) und der Restitution Control Branch (Economics Division) wurde wieder eine Property Division gebildet.[145] Die Aufgaben der Division wurden in der General Order Nr. 3, Anhang Nr. 23–25, definiert.

Übersicht 66: Organisation der Property Division, OMGWB, Mai 1948



General Order Nr. 7 hob zum 1. Juli 1949 die Property Division auf.[146] Die Aufgaben wurden einer Property Group, OMGUS, übertragen. Bei OMGWB blieb jedoch noch ein Property Adviser, der in Personalunion Executive Officer, bzw. diesem unterstellt war.

c) Offiziere / US Zivilisten in leitender Stellung

Übersicht 67: Leitendes Personal der Finance Division, OMGWB, 1945–1949

Finance Division, Director		
Auffinger, George H.	Lt.Col.	Mai 1945 – März 1946
Goodwin, Daniel R.	Maj.	März – Juli 1946
Drinkert, Edward J.	Lt.Col.	Juli 1946 – 15. Mai 1948
van Stirum, John	Civ.	15. Mai 1948 – Sep. 1949 (Finance Adviser, BAD)
Private Finance Branch, Chief		
Wik, David D.	Capt.	Aug. 1945 – Juni 1947
van Stirum, John	Lt./Civ.	Juni 1947 – 15. Mai 1948
Public Finance Branch, Chief		
Gidaly, William	Civ.	Sep. – Dez. 1946
Fraser, Herbert F.	Civ.	Dez. 1946 – Sep. 1947

[144] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 2136 (3/410–1/3).
[145] General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948 (17/7–2/9–13).
[146] 12/121–4/12; vgl. 17/7–2/9–13; OMGUS an OMGWB, AG 23O (PD), 12.5.1949 (12/227–1/4).

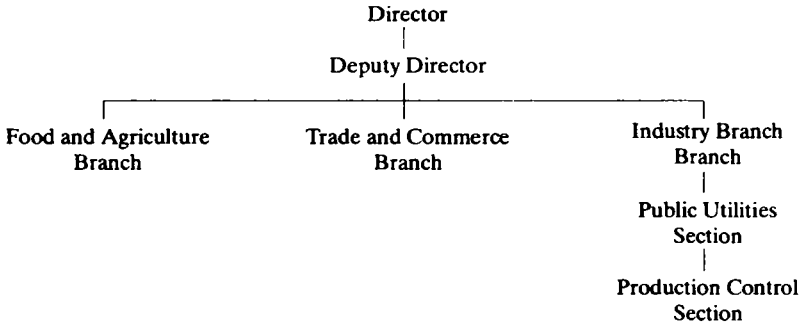
Property Control Division/Branch		
Property Division, Director/Chief		
Peterson, Bethel W.	Lt.Col.	bis Sep. 1945
Coote, John F.	Maj.	Okt. 1945 – 29. März 1946
Drinkert, Edward J.	Lt.Col.	22. April – Juni 1946
Garret, Zinn B.	Maj./Civ.	Juli 1946 – Sep. 1949
Restitutions Control Branch, Chief		
Sheiner, Sidney S.	Lt.	Dez. 1945 – März 1946
Smith, Edward O.	Maj.	März 1946 – April 1949

7. Economics Division, Bipartite Affairs Division, Transportation, Communications

a) Economics Division, Bipartite Affairs Division

Die für Wirtschaftsfragen zuständigen Offiziere kontrollierten alle Produktionsbereiche, um die Versorgung der alliierten Truppen sicher zu stellen und um die deutsche Bevölkerung so zu ernähren, daß keine Seuchen ausbrechen konnten.[147] Entsprechend dieser Aufgabenstellung bestanden die Arbeitsbereiche Economics and Public Utilities, Food and Agriculture, Trade and Industry und Civilian Supply. Nach Einrichtung eines Wirtschaftsministerium wurde die innere Gliederung der nun entstandenen Economics Division leicht verändert.

Übersicht 68: Organisation der Economics Division, RMG, Det. E-1, September 1945[148]

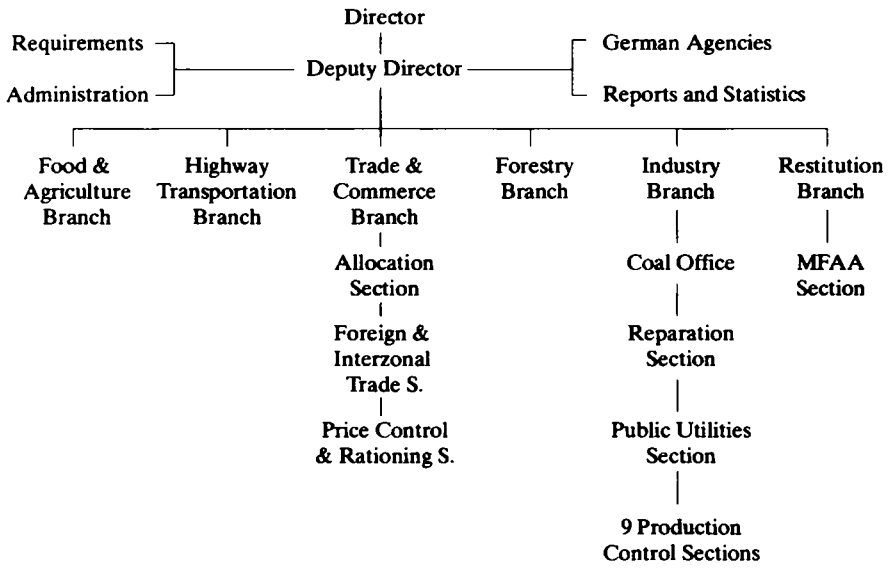


Im Dezember 1945 wurden mehrere Arbeitsbereiche der Division angegliedert.[149] Transportation, bisher eigenständig, wurde als Section der Division zugeordnet. Für die Rückführung verschleppter Güter wurde eine Restitutions Section eingerichtet. Die Kontrolle der Industrieproduktion wurde von der Industry Branch, G-5, Western Military District, bzw. 7. US Armee, wahrgenommen.[150] Im Herbst 1945 war das für Württemberg-Baden arbeitende Kontingent von Heidelberg nach Stuttgart

[147] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1500 ff. (13/410–1/2).
[148] Ebenda, S. 1557 f.
[149] Ebenda, S. 1559.
[150] Industry Branch, OMGWB: History 1945/46, S. 1(361) f., S. 40(400) (3/410–2/2).

verlegt worden. Die enge Zusammenarbeit mit der Production Control Section, OMGWB, leitete die Umsetzung dieser Arbeitsgruppe auf OMGWB ein. Etwa 40 Personen wurden mit dieser Aufgabe übernommen. Die Division wies damit alle Arbeitsgebiete auf, die auch das Wirtschaftsministerium vertrat: Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung, Verkehr. Entsprechend der Sonderstellung Badens erhielt das Det. E-7, OMG North Baden, eine Economics Section, in der alle Arbeitsgebiete der Division vertreten waren. Kontrollaufgaben im Land erledigten für die Division drei Economics Teams, die in der Zeit vom 15. Dezember 1945 bis Juni 1946 bestanden. Die Teams waren Bestandteil der Division, waren jedoch den Militärregierungen F-10, Stuttgart, E-7, Karlsruhe, und F-16, Mannheim, zugeordnet.[151] Im Februar 1946 wurde Transportation wieder herausgelöst und die Aufgaben einerneuen Division zugewiesen. Highway Transportation blieb jedoch bei Economics.

Übersicht 69: Organisation der Economics Division, OMGWB, März 1946[152]



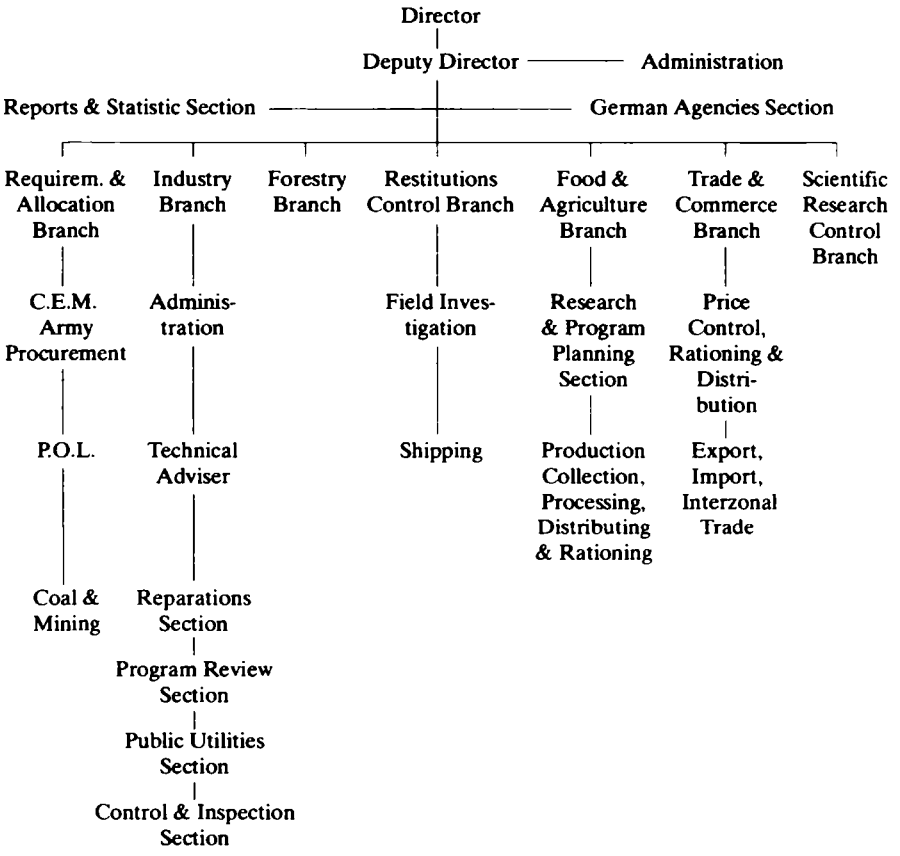
Im Mai nahm Economics Division, OMGUS, Einfluß auf die Organisation der Division von OMGWB,[153] um eine reibungslose Kommunikation zwischen den beiden Abteilungen in Berlin und Stuttgart herzustellen. Die Gliederung der Divisions sollte analog sein, ebenso die Aufgabenbereiche der einzelnen Mitarbeiter.
Zum 1. Juni 1946 ließen sich der Direktor, Lt.Col. Morgan Keaton und sein Stellvertreter, Major Jerome Hurwitz, entlassen. Hurwitz ging als Lehrer an die Military Government School, Carlisle Barracks, Pa, zurück. Die Leitung der Abteilung übernahm der US Zivilist George L. Erion, der bis September 1949 die Stellung behielt. Im Juni 1946 umfaßte die Division 43 Mitarbeiter und zehn Büroangestellte.

---

[151] Vgl. OMGUS-Handbuch, Teil Württemberg-Baden A. 2.
[152] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1561 (13/410–1/2).
[153] OMGUS an OMGWB, 9.5.1946 (12/1–1/29).

Zum 1. Juni 1946 wurde eine Scientific Research Control Branch neu eingerichtet und die Allocation Section mit der Requirement Section zu einer Requirements and Allocation Branch zusammengefaßt. Mit Wirkung vom 13. August 1946 wurde die Highway Transportation Branch der Transportation Division angegliedert. Die Organisation von Economics Division, die nun zur Governmental Group gehörte, blieb einige Monate ohne Änderungen.

Übersicht 70: Organisation der Economics Division, OMGWB, August 1946[154]



Dekartellisierungs-Aufgaben waren ab Frühjahr 1947 zu erledigen. Hierfür wurde eine Decartelization Branch eingerichtet.[155]
Die Einrichtung der bizonalen Verwaltung hatte für die Organisation der Division zunächst keine Auswirkungen. Erst als weitere Befugnisse auf das Wirtschaftsministerium übertragen wurden, führte dies zur grundlegenden Umstrukturierung vom 15. Mai 1948. Für die meisten Arbeitsbereiche waren nun nur noch Advisers zuständig, allein die Food, Agriculture and Forestry Branch nahm noch Aufsichtsfunktionen gegenüber dem Ministerium wahr.

---

[154] Organisationsplan mit Namen und Einstufung (12/2–2/43).
[155] Vgl. Organisationsplan vom 22.4.1947 (12/2–2/24).

Die Economics Division wurde aufgelöst. Die Reparations Sections und Restitutions Control Branch wurden abgetrennt und einer neu gebildeten Property Division unterstellt.[156] Die Decartelization Branch wurde in einen Decartelization Adviser umgewandelt und auch für Commerce, Industry, Transportation, Finance und Manpower wurden Advisers geschaffen. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten faßte man in einer Branch zusammen. Die Nachfolgeeinrichtung der Economics Division, die Bipartite Affairs Division, hatte somit Aufgaben der Economics, Finance, Transportation und Manpower Division übernommen. Die Aufgabenstellung der Abteilung wie der einzelnen Büros und Advisers wird in General Order Nr. 3, Anhang 26–33, aufgeführt.

Übersicht 71: Organisation der Bipartite Affairs Division, OMGWB, 15. Mai 1948

Director
- Transportation Adviser
- Manpower Adviser
- Finance Adviser
- Food, Agriculture and Forestry Branch
- Commerce Adviser
- Industrial Adviser
- Decartelization Adviser

Im ersten Halbjahr 1949 wurde die Stelle des Transportation Adviser aufgehoben, alle anderen Büros bestanden bis September 1949.

b) Industry Branch / Industry Adviser

Nach dem Einmarsch in Stuttgart richtete Dawson beim Det. E1C3 ein Trade and Industry Office (Section) ein, der neben Keaton und Hurwitz vier weitere Offiziere angehörten.[157] Zum 1. September 1945 wurde die Industry Branch geschaffen und der Bereich Handel verselbständigt.
In den ehemals von Franzosen besetzten Gebieten mußten sich die Offiziere zunächst mit den umfangreichen Warenentnahmen und dem Abtransport von zahlreichen Maschinen, Ausrüstungsgegenständen und sonstigen Materialien befassen, die zum Stillstand der Produktion und zu Engpässen in der Versorgung geführt hatten. Die Offiziere erteilten die Genehmigung zur Produktionsaufnahme und befaßten sich auch mit der Verteilung von Fertigprodukten.
Die Verantwortung für die Überwachung der einzelnen Betriebe lag jedoch nicht bei Det. E1C3, sondern seit Ende Mai 1945 bei Production Control, G-4, 7. US Armee.[158] Im August ging die Aufgabe dann an G-5, 7. US Armee, bzw. Western Military District, mitsamt Personal über. Ab Oktober 1945 wurde die Überführung der Aufgaben auf OMGWB vorbereitet. Das Personal zog von Wiesbaden nach Heidelberg, dann nach Stuttgart und ging dort in der Industry Branch auf. Die Struktur der Branch änderte sich damit nachhaltig.

---

[156] General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948 (17/7–2/9–13); vgl. 12/1–1/5.

[157] Industry Branch, OMGWB: History 1945/46, S. 1 (361) (3/410–2/5); vgl. OMGWB/Hist. Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 73 (12/23–1/12); OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1559 (13/410–1/2); OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 44(8) ff. (12/1–1/33).

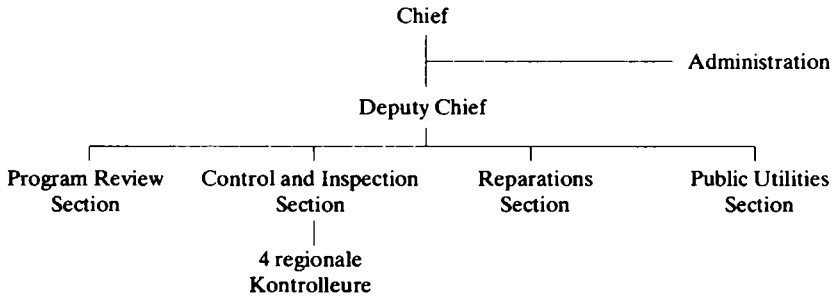
[158] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 40(400) (3/410–2/2). Dort auch Angaben zur vorhergehenden Organisation.

Übersicht 72: Organisation der Industry Branch, Economics Division, OMGWB, April 1946

Chief
- Reparations Section
- Public Utilities Section
- Machinery and Optics Production Control Section
- Paper Production Control Section
- Metals Production Control Section
- General Supplies Production Control Section
- Chemicals Production Control Section
- Textiles Production Control Section
- Building Materials and Construction Production Control S.
- Leather and Footwear Production Control Section
- Ceramics and Woodwork Production Control Section

Die Public Utilities Section war aus der Anfang Mai 1945 in Ludwigsburg eingerichteten Public Works and Utilities Section hervorgegangen. Sie befaßte sich mit der Inbetriebnahme und Aufrechterhaltung der öffentlichen Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung.
Die Reparations Section hatte am 28. September 1945 eine Liste mit fünf Betrieben vorgelegt, die demontiert werden sollten. Da von den fünf Werken (Großkraftwerk Mannheim, Daimler Benz-Goldfischwerk in Obrigheim, Hahn und Tesky Index Werke Esslingen, Bohner und Köhler sowie Fritz Müller, beide in Esslingen) die meisten im Großraum Stuttgart lagen, verlegte die Reparation Section ihren Sitz von Heidelberg nach Stuttgart und wurde Teil der Industry Branch, OMGWB.
Im Mai 1946 wurde der Mitarbeiterstab der Branch auf 18 verkleinert[159] und die Organisation den veränderten Umständen angepaßt.

Übersicht 73: Organisation der Industry Branch, Economics Division, OMGWB, Juni 1946



Im August 1946 wurde das Personal um einen Technical Adviser erweitert. Anfang 1947 wurden die Aufgaben innerhalb der Branch erneut umverteilt.[160] Zum 15. Mai 1948 wurde die Reparations Section aufgelöst und die Aufgaben einer Reparations Branch, Property Division, zugewiesen. Die verbleibenden Aufgaben nahm ein Indus-

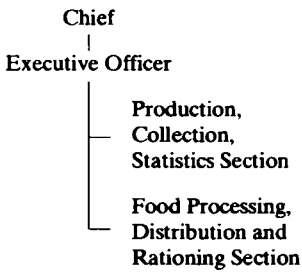
[159] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1740 (13/410–1/2).
[160] Vgl. Organisationsplan vom 4.3.1947 (12/2–2/24).

trial Adviser wahr, dessen Geschäftsbereich im Anhang Nr. 31 des General Order Nr. 3 aufgeführt wird.[161]

c) Food and Agriculture and Forestry Branch

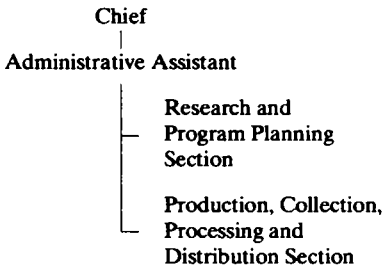
Der Branch oblag 1945 zunächst die Erhaltung und Erzielung höchstmöglicher Erträge in der Landwirtschaft, die Überwachung der Verteilung der Nahrungsmittel, die Entnazifizierung der in der Landwirtschaft tätigen Deutschen und die Versorgung der Armee aus dem Land sowie der 160000 DPs und 135000 deutschen Kriegsgefangenen, die sich im Raum Württemberg-Baden in US-Gewahrsam befanden.[162] Nach der Entlassungswelle von September bis Dezember 1945, bei der außer dem Leiter fast alle Mitarbeiter ausgetauscht wurden, bestand folgende Organisation:[163]

Übersicht 74: Organisation der Food and Agriculture and Forestry Branch, Economics Division, OMBWG, Dezember 1945



In den folgenden Wochen wurden die Branch um ein Planungsbüro erweitert und die beiden anderen Sections zusammengefaßt.

Übersicht 75: Organisation der Food and Agriculture Branch, Economics Division, OMGWB, Juli 1946[164]

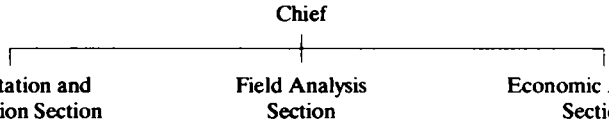


Im Juni 1946 übernahm nach der Auflösung des Economics Team Nr. 3 die Branch den Betrieb der Getreidespeicher in Mannheim und Edingen. Zum 15. Dezember 1945 waren Det. H-88, CA/MG Grain Elevator Mannheim-Feudenheim, und Det. I-137, DP

[161] 17/7-2/9-13.
[162] Food and Agriculture Branch, OMGWB: History, 1945 – Juni 1946, S. 1(301) ff. (3/410-2/2).
[163] Ebenda, S. 19(322).
[164] Ebenda; vgl. 3/409-2/1.

Supply Edingen, aufgehoben und die Leitung der beiden Versorgungseinrichtungen dem Economics Team Nr. 3 übertragen worden.[165]
Je mehr Aufgaben die Landesverwaltung erledigte, umso stärker konnten die Mitarbeiter sich auf planerische Aufgaben konzentrieren und sich verstärkt der Umerziehung widmen, entsprechend dem allgemeinen Programm von OMGWB. Anfang 1948 wurde daher eine Umorganisation eingeleitet.[166]

Übersicht 76: Organisation der Food and Agriculture Branch, Economics Division, OMGWB, März 1948



Mit der Übernahme der Aufgaben der Forestry Branch[167] und der Bildung einer Food, Agriculture and Forestry Branch zum 15. Mai 1948 war die Umstrukturierung abgeschlossen.[168]

d) Trade and Commerce Branch

Den Geschäftsbereich Handel nahm ab 15. Mai 1945 in Schwäbisch Gmünd ein Wirtschaftsoffizier neben anderen Aufgaben wahr.[169] Im August 1945 entstand in Stuttgart eine Trade and Industry Section, die die Arbeitsgebiete Interzonal and Foreign Trade, Public Utilities, Rationing and Price Control und Civilian Supply abzudecken hatte. Am 1. September 1945 wurde diese Section in eine Industry Branch und eine Trade and Commerce Branch aufgeteilt. Dieser verblieben die Aufgabenbereiche Requirement (Civilian Supply), Allocations, Interzonal and Foreign Trade und Price Control.
Im Sommer 1946 wurde die Allocation Section abgetrennt. Einen entscheidenden Einschnitt in die Arbeit stellte der 1. Juni 1946 dar. Die Economic Directive Nr. 37 übertrug die Verantwortung für den Interzonenhandel auf deutsche Stellen – ausgenommen besondere, aufgelistete Waren. Die Aufgabenverteilung innerhalb der Branch wurde entsprechend geändert. Ab Juli 1946 bestanden zwei Sections, eine für Import/Export und eine für Price Control and Rationing. Die Branch wurde zum 15. Mai 1948 aufgehoben und die Arbeit einem Commerce Adviser übertragen.

e) Decartelization Branch

Die American Decartelization Agency for Wuerttemberg-Baden (AMDAG-WB) wurde im Frühjahr 1947 eingerichtet und bis Mitte September 1947 von Personal betrieben, das zunächst OMGUS unterstand und dann auf OMGWB überführt wurde. Die Decartelization Branch wurde der Economics Division unterstellt.[170] Die Branch war mit zwei US Zivilisten und einer deutschen Sekretärin besetzt. Verhandlungspart-

---

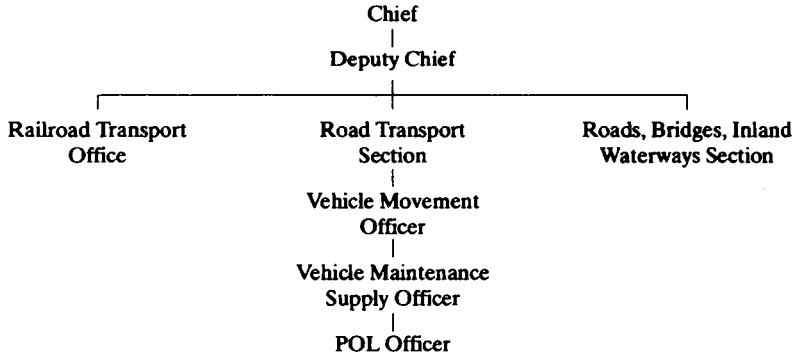
[165] Operations Memorandum Nr. 44, OMGWB, vom 14.12.1945 (12/226–1/1–11).
[166] OMGWB: History, Jan. – März 1948 (3/409–2/4).
[167] Zur Geschichte der Forestry Branch siehe OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, (3/410–2/2); weitere Berichte bei der Economics Division, OMGWB.
[168] General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948 (17/7–2/9–13).
[169] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1(411) ff. (3/410–2/2); vgl. OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1920 f. (3/410–1/2).
[170] Organisationsplan vom 20.9.1947 (12/1–1/5).

ner im Wirtschaftsministerium war das Dekartellisierungsbüro (GDAG-WB). Grundlage für die Arbeit war das Militärregierungsgesetz Nr. 56. Am 15. Mai 1948 übernahm ein Decartelization Adviser die Arbeit.[171]

f) Transportation Division

Die spätere Transportation Section, Det. E1C3, entstand am 17. September 1944 in Rochefort. Leitende Offiziere waren Major Jay F. Reynolds und Captain Arthur F. Woolverton.[172] Der Einsatz in Württemberg begann am 15. Mai 1945 in Schwäbisch Gmünd, am 31. Juli 1945 folgte die Verlegung nach Stuttgart. Die Section war für Wiederherstellung und Betrieb der Eisenbahnen, Straßen und Wasserwege zuständig.
Für den Betrieb der Eisenbahn unmittelbar nach der Besetzung stand zunächst das US Army Railway Operating Battalion zur Verfügung, das die Betriebsleitung am 6. Januar 1946 an die Reichsbahn übergab.[173] Wichtigste Aufgabe der Section war dann der Aufbau eines Fuhrparks, um die Transportaufträge von G-5, 7. US Armee, erledigen zu können, aber auch, um LKW zur Sicherung der Versorgung der deutschen Bevölkerung bereit zu halten. In den einzelnen Kreisen wurden jeweils LKW-Pools eingerichtet.[174] Der Einsatz von Holzvergasern – die Schulerwerke in Göppingen rüsteten bis Mitte 1946 allein circa 6000 LKW um – entschärfte die Treibstoffknappheit. Im Dezember 1945 wurde Transportation als Branch der Economics Division organisiert.

Übersicht 77: Organisation der Transportation Branch, Economics Division, OMGWB, Dezember 1945



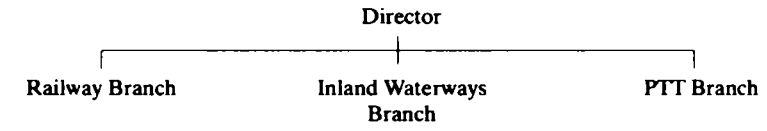
Die Roads, Bridges and Inland Waterways Section überwachte den Aufbau des Technischen Landesamtes, das wiederum die Straßenbauämter reaktivierte.[175]
Im Februar 1946 wurde eine Transportation Division unter Reynolds' Leitung eingerichtet, der auch der bis dahin selbständige Postbereich[176] eingegliedert wurde. Die

---

[171] General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948, Aufgabenbeschreibung in Anhang Nr. 32 (17/7–2/9–13).
[172] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 11, S. 2174 ff., hier S. 2204 ff. (3/410–1/3); vgl. OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1 (525) ff. (3/410–2/2).
[173] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 499 (ebenda).
[174] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 2(526) (ebenda).
[175] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1(536) f. (ebenda); vgl. 3/409–2/1.
[176] PTT Branch, OMGWB: History, 1945 – Mai 1946, S. 211 ff. (3/410–2/2).

Highway Transportation Branch blieb jedoch bei der Economics Division.[177] Nach der Übertragung der Verkehrshoheit auf die Landesregierung hatte OMGWB angeordnet, das Postministerium zu einem Verkehrsministerium auszuweiten, das für Post, Eisenbahnen, Straßen und Wasserwege zuständig sein sollte.[178] Die Transportation Division spiegelte somit die Struktur des zu beaufsichtigenden Landesministeriums wider.

Übersicht 78: Organisation der Transportation Division, OMGWB, Februar 1946



Zum 13. August 1946 wurde die Highway Transportation Branch von der Economics Division zur Transportation Division umgesetzt. Die PTT Branch wurde im Sommer 1947 in eine Communications Branch umgewandelt und der Verwaltungsabteilung angegliedert. Transportation Division hörte am 15. Mai 1948 auf zu bestehen. Die verbleibenden Aufgaben wurden einem Transportation Adviser, Bipartite Affairs Division, übertragen,[179] der zwischen dem 17. Februar und 30. Juni 1949 seine Tätigkeit beendete.

g) Communication: Post, Telephone and Telegraph

Das Post- und Fernmeldewesen[180] wurde zunächst aus militärischen Sicherheitsgründen für eine zivile Nutzung außer Kraft gesetzt, sofern es nicht ohnehin durch Kriegseinwirkungen zerstört worden war. Die PTT-Offiziere beim Det. F1E2, Mannheim, ab 8. Juli 1945 beim Det. E-7, Karlsruhe, riefen die Oberpostdirektion Karlsruhe wieder ins Leben und überwachten deren Tätigkeit. Enge Verbindungen bestanden zur Signal Section, 7. US Armee, in Heidelberg. In gleicher Weise bauten die PTT-Offiziere beim Det. E-1 die OPD Stuttgart wieder auf.

Im Zuge der Errichtung eines deutschen Postministeriums wurde auch bei OMGWB eine Post Division eingerichtet, die jedoch schon im Februar 1946 als Branch in der Transportation Division aufging (siehe oben). Die PTT Branch hatte zwei Sektionen, eine für den Bereich Fernmeldewesen (Telecommunications) und eine für das Postwesen.

Um den Landesbezirk Baden auch weiterhin ausreichend kontrollieren zu können, entstand am 15. Dezember 1945 das PTT Team Nr. 1 beim Det. E-7, Karlsruhe. Am 6. Januar 1946 folgten die PTT Teams Nr. 2 in Stuttgart und Nr. 3 in Ulm. Alle drei Teams wurden in den Monaten Mai bis Juni 1946 wieder aufgehoben.

Die Wiederaufnahme des Postdienstes erfolgte in Württemberg-Baden am 20. August 1945. Für die Zensur der gesamten Post, die innerhalb, von oder nach Württemberg-Baden geschickt wurde, errichtete die zuständige G-2 Section, 7. US Armee, in Esslingen die Group E, Civil Censorship Division, die im September 1945 ihre Arbeit auf-

[177] OMGWB: History, 1945 – Juni 1947 (3/409–2/1).

[178] Sauer: Demokratischer Neubeginn, S. 81.

[179] General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948, Aufgabenbeschreibung in Anhang Nr. 27 (17/7–2/9–13).

[180] OMGWB: History, 1945 – 30. Juni 1946 (12/1–1/31); PTT Branch, OMGWB: History, 1945–Mai 1946, S. 211 ff. (3/410–2/2).

nahm. Ab dem 21. März 1946 wurde darauf verzichtet, die innerhalb eines Landkreises verschickte Post zu zensieren.
Da die französische Besatzungsmacht trotz Intervention des Kontrollrates keine zonenübergreifende Postorganisation zuließ, mußten für die amerikanisch besetzten Teile der OPD Karlsruhe bzw. Stuttgart die Leitzahlen 17a und 14a vergeben werden.
Im Sommer 1947 wurde die PTT Branch von der Transportation Division gelöst und als Communications Branch zur Verwaltungsabteilung gezogen, die dem Assistant Executive Officer unterstand. Zum 1. Juli 1948 wurde diese Branch aufgelöst.[181]
Schon zum 15. Februar 1948 waren die Communications Branches bei OMG Stuttgart und OMG Karlsruhe zu Außenstellen von Bipartite Control Office, Communications Group, Frankfurt/M. umgewandelt worden.[182] Ein OMGWB von BICO zugeordneter Communications Adviser nahm die verbleibenden Aufgaben wahr.

h) Offiziere / US-Zivilisten in leitender Stellung

Übersicht 79: Leitendes Personal der Economics Division, OMGWB, 1945–1949

Economics Division, Director		
Keaton, Morgan	Maj./Lt.Col.	Sep. 1945 – Mai 1946
Erion, George L.	Civ.	1. Juni 1946 – Sep. 1949
Economics Division, Deputy Director		
Hurwitz, Jerome	Capt./Maj.	Sep. 1945 – Mai 1946
Hess, Glenn C.	Maj.	Aug. 1946 – Anfang 1948
Trade and Industry Branch, Chief		
Keaton, Morgan	Maj.	Juli – Sep. 1945
Lucal, A. Y.	Maj.	September 1945
Food and Agriculture Branch, Chief		
Taggart, Paul F.	Capt./Maj.	Mai 1945 – Sep. 1949

Übersicht 80: Leitendes Personal der Transportation Division und der PTT Branch, OMGWB, 1945–1949

Transportation Division, Director		
Reynolds, Jay F.	Maj.	Sep. 1944 – Sommer 1946
Neill, William D.	Maj.	(Sep. – Dez. 1946)
Garrison, Arthur M.	Civ.	(Sep. 1947) – Sep. 1949
Road Transport/Highway Transportation Branch, Chief		
Woolverton, Arthur F.	Capt.	Sep. 1944 – Juli 1946
Garrison, Arthur M.	Civ.	Juli 1946 – (1947)
Post Division, PTT Branch, Chief		
Ketterer, Paul E.	Lt.Col.	Anfang 1945 – Nov. 1945
Simonich, Louis J.	Maj.	Jan. 1946 – Juni 1946
Gleasson, J. S.	Maj.	(Ende 1946)

[181] General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948 (17/7–2/9–13).
[182] OMGWB: Quarterly Report, 5. Mai 1948 (3/409–3/5).

8. Labor / Manpower Division

a) Aufgaben und Organisation

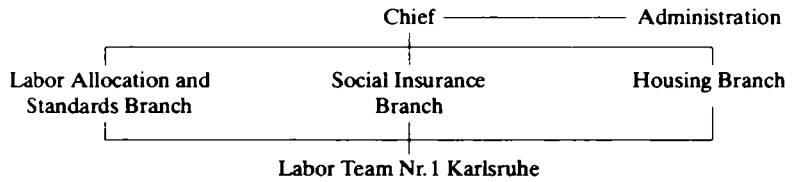
Ein Labor Officer gehörte ab April 1945 zum Regional Military Government Detachment E1C3. Die USFET-Direktive vom Juli 1945 bestimmte die Arbeit auf Landesebene.[183] Arbeitsziele waren in den ersten Monaten:
1. Aufbau eines Arbeitsministeriums,
2. Auflösung der NS-Arbeiterorganisationen,
3. Bildung von freien Gewerkschaften,
4. Wiederaufbau der Sozialversicherungsverwaltung und
5. Überwachung der deutschen Wohnraumpolitik.

In Zusammenarbeit mit der französischen Militärregierung wurde ab Mai 1945 das Landesamt für Arbeit und Sozialversicherung aufgebaut. Am 30. Juni schlossen Amerikaner und Franzosen ein Abkommen über ein für ganz Württemberg zuständiges Landesarbeitsamt. Die amerikanische Militärregierung erhielt Zugang zu allen Informationen des unter französischer Aufsicht stehenden Amtes und behielt sich ein Vetorecht in bestimmten Fällen vor.[184] Als am 8. Juli 1945 das Landesarbeitsamt unter amerikanische Aufsicht kam, wurden den Franzosen die gleichen Rechte eingeräumt. Ende Oktober 1945 kündigten die Franzosen das Abkommen und richteten eine eigene Arbeitsverwaltung ein.
Der Aufbau der Gewerkschaften war in Stuttgart von der französischen Militärregierung Ende April begonnen worden. Die Amerikaner nahmen diese Ansätze auf. Eine Instruktion von Det. E1C3 vom 4. Juni 1945[185] erlaubte den Arbeitern die Bildung von demokratischen Gewerkschaften. Schon am 11. Mai 1945 hatten sich in Stuttgart erste Ansätze zu einer gewerkschaftlichen Arbeit gezeigt. Ende des Monats lagen Statuten vor. Im Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Bereichen beaufsichtigten die Offiziere der Militärregierung die Gewerkschaften nicht sehr streng.
Der Haus- und Wohnungsbau gehörte ebenfalls zum Arbeitsbereich des Labor Officers.[186] Da schon vor dem Krieg Wohnungsmangel bestanden hatte, der durch die Zerstörungen gravierend verschärft worden war, gehörte die Überwachung der deutschen Wohnraumpolitik zu den vor- und eingeplanten Aufgaben. Das Handbuch für Labor Officers erschien am 18. August 1946 in überarbeiteter Auflage und bildete nun die Arbeitsgrundlage.
Im Sommer 1945 wurden Labor und Housing in einer Branch der Economics Division zusammengefaßt. Als am 29. November 1945 ein Arbeitsministerium eingerichtet wurde, bildete OMGWB die Manpower Division, die das Ministerium kontrollieren sollte. Um die Sonderstellung des Landesbezirks Baden zu berücksichtigen, schuf OMGWB am 15. Dezember 1945 ein Labor Team Nr. 1 beim Det. E-7, Karlsruhe,[187] das bis zum Juni 1946 bestand.

---

[183] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 1(551) ff. (3/410–2/2); vgl. OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 3, Manpower, S. 2250–2454 (13/410–1/3); vgl. Manpower Division, OMGWB: Annual Historical Report, prepared July 10th, 1946 (7/47–3/9, Reinschrift 17/257–3/9).
[184] Ebenda, S. 9(561).
[185] Ebenda, S. 24(576).
[186] Ebenda, S. 47(599) ff.; OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 2295 (13/410–1/3).
[187] General Order Nr. 2, 1st MGBat(Sep), vom 15.12.1945 (17/7–2/9–13).

Übersicht 81: Organisation der Manpower Division, OMGWB, Juni 1946[188]



Die Aufgaben der Housing Branch wurden mit Wirkung vom 13. August 1946 der Interior Division übertragen. Bis 1948 änderte sich dann an der Organisationsform der Manpower Division nichts. Zum 15. Mai 1948 wurde sie aufgehoben und die verbleibende Arbeit von einem Manpower Adviser in der Bipartite Affairs Division fortgeführt.[189] Dessen Aufgaben werden im Anhang Nr. 28, General Order Nr. 3 vom 23. August 1948 dargestellt. Der Manpower Adviser war bis September 1949 tätig. Die Offiziere bzw. US Zivilisten in leitenden Stellungen, und auch die meisten Mitarbeiter, stammten aus der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung.[190]

b) Offiziere / US Zivilisten in leitenden Stellungen

Übersicht 82: Leitendes Personal der Labor Division, OMGWB, 1945 – 1949

Bingham, Alfred	Capt./Maj. AUS	1945 – Mitte Feb. 1946
Rutz, Henry C.	Maj.	Feb. – Aug. 1946
Beal, Edwin F.	Civ.	Aug. 1946 – Nov 1948
Newton, S. Friedman	Civ.	Jan. – Sep. 1949

9. Education and Cultural Relations Division

Die Education and Religious Affairs Officers arbeiteten 1945 zunächst auf Bezirksebene.[191] Captain John P. Steiner, Det. E1C3, bearbeitete Nordwürttemberg, Major Warner von Heidelberg aus den LKB Mannheim und Captain Bergman in Karlsruhe den LKB Karlsruhe. In Baden wechselten die leitenden Offiziere bald in kurzen Abständen. Warner wurde von Major Powhida, dieser von Lt. Solomon Lebowitz abgelöst. Die Nachfolge von Berman trat Capt. van Nortwick, dann Major John F. Mead an. Steiner und Mead arbeiteten bis September 1949 in leitenden Stellen bei OMGWB. Mit der Einrichtung eines Kultministeriums im September 1945 entstand bei OMGWB eine Education and Religious Affairs Division. Die Aufgaben waren auf vier Branches verteilt.

Religious Affairs nahm als Sonderaufgabe die Verbindung zum Rat der Evangelischen Kirchen in Deutschland wahr.[192] Nachdem sich im August 1945 in Treysa die EKD gebildet hatte, wurde der württembergische Landesbischof Theophil Wurm zum Vorsitzenden gewählt. Die Geschäftsstelle der EKD befand sich daher auch in Stuttgart.

---

[188] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 2295 (13/410–1/3).

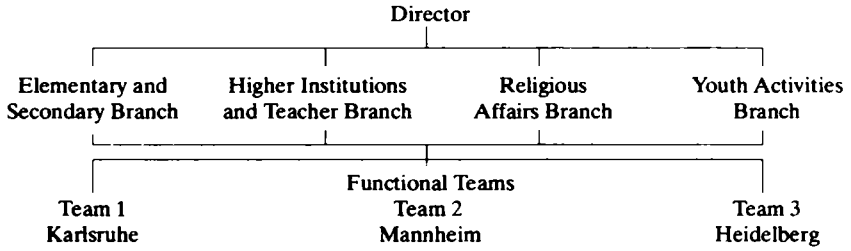
[189] General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948 (17/7–2/9–13).

[190] Angaben über die Tätigkeit der Mitarbeiter in der Gewerkschaftsbewegung in: OMGWB: History. The first two years, 1945 – Juli 1947 (3/409–2/1).

[191] ERAD, OMGWB: Jahresbericht 1945/46, S. 1(143) ff. (3/410–2/2); zu den Teams vgl. General Order Nr. 2, 1 st MGBat(Sep), vom 15.12.1945 (17/7–2/9–13).

[192] 12/1–1/32.

Übersicht 83: Organisation der Education and Religious Affairs Division, OMGWB, 15. Dezember 1945



Da die Sitze der katholischen Bischöfe bzw. Erzbischöfe in Rottenburg und Freiburg in der französischen Zone lagen, mußten viele, die katholische Kirche betreffenden Dinge über den Liaison Officer abgewickelt werden.
Die Verantwortung für die Jugendarbeit lag 1945 bei den taktischen Truppen und ging erst im Dezember 1945 auf OMGWB über.[193] Der Rückzug der Armee aus der Jugendarbeit zwang die Militärregierung, möglichst schnell deutsche Stellen damit zu beauftragen. Da die Militärregierungen nicht über das Personal verfügten, um ein flächendeckendes Programm auszuarbeiten oder gar durchzuführen, wurde die Armee ab April 1946 wieder angehalten, sich in der Jugendarbeit zu engagieren.[194]
Ein Arbeitsschwerpunkt Adult Education wurde am 18. Februar 1946 festgelegt und im Juni 1946 eine Adult Education Branch eingerichtet. Die Field Teams wurden am 8. Februar 1946 um Team 4 in Ulm und Team 5 in Heilbronn erweitert.[195] Am 26. Juni 1946 wurden alle Teams schon wieder aufgelöst.[196]

Übersicht 84: Organisation der Education and Religion Division, OMGWB, Juli 1946

Director
- Administration
- Higher Institutions Branch
- Adult Education Branch
- Elementary and Secondary School Branch
- Religious Affairs Branch
- Youth Activities Branch

Im April 1947 erfolgte die Umbenennung der Division in Education and Religious Affairs Division. Die Umstrukturierung vom Mai 1948 brachte für die Division einige Veränderungen mit sich. Der Name wurde in Education and Cultural Relations Division geändert. Die Adult Education Branch wurde aufgehoben, die Higher Institutions Branch in University, die School Branch in Education Branch und die Youth Activities Branch in Group Activities Branch umbenannt. Als neues Büro wurde die Cultural Exchange Branch eingerichtet.[197] In den Umbenennungen und den Neubildungen schlägt sich die Verschiebung innerhalb der Politik der Militärregierung nie-

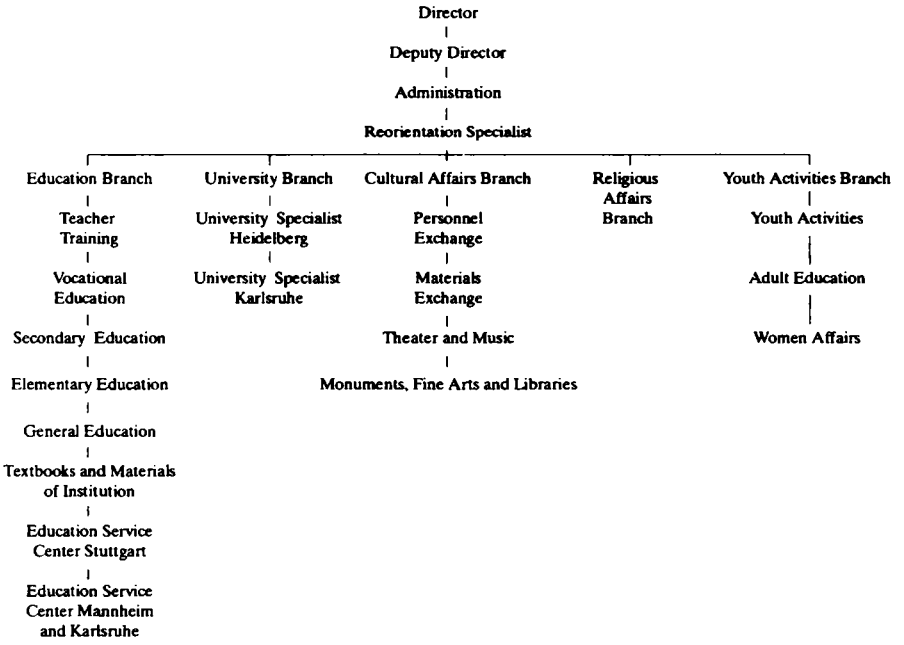
[193] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 56(201) (3/410-2/2).
[194] Ltr. USFET, 15.4.1946 (ebenda, S. 60 [205]).
[195] General Order Nr. 4, 1st MGBat(Sep), vom 8.2.1946 (17/7-2/9-13).
[196] Vgl. OMGUS-Hb, Teil Württemberg-Baden A.2.
[197] General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948, Aufgabenbeschreibung der Büros in Anhang Nr. 14 - 18 (17/7-2/9-13).

Übersicht 85: Organisation der Education and Cultural Relations Division, OMGWB, Juni 1948

Director
- Education Branch
- University Branch
- Cultural Exchange Branch
- Religious Affairs Branch
- Group Activities Branch

der. Reorientation stand nun im Vordergrund, nachdem der organisatorische Aufbau in der Landesverwaltung bewältigt worden war.
Am 1. August 1948 wurde die Theater and Music Control Branch von der Information Control Division gelöst und ECRD unterstellt. Hier wurde sie mit der Cultural Exchange Branch zusammengefaßt.[198] Die kulturelle und auch politische Arbeit wurde in diesen Monaten differenziert und vertieft. Ein Reorientation Committee entstand im Dezember 1948. Zur gleichen Zeit wurde die Cultural Exchange Branch in Cultural Affairs Branch umbenannt.[199] Die Group Activities erhielt die Bezeichnung Community Education Branch.[200]
Im Sommer 1949 waren die Aufgaben auf folgende Büros verteilt:

Übersicht 86: Organisation der Education and Cultural Relations Division, OMGWB, Juli 1949[201]



198 12/1-1/5; vgl. General Order Nr. 5, OMGWB, vom 29.7.1948 (17/7-2/9-13).
199 General Order Nr. 8, OMGWB, vom 28.12.1948 (17/7-2/9-13).
200 Ebenda.
201 OMGWB an OMGUS, 18.7.1949, mit Namen (12/85-3/1).

a) Film, Theater and Music Control Branch

Entnazifizierung und Lizenzierung der einzelnen Künstler stand im Mittelpunkt der Arbeit, die innerhalb eines Büros der Information Control Division wahrgenommen wurde.[202] Ab August 1945 fanden die ersten Konzerte in Mannheim, Heidelberg und Stuttgart statt. Ab September 1945 konnten in den lizenzierten Kinos amerikanische Filme vorgeführt werden. Die Verantwortung für die Überprüfung der Personen, die eine Lizenz beantragt hatten, lag bei ICD. Aber auch DISCC erteilte ab dem 7. Juli 1945 Arbeitserlaubnis für Künstler. Mit Wirkung vom 1. August 1948 wurde die Theater and Music Control Branch, die mit drei US Zivilisten und zwölf Deutschen besetzt war, von der Information Control Division getrennt und der Education and Cultural Relations Division angegliedert. Sie ging in der Cultural Affairs Branch auf.

b) Reorientation Branch

Reorientation – Umerziehung und Vermittlung eines neuen Bewußtseins und einer neuen Wertordnung – war ein politisches Ziel, das die Besatzungsmacht von Anfang an anstrebte und betrieb. Die Arbeit läßt sich in drei Bereiche aufteilen:[203]

1. Vorhaben von OMGUS: Berichte in Zeitungen, Periodika und im Radio über die von den Amerikanern vertretenen politischen, sozialen und kulturellen Vorstellungen.
2. Aktivitäten von OMGWB aufgrund von Anweisungen von OMGUS, die sich vor allem auf die Reform des Schulwesens bezogen.
3. Projekte, die OMGWB in eigener Zuständigkeit ausarbeitete und durchführte:
   - Halbmonatliche Radiosendungen, in denen ein Offizier Politik und Vorhaben der Militärregierung erläuterte.
   - Versammlungen (open forum) im Land über öffentliche Angelegenheiten, die vor allem von Civil Administration geleitet wurden.
   - Austauschprogramme für Studenten.
   - Internationale Sommeruniversität (Summer School) in Heidelberg.
   - Kulturelle und politische Veranstaltungen mit erzieherischen und demokratischen Zielsetzungen.

Für Reorientation stand ein Spezialist in der ECRD zur Verfügung. Die Mitarbeiter von OMGWB waren sich bewußt, daß die Durchführung dieser Aufgabe nur unvollständig gelingen konnte.[204] Die Militärregierung war von Anfang an nicht in der Lage, diesen Auftrag zufriedenstellend zu erledigen, da sie widersprüchliche Ziele verwirklichen sollte. Zum einen sollte sie eine strenge Kontrolle durchführen, zum anderen sollte sie sich aber gleichzeitig im Bereich der Umerziehung auf eine Ebene mit den Deutschen stellen. In einigen Abteilungen überwog die Kontrolle, in anderen das Moment des Helfens und Ratgebens, in anderen wiederum waren beide Momente zu berücksichtigen. Diese Doppelrolle von strafender Instanz einerseits und beratender und helfender Einrichtung andererseits wurde von vielen Deutschen nicht verstanden und stieß daher auf Unverständnis und Ablehnung. Dies führte zeitweise zur Schwächung des Einflusses der Militärregierung und verwirrte nicht selten auch die deut-

---

[202] 12/1-1/33; vgl. oben OMGUS-Hb, Teil Württemberg-Baden B.4.

[203] OMGWB: History, 1947/48 (12/1-1/5); vgl. Reorientation Branch, ECRD, OMGWB: History 1947 (3/409-2/2).

[204] OMGWB: Synopsis, Herbst 1949, S. 20 (12/1-1/5).

schen Dienststellen. Die Militärregierung war oft in der mißlichen Lage, mit einer Hand zu geben, was mit der anderen gleichzeitig wieder genommen wurde.

c) Monuments, Fine Arts and Archives (MFAA)

1945 gab es beim Regional Military Government Detachment als Spezialisten MFAA-Offiziere, die die Rückführung verschleppter Kulturgüter in die Wege leiteten und überwachten.[205] Sie überprüften Museen, Sammlungen, Archive und private Einrichtungen ähnlicher Art, ob sich dort erbeutete oder verschleppte Kunstgegenstände befänden. Im März 1946 festigte sich die Organisation. Eine MFAA Section wurde innerhalb der Cultural Division eingerichtet. Da sich die Arbeit von der der Restitutions Branch nur durch die Art der behandelten Gegenstände unterschied, wurde MFAA zum 1. Juni 1946 der Restitutions Branch, Economics Division, zugeteilt.
Im September 1945 arbeitete 2nd Lt. Koch als MFAA Officer. Als sein Nachfolger Lt. Dale V. Ford im August 1946 nach USA zurückging, blieb die Stelle bis zum Februar 1947 unbesetzt. Da wenig Arbeit anfiel, brachte die Vakanz keine Probleme mit sich. Erst nach Erlaß des Militärregierungsgesetzes Nr. 116 mußten zahlreiche Meldungen über Gegenstände, die Deutsche aus von deutschen Truppen besetzten Gebieten mitgebracht hatten, bearbeitet werden. Diese Arbeit führte ab Februar 1947 vor allem Capt. Edith A. Standen durch.[206]
Als Standen am 30. August 1947 wieder in die USA zurückkehrte, blieb die Section bis Anfang August 1948 ohne Leitung. Bei der Umorganisation vom 15. Mai 1948 wechselte die MFAA Section zusammen mit der Restitutions Branch zur neu gebildeten Property Division über. Am 11. August 1948 wurde William A. Lovegrove zum MFAA-Offizier für Württemberg-Baden ernannt, sein technischer Assistent wurde Dr. Wolfgang Clasen.[207] Als die Property Division 1949 aufgelöst wurde, wurde die MFAA Section abgetrennt und zum 1. April 1949 der Education and Cultural Relations Division unterstellt.[208] Das Personal bestand aus Lovegrove und zwei deutschen Mitarbeitern.

d) Offiziere / US Zivilisten in leitender Stellung

Übersicht 87: Leitendes Personal der Education and Cultural Affairs Division, OMGWB, 1945–1949

Education and Cultural Relations Division, Director		
Steiner, John P.	Capt./Civ.	April 1945 – Sep. 1949
Education and Cultural Relations Division, Deputy Director		
Banks, Richard		1947 – Juni 1948
Mead, John F.		Sep. 1948 – Sep. 1949
Reorientation Specialist		
Horner, Dwight B.	Civ.	Sep. 1948 – Sep. 1949
Religious Affairs Branch, Chief		
Arndt, Karl J.		10. Dez. 1945 – Sep. 1949

[205] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 2001 (3/410–1/2).
[206] MFAA Branch, OMGWB: History, Juli 1946 – Juni 1947 (3/407–3/1).
[207] MFAA Branch, OMGWB: History, Jan. – Dez. 1948 (12/50–2/1).
[208] General Order Nr. 3 und 4, OMGWB, beide vom 17.3.1949 (17/7–2/9–13).

Education Branch, Chief		
Templeton, Payne	Civ.	Sep. 1947 – Sep. 1949
University Branch, Chief		
Basilius, Harold A.	Civ.	Sep. 1947
Ittner, Robert J.	Civ.	(Sep. 1948) – Sep. 1949
Cultural Affairs Branch, Chief		
Hendrick, William C.		Okt. 1948 – Sep. 1949
Group Activities Branch, Chief		
Shelnutt, Leon A.	Civ.	Sep. 1947 – Sep. 1949
OMG LB North Baden, Team Nr. 1		
Mead, John F.	Maj.	Dez. 1945 – Juni 1946

10. Die Militärregierungen / Verbindungs- und Sicherheitsbüros auf Bezirks- und Kreisebene

a) Field Operations Officer, Field Relations Division

Die Militärregierungen im Land wurden in den ersten Monaten nach der Besetzung durch den Administrative Officer und den Field Operations Officer koordiniert und geleitet. Zum 1. Juli 1946 wurde das Field Operations Office zur Field Operations Group ausgebaut. Ein Assistant Director for Field Operations leitete die Gruppe, der nun auch mit dem Headquarters Field Operations über einen Arbeitsstab verfügte. Field Operations war damit eine Government und Administration gleichrangige Gruppe innerhalb von OMGWB geworden, die aus dem Stab und den 29 nachgeordneten Kreisdetachments bestand.
Anfang des Jahres 1947 wurde eine Policy Enforcement and Inspection Branch eingerichtet, die jedoch schon wieder im September 1947 aufgelöst wurde. Bei dieser Änderung wurde dem Deputy Director die Bezeichnung Field Operations Officer beigelegt. Erst bei der großen Umstrukturierung vom Mai 1948 wurde der Stab zur Field Relations Division umgewandelt. An der geringen Personalbesetzung änderte sich dadurch nichts. Die Division blieb Koordinierungsstelle,[209] sie leistete keine eigenständige Arbeit wie die LSO. Vom 11. Oktober 1945 bis September 1949 war Lt.Col. Eugene P. Walters Chief of Field Operations, dann Direktor der Division.
Der Sprengel der Militärregierungen deckte sich mit denen der deutschen Stadt- und Landkreise. Abweichende Regelungen wurden bei den Enklaven getroffen, die zu Hessen gehörten. Sie wurden von den jeweiligen Military Government Offices verwaltet, von deren Kreisgebiet sie umgeben waren. Die Bereinigung der Enklaven wurde als allgemeines Problem der territorialen Neugliederung Deutschlands angesehen, das von der deutschen Verwaltung zu regeln sein würde. Die Militärregierung traf daher keine endgültigen Entscheidungen über deren Verbleib, sondern regelte die Verwaltung provisorisch. Wimpfen blieb daher unter der Verwaltung von OMGWB.[210]

---

[209] Aufgabenbeschreibung in General Order Nr. 3, OMGWB, vom 23.8.1948, Anhang Nr. 19 (17/7-2/9-13).
[210] OMGUS an OMGWB und OMGHE, 18.1.1947 (12/226-1/1-11).

b) Die Militärregierungen / Liaison and Security Offices auf Bezirks- und Kreisebene

Der planmäßige Bezug der vorherbestimmten Einsatzorte erfolgte nur in vier Landkreisen des LKB Mannheim und in zwölf Landkreisen in Nordwürttemberg. Alle anderen Detachments bezogen nicht vorgesehene Standorte und mußten weitgehend unvorbereitet ihre Arbeit aufnehmen. Die Planungen von März 1945 hatten vorgesehen, in Baden auf der LKB-Ebene ein F- und ein G-Detachment einzusetzen, in den Stadtkreisen H- und in den Landkreisen I-Detachments. Diese hatten entsprechend der Größe des Sprengels unterschiedliche Aufgabenstellungen und waren entsprechend besetzt.[211] Für Württemberg galten die gleichen Grundsätze, nur daß hier keine Bezirksebene bestand. Die Tätigkeit nach Einrichtung einer Militärregierung war bis ins Detail in der Operational Check List vorgeschrieben.[212]

Die im April 1945 in Nordbaden und -württemberg eingerichteten Militärregierungen waren nicht in der Lage, alle ihnen übertragenen Aufgaben zu erledigen. Einige von ihnen hatten zwei Landkreise zu verwalten (Det. H2C3: SK/LK Heilbronn und LK Öhringen; Det. I1C3: LK Bad Mergentheim und LK Künzelsau; Det. I2C3: LK Waiblingen und LK Schwäbisch Gmünd; Det. I4C3: LK Crailsheim und LK Schwäbisch Hall; Det. I3E2: LK Buchen und LK Tauberbischofsheim; Det. I4E2: LK Mosbach und LK Sinsheim). Ab Juli 1945 konnten mit den aus Bayern, Österreich und Westdeutschland kommenden Detachments in jedem Landkreis eine Militärregierung eingerichtet werden. Darüber hinaus wurden in wichtige Gemeinden Sub-Detachments gelegt.

Am 8. Juli 1945 übernahmen die Amerikaner die bislang von den Franzosen besetzten Landkreise entlang der Autobahn Karlsruhe–Ulm. Dabei kamen auch Teile des Landkreises Münsingen unter die Kontrolle des Landkreises Ulm. Bei einer späteren Grenzbereinigung wurde der Münsinger Teil wieder an die Französische Zone zurückgegeben.[213]

Der Höhepunkt der Arbeit der Militärregierungen auf Kreisebene lag im August 1945. Da sich die Militärregierung auf Landesebene ab dem 8. Juli 1945 erst langsam konsolidierte und die Zügel in die Hand nehmen konnte, mußten die Militärregierungen im Land die gesamte Verantwortung wie auch die Last der Arbeit tragen. In diesen Wochen waren die Kreise in sich geschlossene „Herrschaftsbereiche", kleine „Königreiche", in denen der Kommandeur der Militärregierung alle Gewalt ausübte.[214] Danach setzte eine Entwicklung ein, die den Militärregierungen, bzw. den „Office of Military Government for Landkreis . . .", wie sie ab 1. Oktober 1945 hießen, immer mehr Aufgaben nahm und sie schließlich ab Juni 1946 zu Liaison and Security Offices umwandelte. Zum einen gingen Aufsichtsfunktionen an die Zentrale in Stuttgart über, zum anderen wurden Kontrollaufgaben den deutschen Landesbehörden übertragen.

Nach der Einsetzung der Landesregierung änderte sich die Aufgabenstellung der Military Government Offices auf Kreisebene. Auf Anweisung von OMGWB vom 26. November 1945 mußte diese spätestens bis zum 15. Dezember 1945 die aufgabenbezogene Kontrolle (functional control) über die in ihrem Bezirk liegenden deutschen Dienststellen durch eine indirekte politische Kontrolle (on a general policy control

---

[211] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section VI, S. 145 f. mit detaillierten Aufstellungen (3/410–2/6).

[212] Det. E1C3: War Diary, Liste als Anlage zum 25.11.1944 (3/413–2/3).

[213] 12/1–1/33.

[214] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap 3, S. 331 (3/410–2/6).

basis) ersetzen.[215] Die Direktoren der Functional Divisions waren nun allein berechtigt, den ihnen zugeordneten Ministerien Anweisungen zu erteilen. Die Militärregierungen auf Kreisebene hatten darüber zu wachen, daß die nachgeordneten Landesbehörden diese Aufträge auch durchführten. Für diese Kontrollzwecke wurden die Dienstwege neu geregelt.[216] Eine Arbeitserleichterung trat dabei dadurch ein, daß die große Zahl der zu verfassenden Berichte reduziert wurde. Ein Teil wurde nun von den deutschen Dienststellen angefertigt.[217]
Die Military Government Offices hatten wöchentliche Berichte für OMGWB, Det. E-1, anzufertigen, die folgende Rubriken aufwiesen:

Übersicht 88: Rubriken eines Wochenberichtes von OMGWB, Det. E-1, 1945

- Summary of Situation
- Governmental Affairs
- Civil Administration
- Denazification
- Public Safety – Special Branch
- Legal
- Military Government Courts
- Political Intelligence
- Displaced Persons
- Property Control
- Public Relations

Die deutschen Dienststellen mußten über folgende Bereiche Berichte erstellen:

Übersicht 89: Berichtsschema deutscher Dienststellen, 1945

- Police
- Fire
- Prisons
- German Courts
- Economics
- Allocation
- Food and Agriculture
- Rationing and Prices
- Transportation
- Motor Transport
- Roads, Bridges, Inland Waterways
- Public Health
- Public Welfare
- Public Utilities
- Electricities, Gas, Sewer, Water
- Industry
- Forestry
- Labor
- Communications
- Postal Service
- Transport
- Telefone

---

[215] 12/1–1/30; 12/140–3/2.
[216] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 48 (12/1–1/33).
[217] OMGWB Direktive an alle MGO, 13.11.1945 (3/410–2/4).

- Housing
- Education
- Religion
- Finance.

Zum 1. Juni 1946 änderten die Militärregierungen im Land ihren Charakter vollständig.[218] Die gesamte aufgabenbezogene Arbeit wurde bei OMGWB zusammengefaßt. Die neuen Liaison and Security Offices arbeiteten als Außenstellen von OMGWB und sammelten vor allem Informationen. Überwachende Funktionen spielten nur noch bei Intelligence und Security eine Rolle. Die Military Government Summary Courts wurden weiterhin von den LSO betreut. Nur noch in besonderen Situationen und unter außergewöhnlichen Umständen konnten die LSO exekutive Gewalt ausüben.
Die erlangten Informationen faßten die LSO in wöchentlichen Intelligence Reports zusammen, die ab Januar 1947 folgendes Schema aufwiesen:

Übersicht 90: Berichtsschema eines wöchentlichen Intelligence Report der LSO, OMGWB, Januar 1947

I	Summary of Situation
II	Political Intelligence
III	Economics
IV	Sociological
V	Security
VI	Legal
VII	Denazification
VIII	Miscellaneous
IX	Administration, Services, Operations
X	Re-Orientation

In den Jahren 1947 und 1948 wurde die Existenz der LSO immer wieder in Frage gestellt. Zahlreiche Studien von OMGUS hatten die Schwachstellen der LSO-Verwaltung aufgedeckt. Auf der einen Seite wurde daher ständig an der Organisation und der Aufgabenstellung der LSO gearbeitet, auf der anderen Seite wurde ihre Aufhebung diskutiert.[219] OMGWB setzte sich vehement für deren Beibehaltung ein und begründete ausführlich, warum es trotz aller Unzulänglichkeiten diese Außenstellen benötige.[220]

Militärregierungen für den Landesbezirk Baden

Nachdem die Entscheidung gefallen war, in Baden kein Regional Military Government Detachment einzurichten, sondern es mit Nordwürttemberg zusammenzufassen, mußte wegen der historisch bedingten Unterschiede dennoch eine über den Kreisen stehende Verwaltung eingerichtet werden. Die Militärregierung fürchtete, daß bei einer unmittelbaren Unterstellung der badischen Kreise unter eine Landesverwaltung

---

[218] OMGWB an Ministerpräsident Maier, 27.5.1946, mit detaillierter Aufgabenbeschreibung (12/226-2/5-8); vgl. OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section IX, 11, S. 187 ff. (12/1-1/33).

[219] Als Ergänzung zu der von OMGUS AG 300.8 (CA) am 31.3.1947 herausgegebenen Arbeitsanweisungen (SOP) für die LSO gab OMGWB am 12.1.1948 einen Zusatz heraus: Memorandum Nr. 2, OMGWB, Supplemental SOP for LS Offices, 15 S. (11/31-2/9). Zu den Planungen Ende 1947/Anfang 1948 vgl. 12/140-3/33.

[220] Z. B. OMGWB an OMGUS, 28.1.1948 (12/226-2/1-4).

in Stuttgart die Badener jegliche Zusammenarbeit verweigern würden.[221] Daher wurden in Baden auf Bezirksebene – Landeskommissariatsbezirke, dann Landesbezirksverwaltung – Militärregierungen eingesetzt, denen die Militärregierungen auf Kreisebene unterstanden.

Det. F1E2, bzw. E-7, Military Government Office für den LKB Mannheim

Am 27. März 1945 eroberten amerikanische Truppen Mannheim. Am 28. März richteten Offiziere eine Militärregierung ein, die für den LKB wie auch den Stadtkreis zuständig war.[222] Major Charles D. Winning baute in den folgenden Wochen die Militärregierungen im LKB auf. Die Militärregierung Det. F1E2 war zunächst unmittelbar G-5, 7. US Armee, unterstellt. Winning, sowie der Administration and Local Government Officer, Capt. Loran L. Lewis, gehörten dem Detachment seit 1944 an.
Da die Militärregierung überregionale Aufgaben wahrnehmen mußte, wurde es um den 25. Juli 1945 auch personell wie ein Regional Military Government Detachment ausgestattet. Das Personal stammte von dem Det. F1F2, ursprünglicher Einsatzort LKB Konstanz, das über Bamberg, Nördlingen, Salzburg und Kufstein zurückgekommen war. Es wurde aufgelöst und das Personal auf Det. E1C3 und Det. F1E2 verteilt. Als am 25. Juli 1945 Col. Clifton Lisle das Kommando über F1E2 übernahm, ging Winning als Deputy Regional Military Government Officer zu E1C3.

Übersicht 91: Organisation des Detachment F1E2, LKB Mannheim, Anfang Juli 1945[223]

Senior MG Officer	Maj. Charles D. Winning
Executive Officer	
Administrative Manager/Finance	
Economics and Public Utilities	
Property Control	
Labor	
Displaced Persons	
Food	
Supply	
Legal	
Administration and Local Government	
Public Safety	
Transportation	
Public Health	
Public Welfare	

Am 15. August 1945 wurde die Bezeichnung in Det. E-7 geändert. Ende September 1945 gehörten dem Detachment 41 Offiziere und 50 Soldaten an; hinzu kamen 13 Offiziere und fünf Soldaten, die für Sonderaufgaben zugeordnet waren.

Det. G1E2, bzw. F-17, Military Government Office für den LKB Karlsruhe

Das für den Stadtkreis Karlsruhe bestimmte Detachment G1E2 zog am 6. April 1945 unter Lt.Col. Eugene P. Walters mit den französischen Truppen in Karlsruhe ein.[224]

---

[221] Chester B. Lewis an Col. Edwards, 2.4.1946 (12/7–2/8), abgedruckt bei Schöntag: Landesbezirk Baden, S. 211 ff.

[222] Det. F1E2: First Report, 29.9.1945 (12/1–2/20); vgl. OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section V, S. 132 ff. (3/410–2/6).

[223] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section V, S. 136 f. (3/410–2/6).

[224] Det. G1E2: First Report, 19.9.1945 (12/1–2/20); vgl. OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section V, S. 138 ff. (3/410–2/6); vgl. 12/1–1/33.

Nach etwa 20 Tagen mußte das Detachment wieder abziehen und wurde in Bayern eingesetzt. Am 29. Juni 1945 löste Col. Sottong Walters als Kommandeur ab, Walters wurde sein Stellvertreter. Einige Tage vor der Übergabe der Stadt Karlsruhe ging das Detachment zunächst als Verbindungsstab dorthin und baute nach dem 8. Juli 1945 die Militärregierung für den LKB Karlsruhe wie für den Stadtkreis Karlsruhe und die Kreise Bruchsal, Landkreis Karlsruhe und Pforzheim auf.

Übersicht 92: Organisation des Detachment G1E2, LKB Karlsruhe, Mitte Juni 1945

Senior MG Officer	Maj. Eugene P. Walters
Deputy SMGO	
Executive Officer	
Economics and Public Utilities	
Food and Supply	
Legal	
Public Safety	
Public Health	
Public Walfare	
Displaced Persons	

Im Vergleich zur Mannheimer Militärregierung waren einige Arbeitsbereiche nicht besetzt. Am 15. August 1945 wurde G1E2 in Det. F-17 umbenannt. In diesen Wochen wechselte das Personal sehr stark, was die Arbeit beeinträchtigte. Am 19. September 1945 gehörten 31 Offiziere und 24 Soldaten zum Detachment. 18 Offiziere und acht Soldaten waren für Sonderaufgaben zugewiesen worden.
Im September 1945 machte Dr. Karl Holl den Vorschlag, die Bezeichnung Landeskommissariatsbezirk zu beseitigen und beide Bezirke zu einem Landesbezirk Baden zusammenzufassen. Die Militärregierung ging auf diesen Vorschlag ein, da man hoffte, durch die Beseitigung traditioneller Namen und der Organisation den Autonomiebestrebungen vorbeugen zu können. Im Oktober wurde daher auf Befehl der Militärregierung der Landesbezirk Baden eingerichtet. In einer Besprechung, zu der Major Lewis den Präsidenten des Landesbezirks, Dr. Heinrich Köhler, und Ministerpräsident Dr. Maier eingeladen hatte, wurde der neue Name festgelegt und die Stellung der Landesbezirksverwaltung als eine der Regierung in Stuttgart untergeordnete Verwaltung festgelegt. Die Beziehungen zwischen Baden und Württemberg, zumindest soweit es die Verwaltung betraf, waren mit Zustimmung der höchsten deutschen Repräsentanten festgelegt worden.[225] Die Organisation der Militärregierung mußte diese Änderung nachvollziehen.

Det. E-7, Office of Military Government for North Baden

Am 11. Oktober 1945 wurde das Det. F-17 aufgelöst. Sottong und ein Teil der Offiziere gingen zur G-5 Section, 7. US Armee, nach Heidelberg, ein Teil kam zum Det. E-7. Walters wurde als Leiter von Field Operations nach Stuttgart versetzt.[226] Das von Mannheim nach Karlsruhe verlegte Det. E-7 führte ab 11. Oktober 1945 die Bezeichnung „Office of Military Government for North Baden, Det. E-7" und war die Militärregierung für den neuen Landesbezirk Baden.[227] Der Präsident der

---

[225] Dawson an Ministerpräsident Maier, 13.2.1946 (12/226-2/5-8). Köhler: Lebenserinnerungen, S. 351 f. geht auf diese Verhandlungen nicht ein.

[226] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 3, Section I-VIII, S. 136 f. (3/410-2/6).

[227] Grundlage hierfür war die Proklamation Nr. 2 vom 19.9.1945 „Organization of the Western

Landesbezirksverwaltung, Dr. Köhler, war stellvertretender Ministerpräsident von Württemberg-Baden. Da er seine Verwaltung in sechs Abteilungen gegliedert hatte, wurden auch bei der Militärregierung sechs Divisions eingerichtet.

Übersicht 93: Organisation des Detachment E-7, Office of Military Government for North Baden, Oktober 1945[228]

Dir. Col. Clifton Lisle	
Interior Division	Dir. Maj. Loran L. Lewis
Civil Government	
Public Safety	
Public Health	
Displaced Persons and Public Welfare	
Labor, Housing and Reconstruction	
Economics Division	Dir. Maj. William Hyde
Trade and Industry	
Commerce and Banking	
Food and Agriculture	
Forestry	
Civilian Supply	
Transportation	
Public Works and Utilities	
Finance Division	Dir. 1st Lt. Guy W. Wharton
Finance	
Property Control	
Reichsbank	
Technical Works	
Justice Division	Dir. (actg) 1st Lt. James Heidel
Legal	
German Courts	
Prisons	
Culture Division	Dir. Maj. John F. Mead
Education	
Religion	
Monuments, Fine Arts and Archives	
Posts Division	Dir. Maj. James Gleason
Posts, Telefones and Telegraphs	

Eine weitere Zentralisierung wurde von OMGWB wie auch von USFET angestrebt. Schon am 5. Oktober 1945 ordnete USFET an, Det. E-7 aufzulösen.[229] Ein erster Schritt zur Verkleinerung erfolgte am 15. Dezember 1945. OMG North Baden war zur indirekten politischen Aufsicht übergegangen und die freigesetzten Mitarbeiter wurden OMGWB, Det. E-1, zugewiesen, das damit teilweise die Functional Field Teams aufbaute.[230] Gegen diese Auflösungsbestrebungen wandte sich der Director, Col. Clifton Lisle.

---

[228] Military District for Military Government Purposes" und eine Anweisung vom Hauptquartier der 7. US Armee vom 26.9.1945.

[229] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 142 (3/410–2/6).

Er stimmte mit den badischen Kreisen darin überein, daß eine unmittelbare Unterstellung der badischen Verwaltung unter eine Regierung und die Ministerien in Stuttgart politisch unklug sei. Am 26. Februar 1946 wurde das Det. E-7 dann aufgehoben, nachdem in einem Statut die Beziehungen zwischen Baden und Württemberg geregelt worden waren. Mit dem Detachment wurde auch Hq Company E aufgelöst.[231] Die Eingliederung Badens in das neue Land war nun abgeschlossen. Eine vollständige Beseitigung der Sonderstellung Badens konnte jedoch nicht durchgesetzt werden. Einige Offiziere aus Abteilungen von OMGWB, Det. E-1, wurden dem Det. G-47, OMG Karlsruhe, zugeordnet, um badische Belange wahrzunehmen. Die wichtigste Funktion übernahm dabei das OMGWB, Civil Administration, angehörende Civil Administration Team Nr. 1, das am 13. März 1946 eingesetzt wurde.[232] Es war jedoch nur mit einem Offizier besetzt.

Die Militärregierungen auf Kreisebene

Der Aufbau der Militärregierungen in Nordbaden erfolgte in den letzten Märztagen und im April 1945 nach Plan.[233] Im Juni kamen weitere Detachments hinzu. In jedem Kreis wurde eine Militärregierung eingesetzt, in einigen Orten auch Sub-Detachments. Det. G1B2 war in Ludwigshafen von den Franzosen verdrängt worden und wurde in Mannheim eingesetzt. Det. G3E2 löste im SK Heidelberg Det. I2E2 ab, das nach Schorndorf verlegt wurde. Die I-Detachments der Company G, 2nd ECAR, waren alle aus dem Rheinland gekommen.[234]
Am 9. November 1945 wurde Det. G-42 aufgehoben und Det. F-16, OMG SK Mannheim, übernahm die Verwaltung auch des Mannheimer Landkreises.[235] In gleicher Weise wurden die Detachments für die Landkreise Heidelberg und Karlsruhe aufgehoben, das Personal teilweise auf die Stadtkreisdetachments überführt, die nun die Bezeichnung „Office of Military Government for Land- and Stadtkreis . . ." führten. Die Sub-Detachments wurden im Oktober bzw. Dezember 1945 aufgehoben.[236]
Die Militärregierungen im LKB Karlsruhe konnten erst nach dem 8. Juli 1945 aufgebaut werden. Die dafür vorgesehenen Det. I5E2, I6E2 und I7E2 standen im Juli nicht mehr zur Verfügung. Die Verwendung von I5E2 soll exemplarisch den Einsatz verdeutlichen. Det. I5E2 löste im April Det. I2E2 in Bergzabern ab und erhielt dann den Befehl, Det. E2E2 nach Heidelberg zu folgen. Ab 1. April 1945 wartete es in Heidelberg auf die Eroberung von Bruchsal. In der Zwischenzeit half es in Heidelberg, die wachsenden Probleme mit den DPs zu lösen. Als sich herausstellte, daß die Franzosen in Bruchsal bleiben würden, setzte G-5, VI. Corps, 7. US Armee, das Detachment im Hinterland des Corps für die Versorgung von DPs ein. Auch im Karlsruher Bezirk wurden im November die LK-Detachments aufgehoben und die Aufgaben und ein Teil des Personals den SK-Detachments übertragen.

Militärregierungen in Nordwürttemberg

Die Einrichtung der Militärregierungen erfolgte hier nach Plan. Wie in Baden ergaben

---

230 OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 142 (3/410–2/6).
231 General Order Nr. 7, 1st MGBat(Sep), vom 28.2.1946 aufgrund einer Anordnung von USFET, OMGUSZ vom 16.2.1946 (17/7–2/9–13).
232 General Order Nr. 11, 1st MGBat(Sep), vom 13.3.1946 (17/7–2/9–13).
233 OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section V, S. 137ff. (3/410–2/6).
234 12/1–1/33.
235 Special Order Nr. 266, 1st MGBat(Sep), vom 9.11.1945; vgl. 12/1–1/30.
236 General Order Nr. 3, 1st MGBat(Sep), vom 15.12.1945 (17/7–2/9–13); Operations Memorandum Nr. 44, OMGWB, vom 14.12.1945 (12/226–1/1–11); vgl. 12/1–1/33.

sich jedoch große Schwierigkeiten in den Kreisen, die zunächst durch die Zonengrenze durchschnitten wurden. So zog z. B. Det. H1C3 mit den französischen Truppen am 21./22. April 1945 in Stuttgart ein, mußte aber nach drei Tagen die Stadt wieder verlassen.[237] Als zeitlich letztes Detachment bezog H1G3 am 24. April 1945 Ulm und richtete dort eine Militärregierung ein.
Die personelle Besetzung der Militärregierungen richtete sich nach der Aufgabenstellung in den einzelnen Kreisen. Schwerpunkte konnten die Versorgung von DPs und Flüchtlingen sein, wie z. B. in Schwäbisch Gmünd, oder der Industrieaufbau im Großraum Stuttgart. Sehr schnell stellte sich heraus, daß die Militärregierungen, die zwei Kreise zu verwalten hatten, überfordert waren. Daher erfolgte im Mai/Juni 1945 eine Verdichtung der Organisation, ab Juli wurden Sub-Detachments in einzelnen Städten eingesetzt. Zwischen 15. August und 25. November 1945 erfolgte dann wieder eine Konzentration. Die Sub-Detachments und Det. H-51, MGO SK Heilbronn, wurden aufgehoben, so daß letztlich Militärregierungen für den SK/LK Heilbronn und Ulm und für 17 Landkreise bestanden. Auch die Umwandlung der Militärregierungen in Verbindungsbüros (LSO) änderte nichts an den Abgrenzungen der Sprengel.

11. French Affairs Branch / Allied Liaison Division

Die Auseinandersetzungen um die Festlegung der Zonengrenze und die sich daraus ergebenden Verwaltungsprobleme hatten es erforderlich gemacht, gute Verbindungen zur französischen Militärregierung zu bekommen.[238] Nachdem nach der militärischen Eroberung die Verhandlungen zwischen den beiden Kommandierenden Generälen über eine Abgrenzung der beiden Zonen gescheitert waren, fiel die Entscheidung auf höchster politischer Ebene. Dawson übernahm daher eine große Hypothek. Es gelang ihm jedoch, durch seinen persönlichen Charme und seine Fähigkeit, für beide Seiten realistische und annehmbare Vorschläge zu machen, gute Beziehungen zu General Jaques F. Schwartz, dem französischen Gouverneur erst in Stuttgart, dann in Südbaden, und zu Gouverneur Guillaume Widmer in Württemberg-Hohenzollern herzustellen. Dawson ging sogar so weit, schon 1945 eine gemeinsame amerikanisch-französische Verwaltung der beiden Länder Baden und Württemberg vorzuschlagen, wobei er jedoch auf heftigen Widerstand bei seinen Vorgesetzten stieß.[239]
Um den durch die Zonengrenzziehung verursachten Problemen mehr Aufmerksamkeit widmen zu können, ernannte Dawson im August 1945 einen French Affairs Officer, dem amerikanische Verbindungsoffiziere in Tübingen und Freiburg zur Seite standen. Die gute Zusammenarbeit zwischen Lt.Col. Paul T. Arzee und dem von der französischen Militärregierung nach Stuttgart abgeordneten Major Jean Gerville-Reache führte zu einer beträchtlichen Reduzierung der strittigen Angelegenheiten. Sie legten Grund für einen dauerhaften modus vivendi auf Landesebene.
In den folgenden Monaten war es auch erforderlich, Verbindungen zu den anderen alliierten Mächten zu halten. Im Juni 1946 wurde daher die French Affairs Section zu einer Allied Liaison Division umgewandelt. Die Aufgaben bestanden vor allem darin, Informationen zu beschaffen oder auszutauschen. Am 15. Mai 1948 wurde die Division aufgelöst und ein French Adviser eingesetzt.

---

[237] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, S. 126 (3/410–2/6).
[238] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 1, Section X, S. 194 ff. (3/410–2/6); vgl. 12/1–1/33.
[239] Gillen: State and Government, S. 44.

Übersicht 94: Leitendes Personal der French Affairs Branch / Allied Liaison Division, OMGWB, 1945–1949

Arzee, Paul T.	Lt.Col.	Aug. 1945 – März 1946
Robertson, Arthur C.	Capt./Civ.	März 1946 – (Sep. 1947)
Hutton, Robert R.	Civ.	(Mai 1948) – Sep. 1949

12. US Armee und sonstige amerikanische Einrichtungen und Dienststellen in Württemberg-Baden

Die Militärregierungen standen während der Besetzungsphase, aber auch danach in vielfältigen Beziehungen zu den taktischen Truppen.[240] Vor allem die Lösung der Sicherheitsfragen machte eine ständige Zusammenarbeit mit den taktischen Truppen auf allen Ebenen, der Militärpolizei, dem CIC, dem CID usw. notwendig. Im Bereich der Kommunikation arbeitete die Militärregierung mit dem Signal Corps und den PTT-Offizieren zusammen. Nach Abschluß der Kampfhandlungen sollten die taktischen Truppen nur noch Sicherungsaufgaben wahrnehmen. Die Befehlshaber erhielten die Anweisung, den Verbänden keine Aufgaben zu übertragen, die den Militärregierungen vorbehalten waren, es sei denn, ein Sicherheitsrisiko mache dies erforderlich.[241]
Einheiten der 6. US Armee eroberten das Gebiet, das später als Land Württemberg-Baden zusammengefaßt wurde. Nach der Eroberung von Heidelberg am 30. April 1945 richtete sie dort das Hauptquartier ein. Divisionen des VI. Korps besetzten Nordbaden und -württemberg, ausgenommen nördliche Teile der Kreise Tauberbischofsheim und Bad Mergentheim, die von Truppen des XXI. Korps (10. Panzerdivision) und XV. Korps (12. Panzerdivision) erobert wurden.[242] Das Hauptquartier des XXI. Korps befand sich zeitweilig in Schwäbisch Gmünd.
Im Mai 1945 hatte die 63. Infanteriedivision mit Hauptquartier in Bad Mergentheim die Sicherung des Gebiets um Mergentheim übernommen. Die 100. Infanteriedivision stand in Schwäbisch Gmünd. Nach Abschluß der Kampfhandlungen kam das VI. Korps aus Österreich zurück und übernahm das Kommando über die taktischen Truppen. Im Juni 1945 war der 63. Infanteriedivision (Hauptquartier Weinheim) der Raum zwischen Weinheim und Wertheim, und der 100. Infanteriedivision der um Schwäbisch Gmünd zur Sicherung übertragen worden. Am 8. Juli 1945 übernahm die 106. Infanteriedivision die Verantwortung für die Sicherung des Karlsruher Raums. Die 100. Infanteriedivision verlegte ihr Hauptquartier nach Stuttgart.
Als im August 1945 die 63. und 106. Infanteriedivision aufgelöst wurden, übernahm die 84. Infanteriedivision auch deren Sprengel. Im September löste die 1. Infanteriedivision die 100. in Stuttgart ab. Im Oktober wurde auch 84. Infanteriedivision aufgelöst. Sie übergab den Sicherungsauftrag an die 1st Armored Division. 1946 löste die 9. Infanteriedivision die 1. Panzerdivision ab. Die Divisionen unterstanden der 7. US Armee, die ihr Hauptquartier in Heidelberg hatte. Anfang 1946 wurde sie von der 3. US Armee abgelöst, die dann das Hauptquartier nach Stuttgart verlegte.[243]

---

[240] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 14, S. 2608 ff. (3/410–1/3).
[241] Ltr. ETOUSA, AG 014.1–1 Germany, 24.5.1945.
[242] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Einleitung, S. 122 ff. (12/1–1/34); Blumenstock: Einmarsch; Cordes: Besetzung, S. 5 f.
[243] Aufstellung über die Truppen der 3. US Armee im Mannheimer Raum im Juli 1946 (12/2–2/34).

Das Hauptquartier von EUCOM befand sich in Heidelberg. In ihrem ersten Jahresbericht stellten die Offiziere von OMGWB fest, daß die Beziehungen der Militärregierungen zur Truppe nicht immer zufriedenstellend gewesen waren.[244] Vor allem in den ersten Wochen sei es den Truppenoffizieren schwer gefallen, sich auf Sicherungsaufgaben zurückzuziehen und die Verwaltung den Militärregierungen zu überlassen.
Nach Einrichtung der Constabulary stand in Württemberg-Baden die 3rd Constabulary Brigade, die Squadrons in Mannheim, Schwetzingen, Knielingen, Schwäbisch Hall, Bad Cannstatt und Böblingen unterhielt. Die Zusammenballung von US Einrichtungen im Raum Stuttgart führte am 1. Juli 1946 zur Einrichtung einer Military Community in Stuttgart, ebenso in anderen Städten. Diese übernahmen den Postaustausch für alle Dienststellen und alle Special Services. Das 1st MGBat(Sep) hatte im Stuttgarter Raum zahlreiche amerikanische Einrichtungen zu versorgen und teilweise auch zu verwalten.[245] Im November 1946 handelte es sich hierbei um:

Übersicht 95: Amerikanische Dienststellen in Württemberg-Baden (ohne Militärregierungen), November 1946

Dienststelle	Personalstärke	Unterstellung
Amerikanisches Konsulat	38	OMGUS
Französisches Konsulat	2	OMGUS
Regional Government Coordinating Office	18	OMGUS
7777 Engineer Procurement Team	8	CBS
French Liaison	4	USFET
American Red Cross Field Director	2	3. US Armee
Bizonal Food and Agriculture Agency	5	OMGUS
Russian Reparation Team	11	OMGUS
3264 Signal Film Library	9	USFET
Medium Maintenance Platoon (Stuttgart Military Community)	26	TUSA
Group E, Civil Censorship Division, Hq Esslingen	65	USFET
OTC QM Procurement Team 2	2	USFET
Cooperative for American Remittances to Europe	1	OMGUS
	191	

Der Raum um Stuttgart gehörte zur Region I des CIC. In Mannheim befand sich das Hauptquartier 59th Quartermaster Base Depot, Continental Base Section, USFET.

[244] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History MG WB, Kap. 14, S. 2608 (3/410–1/3).
[245] 12/1–1/28; vgl. 12/226–1/1–11.

C. Quellenbeschreibung

1. Quellenlage zur Geschichte der Militärregierung in Württemberg-Baden

Für den Teilbestand OMGWB von Record Group 260/OMGUS, der im Nationalarchiv in Washington verwahrt wird, liegt ein ausführliches Repertorium (November 1979, 4113 S., auf Microfiches) vor, das nach Organisationseinheiten (Organisationsplan vom Juli 1949) gegliedert ist. Ein Orts- und Personennamenindex (162 S., 1982, Umdruck), in den auch Sachbegriffe aufgenommen worden sind, erschließt die Titelaufnahmen. Den jeweiligen Organisationseinheiten ist eine knappe Organisationsbeschreibung vorangestellt. Von den insgesamt 9232 verzeichneten Archivalieneinheiten wurden rund 40% als archivwürdig bewertet und verfilmt. Die nicht verfilmten Akten wurden mit einem knappen Aktentitel auf den sogenannten „gelben Verzeichnungsblättern" (folders of no historical value) zusammengefaßt und jeweils am Schluß einer Division oder Branch eingereiht. Diese Archivalien können in den National Archives eingesehen werden.

Der Teilbestand OMGWB weist große Lücken auf. Einmal sind wahrscheinlich nicht alle Akten der Dienststellen nach USA verbracht worden. Weiterhin sind bei der Verzeichnungsaktion zahlreiche in den Shipping Lists wie im Generalrepertorium von Kansas City aufgeführte Archivboxen nicht mehr vorhanden bzw. unauffindbar gewesen. Im Repertorium werden die damals fehlenden Archivalien jeweils aufgeführt. Es ist daher erforderlich, für bestimmte Fragestellungen eine Ersatzüberlieferung heranzuziehen. Allgemein gesagt, ist dies die Überlieferung der übergeordneten Stellen. In den verwaltungsgeschichtlichen Teilen sind die Dienststellen genannt, die in Frage kommen. Neben den jeweiligen G-5 Abteilungen von SHAEF und von den Armeeinheiten im Jahre 1945 ist ab Januar 1946 USFET und ab 1. April 1946 OMGUS zu nennen. Neben den Fachabteilungen kommt bei OMGUS auch die Historical Branch, Control Office, in Frage. 1948/49 wurde hier die Erarbeitung einer Geschichte der Militärregierung in Deutschland vorbereitet und Unterlagen aus den Ländern angefordert. Daher liegen heute auch Akten der Detachments und Büros von OMGWB, umfangreiche Zusammenfassungen über Organisation, Personal und von Dienstanweisungen in diesem Teilbestand.[1] Zuletzt ist noch auf die Überlieferung der Nachfolgeeinrichtung HICOG hinzuweisen, in der Sachakten und Serien aus der OMGUS-Zeit zu erwarten sind. Auch in der Historical Division von HICOG wurden Unterlagen für eine Geschichtsschreibung gesammelt (Organisationsunterlagen, Personalakten usw.).

Auf deutscher Seite ist die Überlieferung des Staatsministeriums, der Ministerien und der nachgeordneten Behörden heranzuziehen, die im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Staatsarchiv Ludwigsburg und Generallandesarchiv Karlsruhe verwahrt werden.

---

[1] Lee: Field Organization, S. 6, Anm. 3.

2. Charakterisierung des Teilbestandes

Die Überlieferung der einzelnen Büros von OMGWB ist von unterschiedlicher Aussagekraft. Für die ersten Wochen und Monate nach der Besetzung ist die Überlieferung der Detachments und MGO auf Kreisebene, die die Last der Arbeit zu tragen hatten, von großer Bedeutung. Nachdem das Det. E-1, OMGWB, in Stuttgart die Leitung übernommen hatte, bildete sich hier die für die Forschung bedeutsame Überlieferung. Das Schriftgut der MGO auf Kreisebene verliert vollends an Aussagekraft, als diese im Sommer 1946 in LSO umgewandelt wurden. Entsprechend ihrer Aufgabenstellung stand nun eine berichtende Tätigkeit im Vordergrund. Da hier keine Entscheidungen gefällt wurden, muß ab dieser Zeit auch für lokale Fragestellungen auf die Akten der Stuttgarter Zentrale zurückgegriffen werden.

Die Aktenführung

Die Führung von zentralen Akten lag in der Hand des Adjutanten. Ab dem 1. Juni 1946 bestand unter der Aufsicht des Adjutanten in der dem Assistant Director for Administration and Services unterstehenden Group in der Administration Division eine Mail and Records Branch, die im September 1947 in eine Publication and Records Branch umgewandelt wurde. Der Adjutant war bis zum September 1949 für die Central Files zuständig, die eine Doppelüberlieferung zu den bei den Divisions oder Branches geführten Akten darstellen. Er verwahrte auch das Geheimhaltungsvorschriften unterliegende Schriftgut.[2] Das Inspection Office kontrollierte die Aktenführung.
Bei Organisationsveränderungen wurde jeweils über den Verbleib der Registratur bestimmt. Zumeist gingen die Sachakten oder Serien an das Nachfolgebüro, die Berichtsserien der Branch und Sections blieben jedoch bei den Divisions.

Das Berichtswesen

Die Einheiten hatten seit Ende 1944 regelmäßig Berichte anzufertigen, deren Erhebung genau vorgeschrieben war.[3] Die USFET-Direktive vom 7. Juli 1945 vereinfachte das Berichtswesen; endgültig wurde die hohe Zahl von Berichten im September 1945 heruntergesetzt. Damals wurde festgelegt, daß ab dem 15. Dezember 1945 deutsche Dienststellen einen großen Teil der Berichte zu liefern hatten. Ab dieser Zeit liegen Berichtsserien von Landesbehörden über ihre Tätigkeit neben denen der MGO vor. Hervorzuheben sind die sogenannten „First Reports" der Detachments, die in der Regel im September oder Oktober 1945 für den General, Western Military District, AC of S, OMG (US Zone), angefertigt wurden. Für die Zeit ab Bezug ihres Standorts berichteten die Detachments über alle Arbeitsgebiete; unter der Rubrik 20 werden die Lebensläufe der Offiziere und Soldaten knapp aufgeführt.
Die Berichtstätigkeit wurde im Lauf der Jahre vereinfacht. Die wöchentlichen Berichte wurden durch die halbmonatlichen und monatlichen Berichte abgelöst. Daneben wurden vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Zusammenfassungen erstellt. Staff Memorandum Nr. 4 vom 25. April 1947 regte an, daß alle Büros eine Zweijahresgeschichte für die Zeit vom 5. Mai 1945 bis zum 8. Juli 1947 anfertigen sollten.[4] Weiter-

---

[2] Administrative Instruction, OMGWB, vom 25.6.1948, aufgehoben durch Administration Instruction Nr. 5, OMGWB, vom 31.1.1949 (12/227–1/4); vgl. 12/1–2/5.
[3] OMGWB/Hist.Br., CO, OMGUS: History, Kap. 1, Section III, Nr. 7, Reports and Historical Data (3/410–2/6).
[4] 12/50–2/1.

hin wurden zusammenfassende Arbeiten über die Tätigkeit der Militärregierung erstellt wie das „Handbook Wuerttemberg-Baden", das – für Besucher bestimmt – in den Jahren 1947 und 1948 bearbeitet wurde, oder „Wuerttemberg-Baden. A Synopsis", die im Sommer 1949 entstand.[5]
Die wichtigste zusammenfassende Studie ist die „History of Military Government in Land Wuerttemberg-Baden to 30 June 1946", die in Zusammenarbeit von OMGWB und Historical Branch, Control Office, OMGUS, erarbeitet wurde.[6] In aller Breite wird in 15 Kapiteln auf 2637 Seiten die Entwicklung im ersten Jahr der Besetzung in allen Verästelungen dargestellt. Ein statistischer Anhang enthält aufbereitetes Zahlenmaterial. Da die Akten teilweise fehlen, ist diese „History" zu einer wichtigen Quelle geworden

Die Überlieferung der einzelnen Dienststellen

Command and Executive Group
(Repertorium S. 29–136)

Director, OMGWB (Repertorium S. 30–60)
Chronologische Serien ein- und ausgehender Schreiben, interne Schriftwechsel April 1945–September 1949
Schreiben an den Ministerpräsidenten Januar 1946–September 1949
Manuskripte von Reden 1945–1948
Sachakten (Organisation und Verwaltung von OMGWB, Lizenzierung, Bodenreform, Hoover-Kinderspeisung)
Col. Dawson: Handakten September 1945–Oktober 1946
LaFollette: Redemanuskripte 1948 (Er ließ nach seinem Ausscheiden umfangreiche Handakten nach den USA schicken, vgl. 17/145–3/5 mit Aufstellung der Akten)
General Gross: Handakten März 1948 – April 1950; Redemanuskripte April 1948 – Dezember 1950

Deputy Director (Repertorium S. 62–65)
Chronologische Serie interner Schreiben Januar 1946 – März 1948 und Januar – September 1949

Executive Officer (Repertorium S. 67–136)
Serien: General Orders November 1945 – August 1949 (vor allem Organisationsänderungen)
Special Orders November 1945 – August 1949 (vor allem Personalveränderungen)
Administrative Instructions November 1945 – September 1949
Allgemeiner Schriftwechsel Januar 1946 – September 1949
Memoranda Januar 1946 – September 1949
Staff Memoranda September 1946 – Januar 1949
Daily Bulletins August 1945 – September 1949
Eingegangene Telegramme August – September 1949
Ausgegangene Telegramme Juli 1947 – September 1949
Vereinzelte Sachakten

---

[5] 12/1–1/5.
[6] Lee: Guide to Studies, S. 3 ff.

Verwaltung von OMGWB: Personnel and Administrative Division
(Repertorium S. 137–1187)

Central Records Office (Repertorium S. 137–971)

In der Zentralregistratur wurden nach einer Dezimalklassifikation Akten aller Divisions, Branches und Sections von OMGWB abgelegt. Daneben bestanden in den verschiedenen Büros eigene Schriftgutablagen. In der Zentralregistratur wurden in einem Aktenhefter zumeist nur Schriftstücke eines Büros abgelegt, manchmal jedoch auch Akten gebildet, in denen Schreiben mehrerer Büros zusammengefaßt wurden. Für bestimmte Fragestellungen sind die Akten der Zentralregistratur wie der einschlägigen Büros durchzusehen.
Da der Aktenplan nicht mit dem im Kriegsministerium oder bei OMGUS üblichen Rubrikenschema übereinstimmt, werden zur Orientierung die Provenienzstellen der mit Akten belegten Nummern aufgeführt.

Provenienzverzeichnis für die Akten der Zentralregistratur

Aktenzeichen	Provenienz (soweit feststellbar)
020	Public Information Office (PIO)
40	Civil Administration Division (CAD); Personnel and Administrative Division (PAD)
40.5	CAD, Government Structures Branch
120.5	Governmental Affairs Division (GAD); Interior Division (IND); Public Safety Section (PSA)
120.5	Manpower Division; Bipartite Affairs Division (BAD), Manpower Adviser (ManAd)
120.5	BAD, Industry Branch (IndB)
120.5	BAD / Economics Division (ECON)
120.5	Deputy Director
120.5	Intelligence and Reports Division (IRD), Reports Branch
120.5	BAD, Finance Adviser (FinA)
120.51	ECON / BAD, Research Control Branch; FIAT, Review Section
120.6	Field Relations Division (FRD)
120.7	FRD
120.8	FRD
123	PAD, Civilian Personnel Branch; PAD, Personnel Branch
128	Land Director
210.5	GAD, Refugee and Welfare Adviser (RWA)
211	Education and Cultural Relations Division (ECRD), Higher Institutions Branch
221	Legal Division (LEG); GAD, RWA
221.2	PAD / CAD

222	GAD, RWA
236	Property Division (PROP)
236.1	Finance Division (FIN), Property Control Branch
251	LEG
301	Land Director, Adjutant
321.4	GAD, Public Welfare Adviser (PWA); PIO; French Adviser
321.10	BAD, OMSTEG; BAD, IndB
350	FRD
350.2	6871st DISCC; Information Control Division (ICD), Intelligence Branch; ICD, Research Branch
350.23	ECRD, Higher Institutions Branch
360	GAD, PWBr
361.4	PAD
362	CAD
363.1	ECRD; FRD; LEG; CAD; FIN
363.11	FRD
363.21	ECRD; FRD; ECON, Property Branch; Denazification Division
370.3	FRD; IND, PSBr
370.4	FRD; CAD; IRD, Intelligence Branch
400.1	IRD, Reports Branch / Reports and Statistics Division (RSD); IRD, Intelligence Branch; FRD
400.2	CAD
500	ECON, IndB, Metal Section
500.1	BAD, FinA
500.11	BAD, FinA
500.5	FIN / BAD, FinA
500.6	ECON, Decartelization Branch
500.61	ECON, Decartelization Branch; BAD, IndB
500.7	FRD; GAD, PWB; BAD
500.8	BAD, IndB

500.9	ECON
500.10	ECON
501	FIN; BAD, FinA
501.1	FIN
501.2	FIN
501.5	FIN
501.51	BAD, FinA
501.6	FIN
501.81	FIN
502	ECRD; IND; Housing Officer; BAD, Food and Agriculture Branch; FIN
504	IND; FRD
504.11	ECRD, Higher Institutions Branch; Executive Officer
504.12	ECON; Transportation Division
504.2	ECRD; FRD; IND
504.21	IND, PWB
510.1	ECON
510.22	BAD, Commerce Adviser
510.23	Manpower Division
511	BAD, FinA
511.13	ECON; BAD, FinA
511.2	BAD, FinA; US Customs Group Regional Office OMGWB
531	Mischprovenienz: FIN / Transportation Division / PTT Branch
532.3	Mischprovenienz: 6871st DISCC / Radio Stuttgart Detachment / Radio Section / Financial Officer
532.31	Mischprovenienz: 6871st DISCC / Radio Stuttgart Section / FIN / Transportation Division / PTT Branch
540	Transportation Division; ECRD; BAD, Transportation Adviser
541.1	Transportation Division
542.01	FIN
543	ECON; Transportation Division
559.32	ECON
560	Labor Officer; ECON
560.1	Manpower Division

560.2	ECON
560.6	ECON
560.7	ECON
560.8	ECON
570	Land Director; IND, PWB
570.1	DP Section, Det. E-1; IND, PWB; GAD, PWA; ECRD; BAD, FinA
570.5	FIN
572	OMG North Baden, Det. E-7; ECRD; ICD; GAD
572.1	PWA; OMG North Baden, Det. E-7
580	IND, Public Health Branch (PHB)
580.1	IND, PHB
600	ECRD
600.1	ECRD
610	IRD
620	ECRD, Higher Institutions Branch
693	IND
698	BAD, IndA; ECON, Scientific Research Control Branch

Als Beispiel für das Instruktionsmaterial, das für die Schulung der Offiziere verwandt wurde, ist das „Germany Basic Handbook". Part II, Administration. London 1944, 1945 (12/229–3/2) und das „Zone Handbook" Nr. VII. Part I: „People and Administration South-West (Baden, Wuerttemberg, Hohenzollern, Saar, Palatinate)" 1944 (12/229–3/4) verfilmt worden.
Wegen der lückenhaften Überlieferung sind periodische Berichte der Büros von OMGWB an OMGUS wie auch an Control Office, Historical Branch, OMGUS, abgegebene Akten, die für Zwecke der eigenen Geschichtsschreibung herangezogen wurden, für diesen Teilbestand verfilmt und im Repertorium an entsprechender Stelle eingeordnet worden.

Wichtige Aktengruppen in der Zentralregistratur

120.1	Organisation von OMGWB und der nachgeordneten Büros 1945–1949 Neben dem Schriftverkehr liegt hier eine Kopie der Geschichte von OMGWB für die Zeit bis Ende Juni 1946. Weitere Bearbeitungsstadien liegen unter Nr. 610.
120.5	Operations Reports, First Reports und andere periodische Berichte 1945
123	Personalangelegenheiten, Stellenbeschreibungen und -besetzungen

127	Etat, Haushalt, Personalausgaben
236	Property Control
321.10	Industrieangelegenheiten, u. a. Aufbau der Robert Bosch Werke, Stuttgart
350	Parteien, politisches Leben, Gewerkschaften (vor allem chronologisch und nach Orten abgelegte ICD-Berichte)
363	Entnazifizierung, Spruchkammern, deutsche Gerichte
370	Öffentliche Ordnung und Sicherheit
400	Wöchentliche Intelligence Reports der Detachments /LSO (chronologisch nach Orten)
500	Deutsche Wirtschaft
501	Finanz- und Bankwesen
504	Bauwesen
510	Handel
511	Import, Export, Zölle
560	Arbeitsmarkt, Arbeitsämter, Gewerkschaften
570	Sozialwesen
580	Gesundheitswesen
610	Geschichte der Militärregierung im Land Württemberg-Baden bis zum 30. Juni 1946: Arbeitsunterlagen, Ausarbeitungen, Kopien (Repertorium S. 723–767; vgl. auch 120). Eine bei Control Office, Historical Branch, OMGUS bearbeitete Fassung vgl. Repertorium S. 798–857.
620	Schulen, Universitäten, Bildungswesen

Nach der Aktengruppe 610 sind Berichte von Büros von OMGWB eingeschoben, die an OMGUS abgegeben wurden:

Kriegstagebücher von Detachments September 1944 – Dezember 1945 (Repertorium S. 769–774)
Monatsberichte von Detachments Juli – September 1945
Wochenberichte 1945 – Juni 1947 (Repertorium S. 776–795)
Halbmonats- und Monatsberichte Juli 1947 – April 1949 (Repertorium S. 796–797)
Halbjahres- und Jahresberichte 2. Hälfte 1946 – 2. Hälfte 1949 (Repertorium S. 858–869)

Die im Findbuch (S. 960–971) aufgeführten Boxes sind teilweise verfilmt worden, obwohl dies nicht vorgesehen war. Es handelt sich um Schriftgut von Einheiten und MGO, die nicht in Württemberg-Baden tätig waren.

3/407–3/19	2nd ECA Regiment: Histories einzelner Detachments 1944 – März 1945
3/407–3/20	Städtebeschreibungen
3/308–3/35	War Department Pamphlet Nr. 31–124: Civil Affairs Guide: Property of the Nazi Party, its Affiliates, Members and Supporters, 1 July 1944
3/408–3/36	Desgl.: Electric Power Systems of Germany. Nr. 31–150, 20 June 1944
3/408–3/37	Desgl.: Wages, Hours and Working Conditions of Industrial Labor in Germany. Nr. 31–160, 1 July 1944

3/408–3/38–39	Desgl.: German Penetration of Corporate Holdings in Germany, 11 July 1944
3/408–3/40	Desgl.: German Penetration of Corporate Holdings in Croatia, May 1944
3/408–3/41	Greater Germany Economic Estimate, 15 March 1942
3/408–3/42	War Department Pamphlet Nr. 31–162: The Organization of Labor Supply in Germany, 20 June 1944
3/408–3/43	Desgl.: German Foreign Trade and Exchange Controls. Nr. 31–104, 31 May 1944
3/413–3/1–3	MGO Berichte aus Bayern, Ober- und Mittelfranken, August 1945 – Mai 1946

Organisationseinheiten von OMGWB
(Repertorium S. 974–1186)

Fiscal Division / Branch (Repertorium S. 974–997)
Periodische Berichte Juli 1946–1949
Sachakten (Allgemeine Verwaltung, Haushaltsunterlagen für Reorientation Funds)

Intelligence and Reports Branch (Repertorium S. 999–1006)
Im Bestand OMGWB ist von dieser Branch nur sehr wenig Schriftgut überliefert. Als Ergänzung wurden daher die bei CO, Hist. Branch, OMGUS, liegenden Berichte von 1945–1949 verfilmt.

Property Control Branch / Division (Repertorium S. 1008–1056)
Periodische Berichte 1947–1948
Sachakten (einzelne Vermögenskontrollen, teils nach Orten, teils nach Unternehmen geordnet)

Restitutions Branch (Repertorium S. 1058–1146)
Periodische Berichte 1946–1949
Sachakten (allgemeine Verwaltung OMGWB, einzelne Rückführungen)

Reparations Branch (Repertorium S. 1148–1179)
Periodische Berichte 1946–1949
Sachakten 1945–1950

Housing Adviser (Repertorium S. 1181–1186)
Periodische Berichte Juli 1946 – Juni 1948
Chronologische Serie Ein- und Ausgänge August 1945 – August 1946

Governmental Affairs Division mit Interior Division
(Repertorium S. 1188–1573)

Civil Affairs Branch (Repertorium S. 1191–1218)
Mit Vorakten Interior Division, Civil Administration Division
Periodische Berichte 1946–1948
Sachakten (Organisation und Personal der Division, Ein- und Absetzung deutscher Amtsträger, Aufbau der deutschen Verwaltung, Verfassunggebung, Landtag, Schriftwechsel mit dem Innenministerium)

Legislative Coordinating Adviser (Repertorium S. 1220–1230)
Sachakten (Überprüfung der Landesgesetzgebung Mai 1947 – Oktober 1949, Umerziehung, Planungen für eine gemeinsame amerikanisch-französische Zonenverwaltung in Württemberg und Baden August – Oktober 1948)

Public Welfare Branch / Refugee and Welfare Adviser / Social Affairs Adviser (Repertorium S. 1232–1426)
Periodische Berichte der Branch wie von LSO Juli 1945 – September 1949
Berichte der Landkreise über Fürsorgewesen ab Juni 1945
Fürsorge- und Versorgungsberichte des Innenministerium ab September 1945
Sachakten (Arbeitsanweisungen, Verwaltung und Personal der Branch, Aufbau der deutschen Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen, Unterstützung der UNRRA-Arbeit, Reorientation-Projekte, DPs, Ausländer, entlassene Kriegsgefangene, Jugendhilfe)

Public Safety Branch / Adviser (Repertorium S. 1428–1470)
Periodische Berichte Juli 1945–1949
Sachakten (öffentliche Sicherheit und Ordnung, deutsche Polizei, Entnazifizierung)

Public Health Branch / Adviser (Repertorium S. 1471–1506)
Periodische Berichte Mai 1945–1949
Sachakten (deutsches Gesundheitswesen, Fortbildung des deutschen Personals)

Denazification Adviser (Repertorium S. 1507–1573)
Periodische Berichte Juli 1946 – Mai 1950)
Sachakten (Organisation und Arbeitsweise der Division usw., Entnazifizierung von Amtsträgern, Entnazifizierung von Hjalmar Schacht, periodische Berichte des Ministeriums für politische Befreiung über den Stand der Entnazifizierung)

Die Einzelfallakten der Special Branch RG 260, Boxes DENZ Nr. 136–238, 485–507, 511–853 wurden nicht verfilmt. Vgl. die Bemerkungen im Repertorium S. 1538. Die Akten waren weder deklassifiziert noch für die Benutzung freigegeben. Wegen des zweifelhaften historischen Wertes bestanden damals in den National Archives keine Planungen, die Unterlagen der Forschung zugänglich zu machen. – Eine Parallelüberlieferung verwahren die Staatsarchive, möglicherweise auch das Document Center, Berlin.

Economics Division / Bipartite Affairs Division
(Repertorium S. 1574–2124)

Division Administration (Repertorium S. 1577–1606)
Periodische Berichte 1945–1949 für die gesamte Division, einschließlich Transportation und Communications
Sachakten (Organisation, Verwaltung, Arbeitsanweisungen für die Division, Zoll, Kohleversorgung, Transportwesen, Handelskammer, Kapitalmarkt, Besatzungskosten, Getreideversorgung, Landreform, Statistisches Landesamt)

Industry Branch / Adviser (Repertorium S. 1608–1698)
Periodische Berichte 1946–1949
Chronologische Serien der Ein- und Ausgänge August 1947 – August 1949
Sachakten (FIAT, Reparationen, Rückführung verschleppter Güter, Freigabe von Produktionsmitteln, Produktionskontrollen, Aufstellungen über einzelne Produktionsbereiche und Firmen)

Finance Division / Adviser (Repertorium S. 1700–1718)
Periodische Berichte 1947–1949
Chronologische Serie der Ein- und Ausgänge September 1946 – August 1949
Wenige Sachakten

Decartelization Adviser (Repertorium S. 1720–1732)
Periodische Berichte Januar 1948 – Juni 1949
Sachakten

Manpower Division / Adviser (Repertorium S. 1734–1770)
Periodische Berichte Juli 1946 – März 1949
Sachakten (Organisation, Verwaltung, Arbeitsanweisungen Februar 1945–1949, Löhne, Tarifverträge, Gewerkschaften, Streiks, Arbeitsämter)

Food, Agriculture and Forestry Branch (Repertorium S. 1772–2124)
Periodische Berichte (vor allem in AG 319) Mai 1945–1949
Sachakten ⟨nach Aktenplan⟩ (Hochschulen, Ausbildung AG 000.8, Besprechungen AG 001, Recht und Gesetz AG 010, Entnazifizierung, deutsche Verwaltung AG 014, Berichte über Ernährungslage AG 20, Genossenschaftswesen AG 080, Bauernverbände, Forstwirtschaft AG 86, Import, Export, Personal und Verwaltung AG 200–230, Schriftwechsel mit OMGUS und Bipartite Control Office AG 300, Schriftwechsel innerhalb der Division, periodische Berichte AG 319, Organisation AG 322, Fortbildung AG 350, Versorgung der DPs, Forstwesen AG 390, Ernährungslage, Verteilung von Nahrungsmitteln AG 400, Rationierung AG 430, Viehhaltung, Produktion einzelner Nahrungsmittel, Düngemittel AG 464, Landreform AG 602)

Legal Division
(Repertorium S. 2125–2434)

Director Legal Division, Administration (Repertorium S. 2128–2231)
Periodische Berichte Juni 1945 – Juni 1949
Chronologische Serienakten Ein- und Ausgänge, interner Schriftverkehr November 1945 – Juni 1952
Sachakten (Justizministerium, Gesetzentwürfe, Organisation der MG, Personal von Legal)

German Justice Branch (Repertorium S. 2233–2307)
Chronologische Serienakten Ein- und Ausgänge Januar 1946 – September 1949
Sachakten (deutsche Gerichte und Gerichtshöfe, Gefängnisse, deutsches Personal, Rechtsanwälte, Berichte des Justizministeriums Juni 1945 – Juni 1950, Eröffnung der Gerichte, Kriegsverbrechen, Organisation von Legal Division und German Justice Branch)

Prisons Branch (Repertorium S. 2309–2327)
Periodische Berichte Januar 1947 – Juni 1949
Chronologische Serienakten August 1945 – Dezember 1949, Ein- und Ausgänge, innerdienstlicher Schriftverkehr)
Sachakten (Gefängniswesen, Inspektionsberichte)

Military Government Courts Branch (Repertorium S. 2329–2364)
Sachakten (Organisation und Arbeitsanweisungen für die Branch, Urteile, Bestätigungen von Urteilen [Special Orders] Juni 1945 – Dezember 1946, Schriftwechsel mit verschiedenen Military Government Courts)

Board of Review (Repertorium S. 2366–2369)
4 Sachakten

Military Government Court Heidelberg (Repertorium S. 2371–2375)
Sachakten (Arbeitsanweisungen, Tätigkeitsberichte ab April 1945, Urteilstätigkeit)

(Repertorium S. 2376 – 2434: Folder of no historical value)

Education and Cultural Relations Division
(Repertorium S. 2435–2869)

Director Education and Cultural Relations Division, Administration
(Repertorium S. 2438–2484, 2507–2559)
Periodische Berichte Juli 1945 – Oktober 1949
Sachakten (Organisation und Personal der Division, Kultministerium, Waldorfschulen, Schulreform, Reorientation, Reorientation Funds, Erwachsenenbildung, Universitäten, Religionsgemeinschaften, Entlassung des Kultministers Dr. Simpfendörfer)

Reorientation Specialist (Repertorium S. 2485–2506)
Sachakten (Umerziehung, Veranstaltungen in verschiedenen Orten, Open Forums)

Education Branch (Repertorium S. 2561–2587)
Sachakten (Schulbuchkonferenzen, Curricula, Lehrerfortbildung, Seminare auf der Comburg, Eröffnung von Schulen 1945)

University Branch (Repertorium S. 2589–2602)
Sachakten (Schriftwechsel mit Kultministerium Februar 1948 – August 1949, William W. Dawson Gedächtnisstiftung, Eröffnung der Universitäten und Hochschulen)

Universität Heidelberg (Repertorium S. 2603–2613)
Sachakten (Studentenzulassung, Vorsemesterkurse, ASTA-Sitzungen, Zulassungen von Verbindungen und Studentenvereinigungen)

Cultural Affairs Branch mit *Personnel Exchange Specialist, Monuments, Fine Arts and Archives* (and Libraries Specialist, Theater *and Music Specialist* (Repertorium S. 2615–2688)
Cultural Affairs Branch:
Sachakten (Informationsreisen Deutscher nach USA)
Monuments, Fine Arts and Libraries Specialist:
Periodische Berichte Juli 1946 – Juni 1947
Sachakten (Rückführung von geflüchtetem deutschen Kulturgut, Rückführung von im Ausland erbeuteten Kulturgütern)
Theater and Music Specialist:
Periodische Berichte März 1945 – Juli 1949
Sachakten (Lizenzierung von Künstlern, Überwachung von Veranstaltungen, Lebensläufe von Künstlern, Radio Stuttgart)
Chronologische Serienakten nach künstlerischen Einrichtungen geordnet

Group Activities Branch / Community Education Branch mit *Specialist for Youth Activities, Specialist for Adult Education* (Repertorium S. 2670–2741)
Periodische Berichte November 1947– August 1949
Sachakten (Berichte über Konferenzen und einzelne Projekte, Jugend und Sportverbände,

Rotary Club, Verwaltungsangelegenheiten der Branch, Reorientation, Berichte des Kultministeriums August 1946 – Juli 1947, Volkshochschulen)

Religious Affairs Branch (Repertorium S. 2743–2829)
Periodische Berichte September 1945 – August 1947
Sachakten (Aufgaben der Branch, deutsche Gesetzgebung betr. Kirchen und Religionsgemeinschaften, Freiburger Denkschrift, Ausbildungsseminare der evangelischen Kirche, Entnazifizierung der Pfarrer, Freikirchen, Jüdischer Oberrat, Katholische Kirche, Freireligiöse Gemeinschaften)

Information Service Division
(Repertorium S. 2870–2967)

Periodische Berichte von ISD (einschließlich Branches) Juni 1945 – August 1949 (Repertorium S. 2904–2922)

Plans and Operations Branch (Repertorium S. 2875–2922)
Chronologische Serienakten Januar 1948 – Juli 1949
Sachakten (Aufgaben der Divisions und Branches, Personal, Ausarbeitung des Pressegesetzes, Kontrolle von Presse und Film, Meinungsumfrageinstitute und Meinungsumfragen, Reorientation, US- Informationszentren und -Büchereien)

Press Control Branch, Publications Control Branch, Press and Publications Branch (Repertorium S. 2924–2938)
Periodische Berichte Februar 1946 – Dezember 1950
Sachakten (Aufgabenstellung der Branch, Lizenzierung der Parteipresse, Vermögenskontrolle)

Radio Branch (Repertorium S. 2939–2956)
Periodische Berichte Juni 1945 – Juli 1949
Chronologische Serienakten Ein- und Ausgänge Januar 1946 – Juni 1949
Sachakten (Aufgabenstellung, Stabsbesprechungen, Aufbau und Kontrolle des Senders Stuttgart ab April 1945)

Field Relations Division mit *Military Government Offices / Liaison and Security Offices*
(Repertorium S. 2969–4113)

Director Field Relations Division, Administration (Repertorium S. 2969–2993)
Periodische Berichte Mai 1945 – Juni 1948
Chronologische Serienakten Ein- und Ausgänge Oktober 1946 – Dezember 1948
Serien nach Korrespondenzpartnern LSO Januar 1948 – Dezember 1949
Sachakten (Aufgabenstellung, Organisation, Personal, Reorientation-Veranstaltungen)

Detachments, Military Government Offices, Liaison and Security Offices
(Repertorium S. 2998–4113)

Detachments / LSO im Landesteil Württemberg

Det. H1C3 – F-10 – S-10 – LSO Stuttgart (Repertorium S. 2999–3022)
Periodische Berichte Juli 1945 – Oktober 1949

Chronologische Serienakten Januar – Oktober 1946
Sachakten (Arbeitsanweisungen, Wohnungswesen, Zulassung von Parteien und Gewerkschaften, Flüchtlinge, DPs)

Det I3G3 – G-21 – S-21 – LSO Böblingen (Repertorium S. 3024–3038)
Periodische Berichte 9. Juli 1945 – August 1949
Chronologische Serienakten Ausgänge Juli 1945 – Dezember 1948
Sachakten (Finanz- und Wohnungswesen)

Det. H3G3 – G-23 – S-23 – LSO Esslingen (Repertorium S. 3040–3070)
Periodische Berichte Juli 1945 – Januar 1946
Chronologische Serienakten Ausgänge Juli 1947 – Dezember 1949, Eingänge Januar 1947–November 1949
Sachakten (Parteien, Verbände, Jugendarbeit, Handel, Wirtschaft)

Det. H3C3 – G-29 – S-29 – LSO Ludwigsburg (Repertorium S. 3071–3092)
Periodische Berichte Mai 1945 – Juli 1946
Chronologische Serienakten Ein- und Ausgänge Februar 1945 – August 1949, Ausgänge Januar – September 1949
Sachakten (Landratsamt, Gemeindeversammlungen, Parteien, Organisationen)

Det. I2F2 – G-30 – S-30 – LSO Waiblingen (Repertorium S. 3093–3141)
Periodische Berichte Mai 1945 – Dezember 1948
Chronologische Serienakten August 1945 – Februar 1950, nach Korrespondenzpartnern: Mai 1946 – August 1949
Sachakten (Polizei, Berichte des Landratsamts, Arbeitsamt, Landwirtschaft, Reorientation, Wohnungswesen)
Enthält auch Berichte der Sub-Detachments I-135 (Fellbach) und I-136 (Schorndorf)

Det. I3C3 – H-50 – S-50 – LSO Backnang (Repertorium S. 3142–3150)
Periodische Berichte Mai 1945 – Mai 1947
Chronologische Serienakten August 1945 – August 1949
Sachakten (Informationskontrolle, Flüchtlinge, Landwirtschaft)

Det. I8G3 – H-53 – S-53 – LSO Leonberg (Repertorium S. 3151–3183)
Periodische Berichte Juli 1945 – September 1949
Sachakten (Instruktionen der Division an Det./LSO, Landkreisverwaltung, Recht, Gesundheitswesen, Wohlfahrt, Entnazifizierung, Wirtschaft)

Det. I6G3 – H-55 – S-55 – LSO Nürtingen (Repertorium S. 3184–3216)
Periodische Berichte April 1945 – Juli 1949
Chronologische Serienakten Oktober 1945 – Februar 1951
Sachakten (Industrie, Ernährung, Flüchtlinge)

Det I12G3 – H-58 – S-58 – LSO Vaihingen (Repertorium S. 3217–3219)
Periodische Berichte Oktober 1945 – Januar 1950
Enthält auch Berichte des Sub-Detachments I-158 (Mühlacker)

Det. I5G3 – G-25 – U-25 – LSO Göppingen (Repertorium S. 3220–3252)
Periodische Berichte Juli 1945 – Juli 1947
Chronologische Serienakten November 1945 – September 1949
Sachakten (Parteien, Landkreisverwaltung, Recht, Wohlfahrt, Erziehung, öffentliche Sicherheit, Jugend, Industrie, Ernährung, Arbeit, DPs, Medienkontrolle, Entnazifizierung)
Enthält auch Akten des Sub-Detachments I-130 (Geislingen)

Det. H1G3 / Det. F1G3 – F-11 – U-11 – LSO Ulm (Repertorium S. 3253–3268)
Periodische Berichte Mai 1945 – September 1947
Chronologische Serienakten Januar 1948 – November 1949
Sachakten (Flüchtlinge, DPs, Jugend, Ernährung, Landkreisverwaltung)
Enthält auch Akten der Sub-Detachments I-133 (Blaubeuren) und I-134 (Langenau)

Det. I1G3 – G-20 – U-20 – LSO Aalen (Repertorium S. 3269–3279)
Periodische Berichte Juni 1945 – Dezember 1949
Chronologische Serienakten Januar 1947 – November 1949
Sachakten (Industrieaufbau)

Det. I2C3 / Det. B2I2 – G-24 – U-24 – LSO Schwäbisch Gmünd (Repertorium S. 3280–3310)
Periodische Berichte Mai 1945 – April 1949
Chronologische Serienakten Januar 1947 – September 1948
Sachakten (Rundfunk, Volkshochschule, deutsche Verwaltung, Versorgung der Armee, LSO-Verwaltung, Bulletins Hq Military Sub-Post Göppingen 1949–1950, Besprechungen der 15. Constabulary Squadron März 1947 – Juni 1949, Wohlfahrt, Wirtschaft)

Det. I14G3 – G-27 – U-27 – LSO Heidenheim (Repertorium S. 3311–3384)
Periodische Berichte März 1945 – Dezember 1946
Chronologische Serienakten, teilweise nach Korrespondenzpartnern geordnet, April 1944 – Mai 1950
Sachakten (Det./LSO-Verwaltung, Sicherheitspläne für Landkreis, Parteien, Vereine, Währung, Wirtschaft, Berichte des Landratsamts August 1945 – Mai 1946, Gemeindeverwaltung, Lizenzierung der Presse, Flüchtlinge, DPs, Landwirtschaft, Industrie, Arbeitsmarkt, evakuierte Wissenschaftler aus Thüringen)

Det. H2C3 / Det. H4C3 – G-28 – H-28 – LSO Heilbronn (Repertorium S. 3385–3400)
Periodische Berichte Juli 1945 – Mai 1947
Chronologische Serienakten Juni 1947 – September 1949
Sachakten (Landkreisverwaltung, Lager für DPs, Währungsreform, Handel, Reorientation, Wohnungswesen, Jugendarbeit, Militärgerichte)

Det. I9G3 – G-22 – H-22 – LSO Crailsheim (Repertorium S. 3401–3479)
Periodische Berichte Mai 1945 – Dezember 1948
Sachakten (Entnazifizierung, Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Gemeinde- und Kreisverwaltung, Berichte des Landratsamts, Reorientation, Gesundheits- und Wohlfahrtswesen, Jugendarbeit, Schulen, Kirchen, öffentliche Sicherheit, Versorgung der Bevölkerung, Industrie, Handel, Landwirtschaft, Ernährung, Einrichtungen, bzw. Befestigungen der Wehrmacht im Landkreis)

Det. I4C3 – G-26 – H-26 – LSO Schwäbisch Hall (Repertorium S. 3489–3509)
Periodische Berichte Mai 1945 – November 1948
Chronologische Serienakten März 1945 – August 1949, Telegramme OMGWB an LSO Mai 1946 – November 1948
Sachakten (LSO-Verwaltung, Reorientation, Open Forums, Kriegsgräbererfassung)

Det. I1C3 – H-52 – H-52 – LSO Künzelsau (Repertorium S. 3510–3519)
Periodische Berichte Juni 1945 – Januar 1950
Chronologische Serienakten November 1947 – September 1949

Det I6F2 – H-54 – H-54 – LSO Bad Mergentheim (Repertorium S. 3520–3571)
Periodische Berichte Juni 1945 – November 1949

Chronologische Serienakten Mai 1945 – August 1949 (teilweise nach Korrespondenzpartnern geführt)
Sachakten (Dienststellenverwaltung, Kreis- und Gemeindeverwaltung, Wahlen, Parteien,
Gewerkschaften, Gesundheitswesen, öffentliche Sicherheit, Arbeitsmarkt, DPs, Pressezensur, Rundfunk)

Det. I2G3 – H-56 – H-56 – LSO Öhringen (Repertorium S. 3572–3573)
Periodische Berichte Juni 1945 – Mai 1947

Detachments / LSO im Landesteil Baden

Det. E-7 Office of Military Government for North Baden (mit Akten von *Det. E-7 Regional Military Government for LKB Mannheim, Det. F-17 Regional Military Government for LKB Karlsruhe)* (Repertorium S. 3574–3651)
Periodische Berichte Mai 1945 – Februar 1946
Sachakten (Reichspostdirektion Karlsruhe, Zensur der öffentlichen Medien, Energieversorgung, Aufbau der deutschen Verwaltung, Parteien, Flüchtlinge, DPs, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen, Dienststellenverwaltung, Arbeitsanweisungen, Planungen für MGO ab August 1944, Entnazifizierung, Recht, Finanzen, Wirtschaft, periodische Berichte der nachgeordneten badischen Detachments, Verwaltung der nachgeordneten Detachments)

Det. I10G3 – G-45 Military Government for Landkreis Karlsruhe, Sitz Ettlingen, mit Akten des Verbindungsoffiziers (Branch Office) in Bretten (Repertorium S. 3652–3697)
Periodische Berichte Mai – Oktober 1945
Chronologische Serienakten April – November 1945 (Standorte Bad Ischl, Bad Gastein, Ettlingen)
Sachakten (Dienstanweisungen Dezember 1944 – Juli 1945, Tätigkeit in Bad Gastein, Bezug Karlsruhes durch amerikanische Soldaten im Juli 1945, Anweisungen an den Landrat, Organisation des Detachments, Landkreisverwaltung, Bürgermeister, Berichte anderer badischer Detachments, öffentliche Gebäude in Ettlingen, Entnazifizierung, Verbindungsoffizier in Bretten)

Det. H1E2 – G-47 – K-47 – LSO Karlsruhe (Repertorium S. 3698–3861)
Aktenplan (in 12/168–1/3): Allgemeine Verwaltung
Civil Administration Team Nr. 1
Special Branch
Publication Control Branch
Theater and Music Control Branch
Economic Team Nr. 2 Trade and Industry
Periodische Berichte Mai 1945 – Dezember 1948
Chronologische Serienakten, teilweise nach Korrespondenzpartnern geordnet, Juli 1945 – Dezember 1949
Sachakten (Arbeitsanweisungen von USFET zu allen Bereichen, Organisation des Det./LSO, Anweisungen an den Landrat, Oberbürgermeister und die Bürgermeister, Wahlen, Gesetzgebung, Präsident Dr. Köhler, Justizverwaltung, Gesundheitswesen, französische Verbindungsoffiziere, Wohnungswesen, Hochschulen und Universitäten, Polizei, Schwarzmarkt, Entnazifizierung, Zensur der öffentlichen Medien, Handel, Industrie)

Det. G2E2 / Det. I13G3 – G-46 – K-46 – LSO Pforzheim (Repertorium S. 3862–3898)
Periodische Berichte Oktober 1945 – Mai 1947

Chronologische Serienakten August 1945 – Dezember 1949
Sachakten (Arbeitsanweisungen, Dienststellenverwaltung, Berichte des Landrates und von Gemeindeverwaltungen, Parteien, politische Tätigkeit, Reorientation, Schulwesen, Ernährungslage, Wohnungswesen, Jugendarbeit)

Det. I17G3 – H-87 – K-87 – LSO Bruchsal (Repertorium S. 3899–3921)
Periodische Berichte Dezember 1945 – Mai 1947
Sachakten (Landkreisverwaltung, Bürgermeisterwahlen, Klagen über US-Soldaten, Gefängnis Bruchsal, Entnazifizierung, Akten der NSDAP-Kreisleitung Bruchsal zu verschiedenen Themen)

Det. I18G3 – G-44 / Det. I2E2 – G3E2 – G-43 / G-44 – G-43 – M-43 – LSO Heidelberg (Repertorium S. 3922 – 3942)
Periodische Berichte Mai 1945 – August 1949
Chronologische Serienakten Ein- und Ausgänge Januar 1948 – Dezember 1949
Sachakten (Besprechungen bei OMGWB, Stuttgart, Amerika-Haus in Heidelberg, Polizei, Wohnungswesen)

Det. I1E2 – G1B2 – F-16 / Det. F1E2 – G-42 – M-16 – LSO Mannheim (Repertorium S. 3943–3990)
Periodische Berichte Oktober 1945 – September 1949
Chronologische Serienakten Mai 1946 – September 1949
Sachakten (Parteien, Aufbau der deutschen Verwaltung, Gewerkschaften, öffentliche Sicherheit, Handel, Recht, Polizei, Reorientation, Dienststellenverwaltung, Arbeitsanweisungen, Industrie, Akten über einzelne Firmen, Finanzen, Jugendarbeit, Landwirtschaft, Ernährung, Gemeindeverwaltung, Gesundheitswesen, Hafen, Rheinbrükken)
Enthält auch Berichte der Sub-Detachments H-88 (Feudenheim) und J-137 (Edingen)

Det. I3E2 – H-89 – M-89 – LSO Buchen (Repertorium S. 3991–4003)
Periodische Berichte Juni 1946 – August 1946
Chronologische Serienakten Juni 1946 – Dezember 1950
Sachakten (Berichte des Landrats und anderer Behörden im Landkreis, Umerziehung, Open Forums, Militärgerichte)

Det. I4E2 – H-90 – M-90 – LSO Mosbach (Repertorium S. 4004–4074)
Periodische Berichte Mai 1945 – Dezember 1946
Chronologische Serienakten Januar 1945 – Februar 1950
Sachakten (Kriegsverbrechen, Wohlfahrtswesen, Rundfunk, Arbeitsmarkt, Flüchtlinge, Parteien, Verbände, Vereine, Dienststellenverwaltung, US-Personal, Arbeitsanweisungen, Reorientation, Schulen, Jugendarbeit, Landwirtschaft, Industrie, Demontage der Goldfisch GmbH, Obrigheim)

Det. I9F2 – H-91 – M-91 – LSO Tauberbischofsheim (Repertorium S. 4075–4095)
Periodische Berichte April 1945 – Juni 1949
Chronologische Serienakten Januar 1947 – März 1948
Sachakten (Arbeitsanweisungen, Berichte von deutschen V-Männern (Investigators), dem Landratsamt und anderen Behörden im Landkreis, Parteien, Genehmigung von öffentlichen Versammlungen, Reorientation, Entnazifizierung)

Det. I16G3 – H-92 – M-92 – LSO Sinsheim (Repertorium S. 4096–4113)
Periodische Berichte Juni 1945 – August 1946
Chronologische Serienakten Juni 1947 – September 1949

Sachakten (Übertragung der Verwaltung über Bad Wimpfen von Det. G-31 LK Bergstraße auf Det. H-92, Parteien, Flüchtlinge, Militärgerichtshöfe, deutsche Gerichte) Enthält auch Unterlagen über die Verwaltung der Enklave Bad Wimpfen

Im Anhang des Repertoriums sind sowohl die für die Versendung der Akten nach USA angefertigten Listen Nr. 1–228 für Shipment 12 aufgeführt als auch das General Inventory of Records for Office of Military Government (US) in occupied Germany. Part I, Administration Files, March 1953; Part II, Denazification Files, March 1953. Kansas City Records Center. Filmkopien davon befinden sich im Hauptstaatsarchiv Stuttgart.

Office of Military Government for Bremen

Von

Andreas Röpcke

A. Historischer und verwaltungsgeschichtlicher Überblick*

Vorbemerkung: Bei den Functional Histories wird in den Anmerkungen auf Angabe des Fundorts verzichtet. Hier eine detaillierte Beschreibung der Functional Histories:

Functional History of Military Government – Bremen Enclave
27.4.1945–30.6.1946
Part I: 487 S. (6/48–2/5)
Part II. 120 Appendices (6/48–2/6)

Functional History of Military Government in Land Bremen
1.7.1946–30.6.1947
Part I: 270 S. (6/50–2/1)
Part II: 94 Appendices (6/50–2/2)

Annual Functional History of Military Government in Land Bremen
1.1.1948–31.12.1948
Part I: 220 S. (6/51–2/9)
Part II: 70 Appendices (6/51–2/10)

Functional History of Military Government in the Bremen Enclave
26.4.1945–30.9.1945
Part I: 176 S. (6/48–2/1)
Part II: ca 40 Appendices (6/48–2/2)

Functional History of Military Government in the Bremen Enclave
1.10.1945–10.12.1945
Part I: 164 S. (6/48–2/3)
Part II: 40 Appendices (6/48–2/3)

Functional History of Military Government in the Bremen Enclave
10.12.1945–31.1.1946
Part I: 201 S. (6/48–2/8)
Part II: 81 Appendices (6/48–3/1)

Bremen Enclave, Functional History of Operations in the Military Government
1.2.1946–31.3.1946
Part I: 173 S. (6/48–3/2)
Part II: 52 Appendices (6/48–3/3)

Functional History of Military Government in the Bremen Enclave
1.7.1946–31.8.1946
Part I: 160 S. (6/48–3/6)
Part II: 48 Appendices (6/48–3/7)

---

* Dieser Teil wurde in gekürzter Form bereits veröffentlicht unter dem Titel: Entstehung, Status und Verwaltung der amerikanischen Enklave Bremen. In: Bremisches Jahrbuch 66 (1988), S. 423–452. Das Manuskript für den Abschnitt Bremen wurde 1989 abgeschlossen. Jüngere Neuerscheinungen konnten nicht mehr in den Text eingearbeitet werden.

Functional History of Military Government in the Bremen Enclave
1.9.1946–31.12.1946
Part I: 340 S. (6/49–1/1)
Part II: 133 Appendices (6/49–1/2)

Functional History of Military Government in the Bremen Enclave
1.1.1947–31.3.1947
Part I: 249 S. (6/49–1/5)
Part II: 102 Appendices (6/49–2/4)

Functional History of Military Government in Land Bremen
1.7.1947–30.9.1947
Part I: 170 S. (6/49–3/1)
Part II: 55 Appendices (6/49–3/3)

Functional History of Military Government in Land Bremen
1.10.1947–31.12.1947
Part I: 161 S. (6/49–3/4)
Part II: 73 Appendices (6/49–3/8)

Functional History of Military Government in Land Bremen
1.1.1948–31.3.1948
Part I: 145 S. (6/49–3/10)
Part II: 39 Appendices (6/49–3/11)

1. Die Entstehung der Bremer Enklave

Im September 1944 war der Gedanke eines amerikanischen Kontrollgebietes an der Unterweser Sprungstein über den Graben britisch-amerikanischer Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Besatzungszonen im Nachkriegsdeutschland. Mit der „Bremer Klausel" als Ergänzung zum Londoner Zonenprotokoll konnte eine zwölfmonatige Kontroverse der beiden Westalliierten beendet werden, doch barg der Kompromiß in sich Stoff für neue Differenzen. Um die Hintergründe der amerikanischen Präsenz an der Unterweser deutlich zu machen, ist es erforderlich, diese Auseinandersetzungen hier in groben Zügen darzustellen.[1]
Als Präsident Franklin D. Roosevelt und Premierminister Winston Churchill im August 1943 den unter rein militärischen Gesichtspunkten entwickelten Invasionsplänen OVERLORD und RANKIN ihr Plazet erteilt hatten, war eine schließlich maßgebliche Vorentscheidung über die künftigen Besatzungszonen gefallen, ohne daß sich der amerikanische Präsident dessen bewußt gewesen wäre. Beide Pläne sahen den Einsatz der amerikanischen Verbände auf dem rechten, der britischen auf dem linken Flügel der Invasionsarmee vor. RANKIN bestimmte ferner, daß bei einem plötzlichen Kollaps der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland die Briten in den nordwestlichen, die Amerikaner in den südwestlichen Teil Deutschlands vorstoßen und diese „Sphären" besetzen sollten. Ein von britischer Seite aus RANKIN entwickeltes Papier sah die Benelux-Länder, Dänemark und Norwegen samt Nordwestdeutschland in der britischen Sphäre, während Frankreich und Österreich mit dem deutschen Süden der amerikanischen Sphäre zugerechnet wurden.

[1] Dieser Abschnitt fußt, wenn nicht anders angemerkt, auf Sharp: Wartime Alliance, bes. Kap. II–IV.

Dieses Papier diskutierte Roosevelt mit seinen Beratern am 19. November 1943 auf dem Weg zur Kairoer Konferenz. Es paßte ihm nicht. Er wollte die Vereinigten Staaten nicht in die Nachkriegsprobleme Frankreichs verstrickt sehen – das sei eine britische Aufgabe – und stieß sich an den langen Versorgungslinien für die in Süddeutschland stationierten Truppen, die wiederum durch Frankreich führen würden. Die Vereinigten Staaten sollten vielmehr Nordwestdeutschland besetzen und die Häfen in Hamburg und Bremerhaven für sich nutzen ebenso wie die in Dänemark, Norwegen und vermutlich den Niederlanden. Damit war der Konflikt programmiert.

Das Thema kam zwischen Churchill und Roosevelt erst auf der zweiten Kairoer Konferenz Anfang Dezember 1943 zur Sprache. Beide brachten zum Ausdruck, daß sie gern den deutschen Nordwesten hätten. Ein von amerikanischer Seite erarbeitetes Memorandum erklärte, daß der Seitenwechsel militärisch kein unübersteigbares Hindernis sei und nahm die Nordwestzone für die USA in Anspruch. Churchill und sein Außenminister Anthony Eden nahmen diese Forderung am 6. Dezember 1943 mit begreiflicher Zurückhaltung zur Kenntnis.

Von der Moskauer Außenministerkonferenz war die Europäische Beratende Kommission (EAC) in London 1943 unter anderem mit der Aufgabe betraut worden, die Besatzungszonen der drei Großmächte auszuhandeln. Amerika wurde durch Botschafter John G. Winant vertreten, die Sowjetunion durch Botschafter Fedor T. Gousev und Großbritannien durch Sir William Strang vom Foreign Office. Von britischer Seite wurde am 15. Januar 1944 ein Vorschlag zur Einteilung der Besatzungszonen eingebracht, der weiterhin den Briten den Nordwesten, den Amerikanern den Süden Deutschlands zuwies. Die vorgeschlagene Grenze zur Ostzone entsprach mit geringen Änderungen der innerdeutschen Grenze, wie sie bis zur Wiedervereinigung bestand. Die Reaktion der Sowjets im Februar 1944 zeigte, daß der Vorschlag weitgehend ihren Vorstellungen entsprach. Von amerikanischer Seite jedoch wurde der Anspruch auf den Nordwesten erneuert mit dem Hinweis, daß dadurch die Rückführung der amerikanischen Truppen erleichtert würde. Das akzeptierten die Briten nicht als ausreichenden Grund für eine Veränderung der bisherigen Planung. Roosevelt erklärte sich gegenüber einem Mitglied der amerikanischen Delegation im April 1944 zwar bereit, die vorgeschlagene Grenze zur Ostzone anzuerkennen, beharrte aber weiterhin auf dem Nordwesten, so daß die Londoner Verhandlungen festsaßen. Die EAC wandte sich zunächst anderem zu, griff aber Anfang Juni das Zonenthema wieder auf und stellte bis Ende des Monats den Entwurf eines Zonenprotokolls fertig, in dem die Zuweisung der beiden beschriebenen Westzonen jedoch offengelassen war. Nach anfänglicher Weigerung der Sowjets, ein solches unfertiges Dokument zu unterzeichnen, kam es am 12. September 1944 doch noch zur Unterschrift der drei Verhandlungsführer in der EAC.

Inzwischen hatte es nicht an Versuchen gefehlt, Roosevelt zum Einlenken zu bewegen. Außenminister Edward R. Stettinius hatte ihm Ende Juli vorgeschlagen, doch den Süden zu nehmen, wenn dafür die Briten die Verantwortung für Frankreich, Italien und den Balkan übernähmen und die Vereinigten Staaten an Nutzung und Kontrolle der Häfen der Nordwestzone teilhaben ließen. Ohne Erfolg. Am Tage der Unterzeichnung des Londoner Protokolls, am 12. September 1944, erklärten sich die amerikanischen Stabschefs (Joint Chiefs of Staff) mit der Südwestzone einverstanden, sofern Vereinbarungen über die Nutzung der norddeutschen Häfen getroffen werden könnten. Die Klärung der Frage blieb jedoch einem persönlichen Gespräch auf höchster Ebene vorbehalten, das am 15. September in Quebec während der Octagon-Konferenz stattfand. Roosevelt gab nach, laut Churchill überzeugt von militärischen Gesichtspunkten und „subject to the United States armies having a near-by direct outlet

to the sea across the British zone".[2] In einem Gespräch der Admirale Ernest J. King und Andrew Cunningham am selben Tag erklärte King, daß die US Navy die Häfen übernehmen werde, die sie nutzen müsse, d. h. sie werde einen Hafendirektor und entsprechendes Personal stellen. Ein ausgeklügeltes Gebilde wolle er nicht.[3] Der Sitzung der amerikanischen Stabschefs am kommenden Tag (16. September 1944) lag ein Memorandum von Admiral William D. Leahy vor, in dem die neu festgelegte britische und amerikanische Zone beschrieben und die Notwendigkeit des Zugangs zu den Seehäfen und des Transits durch die britische Zone dargelegt wurden. General George C. Marshall hielt es für besser, in der Hafenfrage zu spezifizieren und einen bestimmten Hafen zu nennen, der von den Vereinigten Staaten kontrolliert werden würde. Admiral King pflichtete ihm bei und brachte Bremen und Umgebung in Vorschlag.[4] Marshall formulierte daraufhin für das Memorandum den zusätzlichen Absatz: „Control of the port of Bremen and the necessary staging areas in that immediate vicinity will be vested in the commander of the American zone".[5] Dies war die Geburtsstunde der Bremer Enklave. Sie war der Zucker, mit dem Roosevelt die bittere Medizin des Verzichts auf die von ihm favorisierte Nordwestzone zu schlucken hatte.

Bei einem Treffen mit den britischen Kollegen am selben Tag erläuterte Admiral King, daß die amerikanische Kontrolle des Hafens Bremen die Kontrolle eines geeigneten Gebietes zur Vorbereitung und Abwicklung der Transporte einschließen müßte. Der britische Admiral Cunningham stimmte zu und schlug außerdem vor, das flußabwärts gelegene Bremerhaven hinzuzunehmen. Diese Ergänzung wurde in das Memorandum aufgenommen, das dann auch die Billigung von Roosevelt und Churchill fand. Die genaue Abgrenzung der britischen und amerikanischen Kontrollgebiete wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Damit war, wie eingangs erwähnt, der Streit um den deutschen Nordwesten begraben, doch bestand, wie sich bald zeigte, über die Ausdeutung der Kompromißformel kein Einvernehmen. Was hatte man sich unter dem Begriff „control" vorzustellen? Waren mit „ports" die Hafenanlagen oder die Hafenstädte gemeint?

Im am 19. September 1944 tagenden amerikanischen Joint Logistics Committee wurde der Vorschlag gemacht, das Land Bremen mit den Städten Bremen und Bremerhaven für die USA zu fordern.[6] Winant telegraphierte am 3. Oktober an das State Department, man sei sich unsicher, wie „control of the ports of Bremen and Bremerhaven" zu verstehen sei – als (a) Kontrolle der Transporteinrichtungen bei ansonsten britischer Militärregierung, oder (b) Verantwortung für die Militärregierung, was eine Umschreibung des betreffenden Gebietes nötig machen würde. Winant hielt Lösung (a) für praktisch und nützlich und sah andernfalls Schwierigkeiten voraus. Für die amerikanischen Stabschefs aber war die Sache klar: akzeptabel sei nur die ausschließliche Kontrolle durch einen amerikanischen Kommandeur, der auch die Verantwortung für

---

[2] Churchill: Triumph and Tragedy, S. 510. Als weiteres Motiv wurde von Konferenzteilnehmer Morgenthau genannt, daß damit die Briten als Besetzer von Ruhr und Saar die Hauptlast der Umsetzung des gerade beschlossenen Morgenthau-Planes zu tragen hätten; siehe Foreign Relations, Malta and Yalta 1945, S. 136 f.

[3] „Admiral King said that the US Navy would take over such ports as they were using, providing a Port Director and staff. However, he did not want any elaborate organization set-up" (Foreign Relations, Quebec 1944, S. 353; StA Bremen 16,1/3–1).

[4] Wohl weil am nächsten zu Kassel, dem nördlichen Zipfel der amerikanischen Zone, gelegen.

[5] Foreign Relations, Quebec, S. 373; für das folgende ebenda, S. 375 und 392 sowie StA Bremen 16,1/3–1.

[6] Ebenda.

die Militärregierung haben müßte.[7] Das Joint Logistics Committee empfahl in einem am 8. Oktober 1944 vorgelegten Bericht die Einbeziehung in die amerikanische Zone und schlug als Areal das Land Bremen, Stadt und Landkreis Wesermünde sowie die Landkreise Osterholz und Wesermarsch vor.[8] Der Vorschlag fand Eingang in das Memorandum vom 5. November 1944, in dem die Joint Chiefs of Staff den britischen Partnern ihre Vorstellungen über den Verlauf der Zonengrenzen näher darlegten.[9] In der EAC vorgetragen, stießen die amerikanischen Wünsche sofort auf britische Bedenken.

Um nun die beschlossenen Änderungen möglichst rasch im Zonenprotokoll zu verankern (man fürchtete neue Komplikationen durch das Auftauchen eines französischen Delegierten bei der EAC), bot der US-Delegierte eine Interimslösung für die Bremen-Frage an, die beide Optionen offen hielt. Die Briten akzeptierten, und es kam am 14. November 1944 zur Unterzeichnung des revidierten Zonenprotokolls. Nach der Beschreibung der Südwestzone wurde eingefügt:

„For the purpose of facilitating communications between the South-Western Zone and the sea, the Commander-in-Chief of the United States forces in the South-Western Zone will

(a) exercise such control of the ports of Bremen and Bremerhaven and the necessary staging areas in the vicinity thereof as may be agreed hereafter by the United Kingdom and United States military authorities to be necessary to meet his requirements;
(b) enjoy such transit facilities through the North-Western Zone as may be agreed hereafter by the United Kingdom and United States military authorities to be necessary to meet his requirements."[10]

Diese Interimslösung, die eine Festlegung bewußt vermeiden und künftigen Verhandlungen überlassen sollte, findet sich Wort für Wort wieder in der endgültigen Fassung des Zonenprotokolls vom 26. Juli 1945. Ein Vierteljahr nach Beginn der Besatzungsverwaltung war der Status der Amerikaner in ihrem Kontrollgebiet an der Unterweser also weiterhin ungewiß.

Roosevelt stimmte dem revidierten Zonenprotokoll am 4. Dezember 1944 zu, die Briten ratifizierten es am 5. Dezember, doch die förmliche Ratifizierung seitens der Amerikaner blieb aus. Sie sollte, wie aus Washington verlautete, erst erfolgen, wenn eine akzeptable Formel für das Kontrollgebiet um Bremen und die Transitrechte gefunden sei. Dieses Zögern konnte das ganze Zonenprotokoll in Gefahr bringen. Winant warnte aus London dringend davor, den ganzen Komplex neu aufzurollen. Um wenigstens noch vor der Konferenz von Jalta zu einer Lösung zu kommen, setzte sich John J. McCloy am 5. Januar 1945 im War Department mit den britischen Vertretern Lord Halifax und Gordon Macready zusammen und erarbeitete eine Kompromißformel, die noch am selben Tag nach London durchgegeben wurde.[11] Bei ihrer Annahme durch die Briten stünde einer Ratifizierung des Zonenprotokolls nichts mehr im Wege. Während das Foreign Office Zustimmungsbereitschaft signalisierte, meldeten die Militärs in einigen Punkten Vorbehalte an und erbaten eine Bestätigung ihrer Auslegung.[12] Das Drängen auf eine Einigung im Vorfeld der Konferenzen blieb vergeblich.

---

[7] Ebenda, Schreiben vom 4.10.1944.
[8] Ebenda, JLC 196/3, auch JLC 196/4 vom 9.10.1944.
[9] StA Bremen 16,1/3–2, CCS 320/29.
[10] Foreign Relations, Malta and Yalta 1945, S. 122f.
[11] Ebenda, S. 198.
[12] Ebenda, S. 199f.

Bei einem Treffen der beiden Außenminister auf Malta am 1. Februar 1945 kam das Problem zur Sprache. Stettinius und Eden waren sich einig, daß die Zustimmung der Sowjets zum Zonenprotokoll von großer Bedeutung sei. So, wie sich die militärische Lage entwickelte, mochte die Sowjetunion das Interesse an der gefundenen Regelung verlieren und sich einfach nehmen, was sie bekommen konnte. Die im Zusammenhang mit Bremen und Bremerhaven noch offenen Fragen bedürften daher einer raschen Klärung. Sie wurde bereits beim Mittagessen mit Armeegeneral Marshall und Feldmarschall Sir Alan Brooke herbeigeführt, so daß umgehend die Zustimmung der amerikanischen Regierung zum revidierten Zonenprotokoll nach London telegraphiert werden konnte.[13]

Der sowjetische Delegierte bei der EAC gab die Zustimmung seiner Regierung zum Zonenprotokoll am 6. Februar 1945 bekannt, nachdem am Vortag Roosevelt und Churchill Stalin in Jalta darauf angesprochen hatten.

An diesem 5. Februar beschäftigten sich in Jalta auch die amerikanischen Stabschefs erneut mit den Problemen des Bremer Kontrollgebietes. Marshall wehrte sich gegen ein ins einzelne gehendes Abkommen. Nun, da über die große Linie entschieden sei, könnten Details den örtlichen Befehlshabern überlassen bleiben. Probleme, die aus überlappenden Hoheitsrechten entstünden, könnten zu gegebener Zeit den Combined Chiefs of Staff vorgelegt werden.[14] Der Text, auf den man sich am kommenden Tag mit den britischen Kollegen abschließend verständigte, dokumentiert, daß man die Probleme zwar nicht gelöst hatte, aber vom Tisch haben wollte.[15] Andere sollten später sehen, wie sie zurechtkamen. Immerhin, eine Enklave vollständig unter amerikanischer Kontrolle sollte es geben – in diesem Punkt hatten sich die USA durchgesetzt. Eine Eingliederung in die amerikanische Zone erfolgte jedoch nicht, sondern die Militärregierung der Enklave sollte entsprechend den Grundlinien der Politik der britischen Zone geführt werden. Wie das in der Praxis funktionieren sollte – darüber, wie gesagt, sollten andere sich Gedanken machen. Das für die Enklave abgegrenzte Gebiet entsprach im übrigen der bereits Anfang Oktober 1944 vom Joint Logistics Committee vorgelegten Empfehlung: Land Bremen einschließlich Bremerhaven, Stadt und Landkreis Wesermünde, dazu rechts der Weser Landkreis Osterholz-Scharmbeck und links der Weser der Landkreis Wesermarsch.

---

[13] Ebenda, S. 498 f.

[14] Ebenda, S. 637 f.; Sharp: Wartime Alliance, S. 113.

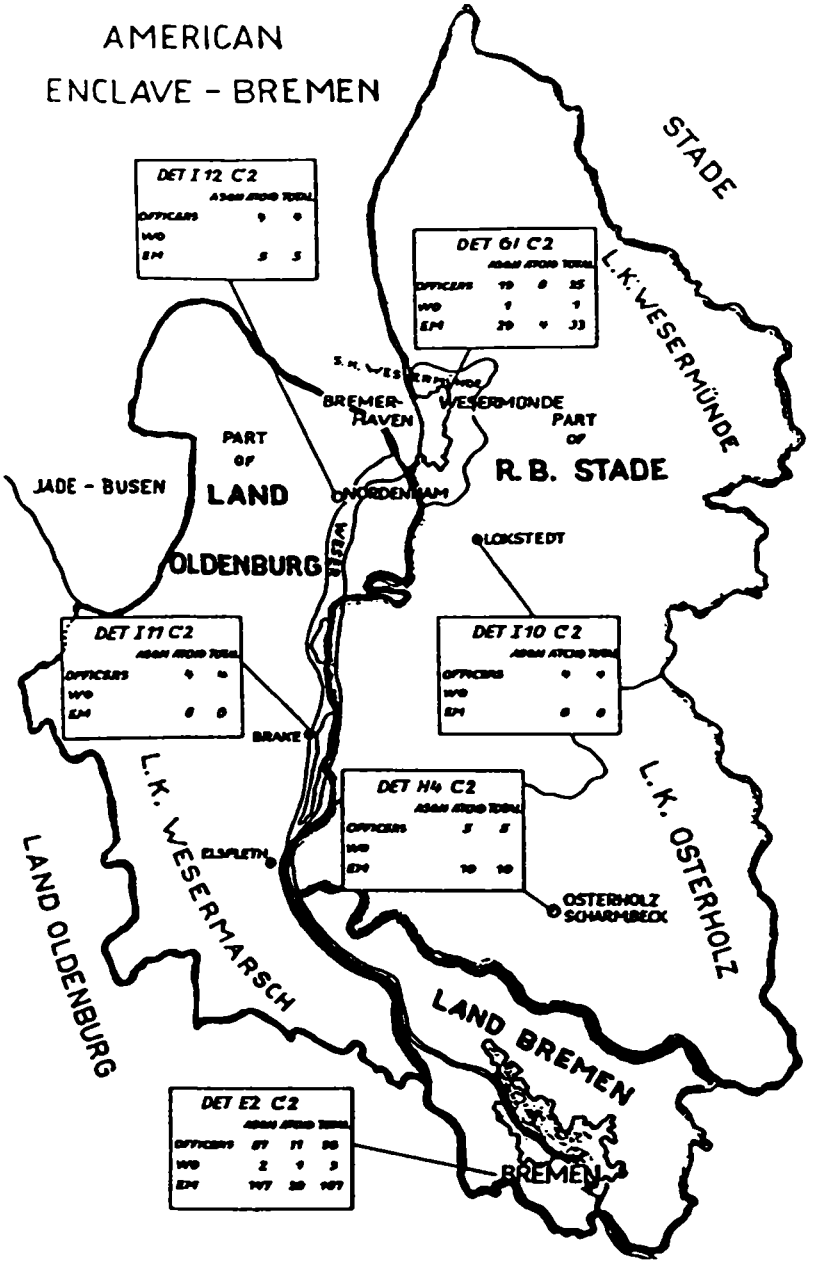
[15] Der nachstehend wiedergegebene Wortlaut der Vereinbarung ist gedruckt in Foreign Relations, Malta and Yalta 1945, S. 639, die darin genannte Karte der Enklave ebenda, nach S. 200; siehe auch Übersicht 1.

„The Bremen Enclave

1. The Bremen and Bremerhaven enclave as shown on the attached map will be under complete American control including military government and responsibility for disarmament and demilitarization. It is understood that the American military government will conform to the general policies pursued in the administration of the British zone subject always to the right of the American commander to vary the administration of the enclave in any particular that he may find necessary on military grounds.

2. The U. S. interest in transit passage from the Bremen area to the southwestern zone is so dominant and the British interest in possible movement through the American zone to Austria so evident that obligation to carry stores and personnel for the one government through the zone controlled by the other is mutually recognized. To better achieve responsive service, each military zone commander will accept a Deputy Controller for (United States/British) requirements of Movement and Transport from the other to assist in the coordination of the movement and transport involved in such essential traffic."

Übersicht 1: Enklave Bremen und Bremerhaven



Die aus heutiger Sicht erstaunliche Tatsache, daß die amerikanische Diplomatie sich bei den Verhandlungen um die Besatzungszonen 1944 wesentlich intensiver um den Zugang nach Bremen bemühte als um den Zugang nach Berlin, ist treffend damit erklärt worden, daß es der amerikanischen Führung nach Beendigung des Krieges in Europa nicht so sehr um Zugangsrechte, sondern vielmehr um einen Ausgang aus Europa gegangen sei.[16] Und den sollte die Bremer Enklave bieten. Wenn derselbe amerikanische Historiker jedoch die Enklave als „ein kurzlebiges Denkmal anglo-amerikanischer Streitlust während der Kriegszeit" charakterisiert,[17] so mag das für Statusfragen und ihren territorialen Bestand zutreffen – übersehen wird dabei aber die fundamentale Bedeutung der Enklave für das Wiedererstehen eines selbständigen Landes Bremen nach dem Zusammenbruch 1945.

Exkurs: Territoriale Probleme der Enklave

a) Hemelingen, Mahndorf und Bremerhaven

Mit der Entscheidung für eine voll verantwortliche amerikanische Militärregierung im Kontrollgebiet hatte sich die Notwendigkeit der Abgrenzung von der britischen Zone ergeben. Die Grenzen der Enklave wurden von den amerikanischen Planern auf einer Karte festgehalten, die dann ausdrücklich Bestandteil des Abkommens von Jalta wurde, ein Vertragsdokument also.[18] Diese Karte nun gibt die Bremer Landesgrenzen nicht nach dem seinerzeit aktuellen Stand wieder, sondern stellt den Zustand vor der Vierten Verordnung über den Neuaufbau des Reichs vom 28. September 1939 dar. Folglich liegen die Bremen am 1. November 1939 eingegliederten Ortschaften Hemelingen und Mahndorf am südöstlichen Stadtrand außerhalb der Enklave, und Bremerhaven besteht noch als eigene Stadt, während nach dem aktuellen Stand Bremerhaven in Wesermünde aufgegangen war und nur noch das zur Stadt Bremen eingemeindete Überseehafengebiet die Bezeichnung Bremerhaven trug.[19] Das war geeignet, Verwirrung zu stiften, und hat es auch getan, zumal nach dem Zonenprotokoll die deutschen Grenzen nach dem 25. Juni 1941 maßgeblich waren. In der Praxis ist man dann ohne viel Aufhebens von der vorgegebenen Bremer Landesgrenze ausgegangen, nicht von der in Jalta vertraglich festgelegten. Der Direktor der Bremer Militärregierung erklärte auf Anfrage der Zentrale am 12. September 1945 lapidar, er habe die maßgebliche Karte noch nie gesehen.[20] In Bezug auf Bremerhaven gab es in der Folge eine Panne beim britisch-amerikanischen Abkommen über die Militärregierung in der Bremer Enklave vom 10. Dezember 1945. Es knüpfte an den Wortlaut des Zonenprotokolls an, um dann festzulegen, daß die Militärregierung in der Enklave, abgesehen von Bremen und Bremerhaven, an die Briten zu übergeben sei.[21] Da wichtige amerikanische Versorgungseinrichtungen in Wesermünde stationiert waren, setzte sich der amerikanische Kommandeur, General Harry B. Vaughan, mit dem britischen Befehlshaber in Hannover, Brigadier J. Lingham in Verbindung und erwirkte das Zugeständnis, daß die Stadt Wesermünde unter amerikanischer Kontrolle verbleiben solle. Eine entspre-

[16] Ziemke: Occupation of Germany, S. 126.
[17] Ebenda, S. 125.
[18] Siehe Anm. 15 und Übersicht 1.
[19] RGBl. 1939 I, S. 2041; Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte, S. 57.
[20] AG 1945–46/13A/5.
[21] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, II. Appendix 6a; OMGBR: Functional History 1.10. – 10.12.1945, II. Appendix 6, bzw. OMGBR: Functional History 10.12.1945–31.1.1946, II, Appendix 1; abgedruckt in Pollock u. a.: Germany under Occupation, S. 121.

chende schriftliche Abmachung wurde mit der Bitte um Zustimmung nach Berlin geschickt, wo sich herausstellte, daß es in der Tat in der Absicht der Verhandlungspartner gelegen hatte, die zum Hafen gehörende Stadt unter amerikanischer Kontrolle zu belassen. Man war jedoch der Meinung gewesen, Wesermünde gehöre zu Bremerhaven. Die Nachbesserung des Abkommens ging am 15. Januar 1946 glatt über die Bühne.[22]

b) Delmenhorst

Delmenhorst gehörte nie zur Bremer Enklave. Da immer wieder, auch in seriösen Publikationen, das Gegenteil behauptet wird,[23] müssen diesem Irrtum ein paar Sätze gewidmet werden. Er taucht erstmals bereits bei den Verhandlungen um das amerikanische Kontrollgebiet an der Unterweser im Winter 1944 auf. Unter den britischen Einwänden gegen die Enklavenpläne befand sich im Dezember auch der Hinweis auf das Flughafenbereichskommando in Delmenhorst, dessen Kontrolle durch die Amerikaner nicht wünschenswert sei, was von den Amerikanern kühl mit dem Hinweis gekontert wurde: „There appears to be no problem here, since Delmenhorst is not situated within the proposed U.S. controlled area, as may be seen by reference to the map".[24] Die in Jalta am 6. Februar 1945 gefaßten Beschlüsse über die Enklave hatten das zuständige Detachment noch nicht erreicht, als es Ende April in Bremen einrückte. Der in der Vorbereitungszeit an der Basis erarbeitete und im März auf verschiedenen Ebenen abgestimmte Einsatzplan sah die Stationierung eines amerikanischen Detachments in Delmenhorst vor.[25] In der rückschauenden Berichterstattung heißt es dazu, man sei um eine Stellungnahme gebeten worden und habe die Einbeziehung von Delmenhorst in die Enklave befürwortet, darauf jedoch keine Antwort mehr erhalten. Erst der Operationsplan der im Mai einrückenden amerikanischen 29. Infanteriedivision habe Klarheit darüber geschaffen, daß Delmenhorst *nicht* zur Enklave gehörte.[26]

Auf die verschiedenen Pläne zur Erweiterung oder Verkleinerung der Enklave, die in den kommenden 18 Monaten diskutiert wurden, kann und braucht hier nicht eingegangen werden. Bei den entscheidenden Gesprächen 1946 zwischen Austen Albu und Henry Parkman über die zukünftige Gestalt des Landes Bremen ist eine Variante unter Einschluß von Delmenhorst und den Landkreisen Hoya und Verden durchgespielt und verworfen worden.[27] Die Generäle Lucius D. Clay und Brian Hubert Robertson, die aus dem Arbeitsergebnis von Parkman und Albu ein Abkommen ent-

---

[22] OMGBR: Functional History 1.10. – 10.12.1945, I, S. 2f.; OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, II, App. 6b und 6c.

[23] Z. B. Wulff: Im Jahrfünft, S. 10; Peters: Zwölf Jahre Bremen, S. 41; Zuversicht und Beständigkeit, S. 136; Müller: Wider die hannoverschen Schrullen, S. 167; Kloos: Bremer Lexikon, S. 97; Kleines Bremer Lexikon, in: Kurier am Sonntag, 8.1.1984, S. 13.

[24] StA Bremen 16,1/3–4, JLC 196/15.

[25] 6/125–3/24.

[26] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 27f. Die Planungsabteilung der Air Force ACOS A-3 unternahm am 15.3.1945 noch einen Vorstoß, Delmenhorst in die Enklave einzubeziehen, weil der dortige Flugplatz für die US-Truppen benötigt würde. G-5, SHAEF, unterstützte im Antwortschreiben vom 23.3. das Ansinnen grundsätzlich, gab jedoch zu bedenken, daß die Frage den Combined Chiefs of Staff vorgetragen werden müsse, da diese die Grenze festgelegt hätten (5/358–3/9 und AGTS 8/11).

[27] 6/95–2/26. Parkman war Leiter der Civil Administration Division, OMGUS, Albu vertrat die britischen Interessen.

wickelten, bewiesen – wie schon im Vorjahr im Falle Bremerhavens – in topographischen Fragen keine glückliche Hand: Die Formulierung in Absatz i) „Großbritannien behält die Verantwortung für die Verwaltung der Militärregierung in dem Teil der Enklave, der beim Lande Niedersachsen bleibt, nämlich die Landkreise Wesermünde, Osterholz und Wesermarsch und der Stadtkreis Delmenhorst" kann, ja muß den irrigen Eindruck erwecken, Delmenhorst habe bis dahin zur Enklave gehört. Das Abkommen ist in einer Sonderausgabe des Weser-Kurier am 23. Januar 1947 veröffentlicht worden. Wilhelm Kaisen hat es in einer Bürgerschaftsrede am 30. Januar 1947 verlesen, die bald darauf in einem Buch publiziert wurde,[28] und es hat natürlich Eingang in die Bremer Senatsakten gefunden: In einer Ausarbeitung „Wichtige Daten über die Bremer Enklave" wird gerade dieser fehlerhafte Passus der Vereinbarung referiert.[29] Hier dürfte die bislang nicht auszutrocknende Quelle des Irrtums liegen.

2. Besetzung und spezifische Probleme der Besatzungsverwaltung (1945)

Die Detachments E2C2 und G1C2, die für die Militärregierung in Bremen und Wesermünde vorgesehen waren, wurden am 27. Januar 1945 in Romilly (Frankreich) aufgestellt – zu einem Zeitpunkt also, als auf der obersten Ebene noch gar nicht endgültig entschieden war, ob es überhaupt eine Enklave mit amerikanischer Militärregierung an der Unterweser geben sollte.[30] Die Detachments rückten noch am selben Tag in ihr Trainingsquartier in St. Savine bei Troyes ein, wo sie sich bis zum 5. April auf ihren Einsatz vorbereiteten. Dann erfolgte der Aufbruch. Bei Enschede traf man mit britischen Einheiten zusammen, in deren Gefolge sich der Vormarsch Richtung Bremen vollzog. Am 19. April wurde Quartier in der Jugendherberge Pestinghausen bei Syke bezogen, um dort die Einnahme der Stadt abzuwarten. Eine Vorausabteilung folgte dem Angriff der 52. Lowland Division auf dem Ostufer der Weser und gelangte am 26. April gegen Mittag ins Zentrum der Stadt. Zusammen mit dem britischen Obersten Lambert suchte Lt.Col. Bion C. Welker, Kommandeur des Detachments E2C2, das Polizeipräsidium auf, während sein Executive Officer Joseph W. Shamel auf Quartiersuche ging. Lambert setzte den amtierenden Bürgermeister Richard Duckwitz ab und übertrug das Amt vorläufig dem Polizeipräsidenten Generalmajor Johannes Schroers, Parteigenosse seit 1932, Beisitzer im Volksgerichtshof seit 1935 und SS-Brigadeführer seit 1942, der allerdings schon am 30. April den Bürgermeistersessel wieder räumen und seinen Weg in ein Internierungslager antreten mußte.[31] Shamel hatte inzwischen als Hauptquartier der Militärregierung das Gebäude Contrescarpe 22/23 ausgewählt, in dem heute der Senator für Inneres residiert. Quartiere für Offiziere und Mann-

[28] Kaisen: Bereitschaft und Zuversicht, S. 86 f.

[29] StA Bremen 3-B.10.a.Nr.2 [1], Bd. 1.

[30] Das folgende nach OMGBR: Functional History 27.4.1945–30.6.1946, I, S. 1 ff. Eine gründliche Darstellung der letzten Kampfhandlungen bis zur Kapitulation liefert Schwarzwälder: Kampf um Bremen, Kap. I und II, sowie ders.: Das Ende an der Unterweser, Kap. II. Für die Zeit danach fehlt eine umfassende Studie. Heranzuziehen sind vor allem Brandt: Antifaschismus und Arbeiterbewegung, S. 68 ff.; Adamietz: Das erste Kapitel; Zuversicht und Beständigkeit, S. 74 ff.; ferner die Examensarbeiten von Buchholz: Wiederaufbau in Bremen und Wenzlau: Entstehungsgeschichte; für Bremerhaven Scheper: Bremerhaven, S. 345 ff.

[31] Schwarzwälder: Kampf um Bremen, S. 103 f.

schaften wurden später in der unmittelbaren Nachbarschaft requiriert.[32] Am darauffolgenden Tag rückte das Detachment ein. Am 27. April 1945 um 11 Uhr begann in Bremen offiziell die Besatzungszeit.

Während an den ersten beiden Tagen noch der britische Verbindungsoffizier, Oberstleutnant Kennedy, das Kommando führte, konnte sich Welker vom 29. April an als Chef der Militärregierung in Bremen fühlen, direkt unterstellt dem britischen Divisionskommandeur Generalmajor Edmund Hakewell-Smith. Um den 1. Mai herum überschritt eine kleine Gruppe unter Major Harold R. Bechtel die Lesum und errichtete in der Vegesacker Polizeistation ihr Hauptquartier.[33] Wesermünde wurde am 7. Mai kampflos eingenommen. Eine Vorausabteilung des Detachments G1C2 hatte die Pestalozzischule, den Amtssitz des Oberbürgermeisters, als Hauptquartier ausgesucht, von dem aus die Regierungsverantwortung am 8. Mai 1945 übernommen wurde. Quartier fanden die Offiziere in der Hafenstraße 36, die Mannschafen in der Wiener Straße, wo auch die Messe eingerichtet wurde.[34]

Die Zuständigkeit für die militärische Sicherheit in der Enklave ging am 20. Mai 1945 offiziell von den Briten auf die nachgerückte 29. Infanteriedivision über.[35] Etwa zum gleichen Zeitpunkt wurde klar, daß für die Verwaltung der Enklave weitere Detachments zu bilden und schwerpunktmäßig zu stationieren waren. Bis zum Monatsende waren Detachments für Osterholz-Scharmbeck, Brake und den Landkreis Wesermünde formiert und an der Arbeit. Im Juni erhielt der Landkreis Wesermarsch ein zweites Detachment in Nordenham.[36]

Die Vertreter der Militärregierung hatten es schwerer als andernorts, wo man wenigstens die vorhandenen Behördenstrukturen und eingespielte Verwaltungsabläufe nut-

---

[32] Nach dem Telefonverzeichnis vom 1.3.1946 wohnten die Mannschaftsdienstgrade in den Häusern Contrescarpe Nr. 17, 34 und 35, die Offiziere in den Häusern Kohlhökerstr. Nr. 26, 44, 45, 46, 47, 48, Rutenstr. Nr. 3, 7, 29, Contrescarpe Nr. 15 und 18.

[33] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 8f.; Vegesack lag noch am 3. Mai unter leichtem Artilleriebeschuß und wurde erst nach dem 5. Mai von britischen Truppen besetzt (siehe Schwarzwälder: Kampf um Bremen, S. 116f.). Es ist das Kuriosum zu verzeichnen, daß die Besatzungsverwaltung durch das siebenköpfige amerikanische Detachment in Vegesack schon begonnen hatte, bevor es dort zu Kapitulation und Besetzung gekommen war!

[34] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 11 und 25; vgl. Scheper: Bremerhaven, S. 341 f. und Schwarzwälder: Das Ende an der Unterweser, S. 128ff., die beide die amerikanische Militärregierung fälschlich am 9.5.1945 beginnen lassen. Das Wesermünder Hauptquartier zog am 19.6.1945 von der Pestalozzischule um ins Gebäude der ehemaligen Gauwirtschaftskammer am Hohenzollernring (OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 13).

[35] Siehe OMGUS-Hb, Bremen A., Anm. 154. Die britische Siegesparade in Wesermünde, die Schwarzwälder einmal richtig auf den 12.5. (Kampf um Bremen, S. 124), einmal falsch auf den 8.5. datiert (Das Ende an der Unterweser, S. 130f.; danach auch Scheper, Bremerhaven, S. 345), hat entgegen den Angaben von Schwarzwälder und Scheper mit der Übergabe der militärischen Verantwortung an die 29. Infanteriedivision nichts zu tun. Völlig falsch ist die Feststellung von Gulgowski (American Military Government, S. 43), Bremen sei am 12.12.1945 eine amerikanische Enklave geworden.

[36] Vgl. Röpcke: Dienstberichte, S. 294; am 31.5.1945 leitete Det. H4C2 Osterholz Major Joseph Reed, Det. I1A9 (später I10C2) Landkreis Wesermünde, später stationiert in Loxstedt, Capt. James F. Flynn, Det. I2A9 (später I11C2) Brake Capt. Martin L. Krauss (6/105–1/4). Die Angabe in OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 15, die Detachments hätten am 29.6.1945 ihre Tätigkeit aufgenommen, kann nur für Nordenham zutreffen; wahrscheinlich ist es das Datum der Umbenennung in I11C2 bzw. I12C2.

zen konnte. Der Zuschnitt der Enklave warf administrative Probleme auf, denen vor Ort niemand so recht gewachsen war. Der Landkreis Wesermarsch links der Weser war Teil des Landes Oldenburg und in seinen Verwaltungszügen dorthin orientiert. Stadt und Landkreis Wesermünde sowie der Landkreis Osterholz-Scharmbeck rechts der Weser gehörten zum ehemals preußischen Regierungsbezirk Stade der Provinz Hannover und waren in ihrer Verwaltungsstruktur entsprechend ausgelegt. Sollten die gewohnten Geleise befahren werden, mußten ungeheure Umwege in Kauf genommen werden, wenn z. B. eine vorgesetzte Behörde in Oldenburg mit einer nachgeordneten Stelle in Brake Dienstgeschäfte abzuwickeln hatte.[37] Um die alten Verbindungen rigoros zu unterbrechen und neue, auf Bremen ausgerichtete herzustellen, fehlte es an politischer und administrativer Kraft und institutionellen Voraussetzungen. Für die meisten in Politik und Verwaltung Tätigen war es gelinde gesagt unangenehm, sich mit solchen Fragen alter und/oder neuer Zuständigkeiten immer wieder befassen zu müssen in einer Zeit, in der die Befriedigung der elementarsten Lebensbedürfnisse der Bevölkerung die Anspannung aller Kräfte erforderte. Eine USFET-Kommission, die Ende Juli 1945 die Wirtschaftsverwaltung der Enklave untersuchte, zog das Fazit: „All authorities and agencies interviewed, American, British, and German, were as one in the statement that the situation was fluid and obscure and that clear directives were needed from the top".[38] Die Besatzungsoffiziere vor Ort waren in diesen Dingen überfordert. Anschaulich wird das in einem Gespräch zwischen Wirtschaftssenator Dr. Hermann Apelt und dem Fachreferenten bei der Militärregierung, Capt. Osborne M. Taylor, am 28. Juli 1945. Von deutscher Seite wurde der Vorschlag gemacht, dem Landeswirtschaftsamt die Verteilung der Güter zu übertragen: „Es sei dringend erwünscht, daß das Landeswirtschaftsamt für die gesamte Enklave für zuständig erklärt würde, um wenigstens innerhalb der Enklave einheitliche Verhältnisse zu schaffen. Hptm. Taylor erkundigte sich, in welcher Weise eine derartige Regelung formell geregelt werden müsse. Ihm wurde erwidert, daß es dazu lediglich einer Anordnung der Militärregierung bedürfe. Hptm. Taylor erklärte, daß er sich mit diesem Plan schon länger befasse und daß er die Angelegenheit prüfen wolle". Später erklärte Taylor sich einverstanden und versprach, entsprechende Anordnungen schleunigst auf den Weg zu bringen.[39] Die Unregierbarkeit der Enklave in der gegebenen Form zwang zu Überlegungen, ob die Verwaltungsstrukturen den neuen Herrschaftsverhältnissen oder die Herrschaftsverhältnisse den Verwaltungsstrukturen angepaßt werden sollten. Mit dem Abkommen vom 10. Dezember 1945, in dem die Landkreise Wesermarsch, Wesermünde und Osterholz-Scharmbeck der britischen Besatzungsverwaltung überlassen wurden, entschieden sich die Vereinigten Staaten für die zweite der beiden Möglichkeiten. Schwierigkeiten bereiteten aber nicht nur die Strukturen der deutschen Verwaltung in den unterschiedlichen Segmenten der Enklave – die ganze Ausgangslage der amerikanischen Detachments an der Unterweser war ungewöhnlich schwierig. Um ihr Aufgabenfeld zu beackern, mußten sie es erst gegenüber dem Hafenkommando, den Streitkräften und der Marine abstecken und dann auch noch die britischen Interessen berücksichtigen.[40] Übergeordnete Instanzen, die um Entscheidungshilfen hätten an-

---

[37] Oldenburg hatte sich an die britische Militärbehörde zu wenden, die reichte den Vorgang an Det. E2C2 Bremen weiter, von dort ging er an das Braker Detachment, von dort an die deutsche Dienststelle in Brake; siehe Beispiel in OMGBR: Functional History 10.12.1945–31.1.1946, I, S. 9; auch Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S. 102.

[38] Economic Branch, G-5, USFET, 28.7.1945 (11/32-1).

[39] Gesprächsvermerk in StA Bremen 4,92-H.1.b.1.[5].

[40] Die geheime Planungsdirektive zur Besetzung der Enklave für die 15. Armee vom 7.3.1945

gegangen werden können, saßen weit entfernt und wechselten mehrfach. „Probably no other Military Government Detachment ever had as many administrative difficulties due to the many shifts of command, which endlessly complicated problems, interrupted the flow of cummunications and likewise complicated the flow of personnel through all the various channels" – mit diesem Seufzer beginnt im ersten Jahresbericht der Bremer Militärregierung der Abschnitt über Organisation.[41] Die weiten Wege zum Armeehauptquartier in Süddeutschland hatten zur Folge, daß Anordnungen oder Aufforderungen zum Bericht verspätet oder gar so spät eintrafen, daß sich die Angelegenheit schon erledigt hatte.[42] Manche Verfügungen und Erlasse waren auf die Verhältnisse in der Enklave überhaupt nicht anwendbar, und das Gefühl setzte sich fest, man würde bei den Überlegungen und Planungen auf oberster Ebene manchmal regelrecht vergessen.[43] Das war das eine. Das andere, in der täglichen Praxis noch gravierendere Problem waren die teils mehrfach gespaltenen Verantwortlichkeiten zwischen Bremen Port Command, U.S. Navy, und der Militärregierung sowie Reibereien mit den Einheiten der 29. Infanteriedivision. Der von auswärts angereiste Untersuchungsausschuß, der, aufgescheucht durch zwei Zeitungsartikel des Journalisten Russell Hill in der Pariser Ausgabe der New York Herald Tribune, Ende Juli 1945 die Mitglieder der Bremer Militärregierung einer ausführlichen Befragung unterzog, schloß seinen Untersuchungsbericht an den stellvertretenden amerikanischen Militärgouverneur Clay am 25. Juli 1945 mit der Empfehlung: „The political structure of Enclave Bremen requires a definite study of overlapping administrative responsibilities and the development of clear cut operating procedures".[44] Bei der Befragung hatte sich z.B. herausgestellt, daß im Verkehrsbereich das Detachment E2C2 für den Straßenverkehr verantwortlich zeichnete, das Transportation Corps von Bremen Port Command für die Bahn und für die Binnenschifffahrt die Civil Operations Section von Bremen Port Command in Abstimmung mit der U.S. Navy. Eine amerikanische Instanz, die alle drei Teilbereiche überblickte, war in der Enklave nicht vorhanden.[45] Unter Bezugnahme auf den Bericht wurde am 30. Juli 1945 die Einsetzung einer britisch-amerikanischen Kommission in die Wege geleitet, die Verbesserungsvorschläge für die Enklavenverwaltung erarbeiten sollte.[46]

Das Bremer Hafenkommando (Bremen Port Command), das den Hafenbetrieb gewährleisten und Nachschub und Versorgungseinrichtungen für die amerikanischen Truppen bereitstellen sollte, war von den zu erfüllenden Aufgaben her fraglos eine notwendige und zweckmäßige Einrichtung. Es gelang den Spezialeinheiten, die von Kriegszerstörungen nicht so betroffenen Hafenanlagen in Bremerhaven in wenigen Wochen betriebsbereit zu machen, so daß bereits am 22. Juni 1945 das erste amerikanische Frachtschiff dort festmachen konnte.[47] Unglücklich aus der Sicht der Militär-

läßt die komplizierten Beziehungen und Abläufe bereits erkennen: die Operationspläne der betroffenen amerikanischen Land-, See- und Luftstreitkräfte sowie der technischen Einheiten mußten koordiniert werden, ihre Verantwortlichkeiten mußten abgegrenzt, das Verhältnis zu den Briten festgelegt werden (AG 1945–46/13A/5).

[41] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 13.

[42] Ebenda, S. 15.

[43] OMGBR: Functional History 10.12.1945 – 31.1.1946, I, S. 7f.

[44] Special Report, Conclusions (StA Bremen 16,1/4; AG 1945–46/79/7).

[45] Ebenda, S. 31.

[46] AG 1945–46/13A/5.

[47] History of Bremen Port Command, Bd. 2, Preface (StA Bremen 16,1/4); vgl. Peters: Zwölf Jahre Bremen, S. 16. Schwarzwälder: Das Ende an der Unterweser, S. 150 nennt fälschlich den 6. Juni.

regierung war nur die Tatsache, daß der Befehlshaber des Hafenkommandos, Generalmajor Harry B. Vaughan,[48] selbständig und ranggleich neben dem militärischen Befehlshaber der Enklave, Generalmajor Charles H. Gerhardt von der 29. Infanteriedivision, operieren konnte. Ein einheitliches Oberkommando für beide gab es nicht, da das Hafenkommando direkt in die Nachschuborganisation der Theater Service Forces eingebunden war, während die Division einen Teil der 9., dann der 7. Armee bildete. Hinzu kam noch die Marine mit der US Naval Advanced Base Weser River in Bremerhaven und Bremen.[49] Da eine erreichbare Entscheidungsinstanz fehlte, bestand bei konkurrierenden Interessen, z.B. in der Nutzung von Materialien, Gebäuden oder Arbeitskräften, Einigungszwang. Die Militärregierung hatte dabei meist das Nachsehen, auch wenn sie sachlich überzeugend argumentierte, da dem Hafenbetrieb höchste Priorität zukam, und in zweiter Linie sich die Sicherheitsinteressen der taktischen Truppen durchzusetzen pflegten, wobei auch der Umstand eine Rolle spielte, daß an der Spitze der Militärregierung mit Oberstleutnant Welker ein rangniedrigerer Offizier stand.[50] Das Hafenkommando hatte sein Hauptquartier im Haus des Reichs am Richtweg aufgeschlagen, wohin die Militärregierung erst nach Auflösung des Kommandos im Laufe des Jahres 1946 übersiedelte, und es sicherte sich im Juni 1945 den Bremer Ratskeller als Offizierskasino.[51] Anfang August 1945 unterstanden Bremen Port Command 11000 Mann – der Militärregierung in der ganzen Enklave zum Vergleich ca. 370.[52]
Oberstleutnant Welker als Kommandeur des Bremer Detachments E2C2 sollte, so war es besprochen, auch die übrigen Detachments der Enklave kommandieren. Er war zwar der militärischen Führung des Distrikts verantwortlich, d.h. Generalmajor Gerhardt von der 29. Infanteriedivision, die ihr Hauptquartier in der Grohner Kaserne hatte, aber die nachgeordneten Truppenführer der taktischen Einheiten waren der Militärregierung gegenüber nicht weisungsberechtigt, sondern hatten sie zu unterstützen.[53] In der Praxis sah das öfters anders aus.[54] In Vegesack, wo eine Abordnung des Bremer Detachments deutschen Soldaten die Waffen nicht abgenommen, sondern sie als Sicherheitskräfte zu Patrouillengängen eingesetzt hatte, kam es zu Zwischenfällen, die der erste Jahresbericht wie folgt schildert: „No trouble whatsoever was experienced until our troops came in. About two weeks later when our forces arrived, they wanted to start the war all over again; and some German soldiers were shot. The patrols had to be called in."[55] An anderer Stelle heißt es: „Wieder und wieder mußten

---

[48] Vorher in England eingesetzt als Befehlshaber von den Vereinigten Staaten genutzter Häfen am Bristol Channel, sowie dann der amerikanischen Sektion von Mulberry Port, einem Behelfshafen in der Normandie; siehe Stars & Stripes, 23.5.1945 (StA Bremen 7,58 Meyer).

[49] Telefonverzeichnisse vom März 1946, die Aufbau und Umfang des Marinestützpunktes recht gut erkennen lassen (5/372-3/16).

[50] OMGBR: Functional History 10.12.1945 – 31.1.1946, I, S. 4ff.; der Berichterstatter (ebenda, S.5) hebt nicht ohne Stolz hervor, daß alle Konflikte auf lokaler Ebene ausgetragen und schließlich bereinigt worden seien; vgl. dazu Gulgowski: American Military Government, S.260.

[51] History of Bremen Port Command, Bd. 2, S.150 (StA Bremen 16,1/4); bis Dezember 1945 wurden knapp 73000 Essen für Offiziere im Ratskeller ausgegeben (Report of Operations, Bd. 1, S.11, ebenda).

[52] History of Bremen Port Command, Bd. 2, Preface (StA Bremen 16,1/4); OMGBR: Functional History 26.4.1945 – 30.9.1945, II, Appendix 1.

[53] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S.14 und 16.

[54] Vgl. OMGBR: Functional History 10.12.1945 – 31.1.1946, I, S. 6f.; OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 486.

[55] Ebenda, S.9.

die Detachments feststellen, daß sie ihre Energie mehr darauf zu richten hatten, mit den Einheiten der kämpfenden Truppe ein einigermaßen brauchbares Verhältnis zu bewahren, als darauf, mit den Deutschen zu Rande zu kommen."[56]
Es ist kein Zufall, daß unmittelbar nach Abschluß der Überprüfung durch den Untersuchungsausschuß der Versuch gemacht wurde, durch eine Reorganisation die Arbeit der Militärregierung übersichtlicher und effektiver zu gestalten. Auf Anordnung des Kommandierenden Generals der 7. Armee wurde am 5. August 1945 eine zweistufige Verwaltung eingeführt, so daß die lokalen Militärregierungseinheiten künftig unter einem für die gesamte Enklave zuständigen Detachment arbeiteten, dem Welker vorstand. Änderungen ergab das vor allem für Bremen, wo eine für die lokale Verwaltung verantwortliche Mannschaft vom regional zuständigen Detachment abgesondert werden mußte. Überzeugen konnte diese Lösung nicht, denn sie wurde bereits Mitte November wieder aufgegeben.[57]
Bei einer der wichtigsten Aufgaben der ersten Wochen, der Regierungsbildung, erhielt das Bremer Detachment maßgebliche Hilfe von außen durch den Sonderbeauftragten Walter Dorn, der Anfang Mai in Bremen eintraf und Gespräche mit potentiellen Regierungsmitgliedern führte, zu denen auch das legendenumwobene Treffen mit Wilhelm Kaisen auf der Siedlerstelle in Borgfeld zählt.[58] Welker, seit dem 29. April 1945 für die Bremer Militärregierung voll verantwortlich, hatte am 30. April den zunächst zum Bürgermeister ernannten ehemaligen Polizeichef Johannes Schroers wieder aus dem Amt genommen[59] und am 2. Mai – der britische Befehlshaber General Hakewell-Smith drängte auf eine Entscheidung[60] – den deutschnationalen Politiker Erich Vagts als Regierenden Bürgermeister eingesetzt.[61] Dorn war über diese Wahl gar nicht glücklich und hielt Vagts wegen dessen politischer Vergangenheit für ungeeignet.[62] Welker hielt jedoch an ihm fest und war offenbar nicht unzufrieden mit ihm.[63] Er stattete ihn sogar mit außerordentlichen Vollmachten aus, die die Ermächtigung einschlossen, bestehende Gesetze zu mißachten, sofern nur die Anweisungen der Militärregierung stets befolgt würden.[64] Auch gegenüber dem neuen Senat war Vagts' Stellung als Regierender Bürgermeister stärker, als dies bremischer Tradition entsprach, was manchem mißfiel. Der Senat hatte am 6. Juni sein Amt angetreten. Er setzte sich, abgesehen vom Regierungschef, aus drei bürgerlichen und drei sozialdemokratischen Politikern zusammen; dazu kam mit Hermann Wolters ein Kommunist, gegen

---

[56] Zit. nach Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S. 79.
[57] Ebenda, S. 16 und 51 f.
[58] Müller: Begegnungen mit Kaisen, S. 179 ff.; Kaisen: Meine Arbeit, S. 175 f. und 203.
[59] Siehe OMGUS-Hb, Bremen A., Anm. 31.
[60] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 6 f. Die Hervorhebung des britischen Drängens in der Berichterstattung hat offensichtlich die Funktion, mildernde Umstände für Welkers Fehlentscheidung zu schaffen. Gulgowski: American Military Government, S. 231 ist dadurch zu dem irrigen Schluß verleitet worden, Hakewell-Smith habe Vagts eingesetzt.
[61] Erich Vagts (1896–1980) war deutschnationaler Abgeordneter der Bürgerschaft seit 1928, 1933 Senator und 1935–1945 bremischer Vertreter in Berlin. Er war Freimaurer und nicht Mitglied der NSDAP; vgl. Buchholz: Wiederaufbau in Bremen, S. 16 f. und Adamietz: Das erste Kapitel, S. 43 f.
[62] Dorn: Inspektionsreisen, S. 41 f.
[63] So Vagts' eigener Eindruck (StA Bremen 7,29–5), der von Spittas Tagebuch bestätigt wird; vgl. Wenzlau: Entstehungsgeschichte, S. 27.
[64] Schreiben Welkers vom 22.6.1945: „When the urgency of the situation requires the Reigning Lord Mayor is authorized and directed to disregard the provisions of Reich and Land laws and regulations and customary German procedure" (StA Bremen 3-S. 1.a.Nr. 363).

dessen Einbeziehung Vagts sich vergeblich gesträubt hatte und der ihm auch Scherereien machte:[65] Wolters war Informant des Journalisten Russell Hill, dessen Artikel über die Bremer Senatsbildung und „Nazism Carries on in Bremen"[66] Staub aufwirbelten und zur bereits mehrfach genannten Untersuchung führten,[67] in der die erhobenen Vorwürfe zwar entkräftet wurden, aber es fällt doch auf, daß die Entlassung von Vagts praktisch auf dem Fuße folgte. Welker konnte oder wollte ihn nun nicht mehr halten und ersetzte ihn am 1. August 1945 durch den Sozialdemokraten Wilhelm Kaisen, der Bremen dann zwanzig Jahre lang regiert hat.

3. Amerikanische Besatzung nach britischen Richtlinien (1946)

Gute Beziehungen zu den Briten gehörten von Anbeginn zu den Lebensbedingungen der Enklave an der Unterweser, denn die Versorgung der Hafenstädte mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen war vom britisch kontrollierten Umland abhängig. Für die amerikanische Besatzungstruppe war die Notwendigkeit, ständig als Bittsteller auftreten zu müssen, natürlich nicht angenehm;[68] aber das Problem war der Enklavensituation immanent und ließ sich nicht ändern. Bei anderen administrativen Schwierigkeiten der Militärregierung hingegen, die ihren Ursprung in der gespaltenen Befehlsgewalt und im Zuschnitt des Kontrollgebietes hatten,[69] war Abhilfe möglich. Brigadegeneral Clarence L. Adcock von G-5, USFET, empfahl im August von mehreren denkbaren Möglichkeiten die Reduzierung der Enklave auf die Kontrolle der Hafenbereiche von Bremen und Bremerhaven.[70] Im September 1945 tauchte eine von USFET und Kontrollrat gebildete Kommission in Brake auf, um sich vor Ort einen Eindruck von den Verwaltungsproblemen zu verschaffen.[71] James K. Pollock, Leiter der Government Structure Branch der Militärregierung, verfaßte am 26. September 1945 ein Memorandum, in dem die Wiederherstellung der herkömmlichen deutschen Verwaltungsstrukturen als beste Lösung empfohlen wurde, verbunden mit einer Reduzierung der Enklave auf die Stadt Bremen und den Hafenbereich von Bremerhaven. Pollocks Studie wurde vom Deutschlandberater Robert D. Murphy dem amerikanischen Außenminister zugeleitet.[72] Einen Mo-

---

[65] StA Bremen 7,29–5; Buchholz: Wiederaufbau in Bremen, S. 19ff.; Welker erklärte vor dem Ausschuß, er habe auf Wolters bestanden, um ihn in die Verantwortung einzubinden, siehe Special Report, S. 43 (StA Bremen 16,1/4).

[66] Texte der Artikel vom 8. und 14.6.1946 in StA Bremen 7,29–4 und 7.

[67] Special Report (StA Bremen 16,1/4). Vorsitzender des Untersuchungsausschusses war Brigadegeneral Luther S. Smith. Bei der Vernehmung von Lt.Col. Welker ergab sich folgender, für das Verhältnis von Theorie und Praxis der Besatzungsverwaltung sehr aufschlußreicher Tatbestand. Frage: „Have the JCS series of papers No. 1067 been brought to your attention?" Antwort: „I have been told that the directives based on the 1067 series are in our possession but I have not yet had opportunity to read them" (ebenda, S. 44). Und das nach beinahe einem Vierteljahr an der Spitze der Militärregierung der Enklave. Zweck und Ergebnis der Untersuchung sind in der Bremer Militärregierung übrigens bis Jahresende nicht bekannt geworden; vgl. OMGBR: Functional History 10.12.1945–31.1.1946, I, S. 16.

[68] OMGBR: Functional History 10.12.1945 – 31.1.1946, I, S. 8f.

[69] Siehe OMGUS-Hb, Bremen A.2.

[70] Schreiben an den Chief of Staff, G-5, USFET, vom 11. und 27.8.1945 (11/32–1).

[71] National Archives, Washington, RG 59 740.00119 (Control Germany)/10–845; Murphys Schreiben gedruckt in Foreign Relations 1945 III, S. 976f.

[72] AG 1945–46/13A/5; AG 1945–46/73/3.

nat später hatte ein neues britisch-amerikanisches Abkommen über die Militärregierung in der Bremer Enklave bereits Konturen angenommen. Der mit General G. W. R. Templer auf britischer Seite abgestimmte Entwurf war Gegenstand einer Besprechung zwischen Clay und Eisenhower am Rande der Kontrollratssitzung vom 30. Oktober 1945 in Berlin. Clay wurde autorisiert, das Abkommen in der vorgesehenen Form mit den Briten zu schließen, und zwar ohne daß es noch General Vaughan, dem Port Commander, der davon hauptsächlich betroffen war, zur Stellungnahme zugehen sollte.[73]

Erste Ergebnisse der britisch-amerikanischen Verhandlungen über die künftige Gestalt der Enklave gelangten im Oktober an die Presse. Die Bremer Militärregierung wurde an diesen Verhandlungen auf höherer Ebene nicht beteiligt. Als Wilhelm Kaisen am 22. Oktober 1945 den zuständigen Offizier nach dem Wahrheitsgehalt einer Zeitungsmeldung fragte, in der die Rückkehr des Landkreises Wesermarsch zum Land Oldenburg angekündigt wurde, konnte der Befragte nur versprechen, Erkundigungen einzuziehen. Am 26. Oktober trug er Kaisen inoffiziell die Ergebnisse der Vereinbarungen vor, doch aufgetretene Komplikationen, die keine rasche Lösung erwarten ließen, zögerten den Zeitpunkt des Inkrafttretens noch bis zum 10. Dezember 1945 hinaus.[74]

Kern der Vereinbarung zwischen den beiden stellvertretenden Militärgouverneuren Clay und Robertson war die Übergabe der Militärregierung in der Enklave mit Ausnahme von Bremen und Bremerhaven an die Briten.[75] Die amerikanischen Detachments wurden abgezogen und durch britische ersetzt. In Brake waren bereits Mitte November wieder Briten erschienen in Erwartung der bevorstehenden Ablösung der Amerikaner.[76]

Belange der militärischen Sicherheit waren weiterhin Sache der Amerikaner. Auch die Weserhafenbehörde blieb unter amerikanischer Kontrolle, ebenso – bis auf weiteres – der Schienenverkehr, Küsten- und Binnenschiffahrt und die Fischerei. Verbindungsoffiziere hüben wie drüben sollten die Kommunikation verbessern und die Versorgung der Hafenstädte mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und auch Arbeitskräften erleichtern.

Damit kehrte der Landkreis Wesermarsch wieder zum Land Oldenburg, die Kreise Osterholz-Scharmbeck und Wesermünde wieder zum Regierungsbezirk Stade zurück. Die gewohnten Verwaltungszusammenhänge waren wieder hergestellt. Die Stadt Wesermünde bildete einen Sonderfall. Während man bei der Bremer Militärregierung nach dem Wortlaut der Vereinbarung davon ausging, daß die Briten Wesermünde übernehmen würden,[77] setzte sich der Befehlshaber von Bremen Port Command, Generalmajor Vaughan, im Interesse des Hafenbetriebs und der Versorgungseinrichtungen dafür ein, die Stadt Wesermünde unter amerikanischer Kontrolle zu belassen. Wie sich herausstellte, war das durchaus im Sinne der Vertragspartner.[78] Der Pferdefuß der

---

[73] OMGBR: Functional History 10.12.1945 – 31.1.1946, I, S. 12.

[74] Protokolle der Besprechungen zwischen Captain Bard und Wilhelm Kaisen (StA Bremen 3-R.1.m. Nr. 390); am 6.11. werden Kapazitätsprobleme beim Abtransport der 29. Infanteriedivision erwähnt und Meinungsverschiedenheiten zwischen Militärregierung und Hafenkommando angedeutet.

[75] Siehe OMGUS-Hb, Bremen A., Anm. 21.

[76] Gespräch am 15.11.1945 (StA Bremen 3-R.1.m. Nr. 390).

[77] So trug Bard es Kaisen am 26.10.1945 vor (ebenda), so lautet es in einer Presseerklärung der Militärregierung im Weser-Kurier am 1.12.1945, und so erläutert auch die laufende Functional History das Abkommen (OMGBR: Functional History 1.10.1945 – 10.12.1945, I, S. 2).

[78] Ebenda, S. 2f.

Vereinbarung steckte in der Klausel, daß die amerikanische Militärregierung in Bremen und Bremerhaven mit dem Vorbehalt gewisser Ausnahmeregelungen nach den Richtlinien britischer Besatzungspolitik, nach britischen Instruktionen zu verfahren habe.[79] Diese Formulierung präzisierte die vage Vereinbarung von Jalta, nach der lediglich Konformität mit der britischen Besatzungspolitik im allgemeinen gefordert war, was praktisch keine Konsequenzen gehabt hatte. Rückschauend bleibt nur Verwunderung darüber, daß eine solche Regelung für praktikabel gehalten wurde. Wer vorsätzlich unter den amerikanischen Besatzungstruppen hätte Verwirrung stiften und Mißtrauen und Zwietracht unter den Alliierten säen wollen, hätte kaum geschickter vorgehen können. Der Schlußparagraph, der von künftigen Revisionen des Abkommens im Lichte der dann vorliegenden Erfahrungen spricht, deutet allerdings an, daß man sich bewußt war, keine dauerhafte Lösung gefunden zu haben. Tatsächlich setzten Verhandlungen zur Ergänzung und Nachbesserung des Abkommens sofort ein, und die bald reifende Erkenntnis, daß Besatzungsverwaltung nach diesem Grundmuster nicht sinnvoll zu realisieren war, zwang dazu, die Statusfrage der Enklave einer grundsätzlichen Klärung zuzuführen.

Neben den zwangsläufig engen Kontakten zu den Briten gab es bei der Bremer Militärregierung auch Verbindungsoffiziere anderer Nationen. Das Telefonverzeichnis vom 1. März 1946 registriert einen Holländer, zwei Franzosen und einen Polen, die vermutlich mit der Rückführung im Kriege verschleppter Personen bzw. mit Reparationen und Demontage befaßt waren.

Mit Wirkung vom 10. Dezember 1945 war aus den Komplikationen der ersten Monate von amerikanischer Seite eine weitere Konsequenz gezogen worden, indem die vorher getrennten Befehlsstränge beim Hafenkommando zusammengefaßt wurden. Bereits zum 1. Dezember hatte Generalmajor Vaughan die Verantwortung für die militärische Sicherheit in der Enklave von der 29. Infanteriedivision übernommen, die abgezogen wurde.[80] Das in Grohn verbleibende 29. Infanterieregiment vertrat in Bremen zukünftig die Streitkräfte.[81] Zum 10. Dezember wurde dann auch die Militärregierung dem Hafenkommando unterstellt. Nachteil dieser Lösung war, daß die Spezialeinheiten vom Port Command mit Besatzungspolitik und Militärregierung sonst überhaupt nicht befaßt waren. So mußte zunächst aus erfahrenen Leuten der Militärregierung ein Stab gebildet werden, dem die Detachments in Bremen und Wesermünde unterstellt wurden, was sich bis in den Januar 1946 hinzog.[82] Im Zusammenhang mit der Auflösung des Bremer Hafenkommandos entstand am 15. April 1946 schließlich eine Militärregierungsbehörde, die der Berliner OMGUS-Zentrale unmittelbar verantwortlich war, aber weiterhin britische Besatzungspolitik umzusetzen hatte: das Office

---

[79] Paragraph 4 Absatz (b) „The United States Military Government teams at Bremen and Bremerhaven, as well as the British Military Government teams to be stationed in the Enclave, will follow the policy instructions issued by the British Government authorities, subject to the condition that if the team receives instructions from the British which interfere with the carrying out of the effective operation of the Bremen Port, or interfere with area security, all Military Government teams may, and upon the request of the US-Sub-District Commander, will suspend action on such instructions but will promptly notify the British authority which issued the instruction and Commanding General, United States Forces, European Theater." (OMGBR: Functional History 27.4.1945–30.6.1946, II, Appendix 6a; OMGBR: Functional History 1.10.1945 – 10.12.1945, II, Appendix 6, bzw. OMGBR: Functional History 10.12. 1945 – 31.1.1946, II, Appendix 1.)

[80] Report of Operations 1945 Oct – Dec (StA Bremen 16,1/4).

[81] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 486f.

[82] Ebenda, S. 18; siehe OMGUS-Hb, Bremen A.5.a.

of Military Government for Bremen Enclave (US) unter Führung von Oberst Welker.[83] Mit der Übernahme der Hafenaufsicht in Bremen sowie einiger Funktionen der Marine in den Bereichen Werften und Schiffahrt durch die Militärregierung[84] hatten die Amerikaner hinsichtlich der Zusammenfassung der Verantwortlichkeiten ihrer Besatzungsverwaltung im Vergleich zum Vorjahr viel erreicht.

Für die Enklave begann das Jahr 1946 mit einem Eklat. Der Gebietsrat in Hannover setzte ein mit den Amerikanern vereinbartes Gespräch über die Zukunft der in Bremen ansässigen Reichsmittelbehörden kurzerhand ab und teilte stattdessen die Entschlüsse mit, zu denen man aus technischen und politischen Gründen bereits gekommen sei. Sie betrafen zunächst Rolle und Zuständigkeit des Landesarbeitsamtes, Landesernährungsamtes und Landeswirtschaftsamtes sowie des Oberfinanzpräsidenten in Bremen. Tendenz war einerseits die Beschränkung der Zuständigkeit auf das Gebiet der amerikanischen Restenklave, andererseits die Unterwerfung unter hannoversche Oberaufsicht.[85] In Bremen herrschten auf amerikanischer wie deutscher Seite Verwirrung, Aufregung und Empörung über Stil und Inhalt der Anweisung. Kaisen ging mit einem Zeitungsartikel gegen die Gefahren des Zentralismus an die Öffentlichkeit und schrieb am 10. Januar 1946 einen persönlichen Brief an Hinrich Wilhelm Kopf, der in seiner Anschaulichkeit hier auszugsweise mitgeteilt werden soll:

„Seit mehreren Tagen beginnt mein Tagewerk damit, daß irgendeine Verwaltungsstelle bei mir erscheint und irgendeine Aufforderung einer Verwaltungsstelle von Hannover vorlegt, der sie Folge geben soll. Gestern morgen begann es damit, daß mir der Leiter der Kriminalpolizei Bremen eine Anweisung der Kriminalpolizeizentrale Region Hannover vorlegt, wonach Bremen sofort 4 Beamte zu einem Lehrgang nach Hannover schicken solle. Eben ist dieser Herr aus der Tür, kommt eine andere Meldung von derselben Stelle an den Chef der Polizei, daß der Leiter der Kriminalpolizei sich sofort nach Stade begeben soll. Inzwischen weckt der Präsident des Landesgesundheitsamtes Bremen an mit der Frage, was denn jetzt los sei. Die Ärztekammer Hannover wünsche plötzlich zu wissen, wie die Eingliederung der bremischen Ärztekammer in die der hannoverschen vor sich gehen solle. Außerdem wünsche die I.G. Farbenindustrie plötzlich zu wissen, ob sie nach wie vor das dringend nötige Insulin direkt an Bremen schicken solle oder ob sie einem Ersuchen Bielefelds stattzugeben hätte, das sich plötzlich in der Verteilung von Insulin für die englische Zone auch für Bremen eingeschaltet habe. Eben ist das erledigt, ruft der Oberfinanzpräsident an und teilt mir mit, daß der Oberpräsident von Hannover plötzlich verlange, Rechenschaft darüber abzulegen, warum er kein Geld nach Hannover schicke. Nachdem wir uns von unserem Heiterkeitsausbruch erholt hatten, telefoniert die bremische Eisenbahndirektion an, ob wir nun englisch oder amerikanisch seien. Sie hätte da unverständliche Anweisungen aus Hannover und möchte von mir wissen, was denn los sei. Eben ist diese Sache abgetan, weckt der Vorsitzer des Arbeitsamtes von Brake an, ob ich nicht wüßte, ob er noch zum Landesarbeitsamt Bremen oder Oldenburg gehöre. Er hätte jetzt von allen Seiten Anweisungen vor sich liegen und wüßte nicht, welchen Herren er dienen soll. Vom Wirtschaftsamt Wesermünde wird angefragt, ob Anweisungen des Landeswirtschaftsamts Bremen noch Verbindlichkeit hätten oder was da eigentlich los sei. Kurzum, das ist so ein Ausschnitt von dem, was mir hier am Tag über den Weg läuft.

Meine Militärregierung hat Anweisung gegeben, nur das zu befolgen, was von ihr angeordnet wird. Aber immerhin ist dieser Zustand so unbefriedigend, er stört erheblich

---

[83] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 19f.

[84] Siehe OMGUS-Hb, Bremen B.7; vgl. StA Bremen 4,116–24.

[85] OMGBR: Functional History 10.12.1945 – 31.1.1946, II, Appendix 3.

die Verwaltungsarbeit, vergiftet unnötigerweise die Atmosphäre zwischen Bremen und Hannover und bringt die einzelnen Verwaltungsstellen in Konflikte, weil die Fragen der Zuständigkeiten nicht geklärt sind. [...] Ich kann unmöglich sowohl von der amerikanischen als auch von der englischen Militärregierung sowie von der Provinzregion in Hannover Anweisungen entgegennehmen und mir gleichzeitig noch gefallen lassen, daß die Sachbearbeiter des Oberpräsidenten auf eigene Faust in meine Verwaltung andauernd hineinfunken."[86]

Die amerikanische Militärregierung, an sich gehalten, britischen Instruktionen Folge zu leisten, schrieb am 22. Januar 1946 nach Hannover, sie habe die deutschen Behörden angewiesen, die Direktive vom 2. Januar *nicht* zu befolgen, da zu diesem Thema keine britisch-amerikanische Vereinbarung vorliege.[87] Ein am 1. Februar von den Generälen Vaughan und Templer unterzeichnetes Kompromißpapier, gefolgt von einer Reihe von Sondervereinbarungen,[88] schaffte zwar erst einmal Luft, doch bestanden bei den amerikanischen Fachoffizieren Bedenken gegen verschiedene britische Vorschriften fort. Um die Ablehnung jeweils formal einwandfrei zu begründen, mußte die Beeinträchtigung des Hafenbetriebs und/oder die Gefährdung der Sicherheit strapaziert werden.[89] Im Jahresbericht erklärte der für das Gesundheitswesen zuständige Offizier, er habe bei der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten an den amerikanischen Direktiven festgehalten, da Penizillin nur aus amerikanischen Quellen erhältlich gewesen sei,[90] um sich bei anderer Gelegenheit für die alleinige Anwendung amerikanischer Standards einzusetzen, da sie amerikanischen wie deutschen Interessen am besten diene, und die Gültigkeit sowohl britischer als auch amerikanischer Direktiven keine effektive Arbeit ermögliche.[91] Ähnliches war von der Special Branch zu hören. In den Entnazifizierungsverfahren waren die amerikanischen Maßstäbe strenger als die britischen. Man konnte es doch nicht zulassen, daß etwa die zahlreichen deutschen Mitarbeiter der Militärregierung nach anderen als den eigenen Standards beurteilt wurden. Diese waren aus Sicherheitsgründen auch für Arbeiter im Bereich militärischer Einrichtungen anzuwenden usw.[92] Die Fiscal Branch beunruhigte im Januar 1946 die Anweisung, die vom Bremer Oberfinanzpräsidenten eingezogenen Reichssteuern, die Rundfunkgebühren und das bei der Reichsbankhauptstelle Bremen eingefrorene Vermögen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt nach Hannover zu überweisen. Zur Deckung der Besatzungskosten sollten dann monatlich Anträge auf Mittelzuweisung in Hannover gestellt werden. Die sofort dem Chef der Bremer Militärregierung vorgetragenen Einwände des Fiscal Officer Major Bechtel lassen deutlich Unmut darüber erkennen, daß „someone in Hannover" darüber entscheiden solle, welches Geld in Bremen wozu gebraucht würde.[93] Wie bockbeinig man sich in

---

[86] StA Bremen 3-B.10.a.Nr.3, Abdruck in Müller: Wider die hannoverschen Schrullen, S. 168 ff.; vgl. auch OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 431: „It became apparent that confusion existed as a result of the agreement transferring the Enclave to British Control".

[87] OMGBR: Functional History 10.12.1945 – 31.1.1946, II, Appendix 4.

[88] Ebenda, Appendix 5.

[89] Beispiele ebenda, Appendix 4; desgl. bei der Ablehnung parteipolitisch ausgerichteter Jugendorganisationen später im Jahr (6/54–1/36).

[90] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 131.

[91] 6/42–3/7.

[92] OMGBR: Functional History 10.12.1945 – 31.1.1946, II, Appendix 4, Denazification.

[93] Schreiben vom 23.1.1946 (ebenda), u. a.: „If the British are willing to agree that they will pay all expenses of the port operation, meeting promptly without question all demands for funds from Bremen Port Command, then they are more than welcome to the funds collected here.

dieser Sache stellte, geht daraus hervor, daß Anfang Mai General Robertson Gelegenheit nahm, deswegen bei Clay vorstellig zu werden. Dieser antwortete am 25. Mai, daß natürlich die Schwierigkeiten der Militärregierung in Bremen offenkundig seien, er aber nunmehr als Interimslösung anordnen wolle, versuchsweise die bislang zurückgehaltenen Gelder nach Hannover zu überweisen und von dort bei Bedarf wieder anzufordern.[94] Die entsprechende Direktive erging gegen Widerstand aus der Finanzabteilung am 16. Juli, wurde jedoch schlicht nicht befolgt, so daß noch im September alles beim Alten war.[95] Unbehagen über die Bremer Verhältnisse spricht aus einem Vermerk Clays für Parkman vom 16. Juni 1946, in dem er deutlich macht, daß er die Amerikaner nicht in einer Lage sehen möchte, in der sie den Ruin von Bremens Rang und Ansehen zu verantworten hätten, und seine Bitte um Sondierungsgespräche bei den Briten schließt mit der Bemerkung: „Maybe we need another ‚Boston Tea Party'".[96]
Hatte Bremen bei dem Streit um die Kompetenzen der Reichsmittelbehörden zurückstecken müssen, so war im Windschatten dieser Auseinandersetzung ein erster Schritt zur administrativen Angliederung Wesermündes vollzogen worden. Mit Wirkung vom 15. März 1946 gehörte das Amtsgericht Wesermünde wie Bremen in den Bezirk des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg.[97] Proteste aus Celle fruchteten nichts.
„British policy continued to be applied in the Bremen area until the beginning of 1947, but actually it was more or less suspended during the period of uncertainty preceding the creation of the new Land Bremen", konstatiert der zweite Jahresbericht vieldeutig.[98] Verwirrung am Anfang, Meinungsverschiedenheiten und Ausnahmeregelungen, Aussetzung des Vollzugs am Ende – die Frage drängt sich auf, welche Auswirkungen die Verwaltung nach britischen Richtlinien in der Bremer Enklave überhaupt hatte. Eine Antwort fällt nicht leicht. Erhebliche Komplikationen gab es, wie angedeutet, in der Finanzverwaltung und bei der Abrechnung der Besatzungskosten. Das ohnehin problematische Entnazifizierungsverfahren wurde durch Unsicherheit in der Bewertung und wechselnde Standards zusätzlich belastet.[99] Schließlich fielen als Folge des

---

Otherwise it is obvious that to conduct an effecient port operation adequate funds must be available, without the necessity of persuading someone in Hannover or any other place that money should be provided for that expense".

[94] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, II, Appendix 61.

[95] Gailey, Chief of Staff, gesteht am 22.9. ein, daß er eine Überprüfung des Vollzugs unterlassen habe, weil ihm die Möglichkeit, daß eine Direktive einfach nicht befolgt würde, nicht in den Sinn gekommen sei (AG 1945–46/67/5 und FIN 6/3, siehe auch AG 1945–46/46/8, Memo von Chatters vom 13.6.1946).

[96] AG 1945–46/13A/5.

[97] Wenzlau: Wiederaufbau der Justiz, S. 185 f.

[98] OMGBR: Functional History 1.7.1946 – 30.6.1947, I, S. 4. Dazu passen zwei Äußerungen aus der Bremer Intelligence Branch. Am 15.11.1946 wurde der bestehende Zustand als „arbitrary mixture of U.S. and British regulations" beschrieben und die sich abzeichnende Klärung begrüßt. Am 25.1.1947 erklärte Metal auf telefonische Anfrage, daß die Militärregierung in der Enklave zwar theoretisch habe nach britischen Richtlinien arbeiten sollen, in der Praxis jedoch – mit britischer Billigung – im wesentlichen amerikanischer Besatzungspolitik gefolgt sei. Deshalb gebe es jetzt nach der Eingliederung in die amerikanische Zone de facto keine Änderung in der praktischen Politik (5/243–1/24).

[99] Z. B. war eine Gruppe von politisch belasteten Bürgern nach britischen Richtlinien bei der Bürgerschaftswahl 1946 wahlberechtigt, die ein Jahr später nach amerikanischen Standards nicht mit abstimmen durften. – Daß die Praxis der Verordnungslage nicht entsprechen mußte, zeigt das Beispiel der Post. Der 1945 eingesetzte britische Verbindungsoffizier Major Hines, an sich nur für den Sprengel der Oberpostdirektion außerhalb der Enklave zuständig, war

Richtlinienwechsels die für das Frühjahr 1946 in Aussicht gestellten Wahlen aus. Die Briten zogen zunächst eine ernannte Volksvertretung vor,[100] die am 17. April zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat. Wahlen, bei denen britische Grundsätze des Mehrheitswahlrechts zum Tragen kamen, fanden erst im Oktober 1946 statt.[101]

Im Sommer 1946 trat die Diskussion um die Neugliederung der britischen Zone und damit auch um die künftige staatliche Existenz Bremens in ein entscheidendes Stadium. Harold H. Crabill, Leiter der Bremer Civil Government Division, erfuhr am 19. Juni auf einer Konferenz in Hannover, daß die britische Planung ein Vier-Länder-Modell favorisierte, in dem Bremen Teil Niedersachsens war. Er verfaßte daraufhin ein umfangreiches Memorandum, das die Empfehlung enthielt, die Bremer Enklave – eventuell mit erweitertem Territorium – als Land zu etablieren und in die amerikanische Zone einzubeziehen. Die Vereinigten Staaten als anerkannte Vorkämpfer von Freiheit und Unabhängigkeit – so ein tragendes Argument – würden bei den Deutschen schlecht aussehen, wenn die traditionellen bremischen Freiheiten unter ihrer Mitverantwortung verloren gingen.[102] In dieselbe Kerbe schlug Erwin Bard, der die Bremer Situation aus eigener Erfahrung bestens kannte, in einem Memorandum für Henry Parkman, den Direktor der Civil Administration Division, OMGUS,[103] und der Bremer Direktor Welker äußerte sich Parkman gegenüber ganz entschieden in demselben Sinne: Den Briten dürfe die Kontrolle nicht überlassen werden, da diese bevorzugt Hamburg förderten.[104] Ein Gutachten der Rechtsabteilung der Bremer Militärregierung vom 1. Juli empfahl hingegen Zurückhaltung in der Statusfrage und hielt den gegebenen Zustand bei möglichen Verbesserungen im Detail für akzeptabel.[105]

Kaisen hatte auf der Eröffnungssitzung der Bürgerschaft Bremens Stellung als „sehr eigenartig" charakterisiert. Es sei im Gebietsrat der Region Hannover vertreten, im Gebietsrat der britischen Zone und im Hamburger Zonenbeirat, aber auch im Stuttgarter Länderrat der amerikanischen Zone.[106] Eine Mitteilung des Senats vom 9. Juli 1946, die mit den trotzigen Worten beginnt „1. Bremen ist nach wie vor ein deutsches Land", versuchte, die Frage der Zugehörigkeit zu und der Zuständigkeit von zonalen Gremien und Behörden gegliedert darzulegen und traf dabei die interessante Feststellung, daß die amerikanische Militärregierung in Bremen bei der Durchführung ihrer

---

selbst engagierter Postler. Die zuständigen amerikanischen Fachoffiziere überließen ihm daher das Feld und mischten sich kaum ein. Für Hines lag die Priorität klar bei einem funktionierenden Postbetrieb; die Entnazifizierung wurde zurückgestellt und später in großzügiger Manier in Zusammenarbeit mit der betroffenen deutschen Behörde gehandhabt. Verstärkte Einflußnahme der amerikanischen Entnazifizierungsabteilung wurde ab Februar 1946 spürbar, nach personellen Veränderungen (Ausscheiden von Hines) hörte im Laufe des Jahres die britische Mitwirkung bei der Entnazifizierung auf. Vgl. StA Bremen 5,1/2: Wiederaufbau des Post- und Fernmeldewesens nach dem Kriege, H. 2, Bericht des Postrates Michaelis vom 7.1.1949, S. 14–29.

[100] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 68f.

[101] Peters: Zwölf Jahre Bremen, S. 53 und 65.

[102] 6/90–1/3, auch 6/54–1/32; Übersetzung in StA Bremen 3-B.10.a.Nr.2(1) II.

[103] Memo vom 19.8.1946 (17/256–2/10).

[104] AG 1945–46/46/8.

[105] 6/95–2/35. Robert W. Johnson von der Bremer Rechtsabteilung führte am 17.12.1946 gegenüber der Zentrale aus, der Mißerfolg der britisch-amerikanischen Enklavenverwaltung habe nicht am System gelegen, sondern an der Unfähigkeit beider Seiten, damit richtig umzugehen – eine sehr theoretische Sichtweise (3/162–3/15).

[106] Zuversicht und Beständigkeit, S. 140f.

Aufgaben teils nach amerikanischen, teils nach britischen Gesetzen, Richtlinien und Verwaltungsgrundsätzen verfahre und deshalb „Bremen sowohl in der britischen, als auch in der amerikanischen Zone zuständig" sei.[107] Nach der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen am 18. Juli sah Kaisen den Zeitpunkt für gekommen, in der Neuordnungsdiskussion eindeutig Stellung zu beziehen. In einem Schriftsatz an die amerikanische Militärregierung in Bremen legte er am 25. Juli dar, daß es zwingend geboten sei, eine Entscheidung für die eine oder die andere Besatzungsmacht zu treffen. Der gegenwärtige amerikanisch-britische Dualismus könne auch bei bestem Willen aller Beteiligten nicht aufgehoben werden, und man könne, wie er es bildlich ausdrückte, nicht gleichzeitig gehen und laufen. Aus der Sicht des Senats stelle die Wiedereingliederung in das amerikanische Besatzungsgebiet die einzige erfolgversprechende Möglichkeit dar.[108] Die Allianz bremischer und amerikanischer Interessen blieb nicht ohne Wirkung. Henry Parkman, Leiter der Civil Administration Division, OMGUS, erhielt von Clay den Auftrag, sich über die Enklave Gedanken zu machen. Im August 1946 arbeitete er an einer Studie, deren Tendenzen sich abzeichneten,[109] im September lag das Ergebnis vor: er war zu der Überzeugung gekommen, daß die Übernahme der gesamten Verantwortung in Bremen und Bremerhaven den unmittelbaren und langfristigen Interessen der USA am meisten diene,[110] und drang mit seiner Auffassung bei Clay durch, obwohl Chief of Staff Charles K. Gailey dazu riet, aus Kostengründen den Briten die Enklave zu überlassen und sich auf den reinen Hafenbetrieb zu beschränken.[111] Bei einer Ansprache aus Anlaß der Bremer Interzonenkonferenz verkündete der Direktor der Bremer Militärregierung am 4. Oktober 1946, daß Bremen als reichsunmittelbare Hansestadt erhalten bleiben werde.[112] Der Oldenburger Theodor Tantzen, eben von einem Gespräch mit Robertson aus Berlin kommend, war mit seinem gleichgelagerten Anliegen auf ein bevorstehendes Treffen mit Außenminister Bevin verwiesen und beschieden worden, daß voraussichtlich bald die Entscheidung falle.[113] Ende Oktober war es so weit. Es gab die Umrisse einer britisch-amerikanischen Vereinbarung über die Zukunft der Enklave, und bei der Gründung des Landes Niedersachsen am 1. November 1946 gehörte Bremen nicht dazu.

4. Die Bremer Enklave wird Teil der amerikanischen Zone (1947)

Den Auftrag, einen Lösungsvorschlag für die Probleme der Bremer Enklave zu erarbeiten, hatten Austen Albu (Deputy President, Governmental Sub-Commission, Control Council Germany, British Element) und Henry Parkman, der schon mehrfach ge-

---

[107] StA Bremen 3-B.10.a.Nr.2 (1) I; dies ist ein weiterer unverdächtiger Beleg dafür, daß entgegen dem Abkommen vom 10.12.1945 in erheblichem Umfang nach amerikanischen Direktiven gehandelt wurde.

[108] Zuversicht und Beständigkeit, S. 145 ff.

[109] POLAD 748/30.

[110] Stelllungnahme vom 18.9.1946 (AG 1945–46/46/8).

[111] Memo vom 22.9.1946 (AG 1945–46/67/5). Auch noch nach dem Albu/Parkman-Agreement vom 29.10.1946 wurden bei OMGUS parallel zu den laufenden Vertragsverhandlungen Modelle entwickelt, die im Kern die Aufgabe der Enklavenverwaltung durch die USA vorsahen, so z. B. Alternativplan von William Whipple, Secretary General, 9.12.1946 (AG 1945–46/13A/5).

[112] Zuversicht und Beständigkeit, S. 150, falsch datiert auf den 3.10.1946; ebenso auch Peters: Zwölf Jahre Bremen, S. 65.

[113] Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik 1, S. 884.

nannte Direktor der Civil Administration Division, OMGUS, erhalten.[114] Sie hörten sich die Meinung der Betroffenen vor Ort an, Parkman sprach auch mehrfach mit Kaisen.[115] Am 29. Oktober 1946 waren gemeinsame Empfehlungen für Clay und Robertson fertiggestellt, die am kommenden Tag gebilligt wurden, verbunden mit dem Auftrag, sie in ein Abkommen umzusetzen.[116] Das Memorandum geht davon aus, daß die ursprünglichen Grenzen der Enklave keine besondere Bedeutung mehr hätten, daß amerikanische Kontrolle der Unterweserhäfen wegen ihrer Bedeutung für die ganze amerikanische Besatzungszone weiterhin wünschenswert sei und mit den bizonalen Einrichtungen für den wirtschaftlichen Bereich wesentliche Gründe für eine britische Militärregierung entfielen. Hinsichtlich der Beziehung zur Region Hannover müsse der Tatsache Rechnung getragen werden, daß die britische Militärregierung Bremen provisorisch als Stadtstaat mit unabhängiger Regierungsgewalt wiederhergestellt habe – offenbar eine Bezugnahme auf die britische Direktive vom 5. Dezember 1945 anläßlich der Übernahme der Militärregierung in der Enklave.[117] Empfohlen wird deshalb ein Land Bremen, das aus Bremen und der Stadt Wesermünde besteht und von Amerikanern nach amerikanischen Richtlinien verwaltet wird. Es sollte im Hamburger Zonenbeirat direkt vertreten sein, im Stuttgarter Länderrat informell, in bizonalen Gremien so wie Hamburg. Die Frage der Besatzungskosten wird zunächst ausgeklammert, von der Ausdehnung der US-Hoheit auf die anderen Weserhäfen wegen der Verwaltungsprobleme abgeraten.

Der Bremer Senat wurde am 5. November 1946 vom Inhalt des Memorandums durch den Direktor der Bremer Militärregierung mündlich in Kenntnis gesetzt,[118] doch der Vollzug ließ auf sich warten, so daß schließlich Kaisen am 8. Januar 1947 in Stuttgart noch einmal Clay auf die Angelegenheit ansprach.[119] Clay versicherte, daß Bremen Land der amerikanischen Zone und vollberechtigtes Mitglied des Länderrates sein werde, und mit einer entsprechenden Proklamation in wenigen Tagen zu rechnen sei. Sie erfolgte als Proklamation Nr. 3 am 22. Januar 1947 unter dem Datum des Vortages, unterzeichnet von General Joseph T. McNarney, Militärgouverneur in Deutschland und Oberbefehlshaber der US-Truppen in Europa. Unter Bezugnahme auf eine Vereinbarung der Militärregierung der Vereinigten Staaten und der Militärregierung Großbritanniens wurden Stadt und Landgebiet von Bremen, Bremerhaven und der Stadtkreis Wesermünde als Staat im amerikanischen Kontrollgebiet proklamiert und die gegenwärtige Stadtregierung von Bremen als vorläufige Staatsregierung einge-

---

[114] Das Entstehen des Abkommens ist in Parkmans Akten gut dokumentiert, siehe besonders 3/157-1/13 und 3/162-3/15.

[115] StA Bremen 3-B.10.a.Nr.2 (1) II, S. 106, 124, 186 f.; Albu wollte erst nach Fertigstellung des Gutachtens mit Kaisen sprechen (ebenda, S. 108).

[116] 6/90-1/3, auch StA Bremen 3-B.10.a.Nr.2 (1) II, S. 186 ff.; keineswegs wurde das fertige Abkommen am 30.10.1946 von Clay und Robertson unterzeichnet, wie es in Zuversicht und Beständigkeit, S. 151 heißt – das geschah erst am 22.1.1947. Parkman selbst hat in einem Schreiben am 27.12.1946 noch einmal daran erinnert, daß die Empfehlungen nicht als Abkommen aufzufassen und zu behandeln seien, sondern daß sie den Ausgangspunkt für das zu erarbeitende Abkommen bildeten (3/157-1/13).

[117] Directive on Assumption of Military Government Responsibility in the Bremen Enclave von Robertson an das Hauptquartier des 30. Corps (OMGBR: Functional History 10.12.1945–31.1.1946, II, Appendix 4). Entscheidend ist Abs. 12 (d) „Land Bremen will become an autonomous city-state, equivalent in status to Land Braunschweig or Land Oldenburg, and will not be subordinate in any way to the German civil administration of Provinz Hannover".

[118] StA Bremen 3-B.10.a.Nr.2 (1) II, S. 193.

[119] Zuversicht und Beständigkeit, S. 155 ff.

setzt.[120] Der Text des zitierten Abkommens, das ebenso wie die Proklamation erst am 22. Januar unterzeichnet worden war,[121] wurde nun ebenfalls veröffentlicht.[122] Es nahm seinerseits Bezug auf die Empfehlungen von Albu und Parkman und regelte in neun Punkten den künftigen Status Bremens als Land. Es sollte rückwirkend vom 1. Januar 1947 an wirksam sein. Clay und Robertson waren den Empfehlungen nicht überall gefolgt: bei Bremens Vertretung im Zonenbeirat und Länderrat z. B. wurde die Rolle getauscht, und amerikanische Kontrollrechte bei der Weserhafenbehörde blieben vorbehalten. Neu war die Beibehaltung der ursprünglichen Enklave als militärischer Zuständigkeitsbereich der Vereinigten Staaten, und auch die mißverständliche Erwähnung Delmenhorsts fehlt in der Vorlage. Das Abkommen, das an die Stelle der Vereinbarung vom 10. Dezember 1945 trat, beschrieb die Stellung des neuen Landes mit „quasi-Zugehörigkeit" zur US-Zone: Es sei hinsichtlich der Militärregierung so zu behandeln, *als ob* es Teil der amerikanischen Besatzungszone *wäre*.[123] Die Formulierung kehrt wortwörtlich wieder in der britischen Ordinance Nr. 76, die schon vom 31. Dezember 1946 an wirksam sein sollte.[124]

Mit ihr wurde offiziell die Stadt Wesermünde aus Niedersachsen herausgenommen und in das Land Bremen eingegliedert, das gleichzeitig in seinen heutigen Grenzen gegründet wurde.[125] Man steht also vor der kuriosen Tatsache, daß die britisch-amerikanische Vereinbarung, die die Gründung des Landes Bremen vorsah, erst einen Tag später in Kraft trat als die britische Verordnung, mit der als Folge dieser Vereinbarung die Gründung bereits vollzogen wurde – eine der diversen Ungereimtheiten und Merkwürdigkeiten der Bremer Nachkriegsgeschichte. Zu ihnen muß man auch die Tatsache zählen, daß das Clay-Robertson-Agreement, welches *nicht* die Einbeziehung in die US-Zone, sondern einen „als ob"-Status für Bremen vorsah, am selben Tag unterzeichnet wurde wie die genannte Proklamation Nr. 3 McNarneys, mit der sich die Eingliederung vollzog. Ein zeitlicher Abstand zwischen beiden Vorgängen ist durch die rückwirkende Inkraftsetzung zum 1. bzw. 21. Januar 1947 im Nachhinein wieder-

---

[120] Amtsblatt der Militärregierung Deutschland – Amerikanisches Kontrollgebiet, Ausgabe C, 1.4.1947; auch Zuversicht und Beständigkeit, S. 158 f. und 182 f., Weser Kurier vom 23.1.1947, der die Proklamation irreführend auf den 22.1. datiert; dasselbe Datum auch bei Meyer: Wesermünde, S. 218 und Dorn: Inspektionsreisen, S. 40; nicht zutreffend die Angabe bei Peters: Zwölf Jahre Bremen, S. 74, Stichtag für die Eingliederung sei der 1.1.1947 gewesen (richtig: 21.1.1947).

[121] Mitteilung von Charles D. Winning vom Regional Government Coordinating Office, 31.1.1947 (StA Bremen 3-B.10.a.Nr.2 (1) II, S. 252; in Zuversicht und Beständigkeit, S. 158 wird irrtümlich der 21.1.1947 als Unterzeichnungsdatum der Proklamation genannt. Clay mußte noch am 21.1. Vorbehalte McNarneys gegen den Wortlaut ausräumen und auf unverzügliche Veröffentlichung des Textes drängen (AG 1947/19/4).

[122] Weser-Kurier 23.1.1947, der englische Text in StA Bremen 3-B.10.a.Nr.2 (1) II, S. 244.

[123] Abs. (c): „Land Bremen which shall be treated for the purposes of Military Government as if it were part and parcel of the U. S. Zone of Occupation".

[124] Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Britisches Kontrollgebiet, Nr. 16, S. 411; u. a. auch Scheper: Bremerhaven, S. 394.

[125] Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Britisches Kontrollgebiet, Nr. 16, S. 411, Artikel II: „are hereby established as a land to be known as Land Bremen". Zur Eingliederung Wesermündes ausführlich Meyer: Wesermünde, und Scheper: Bremerhaven, S. 378 ff. Daß die Abtretung Wesermündes den Briten keineswegs leicht fiel, veranschaulicht ein handschriftlicher Vermerk Parkmans vom 1.12.1946: Weitere territoriale Forderungen sollen nicht in die Verhandlungen eingebracht werden. „Even with respect to Wesermünde we shall have difficulty in holding our ground, as Albu feels in hot water over his agreement to include it in Land Bremen" (3/162–3/15).

hergestellt worden, wobei man für das Agreement besser einen Zeitpunkt noch vor dem Inkrafttreten der britischen Verordnung Nr. 76 gewählt hätte.
In Wesermünde fand aus Anlaß der Eingliederung der Stadt in das Land Bremen am 7. Februar 1947 ein Festakt statt im Rahmen einer feierlichen Sitzung der Stadtverordneten, auf der einstimmig beschlossen wurde, die Stadt in „Bremerhaven" umzubenennen.[126]
Für die Militärregierung brachten diese Veränderungen endlich klare Verhältnisse. Es entstand ein Land Office, das nach eigenen amerikanischen Richtlinien und Grundsätzen arbeiten konnte. Der Bremerhavener Ableger wurde als Liaison & Security Detachment etabliert. Im Sommer 1947 wurde auch die Hafenaufsicht in Bremerhaven größtenteils der Bremer Militärregierung übertragen, während der Stützpunkt Bremerhaven Port of Embarkation sich im wesentlichen auf die Abwicklung des Personenverkehrs über See beschränkte.[127]
Da sich die Aufgaben der Besatzungsbehörden 1947 schon in stärkerem Maße von der direkten Einwirkung zur beobachtenden Kontrolle hin verschoben hatten,[128] konnten sie aus der bereinigten Lage nicht mehr so viel Nutzen ziehen, wie dies zu einem früheren Zeitpunkt der Fall gewesen wäre. In den ersten Monaten des Jahres 1948 wurden Aufgaben aus den Bereichen Wirtschaft und Verkehr aus der Verantwortlichkeit der Militärregierung in die bizonaler Einrichtungen überführt und eine Geschäftsstelle der JEIA in Bremen eröffnet,[129] die Devisenwirtschaft und Außenhandel zu überwachen hatte. Gleichzeitig vollzog sich ein rasanter Personalabbau, der nahezu zu einer Halbierung des US-Personals innerhalb von sechs Monaten führte.[130] Es war deshalb eine in ihrer Wirksamkeit bereits sehr eingeschränkte Militärregierung, die im Herbst 1949 ihre Tätigkeit einstellte und verbliebene Aufgaben samt Personal an die mit Inkrafttreten des Besatzungsstatuts am 21. September neu gebildete Behörde des Landeskommissars abgab.
Am Ende dieses Überblicks sollen einige Bemerkungen über das Verhältnis zwischen Kontrolleuren und Kontrollierten, zwischen den Mitgliedern der amerikanischen Militärregierung und der Bremer Zivilverwaltung stehen. Der erste Militärgouverneur, Bion C. Welker, mußte mit Erich Vagts einen Mann seines Vertrauens aus politischen Gründen nach drei Monaten entlassen.[131] Diese Hypothek lastete auf seinem Verhältnis zu Kaisen, das – auch aus anderen Gründen – eher von kühler Reserve gekennzeichnet blieb. Das änderte sich Ende 1946 grundlegend unter seinen Nachfolgern Thomas F. Dunn und Charles R. Jeffs, unter denen sich ein sehr konstruktives, von gegenseitiger menschlicher Achtung geprägtes Arbeitsverhältnis entwickelte.[132] Kaisens schlichte, direkte Art kam bei Amerikanern gewöhnlich gut an – obwohl er kein Englisch sprach. Auch mit Clay und McCloy hat er noch gelegentliche Kontakte gepflegt, als dienstliche und politische Notwendigkeiten dafür längst nicht mehr bestanden.[133] Aus Äußerungen von Angehörigen der Bremer Mili-

---

[126] Scheper: Bremerhaven, S. 396 ff.; Zuversicht und Beständigkeit, S. 167 ff.
[127] Siehe OMGUS-Hb, Bremen B.11.
[128] Vgl. OMGBR: Functional History 1.7.1946 – 30.6.1947, I, S. 5.
[129] Siehe OMGUS-Hb, Bremen A.5.a.
[130] Siehe OMGUS-Hb, Bremen A.5.b, Anm. 182.
[131] Siehe OMGUS-Hb, Bremen A.2.
[132] Müller: Begegnungen mit Kaisen, S. 183 ff.
[133] Ebenda, S. 192 ff.; Kaisen stellte Clay als Vater der Bremer Unabhängigkeit heraus, McCloy pries Kaisen 1977 „as one of the wisest of counsellors and finest statesmen with whom I came in contact during that critical period" (ebenda, S. 194).

tärregierung spricht Achtung, ja Bewunderung für seine Persönlichkeit und Leistung.[134]

Clay sah im Juni 1946 Veranlassung, die Militärregierungen der Länder zu einem distanzierten und geschäftsmäßigen Umgang mit Deutschen anzuhalten. Persönliche Freundschaften und gesellschaftliche Kontakte seien zu vermeiden. Der daraufhin aus Bremen eingehende Geheimbericht wirft ein Schlaglicht auf die deutsch-amerikanischen Probleme des Besatzungsalltags und läßt die Vorbehalte erkennen, die Welker gegenüber Deutschen hegte: „for we are dealing with people who can be ingratiating, have been versed and skilled in intrigue, double crossing and double dealing through the centuries"! Mädchen waren natürlich ein Problem, die als Tanzpartnerinnen in den Soldatenclubs zugelassen waren, wobei alles mit formaler Höflichkeit abgewickelt werden sollte. Daß in dem Zusammenhang einige Rügen nötig wurden, deutet an, daß es in der Praxis so nicht immer zuging. Ein Offizier mußte laut Welkers Bericht wegen seiner Beziehungen zu deutschen Mädchen den Dienst quittieren, ein anderer wegen zu enger Verbindungen zu einem einflußreichen Deutschen. Deutsche Mitarbeiter der Militärregierung müßten genau beobachtet werden, damit sie ihre Position nicht zur persönlichen Vorteilsannahme ausnutzten, wie geschehen. Als offensichtlich mustergültig wird geschildert, wie eine Abendeinladung der Handelskammer an die Wirtschaftsabteilung unter Hinweis auf die Bürozeiten zurückgewiesen wurde.[135]

Felix von Eckardt bezeichnet in seinen Erinnerungen die Fachoffiziere, die ihn als Journalisten beim Weser-Kurier hätten überwachen sollen, als seine Freunde.[136] Hafensenator Apelt nannte in einem Nachruf den amerikanischen Hafendirektor Stanley A. Clem seinen persönlichen Freund,[137] und als Freundschaftsverhältnis gestaltete sich bereits während der Zeit der Zusammenarbeit in Bremen die Beziehung zwischen dem Leiter der Erziehungsabteilung, Harold H. Crabill, und seinem Verbindungsmann zur Bremer Schulverwaltung, Wilhelm Berger.[138] Wenn schließlich der zu Kritik durchaus fähige Leiter der Entnazifizierungsabteilung, Joseph F. Napoli, rückblickend den Bremer Senator für politische Befreiung, Dr. Alexander Lifschütz, neben Wilhelm Kaisen als „absolutely outstanding in German public life" – und zwar im positiven Sinne – beurteilte,[139] so verwundert es nicht, daß der Jahresbericht für 1948 von amerikanischer Seite das summarische Urteil enthält: „Relationship between Military Government and German authorities has been generally excellent throughout the year".[140] So war es in den ersten Monaten der Besatzungszeit sicherlich nicht – Verbitterung über Plünderungen und Übergriffe amerikanischer Soldaten auf der einen Seite und Verärgerung über die mangelnde Flexibilität und Kooperationsbereitschaft deutscher Behörden auf der anderen Seite trübten die Beziehungen. Aber nach Stabilisierung der allgemeinen Lage war Kooperation, nicht Konfrontation atmosphärisch bestimmend. Zudem begünstigten ungeklärte Kompetenzfragen zwischen britischer und amerikanischer Militärregierung ein frühes Zu-

---

[134] Ebenda, S. 189f.

[135] AG 1945–46/15/1.

[136] Eckardt: Lebenserinnerungen, S. 125.

[137] Apelt: Reden und Schriften, S. 282.

[138] Siehe OMGUS-Hb, Bremen B.10, Anm. 225; vgl. Wulff: Im Jahrfünft, S. 20f.

[139] Müller: Begegnungen mit Kaisen, S. 190.

[140] OMGBR: Annual Functional History 1.1. – 31.12.1948, I, S. 10; beinahe identisches Vokabular („im allgemeinen ausgezeichnet") benutzt von Eckardt: Lebenserinnerungen, S. 125, um aus seiner Sicht das Verhältnis zu den Amerikanern zu charakterisieren.

sammengehen von bremischen und amerikanischen Interessen.[141] Lediglich die Entnazifizierungspolitik konnte mit Mißbilligung in den Fachverwaltungen rechnen.
Die kleinräumigen Verhältnisse in Bremen haben eine Verwurzelung der Besatzungsoffiziere in der Stadt offenbar erleichtert. Jeffs, 1945 als Marineoffizier an die Weser gekommen, trat später in die Militärregierung ein und wurde ihr Direktor, dann Landeskommissar. „Er sorgte für Bremen wie ein Landesvater", erinnert sich von Eckardt, und „den Hafen empfand er wie sein persönliches Eigentum".[142] Jeffs heiratete eine Bremerin – wie es auch Napoli und Ladd taten (letzterer Fachoffizier für Jugend und Sport),[143] neben mehreren hundert weiteren Amerikanern, die in der Enklave stationiert waren[144] – und wurde nach dem Ausscheiden aus dem Dienst in Bremen ansässig. In Deutschland Fuß faßte auch Wolf Citron, zuständig für Radio Bremen, der später für das deutsche Fernsehen arbeitete.[145] Clarence P. Oakes, von 1949 bis 1952 als politischer Berater von Jeffs in Bremen, hatte wie jener die Stadt zunächst als Marineoffizier kennengelernt. Er verließ Bremen u. a. als Ehrenmitglied des „Plattdütschen Vereens" und mit einem stattlichen Repertoire deutscher Volkslieder, die er in seiner Freizeit zur Gitarre sang; sein Lieblingslied: „Wo die Nordseewellen ziehen an den Strand. . .".[146]
So wie Hamburg sich traditionell England verbunden fühlt, so hat Bremen sich stets etwas auf seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zugute gehalten, seit George Washington 1796 das erste amerikanische Konsulat in Bremen einrichtete.[147] Die amerikanische Enklave an der Unterweser hat diesen Beziehungen in einer kurzen historischen Zeitspanne ein vorher wie nachher nicht gekanntes Gewicht gegeben und wesentlich dazu beigetragen, Bremen nach dem Krieg als Stadtstaat wieder neu entstehen und seine Häfen zu neuer Geltung sich entwickeln zu lassen.

5. Organisation und Personal der Bremer Militärregierung als Ganzes

a) Die Entwicklung der Organisationsstruktur

Die für die Militärregierung in Bremen vorgesehene Einheit wurde am 27. Januar 1945 als Detachment E2C2, European Civil Affairs Division (Prov), in Frankreich aufgestellt zusammen mit Detachment G1C2, ECAD (Prov), das in Wesermünde/Bre-

---

[141] Justizsenator Spitta sollte z. B. schon am 2.7.1945 für seinen Fachoffizier eine Denkschrift konzipieren, für die jener lediglich die Stichworte vorgab (Wenzlau: Wiederaufbau der Justiz, S. 178, Anm. 8).

[142] Eckardt: Lebenserinnerungen, S. 125.

[143] Siehe OMGUS-Hb, Bremen A.5.a und B.3; Ladd war ein 28-jähriger Lehrer (Wulff: Im Jahrfünft, S. 44).

[144] Zahl der Eheschließungen zwischen Amerikanern und Deutschen in Bremen/Bremerhaven 1945: 0/2, 1946: 8/1, 1947: 115/64, 1948: 272/234, 1949: 96/64 (ermittelt mit freundlicher Unterstützung der Standesämter Bremen-Mitte, Bremen-Nord und Bremerhaven). Unter den Besatzungsangehörigen, die eine Deutsche heirateten, war 1947 auch der spätere Bestsellerautor Mario F. Puzo („Der Pate", 1969); seine Erfahrungen aus der Bremer Nachkriegszeit fanden 1955 in einem Roman ihren Niederschlag („The Dark Arena", dt. „Die dunkle Arena", 1975). – Eine amerikanische Untersuchung ergab bereits 1945, daß bis August über 50% der amerikanischen Soldaten sexuelle Kontakte mit deutschen Mädchen gehabt hatten; mehr als die Hälfte der geborenen unehelichen Kinder hatte amerikanische Besatzungssoldaten als Väter, siehe Schmidt/Fichter: Der erzwungene Kapitalismus, S. 114.

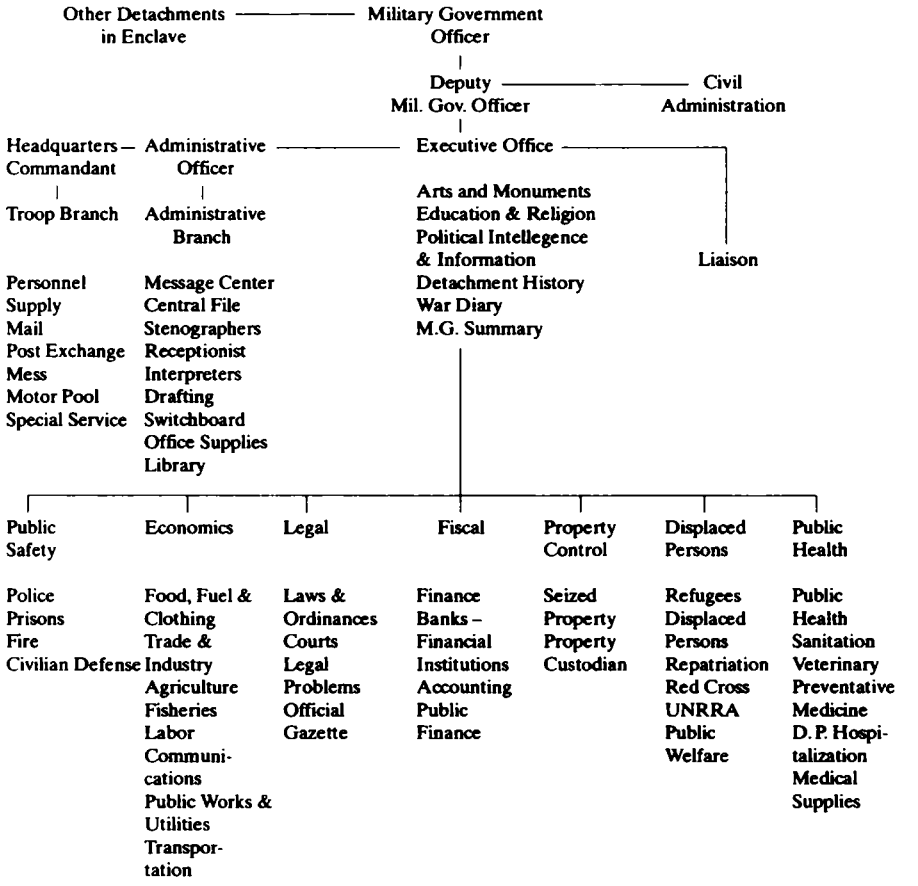
[145] Eckardt: Lebenserinnerungen, S. 127.

[146] Weser-Kurier 21.3.1952; siehe OMGUS-Hb, Bremen B.2, Anm. 61.

[147] Das Konsulat wurde aus finanziellen Gründen zum 30.6.1986 geschlossen.

merhaven tätig werden sollte. Eine am 16. März 1945 verfügte Reorganisation ersetzte „(Prov)" in der Bezeichnung der Einheit durch „(Special)".[148] Während der Vorbereitungszeit in Frankreich erarbeitete sich das Detachment einen Einsatzplan auf der Grundlage des von SHAEF herausgegebenen Handbuches für die Militärregierung. Dieser „Operational Plan" enthält auch ein Organisationsschema des Detachments E2C2, das die vorgesehene Aufgabengliederung deutlich macht.

Übersicht 2: Organisation des Detachments E2C2, OMGBR, Entwurf März 1945 (nach 6/125-2/24)

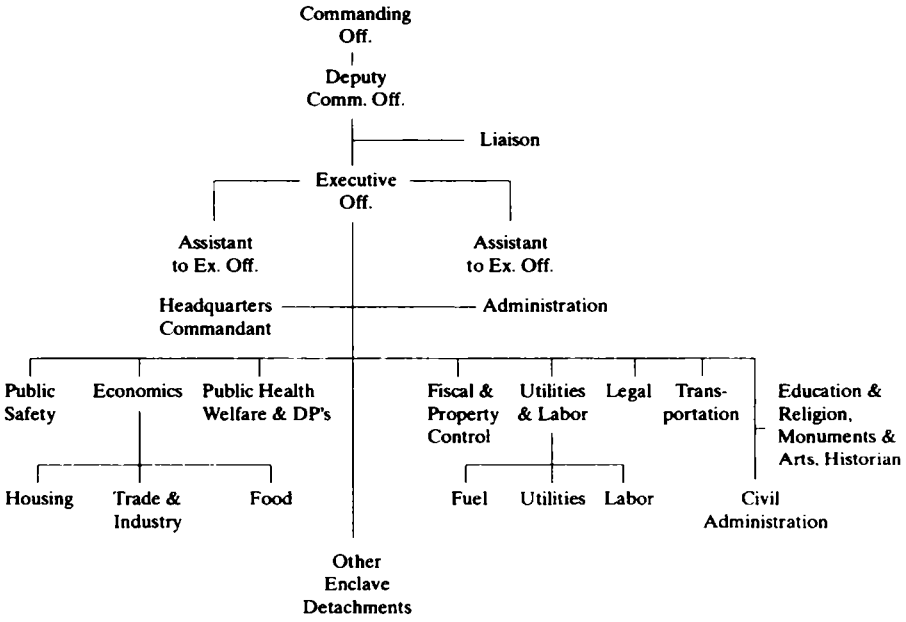


Über den projizierten Fachabteilungen Public Safety, Economics, Legal, Fiscal, Property Control, Displaced Persons und Public Health sind Leitungs- und Verwaltungsfunktionen sowie die Außenkontakte angeordnet. Es fällt auf, daß Civil Administration nicht neben den übrigen Fachabteilungen steht, sondern direkt dem stellvertretenden Befehlshaber des Detachments unterstellt ist, und der Kulturbereich

[148] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 1 f.; OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, II, App. 1, 2.

(Arts & Monuments, Education & Religion) mit anderen Dingen in das Aufgabenfeld des Executive Officer integriert wurde. Vielleicht waren für diese ungewöhnliche Zuweisung besondere Qualifikationen des zunächst in Aussicht genommenen Offiziers maßgeblich. Realisiert wurde sie nicht. Der Organisationsplan des Detachments vom 1. Juli 1945, der anläßlich einer vom Chief of Staff, US Group Control Council, angeordneten Inspektion vorgelegt wurde,[149] weist die beiden genannten Auffälligkeiten nicht mehr auf, kommt sonst im Grundmuster dem Konzept aber noch recht nahe.

Übersicht 3: Organisation des Detachment E2C2, Enclave Military District, Bremen Germany, 1. Juli 1945 (nach StAB 16,1/4, FB 707, Special Report)



Läßt man einmal die Zivilverwaltung und den Kultursektor beiseite, die zu gewöhnlichen Fachbereichen geworden sind, so stehen die Leitungs- und Verwaltungsfunktionen weiterhin über sieben Fachreferaten (Branches), von denen Public Safety, Economics und Legal auch im Entwurf zu finden sind, während Fiscal & Property Control nun ebenso wie Public Health, Welfare & DPs aus vorher je zwei Referaten zusammengezogen wurden. Neu als eigene Referate sind dafür Transportation und Utilities & Labor entstanden, die als Teilbereiche von Economics konzipiert waren. Dies sind aber eher Modifikationen als grundlegende Änderungen. Der Einsatzplan hatte sich im Organisatorischen offenkundig bis dahin als durchaus brauchbar erwiesen. Mit Interesse zu vermerken ist das Bestreben, die Aufgabenverteilung in den Fachreferaten der Geschäftsverteilung im Bremer Senat anzupassen[150] – nicht etwa umgekehrt. Neugestaltungswille im Bereich der deutschen Verwaltungsorganisation ist hier nicht zu spüren.

---

[149] OMGUS-Hb, Bremen, Übersicht 3 (National Archives RG 332 USFET G-5, box 11080–31, file 014.4, Protokoll vom 21.7.1945 [Mikrofilm StA Bremen, FB 707]).

[150] Aussage von Douglas W. Meservey, stellv. Kommandeur des Detachments: „Our administrative set-up parallels, where practicable, the local Bremen governmental set-up"(ebenda).

Im Unterstellungverhältnis gab es für die Bremer Detachments mehrfachen Wechsel, was nicht gerade zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit beitrug.[151] Am 4. April 1945 der 21. Armeegruppe zugeordnet, wurden sie am 26. Mai der 12. Armeegruppe überstellt.[152] Am 15. Juni wechselte die Zuständigkeit für den Militärbezirk West mit Bremen von der 9. zur 7. US-Armee.[153] Die Lage der Enklave im britischen Operationsgebiet machte es notwendig, die amerikanischen Detachments in den Wochen vor dem Einmarsch und unmittelbar danach einer britischen Einheit, dem 30. Corps, zuzuordnen. Der Kommandeur des Detachment E2C2, Oberstleutnant Welker, unterstand während der Zeit Generalmajor Hakewell-Smith von der 52. Lowland Division, bis am 24. Mai die amerikanische 29. Infanteriedivision die Briten in dieser Funktion ablöste.[154] Der führenden Rolle des Bremer Detachments E2C2 in der Enklave wurde Ende Juni/Anfang Juli durch die formale Anbindung bzw. Integration der übrigen fünf Rechnung getragen, die de facto bereits bis dahin unter dem Kommando von Lt.Col. Welker gearbeitet hatten.[155] Damit kam sinngemäß die ETOUSA-Direktive vom 13. Mai 1945 zur Anwendung, die eine hierarchische Gliederung nach dem Muster vorsah, daß die in Städten und Landkreisen arbeitenden Detachments der Einheit auf Regierungsbezirksebene unterstellt werden sollten.[156] Eine Reorganisation auf Anordnung des kommandierenden Generals der 7. Armee machte Welker mit Wirkung vom 5. August 1945 für die Militärregierung in der gesamten Enklave unmittelbar verantwortlich. Ein Enklave-Detachment wurde gebildet mit zentraler Zuständigkeit, darunter ein Bremen-Team und fünf weitere Detachments.[157]
Eine spezifische Komplikation ergab sich daraus, daß sich in der Enklave neben der Militärregierung und dem Divisionsstab der 29. Infanteriedivision eine weitere, gleichrangige Kommandozentrale der amerikanischen Besatzungstruppe etablierte: Bremen Port Command, das vor allem Instandsetzung und Funktionieren der bremischen Nachschubhäfen gewährleisten sollte und nicht der 7. Armee, sondern direkt der Nachschubtruppe Theater Service Forces unterstand. Diese zweigleisige Befehlsgewalt (dual command)[158] ließ in besonderem Maße Kompetenzprobleme entstehen, die im übrigen auch anderen Teilen der US-Zone nicht fremd waren.[159] Die verbreitete und wohlbegründete Auffassung, daß der administrative Wirrwarr in der Enklave

---

[151] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 13.

[152] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, II, Appendix 2a und 4a, ECAD Troop Attachment Order Nr. 59 und 93.

[153] Vgl. Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S. 72.

[154] Die militärische Kontrolle der Enklave ging bereits am 20.5.1945 formell von den Briten auf die amerikanischen Einheiten über, denen am 24.5. auch die Detachments der Militärregierung zugeordnet wurden (OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 7 und 13 f., Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S. 103). Brandt: Antifaschismus und Arbeiterbewegung, S. 69 verwechselt die Vorgänge und Daten.

[155] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 15 f.

[156] Vgl. Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S. 75.

[157] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 15 f.

[158] Ebenda, S. 8; bei Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S. 101 f. wird der nicht ganz zutreffende Eindruck erweckt, mit Bremen Port Command, Militärregierung und 29. Infanteriedivision hätten *drei* voneinander unabhängige amerikanische Einheiten in der Enklave operiert. Da die Militärregierung zunächst der Divisionsführung untergeordnet war (vgl. OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 14), waren es tatsächlich nur zwei separate Befehlsstränge.

[159] Vgl. Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S. 69 und 79; Gulgowski: American Military Government, S. 260.

effektiver Arbeit im Wege stand, wurde zur Triebfeder für umstrukturierende Maßnahmen.

Das Abkommen vom 10. November 1945 brachte für die Organisationsstruktur der amerikanischen Militärregierung in der Enklave zwei bedeutsame Veränderungen mit sich. Die erste war die Beschränkung des amerikanisch verwalteten Gebietes auf Bremerhaven/Wesermünde und Stadt und Landgebiet von Bremen. Die drei zur Enklave gezählten Landkreise Osterholz-Scharmbeck, Wesermünde und Wesermarsch rechts und links der Unterweser wurden den Briten überlassen, die dort stationierten Detachments abgezogen. Die zweite Veränderung betraf einen Wechsel im Unterstellungverhältnis, denn nicht mehr die 7. Armee, sondern Bremen Port Command (BPC) unter Generalmajor Harry B. Vaughan sollte für die Militärregierung zuständig sein. Eine kompetente G-5 Sektion mußte dort allerdings erst im Laufe des Monats Dezember aufgebaut werden, da BPC bisher mit Militärregierungsaufgaben nicht befaßt gewesen war. Unter dem Dach eines Office of Military Government, Detachment Bremen Port Command, sollte eine Militärregierung in Bremen und eine in Bremerhaven und Wesermünde operieren.[160] Der von einem längeren Heimaturlaub zurückkehrende Welker übernahm am 12. Februar 1946 das Kommando als Direktor der Militärregierung und G-5 Mitglied des Stabes von Bremen Port Command. Die Konstruktion hatte keine Zeit, ihre Arbeitsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Bereits am 23. Februar 1946 wurde das Military Government Detachment Bremen Port Command (Provisional) aufgelöst und durch ein neues Provisorium ersetzt, das Office of Military Government for Bremen Detachment (Non T/O).[161]

Eine dauerhaftere Organisationsform wurde erst gefunden mit der Einrichtung des Office of Military Government for Bremen Enclave (US) am 15. April 1946, das der Berliner OMGUS-Zentrale direkt unterstellt war. OMGUS-Teams, die in den Wochen und Monaten zuvor unabhängig von der örtlichen Militärregierung in Bremen gearbeitet hatten – z. B. Spezialisten für Wasserstraßen, Nahrungsmittel, Im- und Export –, wurden ihr nun unterstellt. Bei der Aufsicht über den Hafenbetrieb verständigte man sich so, daß die bremischen Häfen von der Militärregierung, die in Bremerhaven von der Nachschubtruppe 17th Major Port zu kontrollieren waren.[162]

Die strukturelle Instabilität der Militärregierung in den ersten zwölf Monaten Besatzungszeit spiegelt sich auch im Vergleich der Organisationspläne von Januar 1946 und Juli 1945:[163]

---

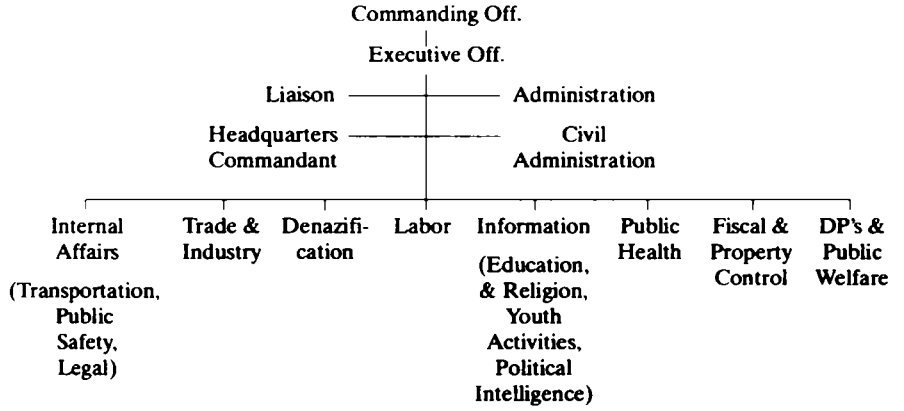
[160] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 18f.; Organisationspläne in 6/83–2/5 und 5/372–3/16. Ein ausführlicher Organisations- und Geschäftsverteilungsplan für Bremen Port Command vom 30.1.1946 zeigt die Militärregierung als 13. und letzte der Funktionseinheiten Headquarters Command, Security Force, Task Force, Staging Area Command, Transportation Service, 17th Major Port, Motor Transport, Engineer Service, Quartermaster Service, Ordnance Service, Signal Service, Medical Service. Außer dem Bremen Port Command gab es in der Enklave noch Stützpunkte für Luftwaffe und Marine sowie die Detachments der britischen Militärregierung (5/41–1/18).

[161] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 19. Im Februar – wohl in dem Zusammenhang – wurde auch der Kommandeur des Hafenkommandos, Generalmajor Vaughan, abgezogen, ohne gleichrangig ersetzt zu werden; siehe Schreiben des Konsuls Altaffer an Murphy vom 24.7.1946 (POLAD 814/33); für Altaffer war die nachfolgende Auflösung des Hafenkommandos ein schwerer Schlag für die örtliche Besatzungsverwaltung.

[162] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 19f.

[163] Siehe OMGUS-Hb, Bremen, Übersicht 3 und 4.

Übersicht 4: Organisation des Office of Military Government for Bremen, 15. Januar 1946 (nach 6/83–2/5)

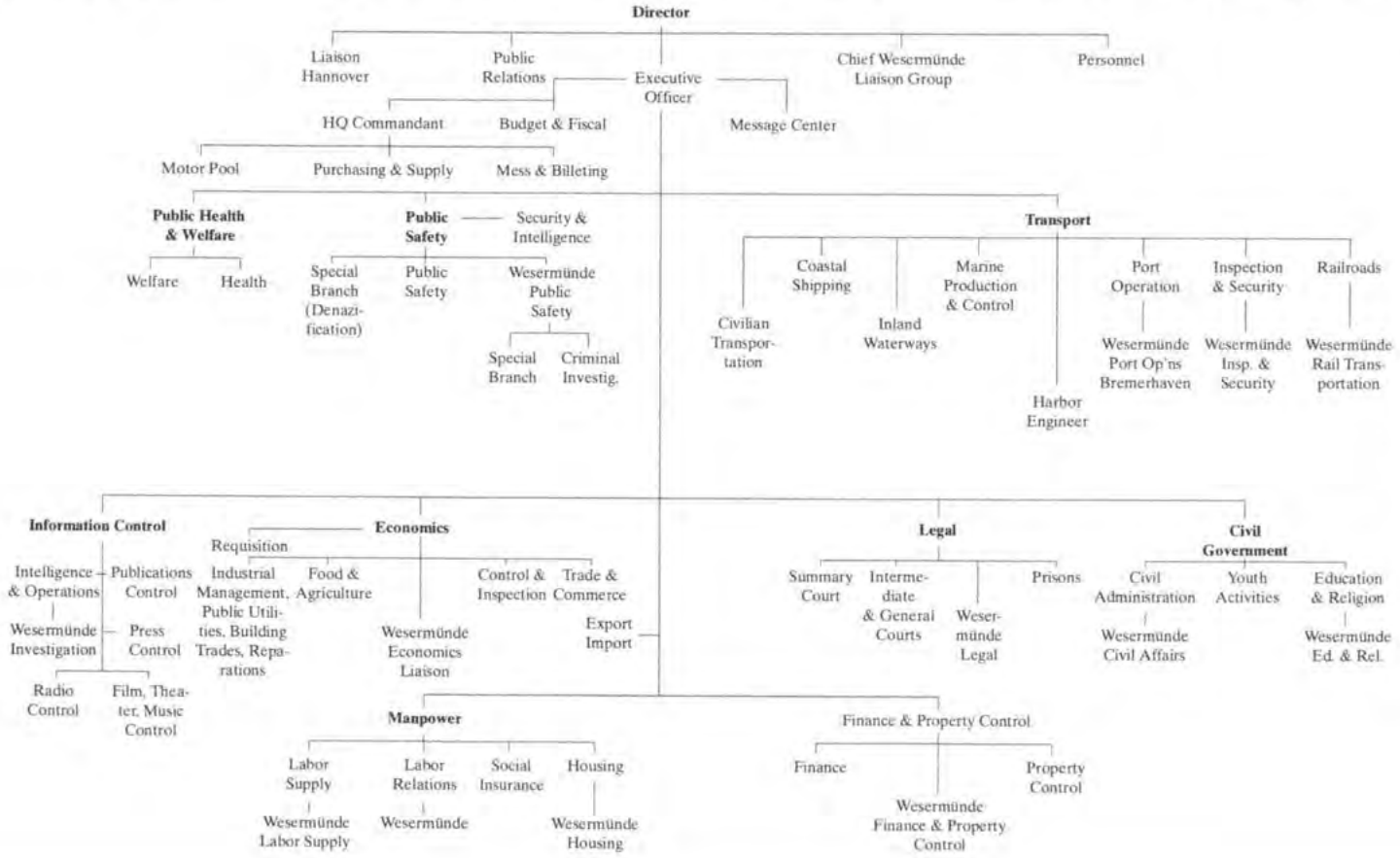


Von den nach wie vor neun Fachreferaten sind nur zwei (Civil Administration, Fiscal & Property Control) im Titel unverändert bestehen geblieben. Sonst findet sich Teilung (Public Health, Public Welfare) und Zusammenlegung (Internal Affairs) von Referaten, Neueinrichtung (Denazification) und Neubenennung (Information).
Der Organisationsplan vom November 1946[164] weist eine weiterhin konstante Zahl von neun Fachbereichen – nun Abteilungen genannt – unter dem Leitungs- und Verwaltungsbereich auf, von denen sich sechs in ähnlicher Form bereits im Sommer 1945 finden (Public Health & Welfare, Public Safety, Economics, Transport, Legal, Finance & Property Control), während nur ein einziger (Finance & Property Control) seine Entsprechung im zuvor beschriebenen Plan vom Jahresanfang 1946 hat. Der Rückgriff auf frühere bzw. allgemein gebräuchliche Formen in der Stabilisierungsperiode ab April 1946 nach der Unruhe der Umstrukturierungen des Winters wird deutlich. Nach einem Besuch des Control Officer David L. Robinson bei der Bremer Militärregierung mußte sich Direktor Welker im Juni 1946 deutliche Kritik an der Verwaltungsstruktur gefallen lassen: Die Verwaltung sei kopflastig, trotzdem fehle es an Koordination und Kontrolle; besonders die Finanz- und Personalplanung liege so im Argen, daß schnellstens Abhilfe geschaffen werden müsse, was Welker versprach.[165]
Die 1946 entwickelte Organisationsstruktur erwies sich bis in den Herbst hinein als erfreulich dauerhaft: „The functional organization was practically undisturbed during the report year", heißt es rückschauend im Sommer 1947, „since very fortunately the earlier organization made possible a structure which followed closely the make-up of the Bremen Senate which has resumed activities following the October elections of 1946".[166] Die bereits 1945 festgestellte bewußte Anpassung an die Geschäftsverteilung im Senat fand also ihre Fortsetzung. Der als Beispiel herausgegriffene Organisationsplan vom 23. Oktober 1947[167] zeigt zwei Fachabteilungen mehr als im Vorjahr: Bildung und Entnazifizierung. Außerdem ist das Bremerhavener Detachment nun wie eine Fachabteilung angegliedert.

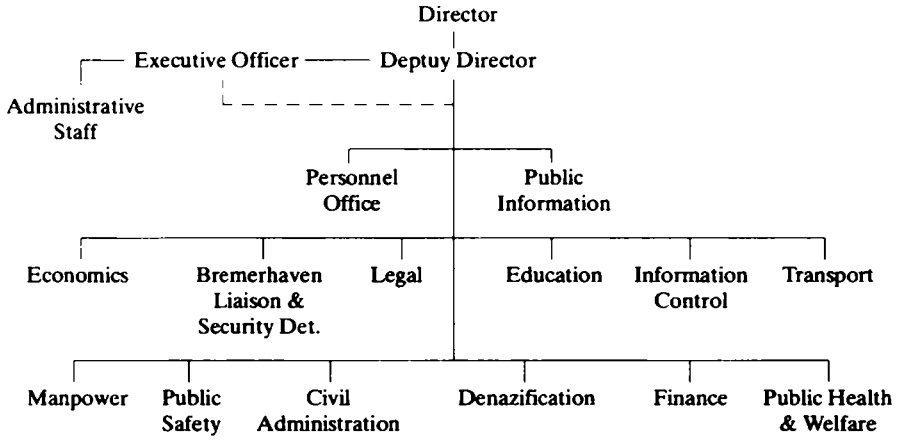
---

[164] Siehe OMGUS-Hb, Bremen, Übersicht 5.
[165] Schreiben vom 14.6. und Antwort vom 18.6.1946 (5/372–3/16 und AG 1945–46/64/9).
[166] OMGBR: Functional History 1.7.1946 – 30.6.1947, I, S. 3.
[167] Siehe OMGUS-Hb, Bremen, Übersicht 6.

Übersicht 5: **Organisation des Office of Military Government Bremen Enclave (US), 25. November 1946 (nach FHMG B. 6./II. App. 1)**



Übersicht 6: Organisation des Office of Military Government Bremen, 23. Oktober 1947 (nach 6/67-1/21)



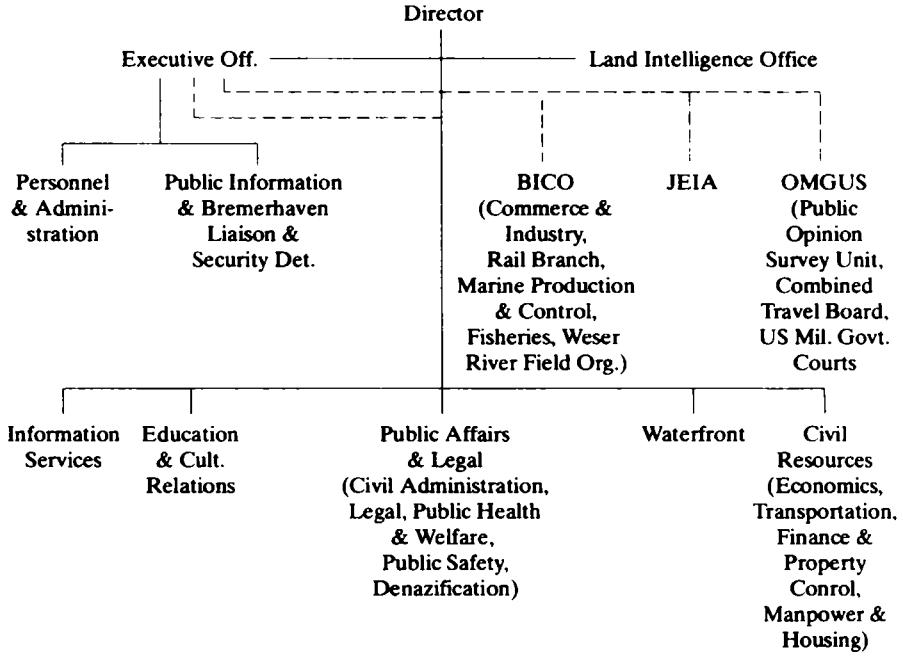
Funktionen im Haushalts- und Rechnungswesen wurden einschließlich Personal im Sommer 1947 an Bremerhaven Port of Embarkation abgegeben, die Nachfolgeorganisation von Bremen Port Command.[168]

Im Januar 1948 verselbständigte sich die bis dahin der Wirtschaftsabteilung angegliederte Mannschaft der JEIA und gründete eine eigene Bremer Zweigstelle, die jedoch verwaltungsmäßig weiter mit der Militärregierung in Verbindung blieb. Administrativ betreut werden mußte auch ein Meinungsforschungsteam von OMGUS, das seit dem 13. Januar 1948 in der Hansestadt tätig war, die behördliche Reiseagentur Combined Travel Board und die bizonalen Stellen verantwortlichen Fachbereiche, z. B. Post und Bahn und die Weser River Field Organization.[169] Die Aufsicht über den Schiffbau ging am 2. Mai 1948 auf BICO über, Handel, Industrie und Fischereiwesen folgten bis Jahresende. Diese Verlagerungen von Zuständigkeiten verbunden mit drastischem Personalabbau[170] machten organisatorische Eingriffe größeren Umfangs unumgänglich. Mit Wirkung vom 15. September 1948 wurden deshalb anstelle der dreizehn bestehenden Fachabteilungen sechs neue gebildet, auf die alle verbliebenen Aufgaben verteilt waren. Damit kehrte jedoch keine Ruhe ein, denn bereits am 29. September 1948 wurden die Militärgerichte der Aufsicht der örtlichen Militärregierung entzogen und OMGUS unterstellt, was der Legal Division die Existenzberechtigung nahm.[171] Die Organisationsstruktur Ende November 1948[172] veranschaulicht die Auflösungserscheinungen der Militärregierung: Es gab Abteilungen ohne sachlichen Zusammenhang, die nur noch als Sammelbecken für Restfunktionen dienten.

---

[168] OMGBR: Functional History 1.7.1947 – 30.9.1947, I, S. 1.
[169] OMGBR: Functional History 1.1.1948 – 31.12.1948, I, S. 5ff.; vgl. OMGUS-Hb, Bremen B.7.
[170] Siehe OMGUS-Hb, Bremen B.6.
[171] OMGBR: Functional History 1.1.1948 – 31.12.1948, I, S. 9.
[172] Siehe OMGUS-Hb, Bremen, Übersicht 7.

Übersicht 7: Organisation des Office of Military Government Bremen, 30. November 1948 (nach 6/1-2/1)



Dieser Zustand bestand bis März 1949 praktisch unverändert fort. Den administrativ liierten OMGUS-Einheiten wuchs derzeit ein Referat für zivilen Luftverkehr zu.[173] Danach blutete die Bremer Militärregierung weiter aus. Die Information Services Division wurde aufgelöst, die Zuständigkeit für Rundfunk und Informationszentren findet sich am 1. Juli 1949 bei den liierten OMGUS-Einheiten.[174] Die Zahl der Abteilungen insgesamt blieb nur deshalb unverändert, weil die Public Affairs & Legal Division in zwei Abteilungen geteilt wurde, von denen die eine als Legal Division firmierte, die andere als Civil Administration & Land Intelligence Division. Hinter solch bedeutungsvoll klingenden Namen verbarg sich zu dem Zeitpunkt nur noch ein einziger amerikanischer Offizier mit Sekretärin und insgesamt sieben deutschen Mitarbeitern.[175]

b) Die Personalentwicklung

Beim Einmarsch in Bremen am 26./27. April 1945 bestand Detachment E2C2 aus 28 Offizieren und 60 Soldaten; das Wesermünder Detachment G1C2 verfügte zu Beginn seiner Arbeit über sieben Offiziere, einen Zivilisten im Offiziersrang und 18 Soldaten. Es waren somit insgesamt 114 Amerikaner, die die Militärregierung in der Bremer Enklave in Angriff nahmen – eine Gesamtzahl, die schon im Herbst 1946 zeitweise wieder unterschritten wurde.

[173] Vgl. Organisationsplan vom 1.3.1949 (6/58-1/19).
[174] Vgl. Organisationsplan vom 1.7.1949 (6/2-1/27).
[175] Vgl. Organisationsplan der Abteilung (6/2-1/24).

Die Personalstärke des Bremer Detachments wurde zunächst kontinuierlich aufgestockt. Am 31. Mai 1945 zählte es 38 Offiziere, am 30. Juni 51 und am 30. September 101 Offiziere (davon drei Zivilbedienstete) sowie 147 Soldaten, ferner 80 eingestellte DPs und 200 deutsche Mitarbeiter. Damit waren die Amerikaner selbst bereits zahlenmäßig in die Minderheit geraten – eine Tendenz, die sich rasch verstärkte.
Das Wesermünder Detachment wuchs im Sommer 1945 auf 26 Offiziere (davon ein Zivilist) und 33 Soldaten. Die übrigen Detachments blieben kleine Außenposten: In Osterholz-Scharmbeck waren seit Ende Mai 1945 fünf Offiziere und zehn Mann stationiert, in Loxstedt und Brake Ende Mai drei, später vier Offiziere plus sechs Mann, in Nordenham ebenfalls vier Offiziere mit fünf Mann. Nach dem Abkommen vom 10. Dezember 1945 wurden diese Kräfte frei, und der Stellenabbau konnte beginnen.[176]
Ende Januar 1946 waren laut Personalbericht bei der Bremer Militärregierung beschäftigt: 163 Amerikaner (86 Offiziere, 77 Soldaten), 511 Deutsche sowie 98 nichtdeutsche Ausländer. Der Personalstand bei Einrichtung des Office of Military Government for Bremen Enclave (US) am 15. April 1946 zeigt einerseits schon eine erhebliche Reduzierung des US-Personals, andererseits eine starke Zunahme der deutschen Mitarbeiter: 142 Amerikaner (75 Offiziere, 59 Soldaten, 8 US-Zivilisten) standen 604 Deutschen gegenüber.[177] Ende Juni 1946 waren es 51 Offiziere, 47 Soldaten und 35 US-Zivilisten,[178] im Juli über 700 deutsche Mitarbeiter.
Am 27. April 1946 hatte es ein Essen gegeben zu Ehren derjenigen Offiziere, die vor Jahresfrist beim Einmarsch dabei gewesen waren und noch Dienst taten: Es waren noch sieben von damals 35 in der Enklave aktiv, also genau 20% des vorher speziell für die Aufgabe geschulten Führungspersonals.[179]
Am 1. September 1946 wies der Stellenplan 130 US-Positionen aus, von denen allerdings nur 105 besetzt waren (30 Offiziere, 21 Soldaten und 54 US-Zivilisten). Die Überleitung zahlreicher Funktionen der Besatzungsverwaltung in die Hände ziviler Bediensteter war in vollem Gange. Die Zahl der bei der Militärregierung beschäftigten Deutschen erreichte mit 775 ihr Maximum.
Im Herbst 1946 wurde die 40-Stunden-Woche eingeführt bei gleichzeitiger Einschränkung der Überstundenvergütung. Direktor Gordon Browning beantragte am 5. Okto-

---

[176] Siehe OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 20ff., OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, II, Appendix 6, OMGBR: Functional History 26.4.1945 – 30.9.1945, II, Appendix 1, sowie 6/105–1/4.

[177] Für 1946 siehe OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S.22f., OMGBR: Functional History 1.7.1946 – 30.6.1947, I, S.2f., OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, I, S. 1 ff., sowie 6/67–1/21 und 5/372–3/18.

[178] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 22 nennt offensichtlich irrtümlich 320 deutsche Mitarbeiter für Ende Juni – gemeint waren vielleicht 620, da die Zahl im Juli bereits über 700 liegt und derartig starke kurzfristige Schwankungen im Beschäftigungsverhältnis einer besonderen Erklärung bedurft hätten.

[179] Es handelt sich um Col. Bion C. Welker, Kommandeur des Detachments E2C2; Maj. Harold R. Bechtel, Branch Chief der Fiscal Branch; Maj. Marion A. Haguewood, zunächst Administrative and Executive Officer, später Leiter der Internal Affairs Branch, dann in der Public Safety Branch; Maj. John C. Sager, für Gesundheitswesen im Wesermünder Detachment zuständig; Capt. Blackburn W. Johnson, ebendort für Nahrungsmittelversorgung zuständig; Lt. Arthur L. Ballin, ebenfalls im Wesermünder Detachment zunächst Legal Officer, dann für Civil Administration zuständig; Lt. Arthur J. Waterman, zunächst in der Trade & Industry Branch, dann in der Civil Administration Branch tätig. Vgl. OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 22f.

ber 1946 bei OMGUS mit detaillierter Begründung die künftige Vermehrung der Planstellen für die Enklave auf 187 – vergeblich. Es blieb bei 130 Stellen, die bis zum Jahresende immerhin bis auf fünf besetzt werden konnten (32 Offiziere, 12 Soldaten, 81 US-Zivilisten). Erste Einsparungen wurden bei den deutschen Mitarbeitern vorgenommen, deren Zahl bis zum 31. Dezember 1946 auf 683 zurückging.[180]
Die aus der zweiten Jahreshälfte 1947 vorliegenden Zahlen zeigen eine verhaltene Abwärtsbewegung bei den US-Positionen, aber starke Rückgänge beim deutschen Personal.[181] Am 1. Oktober 1947 waren noch 321, am 31. Dezember 1947 noch 292 Deutsche bei der Bremer Militärregierung beschäftigt – weniger als die Hälfte im Vergleich zum Vorjahr. Die US-Stellen wurden im Juli auf 119 gekürzt und blieben auf diesem Stand bis zum Jahresende, doch hatte man wieder mit Unterbesetzung zu kämpfen. Eine Aufstellung vom 31. Dezember 1947 weist 16 Vakanzen aus, das sind immerhin 13,5 % der vorhandenen Stellen. Der Personalbestand setzte sich danach zusammen aus 30 Militärs und 73 US-Zivilisten. Auf Bremerhaven entfielen von den 119 Stellen nur 13 (oder 11 %).
In der ersten Jahreshälfte von 1948 beschleunigte sich der personelle Substanzverlust der Militärregierung: 102 Stellen am 1. März, 84 am 1. Mai, 61 am 15. Juli – noch am Vorjahresende waren es beinahe doppelt so viele gewesen.[182] Die Zahl der deutschen Mitarbeiter sank weniger spektakulär von 289 Anfang März auf 223 Mitte Juli. Im Zusammenhang mit der für Juli 1948 in Aussicht gestellten Übernahme der Besatzungsverwaltung durch das State Department hatte OMGUS darauf gedrängt, das verbliebene militärische Personal durch ziviles zu ersetzen. Ende Juni 1948 standen nur noch fünf Militärs im Dienst der Militärregierung, am 27. Oktober hatten alle ausgedient bis auf einen: Charles R. Jeffs, Captain der US Navy und vom 30. November an Chef der Militärregierung in Bremen. Am 30. November 1948 weist der Stellenplan noch 55 Positionen für Amerikaner und 201 für Deutsche aus, doch lag die tatsächliche Personalstärke nur bei 49 bzw. 178 Mitarbeitern, eine Unterbesetzung von ca. 11 %. Weniger Probleme mit der Stellenbesetzung hatten die ausgegliederten, aber verwaltungstechnisch der Bremer Militärregierung weiterhin verbundenen örtlichen Dienststellen von JEIA, BICO und OMGUS, an die man auch Personal hatte abgeben müssen. Vielleicht wurde dort besser bezahlt. Diese zugeordneten Dienststellen jedenfalls verfügten Ende November 1948 über 58 Positionen für Amerikaner und 118 für Deutsche, von denen nur eine bzw. sieben vakant waren. Am 1. Juli 1949 arbeiteten bei den zugeordneten Dienststellen in der Bremer Enklave 30 Amerikaner und 96 Deutsche – alle vorhandenen Stellen waren damit besetzt. Die Militärregierung selbst verfügte zu dem Zeitpunkt zwar über 40 Positionen für Amerikaner, hatte aber nur 33 unter Vertrag – eine Fehlquote von 17,5 %. Für deutsche Mitarbeiter gab es noch 119 Stellen, von denen 113 besetzt waren.
Einige Auffälligkeiten zum Schluß: Klagen über mangelndes Verständnis für die Probleme der Enklave an höherer Stelle wurden auch auf dem Personalsektor laut. Anfangs monierte man monatelang ausbleibende Beförderungen und Auszeichnun-

---

[180] OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, I, S. 2 f.; nach OMGBR: Functional History 1.7.1946 – 30.6.1947, I, S. 3 war allerdings die Zahl von über 700 deutschen Mitarbeitern im Juli bereits zum Jahresende halbiert worden; es ist anzunehmen, daß dieser Angabe ein Mißverständnis zugrunde liegt, z. B. Kalenderjahr statt richtig Berichtsjahr.

[181] Für 1947 vgl. OMGBR: Functional History 1.7.1947–30.9.1947, I, S. 1; OMGBR: Functional History 1.10.1947– 31.12.1947, I, S. 1, sowie 6/67–1/21.

[182] Für 1948/49 vgl. OMGBR: Functional History 1.1.1948–31.12.1948, I, S. 5 ff., sowie Organisations- und Stellenpläne in 6/1–1/23, 6/1–2/1, 6/2–1/27, 6/58–1/19, 6/67–2/1.

gen,[183] später das Ausmaß von Stellenkürzungen und -herabstufungen. Daß man bei OMGUS Vergleiche mit dem amerikanischen Sektor von Berlin anstellte, wurde in Bremen mit spürbarer Entrüstung zur Kenntnis genommen, fühlte man sich doch mit Aufgaben eines Kalibers konfrontiert, das eher den Vergleich mit den süddeutschen Flächenstaaten zugelassen hätte.[184] Wiederholt ist von der Schwierigkeit die Rede, unter diesen Voraussetzungen geeignetes Fachpersonal zu gewinnen und tatsächlich blieben ja zeitweise 10% und mehr der verfügbaren Stellen unbesetzt. Das mußte auf die Effektivität der Arbeit ebenso Auswirkungen haben wie die phasenweise starke Personalfluktuation, die allerdings kein Bremer Spezifikum darstellt.[185] Schließlich sei noch einmal nachdrücklich darauf hingewiesen, daß bei jeder Bewertung der Tätigkeit und Wirkung der US-Militärregierung die große Zahl deutscher Mitarbeiter berücksichtigt werden muß, Mitarbeiter, die nicht nur mit einfachen Dienstleistungen das Funktionieren des bürokratischen Apparates gewährleisteten, sondern z.B. als Sachbearbeiter Entscheidungen vorbereiten und durchaus beeinflussen konnten.

Übersicht 8: Beschäftigtenzahlen im Überblick, OMGBR, 1946–1949

Datum	US	Dt.
15. 4.1946	142	604
1. 9.1946	130	775
31.12.1946	130	683
1.10.1947	119	321
31.12.1947	119	292
1. 3.1948	102	289
15. 7.1948	61	223
31.12.1948	57	201
1. 3.1949	57	130
1. 7.1949	40	119

[183] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 35.
[184] Herbst 1947, OMGBR: Functional History 1.10.1947–31.12.1947, I, S. 1.
[185] Vgl. Gulgowski: American Military Government, S. 257, 259.

B. Systematische Übersicht

Die einzelnen Aufgabenbereiche der Militärregierung in Bremen

1. Leitung und interne Verwaltung der Militärregierung

a) Der Direktor, sein Stellvertreter und sein Referent (Executive Officer)

Kommandeur des Bremer Detachments E2C2 vom Zeitpunkt seiner Entstehung (27. Januar 1945) an und Militärgouverneur der Enklave war bis zum 20. September 1946 Lt.Col., dann Col. Bion C. Welker.[1] Er stammte aus Dauphin, Pennsylvania, und war im Zivilberuf Herausgeber einer Zeitung und leitender Mitarbeiter einer Rundfunkstation gewesen.[2] Mit Ruhm bedeckt hat er sich in Bremen nicht. Nach einer kritischen Presseveröffentlichung des amerikanischen Journalisten Russell Hill in der Pariser Ausgabe des New York Herald Tribune entsandte der Kontrollrat im Juli 1945 eine Untersuchungskommission nach Bremen unter Leitung von Luther Steven Smith, Direktor der Abteilung für Zivile Verwaltung, die nach eingehenden Zeugenverhören die im Hinblick auf Senatsbildung, Entnazifizierung und Öffentlichkeitsarbeit erhobenen Vorwürfe allerdings nicht bestätigt fand.[3] Zu Weihnachten gab es gar ein Belobigungsschreiben für die in Bremen geleistete Arbeit vom Kommandierenden General der 7. Armee, Generalleutnant Geoffrey Keyes.[4] Im April 1946 kam Welker um seine Entlassung ein, weil er mit der vorgesehenen Rückstufung zum Oberstleutnant nicht einverstanden war, und resümierte seine Bremer Erfahrungen in einem genau am 27. April, dem Jahrestag der Machtübernahme, datierten Schreiben an Clay, das alles im rosigsten Licht erscheinen läßt. Aus Clays Antwort sprechen Anerkennung und das Bestreben, ihn für die Militärregierung zu halten, was letztlich auch gelang. Die mit General Order Nr. 28, OMGUS, vom 7. Mai 1946 bekanntgegebene Ernennung von Robert K. Phelps zum Direktor der Bremer Militärregierung und Nachfolger Welkers war jedenfalls eine unbedeutende Episode, wenn sie überhaupt je wirksam geworden ist.[5] In der Überlieferung der Bremer Militärregierung hat Phelps keine Spuren hinterlassen, und wenig später findet man Welker wieder im Amt.

Unregelmäßigkeiten und Unzulänglichkeiten im dienstlichen wie außerdienstlichen Verhalten führten jedoch gegen Ende seiner Amtszeit zu neuen Untersuchungen, die Col. Pearson vom USFET-Hauptquartier durchführte und deren Ergebnis den Bre-

---

[1] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 1; OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, II, Appendix 1 b. Unter Berufung auf ein Telegramm von Clay vom 20.9.1946 als Zivilist an das OMGUS-Hauptquartier versetzt, Special Order Nr. 74, OMGBR, vom 23.9.1946 (6/69–2/2).

[2] 6/125–2/10; Special Report, Juli 1945, S. 47 (StA Bremen 16, 1/4); geb. 30.6.1894, gest. 17.11.1978 (Auskunft National Personnel Records Center, St. Louis).

[3] Verhöre vom 21. – 24.7.1945 (StA Bremen 16, 1/4). Der Untersuchungsauftrag wurde erteilt und spezifiziert am 15.7.1945 vom Chief of Staff Bryan L. Milburn (AG 1945–46/79/7).

[4] Anläßlich des Wechsels der Militärregierung zu Bremen Port Command, OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, II, Appendix 5.

[5] 5/358–3/9, 5/372–3/18 und AG 1945–46/67/5.

mer Amtsnachfolger Gordon Browning zur Anklageerhebung veranlaßte. Die Anklage wurde später zurückgezogen. Nach einem Bericht der Bremer Criminal Investigations Division befanden sich die Beweisstücke mit der Mehrzahl der an den Vorkommnissen Beteiligten – Zeugen wie Beschuldigten – mittlerweile in den Vereinigten Staaten, so daß für eine Verurteilung ausreichende Beweise nicht beizubringen waren. Ende Januar 1947 lag Welker in einem Bremer Krankenhaus und wartete auf seinen Abtransport in die Heimat.[6]

Sein Executive Officer Joseph W. Shamel trat ähnlich unrühmlich hervor. Ende März 1945 zum Detachment gekommen, avancierte er im Sommer 1945 vom Major zum Lt.Col. und wurde während eines längeren Heimaturlaubs von Welker zu dessen Stellvertreter ernannt (23. November 1945 – 12. Februar 1946).[7] Am 3. September 1946 erneut zum kommissarischen Vertreter des Direktors berufen,[8] stand er am Ende des Monats bereits unter Hausarrest und wurde unter der Anklage, Teile des Bremer Ratssilbers unterschlagen zu haben, im Dezember vor ein Kriegsgericht gestellt. Wegen Mangels an Beweisen freigesprochen, wurde er mit anderen Beteiligten in die USA zurückgeschickt und aus der Armee entlassen.[9]

Bis etwa Oktober 1945 hatte Lt.Col. Douglas W. Meservey als Stellvertreter Welkers fungiert.[10] Als Stellvertreter und designierter Nachfolger wird am 20. April 1946 Col. Pendleton bezeichnet.[11] Am 23. August 1946 wird Col. John J. Burns in der Stellvertreterposition genannt.[12]

Lt.Col. Gordon Browning CAC,[13] von Haus aus Jurist und Politiker, übernahm am 20. September 1946 das Bremer Kommando.[14] Er blieb nur bis zum 10. Dezember 1946, um dann in den USA ein Amt als Richter anzutreten.[15] Abgelöst wurde er von Thomas F. Dunn, der bereits seit dem 1. Dezember 1946 als Stellvertreter amtierte.[16] Dunn kam aus der War Shipping Administration und hatte schon im Juni 1945 an Ver-

---

[6] Die Zeitschrift Stars & Stripes berichtete in Nr. 297 vom 26.10.1946 von dem Verfahren gegen Welker u. a. wegen Behinderung der Justiz, ungebührlichen Verhaltens, Schädigung des Ansehens der Armee durch Trunkenheit und Mißbrauch von Hilfsgütersendungen des Roten Kreuzes (6/125–2/10). Die Vorfälle erwähnt auch Gulgowski: American Military Government, S. 242 f. Die übrigen Einzelheiten enthält ein Bericht des Chief of Staff C. K. Gailey vom 23.1.1947 (AG 1947/19/4).

[7] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 2, 17, 19; Nachweise für den 1.7.1945 und 15.1.1946 OMGUS-Hb, Bremen, Übersicht 3 und 4.

[8] General Order Nr. 3, OMGBR, vom 3.9.1946 (6/69–2/1).

[9] 6/125–2/10; Shamel kam aus Mount Caroll, Illinois (ebenda). Der größte Teil des Ratssilbers konnte sichergestellt werden, doch waren 26 Silberteller und etwa ebenso viele Mokkalöffel als ungeklärter Verlust zu buchen (StA Bremen 9, S O-2602).

[10] Vgl. z. B. Personalliste vom 31.5.1945 (6/105–1/4).

[11] Report of Trip to Bremen (5/372–3/16). Pendleton war noch im Januar 1946 Leiter der Internal Affairs & Communications Division, OMGUS.

[12] General Order Nr. 2, OMGBR, vom 23.8.1946 (6/69–2/1). Burns schied am 7.9.1946 in Bremen aus (OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, II, Appendix 1 b).

[13] Geboren 22.11.1889 in Carroll Co., Tennessee; Kongreßabgeordneter (Demokraten), dann Gouverneur von Tennessee 1937 - 1939 und wieder ab 1949; vgl. OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, I, S. 1 und Who's Who in United States Politics and American Political Almanac, S. 51.

[14] General Order Nr. 4, OMGBR, vom 20.9.1946 (6/69–2/1).

[15] OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, I, S. 1; General Order Nr. 6, OMGBR, vom 10.12.1946 (6/69–2/1).

[16] Ebenda; Special Order Nr. 88, OMGBR, vom 19.11.1946 (6/2–3/4).

handlungen in Bremen teilgenommen.[17] Er war also ein Schifffahrtsexperte, dem die örtlichen Verhältnisse zumindest nicht fremd waren. Dasselbe gilt für Capt. Charles R. Jeffs USN, der am 6. März 1947 zum stellvertretenden Direktor ernannt wurde.[18] Der Marineoffizier hatte seit Herbst 1945 den amerikanischen Flottenstützpunkt Bremen befehligt und wurde frei für neue Aufgaben, als wesentliche Funktionen der Marine in den Bereichen Werftenkontrolle und Sicherung der Schiffahrtswege auf OMG Bremen übergegangen waren.[19] Das Gespann Dunn/Jeffs harmonierte gut mit Wilhelm Kaisen[20] und brachte viel Verständnis auf für die Interessen der bremischen Häfen und Werften. Dunn stellte am 30. November 1948 sein Amt zur Verfügung, um einen Posten in der Privatwirtschaft zu übernehmen, so daß nun Jeffs an die Spitze der Bremer Militärregierung trat,[21] der künftig ohne einen fest bestallten Vertreter auskam. Er blieb bis 1952 – schließlich als Rear Admiral und Landeskommissar – führender Vertreter der amerikanischen Besatzungsmacht in Bremen, nahm dann bei der Marine seinen Abschied, heiratete 1953 in dritter Ehe eine Bremerin und ließ sich für die folgenden Jahre als Repräsentant einer kalifornischen Firma in der Stadt nieder, die er gerne als seine zweite Heimat bezeichnete. Hier ereilte ihn 1959 auch der Tod.[22] Als Executive Officer des Direktors Dunn diente Lt.Col. James R. Case,[23] als dessen Nachfolger Joseph L. Payette.[24]

---

[17] StA Bremen 4, 116–6; geb. 27.5.1903, gest. 26.10.1964 bei einem Besuch in Bremen. Dunn war nach 1948 als Schiffsmakler tätig (StA Bremen 3-R.1.m.Nr.117 [2]). Die War Shipping Administration verfügte über ein eigenes Büro und erheblichen Einfluß in Bremen; sie war dem State Department unterstellt (5/372-3/16).

[18] Special Order Nr. 17, OMGBR, vom 6.3.1947 (6/2-3/5); er amtierte offenbar schon vorher, seit Januar 1947, vgl. OMGBR: Functional History 1.7.1946 – 30.6.1947, I, S. 1 f.

[19] Siehe OMGUS-Hb, Bremen B.7.

[20] Vgl. Zuversicht und Beständigkeit, S. 89 f.; Begegnungen mit Kaisen, S. 183 ff. Das Verhältnis zu Welker war nicht so gut gewesen – Kaisen warf ihm seine Zusammenarbeit mit Vagts und seinen herrischen Befehlston vor (Kaisen: Meine Arbeit, S. 186 und 204 f.).

[21] General Order Nr. 10, OMGBR, vom 30.11.1948 (6/69–2/1); OMGBR: Functional History 1.1.1948 – 31.12.1948, I, S. 10.

[22] StA Bremen 3-R.1.m.Nr.351 [14]. Jeffs, geb. 20.1.1893 in Brooklyn, New York, machte Karriere bei der Marine, diente im 1. Weltkrieg in Irland und danach bei der U-Bootwaffe; erwarb ein Ingenieurdiplom, mit dem er zum Leitenden Ingenieur des Schlachtschiffes „California", dann einer Marinewerft aufstieg. 1938 – 1942 war er im Fernen Osten im Einsatz, zunächst als Kommandant eines Kanonenbootes, dann als Stabschef bei der 8. Flotte. Nach zweijähriger Unterbrechung kehrte er als Kommandant des Flaggschiffes „Appalachian" auf den pazifischen Kriegsschauplatz zurück. Im Juli 1945 nach Europa kommandiert, kam Jeffs am 10.8.1945 nach Bremen, um vier Wochen später das Kommando der US Naval Advanced Base Bremen zu übernehmen (Bremer Biographie 1912 – 1962, S. 260 f.). Das vorherrschende Interesse von Jeffs an Schiffahrtsfragen machte der ehemalige Leiter der Entnazifizierungsabteilung, Joseph F. Napoli, in einem Gespräch mit dem Verf. am 13.6.1980 durch die scherzhaft-hintersinnige Bemerkung deutlich, der (politische) Weitblicks Jeffs' sei eben der eines U-Bootfahrers gewesen – auf Tauchfahrt!

[23] Kam am 8.10.1946 zur Bremer Militärregierung, OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, II, Appendix 1 b; wurde am 15.9.1947 zu OMG Bavaria versetzt, OMGBR: Functional History 1.7.1947 – 30.9.1947, I, S. 1.

[24] Kam als Zivilist am 19.9.1946 zur Bremer Militärregierung (OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, II, Appendix 1 b), und übernahm die Leitung der Civilian Transportation Branch, Civilian Services Division (6/23–2/7); seit dem 15.9.1947 für Case Executive Officer (OMGBR: Functional History 1.7.1947 – 30.9.1947, I, S. 1).

b) Pressestelle (Public Information Office)

Beinahe zwei Jahre lang mußte die Bremer Militärregierung ohne einen hauptamtlichen Presseoffizier auskommen. Zweifel an ihrer Öffentlichkeitsarbeit konnten bei der Untersuchung im Juli 1945 durch den Hinweis zerstreut werden, daß sowohl der Kommandeur persönlich als auch ein Assistent des Exekutivoffiziers, Thomas P. Headen, über langjährige Berufserfahrungen im Pressewesen verfügten.[25] So erscheint die Position eines Fachoffiziers für Public Relations erstmals im November 1946 im Bremer Organisationsplan;[26] die Stellenbesetzung zog sich dann noch bis in den Februar 1947 hin. Robert B. Redlich, erster Stelleninhaber, war zunächst der Information Control Division zugeordnet, wurde aber gegen Ende Mai 1947 dem Direktor unmittelbar unterstellt. Seine Amtsbezeichnung lautete, wie üblich, Public Information Officer.[27] Redlich konnte die Zusammenarbeit mit der Presse – gemeint ist vor allem die amerikanische – deutlich verbessern. Er verließ Bremen zum 30. Juni 1948[28] und wurde ersetzt durch Howard W. Calkins, der bis zum Sommer 1949 die Pressestelle leitete. Sie blieb von der Reorganisation der Militärregierung im Herbst 1948 beinahe unberührt.[29] Am 30. Juni 1949 wurde verfügt, daß die Stelle des Public Information Officer künftig wieder nebenamtlich besetzt werden sollte.[30]
Bei der Pressestelle war auch die vorgeschriebene Berichterstattung über die Arbeit der Militärregierung angesiedelt, aus der die periodischen, teils recht umfangreichen Tätigkeitsberichte hervorgingen.[31]

c) Interne Verwaltung, Haushalt, Personal

Nach der Planung vom März 1945 sollten für die innere Verwaltung des Bremer Detachments der Headquarters Commandant und ein Administrative Officer Sorge tragen. Der „Quartiermeister" sollte sich um Personalfragen, Verpflegung und Versorgung, den Kraftfahrzeugpark u. ä. kümmern, der Verwaltungsoffizier Telefonzentrale, Registratur und Bibliothek betreuen, die Schreibkräfte mit Bürobedarf versorgen und die interne Kommunikation in Gang halten (Message Center).[32] Seine Rolle erinnert an einen Bürovorsteher. Die Gliederung in diese zwei Bereiche bildete im tatsächlich realisierten Verwaltungsaufbau lange Zeit die organisatorische Grundstruktur.
Im ersten Jahr schwankt die personelle Besetzung beider Bereiche zwischen insgesamt drei und fünf Offizieren. Lt. Paul E. Roche, als Headquarters Commandant Anfang Juni 1945 genannt, hatte am 1. Juli zwei weitere Offiziere an seiner Seite, im Januar 1946 noch einen: Lt. Robert G. Moorhead, der die Sache Anfang März dann wieder allein machte. In der Verwaltung war Lt. Robert T. Wright 1945 zunächst zweiter Mann, um im Frühjahr

---

[25] Special Report, Juli 1945, Conclusions (StA Bremen 16, 1/4); siehe OMGUS-Hb, Bremen B, Anm. 2 (Welker) und Anm. 100 (Headen).
[26] Siehe OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 5.
[27] OMGBR: Functional History 1.7.1946 – 30.6.1947, I, S. 172.
[28] Empfehlungsschreiben vom 1.7.1948 (6/46–3/15).
[29] Sie wird in General Order Nr. 7, OMGBR, vom 14.9.1948, ausdrücklich als unveränderte Organisationseinheit genannt, erscheint aber auf dem dazugehörigen Organisationsplan erstmals mit dem Bremerhavener Liaison & Security Detachment graphisch zusammengefügt. Außerdem ist der Executive Officer jetzt unmittelbarer Vorgesetzter (6/69–2/1).
[30] General Order Nr. 12, OMGBR, vom 30.6.1949 (ebenda).
[31] Siehe dazu ausführlich Röpcke: Dienstberichte, S. 312.
[32] Siehe OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 2.

1946 ein Dreier-Team anzuführen.[33] Im Juni meldete Welker nach Berlin, daß der bisherige Verbindungsoffizier in Hannover, Lt.Col. Brown, den Lt. Smith in der Verantwortung für Verwaltung und Finanzen abgelöst habe. Ein Besuch des Kontrolloffiziers hatte Mängel in diesem Bereich zutage gefördert.[34] Im Sommer 1946 erhielt der Verwaltungschef die Bezeichnung „Adjutant". Mit der Ernennung von Moorhead zum Adjutanten und Leiter der Administrative Services Division am 20. August 1946 erfolgte eine erste organisatorische Zusammenfassung der beiden Bereiche,[35] die aber den Weggang des Abteilungsleiters am 12. Oktober 1946[36] nicht überstand: Der Organisationsplan vom November 1946 zeigt eine Zersplitterung in vier Segmente, in dem neben dem Headquarters Commandant das Personalbüro, die Nachrichtenzentrale und das Haushalts- und Rechnungswesen jeweils gesondert aufgeführt werden.[37]

Für ein gutes halbes Jahr standen dann Personnel Office, Adjutant's Office und Fiscal & Supply Branch nebeneinander,[38] bis im Juni 1947 Versorgung und Bewirtschaftung einschließlich Fachpersonal an die Spezialeinheit in Bremerhaven abgegeben wurden.[39] Danach war mit gewissen Modifikationen der alte Dualismus von Personal- und Verwaltungschef wiederhergestellt. Der Gesamtbereich gehörte mit 19 von 130 US-Stellen Ende 1946 zu den personalstärksten der Militärregierung und konnte diese Position trotz des Aderlasses im Sommer 1947 mit 14 von 106 US-Stellen (ohne Bremerhaven) Ende 1947 in etwa behaupten.[40]

Das schrittweise Ausgliedern des militärischen Personals in der ersten Jahreshälfte von 1948 machte eine Sektion des Personalbüros überflüssig, und auf dem Organisationsplan vom 1. Juni 1948 sind Personal und Verwaltung erstmals graphisch zusammengefaßt.[41] Die offizielle Zusammenlegung zur Personnel & Administrative Branch erfolgte mit der großen Reorganisation am 15. September 1948, wobei Military Personnel Branch und Adjutant's Office aufgelöst wurden.[42] Anfang 1949 entstand daraus noch einmal eine Abteilung, die Administration & Personnel Division,[43] unter der Leitung von Robert L. R. Marshall, der gleichzeitig als Budget & Fiscal Officer fungierte.[44] Diese letztere Aufgabe hatte vom 6. November 1946 bis 31. Juli 1947 auch Joseph F. Napoli wahrgenommen, ehe er zum Leiter der Bremer Entnazifizierungsabteilung avancierte.[45] Später regelte er die Haushaltsbelange nebenamtlich.[46]

---

[33] Vgl. Personalliste vom 1.6.1945 (6/105–1/4); OMUGS-Hb, Bremen A, Übersicht 3 und 4; Telefonverzeichnis vom 1.3.1946.

[34] AG 1945–46/64/9 und 5/372–3/16.

[35] OMGBR: Functional History 1.7.1946 – 31.8.1946, I, S. 1. Detaillierter Personal- und Organisationsplan der Abteilung in 6/46–2/19.

[36] OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, II, Appendix 1 b.

[37] OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 5.

[38] Zuletzt auf dem Organisationsplan vom 1.7.1947 (6/67–1/21).

[39] OMGBR: Functional History 1.7.1947 – 30.9.1947, I, S. 1; dieser Verschiebung fielen zahlreiche Stellen für deutsche Mitarbeiter zum Opfer (ebenda).

[40] OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, I, S. 2; 6/67–1/21.

[41] Ebenda.

[42] Letzteres erst am 30.10.1948, General Order Nr. 7 und 8, OMGBR, vom 14.9. und 29.10.1948 (6/69–2/1).

[43] Auch: Administrative & Personnel Division; erscheint auf dem Organisationsplan vom 1.3.1949 (6/58–1/19) und im April 1949 im OMGUS Information Bulletin; offiziell bekannt gemacht erst mit General Order Nr. 12, OMGBR, vom 30.6.1949 (6/69–2/1).

[44] OMGUS Information Bulletin, April 1949, S. 8.

[45] OMGUS-Hb, Bremen B.3.

[46] Seit 1.6.1948 auf den Organisationsplänen vermerkt (6/67–1/21).

2. Inneres (Civil Administration, Public Safety, Intelligence, Information [Control])

a) Civil Administration

Die beiden beim Einmarsch für Regierung und Verwaltung Bremens zuständigen Offiziere, Capt. Erwin W. Bard und sein Vertreter, Capt. John A. André, gehörten zur Kernmannschaft des Detachments, die bereits das Trainingsquartier in Frankreich gemeinsam absolviert hatte. Der Planung nach sollten sie direkt dem stellvertretenden Kommandeur Meservey verantwortlich sein. Formal wurde das Referat dann zwar den anderen gleichgestellt, doch blieben von der Aufgabenstellung her enge Beziehungen zum Kommandeur erhalten, da Bard praktisch als Verbindungsoffizier zum Präsidenten des Bremer Senats fungierte und sich von August 1945 an täglich mit diesem besprach.[47] In den schwierigen Fragen der ersten Regierungsbildung hatte allerdings der Anfang Mai angereiste Prof. Walter L. Dorn, Sonderbeauftragter von USFET G-5-Chef General Adcock, wichtige Personalentscheidungen vorbereitet und den Kommandeur beraten.[48] Als von August bis November 1945 ein Bremen Operations Team vom für die ganze Enklave zuständigen Personal abgesondert wurde, gehörte Bard mit seinem Assistenten dazu. Supervisionsaufgaben auf Enklavenebene erhielt Major Harold H. Crabill.[49] Anfang Oktober 1945 wurde Civil Administration mit der neugeschaffenen Denazification Branch zusammengefaßt, um Ende November mit der direkten Zuordnung zum Kommandeur nahezu in die Ausgangslage zurückzukehren.[50] Bard, seit Dezember 1945 Major, erscheint zwar noch als Leiter der Civil Administration Branch auf dem Organisationsplan vom 15. Januar 1946,[51] doch führte die Geschäfte seit Mitte Dezember 1945 bereits sein Vertreter Lt. Arthur J. Waterman, der dann bis Oktober 1947 verantwortlicher Fachoffizier blieb.[52]
Einen organisatorischen Einschnitt gab es Ende Februar 1946, als die Civil Administration Branch zur City Administration Section umgewandelt wurde und zusammen mit dem Kulturbereich die Civil Government Branch unter Capt. J. H. Baynard bildete. Das Referat wurde bereits einen Monat später zur Abteilung erhoben, die nun Major John C. Sager leitete, bis im Mai Harold H. Crabill, inzwischen Oberstleutnant, aus den USA zurückkehrte und die Leitung übernahm.[53] Ende November 1946 hatte die Civil Administration Branch ihre Bezeichnung wieder.[54] Am 7. Juni 1947 wurde die Civil Government Division aufgelöst und aus ihren beiden Hauptbestandteilen eigene Abteilungen gebildet, die Civil Administration Division und die Education Division.[55]

---

[47] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 1 und 51 f.; vgl. OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 2 und 3; Protokolle der Besprechungen in StA Bremen 3-R.1.m.Nr.390.
[48] Vgl. Dorn: Inspektionsreisen, S. 39 ff.; Begegnungen mit Kaisen, S. 179 f.
[49] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 51.
[50] Ebenda, S. 52.
[51] 6/83–2/5. Bard machte Anfang April 1946 beim Kontrollrat Dienst (StA Bremen 16, 1/3–5); der in dieser Beziehung nicht immer zuverlässige Wulff: Im Jahrfünft, S. 9, bezeichnet ihn als „Professor für politische Wissenschaften".
[52] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 52; Waterman kam im September 1945 ins Referat; anfangs gehörte er dem Bereich Trade & Industry des Bremer Detachments an (6/105–1/4).
[53] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 53 f.
[54] OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 5.
[55] General Order Nr. 5, OMGBR, vom 7.6.1947 (6/69–2/1).

Diese Regelung hatte ein gutes Jahr Bestand. Mit Wirkung vom 20. Juli 1948 wurde die Abteilung aufgelöst, der Civil Administration Adviser geriet mit den Bereichen Gesundheit, Wohlfahrt, Sicherheit und Entnazifizierung in eine Abteilung, die zunächst Governmental Affairs, wenig später dann Public Affairs & Legal Division genannt wurde.[56] An die Funktionen des Fachoffiziers für zivile Verwaltung als Verbindungsmann zum Bremer Senat knüpfte man Ende 1947[57] und noch einmal Ende 1948 nachdrücklich an, indem den Fachabteilungen untersagt wurde, auf direktem Wege den deutschen Fachbehörden Anweisungen zu erteilen; vielmehr sollte der Dienstweg über den Direktor der Militärregierung und den Senat eingehalten werden, wobei die Kontakte zum Senat über den Civil Administration Adviser zu laufen hätten.[58]
Aus einer Zusammenfassung mit dem nachrichtendienstlichen Bereich entstand am 30. Juni 1949 noch einmal eine Civil Administration & Intelligence Division,[59] die jedoch nur noch in der Person des Abteilungsleiters und seiner Sekretärin amerikanisches Personal aufzuweisen hatte, während alle übrigen Aufgaben der zwei Fachbereiche und diversen Sektionen von sieben deutschen Angestellten wahrgenommen wurden.[60] Abteilungsleiter Clarence P. Oakes war erst 1949 nach Bremen gekommen, blieb aber als politischer Berater des Landeskommissars noch bis 1952.[61] Nachfolger von Waterman war im Herbst 1947 Ernest A. Flotow geworden,[62] der am 2. Juni 1948 ausschied und die Abteilungsleitung an Dale D. Clark abgab.[63] Dieser hat noch Ende November 1948 das Amt des Civil Administration Adviser bekleidet,[64] den Jahresbericht für 1948 verfaßte Anfang 1949 jedoch bereits ein Vertreter.[65] Noch im April 1949 war die Position vakant, bis mit Clarence P. Oakes ein neuer Mann gewonnen werden konnte.

---

[56] General Order Nr. 7 und 9, OMGBR, vom 14.9. und 30.11.1948 (ebenda).

[57] „In order to bring about the greatest degree of coordination, the CAD was designated as the channel for all important communication to the German authorities, such as Military Government Regulations and important correspondence" (OMGBR: Functional History 1.10.1947 – 31.12.1947, I, S. 2.

[58] OMGBR: Functional History 1.1.1948 – 31.12.1948, I, S. 11.

[59] General Order Nr. 12, Change 1, OMGBR, vom 13.7.1949 (6/69–2/1).

[60] 6/2–1/24.

[61] Begegnungen mit Kaisen, S. 189; Oakes stammt aus Independence, Kansas, und saß für die Republikaner im Senat von Kansas. Er war schon vor dem Krieg mehrfach in Bremen gewesen und hatte in Heidelberg studiert. 1945/46 als Marineoffizier in Bremen; rege Teilnahme am gesellschaftlichen Leben (Ehrenmitglied des „Plattdütschen Vereen", Präsident des Deutsch-Amerikanischen Clubs, Mitglied der Carl-Schurz-Gesellschaft und des Rotary Club); verließ Bremen Ende März 1952 51jährig, um in Washington D.C. neue Aufgaben zu übernehmen (Weser-Kurier 21.3.1952, Bremer Nachrichten 25.12.1952); 1970 am Institute for American Strategy in Chicago tätig (StA Bremen WA 1970/76).

[62] Traf am 20.9.1946 aus den USA ein, um in der Civil Government Division zu arbeiten (6/2–1/7; OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, II, Appendix 1b); kommt aus New Lenox, Illinois, und war in der öffentlichen Schulverwaltung beschäftigt; übernahm am 10.10.1946 die Education & Religious Affairs Branch (Clifton: Reform of Education, S. 143), erscheint Ende November 1947 als kommissarischer Leiter der CAD, im Januar 1948 als Leiter (6/90–1/5).

[63] OMGBR: Functional History 1.1.1948 – 31.12.1948, I, S. 8.

[64] So am 27.11.1948 (StA Bremen 3-R.1.m.Nr.117).

[65] Der Nachrichtendienstoffizier Nicholas Metal; siehe OMGBR: Functional History 1.1.1948 – 31.12.1948, I, S. 10.

b) Public Safety

Die Public Safety Branch mit Polizei und Feuerwehr als den wichtigsten Zuständigkeitsbereichen bezog nach dem Einmarsch Quartier im Polizeihaus Am Wall. Die Aufrechterhaltung von ‚law and order' stand nach eigenem Bekunden in der ersten Zeit im Vordergrund.[66] Ende Mai 1945 gab es außer den zwei Sicherheitsoffizieren in Bremen zwei in Wesermünde und drei weitere in den kleineren Detachments der Enklave.[67] Major E. Russel Kennedy, der das Sachgebiet in Bremen anfangs leitete, wurde am 5. Juni 1945 von Major Marion A. Haguewood abgelöst,[68] der wie sein Vorgänger schon seit der Vorbereitungsphase zur Kernmannschaft des Detachments gehörte.[69] Im August wurde Haguewood auf Enklavenebene für die öffentliche Sicherheit zuständig, im Januar 1946 erscheint er als Leiter der Internal Affairs Branch, in dem Post- und Verkehrswesen, Justiz und öffentliche Sicherheit zusammengefaßt waren, um schließlich die Leitung der Internal Affairs & Communications Division zu übernehmen, die nach der Heraustrennung des Verkehrswesens Ende April 1946 hauptsächlich aus Legal Branch und Public Safety Branch bestand.[70] Letztere hatte als Nachfolger Haguewoods Major John O. Dale von Ende August bis Mitte September 1945 geführt; er übernahm die Aufgabe erneut am 13. März 1946 und behielt sie bis zu seiner Versetzung am 13. Mai 1947.[71] Zwischenzeitlich waren im September 1945 noch einmal Major Kennedy und im Anschluß daran Capt. Ellis L. Forrester Leiter des Bereichs Public Safety.[72]
Bei der Auflösung der Internal Affairs & Communications Division im Sommer 1946 entstand neben der Legal Division auch eine Public Safety Division mit den zwei Bereichen Entnazifizierung und öffentliche Sicherheit. Abteilungsleiter wurde der schon als Mitarbeiter von Major Haguewood erprobte Major John W. Boyd.[73] Ende 1946 gehörte die Abteilung mit 18 von 130 vorhandenen Stellen für Amerikaner zu den größten in der Bremer Militärregierung.[74]
Die Verantwortlichkeit für die Sicherheit auch im Hafengebiet Bremens war im April 1946 an die deutsche Polizei zurückgegeben worden;[75] das von den Ausländerlagern, insbesondere den Polen, ausgehende Sicherheitsproblem entschärfte sich.[76] Vorläufig

---

[66] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 91.
[67] Personalliste vom 31.5.1945 (6/105–1/4).
[68] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, II, Appendix 27.
[69] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 1.
[70] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, II, Appendix 27; Organisationsplan vom 15.1.1946 (6/83–2/5); Organisationsplan (6/37–2/10).
[71] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, II, Appendix 27; OMGBR: Functional History 1.7.1946 – 30.6.1947, I, S. 51.
[72] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, II, Appendix 27; Forrester wurde am 12.3.1946 nach Bremerhaven/Wesermünde beordert, wo er am 20.2.1948 das Amt des Port Security Officers übernahm, siehe OMGBR: Functional History 1.1.1948–31.12.1948, I, S. 21. Kennedy hat trotz seiner relativ kurzen Amtszeiten als zuständiger Polizeioffizier – zwischendurch war er im Transportwesen beschäftigt – auf deutscher Seite nachhaltig beeindruckt. Brandt: Antifaschismus, S. 126, charakterisiert ihn als rigorosesten Vertreter eines repressiven Kurses gegen die organisierten Antifaschisten, und Erich Vagts, dem das ja nur recht gewesen wäre, bezeichnet ihn rückblickend als großen „Deutschenfresser, der gegen jeden und jedes lediglich Mißtrauen hatte" (StA Bremen 7,29–5, S. 11).
[73] General Order Nr. 5, OMGBR, vom 10.10.1946 (6/69–2/1), siehe OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 5).
[74] OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, I, S. 3.
[75] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 102f.
[76] Ebenda, S. 98f.

verbliebene Aufgaben wie die nach britischen Richtlinien erforderliche Genehmigung politischer Versammlungen und die Erteilung von Reisegenehmigungen ließen sich routinemäßig abwickeln.[77]
Nach der Etablierung einer eigenen Entnazifizierungsabteilung am 22. März 1947[78] umfaßte die Abteilung im Sommer 1947 nur noch die Public Safety Branch, die daraus abgespaltene Fire Fighting Branch und zwei Offiziere für Port Security.[79] Letztere wurden zusammen mit der Marine Security Branch, der Kontrollstelle für die Wasserschutzpolizei, die erst am 15. Dezember 1947 von der Transport Division an die Public Safety Division überwiesen worden war, mit Wirkung vom 1. Mai 1948 in die neue „Abteilung Waterkant", die Waterfront Division, eingebracht. Die Auflösung der Public Safety Division erfolgte allerdings erst mit der Reorganisation der Militärregierung am 15. September 1948. Der Public Safety Adviser, der Berater für Fragen der öffentlichen Sicherheit, fand sich mit Kollegen aus den Bereichen zivile Verwaltung, Entnazifizierung, Gesundheit und Wohlfahrt in einer Abteilung wieder, die zunächst den Namen Governmental Affairs Division erhielt,[80] aber schon Ende November unter Hinzufügung des Justizbereichs zur Public Affairs & Legal Division umgestaltet wurde, wobei dem Public Safety Adviser die Aufsicht über das Gefängniswesen als neue Aufgabe zufiel.[81] Diese Konstruktion, die an das Konglomerat der Internal Affairs Branch Anfang 1946 erinnert, hatte bis zum 30. Juni 1949 Bestand; dann wurden Abteilung und Position des Public Safety Adviser aufgelöst. Der Sachbereich wurde in der Folge nur noch nebenamtlich im Rahmen der neukonstituierten Civil Administration & Intelligence Division betreut.[82] Seinen Dienst in Bremen beendete damit auch John S. Baber, der als ziviler Bediensteter am 4. September 1946 in die Bremer Public Safety Branch eingetreten war und deren Leitung als Nachfolger von Major John O. Dale vom 13. Mai 1947 an übernommen hatte.[83]

c) Intelligence

Der nachrichtendienstliche Bereich – Beschaffung und Auswertung wichtiger Informationen – bietet organisatorisch in Bremen ein unruhiges Bild. Eine eigene Dienststelle für diesen Zweck, ein Land Intelligence Office, gab es nur für gut vier Monate im Jahr 1948.
Nach dem Einmarsch mußte man sich zunächst auf britische Hilfe, dann auf die Abwehrspezialisten der 29. Infanteriedivision verlassen. Am 6. Juni 1945 traf ein erster Nachrichtenoffizier aus dem Information Services Control Command ein, der sich vor allem um die Entnazifizierung im Bereich der öffentlichen Medien kümmerte.[84] Dem

---

[77] Ebenda, S. 105; OMGBR: Functional History 1.7.1946–30.6.1947, I, S. 5 und 60.
[78] General Order Nr. 2, OMGBR, vom 22.3.1947 (6/69–2/1)
[79] Organisationsplan vom 1.7.1947 (6/67–2/21).
[80] General Order Nr. 7, OMGBR, vom 14.9.1948 und vorher Nr. 7, OMGBR, vom 12.12.1947 (6/69–2/1); Organisationsplan vom 27.7.1948 (6/1–2/1).
[81] General Order Nr. 9, OMGBR, vom 30.11.1948 (6/69–2/1).
[82] General Order Nr. 12, OMGBR, vom 30.6.1949 (ebenda); Organisationsplan in 6/2–1/24.
[83] OMGBR: Functional History 1.7.1946 – 30.6.1947, I, S. 51. Die Stelle des Abteilungsleiters wurde nach dem Ausscheiden von Boyd 1947 nicht wieder besetzt; auf dem Organisationsplan vom 1.7.1947 erscheint sie noch als vakant, später gar nicht mehr (6/67–1/21), denn vom 2.9.1947 fungierte Capt. Jeffs, der Stellvertreter des Direktors, nebenbei als Abteilungsleiter der Public Safety Division, siehe OMGBR: Functional History 1.7.1947 – 30.9.1947, I, S. 1.
[84] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 78 f. und 286.

Fachoffizier in der Information Branch, später Information Control, wuchs in der Folge schwerpunktmäßig die nachrichtendienstliche Berichterstattung zu in Zusammenarbeit mit den Fachkräften aus dem Entnazifizierungs- und Zivilverwaltungsbereich, die auch auf diesem Sektor tätig waren.[85] Eine „vorrangige Verantwortlichkeit" des Referats für Informationskontrolle für den Sektor legte ein Brief Clays vom 1. März 1946 fest, und das unter diesem Datum erschienene Telefonverzeichnis der Bremer Militärregierung verweist mit dem Stichwort „Intelligence" nur auf George Freimarck[86] von Information Control. Ein Kooperationsabkommen vom 9. März 1946 mit dem britischen Sicherheitsdienst und Bremen Port Command sollte die Arbeitsvoraussetzungen verbessern.[87] Im Sommer 1946 war der Fachoffizier rückblickend mit dem Geleisteten ganz zufrieden. Die Arbeit der drei beteiligten Stellen sei frühzeitig erfolgreich koordiniert worden. Probleme habe hauptsächlich der akute Personalmangel bereitet.[88] Andere sahen das anders. Unter den im ersten Besatzungsjahr gewonnenen Erfahrungen wird an anderer Stelle desselben Sammelberichtes als erster Punkt das Fehlen einer eigenen Sektion für politischen Nachrichtendienst angeführt und beklagt: „various security agencies were barging around in a hundred different directions without uniform procedures and with primary emphasis on their own activities and Military Government needs were often far in the background".[89] Geplant war ursprünglich die Ansiedlung beim Executive Officer zusammen mit dem Kulturbereich.[90] Die Information Branch wies im Januar 1946 eine derartige Zusammensetzung auf,[91] nur war eben der Nachrichtenoffizier dort nicht allein zuständig und zentral verantwortlich, sondern mußte sich mit seinen Kollegen in den Bereichen Zivilverwaltung und Entnazifizierung abstimmen. Diese Ausgangslage bestand im wesentlichen unverändert bis zum Frühjahr 1947 fort. Ein informelles „intelligence committee" diente der Abstimmung der beteiligten Stellen untereinander und der Koordination mit der Arbeit der Briten und des amerikanischen CIC.

Im Februar 1947 schließlich erhielt die Research Branch der Information Control Division zentrale Zuständigkeiten und die Funktion eines Land Intelligence Office neben ihren sonstigen Fachaufgaben – eine in keinem anderen Land der amerikanischen Zone getroffene Regelung.[92] Bis Juni 1948 bestand die zentrale Ansiedlung in dieser Abteilung, dann erfolgte die Verselbständigung als dem Direktor unmittelbar verantwortliches Landesamt, welche bereits zum 30. November 1948 mit der Einordnung in die Public Affairs & Legal Division wieder ihr Ende fand.[93]

---

[85] Ebenda, S. 285.

[86] Er war noch bis Mitte Dezember 1946 Leiter der Intelligence & Operations Branch, ICD (6/46–2/22). Nachfolger wurde N. Metal, siehe OMGUS-Hb, Bremen B, Anm. 96. Die Annahme von Brandt: Antifaschismus, S. 126, daß Freimarck aufgrund seiner linksliberalen Einstellung zur Gruppe der KGF-freundlichen Offiziere in der Militärregierung gehört haben dürfte, stößt insofern ins Leere, als Freimarck noch im Januar 1946 nicht als Mitglied der Bremer Militärregierung erscheint, also erst hier tätig wurde, als sich die KGF schon aufgelöst hatte; von Eckardt: Lebenserinnerungen, S. 125 bezeichnet ihn als persönlichen Freund.

[87] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 289f.

[88] Ebenda, S. 292 und 285. Intelligence Officer am 8.7.1946 war John Boyd (3/157–1/3).

[89] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 32.

[90] Siehe OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 2.

[91] Organisationsplan vom 15.1.1946 (6/83–2/5).

[92] OMGBR: Functional History 1.7.1946 – 30.6.1947, I, S. 39f.

[93] OMGBR: Functional History 1.1.1948 – 31.12.1948, I, S. 61; General Order Nr. 9, OMGBR, vom 30.11.1948 (6/69–2/1).

Zum 30. Juni 1949 wurden die verbliebenen nachrichtendienstlichen Aufgaben mit denen der Zivilverwaltung in der Civil Administration & Intelligence Division zusammengefaßt.[94] Leiter dieser Division war der Neuzugang Clarence P. Oakes.[95] Als Land Intelligence Officer altgedient war in Bremen zuvor Nicholas Metal, der am 12. November 1946 in den Dienst der Militärregierung trat und das Amt bis 1949 bekleidete.[96]

d) Information Control

Die Kontrolle der Informationsmedien begann in Bremen unter der Regie von 6871st District Information Services Control Command (DISCC), einer separaten Organisation unter Direktiven von ICD, USFET.[97] Erst Ende Januar 1946 entstand eine Information Control Branch als Bestandteil der Militärregierung,[98] die gut drei Monate später zur Abteilung erhoben wurde. Sie umfaßte die Sachgebiete Film, Theater und Musik, Presse, (sonstige) Veröffentlichungen, Radio Bremen und Nachrichtendienst. Das relative Gewicht der Abteilung nahm von Ende 1946 (12 von 130 US-Stellen) bis Ende 1947 (13 von 119 US-Stellen) zu.[99] Abteilungsleiter war zumindest seit August 1946 Major Thomas P. Headen.[100] Er wurde ungefähr ein Jahr später abgelöst von Duncan D. MacBryde, der die Position bis 1949 innehatte.[101]
Zum 1. Juni 1948 verselbständigte sich das Land Intelligence Office; das betroffene Referat wurde umbenannt zu Research & Reorientation Branch. Die Überwachung des Theater- und Musiklebens wechselte wenig später auf höhere Empfehlung in die Kulturabteilung,[102] und der Name der Abteilung änderte sich zu Information Services

---

[94] General Order Nr. 12, OMGBR, vom 30.6.1949 (ebenda).

[95] Siehe OMGUS-Hb, Bremen B, Anm. 61.

[96] OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, II, Appendix 1b; seit Mitte Dezember 1946 für Intelligence verantwortlich (6/46–2/22); noch in Personallisten des OMGUS Information Bulletin von April 1949.

[97] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 286; 5/243–1/24.

[98] 5/243–1/24. Die Abstimmung mit den Briten erfolgte durch eine Vereinbarung vom 31.1.1946; vgl. auch das Telefonverzeichnis der Bremer Militärregierung vom 1.3.1946. Referatsleiter war Capt. Alex Saron, der später das Sachgebiet Film, Theatre & Music Control betreute, vgl. Organisationsplan vom 1.10.1946 in 6/46–2/34.

[99] OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, I, S. 3; 6/67–1/2.

[100] Geb. 9.8.1903, noch einmal befördert zum 1.6.1947 (6/47–1/16). Im Zivilberuf seit 15 Jahren Reporter und Journalist bei der New York Sun; vor der Bremer Zeit zehn Monate in Frankreich als Public Relations Officer tätig, siehe Special Report, Juli 1945, S. 40 (StA Bremen 16, 1/4). Am 1.7.1945 Assistent des Bremer Exekutivoffiziers Shamel, nach dem 10.12.1945 Exekutivoffizier der neuen G-5 Sektion von Bremen Port Command, Ende Januar 1946 in die USA (OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 18f.). Im August als Abteilungsleiter ICD genannt (General Order Nr. 2, OMGBR, vom 23.8.1946 [6/69–2/1]). Im Herbst 1946 Lt.Col., dann Zivilbediensteter (6/46–2/34).

[101] Schreibung vereinzelt auch: Duncan F. McBryde; 1942 – 1944 als Militärattaché in Syrien und Libanon, danach Chef einer Auslandspresseabteilung im War Department; 9.5.1947 Deputy, Plans & Directives Branch, OMGUS (5/261–3/6); im Sommer 1947 nach Bremen, ab Oktober 1949 Leiter der Abteilung für öffentliche Angelegenheiten, im Januar 1951 Abberufung ans State Department. „Er war bei uns nicht als ‚Okkupationsbeamter', sondern als Freund tätig" (Bremer Nachrichten 6.1.1951). von Eckardt: Lebenserinnerungen, S. 125 zählte ihn zu seinen Freunden, und den Abschiedsbrief an Kaisen schloß McBryde mit den Worten „Ihr junger Verehrer und Freund" (Begegnungen mit Kaisen, S. 189).

[102] Special Order Nr. 22, OMGUS, vom 23.6.1948.

Division.[103] In dieser Form überstand sie den Herbst 1948. Ihre Auflösung erfolgte zum 30. Juni 1949, wobei die verbliebenen Aufgaben an OMGUS übergingen.[104]

3. Entnazifizierung (Denazification)

Besondere organisatorische Vorkehrungen zur Durchführung der Entnazifizierung wurden zu Beginn der Besatzungszeit von der Bremer Militärregierung nicht getroffen. Die Verantwortung lag beim jeweils zuständigen Fachoffizier, der die notwendigen Informationen von Spezialeinheiten bezog – anfangs der British Field Security des 30. Corps, danach von der Counter Intelligence Branch (CIB) der 29. Infanteriedivision. Special Branch, Public Safety, bestand nur aus zwei deutschen Mitarbeitern, die unter der Aufsicht des für Gefängnisse zuständigen Offiziers die ausgewerteten Fragebogen aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes verwalteten.[105] Erst Ende Juli/Anfang August 1945 trafen speziell für Entnazifizierung ausgebildete Offiziere in der Enklave ein: Major John W. Boyd[106] und 1st Lt. Jesse S. Morse.[107] Sie verständigten sich mit der 29. Infanteriedivision dahingehend, daß das von der CIB aufgebaute Bremen Document Center zunächst weiter fungieren und mit Informationen versorgt werden sollte. Ausgewählte deutsche Mitarbeiter wurden umgehend zu Schulungskursen nach Bad Orb geschickt, so daß schon am 27. August 1945 die Arbeit mit den neuen, 131 Fragen enthaltenden Fragenbogen beginnen konnte. Im Oktober waren fünf Offiziere und 39 geschulte deutsche Mitarbeiter in der Special Branch tätig.[108] Am 1. Oktober 1945 wurde die Special Branch aus dem Bereich Public Safety herausgenommen und zur Denazification Branch verselbständigt – eine Maßnahme, die im März 1946 wieder rückgängig gemacht wurde.[109] Mit Public Safety vorübergehend der Internal Affairs & Communications Division zugeordnet, arbeitete die Special Branch unter Captain Morse im Herbst 1946 wieder als Teilbereich von Public Safety, nun eine Abteilung für sich. Zu der Zeit wurde die kleine Review Board Branch integriert, die seit November 1945 Berufungsfälle und Beschwerden in Entnazifizierungssachen zu klären hatte.[110] Die seit dem 30. August 1945 von Lt. Sydney Malkin geführte Investigation Section wurde nach dessen Ausscheiden im August 1946 bis Januar 1947 mit gutem Erfolg kommissarisch von einem Deutschen geleitet.[111]
Um künftigen Aufgaben im Zusammenhang mit dem in Vorbereitung befindlichen Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus[112] besser gerecht zu

---

[103] Die Umbenennung erfolgte vor Mitte September 1948, siehe General Order Nr. 7, OMGBR, vom 14.9.1948 (6/69–2/1).
[104] General Order Nr. 12, OMGBR, vom 30.9.1949 (ebenda).
[105] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 78 f.
[106] Verläßt Bremen am 31.1.1946 in Richtung USA zu einem Erholungsurlaub (ebenda, S. 82), tritt danach nicht mehr in Erscheinung.
[107] Leiter der Operations Section; 23.10.1945 – 30.1.1946 Erholungsurlaub in den USA, im März 1946 Chief of Special Branch (ebenda, S. 82); am 22.3.1947 Leiter der Denazification Division, scheidet zum 31.7.1947 aus.
[108] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 80 f. Am 1.7.1946 hatte die Special Branch 40 deutsche Mitarbeiter (6/95–2/15).
[109] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 81 f.
[110] Ebenda, S. 84 f.; OMGBR: Functional History 1.7.1946–30.6.1947, I, S. 41.
[111] Alfred Göbel, vgl OMGBR: Functional History 1.7.1946–30.6.1947, I, S. 48 und OMGBR: Functional History 27.4.1945 - 30.6.1946, I, S. 81.
[112] Erlassen am 9.5.1947 (Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen 1947, S. 67 ff).

werden, wurde am 22. März 1947 die Denazification Division geschaffen[113] mit Special Branch Bremen, Special Branch Bremerhaven, Inspection Branch und Investigation Branch. Abteilungsleiter Jesse S. Morse versah seinen Dienst noch bis zum 31. Januar 1947, war also zwei entscheidende Jahre lang in verantwortlicher Position für die Entnazifizierung in Bremen tätig. Sein Nachfolger Joseph F. Napoli behielt die Zuständigkeit für Entnazifizierungsfragen bis 1949,[114] allerdings nach Auflösung der Abteilung mit Wirkung vom 15. September 1948 nur noch als Denazification Adviser im Rahmen der Governmental Affairs Division,[115] die kurz darauf zur Public Affairs & Legal Division umstrukturiert wurde.[116] Zum 30. Juni 1949 wurde das Amt des Denazification Adviser bei der Bremer Militärregierung aufgelöst.[117] Verbliebene Aufgaben wie die Anfragen beim Berliner Document Center übernahm später die Political Affairs Division beim Landeskommissar.

4. Justiz (Legal)

Der im März 1945 konzipierte Organisationsplan sah eine Legal Branch vor, die für Gesetze und Verordnungen, das Amtsblatt, Gerichte und Rechtsfragen überhaupt zuständig sein sollte.[118] Nach dem Einmarsch bezogen drei Offiziere unter Leitung von Major James B. Watson Quartier im nur teilweise zerstörten Gerichtsgebäude, wo am 9. Mai 1945 die erste Militärgerichtsverhandlung stattfand. Einer der drei, Lt. Arthur L. Ballin, wechselte noch im Mai zum Wesermünder Detachment und wurde durch Lt.

---

[113] General Order Nr. 2, OMGBR, vom 22.3.1947 (6/69–2/1); OMGBR: Functional History 1.7.1946 – 30.6.1947, I, S. 41; vgl. auch 6/96–1/43.

[114] Geb. 24.9.1914 in New York, Studium der Politikwissenschaften an der Ohio State University; danach Tätigkeit im Handels- und Arbeitsministerium; zur US Army 1943, Nordafrika und Italien (persönliche Auskünfte vom 13.6.1980 und 4.12.1983); stieß am 28.10.1946 zur Bremer Militärregierung, zunächst Tätigkeit im Rechnungswesen (Budget & Fiscal) – Ernennung zum 6.11.1946 (Special Order Nr. 86, OMGBR, vom 6.11.1946 [6/2–3/4]). Leiter der Denazification Division 1.8.1947 – 15.9.1948, Denazification Adviser bis 19.6.1949. Am 11.5.1948 schriftliche Belobigung von Clay für außerordentlichen Einsatz, 1949 kritische Äußerungen über den Effekt des Entnazifizierungsprogramms auch in der Öffentlichkeit, siehe Artikel „Denazification from an American's Viewpoint" in: Annals, Philadelphia 1949, und eine Pressekonferenz am 13.5.1949, vgl. Weser-Kurier vom 14.5.1949. Siehe „Denazification", S. 66–84. Meyer-Braun: Bremer SPD, S. 47 ff., behandelt die Pressekonferenz und den Artikel; ihr entging, daß der Artikel bereits im Juli 1949 in den USA erschien, also von Napoli noch in Bremen verfaßt worden war; erst im Mai 1950 erhielt der Bremer Senat davon Kenntnis. Vgl. auch Begegnungen mit Kaisen, S. 189 ff. Wulff: Im Jahrfünft, S. 15 erwähnt im Zusammenhang mit den Säuberungen im Herbst 1945 Napoli irrtümlich als Leiter der Special Branch, die eine noch traurigere Berühmtheit erlangt habe als 1933 der Leiter der nationalsozialistischen „Abbaukommission". Es bleibt bei dieser fragwürdigen Etikettierung unklar, ob Napoli überhaupt gemeint ist oder eher Morse, der zu der Zeit bereits in der Special Branch tätig war. – Napoli heiratete eine Bremerin. Nach 1949 in NATO-Diensten in Italien, dann in der amerikanischen Bundesverwaltung bis 1975.

[115] General Order Nr. 7, OMGBR, vom 14.9.1948 (6/69–2/1).

[116] Zum 30.11.1948, vgl. OMGBR: Functional History 1.1.1948–31.12.1948, I, S. 9.

[117] Order Nr. 12, OMGBR, vom 30.6.1949, mit Bezug auf ein Schreiben von OMGUS vom 16.5.1949 (6/69–2/1).

[118] Siehe OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 2.

Gross ersetzt; der andere, Capt. Robert L. Guthrie, rückte Anfang September 1945 in die Führungsposition als Enclave Legal Officer.[119]
Am 9. Juli 1945 etablierte sich ein dreiköpfiger Untersuchungsausschuß (Review Board) zur Überprüfung der Gefängnisinsassen zwecks Freilassung zu Unrecht Inhaftierter. Mitglied war neben Watson und Guthrie der Gerichtsoffizier Capt. Donald J. Zimmermann, der wegen seines privaten Umgangs später von der Entnazifizierungsabteilung als schlechtes Beispiel herausgestellt wurde.[120]
Im Januar 1946 waren im Justizbereich, der seine Eigenständigkeit verloren hatte und nun zu Internal Affairs zählte, sieben Offiziere in Bremen tätig, dazu einer in Bremerhaven/Wesermünde.[121] Von den „Männern der ersten Stunde" war niemand mehr dabei. Der erst im Februar 1946 zur Sektion stoßende Capt. A. T. Benton wurde noch Chief Legal Officer vor seiner Rückversetzung in die Vereinigten Staaten im Juni 1946. Mit Robert W. Johnson, ziviler Bediensteter und Rechtsanwalt von Beruf, schloß sich dann Anfang Mai 1946 der Mann den Rechtsexperten der Bremer Militärregierung an, dem bereits im Juni 1946 die fachliche Verantwortung für den Bereich zufiel[122] und bis zum Ende der OMGUS-Periode erhalten blieb.
Wie der Entnazifizierungsbereich, so war auch die Justiz 1946 vorübergehend in der Internal Affairs & Communications Division untergebracht,[123] um noch im Sommer des Jahres eigene Abteilung zu werden.[124] Nach dem Stellenschlüssel vom Jahresende 1946 war sie mit zehn von insgesamt 130 vorhandenen Stellen für Amerikaner ausgestattet.[125] Aufgabenschwerpunkte der Abteilung waren im November 1947 weiterhin die Militärgerichtsbarkeit und die Aufsicht über die deutsche Rechtsprechung, nachrangig folgten rechtsberatende Funktionen, Prüfung der Gesetzgebung, Gefängnisverwaltung und Begnadigungen.[126] Mit der Ausgliederung der Militärgerichte in eine eigene Organisation am 28. September 1948 ging der Legal Division mit Ausnahme des Abteilungsleiters das gesamte Fachpersonal verloren. Die Auflösung der Abteilung war die logische Konsequenz. Sie erfolgte zum 30. November 1948. Johnson wurde als Rechtsberater Leiter der neuen Public Affairs & Legal Division.[127] Der Schrumpfungsprozeß der Militärregierung ergab am 1. Juli 1949 noch einmal eine eigenständige Legal Division mit den gewohnten Aufsichtsfunktionen für Gesetzgebung und Rechtspflege sowie dem Bereich rechtliche Beratung, besetzt mit zwei amerikanischen Rechtsanwälten,[128] das Ende der OMGUS-Periode keine drei Monate später setzte der Wirksamkeit der Neuschöpfung jedoch enge Grenzen.

---

[119] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 220f. Zur Position Guthries siehe auch Wenzlau: Wiederaufbau der Justiz, S. 117, Anm. 5 und S. 178, Anm. 8.
[120] "dessen Beziehung zu einer übel beleumundeten und politisch belasteten Frau in der Bevölkerung heftigen Unwillen erregt", Bericht A. Göbel (1948), S. 4 (6/92–1/13).
[121] Siehe Organisationsplan vom 15.1.1946 (6/83–2/5); vgl. OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 4.
[122] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 221.
[123] Vgl. Organisationsplan in 6/37–2/10.
[124] Bekanntgabe von Johnson als Abteilungsleiter durch General Order Nr. 2, OMGBR, vom 23.8.1946 (6/69–2/1).
[125] OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, I, S. 3.
[126] 6/62–2/33.
[127] OMGBR: Functional History 1.1.1948 – 31.12.1948, I, S. 9f. und 61f.; General Order Nr. 9, OMGBR, vom 30.11.1948 (6/69–2/1).
[128] 6/64–1/10; General Order Nr. 12, OMGBR, vom 30.6.1949 (6/69–2/1).

5. Finanzen (Finance)

Das Konzept vom März 1945 sah je einen Fachbereich für Finanzen und Vermögenskontrolle vor, während in der Praxis dann beide zur Fiscal & Property Control Branch zusammengefaßt wurden.[129] Ende Mai/Anfang Juni 1945 waren Major Harold R. Bechtel als Fiscal Officer und Capt. George W. Knepper und Capt. Henry Feinstein in der Vermögenskontrolle tätig, letzterer beim Wesermünder Detachment.[130] Major Bechtel erhielt im Juli einen Assistenten zugeteilt,[131] und im Januar 1946 gab es je zwei Offiziere für Finanzen und Vermögenskontrolle im Referat, das unter Bechtels Leitung stand, sowie zwei weitere in Bremerhaven/Wesermünde.[132] In der Sektion für Vermögenskontrolle wechselte das Personal häufiger.[133] Die Bearbeitung der Restitutionen (Restitution Branch) wurde mit dem 30. Juli 1946 an die Wirtschaftsabteilung abgegeben, die Einrichtung des Amtes für Vermögenskontrolle am 15. Oktober 1946 unter deutscher Leitung brachte weitere Entlastung.[134] Der Amtsleiter war dem Senator für Finanzen verantwortlich, unterlag aber der Überwachung und Kontrolle durch den zuständigen amerikanischen Offizier. Die Abteilung änderte ihren Namen im Herbst 1946 von Fiscal & Property Control Division zu Finance & Property Control Division, um dann 1947 nur noch als Finance Division zu firmieren.[135] Der Stellenschlüssel vom Jahresende 1946 wies ihr sechs der 130 verfügbaren amerikanischen Stellen zu, Ende 1947 waren es noch drei von insgesamt 119 Stellen[136] – ein kleiner Fachbereich also. Abteilungsleiter Major Bechtel war am 19. November 1946 aus dem Dienst geschieden.[137] Sein Nachfolger wurde Major William H. Goehring, der die fachliche Leitung des Bereichs dann als Zivilist bis zum Ende der OMGUS-Periode behielt.[138]

Am 24. April 1947 wurde die Zuständigkeit für die Vermögenskontrolle im Lande Bremen zentralisiert, eine Aufgabe, mit der vom 1. Juni 1947 an der zivile Bedienstete Lawrence T. Schwarz betraut war.[139] Zum 1. April 1948 wurde die volle Verantwortung für die Durchführung der Vermögenskontrolle der deutschen Behörde überlassen, so daß auch auf diesem Sektor den Vertretern der amerikanischen Besatzungsmacht nur eine allgemeine Aufsichtsfunktion blieb.[140]

Den Reorganisationen im Herbst 1948 fiel auch die Finance Division zum Opfer: Sie wurde am 15. September 1948 aufgelöst. Der Finance & Property Control Adviser gehörte mit den Fachbereichen Arbeit, Wirtschaft und Verkehr zu einer Abteilung, die zunächst Bipartite Affairs Division genannt, aber bereits am 30. November 1948 zu

---

[129] Vgl. OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 2 und 3.
[130] 6/105–1/4.
[131] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 352.
[132] Organisationsplan vom 15.1.1946 (6/83–2/5).
[133] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 358 nennt von Ende April 1945 bis 1.7.1946 fünf verschiedene Namen.
[134] OMGBR: Functional History 1.7.1946 – 30.6.1947, I, S. 225 f.; vgl. StA Bremen 4, 145 Amt für Vermögenskontrolle, Findbucheinleitung von K. Schwarz, 1983.
[135] Siehe OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 5 und 6, sowie General Order Nr. 2, OMGBR, vom 23.8.1946 (6/69–2/1).
[136] OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, I, S. 3; 6/67–1/21.
[137] OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, II, Appendix 1 b.
[138] 6/65–1/13. Er war noch 1950 für den Landeskommissar in Bremen tätig.
[139] OMGBR: Functional History 1.7.1946 – 30.6.1947, I, S. 225.
[140] OMGBR: Functional History 1.1.1948 – 31.12.1948, I, S. 166.

Civil Resources Division umbenannt wurde.[141] Zu seinen Aufgaben gehörten die Überwachung des Staatshaushalts, der Banken und Versicherungen, der Vermögenskontrolle und der Besatzungskostenabrechnung.[142] Ein Schreiben von OMGUS vom 12. Mai 1949 entzog die Vermögenskontrolle der lokalen Militärregierung, so daß zum 30. Juni 1949 noch einmal eine Umbenennung in Finance & Property Adviser erfolgte.[143]

6. Wirtschaft (Economics)

Nach der Vorausplanung vom März 1945 sollte die Bremer Wirtschaftsabteilung nicht nur für Handel und Industrie, Landwirtschaft und Fischerei, Kleidung und Lebensmittel zuständig sein, sondern auch für die Bereiche Arbeit, öffentliche Versorgungseinrichtungen und Verkehr.[144] In dieser Form wurde die Umsetzung in die Praxis gar nicht erst versucht. Trotz Aufteilung in die zwei Gebiete Public Works & Utilities (einschließlich Transport) und Economics (einschließlich Labor) blieb der Wirtschaftsbereich mit sieben Offizieren und einem Zivilisten das größte Fachreferat, so daß man sich entschloß, auch noch den Bereich Arbeit herauszunehmen. Am 1. Juli 1945 findet sich eine Drittelung in Economics, Utilities & Labor, sowie Transportation.[145]
Lt.Col. Rupert F. Anderson, der das Bremer Wirtschaftsreferat aufzubauen hatte, war nach dem Kommandeur und seinem Vertreter der ranghöchste Offizier des Detachments. Er hatte bereits an der Vorbereitungsphase in Frankreich teilgenommen. Sein Weggang Anfang Juli 1945 führte zur Auflösung der Economics Branch, die als solche erst im Februar 1946 wieder etabliert wurde.[146]
Nach der Aufteilung in Lokal- und Enklavenverwaltung Anfang August 1945 war für das Bremer Wirtschaftsleben die Trade & Industry Branch unter Major Alex B. McDonald verantwortlich. Am 1. September 1945 wurde ferner die Kontrolle der industriellen Produktion als Aufgabe der Militärregierung festgeschrieben. Die 7. Armee überstellte zu dem Zweck drei Offiziere, darunter Major William H. Goehring, die sich der Sache annahmen.[147] Goehring erscheint auf dem Organisationsplan vom 15. Januar 1946 als Leiter der Trade & Industry Branch,[148] doch bei der Neukonstituierung der Economics Branch am 4. Februar 1946 erhielt Major Osborne M. Taylor die Leitungsfunktion.[149] Er diente als verantwortlicher Fachoffizier für den Wirtschaftsbereich in Bremen noch nach dem Ende der OMGUS-Zeit unter dem Landeskommissar.

---

[141] General Orders Nr. 7 und 9, OMGBR, vom 14.9. und 30.11.1948 (6/69–2/1).
[142] 6/64–3/14.
[143] General Order Nr. 12, OMGBR, vom 30.6.1949 (6/69–2/1).
[144] 6/125–3/24; siehe OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 2.
[145] 6/105–1/4; siehe OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 3.
[146] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 1 und 294. Anderson ging zur Kontrollkommission nach Berlin.
[147] Ebenda.
[148] 6/83–2/5; Goehring fehlt im Telefonverzeichnis vom 1.3.1946, erscheint aber ab Mai 1946 wieder als Leiter der Industrial Management Branch und Mitarbeiter von Taylor, was einen Rollentausch gegenüber der Aufgabenverteilung im Januar bedeutet; er übernahm am Jahresende 1946 die Finanzabteilung der Bremer Militärregierung (siehe OMGUS-Hb, Bremen B 5).
[149] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 295; Taylor war seit Anfang Juni 1945 in dem Bereich Bremen tätig (ebenda, S. 294) und leitete seit Anfang Oktober die neu geschaffene Industrial Control Section (StA Bremen 4,92- W.1.a.26[1]). Er kam aus dem Air Corps (11/39–3/2).

Spätestens im April 1946 zur Abteilung erhoben,[150] umfaßte die Economics Division im Sommer 1946 die Sachgebiete Industrial Management, Building Trades, POL & and Solid Fuels, Reports & Statistics, Trade & Commerce, Requisitions & Allocations, Public Utilities, Food.[151] Ende Juli kam die Bearbeitung der Restitutionen hinzu.[152] Mit 17 von 130 Stellen für Amerikaner Ende 1946 und 21 von 119 Ende 1947 gehörte die Wirtschaftsabteilung deutlich zu den größten der Bremer Militärregierung.[153] Umso steiler war ihr Abstieg in der ersten Jahreshälfte 1948. Personal- und Kompetenzverluste u. a. an die neugeschaffenen örtlichen Büros der JEIA in Bremen und Bremerhaven und an BICO-Dienststellen ließen die Abteilung zusammenschrumpfen. Mitte Juli 1948 verblieben ihr als Aufgabengebiete nur noch Nahrungsmittel und Landwirtschaft sowie Reparationen, Restitutionen und Dekartellisierung.[154]
Die Auflösung der Abteilung erfolgte zum 15. September 1948. Die verbliebenen Funktionen nahm nun das Amt des Economics Adviser wahr, der mit den Bereichen Finanzen, Verkehr und Arbeit zunächst in der Bipartite Affairs Division, dann in der Civil Resources Division untergebracht war,[155] die jeweils von Capt. Jeffs als Stellvertreter bzw. dann als Direktor der Bremer Militärregierung kommissarisch geleitet wurde.[156] Diese Regelung war bis September 1949 keinen wesentlichen Veränderungen mehr unterworfen.

7. Häfen, Schiffahrt und Verkehr (Transport)

Die Bremer Enklave verdankte dem amerikanischen Wunsch nach einem eigenen Nachschubhafen im besetzten Deutschland ihre Existenz, doch hatte die dort eingesetzte Militärregierung mit dem Hafenbetrieb zunächst nichts zu tun. Eine eigens zu dem Zweck geschaffene deutsche Behörde, die Bremen Civil Port Authority, später Weserhafenbehörde,[157] operierte unter Spezialeinheiten des Bremen Port Command, das für die Häfen zuständig war.[158] Einige Aufgaben – so die Überwachung der Lotsen- und Schlepperdienste, der Seezeichen, der Werften – nahm in Absprache die US-Navy wahr.[159] Die der Militärregierung auf dem Verkehrssektor verbleibenden Aufgaben wurden nicht hoch eingeschätzt – Transportation war im vorab entworfenen Organisationsplan eine Sektion von vielen im Wirtschaftsreferat.[160] Anfangs gab es zwei Fachoffiziere im Bremer Detachment – Capt. James H. Schack und Capt.

---

[150] 6/43–2/21.
[151] Organisationsplan in 6/37–2/10.
[152] Siehe OMGUS-Hb, Bremen B 5.
[153] OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, I, S. 3; 6/67–1/21.
[154] Organisationsplan vom 15.7.1948 in 6/67–2/1; vgl. OMGBR: Functional History 1.1.1948 – 31.12.1948, I, S. 5.
[155] General Orders Nr. 7 und 9, OMGBR, vom 14.9. und 30.11.1948 (6/69–2/1).
[156] Siehe Organisationspläne in 6/1–2/1, 6/2–1/27 und 6/58–1/19.
[157] Vgl. StA Bremen, Vorwort zu Bestand 4, 116 von Hartmut Müller, 1969.
[158] Vgl. History of Bremen Port Command 1945 May – Sept und Report of Operations of Bremen Port Command 1945 Oct – Dec in StA Bremen 16,1/4.
[159] Abkommen vom 30.6.1945 zwischen US Naval Advanced Base Bremen und Bremen Port Command über die Zuständigkeiten im Häfen- und Schiffahrtsbereich (StA Bremen 4, 116–20). Das Bremer Detachment E2C2 erscheint nicht einmal auf dem Verteiler des Abkommens.
[160] Siehe OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 2.

Raphael M. Stein –, doch bald erwies sich die Einrichtung einer Transportation Branch als zweckmäßig, die mit drei Offizieren besetzt war.[161] Nach der Aufgliederung in Enklaven- und Lokalverwaltung im August 1945 arbeitete auf Enklavenebene Lt.Col. Ernest H. Hicks mit vier Offizieren und Zuständigkeiten für den Verkehr auf der Schiene, der Straße und den Binnenwasserstraßen. Das lokale Bremer Team wurde von Major Stein geleitet, und auch in Bremerhaven/Wesermünde, Osterholz-Scharmbeck, Loxstedt und Brake gab es fachlich zuständige Offiziere.[162] Der Organisationsplan nach dem Abkommen vom 10. Dezember 1945 weist einen Transportoffizier in Wesermünde aus und eine Gruppe von fünf Offizieren in Bremen, die sich im Rahmen der Internal Affairs Branch um Unterhaltung und Betrieb des Verkehrsnetzes kümmerten.[163] Als die Zuständigkeit für Verkehrswege von überregionaler Bedeutung (Bahn, Binnenwasserstraßen) an zentrale Instanzen abgegeben worden war,[164] schrumpfte Transportation zu einer kleinen Sektion nun in der Civilian Services Branch unter Lt.Col. Golon B. Harris.[165] Der Umschwung kam noch Ende März 1946 mit der Ankündigung Clays, die an die Zentrale abgegebenen Kompetenzen im Verkehrsbereich sollten zum 1. April 1946 an die Bremer Militärregierung zurückfallen. Gleichzeitig fiel ihr die Aufsicht über den Hafenbetrieb in Bremen zu.[166] Bremen Port Command, das gesonderte Hafenkommando, wurde Anfang Mai 1946 aufgelöst.[167] Die Hafentruppe 17th Major Port bezog ihr Hauptquartier in Bremerhaven, wo sich die Abwicklung des militärischen Nachschubs konzentrierte.[168] Das schuf Raum in den bremischen Häfen für den seit November 1945 stark angewachsenen Umschlag ziviler Güter einschließlich der UNRRA Versorgungsgüter.[169] Organisatorisch fanden die neuen Aufgaben ihren Platz in der Civilian Services Branch, die am 10. April 1946 zur Abteilung erhoben[170] und am 27. April von den Sektionen Housing, Food and Welfare befreit wurde.[171] Eine neue Fachabteilung für Häfen, Schifffahrt und Verkehr war entstanden mit den Referaten Railroads, Inland Waterways, Port Operations, Coastal Shipping and Civil Transportation, wobei letzteres der Deutlichkeit halber besser „Highways & Highway Transport" geheißen hätte. Ihr wurden im Juni und November 1946 auch die bisher von der US-Navy wahrgenommenen Aufga-

---

[161] Personalliste vom 31.5.1945 (6/105–1/4); auf dem Organisationsplan vom 1.7.1945 (siehe OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 3) ist Major Kennedy, vorher Public Safety, hinzugekommen.

[162] Organisationsplan in 6/22–1/22; Hicks war später (15.1.1946) Executive Officer der Militärregierung in Bremerhaven (6/83–2/5). Capt. Schack war, wie noch im Januar 1946, für Binnenschiffahrt zuständig; Major Stein erscheint zuletzt als Leiter der Transportation Section, Civilian Services Branch, im Telefonverzeichnis vom 1.3.1946.

[163] Organisationsplan vom 15.1.1946 (6/83–2/5).

[164] Die Binnenschiffahrt z. B. wurde im März 1946 von einem lokalen Büro der Transport Division, OMGUS, aus überwacht, vgl. 6/33–2/4, Mitteilung vom 13.3.1946.

[165] Telefonverzeichnis vom 1.3.1946.

[166] Schreiben Clays vom 27.3.1946 (StA Bremen 4, 116–12); aufgeführt werden die Bereiche Rail, Civil Port, Inland Waterways, Coastal Shipping.

[167] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 435.

[168] Ebenda, S. 369, vgl. auch OMGUS-Hb, Bremen B, Anm. 157.

[169] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 366 f.

[170] So Abteilungsleiter Harris in einem Memo vom 19.4.1946 (6/19–2/15); vielleicht fehlte dieser Umbenennung noch der Segen von oben, denn die OMGBR: Functional History 27.4.1945–30.6.1946, I, S. 368 nennt den 25.4.1946 als Entstehungstag der Abteilung.

[171] Memo vom 27.4.1946 (6/43–2/21).

ben übertragen, für die zusätzlich eine Inspection & Security Branch[172] sowie eine Marine Production & Control Branch für die Werftenaufsicht[173] eingerichtet wurden. Weiter trat eine kleine Rivers & Harbors Engineering Branch hinzu.[174]
Am 10. Oktober 1946 erfolgte die Umbenennung in Transport Division.[175] Sie war Ende 1946 mit 22 von 130 US-Positionen deutlich die größte Abteilung der Bremer Militärregierung.[176] Der Berliner OMGUS-Zentrale waren die Bremer Verhältnisse ein Dorn im Auge. Am 7. Februar 1947 klagte der Leiter der Transportabteilung, OMGUS, in einem Schreiben an den Stabschef darüber, daß Bremen das einzige Land der amerikanischen wie britischen Zone sei, das Schiffs- und Eisenbahnverkehr direkt kontrolliere. Hier sei Änderung geboten.[177] Diese Auffassung setzte sich durch und fand Ausfluß in einer Anordnung vom 7. März 1947, mit der die Bereiche Rail, Inland Waterways, Coastal Shipping, Rivers & Harbors Engineering und Inspection an die Transportabteilung von OMGUS überführt wurden. Der Bremer Abteilung verblieben die Bereiche Port Operations, Marine Production & Control, Civil Transportation and Security.[178] Letzterer – er beinhaltete v. a. die Aufsicht über die Wasserschutzpolizei – wurde am 4. Juni 1947 zu Marine Security umgetauft und am 15. Dezember 1947 in die Public Safety Division überführt, von wo er am 1. Mai 1948 in die Waterfront Division wanderte.[179] Die OMGUS unterstellte Bremer Rail Branch ging Anfang 1948 auf BICO über.[180]
Im Zusammenhang mit Plänen zur Reduzierung des militärischen Personals der Hafentruppe 17th Major Port in Bremerhaven erfolgte im Juli 1947 die Überführung des Hafenbetriebs dort vorbehaltlich weniger Ausnahmen in die Verantwortlichkeit der Militärregierung. Das war der letzte Kompetenzzuwachs der Bremer Transportabteilung, und er hatte nicht mehr viel zu bedeuten. Der Hafenbetrieb vollzog sich am Ende des Jahres 1947 nach Einschätzung des zuständigen Amerikaners fast hundertprozentig in deutscher Verantwortung, so daß nur gewisse Aufsichtsfunktionen blieben.[181]
Zum 1. Mai 1948 wurde das Werftenreferat ausgegliedert und BICO unterstellt. Die Leitung der Restabteilung übernahm kommissarisch der Direktor.[182] Ihre Auflösung erfolgte im Zuge der großen Reorganisation am 15. September 1948, wobei sie zunächst geschlossen als Amt des Transportation Adviser zusammen mit Economics, Manpower und Finance in die Bipartite Affairs Division eingebracht, kurz darauf (30. November 1948) dann aber doch noch aufgeteilt wurde: Der Straßenverkehr blieb in der Abteilung, die die neue Bezeichnung Civil Resources erhielt, die Hafenaufsicht

---

[172] Geschaffen am 24.6.1946 (OMGBR: Functional History 27.4.1945–30.6.1946, II, Appendix 103).
[173] Am 15.11.1946 samt Leiter, Capt. Paulsen USN, von der Marine übernommen (17/161–2/5).
[174] Am 15.7.1946 eingerichtet, Leiter: A. E. Redifer (6/30–1/16).
[175] Memo von Abteilungsleiter Harris (6/30–1/40). Die am selben Tag mit General Order Nr. 5, OMGBR, vom 10.10.1946, bekanntgegebene Umbenennung in Port and Transportation Division ist nicht zum Tragen gekommen (6/69–2/1).
[176] OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, I, S. 3.
[177] StA Bremen 4, 116–12, mit ausführlichen Organisationsanalysen.
[178] General Order Nr. 17, OMGUS, 1947 (6/17–2/2).
[179] Vgl. General Orders Nr. 3, 4 und 7, OMGBR, vom 25.4., 4.6. und 12.12.1947, Nr. 7, OMGBR, vom 14.9.1948 (6/69–2/1).
[180] Vgl. Organisationsplan vom 1.5.1948 (6/67–2/1).
[181] StA Bremen 4, 116–11 und 29, auch 6/25–1/20.
[182] Wie OMGUS-Hb, Bremen B, Anm. 179; nach OMGBR: Functional History 1.1.1948 – 31.12.1948, I, S. 7 am 2.5.1948.

wurde in die Waterfront Division eingegliedert, in der nun die verbliebenen Aufgaben im Bereich Häfen und Schiffahrt zusammengefaßt waren.[183]
OMGUS bildete aus den am 7. März 1947 übernommenen Referaten Inland Waterways, Coastal Shipping und Rivers & Harbors Engineering die Weser Field Organization mit Sitz in Bremen, die der Water Branch der Transport Division unterstand, administrativ aber mit der Bremer Militärregierung in Verbindung blieb.[184] Ihr Leiter Kenneth E. McGregor hatte vorher das Bremer Binnenschiffahrtsreferat geführt.[185] Im Januar 1948 übernahm die Watertransport Branch von BICO die Organisation, die sich nun Weser River Field Organization nannte.[186] Diese Organisation wurde zum 1. Juni 1949 wieder aufgelöst.[187] Ihre Funktionen im Bereich Binnen- und Küstenschiffahrt fielen an die Bremer Militärregierung zurück und wurden dem Hafenreferat der Waterfront Division zugeschlagen.[188] Im Juli 1949 verteilten sich also die Bestandteile der ehemaligen Transportabteilung wie folgt:[189]

OMG Bremen:	Waterfront Division – Port Supervision
	Inland Water Transport & Coastal Shipping Branch
	Marine Security Branch
	Civil Resources Division – Civilian Transportation
BICO:	Rail Branch
	Marine Production & Control Branch

Vom leitenden Personal des Ressorts sollen die folgenden hervorgehoben werden: Lt.Col., dann Col. Golon B. Harris, der sich 1945 zunächst bei der Versorgung der DPs in der Enklave hervorgetan hatte, im Januar 1946 die DPs & Public Welfare Branch leitete und deren schrittweise Umgestaltung in eine Fachabteillung für Häfen, Schiffahrt und Verkehr mitvollzog, stand bis zum 2. September 1947 an der Spitze der Abteilung.[190] Er war eine kraftvolle Persönlichkeit, dem bürokratisch Kleinkariertes nicht lag. Die Abteilungsleitung ging nach seinem Ausscheiden auf den Direktor über. Robert J. Siebenmorgen fungierte deshalb vom Herbst 1947 bis 1. Mai 1948 nicht als Abteilungsleiter, sondern als Chefkoordinator der Abteilung.[191] Er war als Fachmann für Küstenschiffahrt seit 1946 Branch Chief in Bremen und vertrat das Gebiet auch beim Häfen- und Küstenschiffahrtskomitee in Hamburg.[192] Große Verdienste um die bremischen Häfen erwarb sich Stanley A. Clem, der nach der Überführung des Hafenbetriebs in den Verantwortungsbereich der Militärregierung 1946 das Referat Port Operations und damit die fachliche Verantwortung übernahm.[193] Clem blieb bis 1951 in Bremen. Mit Hafensenator Hermann Apelt verband ihn persönliche Freundschaft.[194]

---

[183] General Orders Nr. 7 und 9, OMGBR, vom 14.9. und 30.11.1948 (6/69–2/1).
[184] Einrichtung zwischen dem 13.3. und 9.4.1947 (6/28–1/8).
[185] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 368.
[186] Organisationsplan in 6/28–3/6.
[187] Mitteilung von McGregor an Wasserstraßendirektion vom 25.5.1949 (StA Bremen 5,6-I.A.23).
[188] General Order Nr. 12, OMGBR, vom 30.6.1949 (6/69–2/1).
[189] Vgl. Organisationsplan vom 1.7.1949 (6/2–1/27).
[190] Vgl. OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 473; 6/83–2/5 (15.1.1946); General Order Nr. 2, OMGBR, vom 23.8.1946 (6/69–2/1). Er wurde zu OMGUS versetzt, vgl. OMGBR: Functional History 1.7.1947 – 30.9.1947, I, S. 1.
[191] Vgl. Organisationspläne in 6/67–1/21 und 6/1–1/23.
[192] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 368; StA Bremen 4, 116–11.
[193] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 368.
[194] So Apelt: Reden und Schriften, S. 280 ff. selbst 1958. Clem, geb. 8.3.1898 in Illinois, war väterlicherseits deutscher Abstammung, von Beruf Ingenieur; diente bei der britischen Flotte, kam

8. Arbeit (Manpower)

Der Labor Officer des Bremer Detachments war beim Einmarsch zunächst – wie geplant – dem Wirtschaftsreferat angegliedert.[195] Bereits im Juni 1945 erfolgte die Umsetzung in die Utilities & Labor Branch,[196] aus der nicht viel später eine eigene Labor Branch hervorging. Mehrfacher Personalwechsel begleitete die organisatorischen Veränderungen. Major Carlton K. Lewis war der erste Amtsinhaber; er wurde schon am 20. Mai 1945 nach Wesermünde versetzt und von dem Zivilbediensteten Emil Skarda abgelöst, der seinerseits am 25. Juni 1945 Major J. W. Marshall als Labor Officer Platz machte.[197] Dieser gab sein Amt am 29. August 1945 dann an Lt.Col. George R. Mursell ab, welcher mit einer kurzen Unterbrechung im Winter 1945/46 der verantwortliche Fachoffizier der Bremer Militärregierung bis 1949 blieb.[198]
Die Labor Branch, die im Januar 1946 neben dem Einsatz von Arbeitskräften, der Kontrolle der Arbeitsbedingungen und der Betreuung von Gewerkschaften und Betriebsräten auch für den Sozialversicherungsbereich zuständig war, wurde am 27. April 1946 mit der Housing Branch zur Manpower Division zusammengefaßt.[199] Die Abteilung verfügte Ende 1946 über 9 von 130, Ende 1947 über 7 von 119 Stellen für Amerikaner.[200] Sie schrumpfte in der ersten Jahreshälfte 1948 zusammen, bis nur noch der Abteilungsleiter übrig blieb und wurde zum 15. September 1948 aufgelöst.[201] Der Manpower & Housing Adviser teilte von da an das organisatorische Schicksal der Berater für Wirtschaft, Finanzen und Verkehr.[202]

9. Gesundheit und Wohlfahrt (Public Health & Welfare)

Die Verbindung von Gesundheits- und Wohlfahrtswesen in der Public Health & Welfare Branch ergab sich – anders als geplant – im Bremer Detachment bereits im Mai 1945.[203] Mit den Fachkräften der Briten und der 29. Infanteriedivision wurde enger Kontakt gepflegt, der zeitweise seinen Ausdruck in gemeinsamen wöchentlichen Seminaren zu gesundheitspolitischen Themen fand. Das medizinische Personal war der Militärregierung anfangs nur beigeordnet; es gehörte einer besonderen medizinischen Organisation mit Hauptquartier in Süddeutschland an. Dies wurde als Nachteil emp-

---

1945 nach Berlin, 1946 nach Bremen, wo er bis 1951 blieb; danach Dienst in Kaiserslauten und Livorno. 1953 für zwei Jahre im Holzhandel, dann zurück zur Armee. Starb am 16.3.1958 in Orléans.

195 OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 420; siehe OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 2. Zu den Aufgaben der Detachment-Arbeitsoffiziere allgemein siehe Fichter: Besatzungsmacht und Gewerkschaften, S. 96 ff.

196 Siehe OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 3.

197 OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 417 und 420 f.

198 Marshall hatte im Zivilberuf vier Jahre beim US Employment Service verbracht; er kam am 20.8.1945 nach Bremen, wurde zunächst für Bremen, dann für die ganze Enklave zuständig (OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 424); befristete Abordnung in die USA ca. Dezember 1945 - Februar 1946 (ebenda, S. 430).

199 Organisationsplan vom 15.1.1946 (6/83–2/5); Memo vom 27.4.1946 (6/43–2/21).

200 OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, I, S. 3; 6/67–1/21.

201 Vgl. Organisationsplan vom 15.7.1948 (6/67–2/1); General Order Nr. 7, OMGBR, vom 14.9.1948 (6/69–2/1).

202 Vgl. OMGUS-Hb, Bremen B 5, 6, und 7.

203 Vgl. Personalliste vom 31.5.1945 (6/105–1/4); siehe OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 3.

funden und mit dem Abkommen vom 10. Dezember 1945 korrigiert.[204] Der Organisationsplan vom 15. Januar 1946 weist dann ungefähr die Aufteilung in Public Health und DPs & Public Welfare auf, die die ursprüngliche Planung vorgesehen hatte.[205] Im Wohlfahrtsreferat waren zu dem Zeitpunkt auch die Sektionen Food und Housing angesiedelt. Ende Februar 1946 erhielt das Referat die Bezeichnung Civilian Services und schloß nun auch den Transportsektor mit ein.[206] Mit Wirkung vom 27. April – beide Bereiche waren inzwischen Abteilungen geworden – erfolgte eine Umstrukturierung, die Civilian Services ein neues Gesicht in Gestalt einer Verkehrsabteilung gab, während das Wohlfahrtswesen herausgenommen und wieder der Gesundheitsabteilung zugeschlagen wurde.[207] In dieser Zusammensetzung bestand die Public Health & Welfare Division bis zu ihrer Auflösung 1948.[208]

Beim Einmarsch in Bremen war Major Abraham Gelperin MC verantwortlicher Fachoffizier für Gesundheits- und Wohlfahrtswesen. Er schied am 4. Dezember 1945 aus dem Dienst. Sein Mitarbeiter John C. Sager SnC war bereits am 4. Mai zum Wesermünder Detachment beordert und durch Major John E. Merriken, Med. Adm. Corps, ersetzt worden. Als Sager im Januar 1946 andere Aufgaben erhielt, mußte Merriken vorübergehend das Gesundheitswesen in Bremen *und* Bremerhaven/Wesermünde beaufsichtigen.[209] Er blieb als verantwortlicher Fachoffizier für Bremen bis August 1946 im Amt.[210] Das Wohlfahrtswesen betreute nach Gelperin Major Rainwater, danach Capt. Kenneth R. Moul unter der Referatsleitung von Lt.Col. Golon B. Harris, der für DPs zuständig war.[211] Harris blieb Branch Chief nach der Erweiterung des Referats und der Umbenennung in Civilian Services, während das Wohlfahrtswesen nun von Lt. James R. Bartholomew betreut wurde.[212]

Die Abteilung für Gesundheit und Wohlfahrt war Ende 1946 mit fünf von 130 US-Stellen die kleinste der Bremer Militärregierung;[213] sie verbesserte sich zwar auf acht von 119 Stellen am Jahresende von 1947, doch OMGUS gab Ende Januar 1948 Programme zur Einschränkung der Aktivitäten in diesen Bereichen heraus.[214] Dr. med. John D. Winebrenner, der am 10. Oktober 1946 zum Abteilungsleiter ernannt worden war,[215] bezeichnete im April 1948 die Abteilung in ihrer Zusammensetzung als administrative Anomalie britischen Ursprungs und beantragte angesichts des bevorstehen-

---

[204] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 130 und 132.

[205] Siehe OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 2 und 4.

[206] Telefonverzeichnis der Bremer Militärregierung vom 1.3.1946, S. 11 f.

[207] Memo vom 27.4.1946 (6/43–2/21). Abweichend hiervon und zweifellos falsch datiert OMGBR: Functional History 1.7.1946–30.6.1947, I, S. 62 f. die Zusammenlegung der Bereiche in den Juli 1946; sie wird als Analogiebildung zur Geschäftsverteilung im Bremer Senat erläutert. Die DPs Branch war bereits am 15.4.1946 mit der Welfare Branch verschmolzen worden (OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 476).

[208] General Order Nr. 7, OMGBR, vom 14.9.1948 (6/69–2/1).

[209] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 130 ff.

[210] 6/42–3/22. Der Organisationsplan vom 15.1.1946 (6/83–2/5) nennt Capt. Oscar A. Nelson als Public Health Officer neben Merriken. Der Name taucht später nicht mehr auf.

[211] Ebenda und OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 156.

[212] Telefonverzeichnis vom 1.3.1946, S. 11. Die Darstellung in OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 156, nach der Bartholomew den Bereich erst im April 1946 übernahm, muß demnach irrig sein.

[213] OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, I, S. 3.

[214] 6/67–1/21; OMGBR: Functional History 1.1.1948 – 31.12.1948, I, S. 33.

[215] General Order Nr. 5, OMGBR, vom 10.10.1946 1946 (6/69–2/1) (dort versehentlich John *B.* Winebrenner); amtierte als Public Health Officer bereits im September 1946 (6/42–3/22).

den wie bereits vollzogenen Personalabbaus ihre Auflösung.[216] Dazu kam es dann erst mit Wirkung vom 20. Juli 1948,[217] wenngleich bereits Anfang Juni nur noch je eine Fachkraft für den Gesundheits- und Wohlfahrtsbereich den Restbestand der Abteilung ausgemacht hatten.[218] Winebrenner gab am 20. September 1948 sein Amt auf und kehrte in die USA zurück. Seine Stelle als Public Health Adviser nahm seine frühere Vertreterin, die Krankenschwester Olga B. Edwards ein, als Public Welfare Adviser fungierte Melba M. Foltz.[219] Beide Frauen arbeiteten zunächst im Rahmen der Governmental Affairs Division, dann der Public Affairs & Legal Division bis Ende Mai 1949. Zum 1. Juni wurden ihre Funktionen noch einmal auf andere Stellen der Bremer Militärregierung übertragen, zum 30. Juni 1949 schließlich wurden die Ämter des Public Health Adviser und Public Welfare Adviser in Bremen ganz aufgelöst.[220]

10. Bildung und Kultur (Education & Cultural Relations)

Das Organisationskonzept vom März 1945 hatte den Bereich Bildung, Wissenschaft und Kunst zusammen mit dem politischen Nachrichtendienst und der Berichterstattung über die Aktivitäten der Militärregierung dem Executive Officer zugeordnet – eine eigenartige Einteilung, die auch nicht zum Zuge kam.[221] Die stattdessen getroffene Regelung führte allerdings ebenfalls zu einer Aufgabenhäufung, die effektives Arbeiten in allen Bereichen praktisch unmöglich machte. Bildung wurde zusammen mit Religion, Kunst, Jugend und Sport Teil der Civil Administration Branch, die Capt. Erwin W. Bard leitete.[222] Bard, neben seinen vordringlichen Verpflichtungen in der Zivilverwaltung beim Aufbau eines neuen Bremer Senats für den gesamten Kulturbereich zuständig, konnte den überall anstehenden Problemen unmöglich gerecht werden.[223] Bei der Aufgliederung in Lokal- und Enklavenverwaltung im August 1945 blieb Bard beim Bremer Team, während auf höherer Ebene Major Harold H. Crabill die Belange von Zivilverwaltung und Kultur wahrnahm.[224] Er wurde auf amerikanischer Seite die prägende Gestalt im Bremer Bildungswesen der Nachkriegszeit. Crabill war im Zivilberuf Pädagoge.[225] Im November 1945 übernahm er das Erzie-

---

[216] Schreiben vom 12.4.1948 an Director, OMG Bremen (6/1–2/1).

[217] General Order Nr. 7, OMGBR, vom 14.9.1948 (6/69–2/1).

[218] Siehe Organisationsplan vom 1.6.1948 (6/67–1/21).

[219] OMGBR: Functional History 1.1.1948 – 31.12.1948, I, S. 33.

[220] General Order Nr. 7 und 9, OMGBR, vom 14.9. und 30.11.1948; Nr. 11 und 12, OMGBR, vom 27.5. und 30.6.1949 (6/69–2/1). Zum gesamten Komplex vgl. Britta im Sande: Gesundheits- und Sozialpolitik in Bremen unter amerikanischer Besatzung im Spiegel der Akten der Besatzungsbehörden 1945–1949, Hamburg 1991 (Ms. im StA Bremen).

[221] Siehe OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 2. Vgl. zum folgenden auch OMGUS-Hb, Bremen B 2.a.

[222] Aufstellung vom 1.6.1945 (6/105–1/4); OMGBR: Functional History 1.10.1945 – 10.12.1945, I, S. 43.

[223] OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 3 weist eine eigene Organisationseinheit aus für Education & Religion, Monuments & Arts, Historian (die Bereiche Jugend und Sport inbegriffen) – verantwortlich: Capt. Bard. Der ganze Komplex war für längere Zeit von Bard mit Hilfe eines einzigen Soldaten zu bewältigen (OMGBR: Functional History 1.10.1945 – 10.12.1945, I, S. 43).

[224] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 51 und 195.

[225] Nach Wulff: Im Jahrfünft, S. 20, geb. 1905, deutsche Vorfahren, mangelhafte deutsche Sprachkenntnisse. Schüler von J. Dewey und W. Kilpatrick. Wirkte „in seiner ein wenig quellenden leiblichen Fülligkeit ... wie ein wortkarger sizilianischer Taverne-Wirt". Im Zivil-

hungswesen und die Bereiche Jugend und Sport in Bremen auch auf lokaler Ebene und machte sich um die Beschaffung von Schulbüchern verdient.[226] Ende Dezember wurde er in dieser Funktion abgelöst und als Leiter der Information Branch eingesetzt, in der – beinahe so wie im März 1945 geplant – der Kultursektor zusammengefaßt war mit Jugendangelegenheiten, politischem Nachrichtendienst und der Berichterstattung in eigener Sache.[227] Bei der nächsten Reorganisation Ende Februar 1946 griff man jedoch auf die Konstellation des Vorjahres zurück und führte Zivilverwaltung und Kultur wieder zusammen in der Civil Government Branch, die in Abwesenheit von Crabill Capt. Joseph H. Baynard leitete.[228]
Ende März 1946 erfolgte die Umwandlung zur Abteilung, die nun Major John C. Sager führte, bis Crabill – inzwischen Lt.Col. – Anfang Mai zurückkehrte und die Leitung übernahm.[229] Die Abteilung bestand aus Education, Religious & Cultural Affairs Branch (Leitung: Capt. Carvel Busey),[230] City Administration Branch sowie History & Reports Branch.[231] Letztere fehlt auf dem Organisationsplan Ende November 1946.[232]

---

leben Lehrtätigkeit am Department of Education, Indiana University, besonders im Bereich visuelle Unterrichtsmittel; vgl. hierzu auch Clifton: Reform of Education, S. 143; Kennan: Memoirs, S. 438 erhielt vom amerikanischen Konsul in Bremen 1949 die Auskunft, Crabill sei Lehrer an einer High School in Indiana gewesen. Nach seiner Bremer Zeit kaufte Crabill eine Farm in Middletown, Virginia, wo er Wilhelm Kaisen auf dessen Amerikareise Anfang Mai 1950 beherbergte. Kaisen erwähnt den Besuch in seinen Erinnerungen (Meine Arbeit, S. 304) und schildert seine Eindrücke von der Farm, verliert jedoch über die Person Crabills, dessen unflexible Haltung in schulpolitischen Fragen er Kennan gegenüber beklagt hatte, kein weiteres Wort. Crabill, der von einer Rückkehr nach Bremen als Mitarbeiter der geplanten Internationalen Universität träumte, hatte mit dem Besuch Hoffnungen verknüpft, in dieser Sache voranzukommen, die sich nicht erfüllten; siehe Brief an W. Berger vom 28.5.1950 (StA Bremen 7,110 Nachlaß Berger Nr. 59). Der zitierte Brief läßt auch Distanz zu Jeffs und seinem Executive Officer Payette erkennen, die sicherlich keinen Wert darauf legen würden, ihn wieder bei sich zu sehen, sowie das Gefühl zunehmender Isolierung unter den Fachkollegen der Besatzungstruppe. Das aus der Zusammenarbeit in der Bremer Militärregierung erwachsene Freundschaftsverhältnis zu Wilhelm Berger (1901–1974; Lehrer, ab 1951 Schulrat in Bremen) ist zu diesem Zeitpunkt von Bewunderung für den Deutschen bestimmt. Laut Wulff: Im Jahrfünft, S. 21, war Crabill in Bremen ohne Berger nicht zu denken, der als Helfer, Berater und Dolmetscher fungierte. Crabill ging 1951–1953 zur Air Force, wo er Unterrichtsmaterialien und Lehrfilme herstellte, war danach zeitweise Versicherungsvertreter, 1957 dann Lehrer an einer High School in Dayton, Ohio, schließlich Dozent am dortigen Sinclair College (StA Bremen 7, 110–59 und 24).

226 OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 164 f.; Clifton: Reform of Education, S. 143.

227 Siehe OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 4.

228 Telefonverzeichnis vom 1.3.1946; in der Sektion für Erziehung erscheint als einer der beiden verantwortlichen Mitarbeiter Wilhelm Berger, der spätere Schulrat; siehe OMGUS-Hb, Bremen B, Anm. 225; Baynard wurde im Januar 1946 als Historian in der Information Branch geführt (6/83–2/5; vgl. auch OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 53).

229 Ebenda, S. 53 f.

230 In der Nachfolge Crabills seit Ende Dezember 1945 (OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 165, so auch Clifton: Reform of Education, S. 143); die auf dem Organisationsplan vom 15.1.1946 genannte Joan Packard (6/83–2/5) kann das Amt – wenn überhaupt – nur sehr kurze Zeit innegehabt haben. Busey schied am 1.11.1946 aus (OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, II, Appendix 1 b); Nachfolger wurde Dr. Ernest A. Flotow, siehe OMGUS-Hb, Bremen B.2, Anm. 62.

231 Vgl. Organisationsplan in 6/37–2/10.

232 Siehe OMGUS-Hb, Bremen A, Übersicht 5. Vermutlich wurde sie schlicht vergessen, denn es

Die beiden verbliebenen Referate verselbständigten sich am 7. Juni 1947 zu eigenen Abteilungen, wobei Crabill die Leitung der Education Division übertragen wurde.[233] Ihre Aufgabenstellung beschränkte sich auf den Kulturbereich, Jugend und Sport. Die Einrichtung dieser Fachabteilung in Bremen nahm eine Entwicklung vorweg, die sich in anderen Teilen der amerikanischen Zone erst im Frühjahr 1948 vollzog, nachdem von OMGUS am 18. Februar 1948 eine entsprechende Aufforderung ergangen war.[234] Im Sommer wurde auf allgemeine Anordnung der Zentrale die Überwachung des Theater- und Musiklebens von Information Control auf die Kulturabteilung übertragen, die sich in Bremen etwa seit der Zeit Education & Cultural Relations Division nannte.[235]

Von den großen Veränderungen im Herbst 1948 blieb die Abteilung unberührt. 1949 umfaßte sie noch Education Branch, Teacher Training Branch, Cultural Relations Branch und Group Activities Branch, wie sich das Referat für Jugendangelegenheiten mit etwas erweitertem Aufgabenfeld nun nannte,[236] und ungefähr in diesem Zustand erreichte sie das Ende der OMGUS-Periode – allerdings ohne ihren Abteilungsleiter. Harold H. Crabill hatte bereits am 6. Juli 1949 seinen Dienst in Bremen quittiert.

11. Wesermünde und Bremerhaven

Das Wesermünder Detachment G1C2 wurde zusammen mit der für Bremen bestimmten Einheit E2C2 am 27. Januar 1945 ins Leben gerufen und rückte gemeinsam mit ihr als Anhängsel des britischen 30. Corps nach Bremen ein. Der Angriff auf Wesermünde begann erst eine Woche nach der Besetzung Bremens. Eine Vorhut des Detachments sondierte am 7. Mai 1945 die Lage in der Stadt, am Tag darauf erfolgte die offizielle Übernahme der Regierungsverantwortung. Am 20. Mai ging die Verantwortung für die Sicherheit der Alliierten von den Briten auf die nachrückende 29. Infanteriedivision über.[237]

Unter dem Kommando von Major Raymond M. Davis standen anfangs insgesamt 26 Mann, von denen acht Offiziersrang hatten.[238] Ende Mai wurden die sieben Bereiche Property Control, Labor & Transportation, Economics & Public Utilities, Public Safety, Food & Supply, Legal und Displaced Persons betreut, wobei der Sicherheitsbereich

---

gab sie nach wie vor; Branch Chief war Thomas P. Headen, in Personalunion Abteilungsleiter von Information Control (vgl. Röpcke: Dienstberichte, S. 312), so daß ein Wechsel der Branch zur ICD anzunehmen ist.

[233] General Order Nr. 5, OMGBR, vom 7.6.1947 (6/69–2/1); Clifton: Reform of Education, S. 143.

[234] Auflösung der Internal Affairs & Communications Division und Einrichtung einer Education & Cultural Relations Division zum 1.3.1948 (General Order Nr. 6, OMGUS, vom 18.2.1948).

[235] Special Order Nr. 22, OMGUS, vom 23.6.1948; vgl. Organisationsplan vom 15.7.1948 (6/67–2/1) und vom 15.9.1948 (6/69–2/1).

[236] Vgl. Organisationspläne vom 1.3.1949 (6/58–1/19) und vom 1.7.1949 (6/2–1/27). Mitarbeiter in der Education Branch war 1949 Floyd Hines, früher Schulaufsichtsbeamter in Cambridge City, Indiana. Hines initiierte in seiner Heimat eine Spendenaktion für Bremen und stand in schriftlichem Kontakt zum Department of Education in Indianapolis und der University of Indiana, Bloomington, die auch in Reise- und Austauschprogrammen eine Rolle spielten (6/56–3/1). Crabill kam ja ebenfalls aus Indiana (siehe OMGUS-Hb, Bremen B, Anm. 225).

[237] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 9 ff.; vgl. OMGUS-Hb., Bremen A 1; zum ganzen Abschnitt vgl. Scheper: Bremerhaven, S. 345–406 (noch ohne Kenntnis der amerikanischen Überlieferung verfaßt).

[238] OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, II, Appendix 6, Namensliste.

als einziger mit zwei Offizieren besetzt war.[239] Personalverstärkungen ließen im Laufe des Sommers die Zahl der Offiziere auf 26 anwachsen.[240]
Anfangs war das Detachment für Stadt *und* Landkreis Wesermünde zuständig, doch zeigte sich schnell, daß das nicht zu bewältigen war. Erwünschte Entlastung brachte die Einrichtung des Detachments I10C2, das am 31. Mai den Landkreis übernahm, doch blieb in einigen Aufgabenbereichen (Public Health, Welfare, DPs, Finance, Property Control, Food) die erweiterte Zuständigkeit des Detachments G1C2 bis zur Übergabe des Landkreises an die britische Besatzungsverwaltung am 10. Dezember 1945 erhalten.[241]
Ferner ist zu beachten, daß der Hafenbetrieb und die Sicherung der Schiffahrtswege zunächst nicht im Aufgabenbereich der Militärregierung lagen, sondern von Spezialeinheiten im Bremen Port Command und der US-Navy besorgt wurden. Als im April 1946 der Hafenbetrieb in Bremen der Zuständigkeit der Militärregierung übertragen und wieder ganz in deutsche Hände gelegt wurde, verlegte die Hafentruppe 17th Major Port ihr Hauptquartier nach Bremerhaven. Das Bremen Port Command (BPC) wurde aufgelöst, Bremerhaven Port of Embarkation (BPE) trat die Nachfolge an. Ein Schwergewicht der Aufgaben dieses Stützpunktes lag bei der Abwicklung der Truppentransporte und des zivilen Personenverkehrs über See von der Columbuskaje aus, nachdem die Funktionen im Hafenbetrieb Bremerhavens bis Juli 1947 weitgehend an die deutsche Weserhafenbehörde abgegeben worden waren, die unter der Aufsicht der Bremer Militärregierung operierte:[242] BPE hatte dafür den Bereich Verpflegung und Versorgung der Militärregierung zusätzlich zu verwalten.[243]
Dem Bremerhavener Detachment brachte die Übernahme der Kontrolle des Hafenbetriebs keinen Kompetenzzuwachs, denn die verantwortlichen Offiziere blieben organisatorisch in die Bremer Transport bzw. Waterfront Division eingebunden.[244]
Ende Juni/Anfang Juli 1945 war dem Kommandeur des Bremer Detachments die in der Praxis schon vorher ausgeübte Befehlshoheit auch über die übrigen amerikanischen Detachments der Enklave offiziell zugesprochen worden.[245] Als Lt.Col. Luther S. Diggs am 7. August 1945 in Bremerhaven/Wesermünde das Kommando übernahm, war gerade die Aufteilung in Enklavenverwaltung und lokale Einheiten erfolgt.[246] Nach dem Abkommen vom 10. Dezember 1945 stand Diggs einem Office of Military Government for Stadtkreis Wesermünde & Bremerhaven vor, das 13 Fachreferate aufwies und mit 21 Offizieren besetzt war. Öffentliche Sicherheit und Fischerei waren mit vier bzw. drei Offizieren am besten ausgestattet. Vertreten wurde Diggs durch Lt.Col. Ernest H. Hicks, für Civil Administration zeichnete Lt. Arthur L. Ballin ver-

---

239 6/105–1/4.
240 OMGBR: Functional History 26.4.1945 – 30.9.1945, II, Appendix 1.
241 OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 15 und 72.
242 Vgl. OMGUS-Hb, Bremen B.7.
243 OMGBR: Functional History 1.7.1947 – 30.9.1947, I, S. 1.
244 Die Port Operations Branch, Transport Division, hatte seit November 1946 ein Büro in Bremerhaven, dem der Hafendirektor vorstand. Dieses Amt, dessen Bezeichnungen sich im Laufe der Zeit änderten, bekleidete von November 1946 bis Januar 1947 Major Richard H. Bagley, der spätere Executive Officer des Bremerhavener Detachments (6/109–1/2, April 1947), von Januar 1947 bis 1949 dann John M. Dekreon. Bei den für Hafen- und Wasserschutzpolizei zuständigen Offizieren verhielt es sich im Prinzip ebenso.
245 Vgl. OMGUS-Hb, Bremen, A 2.
246 OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 13 und 16.

antwortlich.[247] Bei der Ablösung von Lt.Col. Diggs als Befehlshaber des Bremerhavener Detachments am 19. Juli 1947[248] wies dieses nur noch die sechs Sektionen Public Safety, Legal, Civil Administration, Denazification, Manpower und Public Health & Welfare auf, von denen letztere überdies nicht mehr besetzt war.[249] Die übrigen waren in den vergangenen 18 Monaten in Fortfall geraten. Die Einheit hatte am 23. August 1946 die Bezeichnung Wesermünde Liaison Group erhalten[250] und war als Folge der Vereinigung von Bremerhaven und Wesermünde[251] am 28. Februar 1947 umbenannt worden zu Bremerhaven Liaison & Security Detachment,[252] eine Benennung, die sich als dauerhaft erwies. Abgelöst wurde Diggs von seinem bisherigen Vertreter, Lt.Col. Alfred L. Haig,[253] der allerdings im Dezember 1947 versetzt wurde. Lt.Col. Martin P. Wehling nahm am 15. Dezember 1947 zunächst kommissarisch, dann regulär ernannt seine Stelle ein.[254] Wehling war vorher für den Bereich Zivilverwaltung in Bremerhaven zuständig gewesen und zeichnete sich durch gute Deutschkenntnisse aus.[255] Auch er blieb nur kurze Zeit im Amt, bis er in die USA zurückbeordert wurde. Am 20. Februar 1948 übernahm Major Alexander F. Leith für ihn das Kommando.[256] Dieser blieb bis in den Sommer 1948. Das Bestreben, militärisches Personal durch ziviles zu ersetzen, brachte Edward E. Merone an seine Stelle,[257] der das Amt dann noch für ein gutes Jahr verwaltete.

Der Schrumpfungsprozeß des Detachments hatte 1948 drastische Formen angenommen. Waren Ende 1947 noch 13 US-Stellen für Bremerhaven ausgewiesen, von denen zwölf in den Bereichen Public Safety, Legal, Transport, Manpower und Denazification besetzt waren, so mußte Ed Merone ein Jahr später mit ein paar deutschen Mitarbeitern allein zurechtkommen.[258] Er wirkte praktisch nur noch als Verbindungsoffizier

---

[247] Organisationsplan vom 15.1.1946 (6/83–2/5). Hicks hatte vorher auf Enklavenebene den Bereich Transportation geleitet (6/22–1/22). Ballin war seit dem Einmarsch in Bremen dabei und feierte Ende April 1946 dessen Jahrestag (OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, II, Appendix 6; OMGBR: Functional History 27.4.1945 – 30.6.1946, I, S. 23). Er soll in Entnazifizierungsfragen besonders scharf und unerbittlich gewesen sein, was man damit erklärte, daß er aus Wien emigrierter Jude war (siehe Wilhelm: Bremerhaven, S. 38).

[248] Special Order Nr. 53, OMGBR, vom 19.7.1947 (6/2–3/5); das Ende seiner Dienstzeit stand bevor.

[249] Vgl. Organisationsplan vom 1.7.1947 (6/67–1/21).

[250] General Order Nr. 1, OMGBR, vom 23.8.1946 (6/69–2/1).

[251] Am 7.2.1947; zu territorialen Fragen siehe OMGUS-Hb, Bremen, A 4.

[252] General Order Nr. 1, OMGBR, vom 28.2.1947 (6/69–2/1).

[253] Seit dem 16.9.1946 bei der Bremer Militärregierung (OMGBR: Functional History 1.9.1946 – 31.12.1946, II, Appendix 1 b); in Bremerhaven für Economics zuständig, Staff Memo Nr. 12, 9.4.1947 (6/109–1/2).

[254] General Order Nr. 8, OMGBR, vom 15.12.1947 und Nr. 2, OMGBR, vom 22.1.1948 (6/69–2/1).

[255] Er leitete einen Deutschkurs für amerikanisches Personal, Staff Memos Nr. 12 und 13, April 1947 (6/109–1/2).

[256] General Order Nr. 3, OMGBR, vom 7.2.1948 (6/69–2/1); OMGBR: Functional History 1.1.1948 – 31.12.1948, I, S. 7.

[257] Ebenda, S. 8; Merone war vorher in der Industrial Management Branch der Bremer Economics Division tätig.

[258] Stellenplan vom 31.12.1947 (6/67–1/21); OMGBR: Functional History 1.1.1948 – 31.12.1948, I, S. 8 nennt demgegenüber – vermutlich irrig – nur acht Stellen für Ende 1947. Eine Stellungnahme des Direktors der Bremer Militärregierung zu möglichen Personaleinsparungen vom 6.1.1948 brachte höheren Orts eine Reduzierung des Bremerhavener Detachments in Vorschlag (5/354–2/35).

der Militärregierung zu den deutschen Behörden in Bremerhaven und dem Post Commander von Bremerhaven Port of Embarkation. Eine Aufgabenbeschreibung aus dem Sommer 1949 nennt als eigene Aktivität – dürftig genug – lediglich das Organisieren von Diskussionsveranstaltungen im Rahmen des Reorientation Program.[259] Im Spektrum der vielfältigen amerikanischen Einrichtungen in Bremerhaven spielte der offizielle Vertreter der Bremer Militärregierung 1949 eine eher unscheinbare Rolle.[260]

[259] General Order Nr. 12, OMGBR, vom 30.6.1949 (6/69–2/1).
[260] Vgl. BPE Telefonverzeichnis vom 1.8.1949.

C. Quellenbeschreibung

1. Die Akten der Bremer Militärregierung

Die Akten der amerikanischen Militärregierung in Bremen wurden im März 1951 als eine unter sechzehn Schiffsladungen mit OMGUS-Akten von Bremen in die Vereinigten Staaten verschifft.[1] In den vor der Verschiffung aufgestellten „shipping lists", die noch bis vor wenigen Jahren das einzige Findmittel zum Bestand darstellten, bilden die Bremer Akten das Shipment 6, das aus 125 Kisten bestand. Nachträglich hinzugekommene Akten wurden später dem OMGUS-Bestand als Shipment 17 angefügt. Auch unter diesen war Bremer Material, so daß zusammen 141 Kisten der Bremer Militärregierung 1953 im Records Center von Kansas City registriert wurden. Als man in den sechziger Jahren die Kisten nach Alexandria (Va.) verfrachtete und ihren Inhalt in kleinere Kartons umpackte, fehlte bereits ein Teil, der vermutlich einer recht willkürlichen Kassation in Kansas City zum Opfer gefallen ist.[2] Vom Bremer Bestand wurden 45 Kisten oder ca. 32% des Materials 1977/78 als fehlend festgestellt. Soweit die Verschiffungslisten erkennen lassen, handelt es sich dabei überwiegend um weniger wertvolle Teile der Überlieferung vor allem aus den Bereichen Interne Verwaltung, Wirtschaft, Transport, öffentliche Sicherheit, Zivilverwaltung und besonders Bremerhaven. 1977/78 nicht festgestellt wurden ferner die Entnazifizierungsakten, die von Bremen an das Document Center Darmstadt abgegeben worden waren (wie inzwischen bekannt wurde, handelt es sich bei ihnen ausschließlich um Einzelfallakten). Für die Beurteilung der Überlieferung ist die Beobachtung wichtig, daß die Bremer Akten bereits bei der Verschiffung nicht mehr vollständig waren. Neben der vorzeitigen Abgabe an zentrale Sammelstellen, wie sie bei den Entnazifizierungsakten nachweisbar ist, gab es auch den Versuch, wertloses Material (non-record material) auszusondern und zu vernichten.[3] Man darf getrost davon ausgehen, daß dabei Akten ins Altpapier wanderten, die Forscher heute gern zur Hand hätten. Andere wurden ausgesondert und zurückgehalten, weil sie noch für die Geschäfte des Landeskommissars benötigt wurden. Übrig blieben ca. 100 Regalmeter Akten in 287 records center boxes, die nach groben Schätzungen knapp 5% der erhaltenen Gesamtmenge von Record Group 260 OMGUS im Washington National Records Center Suitland (Md.) ausmachen.
Die Akten wurden im Rahmen des amerikanisch-deutschen OMGUS-Projektes[4] 1977/78 von Bremer Archivaren durchgesehen. Von den insgesamt 8127 Einzelakten wurden dabei 2161 (= 26,6%) zur Mikroverfilmung bestimmt. Da vielfach gerade die dickeren Bände wichtiges Material enthielten und deshalb zur Verfilmung kamen, dürfte tatsächlich allerdings mehr als 27% des Bremer Archivgutes im OMGUS-Bestand verfilmt worden sein. Die mikroverfilmten Akten stehen seit einigen Jahren in Form von Mikrofiches im Staatsarchiv Bremen der Nutzung durch die Forschung of-

---

[1] Vgl. zum folgenden vor allem Abschlußbericht über die Auslandstätigkeit bremischer Archivare im Rahmen des OMGUS-Projekts, 30.6.1978 (StA Bremen Reg.akte 731-01 Bd. 4).

[2] Dies ergaben Nachforschungen des amerikanischen Archivars James J. Hastings 1978, siehe StA Bremen Reg.akte 731-01 Bd. 4, Anlage 2.

[3] Siehe ebenda, Anlage 5, Memo des Landeskommisars vom 28.4.1950. Auf eine solche Vernichtungsaktion wies ein zufällig erhaltenes verschnürtes und laut Aufschrift zur Vernichtung bestimmtes Bündel von Schriftstücken der Food & Agriculture Branch aus dem Jahre 1946 – die übrigen Akten des Jahres 1946 dieser Provenienz fehlen.

[4] Siehe dazu J. Henke: Das amerikanisch-deutsche OMGUS-Projekt, Sp. 149 – 158.

fen.[5] Durch glückliche Umstände gelangte ferner ein vollständiger Satz der Bremer Functional Histories of Military Government im Original an das Archiv, deren beigegebene Fotos und teils farbige Grafiken sich dem Benutzer natürlich besser und vollständiger erschließen als über den Mikrofilm.[6]

Inhaltliche Schwerpunkte des Bestandes sind wie folgt zu skizzieren:

Eine zentrale Verschlußsachensammlung, die 1949 auf höhere Weisung angelegt wurde, ist bei den Akten des *Executive Officer* überliefert. In ihr finden sich als vertraulich und geheim eingestufte Vorgänge aus verschiedenen Abteilungen, die vor allem das politische Leben betreffen. Vorgänge aus dem nachrichtendienstlichen Bereich machen einen erheblichen Anteil aus. Die Sammlung muß bei jeder intensiveren Benutzung des Bestandes auf einschlägiges Material überprüft werden.

Bei der *Pressestelle*, der seit 1947 auch der Historian zugeordnet war, hat sich ein vollständiger Satz der schon genannten Functional Histories erhalten. Tages-, Wochen- und Monatsberichte, Staff Memos, Organisationspläne und Verwaltungsanweisungen finden sich bei der Abteilung für *Verwaltung* und *Personal*.

Die Akten der *Civil Administration Division* enthalten u. a. Material zu den politischen Parteien und ihren Aktivitäten sowie zur Durchführung der ersten Wahlen nach dem Kriege. Die Überwachung politischer Versammlungen fand hingegen ihren Niederschlag im Bereich *Public Safety*. Die lange Reihe der Überwachungsberichte gehört zu den wertvollsten Teilen des Bremer OMGUS-Bestandes. Weiterhin ist unter Public Safety Wiederaufbau und Überwachung von Feuerwehr und Polizei dokumentiert, auch Wasserschutzpolizei und Gefängnisverwaltung. Entwicklung und Überwachung von Presse, Rundfunk und Verlagswesen spiegelt sich in dem nicht sehr umfangreichen Aktenbestand der *Information Control Division*.[7] Die *Entnazifizierungsabteilung* hat vor allem Schriftgut zu prozeduralen Fragen, zur Entnazifizierungspolitik und solches statistischer Art hinterlassen. Zur Ergänzung müssen die Entnazifizierungsbetreffe der Fachabteilungen herangezogen werden, die für die praktische Durchführung in diesem Bereich verantwortlich waren.

Bei der *Legal Division* findet sich Material über allgemeine Rechts- und Verfassungsfragen des Landes Bremen, über Rechtsprechung, auch Strafvollzug. Bei der *Finance Division* ist – wenn auch nicht sehr umfangreiches – Quellenmaterial zur Überwachung der Banken, zur Währungsreform und den Besatzungskosten erhalten.

In der *Wirtschaftsabteilung* ist der Central File des Abteilungsleiters erhalten mit Material über Reparationen und Wiedergutmachung, Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei, Industrie und Handel, Bauwesen, Energieversorgung und auch zur allgemeinen Politik gegenüber dem Land Bremen. Weiter finden sich im Zusammenhang mit Reparationsleistungen spezifische Akten über die großen bremischen Industriebetriebe, insbesondere die Demontage der Deschimag (AG „Weser"), und im Ernährungssektor über die Lebensmittelrationierung und die Wiederaufnahme der Fischerei.

Aus der *Transport Division* sind vor allem überliefert der Central File des Abteilungsleiters mit Material zum Wiederaufbau der Häfen und zur Wiederzulassung von

---

[5] Ein weiterer Satz Mikrofiches befindet sich im Stadtarchiv Bremerhaven, im Institut für Zeitgeschichte, München, und eine Auswahl im Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschungen, Berlin.

[6] Ein weiterer, allerdings nicht ganz vollständiger Satz befindet sich beim europäischen Hauptquartier der US-Armee in Heidelberg; er wurde von Brandt (Antifaschismus und Arbeiterbewegung, S. 425) für seine Bremer Studie benutzt; vgl. Röpcke: Dienstberichte der Besatzungsmacht, S. 292 f.

[7] Vgl. Halefeldt: Akten der Amerikanischen Militärregierung.

Schiffahrt und Schiffbau, Akten der Port Operations Branch, die die für den Hafenbetrieb zuständige Weserhafenbehörde beaufsichtigte, und Akten der Marine Production & Control Branch, die Schiffbau und Werften kontrollierte. Angefügt sind Akten zur Binnen- und Küstenschiffahrt, zu Strom- und Hafenbau, die von der Weser River Field Organization und ihren Vorläufern herrühren.
Die Akten der *Manpower Division* ermöglichen Aussagen über Gewerkschaften und Betriebsräte, Bewirtschaftung des Arbeitsmarktes, Wohnungs- und Sozialversicherungswesen. Die *Public Health & Welfare Division* hat überwiegend Material zum Gesundheitswesen hinterlassen (Krankheiten, Ernährungslage, Entnazifizierung), im Wohlfahrtsbereich Akten über die Tätigkeiten des Jugendamtes und des Wohlfahrtsamtes sowie der Hilfsorganisationen CARE, CRALOG und Rotes Kreuz.
Im Bereich *Bildung* und *Kultur* sind nicht nur die Komplexe Schulverwaltung, Schulreform und das Bremer Universitätsprojekt reichhaltig dokumentiert, sondern es finden sich auch Akten über die Kirchen und Religionsgemeinschaften, Theater- und Musiküberwachung, sowie die Zulassung von Vereinen verschiedenster Art. Die Akten des Sachgebiets Jugend und Sport enthalten Material über Jugendförderungsprogramme, Jugendzeitschriften und Jugendclubs, darunter auch die Jugendgruppen politischer Organisationen.
Die Überlieferung des *Bremerhavener Detachments* enthält Akten fast aus dem gesamten Spektrum der Okkupationsverwaltung, vor allem betreffend Entnazifizierung, Aktivitäten von Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und Vereinen sowie Fischereisachen, doch auch Finanzangelegenheiten, Wohnraumbeschaffung, Jugendarbeit u. a.
Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die auf Mikrofilm in Deutschland zugänglichen Akten der amerikanischen Militärregierung in Bremen trotz der eingangs geschilderten Verluste und trotz des Umstands, daß die Überlieferung erst gegen Ende 1946 an Dichte gewinnt und bis in den Mai 1945 nur in einzelnen Strängen zurückreicht, eine bedeutsame Verbreiterung der Quellenbasis darstellen, auf der die Erforschung der unmittelbaren Nachkriegszeit aufzubauen hat. Ihre Ergänzung finden sie vor allem in der Überlieferung der deutschen Seite, aber auch in anderen amerikanischen und englischen Archivmaterialien.

2. Andere amerikanische und englische Archivquellen

Daß aus den Akten der regionalen Militärregierungen gewonnene Erkenntnisse durch die Überlieferung der OMGUS-Zentrale abzusichern und abzurunden sind, liegt auf der Hand. Besonders über die britisch-amerikanischen und inneramerikanischen Diskussionen um Statusfragen findet sich wertvolles Hintergrundmaterial, aber auch über organisatorischen Zuschnitt und Verantwortlichkeiten der Bremer Militärregierung 1945/46. Neben Einzelfunden in einigen Fachabteilungen haben sich die Akten des Adjutant General und des Political Adviser in diesen Fragen als ergiebig erwiesen. Gezielt ausgewertet wurden die zentralen Bestände hier insoweit, als sie mikroverfilmt im Institut für Zeitgeschichte, München, greifbar und durch einen Index erschlossen sind.
Von den Marinestützpunkten an der Unterweser und der 29. Infanteriedivision, die die Sicherheit in der Enklave 1945/46 zu gewährleisten hatte, ist bislang so gut wie keine Aktenüberlieferung festgestellt worden. Glücklicherweise fanden sich Akten des Bremer Hafenkommandos, darunter zwei voluminöse Tätigkeitsberichte für 1945, im Historical File der USFET-Akten in Suitland. Dort lagen auch einige nicht so ergiebige Aktenbände der Nachfolgeorganisation Bremerhaven Port of Embarkation und,

besonders reizvoll, der Bericht einer Untersuchungskommission, die im Juli 1945 die Zustände in Regierung und Verwaltung einer Prüfung unterzog. Mikrofilme dieser Akten befinden sich im Staatsarchiv Bremen.[8] Weitere Funde dieser Art sind keineswegs ausgeschlossen.

Im Anschluß an das OMGUS-Projekt wurden auch Nachkriegsakten des amerikanischen Konsulats in Bremen gesichtet, jedoch als zu unergiebig nicht zur Verfilmung vorgesehen. Aus dem Bestand Joint Chiefs of Staff wurden die Aktenbände herausgesucht und reproduziert, die sich mit der Frage der Bremer Enklave befassen. Sie sind ebenfalls im Staatsarchiv Bremen benutzbar.[9]

Gerade für die Jahre 1945 und 1946 wäre die englische Überlieferung für Bremen von großem Interesse. Leider ist eine endgültige Einschätzung dessen, was von dort zu erwarten ist, zur Zeit [1985] noch nicht möglich. Der Informationsbesuch eines deutschen Archivars im Public Record Office in Kew ergab im Juli 1983, daß eine Überlieferung militärischer Dienststellen, etwa des für Bremen wichtigen 30. Corps, ausgeschlossen werden kann. Außerdem seien praktisch keine Akten der lokalen Ebene (Stadt- bzw. Landkreise, Regierungsbezirke) erhalten geblieben. Die beim CCG/BE entstandenen Akten sind nach der Besatzungszeit vom Foreign Office übernommen worden, von wo sie nach und nach an das Public Record Office abgegeben werden. Diese Prozedur ist noch nicht abgeschlossen und wird wohl noch einige Jahre in Anspruch nehmen.[10] Unter den bereits im Public Record Office benutzbaren Akten befinden sich Bremen-Betreffe vorwiegend allgemeiner Art (Status der Enklave u. ä.) in den Control Commission Files, den Control Office Files und der politischen Korrespondenz des Foreign Office 1945. Der Zugang über das Stichwort „Bremen" erschließt allerdings nur einen Teil des vorhandenen Materials. Das übrige müßte durch systematische Aktendurchsicht in den einschlägigen Beständen mühsam ermittelt werden.[11]

3. Deutsche archivalische Überlieferung zur Bremer Besatzungsverwaltung

Der reichhaltigste und wichtigste Quellenbestand auf deutscher Seite ist die Registratur des Bremer Senats, die, über Krieg und Kriegsende hinweg kontinuierlich weitergeführt, ohne bedeutende Verluste an das Archiv gelangt ist.[12] Eine seinerzeit eigens eingerichtete Aktengruppe für den Komplex Zusammenbruch und Machtübernahme durch die Alliierten umfaßt allein 16 Regalmeter Akten; wieviel noch hinzukäme, wenn man das nach Sachbetreff abgelegte einschlägige Schriftgut zusammenzöge, läßt sich nicht einmal schätzen. Aufgrund von Aktenführung und Überlieferungsgeschichte ist die Senatsregistratur dort, wo sie Kontakte und Verhandlungen mit den Ameri-

---

[8] StA Bremen 16, 1/4.

[9] StA Bremen 16, 1/3.

[10] H. Romeyk: Bericht über den Informationsbesuch im Public Record Office in Kew (StA Bremen Reg.akte 731–15).

[11] Auskunft von Patricia M. Barnes, Deputy Keeper of Public Records, 26.9.1983 (StA Bremen Reg.akte 731–15). Ein seit 1987 laufendes spezielles Erschließungsprojekt soll den Zugriff für die deutsche Forschung wesentlich verbessern, siehe Schulze: Das Londoner CCG/BE-Projekt, Sp. 461 – 474.

[12] Bei Kriegsende verbrannt wurden lediglich die Geheimakten; hierzu und zum folgenden vgl. Übersicht über die Bestände des Staatsarchivs der Freien Hansestadt Bremen.

kanern dokumentiert, oft vollständiger und ergiebiger als die amerikanische Gegenüberlieferung. Die Senatsregistratur enthält für den in Frage stehenden Zeitraum auch die Ressortakten des Senators für Justiz und Verfassung.
Andere senatorische Behörden, die beachtliche Aktenbestände aus der Besatzungszeit an das Staatsarchiv abgegeben haben, sind der Senator für das Wohlfahrtswesen, der Senator für das Wohnungswesen, der Senator für das Bildungswesen, der Senator für Wirtschaft (dem die Landeswirtschaftsverwaltung bis 1950 unterstand), der Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr, der Senator für Finanzen und – eine zeitspezifische, kurzlebige Einrichtung – der Senator für politische Befreiung, dessen Ressortakten die umfangreiche Überlieferung der Entnazifizierungsbehörden beigegeben wurde. Als weitere Fachbehörden, von denen einschlägiges Quellenmaterial vorliegt, seien genannt das Landesernährungsamt, das Landesarbeitsamt, die Oberfinanzdirektion und die Wasser- und Schifffahrtsdirektion. Besonders eng waren die Beziehungen der Amerikaner zu den von ihnen für bestimmte Aufgaben eingerichteten Behörden wie dem Amt für Vermögenskontrolle und der Weserhafenbehörde, von denen Aktenbestände vorhanden sind.
Manche Ergänzung zu den Behördenakten findet sich in den Nachlässen der Bremer Bürgermeister und Senatoren Erich Vagts, Wilhelm Kaisen, Theodor Spitta,[13] Hermann Apelt und Adolf Ehlers, die das Staatsarchiv verwahrt. Von Interesse ist auch der Nachlaß Wilhelm Bergers, der zunächst in der Erziehungsabteilung der Militärregierung tätig war, um dann Leitungsfunktionen in der Bremer Schulverwaltung zu übernehmen.
Schließlich darf ein Hinweis auf die gut bestückten Plakat- und Bildsammlungen des Staatsarchivs in diesem Zusammenhang nicht fehlen. Teil der Sammlungen ist ein 50minütiger Dokumentarfilm „Bremen '45", der 1971/72 mit Hilfe britischer und amerikanischer Filmdokumente für das Fernsehen produziert wurde und in verschiedenen Episoden die Militärregierung thematisiert.[14] Die aus der eigenen beruflichen Tätigkeit erwachsene private Fotosammlung des Bremer Bildberichterstatters Georg Schmidt ist durch zahlreiche Einzelveröffentlichungen von Fotos und zuletzt zwei Bildbände bekannt geworden.[15] Sie bietet manche ergänzende Bilddokumentation.
Bei wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellungen bietet das Archiv der Bremer Handelskammer wertvolles Material, und kirchengeschichtliche Untersuchungen müssen sich mit auf das Archiv der Bremischen Evangelischen Kirche stützen.[16] Daß Arbeiten, die die Verhältnisse in Bremerhaven zum Gegenstand haben, auf den Beständen des dortigen Stadtarchivs aufbauen müssen, versteht sich von selbst.

---

[13] Der Nachlaß enthält auch die für die unmittelbaren Nachkriegsjahre wichtigen und schon vielfach zitierten Tagebücher Spittas, deren Edition nach langer Vorbereitungszeit nun vorliegt: Neuanfang auf Trümmern. Die Tagebücher des Bremer Bürgermeisters Theodor Spitta 1945–1947.

[14] Hersteller: Chronos-Film GmbH, Frankfurt. Ausstrahlung vorgesehen für den 18.4.1972 (StA Bremen Reg.akte 763–06/8/1 Bd. 1.)

[15] Schmidt: Bremen nach der Stunde Null; ders.: Als Bremen amerikanisch war.

[16] Ein erstes Beispiel dafür ist Crüsemann: Die Bremische Evangelische Kirche.

Office of Military Government for Berlin Sector

Von

Jürgen Wetzel

A. Historischer Überblick

1. Diplomatische und militärische Vorbereitungen für die Besetzung

Während der Konferenz in Moskau beschlossen am 3. Oktober 1943 die Außenminister der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Großbritanniens die Einsetzung der Europäischen Beratenden Kommission (European Advisory Commission [EAC]), die in London Pläne über die Behandlung Deutschlands nach der zu erwartenden Kapitulation und Besetzung ausarbeiten sollte. Das Arbeitsergebnis der Kommission, in der Spitzendiplomaten der alliierten Mächte saßen, fand seinen Niederschlag in dem am 12. September verabschiedeten und am 14. November 1944 ergänzten „Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Berlin".[1] Die Bestimmungen der Londoner Protokolle, denen Frankreich am 1. Mai 1945 beitrat, wurden am 11. Februar 1945 im Abkommen von Jalta und am 2. August im Abkommen von Potsdam sowie als Teil II und III der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 fast unverändert übernommen und bildeten die Grundlage für die Kontrolle und Verwaltung Deutschlands. Die Protokolle enthalten neben einer detaillierten Beschreibung der Aufteilung Deutschlands in drei Besatzungszonen und der Errichtung des Alliierten Kontrollrats eine Sonderregelung für Berlin.[2] Diese Sonderregelung für Berlin begründete den Viermächtestatus der Stadt.

Ebenso wie für das Reich sahen die Londoner Protokolle die Teilung Berlins in ein amerikanisches, britisches und sowjetisches Besatzungsgebiet vor. Die Teilungslinien innerhalb der Stadt richteten sich nach Bezirksgrenzen, wie sie durch das Gesetz über die Bildung der Einheitsgemeinde Berlin vom 27. April 1920 geschaffen worden waren. Die gemeinsame und einheitliche Verwaltung gewährleistete die Alliierte Kommandantur, die aus den von den Oberbefehlshabern der alliierten Streitkräfte ernannten Stadtkommandanten gebildet werden sollte. Die Kommandantur sollte an die Weisungen des Kontrollrats gebunden sein. Als Sitz der obersten alliierten Behörde für Deutschland behielt die Stadt den Charakter einer Regierungszentrale.

Nach mehrtägigem erbittertem Kampf kapitulierte Berlin am 2. Mai 1945 vor den Sowjets. Das kommunalpolitische Geschehen der nächsten Wochen wurde durch das Bestreben der Eroberer bestimmt, ihre politischen und administrativen Ziele vor dem vereinbarten Eintreffen der Westmächte in Berlin zu erreichen. Schon wenige Tage nach der Kapitulation setzten die Stadtteilkommandanten Bezirksbürgermeister ein, und Mitglieder der „Gruppe Ulbricht"[3] führten Gespräche mit dem sowjetischen Stadtkommandanten, Generaloberst Nikolaj E. Bersarin, über den Aufbau der Verwaltung und die Einsetzung eines neuen Magistrats. Am 14. Mai 1945 wurden die von Bersarin ausgewählten Magistratsmitglieder vom Militärgouverneur Marschall Georgij K. Shukow bestätigt, und am 20. Mai fand bereits die erste Sitzung unter Vorsitz von Oberbürgermeister Dr. Arthur Werner statt. Werner war früher Architekt gewesen und besaß keinerlei Verwaltungserfahrungen. Er diente den Sowjets als bür-

---

[1] Wortlaut der Protokolle in: Berlin. Quellen und Dokumente 1, S. 37 ff.

[2] Vgl. U. S. Headquarters Berlin District and Headquarters First Airborne Army: History and Report of Operations 8 May – 31 December 1945, Chapter I, S. 1 und Chapter IV, S. 1 f. (5/35–3/8–10); Herzfeld: Berlin in der Weltpolitik, S. 20 ff; Wetzlaugk: Die Alliierten in Berlin, S. 22 ff.

[3] Zur „Gruppe Ulbricht" vgl. Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, S. 334 ff.; Berlin. Kampf um Freiheit, S. 49; „Gruppe Ulbricht" in Berlin.

gerliche Galionsfigur. Im neuen Magistrat saßen zwar auch Vertreter demokratischer Parteien und parteilose Fachleute, die wichtigsten Ämter besetzten jedoch die Kommunisten. Sie fühlten sich den sowjetischen Zielen verpflichtet und behinderten den Aufbau einer nach demokratischen Grundsätzen ausgerichteten Verwaltung.[4]
Der neue Magistrat stand vor gewaltigen Aufgaben. Das Ausmaß der Zerstörungen war unvorstellbar; Berlin schien keine Zukunft mehr zu haben. Lucius D. Clay schreibt in seinen Memoiren, daß ihm die Freude über den Sieg durch den Anblick der Zerstörungen und der menschlichen Erniedrigung genommen worden sei.[5] Zur Sicherung der nackten Existenz begann jedoch allmählich der Aufbau. Zunächst hieß es, die völlig zusammengebrochene Lebensmittel- und Energieversorgung der noch von über drei Millionen Menschen bewohnten Stadt neu zu regeln, die Geschäfte wieder zu öffnen und den Strom der Flüchtlinge zu bewältigen. Die Straßen mußten vom Schutt geräumt und das Verkehrs- und Kommunikationsnetz aufgebaut werden. Wichtigste Maßnahme für die Organisation des politischen Lebens wurde die am 10. Juni 1945 durch Befehl Nr. 2 der sowjetischen Militäradministration erfolgte Zulassung der antifaschistischen Parteien, Gewerkschaften und Organisationen.[6] Damit waren Entscheidungen getroffen worden, die weiterwirkten und von den Westmächten übernommen wurden. Die negativen Auswirkungen wurden den Westalliierten erst im zweiten Besatzungsjahr voll bewußt.
Am 5. Juni 1945 kamen die Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungstruppen, Dwight D. Eisenhower, Bernard Montgomery und Jean-Joseph-Marie de Lattre de Tassigny, nach Berlin, um in einer feierlichen Zeremonie gemeinsam mit Georgij K. Shukow im Köpenicker Wendenschloß die von der Europäischen Beratenden Kommission ausgearbeitete Deklaration über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der höchsten Regierungsgewalt durch die alliierten Mächte zu unterzeichnen. Sie vereinbarten, daß die Alliierten in ihren jeweiligen Zonen die volle Souveränität erhalten und nur die Angelegenheiten, die Deutschland insgesamt betrafen, im Kontrollrat durch einstimmigen Beschluß der Oberbefehlshaber geregelt werden sollten. Die Amerikaner waren sich zu diesem Zeitpunkt nicht darüber im klaren, daß die Sowjets und die Franzosen durch das zugestandene Veto im Kontrollrat alle künftigen Anstrengungen zur gemeinsamen Regierung Deutschlands zunichte machen konnten. In mehreren, gleichzeitig unterzeichneten Dokumenten wurde die gemeiname Besetzung Berlins festgelegt, aber weder war der Zugang zur Stadt garantiert, noch wurden besondere Rechte über den Verkehr auf den Straßen, Schienen und Luftwegen formuliert. Die Amerikaner gingen davon aus, daß das Recht, in Berlin zu sein, auch den Anspruch auf Zugang einschloß.[7]
In einer weiteren Zusammenkunft der Stellvertretenden Militärgouverneure Clay und Ronald Weeks am 29. Juni 1945 mit Shukow wurde der Einzug der alliierten Streitkräfte in Berlin, den sowjetischen Wünschen entsprechend, auf den 1. bis 4. Juli festgelegt. Die Stärke der Besatzungstruppen sollte jeweils etwa 25 000 Mann betragen. Gleichzeitig sollten die Westmächte die von ihnen besetzten Gebiete Mitteldeutschlands räumen. Zum Erstaunen von Clay und Weeks lehnte Shukow die geforderten drei Eisenbahnlinien, zwei Landstraßen und den erforderlichen Luftraum für

---

[4] Vgl. Berlin. Kampf um Freiheit, S. 21 ff.; über die Aktivitäten der Sowjets nach dem 2. Mai vgl. Historical Report of the Operation of OMGBD 1 Juli 1945 – 30 June 1946, Vol. I, S. 5 ff. (5/35-2/1).
[5] Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 36.
[6] Vgl. Berlin. Kampf um Freiheit, S. 81.
[7] Vgl. ebenda, S. 75 f.; Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 35 ff. und 41.

den Zugang nach Berlin mit dem Hinweis ab, daß die Demobilisierung der sowjetischen Streitkräfte die verfügbaren Verkehrswege beanspruche. Sie mußten sich damit begnügen, für ihre Truppentransporte eine Fernstraße, eine Eisenbahnstrecke und zwei Luftkorridore zugewiesen zu bekommen. Ferner vereinbarten die Mächte, daß der Verkehr auf der Straße, auf den Schienen und in der Luft frei von Grenzkontrollen sein sollte. Über diese Vereinbarung wurde kein schriftliches Protokoll angefertigt. Clay hat es später als Fehler angesehen, den freien Zugang nach Berlin nicht als Bedingung für den amerikanischen Abzug aus Sachsen und Thüringen gestellt zu haben. Die wichtige Frage der Versorgung Berlins mit Lebensmitteln und Kohle blieb ungeklärt, und ihre Erörterung wurde auf das nächste Zusammentreffen verschoben.[8]

Während Clay nach Frankfurt zurückkehrte, blieb Generalmajor Floyd L. Parks, der zur amerikanischen Delegation gehörte und sich schon seit mehreren Tagen in Berlin befand, als Chef des Verbindungsstabes zurück. Er sollte als Stadtkommandant den Einzug der amerikanischen Truppen überwachen und sich um die Vorbereitung der Potsdamer Konferenz kümmern. In einer zweiten Begegnung am 30. Juni erarbeitete Parks gemeinsam mit dem stellvertretenden sowjetischen Militärgouverneur, General Wassilij Sokolowski, Einzelheiten über die Besetzung Berlins. Die für die Besetzung bestimmten amerikanischen Truppen und das Headquarters Berlin District mit dem Militärregierungsdetachment A1A1 warteten bereits in Halle auf den Befehl zum Vormarsch in die Stadt.[9]

Die Vorbereitungen für den militärischen und den zivilen Bereich der Besetzung Berlins waren von verschiedenen Stäben getroffen worden. Für die zivilen Angelegenheiten in den besetzen Gebieten hatte bereits 1943 in Amerika ein Trainingsprogramm begonnen, das in England intensiviert wurde. Als Grundlage dazu dienten Handbücher, die mit Hilfe deutscher Emigranten zusammengestellt worden waren. Seit der Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation bereiteten sich die Amerikaner und Briten darauf vor, nach Bildung einer Militärregierung die gesetzgebende, ausführende und richterliche Gewalt zu übernehmen.

Organisatorisch wurden die Zivilangelegenheiten der G-5 Abteilung, der European Civil Affairs Division des amerikanisch-britischen Generalstabs im Rahmen des Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces (SHAEF) zugeordnet. Innerhalb der G-5 Abteilung war das Civil Affairs Detachment mit dem Kode A1A1 für die Berliner Militärregierung vorgesehen.[10] Der formale Beginn war die Invasion in der Normandie im Juni 1944. Als Assistant Chief of Staff übernahm Oberst Frank L. Howley das Militärregierungsdetachment A1A1. Es war eine gemischt amerikanisch-britische Einheit mit französischen Verbindungsoffizieren. Howley begann seine Arbeit mit dreizehn amerikanischen Offizieren und dreißig Mann. Ab Dezember 1944 wurden die intensiven Vorbereitungen mit physischen Trainingsprogrammen, mit Kartenstudien und dem Interpretieren von Organisationsübersichten in Barbizon, einem Ort in der Nähe von Paris, fortgesetzt. Von Barbizon wurde die Einheit im April 1945 über Namur nach Gütersloh zum Hauptquartier der 9. Armee verlegt und von

---

[8] Vgl. ebenda, S. 40 ff.; Backer: Die deutschen Jahre, S. 37 ff.; Krieger: General Clay, S. 78 ff.; History of U. S. Headquarters Berlin District, Chapter III, S. 2 ff. (5/35–3/8–10).

[9] Vgl. ebenda, Chapter I, S. 22 f., Chapter II, S. 1 ff. und Chapter III, S. 4 f.; F. L. Parks: Report of Visit to Berlin, 24.6.1945 (Landesarchiv Berlin, Rep. 37, Nr. 73); Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 42.

[10] Vgl. Howley: Berlin Command, S. 17 ff.; Maginnis: Military Government Journal, S. XIII.

dort nach Bielefeld. Inzwischen war das Detachment auf 150 Offiziere und 200 Mann angewachsen.[11]

Für die militärische Besetzung Berlins war im Herbst 1944 ein amerikanisch-britischer Planungsstab zunächst in Jouey en Josas, dann in Versailles eingerichtet worden. Der Stab hatte den Kode Plans Group „G". Er sollte zum Headquarters Berlin District expandieren und so eingerichtet werden, daß die Trennung in einen amerikanischen und einen britischen Teil ohne Schwierigkeiten vorgenommen werden konnte.[12] Die von der Plans Group „G" ausgearbeiteten Pläne wurden am 1. Mai 1945 vom SHAEF-Hauptquartier gebilligt[13], und am 15. Mai trat der Befehl in Kraft, das U.S. Element von Headquarters Berlin District zu organisieren.[14] Die offizielle Trennung des amerikanischen und des britischen Elements erfolgte aber erst am 18. Juni 1945.[15]

Als Militärstreitkräfte hatte SHAEF für die Besetzung Berlins bereits im Frühjahr 1945 die First Allied Airborne Army ausgewählt, zu deren Kommandeur Generalmajor Floyd L. Parks am 3. Juni 1945 ernannt wurde.[16] Von Ende Mai bis Anfang Juni vereinigten sich die Plans Group „G" und das Military Government Detachment A1A1 mit den Truppen der First Airborne Army in Bielefeld und bildeten das Headquarters and Headquarters Command, Berlin District (U.S. Element).[17] Zum Chef von Headquarters Command wurde der stellvertretende Stabschef der First Airborne Army, Brigadegeneral Stuart Cutler, ernannt.[18]

Aus administrativen Gründen und um den Anteil der First Airborne Army an der Berliner Truppenführung zu würdigen, firmierte das Hauptquartier auf ausdrücklichen Wunsch von Parks' Vorgänger, General Lewis H. Bereton, in Zukunft als „U.S. Headquarters Berlin District and Headquarters First Airborne Army".[19] SHAEF übertrug dem U.S. Element der First Allied Airborne Army die Aufgaben:

1. das U.S. Hauptquartier Berlin District zu installieren,
2. die U.S. Militärregierung einzurichten und
3. die Exekution der Politik des Obersten Befehlshabers vorzunehmen.

Für diese Aufgaben standen Gerneral Parks fünf Generalstabs- und verschiedene Spezialabteilungen zur Verfügung. Zum Generalstabschef wurde Anfang Juni 1945 Brigadegeneral Paul L. Randson ernannt, der in der gleichen Funktion bisher bei der Plans Group „G" tätig war.[20]

---

[11] Vgl. OMGBD: Six Months Report 4 July 1945 – 3 January 1946, S. 7 (5/35-3/14); Howley: Berlin Command, S. 17 ff. und 24 ff.; ders.: Mein vierjähriger Krieg mit den Roten, 1. Artikel, S. 4 ff. (Landesarchiv Berlin, Rep. 200, Acc. 2549, Nr. 146).

[12] Vgl. History of U.S. Headquarters Berlin District, Chapter I, S. 4 (5/35–3/8–10).

[13] Ebenda, S. 5. Die von der Plans Group „G" ausgearbeiteten Pläne zur Okkupation sahen u. a. Maßnahmen für die Gewährleistung der Sicherheit, für die Errichtung von Nachrichtendiensten und Zensurbehörden, für die Truppenversorgung, für die Errichtung der Militärregierung und für die Organisation von U.S. Headquarters Berlin District vor.

[14] Ebenda, S. 2 und 6.

[15] SHAEF 16 June 1945: Disbandment of Headquarters, Berlin District as a Combined Headquarters (Landesarchiv Berlin, Rep. 37, Nr. 73); vgl. History of U.S. Headquarters Berlin District, Chapter I, S. 18 (5/35–3/8–10).

[16] Ebenda, S. 7.

[17] Ebenda, S. 13 ff.; vgl. Howley: Berlin Command, S. 26.

[18] History of U.S. Headquarters Berlin District, Chapter I, S. 10 (5/35–3/8–10); vgl. Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 68.

[19] History of U.S. Headquarters Berlin District, Chapter I, S. 6 und 18 (5/35–3/8–10).

[20] Ebenda, S. 7 f.

Jeder Generalstabsabteilung stand ein Assistant Chief of Staff vor. Oberst Howley leitete die den Kern der Militärregierung bildende G-5 Abteilung. Zu den Spezialabteilungen (Special Staff Sections) gehörten u. a. Einheiten für Informationskontrolle, Kampfstoffe und Pionieraufgaben, solche für das Nachrichtenwesen, die medizinische Betreuung und die Finanzen sowie für Quartierbeschaffung und die Feldpolizei. Anfang Juni 1945 bestand das Hauptquartier insgesamt aus rund 500 und das Headquarters Command aus rund 700 Mann. Hinzu kamen rund 1300 Mann der Diensteinheiten.[21] Vereinbarungsgemäß war für die Besetzung Berlins eine Truppenstärke von 25000 Mann vorgesehen. Davon ausgenommen waren die Stäbe des Hauptquartiers. Mehr als die Hälfte der Truppen, 16164 Mann, waren Kampfeinheiten, bestehend aus einer Panzerdivision, der Second Armored Division, einem Panzerzerstörer-Bataillon, einem Flugzeugabwehr-Bataillon, einer Kavallerie-Aufklärungstruppe und zwei Kavallerie-Aufklärungsschwadronen. Zu den Diensttruppen gehörten die Pionier-, Medizin-, Artillerie-, Quartierbeschaffungs-, Transport- und Nachrichteneinheiten von insgesamt 7813 Mann. Hinzu kamen verschiedene Einheiten wie Militärpolizei, Microfilm Team, Counter Intelligence Corps, Post- und Finanzwesen sowie die Militärseelsorger mit insgesamt 1314 Mann.[22] Mitte Juni erhielt das Hauptquartier von General Parks den Befehl, mit den Truppen nach Halle vorzurücken und dort den Einmarsch in Berlin vorzubereiten.[23]

2. Besetzung und Etablierung der Truppenverwaltung

Nach schwierigen Verhandlungen mit den Sowjets konnte von Halle aus eine Aufklärungseinheit mit 37 Offizieren, 175 Mann und 50 Fahrzeugen unter Führung von Oberst Howley am 23. Juni 1945 die Elbe überqueren und streng bewacht noch am gleichen Tag Babelsberg erreichen. Dort wurden die Amerikaner wie Gefangene behandelt und durften nicht weiter nach Berlin ziehen. Der feste Glaube an eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit den Sowjets bei der Besetzung und Verwaltung der Reichshauptstadt wurde zum ersten Mal erschüttert. General Parks entschied am 28. Juni 1945, den Konvoi zum Hauptquartier nach Halle zurückzuschicken und das formelle Öffnen der Stadt abzuwarten.[24] Nach der Konferenz mit Shukow am 29. Juni 1945 wurde der Einzug der amerikanisch-britischen Truppen auf den 1. bis 4. Juli 1945 festgelegt. Am 30. Juni erging der Befehl zum Vormarsch. Zu den ersten Einheiten von rund 2000 Mann mit 434 Fahrzeugen, die am 1. Juli 1945 nach Berlin aufbrachen,

---

[21] Ebenda, S. 18 und 21.

[22] Ebenda, S. 11 f.; vgl. Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 39.

[23] History of U.S. Headquarters Berlin District, Chapter I, S. 18 und 21 ff. (5/35–3/8–10); Howley: Berlin Command, S. 26.

[24] Eine ausführliche Darstellung der Ereignisse vom 23. Juni bis zum 6. Juli 1945 enthält: U.S. Headquarters Berlin District: Summary of Events 23 June – 6 July 1945 (Landesarchiv Berlin, Rep. 37, Nr. 73). Vgl. auch History of U.S. Headquarters Berlin District, Chapter III, S. 6 ff. (5/35–3/8–10); Howley: Berlin Command, S. 27 ff.; Howley schrieb in OMGBD: Six Months Report 4 July 1945 – 3 January 1946, S. 8 (5/35–3/14): „Our feeling was so intense that the expression was current that it would be much easier to fight our way to Berlin than to get along with the Russians. At the end of 3 days I returned with the other Military Government Officers to Halle, convinced that we would never be sent to Berlin for any Military Government work." Maginnis: Military Government Journal, S. 253 ff. In Babelsberg erhielten Howley und Maginnis am 26.6.1945 die Genehmigung, den Flughafen Tempelhof zu besichtigen; Krieger: General Clay, S. 82 f.

gehörten auch 85 Offiziere und 136 Mann des Detachments A1A1 der Civil Affairs Division (G-5) des U.S. Hauptquartiers Berlin District.[25] Noch am gleichen Tag erreichten sie die Stadt. Da wegen des sowjetischen Einspruchs keine Vorausabteilung für Quartiere hatte sorgen können, mußten die Amerikaner spät abends Zelte im Grunewald aufschlagen.[26] Das war, so kommentierte Oberst John J. Maginnis diesen Vorgang, der in der Geschichte unzweifelhaft deprimierendste Einzug einer erobernden Macht in die Hauptstadt einer geschlagenen Nation.[27]

Noch am gleichen Abend erstattete Howley General Parks in Babelsberg[28] Bericht und sah darin den Beginn der amerikanischen Militärregierung in Berlin.[29] Am darauffolgenden Tag, am 2. Juli 1945, vereinbarten General Parks und Oberst Howley in einer Besprechung mit dem sowjetischen Stadtkommandanten, General Alexander W. Gorbatow, die Übernahme des amerikanischen Sektors durch das Military Government Detachment für den 4. Juli 1945 um 24 Uhr.[30] Vorher sollten die für die Verwaltungsbezirke vorgesehenen Kommandanten Kontakte mit ihren sowjetischen Kollegen aufnehmen. Am 2. Juli wurde der Flugplatz Tempelhof übernommen, und am gleichen Tag erreichten die ersten amerikanischen Flugzeuge Berlin.[31] Die Masse der Zweiten Panzerdivision und die übrigen Truppen folgten vom 3. bis 6. Juli 1945. Am 7. Juli konnte das Hauptquartier in Halle geschlossen werden. Gleichzeitig mit den amerikanischen Truppen zogen britische Einheiten und kleine französische Detachments ein.[32] Das Hauptquartier eröffneten die Amerikaner in den Gebäuden des ehemaligen Luftgaukommandos III an der Dahlemer Kronprinzenallee. Dieses Quartier wurde jedoch von der am 2. Juli 1945 nach Berlin gekommenen Vorausabteilung der US-Gruppe des Kontrollrates beansprucht.[33]

Die Kontrollratsgruppe, die im Mai 1945 von Versailles nach Höchst verlegt worden war, unterstand dem Stellvertretenden Militärgouverneur und Stellvertretenden Stabschef der amerikanischen Truppen in Europa, General Lucius D. Clay. Aus der Kontrollratsgruppe entwickelte sich das Office of Military Government United States (OMGUS), das im Oktober 1945 seinen Hauptsitz im Gebäude des ehemaligen Luft-

---

[25] History of U.S. Headquarters Berlin District, Chapter III, S. 8 (5/35-3/8-10); OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. I, S. 21 (5/35-2/1); Maginnis: Military Government Journal, S. 260f.

[26] Vgl. History of U.S. Headquarters Berlin District, Chapter III, S. 9 (5/35-3/8-10); OMGBD: Six Months Report 4 July 1945 - 3 January 1946, S. 8 (5/35-3/14); Howley: Berlin Command, S. 44, ders.: Mein vierjähriger Kampf mit den Roten, 2. Artikel, S. 2 (Landesarchiv Berlin, Rep. 200, Acc. 2549, Nr. 146).

[27] Maginnis: Military Government Journal, S. 261.

[28] In Babelsberg bereitete General Parks mit Teilen des Headquarters Berlin District die Potsdamer Konferenz vor. History of U.S. Headquarters Berlin District, Chapter II: The Big Three Conference, S. 1 ff. (5/35-3/8-10).

[29] OMGBD: Six Months Report 4 July 1945 – 3 January 1946, S. 8 (5/35-3/14).

[30] Die Besprechung fand im sowjetischen Hauptquartier Karlshorst statt. Außer Parks, Howley und Alexander Gorbatow nahmen auch die britischen Generale Lyon und William R. Hinde sowie der sowjetische General Alexandr Barinow teil. Es wurden auch Vereinbarungen über die Zeremonie am 4. Juli getroffen. OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. I, S. 22f. (3/35-2/1); vgl. Howley: Berlin Command, S. 45.

[31] OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. I, S. 23 (3/35-2/1); History of U. S. Headquarters Berlin District, Chapter III, S. 4 (5/35-3/8-10).

[32] Ebenda, S. 9. Die französische Vorausabteilung landete am 2. Juli 1945 in Gatow. Vgl. U.S. Headquarters: Summary of Events, S. 7 (Landesarchiv Berlin, Rep. 37, Nr. 73); Berlin Command OMGUS: History of Activities 1 November 1946 – 30 June 1947, S. 4 ff. (5/35-3/6).

[33] History of U.S. Headquarters Berlin District, Chapter III, S. 12f. (5/35-3/8-10).

gaukommandos III errichtete.[34] Die Truppenführung wich nach Lichterfelde aus und schlug ihr Hauptquartier im ehemaligen Telefunkengebäude am Vierten Ring auf. In einer kurzen Zeremonie auf dem Kasernengelände an der Finckensteinallee, wo Teile der Mannschaften untergebracht waren, wurde am 4. Juli 1945, dem amerikanischen Nationalfeiertag, in Anwesenheit der Generäle Omar Bradley und Clay die Flagge aufgezogen und damit die Übernahme der Verantwortung in Berlin bekundet.[35] Wie Bremen bildete Berlin einen eigenen Kommandobezirk unmittelbar unter dem Oberbefehlshaber. Dieser übertrug das Kommando General Clay, der damit eine Doppelfunktion ausübte.[36]

Der Kern der Besatzungstruppen bestand zunächst aus der 2. Panzerdivision der First Airborne Army. Wegen der geringen Zahl an Fußtruppen für die notwendigen Patrouillen- und Bewachungspflichten bat General Parks das U.S. Oberkommando um die Entsendung einer Infanteriedivision. Das Oberkommando entschied sich für die 82. Luftwaffendivision, die am 10. August die 2. Panzerdivision ablöste. Sie eignete sich hervorragend für Säuberungsaktionen und für die Wiederherstellung der Ordnung. Der aus ihren Reihen gebildeten Militärpolizei kam in den ersten Monaten eine ganz besondere Bedeutung zu, da noch ständig Übergriffe sowjetischer Soldaten auf die Westsektoren erfolgten. Die deutsche Polizei war noch unbewaffnet und durfte sich nicht um Angehörige der alliierten Streitkräfte kümmern.[37]

Die Konsolidierung der Truppen litt in den nächsten Wochen und Monaten unter der ständigen Verringerung, die schneller erfolgte als militärische Einheiten neu organisiert werden konnten. Um aber die militärischen Anlagen, die Vorräte, die Eisenbahntransporte und die Internierungslager besser schützen zu können, wurde im Januar 1946 unter General Ernest Harmon eine besondere Einheit (Constabulary) für Polizei- und Bewachungsaufgaben gebildet, deren 16. Schwadron im Frühjahr 1946 auch in Berlin eingesetzt wurde.[38]

Bei der Übernahme der Regierungsgewalt in dem für die Amerikaner vorgesehenen Sektor gab es einige Komplikationen. Kurz vor dem vereinbarten Termin, am Nachmittag des 4. Juli 1945, ließ Marshall Shukow General Parks mitteilen, daß die Übergabe erst nach Einsetzung der Alliierten Kommandantur erfolgen könne.[39] Die Amerikaner waren überzeugt, daß die Sowjets für die weitere Ausplünderung der

---

[34] Ebenda, S. 13; Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 22 f., S. 42 und 47 f.

[35] Vgl. History of U.S. Headquarters Berlin District, Chapter III, S. 13 (5/35-3/8-10); U.S. Headquarters Berlin District: Summary of Events, S. 9 (Landesarchiv Berlin Rep. 37, Nr. 73), Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 42. Während der Zeremonie verlas der stellvertretende sowjetische Stadtkommandant Barinow eine Botschaft Shukows, in der dieser in verletzender Weise den Sieg über die Deutschen allein den Sowjets zuschrieb. Vgl. Howley: Berlin Command, S. 47 f. – In der Finckensteinallee befand sich die ehemalige Kadettenanstalt. Während des Krieges war dort die SS Leibstandarte Adolf Hitler untergebracht. Die Amerikaner nannten das Kasernengelände nach Generalleutnant Frank M. Andrews „Andrews Barracks", das ehemalige Telefunkengelände nach General McNair „McNair Barracks".

[36] Vgl. Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 68, 78 und 257.

[37] Vgl. Berlin Command OMGUS: History of Activities 1 November 1946 – 30 June 1947, S. 5 f. (5/35-3/6). Die 82nd Airborne Division wurde am 1. November 1945 von der 78th Lightning Infantry Division abgelöst und diese im Frühjahr 1946 von der 3rd Infantry und der 16th Constabulary Squadron. Vgl. auch Maginnis: Military Government Journal, S. 283; Howley: Berlin Command, S. 64 f.; Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 160.

[38] Ebenda, S. 82 und 287.

[39] Vgl. OMGBD Historical Report 1945/46, Vol. I, S. 24 (5/35-2/1); OMGBD: Six Months Report 4 July 1945 – 3 January 1946, S. 8 (5/35-3/14); Howley: Berlin Command, S. 48.

Westsektoren Zeit gewinnen wollten. General Parks gab deshalb den Befehl, die Regierungsgewalt, wie vorgesehen, am 5. Juli 1945 morgens zu übernehmen. Schwierigkeiten sollten jedoch vermieden werden. Die Kommandanten zogen mit ihren Detachments in die Rathäuser der Bezirke Kreuzberg, Neukölln, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof und Zehlendorf, nahmen Kontakt mit den Bürgermeistern auf und befahlen ihnen, von nun an nur noch Anweisungen der Amerikaner entgegenzunehmen. Sie hißten die amerikanische Flagge und richteten ihre Stäbe ein, die aus fünf Militäroffizieren und etwa sechs Mann bestanden. Als die Sowjets am späten Vormittag in den Rathäusern erschienen, war die amerikanische Militärregierung bereits etabliert. Durch heftige Proteste ungerührt, setzten die Amerikaner ihre Arbeit fort. Es bedeutete eine große Belastung für die Bürgermeister, daß für wenige Tage in den Bezirken zwei Besatzungsregierungen bestanden. Erst am 12. Juli 1945, nach Einsetzung der Alliierten Kommandantur, zogen die Sowjets ihre Stäbe ab.[40]

In Lichterfelde, im Telefunkenhaus, errichteten die Amerikaner die Militärregierung. Sie war als G-5 Abteilung noch Teil des Generalstabes des Headquarters Berlin District. Als kommandierender General der in Berlin stationierten Truppen und als Stadtkommandant war General Floyd L. Parks sowohl für die militärischen als auch für die zivilen Angelegenheiten zuständig. Er war der U. S. Vertreter in der Alliierten Kommandantur sowie Assistant Deputy Military Governor of Germany.[41] Parks hatte die schwierige Aufgabe, die Truppen nach Berlin zu führen und die Militärregierung zu etablieren, zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten gelöst. Großes Lob erhielt er von Präsident Harry S. Truman auch für die hervorragend gelungene technische Abwicklung des amerikanischen Anteils an der Organisation der Potsdamer Konferenz, für die er mit dem Stab der First Airborne Army verantwortlich war.[42]

Als Chef der G-5 Abteilung war Oberst Howley unmittelbar für die Militärregierung zuständig. Er war gleichzeitig der Vertreter des Stadtkommandanten in der Alliierten Kommandantur. Howleys Büro waren die für die zivile Verwaltung des amerikanischen Sektors eingerichteten 15 Abteilungen und sechs Verwaltungsbezirkskommandanturen nachgeordnet.[43] Mit diesen Behörden verwalteten die Amerikaner ihren Sektor und nahmen an der Regierungsgewalt für Gesamtberlin teil. Im offiziellen Sprachgebrauch war ihre Militärregierung nur das U. S. Element der Alliierten Kommandantur.[44]

---

[40] Über die Besetzung der Bezirke vgl. OMGBD: Historical Report 1945/46, S. 24 f. (5/35-2/1); Maginnis: Military Government Journal, S. 265; Howley: Berlin Command, S. 49 f.; Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 46.

[41] Vgl. ebenda, S. 68; Berlin Command OMGUS: History of Activities, S. 5 (5/35-3/6).

[42] Vgl. Truman an Parks, 25. Juli 1945. History of U. S. Headquarters Berlin District, Chapter II (5/35-3/8-10).

[43] Die Militärregierung richtete folgende Abteilungen ein: 1. Legal, 2. Intelligence, Monuments and Fine Arts, 3. Communications, 4. Public Works and Utilities, 5. Fiscal and Property Control, 6. Economic Affairs, 7. Trade and Industry, 8. Food and Agriculture, 9. Labor, 10. Fuel, 11. Transportation, 12. Public Safety and Special Branch, 13. Displaced Persons and Welfare, 14. Public Health, 15. Education and Religious Affairs. Vgl. OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. I, S. 26 (5/35-2/1).

[44] Für die Kommandantur benutzten die Alliierten die russische Bezeichnung Kommandatura.

3. Errichtung der Alliierten Kommandantur Berlin

Nachdem sich die Amerikaner in ihrem Sektor eingerichtet hatten, trafen am 7. Juli 1945 Clay und Weeks zu einer weiteren Sitzung mit Shukow zusammen, auf der sie sich – entsprechend den von der Europäischen Beratenden Kommission ausgearbeiteten Plänen – über die Errichtung der Alliierten Kommandantur als der obersten Verwaltungsinstanz Berlins einigten.[45] An der Sitzung nahmen auch Parks und Howley teil. Deren Vorschlag, in jedem Sektor eine separate Militärregierung einzurichten, fand nicht die Zustimmung Clays. Er wollte an der vereinbarten Viermächteregierung festhalten. Nur Angelegenheiten auf Sektorenebene sollten von den Kommandanten allein entschieden werden.[46] Die Alliierten vereinbarten, daß am Tage des ersten Kommandanturtreffens jeder Kommandant die Verantwortung in seinem Sektor übernehmen sollte.

Im übrigen sollten aber der Verkehr und die Verbindungen zwischen den einzelnen Sektoren uneingeschränkt bestehenbleiben. Bei allen Besprechungen mit den Sowjets im Juni und Juli 1945 bemühten sich die Amerikaner um großes Entgegenkommen. Sie wollten das sowjetische Mißtrauen beseitigen und eine gegenseitige Verständigung schaffen, die für die Viermächteregierung erforderlich war. Eisenhower und Clay ließen sich immer wieder von der Liebenswürdigkeit Shukows und Sokolowskis beeindrucken. Das Streben nach Verständigung, schreibt Clay, habe die Amerikaner zu Kompromissen verleitet, die die wirklichen Streitfragen nur vertagten.[47] Auf der dritten gemeinsamen Konferenz, am 10. Juli 1945, wurde die Bildung der Alliierten Kommandantur bestätigt, und am 11. Juli trafen die Stadtkommandanten Gorbatow (UdSSR), Lyne (UK) und Parks (USA) zu ihrer ersten Sitzung im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Mitte zusammen.[48] Zwar waren die Franzosen mit kleinen Abteilungen zusammen mit den Amerikanern Anfang Juli 1945 in Berlin eingezogen, doch war ihnen noch kein Sektor zugeteilt worden. Ihr Vertreter, General Geoffroy M. du Bois de Beauchêsne, nahm deshalb zunächst nur als Beobachter, erst von der 4. Sitzung (1. August 1945) an als gleichberechtigtes Mitglied teil.

Neben den Kommandanten versammelten sich auch ihre Vertreter General Nikolai Barinow (UdSSR), General William R. Hinde (UK) und Oberst Howley (USA). Sie waren für die Militärregierung unmittelbar verantwortlich. General Gorbatow leitete

---

[45] Vgl. Resolution of the Conference of the Representatives of the Allied Commands on the joint Administration of Berlin, 7 July 1945 (4/133–2/8). An der Sitzung nahmen Lucius D. Clay, Robert Murphy, Floyd L. Parks, Frank L. Howley (USA), Ronald Weeks, Percival Mills (UK), Georgij K. Shukow, Wassilij Sokolowski, Alexander B. Gorbatow und Alexandr Barinow (UdSSR) teil. Die Amerikaner gingen nach Auskunft Howleys völlig unvorbereitet in diese Sitzung. Vgl. Howley: Berlin Command, S. 54f.; Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 42ff.; Wetzlaugk: Die Alliierten in Berlin, S. 34f.; OMGBD: Historical Report 1945/46, S. 46ff. (5/36–2/1).

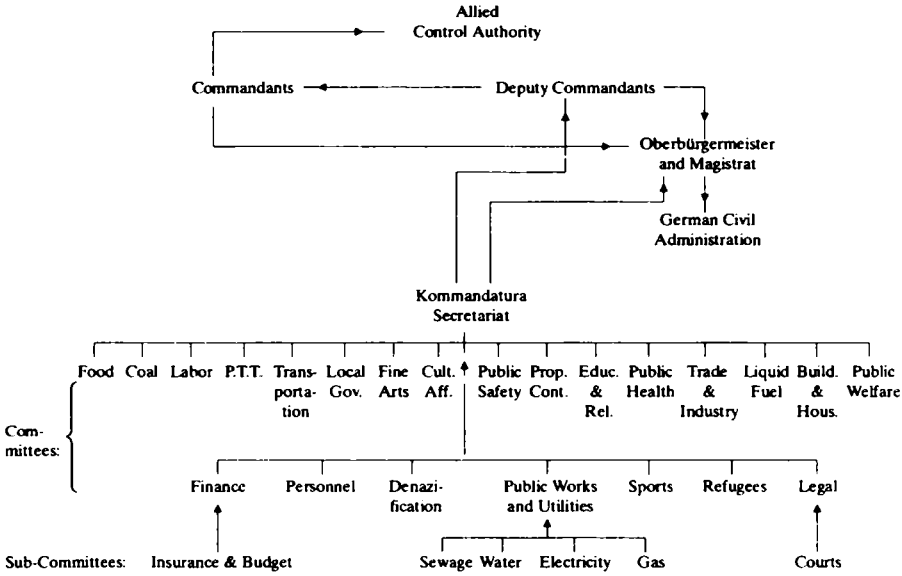
[46] Vgl. ebenda, S. 47; Howley: Berlin Command, S. 54; Krieger: General Clay, S. 82f.; Backer: Die deutschen Jahre, S. 40ff.

[47] Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 44; Backer: Die deutschen Jahre, S. 38, 106f., 111 und 153; Howley: Mein vierjähriger Kampf mit den Roten, 1. Artikel, S. 2 (Landesarchiv Berlin, Rep. 200, Acc. 2549, Nr. 146).

[48] Vgl. Sitzungsprotokoll vom 11. Juli 1945 (5/35–3/3). An der Sitzung nahmen auch Howley, Mills, Barinow, William H. Draper und William R. Hinde teil. Vgl. das Telegramm Parks an Washington über die erste Kommandantursitzung, 12. Juli 1945 (4/35–3/1); OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. I, S. 48ff. (5/35–2/1); OMGBD: Six Months Report 4 July 1945 – 3 January 1946, S. 14 (5/35–3/14).

die Sitzung. Vereinbarungsgemäß sollte am Ersten und Sechzehnten jeden Monats der Vorsitz wechseln. Dieses Prinzip wurde jedoch schon am 9. August 1945 aufgegeben. Seitdem wechselte der Vorsitz jeden Monat.[49]
Die Kommandanten regelten organisatorische Fragen und beschlossen, daß alle von den Sowjets nach der Kapitulation erlassenen Anordnungen für Berlin bestehenbleiben sollten. Damit wollten die Besatzungsmächte Geschlossenheit gegenüber der deutschen Bevölkerung demonstrieren. Für alle weiteren zu erlassenden Anordnungen oder bei der Änderung der bestehenden wurde Einstimmigkeit vereinbart. Gleichzeitig kündigten die Sowjets ihren Rückzug aus den Bezirken an.[50]

Übersicht 1: Alliierte Kommandantur Berlin, 1. Dezember 1945



Während der zweiten Sitzung am 18. Juli 1945 bestimmten die Kommandanten, auf Empfehlung der Amerikaner, das Gebäude des Verbandes der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten in der Dahlemer Kaiserswerther Straße zum Amtssitz der Kommandantur.[51] Dort fanden alle übrigen Sitzungen statt. Als auf dem dritten Treffen, am 25. Juli 1945, die Amerikaner den Vorsitz übernahmen, spielte sich das System der Kommandantur ein. An der Spitze stand das Komitee der Stadtkommandanten. Es entschied die wichtigen Fragen. Alle übrigen Fragen wurden im Komitee der Stellvertretenden Stadtkommandanten, die zugleich die Direktoren der jeweiligen Militärregierungen waren, behandelt. Ihnen waren rund zwanzig Komitees von Experten nachgeordnet, von Fall zu Fall wurden auch Subkomitees gebildet. Die Mitglieder dieser

[49] Ebenda; OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. I, S. 50 f. (5/35–2/1).
[50] Vgl. Befehl der Interalliierten Kommandantur der Stadt Berlin Nr. 1, 11. Juli 1945 (4/135–1/2); OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. I, S. 50 (5/35–2/1); Howley: Berlin Command, S. 61.
[51] Vgl. Sitzungsprotokoll vom 18. Juli 1945 (5/35–3/3); OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. I, S. 53 (5/35–2/1); Maginnis: Military Government Journal, S. 275; Howley: Berlin Command, S. 62 f.; OMGBD: Six Months Report 4 July 1945 – 3 January 1946, S. 14 (5/35–3/14).

Ausschüsse leisteten die eigentliche Arbeit der Alliierten Kommandantur.[52] Es wurden dort die Probleme diskutiert, untersucht und schließlich Entscheidungen gefällt. Die Experten erarbeiteten Vorschläge für die Verbesserung der Stadtverwaltung. Die einstimmig angenommenen Empfehlungen wurden den Stellvertretenden Stadtkommandanten schriftlich vorgelegt. Bei Routineangelegenheiten ging die Entscheidung in Form eines Befehls an den Magistrat. Kritische Fragen, vor allem politischer Natur, wurden den Stadtkommandanten mit einer Empfehlung der Militärregierungsdirektoren vorgelegt. An den Sitzungen der Kommandanten nahmen auch die Stellverteter und die jeweiligen Experten teil. Wurde keine Einigung erzielt, ging das Problem mit einer Stellungnahme jeder Besatzungsmacht an den Kontrollrat, der aber nur in Fragen von überregionaler Bedeutung eine Entscheidung fällte. Bei Dissonanz in Fragen von lokaler Bedeutung blieb das Problem unerledigt oder wurde von den Kommandanten für ihr Gebiet entschieden. Die Verbindung zwischen dem Kontrollrat und der Kommandantur stellte das Koordinierungskomitee her. Für den rein technischen Ablauf der Sitzungen waren die in der Kommandantur stationierten Stabschefs der einzelnen Mächte zuständig. Jede Macht hatte außerdem zwei Assistenten, einen Verbindungsoffizier und zahlreiche Gehilfen. Hinzu kam ein Stab von Übersetzern, der für die Verständigung untereinander und für die Übertragung der Befehle ins Deutsche erforderlich war. Die Stabschefs bereiteten die Sitzungen vor und stellten die Tagesordnung auf. Für die Verwaltung des im U. S. Sektor gelegenen Kommandanturgebäudes war der amerikanische Verbindungsoffizier verantwortlich.[53]
Die einheitliche Verwaltung Groß-Berlins wurde durch die Kommandantur gewährleistet. Der Magistrat war ihren Weisungen direkt unterstellt. Die Stellvertretenden Kommandanten und die Komiteemitglieder überwachten seine Arbeit und die der führenden Persönlichkeiten. Die Anordnungen wurden den Magistratsmitgliedern in Form von Befehlen übermittelt. Der Befehl Nr. 17 vom 6. August 1945 verpflichtete den Oberbürgermeister, der Kommandantur regelmäßig über alle städtischen Angelegenheiten Bericht zu erstatten. Verfügungen des Oberbürgermeisters oder der Stadträte mußten vor ihrer Veröffentlichung der Kommandantur vorgelegt und von ihr gebilligt werden. Widersetzte sich ein Magistratsmitglied den Anweisungen, mußte es mit einer Rüge und im äußersten Fall mit seiner Absetzung rechnen.[54]

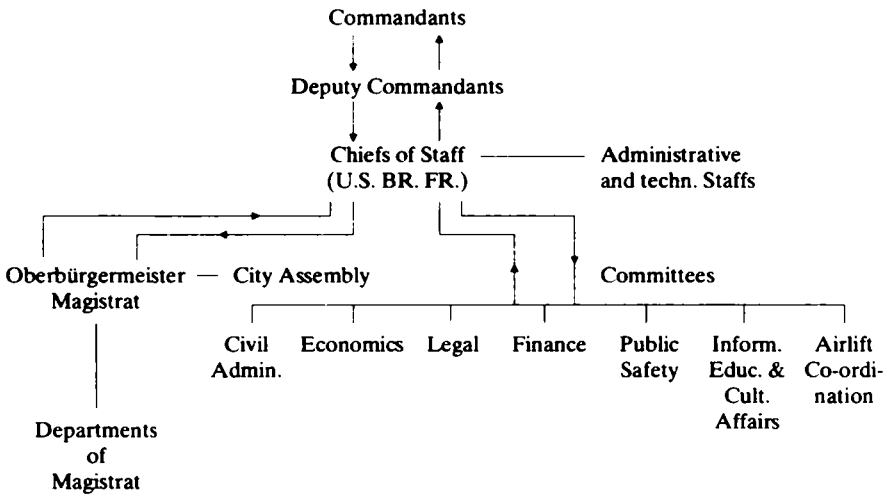
---

[52] Ende 1945 bestanden 22 Komitees. Vgl. ebenda, S. 12; OMGBD: Historical Report 1945/46, Dokumentenband Vol. I, S. 18 (5/35–2/2). Eine Liste der Komiteemitglieder befindet sich in 4/135–1/2. Über die Arbeit der Komitees vgl. OMGBD: Six Months Report 4 July 1945 – 3 January 1946, S. 14 (5/35–3/14); OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. I, S. 60 ff. (5/35–2/1); Maginnis: Military Government Journal, S. 275.

[53] Über die Einrichtung der Alliierten Kommandantur und über ihre Arbeit vgl. ebenda, S. 285; Howley: Berlin Command, S. 61 ff. und 157 ff.; Memorandum der G-5 Section of U. S. Headquarters Berlin District vom 5. September 1945 (4/136–1/9); OMGBD: Six Months Report 4 July 1945 – 3 January 1946, S. 13 ff. (5/35–3/14); OMGBD: Six Months Report 4 January – 3 July 1946, S. 13 ff. (5/35–3/3); OMGBS: Six Months Report 4 July 1946 – 1 January 1947, S. 5 ff. (5/36–1/7); History of U. S. Headquarters Berlin District, Chapter V, S. 1 ff. (5/35–3/8–10).

[54] Berlin Kommandatura Order = BK/O(45)17, in: Berlin. Quellen und Dokumente 1, S. 133 f.

Übersicht 2: Alliierte Kommandantur Berlin, 14. Mai 1949



4. Etablierung der Militärregierung

Nach der Etablierung der Militärregierung im Hauptquartier von Berlin District in Lichterfelde erkannten die Amerikaner erst das ganze Ausmaß der Zerstörungen und menschlichen Leiden. Die Lebensmittelversorgung war auf Hungerrationen von 1240 Kalorien gesunken. Rund 20 Prozent der Häuser waren zerstört, 50 Prozent beschädigt. Howley sprach von Berlin als dem „größten Trümmerhaufen der Welt".[55] In Ruinen und Behelfsheimen suchten die Menschen eine Bleibe. Tausende von Flüchtlingen und Displaced Persons zogen durch die Stadt. Ruhr, Typhus und Diphterie breiteten sich seuchenartig aus. Demontagen und Mangel an Brennmaterial brachten die Industrie nahezu zum Stillstand.

Angesichts dieses Elends standen die Amerikaner vor einer fast unlösbaren Aufgabe. Der Verwaltungsapparat lief zunächst sehr langsam. Tag für Tag mußte improvisiert werden, um die elementarsten Bedürfnisse zu befriedigen. Erst nach einigen Monaten gelang es der Militärregierung, die Probleme in den Griff zu bekommen. „Ich habe mich oft gefragt", schrieb Clay, „wie Howley und sein Stab so viel haben ausrichten können, und wie sie den Mut behielten, weiterzumachen." Tag und Nacht hätten sie gearbeitet, um Ordnung in das Chaos zu bringen, sinnloses menschliches Leiden zu lindern und „den Hauch der Humanität Amerikas in die strenge Aufgabe der Besatzung zu tragen"[56]. Wichtigstes Ziel der amerikanischen Militärregierung war es nach Auffassung Howleys, „to lead the people of Berlin along the path of democracy".[57]

Zunächst empfand sich die amerikanische Militärregierung nur als U.S. Element der Viermächteverwaltung. Trotz der von Anfang an bestehenden Schwierigkeiten mit

---

[55] Howley: Berlin Command, S. 8; zur Beschreibung der Zerstörungen und des Elends vgl. OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. I, S. 2 ff. (5/35–2/1); OMGBD: Six Months Report 4 July 1945 – 3 January 1946, S. 9 (5/35–3/14); Maginnis: Military Government Journal, S. 258; Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 47.

[56] Ebenda; vgl. auch Krieger: General Clay, S. 85.

[57] OMGBD: Six Months Report 4 July 1946 – 1 January 1947, S. 3 (5/36–1/7).

den Sowjets schrieb Howley in dem ersten „Six Months Report" von der gemeinsamen Regierung, die „smoothly" verlaufe und von der Freundschaft zu den Russen, die dauernd halten werde.[58] Tatsächlich wurde von Anfang an das einheitliche Funktionieren der an schwerfällige Verhandlungen gebundenen Kommandanturverwaltung durch die Selbständigkeit der einzelnen Stadtkommandanten in ihren Bezirken bei allen nicht durch gemeinsame Beschlüsse geregelten Problemen in Frage gestellt. Je stärker die Zusammenarbeit mit den Sowjets durch den beginnenden Kalten Krieg beeinträchtigt wurde, desto größere Bedeutung erlangte die amerikanische Militärregierung für die Stadt. Hinter ihr stand die westliche Großmacht mit enormem militärischen und finanziellen Potential.

Die Effektivität der Militärregierung litt zunächst unter dem ständigen Personalwechsel an der Spitze und in den Abteilungen. Der Stadtkommandant, General Parks, wurde bereits am 3. September 1945 von Generalmajor James M. Gavin abgelöst. Gavin blieb ebenfalls nur wenige Wochen in Berlin. Es folgten die Generäle Ray W. Barker (10. Oktober 1945), Frank A. Keating (7. Mai 1946), Cornelius E. Ryan (13. Mai 1947) und William Hesketh (23. September 1947).[59]

Durch den häufigen Wechsel an der Spitze der Militärregierung kam der Position des Stellvertreters eine besondere Bedeutung zu. Diese Position wurde von Oberst Frank L. Howley besetzt. Er war Chef der Berliner Militärregierung und gleichzeitig der Vertreter des Stadtkommandanten in der Kommandantur. Die Position des Direktors hatte er – abgesehen von einer kurzen Unterbrechung im Herbst 1947 – während der gesamten Militärregierungszeit von Juli 1945 bis September 1949 inne. Am 1. Dezember 1947 wurde er auch zum Stadtkommandanten ernannt und löste General William Hesketh ab. Howley vereinigte damit in seiner Person die beiden wichtigsten Positionen der Militärregierung.[60]

Howley, 1903 in Pennsylvania geboren, studierte in New York und Paris. Während der Depression baute er in Philadelphia eine Werbeagentur auf. 1932 trat er in das Reserveoffizierskorps ein, wurde 1940 zum aktiven Dienst einberufen und 1941 zum Operationsoffizier der Kavallerieschule in Fort Richy, Kansas, befördert. Ein Manöverunfall 1943 beschleunigte seinen Übergang zur Zivilverwaltung. Ab 1944 leitete er in England das später für die Militärregierung in Berlin vorgesehene amerikanisch-britische Civil Affairs Detachment A1A1.[61]

Howley zur Seite stand seit dem 25. Juli 1945, zunächst ebenfalls als „Assistant Chief of Staff" und seit dem 1. Oktober 1945 als Stellvertretender Direktor (Deputy Director), Oberst John J. Maginnis. Da er offenbar über größere diplomatische Fähigkeiten im Umgang mit den Alliierten und Deutschen als Howley verfügte, versuchte ihn General Barker für die Leitung der Militärregierung zu gewinnen. Maginnis lehnte ab, weil er

---

[58] OMGBD: Six Months Report 4 July 1945 – 3 January 1946, S. 7 f. (5/35–3/14).

[59] Von den ursprünglich 85 Offizieren waren am 30.11.1945 nur noch 53 bei der Militärregierung beschäftigt. Vgl. OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. I, S. 7 (5/35–2/1); General Keating war auch stellvertretender Militärgouverneur. Er wurde im Mai 1947 von General Hays abgelöst.

[60] Howley erhielt am 3. Mai 1947 den Status eines Zivilisten und wurde am 1. Dezember 1947 mit der Ernennung zum Stadtkommandanten in seinen alten militärischen Rang zurückberufen. Zum Brigadegeneral wurde er am 1. März 1949 befördert. Vgl. Pressemitteilung vom 3. Mai 1947, Press Releases (5/37–3/21); Berlin. Behauptung von Freiheit, S. 367 f.; Howley: Berlin Command, S. 155.

[61] Vgl. ebenda, S. 17; Curriculum vitae of Frank L. Howley, Press Releases (5/37–3/21); OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. 3, S. 7 ff. (5/35–2/1). Howley ist am 30. 7. 1993 in Warrenton, Va. gestorben.

den aktiven Dienst verlassen wollte.[62] Ersetzt wurde er Anfang März 1946 zunächst von Oberstleutnant Leo A. Swoboda und ab Mai von Oberstleutnant William T. Babcock, der bis zum Ende der Militärregierung Stellvertretender Direktor blieb. Im Dezember 1947 übernahm er außerdem die Position des Stellvertretenden Stadtkommandanten. Nach Verhängung der Blockade und dem Aufbau der Luftbrücke wurde wegen der großen Arbeitsbelastung der Chef der Economics Branch, Alfred W. Moran, zum 2. Stellvertretenden Direktor und zum Koordinator der Luftbrücke ernannt.[63]

Übersicht 3: Personal des Assistant Deputy Governor, OMGUS, und des U.S. Commandant Allied Kommandatura Berlin

Floyd L. Parks	Gen.Maj.	4.7.–2.9.1945
James M. Gavin	Gen.Maj.	3.9.–10.10.1945
Ray W. Barker	Gen.Maj.	11.10.1945–1.5.1946
Frank A. Keating	Gen.Maj.	1.5.1946–13.5.1947
Cornelius E. Ryan	Brig.Gen.	14.5.1947–23.9.1947
William Hesketh	Brig.Gen.	24.9.1947–30.11.1947
Frank L. Howley	Col. (ab 1.3.1949: Brig.Gen.)	1.12.1947–31.8.1949
Maxwell D. Taylor	Gen.Maj.	31.8.1949–31.1.1951

U.S. Deputy Commandant, Allied Kommandatura Berlin:

Frank L. Howley	Col.	4.7.1945 – Nov. 1947
William T. Babcock	Col.	1.12.1947 – 21.9.1949

Für ihre Arbeit richtete die Militärregierung ein Büro des Leiters (ab 1. Oktober 1945 Director's Office), fünfzehn Abteilungen (Sections) und sechs Verwaltungsbezirkskommandanturen (VBK Detachments) ein.[64] Wenige Monate nach der Etablierung in Berlin wurden an diesem Verwaltungsaufbau einige Änderungen vorgenommen. Anfang 1946 wurden mehrere neue Abteilungen geschaffen, die Verwaltungsbezirkskommandanturen aufgelöst und durch Verbindungsoffiziere (Liaison Officers) ersetzt. Abgesehen von einigen kleineren Änderungen bei den Unterabteilungen blieb der Verwaltungsaufbau in dieser Form im wesentlichen bis zum Ende der Militärregierung bestehen.
Als Personal standen Howley im Sommer 1945 85 Offiziere und 136 Mann zur Verfügung. Ihren Sitz hatte die Militärregierung im Telefunkenhaus in Lichterfelde. Da sie noch Teil der Armeeführung war, firmierte sie weiter als

U.S. Headquarters Berlin District
G-5 Section
A1A1 Military Government Detachment.

Um die Regierungsaktivitäten besser koordinieren, die deutsche Verwaltung effektiver überwachen und die Arbeit Zivilisten übertragen zu können, befahl das amerika-

---

[62] Vgl. Maginnis: Military Government Journal, S. 277, 293 f. und 343. Vorher war Maginnis Assistant Chief of Staff in der G-5 Section und Chef des Military Government Teams in Schöneberg.

[63] Vgl. Howley: Berlin Command, S. 157; OMGBS: A Four Year Report, July 1, 1945 – September 1, 1949, S. 124.

[64] OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. I, S. 9 (5/35–2/1); vgl. auch den Dokumentenband, Vol. I, S. 4 f (5/35–2/2). Einige Abteilungen wurden noch im Laufe des Jahres 1945 als Unterabteilungen größeren Abteilungen eingegliedert. Siehe die Beschreibung der Branches in OMGUS-Hb, Berlin B.

nische Hauptquartier in Frankfurt am 26. September 1945 die Trennung der Militärregierung von den Streitkräften. Aus der U.S. Kontrollratsgruppe entstand am 1. Oktober 1945 das Office of Military Government for Germany U.S. (OMGUS). In Berlin hatte der kommandierende General die G-5 Abteilung des Generalstabes von den Aufgaben der Militärregierung entbunden und stellte das damit beschäftigte Personal und die Ausstattung dem neu gebildeten Office of Military Government U.S. Berlin District (OMGBD) zur Verfügung. Howley führte nun den Titel eines Direktors der Militärregierung.[65] Da Deutsche die Armeeanlagen nur mit Sondergenehmigung betreten durften, wurde die Arbeit der Militärregierung sehr erschwert. Oberst Howley drängte deshalb auch auf eine räumliche Trennung von der Armeeführung. Ende Januar 1946 zog er mit seinem Stab in das Gebäude der Deutschen Forschungsgemeinschaft in die Steglitzer Grunewaldstraße, das vorübergehend als Hauptquartier der 82. Airborne Division diente.[66] Da dort nicht alle Abteilungen Platz fanden, wurden auch benachbarte Gebäude der Brentano- und der Kaiser-Wilhelm-Straße benutzt. Die Behörde war nun in der Lage, für leitende Positionen amerikanische Zivilisten einzustellen und das Dienstpersonal durch Deutsche zu ersetzen. Es war besonders General Clays Anliegen, das Militärpersonal zu reduzieren, den Deutschen mehr Verantwortung zu übertragen und die Funktionen der Militärregierung auf die reine Überwachung der deutschen Verwaltung zu beschränken.[67]

Trotz der Separierung von den Streitkräften blieb die Berliner Militärregierung Teil der Armeeführung. Diesen Zustand beklagte Howley in einem Schreiben vom 26. September 1946 und bat den Kommandanten, OMGBD so zu organisieren wie die Militärregierungen in den Ländern der amerikanischen Zone. Die gegenwärtige Situation der Militärregierung als administratives Detachment von Headquarters Berlin District sei unpraktisch, da bereits 90 Prozent der Anweisungen direkt von der OMGUS-Zentrale kämen. Zwar nehme die G-1 Abteilung des Generalstabs noch alle Einstellungen vor, die Zusammensetzung des Personals habe sich aber geändert. Von 125 amerikanischen Positionen seien nur noch 28 mit Angehörigen der Streitkräfte besetzt.[68] Diese Trennung wurde im Herbst 1946 in der Tat vollzogen. Mit der Umstrukturierung von United States Forces European Theater (USFET) zur European Command (EUCOM) wurde am 26. Oktober 1946 gleichzeitig Headquarters Berlin District mit Headquarters Command zum Berlin Command zusammengelegt. Berlin Command war nun das einzige U.S. Verwaltungshauptquartier der Stadt und über-

---

[65] Vgl. USFET: Organization of Military Government, 26.9.1945 (Landesarchiv Berlin, Rep. 37, Nr. 73); U.S. Headquarters Berlin District and Headquarters First Airborne Army: Seperation of Military Government from Berlin District 1 October 1945 (4/135–3/1); OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. I, S. 31 (5/35–2/1); Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 71 f. Im Dezember 1945 wurden U.S. Headquarters Berlin District und U.S. Headquarters Command, Berlin District getrennt. Der Gebrauch von „U.S. Headquarters Berlin District and Headquarters First Airborne Army" wurde aufgehoben. Mitteilung des U.S. Headquarters Berlin District vom 23.12.1945 (4/136–1/6).

[66] Vgl. OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. I, S. 41 (5/35–2/1); Maginnis: Military Government Journal, S. 334 und 336.

[67] Vgl. Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 82. Die Trennung von Militärregierung und Armee war im April vollzogen. Die „Sections" erhielten den Status von „Branches". Funktionen der Militärregierung konnten nun Zivilisten übertragen werden. Gleichzeitig wurde den amerikanischen Bediensteten erlaubt, ihre Familienangehörigen nach Berlin zu holen.

[68] Schreiben Howleys an General Keating vom 16. September 1946 (4/136–1/9). Vgl. U.S. Headquarters and Headquarters Command, Berlin District: Status of OMGBD in the Reorganization of Berlin District, 23.12.1945 (4/136–1/6).

nahm alle militärischen Pflichten im amerikanischen Sektor. Am 15. November 1946 verließ es das Telefunkenhaus und zog nach Dahlem in das Otto-Warburg-Haus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Durch die Zusammenlegung der Hauptquartiere verlor General Keating das Kommando über die Berliner Truppen. Er wurde zum Stellvertretenden Militärgouverneur ernannt, blieb aber weiterhin der Stadtkommandant und damit der U.S. Vertreter in der Alliierten Kommandantur. Chef von Berlin Command war bis März 1947 Brig. Gen. Bryan L. Milburn. Er wurde von Brigadegeneral Cornelius E. Ryan abgelöst. Nachdem Ryan im Mai 1947 General Keating als Stadtkommandanten ersetzte, trat Oberst Robert A. Willard seine Nachfolge als kommandierender Offizier von Berlin Command an.

Die Überwachung der Sektorenregierung übertrug EUCOM der OMGUS-Zentrale, die nun auch de jure die politischen Richtlinien bestimmte. General Clay war nun nicht nur Befehlshaber des Truppenkommandobezirks von Berlin, sondern als Chef von OMGUS auch der Vorgesetzte des Direktors. Entsprechend der veränderten Aufsichtsstruktur nannte sich die Militärregierung seit dem 1. November 1946 Office of Military Government, Berlin Sector (OMGBS).[69]

Übersicht 4: Organisation und Personalstärke des Office of Military Government U.S. Berlin District, 15. Dezember 1945[70]

	U.S. Off.		U.S. Civ.
Directors Office	4		
Executive Section	7	(5)	
Legal Section	10	(2)	
Public Safety Section	18	(2)	
Military Government Intelligence Section	3		
Information Services Control Section	7		
Communications Section	1	(2)	
Public Works and Utilities Section	3	(1)	
Displaced Persons and Welfare Section	4	(2)	
Public Health Section	6		
Economic Affairs Section	19	(3)	1
Fiscal and Property Control Section	4	(1)	
Education and Religious Affairs Section	4		
VBK Detachments:			
Kreuzberg	4		
Neukölln	3	(2)	
Schöneberg	4		
Steglitz	6	(2)	
Tempelhof	6	(2)	
Zehlendorf	5	(1)	
Total	118	(25)	1

Die in Klammern angegebenen Zahlen bezeichnen die bis zum 15. Dezember 1945 bereits ausgeschiedenen („redeployed") Mitarbeiter der Berliner Militärregierung.

[69] Vgl. Berlin Command OMGUS: History of Activities 1 November 1946 – 30 June 1947, S. 49 f. (5/35–3/6); ebenda (S. 7 ff.) biographische Daten über Milburn und Ryan; General Order Nr. 113, U.S. Headquarters Berlin District, 20.9.1946 (4/136–1/6). Die Stadtkommandanten Hesketh und Howley waren keine Truppenkommandeure.

[70] OMGBD: Six Months Report 4 July 1945 to 3 January 1946, S. 5 f. (5/35–3/14).

Übersicht 5: Organisation und Personalstärke des Office of Military Government U.S. Berlin Sector, 1. Januar 1947[71]

	U.S. Off.	U.S. Civ.
Director's Office	3	3
Allied Kommandatura	3	6
Public Relations, Statistical and Historical Branch		4
Administration Branch	7	19
Liaison Officer	4	
Legal Branch	3	5
Spandau Allied Prison	1	4
Public Safety Branch	1	12
Civil Administration and Political Affairs Branch		7
Information Control Branch	1	24
Communications Branch		3
Public Works and Utilities Branch	1	3
Public Welfare Branch		4
Public Health Branch	1	2
Economics Branch	2	12
Fincance Branch		1
Property Control Branch		3
Manpower Branch	3	2
Education and Religious Affairs Branch		7
Total	30	119

Übersicht 6: Organisation und Personalstärke des Office of Military Government U.S. Berlin Sector, 11. August 1949 und 1. September 1949[72]

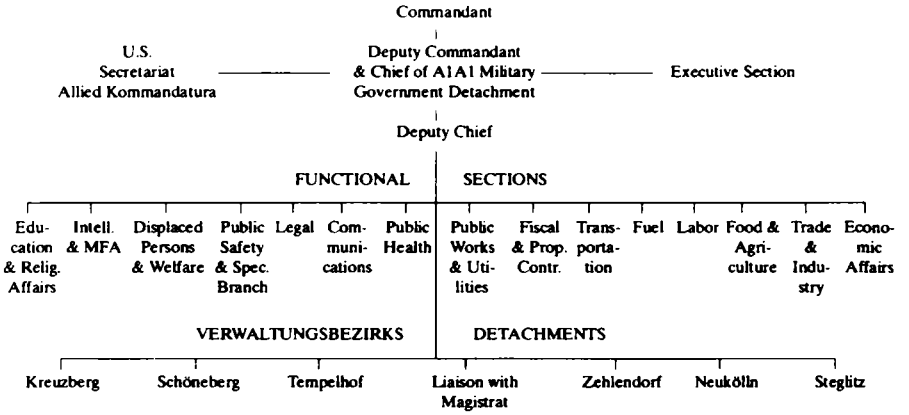
	11. Aug. 1949	1. Sept. 1949 Soll	1. Sept. 1949 Ist
Director's Office			
U.S. Personnel	9	25*	26*
German Personnel		44*	43*
Allied Kommandatura	5		
Administration/Executive Branch	6		
Liaison Officer	4		
Public Relations, Statistical and Historical Branch	2		
Intelligence Branch			
U.S. Personnel	4	5	4
German Personnel		1	1
Legal Branch			
U.S. Personnel	3	9	9
German Personnel		9	10

[71] OMGBS: Six Months Report 4 July 1946 to 1 January 1947, S. 56 (5/36-1/7).
[72] 4/11-1-/39.

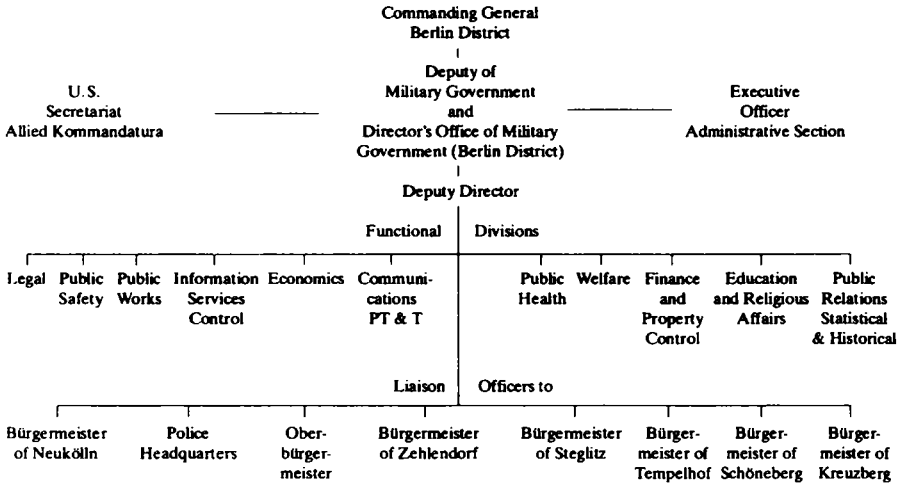
Spandau Allied Prison	6		
Public Safety Branch			
U.S. Personnel	14	14	14
German Personnel		113	107
Civil Administration and Political Affairs Branch			
U.S. Personnel	4	4	4
German Personnel		4	5
Information Services Branch			
U.S. Personnel	7	9	7
German Personnel		32	33
Communications Branch			
U.S. Personnel	2	2	2
German Personnel		3	3
Public Health and Welfare Branch			
U.S. Personnel	5	5	5
German Personnel		15	13
Economics Branch			
U.S. Personnel	13	13	13
German Personnel		75	73
Public Works and Utilities Branch			
U.S. Personnel	2	2	2
German Personnel		8	7
Finance Branch			
U.S. Personnel	3	3	3
German Personnel		5	5
Property Control Branch			
U.S. Personnel	2	2	2
German Personnel		25	26
Manpower Branch			
U.S. Personnel	3	3	3
German Personnel		11	11
Education and Cultural Relations Branch			
U.S. Personnel	7	7	7
German Personnel		20	20
U.S. Personnel Total:	101	103	101
German Personnel Total:		365	347

* Diese Zahlen bezeichnen auch die Mitarbeiter der Administration/Executive Branch, der Public Relations, Statistical and Historical Branch, der Liaison Officer und der Allied Kommandatura.

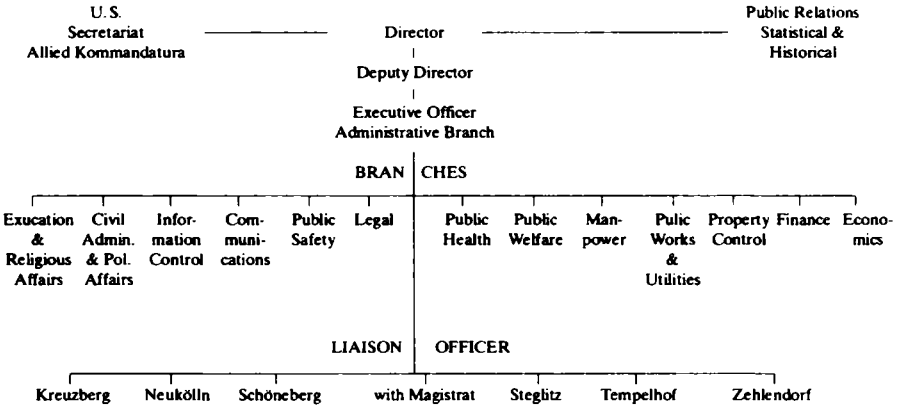
Übersicht 7: Organisation des U.S. Headquarters – Berlin District G-5 Section – A1A1 Military Government Detachment, 15. Juli 1945



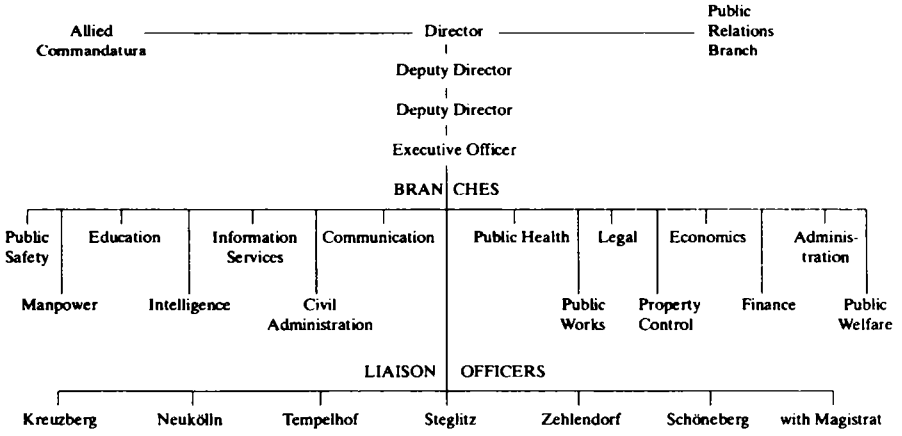
Übersicht 8: Organisation des Office of Military Government (Berlin District), 15. März 1946



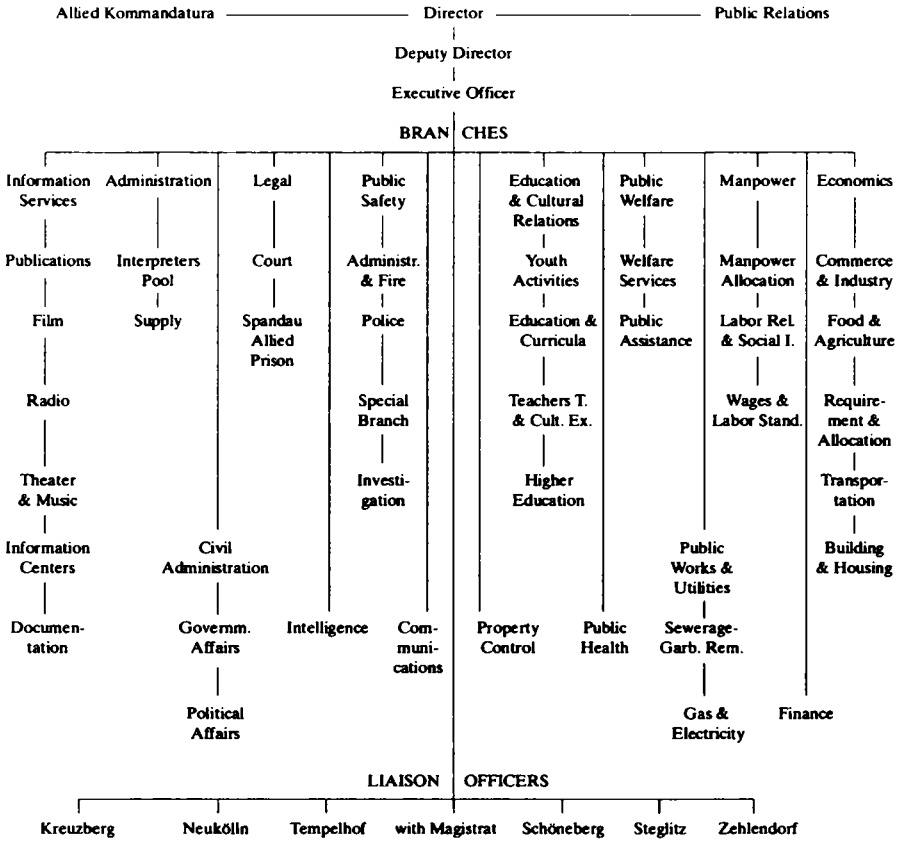
Übersicht 9: Organisation des Office of Military Government – Berlin District, 1. Oktober 1946



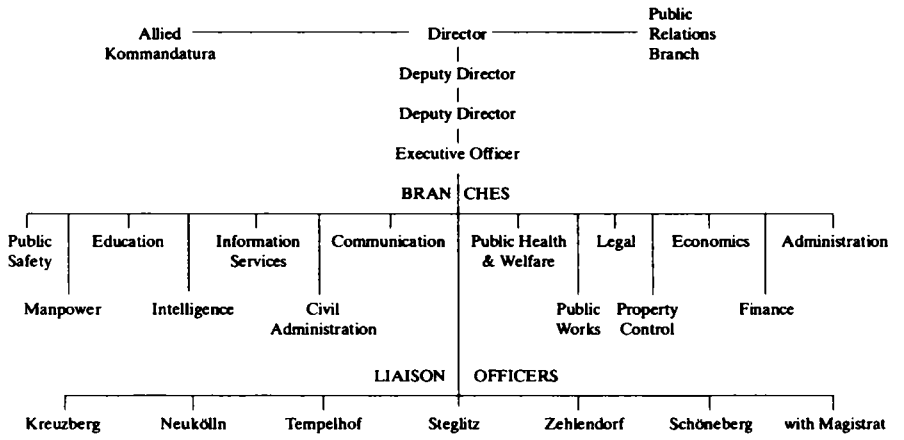
Übersicht 10: Organisation des Office of Military Government – Berlin Sector, 1. Oktober 1948



Übersicht 11: Organisation des Office of Military Government – Berlin Sector, 2. November 1948



Übersicht 12: Organisation des Office of Military Government – Berlin Sector, 1. Juli 1949



5. Schwierigkeiten der Viermächteverwaltung

Im ersten halben Jahr kam die amerikanische Militärregierung in der Kommandantur den sowjetischen Wünschen weit entgegen, um ein Klima der freundschaftlichen Zusammenarbeit zu erhalten. Im Laufe des Jahres 1946 wurde jedoch das Bestreben der Sowjets deutlicher, sich auf Kosten der Westmächte in allen politischen Fragen einen Vorteil zu sichern. Auf lange Sicht wollten sie die Westmächte aus der Stadt verdrängen, um Berlin der sowjetischen Besatzungszone einverleiben zu können. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mußten sich die Westmächte gegen die kommunistische Herausforderung zur Wehr setzen. Die Parteien, die Gewerkschaften und Verbände waren dem sowjetischen Einfluß ebenso ausgesetzt wie der Rundfunk. Besonders schwerwiegend war der Einfluß auf den Magistrat, durch den die Sowjets einen Teil der Stadtverwaltung beherrschten. Deshalb setzten sich die Amerikaner und ihre westlichen Verbündeten frühzeitig für freie Wahlen ein, um der Stadtregierung eine demokratische Legitimation zu verschaffen. Ende 1945 war die Euphorie des gemeinsamen Sieges über Nazi-Deutschland endgültig verflogen, und die Amerikaner empfanden eine tiefe Enttäuschung über ihren Verbündeten. Ihre Politik stand fortan im Zeichen des Mißtrauens gegenüber der Ausbreitung des Kommunismus. Erst allmählich setzte sich die Erkenntnis durch, daß die amerikanischen Positionen nur dann zu halten waren, wenn der sowjetischen Offensive Widerstand entgegengesetzt werden würde und wenn es gelänge, die deutsche Bevölkerung für die Ideale der westlichen Demokratie zu gewinnen. Die Vorgänge in Berlin beeinflußten in den nächsten Jahren die gesamte amerikanische Politik und trugen dazu bei, Strategien zur Gegenwehr zu entwickeln. Der Berliner Militärregierung kam deshalb eine weit über das rein Administrative hinausgehende Bedeutung zu.[73]

Eine große Bedrohung sahen die Amerikaner im Frühjahr 1946 in der erzwungenen Fusion von KPD und SPD zur SED. Nachdem sich die Alliierten in der Kommandantur nicht über die Anerkennung der neuen Partei einigen konnten, entschied der Kontrollrat, daß sowohl die SED als auch die Rest-SPD in ganz Berlin zuzulassen seien.[74] Damit waren die Voraussetzungen für allgemeine Wahlen ohne kommunistische Dominanz in Berlin geschaffen. Die Anfang 1946 in den Ländern der US-Zone abgehaltenen Kommunalwahlen mit einem Stimmenanteil von nur 3,5 Prozent für die KPD gaben den Amerikanern die Hoffnung, der kommunistischen Expansion entgegenwirken zu können. Offenbar schätzten die Sowjets die Lage anders ein. Im Koordinierungskomitee des Kontrollrats stimmten sie am 3. Juni 1946 den Wahlen für den 20. Oktober zu. Die dazu erforderliche Vorläufige Verfassung wurde vom Komitee für Kommunalverwaltung der Kommandantur nach einem Entwurf des Magistrats erarbeitet. Das Ergebnis der Wahlen bestätigte den amerikanischen Optimismus. Mit einem Stimmenanteil von 48,7 Prozent für die SPD, von 22,2 Prozent für die CDU, von 9,3 Prozent für die LDP und von nur 19,8 Prozent für die SED entschieden sich die Berliner für die pluralistische Demokratie und demonstrierten den Sowjets, daß sie Gesamtberlin auf legalem Wege nicht in die Hand bekommen würden.[75] Nach der ersten Phase der Besatzungsverwaltung mit der totalen sowjetischen Beherrschung Berlins im Mai und Juni 1945 ging nun mit den Wahlen auch die zweite Phase der äußerlich noch glatt verlaufenen Viermächteregierung zu Ende. Von der Entwicklung in Westdeutschland, die über

---

[73] Vgl. Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 182 ff., 299 und 387.

[74] Vgl. Howley: Berlin Command, S. 106 ff.; Berlin. Kampf um Freiheit, S. 37 ff.

[75] Vgl. ebenda und Berlin. Quellen und Dokumente 1, S. 1073 f.; Berlin. Kampf um Freiheit, S. 559; Howley: Berlin Command, S. 118 ff.; Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 162.

die Bildung des Länderrates (Oktober 1945) in der amerikanischen Zone zur Einrichtung des Wirtschaftsrates in dem vereinigten amerikanischen und britischen Besatzungsgebiet im Juni 1947 führte, war Berlin wegen des Viermächtestatus abgeschnitten. Die amerikanische Militärverwaltung war bemüht, die mit den Wahlen vom 20. Oktober 1946 eingeleitete Selbstverwaltung Berlins tatkräftig zu unterstützen und sowjetische Eingriffe in die Stadtverwaltung abzuwehren. Sie versuchte andererseits auch 1947 noch, die Fassade alliierter Eintracht zu wahren, Differenzen zu verschleiern und, bis an die Grenze des Möglichen, Zugeständnisse zu machen. Die Sowjets dagegen gingen, im Widerspruch zu den Vereinbarungen der Alliierten, sich nicht anzugreifen, nun zu direkten Attacken auf die Westalliierten über und versuchten mit Hilfe der SED und systematischem Druck, ihre Positionen in der Stadt auszubauen, um die Niederlage vom 20. Oktober 1946 wettzumachen. Zwischen diesen Interessen hatte es die Selbstverwaltung nicht leicht, sich zu entwickeln.[76]

In der Kommandantur erreichten die Sowjets mit Hilfe des § 36 der Vorläufigen Verfassung, daß Ernennungen und Entlassungen von leitenden Personen der Stadtverwaltung nur mit Genehmigung der Viermächteregierung erfolgen konnten. Gestützt auf das Vetorecht, nutzten sie diese Bestimmung zur Obstruktion gegen die Konsolidierung der Verwaltung. So verweigerten sie die Bestätigung der Wahl Ernst Reuters zum Oberbürgermeister und betrieben die Entlassung des Stadtrates für Volksbildung, Siegfried Nestriepke.[77] Nach monatelangen sowjetischen Angriffen gab General Clay am 25. Oktober 1947 schließlich den Weg für die Medien frei, die Polemik zu erwidern und das kommunistische System direkt anzugreifen. Den Sowjets sollte dadurch die Möglichkeit genommen werden, die Widerstandskraft der Berliner Bevölkerung durch Einschüchterungen zu lähmen.[78]

Die Militärregierung baute den im Februar 1946 gegründeten RIAS (Radio im amerikanischen Sektor) zur größten Radiostation des Kontinents aus und benutzte ihn als wichtigste Waffe in diesem ideologischen Abwehrkampf.[79] Am 29. Oktober 1947 wies Oberst Howley nachdrücklich das von den Sowjets verbreitete Gerücht zurück, die Amerikaner und mit ihnen die westlichen Verbündeten würden Berlin verlassen und die Hauptquartiere nach Westdeutschland verlegen.[80] Einige Wochen später, am 16. Dezember 1947, stellte er in einer öffentlichen Erklärung noch einmal den Zusammenhang des Rechts der Amerikaner zur Stationierung ihrer Truppen in Berlin mit der Übergabe von Sachsen und Thüringen an die Sowjets her.[81] Und am 17. März 1948 erklärte er auf einer Pressekonferenz, daß es kein zweites Prag geben werde.[82] Die

---

[76] Vgl. ebenda; Berlin. Behauptung von Freiheit, S. 18ff.

[77] Vgl. ebenda, S. 22f.; Howley (Berlin Command, S. 141 und 142) schreibt, der neue amerikanische Stadtkommandant Ryan sei ohne Kenntnisse von den komplizierten Verhältnissen der Kommandantur gewesen und habe mehrfach – zum Beispiel bei der Entlassung von Nestriepke – mit den Sowjets gestimmt. Er sei der Meinung gewesen, die Alliierten dürften sich nicht durch die Deutschen auseinanderbringen lassen.

[78] Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 182.

[79] Vgl. OMGBD: Six Months Report 4 January – 3 July 1946 , S. 130f. (5/35-3/3); OMGBS: A Four Year Report, July 1, 1945 - September 1, 1949, S. 78f.

[80] Vgl. Berlin. Behauptung von Freiheit, S. 336.

[81] Vgl. ebenda, S. 370.

[82] Vgl. ebenda, S. 433; Howley spielte auf den kommunistischen Staatsstreich in Prag vom 25.2.1948 an, mit dem die kommunistische Partei die alleinige Macht in der Tschechoslowakei an sich riß; mehrmals waren die Amerikaner gezwungen, die Ernsthaftigkeit ihrer Absicht, in Berlin zu bleiben, durch militärische Demonstrationen zu unterstreichen. Vgl. Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 184; Akten zur Vorgeschichte 4, S. 824.

amerikanischen Truppen seien stark genug, die Sicherheit ihres Sektors zu gewährleisten. Den Amerikanern war inzwischen klar geworden, daß die Sowjets Berlin zum Testfall wählen wollten. Gelänge es, die Amerikaner aus der Stadt zu drängen, ginge ihre Glaubwürdigkeit verloren und ihre Position in Europa wäre gefährdet.[83]
Schon seit 1946 stellte sich Howley den sowjetischen Expansionsbestrebungen in der Kommandantur energisch entgegen. Seine kompromißlose und nicht immer diplomatische Haltung brachte ihn mehrfach in Gegensatz zum Stadtkommandanten und zu General Clay. Im November 1947 wurde er wegen Differenzen mit General Hesketh entlassen. Da die Militärregierung aber auf seine Erfahrungen nicht verzichten konnte, rief ihn der Oberbefehlshaber nach drei Wochen zurück und übertrug ihm am 1. Dezember auch die Position des Stadtkommandanten.[84]
Im Frühjahr 1948 erarbeitete die Militärregierung Pläne für den Fortbestand der amerikanischen Präsenz im Hinblick auf die sich abzeichnende Blockade der Westsektoren. Howley ließ vor allem Lebensmittel- und Kohlevorräte heranschaffen, und er verhinderte Gefühle der Panik, indem er sich der beginnenden Evakuierung von amerikanischen Familienangehörigen entschieden widersetzte. Um den zunehmenden Übergriffen auf Personal- und Güterzüge zu begegnen, ließ er die Transporte mehr und mehr durch Flugzeuge übernehmen.[85]
Nach der Sprengung des Kontrollrates am 20. März 1948 suchte der sowjetische Stadtkommandant eine Gelegenheit, auch die Alliierte Kommandantur zu verlassen. Als sich Oberst Howley am 16. Juni 1948 nach einer dreizehnstündigen Debatte mit Genehmigung des Vorsitzenden, General Ganeval, aus dem Sitzungssaal entfernte, sahen die Sowjets darin eine Beleidigung und verließen unter Protest die Kommandantur. Die Viermächteregierung für Groß-Berlin war nun beendet.[86]
Die Sowjets reagierten damit auf die für den 20. Juni 1948 in den Westzonen geplante Währungsreform, über deren Durchführungsvorbereitungen sie offenbar Informationen erhalten hatten. Die für die wirtschaftliche Erholung unbedingt erforderlichen Reformen hatten die Sowjets im Kontrollrat stets durch ihr Veto zu verhindern gewußt. Um aber dem weiteren Währungsverfall entgegenzuwirken und die Wirtschaft wieder anzukurbeln, entschlossen sich die Westmächte zu separaten Maßnahmen für ihre Besatzungszonen. Die Sowjets antworteten am 23. Juni 1948 mit einer Währungsreform in ihrer Zone, die auch ganz Berlin einschloß. General Sokolowski erklärte darüber hinaus die Viermächteregierung für beendet und beanspruchte Berlin als Teil der Sowjetzone. Am 24. Juni 1948 verhängte die Sowjetische Militäradministration eine Blockade der Land- und Wasserwege nach West-Berlin, um diesem Anspruch Nachdruck zu verleihen.[87]
Die Westmächte reagierten darauf am 25. Juni 1948 mit der Einführung der DM (West) in ihren Sektoren, gestatteten jedoch auch die Ostmark als gesetzliches Zahlungsmittel. Sie verhängten eine Gegenblockade und versorgten die Stadt über die Luftbrücke, die sie in wenigen Wochen zum größten Luftunternehmen der Geschichte ausbauten. Unter der Führung des gewählten, aber an der Amtsübernahme behinder-

---

[83] Vgl. Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 184 und 400.
[84] Vgl. Howley: Mein vierjähriger Kampf mit den Roten, 4. Artikel, S. 13 f. (Landesarchiv Berlin, Rep. 200, Acc. 2549, Nr. 146); ders.: Berlin Command, S. 155 ff.
[85] Das war die „Operation Counterpunch". Vgl. ebenda, S. 201; Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 397; Backer: Die deutschen Jahre, S. 273 f.
[86] Protokoll der 6. Sitzung vom 18. Juni 1948 (11/149–1/10). Howley, Berlin Command, S. 184 ff.; Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 240 ff. und 402 ff.
[87] Vgl. Berlin. Behauptung von Freiheit, S. 45 f. und 515; Backer: Die deutschen Jahre, S. 263 ff.

ten Oberbürgermeisters, Ernst Reuter, nahm die Bevölkerung Entbehrungen in Kauf, um die gerade erst zurückgewonnene Freiheit zu behaupten. Nach anfänglichen Zweifeln über die Durchführbarkeit der Versorgung einer Zweimillionenstadt auf dem Luftwege gab diese Haltung der Berliner den Amerikanern die Gewißheit, daß sie sich auf die Bevölkerung verlassen konnten. Sie bestärkte die amerikanische Militärregierung und beeinflußte auch die Entscheidungen in Washington.[88] Der Magistrat unter Louise Schroeder und Ferdinand Friedensburg protestierte gegen die einseitigen Maßnahmen der Sowjets. Er lehnte es ab, nur deren Befehlsempfänger zu sein und berief sich immer wieder auf den Viermächtestatus der Stadt. Von Kommunisten gelenkte Demonstrationen behinderten schließlich die Arbeit der Stadtverordnetenversammlung, die ihre Sitzungen deshalb seit dem 6. September 1948 im britischen Sektor abhielt. Dem Umzug der Polizeiführung im Juli 1948 folgten im Laufe des Herbstes weitere Behörden. In Ost-Berlin konstituierte sich am 30. November 1948 im Admiralspalast eine eigene Stadtverordnetenversammlung aus Vertretern der SED und der Massenorganisationen. Sie erklärte den demokratisch gewählten Magistrat für abgesetzt und berief Friedrich Ebert zum neuen Oberbürgermeister. Die Spaltung der Berliner Verwaltung war damit vollzogen.[89]

Die nach der Vorläufigen Verfassung vorgesehenen Wahlen konnten am 5. Dezember 1948 nur noch in den Westsektoren stattfinden. Mit einem Anteil von 64,5 % der abgegebenen Stimmen honorierte die Bevölkerung den Kampf der Sozialdemokraten für die Behauptung von Freiheit und Selbstverwaltung. Ernst Reuter konnte nach seiner zweiten Wahl das Amt des Oberbürgermeisters übernehmen und in selbstbewußt geführten Verhandlungen mit den Alliierten, die parallel zu den Beratungen des Parlamentarischen Rates erfolgten, die Kompetenzen der Stadtverwaltung erweitern.

Die Luftbrücke, die Gegenblockade und die Standhaftigkeit der Bevölkerung zwangen die Sowjets am 12. Mai 1949 zur Aufhebung der Blockade. In Washington erklärte General Clay einige Tage später, daß er in Berlin die Wiedergeburt des Geistes und der Seele eines Volkes erlebt habe. Aus ehemaligen Feinden seien durch den gemeinsamen Kampf gegen die kommunistische Herausforderung Partner geworden.[90]

Nach Verständigung über die Reaktivierung der Kommandantur im Dezember 1948 arbeiteten die Westmächte an Plänen über die Beendigung der Militärregierung. Reuters Ziel, Berlin als 12. Land der entstehenden Bundesrepublik einzuverleiben, scheiterte jedoch an ihrem Widerspruch.[91] Zwei Tag nach Beendigung der Blockade, am 14. Mai 1949, übergaben die westlichen Stadtkommandanten das „Statement of Principles Governing the Relationship between the Allied Kommandatura and Greater Berlin" der Öffentlichkeit. Dieses „Kleine Besatzungsstatut" regelte die zukünftigen Beziehungen der Kommandantur zu den Selbstverwaltungsorganen Berlins. In einem Begleitbrief an den Stadtverordnetenvorsteher, den Oberbürgermeister und den Präsidenten des Kammergerichts versicherten die Stadtkommandanten, daß die gleichen liberalen Maßnahmen, welche das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik vorsehe, auch für Berlin gelten sollten. Sie übertrugen in Übereinstimmung mit der Vorläufigen Verfassung der Stadt die volle gesetzgebende und gerichtliche Gewalt und behielten sich nur die Rechte vor, die unter den herrschenden Verhältnissen zur Gewährleistung

---

[88] Vgl. Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 405; Howley: Berlin Command, S. 212 und 224; Backer: Die deutschen Jahre, S. 285 f.

[89] Vgl. ebenda, S. 323 f.; Berlin. Behauptung von Freiheit, S. 52 ff.

[90] Berlin. Ringen um Einheit, S. 243.

[91] Vgl. Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 464 und 478.

der Sicherheit, der Ordnung, der finanziellen und wirtschaftlichen Stabilität erforderlich waren.[92]
Die Alliierte Kommandantur reduzierte ihre Komitees von achtzehn auf sieben und wies ihnen an Stelle der bisherigen exekutiven Machtbefugnisse nur noch Beraterfunktionen zu. Wie in Westdeutschland endete die amerikanische Militärregierung in Berlin am 21. Sepember 1949. Der reduzierte Verwaltungsapparat bestand als Berlin Element des „High Commissioner for Germany U.S." bis 1955 fort.

[92] Vgl. Berlin. Ringen um Einheit, S. 239 f.; Howley: Berlin Command, S. 264.

B. Systematische Übersicht

Die einzelnen Aufgabenbereiche der Militärregierung für den U.S. Sektor Berlins

1. Director's Office

Das Büro des Direktors wurde im Juli 1945 eingerichtet und entwickelte sich zur Schaltstelle der amerikanischen Militärregierung in Berlin.[1] Es empfing zunächst Weisungen von der Berliner Armeeführung, ab Herbst 1945 mehr und mehr von der OMGUS-Zentrale. Das Director's Office gab diese Weisungen weiter an die nachgeordneten Fachabteilungen oder direkt an die deutschen Behörden. Es überwachte deren Ausführung durch die Branches sowie durch den Magistrat und die Bezirksämter. Das Büro des Direktors unterhielt den Kontakt mit den drei anderen Militärregierungen, und ihm unterstand das U.S. Sekretariat der Alliierten Kommandantur. Dem Direktor waren ferner die Military Government Teams in den Bezirken und ab Januar 1946 die Verbindungsoffiziere sowie die Administration Branch direkt unterstellt.
Howley packte alle Probleme energisch an. In den ersten Monaten der Besatzung konferierte er dreimal wöchentlich mit den Abteilungschefs und ließ sich täglich schriftlich über die Aktivitäten der Branches unterrichten. Ab Oktober, nachdem die Militärregierung Ordnung in das vorgefundene Chaos gebracht hatte, fanden die Versammlungen nur noch einmal wöchentlich statt, und es wurde nur noch ein Wochenbericht angefertigt. Dank dieser Organisation war Howley über alle politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Berlin unterrichtet. Dieses Wissen kam ihm in den schwierigen Kommandanturverhandlungen zugute. Durch sein Engagement und seine langjährige Erfahrung wurde er trotz seiner nicht immer diplomatischen Impulsivität für die OMGUS-Zentrale unentbehrlich.

---

[1] Die Beschreibung der Organisation und der Funktionen der Militärregierung sowie die Zusammenstellung der Personalübersichten stützen sich im wesentlichen auf folgende Quellen:
- OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. I – XII and the Appendix of Documents (5/35–2/1–6 und 5/35–3/1–4);
- Historical Report of the OMGBS for the period from 1 October 1946 – 31 December 1946, including the period from 1 July 1946 – 30 September 1946 and the Appendix of Documents (5/36–1/2–7);
- Berichte der einzelnen Branches und der Liaison Officers (5/37, 5/38 und 5/39);
- Organization of Office of Military Government U.S. Berlin Sector. Job Analysis and Personnel Requirements as of 1 June 1946 (4/135–3/10);
- OMGBD: Six Months Report 4 July 1945 – 3 January 1946 (5/35–3/14);
- OMGBS: Six Months Report 4 January – 4 July 1946 (5/35–3/3);
- OMGBS: Six Months Report 4 July 1946 – 1 January 1947 (5/36–1/7);
- OMGBS: A Four Year Report 1 July 1945 – 1 September 1949. Berlin 1949;
- History of U.S. Headquarters Berlin District, Part I – III (5/35–3/8–10);
- Howley: Berlin Command, S. 16ff.;
- Maginnis: Military Government Journal, S. 258ff.

Übersicht 13: Personal des Director's Office, OMGBS, 1945–1949

Director OMGBD/BS

Frank L. Howley	Col. (ab 1.3.1949 Brig.Gen.) Assistant Chief of Staff G-5 Hq Berlin District	4.7.–30.9.1945
Frank L. Howley	Director	1.10.1945–Nov.1947 1.12.1947–31.8.1949
William T. Babcock[2]	Director	1.9.–21.9.1949

Deputy Director

John J. Maginnis	Col.	25.7.1945–28.2.1946
Leo A. Swoboda	Lt.Col.	1.3.–30.7.1946
William T. Babcock	Col.	1.8.1946–31.8.1949
Alfred W. Moran		Juli 1948 -21.9.1949

Chief of Staff, Allied Kommandatura Berlin

John J. Maginnis	1945
C. H. Morgan	1945
Michael J. Krisman	1945/46
Jack J. Wagstaff	1946
Peter C. Bullard	1946–1948
Evan A. Taylor	1948/49

2. Administration Branch

Für die Verwaltungsangelegenheiten der Militärregierung wurde im Juli 1945 die Executive Section eingerichtet. Sie hieß ab Herbst 1946 Administrative und ab Sommer 1947 Administration Branch. An der Spitze der Abteilung stand der Executive Officer. Die Branch hatte zwei Unterabteilungen, die Liaison Section and Interpreters Pool und die Supply Section.

Neben Verwaltungsangelegenheiten war die Branch für die Koordinierung der Aktivitäten aller Fachabteilungen zuständig. Sie betreute einen Stab von Dolmetschern und Übersetzern für die Alliierte Kommandantur und für die einzelnen Branches. Sie unterhielt die Fahrbereitschaft, organisierte und überwachte den Einsatz der Fahrzeuge. Außerdem betrieb die Verwaltungsabteilung das Telegraphenbüro (Message Center) der Militärregierung.

Die Supply Section war für den Bürobedarf, für die Unterhaltung der Kantinen und für die Versorgung der Regierungsgebäude mit Kohle zuständig.

Übersicht 14: Personal der Administration Branch, OMGBS, 1945–1949

Executive Officer

Wilbur F. Maring	1945/46
James L. Kaiser	1946
Charles O. Buckland	1947/48
Roger F. Smith	1949
Joe F. Allison	1949

[2] Nach Ende der Militärregierung übernahm Babcock als Deputy Commissioner die Leitung des Berlin Elements der amerikanischen Hohen Kommission Bonn.

Assistant Executive Officer

Millard A. Alex	1945
Noel A. Neal	1946
Charles O. Buckland	1946
John E. Davisson	1947

Die Branch begann ihre Arbeit mit zwölf Offizieren, hatte Anfang 1947 26 und während der gesamten Militärregierungszeit 65 amerikanische Mitarbeiter.

3. Liaison Officers

Nach dem Einmarsch der Amerikaner hatte am 5. Juli 1945 ein aus jeweils durchschnittlich fünf Offizieren und fünf Mann bestehendes VBK Detachment[3] die Regierungsgewalt in den Bezirken Friedenau, Kreuzberg, Neukölln, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof und Zehlendorf übernommen. Nach dem Befehl Marschall Georgij K. Shukows, den Amerikanern erst nach Etablierung der Alliierten Kommandantur die Regierungsgewalt zu übergeben, weigerten sich die Sowjets, die Bezirksrathäuser zu verlassen. Bis zum 12. Juli bestanden damit zwei Militärgewalten in den Bezirken, was zu erheblichen Belastungen für die Bürgermeister und die deutsche Administration führte.

Wenige Tage nach Abzug der Sowjets ordnete die amerikanische Militärregierung am 15. Juli 1945 die Vereinigung des erst im Mai neu geschaffenen Bezirks Friedenau mit Schöneberg an. Am 28. Juli übernahm Schöneberg die Friedenauer Verwaltung.[4] Die amerikanischen Bezirkskommandanten waren den von den Sowjets eingesetzten Bürgermeistern und den Verwaltungen unmittelbar vorgesetzt. Sie nahmen nur wenige personelle Änderungen vor. Sie entließen einige Verwaltungsangestellte wegen Unfähigkeit, andere wegen ihrer Nazivergangenheit. In enger Zusammenarbeit mit den Abteilungen der Militärregierung waren die Kommandanturen in den Bezirken überwachend, kontrollierend und anregend tätig. Die Offiziere der Military Government Teams waren insbesondere für das Gesundheitswesen, für die öffentliche Sicherheit und für die Polizei zuständig. Außerdem fungierten sie als Richter und Staatsanwälte in den lokalen Militärgerichten. So bemühten sie sich um die Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung, ließen die Straßen vom Schutt räumen, eröffneten Krankenhäuser, Schulen und Flüchtlingslager, rekrutierten Arbeitskräfte, beschlagnahmten Grundstücke für militärische Zwecke, organisierten die Wiederherrichtung und die Verteilung von Wohnungen, überwachten die Lebensmittelrationierung und leiteten die Entnazifizierung ein.[5]

Mit der Genehmigung des vom Magistrat ausgearbeiteten Bezirksverfassungsstatuts am 12. September wurde die Bezirksverwaltung auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Im Zuge der besonders von Clay vertretenen USFET-Politik des Abbaus der

---

[3] Im Schriftverkehr werden die VBK Detachments auch Military Government Teams genannt. Über die Einrichtung der Military Government Teams vgl. Maginnis: Military Government Journal, S. 265 ff.

[4] Vgl. Berlin. Kampf um Freiheit, S. 130.

[5] Stellvertretend für die anderen Bezirke sei auf die besonders ausführliche Darstellung der Aktivitäten der Military Government Teams in Tempelhof verwiesen. OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. I, S. 64 – 122 und für die anderen Bezirke ebenda, Vol. II, S. 17 ff. (5/35–2/1).

militärischen Präsenz und der Übernahme von Selbstverwaltungsaufgaben durch Deutsche wurden ab Dezember 1945 die Bezirkskommandanturen aufgelöst.[6] Am 18. Dezember 1946 übergab die amerikanische Militärregierung die Verwaltungszuständigkeit in Kreuzberg dem Bezirksamt.[7] Es folgten am 1. Januar 1946 Neukölln, am 20. Januar Tempelhof, am 1. Februar Steglitz und Schöneberg-Friedenau und am 25. März Zehlendorf.[8] Das frei gewordene Personal übernahm das U. S. Hauptquartier und die zentrale Militärregierung. Da die Berliner nach dem Rückzug aus den Bezirken auch einen Rückzug der Amerikaner aus Berlin befürchteten, trat der Chef der Intelligence Section, Louis Glaser, umlaufenden Gerüchten öffentlich entgegen.[9]
Zur Überwachung der Verwaltung und zur Koordinierung der Aktivitäten zwischen der Militärregierung und den Bezirksämtern setzten die Amerikaner Verbindungsoffiziere (Liaison Officers) ein. Ihre Aufgabe setzte große Flexibilität voraus. Sie hielten den Kontakt zu den deutschen Politikern und Verwaltungsbeamten. Sie lenkten, rieten, warnten und versuchten, zwischen beiden Seiten eine Atmosphäre des guten Willens zu schaffen. Nach Bildung des West-Berliner Magistrats und nach Übertragung verschiedener Verantwortungsbereiche auf die deutschen Behörden wurde auch die amerikanische Präsenz in den Bezirken reduziert. Hatten seit 1947 Liaison Officers zeitweise schon zwei Verwaltungsbezirke gleichzeitig betreut, so wurde 1949 die Aufsicht über die sechs Bezirke schließlich nur noch von zwei Verbindungsoffizieren ausgeübt. Am Ende der Militärregierung, im September 1949, stellten auch sie ihre Tätigkeit ein.
Wie die anderen Alliierten richteten die Amerikaner auch ein Büro für einen Verbindungsoffizier im Neuen Stadthaus ein, der die Arbeit des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung überwachen sollte. Nach Zunahme der Spannungen zwischen den Sowjets und den Westmächten im Jahre 1947 änderte sich die Funktion des Verbindungsoffiziers von einem Kontrolleur zu dem eines Koordinators zwischen der amerikanischen Militärregierung und der deutschen Verwaltung. Der Liaison Officer versuchte, den Standpunkt der Amerikaner den Deutschen und den des Magistrats der Militärregierung verständlich zu machen. Nach der administrativen Spaltung der Stadt verlegten die Amerikaner am 3. Dezember 1948 ihr Verbindungsbüro vom Neuen Stadthaus im Ostsektor in das Schöneberger Rathaus in den amerikanischen Sektor. Die drei Westalliierten unterhielten bis zur Vereinigung Deutschlands und Berlins im Oktober 1990 Verbindungsoffiziere zum Senat und zum Abgeordnetenhaus.[10]

---

[6] Vgl. Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 405; Howley: Berlin Command, S. 212 und 224; ders: Mein vierjähriger Kampf mit den Roten, 3. Artikel, S. 12f. (Landesarchiv Berlin, Rep. 200, Acc. 2549, Nr. 146).

[7] Die Angaben über den Rückzug aus Kreuzberg differieren. Der Historical Report 1945/46, Vol. II, S. 12 (5/35–2/1) gibt den 11.12. und die Chronik (Berlin. Kampf um Freiheit, S. 296) den 18.12.1945 an.

[8] Wegen der amerikanischen Militäranlagen blieb das Military Government Team am längsten in Zehlendorf. Vgl. OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. II, S. 12 (5/35–2/1).

[9] Ebenda.

[10] Vgl. das Interwiew mit Karl C. Mautner vom 4. Mai 1981 (Landesarchiv Berlin, Rep. 37, Nr. 92); Schreiben der Alliierten Kommandantur Berlin an den Regierenden Bürgermeister zur Beendigung der alliierten Verantwortung für Berlin vom 2. 10. 1990 (Landesarchiv Berlin, Rep. 2, Nr. 3117).

Übersicht 15: Personal der VBK Detachments / Liaison Officers, OMGBS, 1945–1949

Kreuzberg

Merle H. Smith, Kommandant des VBK Detachments	1945
Frank R. Eyre, Liaison Officer	1945–1946
Christel J. Melchers, Liaison Officer	1947–1949

Neukölln

Alan L. Hart, Kommandant des VBK Detachments	1945
George F.Pawling, Kommandant des VBK Detachments	1945/46
George F. Pawling, Liaison Officer	1946
Matthew J. Kasprzycki, Liaison Officer	1946–1948
Walter J. Pugh, Liaison Officer	1948
Daniel J. Harkins, Liaison Officer	1948
Christel J. Melchers, Liaison Officer	1949

Schöneberg

John J. Maginnis, Kommandant des VBK Detachments	1945
James H. Nobles, Kommandant des VBK Detachments	1945
Charles C. Bond, Kommandant des VBK Detachments	1945/46
George F. Pawling, Liaison Officer	1946
John E. Davisson, Liaison Officer	1946
Christel J. Melchers, Liaison Officer	1947–1949

Steglitz

Elmer G. Stahl, Kommandant des VBK Detachments	1945
James M. Cerio, Kommandant des VBK Detachments	1945/46
Lee H. Burnham, Liaison Officer	1946/47
John E. Davisson, Liaison Officer	1947/48
Walter J. Pugh, Liaison Officer	1948/49

Tempelhof

Carlyle C. Ring, Kommandant des VBK Detachments	1945
Francis E. Brantley, Komm. des VBK Detachments	1945/46
Matthew J. Kasprzycki, Liaison Officer	1946–1948
Daniel J. Harkins, Liaison Officer	1948
Walter J. Pugh, Liaison Officer	1949

Zehlendorf

Daniel J. Horney, Kommandant des VBK Detachments	1945/46
John A. Sabo, Kommandant des VBK Detachments	1946
Lee H. Burnham, Liaison Officer	1946/47
John E. Davisson, Liaison Officer	1947/48
Walter J. Pugh, Liaison Officer	1949

Magistrat/Abgeordnetenhaus

John C. Joublanc, Liaison Officer	1945/46
James L. Kaiser, Liaison Officer	1946/47
Karl F. Mautner, Liaison Officer	1948–1958

4. Civil Administration and Political Affairs Branch

Für die Nachrichtenbeschaffung und für die Koordinierung der politischen Nachrichtendienste, des Counter Intelligence Corps, der G-2 Abteilung des Headquarters Berlin District und der Information Control Section, richtete die Militärregierung im Juli 1945 die Military Government Intelligence Section ein.
Für die Überwachung der deutschen Verwaltung und der politischen Parteien waren zunächst die Unterabteilungen der Legal Section, die Local Government and Administration Sub-Section und die Political Affairs Sub-Section zuständig. Beide Unterabteilungen wurden von Clarence Richmond geleitet.
Nach Abzug der Military Government Teams aus den Bezirken vereinigte die Militärregierung am 25. Januar 1946 die Local Government Sub-Section mit der Intelligence Section zur Civil Administration Branch. Chef der neuen Behörde wurde Louis Glaser, der schon die Nachrichtenabteilung leitete. Am 4. April erhielt die Abteilung die offizielle Bestätigung durch den Stadtkommandanten. Eine Kompetenzerweiterung erfuhr die Civil Administration Branch im Sommer 1946. Sie übernahm auch die Funktionen der Political Affairs Sub-Section und nannte sich nun Civil Administration and Political Affairs Branch. In dieser Form blieb die Abteilung bis zum Ende der Militärregierung bestehen.
Die Branch war zunächst in fünf Sections untergliedert:

Übersicht 16: Organisation der Civil Administration and Political Affairs Branch, OMGBS

- Government Affairs Section
- Political Affairs Section
- Intelligence Section (bis Sommer 1948)
- Information und Reports Section (bis Oktober 1946)
- Public Relations Section (bis Oktober 1946)

Die Branch zeigte eine bemerkenswerte personelle Stabilität. Während der gesamten Militärregierungszeit wechselte nur einmal der Abteilungsleiter, als Louis Glaser durch Harry L. Franklin ersetzt wurde.

Übersicht 17: Personal der Civil Administration and Political Affairs Branch, OMGBS, 1945–1949

Chief	
Louis Glaser	Jan. 1946–Juli 1948
Harry L. Franklin	Aug. 1948–Sept. 1949
Deputy Chief	
William F. Heimlich	1946/47
Harold E. Stearns	1948
John T. Butterwick	1948/49
Section Chiefs	
Sidney M. Aronovitz, Acting Chief, Military Government Intelligence Section	1945
Philip L. Barbour, Chief, Intelligence Section	1946–1948
Ulrich E. Biel, Chief, Polit. Aff. Section	1946–1949
Jackson W. Bosley, Chief, Inform. and Report Section	1946

Leon M. Heredia, Chief, Public Relations Section	1946
Louis Glaser, Chief, Military Government Intelligence Section	1945
Harold E. Stearns, Chief, Intelligence Section	1948
Chief, Intelligence Branch	1948/49

Insgesamt arbeiteten circa 15 Amerikaner in der Abteilung. Im Sommer 1949 waren es noch fünf Amerikaner und fünf Deutsche. Wegen der Komplexität der interalliierten Regierung war es nötig, Informationen über alle Bereiche des öffentlichen Lebens zu sammeln, um sie der amerikanischen Militärregierung in Form von Berichten, Statistiken und Tabellen für ihre Tätigkeit in der Alliierten Kommandantur zur Verfügung zu stellen. Louis Glaser institutionalisierte seit dem 4. Juli 1945 ein System der Berichterstattung, das alle Funktionen der Militärregierung abdeckte. Von allen Abteilungen, von den Military Government Teams in den Bezirken und von der Intelligence Einheit des U.S. Headquarters empfing er täglich Berichte, die er zusammenfaßte und dem Direktor sowie dem Stadtkommandanten vorlegte. Nachdem sich das System der Militärregierung eingespielt hatte, wurden nur noch wöchentlich Berichte angefertigt. Ein Quartalsbericht im Herbst 1945 und zwei Sechsmonatsberichte im Januar und im Sommer 1946 faßten alle Nachrichten zusammen. Nachdem die Information Control Einheit vom U.S. Headquarters als Information Services Control Section im Dezember 1945 von der Militärregierung übernommen wurde, konnte die Military Government Intelligence Section einige Funktionen abgeben. Dazu gehörte vor allem die Überwachung der öffentlichen Medien. Zunächst blieb die Intelligence Section für die Koordination der Nachrichtendienste als Unterabteilung der Civil Administration Branch bestehen. Als jedoch in der Krisensituation nach der Währungsreform und der Blockade die Nachrichtenbeschaffung von entscheidender Bedeutung wurde, richtete die Militärregierung im Sommer 1948 dafür eine selbständige Abteilung ein. Zum Leiter der Intelligence Branch ernannte sie den ehemaligen Section Chief Harold E. Stearns.

Die Civil Administration Branch war mit ihrem Leiter in dem Local Government Committee der Alliierten Kommandantur vertreten. Sie beriet den Stadtkommandanten und die U.S. Vertreter in den Viermächtegremien in politischen und administrativen Angelegenheiten. Sie ergriff Maßnahmen zur Durchführung der amerikanischen Politik, hielt die Verbindung zu den Liaison Officers in den Bezirken und wirkte bei der Einsetzung und Entlassung von deutschen Politikern mit. Sie erarbeitete Pläne für die Demokratisierung der Verwaltung und überwachte die Abstimmungen. Um die Demokratisierung der Gesellschaft voranzutreiben, lizenzierte und überwachte die Abteilung die politischen Parteien und Verbände, genehmigte Versammlungen und kontrollierte die Politiker.

Die bereits vorliegende neue Verfassung, die den für die Sowjets so bequemen Artikel 36 nicht mehr enthielt, konnte im Sommer 1948 auf Grund des Auseinanderbrechens der Viermächteverwaltung nicht genehmigt und in Kraft gesetzt werden. Die Civil Administration Branch der amerikanischen Militärregierung half nun aktiv bei der Etablierung der Verwaltung in den Westsektoren sowie bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen im Dezember 1948. Mit den anderen Westalliierten erarbeitete sie im Civil Administration Committee der nach dem Auszug der Sowjets reaktivierten Kommandantur das sogenannte „Kleine Besatzungsstatut".

5. Public Relations, Statistical and Historical Branch

Während der Potsdamer Konferenz, Ende Juli 1945, stellten sich General Parks und Oberst Howley den Fragen der angereisten Journalisten. Diese kritisierten heftig die Art und Weise, wie die Militärregierungsangelegenheiten behandelt wurden. Aufgrund dieser Kritik ordnete General Parks am 25. Juli 1945 die Einrichtung eines Büros für Public Relations an, das im Rahmen des U.S. Headquarters alle Nachrichten über die Militärregierung der Presse zugänglich machen sollte. Leiter des Büros wurde Major Marion S. Coleman. Als Mitarbeiter wurden ihm ein Offizier und zwei Mann zur Verfügung gestellt. Das Public Relations Office arbeitete eng mit den Abteilungsleitern der Militärregierung zusammen und gab in regelmäßigen Abständen Presseinformationen über deren Arbeit heraus.

Im Januar 1946 richtete die Militärregierung eine eigene Public Relations Abteilung ein und ordnete sie als Section der neu gebildeten Civil Administration Branch zu. Leiter der Öffentlichkeitsabteilung wurde Colemans Assistent Leutnant Leon M. Heredia.

Kurz nach dem Umzug der Militärregierung in die Grunewaldstraße bereitete die Abteilung die am 27. Februar 1946 eröffnete Ausstellung über die ersten sechs Monate der amerikanischen Besatzungspolitik vor. Am 20. April 1946 arrangierte sie die erste Pressekonferenz für deutsche Journalisten.

Im Laufe der nächsten Monate gewann die Militärregierung die Überzeugung, daß alle Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit zusammengefaßt werden sollten, um eine Duplizität der drei für Presseangelegenheiten zuständigen Agenturen[11] zu vermeiden und um dem beginnenden Propagandakrieg der Sowjets und der ostdeutschen Medien adäquat begegnen zu können. Im Herbst 1946 wurde deshalb die Public Relations Section und die Information and Reports Section der Zuständigkeit der Civil Administration Branch entzogen und unter dem Namen Public Relations, Statistical and Historical Branch zu einer selbständigen Abteilung zusammengefaßt und unmittelbar dem Direktor unterstellt. Am 8. Oktober 1946 wurde Leutnant Heredia auch zum offiziellen Historiker der Berliner Militärregierung ernannt.[12]

Übersicht 18: Personal der Public Relations, Statistical and Historical Branch, OMGBS, 1946–1949

Chief	
Leon M. Heredia	1946/47
Frederick W. Shaw	1948/49
Assistant to the Chief	
James Munford	1946
Leon H. Durst	1946/47
Lowell L. Bennett	1948/49
Jackson W. Bosley, Reports Off.	1946/47
Lyndal M. Davis, Ass.Hist.and Adm.Officer	1946–1949
Arthur D. Reed, Reports Officer	1948/49

[11] Neben der Public Relations Section der Civil Administration Branch waren für Presseangelegenheiten auch die Information Services Control Branch und das Public Relations Office des U.S. Headquarters zuständig.

[12] Vgl. OMGBD: Historical Report 1945/46, S. 223 (5/35–2/1).

Die Abteilung begann im Januar 1946 ihre Arbeit mit zwei Offizieren und einem Mann. Während der gesamten Militärregierungszeit arbeiteten insgesamt elf Amerikaner in der Abteilung.
Eine der wichtigsten Arbeiten der neu gebildeten Abteilung war die Herausgabe des dritten Sechsmonatsberichts, der den Zeitraum vom 4. Juli 1946 bis zum 1. Januar 1947 behandelte. Neben der üblichen Verteilung wurde er nur der amerikanischen Presse zugänglich gemacht; er erwähnte zum ersten Mal den Gegensatz zu den Sowjets.
Zu den weiteren Aufgaben der Abteilung gehörten die Auswertung der Berliner Presse und die Analyse der Sendungen des Berliner Rundfunks, Vorbereitung der Pressekonferenzen, Betreuung der ausländischen Journalisten und Verleger, Kontakte zu Presseagenturen, Sammeln von statistischem Material, Publizierung der Militärregierungsverlautbarungen, Verbreitung der Statements des Stadtkommandanten und des Direktors von OMGBS nach Kommandantursitzungen, Koordinierung und Veröffentlichung der wöchentlichen, monatlichen und halbjährlichen Abteilungsberichte, Beschreibung der Geschichte und der Funktionen der einzelnen Branches. Jeder der vier leitenden Mitarbeiter betreute die Presseveröffentlichungen mehrerer Fachabteilungen. Der Abteilungsleiter war für den Bericht des Director's Office, der Civil Administration Branch und der Liaison Officers zuständig. Den ersten Historical Report, der den Zeitraum vom 4. Juli 1945 bis zum 30. Juni 1946 behandelt, schrieb Heredia in Zusammenarbeit mit Lyndal M. Davis.

6. Monuments, Fine Arts and Archives Branch

Da 15 von 17 Berliner Museen früher in staatlichem Besitz waren, kümmerte sich zunächst die Monuments, Fine Arts and Archives Branch der U. S. Gruppe des Kontrollrates um die Kunstobjekte der Stadt. Ihre Mitarbeiter, Calvin S. Hathaway und John M. Brown, fertigten schon im Juli 1945 eine Liste aller zu schützenden Sammlungen an, um sie vor weiterem Verfall und Verlust zu sichern.
Die Kunstabteilung der Berliner Militärregierung war zunächst als Sub-Section bei der Military Government Intelligence Section angesiedelt. Sie gewann jedoch durch die Fülle der Arbeit in den ersten Wochen so viel Eigengewicht, daß sie im Herbst 1945 zu einer selbständigen Abteilung umgebildet wurde. Zum Leiter ernannte die Militärregierung Norman T. Byrne. Aufbauend auf die bereits vorliegende grobe Übersicht fertigte er mit einem weiteren Offizier und zwei amerikanischen Gehilfen eine Liste sämtlicher zu schützender Denkmäler, Gebäude und Kunstobjekte an, damit entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden konnten.
Zu den weiteren Aufgaben der Abteilung gehörte:

a) Kontrolle und Verwaltung des von der Militärregierung beschlagnahmten Eigentums,
b) Suche nach gestohlenen Kunstobjekten und deren Rückgabe an die rechtmäßigen Besitzer,
c) Durchführung des Gesetzes Nr. 52, soweit kulturelle Objekte betroffen waren,
d) Verwaltung der Berliner Kunstsammlungen,
e) Teilnahme an den Sitzungen des Monuments and Fine Arts Committee der Kommandantur.

Als der Chef der Branch im Sommer 1946 von einem Amerikaaufenthalt nach Berlin zurückkehrte, wurde er wegen Verdachts des Diebstahls von Berliner Kunstgegen-

ständen angeklagt und verhaftet. Die Abteilung wurde der Aufsicht der OMGUS-Zentrale unterstellt, deren Monuments and Fine Arts Officer, Herbert S. Leonard, nun sämtliche Aufgaben erledigte. Erst am 16. März 1947 übernahm die Berliner Militärregierung wieder die Verantwortung für die Kunstsammlungen und übertrug sie im Juli 1947 der Information Services Control Branch.
Nach Bildung der West-Berliner Stadtregierung, im Januar 1949, wurde die volle Verantwortung für diesen Bereich dem Magistrat übertragen.

7. Information Services Branch

Für die Informations- und Nachrichtenkontrolle war zunächst die G-2 Abteilung des Headquarters Berlin District zuständig. In ihrem Rahmen begann am 6. Juli 1945 das Information Services Control Detachment zu arbeiten. Unter dem Namen Information Services Control Section wurde es am 10. Dezember 1945 der Militärregierung unterstellt. Ab 15. April 1946 nannte sich die Abteilung abwechselnd Information Services Control Branch oder Information Control Division, seit Ende 1946 nur noch Information Control Branch. Als im Herbst 1948 dem Berliner Magistrat immer mehr Verantwortung übertragen wurde, wechselte die Abteilung noch einmal den Namen in Information Services Branch und blieb nun unverändert bis zum Ende der Militärregierung bestehen.
Die Abteilung war in folgende Sections untergliedert:

Übersicht 19: Organisation der Information Services Branch, OMGBS, 1945–1949

- Film Section
- Press Section
- Radio Section (bis Juli 1949)
- Publications Section
- Theater and Music Section (bis Dezember 1948)
- U.S. Information Centers Section (ab Sommer 1948)
- Documentation Section (ab Sommer 1948)

1948 traten verschiedene Änderungen in Kraft. Die Press und die Publications Section wurden zusammengelegt sowie die U.S. Information Centers Section und die Documentation Section neu eingerichtet. Die Documentation Section sollte während der Blockade täglich die sowjetischen Maßnahmen gegen die Bevölkerung und die Westalliierten für die Militärregierung zusammenstellen und analysieren. Im Dezember 1948 wurde schließlich die Theater and Music Section der Education and Cultural Relations Branch angegliedert.
Die besondere Bedeutung, die die Militärregierung der Informationsabteilung bei der Überwachung des Berliner öffentlichen Lebens beimaß, geht aus der Zahl der Mitarbeiter hervor. Mit Ausnahme der Wirtschaftsabteilung stand keiner Branch so viel Personal zur Verfügung. Sie begann ihre Arbeit mit 27 amerikanischen Offizieren und Zivilisten sowie 90 Deutschen. Während der gesamten Militärregierungszeit arbeiteten insgesamt 46 Amerikaner in der Abteilung. Im Sommer 1949 waren es noch neun Amerikaner und 33 Deutsche.

Übersicht 20: Personal der Information Services Branch, OMGBS, 1945 – 1949

Chief	
Frederick N. Leonard	Juli 1945 – Nov. 1947
Brune Buttles	Jan. 1948 – Juni 1948
Thomas R. Hutton	Juli 1948 – Juli 1949
Kenneth T. Downs	Aug. 1949 – Sept. 1949
Deputy Chief	
Michael Josselson	1947/48
Kenneth T. Downs	1948/49
Glenn R. Parson	1949

Section Chiefs	
Lawrence P. Bachmann, Chief, Film Section	1949
John Bitter, Chief, Theater and Music Section	1945–1948
Fred B. Bleistein, Chief, Publications Section	1946–1948
Marion S. Coleman, Acting Chief, Press and Publications Section	1949
Ernest J. Colton, Director of U.S. Information Center	1946
Peter van Eyck, Chief, Film Section	1946
Bert S. Fielden, Chief, Press Section	1946–1948
Harry N. Frohman, Acting Chief, Radio Section	1947
Elisha Greifer, Deputy Chief, Publications Section	1946/47
Henry Herz, Chief, Public Opinion Survey Sub-Section	1946–1948
William F. Heimlich, Chief, Radio Section	1948
Director RIAS, ISB OMGBS	1948/49
Director RIAS, ISD OMGUS	1949 (ab Juli)
Michael Josselson, Chief, Personnel Control and Public Opinion Survey Sub-Section	1946/47
Christopher A. Legge, Chief, U.S. Information Centers Section	1948/49
Peter de Mendelssohn, Press Officer	1945
Ruth Norden, Chief, Radio Section	1946/47
Glenn R. Parson, Chief, Press and Publications Section	1948/49
Raymond Simon, Chief, Berlin Press Review Sub-Section	1946–1948
Carl Winston, Chief, Film Section	1946–1948

Die Informationskontrollabteilung der Militärregierung überwachte die deutschen Medien und das gesamte Kulturleben. Sie kontrollierte den Film, den Funk, die Presse, die Publikationen und die Theater. Ihr Auftrag bestand darin, die Medien so zu lenken, daß der Bevölkerung eine demokratische Orientierung vermittelt und allen totalitären Tendenzen entgegengewirkt werden sollte. Sie förderte deshalb den freien Gedankenaustausch und den freien Zugang zu den öffentlichen Informationen. Die Branch errichtete Amerika-Häuser und organisierte Vorträge und Ausstellungen über alle Aspekte des Lebens in den Vereinigten Staaten.

Um sich über die demokratische Entwicklung der Bevölkerung einen genauen Überblick zu verschaffen, wurden regelmäßig Befragungen durch die Public Opinion Survey Unterabteilung veranstaltet.

Am Beginn der Abteilungsarbeit stand zunächst die strenge Auswahl der für die Medien verantwortlichen Personen. Jede neu herausgegebene Zeitung, jeder Verlag und jede Buchhandlung mußte eine Lizenz bei der Militärregierung beantragen, die mit Hilfe des Berlin Document Center[13] und des Counter Intelligence Corps jeden Lizenzträger genau überprüfte.

[13] Im Berlin Document Center verwalten die Amerikaner die Mitgliederkartei der NSDAP und einige Bestände von NS-Organisationen. Vgl. Berliner Archive, [4]1992, S. 31.

Die Militärregierung vermied in den meisten Fällen ein hoheitliches Eingreifen in Form einer direkten Zensur. Ihre Mitarbeiter von Information Control klärten zunächst in Gesprächen die allgemeinen Grundsätze und ließen sich die Druckerzeugnisse erst nach der Veröffentlichung vorlegen. Bei Abweichungen von der vorgegebenen Linie riskierten die Betroffenen eine Rüge und im Wiederholungsfall den Entzug der Lizenz.
Nachdem es nicht gelang, den Berliner Rundfunk unter Viermächteverwaltung zu bringen und die einseitige kommunistische Propaganda zu unterbinden, errichtete die Militärregierung am 7. Februar 1946 im Telefunkenhaus in Lichterfelde den Drahtfunk im amerikanischen Sektor (DIAS). Die Station, die sich ab September 1946 Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS) nannte, wurde in den nächsten Monaten zum wichtigsten Propagandainstrument der amerikanischen Militärregierung ausgebaut. Im Juli 1948 bezog der RIAS das Haus in der Kufsteiner Straße in Schöneberg und weitete seine Sendezeit auf 24 Stunden pro Tag aus. Damit war der RIAS, in dem nun 600 Deutsche und vier Amerikaner arbeiteten, zu einem entscheidenden Faktor im Kampf gegen den Kommunismus geworden. Wegen dieser überregionalen Bedeutung wurde die Verantwortung für den RIAS im Sommer 1949 von der Information Services Branch Berlin Sector zur Information Services Division, OMGUS, transferiert.
Wie bei den Publikationen und dem Funk legte die Militärregierung großen Wert auf die Überwachung der Filmproduktion und der Filmvorführungen. Wenn auch die Information Control Division von OMGUS für die Filmzensur verantwortlich war, so lizenzierte und überwachte die Information Control Branch Berlin Sector jedoch die Kinos und beschaffte die Filme. Gemeinsam mit dem Documentary Film Unit von OMGUS produzierte Information Control während der Blockade eine spezielle Berliner Wochenschau, die „Welt im Film", die zur Stärkung der Moral beitragen sollte. Das Material lieferte die neu eingerichtete Documentation Section.
Mit der neuesten amerikanischen Literatur, die während des Dritten Reiches verboten war, machte das im Februar 1946 in der Kleiststraße eröffnete U.S. Informationszentrum bekannt. Einen ähnlichen Zweck erfüllten die Bühnen im amerikanischen Sektor. Im August 1945 erhielt das Hebbel-Theater und im November das Schloßpark-Theater die Genehmigung zur Wiedereröffnung. Es folgten bis zum Sommer 1946 fünf weitere Bühnen.
Für die Zulassung der Schauspieler und für deren Einreise aus anderen Teilen Deutschlands war das Cultural Affairs Committee der Alliierten Kommandantur zuständig. Ihm gehörte der jeweilige Chef der Information Control Branch an oder stellvertretend für ihn der Chef der Theater and Music Section.

8. Communications Branch

Zur Überwachung des Berliner Kommunikationssystems richtete die amerikanische Militärregierung im Juli 1945 die Communications Section, ab Frühjahr 1946 die Communications Branch ein. Die Abteilung blieb unverändert bis zum Ende der Militärregierung bestehen.
Die Branch begann ihre Arbeit mit drei Offizieren. Während der vier Besatzungsjahre arbeiteten insgesamt nur zehn Amerikaner in der Nachrichtenabteilung. Sie gehörte damit zu den kleinsten Besatzungsbehörden.

Übersicht 21: Personal der Communications Branch, OMGBS, 1945–1949

Chief	
Alan H. Westervelt	Juli 1945 – Nov. 1947
Harvey P. Wingate	Nov. 1947 – Juni 1948
John H. Gayer	Juli 1948 – Sept. 1949
Deputy Chief	
Arthur F. Draper	1945/46
Charles R. Ballard	1946 – 1949

Als die Communications Branch im Juli 1945 ihre Tätigkeit aufnahm, befand sich die Berliner Post in einem entmutigenden Zustand. Die im U.S. Sektor gelegenen 28 Fernsprechämter waren durch die Kriegszerstörungen und die sowjetischen Demontagen außer Betrieb, alle Postämter geschlossen, das gesamte Transportsystem der Reichspost zusammengebrochen. Viele Postangestellte waren geflohen, andere durften wegen ihrer Vergangenheit nicht arbeiten. Das Kommunikationssystem war vollkommen paralysiert.

Die Communications Branch versuchte, so schnell wie möglich die notdürftige Wiederherstellung der Posteinrichtungen zu organisieren, um die Grundbedürfnisse der Verwaltung und der Industrie zu befriedigen. Zunächst wurden das große Paketpostamt in Schöneberg und die acht Postzweigämter im U.S. Sektor repariert und geöffnet. Nachdem sich die Alliierten im Postal, Telephone and Telegraph (PTT) Committee der Kommandantur über die Herausgabe einer neuen „Stadt Berlin Briefmarke" geeinigt hatten, konnte der allgemeine Postservice am 2. August 1945 wieder aufgenommen werden. Zunächst war nur die Versendung von Postkarten und unverschlossenen Briefen erlaubt. Am 15. Oktober 1945 wurde der Postverkehr mit der Sowjetzone und am 24. Oktober 1945 mit allen Besatzungszonen aufgenommen.

Nach der anfänglichen Harmonie im PTT Committee beeinträchtigte seit Anfang 1947 der beginnende Kalte Krieg auch dort die Zusammenarbeit unter den Alliierten. Im November blockierten die Sowjets die Konten des im Ostsektor gelegenen Postscheckamtes, und die Reichsbahn lehnte es auf ihr Betreiben ab, notwendige Waggons für den Westtransport von Paketen zur Verfügung zu stellen. Die Sowjetische Militäradministration errichtete schließlich im Ostsektor ein eigenes Paketpostamt und forderte die Bevölkerung auf, die Pakete dort aufzugeben. Alle diese Maßnahmen waren Vorboten der geplanten Blockade, und die Communications Branch suchte im Einvernehmen mit den Briten und Franzosen nach Wegen, den Postverkehr dennoch aufrechtzuerhalten.

Nach Verhängung der Blockade antworteten die Westmächte mit einer Gegenblockade. Briefe mußten nun durch kommerzielle Fluggesellschaften befördert werden, während der Paketservice zwischen Berlin und Westdeutschland fast zum Erliegen kam. Erst nach Aufhebung der Blockade im Mai 1949 und nach Beendigung des Eisenbahnerstreiks[14] Ende Juni 1949 konnte allmählich ein normaler Postverkehr wieder aufgenommen werden.

---

[14] Im Mai 1949 begannen die Eisenbahner, die in West-Berlin wohnten, aber bei der unter östlicher Regie stehenden Reichsbahndirektion arbeiteten, einen Streik, um die Auszahlung von 60% ihrer Gehälter und Löhne in Westmark zu erreichen. Die Besetzung der West-Berliner Bahnhöfe durch östliche Bahnpolizei führte zu schweren Zusammenstößen mit den Streikenden. Der Streik endete am 28. Juni mit der Zusage der Reichsbahndirektion, 60% der Gehälter in DM (West) auszuzahlen. Vgl. Berlin. Ringen um Einheit, S. 16f.

Aus militärischen Gründen unternahm die Communications Branch im Sommer 1945 große Anstrengungen, um das Telefonnetz wieder aufzubauen. Sie fand in der Nähe des U.S. Hauptquartiers ein Fernamt, ließ es reparieren und stellte es dem Signal Corps zur Verfügung. Es folgte die Wiederherstellung der übrigen vier Fernsprechämter, so daß auch einige wenige bevorzugte Deutsche einen privaten Anschluß erhalten konnten. Der Interzonentelefonverkehr wurde am 7. Februar 1946 vom Berliner Fernamt aufgenommen, zuerst in die Sowjetzone und danach auch nach Westdeutschland.

9. Legal Branch

Die Legal Section, ab April 1946 Legal Branch, begann ihre Arbeit am 3. Juli 1945 und blieb bis zum Ende der Militärregierung bestehen. Sie hatte zunächst drei Unterabteilungen:

Übersicht 22: Organisation der Legal Branch, OMGBS, 1945–1949

- Local Government and Administration Section (bis Januar 1946)
- Political Affairs Section (bis Sommer 1946)
- Courts Section.

Die Courts Section war wiederum unterteilt in die Military Government Courts Sub-Section und die German Courts Sub-Section. Leiter der Rechtsabteilung war zunächst Hauptmann Sigmund W. Fischer, der im Sommer 1946 von Wesley F. Pape abgelöst wurde. Pape blieb bis zum September 1949 Chef der Legal Branch.

Übersicht 23: Personal der Legal Branch, OMGBS, 1945 – 1949

Chief

Sigmund W. Fischer	Juli 1945 – April 1946
Wesley F. Pape	Juli 1946 – Sept. 1949

Deputy Chief

Wesley F. Pape	Juli 1945 – Juni 1946
Arthur A. Birnkrant	Juli 1946 – Sept. 1949

Legal Officer

George W. Brossard, Chief Prosecutor	1947/48
Leroy J. Knettle, Investigator and Prosecutor	1945/46
Maxwell Miller, U.S. Director Spandau Allied Prison	1948/49
John F. McNeill, Chief, German Courts Sub-Section	1945–1947
Adolph J. Radosta, Chief, German Courts Sub-Section	1948/49
Clarence Richmond, Chief, Local Government Section and Political Affairs Section	1945/46
John A. Sabo, Chief, Courts Section	1945–1948
Roger F. Smith, U.S. Director Spandau Allied Prison	1949
Leo A. Swoboda, Chief, Military Government Courts Sub-Section	1946–1948
Fred A. Tappan, Chief, German Courts Sub-Section	1947/48

Die Branch begann ihre Arbeit mit zwölf Offizieren, fünf Soldaten und 19 Deutschen. Im Sommer 1949 waren es noch neun Amerikaner und zehn Deutsche. Während der gesamten Militärregierungszeit arbeiteten insgesamt 36 Amerikaner für die Rechtsab-

teilung. Das Büro der Behörde befand sich in Berlin-Lichterfelde, Ringstraße 9. In den Aufgaben der Legal und Public Safety Branch manifestierte sich die ganze Strenge des Besatzungsregimes. Es war das Ziel der Militärregierung, ein Rechtssystem zu etablieren, das die Voraussetzungen für die demokratische Entwicklung der Gesellschaft schaffen sollte. Die Legal Branch überwachte alle deutschen Gerichte und Gefängnisse sowie die von der amerikanischen Besatzungsmacht errichteten Militärgerichte. Sie traf eine strenge Auswahl unter dem Gerichtspersonal. Da sich die Alliierten die unmittelbare Aufsicht über die Justiz vorbehalten hatten, gab es zunächst keinen zuständigen Stadtrat.[15] Die Weisungen an die Richter und Staatsanwälte des Kammer- und Landgerichts kamen direkt von der Kommandantur, für das Personal in den Amtsgerichten des amerikanischen Sektors von der Legal Branch. Die Rechtsabteilung überprüfte außerdem die deutsch-amerikanischen Heiraten, unterbreitete dem Direktor der Militärregierung Empfehlungen in Gnadensachen, beaufsichtigte den amerikanischen Direktor des Spandauer Gefängnisses und vertrat die Militärregierung im Legal Committee der Alliierten Kommandantur.
Es lassen sich in der Entwicklung des Berliner Justizwesens drei Phasen erkennen:

1. Vom Beginn der Besetzung bis zu den Wahlen im Oktober 1946: Die Amerikaner übernahmen die alleinige Verantwortung für das Rechtssystem in ihrem Sektor, abgesehen von den Bereichen, die Berlin insgesamt betrafen.
2. Nach den Wahlen vom Oktober 1946 wurden den Deutschen einzelne Verwaltungsfunktionen übertragen. An der strengen Überwachung des Justizwesens und der sorgfältigen Auswahl des Personals änderte sich jedoch nichts. Diese Phase ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß die Sowjets durch ihr Veto in der Alliierten Kommandantur die Einführung ihnen mißliebiger Gesetze blockierten.
3. Die Sowjets verließen im Juni 1948 die Alliierte Kommandantur. Die blockierten Gesetze konnten nun erlassen werden. Die Verantwortung für die Justizverwaltung wurde den Deutschen am 14. Mai 1949 mit Ausnahme der im „Kleinen Besatzungsstatut" formulierten Vorbehalte übertragen.

Nach Übernahme ihres Sektors richtete die amerikanische Militärregierung ein dreistufiges Militärgerichtssystem ein: in jedem Bezirk einen Summary Military Government Court, für den amerikanischen Sektor insgesamt zwei Intermediate Military Government Courts sowie einen General Military Government Court. Einer der Intermediate Courts wurde nach wenigen Wochen aufgelöst, alle übrigen Gerichte sind 1946 wegen der besseren Effektivität und aus Personalmangel im Gebäude Ringstraße 9 in Lichterfelde zusammengelegt worden. Die Militärgerichte waren für alle Straftaten gegenüber den Alliierten zuständig. Es handelte sich im wesentlichen um Fragen von illegalem Waffenbesitz, um illegale Herstellung von Kriegsmaterial, um Entführungen von Alliierten und um Morddelikte.
Diese Gerichtsordnung wurde am 2. November 1948 durch das neue Distriktgerichtssystem ersetzt, das die Military Government Courts der Legal Division von OMGUS direkt unterstellte. Auf Weisungen des U.S. Headquarters in Frankfurt wurde am 5. Dezember 1945 außerdem ein Military Government Security Review Board eingerichtet, der als Appellationsinstanz für Personen, die aus Sicherheitsgründen in Haft gehalten wurden, und als oberste Entnazifizierungsbehörde fungierte. Nach Etablie-

[15] Der 3. Bürgermeister Paul Schwenk war vom 17.12.1945 bis zum 13.2.1946 Stadtrat für Recht. Am 16.1.1947 wurde Thomas Schaefer zum Leiter der Abteilung Recht gewählt. Am 5.2.1947 erklärte er aus Gesundheitsgründen seinen Rücktritt. Zum Nachfolger wurde am 3.4.1947 Valentin Kielinger gewählt.

rung des Entnazifizierungssystems am 10. März 1946 wurde seine Zuständigkeit auf die Appellationen begrenzt. Der Military Government Security Board bestand aus vier Mitgliedern, die vom Direktor der Militärregierung ernannt wurden. Er entschied, ob die eingereichte Appellation behandelt oder an einen der sechs deutschen, in den Bezirken eingerichteten District German Security Review Boards[16] überwiesen wurde. Die Boards gaben Empfehlungen, ob die betreffenden Personen entlassen oder weiter in Haft gehalten werden sollten. Der Military Government Security Board folgte in den meisten Fällen diesen Empfehlungen, nachdem er zuvor jedoch Erkundigungen vom Berlin Document Center, vom Counter Intelligence Corps des Headquarters und von der Special Branch Section der Public Safety Branch eingeholt hatte.

Wenige Wochen nach der Kapitulation hatten die Sowjets 21 deutsche Amtsgerichte eingerichtet. Sechs Gerichte amtierten im amerikanischen Sektor. Die Amerikaner lösten sofort das Amtsgericht Friedenau auf und übertrugen dessen Funktionen dem Amtsgericht Steglitz. Außerdem beschränkten sie die Kompetenz der Amtsgerichte, indem sie am 6. August für die wichtigeren Fälle und für Appellationen ein Landgericht schufen.

Um einheitliche Regelungen für Gesamtberlin zu treffen, setzte das Legal Committee der Kommandantur eine deutsche Juristenkommission ein, die Pläne für die Rekonstruktion des deutschen Rechtssystems, wie es bis 1933 bestand, erarbeiten sollte. Aufgrund der Kommissionsempfehlungen einigten sich die Alliierten in der Kommandantur am 15. Oktober 1945 auf ein dreistufiges System. Die Zahl der Amtsgerichte wurde von 20 auf 14 reduziert, die fünf im amerikanischen Sektor (Steglitz, Zehlendorf, Schöneberg, Neukölln und Tempelhof/Kreuzberg) blieben jedoch bestehen. Das von den Amerikanern eingerichtete Landgericht in der Argentinischen Allee war für die gesamte Stadt zuständig. Als Oberlandesgericht wurde das Kammergericht wiederhergestellt, das ein Gebäude im sowjetischen Sektor, in der neuen Friedrichstraße, zugewiesen bekam.[17] Die Gefängnisse wurden wieder dem Generalstaatsanwalt, der seine Weisungen vom Legal Committee erhielt, unterstellt. Da sich die Alliierten nicht auf die Schaffung von Verwaltungsgerichten einigen konnten, richtete die Legal Branch der amerikanischen Militärregierung Verwaltungsgerichte in den fünf Amtsgerichten und ein Bezirksgericht in der Lindenthaler Allee ein, das als Appellationsinstanz diente. Die Verwaltungsgerichte im amerikanischen Sektor waren die ersten, die im Nachkriegsdeutschland errichtet wurden.

Das Legal Committee der Kommandantur kontrollierte alle für Gesamtberlin zuständigen Gerichte und Gefängnisse, ebenso auch das Kriegsverbrechergefängnis in Spandau. Es ernannte, beförderte und entließ die Richter und Staatsanwälte. Es genehmigte die Niederlassung der Rechtsanwälte und Notare und überwachte die neu errichtete Anwaltskammer. Für diese Aufgaben berief das Legal Committee eine „Special Commission", die als Sub-Committee einige Zeit bestand.

Wegen der ständigen sowjetischen Interventionen wurden am 4. Februar 1949 das Kammergericht und die Staatsanwaltschaft in den Westsektor verlegt. Die Legal Branch der amerikanischen Militärregierung konnte nun in Absprache mit den Briten und Franzosen Maßnahmen zur schnelleren Einstellung von Richtern und Staatsanwälten ergreifen.

---

[16] Die District German Security Review Boards führten entsprechend der von der Kommandantur festgelegten Prozedur die Entnazifizierung durch. Siehe die Beschreibung der Public Safety Branch.

[17] Das ehemalige Kammergerichtsgebäude in der Elßholzstraße diente als Sitz des Alliierten Kontrollrates.

Mit dem „Statement of Principles" übergaben die Alliierten der Stadtverwaltung die Verwantwortung für die Justiz, behielten sich aber bestimmte Rechte vor. Zwar mußten alle Gesetze dem Legal Committee der Kommandatur, die im Dezember 1948, sechs Monate nach dem Auszug der Sowjets, reaktiviert worden war, vorgelegt werden; sie traten jedoch, wenn kein Einspruch erfolgte, 21 Tage danach in Kraft.

10. Public Safety Branch

Wie die Mehrzahl der anderen Abteilungen nahm die Public Safety Section am 4. Juli 1945 ihre Arbeit in Berlin auf. Im April 1946 wurde sie in Public Safety Branch umbenannt und blieb bis zum Ende der Militärregierung bestehen. Nach der räumlichen Trennung von der Armeeführung zog die Abteilung für öffentliche Sicherheit in die Steglitzer Rothenburgstraße.
Die Branch war in vier Sections untergliedert:

Übersicht 24: Organisation der Public Safety Branch, OMGBS, 1945–1947

- Police Section
- Fire Section (ab 1948 Administration and Fire Section)
- Special Branch Section (bis 1948)
- Investigation Section (ab 1947)

Übersicht 25: Personal der Public Safety Branch, OMGBS, 1945–1949

Chief	
Robert W. Chamberlin	1945/46
William T. Babcock	1946
Harrison G. Williams	1946/47
Ray Ashworth	1947–1949
Section Chiefs	
Charles C. Bond, Deputy Chief and Chief, Police Section	1946–1949
William O. Davis, Chief, Police Section	1945/46
Ulrich R. Gress, Chief, Special Branch Section	1947/48
H. H. Hespe, Chief, Special Branch Section	1945/46
Velimir N. Kovacik, Chief, Special Branch Section	1948
Ernest K. Neumann, Chief, Special Branch Section	1945
Adolph J. Radosta, Chairman, Military Government Security Review Board	1946/47
Donald D. Scarborough, Chief, Police Section	1945
John P. M. Schmidt, Chief, Fire Section	1947/48
Carl E. Westrum, Chief, Investigation Section	1947–1949

Die Bedeutung der Branch läßt sich an der großen Zahl der Mitarbeiter ermessen. Sie begann ihre Arbeit mit 13 Offizieren und sechs Mann. Sie war damit eine der stärksten Abteilungen.[18] Im Sommer 1949 beschäftigte sie noch 14 Amerikaner und 107 Deutsche. Während der gesamten Militärregierungszeit waren insgesamt 56 Amerikaner in der Abteilung tätig.
Die Public Safety Branch wirkte bei der Umorganisation der Polizei und Feuerwehr sowie bei der Erarbeitung genereller Richtlinien für Gesamtberlin durch ihren Vertreter in

[18] Zu jedem Military Government Team gehörte auch ein Public Safety Officer.

dem Public Safety Committee der Kommandantur mit. Der Leiter der Special Branch Section vertrat die Abteilung im Personnel and Denazification Committee, das die Bestimmungen für die Durchführung der Entnazifizierung erarbeitete. Im eigenen Sektor überwachte sie die Entnazifizierung sowie alle Polizei- und Feuerwehraktionen. Zu Beginn der Besatzung fürchteten die Amerikaner noch vereinzelten deutschen Widerstand. Die Public Safety Branch arbeitete deshalb eng mit der Military Police und den Security Troops zusammen, um die Situation von Anfang an unter Kontrolle zu halten. Mit Befriedigung stellte die Militärregierung im ersten Six Months Report fest, daß kein organisierter Widerstand mehr bestand.[19]

Der Polizeiüberwachung kam bei der Beherrschung der Stadt eine Schlüsselstellung zu. Darüber konnten sich die Alliierten während der gesamten Zeit der Viermächteverwaltung nicht einigen. Die Sowjets hatten Polizei und Feuerwehr schon in den ersten Wochen nach der Kapitulation reorganisiert und in die wichtigsten Positionen Kommunisten geschleust. Den Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Karl Heinrich, ließen sie verschwinden, als er sich ihren Wünschen nicht fügte. Als Polizeipräsidenten ernannten sie den in Moskau geschulten Kommunisten Paul Markgraf. Da außerdem das Polizeipräsidium im sowjetischen Sektor lag, blieb der amerikanische Einfluß auf die Polizeiführung und selbst auf die Mannschaften im eigenen Sektor gering. Als im März 1946 der Polizeivizepräsident wegen Unfähigkeit entlassen werden mußte, entbrannte im Public Safety Committee der Kommandantur ein Kampf um die Regelung der Nachfolge und die längst fällige Reorganisation der Polizei. Da sich die Alliierten in der Kommandantur nicht einigen konnten, wurde das Problem dem Kontrollrat vorgelegt, der am 4. Oktober 1946 einen Kompromiß vereinbarte: Die Stelle des Vizepräsidenten wurde nicht besetzt. Jede Besatzungsmacht erhielt die Kontrolle über die Polizei in ihrem Gebiet. Dem Polizeipräsidenten wurde für jeden Sektor ein Assistent zugeordnet. Der Polizeipräsident behielt jedoch durch die sowjetische Unterstützung eine beherrschende Stellung. Er nahm sogar – und das ist einmalig in der Kommandanturgeschichte – an allen Sitzungen des Public Safety Committees teil, um dort die sowjetische Position zu stärken. Er widersetzte sich den Weisungen des Magistrats, duldete Verschleppungen und illegale Verhaftungen durch den NKWD. Wegen Insubordination entließ ihn Bürgermeister Friedensburg am 26. Juli 1948 und berief Dr. Johannes Stumm, der bereits 1946 als Vizepräsident vorgesehen, aber von der Kommandantur in seinem Amt nicht bestätigt worden war. Da Markgraf weiterhin das Vertrauen der Sowjets genoß, trat er nicht zurück. Daraufhin verlegte Stumm das Polizeipräsidium in den amerikanischen Sektor und forderte alle Angestellten auf, sich dort in der Friesenstraße zu melden. Das Polizeipräsidium war damit als erste Behörde von der Spaltung betroffen.

Nach Verkündung des „Kleinen Besatzungsstatuts" übertrug die Alliierte Kommandantur am 17. Juni 1949 dem Magistrat die Verantwortung für die Polizeiverwaltung, behielt sich jedoch die Überwachung vor.

Für die Entnazifizierungsverfahren richtete die Militärregierung innerhalb der Abteilung für öffentliche Sicherheit die Special Branch Section ein, die ihre Arbeit im Herbst 1945 mit einem Stab von 31 Amerikanern und 91 Deutschen begann. Auf Weisung des U.S. Headquarters in Frankfurt berief sie am 5. Dezember 1945 außerdem den Military Government Security Review Board als oberste Entnazifizierungsinstanz. Zunächst gingen die Amerikaner selbständig in ihrem Sektor vor. Am 10. März

---

[19] OMGBD: Six Months Report 4 July 1945 – 3 January 1946, S. 63 (5/35–3/14). Vgl. Maginnis: Military Government Journal, S. 269.

1946 schuf die Kommandantur jedoch entsprechend der Direktive Nr. 24 des Alliierten Kontrollrates mit den Verordnungen BK/O(46)101 und 102 einheitliche Rahmenbedingungen für das Entnazifizierungsverfahren in Gesamtberlin. Als oberste Überwachungsinstanz bestimmte sie das Personnel and Denazification Committee, dem der Chef der Special Branch Section als Vertreter der amerikanischen Militärregierung angehörte. Das Komitee beriet die Kommandanten in allen Entnazifizierungsfragen und fungierte als Appellationsinstanz für schwierige Fälle. Das Verfahren hatte drei Phasen:

1. Phase: Jeder, der ein öffentliches Amt bekleidete oder ein öffentliches Amt anstrebte, mußte einen von der Public Safety Branch vorbereiteten Fragebogen ausfüllen. Die Angaben wurden mit Hilfe des Berlin Document Center und des Counter Intelligence Corps überprüft. Belastete wurden entlassen oder für bestimmte Ämter nicht zugelassen.
2. Phase: In jedem Verwaltungsbezirk wurde für Appellationen von Belasteten eine deutsche Entnazifizierungskommission gebildet. Sie bestand aus sieben Mitgliedern und diente gleichzeitig als Überprüfungsinstanz für Personen, die aus Sicherheitsgründen in Haft gehalten wurden.[20] Kam die Kommission bei der Anhörung zu der Überzeugung, daß der Betroffene wieder eingestellt werden sollte, so leitete sie den Fall mit einer Empfehlung an die Special Branch Section weiter, die dann eine Entscheidung fällte.
3. Phase: Verwarf die Entnazifizierungskommission die Appellation, so konnte der Betroffene seinen Fall der deutschen Sektorkommission, die ebenfalls aus sieben Mitgliedern bestand, vorlegen. Gab diese eine positive Empfehlung, so fällte die Special Branch die letzte Entscheidung. Verwarf die Kommission den Antrag, so konnte sich der Betroffene noch an das Allied Personnel and Denazification Committee der Kommandantur als der letzten Appellationsinstanz wenden. Das Komitee behielt sich außerdem die Entnazifizierung der höheren Verwaltungsangestellten, des Justizpersonals, der höheren Polizeibeamten und der Mitglieder der Entnazifizierungskommission vor. Alle übrigen Personen, die eine Tätigkeit für Gesamtberlin ausübten, wurden von einer deutschen Kommission entnazifiziert. Sie bestand aus drei Unterkommissionen, die für die Entnazifizierung von Ärzten und medizinischem Personal, von Rechtsanwälten und Notaren sowie von Personen aus dem Kulturleben zuständig war.

Ab Sommer 1947 überließ die Public Safety Branch die Entscheidungen im wesentlichen den deutschen Kommissionen und beschränkte sich auf die Überwachung des Verfahrens. Mitte 1949 konnte die Entnazifizierung bis auf 3000 Fälle abgeschlossen werden.

11. Economics Branch

Die Wirtschaftsabteilung der Militärregierung wurde am 4. Juli 1945 als Economic Affairs Section eingerichtet. Die Labor, Trade and Industry, Food and Agriculture, Fuel und Transportation Sections wurden zunächst als selbständige Abteilungen eingerichtet, im September 1945 aber als Unterabteilungen in die Wirtschaftsabteilung eingegliedert. Sie hieß nun Economic Affairs Branch und ab Mai 1946 Economics

[20] Siehe OMGUS-Hb, Berlin B.9.

Branch. Nach der Zusammenlegung hatte die Wirtschaftsabteilung folgende Unterabteilungen:

Übersicht 26: Organisation der Economics Branch, OMGBS, 1945–1949

- Food and Agriculture Section (1945 – 1949)
- Transportation Section (1945 – 1949)
- Labor Section (1945/46) (Die Aufgaben der Labor Section wurden 1946 der Manpower Branch übertragen.)
- Civilian Supply Section (1945/46)
- Fuel Section (1945/46) (Beide Unterabteilungen wurden im Sommer aufgelöst und ihre Funktionen wurden übertragen auf die:)
- Requirements and Allocation Section (1946 – 1949)
- Trade and Industry Section (1945/46) (Diese Section wurde im Sommer 1946 aufgeteilt in:)
- Trade and Commerce Section (1947/48) und
- Industry Section (1947/48) (1948 wurden beide Unterabteilungen wieder vereinigt zur:)
- Commerce and Industry Section (1948/49)
- Building and Housing Section (1947/48) (Ursprünglich im Welfare Bereich angesiedelt. Im Frühjahr wurde die Section der Manpower Branch und im Herbst 1947 der Economics Branch eingegliedert.)

Übersicht 27: Personal der Economics Branch, OMGBS, 1945 – 1949

Chief

John W. Watson	Juli 1945–Feb. 1946
Cecil A. Duke	März 1946–Mai 1947
Alfred W. Moran	Juli 1947–Juni 1948
David H. Hair	Juli 1948–Sept. 1949

Deputy Chief

George M. McClintig	1947
David H. Hair	1947/48
Joseph W. Darling	1948/49

Section Chiefs

James H. Addy, Civilian Supply Officer	1945
Odell R. Cunneen, Chief, Fuel Section	1945/46
Owen S. Curran, Chief, Commerce and Industry Section	1948/49
Allen N. Demaret, Chief, Transportation Section	1945/46
Charles A. Dix, Chief, Transportation Section	1946–1949
Cecil A. Duke, Chief, Labor Section	1945/46
Allen B. Fuller, Chief, Building and Housing Section	1948/49
Fordyce Gorham, Chief, Trade and Industry Section	1945/46
John H. Gunn, Chief, Trade and Commerce Section	1947
Robert W. Homan, Chief, Civilian Supply Section	1946
Edward W. Kunkel, Chief, Requirements and Allocation Section	1947–1949
Paul E. Lanou, Chief, Civilian Supply Section	1945/46
Snowden H. Marshall, Chief, Civilian Supply Section	1946
Ned G. Mason, Acting Chief, Food and Agriculture Section	1949
Leon J. Steck, Chief, Food and Agriculture Section	1945–1949
Harold A. Swanson, Chief, Industry Section	1946–1948
Robert A. van Valkenburgh, Deputy Chief, Commerce and Industry Section	1948/49
Louis M. Walden, Chief, Transportation Section	1945

Als Vertreter der amerikanischen Militärregierung wirkten die Section Chiefs in den folgenden Komitees der Kommandantur an der Regierung für Gesamtberlin mit:

- Food Committee
- Coal Committee
- Labor Committee
- Trade and Industry Committee
- Liquid Fuel Committee
- Building and Housing Committee

Die vielfältigen Funktionen und die personelle Ausstattung weisen die Economics Branch als die wichtigste Abteilung der Militärregierung aus. Sie begann ihre Arbeit im September 1945 mit 23 Offizieren. Im Sommer 1949 beschäftigte die Branch noch 13 Amerikaner und 73 Deutsche. Während der gesamten Militärregierungszeit waren insgesamt 68 Amerikaner in der Wirtschaftsabteilung tätig.
Die Arbeit der Economics Branch läßt sich in vier Phasen einteilen:

1. Phase: Juli 1945 bis August 1946
Diese Phase ist durch die Lebensmittelversorgung, die Beschaffung von Kleidung und die Neubelebung der völlig gelähmten Wirtschaft bestimmt. Die gesamte Kontrolle des wirtschaftlichen Geschehens lag im U.S. Sektor bei der Economics Branch. Der Anfang war für die Wirtschaftsabteilung besonders schwer, da sich die Sowjets bereits im Juli 1945 weigerten, die Westsektoren mit Lebensmitteln und Kohle aus den Berlin benachbarten Gebieten zu beliefern. Es mußten enorme Transport- und Verteilungsprobleme gelöst werden. Den Westmächten standen nur eine Autobahnstrecke und eine Eisenbahnlinie zur Verfügung. Zunächst verteilten die U.S. Truppen Lebensmittel aus ihren Beständen direkt an die Bevölkerung, bis sich die Versorgung der Stadt aus Überschüssen der amerikanischen Zone und das eingeführte Rationierungssystem eingespielt hatten. Die Wirtschaftsabteilung ließ das innerstädtische Verkehrsnetz wieder herrichten und mit dem Wiederaufbau der Industrieanlagen beginnen. 85 Prozent der Fabriken waren zerstört, der Rest war durch die Demontagen der Sowjets kaum noch produktionsfähig. Ferner mußten das Heer der Arbeitsuchenden registriert, Arbeitsmöglichkeiten geschaffen und die Besoldungsfragen geregelt werden. Die Zusammenarbeit mit der von den Sowjets kontrollierten Einheitsgewerkschaft FDGB gestaltete sich von Anfang an schwierig.

2. Phase: August 1946 bis Juni 1948
Die Militärregierung ergriff entscheidende Maßnahmen zur Wiederbelebung der industriellen Produktion. Nach den Wahlen vom Oktober 1946 übertrug sie verschiedene Verwaltungsfunktionen dem Magistrat, die es diesem erlaubten, einige Betriebe zu konsolidieren und die Arbeitsgenehmgigung für Geschäftsunternehmen zu erteilen. Die Branch arbeitete eng mit den Stadträten für Ernährung, Paul Fuellsack, und für Wirtschaft, Gustav Klingelhöfer, zusammen. Die volle Verantwortung für die Lebensmittelverteilung wurde den Deutschen übertragen.
Die Zusammenarbeit in der Kommandantur wurde durch das häufig benutzte Veto der Sowjets gestört, die große Anstrengungen unternahmen, um ihre Vorstellungen einer gelenkten Wirtschaft in Berlin einzuführen.
Im Juni 1948 übertrug die Branch den Deutschen die Verantwortung für alle wirtschaftlichen Aktivitäten mit Ausnahme der durch die Gesetze Nr. 25 (wissenschaftliche Forschung) und 43 (verbotene Industrien) geregelten Beschränkungen. Außer-

dem behielt sich die Branch die Verwaltung der rationierten Güter, den U.S. Armeebedarf, den Interzonenhandel und den Handel mit auswärtigen Mächten vor.

3. Phase: Juni 1948 bis Mai 1949
Diese Phase wird durch die Blockade, die Gegenblockade und die Luftbrücke bestimmt. Aufgrund der Katastrophenbedingungen in der Stadt war die Militärregierung gezwungen, die Überwachung des Magistrats und der Wirtschaftsunternehmen zu intensivieren bzw. wieder aufzunehmen. Die Luftbrücke stellte enorme Anforderungen an die Economics Branch, die den Bedarf der Bevölkerung mit der Materialzufuhr für den Ausbau der Flughäfen und für den Energiebedarf der Industrien in Einklang bringen mußte. Besonders der Transport und die Verteilung der eingeflogenen Güter stellten die Wirtschaftsabteilung vor große logistische Probleme. Auf der anderen Seite wurde sie in ihrer Handlungsfreiheit nicht mehr durch das sowjetische Veto gehemmt. Schon im Juli 1948 mußte Kohle eingeflogen werden, um den ohnehin schon drastisch reduzierten Energieverbrauch einigermaßen zu decken. Große Anstrengungen mußten unternommen werden, um anstelle der traditionellen Rohstoff- und Absatzmärkte in Ost-Berlin und der Sowjetzone neue Gebiete in Westdeutschland und dem westlichen Ausland zu erschließen. Alle in der blockierten Stadt produzierten Güter erhielten den Stempel „Made in blockaded Berlin". Die Abschnürung der Westsektoren machte sich vor allem auch im Wohnungsbau bemerkbar, der wegen Materialmangels fast zum Erliegen kam. Die Zuzugssperre[21] mußte deshalb weiter aufrecht erhalten werden.

4. Phase: Mai 1949 bis September 1949
Die Westmächte übertrugen dem Magistrat die volle Verantwortung für alle wirtschaftlichen Aktivitäten mit Ausnahme der in dem „Statement of Principles" aufgeführten Vorbehalte. Die Branch betätigte sich nun im wesentlichen als Wirtschaftsberater und als Vermittler von Handelsgeschäften.

12. Finance Branch

Für die Finanzangelegenheiten richtete die Militärregierung im Juli 1945 zunächst die Fiscal and Property Control Section ein. Am 1. September 1946 wurden beide Abteilungen in Finance Branch und Property Control Branch getrennt.
Mit nur sechs amerikanischen Angestellten während der vierjährigen Besatzungszeit war die Finance Branch die kleinste der Militärregierung.

Übersicht 28: Personal der Finance Branch, OMGBS, 1945 – 1949

Chief	
Grove R. Ginder	Juli 1945–Jan. 1946
Frederick W. Raeder	Feb. 1946–Aug. 1946
John F. Kilduff[22]	Aug. 1946–Sept. 1949

[21] Die von der Alliierten Kommandantur 1946 verhängte Zuzugssperre für Berlin wurde erst 1961 aufgehoben. Am 4.11.1946 erließ die amerikanische Militärregierung Bestimmungen über Erteilungen von Zuzugsgenehmigungen für ihren Sektor. Vgl. Berlin. Behauptung von Freiheit, S. 69.

[22] Biographische Daten über Kilduff siehe Historical Report of the OMGBS for the period 1 June 1946 – 31 December 1946, S. 269 (5/36-1/2).

Deputy Chief	
Laverne W. Loop	1946–1948
Jules Wangler	1948/49
Robert G. Gries	1949

Als die Amerikaner im Juli 1945 Berlin erreichten, fanden sie ein finanzpolitisches Chaos vor. Die Sowjets hatten sowohl alle Banken als auch die Börse geschlossen. Da alle Konten blockiert worden waren, kam die Steuererhebung zum völligen Stillstand. Die Stadt mußte zunächst ohne Budget regiert werden.
Im Mai 1945 eröffneten die Sowjets die Sparkasse der Stadt Berlin und im Juni die Berliner Stadtbank, die später Berliner Stadtkontor genannt wurde. Mit diesem Bankenmonopolsystem waren die Westmächte bei ihrem Einmarsch konfrontiert. Alle Anstrengungen, ein freies, wettbewerbsfähiges Bankensystem in Berlin einzuführen, ließen die Sowjets durch ihr Veto im Finanzkomitee der Kommandantur scheitern. Wie in anderen Verwaltungsbereichen war die Phase der Viermächteregierung nicht durch die praktischen Erfordernisse, sondern durch rein politische Erwägungen bestimmt. Diese ideologischen Differenzen ließen nur eine schmale Basis der Verständigung zu.
Ende September 1945 einigten sich die Alliierten im Finanzkomitee über die Bildung eines Magistratsausschusses, dem sämtliche Zulassungsanträge von Versicherungsgesellschaften zur Prüfung vorzulegen waren. 1946 konnten bereits 211 Gesellschaften ihre Arbeit wieder aufnehmen.
Im Januar 1946 genehmigte das Komitee die Errichtung eines Kreditinstituts, der Berliner Volksbank, mit 17 Filialen in den Bezirken. Und nach heftigen Kontroversen richtete das Finance Committee im Mai 1947 eine Kommission zur Einziehung von Anleihen und Hypotheken (Collection Commission) der geschlossenen Banken ein; sie kam damit einem Beschluß der Kommandantur vom November 1946 nach. Die Kommission unterstand der Viermächteregierung direkt.
Weitergehende Pläne der Westmächte zur Reform des Finanzsystems konnten wegen des sowjetischen Widerstandes nicht durchgesetzt werden. Der unkontrollierte Druck von Banknoten durch die Sowjets beschleunigte die Entwertung der Reichsmark. Alle Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung blieben deshalb erfolglos. Am 20. Juni 1948 führten die Westmächte eine Währungsreform in ihren Zonen durch. Wegen des Viermächtestatus wurde Berlin ausgenommen. Als aber die Sowjets am 23. Juni 1948 mit einer Reform in ihrer Zone antworteten und ganz Berlin einbezogen, dehnten die Westmächte ihre Währungsreform auch auf die Westsektoren aus. Damit existierten in Berlin zwei Währungen. Der Haushalt des Magistrats wurde zwar in Ostmark aufgestellt, die Sowjets blockierten jedoch die Magistratsreserven, als sich der Trend zur Westmark verstärkte. Die Stadt stand damit vor dem Bankrott.
An die Finance Branch, die – abgesehen von der Aufsicht über die Geldinstitute in ihrem Sektor – jahrelang nur im Finanzkomitee an der Regierung Berlins mitwirken konnte, wurden nun besondere Anforderungen gestellt. Sie versuchte, den Magistrat mit Ostmark auszustatten, damit er den notwendigen Verpflichtungen nachkommen konnte. Nach der administrativen Spaltung richteten auch die drei zugelassenen Banken, das Berliner Stadtkontor, die Sparkasse der Stadt Berlin und die Berliner Volksbank unabhängige Büros im Westsektor ein, ihre Reserven blieben jedoch im Sowjetsektor. Für die erforderlichen Ausgaben statteten die Westmächte den Magistrat mit 30 Millionen Westmark aus, die in Form von Lebensmitteln und anderen Sachleistungen aus ihren Besatzungszonen zur Verfügung gestellt wurden. Alle Ein- und Ausgaben des Magistrats standen nun unter scharfer Kontrolle der Westmächte. Da die Ost-

mark als legales Zahlungsmittel in West-Berlin für Lebensmittel, Mieten und Steuern bestehenblieb, kam es zu Spekulationen mit den zwei Währungen. Um die finanzielle und wirtschaftliche Lage auf eine gesunde Grundlage zu stellen, erklärten auf Drängen von Oberbürgermeister Reuter sowie der Stadträte Klingelhöfer und Haas die Stadtkommandanten am 20. März 1949 die Westmark zum einzigen gesetzlichen Zahlungsmittel. Gleichzeitig erließen sie eine Verordnung über die Errichtung einer Berliner Zentralbank zur Regelung der Geld- und Kreditpolitik in den westlichen Sektoren. Der gesamte Zahlungsverkehr mit den Besatzungszonen ging nun über die neue Bank. Sie übernahm nach und nach von den Besatzungsmächten die Aufgabe, die Geldgeschäfte zu überwachen. Im Juni 1949 entschieden schließlich die drei Militärgouverneure, daß das Defizit im Berliner Haushalt von den Westzonen zu übernehmen sei.
Vor der Übergabe der Verantwortung an den Magistrat stellte die Kommandantur noch einige finanzpolitische Weichen: Private Banken wurden zugelassen, die Versicherungsregeln verbessert und die „Collection Commission" reformiert.

13. Property Control Branch

Die Aufgaben der Eigentumskontrolle wurden zunächst von einer Unterabteilung der Fiscal and Property Control Branch wahrgenommen. Anfang September 1946 errichtete die Militärregierung für diese Aufgaben eine selbständige Abteilung, die Property Control Branch, weil in der Viermächteverwaltung zwischen den Funktionen der Finanz- und der Eigentumskontrolle keine Beziehungen hergestellt wurden. Die Property Control Branch vollzog auch äußerlich die Trennung von der Finanzabteilung durch den Umzug vom Sitz der Militärregierung in der Grunewaldstraße 35 in das Gebäude Grunewaldstraße 44.

Übersicht 29: Personal der Property Control Branch, OMGBS, 1945 – 1949

Chief	
Arthur D. Reed, Chief, Property Control Section	1945
James H. Nobles, Chief, Property Control Section	1946
Chief, Property Control Branch	1946–1948
Joseph P. McNulty, Chief, Prop. Control Branch	1948/49
Deputy Chief	
Porter Baker	1946/47
Joseph P. McNulty	1947/48
Frederic J. Gregg	1948/49

Die Abteilung begann im Juli 1945 ihre Arbeit mit drei Offizieren. Im Sommer 1949 beschäftigte sie noch zwei Amerikaner und 26 Deutsche. Während der gesamten Militärregierungszeit arbeiteten insgesamt elf Amerikaner für Property Control.
Die Eigentumsabteilung der Militärregierung beschlagnahmte und verwaltete die gesamten staatlichen Liegenschaften und den Besitz, dessen Eigentumsverhältnisse ungeklärt waren. Da sich die Alliierten im Property Control Committee der Kommandantur zunächst nur auf technische Fragen, nicht aber auf eine generelle Linie bei der Behandlung des beschlagnahmten Besitzes einigen konnten, nahm Property Control das U.S. Militärgesetz Nr. 2 (Blocking and Control of Property) als Grundlage ihrer Politik. Sie ging dabei in zwei Phasen vor.

In der ersten Phase versuchte Property Control die Eigentumsverhältnisse zu klären, indem sie Behördenakten des Reichskommissars für die Behandlung feindlichen Vermögens und des Finanzamtes für Liegenschaften auswertete. Für den beschlagnahmten Besitz schuf sie sechs Kategorien:

1. Eigentum der Vereinten Nationen, der neutralen Länder und anderer Abwesender,
2. Eigentum des Deutschen Reiches und der deutschen Länder,
3. Eigentum der NSDAP und deren Organisationen,
4. Eigentum von NSDAP-Mitgliedern,
5. Eigentum der IG Farben,
6. Eigentum, das im Dritten Reich aus politischen und rassischen Gründen beschlagnahmt oder zwangsverkauft worden war.

Handelte es sich bei dem beschlagnahmten Besitz um große Industrieunternehmen, Verlage oder Handelsorganisationen, so stellte Property Control einen Treuhänder ein, der der Abteilung direkt verantwortlich war. Die kleineren Unternehmen überwachte ein Treuhänder, der für einen ganzen Verwaltungsbezirk zuständig war. Er wurde von zahlreichen Administratoren unterstützt und war Property Control direkt unterstellt. Für jeden Typ des übrigen Besitzes, für Mobilien, Immobilien und Hypotheken wurden Cheftreuhänder eingesetzt, denen eine Reihe von Administratoren zur Seite standen. Sie wurden von den Fachleuten der Property Control Branch überwacht, die regelmäßig die Büros inspizierten.
In dieser Weise kontrollierte, unterhielt und nutzte die Branch das gesamte beschlagnahmte Vermögen und bildete aus den Einnahmen einen besonderen Fonds. Dieser Fonds von rund 21 Millionen Reichsmark wurde kurz vor der Blockade im Frühjahr 1948 aus Sicherheitsgründen nach Frankfurt transferiert.
In der zweiten Phase, ab Juni 1947, begann Property Control mit der Aufhebung der Beschlagnahme und mit der Übergabe des Besitzes an die rechtmäßigen Eigentümer.
Entsprechend der Kontrollrats-Direktive Nr. 50 vom April 1947 erließ die Alliierte Kommandantur Anfang 1949 Durchführungsbestimmungen für die Bildung einer Kommission, die die Ansprüche auf den beschlagnahmten Besitz der NSDAP und deren Organisationen prüfen und Entscheidungen über die künftigen Besitzverhältnisse fällen sollte. Die Kommissionsmitglieder wurden auf Vorschlag des Magistrats von der Kommandantur ernannt. Die Kommission begann am 3. Februar 1949 ihre Arbeit. Die Prüfung jeder Entscheidung behielt sich die Kommandantur vor.[23]
Für den während des Dritten Reiches beschlagnahmten oder unter Zwang verkauften Besitz erließ die Alliierte Kommandantur mit der BK/O(49)180 vom 26. Juli 1949 ausführliche Bestimmungen für die Rückerstattung an Opfer nationalsozialistischer Unterdrückungsmaßnahmen. Die Prüfung der Ansprüche und die Rückgabe bzw. die Entschädigung wurde dem Magistrat übertragen. Am 29. September 1949 beschloß die Stadtverordnetenversammlung die Errichtung eines Wiedergutmachungsamtes.

[23] Nach Erledigung aller Anträge wurde die „Berliner Kommission für Ansprüche auf Vermögenswerte" durch Anordnung der Alliierten Kommandantur am 23.1.1956 aufgelöst. Die Registratur wurde im Februar 1958 dem Landesarchiv Berlin übergeben und unter der Signatur Rep. 79, Acc. 645 reponiert.

14. Manpower Branch

Die Aufgaben des Arbeitseinsatzes und der Arbeiterfragen wurden zunächst von der Labor Section der Economics Branch und die Rekrutierung von Arbeitskräften für die U.S. Armee von dem Military Government Labor Liaison Office wahrgenommen. Um die Wirtschaftsabteilung zu entlasten, richtete die Militärregierung am 1. März 1946 die Manpower Branch ein. Die Rekrutierung von Arbeitskräften für die U.S. Armee und für die anderen Alliierten übernahm das Hauptamt für Arbeit des Magistrats. Das Labor Liaison Office konnte deshalb am 1. Mai 1946 geschlossen werden.
Die Manpower Branch war zunächst in fünf Unterabteilungen gegliedert:

Übersicht 30: Organisation der Manpower Branch, OMGBS, März 1946

- Manpower Allocation Section
- Labor Relations Section
- Social Insurance Section
- Wages and Labor Standards Section
- Building and Housing Section

Die Building and Housing Section war bis zum Frühjahr 1946 Teil der Public Welfare Branch und wurde Anfang 1948 der Economics Branch eingegliedert. Die übrigen Unterabteilungen wurden zusammengelegt: im Sommer 1948 die Labor Relations Section und die Social Insurance Section zur Labor Relations and Social Insurance Section und im Frühjahr 1949 die Manpower Allocations Section und die Wages and Labor Standards Section zur Manpower Supply and Distribution, Wages and Standards Section.

Übersicht 31: Personal der Manpower Branch, OMGBS, 1946 – 1949

Chief	
Abe Kramer[24]	April 1946–März 1947
John H. Klingenfeld	März 1947–Nov. 1947
George N. McClusky	April 1948–Sept. 1949

Deputy Chief	
Clark F. Brown	1946
C. A. Smith	1947
George N. McClusky	1947/48
James H. Genung	1948/49

Section Chiefs	
Joe F. Allison, Chief, Wages and Labor Standards Section	1948/49
Chief, Manpower Supply and Distribution, Wages and Standards Section	1949
Clark F. Brown, Chief, Manpower Allocation Section	1946
Cecil A. Duke, Chief, Labor Section (Economic Affairs Branch)	1945/46
Allen B. Fuller, Chief, Building and Housing Section	1947/48

[24] Biographische Daten über Kramer siehe OMGBD: Historical Report 1945/46, Vol. XIV (5/35-3/1-4).

Clinton C. Gardner, Chief, Labor Relations Section	1948
Chief, Social Insurance Section	1948
Chief, Labor Relations and Social Insurance Section	1948/49
Eleanor R. Hunter, Chief, Manpower Allocation Section	1947/48
J. Mayer, Chief, Wages and Labor Standards Section	1947/48
Halsten J. Thorkelson, Chief, Labor Relations Section	1947
Chief, Social Insurance Section	1947
Mason S. Wye, Chief, Manpower Allocation Section	1948/49
Chief, Manpower Supply and Distribution, Wages and Standards Section	1949

Die Branch begann ihre Arbeit mit fünf Offizieren. Im Sommer 1949 beschäftigte die Abteilung drei Amerikaner und elf Deutsche. Während der gesamten Militärregierungszeit arbeiteten insgesamt 15 Amerikaner in der Branch.

Die Mitarbeiter der Manpower Branch kontrollierten zunächst die Arbeitsämter der Bezirke. Im Frühjahr 1946 wurden diese jedoch der Aufsicht des städtischen Hauptamtes für Arbeit unterstellt, nachdem im Labor Committee der Kommandantur ein Abkommen für dessen Überwachung erzielt werden konnte.

Das Labor Committee erarbeitete im April 1946 entsprechend den Kontrollratsgesetzen Nr. 21 und 22 die Ausführungsbestimmungen für die Errichtung von Arbeitsgerichten und Betriebsräten. Ferner erließen die Fachleute im Komitee Richtlinien für die Festlegung der Arbeitszeit sowie der Löhne und schufen die Voraussetzungen für ein neues Sozialversicherungssystem.

Fragen der Gewerkschaften verursachten im Komitee Konflikte. Im Juni 1945 hatte die Sowjetische Militäradministration die Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) unterstützt, der, straff organisiert, von Anfang an, besonders aber nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD, unter kommunistischem Einfluß stand. Die SED nutzte die Apathie in der Arbeiterschaft aus und besetzte die Schlüsselpositionen stets mit ihren Vertrauensleuten. Gegen diese einseitige Vertretung der Arbeitnehmerinteressen wandte sich eine Gruppe von Gewerkschaftern, die sich in der Unabhängigen Gewerkschaftsorganisation (UGO) zusammenschloß. Sie widerstand dem sowjetischen Druck und setzte sich entschieden für die gewerkschaftliche Autonomie ein. Nach Wahlmanipulationen im Frühjahr 1948 richtete die Opposition ein eigenes Büro ein und bildete eine kommissarische Leitung. Im Juli schließlich autorisierten die Stadtkommandanten der Westsektoren den Oberbürgermeister, die Unabhängige Gewerkschaftsorganisation anzuerkennen. Die Manpower Branch hatte diese Entwicklung zu einer freien Gewerkschaft stets unterstützt. Die Bildung der Unabhängigen Gewerkschaftsorganisation war für die Westmächte von außerordentlicher Bedeutung, übte sie doch während der Blockade einen stabilisierenden Einfluß auf die Arbeiterschaft aus.

Im U.S. Sektor arbeiteten die Fachleute der Manpower Branch eng mit den Bezirksämtern bei der Arbeitsbeschaffung und in Fragen der Sozialversicherungen zusammen. Von den im Frühjahr 1946 registrierten 588458 Personen arbeiteten 37683 für die amerikanischen Dienststellen. Dennoch blieb die Zahl der Arbeitslosen sehr hoch.

15. Public Works and Utilities Branch

Die Abteilung für öffentliche Arbeiten und Betriebe bestand zwar während der gesamten Militärregierungszeit, sie gehörte jedoch – gemessen an der personellen Ausstattung – zu den kleinsten Branches. Sie begann ihre Arbeit mit vier Offizieren. Im Sommer 1949 waren noch zwei Amerikaner und sieben Deutsche in der Abteilung beschäftigt. Die Offiziere hatten zwar feste Zuständigkeitsbereiche, doch wurde erst 1946 die Gas and Electricity Section und 1947 die Sewerage-Garbage Removal-Streets and Bridges Section gebildet.

Übersicht 32: Personal der Public Works and Utilities Branch, OMGBS, 1945–1949

Chief	
John C. Diggs	1945–1947
Earl C. Rohrbaugh[25]	1947–1949
Ansbert G. Skina	1949
Deputy Chief	
Earl C. Rohrbaugh	1945–1947
Ansbert G. Skina	1947–1949
Section Chiefs	
Alfred T. Germano, Chief, Sewerage-Garbage Removal - Streets and Bridges Section	1947–1949
Ansbert G. Skina, Chief, Gas and Electricity Section	1945–1949

Die Branch überwachte alle städtischen Betriebe im U.S. Sektor, die Berlin mit Elektrizität, Gas und Wasser versorgten, sowie die Einrichtungen, die für die Straßenreinigung, die Müllabfuhr und die Abwässerbeseitigung zuständig waren. Außerdem kümmerte sie sich um die Wiederherstellung der Straßen, der Brücken und der Stromleitungen für die Straßenbahnen. Durch ihre Vertreter in dem Public Works and Utilities Committee der Kommandantur und deren Sub-Committees für Elektrizität, Wasser, Abwässer und Gas nahm sie an der administrativen und technischen Überwachung aller städtischen Betriebe teil. Als die Amerikaner im Juli 1945 nach Berlin kamen, fanden sie die meisten Versorgungsbetriebe funktionsunfähig vor. Sie waren durch den Luftkrieg, durch die Eroberungskämpfe oder durch die Demontagen der Sowjets zerstört worden. Von 65 Brücken im amerikanischen Sektor waren 51 beschädigt, und dadurch war das gesamte Leitungs- und Kanalisationssystem unterbrochen. Die Abwässer flossen in die Flüsse und Seen. Die Straßen waren zum Teil durch Schuttberge unpassierbar, und viele Bombenkrater wurden als Mülldeponien benutzt. Ziel der Branch war es zunächst, die U.S. Armee mit Strom und Wasser zu versorgen. Sie versuchte außerdem, durch Chloren des Wassers, durch die Regulierung des Abwässersystems und der Müllbeseitigung Seuchen von den Truppen fernzuhalten. Die Branch stand dabei vor schwierigen Problemen, da keine Brennstoffe für den Betrieb der Kraftwerke, kein Material für Reparaturen, keine Transportmittel und kein ausgebildetes Personal vorhanden waren. Der private und öffentliche Verbrauch an Elektrizität und Gas mußte deshalb drastisch reduziert werden. Am 20. August 1945 erging der Kommandanturbefehl zur Rationierung der Elektrizität und am 8. Oktober 1945 zur Rationierung des Gases. Der Verbrauch sollte auf das Kochen einer warmen

[25] Biographische Daten über Rohrbaugh siehe ebenda, Vol. XV, S. 5.

Mahlzeit pro Tag begrenzt werden. Zur Überwachung der Rationierung richtete die Kommandantur im November das Ration Control Office ein, deren Inspektoren die einzelnen Haushalte kontrollierten. Das Büro arbeitete bis Dezember 1948.
Anfang 1946 waren die städtischen Betriebe wieder funktionsfähig. Die Ingenieure der Public Works and Utilities Branch konnten ihre Tätigkeit auf die Überwachung und auf das Organisieren der Energiezufuhr begrenzen, griffen aber immer wieder zum großen Ärger von Ernst Reuter direkt in die Kompetenzen der Betriebe ein.

16. Public Welfare Branch

Am 4. Juli 1945 richtete die Militärregierung die Abteilung für öffentliche Wohlfahrt zunächst unter dem Namen Displaced Persons and Welfare Section ein, um schon in der Bezeichnung den Schwerpunkt der Arbeit zu verdeutlichen. Nachdem sich das Problem der Displaced Persons entschärft hatte und die Verantwortung am 1. Februar 1946 dem Headquarters Berlin District übertragen worden war, nannte sich die Abteilung nur noch Public Welfare Branch. Wenige Wochen vor dem Ende der Militärregierung, am 1. Juli 1949, wurde sie mit der Gesundheitsabteilung zur Public Health and Welfare Branch zusammengelegt. Die zunächst bei der Wohlfahrtsabteilung angesiedelte Sub-Section Building and Housing wurde am 10. März 1946 der Manpower Branch angegliedert. Von 1947 bis 1949 existierten zwei weitere Unterabteilungen: Die Welfare Services Section und die Public Assistance Section.

Übersicht 33: Personal der Public Welfare Branch, OMGBS, 1945–1949

Chief

Harold Mercer	1945–Dez. 1946
Albert W. Paddock	Jan. 1946–Juni 1946
Mildred L. Bilken	Juni 1946–Aug. 1947
Ruth M. Schnell (acting chief)	Aug. 1947–Okt. 1947
Wilmer Froistad	Okt. 1947–Sept. 1949

Deputy Chief

Albert W. Paddock	Juli 1945–Jan. 1946
Mildred L. Bilken	Jan. 1946–Juni 1946
Victor C. Strash	Juli 1946–Aug. 1947
Howard R. Studd	Aug. 1947–Okt. 1948
Frances C. Steele	Okt. 1948–Sept. 1949

Section Chiefs

Perry J. Gangloff, Chief, Public Assistance Section	1948/49
Ruth M. Schnell, Chief, Welfare Services Section	1947/48
Charles A. Shireman, Chief, Welfare Services Section	1949
Richard H. Thompson, Chief, Building and Housing Section	1945/46

Während der gesamten Militärregierungszeit arbeiteten einschließlich des Hilfspersonals insgesamt 20 Amerikaner für die Wohlfahrtsabteilung. Nach der Zusammenlegung der Gesundheits- und Wohlfahrtsabteilung im August 1949 waren sieben Amerikaner und 13 Deutsche beschäftigt.
Eine der wichtigsten Aufgaben sah die Militärregierung in der Betreuung der Zwangsumsiedler, der Verschleppten, der Opfer des Faschismus und der Kriegsgefangenen. Im Juli 1945 fand sie rund 18000 Displaced Persons vor, für die sie menschenwürdige

Unterkünfte im zentralen Lager am Teltower Damm schuf. Im Januar 1946 wurde ein zweites Lager für polnisch-jüdische Einwanderer in Düppel errichtet. Schon im ersten halben Jahr konnten rund 15000 Displaced Persons repatriiert werden. Im Februar 1946 übernahm die Armeeführung die weitere Betreuung der DPs. Das zweite Problem, dem sich die Branch stellen mußte, war die Beschaffung von Wohnraum. Die Militärregierung ließ umfangreiche Reparaturarbeiten an beschädigten öffentlichen und privaten Häusern ausführen, um dem akuten Mangel an Krankenhäusern, Schulen und Privatwohnraum zu begegnen. Im Frühjahr übergab sie diese Aufgabe der Manpower Branch.

Zum dritten Problemkreis der Wohlfahrtsabteilung der Militärregierung gehörte die Beschaffung von Heizmaterial für den kommenden Winter. Sie gab in ihrem Sektor rund 134000 Festmeter Holz zum Schlagen für den privaten Bedarf frei, um jeder Familie einen warmen Raum und eine warme Mahlzeit pro Tag zu ermöglichen. Dieses Ziel wurde jedoch nicht erreicht. Um die größte Not zu lindern, richtete sie in Zusammenarbeit mit den Bezirkssozialämtern öffentliche Wärmehallen ein, in denen auch Mahlzeiten ausgegeben wurden. Am 15. März 1946 übertrug die Militärregierung die Beschaffung von Heizmaterial und die Organisation der Holzfällaktionen den Deutschen.

Nach diesen Katastropheneinsätzen konnte sich die Branch im Frühjahr 1946 auf die Überwachung des deutschen Wohlfahrtssystems konzentrieren. Sie inspizierte und beriet rund 213 öffentliche und private Institute. Dazu gehörten die Einrichtungen der Sozialämter, der Inneren Mission, des Caritasverbandes, des Evangelischen Hilfswerkes, der Arbeiterwohlfahrt und des Roten Kreuzes. Sie unterstützte diese Einrichtungen vor allem mit Lebensmitteln, z. T. aus Beständen der Armee.

Konnte die Branch im amerikanischen Sektor schon bald einige Erfolge verbuchen, so gestaltete sich die Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für Sozialfürsorge schwieriger. Alle Gesamtberlin betreffenden Maßnahmen mußten mit den anderen drei Verbündeten im Allied Kommandatura Welfare and Refugee Committee abgestimmt werden. Über die Aktivitäten der Sozialfürsorgeabteilung, die von dem Kommunisten Ottomar Geschke geleitet wurde, hielten die Sowjets mit Hilfe des Vetos ihre schützende Hand. Im Komitee, das schon am 17. Juli 1945 zum ersten Mal zusammentrat, wurde deshalb nur selten Übereinstimmung erzielt. So erhielten von über 30 um die Zulassung nachsuchenden Wohlfahrtsorganisationen nur einige wenige die Genehmigung. Die Sowjets wollten die Dominanz des kommunistischen Einflusses über die bereits bestehenden Einrichtungen erhalten. Im eigenen Sektor kümmerte sich die Public Welfare Branch um die Rückkehr von evakuierten Müttern und Kindern aus der amerikanischen Zone, um die Betreuung der Flüchtlinge und um die rückkehrenden Kriegsgefangenen. Sie unterstützte die sogenannten „Community Projects" durch die Errichtung von Nachbarschaftszentren und vermittelte finanzielle Unterstützung aus dem Ausland. Für die Kinder unterstützte die Welfare Branch die Errichtung von Kindergärten, Horten und Pflegeheimen, organisierte Speisungsprogramme und Verschickungen. Um der verbreiteten Jugendkriminalität zu begegnen, ließ sie im November 1946 ein Lager, den Jugendhof in Zehlendorf, errichten, in dem Straffällige durch intensive Betreuung resozialisiert werden sollten. Als Vor- und Fürsorgemaßnahmen errichtete die Branch Feriencamps im Süden Berlins, stellte Zelte, Decken und Essen zur Verfügung und organisierte für Unterernährte Erholungsaufenthalte in der amerikanischen Zone.

Die von der Militärregierung initiierten und unterstützten Hilfsprogramme ausländischer Wohlfahrtsorganisationen begannen im Januar 1946. CRALOG, CARE, die Mormonen, das Schwedische und das Internationale Rote Kreuz sandten Tonnen von

Kleidung und Lebensmitteln nach Berlin und sicherten damit Tausenden das Überleben. Alle Maßnahmen der Militärregierung standen im Zeichen der Reorientation unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe".
Mit der Übernahme der Magistratsabteilung Sozialamt durch Margarete Ehlert (CDU) nach den Wahlen vom Oktober 1946 und der Umorganisation der bezirklichen Selbstverwaltung hatte die amerikanische Militärregierung ein Ziel, die Errichtung eines demokratischen Wohlfahrtssystems, erreicht. Sie delegierte nun die Verantwortung für das Sozialwesen an die Deutschen. Die Public Welfare Branch behielt sich jedoch folgende Aufgaben vor:

1. Verhandlungen mit auswärtigen Wohlfahrtseinrichtungen über die Einfuhr von Lebensmitteln,
2. Genehmigung von Reisen innerhalb Deutschlands und in andere Länder und
3. Wohlfahrtsmaßnahmen, die Viermächteaktionen erforderten.

17. Public Health Branch

Die Public Health Section begann am 4. Juli 1945 mit ihrer Arbeit. Im Frühjahr 1946 erhielt sie den Status einer Branch und wurde noch wenige Wochen vor Ende der Militärregierung, im Juli 1949, mit der Wohlfahrtsabteilung zur Public Health and Welfare Branch zusammengelegt.

Übersicht 34: Personal der Public Health Branch, OMGBS, 1945–1949

Chief	
I. Herbert Sheffer	Juli 1945–Feb. 1946
Adam J. Rapalski	März 1946–Sept. 1948
Richmond S. Paine	Okt. 1948–Juni 1949
Deputy Chief	
Ray M. Conner	Juli 1945–Nov. 1945
Adam J. Rapalski	Nov. 1945–Feb. 1946
Eugene E. Schwarz	März 1946–Juni 1948
James J. Gibson	Juni 1948–Juli 1949
Section Chief	
James J. Gibson, Chief, Public Health Section	Aug.–Sept. 1949

Während der gesamten Militärregierungszeit arbeiteten 16 Amerikaner in der Gesundheitsabteilung. Nach der Zusammenlegung der Public Health und der Public Welfare Branch im Juli 1949 waren es insgesamt fünf Amerikaner und 13 Deutsche.
Nach Übernahme ihres Sektors fand die amerikanische Militärregierung bereits eine von den Sowjets reorganisierte Gesundheitsverwaltung vor, die aber die katastrophalen Zustände noch nicht in den Griff bekommen hatte. Um möglichst schnell die notwendigen Maßnahmen für ganz Berlin treffen zu können, versammelten sich die Mitglieder des Public Health Committees der Kommandantur schon am 16. Juli 1945. Zunächst arbeiteten sie Pläne für die Instandsetzung von Krankenhäusern und für die Eindämmung der Epidemien aus, die sie in Form von Anordnungen dem Oberbürgermeister und dem Stadtrat für Gesundheitswesen übermittelten.
Die Situation im Gesundheitswesen erschien der Militärregierung im Juli 1945 hoffnungslos. Es fehlte ausgebildetes Personal, weil viele Ärzte und Pfleger wegen ihrer

nationalsozialistischen Vergangenheit entlassen werden mußten. Die Bettenkapazität war von 38000 im Jahr 1943 auf 9300 im Juli 1945 gesunken. Es gab keine Krankenwagen, keine Arzneimittel, keine Impfstoffe und kein Verbandsmaterial. Aufgrund der mangelhaften hygienischen Verhältnisse breiteten sich die ansteckenden Krankheiten sehr schnell aus, denen die durch Unterernährung Geschwächten zu Tausenden zum Opfer fielen.
Die Branch sah ihre Aufgabe zunächst darin, die Leiden der Zivilbevölkerung zu lindern und die Infektionsgefahren von den amerikanischen Truppen abzuwehren. Sie versuchte, zusammen mit den Gesundheitsämtern der Bezirke, die bestehenden Gesundheitseinrichtungen möglichst intensiv zu nutzen. Aus Armeebeständen stellte sie Medizin zur Verfügung, so daß Massenimpfungen gegen Ruhr, Typhus, Diphterie und Tuberkulose durchgeführt werden konnten. Die Branch ließ Krankheitsherde mit DDT desinfizieren, das Trinkwasser chloren und brachte in Zusammenarbeit mit der Public Works Branch die Kanalisation und die Pumpstationen wieder in Ordnung. Sie stellte die Lebensmittelüberwachung wieder her, verbesserte die sanitären Anlagen in den Flüchtlingsheimen und isolierte die ansteckenden Kranken. Gegen die grassierenden Geschlechtskrankheiten beschaffte die Branch Penicillin, das hier zum ersten Mal in Deutschland eingesetzt wurde, und richtete in allen Krankenhäusern Untersuchungsstationen ein. Ende 1945 war die schlimmste Gefahr gebannt. Die Epidemien waren unter Kontrolle und die Krankenbettenkapazität konnte erheblich erweitert werden. Die Public Health Branch konnte sich nun der Gesundheitsvorsorge und der Lebensmittelzufuhr widmen. Sie versuchte vor allem, die Unterernährung weiter Teile der Bevölkerung zu bekämpfen.
Nach den Wahlen vom Oktober 1946 beschränkte sich die Branch im wesentlichen auf die Überwachung der Gesundheitsverwaltung in den Bezirken. Sie bemühte sich aber weiterhin um amerikanische Spenden und kaufte davon Medizin und medizinische Instrumente. Sie kümmerte sich um die Aus- und Fortbildung des Personals, organisierte Studienaufenthalte in Amerika und gewann Gelehrte für Vorträge in Berlin. Da wegen der sowjetischen Kontrolle eine freie Ausbildung an der Humboldt-Universität im Ostsektor nicht mehr gewährleistet war, unterstützte die Branch im Juli 1948 die Errichtung einer Medizinischen Akademie und im November der Medizinischen Fakultät der Freien Universität.

18. Education and Cultural Relations Branch

Die Abteilung für das Erziehungswesen und für Kirchenfragen wurde Anfang Juli 1945 unter dem Namen Education and Religious Affairs Section eingerichtet. Nach Übernahme kultureller Aufgaben hieß sie ab März 1948 Education and Cultural Relations Branch. Ihren Sitz hatte die Abteilung in der Kaiser-Wilhelm-Straße 11 b in Steglitz.
Nach Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen erkannte die Militärregierung die Bedeutung der Jugenderziehung für die Auseinandersetzung mit den Kommunisten. Sie setzte mehr Personal ein und erweiterte im Sommer 1946 die Branch durch mehrere Unterabteilungen: Religious Affairs Section (bis 1948), Education and Curricula Section und Youth Activities Section.
1948 kamen noch die Higher Education Section und die Teacher Training and Cultural Exchange Section hinzu. Im Dezember übernahm die Abteilung außerdem von der Information Services Branch die Theater and Music Section.
Die Aufgaben der Religious Affairs Section wurden ab 1948 von der Cultural Exchange Section wahrgenommen.

Übersicht 35: Personal der Education and Cultural Relations Branch, OMGBS, 1945–1949

Chief	
Paul F. Shafer	Juli 1945–März 1946
	Aug. 1946–Aug. 1947
William S. Dollard	März 1946–Apr. 1946
Adolph E. Zucker	Mai 1946–Juli 1946
John R. Sala	Sept. 1947–Aug. 1948
John C. Thompson	Aug. 1948–Sept. 1949
Deputy Chief	
Charles W. Meister	1945/46
John R. Sala	1946/47
John C. Thompson	1947/48
Christopher B. Garnett	1948/49
Section Chiefs	
Lucile E. Allard, Director of Educational Services Center	1949
Meta S. Beckner, Chief, Women's Affairs Section	1949
Mary S. Bell, Chief, Religious Affairs Section	1946
Edwin C. Broome, Chief, Teacher Training and Cultural Exchange Section	1948/49
David L. Cozart, Youth Activities Officer	1945/46
Howard W. Johnston, Chief, Higher Education Section	1948/49
Mateo Lettunich, Chief, Theater and Music Section	1948/49
Saul Miller, Chief, Youth Activities Section	1946–1948
Ralph F. Strebel, Chief, Education and Curricula Section	1946/47
Tracy Strong, Chief, Youth Activities Section	1948/49
John C. Thompson, Chief, Religious Affairs Section	1946–1948
Harry B. Wyman, Chief Education and Curricula Section	1948/49

Während der gesamten Militärregierungszeit arbeiteten 21 Amerikaner für die Branch. Im September 1949 waren es noch sieben Amerikaner und 20 Deutsche.

Die Branch war für die Reorganisation und Kontrolle des Berliner Erziehungswesens, der wissenschaftlichen Institute und der Religionsgemeinschaften zuständig. Sie beaufsichtigte die Entnazifizierung und Ausbildung der Lehrer und Pfarrer. Sie war ferner für die Erwachsenenbildung und für Frauenfragen zuständig. Die Branch organisierte die Jugendzentren und die deutsch-amerikanischen Diskussionsclubs, lizenzierte und kontrollierte die Privatschulen, die Jugend- und Sportverbände und war wesentlich an der Errichtung der Pädagogischen Hochschule und an der Gründung der Freien Universität im U.S. Sektor beteiligt. Die Erziehungsabteilung entwickelte ein Kulturaustauschprogramm und verwaltete zahlreiche Reorientationfunds. Die Militärregierung legte auf die Arbeit dieser Abteilung ganz besonderen Wert, weil sie mit der Reorganisation des Erziehungswesens die Weichen für die Reorientierung der Jugend und damit für die Demokratisierung der gesamten Gesellschaft zu stellen glaubte.

Wie in den anderen Verwaltungszweigen war es für die Militärregierung nicht leicht, ihre Vorstellungen zu verwirklichen. Zum Zeitpunkt des amerikanischen Einmarsches hatten die Sowjets bereits die Grundlagen für eine Reorganisation des Berliner Erziehungswesens geschaffen. Wegen der großen Bedeutung für die Beeinflussung der gesamten Bevölkerung hatten die Sowjets in Rußland ausgebildeten Kommunisten die Verantwortung für das Erziehungswesen übertragen. Zum Stadtrat für Volksbildung

ernannten sie Otto Winzer, den späteren DDR-Außenminister, und zum Leiter des Hauptschulamtes Ernst Wildangel. Außerdem waren die Amerikaner bei Fragen, die ganz Berlin betrafen, an die Beschlüsse der Alliierten Kommandantur gebunden, in deren Education Committee die Erziehungsfragen geregelt wurden. Die Sitzungen, an denen jeweils die Chefs der Branches unter Heranziehung von Experten teilnahmen, fanden wöchentlich einmal statt. Bei der ersten Zusammenkunft am 13. August 1945 ordnete die Alliierte Kommandantur an, daß alle Verfügungen des Magistrats in Erziehungsangelegenheiten vorher dem Komitee zur Prüfung vorgelegt werden mußten. Ebenso mußten die von den einzelnen Militärregierungen zugelassenen Vereine und Organisationen bestätigt werden. Im Laufe der dreijährigen Viermächteherrschaft einigten sich die Alliierten auf einige prinzipielle Fragen, zum Beispiel auf die Koedukation in den Schulen, auf die Einführung eines Schulspeisungssystems und auf das Schulreformgesetz. Dennoch machten sich von Anfang an die divergierenden Auffassungen im Erziehungswesen bemerkbar. Die Sowjets widersetzten sich zum Beispiel entschieden der Viermächtekontrolle der Humboldt-Universität, um die von den Westmächten erstrebte akademische Freiheit zu unterbinden und um die Auswahl sowohl der Professoren als auch der Studenten nach politischen Gesichtspunkten vornehmen zu können. Auch nach Einschaltung des Kontrollrates kam es über diese Frage wegen des sowjetischen Vetos zu keiner Einigung.

Je mehr die Arbeit in der Kommandantur durch den Ost-West-Konflikt beeinträchtigt wurde, desto stärker konzentrierte sich die amerikanische Militärregierung auf ihren Sektor.

Eine wichtige Aufgabe sah sie in der Ausmerzung des militaristischen Geistes in der Erziehung und in der Entfernung von ehemaligen Nationalsozialisten aus dem Schuldienst. Durch besondere Trainingsprogramme wurden im Schnellverfahren Lehrer ausgebildet, die die großen Lücken füllen sollten. Durch eine aktive Jugendpolitik, durch Errichtung von Jugendzentren, durch Austauschprogramme und Sportveranstaltungen versuchte die Militärregierung, im ideologischen Kampf zwischen Ost und West die Jugend für die westliche Demokratie zu gewinnen.

C. Quellenbeschreibung

1. Der Bestand Office of Military Government Berlin Sector

Anfang der fünfziger Jahre wurden die Akten des Office of Military Government U.S. Berlin Sector zusammen mit den Materialien der anderen Militärregierungen in 18 verschiedenen Transporten nach Amerika gebracht. Sie befinden sich jetzt in dem Zwischenarchiv der National Archives in Suitland (Maryland) und gehören zur Unterprovenienz Office of Military Government for Germany U.S. der Bestandsgruppe RG 260 U.S. Occupation Headquarters World War II. Der Bestand hat einen Umfang von circa 7000 Akten (435 Record Center Boxes). Von diesen Akten wurden von 1977 bis 1981 rund 3700 in mehreren Einsätzen verzeichnet und für die Verfilmung ausgewählt. Hinzu kommen 300 Akten aus der Historical Branch des OMGUS-Bestandes und der BICO Library mit Berliner Betreffen. Insgesamt stehen damit der Forschung circa 4000 Akten der amerikanischen Militärregierung in Berlin in Form von Mikrofiches zur Verfügung. Jeweils eine Kopie des Mikrofiches-Satzes befindet sich im Bundesarchiv, Koblenz, und im Institut für Zeitgeschichte, München. Der besondere Dokumentations- und Informationswert des Gesamtbestandes liegt in der Verschiedenartigkeit des Materials, das üblicherweise nicht in staatliche Archive gelangt. Dazu gehören Unterlagen über die Parteien und Verbände, über die Gewerkschaften, über die Medien, über die Künste und über die Privatwirtschaft. Die Überlieferung beginnt mit einigen wenigen Vorakten aus der Planungsphase von 1944 und geht bis 1950, als die Militärregierungsverwaltung bereits im Berlin Element der amerikanischen Hohen Kommission in Bonn aufgegangen war. Das Schwergewicht liegt jedoch eindeutig in den eigentlichen Besatzungsjahren von 1945 bis 1949. Besonders dicht ist die Überlieferung in der Zeit der Blockade und der Luftbrücke.

Aus zwei Gründen ist der OMGBS-Bestand von großer Bedeutung für die historische Forschung Berlins. Er dokumentiert die Periode nach dem totalen Zusammenbruch und dem mühsamen Aufbau einer eigenen Berliner „Staatlichkeit". Die deutsche Überlieferung ist wegen der vom „Dritten Reich" hinterlassenen chaotischen Verhältnisse sehr lückenhaft. Das vorhandene Schriftgut der Zentralbehörden blieb nach der administrativen Spaltung Berlins überwiegend im Ostteil der Stadt und ist der Forschung erst seit dem Umbruch in der DDR zugänglich. Die Materialien des OMGBS-Bestandes gehören somit zu den wichtigsten Quellen für die Besatzungsjahre. Die amerikanische Militärregierung fällte für ihren Sektor nicht nur alle wesentlichen Verwaltungsentscheidungen, sondern griff auch überwachend und beeinflussend in alle nicht-staatlichen Bereiche und sogar tief in die private Sphäre der einzelnen Bürger ein. Trotz der im Laufe der Besatzungszeit zunehmenden Liberalität der Militärregierungspolitik behielten sich die Amerikaner Entscheidungskompetenzen auf einigen Gebieten, so zum Beispiel in der Justiz und der öffentlichen Sicherheit, bis 1949 vor.

Der zweite Aspekt bei der Würdigung des OMGBS-Bestandes liegt in der Überlieferung des U.S. Sekretariats der Alliierten Kommandantur, die Rückschlüsse auf die Politik der anderen Besatzungsmächte zuläßt.

Die Materialfülle der einzelnen Abteilungen der Militärregierung ist recht unterschiedlich. Während von der Arbeit des Director's Office und der Economics Branch eine dichte Überlieferung besteht, ist die der anderen Branches nur spärlich oder überhaupt nicht dokumentiert. So befinden sich im OMGBS-Bestand keine Akten von der Public Safety Branch, der Public Relations Branch, der Intelligence Branch

und der Public Works and Utilities Branch. Vorgänge dieser Abteilungen sind offenbar in die Registratur der OMGUS-Zentrale gelangt oder sind aus Sicherheitsgründen der Öffentlichkeit noch nicht zugänglich.
Der verfilmte Bestand des Director's Office besteht aus rund 360 Akten. Seine Funktion als Schaltstelle der amerikanischen Militärregierung findet auch in der Materialfülle ihren Ausdruck. Neben den Berichten von den Abteilungen, den „staff studies", ist vor allem die Korrespondenz mit den deutschen Behörden, den Verbänden und Organisationen sowie mit den anderen Besatzungsmächten hervorzuheben. Ferner enthält der Bestand die Unterlagen der Liaison Officers, die im wesentlichen aus Berichten über die Aktivitäten der Bezirksämter bestehen. Neben der Dokumentation ihrer Arbeit enthalten die Bestände der nachgeordneten Abteilungen auch Sitzungsprotokolle, Vorlagen und Korrespondenzen der jeweiligen Kommandanturkomitees. In diesen Komitees fielen nach oft heftigen Auseinandersetzungen unter den Alliierten die Entscheidungen in den Sachfragen, die dem Magistrat in Form von „Orders" mitgeteilt wurden. Leider besteht für diese Unterlagen keine lückenlose Überlieferung.
Die OMGBS-Materialien werden ergänzt durch rund 280 Akten mit Berlin-Betreffen in den Beständen der Historical Branch von OMGUS und der BICO Library. Diese Bestände enthalten keine Verwaltungsakten, sondern ausschließlich Arbeitsberichte, Sitzungsprotokolle und Presseverlautbarungen.
Es soll noch erwähnt werden, daß die Unterlagen der britischen Militärregierung im Public Record Office in London, die Akten der französischen Militärregierung im Archives de l'Occupation Française en Allmagne et en Autriche in Colmar verwahrt werden.

2. Aktivitätsberichte der Militärregierung

Alle Abteilungen der Militärregierung fertigten in verschiedenen Abständen Arbeits- und Überwachungsberichte, die sie zunächst an die Intelligence Section, ab Frühjahr 1946 an die Public Relations Branch sandten. Dort wurden sie redigiert und an den Direktor weitergeleitet, der dem Stadtkommandanten und der OMGUS-Zentrale besondere „progress reports" vorlegte. Diese Berichte befinden sich alle in dem Bestand der Historical Branch. Nur in Ausnahmefällen sind sie auch im Director's Office oder in den einzelnen Abteilungen zu finden. In den ersten Wochen der Besatzungszeit, von Anfang Juli bis Ende August 1945, hielten die Offiziere die wichtigsten Ereignisse in täglichen Berichten (daily reports) und von Mitte August bis Ende Oktober im Abstand von zwei Tagen (two days reports) fest. Für die Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September 1945 liegt ein zusammenfassender Quartalsbericht (quarterly report) vor. Ab Anfang Oktober wurden die Berichte wöchentlich (weekly reports) und monatlich (monthly reports) abgefaßt. Leider sind diese Berichte nicht lückenlos überliefert. Für die zweite Jahreshälfte von 1947 und für 1949 existieren auch Halbmonatsberichte (semi monthly reports). Die täglichen, wöchentlichen und monatlichen Berichte bilden die Grundlage für die drei Sechsmonatsberichte (six months reports), die den Zeitraum vom 4. Juli 1945 bis zum 3. Januar 1946, vom 4. Januar bis zum 3. Juli 1946 und vom 4. Juli 1946 bis zum 1. Januar 1947 behandeln. Diese Berichte liegen auch gedruckt vor. Sie enthalten neben der üblichen Tätigkeitsbeschreibung Personalübersichten, Organisationsdiagramme, Statistiken und einen Überblick über die Arbeit der Alliierten Kommandantur.
Für das gesamte erste Besatzungsjahr fertigte die Public Relations Branch einen „Historical Report" an, der in vier Büchern die Abteilungsaktivitäten beschreibt. Jedes

Buch hat einen Dokumentenanhang, der als Grundlage der Beschreibung dient. Den Abschluß der Berichterstattung bildet „A Four Year Report" für die vier Besatzungsjahre vom 1. Juli 1945 bis zum 1. September 1949. Er zieht eine Bilanz der gesamten Militärregierungsaktivitäten. Allerdings wird die Berichterstattung schon von dem amerikanisch-sowjetischen Gegensatz bestimmt, wodurch die Akzente für die beiden ersten Besatzungsjahre verschoben werden. Im Anhang des Berichts befindet sich eine Liste aller Amerikaner, die für die Militärregierung tätig waren.

3. Akten der Alliierten Kommandantur Berlin

Die wichtigste Quelle der Kommandanturarbeit sind die Sitzungsprotokolle der Kommandanten und der Stellvertretenden Kommandanten. Diese Protokolle sind fast lükkenlos im Bestand der BICO Library und der Historical Branch vorhanden. Die Reihe beginnt mit der 1. Sitzung am 11. Juli 1945 und endet mit dem Auszug der Sowjets am 16. Juni 1948. Von den anschließenden Treffen der Westmächte und der im Dezember 1948 von ihnen reaktivierten Kommandantur befinden sich leider nur einige wenige Protokolle im Bestand der BICO Library und des Director's Office. Ebenso verhält es sich mit den Sitzungen der Kommandanten und der Stellvertretenden Kommandanten vom Januar bis September 1949.
Alle Protokolle und auch viele Vorlagen liegen in der Regel dreisprachig vor. Da die sowjetischen Unterlagen bislang der Forschung noch nicht zur Verfügung stehen, sind die Kommandanturmaterialien im OMGUS-Bestand von allergrößter Wichtigkeit für die Beurteilung der sowjetischen Haltung in dem sich entwickelnden Kalten Krieg.
Neben den Sitzungsprotokollen sind in der Historical Branch und der BICO Library die Kommandanturbefehle an den Oberbürgermeister und den Magistrat sowie für die Jahre 1945 bis 1948 sämtliche Komiteeberichte überliefert. Die Komiteeberichte geben Auskunft über die Arbeit der Fachausschüsse und vermitteln einen Eindruck von den täglichen Regierungsaufgaben in der Alliierten Kommandantur. Darüber hinaus befinden sich im Bestand des Director's Office Konferenznotizen sowie Unterlagen über Verfahrensfragen und über die Beziehungen der Kommandantur zum Kontrollrat.
An keiner anderen Stelle in Deutschland ist diese Materialfülle über die Viermächteverwaltung Berlins zu finden. Für die Geschichtsschreibung der Kommandantur sind die Unterlagen des OMGUS-Bestandes unentbehrlich.

4. Unterlagen der Armeeführung

Obwohl durch die Person des Stadtkommandanten die Verbindung der Militärregierung zum Truppenhauptquartier sehr eng war, befinden sich nur wenige Unterlagen über die Armeeführung im Bestand der Historical Branch und der BICO Library. Wichtigste Quelle für die Planungsphase und für das erste halbe Jahr der Besatzung ist der dreiteilige Bericht: „U. S. Headquarters Berlin District and Report of Operations May 8–December 31, 1945". Dieser Bericht basiert auf den Interviews der an der Okkupation beteiligten Offiziere und auf dem zur Okkupationszeit geführten Schriftwechsel. Aus den Jahren 1946 und 1947 sind außerdem ein Gesamtbericht „Berlin Command OMGUS History of Activities 1 November 1946–30 June 1947" und einige „Reports of Operations" vorhanden.

Der Bestand des Director's Office enthält zusätzlich für 1945 und 1947 „progress reports", „general orders", „staff memorandums" sowie Unterlagen über die Separation der Militärregierung vom Truppenhauptquartier.

5. Deutsche Quellen zur Besatzungszeit

Von deutscher Seite gibt es keine vergleichbar geschlossene Überlieferung für die vier Besatzungsjahre wie die der amerikanischen Militärregierung. Wie überall in Deutschland, mußten die nach dem Zusammenbruch neu eingerichteten Berliner Behörden mit vielfältigen Problemen fertig werden. Eine normale Verwaltungstätigkeit fand in den ersten Monaten nicht statt. Hinzu kam im Herbst 1948 die administrative Spaltung der Stadt. Fast alle Registraturen der Zentralbehörden blieben in Ost-Berlin und gelangten dort in das Stadtarchiv. Seit der Vereinigung mit dem Landesarchiv stehen sie der Forschung zur Verfügung. In den Beständen der späteren Senatsbehörden ist die Zeit bis 1949 nur lückenhaft überliefert. In den vom Landesarchiv Berlin bereits übernommenen Akten des Abgeordnetenhauses (Rep. 1), der Senatskanzlei (Rep. 2), des Senators für Justiz (Rep. 5), des Senators für Volksbildung (Rep. 7), des Senators für Arbeit und Betriebe (Rep. 8), des Senators für Bau- und Wohnungswesen (Rep. 9), des Senators für Wirtschaft und Verkehr (Rep. 10) und des Senators für Familie, Jugend und Sport (Rep. 13) sind der Forschung Vorgänge aus der Besatzungszeit mit folgenden Betreffen zugänglich: Anordnungen der Alliierten Kommandantur, Anordnungen der einzelnen Militärregierungen, Monatsberichte an die Alliierten, Lebensmittel- und Energieversorgung, Bezugsscheinangelegenheiten, Studenten- und Schulspeisungen, Bekämpfung von Epidemien, Demontage, Entflechtung der Konzerne, Entnazifizierung, Flüchtlings- und Vertriebenenangelegenheiten, Schulreform, Währungsreform, Blockade, Luftbrücke, Marshallplanhilfe, Wiederaufbau, Vorbereitungen zur Einbeziehung Berlins in das Rechts-, Finanz- und Wirtschaftssystem der entstehenden Bundesrepublik Deutschland.

Besser als in den Zentralbehörden ist die Besatzungszeit in den Registraturen der West-Berliner Bezirksämter dokumentiert. Besonders in den vom Landesarchiv bereits übernommenen Beständen von Spandau (Rep. 208), Wilmersdorf (Rep. 209), Zehlendorf (Rep. 210) und Steglitz (Rep. 212) sind Vorgänge mit folgenden Betreffen archiviert: Anordnungen der Alliierten Kommandantur und der Militärregierungen, Trümmerbeseitigung, Wohnraumbewirtschaftung, Energieversorgung, Ausgabe von Lebensmittelkarten, Bezugsscheinangelegenheiten, Preisüberwachung, Grunewald-Holzfällaktion, Entnazifizierung, Flüchtlings-, Umsiedler- und Heimkehrerangelegenheiten, Hilfsmaßnahmen für Opfer des Faschismus, Bildung der politischen Parteien, Bauvorhaben der amerikanischen Militärregierung, Währungsreform, Blockade, Luftbrücke, Arbeitslosenfürsorge, Notstandsmaßnahmen, General-Clay-Spende und Wiederaufbau.

Ferner hat das Landesarchiv Berlin von der Berliner Kommission für Ansprüche auf Vermögenswerte laut Kontrollrats-Direktive Nr. 50 (Rep. 79), die sich mit der Rückgabe der beschlagnahmten Vermögen beschäftigte, die gesamte Registratur übernommen. Von den Amtsdrucksachen sind die Stenographischen Berichte der Stadtverordnetenversammlung von 1946 bis 1949, die Magistratsprotokolle, Magistratsbeschlüsse und Magistratsvorlagen von 1945 bis 1949 verfügbar. Auch das Amtsblatt des Alliierten Kontrollrates ist fast vollständig, vom Amtsblatt der Alliierten Kommandantur sind dagegen nur einige wenige Nummern vorhanden.

Eine wichtige Quelle für die Besatzungszeit sind ferner die Nachlässe (Rep. 200) von Arthur Werner (1945–1946 Oberbürgermeister), von Ernst Reuter (1946–1948 Stadtrat für Verkehr, 1948–1950 Oberbürgermeister), von Otto Suhr (1946–1950 Stadtverordnetenvorsteher), von Gustav Klingelhöfer (1946–1951 Stadtrat für Wirtschaft), von Johannes Stumm (1945–1948 Polizeipräsidialdirektor, 1948–1962 Polizeipräsident in Berlin), von Hermann Bermann (1945–1946 Abteilungsleiter für Gesundheitswesen in der Deutschen Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen in der Sowjetischen Besatzungszone, 1947–1949 Gesundheitsstadtrat in Tiergarten) und von Sigmund Weltlinger (1947–1957 Referent für jüdische Fragen beim Magistrat/Senat von Berlin). Die Verwaltungsbestände werden durch die Materialien der Zeitgeschichtlichen Sammlung (Rep. 240 und 280) ergänzt, in der u. a. Befehle der Alliierten Kommandantur, Lebensmittelkarten, Wahlunterlagen und Drucksachen der Parteien archiviert sind.

Außerhalb des Landesarchivs Berlin stehen der Forschung noch Unterlagen aus der Besatzungszeit in folgenden Institutionen zur Verfügung: Landesbildstelle Berlin mit Film-, Bild- und Tondokumenten, das Evangelische Zentralarchiv mit den Beständen Kirchenkanzlei der EKD (Berliner Stelle) und Evangelischer Oberkirchenrat, das Franz-Neumann-Archiv mit dem Nachlaß des Berliner SPD-Vorsitzenden von 1946 bis 1958 sowie das Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung. Im Bundesarchiv in Koblenz befinden sich die Nachlässe von Ferdinand Friedensburg, Jakob Kaiser, Wilhelm Külz, Marie-Elisabeth Lüders, Hans Peters und in der Abteilung Potsdam der Nachlaß von Greta Kuckhoff. Außerdem soll auf die Parteiarchive, das Archiv der sozialen Demokratie in Bonn-Bad Godesberg, das Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin bei Bonn, das Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach und die „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" im Bundesarchiv Berlin hingewiesen werden, die Teile der Berliner Parteienregistratur und Nachlässe von Persönlichkeiten archivieren, die in der Berliner Nachkriegspolitik eine Rolle gespielt haben.

6. Interviews, Gedruckte Quellen und Memoiren

Mitarbeiter des Landesarchivs Berlin haben 1981 in Washington einige Personen interviewt, die zwischen 1945 und 1949 in der amerikanischen Militärverwaltung (OMGUS und OMGBS), in der Alliierten Kommandantur und dem Alliierten Kontrollrat tätig waren. Bieten die Interviews keine für die Geschichte der Besatzungsjahre neuen Erkenntnisse, so vermitteln sie doch etwas von der Atmosphäre und von den Arbeitsbedingungen der amerikanischen Verwaltung. Die Interviews folgender Personen stehen zur Verfügung:

Carl Anthon (Higher Education Adviser, Historical Branch, OMGUS 1949); Margret Anthon (Social Worker, Young Women's Christian Association, Berlin 1947–1952); Henry C. Alter (Cultural Affairs Officer, Information Control Section, OMGBS); John Backer (Intelligence Officer, 82nd Airborne Division, Juli – August 1945; MG Officer, Economic Division, OMGUS 1945–1949); John Bitter (Chief, Theater and Music Section, OMGBS 1945–1948); Seymour R. Bolten (MG Officer, Civil Administration Division, OMGUS 1945–1949); Nelson C. Chipchin (Chief Translator, U.S. Element Allied Kommandatura Berlin 1945–1948); Gordon A. Ewing (Political Information Officer, Political Information Branch, OMGUS 1948); William F. Heimlich (Assistant Chief of Staff G-2 Berlin Command 1945–1946; Chief, Political Affairs Section, OMGBS 1946–1947; Director, RIAS 1947–1949); Louis Mark (Financial Analyst,

OMGUS 1948/49); Karl F. Mautner (Liaison Officer to the Oberbuergermeister, OMGBS 1947–1958); James W. Riddleberger (Director, Office of Political Affairs, POLAD 1947–1949); Leon Steck (Chief, Food and Agriculture Section, OMGBS 1945–1949); Maxwell D. Taylor (U.S. Commandant Berlin 1949–1951); Richard W. VanWagenen (Deputy U.S. Secretary, Allied Secretariat, Allied Control Authority 1945–1947); Louis A. Wiesner (Labor Affairs Attaché, Office of Political Affairs, POLAD 1945–1949).

Außerdem stehen im Landesarchiv (STA Rep.61) sogenannte „Veteranenerinnerungen" zur Verfügung. Das sind nach Tonband-Interviews erstellte Aufzeichnungen von Lebenserinnerungen ehemaliger Funktionäre des Ost-Berliner Magistrats, der Wirtschaft und der Parteien.

Die gedruckten Quellen und die Sekundärliteratur sind in den Bänden der Berlin-Bibliographie (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 15, S. 111 ff., Band 43, S. 35 ff., Band 58, S. 69 ff. und Band 69, S. 155 ff.) zusammengestellt. Es soll ebenfalls auf die Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte hingewiesen werden. Die Bände 1 bis 3 enthalten die Chronik von 1945 bis 1951 und in Band 4 sind Quellen und Dokumente aus den Jahren 1945 bis 1951 veröffentlicht. Alle Bände haben eine ausführliche Literaturübersicht. Den außenpolitischen bzw. internationalen Aspekt der Berlin-Situation beleuchtet Hans Herzfeld in seinem 1973 veröffentlichten Buch „Berlin in der Weltpolitik 1945–1970". Harold Hurwitz dagegen legt in seiner Reihe „Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945" den Akzent auf die gesellschaftspolitische Entwicklung. In seinen Untersuchungen hat er bereits OMGBS-Materialien ausgewertet. Ebenfalls aus dem OMGBS-Bestand hat Brewster S. Chamberlin 1979 die Berlin-Berichte der amerikanischen Information Control Section von Juli bis Dezember 1945 unter dem Titel „Kultur auf Trümmern" ediert.

Zum Schluß soll noch auf drei Memoirenbände hingewiesen werden. Sowohl Lucius D. Clays „Entscheidung in Deutschland" als auch Frank L. Howleys „Berlin Command" – beide 1950 erschienen – sind für die Geschichte der amerikanischen Besatzungspolitik in Berlin wesentlich. Während allerdings Clay sachlich berichtet, bewertet Howley seine Haltung während der Besatzungsjahre nicht ganz angemessen. Er läßt sich in seiner Berichterstattung häufig von seinem Antikommunismus leiten. Dadurch wird er der Zusammenarbeit mit den Sowjets in der Kommandantur nicht gerecht. Der Memoirenveröffentlichung ging eine Artikelserie Howleys in der amerikanischen Zeitschrift „Collier's" „Mein vierjähriger Krieg mit den Roten" voraus. Im Landesarchiv befindet sich eine Übersetzung (Rep. 200, Acc. 2549, Nr. 146). Wichtiger als beide Memoirenbände ist für das erste Besatzungsjahr das Tagebuch von John J. Maginnis, das unter dem Titel „Military Government Journal. From the Normandy to Berlin" 1971 erschienen ist. Minutiös hält er in kurzen Notizen die tägliche Arbeit der Besatzungsmacht fest und kommentiert später diese Ereignisse. Maginnis nahm bereits an der Invasion in der Normandie teil und gehörte zum Howley-Stab, der für die Berliner Militärregierung vorgesehen war. Er befand sich in der ersten Einheit, die Anfang Juli in Berlin einmarschierte. Maginnis war zunächst Kommandant des VBK Detachment in Schöneberg und ab August 1945 bis März 1946 Deputy Director des Office of Military Government Berlin District. Seine Tagebuchnotizen sind eine wichtige Ergänzung für die überlieferten Akten des Office of Military Goverment Berlin Sector.

Anhang

Verzeichnis der Übersichten

OMGUS

Übersicht 1: Organisation und Personal von USGCC, November 1944 12
Übersicht 2: Organisation von USGCC, November 1944 14
Übersicht 3: Organisation von USGCC, Juni 1945 16
Übersicht 4: Organisation und Personal von USGCC, Juni 1945 18
Übersicht 5: Organisation und Personal von USGCC, 29. Juni 1945 22
Übersicht 6: Organisation und Personal von OMGUS, Oktober 1945 30
Übersicht 7: Organisation von OMGUS, November 1945 34
Übersicht 8: Organisation von OMGUS und OMGUSZ, November 1945 35
Übersicht 9: Organisation von OMGUS, Februar 1946 36
Übersicht 10: Organisation des Control Office, OMGUS, April 1946 38
Übersicht 11: Organisation des Office of the Director of Information, OMGUS, April 1946 39
Übersicht 12: Organisation des Director of Political Affairs, OMGUS, April 1946 40
Übersicht 13: Organisation der Economics Division, OMGUS, April 1946 41
Übersicht 14: Organisation der Manpower Division, OMGUS, April 1946 42
Übersicht 15: Organisation der Civil Administration Division, OMGUS, April 1946 . . . 46
Übersicht 16: Organisation und Personal von OMGUS, Dezember 1946 46
Übersicht 17: Organisation von EUCOM/OMGUS, Juli 1947 50
Übersicht 18: Organisation und Personal von EUCOM/OMGUS, September 1947 . . . 54
Übersicht 19: Organisation des General Staff, EUCOM, März 1947 57
Übersicht 20: Organisation und Personal von EUCOM/OMGUS, Februar 1948 58
Übersicht 21: Organisation des Office of the Economics Adviser, OMGUS, Juni 1948 . . 63
Übersicht 22: Organisation von EUCOM/OMGUS, März 1948 64
Übersicht 23: Organisation von OMGUS, Mitte 1948 66
Übersicht 24: Organisation und Personal von CINCEUR/OMGUS, Juni 1948 67
Übersicht 25: Gerichtsbezirke im amerikanischen Kontrollgebiet Deutschlands, August 1948 73
Übersicht 26: Organisation von EUCOM/OMGUS, September 1948 74
Übersicht 27: Organisation und Personal von CINCEUR/OMGUS, April 1949 76
Übersicht 28: Organisation von CINCEUR/OMGUS, Juni 1949 84
Übersicht 29: Organisation von HICOG, September 1949 86
Übersicht 30: Stellenbesetzung der Spitzenpositionen in der amerikanischen Militärregierung in Deutschland 1945–1949 92
Übersicht 31: Stellenbesetzung des Chief of Staff, USGCC bzw. OMGUS, 1945–1949 . . 93
Übersicht 32: Personal von Secretary General, OMGUS, 1945–1949 94
Übersicht 33: Personal des Adjutant General, USGCC bzw. OMGUS, 1945–1949 94
Übersicht 34: Organisation der Industry Branch, Economics Division, OMGUS, Oktober 1945 102
Übersicht 35: Organisation der Economics Division, OMGUS, 15. Januar 1946 103
Übersicht 36: Organisation der Economics Division, OMGUS, 9. März 1946 103
Übersicht 37: Organisation und Personal der Economics Divison, OMGUS, Juli 1947 . . 104
Übersicht 38: Organisation und Personal der Civil Administration Division, OMGUS, 26. April 1946 111
Übersicht 39: Organisation und Personal der Civil Administration Division, OMGUS, April 1949 112
Übersicht 40: Organisation und Personal der Information Services Division, OMGUS, April 1949 116
Übersicht 41: Organisation und Personal der Legal Division, USGCC, 25. November 1944 117

Übersicht 42: Organisation und Personal des Office of the Chief of Counsel for War Crimes, OMGUS, 1948 119
Übersicht 43: Organisation und Personal des Office of the Chief of Counsel for War Crimes, OMGUS, Frühjahr 1949 120
Übersicht 44: Organisation und Personal der Manpower Division, USGCC, Juni 1945 . . 120
Übersicht 45: Organisation der Manpower Division, OMGUS, Juli 1945 121
Übersicht 46: Organisation und Personal der Transport Division, USGCC, Juni 1945 . . 122
Übersicht 47: Organisation und Personal des Bipartite Control Office, 1947/1949 125
Übersicht 48: Direktorate und Ausschüsse der Alliierten Kontrollbehörde, März 1946 . 127
Übersicht 49: Direktorate und Ausschüsse der Alliierten Kontrollbehörde, Februar 1948 129

OMGBY

Übersicht 1: Einheiten der 7. U.S. Armee, 8. Mai 1945 145
Übersicht 2: Einheiten der 3. U.S. Armee, Anfang Mai 1945 146
Übersicht 3: Verteilung der Corps, 3. U.S. Armee, auf Bayern, Mai 1945 147
Übersicht 4: Verteilung der Corps, 3. U.S. Armee, auf Bayern, Juli 1945 147
Übersicht 5: Post-War Areas of Occupation, 3. U.S. Armee, Mai 1945 149
Übersicht 6: Hauptquartiere der Kompanien, ECAD, auf bayerischem Gebiet, Juni 1945 150
Übersicht 7: Organisation und Personal von G-5, 3. U.S. Armee, Juli 1944 151
Übersicht 8: Operationspläne des Regional Military Government Detachment E1F3, März und April 1945 152
Übersicht 9: Organisation und Personal des Regional Military Government Detachment E1F3, Juni 1945 154
Übersicht 10: Organisation des Regional Military Government Detachment E1F3, 20. Juni 1945 156
Übersicht 11: Western und Eastern Military District, U.S. Zone, August 1945 159
Übersicht 12: Lokale Detachments auf Stadt- und Landkreisebene in Bayern, Juli 1945 163
Übersicht 13: Lokale Detachments auf Stadt- und Landkreisebene in Bayern, Oktober 1945 165
Übersicht 14: Versorgungseinheiten, 3rd Military Government Regiment, Dezember 1945 168
Übersicht 15: Organisation von OMGBY, August 1946 170
Übersicht 16: Organisation von OMGBY, August 1947 172
Übersicht 17: Organisation von OMGBY, Juli 1949 173
Übersicht 18: Organisation des Office of Land Commissioner for Bavaria, November 1949 174
Übersicht 19: Organisation und Personal von OMGBY, 3. Oktober 1946 175
Übersicht 20: Organisation und Personal von OMGBY, 18. Oktober 1947 176
Übersicht 21: Organisation und Personal von OMGBY, 2. November 1948 177
Übersicht 22: Organisation und Personal von OMGBY, April 1949 178
Übersicht 23: Personalverteilung von 3rd Military Government Regiment, OMGBY, Juni 1946 181
Übersicht 24: Personalverteilung von Headquarters & Headquarters Company, OMGBY, Juni 1946 182
Übersicht 25: Sollstärke der Abteilungen von OMGBY, 1. Januar 1947 183
Übersicht 26: Personalstärke der Abteilungen von OMGBY, Juli 1948 184
Übersicht 27: Personalstärke der Abteilungen von OMGBY, Mai 1949 184
Übersicht 28: Personalstärke der Militärregierung in Bayern 1945–1949 185
Übersicht 29: Organisation der Service Company, 3rd Military Government Regiment, OMGBY, Juli 1946 194
Übersicht 30: Organisation der Headquarters and Service Company, 3rd Military Government Regiment, OMGBY, September 1946 194

Übersicht 31: Organisation der Headquarters Commandant Branch, OMGBY, Anfang 1946 . . . 195
Übersicht 32: Organisation der Personnel and Administration Branch, OMGBY, 17. Juli 1946 . . . 196
Übersicht 33: Organisation der Administration Branch, OMGBY, Mai 1949 . . . 196
Übersicht 34: Organisation der Supply Branch, OMGBY, 1946 . . . 198
Übersicht 35: Organisation der Internal Affairs Division, OMGBY, Februar 1946, April 1946, Juli 1946, Juli 1947 . . . 200
Übersicht 36: Organisation der Civil Administration Division, OMGBY, Februar 1946, Juli 1946, Juli 1947, Juli 1948, Juli 1949 . . . 202
Übersicht 37: Organisation der Civil Administration Branch mit jeweiliger Stellenbewertung (Offiziere bzw. Zivilangestellte), OMGBY, Mai 1946 . . . 204
Übersicht 38: Organisation der Civil Administration Division, OMGBY, August 1946 . . 205
Übersicht 39: Organisation der Civil Administration Division, OMGBY, Juli 1949 . . . 205
Übersicht 40: Organisation der Government and Politics Branch, CAD, OMGBY, Februar 1949 . . . 213
Übersicht 41: Organisation der Public Health Branch, CAD, OMGBY, Juli 1946 . . . 218
Übersicht 42: Organisation der Special Branch, CAD, OMGBY, 1. Januar 1947 . . . 220
Übersicht 43: Organisation der Denazification Branch, CAD, OMGBY, Anfang 1948 . . 221
Übersicht 44: Organisation der Education and Religious Affairs Branch, IACD, OMGBY, Juli 1946 . . . 222
Übersicht 45: Organisation der Education and Religious Affairs Branch, IAD, OMGBY, Juli 1947 . . . 222
Übersicht 46: Organisation der Education and Cultural Relations Division, OMGBY, Mai 1948 . . . 223
Übersicht 47: Organisation der Education and Cultural Relations Division, OMGBY, Anfang 1949 . . . 224
Übersicht 48: Organisation der Education and Cultural Relations Division, OMGBY, Juni 1949 . . . 225
Übersicht 49: Organisation der Education Branch, ECRD, OMGBY, Februar 1949 . . . 229
Übersicht 50: Organisation der Legal Division, OMGBY, 1. Juni 1946, 17. Juli 1946, 1. Juli 1947, 1. Juli 1948 . . . 231
Übersicht 51: Organisation und Personal der Information Control Division, OMGBY, April 1946 . . . 243
Übersicht 52: Organisation der Information Control Division, OMGBY, Juli 1946 . . . 244
Übersicht 53: Organisation der Information Services Division, OMGBY, Ende 1948/ Anfang 1949 . . . 245
Übersicht 54: Organisation und Personal der Intelligence Branch, OMGBY, 1. Juli 1947 . . . 253
Übersicht 55: Organisation und Personal der Economics Division, OMGBY, April 1946 256
Übersicht 56: Organisation der Production Control Agency, G-4, 3. U. S. Armee, Mai 1945 . . . 258
Übersicht 57: Organisation der Trade and Commerce Branch, Economics Division, OMGBY, Mai 1946 . . . 260
Übersicht 58: Organisation der Trade and Commerce Branch, Economics Division, OMGBY, 1947 . . . 260
Übersicht 59: Organisation des Food and Agriculture Office, Regional Military Government Detachment E1F3, Ende Mai 1945 . . . 263
Übersicht 60: Organisation und Personal der Food, Agriculture and Forestry Division, OMGBY, Herbst 1948 . . . 265
Übersicht 61: Organisation der Property Division, OMGBY, Juli 1948 . . . 270
Übersicht 62: Organisation der Transportation Branch, OMGBY, 1. Januar 1946 . . . 282
Übersicht 63: Organisation der Transportation Branch, OMGBY, Juni 1946 . . . 282
Übersicht 64: Organisation der Transportation Branch, OMGBY, Juli 1947 . . . 282
Übersicht 65: Personalstärke der Administrative Companies, Field Operations Division, OMGBY, Juni 1946 . . . 284

Übersicht 66: Liaison and Security Offices, Field Operations Division, OMGBY, Januar 1947 284
Übersicht 67: Personalverteilung auf die Liaison and Security Offices, Field Operations Division, OMGBY, Juli 1947 288
Übersicht 68: Organisation der Field Operations Division, OMGBY, 1948 289
Übersicht 69: Organisation und Personal der Field Operations Division, OMGBY, Oktober 1948 289
Übersicht 70: Organisation und Personal der Field Operations Division, OMGBY, April 1949 293
Übersicht 71: Personal der Field Operations Division, OMGBY, Juni 1949 295
Übersicht 72: Konkordanz der Branches, Field Operations Division, OMGBY, mit den Districts, Land Commissioner of Bavaria, September 1949 295

OMGHE

Übersicht 1: Organisation und Offiziere des Detachments E1A2 bei seiner Aufstellung in Rochefort en Yveline beim Hauptquartier der European Civil Affairs Division (ECAD), 15. September 1944 320
Übersicht 2: Entwicklung der Befehlskette zwischen der amerikanischen Militärregierung in Hessen und ihren vorgesetzten Dienststellen, Oktober 1945 – April 1946 328
Übersicht 3: Personalentwicklung von OMGHE, November 1945 – Juni 1946 332
Übersicht 4: Personalentwicklung von OMGHE, Juli 1946 – Juni 1947 332
Übersicht 5: Personalzuweisungen an OMGHE durch OMGUS, Januar 1948 – September 1949 333
Übersicht 6: Organisation von OMGHE, Juni 1946 334
Übersicht 7: Organisation von OMGHE und hessischer Regierung, Juni 1947 335
Übersicht 8: Organisation von OMGHE, Januar 1948 336
Übersicht 9: Organisation von OMGHE, 30. April 1948 337
Übersicht 10: Organisation von OMGHE, 31. Oktober 1948 338
Übersicht 11: Organisation von OMGHE, 31. Juli 1948 339
Übersicht 12: Raster eines Berichts des Detachments E-4 (E1C2) vom Spätfrühjahr 1945 342
Übersicht 13: Raster eines Bericht des Detachments E-3 (E1B2), Frühjahr 1946 342
Übersicht 14: Regionale, lokale und funktionale Detachments in Hessen, Sommer 1945 . 342
Übersicht 15: Kommandierende Offiziere der Detachments, OMGHE, Oktober 1945 . . 345
Übersicht 16: Kommandierende Offiziere der Detachments, OMGHE, 5. Januar 1946 . . 346
Übersicht 17: Kommandierende Offiziere der Detachments, OMGHE, 15. März 1946 . . 347
Übersicht 18: Zuständigkeitsbereiche der hessischen Regierungsbezirks-Detachments bis zu ihrer Auflösung im Juni 1946, Ende 1945 349
Übersicht 19: Organisation von 2nd Military Government Battalion (Seperate), 15. November 1945 353
Übersicht 20: Organisation von 2nd Military Government Battalion (Seperate), Januar 1946 353
Übersicht 21: Organisation von 2nd Military Government Battalion (Seperate), 30. Juni 1947 354
Übersicht 22: Organisation von Hesse Section, 7780 OMGUS Group, 31. März 1946 . . . 355
Übersicht 23: Organisation der Personnel Division, OMGHE, 30. Juni 1947 357
Übersicht 24: Organisation der Personnel Division, OMGHE, 30. Juni 1948 357
Übersicht 25: Organisation der Civil Administration Division, OMGHE, 30. Juni 1947 . 359
Übersicht 26: Organisation der Civil Administration Division, OMGHE, 31. Dezember 1948 360
Übersicht 27: Organisation des Economics Department, OMGHE, Oktober 1945 362
Übersicht 28: Organisation der Economics Division, OMGHE, Juni 1946 364
Übersicht 29: Organisation der Bipartite Division, OMGHE, 30. Juni 1948 367

Übersicht 30: Organisation der Education and Religious Affairs Division, OMGHE, 30. Juni 1947 370
Übersicht 31: Organisation der Education and Cultural Relations Division, OMGHE, 31. Dezember 1948 371
Übersicht 32: Organisation der Finance Division, OMGHE, 30. Juni 1947 373
Übersicht 33: US Information Centers (Amerika-Häuser) in Hessen, 1946–1948 377
Übersicht 34: Organisation der Information Control Division, OMGHE, Juni 1946 . . . 378
Übersicht 35: Organisation der Information Control Division, OMGHE, 30. Juni 1947 . 379
Übersicht 36: Organisation der Information Services Division, OMGHE, 31. Dezember 1948 380
Übersicht 37: Organisation der Intelligence Division, OMGHE, Anfang 1947 384
Übersicht 38: Organisation der Intelligence Division, OMGHE, 30. Juni 1947 384
Übersicht 39: Military Government Courts in Hessen, Oktober 1945 – Mai 1946 387
Übersicht 40: Organisation der Legal Division, OMGHE, Juni 1946 390
Übersicht 41: Organisation der Legal Division, OMGHE, 30. Juni 1947 391
Übersicht 42: Organisation der Legal Division, OMGHE, 31. Mai 1948 392
Übersicht 43: Organisation der Legal Division, OMGHE, 30. Juni 1948 392
Übersicht 44: Organisation der Liaison and Security Control Division, OMGHE, 1. Januar 1948 394
Übersicht 45: Organisation der Liaison and Security Control Division, OMGHE, 31. Dezember 1948 395
Übersicht 46: Anzahl der bei LSC (mit Control Section), OMGHE, Beschäftigten, Juli 1946 – Oktober 1948 395
Übersicht 47: Stellenbesetzung der Liaison and Security Offices, OMGHE, Juni 1946 . . 396
Übersicht 48: Stellenbesetzung der Liaison and Security Offices, OMGHE, 1. April 1947 398
Übersicht 49: District Liaison and Security Offices mit Nebenstellen, OMGHE, 10. Januar 1949 399
Übersicht 50: US Resident Offices in Hessen, 1. Oktober 1949 400
Übersicht 51: Stellenbesetzung der Liaison and Security Offices, OMGHE, März 1948 . 401
Übersicht 52: Stellenbesetzung der Liaison and Security Offices, OMGHE, Juli 1949 . . 402
Übersicht 53: Organisation der Manpower Division, OMGHE, 30. Juni 1946 404
Übersicht 54: Organisation der Property Control Division, OMGHE, Juni 1946 410
Übersicht 55: Organisation der Property Control Division, OMGHE, 30. Juni 1947 . . . 411
Übersicht 56: Organisation der Property Control Division, OMGHE, 31. Dezember 1947 412
Übersicht 57: Organisation der Property Division, OMGHE, 30. Juni 1948 412
Übersicht 58: Organisation der Public Health Division, OMGHE, 30. Juni 1947 415
Übersicht 59: Organisation der Public Information Division, OMGHE, 30. Juni 1947 . . 417
Übersicht 60: Organisation der Public Information Division, OMGHE, Januar 1948 . . . 418
Übersicht 61: Organisation der Public Safety Division, OMGHE, Juni 1946 421
Übersicht 62: Organisation der Public Safety Division, OMGHE, 31. Dezember 1947 . . 421
Übersicht 63: Organisation der Public Welfare and Displaced Persons Division, OMGHE, Juni 1946 425
Übersicht 64: Organisation der Public Welfare and Displaced Persons Division, OMGHE, 30. Juni 1947 426
Übersicht 65: Organisation der Public Welfare and Displaced Persons Division, 30. September 1947 426
Übersicht 66: Organisation der Denazification Division, OMGHE, 30. Juni 1947 431
Übersicht 67: Organisation der Investigation Division, OMGHE, 31. Dezember 1948 . . 432
Übersicht 68: Organisation der Statistical, Field Reports and Historical Division, OMGHE, Juli 1946 434
Übersicht 69: Organisation der Statistical, Historical and Field Reports Division, OMGHE, 31. März 1948 435
Übersicht 70: Organisation der Transportation Division, OMGHE, 30. Juni 1946 437

OMGWB

Übersicht 1: Organisation des Regional Military Government Detachment E1C3, 8. Mai 1945 461
Übersicht 2: Organisation und Personal des Detachment E-1, OMGWB, 19. September 1945 464
Übersicht 3: Organisation und Personal des Detachment E-1, OMGWB, 1. Dezember 1945 465
Übersicht 4: Functional Teams, OMGWB, 15. Dezember 1945 467
Übersicht 5: Organisation des OMGWB, 25. März 1946 472
Übersicht 6: Organisation des OMGWB, 1. Juni 1946 476
Übersicht 7: Organisation des OMGWB, Herbst 1946 478
Übersicht 8: Organisation des OMGWB, April 1947 481
Übersicht 9: Organisation des OMGWB, September 1947 482
Übersicht 10: Organisation des OMGWB, 15. Mai 1948 483
Übersicht 11: Organisation des OMGWB, 6. Dezember 1948 484
Übersicht 12: Organisation des OMGWB, 17. Februar 1949 486
Übersicht 13: Organisation des OMGWB, 1. Juli 1949 487
Übersicht 14: Personalstand (Sollstand) von OMGWB, Februar – Juni 1946 488
Übersicht 15: Personalstärke der Abteilungen des OMGWB, 8. August 1946 489
Übersicht 16: Personalstärke der Abteilungen des OMGWB, 30. Juni 1947 492
Übersicht 17: US Mitarbeiter bei OMGWB, Juli 1947 – Juli 1948 493
Übersicht 18: Stellenplan von OMGWB, 30. Juni 1948 494
Übersicht 19: Anzahl der bei OMGWB Beschäftigten, Oktober 1948 bis August 1949 . . 494
Übersicht 20: Personalstärke der Abteilungen des OMGWB, 1949 495
Übersicht 21: Personalentwicklung bei den Military Government Offices/Liaison and Security Offices, OMGWB, 1945–1948 495
Übersicht 22: Offiziere und Zivilisten in leitenden Stellungen bei OMGWB, 1945–1949 496
Übersicht 23: Stellenbesetzung des OMGWB, 11. September1946 497
Übersicht 24: Stellenbesetzung des OMGWB, 1. Juli 1947 497
Übersicht 25: Stellenbesetzung des OMGWB, September 1947 498
Übersicht 26: Stellenbesetzung des OMGWB, 12. Januar 1948 500
Übersicht 27: Stellenbesetzung des OMGWB, Mai 1948 501
Übersicht 28: Stellenbesetzung des OMGWB, 20. September 1948 503
Übersicht 29: Stellenbesetzung des OMGWB, 8. März 1949 504
Übersicht 30: Stellenbesetzung des OMGWB, 8. Juli 1949 505
Übersicht 31: Organisation des Detachment E1C3, OMGWB, Juli 1945 511
Übersicht 32: Organisation des 1st Military Government Battalion (Sepearate), 1. Januar 1946 513
Übersicht 33: Organisation der Detachments, 1st MGBat(Sep), OMGWB, ab Juni/ August 1946 515
Übersicht 34: Bezeichnungen der Regional Military Government Detachments, 1945 . . 516
Übersicht 35: Detachments in (Nord-)Baden, 1945–1947 517
Übersicht 36: Detachments in (Nord-)Württemberg, 1945–1947 518
Übersicht 37: Organisation der Civil Administration Division, OMGWB, 1. Juni 1946 . . 521
Übersicht 38: Organisation der Interior Division, OMGWB, Juni 1946 522
Übersicht 39: Organisation der Governmental Affairs Division, OMGWB, Juni 1948 . . 523
Übersicht 40: Organisation der Public Health Branch, Interior Division, OMGWB, Frühjahr 1946 524
Übersicht 41: Organisation der Public Health Branch, Interior Division, OMGWB, Ende 1946 525
Übersicht 42: Organisation der Public Welfare Branch, Interior Division, OMGWB, März 1946 526
Übersicht 43: Organisation der Public Welfare Branch, Interior Division, OMGWB, Juni 1947 527

Übersicht 44: Organisation der Public Safety Branch, Interior Division, OMGWB, Juni 1946 . . . 527
Übersicht 45: Leitendes Personal der Civil Administration (Interior) Division, OMGWB, 1945–1949 . . . 528
Übersicht 46: Organisation der Denazification Division, OMGWB, August 1947 . . . 530
Übersicht 47: Leitendes Personal der Denazification Division, OMGWB, 1945–1949 . . 531
Übersicht 48: Organisation und Personal der Information Control Division, OMGWB, Juli 1946 . . . 534
Übersicht 49: Organisation der Information Control Division, OMGWB, Mai 1948 . . . 534
Übersicht 50: Organisation der Information Service Division, OMGWB, 17. Februar 1949 . . . 535
Übersicht 51: Leitendes Personal der Information Control (Service) Division, OMGWB, 1945–1949 . . . 538
Übersicht 52: Organisation der Intelligence Division, OMGWB, September 1946 . . . 540
Übersicht 53: Organisation der Intelligence and Reports Division, OMGWB, 15. Mai 1948 . . . 541
Übersicht 54: Leitendes Personal der Intelligence Division/Intelligence and Reports Division, OMGWB, 1947–1949 . . . 541
Übersicht 55: Leitendes Personal der Public Relations Division/Public Information Division, OMGWB, 1945–1949 . . . 541
Übersicht 56: Organisation der Legal Division, OMGWB, 25. März 1946 . . . 543
Übersicht 57: Organisation der Legal Division, OMGWB, 30. Juni 1946 . . . 543
Übersicht 58: Organisation der Legal Division, OMGWB, September 1946 . . . 543
Übersicht 59: Organisation der Legal Division, OMGWB, 20. September 1947 . . . 544
Übersicht 60: Military Government Courts Branch, OMGWB: Judicial Districts, Februar 1948 . . . 546
Übersicht 61: Leitendes Personal der Legal Division, OMGWB, 1945–1949 . . . 547
Übersicht 62: Organisation der Finance Division, OMGWB, 1. Juli 1946 . . . 548
Übersicht 63: Organisation der Restitutions Control Branch, Economics Division, OMGWB, Juli 1946 . . . 549
Übersicht 64: Organisation der Restitutions Control Branch, Economics Division, OMGWB, Juni 1947 . . . 549
Übersicht 65: Organisation der Property Control Branch, Finance Division, OMGWB, Juli 1946 . . . 551
Übersicht 66: Organisation der Property Division, OMGWB, Mai 1948 . . . 551
Übersicht 67: Leitendes Personal der Finance Division, OMGWB, 1945–1949 . . . 551
Übersicht 68: Organisation der Economics Division, OMGWB, September 1945 . . . 552
Übersicht 69: Organisation der Economics Division, OMGWB, März 1946 . . . 553
Übersicht 70: Organisation der Economics Division, OMGWB, August 1946 . . . 554
Übersicht 71: Organisation der Bipartite Affairs Division, OMGWB, 15. Mai 1948 . . . 555
Übersicht 72: Organisation der Industry Branch, Economics Division, OMGWB, April 1946 . . . 556
Übersicht 73: Organisation der Industry Branch, Economics Division, OMGWB, Juni 1946 . . . 556
Übersicht 74: Organisation der Food and Agriculture and Forestry Branch, Economics Division, OMGWB, Dezember 1945 . . . 557
Übersicht 75: Organisation der Food and Agriculture Branch, Economics Division, OMGWB, Juli 1946 . . . 557
Übersicht 76: Organisation der Food and Agriculture Branch, Economics Division, OMGWB, März 1948 . . . 558
Übersicht 77: Organisation der Transportation Branch, Economics Division, OMGWB, Dezember 1945 . . . 559
Übersicht 78: Organisation der Transportation Division, OMGWB, Februar 1946 . . . 560
Übersicht 79: Leitendes Personal der Economics Division, OMGWB, 1945–1949 . . . 561
Übersicht 80: Leitendes Personal der Transportation Division und der PTT Branch, OMGWB, 1945–1949 . . . 561

Übersicht 81: Organisation der Manpower Division, OMGWB, Juni 1946 563
Übersicht 82: Leitendes Personal der Labor Division, OMGWB, 1945–1949 563
Übersicht 83: Organisation der Education and Religious Affairs Division, OMGWB, 15. Dezember 1945 564
Übersicht 84: Organisation der Education and Religion Division, OMGWB, Juli 1946 . 564
Übersicht 85: Organisation der Education and Cultural Relations Division, OMGWB, Juni 1948 565
Übersicht 86: Organisation der Education and Cultural Relations Division, OMGWB, Juli 1949 565
Übersicht 87: Leitendes Personal der Education and Cultural Affairs Division, OMGWB, 1945–1949 567
Übersicht 88: Rubriken eines Wochenberichts von OMGWB, Det. E-1, 1945 570
Übersicht 89: Berichtsschema deutscher Dienststellen, 1945 570
Übersicht 90: Berichtsschema eines wöchentlichen Intelligence Report der LSO, OMGWB, Januar 1947 571
Übersicht 91: Organisation des Detachment F1E2, LKB Mannheim, Anfang Juni 1945 . 572
Übersicht 92: Organisation des Detachment G1E2, LKB Karlsruhe, Mitte Juni 1945 . . 573
Übersicht 93: Organisation des Detachment E-7, Office of Military Government for North Baden, Oktober 1945 574
Übersicht 94: Leitendes Personal der French Affairs Branch/Allied Liaison Division, OMGWB, 1945–1949 577
Übersicht 95: Amerikanische Dienststellen in Württemberg-Baden (ohne Militärregierung) 578

OMGBR

Übersicht 1: Enklave Bremen und Bremerhaven 605
Übersicht 2: Organisation des Detachments E2C2, OMGBR, März 1945 627
Übersicht 3: Organisation des Detachments E2C2, OMGBR, 1. Juli 1945 628
Übersicht 4: Organisation des Office of Military Government for Bremen, 15. Januar 1946 631
Übersicht 5: Organisation des Office of Military Government Bremen Enclave, 25. November 1946 632
Übersicht 6: Organisation des Office of Military Government Bremen, 23. Oktober 1947 633
Übersicht 7: Organisation des Office of Military Government Bremen, 30. November 1948 634
Übersicht 8: Beschäftigtenzahlen im Überblick, OMGBR, 1946–1949 637

OMGBS

Übersicht 1: Alliierte Kommandantur Berlin, 1. Dezember 1945 682
Übersicht 2: Alliierte Kommandantur Berlin, 14. Mai 1949 684
Übersicht 3: Personal des Assistant Deputy Governor, OMGUS, und des U.S. Commandant Allied Kommandatura Berlin, 1945–1949 686
Übersicht 4: Organisation und Personalstärke des Office of Military Government U.S. Berlin District, 15. Dezember 1945 688
Übersicht 5: Organisation und Personalstärke des Office of Military Government U.S. Berlin Sector, 1. Januar 1947 689
Übersicht 6: Organisation und Personalstärke des Office of Military Government U.S. Berlin Sector, 11. August 1949 und 1. September 1949 689
Übersicht 7: Organisation des U.S. Headquarters – Berlin District G-5 Section – A1A1 Military Government Detachment, 15. Juli 1945 691
Übersicht 8: Organisation des Office of Military Government (Berlin District), 15. März 1946 691

Übersicht 9: Organisation des Office of Military Government – Berlin District, 1. Oktober 1946 692
Übersicht 10: Organisation des Office of Military Government – Berlin Sector, 1. Oktober 1948 692
Übersicht 11: Organisation des Office of Military Government – Berlin Sector, 2. November 1948 693
Übersicht 12: Organisation des Office of Military Government – Berlin Sector, 1. Juli 1949 693
Übersicht 13: Personal des Director's Office, OMGBS, 1945–1949 700
Übersicht 14: Personal der Administration Branch, OMGBS, 1945–1949 700
Übersicht 15: Personal der VBK Detachments/Liaison Officers, OMGBS, 1945–1949 . . 703
Übersicht 16: Organisation der Civil Administration and Political Affairs Branch, OMGBS 704
Übersicht 17: Personal der Civil Administration and Political Affairs Branch, OMGBS, 1945–1949 704
Übersicht 18: Personal der Public Relations, Statistical and Historical Branch, OMGBS, 1946–1949 706
Übersicht 19: Organisation der Information Services Branch, OMGBS, 1945–1949 708
Übersicht 20: Personal der Information Services Branch, OMGBS, 1945–1949 709
Übersicht 21: Personal der Communications Branch, OMGBS, 1945–1949 711
Übersicht 22: Organisation der Legal Branch, OMGBS, 1945–1949 712
Übersicht 23: Personal der Legal Branch, OMGBS, 1945–1949 712
Übersicht 24: Organisation der Public Safety Branch, OMGBS, 1945–1949 715
Übersicht 25: Personal der Public Safety Branch, OMGBS, 1945–1949 715
Übersicht 26: Organisation der Economics Branch, OMGBS, 1945–1949 718
Übersicht 27: Personal der Economics Branch, OMGBS, 1945–1949 718
Übersicht 28: Personal der Finance Branch, OMGBS, 1945–1949 720
Übersicht 29: Personal der Property Control Branch, OMGBS, 1945–1949 722
Übersicht 30: Organisation der Manpower Branch, OMGBS, März 1946 724
Übersicht 31: Personal der Manpower Branch, OMGBS, 1946–1949 724
Übersicht 32: Personal der Public Works and Utilities Branch, OMGBS, 1945–1949 . . . 726
Übersicht 33: Personal der Public Welfare Branch, OMGBS, 1945–1949 727
Übersicht 34: Personal der Public Health Branch, OMGBS, 1945–1949 729
Übersicht 35: Personal der Education and Cultural Relations Branch, OMGBS, 1945–1949 731

Literaturverzeichnis

Adamietz, Horst: Das erste Kapitel. Bremer Parlamentarier 1945–1950. Bremen 1975

Adamietz, Horst: Freiheit und Bindung. Adolf Ehlers. Bremen 1978

Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949. Hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte. München, Wien 1976–1983
Band 1. September 1945 – Dezember 1946. Bearb. von Walter Vogel und Christoph Weisz
Band 2. Januar – Juni 1947. Bearb. von Wolfram Werner
Band 3. Juni – Dezember 1947. Bearb. von Günter Plum
Band 4. Januar – Dezember 1948. Bearb. von Christoph Weisz, Hans-Dieter Kreikamp und Bernd Steger
Band 5. Januar – August 1949. Bearb. von Hans-Dieter Kreikamp

Americans as Proconsuls. United States Military Government in Germany and Japan, 1944–1952. Ed. by Robert Wolfe. Carbondale 1984

Apelt, Hermann: Reden und Schriften. Hrsg. von Theodor Spitta. Bremen 1962

Die Auseinandersetzung um die Länderverfassungen in Hessen und Bayern 1946. Dokumente. Hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF). Mit einer Einleitung von Wolf-Dietrich Schmidt. Frankfurt a. M. 1978 (= Marxistische Paperbacks 87)

Bach, Julian: America's Germany. An Account of the Occupation. New York 1946

Backer, John H.: Die deutschen Jahre des Generals Clay. Der Weg zur Bundesrepublik 1945–1949. München 1983

Backer, John H.: Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1943–1948. München 1981

Badstübner, Rolf und Siegfried Thomas: Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955. Köln 1975

Baer, Fritz: Die Ministerpräsidenten Bayerns 1945–1962. München 1971 (= Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte Beiheft 3, Reihe B)

Bauer, Franz J.: Der Bayerische Bauernverband, die Bodenreform und das Flüchtlingsproblem 1945–1951. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31 (1983), S. 443–482

Bauer, Franz J.: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950. Stuttgart 1982 (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 3)

Bayern, Konstantin von: Nach der Sintflut. Berichte aus der Zeit des Umbruchs 1945–1948. München 1986

Begegnungen mit Wilhelm Kaisen. Hrsg. von Hartmut Müller. Bremen 1980

Behr, Hermann: Vom Chaos zum Staat. Männer, die für uns begannen. 1945–1949. Frankfurt a. M. 1961

Benz, Wolfgang: Amerikanische Literaturpolitik und deutsche Interessen. Verlagswesen und Buchhandel in Bayern 1945–1946. In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 42 (1979), S. 705–731

Benz, Wolfgang: Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat. München 1984

Benz, Wolfgang: Das OMGUS-Projekt. In: German Studies Review 2 (1979), S. 88–94

Benz, Wolfgang: Versuche zur Reform des öffentlichen Dienstes in Deutschland 1945–1952. Deutsche Opposition gegen alliierte Initiativen. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29 (1981), S. 216–245

Benz, Wolfgang: Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1945–1949. Frankfurt/M. 1984

Benz, Wolfgang: Vorformen des „Weststaats": die Bizone 1946–1949. In: Eschenburg, Theodor: Jahre der Besatzung 1945–1949. Stuttgart, Wiesbaden 1983, S. 375–420

Bergsträsser, Ludwig: Zeugnisse zur Entstehungsgeschichte des Landes Hessen. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5 (1957), S. 397–416

Berlin. Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung 1945–1946. 2. Aufl. Berlin 1957 (= Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte 1)

Berlin. Behauptung von Freiheit und Selbstverwaltung 1946–1948. Hrsg. im Auftrag des Senats von Berlin. Berlin 1959 (= Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte 2)

Berlin. Ringen um Einheit und Wiederaufbau 1948–1951. Hrsg. im Auftrag des Senats von Berlin. Bearb vom Landesarchiv Berlin, Abt. Zeitgeschichte. Gesamtleitung: Albrecht Lampe. Berlin 1962 (= Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte 3)

Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951. Hrsg. im Auftrag des Senats von Berlin. Bearb. durch Hans J. Reichhardt, Hans U. Treutler und Albrecht Lampe. Halbbd 1.2. Berlin 1964 (= Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte 4)

Berliner Archive. Hrsg. vom Landesarchiv Berlin und der Arbeitsgemeinschaft Berliner Archivare. 4. Aufl. Berlin 1992

Beyer, Hans-Christoph: Die verfassungspolitischen Auseinandersetzungen um die Sozialisierung in Hessen. Phil. Diss. Marburg 1977

Beyersdorf, Peter: Militärregierung und Selbstverwaltung. Diss. Erlangen/Nürnberg 1966

Billerbeck, Rudolf: Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946–1951) und der Nationalsozialismus. Düsseldorf 1971

Blumenstock, Friedrich: Der Einmarsch der Amerikaner und Franzosen im nördlichen Württemberg im April 1945. Stuttgart 1957 (= Darstellungen aus der württembergischen Geschichte 41)

Böck, Karl: Der Wiederaufbau des gymnasialen Schulwesens in Bayern während der Zeit der alliierten Besatzung. In: Wendepunkte. Hrsg. von Helmut Kreutzer. München 1983

Boehm, Laetitia: Die Ludwig-Maximilians-Universität im Münchner Kulturleben zwischen Kriegszerstörung, Umerziehung und Richtfesten. „... Und neues Leben blüht aus den Ruinen." In: Trümmerzeit in München. Kultur und Gesellschaft einer deutschen Großstadt im Aufbruch 1945–1949. Hrsg. von Friedrich Prinz. München 1984, S. 149–155

Boldt, Frank: Der Start nach 1945. Wilhelm Kaisen und die SPD beim parlamentarischen Neubeginn. In: Gewollt und durchgesetzt. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion des Landes Bremen von der Jahrhundertwende bis zur Gegenwart. Hrsg. von Klaus Wedemeier. Opladen 1983 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der Parteien in Bremen 1), S. 249–259

Bolz, Rüdiger: Von Radio München zum Bayerischen Rundfunk. In: Trümmerzeit in München. Kultur und Gesellschaft einer deutschen Großstadt im Aufbruch 1945–1949. Hrsg. von Friedrich Prinz. München 1984, S. 240–251

Boyens, Armin: Die Kirchenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland von 1944 bis 1946. In: Kirchen in der Nachkriegszeit. Göttingen 1979 (= Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte B 8), S. 7–99

Boyer, Christoph: „Deutsche Handwerksordnung" oder „zügellose Gewerbefreiheit". Das Handwerk zwischen Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. In: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller. München 1988 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 26), S. 427–467

Boyer, Christoph: Zwischen Zwangswirtschaft und Gewerbefreiheit. Handwerk in Bayern 1945–1949. München 1992 (= Studien zur Zeitgeschichte 41)

Braese, Detlef und Rüdiger Rose: Entnazifizierung der Teil-Enklave Bremerhaven – einschließlich des Aspektes ihrer Wirkung auf „Entnazifizierte". Bremen 1982 (Manuskript)

Brandt, Peter: Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau – Ausprägung – Politik in Bremen 1945/46. Hamburg 1976 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte XI)

Brandt, Peter: Betriebsräte, Neuordnungsdiskussion und betriebliche Mitbestimmung 1945–1948. Das Beispiel Bremen. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz 20 (1984), S. 156–202

Brandt, Peter: Die Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KGF) in Bremen. In: Arbeiter-

initiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Hrsg. von Lutz Niethammer u. a. Wuppertal 1976, S. 386–414

Breitenkamp, C.: The U.S. Information Control Division and its Effect on German Publishers and Writers 1945–1949. Grand Forks 1953

Bremen im Wiederaufbau 1945–1957. Hrsg. vom Bremer Ausschuß für Wirtschaftforschung. Bearb. von G. Deissmann. Bremen 1958

Bremer Biographie. 1912–1962. Hrsg. von der Historischen Gesellschaft zu Bremen und dem Staatsarchiv Bremen. Bremen 1969

Bremer Branchen-Adreßbuch mit Behördenverzeichnis 1948. Bremen 1948

Bremerhaven. 5 Jahre Aufbauarbeit. Ein Zeitdokument von 1948 bis 1952. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Bremerhaven. Bremerhaven 1953

Bremerhaven 1945–1955. Wiederaufbau in Wort und Bild. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Bremerhaven. Bremerhaven 1955

Die Bremischen Schulen 1945–1955. 10 Jahre Wiederaufbau. Hrsg. vom Senator für das Bildungswesen. Bremen 1956

Breyhan, Christian: Wiederaufbau in Bremen. In: Wilhelm Nolting-Hauff. Senator für die Finanzen in der Freien Hansestadt Bremen 1945–1962. Bremen 1972 (= Schriften der Wittheit zu Bremen, NF 3), S. 49–65

Brückner, Joachim: Kriegsende in Bayern 1945. Der Wehrkreis VII und die Kämpfe zwischen Donau und Alpen. Freiburg 1987 (= Einzelschriften zur militärischen Geschichte des Zweiten Welkrieges 30)

Buchholz, Rainer: Der politische Wiederaufbau in Bremen 1945–1947. Hannover 1977 (Manuskript)

Das Bundesarchiv und seine Bestände. Eine Übersicht, in 3. Aufl. bearb. von Gerhard Granier, Josef Henke, Klaus Oldenhage. Boppard 1977

Bungenstab, Karl-Ernst: Die Ausbildung der amerikanischen Offiziere für die Militärregierung nach 1945. In: Jahrbuch für Amerikastudien 18 (1973), S. 195–212

Bungenstab, Karl-Ernst: Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945–1949. Düsseldorf 1970

Chronik der Stadt München 1945–1948. Bearb. von Wolfram Selig unter Mitwirkung von Ludwig Morenz und Helmuth Stahleder. Hrsg. von Michael Schattenhofer. München 1980

Churchill, Winston S.: Triumph and Tragedy. Boston 1953

Clay, Lucius D.: Entscheidung in Deutschland. Frankfurt 1950

Clay, Lucius D.: The Papers of General Lucius D. Clay. Germany 1945–1949. Hrsg. von Jean Edward Smith. 2 Bde. Bloomington 1974

Clifton, Denzil T.: Bremen under U.S. Military Occupation, 1945–1949: The Reform of Education. Phil. Diss. Delaware 1973

Crüsemann, Dietrich: Die Bremische Evangelische Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg im Spiegel amerikanischer Akten (1945–1948). In: „Denazification". Zur Entnazifizierung in Bremen. Hrsg. von Wiltrud Ulrike Drechsel und Andreas Röpcke. Bremen 1992 (= Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens 13), S. 85–108

Dastrup, B. L.: U.S. Military Occupation of Nuremberg, Germany 1945–1949. Kansas 1980

Davidson, Eugene: The Death and Life of Germany. An Account of the American Occupation. New York 1959

„Denazification". Zur Entnazifizierung in Bremen. Hrsg. von Wiltrud Ulrike Drechsel und Andreas Röpcke. Bremen 1992 (= Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens 13)

Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Zusammenbruch und Neuanfang im Jahr 1945 in Dokumenten und Bildern. Hrsg. vom Generallandesarchiv Karlsruhe in Verbindung mit der

Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein. Bearb. von Hansmartin Schwarzmaier. Karlsruhe 1975

Dietl, Hubert: Strafvollzug in Bayern nach 1945 – Rückblick und Ausblick. In: Festschrift Karl Bengl. Hrsg. von August Lang. München 1984

Documents on Germany under Occupation 1945–1954. Selected and edited by Beate Ruhm von Oppen. London, New York, Toronto 1955

Dörr, Manfred: Restauration oder Demokratisierung? Zur Verfassungspolitik in Hessen 1945/46. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2 (1971), S. 99–122

Dokumente zum Aufbau des bayerischen Staates. Hrsg. von der Bayerischen Staatskanzlei. München 1948

Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern. Hrsg. von Karl Bosl. Abt. III: Bayern im 19. und 20. Jahrhundert.
Band 2. Die bayerische Staatlichkeit. Unter Mitwirkung von Werner K. Blessing bearb. von Rolf Kießling und Anton Schmid. München 1971
Band 9. Die Regierungen 1945–1962. Bearb. von Fritz Baer. München 1976

Dokumente zur Schulreform in Bayern. Hrsg. von H. Merkt. München 1952

Donat, Konrad: Stadtplanung in Bremen zwischen 1940 und 1950. Bremen 1950 (Manuskript)

Dorn, Walter L.: Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland 1944–1945. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 6 (1958), S. 60–77

Dorn, Walter L.: Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß übersetzt und hrsg. von Lutz Niethammer. Stuttgart 1973 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 26)

Dorn, Walter L.: Zur Entstehungsgeschichte des Landes Hessen. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 6 (1958), S. 191–196

30 Jahre Hessische Verfassung 1946–1976. Hrsg. von Erwin Stein. Hrsg. im Auftrag der Hessischen Landesregierung und des Hessischen Landtages. Wiesbaden 1976

Eckart, Wolfgang: Amerikanische Reformpolitik und deutsche Tradition. Nürnberg 1945–1949. Nachkriegspolitik im Spannungsfeld zwischen Neuordnungsvorstellungen, Notlage und pragmatischer Krisenbewältigung. Nürnberg 1988 (= Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte 42)

Eckhardt, Felix von: Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen. Düsseldorf, Wien 1967

Enders, Ulrich: Die Bodenreform in der amerikanischen Besatzungszone 1945–1949 unter besonderer Berücksichtigung Bayerns. Ostfildern 1982

Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg. Eine Dokumentation. Bearb. von Paul Sauer. Hrsg. vom Landtag von Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Ulm 1977

Erdmann, Karl Dietrich: Die Zeit der Weltkriege. 2 Bde. 9., neu bearb. Aufl. Stuttgart 1973 und 1976 (= Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte 4)

Esame, H.: Patton. New York 1974

Eschenburg, Theodor: Jahre der Besatzung 1945–1949. Mit einem einleitenden Essay von Eberhard Jäckel. Stuttgart, Wiesbaden 1983 (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1)

Fait, Barbara: Auf Befehl der Besatzungsmacht? Der Weg zur Bayerischen Verfassung. In: Neuanfang in Bayern. 1945–1949. Hrsg. von Wolfgang Benz. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit. München 1988, S. 36–63

Fait, Barbara: „In einer Atmosphäre von Freiheit". Die Rolle der Amerikaner bei der Verfassunggebung in den Ländern der US-Zone 1946. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33 (1985), S. 420–455

Faltus, Hermann: Vorhang auf. Theater in Bremen 1945 bis 1949. Bremen 1954

Farago, Ladislas: The Last Days of Patton. New York 1981

Farago, Ladislas: Patton. Ordeal and Triumph. New York 1964

Feeken, Ulla und Ulrike Schmidt: Öffentliche Jugendfürsorge in Bremen 1945–1948. Eine Auswertung senatorischer Akten. Bremen 1981 (Manuskript)

Feuchte, Paul: Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg. Stuttgart 1983 (= Veröffentlichungen zur Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg seit 1945 1)

Fichter, Michael: Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944–1948. Opladen 1982 (= Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 40)

Fiedler, Jürgen: Die Besatzungszeit in Wertingen 1945 bis 1949. In: Jahrbuch des Historischen Vereins Dillingen a. d. Donau 87 (1985), S. 167–197

Fisch, Gerhard und Fritz Krause: Die SPD und KPD 1945/46: Einheitsbestrebungen der Arbeiterparteien, dargestellt an Beispielen aus Südhessen. Frankfurt 1978

Fleischer-Schumann, Jürgen: Das Bildungs- und Erziehungswesen in München 1945–1976. Die Ära Anton Fingerle. Hrsg. vom Schul- und Kulturreferat der Landeshauptstadt München. München 1987

Foreign Relations of the United States. The Conference at Quebec 1944. Washington 1972

Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. 1945 Vol. III. Washington 1968

Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945. Vol. I. II. Washington 1960

Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences at Malta and Yalta 1945. Washington 1955 (Neudruck 1976)

Foreign Relations of the United States. 1948 Vol. II. Washington 1973

Franz, Eckart G.: Projekt OMGUS-Erfassung und Erschließung des Schriftguts der amerikanischen Militärverwaltung für die Jahre 1945–1952. In: Mitteilungen aus den Hessischen Staatsarchiven 7 (1978), S. 3–4

Frederiksen, Oliver J.: The American Military Occupation of Germany 1945–1953. Historical Division U.S. Headquarters. Darmstadt 1953

Freeman, Dexter L.: Hesse a new German State. o. O. o. J.

Frei, Norbert: Amerikanische Lizenzpolitik und deutsche Pressetradition. Die Geschichte der Nachkriegszeitung Südost-Kurier. München 1986 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 52)

Friedmann, Wolfgang: The Allied Military Government of Germany. London 1947

Fuchs, Rainer: Die bayerischen Industrie- und Handelskammern im Wiederaufbau 1945 bis 1948. Zwischen amerikanischem Demokratisierungswillen und eigener Selbstverwaltungstradition. München 1988 (= Miscellanea Bavarica Monacensia 142)

Gehring, Hansjörg: Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945–1953. Ein Aspekt des Re-Education-Programms. Stuttgart 1976 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 32)

Germany 1947–1949. The Story in Documents. Washington 1950 (= Department of State Publication, European and British Commonwealth Series 9)

Germany under Occupation. Illustrative Materials and Documents. Hrsg. von James K. Pollock, James H. Meisel und Henry L. Bretton. Ann Arbor 1949

Gillen, J. F. J.: American Influence on the Development of Political Institutions. Karlsruhe 1950

Gillen, J.F.J.: Deconcentration and Decartelization in West Germany 1945–1953. Historical Division, Office of the Executive Secretary, Office of the U.S. High Commissioner for Germany. o. O. 1953 (= Historical Division Monographs 27)

Gillen, J.FJ: State and Local Government in Western Germany, 1945–1953. With special reference to the U.S. Zone and Bremen. Historical Division, Office of the Executive Secreatary, Office of the U.S. High Commissioner for Germany. o. O. 1953 (= Historical Division Monographs 22)

Gimbel, John: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949. Frankfurt a. M. 1971

Gimbel, John: Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung. Köln 1964

Gimbel, John: The Origins of the Marshall Plan. Stanford 1976

Graml, Hermann: Die deutsche Frage. In: Theodor Eschenburg: Jahre der Besatzung 1945–1949. Stuttgart 1983, S. 281–374

Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945. Reihe B, Bd. 17. Hansestädte und Oldenburg. Marburg 1978

„Gruppe Ulbricht" in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation. Mit einem Geleitwort von Wolfgang Leonhard. Hrsg. und eingeleitet von Gerhard Keiderling. Berlin 1993

Grypa, Dietmar: Studien zu Kriegsende und Neuanfang im Landkreis Altötting. Burghausen 1991 (= Burghauser Geschichtsblätter 46)

Güstrow, Dietrich: In jenen Jahren. Aufzeichnungen eines „befreiten" Deutschen. Berlin 1983

Gulgowski, Paul W.: The American Military Government of United States Occupied Zone of Post World War II Germany in Relation to Policies expressed by its Civilian Governmental Authorities at home, during the course of 1944/45 through 1949. Frankfurt 1983

Halfefeldt, H.O.: Akten der Amerikanischen Militärregierung zur Frühgeschichte von Radio Bremen 1945–1949 im Staatsarchiv Bremen. Bremen 1980 (Manuskript im Staatsarchiv Bremen)

Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799–1980. Hrsg. von Wilhelm Volkert. München 1983

Hastings, James J.: Die Akten des Office of Military Government for Germany (US). In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 24 (1976), S. 75–101

Heimann, Siegfried: Die Arbeiter in Offenbach: Über einen gescheiterten Versuch, die Einheit der Arbeiterbewegung nach 1945 zu verwirklichen. In: Geschichte als politische Wissenschaft: sozialökonomische Ansätze, Analyse politik-historischer Phänomene, politologische Fragestellungen in der Geschichte. Hrsg. von Jürgen Bergmann. Stuttgart 1979, S. 194–217

Heinemann, Manfred: Umerziehung und Wiederaufbau. Stuttgart 1981

Henke, Josef: Das amerikanisch-deutsche OMGUS-Projekt. In: Der Archivar 35 (1982), Sp. 149–158

Henke, Josef: Economic Reconstruction in Europe: The Reintegration of Western Germany – Report on the relevant historical material in the Bundesarchiv. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 137 (1981), S. 469–490

Henke, Klaus-Dietmar: Der Weg nach Potsdam – Die Alliierten und die Vertreibung. In: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Hrsg. von Wolfgang Benz. Frankfurt 1985 (= Fischer Taschenbücher 4329), S. 49–69

Herzfeld, Hans: Berlin in der Weltpolitik 1945–1970. Berlin, New York 1973 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 38)

Hoegner, Wilhelm: Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten. München 1959

Hoegner, Wilhelm: Die Verhandlungen des Vorbereitenden Verfassungsausschusses von 1946. In: Bayerische Verwaltungsblätter 9 (1963), S. 97–100

Hörter, Peter: Die Entstehung des Landes Hessen nach 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Mitwirkung der Besatzungsmächte. Jur. Diss. Würzburg 1968

Holborn, Hajo: American Military Government, its Organization and Politics. Washington 1947

Howley, Frank: Berlin Command. New York 1950

Huber, Ursula: Die Universität München – ein statistischer Bericht über den Fortbestand nach 1945. In: Trümmerzeit in München. Kultur und Gesellschaft einer deutschen Großstadt im Aufbruch 1945–1949. Hrsg. von Friedrich Prinz. München 1984, S. 156–160

Huelsz, Isa: Schulpolitik in Bayern zwischen Demokratisierung und Restauration in den Jahren 1945–1950. Hamburg 1970

Hürten, Heinz: Die katholische Kirche im öffentlichen Leben Bayerns nach dem Krieg. In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 50 (1987), S. 167–180

Hürten, Heinz: Kirchen und amerikanische Besatzungsmacht in Deutschland. Die OMGUS-Papers als kirchengeschichtliche Quelle. In: Kirche, Staat und katholische Wissenschaft in der Neuzeit. Paderborn 1988, S. 565–581

Hurwitz, Harold: Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945–1946. Köln 1984 (= Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945 3)

Hurwitz, Harold: Die Stunde Null in der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945–1949. Köln 1972

Huster, Ernst-Ulrich u. a.: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949. Frankfurt 1970

Jacobi-Bettien, Angelika: Metallgewerkschaft Hessen 1945 bis 1948. Zur Herausbildung des Prinzips autonomer Industriegewerkschaften. Marburg 1982

Jansen, Hans G. und Renate Meyer-Braun unter Mitarbeit von Beate Hoecker und Frauke Rubart: Bremen in der Nachkriegszeit. 1945–1949. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Bremen 1990 (= Bremen im 20. Jahrhundert)

Jerchow, Friedrich: Deutschland in der Weltwirtschaft 1944–1947. Alliierte Deutschland- und Reparationspolitik und die Anfänge der westdeutschen Außenwirtschaft. Düsseldorf 1978

Kahlenberg, Friedrich P.: Kontinuität und neuer Anfang in Hessen. Zu einigen Neuerscheinungen zur Geschichte der ersten Nachkriegsjahre 1945–1949. In: Archiv für hessische Geschichte NF 33 (1975), S. 26–74

Kaisen, Wilhelm: Bereitschaft und Zuversicht. Bremen 1947

Kaisen, Wilhelm: Meine Arbeit, mein Leben. München 1967

Kaiser-Lahme, Angela: Westalliierte Archivpolitik während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Beschlagnahmung, Sicherung und Auswertung deutscher Archive und Dokumente durch die Amerikaner und Briten 1943–1946. In: Der Archivar 45 (1992), Sp. 397–410

Kempner, Robert M. W.: Amerikanische Militärgerichte in Deutschland. In: Die Freiheit des anderen. Festschrift für Martin Hirsch. Hrsg. von Hans-Jochen Vogel, Helmut Simon und Adalbert Podlech. Baden-Baden 1981, S. 145–163

Kennan, George F.: Memoirs 1925–1950. London 1968

Klapproth, Paul: Die Bremer Schulspeisung. Eine Gesamtdarstellung in Wort und Bild. Bremen 1949 (Manuskript)

Klemm, Bernd: Die Arbeiterpartei (Sozialistische Einheitspartei) Hessen 1945–1954 (in Offenbach). Entstehungsbedingungen, Geschichte und Programmatik einer dritten deutschen Arbeiterpartei nach dem zweiten Weltkrieg. Hannover 1980

Kloos, Werner: Bremer Lexikon. Bremen 1980

Knieriem, Alfred: Die Entwicklung des hessischen Volkshochschulwesens im Zeitraum von 1945–1952. Frankfurt, Bern 1982

Kock, Peter Jakob: Der Bayerische Landtag 1946 bis 1986. 2 Bde. Bamberg 1986

Kock, Peter Jakob: Bayerns Weg in die Bundesrepublik. Stuttgart 1983 (= Studien zur Zeitgeschichte 22)

Koehler, Heinrich: Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949. Unter Mitwirkung von Franz Zilken hrsg. von Josef Becker. Mit einem Geleitwort von Max Miller. Stuttgart 1964 (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. A 11)

Kogon, Eugen: Wiederaufbau und Neuanfang nach 1945. In: Die Geschichte Hessens. Hrsg. von Uwe Schulz. Stuttgart 1983, S. 249–258

Kolbenhoff, Walter: Schellingstr. 48. Erfahrungen mit Deutschland. Frankfurt 1984

Koszyk, Kurt: Pressepolitik für Deutsche 1945–1949. Berlin 1986 (= Geschichte der deutschen Presse 4; Abhandlungen und Materialien zur Publizistik 10)

Kowalski, Hans-Günter: Die „European Advisory Commission" als Instrument alliierter Deutschlandplanung 1943–1945. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 19 (1971), S. 261–293

Kramer, Ferdinand: Der Neuanfang des U.S-Generalkonsulates in München nach 1945. In: Aus Bayerns Geschichte. Forschungen als Festgabe zum 70. Geburtstag von Andreas Kraus. Hrsg. von Egon J. Greipl, Alois Schmid und Walter Ziegler. St. Ottilien 1992, S. 465–496

Krauss, Marita: Nachkriegskultur in München. Münchner städtische Kulturpolitik 1945–1954. München 1985

Krieger, Leonard: The Interregnum in Germany. March – August 1945. In: Political Science Quarterly 64 (1949), S. 507–532.

Krieger, Wolfgang: General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949. Stuttgart 1987 (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 10)

Kringe, Wolfgang: Die Entstehung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 21. Oktober 1947. Neckargemünd 1982 (Manuskript)

Kritzer, Peter: Wilhelm Hoegner. Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten. München 1979

Kropat, Wolf Arno: Hessen in der Stunde Null 1945/1947. Politik, Wirtschaft und Bildungswesen in Dokumenten. Hrsg. in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Hauptstaatsarchiv. Wiesbaden 1979 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau 26)

Kuhr, Irma: Schule und Jugend in einer ausgebombten Stadt. Darmstadt 1952

Kulenkampf, Engelbert und Helmut Coenen: Die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 21. 10. 1947. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts, NF 3 (1954), S. 179–212

Kurz, Karl: Lebensverhältnisse der Nachkriegsjugend. Bremen 1949 (= Schriften der Wittheit zu Bremen 7)

Landesgeschichte und Zeitgeschichte: Kriegsende 1945 und demokratischer N¿p¿ôQ(n. Hrsg. von Hansmartin Schwarzmaier. Karlsruhe 1980 (= Oberrheinische Studien 5)

Langendorf, Ernst und Georg Wulffius: In München fing's an. Presse, Parteien, Rundfunk. München 1985.

Latour, Conrad F. und Thilo Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947. Stuttgart 1973 (= Studien zur Zeitgeschichte)

Lee, Guy A.: Documents on Field Organization of the Office of the U.S. High Commissioner for Germany, 1949–1951. Historical Division, Office of the Executive Secretary, Office of the U.S. High Comissioner for Germany 1951 (= Historical Division Monographs 12)

Lee, Guy A.: Field Organization of the U. S. High Commissioner for Germany, 1949–1951. Historical Division, Office of the U.S. High Commissioner for Germany. o.O. 1952 (= Historical Division Monographs 11)

Lee, Guy A.: Guide to Studies of the Historical Division, Office of the U.S. High Commissioner for Germany. Management and Budget Division, Office of the Executive Director, Office of the High Commissioner for Germany. o. O. 1953 (= Historical Division Monographs 25)

Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Berlin 1955

Liddell, Helen, Edmond Vermeil und Bogdan Suchodolski: Education in Occupied Germany. Paris 1949

Litchfield, Edward H. u. a.: Governing postwar Germany. Ithaca, NY 1953

Luckemeyer, Ludwig: Liberale in Hessen 1948–1980. Festschrift zum 60. Geburtstag von H. H. Karry. Melsungen 1980

Lücke, Hermann: Wiedergeburt einer freien Presse in Bremen. Hrsg. von der Pressestelle des Senats. Bremen 1974

Maginnis, John J.: Military Government Journal. From the Normandy to Berlin. Amherst 1971

Matz, Elisabeth: Die Zeitungen der US-Armee für die deutsche Bevölkerung (1944–46). Münster 1969

Mayer, Josef: Der Wiederaufbau des bayerischen Volksschulwesens. Darstellung im Lichte katholischer Schulpolitik. Passau 1965

Mendelsohn, John: The OMGUS Records Project. In: Prologue 10 (1978), S. 259–260

Mettler, Barbara: Demokratisierung und Kalter Krieg. Zur amerikanischen Informations- und Rundfunkpolitik in Westdeutschland 1945–1949. Berlin 1975 (= Rundfunkforschung 2)

Meyer, August: Die Eingliederung der Stadt Wesermünde in das Land Bremen. In: Jahrbuch der Männer vom Morgenstern 46 (1965), S. 193–220

Meyer, Klaus-Peter: Die bildungspolitischen Konzeptionen der Parteien KPD und SPD und ihre Relevanz für die schulpolitischen Entscheidungen in Bremen in den Jahren 1945–1949. Bremen 1977 (Manuskript)

Meyer-Braun, Renate: Die Bremer SPD 1949–1949. Eine lokal- und parteigeschichtliche Studie. Frankfurt 1982

Mintzel, Alf: Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972. Mit einem Vorwort von Otto Stammer. Opladen 1975 (= Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 26)

Mintzel, Alf: Geschichte der CSU. Ein Überblick. Opladen 1977

Mosely, Philipp E.: The Occupation of Germany. New Light on How the Zones were drawn. in: Foreign Affairs 28 (1950), S. 580–604

Moskowitz, Moses: The Political Reeducation of the Germans. The Emergence of Parties and Politics in Wuerttemberg-Baden May 1945 – June 1946. In: Political Science Quarterly 61 (1946)

Mühlhausen, Walter: Parteien im Wiederaufbau – Strukturen und Tendenzen in Hessen 1945/1946. In: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde NF 41 (1983), S. 281–334

Müller, H.: „Wider die hannoverschen Schrullen" – Drei Jahrhunderte bremisch-hannoversche Emotionen an der Unterweser (1648–1947). In: Jahrbuch der Männer vom Morgenstern 56 (1977)

Murphy, Robert D.: Diplomat unter Kriegern. Berlin 1965

Napoli, Joseph F.: Denazification from an American's Viewpoint. In: Annals of the American Academy of Political and Social Science 264 (1949), S. 115–123

Nawiasky, Hans unter Mitarb. von Claus Leussner: Die Verfassung des Freistaates Bayern. Systematischer Überblick und Handkommentar mit einer Darstellung der nationalsozialistischen Revolution vom staatsrechtlichen Blickpunkt sowie der wichtigsten Durchführungsgesetze zur Verfassung. München 1948; Ergänzungsband München 1953

Netzer, Hans-Joachim: Die Neue Zeitung. In: Deutsche Rundschau 89 (1963), H. 10, S. 37–46

Neuanfang in Bayern. 1945–1949. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit. Hrsg. von Wolfgang Benz. München 1988.

Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949. Hrsg. von Klaus-Jörg Ruhl. München 1982 (= dtv 2932)

Neumann, Robert G.: Political Intelligence and its Relation to Military Government. New York 1948

Neusüss-Hunkel, Ermenhild: Parteien und Wahlen in Marburg nach 1945. Meisenheim 1973 (= Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft 9)

Niethammer, Lutz: Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 15 (1967), S. 153–210

Niethammer, Lutz: Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung. Frankfurt 1972

Niethammer, Lutz: Zum Verhältnis von Reform und Rekonstruktion in der US-Zone am Beispiel der Neuordnung des öffentlichen Dienstes. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 21 (1973), S. 177–188

Nüske, Gerd Friedrich: Württemberg-Hohenzollern als Land der französischen Besatzungszone in Deutschland 1945–1952. Bemerkungen zur Politik der Besatzungsmächte in Südwestdeutschland. In: Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte 18 (1982), S. 179–278; 19 (1983), S. 103–194

Occupation of Germany. Policy and Progress. 1945–1946. Washington 1947 (= Department of State Publication, European Series 23)

Oldenhage, Klaus: Die Akten des Office of Military Government for Germany US (OMGUS) – Ersatz-, Ergänzungs- oder Doppelüberlieferung? In: Der Archivar 32 (1979), Sp. 39–40

Oldenhage, Klaus: Die Verwaltung der besetzten Gebiete. In: Deutsche Verwaltungsgeschichte. Bd. 4. Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus. Stuttgart 1985, S. 1131–1168

Overesch, Manfred: Der historisch-politische Stellenwert der Bremer Interzonenkonferenz vom Oktober 1946. In: Bremisches Jahrbuch 59 (1981), S. 57–84

Peters, Fritz: Zwölf Jahre Bremen 1945–1956. Eine Chronik. Bremen 1976

Peterson, Edward N.: The American occupation of Germany. Retreat to victory. Detroit 1978

Pfetsch, Frank R.: Verfassungspolitik der Nachkriegszeit. Theorie und Praxis des bundesdeutschen Konstitutionalismus. Darmstadt 1985 (= Erträge der Forschung 238)

Pfliegensdörfer, Dieter: Die ökonomische Neuordnungskonzeption der deutschen Sozialdemokratie in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Inhalte, Realisierungsversuche und Determinanten der Niederlage in Bremen 1945–1951. Bremen 1979 (Manuskript)

Pilgert, Henry P.: The History of the Development of Information Services through Information Centers and Documentary Films. Historical Division, Office of the Executive Secretary, Office of the U.S. High Commissioner for Germany. o. O. 1951 (= Historical Division Monographs 2)

Pilgert, Henry P.: Press, Radio and Film in West Germany 1945–1953. Historical Division, Office of the Executive Secretary, Office of the U.S. High Commissioner for Germany. o. O. 1953 (= Historical Division Monographs 23)

Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Besatzung. März 1945 bis August 1949. Bearb. von Peter Brommer. Mainz 1985 (= Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 6)

Ramm, Thilo: Die soziale Ordnung in der Hessischen Verfassung. In: Politische Kultur und politisches System in Hessen. Hrsg. von Jakob Schissler. Frankfurt 1981, S. 126–150

Richter, Walter: Die Errichtung des Hanseatischen Oberlandesgerichtes in Bremen. In: Zeitschrift für Sozialreform 1983, S. 573–590

Röpcke, Andreas: Archivische Pionierarbeit geleistet. Die besondere kulturpolitische Bedeutung der OMGUS-Akten. In: Das Parlament Nr. 37/38 v. 13./20. September 1980, S. 15

Röpcke, Andreas: Dienstberichte der Besatzungsmacht. Die zentralen Berichtsserien der amerikanischen Militärregierung in Bremen (1945–1949) als historische Quelle. In: Bremisches Jahrbuch 57 (1979), S. 289–316

Röpcke, Andreas: Entstehung, Status und Verwaltung der amerikanischen Enklave Bremen. In: Bremisches Jahrbuch 66 (1988), S. 423–452

Rüschenschmidt, Heinrich: Gründung und Anfänge der CDU in Hessen. Darmstadt und Marburg 1981

Rumschöttel, Hermann: Das Bayerische Staatsministerium der Justiz 1799–1966. In: Festschrift für Karl Bengl. München 1984

Sauer, Paul: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden von 1945–1952. Ulm 1978

Schäffer, Fritz: Die Zeit der ersten Ministerpräsidentschaft in Bayern nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945. München 1964

Scheper, Burchard: Die jüngere Geschichte der Stadt Bremerhaven. Bremen 1977

Schlander, Otto: Re-education – ein politisch-pädagogisches Prinzip im Widerstreit der Gruppen. Bern, Frankfurt 1975 (= Eruditio 1)

Schmid, Carlo: Deutschlands Weg seit 1945. In: Ders.: Politik als geistige Aufgabe. Bern, München, Wien 1973 (= Gesammelte Werke in Einzelausgaben 1), S. 301–444

Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Frankfurt 1970

Schmidt, Georg: Als Bremen amerikanisch war. Zwischen Krieg und Wirtschaftswunder. Bilder von 1945–1950. Bremen 1989

Schmidt, Georg: Bremen nach der Stunde Null. Bilddokumente aus den Jahren 1945–1960. Bremen 1983

Schmidt, Ute und Tilman Fichter: Der erzwungene Kapitalismus. Berlin 1971

Schmoller, Gustav von, Hedwig Maier und Achim Tobler: Handbuch des Besatzungsrechts. Hrsg. vom Institut für Besatzungsrecht, Tübingen. 2 Bde. Tübingen 1951

Schneider, Ulrich: Als der Krieg zu Ende war. Hessen 1945. Berichte und Bilder vom demokratischen Neubeginn. Frankfurt 1980

Schochet, S.: Feldafing. New York 1983

Schöntag, Wilfried: Das erste Jahr des Landesbezirks Baden im Spiegel der Amerikanischen Militärregierung (1945 bis Mai 1946). Eine quellenkundliche Untersuchung. In: Landesgeschichte und Zeitgeschichte: Kriegsende 1945 und demokratischer Neubeginn am Oberrhein. Hrsg. von Hansmartin Schwarzmaier. Karlsruhe 1980 (= Oberrheinische Studien 5), S. 193–214

Schott, Herbert: Die Amerikaner als Besatzungsmacht in Würzburg (1945–1949). Würzburg 1985 (= Mainfränkische Studien 33)

Schrenck-Notzing, Kaspar: Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen. Stuttgart 1965

Schule und Schulkind in Bremen 1945 bis 1949. Der Weg aus dem Zusammenbruch zum Neuaufbau. Hrsg. vom Senator für Schulen und Erziehung. Bremen 1949

Die Schulreform. Vorschläge der bremischen Schulverwaltung. Hrsg. vom Senator für Schulen und Erziehung. Bremen 1948

Schulze, Rainer: Das Londoner CCG/BE-Projekt. Die Erschließung britischer Quellen aus der Besatzungszeit in Deutschland (1945–1949/55) für Forschungszwecke. In: Der Archivar 42 (1989), Sp. 461–474

Schwab, Claus-Dieter: Kultur zwischen Kontrolle und Kleiner Freiheit – amerikanische Kulturpolitik in München am Beispiel der Information Control Division. In: Trümmerzeit in München. Kultur und Gesellschaft einer deutschen Großstadt im Aufbruch 1945–1949. Hrsg. von Friedrich Prinz. München 1984, S. 60–68

Schwarzwälder, Herbert: Bremen und Nordwestdeutschland am Kriegsende 1945. Teil III. Vom „Kampf um Bremen" bis zur Kapitulation. Bremen 1974 (= Bremer Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte 7)

Schwarzwälder, Herbert: Das Ende an der Unterweser 1945. Bremerhaven (Wesermünde) und Umgebung. Bremerhaven 1974 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bremerhaven 1)

Sharp, Tony: The Wartime Alliance and the Zonal Division of Germany. Oxford 1975

Shuster, George N.: In Amerika und Deutschland. Erinnerungen eines amerikanischen College-Präsidenten. Frankfurt 1965

Siegel, Walter: Bayerns Staatswerdung und Verfassungsentstehung 1945/46. Bamberg 1978

Smith, Bradley F.: The Shadow Warriors. OSS, CIA. New York 1983

Smith, Jean Edward: Lucius D. Clay. An American life. New York 1990

Sonnenberger, Franz: Die Rekonfessionalisierung der bayerischen Volksschule 1945–1950. In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 45 (1982), S. 87–155

Sonnenberger, Franz: Schulkampf in Bayern. Der Streit um die Konfessionalität der Volksschule, 1804–1950. Diss. München 1980

Spitta, Theodor: Neuanfang auf Trümmern. Die Tagebücher des Bremer Bürgermeisters Theodor Spitta 1945–1947. Hrsg. von Ursula Büttner und Angelika Voß-Louis. Mit einer Einleitung von Werner Jochmann. München 1992 (= Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945 13)

Stefanowsky, Peter: Bremische Bürgerschaft 1946–1971. Bremen 1971

Steger, Bernd: Clays Stabskonferenzen und die Organisation der amerikanischen Militärregierung in Deutschland. Die „Clay-Minutes" als historische Quelle. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 27 (1979), S. 113–130

Stimson, Henry: On active service in peace and war. New York 1948

Streich, R.: Die Entwicklung des Arbeitsrechts in der amerikanischen Besatzungszone unter Berücksichtigung der Bizone 1945–1949. Jur. Diss. Gießen 1973

The Struggle for Democracy in Germany. Ed. by Gabriel E. Almond. Chapel Hill 1949

Tent, James F.: Amerikanische Bildungspolitik 1944 bis 1949. In: Umerziehung und Wiederaufbau. Hrsg. von Manfred Heinemann. Stuttgart 1981

Tent, James F.: Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American-occupied Germany. Chicago, London 1982

Thron, Hans-Joachim: Schulreform im besiegten Deutschland: Die Bildungspolitik der amerikanischen Militärregierung nach dem Zweiten Weltkrieg. Diss. München 1972

Übersicht über die Bestände des Staatsarchivs der Freien Hansestadt Bremen. Bearb. von Klaus Schwarz. Bremen 1982 (= Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen 48)

Virailly, Michel: Die internationale Verwaltung Deutschlands vom 8.5.1945–24.4.1947. Baden-Baden 1948

Vogel, Walter: Westdeutschland 1945–1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen. T. 1–3. Koblenz, Boppard 1956–1983 (= Schriften des Bundesarchivs 2, 12, 32)

Wahrhaftig, Samuel L.: In jenen Tagen. Marginalien zur Geschichte eines Bundeslandes. In: Frankfurter Hefte 25 (1970), S. 785–792, 863–870; 26 (1971), S. 93–104

Weiß, Hermann: Abschlußbericht über das OMGUS-Projekt (1976–1983). In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 32 (1984), S. 318–326

Weiß-Hartmann, Anne: Der Freie Gewerkschaftsbund Hessen 1945–1949. Marburg 1977

Weitzel, Kurt: Von der CSVP zur CDU. Die Gründung der CDU in Rheinhessen 1945–1947. Frankfurt 1982

Wenisch, Siegfried: Die Akten der amerikanischen Militärregierung in Bayern (1945–1949). In: Mitteilungen für Archivpflege in Bayern 27/28 (1981/82), S. 52–63

Wenisch, Siegfried: Das Schriftgut der „Education and Cultural Relations Division" des „Office of Military Government for Bavaria". In: Bildung und Erziehung 24 (1981), S. 202–209

Wenzlau, Joachim Reinhold: Entstehungsgeschichte des Landes Bremen 1947. Masch.schr. Examensarbeit. Hamburg 1947

Wenzlau, Joachim Reinhold: Der Wiederaufbau der Justiz in Nordwestdeutschland 1945–1949. Königstein/Ts. 1979 (Athenäum Rechtswissenschaft. Justiz und Gesellschaft 8)

Wetzel, Jürgen: Das OMGUS-Projekt. Die Verfilmung von Akten der US-Militärregierung. In: Berlin in Geschichte und Gegenwart 1982 (1983), S. 121–130

Who's Who in United States Politics and American Political Almanac. Hrsg. von Richard Nowinson und Ruth Th. Potter, Chicago 1952

Wieck, Hans Georg: Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz und Württemberg 1945/46. Düsseldorf 1958

Wilhelm, Hans-Jürgen: Die Entwicklung der Selbstverwaltung in Bremerhaven nach 1945. Bremen 1966 (Manuskript)

Winter, Gerd: Sozialisierung in Hessen 1946–1955. In: Kritische Justiz 7 (1974), S. 158–175

Woller, Hans: Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth. München 1986 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 26)

Woller, Hans: Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955. Stutgart 1982 (= Studien zur Zeitgeschichte 19)

Wulff, Hinrich: Im Jahrfünft der Zeitschwelle 1945–1950. Sachliches und Persönliches aus schweren Jahren bremischer Schulgeschichte. Bremen 1964

Ziemke, Earl F.: The U.S. Army in the Occupation of Germany 1944–1946. Washington 1975

Zink, Harold: American Military Government in Germany. New York 1947

Zink, Harold: The United States in Germany 1944–1955. Princeton, Toronto, London, New York 1957

Zuversicht und Beständigkeit. Wilhelm Kaisen. Eine Dokumentation. Hrsg. von Hans Koschnick. Bremen 1977

Abkürzungsverzeichnis

1st Lt.	First Lieutenant
2nd Lt.	Second Lieutenant
AC	Air Corps
ACA	Allied Control Authority
ACOS	Assistant Chief of Staff
Act.	Activities
Ad.	Adviser
Adm.	Admiral
Admin.	Administrative/Administration
AG	Adjutant General
AG	Aktiengesellschaft
AMDAG-WB	American Decartelization Agency for Wuerttemberg-Baden
Art.	Artikel
Ass.	Assistant
BA	Bundesarchiv
BAD	Bipartite Affairs Division
Bat.	Battalion
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BD	Berlin District
BDC	Berlin Document Center
BIB	Bipartite Board
BICO	Bipartite Control Office
BIDEC	Bipartite Decartelization Commission
BPC	Bremen Port Command
BPE	Bremen Port of Embarkation
Br.	Branch
BS	Berlin Sector
CAB	Civil Affairs/Administration Branch
CAC	Civil Administration Committee
CAD	Civil Administration Division
CAF	Clerical, Administrative & Fiscal
C&E	Command and Executive
Capt.	Captain
CARE	Cooperative for American Remittances to Europe
CCG/BE	Control Commission for Germany/British Element
CCMS	Control Commission (Military Section)
CDU	Christlich Demokratische Union
CEM	Captured Enemy Material
CFM	Council of Foreign Ministers
CIB	Counter Intelligence Branch
CIC	Counter Intelligence Corps
CID	Criminal Investigation Division
CIE	Civil Internment Enclosure
CINC	Commander in Chief
CINCEUR	Commander in Chief, Europe
CIO	Congress of Industrial Organizations
Civ.	Civilian
Co	Company
CO	Commanding Officer/Control Office/Control Officer

Col.	Colonel
Comdr.	Commander
COS	Chief of Staff
COSAR	Committee on State-Army Reorganization
COSSAC	Chief of Staff to the Supreme Allied Commander
CPG	Committee on Planning for Germany
CRALOG	Council of Relief Agencies Licensed for Operation in Germany
CSA	Community School Audio-Visual Aids Program
CSU	Christlich Soziale Union
CWO	Chief Warrant Officer
DANA	Deutsche Allgemeine Nachrichten-Agentur
DC	Document Center
D.C.	District of Columbia
DEF	Disarmed Enemy Forces
DEGUSSA	Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt
Dep.	Deputy
Det.	Detachment
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIAS	Drahtfunk im amerikanischen Sektor (Berlin)
Dir.	Director
DISCC	District Information Services Control Command
Div.	Division
DMG	Deputy Military Governor
DP	Displaced Persons
DRMGO	Deputy Regional Military Government Office/Officer
EAC	European Advisory Committee
ECAD	European Civil Affairs Division
ECAR	European Civil Affairs Regiment
Econ.	Economics
Econ. Ad.	Economics Adviser
ECRD	Education and Cultural Relations Division
Ed.	Education
EEI	Essential Elements of Information
EM	Enlisted Men
ERA	Education and Religious Affairs
ERAB	Education and Religions Affairs Branch
ERAD	Education and Religious Affairs Division
ERP	European Recovery Program (Marshallplan)
ETO	European Theater of Operations
ETOUSA	European Theater of Operations, US Army
EUCOM	European Command
Exec.	Executive
FAB	Freiheitsaktion Bayern
FAFD	Food, Agriculture and Forestry Division
FARDIP	IG Farben Dispersal Panel
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDP	Freie Demokratische Partei
FIAT	Field Intelligence Agency, Technical
Fin. Ad	Finance Adviser
Fin. Div.	Finance Division
FOD	Field Operations Division
FOO	Field Operations Office

FRD	Field Relations Division
FTM	Film, Theater, Music
G-1	Personnel
G-2	Intelligence
G-3	Organization and Training
G-4	Supply
G-5	Civil Affairs
GAD	Governmental Affairs Division
GARIOA	Government and Relief in Occupied Area
GEDAG-WB	German Decartelization Agency Wuerttemberg-Baden
Gen.	General
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Governm.	Government/Governmental
Gp.	Group
GSC	General Staff Corps
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
HICOG	High Commissioner for Germany
HIPI	Historical and Political Intelligence
HJ	Hitlerjugend
Hq	Headquarters
IACD	Internal Affairs and Communications Division
IAD	Internal Affairs Division
ICB	Information Control Branch
ICD	Information Control Division
ID	Intelligence Division
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IG	Interessengemeinschaft
IMT	International Military Tribunal
IND	Interior Division
IndB	Industry Branch
Intell.	Intelligence
IRD	Intelligence and Reports Division
ISB	Information Services Branch
ISD	Information Services Division
ISUM	Intelligence Summaries
JAGD	Judge Advocate General Division
JCS	Joint Chiefs of Staff
JD	Judicial District
JEIA	Joint Export Import Agency
JFEA	Joint Foreign Exchange Agency
JLC	Joint Logistics Committee
KGF	Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LB	Landesbezirk
LD	Legal Division
LDP	Liberaldemokratische Partei
LGO	Local Government Officer
LK	Landkreis
LKB	Landeskommissariatsbezirk
LKW	Lastkraftwagen

LS	Liaison and Security
LSC	Liaison and Security Control
LSO	Liaison and Security Office/Liaison and Security Officer
Lt.Col.	Lieutenant Colonel
Maint	Maintenance
Maj.	Major
Maj.Gen.	Major General
Man. Ad.	Manpower Adviser
Manp.	Manpower
MC	Medical Corps
MCC	Ministerial Collecting Center
MFAA	Monuments, Fine Arts and Archives
MG	Military Government/Military Governor
MGBat	Military Government Battalion
MGBat(Sep)	Military Government Battalion (Separate)
MGO	Military Government Office/Military Government Officer
MGR	Military Government Regulations
M/Sgt	Master Sergeant
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OCCWC	Office of Chief of Counsel for War Crimes
OCMH	Office of the Chief Military History
ODI	Office of Director for Intelligence
ODIC	Office of Director of Information Control
OEEC	Organization of European Economic Cooperation
OKW	Oberkommando Wehrmacht
OMG	Office of Military Government
OMGBD	Office of Military Government, Berlin District
OMGBS	Office of Military Government, Berlin Sector
OMGBY	Office of Military Government for Bavaria
OMGGH	Office of Military Government for Greater Hesse
OMGHE	Office of Military Government for Hesse
OMGSTEG	Office of Military Government, Staatliche Erfassungsgesellschaft
OMGUS	Office of Military Government for (bis April 1947: of) Germany, United States
OMGUSZ	Office of Military Government of Germany (US Zone)
OMGWB	Office of Military Government for Wuerttemberg-Baden
OPA	Office of Political Affairs
OPD	Oberpostdirektion
PAD	Personnel and Administrative Division
PCIRO	Preparatory Commission – International Relief Organisation
PH	Public Health
PHB	Public Health Branch
PHO	Public Health Officer
PHT	Public Health Team
PHWB	Public Health and Welfare Branch
PIO	Public Information Office
Plat	Platoon
POE	Port of Embarkation
POL	Petrol, Oil, Lubricants
POLAD	Polical Adviser
POW	Prisoners of War
PR	Public Relations
Prop. Ad.	Property Adviser

Prop. Div.	Property Division
PSB	Public Safety Branch
PSD	Public Safety Division
PTT	Post, Telephone, Telegraph
PTTO	Post, Telephone and Telegraph Officer
PWAd	Public Welfare Adviser
PWD	Psychological Warfare Division
PX	Post Exchange
QM	Quartermaster
RB	Regierungsbezirk
RBD	Reichsbahndirektion
Rep.	Repositur
Regt	Regiment
RG	Record Group
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGCO	Regional Government Coordinating Office
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor (Berlin)
RM	Reichsmark
RMGO	Regional Military Government Office/Officer
RWAd	Refugee and Welfare Adviser
S.	Section
SACOT	State-Army-Committee on Transfer
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
Sec.	Secretariat/Secretary
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Sep	Separate
Sgt	Sergeant
SHAEF	Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces
SK	Stadtkreis
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMGO	Senior Military Government Officer
SnC	Sourgeons' Corps
S.O.	Sub Office
SOP	Standing Operations Procedure
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
S/Sgt	Staff Sergeant
StAB	Staatsarchiv Bremen
STEG	Staatliche Erfassungsgesellschaft (für öffentliches Gut)
Sv	Service(s)
SWNCC	State-War-Navy Coordinating Committee
TI&E	Troop Information and Education
TISCC	Theater Information Services Control Command
T/O	Table of Organization
Tran. Ad.	Transport Adviser
Tran. Div.	Transport Division
TS	Top Secret
T/Sgt	Technical Sergeant
TUSA	Third US Army
TWX	Teletype Message
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UK	United Kingdom

UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
US	United States
USAFE	United States Air Forces Europe
USFET	United States Forces European Theater
USN	United States Navy
VBK	Verwaltungsbezirkskommandantur
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
WB	Württemberg-Baden
WOJG	Warrant Officer Junior Grade

Geographisches Register

Aachen 9
Aalen 147, 481 ff., 486 f., 496, 500 ff., 505, 515, 518, 547, 593
Aichach 147, 164, 167, 239, 286, 291, 294
Alsfeld 327, 341, 343, 345, 347 f., 397 f., 400 ff., 443, 447
Altmühl 146
Altötting 164, 167, 269, 286, 292, 294, 308, 314
Alzenau i. UFr. 163, 165, 284, 290, 293
Amberg 164, 166, 196, 285, 288, 291, 294, 313
Ammersee 308
Ansbach 145, 150, 156, 163, 165, 168, 212, 217, 236, 256, 284 f., 290, 293, 299, 308, 313
Apolda 10
Arolsen 343 f., 443
Aschaffenburg 146, 163, 165, 284, 288, 290, 293, 308, 312
Assmannshausen 369
Aubing 164
Augsburg 145, 147, 150, 156, 163 f., 168 f., 174, 196, 199, 201, 217, 236, 241, 243 f., 249, 256, 269, 272, 284, 286 ff., 292, 294 f., 315

Babelsberg 677 f.
Backnang 481 ff., 486 f., 495, 500, 502 f., 505, 515, 518, 535, 538, 547, 592
Bad Aibling 162, 164, 167, 286, 292, 294, 308, 314
Bad Cannstatt 578
Bad Ems 345
Bad Hersfeld 343, 345, 347 f., 397 f., 400 ff., 444 f., 447
Bad Homburg v. d. Höhe 52, 325, 344, 346 f., 398, 401 f., 414, 443, 447, 488, 510, 537
Bad Kissingen 108 f., 163, 165, 284, 289, 293, 312
Bad Mergentheim 467, 481 ff., 486 f., 496, 500, 502, 505, 515, 518, 535, 538, 547, 569, 577, 593 f.
Bad Nauheim 63, 70, 76, 93, 97, 107, 112, 114, 116, 119, 374 f., 379
Bad Neustadt a. d. Saale 163, 165, 284, 293, 313
Bad Orb 325, 344, 443, 649
Bad Reichenhall 154
Bad Schwalbach 325, 344, 346, 397 f., 402 f., 443 f.
Bad Tölz 10, 147, 164, 167, 196, 199, 286, 292, 294, 308, 314
Bad Wildungen 344, 346
Bad Wimpfen 568, 596
Bad Wörishofen 308
Baden 457 f., 460, 475, 496, 509 f., 536, 541, 576, 585, 588
Baden-Baden 127
Bamberg 145, 150, 163, 168, 196, 202, 246 f., 249, 269, 285, 288, 290, 293, 308, 313, 572
Barbizon 675
Bayern 10, 28, 44, 75, 86, 143–315, 368 f., 376, 384, 457, 489, 536, 569, 573, 587
- Mittel- und Oberfranken 73, 147, 156, 163, 165, 170, 172, 236, 283 ff., 289 f., 295, 299, 311, 313, 587
- Niederbayern und Oberpfalz 73, 147, 156, 164, 166, 170, 172, 236, 283 ff., 288 ff., 293, 295, 311
- Oberbayern 73, 146 f., 157, 162, 164, 167, 170, 172, 236, 283 f., 286, 289, 291, 294 f., 311, 314
- Schwaben 73, 146, 148, 156, 164, 168, 170, 172, 204, 236, 283 f., 286, 289, 292, 294 f., 311, 314
- Unterfranken 73, 147, 157, 162 f., 165, 170, 172, 207, 236, 283 f., 289, 293, 295, 306, 311
Bayreuth 146, 163, 166, 202, 246, 285, 288, 290, 293, 308, 313
Bebra 424
Beerfelden 325, 344, 443
Beilngries 164, 166, 286, 291, 294
Bensheim 343, 345, 347 f., 386, 443
Berchtesgaden 146, 164, 167, 286, 288, 292, 294, 314
Bergstraße 343, 345, 347 f., 397–402, 447, 596
Bergzabern 575
Berlin 4, 10, 12, 18, 24, 26, 28, 34 f., 38, 41, 43 f., 53, 56, 58, 73, 75 f., 83, 87 f., 92 f., 96 f., 99, 105, 107, 112–116, 120, 124, 127, 131, 135 ff., 245, 251, 253, 358, 376, 409, 606, 671–738
- Britischer Sektor 673, 676, 681
- Französischer Sektor 681
- Sowjetischer Sektor 673, 681, 697, 711, 714, 716, 720, 736, 738
- Dahlem 678, 682, 688
- Düppel 728
- Friedenau 701 f., 714
- Gatow 678
- Grunewald 678
- Karlshorst 678
- Köpenick 674
- Kreuzberg 680, 688, 691 ff., 701 ff.
- Lichterfelde 679 f., 684, 686, 710, 713
- Neukölln 680, 688, 691 ff., 701 ff., 714
- Schöneberg 680, 686, 688, 691 ff., 701 ff., 710 f., 714, 738

- Spandau 689f., 712, 714, 736
- Steglitz 680, 687f., 691ff., 701ff., 714, 730, 736
- Tempelhof 677f., 680, 688, 691ff., 701ff., 714
- Tiergarten 737
- Wilmersdorf 736
- Zehlendorf 680, 688, 691ff., 701ff., 714, 728, 736
Biedenkopf 325, 344, 346f., 396, 400ff., 443, 447
Bielefeld 52, 56, 62, 124, 341, 488, 676
Bietigheim 518
Blaubeuren 518, 593
Böblingen 481ff., 486f., 495, 499, 502f., 505, 515, 518, 547, 578, 592
Bogen 164, 167, 286, 291, 294, 313
Bonn 733
Brake 605, 609f., 614f., 617, 635, 655
Brandenburg 4
Braunau a. Inn 146
Braunschweig 622
Bremen 10, 44, 52, 73, 75, 87, 122, 127, 136, 139, 275, 369, 533, 597–670, 679
Bremerhaven 135, 601–612, 614–617, 619, 621–624, 626f., 630, 632–635, 642, 645, 650, 652, 655f., 662–666, 668, 670
Bretten 594
Bristol Channel 612
Britische Besatzungszone 131, 138, 420, 424, 458, 569, 600–604, 606ff., 610, 615–624, 629, 673, 711f.
Bruchsal 481ff., 486f., 495, 500, 502, 505, 516f., 535, 538, 546, 573, 575, 595
Brückenau 163, 165, 284, 289, 293, 312
Buchen (Odenwald) 481ff., 486f., 495, 500ff., 505, 515, 517, 547, 569, 595
Büdingen 343, 345, 347f., 397–402, 443
Burghausen 164
Burglengenfeld 164, 166, 285, 291, 294, 313
Bushy Park 107
Butzbach 428

Camberg 388
Camp Custer 457
Carlisle Barracks, Pa. 553
Cham 164, 166, 285, 291, 294, 313
Charlottesville, Va. 5, 457
Chartres 152
Châtillon sur Seine 457
Celle 619
Coburg 146, 163, 166, 249, 285, 288, 290, 293, 308,á 313
Crailsheim 481ff., 486f., 496, 500, 502, 505, 515, 518, 535, 538, 547, 569, 593

Dachau 146, 164, 167, 286, 291, 294, 308, 314
Darmstadt (siehe auch Hessen/RB Darmstadt) 109, 324, 340–343, 345, 347f., 358, 377–380, 386, 388, 391f., 397–402, 405, 414, 424, 428f., 439, 442f., 445, 447, 450, 666
Deggendorf 164, 167, 285, 291, 294, 313
Delmenhorst 607f., 623
Dieburg 343, 345, 347f., 397–402, 443, 447
Dill-Kreis 325, 344, 346f., 396, 398f., 401f., 447
Dillenburg 344, 346f., 396, 398, 401f., 443
Dillingen a.d. Donau 145, 147, 164, 168, 287, 292, 295, 315
Dingolfing 164, 167, 286, 291, 294
Dinkelsbühl 163, 165, 285, 290, 293, 313
Donau 145ff.
Donauwörth 145, 147, 164, 168, 287, 292, 294, 315
Dorfen 146f.
Düsseldorf 127
Durlach 512f.

Eberbach 517
Ebermannstadt 163, 166, 285, 290, 293, 313
Ebern 163, 165, 284, 290, 293, 313
Ebersberg 164, 167, 286, 292
Edingen 517, 557f., 595
Eger 148
Eggenfelden 164, 167, 285, 291, 294, 313
Ehingen (Donau) 145
Eichstätt 163, 165, 285, 290, 293, 313
Eisenach 10
Elbe 677
Elsfleth 605
Enns 146
Enschede 608
Erbach (Odenwald) 327, 343ff., 347f., 397–402, 443
Erding 164, 167, 286, 291, 294
Erfurt 10
Erlangen 147, 151, 156, 163, 166, 249, 285, 290, 293, 306, 313
Esch a.d. Alzette 321, 341
Eschenbach i.d. OPf. 164, 166, 285, 291, 294
Eschwege 343, 345, 347, 397f., 401f., 443, 447
Essen 71, 345
Esslingen 467, 481ff., 486f., 495, 499, 502, 505, 515, 518, 535, 538, 547, 556, 560, 592
Etain 320
Ettlingen 517, 594

Fellbach 518, 592
Feuchtwangen 163, 165, 285, 290, 293, 313
Flensburg 15
Flörsheim a. Main 325, 344, 443
Forchheim 163, 166, 285, 290, 293

Franken siehe Bayern/Mittel-, Ober- und Unterfranken
Frankenberg 325, 343, 345, 347, 397 f., 400 ff., 443, 447
Frankfurt a. Main 20 f., 26, 28, 35, 38, 41, 43, 52 f., 56 ff., 60, 71, 78, 82, 88, 91, 99 f., 105, 107, 109, 112–116, 124 f., 151, 251 f., 322, 325, 330, 336, 340 ff., 346 f., 350, 361, 363, 368, 375–380, 386, 388, 391 f., 396, 398–403, 405, 407, 409 ff., 414, 424, 435 f., 442, 445, 447, 450, 561, 687, 723
– Höchst 18, 26, 28, 62, 71, 126, 678
Frankreich 600 f.
Französische Besatzungszone 15, 147, 420, 424, 458–462, 475, 521, 536, 562, 564, 569, 575 f., 588, 711 f.
Freiburg i. Breisgau 564, 576
Freilassing 308
Freising 164, 167, 253, 286, 291, 294
Freyung 164, 286, 291
Friedberg (Bayern) 147, 164, 168, 187, 292, 294, 315
Friedberg (Hessen) 322, 343, 345, 347 f., 392, 397–402, 444, 447
Fritzlar 343, 345, 397 f., 400 ff., 444, 447
Fritzlar-Homberg 343, 345 ff., 397 f., 400 ff.
Fürstenfeldbruck 164, 167, 286, 291, 294, 308, 314
Fürstenhagen 34
Fürth 163, 165, 196, 279, 285, 290, 293, 313
Füssen 164, 168, 287, 292, 295, 315
Fulda 343, 345 ff., 377–380, 386, 397 f., 400 ff., 444, 447

Garmisch-Partenkirchen 164, 167, 196, 286, 291, 294, 314
Geislingen a. d. Steige 592
Gelnhausen 325, 344, 346 f., 396, 398 f., 401 f., 444
Gemünden a. Main 163, 165, 284, 290, 293
Gendorf 272, 275, 279
Georgenborn 374
Gera 10
Gerolzhofen 163, 165, 284, 289, 293
Gießen 341, 343, 345, 347, 377, 379 f., 386, 388, 397 f., 400 ff., 414, 424, 444, 447 f.
Göppingen 468, 481 ff., 486 f., 496, 500–503, 505, 515, 518, 535, 538, 547, 559, 592 f.
Gotha 10
Grafenau 147, 164, 167, 285, 291, 294, 313
Griesbach i. Rottal 164, 167, 286, 291, 294, 313
Griesheim 386
Grohn 612, 616
Groß-Gerau 327, 343, 345, 347 f., 397–402, 444, 447
Grünberg 343, 444
Günzburg 147, 164, 168, 287, 292, 295, 315
Gütersloh 675
Gunzenhausen 163, 165, 285, 290, 293

Hadamar 325, 344
Halle a. d. Saale 675, 677 f.
Hamburg 52, 127, 601, 619 f., 622 f., 626
Hammelburg 163, 165, 284, 289, 293, 313
Hanau 322, 325, 344, 346 f., 396, 398–402, 414, 444, 447
Hannover 127, 610, 617–620, 622, 642
Haßfurt 163, 165, 284, 289, 293, 313
Heidelberg 10, 91, 147, 322, 467 ff., 481 ff., 486 f., 495, 500–503, 505, 509, 511, 515, 517, 524, 532, 534–538, 542 f., 546, 552, 555, 560, 563 f., 566, 573, 575, 577 f., 590, 595
Heidenheim a. d. Brenz 147, 481 ff., 486 f., 496, 500 ff., 505, 515, 518, 535, 538, 547, 593
Heilbronn 467 ff., 481 ff., 486 f., 496, 500 f., 503, 505, 515, 518, 524, 532, 534–538, 547, 564, 569, 576, 593
Hemelingen 606
Heppenheim 343, 397 f., 401 f., 443
The Hermitage 151
Hersbruck 163, 165, 285, 290, 293, 313
Hessen 10, 44, 73, 75, 86, 146, 161, 193, 207, 209, 211, 216, 245, 256, 317–453, 457, 459, 489, 510, 524, 533
– RB Darmstadt 324 f., 335, 340 ff., 345, 347 f., 353, 410, 436, 442
– RB Kassel 324 f., 327, 335, 341 ff., 345 ff., 353, 374, 410, 442
– RB Wiesbaden 323 ff., 327, 335, 341 ff., 346 f., 353, 403, 407, 410, 432, 441 f.
Hessisch Lichtenau 34
Hilpoltstein 163, 166, 285, 290, 293, 313
Hockenheim 460, 510, 517
Höchstadt a. d. Aisch 163, 166, 285, 290, 293, 313
Hof 146, 163, 166, 249, 285, 290, 293, 308, 313
Hofgeismar 344 f., 347 f., 397 f., 400 ff., 444, 447
Hofheim a. Taunus 325, 344, 346 f., 396, 398, 401 f., 444
Hofheim i. UFr. 163, 165, 284, 289, 293
Hoya 607
Hünfeld 327, 343–347, 397 f., 400 ff., 444, 447

Idstein 325, 344, 444
Illertissen 164, 168, 287, 292, 295
Immenstadt i. Allgäu 164
Ingolstadt 146 f., 164, 167, 246, 286, 291, 294, 308, 314
Inn 146
Inzell 275
Isar 146

Jena 10
Jouey en Josas 676
Joudreville 321, 341

Kaiserslautern 510
Karlsruhe (siehe auch Württemberg-Baden/Nord-Baden/LKB Karlsruhe) 63, 70, 107, 458f., 462, 467ff., 475, 481ff., 486f., 495, 500f., 503, 505, 510, 513, 515ff., 524, 532, 534–538, 541ff., 546, 553, 560–564, 569, 572f., 575, 577, 594
Karlstadt 163, 165, 284, 290, 293, 313
Kassel (siehe auch Hessen/RB Kassel) 324, 340–343, 345ff., 377–380, 386, 392, 397f., 400ff., 405, 411, 414, 424, 436, 442, 444f., 447, 602
Kastel siehe Wiesbaden-Kastel/Mainz-Kastel
Kaufbeuren 164, 168, 197, 287, 292, 295, 315
Kelheim 164, 167, 285, 291, 294, 313
Kemnath 164, 166, 291, 294, 314
Kempten 164, 168, 287, 292, 295, 308, 315
Kiel 127
Kirchheim u. Teck 518
Kitzingen 163, 165, 284, 290, 293, 313
Knielingen 678
Koblenz 321
Königsberg 4
Königshofen i. Grabfeld 163, 165, 284, 289, 293
Kötzting 164, 167, 286, 291, 294, 314
Konstanz 322, 572
Korbach 343, 345, 347, 397f., 402, 444
Kornwestheim 518
Kronach 163, 166, 290, 293, 313
Krumbach (Schwaben) 147, 164, 168, 287, 292, 295
Künzelsau 481ff., 486f., 496, 500, 503, 505, 515, 518, 535, 538, 547, 569, 593
Kufstein 572
Kulmbach 163, 166, 285, 290, 293, 313
Kurhessen siehe Hessen/RB Kassel

Landau a.d. Isar 146, 164, 167, 285, 291, 294, 308, 314
Landsberg a. Lech 164, 167, 239f., 246, 286, 292, 295, 308, 314
Landshut 146, 150, 164, 166, 285, 288, 291, 294, 314
Langenau 518, 593
Lauf a.d. Pegnitz 163, 166, 285, 290, 293, 313
Laufen 164, 167, 286, 292, 294
Lauterbach 341, 343, 345, 347f., 397f., 400ff., 444, 447
Leonberg 481ff., 486f., 495, 500f., 503, 505, 515, 518, 535, 538, 547, 592
Leoni 244
Les Mesnuls 242
Lesum 609
Lichtenfels 163, 166, 285, 288, 290, 293, 313
Limburg a.d. Lahn 325, 344, 346f., 388, 396, 398–402, 444
Lindau (Bodensee) 10
Lintfort 341
Linz 146f.
Lohr a. Main 163, 165, 284, 290, 293
London 8, 11, 601, 673
Loxstedt 605, 609, 635, 655
Ludwigsburg 467, 481ff., 486f., 495, 500f., 503, 505, 515, 518, 547, 556, 592
Ludwigshafen a. Rhein 575
Luxemburg 600

Mainburg 164, 167, 286, 291, 294, 314
Mainfranken siehe Bayern/Unterfranken
Maintaunus 322, 325, 344, 346f., 396, 398–402
Mainz 321, 450
– Mainz-Kastel 424
Mallersdorf 164, 167, 286, 291, 293, 314
Manchester 148, 457, 510
Mannheim (siehe auch Württemberg-Baden/Nord-Baden/LKB Mannheim) 135, 321f., 467ff., 475f., 481ff., 486f., 495, 500f., 503, 505, 510, 515, 517, 524, 532, 534–538, 541ff., 546, 553, 556f., 560, 564, 566, 572f., 575, 577f., 595
– Mannheim-Feudenheim 471, 517, 557, 595
Marburg 324, 327, 340, 342f., 345ff., 377–380, 391, 397f., 400ff., 405, 414, 439, 442, 444f., 447f.
Marktheidenfeld 163, 165, 284, 290, 293
Markt Oberdorf 164, 168, 287, 292, 295, 315
Martigny les Bains 457
Maxeville 321
Mellrichstadt 163, 165, 284, 289, 293
Melsungen 327, 343ff., 397f., 400ff., 445, 447
Memmingen 164, 168, 287, 292, 295, 315
Miesbach 162, 164, 167, 275, 286, 292, 294, 308
Miltenberg 163, 165, 284, 290, 293, 313
Mindelheim 164, 168, 287, 292, 295, 308, 315
Minden 52, 56, 61, 104
Mittelfranken siehe Bayern/Mittel- und Oberfranken
Mittenwald 164
Montbard 458
Moosburg a.d. Isar 164
Mosbach 481ff., 486f., 495, 500, 503, 505, 515, 517, 547, 569, 595
Mühlacker 535, 592
Mühldorf a. Inn 164, 167, 286, 292, 294, 308, 314

Münchberg 163, 166, 240, 285, 290, 293, 313
München 76, 116, 127, 138 f., 145 f., 148, 150–153, 156 f., 161–164, 167 ff., 171, 174, 179, 194 ff., 198 f., 201 ff., 212, 216–220, 222, 226, 230 f., 233, 236, 239, 242–249, 251, 255, 260, 263, 269, 272, 275, 278, 280 f., 283 f., 286–289, 291 f., 294 f., 306, 308, 312, 314
Münsingen 569
Mulde 146
Murnau 164

Nabburg 164, 166, 286, 291, 294, 314
Naila 163, 285, 290, 293, 313
Nancy 422
Nassau siehe Hessen/RB Wiesbaden
Neiße 4
Neuburg a. d. Donau 147, 164, 168, 287, 292, 295, 315
Neumarkt i. d. OPf. 164, 166, 286, 291, 294, 314
Neunburg vorm Wald 164, 166, 285, 291, 294, 314
Neustadt a. d. Aisch 163, 166, 285, 293, 313
Neustadt a. d. Waldnaab 164, 166, 285, 294, 314
Neustadt a. d. Weinstraße 10, 321, 342, 427, 435
Neustadt b. Marburg 429
Neu-Ulm 168, 287, 292, 295, 315
Niederlande 600 f.
Niederbayern siehe Bayern/Niederbayern und Oberpfalz
Niedersachsen 139, 608, 620 f., 623
Nördlingen 147, 164, 168, 287, 294, 572
Nordenham 605, 609, 635
Nordrhein-Westfalen 621
Nürnberg 49, 57, 61, 69 f., 76, 79, 93, 118 ff., 135, 137, 142, 145, 163, 165, 174, 196, 199, 201, 217, 224, 232, 236, 241, 243–247, 249, 269, 272, 278, 280, 285, 287 f., 290, 292 f., 295, 299, 306, 308, 313
Nürtingen 481 ff., 486 f., 495, 500 f., 503, 505, 515, 518, 535, 538, 547, 592

Oberbayern siehe Bayern/Oberbayern
Oberfranken siehe Bayern/Mittel- und Oberfranken
Oberlahn 325, 344, 346 f., 396, 398 f., 401 f.
Obernburg a. Main 163, 165, 284, 290, 293
Obernzell 286, 291
Oberpfalz siehe Bayern/Niederbayern und Oberpfalz
Ober-Ramstadt 325, 343, 445
Oberreifenberg 369
Obersalzberg 146
Obertaunus 322, 325, 344, 346 f., 396, 398, 400 ff.
Oberursel (Taunus) 353
Oberviechtach 164, 166, 286, 291, 294, 314
Obrigheim 556
Ochsenfurt 150, 163, 165, 168, 284, 290, 293
Oder 4
Öhringen 481 ff., 486 f., 496, 500, 503, 505, 515, 518, 547, 569, 594
Österreich 139, 146 f., 162, 369, 569, 577, 600
Offenbach a. Main 322, 343, 345, 347 f., 363, 397–402, 409, 424, 445, 447
Oldenburg 605, 610, 615, 617, 621 f.
Osterhofen 164
Osterholz 603, 605, 608 f.
Osterholz-Scharmbeck 604 f., 609 f., 615, 630, 635, 655
Ostpreußen 4

Paris 8, 458
Parsberg 164, 166, 285, 291, 294, 314
Partenkirchen siehe Garmisch-Partenkirchen
Passau 122, 146 f., 164, 166, 249, 285, 288, 291, 294, 308, 314
Pegnitz 163, 166, 285, 290, 293, 313
Pestinghausen 608
Pfaffenhofen a. d. Ilm 164, 167, 286, 291, 294, 308, 314
Pfalz 9 f., 319, 321, 432, 585
Pfarrkirchen 164, 167, 285, 291, 294, 314
Pforzheim 481 ff., 486 f., 495, 500 f., 503, 505, 516 f., 546, 573, 594 f.
Pilsen 148
Plattling 164
Plauen 146
Pommern 4
Potsdam 680

Regen (Fluß) 146
Regen 167, 286, 291, 294, 314
Regensburg 146 f., 150, 156, 163 f., 166, 168, 174, 196, 198, 202, 212, 217, 236, 243 f., 246, 249, 256, 284 f., 287 f., 290 f., 293, 295, 306, 313
Rehau 163, 166, 285, 290, 293, 313
Reims 15
Reisbach 150
Remagen 10
Rhein 145 f.
Rheingau 344, 346 f., 396, 398–401, 403, 450
Rheinhessen 10, 321
Rheinland 5, 9, 457, 575
Riedenburg 164, 166, 286, 291, 294, 314
Rochefort-en-Yvelines 148, 319 f., 341, 360, 438, 457, 460, 510, 559
Roding 164, 166, 286, 291, 294, 314
Romilly-sur-Seine 488, 608
Rosenberg (Sulzbach-Rosenberg) 148

Rosenheim 164, 167, 286, 292, 294, 314
Rotenburg a. d. Fulda 327, 343 f., 346, 397 f., 400 ff., 445, 447
Rothenburg o. d. Tauber 163, 166, 285, 293 f., 313
Rottenburg a. d. Laaber 164, 167, 286, 291, 314
Rottenburg a. Neckar 564
Rüdesheim a. Rhein 325, 344, 346 f., 396, 398, 401, 403, 445
Ruhrgebiet 132, 135, 137, 353, 403, 602
Rumelange 341

Saarbrücken 321, 343
Saarland 10, 132, 135 f., 319, 321, 353, 432, 585, 602
Sachsen 675, 695
Salzburg 145, 147, 572
Scheinfeld 163, 166, 285, 290, 293, 313
Schlesien 4
Schlüchtern 325, 344, 346 f., 397 ff., 402, 445
Schongau 164, 167, 286, 291, 294, 308, 314
Schorndorf 517 f., 575, 592
Schrobenhausen 147, 164, 167, 286, 291, 294, 314
Schwabach 163, 166, 285, 290, 293, 313
Schwaben siehe Bayern/Schwaben
Schwabmünchen 164, 168, 287, 292, 295, 315
Schwäbisch Gmünd 460, 463, 467, 481 ff., 486 f., 496, 500, 503, 505, 510, 515, 518 f., 534 f., 537 f., 542, 547, 558 f., 569, 576 f., 593
Schwäbisch Hall 460, 467, 469, 476, 481 ff., 486 f., 496, 500 f., 503, 505, 510, 515, 518, 524, 535, 538, 547, 569, 578, 593
Schwarzenborn 428
Schweinfurt 145, 163, 165, 275, 284, 288 f., 293, 308, 313
Schwetzingen 517, 578
Shrivenham 7, 148, 457
Sigmaringen 510
Sinsheim 481 ff., 486 f., 495, 500, 503, 505, 515, 517, 547, 569, 595 f.
Sizilien 148
Sonthofen 164, 168, 287, 292, 295, 315
Sowjetische Besatzungszone 4, 10, 25, 131, 135 ff., 141, 147, 420, 424, 601, 673, 711 f., 720 f., 737
Sprendlingen 325, 343
St. Avold 341
St. Quirin 147
St. Savine 608
Stade 605, 610, 615, 617
Stadtsteinach 163, 166, 285, 290, 293, 313
Staffelstein 285, 290, 293
Starnberg 164, 167, 286, 291, 294, 314
Straubing 147, 164, 167 f., 240 f., 285, 288, 291, 294, 314
Stuttgart 33, 43, 48 f., 52, 56, 62, 71 f., 99, 122 f., 127, 186 f., 206, 208 f., 225, 234, 251, 458 f., 461 ff., 467 ff., 471, 474, 476 f., 481 ff., 486 f., 495 f., 499, 501, 503, 505, 510 f., 514 f., 518 f., 524, 530, 532–538, 542 f., 546, 548, 552 f., 555 f., 558–563, 566, 576 ff., 580, 584, 586, 591, 620, 622 f.
Sulzbach (Sulzbach-Rosenberg) 291, 345
Sulzbach-Rosenberg 164, 166, 286, 294, 314
Syke 608

Tauberbischofsheim 482 f., 486 f., 495, 500, 503, 505, 515, 517, 535, 538, 547, 569, 577, 595
Taunus siehe Maintaunus, Obertaunus, Untertaunus
Thüringen 10, 139, 146, 593, 675, 695
Tirlemont 341
Tirschenreuth 164, 166, 285, 291, 294, 314
Töging a. Inn 276
Traunstein 164, 167, 286, 292, 294, 314
Trier 151, 321
Trostberg 164, 308
Troyes 148, 458
Tschechoslowakei 147 f., 179, 695
Tübingen 521, 576

Uffenheim 166, 290, 293
Ulm 145, 462, 467 ff., 475, 481 ff., 486 f., 496, 500 f., 505, 515, 518, 524, 532, 534–538, 543, 547, 560, 564, 569, 576, 593
Unterfranken siehe Bayern/Unterfranken
Untertaunus 325, 344, 346 f., 397–400, 402 f.
Usingen 325, 344, 346 f., 397–400, 402, 445
Uttenreuth 168

Vaihingen a. d. Enz 481 ff., 486 f., 495, 500, 503, 505, 515, 518, 535, 538, 547, 592
Vegesack 609, 612
Verden (Aller) 607
Verdun 341
Versailles 14, 676, 678
Viechtach 167, 286, 291, 294, 314
Vilsbiburg 164, 291, 294, 314
Vilshofen 164, 167, 286, 291, 294
Vohenstrauß 164, 166, 286, 291, 294, 314
Volkmarsen 424

Waiblingen 481 ff., 486 f., 495, 500, 503, 505, 515, 518, 547, 569, 592
Waldeck 343 ff., 347, 397 f., 400 ff., 447
Waldmünchen 164, 166, 286, 291, 294, 314
Wasserburg a. Inn 150, 164, 167 f., 286, 292, 294, 308, 314

Wegscheid 164, 167, 286, 291, 294, 314
Weiden 164, 166, 275, 285, 291, 294, 314
Weihenstephan 306
Weilburg 325, 344, 346 f., 396, 398, 401 f., 444 f.
Weilheim i. OB 164, 167, 286, 288, 291, 294, 308
Weimar 10, 139
Weinheim 517, 577
Weißenburg i. Bayern 163, 166, 285, 290, 293, 313
Weißenhorn 164
Wertheim 517, 577
Wertingen 147, 164, 168, 287, 292, 295
Wesermarsch 603 f., 608 ff., 615, 630
Wesermünde siehe Bremerhaven
Wetzlar 325, 343, 346 f., 353, 396, 398 f., 401 f., 445
Wiesbaden (siehe auch Hessen/RB Wiesbaden) 54, 63, 70 f., 107 f., 127, 319, 321 f., 325 ff., 340, 342 f., 345 ff., 361, 368, 374, 376–380, 386, 391 f., 396–400, 402, 405, 409, 414, 420, 431, 436, 439, 442, 445, 447, 511, 555
- Wiesbaden-Kastel 424
Wiesloch 517
Windsheim 163, 285, 293
Winterscheid 9
Witzenhausen 327, 343 f., 346, 397 f., 400 ff., 445, 447
Wolfhagen 325, 343 f., 346 f., 397 f., 400 ff., 445, 447
Wolfratshausen 148, 164, 167, 286, 292, 294, 314
Wolfstein 167, 286, 291, 294, 314
Worms 145
Württemberg 321, 457 f., 460, 475, 496, 509 f., 520, 536, 541, 562, 585, 588
Württemberg-Baden 10, 44, 73, 75, 87, 123, 161, 193, 207, 209, 211, 216, 245, 256, 368 f., 374, 376, 384, 455–596
- Nord-Baden 459, 466, 469 f., 477, 512 f., 516 f., 520, 524, 526, 528 f., 532, 541 f., 553, 560 ff., 569, 571–577, 585, 594–596
  - LKB Karlsruhe 461, 466, 495, 510 f., 519 f., 522, 528, 542, 563, 572 f., 575, 594
  - LKB Mannheim 461, 466, 495, 510 f., 517, 519, 528, 542, 562 f., 569, 572 f., 594
- Nord-Württemberg 139, 459, 466, 470, 510 ff., 519, 524, 526, 528, 542, 559, 561, 563, 569, 573, 575 ff., 591–594
Württemberg-Hohenzollern 457, 510, 576, 585
Würzburg 145, 153, 156, 162 f., 165, 174, 196, 204, 217, 236, 240, 243 f., 249, 256, 284, 288 ff., 293, 295, 306, 308, 312
Wunsiedel 163, 166, 285, 290, 293, 313

Zeil 198
Ziegenhain 325, 343 f., 346 f., 397 f., 400 ff., 428, 445, 447
Ziemetshausen 150, 168
Zwiesel 164, 286, 294

Personenregister

Im Personenregister werden über 2000 Beschäftigte der amerikanischen Militärregierung in Deutschland in der Zeit von 1944–1949 nachgewiesen. Da die Personalakten der amerikanischen Militärregierung nicht mehr vorhanden sind, konnten zur genauen Personen- und Funktionsbeschreibung keine Recherchen unternommen werden, die über die Berücksichtigung der OMGUS-Akten hinausgingen. Da das Personal der Militärregierung(en) sehr stark fluktuierte, manchmal auch mit Unterbrechungen tätig war, können exakte Angaben über die Beschäftigungsdauer in vielen Fällen nicht geliefert werden. Wenn es die Unterlagen zulassen, wird selbstverständlich die ermittelte Beschäftigungsdauer genannt. Da einerseits Organisations- und Personalübersichten immer nur die je aktuelle Organisation beschreiben und die zu einem bestimmten Zeitpunkt verantwortlichen Amtsträger benennen, andererseits biographische Verlaufsdaten aus den OMGUS-Akten nur in den seltensten Fällen zu gewinnen sind, kann für die meisten Angehörigen der Militärregierung nur festgestellt werden, daß sie zu einem, in den Quellen genannten Zeitpunkt eine bestimmte Position eingenommen haben. Diese zeitlichen Fixpunkte werden im Personenregister chronologisch nacheinander aufgeführt. Dadurch kann sich eine Datumsreihung ergeben, die in vielen Fällen wohl zu dem Schluß rechtfertigt, es könnte sich um eine ununterbrochene Beschäftigung auf ein und derselben Position gehandelt haben. Da aber auch mit längerfristigen Unterbrechnungen, u.a. durch USA-Aufenthalte oder durch Verzögerungen, die sich dadurch ergeben konnten, daß sich der Prozeß der Civilianization (der Übergang vom Status eines Armeeangehörigen zu dem eines zivilen Militärregierungsangestellten) verzögerte, gerechnet werden muß, werden Von-bis-Angaben nur dann gegeben, wenn sie aus den vorliegenden Unterlagen erschlossen werden können.
Nach dem Namen und dem/den Vornamen (soweit ermittelbar) werden akademische Titel, so sie in den von den Autoren herangezogenenen Akten aufgefunden werden konnten, angefügt. Daran anschließend wird, wenn möglich, die militärische Karriere während der Besatzungszeit wiedergegeben (z.B. Capt./Maj./Col.). Wenn ein Beschäftigter aus dem militärischen Dienst ausschied und anschließend als Zivilist der Militärregierug tätig war, wird der Reihung ein „Civ." hinzugefügt. Wenn jemand ausschließlich als Zivilist tätig war, wird dies, wenn eruierbar, selbstverständlich ebenfalls nachgewiesen.
Ortsnamen mit der Zusatzangabe einer Landesmilitärregierung verweisen in der Regel darauf, daß der Betreffende zum angegebenen Zeitpunkt die Chefposition in einem Stadt- bzw. Landkreisdetachment oder einem Detachment einer kreisfreien Stadt innehatte.
In den OMGUS-Akten ist die Schreibung von Namen nicht immer einheitlich. Die Autoren haben sich bemüht, möglichst die authentische Schreibweise zu eruieren. Dennoch kann es aber vorkommen, daß man sich nicht definitiv für eine Schreibweise entscheiden konnte. In diesen Fällen wird die Variante in Klammern hinzugefügt. Amerikanischer Übung folgend werden Präfixe (z.B. de, di, von, van) zum Namen gezogen. Ausnahmen von dieser Regel wurden gemacht, wenn es sich um Personen handelt, die in einschlägigen deutschen Nachschlagwerken nach deutschen Regeln sortiert werden. Die Schreibung von Mac und Mc wurde nicht vereinheitlicht.
Entscheidenden Anteil an der Erstellung des Personenregisters hatte Christiane Kuller.

Abbott, A.C. Maj.
Münchberg, OMGBY Okt. 1945; Fürth, OMGBY Jan. 1947 166, 285
Abbott, James P. Lt.Col.
Chief DP (& Stateless Persons) Br., POW & DP Div., OMGUS Sept., Okt. 1945, Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948 32, 48, 56, 61, 114
Abraham, A. 1st Lt.
Hünfeld, OMGHE März 1948 401
Acton, Mary Louise Civ.
Chief Reports & Inf. Br., RGCO, OMGUS Feb. 1948 62
Adams, A.S. Maj.
Dinkelsbühl, OMGBY Jan. 1947 285
Adams, F.W. Capt.
Landau, OMGBY Okt. 1948 291
Adcock, Clarence L.
Brig.Gen./Maj.Gen./Gen./Civ. Chief G-5, SHAEF Juni 1945; Chief G-5,

USGCC Juli 1945; Ass. COS, G-5, USFET Juli 1945; Chief OMGUSZ Okt. 1945; Ass. DMG for Operations & Dep. Commanding General, OMGUS April – Okt. 1946; US Chairman BICO Juni 1947 – Aug. 1949 21, 23, 28, 56, 61, 70, 80, 91 f., 124 f., 150, 158, 171, 249, 614, 643

Addy, James H.
Civilian Supply Off., Econ. Br., OMGBS 1945 718

Aikin, Richard P. Civ.
Chief Finance Institutions Br., Fin. Div., OMGUS März, Sept. 1947, Feb. 1948 55, 60, 106

Albert, A.G. Capt.
Bogen, OMGBY Okt. 1945; Neumarkt/OPf., OMGBY Jan. 1947 167, 286

Albrecht, F.M. Col.
Chief Demob. Br., Army Ground Div., USGCC Juni 1945; Dep. Dir. Armed Forces Div., OMGUS Okt. 1945 19, 31

Albrecht, Gustav J. Lt.Col.
Kassel, OMGHE April 1947, März 1948 398, 401

Albrecht, Otto
Chief Publications Br., OMGHE 1947 381

Albu, Austen
Dep. President, Governm. Subcommission, CCG/BE 1946 607, 621, 623

Alex, Millard A.
Ass. Exec. Off., Admin. Br., OMGBS 1945 701

Alexander, D.H. Capt.
Wunsiedel, OMGBY Okt. 1945 166

Alexander, Richard T. Dr., Civ.
Chief ERA Br., IACD, OMGUS Ende 1946, Sept. 1947, Feb. 1948; Chief Ed. Br., ECRD, OMGUS Anf. 1948, Juni 1948 55, 61, 69, 113, 227, 369

Alford, Ronald W.C. Civ.
UK Member Bipartite Communications Gp Sept. 1947 57

Aliff, M.R.
Weissenburg, OMGBY Okt. 1948 290

Aliff, Milton L.
Lauf, OMGBY April 1949 293

Allard, Lucile E.
Dir. Ed. Services Center, ECRB, OMGBS 1949 731

Allen, Frank A. Brig.Gen.
Dir. Public Rel. Services, USGCC März – Okt. 1945; Dir. of Operations, Plans, Organization & Training, G-3, EUCOM März 1947 22, 57, 100

Allen, John H. Col.
Chief Restitutions Br., Econ. Div., OMGUS Dez. 1946, Juli, Sept. 1947, Feb. 1948; Chief, Restitutions Br., Prop. Div., OMGUS März, Juni 1948; Reparations, Deliveries & Restitutions Directorate, ACA Feb. 1948 47, 55, 60, 63, 70, 104, 107, 129

Allen, Leonard R. Capt.
Hofgeismar, OMGHE Juni 1946, April 1947 397 f.

Allen, Walter C. Capt.
Admin. Off., Command & Exec. Gp., Det. E-1, OMGWB Dez. 1945; Chief, S-1, 1st MGBat(Sep), OMGWB Dez. 1945, Jan. 1946 465, 497, 512 f.

Allison, J.L. Lt.
Rosenheim, OMGBY Okt. 1948 292

Allison, Joe F.
Chief Wages & Labor Standard S., OMGBS 1948–49; Chief Manp. Supply & Distr., Wages & Standards S., OMGBS 1949; Exec. Off., Admin. Br., OMGBS 1949 700, 724

Altaffer, Maurice W.
Konsul Bremen 630

Alter, Henry C.
Cult. Aff. Off., Inf. Contr. S., OMGBS 737

Amann, Max 147

Amchan, Morris Civ.
Dir. Econ. Ministries Div. & Dep. Chief of Counsel, OCCWC, OMGUS April 1949 80, 120

Anderson, D.L. Civ.
UK Deputy Chairman BICO Juni 1948 71

Anderson, David F. Civ.
Dir. Denaz. Div., OMGWB Juli, Sept. 1947; Exec. Off., OMGWB Sept. 1948, März, Juli, Aug. 1949 497 f., 503 ff., 531

Anderson, H.W. Col.
Chief DP Br., POW & DP Div., USGCC Juni 1945 20, 114

Anderson, Hu.C.
Presiding Jugde Mil. Trib. III (Krupp Case), Mil. Trib. Juni 1948 70

Anderson, Nels Civ.
Chief Labor Inf. & Orient. Br., Manp. Div., OMGUS März, April 1949 79, 121

Anderson, R.C. Maj.
Rothenburg, OMGBY Okt. 1945; Münchberg, OMGBY Jan. 1947 166, 285

Anderson, R.W. Capt.
Füssen, OMGBY Okt. 1948 292

Anderson, Rupert F. Lt.Col.
Chief Econ. Br., OMGBR Jan. – Juli 1945 653

Anderson, Vincent O.
Dep. Chief Press Br., ICD, OMGHE 1946; Chief Press Br., ICD, OMGHE Nov. 1948 381
André, John A. Capt.
Dep. Dir. CAD, OMGBR Jan. 1945 643
Andrews Maj.
Forestry Br., Econ. Div., Governm. Gp, OMGWB Dez. 1945 465
Andrews, C.H. Col.
Nürnberg, OMGBY Okt. 1945 165
Andrews, Stanley Civ.
US Chief Food, Agric. & Forestry Gp, BICO Juni 1948, April 1949 71, 80, 125
Angers, Donald J.
Memmingen, OMGBY Okt. 1948, April 1949 292, 295
Annis, Robert J.
Neustadt (Aisch), OMGBY April 1949 293
Anschütz, Hans Dr.
Regierung Mittelrhein-Saar (Neustadt a.d. Weinstraße) 321
Anspach, Ernst
Chief German Courts Br., Legal Div., OMGBY März 1946 – Feb. 1947; (Dep.) Chief German Admin. of Justice/Legal Ad. & Legisl. Br., Legal Div., OMGHE 1948–49 175, 239, 393
Anthon, Carl
Higher Ed. Ad., Hist. Br., OMGUS 1949 737
Anthon, Margret
Social Worker, Young Women's Christian Ass., Berlin 1947–52 737
Apelt, Hermann Dr.
Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr Bremen 610, 625, 657, 670
Apgar, William B. Civ.
Chief Indigenous Personnel Br., OMGWB Sept. 1947 498
Applebaum WOJG
Detachment Supply, Command & Exec. Gp, OMGWB Sept. 1945 464
Appleton, John A. Col./Brig.Gen.
Dir. Tran. Div., USGCC/OMGUS, Nov. 1944, Juli, Okt. 1945 12, 20, 23, 30f., 121f.
Argo, Clyde R. Capt.
Lauterbach, OMGHE April 1947, März 1948 398, 401
Arnal, P. Civ.
Dep. Dir. Gen., JEIA, April 1949 82
Arnberg, Bertel
Landshut, OMGBY April 1949 294
Arndt, Karl J. Dr., Civ.
Chief Relig. Aff. Br., ECRD, OMGWB Dez. 1945 – Sept. 1949 499, 502, 504, 507, 567
Arnold, N.S. Capt.
Special Ass. to the DMG, Off. of the DMG, USGCC, Juni 1945 18
Arnot, Charles B. Civ.
Chief US Feature Service Br., ISD, OMGUS April 1949 79, 116
Aronovitz, Sidney M.
Actg Chief MG Intell. S., Civ. Admin. & Pol. Aff. Br., OMGBS 1945 704
Aronson, A.H. Lt.Col.
Chief Labor Alloc. Br., Manp. Div., USGCC, Juni 1945 20, 120
Arouet, J.S. Civ.
Chief Liais. Br., ODI, OMGUS Anf. 1949, April 1949 77, 97
Arrowsmith, John C. Col.
Dep. Personnel Off., Off. of Personnel Officer, OMGUS Feb. 1948 59
Artery, Mary C.
Clerk Stenographer, OMGWB Juli 1949 506
Arzee, Paul T. Lt.Col.
French Aff., All. Liais. Div., OMGWB Aug. 1945 – März 1946 464, 466, 576f.
Ashworth, Ray
Chief PSB, OMGBS 1947–49 715
Asselta, John F. Maj.
Chief Repatriation Br., POW & DP Div., OMGUS Dez. 1946, 1947, Feb. 1948 49, 56, 61, 114
Atzert, Otto A.
Actg Dir. CAD, OMGHE Dez. 1946 – Jan. 1947 360f.
Auerbach, Herman Capt.
Chief Welfare Off., OMGBY Okt. 1945 – Feb. 1946 219
Auerbach, Philipp Dr.
Staatskommissar für die rassisch, religiös und politisch Verfolgten Bayern 274
Auffinger Jr., George H. Lt.Col.
Dir. Fin. Div., OMGWB Mai 1945 – März 1946 464, 466, 551
Austin, John D. Capt.
Chief Internment Camps Br., Denaz. Div., OMGWB Sept. 1947; Dir. Denaz. Div., OMGWB Jan. 1948 498, 500
Avery, C.M. Lt.Col.
Augsburg, OMGBY Jan. 1947 286

Babcock, Lawrence F. Civ.
Chief Pol. Inf. Branch, ICD, OMGUS Juni 1948 69, 116
Babcock, William T. Col.
Chief PSB, OMGBS 1946; Dep. Dir.

OMGBS 1. Aug. 1946 – 1. Sept. 1949; Dir. OMGBS 1. – 21. Sept. 1949; US Dep. Commandant Allied Kommandatura Berlin 1. Dez. 1947 – 21. Sept. 1949 686, 700, 715
Baber, John S. Civ.
PSB, OMGBR Sept. 1946; Chief PSB, OMGBR Mai 1947; Public Safety Ad., OMGBR Juni 1949 646
Bachmann, Lawrence P.
Chief Film S., ISB, OMGBS 1949 709
Backer, Allen A.
German Courts Br., Legal Div., OMGBY Feb. 1947 – Ende 1947 177, 239
Backer, John
Intell. Off., 82nd Airborne Div. Juli – Aug. 1945; MG Off., Econ. Div., OMGUS 1945–49 737
Bacon, Caspar G. G. Lt.Col.
Governm. Aff. Gp, G-5, ECAD, 3rd Army Juli 1944 151
Baer, M.C. Capt.
Uffenheim, OMGBY Okt. 1945 166
Bagley, Richard H. Maj.
Dir. Port Operations Br., Tran. Div., OMGBR Nov. 1946 – Jan. 1947; Exec. Off. Bremerhaven, OMGBR April 1947 663
Bailey, W.S. Maj.
Weissenburg, OMGBY Okt. 1945 166
Baird, Gilbert B. Maj.
Chief PTT S., OMGBY Juni 1945 154, 201
Baird, W.D. Capt.
Pfarrkirchen, OMGBY Okt. 1945 167
Baker, C.F. Maj.
Dillingen, OMGBY Okt. 1945 168
Baker Jr., George S.
Chief Price Contr. S., Trade & Commerce Br., Econ. Div., OMGHE 1947 366
Baker, Herbert W.
Exec. & Field Operations Br., Manp. Div., OMGBY Okt. 1947 177
Baker, Ivan B. Lt.Col.
Personnel Off., USGCC März, April 1945 93
Baker, Porter
Dep. Chief Prop. Contr. Br., OMGBS 1946–47 722
Baker, Robert WOJG
Chief Admin. Br., ODI, OMGUS Feb., Juni 1948, April 1949 59, 68, 77
Bakey, Charles R. Civ.
Chief Cable Contr. Br., Off. of the AG, OMGUS Juni 1948, April 1949 68, 77
Balderston, William S. Civ.
(Actg) Chief Foreign Exchange Policy Gp, Off. of the Fin. Ad. Juni 1948, Jan. 1949 62, 68, 107
Baldwin, C.C. Civ.
Deputy for Zonal Aff., ICD, OMGUS Juni 1948 69
Baldwin, John D.C. Maj.
Dir. Fin. Div., OMGHE Okt. 1947 373
Ball, Theodore H. Civ.
Chief External Assets Br., Fin. Div., OMGUS Dez. 1945; Dep. Dir. Fin. Div., OMGUS Dez. 1946; Dir. Fin. Div., OMGUS März, Sept. 1947, Feb. 1948; Finance Directorate, ACA Feb. 1948; Special Consultant of Prop. Div. for DMG, OMGUS März, Juni 1948 47, 55, 60, 63, 67, 103, 129
Ballard, Charles R.
Dep. Chief Communic. Br., OMGBS 1946–49 711
Ballin, Arthur L. Lt.
Legal Br., OMGBR März – Mai 1945; Legal S. Wesermünde/Bremerhaven, OMGBR Mai 1945; Civ. Admin. S. Wesermünde/Bremerhaven, OMGBR Aug. 1945 635, 650, 663f.
Banks, Richard Maj.
Ass. Dir. Ed. Div., OMGWB Sept. 1946; Dep. Dir. ECRD, OMGWB 1947 – Juni 1948 497, 500, 567
Banta, Frank G. Civ.
(Actg) Chief Cult. Exchange Br., ECRD, OMGUS Anf. 1948, Juni 1948 69, 113
Barber, Nathaniel W. Capt.
Tauberbischofsheim, OMGWB Sept. 1947; Göppingen, OMGWB Sept. 1948, März, Juli 1949 500, 503, 505, 507
Barbour, Philip L. Civ.
Chief Intell. S., Civ. Admin. & Pol. Aff. Br., OMGBS 1946–48 704
Bard, Erwin W. Dr., Capt./Maj./Civ.
Chief Civ. Admin. Br., OMGBR Jan., Juni, Aug., Dez. 1945, Jan. 1946; Chief Governm. Struct. Br., CAD, OMGUS Frühj. 1947; Chief Legisl. & Anal. Br., CAD, OMGUS Juni 1948 69, 111, 615, 620, 643, 660
Bard, R. Maj./Lt.Col.
Kassel, OMGHE Okt. 1945; Kassel & Wolfhagen, OMGHE Jan. 1946 345f.
Barinow, Alexandr Ivanowitsch Gen.Maj.
Stellv. sowjet. Militärkommandant Berlin 678f., 681
Barjansky, Michael Civ.
Inf. Cent. & Exhib. Br., ICD, OMGBR Sept. 1948 – Juni 1949 503f., 539
Barker, Dale T.
Chief Road of Supply Br., Tran. Div., OMGHE Aug. 1947 438

Barker, F. Civ.
Chief Admin. Br., JEIA April 1949 82
Barker, J.R.
Günzburg, OMGBY Okt. 1948 292
Barker, Myron I. Maj.
Ass. Exec. Off., Det. E1A2, ECAD Sept. 1944 320
Barker, Ray W. Maj.Gen.
Dir. Army (Ground) Div., USGCC Juni, Juli 1945; Ass. DMG, OMGUS, & US Commandant Allied Kommandatura Berlin, OMGBS 11. Okt. 1945 – 1. Mai 1946 22, 108, 685 f.
Barnet, J.C. Lt.Col.
Bamberg, OMGBY Jan. 1947; Nürnberg, OMGBY Okt. 1948 285, 290
Barnett, Robert M. Civ.
Dir. of Civilian Personnel, Off. of the CINC, EUCOM Sept. 1947, Feb., Juni, Aug. 1948, April 1949; Personnel Off., OMGUS Juni 1949 54, 58, 67, 72, 77, 93
Barrett, M.D. Lt.Col.
Erlangen, OMGBY Okt. 1948 290
Barron, John J. Civ.
Chief Legisl. Br., Legal Div., OMGUS April 1949 79, 119
Barrows, A.S. Civ.
Dep. Dir. for Bizonal/Minden Operations, Econ. Div., OMGUS Sept. 1947, Feb. 1948; US Member Econ./Commerce & Industry Gp, BICO Sept. 1947, Feb. 1948 55 f., 60 f., 104, 125
Bartels, George W.
Chief Service & Supply Br., OMGWB April 1948; Leonberg, OMGWB März, Juli 1949 501, 505, 508
Bartholomew, James R. Lt.
Public Welfare, OMGBR 1946 659
Bartos, Joseph T.
Chief Fiscal (Finance) Br., Fin. Div., OMGBY März 1948; Dep. (Actg) Fin. Ad., OMGBY 1949 178, 267
Basilius, Harold A. Civ.
Chief Univ. Br., ECRD, OMGWB Sept. 1947; Chief Higher Institutions Br., ECRD, OMGWB Sept. 1947 499, 568
Bassinor, Ben L. Maj.
Dill-Kreis, OMGHE April 1947; Witzenhausen, OMGHE März 1948 398, 402
Bates, Roscoe L. Maj.
Chief Mil. Personnel Br., Off. of the AG, OMGUS Feb. 1948 59
Baum Capt.
Chief Land & Institutions S., Food & Agric. Br., Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Baumgarten Capt.
Tran., Food & Agric. Off., Det. E1F3, OMGBY Mai 1945 263
Baumgartner, Josef Dr.
Landwirtschaftsminister Bayern 160, 264
Baylies, W.R. Capt.
Eschenbach, OMGBY Okt. 1945 166
Baymor, Michael Maj.
Wetzlar, OMGHE März 1946; Hersfeld, OMGHE Juni 1946, April 1947 347, 397 f.
Baynard, Joseph H. Capt.
Historian, Inf. Br., OMGBR Jan. 1946; Chief Civil Governm. Br., OMGBR Feb. 1946 643, 661
Beal, Edwin F. Capt./Civ.
Dir. Manp. Div., OMGWB Aug. 1946 – Dez. 1948; Manp. Ad., OMGWB 1948 497 ff., 502, 563
Bearn
Dep. Pol. Ad., OMGBY Sept. 1945 160
Beatty, T.J. Civ.
Chief Social Insurance Br., Manp. Gp, BICO April 1949 81
Beaudway, B.S. 1st Lt.
Oberlahn, OMGHE Okt. 1945 346
Beaulieu, P.L. Civ.
Franz. Mitglied Allied Bank Commission April 1949 82
Beauvais, Peter
Inf. Spec. (Theater & Music), ECRD, OMGWB Juli 1949 507
Bechel, C.S. Capt.
Melsungen, OMGHE März 1948 401
Bechtel, Harold R. Maj.
Fiscal Off., Fiscal & Prop. Contr. Br., OMGBR Mai, Juni 1945 – Nov. 1946 609, 618, 635, 652
Becker, Howard P. Dr.
Chief Higher Ed. Br., ERAD/ECRD, OMGHE 1947 – Dez. 1948 371
Beckjord, Philipp R. Lt.Col.
Chief PHB, OMGWB Juni 1946, Sept. 1947; Senior PHO/PHB, OMGWB Feb. 1946 – Mai 1948; Dir. Interior Div., OMGWB Jan. 1948; Public Health Ad., OMGWB Mai 1948 499 f., 502, 525, 529
Beckman, Charles D. Civ.
Chief Public Inf. Off., PRD/PID, OMGWB Mai 1948 501, 541
Beckner, Earl R. (H.)
Chief Wages & Labor Standards Br., Manp. Div., OMGUS Juni 1948; Chief Labor Econ. Br., Manp. Div., OMGUS März 1949; Chief

Manp. Div., Off. of Labor Aff., HICOG Sept. 1949 70, 87, 121
Beckner, Meta S.
Chief Women's Aff. S., ECRB, OMGBS 1949 731
Beckwith, Burnham P. Civ.
Chief Statist. Br., CAD, OMGUS Dez. 1946, Juni 1947; Chief Statist. Br., CO, OMGUS Feb. 1948 47, 59, 95 f.
Beelby, F. L. Capt.
Hofheim, OMGBY Jan. 1947 284
Beer, Peter
Intell. Analyst, Intell. S., Intell. Br., OMGBY Juli 1947 253
Belk, James D. Capt.
Dir./Chief Automotive Div./Br., OMGWB Juli, Sept. 1947; Tran. Div., OMGWB Jan. 1948 498, 500
Bell, Laird Civ.
Ass. DMG for Trade & Finance, USGCC/OMGUS Juni – Okt. 1945; Dep. Dir. Econ. Div., OMGUS Okt. 1945 21, 31, 90, 92, 101
Bell, Mary S.
Chief Relig. Aff. S., ECRB, OMGBS 1946 731
Bender, Albert Civ.
Chief External Assets & Intell. Br., Fin. Div., OMGUS März, Dez. 1946; Exec., Fin. Div., OMGUS Sept. 1947 47, 55, 106
Bender, James W. Lt.Col.
Chief Supply Br., OMGBY Juli 1945 – Mai 1947; Chief Hq & Service Company, OMGBY Mitte 1947 175, 198
Bennas, J. G. Capt.
Gelnhausen, OMGHE Juni 1946 396
Bennett, Jack Civ.
Foreign Exchange & Blocking Contr. Br., Fin. Div., OMGUS Okt. 1945; Dir. Fin. Div., OMGUS Juni 1946 – März 1947; Fin. Ad., Off. of the CINC, EUCOM Sept. 1947, Feb. 1948; Fin. Ad., OMGUS Juni 1948 – Jan. 1949; US Member Allied Bank Commission Juni 1948 31, 47, 54, 58, 62, 68, 106 f.
Bennett, Lowell L.
Ass. to the Chief Public Rel., Statist. & Hist. Br., OMGBS 1948–49 706
Benton, A. T. Capt.
Internal Aff., Legal S., OMGBR Feb. 1946 – Juni 1946; Chief Legal Off., OMGBR Juni 1946 651
Benton, Russel W. Civ.
Chief Travel Contr. Div., Off. of Pol. Aff., HICOG Sept. 1949 86
Berendt, August F. Maj.
Public Safety, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944 320
Bereton, Lewis H. Gen.
Commander Hq Berlin District & Hq 1st Allied Airborne Army Mai 1945 676
Berg, Birger
Chief Forestry Br., FAFD, OMGBY Herbst 1948, April 1949 177, 179, 265
Berger, Wilhelm
Schulverwaltung Bremen 625, 661, 670
Bergman, Walter G. Dr., Capt.
Chief ERAB, ECRD, OMGBY Mai 1946 – Anf. 1948 175 f., 225, 563
Bergsträsser, Ludwig Dr.
Chef der Regierung der Provinz Starkenburg 453
Berman, Albert H. Civ.
Chief Reports & Statist. Br., Manp. Div., OMGUS Juni 1948, Mitte 1948; Chief Research & Analyis Br., Manp. Div., OMGUS März, April 1949 70, 79, 121
Bermann, Hermann Dr.
Abteilungsleiter, Deutsche Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen in der SBZ 737
Berno, H. L. Civ.
Chief Industry Br., Econ. Div., OMGUS Juli, Sept. 1947, Feb. 1948 55, 60, 104
Bernstein, Bernard Col.
Dir. Fin. Div., USGCC, Nov. 1944, Juni 1945; Dir. Investigation of Cartels & External Assets Div., OMGUS Okt. 1945 12, 20, 23, 27, 30, 32, 103, 105
Bernstein, D. B. Maj.
Dill-Kreis & Biedenkopf, OMGHE Jan., März 1946 346 f.
Bernstein, Victor
Journalist 158
Berry, R. A. Capt.
Oberviechtach, OMGBY Okt. 1945 166
Berry, Ralph E. Civ.
Chief Adult Ed. Br., ERAD, OMGWB Juli 1947; Group Act. Specialist, OMGWB Juli 1949 499, 507
Bersarin, Nicolai E. Gen.
Sowjet. Stadtkommandant Berlin 673
Bertram, Rudolf Civ.
Chief Labor Div., Off. of Labor Aff., HICOG Sept. 1949 87
Best
Radio Contr. Br., ICD, OMGWB Ende 1945 539
Betts, Edward C. Brig.Gen.
(Actg) Dir. Legal Div., USGCC Juni, Juli

1945; Dep. Dir. for War Crimes, Legal Div., USGCC/OMGUS Juli, Okt. 1945 23, 27, 32, 117
Betts, Thomas J. Brig.Gen.
Dir. ODI, USGCC April – Aug. 1945 22, 97
Bevans Maj.Gen.
Dir. of Personnel & Admin., G-1, General Staff, EUCOM März 1947 57
Bevier, Alden E.
Chief PWB, IACD, OMGUS Dez. 1946 109
Bevin, Ernest
UK Außenminister 52, 621
Beyerle, Josef Dr.
Justizminister Württemberg-Baden 545
Bianchi, J.J. 1st Lt.
Ebermannstadt, OMGBY Okt. 1945 166
Bickelhaupt, C.O. Brig.Gen.
Chief Civil Communications Br., IACD, USGCC Juni 1945 19, 23
Biel, Ulrich E.
Chief Pol. Aff. S., OMGBS 1946–49 704
Bierman, H.J. Capt.
Erding, OMGBY Okt. 1945; Schrobenhausen, OMGBY Jan. 1947 167, 286
Biklen, Mildred L.C. Civ.
Dep. Chief PWB, OMGBS Jan. – Juni 1946; Chief PWB, OMGBS Juni 1946 – Aug. 1947; Chief PWB, IACD, OMGUS Sept. 1947 55, 109, 727
Bingham, Alfred Capt./Maj.
Labor, Funct. Gp, OMGWB Sept. 1945; Labor & Housing Br., Econ. Div., OMGWB Dez. 1945, Feb. 1946 464 f., 563
Bingham, C.E. Civ.
Dir. Off. of Foreign Trade, JEIA April 1949 82, 127
Birch Maj.
Requirements & Alloc. S., Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Birdsall, R. Lt.Col.
Actg US Sec., US Element of the Allied Sec., Off. of the DMG, OMGUS Okt. 1945 31
Birnkrant, Arthur A.
Dep. Chief Legal Br., OMGBS Juli 1946 – Sept. 1949 712
Bischoff, C.H. Capt.
Wolfratshausen, OMGBY Okt. 1945 167
Bishop, J.
Chief Admin. Br., OMGWB Juli 1946 534
Bissmann, Russell P. 1st Lt.
Admin. Ass., OMGWB Juli 1949 505
Bitter, John
Chief Theater & Music S., ISB, OMGBS 1945–48 709, 737
Blair, Paul S. Col.
Vertreter Hq USAFE in Real Estate Prop. Committee, Hesse Land Resource Board 1947 386
Blakely, H.E. Lt.Col.
Freising, OMGBY Jan. 1947 286
Blakemore, J.A. Maj.
Neu-Ulm, OMGBY Okt. 1945 168
Blakeney, Charles C. Col.
Chief Intell. S., USGCC Nov. 1944; Chief Intell. Br., Army Ground Div., USGCC Juni 1945 12 f., 19
Blancke, W.W.
Exploitation German Archives, Admin. Br., OMGUS Okt. 1947 99
Blanton, W.N. 1st Lt.
Neumarkt/OPf., OMGBY Okt. 1945 16
Blashek, Marianne
Superviser Transl. S., Doc. & Transl. S., Intell. Br., OMGBY Juli 1947 253
Bleistein, Fred B.
Chief Publications S., ISB, OMGBS 1946–48 709
Blevig, H.I. Capt.
Aschaffenburg, OMGBY Jan. 1947 284
Blewett, Margaret
Group Act. Spec., OMGWB Juli 1949 507
Blocker Lt.Col.
Chief Restitutions Br., Prop. Div./Econ. Div., OMGBY Feb. 1946; Dep. Dir. Econ. Div., OMGBY April 1946 256, 274
Blondell, Vernon J. Lt.Col.
Chief Personnel & Admin. Br., OMGBY Aug. 1946; Chief Admin. Br., Personell & Admin. Div., OMGBY Aug. 1946–48 176, 197
Bloodworth, Charles T. Civ.
Chief German Justice Br., Legal Div., OMGWB März – Sept. 1949 504, 507, 548
Bloom, Boni V.
Bad Mergentheim, OMGWB Sept. 1947, 1948, März, Juli 1949 500, 502, 505, 508
Bluestone, Abraham
MG Trainee, Manp. Div., OMGHE 1947 404
Blumenfeld, C.H. Col.
Demob. Br., Army Ground Div., USGCC Juni 1945 19
Boatwright, C.C. 1st Lt.
Fürstenfeldbruck, OMGBY Jan. 1947 286
Bode, Karl F. Civ.
Chief Plans & Alloc. Br., Commerce & In-

dustry Gp, BICO April 1949; Chief Program Div., Off. of Econ. Aff., HICOG Sept. 1949 80, 86
Boden, C. Capt.
Mellrichstadt, OMGBY Jan. 1947 284
Boerner, Alfred V. Civ.
Chief Quadripartite Aff. Br., ODIC, OMGUS Dez. 1946; Chief Plans & Direct. Br., ICD, OMGUS 1946, Feb. 1948; Dep. Dir. for Policy, ICD, OMGUS Juni 1948; Chief Policy & Progr. Br., ISD, OMGUS April 1949 47, 60, 69, 79, 115f.
Boehmer, Henning von Dr.
Staatsrechtler 228
Bogart, T. F.
Exec. Off., ODI, Off. of the DMG, OMGUS Okt. 1945 31
Bolds, Clarence M. Capt./Maj./Civ.
Chief/Dir. Manp. Br./Div., OMGBY Juni 1945 – Okt. 1947; Dep. Dir. OMGBY Okt. 1947 – Sept. 1949; Actg Land Commissioner for Bavaria Sept. 1949 – Juli 1950 86, 154, 176ff., 193,, 229, 277–280
Bolten, Seymour R.
MG Off., CAD, OMGUS 1945–49 737
Boncowitz, I. Capt.
Offenbach, OMGHE Juni 1946 397
Bond, Charles C.
Schöneberg, OMGBS 1945–46; (Dep.) Chief Police S., PSB, OMGBS 1946–49 703, 715
Bond, Eugene Lt.Col.
Dep. Mil. Gov. Off., Det. E1A2, ECAD Okt. 1944 320
Bond, William F.
Chief Forestry S., Food & Agric. Br., Econ. Div., OMGHE 1945 – April 1948; Chief Forestry S., Food & Agric. Br., Bipartite Liais. Div., OMGHE April 1948 – Juli 1949 366
Bonne Col.
Franz. Militärregierung Juli 1945 321
Bonnevalle, R. Col.
Civil Service & Local Governm. Br., IACD, USGCC Juni 1945 19
Bootz, Ernest J.
Chief Reparations Br., Prop. Contr. Div., OMGHE 1948 413
Borda, S. B. Capt.
Hofgeismar, OMGHE März 1946; Schlüchtern, OMGHE Juni 1946 348, 397
Bormann, Martin 136
Boruski, Ernest F. Col.
Inspection S., Admin. & Inspection Gp, OMGBY Aug. 1947 – Feb. 1948 176, 195
Bosley, Jackson W.
Reports Off., Public Rel., Statist. & Hist. Br., OMGBS 1946–47 704, 706
Bossemeyer, William F.
Pegnitz, OMGBY April 1949 293
Boucher, Francis H. Col.
Wiesbaden, OMGHE März 1947, März 1948 398, 402
Bouley Maj.Gen.
Franz. Militärregierung Juli 1945 321
Bowers, Ralph L.
Crailsheim, OMGWB März, Juli 1949 505, 508
Bowie, R. R. Lt.Col.
Special Ass. to the DMG, Off. of the DMG, USGCC/OMGUS Juni, Okt. 1945 18, 30
Bowie, Robert R. Civ.
Dir. Off. of Gen. Counsel, HICOG Sept. 1949 86
Boxer, John H. Civ.
Intell. Br., ICD, OMGWB Juli 1946; Chief Plans & Operations Br., ICD, OMGWB Mai 1948, März 1949 502, 504, 534, 539
Boyd, James Col.
Dir. Industry Div., USGCC Juni 1945; Chief Industry Br., Econ. Div., OMGUS Okt. 1945 23, 31, 102
Boyd, James M. Maj.
Chief Mil. Personnel Br., Off. of Personnel Officer, OMGUS Juni 1948 67, 101
Boyd, John W. Maj.
Special Br., PSD, OMGBR Juni 1945; Dir. PSD, OMGBR Sommer 1946 645f., 649
Boyd, R. E. Maj.
Amberg, OMGBY Jan. 1947 285
Boyer, R. Y. Maj.
Ebermannstadt, OMGBY Jan. 1947 285
Boyle, Charles E. Lt.Col./Col.
Chief Refugees & UN POW Br., POW & DP Div., OMGUS Dez. 1946, 1947; Chief Refugees Br., POW & DP Div., OMGUS Sept. 1947; Chief Refugees & POW Br., POW & DP Div., OMGUS Feb. 1948 49, 56, 61, 114
Boyle, M. Col.
Chief Policy Enforcement Br., CAD, OMGUS Dez. 1946 47, 111
Brack, Gustav
Präsident Deutsche Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge in der SBZ 138
Bradford, John P. Maj./Lt.Col.
Würzburg, OMGBY März 1946; Chief Governm. Struct. Br., CAD, OMGBY April, Okt. 1946, Okt. 1947; Chief Legislation/Legislative Br., CAD,

OMGBY Sommer 1947 – Sommer 1948; Chief Governm. & Pol. Br., CAD, OMGBY Nov. 1948, April, Sept. 1949 175 f., 178 f., 190 f., 204, 206, 209, 213
Bradford, S. Lt.Col.
Chief Legal Ad. Br., Legal Div., USGCC/OMGUS Nov. 1944, Okt. 1945 32, 117
Bradley, Omar Gen.
Command. Gen. 12th Army Group Juli 1945 679
Brant, R.E. Civ.
Chief Admin. Services Br., Off. of the US Chairman, BICO April 1949 80
Brantley, Francis E.
Tempelhof, OMGBS 1945–46 703
Brauer, Anna E.
Ed. Spec./Ed. Center, OMGWB Juli 1949 507
Braun, Eva 133
Brayden, W.E. 1st Lt.
Karlstadt, OMGBY Okt. 1945 165
Bredow, Hans C.A.F. Dr.
Regierungspräsident Wiesbaden 324
Breitenbach, E.V. Civ.
Chief Rail Br., Tran. Div., OMGUS April, Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948 49, 56, 61, 122
Breitenbucher, C. Jaques R.
Univ. Spec., OMGWB Juli 1949 507
Breland, J.E. Maj.
Karlstadt, OMGBY Jan. 1947 284
Brentnall, S.R. Col.
Ass. Dir. IACD, USGCC Juni 1945; Dep. Dir. IACD, OMGUS Okt. 1945 19, 32
Brewer Capt.
Chief Public Utilities S., Industry Br., Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Brewster, F.T. Maj.
Stadtsteinach, OMGBY Jan. 1947 285
Brewster, Morris
Vertreter von Pol. Ad. Murphy in München 1945 174
Brey, William G. Col.
Chief Foreign Exchange Depository Frankfurt, Fin. Div., OMGUS März, Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948; Chief Foreign Exchange Depository Gp, Fin. Ad., OMGUS März, Juni 1948 47, 55, 60, 62, 68, 107
Brill, Hermann Louis Dr.
Staatssekretär/Chef der Staatskanzlei Hessen 453
Bring, Raymond
Attorney, Legal Div., OMGWB Juli 1949 507
Brisbine, D.E. Col.
Dep. Dir. Tran. Div., USGCC Juni 1945 20
Brock, G.G. Capt.
Ebern, OMGBY Jan. 1947 284
Brockman, Harry D. Civ.
Chief Film (Contr.) Br., ICD, OMGWB März 1949; MGO, FRD, OMGWB Juli 1949 504, 508, 539
Brodnitz, Otto Dr.
German Agencies Ad., OMGUS Frühj. 1946 261
Bromage, Arthur W. Lt.Col.
Chief Admin. & Local Governm. S., CAD, OMGBY Mai – Juli 1945 154 f., 203 f.
Brommage, Joseph Charles Civ.
Chief (UK) Fin. Gp, BICO Juni 1948, April 1949 71, 81
Bronson, Richard Civ.
US Member Decart. Commission, BICO April 1949 71, 81, 107, 126
Brooke, Sir Alan Field Marshal Chief of the British Imperial General Staff 604
Brooks, Jack D.
Area Commander Hof, Br. B, FOD, OMGBY Okt. 1948; Hof, OMGBY April 1949 290, 293
Broome, Edwin C.
Chief Teacher Training & Cult. Exchange S., ECRB, OMGBS 1948–49 731
Brophy M/Sgt
Command & Exec. Gp, OMGWB Sept. 1945 464
Brophy, Allen O. Maj.
Mannheim, OMGWB Jan. 1948; Künzelsau, OMGWB Mai 1948 501, 503
Brossard, George W.
Chief Prosecutor, Legal Br., OMGBS 1947–48 712
Brown Lt.Col.
Liais. Off. in Hannover, Admin. Off., OMGBR Juni 1946 642
Brown, C.A. Maj.
Erding, OMGBY Jan. 1947 286
Brown, Clark F.
Dep. Chief Manp. Br., OMGBS 1946 724
Brown, Ernest B.
Königshofen, OMGBY April 1949 293
Brown, Harvey Civ.
Dir. Off. of Labor Aff., HICOG Sept. 1949 87
Brown, John M.
MFAA, Intell. S., OMGBS Juli 1945 707
Brown, Lawrence H. Maj.
Bergstraße & Erbach, OMGHE März 1946; Erbach, OMGHE April 1947; Witzenhausen, OMGHE Juni 1947 348, 397 f.

Brown, Ralf E. Civ.
Chief German Justice Br., Legal Div., OMGWB Sept. 1947 – Mai 1948 499, 502, 548
Brown, S. H. Capt.
Nördlingen, OMGBY Okt. 1945 168
Brown, T. A. Lt.Col.
Marburg, OMGHE Okt. 1945 345
Brown, W. R. Maj.
Bergstraße, OMGHE Okt. 1945 345
Browning, Gordon Lt.Col.
Dir. OMGBR Sept. – Dez. 1946 635, 639
Browning, Robert
Chief Intell./Research Br., OMGHE 1948 381
Brunke, Herman Capt.
Interior Div., OMGWB Jan. 1948; Housing Ad., OMGWB 1948 500f.
Brunner, Heinrich
Wirtschaftsministerium Bayern 155, 280
Brunton, Lionel J. Lt.Col.
Chief Scient. Research Contr. Br., Econ. Div., OMGWB Sept. 1947; Chief Industry Br., Econ. Div., OMGWB Sept. 1947; Industry (Industrial) Ad., BAD, OMGWB 1948, März 1949 499, 502, 504
Bubser, P.
Würzburg, OMGBY Okt. 1948 290
Bubser, Philip F.
Straubing, OMGBY April 1949 294
Bucheit, C. R. Capt.
Roding, OMGBY Okt. 1945 166
Buckland, Charles O.
Ass. Exec. Off., Admin. Br., OMGBS 1946; Exec. Off., Admin. Br., OMGBS 1947–48 700f.
Buffington, R. W. Capt.
Vilshofen, OMGBY Okt. 1948 291
Buhrmann, Parker W.
Vertreter von Pol. Ad. Murphy in München Juni 1946 174
Bullard, Peter C.
COS, Allied Kommandatura Berlin 1946–48 700
Bullock, Roy J. Civ.
Member JEIA Jan., Sept. 1947, Feb. 1948 56, 62, 126
Bunker, E. C. Maj.
Mindelheim, OMGBY Okt. 1945 168
Burkard, Artur
Intell. Reports Editor, Intell. S., Intell. Br., OMGBY Juli 1947 253
Burke, Clifford K.
Dir. Statist. Hist. & Field Reports Div., OMGHE Feb. – Juni 1948 435
Burke, E. J. Capt.
Dep. Naval Ad., Off. of the Naval Ad., OMGUS Dez. 1946, April 1947 48, 108
Burke, V. A. 1st Lt.
Dachau, OMGBY Okt. 1945 167
Burke, W. P. Capt.
Alsfeld, OMGHE Okt. 1945 345
Burnham, Lee H.
Steglitz & Zehlendorf, OMGBS 1946–47 703
Burns, John J. Col.
Dep. Dir. OMGBR Aug. 1946 639
Burns, Paul Lt.Col.
Chief Pol. Act. Br., CAD, OMGBY Juni 1946 – Mitte 1948; Chief Civil Service Br., CAD, OMGBY Okt. 1946; Chief (Actg) Field Operations Br., CAD, OMGBY Okt. 1946 175f., 204, 206
Burns, Ralph A. Dr., Civ.
Chief Cult. Aff. Br., ECRD, OMGUS Ende 1948, Anf. 1949, April 1949; Chief Exchanges Div., Off. of Public Aff., HICOG Sept. 1949 79, 87, 114
Burns, W. L. Civ.
Hünfeld, OMGHE Juli 1949 402
Bursch, James F. Maj./Lt.Col.
ERA, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944; Dir. ERAD, OMGHE Mai 1946 320, 371
Burt, William T. Lt.Col.
Comm. Off. Det. E-3 (RB Darmstadt), OMGHE Nov. 1945 – Jan. 1946 341
Busey, Carvel Capt.
Chief Ed., Relig. & Cult. Aff. Br., OMGBR 1946 661
Butler, James W.
Heilbronn, OMGWB 1948, März 1949 503, 505, 508
Buttenwieser, Benjamin J. Civ.
Ass. US High Commissioner Sept. 1949 87
Buttersack, Felix
Chefredakteur Radio München 248
Butterwick, John T. Civ.
Actg Chief Reports Br., CAD, OMGUS Dez. 1946; Dep. Chief Civ. Admin. & Pol. Aff. Br., OMGBS 1948–49 47, 95, 704
Buttles, Brune
Chief ISB, OMGBS Jan. – Juni 1948 709
Bynum, Henry W. Capt.
Backnang, OMGWB Sept. 1948 503
Byrne, Norman T.
Chief MFAA Br., OMGBS Herbst 1945 707
Byrnes, James F.
US Außenminister 52

Cahan, John F. Civ.
UK Member JEIA Sept. 1947; Dep. Dir. Gen., JEIA Juni 1948, April 1949 56, 71, 82
Cain, John R.
Dep. Dir. Prop. Contr. Div., OMGHE Dez. 1947 – Juni 1949; Dir. Prop. Contr. Div., OMGHE Juni 1949 413
Caldwell, William J. Civ.
Chief News Br., Public Inf. Off., OMGUS April 1949 78
Calkins, Howard W.
Public Inf. Off., OMGBR Juni 1948 – Sommer 1949 641
Callahan, Jesse W.
Chief PSB, OMGHE 1949 422
Callicot, A.T. Lt.Col.
Nürnberg, OMGBY Jan. 1947 285
Calvert, C.E. Civ.
Chief Road Br., Tran. Div., OMGUS April, Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948 49, 56, 61, 122
Calvert, H. Civ.
Chief Inland Water Tran. Br., Tran. Gp, BICO April 1949 81
Cameron, Marcus G.
Vohenstrauß, OMGBY April 1949 294
Cameron, Ray E.
Agric. Progr. Br., FAFD, OMGBY Nov. 1948, April 1949 177, 179
Campanole, Nicholas W. Col.
Ass. COS, G-5, 3rd Army, ECAD Juli 1944, Mai 1945 151
Campbell Maj.
G-5, 45th Div., US Army Mai 1945 153
Campbell, Dewey M.
Füssen, OMGBY April 1949 295
Campbell, Glen W. Lt.Col.
Chief Mil. Div., Mil. Security Board, OMGUS April 1949 82
Campbell, J.H. Capt.
Naila, OMGBY Okt. 1948 290
Campbell, J.W. Civ.
Dep. Chief Communications Gp, BICO April 1949 81, 125
Campbell, James H. Maj./Civ.
Chief PWB, CAD/GAD, OMGWB März 1946 – Sept. 1949; Refugee & Welfare Ad., GAD, OMGWB März 1949; PW Ad., GAD, OMGWB 1948, Juli 1949 499, 501, 504, 506, 529
Campbell, Laughlin A. Civ.
Chief Security Br., ODI, OMGUS 1948 59, 68, 97
Campbell, M.L. Capt.
Obertaunus, OMGHE Okt. 1945 346
Campbell, William B. Maj.
PTT Off., OMGHE Juli – Aug. 1945 405
Canday, Nicholas Civ.
Chief ICD/ISD, OMGWB Mai 1948 – Juni 1949 502, 504, 533, 539
Cannon, J.I. Capt.
Untertaunus, OMGHE Okt. 1945 346
Cantrell, W.T. Civ.
Actg Chief Tran. Gp, Off. of the Econ. Ad., OMGUS April 1949 78, 105
Capell, John F. Maj.
Nürtingen, OMGWB Sept. 1947, Jan. 1948; Ulm, OMGWB Mai 1948, März 1949, MGO, FRD, OMGWB Juli 1949 500f., 503, 505, 508
Caple Jr., George H. Maj.
Öhringen, OMGWB Sept. 1947 500
Capone, E.P. Maj.
Groß-Gerau, OMGHE Okt. 1945 345
Carley, Henry
Fürstenfeldbruck, OMGBY April 1949 294
Carlsen, C.E. Capt./Maj.
Schongau, OMGBY Okt. 1945; Starnberg, OMGBY Jan. 1947 167, 286
Carlson, E.O. Maj.
Parsberg, OMGBY Jan. 1947 285
Carlson, Harold G. Dr., Civ.
Chief Reports Br., CO, OMGUS Juni 1947, Feb. 1948 59, 96
Carolan, T.J. Civ.
Chief Operating Facilities Div., Off. of Admin., HICOG Sept. 1949 87
Caroll, Charles
Chief Admin. Courts Agencies Br., CAD, OMGBY Jan. 1948 204
Carollo, J.J. Capt.
Chief Mil. Personnel Br., Off. of the Personnel Officer, OMGUS April 1949 77
Carpenter, O.S. Lt.Col.
Chief Labor Ministry S., Manp. Div., USGCC Juni 1945 20
Carpenter, W.H. Civ.
Chief Civ. Personnel Br., Off. of the Personnel Officer, OMGUS Juni 1948 67
Carroll, Charles P.
Group Act. Br., ECRD, OMGBY Nov. 1948 177
Carter, C.H. Capt.
Offenbach, OMGHE März 1946 348
Carter, H.L. Col.
Chief Anal. S., Off. of the DMG, USGCC Juni 1945 18
Casademont, H.F. 1st.Lt.
Stadtsteinach, OMGBY Okt. 1945 166

Case, J.R. Maj.
Lichtenfels, OMGBY Okt. 1945 166
Case, James R. Lt.Col.
Exec. Off. OMGBR Okt. 1946 – Sept. 1947 640
Cash-Reed, B.A. Civ.
Chief Food Planning & Statist. Br., FAF Gp, BICO April 1949 80
Cassity, Yvonne W.
Secretary (Stenography), OMGWB Juli 1949 505
Cassoday, E.J. Civ.
German External Prop. Commission, ACA Feb. 1948; Dep. Dir. Prop. Div., OMGUS Juni 1948, April 1949 70, 79, 130
Castello, William Civ.
Chief Theater & Music Contr. Br., OMGWB Mai 1948; Theater & Music S., OMGWB Juli 1949 502, 507, 539
Cavins, James H. Lt.Col.
Dep. Chief Intell. Br., OMGBY Juli 1947; Chief Intell. S., Intell. Br., OMGBY Juli 1947; Chief Field Operations & Policy Enforcement Br., CAD, OMGBY Okt. 1947 176, 253
Cerio, James M.
Steglitz, OMGBS 1945–46 703
Cerken, Fred A. Capt.
Bruchsal, OMGWB 1948 502
Chadwick, J.H.
Admin. Off., Manp. Div., USGCC Juni 1945 120
Chadwick, W.S. Capt.
Hofgeismar, OMGHE März 1948 401
Chamberlain, L.J. Lt.
Hersbruck, OMGBY Okt. 1948 290
Chamberlin, Robert W. Col.
Chief PSB, IACD, USGCC Juni 1945; Chief PSB, OMGBS 1945–46 19, 715
Chapin, John S. Capt.
Dieburg, OMGHE März, Juni 1946; Limburg, OMGHE April 1947; Ziegenhain, OMGHE März 1948 348, 397f., 402
Chaquette, L.T. Capt.
Burglengenfeld, OMGBY Okt. 1948 291
Chard, Robert H. Col.
Personnel Off., USGCC/OMGUS April – Sept. 1945 18, 93
Charniak, Hyman Civ.
JEIA Br., Public Inf. Off., OMGUS April 1949 78
Chase, Warren M. Civ.
Chief Pol. Br., Off. of the US Pol. Ad. Dez. 1946; Chief Pol. Br., Off. of the Dir. of Pol. Aff., OMGUS Dez. 1946, 1947, Feb., Juni 1948; Pol. Directorate, ACA Feb. 1948 48, 59, 68, 99, 129
Chenard, Jean J. Civ.
Chief Combined Travel Br./Board, Off. of the AG, OMGUS Feb., Juni 1948, April 1949 59, 68, 77
Chipchin, Nelson C.
Chief Transl., US Element All. Kommandatura Berlin 1945–48 737
Chisamore, Earl E. 1st Lt.
Ed. & Relig. Off., OMGBY Mai, Juni 1945 154, 222
Chmielowski, Wallace
Traffic Clerk, OMGWB Juli 1949 505
Chotas, Matthew F. Maj.
Gelnhausen, OMGHE Okt. 1945; Gelnhausen & Schlüchtern, OMGHE Jan. 1946; Wiesbaden, OMGHE März, Juni 1946; Untertaunus, OMGHE April 1947, März 1948 346f., 396, 398, 402
Christenson, John
Heidenheim, OMGWB März, Juli 1949 505, 508
Christiansen, William C. Justice
Presiding Jugde, Mil. Trib. IV (Ministries Case) Juni 1948, April 1949; Exec. Presiding Judge, Mil. Trib. April 1949 70, 79
Christophil, T.A. Maj.
Personnel Br., Personnel & Admin. Div., OMGBY Okt. 1946 176
Churchill, Frederic T. Civ.
Chief Ministerial Liais. Rev. Br., Denaz. Div., OMGWB Sept. 1947 498
Churchill, Winston S.
UK Premierminister 3ff., 600ff., 604
Citron, Wolf
Journalist 626
Claff, L.A. Capt.
Erbach, OMGHE Okt. 1945 345
Clark, Dale D.
Dep. Dir CAD, OMGBR Juni 1948; Civil Admin. Ad., OMGBR Nov. 1948; Dep. Chief Pol. Act. Br., CAD, OMGUS April 1949 112, 644
Clark Jr., H.B. Capt.
Brückenau, OMGBY Okt. 1945 165
Clark, H.P. Maj.
Neustadt (Saale), OMGBY Jan. 1947 284
Clark, J.B. Maj.
Vohenstrauß, OMGBY Jan. 1947 286
Clark, James A.
Dir. ICD/ISD, OMGBY Juli 1947 – Juni 1949 176, 178f., 246

Clark, Mervin S. Capt./Civ.
Wetzlar, OMGHE Juni 1946; Dieburg, OMGHE April 1947, März 1948; Fulda, OMGHE Juli 1949 396, 398, 401 f.
Clark, Ronald Civ.
Chief Steel Control Gp, HICOG Sept. 1949 86
Clark, William A. Civ.
Chief Judge, Court of Appeals, OMGUS 1948; Chief Justice Court of Appeals, US Courts of the Allied High Commission for Germany 87, 236
Clarke, Eric T. Civ.
Chief FTM Contr. Br., ODIC, OMGUS Dez. 1946; Chief FTM Contr. Br., ICD, OMGUS 1946, Sept. 1947, Feb., Juni 1948 47, 55, 60, 69, 115
Clasen, Wolfgang Dr.
Techn. Ass. MFAA, OMGWB Aug. 1948 567
Clay, Lucius D. Lt.Gen/Gen.
Deputy Military Governor and Commanding General USGCC/OMGUS 25. April 1945 – 15. März 1947; Military Governor and Commander-in-Chief, European Command 15. März 1947 – 15. Mai 1949 10, 14 f., 18, 21, 23 f., 26, 28 ff., 33 f., 37, 45 f., 54, 56 ff., 61, 67, 70, 72 f., 76, 80, 82 f., 90 ff., 96, 99, 101, 108, 123, 132, 135 f., 139, 156 ff., 160, 171, 188, 192 f., 207–210, 224 f., 227 ff., 243, 262, 265, 329, 350, 360, 366, 396, 409, 529, 550, 607, 611, 615, 619, 621–625, 638, 647, 650, 655, 674 f., 678 f., 681, 684, 687 f., 695 ff., 701, 738
Clay, Marjorie
Ehefrau von L. D. Clay 135
Cleary, T. Maj.
Wunsiedel, OMGBY Jan. 1947 285
Clem, Stanley A.
Chief Port Operations Br., Tran. Div., OMGBR 1946 625, 657
Clifton, W. C. Lt.
Königshofen, OMGBY Okt. 1948 289
Coad, Thomas J.
Inf. Spec., Hist. & Reports S., Intell. Br., OMGBY Juli 1947; Reports Contr. Br., Intell. Div., OMGBY Nov. 1948; Reports & Statist. Br., Intell. Div., OMGBY April 1949 178 f., 253
Coates, Sir Eric Civ.
UK Member Allied Bank Commission April 1949 82
Cody, C. J. Maj.
Neustadt (Aisch), OMGBY Jan. 1947 285
Cofer, John D. Capt.
Fürth, OMGBY Okt. 1945 165
Coker, Edwin A. (H.) Maj.
Communications Off., G-5, 3rd Army Juni 1945; Chief Intell. Br., G-5, 3rd Army Feb. 1945 202, 250
Cole, G. W. J. Civ.
UK Chief Manp. Gp, BICO April 1949 81
Coleman, Creighton R. Civ.
Chief Legisl. Br., Legal Div., OMGUS März, Juni 1948 70, 118
Coleman, Marion S.
Actg Chief Press & Publications S., ISB, OMGBS 1949 706, 709
Collier, C. W. Capt.
Weissenburg, OMGBY Jan. 1947 285
Collier, J. T. Capt.
Co E Wasserburg, 3rd MG Regiment, OMGBY Okt. 1945 167
Colton, Ernest J.
Dir. of US Inf. Center, ISB, OMGBS 1946 709
Conant, Paul Civ.
Chief Public Rel. & Reports Br., ODIC, OMGUS Dez. 1946 47
Condon, W. M. Capt.
Groß-Gerau, OMGHE März 1948 401
Conklin, William S. Capt.
Chief Public Rel. S., OMGBY Herbst 1945 – März 1946 200
Connaughton, Francis J. Capt.
Public Rel., OMGBY Mai – Juli 1945 154, 200
Connely, John Maj.
Fritzlar-Homberg, OMGHE April 1947 398
Conner, Ray M.
Dep. Chief PHB, OMGBS Juli – Nov. 1945 729
Connolly, Bernard Capt.
Interior Div., OMGWB Jan. 1948 500
Connolly, Robert M. Lt.Col.
Exec. Off., OMGBY Aug. 1947 – Mitte 1948 176, 193
Conrad, G. Bryan Brig.Gen.
Dir. ODI, USGCC/OMGUS Aug., Okt. 1945 29, 31, 97
Conrad, Henry C. Civ.
(Dep.) Chief Central Bank Gp, Off. of the Fin. Ad., OMGUS Juni 1948, April 1949; Chief Central Bank Gp, BICO April 1949 68, 78, 81, 107, 126
Cook, Howard M.
Actg Chief Admin. Br., Ass. State Dir., OMGBY April 1949 178
Cook, J. C. Civ.
Chief Movements (& Traffic) Br., Tran.

Div., OMGUS April 1946, Sept. 1947, Feb. 1948 56, 61, 122
Cooke, Leonard C. Lt.Col.
Adjutant, OMGWB Nov. 1946 – Jan. 1948; Dir. Admin. Div., OMGWB Juli 1947; Ass. Exec. Off., OMGWB Sept. 1947; Inspection Off., OMGWB Jan. 1948 497 f., 500
Cooper Capt.
Legal S., Legal Br., OMGBY Sept. 1945 232
Cooper Lt.Col.
Chief PHB, Interior Div., Governm. Gp, OMGWB Dez. 1945 465, 529
Cooper, Donald H. Civ.
Chief EUCOM Requirements Br., ODI, OMGUS April 1949 77
Cooper, I.J. Lt.
Eggenfelden, OMGBY Okt. 1948 291
Coote, John F. Maj.
Dir./Chief Prop. Contr. Div./Br., OMGWB Okt. 1945 – März 1946 466, 550, 552
Copeland, R.W. Lt.Col.
Det. E-3 (RB Darmstadt), OMGHE Jan. – Feb. 1946 347
Copeland, Royal S. Lt.Col.
Chief Research Contr. Br., Econ. Div., OMGBY März – April 1946 261, 341
Corbett, William R.
Miesbach, OMGBY Okt. 1948, April 1949 292, 294
Corbin, V.M. Maj.
Riedenburg, OMGBY Jan. 1947 286
Cornell, Henry W. Maj.
Chief Indigenous Personnel Br., Off. of Personnel Officer, OMGUS Feb. 1948 59
Corson Capt.
Foresting, Food & Agric. Off., Det. E1F3, OMGBY Mai 1945 263
Coster, Harry J.
Chief Research Contr. Br., Econ. Div., OMGHE Feb. 1947 365
Courtney, D.A. 2nd Lt.
Chief Labor Intell. S., Manp. Div., USGCC Juni 1945 20
Covell, Everett E. Maj.
Witzenhausen, OMGHE April 1947 398
Coverley, Harvey M. Lt.Col./Civ.
Exec. Off., OMGWB Sept. 1946, Juli 1947; Actg Dep. Dir., OMGWB Sept. 1947, 1948; Dep. Dir. OMGWB Aug. 1948 – Sept. 1949 496 ff., 501, 503 ff., 550
Cowley, J.G. Brig.Gen.
UK Member Bipartite Econ. Gp Sept. 1947 56
Cox, T.H. Civ.
UK Chief Secretariat, JEIA April 1949 82
Cox, W.H. Capt.
Co B Bamberg, 3rd MG Regiment, OMGBY Okt. 1945 166
Coykendall, R.T. Maj.
Sulzbach-Rosenberg, OMGBY Jan. 1947 286
Cozart, David L.
Youth Act. Off., ECRB, OMGBS 1945–46 731
Crabill, Harold H. Maj./Lt.Col.
Chief Civil Admin. Br., OMGBR Aug. 1945; Superviser, OMGBR Ende 1945; Chief Inf. Br., OMGBR Dez. 1945; Dir. Civil Governm. Div., OMGBR Mai 1946; Dir. Ed. Div, OMGBR Juni 1947 – Juli 1949 620, 625, 643, 660 ff.
Cragon, H.D. Lt.Col.
Chief Currency Br., Fin. Div., USGCC/OMGUS Juni, Okt. 1945 20, 31, 100, 106
Craig, Andrew P.
MGO, FRD, OMGWB Juli 1949 508
Craig, Daniel F.
Aalen, OMGWB März, Juli 1949 505, 507
Craig, Louis A. Maj.Gen.
Insp. Gen., Off. of the CINC, EUCOM Sept. 1947, Feb. 1948 54, 58
Crawford, Johnson T. Civ.
President Board of Review Nürnberg April 1949 80
Crenshaw, J.S. Capt.
Chief Navy Br., Armed Forces Div., OMGUS Sept. 1947, Okt. 1947, Juni 1948; Dep. Naval Ad. (& Senior Techn. Off.), Off. of the Naval Ad., OMGUS Feb., Juni 1948 54, 59, 68 f., 108
Crespi, Leo P. Civ.
Chief Opinion Survey Br., ISD, OMGUS April 1949 79, 116
Cress, Howard R. (L.) Lt.Col.
Dep. Dir. OMGHE Juli 1945 – Jan. 1946; Fulda, OMGHE Juni 1946, April 1947; Dir. Liais. & Security Contr. Div., OMGHE Sommer 1946, Juli 1947 – Mai 1948 322, 351, 395 ff.
Crimp, F.W. Maj.
Lichtenfels, OMGBY Jan. 1947 285
Cronthall, Victor G.
Chief Field Supervision/German Agencies Br., Prop. (Contr.) Div., OMGHE 1947, 1948; Chief Decart. Br., Prop. (Contr.) Div., OMGHE Anf. 1949; Chief Prop. Contr. Br., Prop. (Contr.) Div., OMGHE Juni 1949 413
Crowell, Thomas J. Civ.
Actg Cooperations Coordinator, ISD, OMGUS April 1949 79

Crowley, R. W. 1st Lt.
Burglengenfeld, OMGBY Jan. 1947 285
Csissarik, Emil M.
Mail Clerk, Personnel & Admin. Div., OMGWB Juli 1949 506
Culbertson, William L. Capt.
Biedenkopf, OMGHE April 1947, März 1948 398, 401
Culleton, J. R.
Disarmament Br., Army Ground Div., USGCC Juni 1945 19
Cullingford, E. C. M. Civ.
Chief Labor Alloc. Br., Manp. Gp, BICO April 1949 81
Cunkle, Charles H.
Investigator (Misc.), GAD, OMGWB Juli 1949 506
Cunneen, Odell R.
Chief Fuel S., Econ. Br., OMGBS 1945 – 46 718
Cunningham, Sir Andrew Admiral
British First Sea Lord and Chief of Naval Staff 602
Cunningham, J. C. Civ.
Chief OMSTEG Br., Commerce & Industry Gp, BICO April 1949 80
Cunningham, Robert A.
Dep. Chief Intell. Div., OMGHE 1948; Chief Intell. Div., OMGHE Jan. 1949 385
Curran, Owen S.
Chief Commerce & Industry S., Econ. Br., OMGBS 1948–49 718
Cusick, E. T. Maj.
Dieburg, OMGHE Okt. 1945 345
Cutler, Stuart Brig.Gen.
Dep. COS 1st Airborne Army & Chief Hq Berlin District Juni 1945 676

Dalcher, Lawrence P. Civ.
Chief Publications Contr. Br., ICD, OMGBY April, Okt. 1946; Chief Publications Br., ISD, OMGUS April 1949 79, 116, 175, 243
Dale, John O. Maj.
Chief PSB, OMGBR Aug. – Sept. 1945, März 1946 – Mai 1947 645f.
Daley, Bernard W.
Clerk, FRD, OMGWB Juli 1949 507
Dalferes, Roy L. Col.
Exec. Off., G-5, 3rd Army 20. Sept. 1944 – 5. Okt. 1945; Ass. COS, G-5, 3rd Army, März, Mai 1945; Dep. Dir. OMGBY Sept. 1945 151, 157, 161, 193
Dalos, Sophie
Research Analyst (Soc), Intell. & Reports Div., OMGWB Juli 1949 506
Damon, Philipp A.
Admin. Ass. Denaz. Div., OMGHE Juli 1948; Dep. Dir. Investigation Div., OMGHE Aug. 1948 432
Dann, Alfred J. Civ.
Amberg, OMGBY Okt. 1948, April 1949 291, 294
Darling, Joseph W.
Dep. Chief Econ. Br., OMGBS 1948–49 718
D'Arms Maj.
Ed. & Relig. Off., OMGBY Juli 1945 225
Darr, Richard K.
Backnang, OMGWB März, Juli 1949 505, 508
Darter, Vernon W.
Dep. Dir. FAFD, OMGBY Herbst 1948, April 1949 179, 265
Dasher, J. Lt.Col.
Liais. Off., Analysis, Research & Reports Br., ODI, OMGUS Dez. 1946 48
Davis, Clare R. Lt.Col.
Command. Off. Det. E1B3 (RB Darmstadt), OMGHE Okt. 1944 – Nov. 1945 341, 345
Davis Jr., E. L. Capt.
Kötzting, OMGBY Okt. 1945 167
Davis, G. W. Capt.
Rotenburg, OMGHE Juni 1946 397
Davis, John T.
Dep. Chief Br. B, FOD, OMGBY April 1949 293
Davis, Lyndal M.
Ass. Hist. & Admin. Off., Publ. Rel., Statist. & Hist. Br., OMGBS 1946–49 706f.
Davis, Raymond M. Maj.
Wesermünde/Bremerhaven, OMGBR Mai 1945 662
Davis, William O.
Chief Police S., PSB, OMGBS 1945–46 715
Davisson, John E.
Schöneberg, OMGBS 1946; Ass. Exec. Off., Admin. Br., OMGBS 1947; Steglitz & Zehlendorf, OMGBS 1947–48 701, 703
Dawes Maj.
Trade & Commerce Br., Econ. Div., Governm. Gp, OMGWB Dez. 1945 465
Dawes, Robert C. Dr.
Dep. Dir. ECRD, OMGBY April 1949 178
Dawson, H. P. Civ.
Chief Reports & Statist. Off., JEIA April 1949 82
Dawson, William W. Lt.Col./Col.
RMGO Det.E1E2 (Baden) April 1945; Dir. OMGWB Aug. 1945 – Nov. 1946; Dir.

RGCO, OMGUS Aug. 1946 – 11. Feb. 1947 (gest.) 49, 123, 457, 459–465, 478, 488, 496f., 510–513, 519ff., 555, 573, 576, 581
Day, Clifton H.
Chief Reparations & War Potential Br., Prop. Div., OMGBY Juli 1948; Chief Reparations Br., Prop. Div., OMGBY Nov. 1948, April 1949 178f., 276
Day, L.R. Capt.
Aichach, OMGBY Okt. 1945 167
Dayton, Kenneth A. Civ.
Chief Governm. Structures Br., CAD, OMGUS April, Dez. 1946; Dep. Dir. OMGBY Jan. – Juli 1947; Dep. Dir. for Bizonal Aff., CAD, OMGUS Sept. 1947, Feb., Juni 1948, April 1949; Governm. Aff. Ad., Off. of the US Chairman, BICO Juli 1948; Chief Internal Pol. & Governm. Div., Off. of Pol. Aff., HICOG Sept. 1949 46, 54, 60, 69, 71, 78, 86, 111f., 193
Deane, Ernest D. Civ.
Dir. Public Rel. Div. & Publ. Inf. Off., OCCWC, OMGUS 1948 70, 119
DeBogdan, T. Capt.
Kelheim, OMGBY Okt. 1945 167
DeCarlo, Joseph A.
Clerk, PAD, OMGWB Juli 1949 506
Deery, John F.
FRD, OMGWB Juli 1949 508
Dees, Joseph L. Civ.
Chief Press Contr. Br., ICD, OMGWB 1948 502, 539
Deets, Earl P. Civ.
Chief Civilian Personnel Br., OMGWB Sept. 1947 498
DeFord, L. Capt.
Rehau, OMGBY Jan. 1947 285
Deibel, P.W.
Contr. Off., FOD, OMGBY Okt. 1948 289
Dekreon, John M.
Dir. Port Operations, Tran. Div., OMGBR 1947–49 663
DeLong, Vaughn R.
Dep. Dir. ERAD, OMGHE April 1946; Dir. ERAD, OMGHE Mai – Dez. 1946; Dir. ECRD, OMGHE Aug. 1948–49 371
Demarc, R. Lt.
Wegscheid, OMGBY Okt. 1948 291
Demaret, Allen N.
Chief Tran. S., Econ. Br., OMGBS 1945–46 718
DeMendèlsohn, Peter siehe Mendelsohn, Peter de
Denaro William K. Lt.Col.
Dir. Prop. Div., OMGHE Okt. 1945 – Jan. 1946 413
Denby, Howard Civ.
Inf. Spec., CO, OMGUS Juni 1947; Chief Graphics Br., CO, OMGUS Feb. 1948 58, 96
DeNeufville, Lawrence E. Civ.
Chief Anal. Resarch. & Reports. Br., ODI, OMGUS Dez. 1946, 1947; Chief Anal. & Research Br., ODI, OMGUS Feb., Juni 1948; Dep. Dir. ODI, OMGUS Feb., Juni 1948; Consultant, CAD, OMGUS April 1949 48, 59, 68, 78, 97
Denney, C. Civ.
Chief Legal Off., JEIA April 1949 82
DeNubla, G. Capt.
Fritzlar-Homberg & Ziegenhain, OMGHE Jan., März 1946 346f.
Derthick, Lawrence G. Dr.
Ed. Br., ECRD, OMGBY Nov. 1948, April 1949 177f.
DeRussy, J.N. Col.
Chief Policy & Liais. Br., Air Div., USGCC Juni 1945 19
Desch, Kurt
Verleger 248
Detwiler, Harry L.
FRD, OMGWB Juli 1949 508
Deuss, E.L. Civ.
Chief Reports & Statist. Br., Manp. Div., OMGUS Dez. 1946; Chief Reports & Statist. Br., Manp. Gp, BICO April 1949 48, 81
Devereux, F.L. Civ.
Dep. Dir. Econ. Div., OMGUS Okt. 1945; Special Ass., Off. of the CINC, EUCOM, Sept. 1947, Feb., Juni, Aug. 1948 31, 54, 58, 67, 72
Dew, Walter A.
Inspection Off., OMGWB Juli 1949 506
Dichtenmueller, H.R. Capt.
Waldeck & Frankenberg, OMGHE März 1946 347
Didlo, R.O. Capt./Civ.
Erbach, OMGHE Juni 1946; Hanau, OMGHE Juli 1949 397, 402
Diggs, John C.
Chief PWB, OMGBS 1945–47 726
Diggs, Luther S. Lt.Col.
Command. Off. Det. Wesermünde/Bremerhaven, OMGBR Aug. 1945 – Juli 1947 663f.
Diguini, Albert V.
Passau, OMGBY Okt. 1948, April 1949 291, 294

Dikeman, E.J. Maj.
Waldeck & Frankenberg, OMGHE Jan. 1946 347
Dillard Col.
Dir. ECAD Sommer 1944 457, 461
Dilliard, Irving Lt.Col.
Dep. Dir. ICD, OMGBY April 1946 243
Dingley, Nelson Col.
Actg Chief Admin. Off., USGCC März, April 1945 93
Dingman, Erwin
Chief Vocational & Adult Ed. Br., ERAD/ECRD, OMGHE 1945–48 371
DiPietro, M.E. Maj.
Berchtesgaden, OMGBY Okt. 1945 167
Dix, Charles A.
Chief Tran. S., Econ. Br., OMGBS 1946–49 718
Dodds, R.H. Capt.
Rehau, OMGBY Okt. 1945 166
Dodds, Theodore E.
Dir. Tran. Div., OMGHE Jan. – April 1948; Chief Tran. Br., Bipartite Liais. Div., OMGHE April 1948; Tran. Ad., OMGHE Okt. 1948 438
Dodge, Joseph M. Civ.
Dir. Fin. Div. & Fin. Ad., OMGUS Okt. 1945 29, 31, 106
Dönitz, Karl 15
Doehring, William F.
Agric. Administrator, BAD, OMGWB Juli 1949 506
Dohrn, Claus 268
Dollard, William S.
Chief ECRB, OMGBS März – April 1946 731
Doman, Thurman S. Lt.Col.
Chief Admin. & Personnel Br., Econ. Div., OMGUS Dez. 1946, Juli 1947, Feb. 1948 47, 60, 104
Donehoo, William E.
Kelheim, OMGBY April 1949 294
Donovan, George F.
Chief Relig. Aff. Br., ECRD, OMGHE Dez. 1948 371
Doorman, Mario C.
Home Econ. Spec., BAD, OMGWB Juli 1949 506
Dorfman, Saul S. Lt.Col.
Chief Admin. Br., Off. of Personnel Officer, OMGUS Dez. 1946, Feb. 1948 48, 59
Dorn, Walter L. Dr., Civ.
Special Ad. to the DMG for German Civ. Admin., OMGUS April, Dez. 1946; Personal Ad. to the DMG on Denazification, OMGUS Juni 1946; Chairman MG Denazification Coordinating Committee, Juni 1946 45f., 192, 251, 613, 643
Douglas, L.W. Civ.
Special Ass. to the DMG, Off. of the DMG, USGCC Juni 1945 18
Douglass, R.W. Capt.
Wolfstein, OMGBY Okt. 1945 167
Downs, Kenneth T.
Dep. Chief ISB, OMGBS 1948–49; Chief ISB, OMGBS Aug. – Sept. 1949 709
Downs Jr., William G. Lt.Col.
6871st DISCC, OMGWB Feb. – April 1945 533, 538
Doyle, C.G. Maj.
Regensburg, OMGBY Jan. 1947 285
Doyle, G. Capt.
Nabburg, OMGBY Okt. 1945 166
Draper, Arthur F.
Dep. Chief Communic. Br., OMGBS 1945–46 711
Draper Jr., William H. Brig.Gen./Maj.Gen.
Dir. Econ. Div., USGCC/OMGUS März, Juni, Okt., Dez. 1945; Ass. DMG for Resources, OMGUS Juni – Okt. 1945; Econ. Directorate, ACC Juni 1945; Econ. Ad., OMGUS Okt. 1945; Econ. Ad., Off. of the CINC, EUCOM, Feb., Juli, Sept. 1947 19, 21, 29, 31, 47, 54, 90, 92, 101–104, 681
Dresner, Albert Capt.
Interior Div., OMGWB Jan. 1948 500
Drinkert, Edward J. Lt.Col.
Dir. Prop. Contr. Div./Prop. Div., OMGWB April – Juni 1946; Dir. Fin. Div., OMGWB Juli 1946 – Mai 1948; Actg Exec. Off., OMGWB 1948; Ass. Dep. Dir. & 7780th OMGUS Gp, OMGWB Sept. 1948 497–501, 503, 551f.
Drury, F.W. Col.
Chief Admin. Bureau, ACA, Off. of the DMG, OMGUS Okt. 1945 31
Dubansky, William P.
Film Br., ISD, OMGBY April 1949 179
Dubbelde Jr., J.J. Col.
Budget & Fiscal Dir., Off. of the CINC, EUCOM Sept. 1947, Feb., Juni, Aug. 1948 54, 58, 67, 72
Dubensky, William P.
Chief Theater & Music Br., ICD, OMGHE Sommer 1947; Chief Theater & Music Br., ERAD/ECRD, OMGHE Sommer 1947 372, 381
Dubois Jr., Josiah E. Civ.
Dep. Chief of Counsel (I.G. Farben), OCCWC, OMGUS Juni 1948 70, 119

Du Bois de Beauchêsne, Geoffroy M.
Franz. Stadtkommandant Berlin 681
Duckwitz, Richard
Amtierender Bürgermeister Bremen 608
Duffy, E.F. Capt.
Limburg, OMGHE Okt. 1945; Limburg & Oberlahn, OMGHE Jan. 1946 346
Duke, Cecil A.
Chief Labor S., Manp. Br., OMGBS 1945–46 718, 724
Duke, James T. Col.
Personnel Off., Off. of the Personnel Officer, OMGUS Juni 1946 – Dez. 1948 48, 54, 59, 67, 73, 77, 93
Dunbaugh, F.M. Maj.
Hersbruck, OMGBY Okt. 1945 165
Duncan-Clark Lt.Col.
Dir. Off. of Publ. Rel. Service, Off. of the DMG, OMGUS Okt. 1945 31
Dunlap, Henry A. Civ.
Chief Reference Library, Off. of the AG, OMGUS Feb., Juni 1948, April 1949 59, 68, 77
Dunn, James A. Capt.
Vaihingen, OMGWB Mai 1948; Housing Ad./Section, OMGWB Sept. 1948 503
Dunn, L.E. 1st Lt.
Krumbach, OMGBY Okt. 1945 168
Dunn, Thomas
Dir. OMGBR Dez. 1946 – Nov. 1948 624, 639f.
Dunscomb, F.T. Capt.
Special Ass. to the DMG, Off. of the DMG, USGCC Juni 1945 18, 95
Durst, Karl Dr.
Ministerialdirektor Reichsarbeitsministerium 277
Durst, Leon H.
Ass. to the Chief, Public Rel., Statist. & Hist. Br., OMGBS 1946–47 706
Duruz, Willis P. Lt.Col.
Food & Agric. Off., OMGBY April – Juni 1945 153f., 263
Dutton, William S. Maj.
Chief Intell. Br., G-5, 3rd Army April 1944 – Feb. 1945 151, 250

Eagan, James M. Dr.
Chief Relig. Aff. Br., ECRD, OMGBY März 1947, Nov. 1948, April 1949 177f., 226
Earley, A.A. Civ.
Chief Plans & International Aff. Br., Tran. Gp, BICO April 1949 81
Easley Jr., Bruce Col.
AG, Off. of the DMG, USGCC/OMGUS Sept., Okt. 1945 31, 94
Eason, J.F. Lt.Col.
Chief Plans & Policy Br., ODI, OMGUS April 1949 77, 97
Easterday, David M. Maj.
Gießen, OMGHE Jan., März 1946; Wetzlar, OMGHE April 1947 347f., 398
Ebbers, A.B. Maj.
Sonthofen, OMGBY Okt. 1945 168
Ebert, Friedrich
Oberbürgermeister Ostberlin 697
Echols, Oliver P. Maj.Gen.
Ass. DMG, Off. of the DMG, USGCC April 1944, Juni 1945; Dir. IACD, USGCC Mai, Juni 1945; Dep. Command. Gen., USGCC, Aug. 1945; Ass. DMG (for Public Services), OMGUS Juni – Okt. 1945 18f., 21, 30, 90ff., 109, 157
Eckardt, Felix von
Journalist 625f.
Edberg, H.L. Capt.
Oberlahn & Limburg, OMGHE März 1946; Groß-Gerau, OMGHE Juni 1946 347, 397
Eden, Anthony
UK Außenminister 3, 601, 604
Edgar, J.W.
Eichstätt, OMGBY Okt. 1948 290
Edmunds, James B. Col.
Chief Admin. Off., USGCC April, Mai, Juni 1945; Dir. Off. of the Dir. of Admin. Services, Off. of the DMG, OMGUS Okt. 1945 22, 29, 31, 91, 93
Edwards, M. Civ.
Actg Chief Reports Off., Off. of Econ. Aff., HICOG Sept. 1949 86
Edwards, Morris O. Lt.Col.
Dep. Dir. OMGWB März 1946 – Mai 1948; Command. Off., 1st MGBat(Sep), OMGWB Juli 1947; Command. Off. 7789th OMGUS Gp & Ad. to the Dir. OMGWB 1948 496ff., 500f.
Edwards, Olga B.
Dep. Dir. PH & PWB, OMGBR Sept. 1948 – Mai 1949 660
Egan, J.J. Maj.
Neunburg vorm Wald, OMGBY Okt. 1945 166
Egan, W. Civ.
Actg Chief Inf. Services Div., Off. of Public Aff., HICOG Sept. 1949 87
Egger, Franz F.
Tölz, OMGBY Okt. 1948, April 1949 292, 294
Eggleston, Arthur D. Dr., Civ.
Chief Press Contr. Br., ODIC, OMGUS Dez. 1946; Chief Press Contr. Br., ICD

Sept. 1947, Feb. 1948; Chief Press Br., ISD, OMGUS April 1949 47, 55, 60, 79, 115f.
Egoroff, Pavel P.
Dep. Chief Agric. Progr. Br., FAFD, OMGBY Herbst 1948 265
Ehard, Hans
Ministerpräsident Bayern 187, 217, 240
Ehlers, Hermann
Senator für Wohlfahrtswesen Bremen 670
Ehlert, Margarete
Leiterin Abt. Sozialwesen Magistrat Berlin 729
Ehrenclou, V.L. Maj.
Gießen, OMGHE Okt. 1945 345
Ehrlich, Sherwyn E.
Chief Prop. Br., Fin. Div., OMGBY Juli – Aug. 1946 267
Eisenhower, Dwight D. Gen.
Commanding General, US Forces, European Theater; Commander-in-Chief, US Forces of Occupation in Germany; Supreme Commander, Allied Expeditionary Force; Military Governor US Zone (bis 30. Nov. 1945) 6, 9, 11, 13ff., 21, 26, 28, 90ff., 145, 158, 160f., 180, 252, 319, 615, 674, 681
Elder, H.P. Civ.
UK Member Bipartite Food & Agric. Gp Sept. 1947 56
Elkins, Stephen B. Col.
Dir. Budget & Fiscal, Off. of the CINC, EUCOM April 1949 79
Elliot, E.E. Maj.
Kaufbeuren, OMGBY Jan. 1947 287
Elliot, John Civ.
Ad., CAD, OMGUS Feb., Juni 1948; Chief Pol. Act. Br., CAD, OMGUS April 1949 60, 69, 78, 112
Elliott, R. Civ.
Chief Reports S., CO, USGCC Okt. 1945 95
Ellis, Edmund K. Lt.Col.
Econ., Trade & Industry, OMGBY Juni 1945 154
Ellis, Harry H.
Eschenbach, OMGBY April 1949 294
Ellis, K.L. Capt.
Hammelburg, OMGBY Jan. 1947 284
Ellsworth Maj.
Ass. Exec. Off., Command & Exec. Gp, OMGWB Sept., Dez. 1945; Hq Commandant, Admin. Gp, OMGWB Dez. 1945 264f.
Elman, Philip
Denazification Legal Off., Legal Div., OMGUS Juni 1946 46
Elwell, R.B. Capt.
Ziegenhain, OMGHE Juni 1946 397
Emerick, C.M. Maj.
Aschaffenburg, OMGBY Okt. 1945 165
Emerick, Charles
Fürth, OMGBY April 1949 293
Emerick, E.J. Capt./Maj.
Offenbach, OMGHE Jan. 1946; Hanau, OMGHE Juni 1946 347, 396
Emerick, Lee
Area Commander Rosenheim, Br. E, FOD, OMGBY Okt. 1948; Rosenheim, OMGBY April 1949 292, 294
Emery, E.H. Capt.
Hammelburg, OMGBY Okt. 1945; Kitzingen, OMGBY Jan. 1947 165, 284
Emery Jr., F.E. Col.
Demob. Br., Army Ground Div., USGCC Juni 1945 19
Engelthaler, G.J. Col.
Chief OKW-OKH Contr. Br., Army Ground Div., USGCC Juni 1945 19
English, C.P.
Chief Exploitation German Archives Br., Off. of the US Pol. Ad. Dez. 1946 48
Erhard, Ludwig
Wirtschaftsminister Bayern 134, 201, 257
Erickson, Edgar L. 1st Lt.
Hist. & Pol. Inf., Det. E1A2, ECAD Sept. 1944 320, 432
Erion, George E.L. Civ.
Chief Econ. & Supply Br., OMGWB Juni, Juli 1945; Dir. Econ. Div., OMGWB Juni 1946 – Sept. 1949; Chief BAD, OMGWB 1948, März, Juli 1949 485, 497ff., 502, 504, 506, 553, 561
Erion, George R. Lt.Col
Chief Econ. & Supply Br., OMGBY Juli 1945 255
Ermatinger, Charles J.
Admin. Ass., ECRD, OMGWB Juli 1949 507
Ernst, Manfred Capt.
Böblingen, OMGWB Sept. 1947 499
Eshleman, Thomas E.
Neuburg/D., OMGBY Okt. 1948, April 1949 292, 295
Estill, Robert R. Civ.
Chairman US-UK Coal Contr. Gp Juni 1948 71
Evans, Kenneth K. Maj.
Dir. Signal Div., OCCWC, OMGUS 1948 70, 119
Evans, Vernon Maj.Gen.
Insp. Gen., CINCEUR Juni, Aug. 1948 67, 72

Evarts, John
Chief Music Contr. S., FTM Br., ICD, OMGBY April 1946 243
Evers, Joseph E. Capt.
Legal Div., OMGWB Jan. 1948 501
Ewing, Gordon A.
Pol. Inf. Off., Pol. Inf. Br., OMGUS 1948 737
Eyck, Peter van
Chief Film S., ISB, OMGBS 1946 709
Eyre, Frank
Kreuzberg, OMGBS 1945–46 703
Eyster Col.
Dir. of Public Inf., EUCOM März 1947 57

Fagan, W.A. Civ.
Exec., Tran. Div., OMGUS Sept. 1947; Dep. Chief Tran. Gp, BICO April 1949 56, 81, 125
Fahy, Charles Civ.
Legal Ad., Exec. Off., USGCC Juni 1945; Dir. Legal Div., USGCC Juli 1945; Dir. & Legal Ad., Legal Div., OMGUS Okt. 1945 21, 26, 29, 32, 90, 117
Fair, Eugene R. Dr.
Chief Ed. Br., ECRD, OMGHE Frühj. 1948 372
Faircloth, Thomas E. Capt.
Biedenkopf, OMGHE Juni 1946; Wolfhagen, OMGHE April 1947 396, 398
Falkow, M. Lt.Col.
Vertreter Hq USAFE in Real Estate Prop. Committee, Hesse Land Resource Board 1946–47 386
Fallin, F.J. Civ.
Chief Secretariat & Reports Br., Tran. Gp, BICO April 1949 81
Fanning, Dorothy M.
Admin. Ass., OMGWB Juli 1949 507
Farquhar, William G.
Chief Public Rel. Br., OMGBY April 1946 – März 1947 175, 200
Farr, Paul J.
Chief German Courts Br., Legal Div., OMGBY Nov. 1948, April 1949 178, 239
Farrens, Don S.
Attorney, OMGWB Juli 1949 507
Faulhaber, Michael von
Kardinal 153, 193, 229
Feehan, Gordon F.
Sonthofen, OMGBY April 1949 295
Feick, Donald H.
Bruchsal, OMGWB März, Juli 1949 505, 507
Feinstein, Henry Capt.
Fiscal & Prop. Contr. Br., Prop. Contr. Off., OMGBR Mai, Juni 1945 652
Felton, Philip Capt.
Schwäbisch Gmünd, OMGWB 1948 503
Fendt, Franz Dr.
Kultusminister Bayern 227
Ferguson, Henry S. Lt.Col.
Chief PTT S., OMGHE Aug. – Dez. 1945 405
Ferguson, Jo M. Capt./Civ.
Chief Prop. (Contr.) Br., Fin. Div., OMGBY 1945 – Juli 1946, 20. Aug. 1946 – Aug. 1947 175, 267, 272
Fexy, George D. Capt.
Fritzlar-Homberg, OMGHE Juni 1946; Gelnhausen, OMGHE April 1947, März 1948 397f., 401
Fichter, E. Capt./Maj.
Burglengenfeld, OMGBY Okt. 1945; Beilngries, OMGBY Jan. 1947 166, 286
Fielden, Bert S.
Chief Press S., ISB, OMGBS 1946–48 709
Finkenburg, Gustav
Oberbürgermeister Würzburg 162
Finn, W.A. Capt.
Chief Intell. Br., Naval Div., USGCC Juni 1945 19
Fischbein, Bernard Civ.
Chief Central Filing Agency, Prop. Div., OMGUS Juni 1948, April 1949 70, 79, 107
Fischer, August
Innenminister Bayern 155f., 158
Fischer, Franz
Innenministerium Bayern 155
Fischer, Sigmund W.
Chief Legal Br., OMGBS Juli 1945 – April 1946 712
Fish, L.S. Civ.
Special Ass. to the DMG, Off. of the DMG, USGCC Juni 1945 18
Fisher, M.P. Lt.Col.
Chief Public Finance Br., Fin. Div., USGCC Juni 1945 20, 106
Fitzer, William S.
MGO, FRD, OMGWB Juli 1949 507
Fitzgerald, Francis V. (F.) Col.
Off. of Public Rel., OMGUS Okt. 1945 29, 100
Fitzgerald, Robert M. 1st Lt.
Adjutant, OMGWB Mai 1946 497
Fitzpatrick, W.J. Capt.
Vilshofen, OMGBY Okt. 1945 167
Fitzsimmons, R.J. Capt.
Rotenburg, OMGHE März 1948 402

Fleischer, Jack M.
Chief Publishing Operation Br. & Chefred. Neue Zeitung, ICD/ISD, OMGBY Feb. – Dez. 1948; Chief Public Rel. S., OMGBY Dez. 1948; Chief Public Inf. Br., Ass. State Dir., OMGBY April 1949 176, 178, 200, 247
Fleshman, J.W. Capt.
Vilsbiburg, OMGBY Okt. 1945 167
Flick, Friedrich 275
Flotow, Ernest A. Dr., Civ.
Dep. Dir. CAD, OMGBR Nov. 1946 – Juni 1948 644, 661
Flynn, Edward T. 152
Flynn, James F. Capt.
Wesermünde, OMGBR Mai 1945 609
Fogg, Ray D.
Brückenau, OMGBY Okt. 1948, April 1949 289, 293
Foley, Gerald S.
Rothenburg, OMGBY April 1949 293
Folton, Philip K. Capt.
Schwäbisch Gmünd, OMGWB Sept. 1947 500
Foltz, Melba M.
PW Ad., OMGBR Juli 1948 – Mai 1949 660
Forbes, Lucius E. Maj.
Chief TI & E Br., Ass. Adjutant OMGWB Sept. 1947; Admin. Div., OMGWB Jan. 1948 498, 500
Ford, Dale V. Lt.
MFAA Off., OMGWB Aug. 1946 567
Ford, J.H. Capt.
Waldeck, OMGHE Okt. 1945 345
Forest, Alexander R. Civ.
Chief CFM Secretariat, CAD, OMGUS Feb., Juni 1948; Chief Secretariat & Reports Br., CAD, OMGUS April 1949; Sec. Policy Reports, Off. of the Exec. Sec., HICOG Sept. 1949 60, 69, 78, 87, 112
Forest, Richard Maj.
Backnang, OMGWB Sept. 1947 500
Forrester, Ellis L. Capt.
Chief PSB, OMGBR Okt. 1945 – März 1946 645
Forys, W.A. Capt.
Miesbach, OMGBY Jan. 1947 286
Foss, Kendall Civ.
Chief Publishing Operations Br., ISD, OMGUS Ende 1948, April 1949 79, 116, 247
Foster Capt.
Public Utilities & Public Works Br., Econ. Div., OMGWB Dez. 1945 465
Foster, F.H. Comdr.
Chief Ports & Coastal Shipping Br., Tran. Div., USGCC Juni 1945 20, 122
Foster, G.H. Lt.Col.
Regen, OMGBY Jan. 1947 286
Fougere, R.F. Civ.
Chief French Secretariat, JEIA April 1949 82
Francis, James W. Capt.
Usingen, OMGHE April 1947 398
Franke, F.S. Capt.
Bavarian Supply München, OMGBY Okt. 1945 167
Franklin, Harry L. Civ.
Chief Civ. Admin. & Pol. Aff. Br., OMGBS Aug. 1948 – Sept. 1949 704
Fraser, Herbert F. Dr., Civ.
Public Fin. Br., Fin. Div., OMGWB Dez. 1946 – Sept. 1947 499, 551
Fredericks Maj.Gen.
Commanding Gen. 45th Div. Mai 1945 153
Fredericks, Kurt Capt./Civ.
Chief Fin. Instit. Br., Fin. Div., OMGBY März – Juli 1946; Chief Fiscal (Finance) Br., Fin. Div., OMGBY Aug. 1947 – März 1948; Fin. Ad., OMGBY Juli, Nov. 1948, April 1949 175–178, 267
Freeland, Stephen Civ.
Chief BICO Br., Public Inf. Off., OMGUS April 1949 78
Freeman, Dexter L.
Reporter 434
Freeman, Felix J.
Legisl. & Legal Ad. Br., Legal Div., OMGBY Okt. 1946 175
Freeman, Jo Fisher Civ.
Foreign Exchange & Blocking Br., Fin. Div., OMGUS März, Dez. 1946; Dep. Dir. Fin. Div., OMGUS März, Sept. 1947, Feb. 1948; Dep. Fin. Ad., Off. of the Fin. Ad., OMGUS Juni 1948; (Actg) Fin. Ad., Off. of the Fin. Ad., OMGUS Jan., April 1949; Dir. Fin. Div., OMGUS April 1949; US Member JFEA Juni 1948, April 1949; US Alternate Member Allied Bank Commission Juni 1948; Actg US Member Allied Bank Commission April 1949 47, 55, 60, 68, 71, 76, 78, 82, 106f.
Freese, Gordon P. Civ.
Chief Organization & Progr. Br., CO, OMGUS Juni 1948, April 1949 67, 77, 96
Freimarck, George
Intell., Inf. Contr., OMGBR März 1946 647
French, Elden H. Civ.
Chief Highway Tran. Br., Tran. Div., OMGWB Sept. 1947 499

Friday, Paul H. Maj.
Econ. Div., OMGWB Jan. 1948 500
Fried, R.K. Lt.Col.
Exec. Off., Off. of Inf. Contr. Service, Off. of the DMG, OMGUS Okt. 1945 31
Friedensburg, Ferdinand
Bürgermeister Berlin 697, 716, 737
Friedman, Newton S. Civ.
Dir. Denaz. Div., OMGWB Mai 1948; Actg Denaz. Ad., OMGWB 1948; Manp. Ad., OMGWB März, Juli 1949 502, 504, 506, 531, 563
Friedrich, Carl J. Dr., Civ.
Governm. Aff. Ad., OMGUS April, Juni 1948 66f.
Frink, Maurice M. Civ.
Chief Press (Contr.) Br., ICD/ISD, OMGWB März – Juni 1949 504, 539
Froede, A.O. Maj.
Tölz, OMGBY Jan. 1947 286
Frohman, Harry N.
Actg Chief Radio S., ISB, OMGBS 1947 709
Froistad, Wilmer
Chief PWB, OMGBS Okt. 1947 – Sept. 1949 727
Frost, W.R. Col.
Dep. Dir. Army Ground Div., USGCC Juni 1945 18
Fuellsack, Paul
Stadtrat für Ernährung Berlin 719
Fulghum, Carl (Charles) J. Civ. Chief MG Courts Br., Legal Div., OMGWB Sept. 1947 – Nov. 1948 499, 502, 547
Fuller, Allen B.
Chief Building & Housing S., Manp. Br., OMGBS 1947–48; Chief Building & Housing S., Econ. Br., OMGBS 1948–49 718, 724
Fuller, Ambrose
Chief MG Courts Br., Legal Div., OMGBY Nov. 1946 – Dez. 1947 177
Fullmer, Jacob
Chief Industry Br., Econ. Div., OMGBY 1948; Dep. Econ. Ad., OMGBY April 1949; Econ. Ad., OMGBY Sommer 1949 178, 257

Gailey Jr., Charles K. Brig.Gen.
Chief Civil Admin. Br., IACD, OMGUS Jan. 1946; Dir. of Public Rel., OMGUS April – Dez. 1946; COS, OMGUS Dez. 1946 – Aug. 1949 46, 54, 58, 67, 72, 77, 93, 100, 110, 135, 619, 621, 639
Gallant, A.S. Capt.
Griesbach, OMGBY Okt. 1945 167
Gallant, David A.
Investigation & Claims Br., OMGBY Nov. 1948; Investigation & Claims Br., Ass. Land Dir., OMGBY April 1949 177f.
Galloway, K.N. Capt.
Gemünden, OMGBY Okt. 1945 165
Ganer, G.J. Maj.
Weiden-Neustadt (Waldnaab), OMGBY Jan. 1947 285
Ganeval, Jean Gen.
Franz. Stadtkommandant Berlin 696
Gangloff, Perry J.
Chief Public Assistance S., PWB, OMGBS 1948–49 727
Ganse, Leonard J.
Chief Legisl. & Legal Ad. Br., Legal Div., OMGBY Okt. 1947; Dir. Legal Div., OMGBY Herbst 1948 – Sept. 1949; Legal Ad., OMGBY Nov. 1948; Dir. Legal Aff. Div., Land Commissioner Bavaria Sept. 1949 177f., 232
Gantenbein, James W. Civ.
Chief Econ. Br., Off. of Dir. of Pol. Aff., OMGUS Juni 1948, April 1949 68, 77, 99
Gantt, Paul H. Civ.
Dir. Special Projects Div., OCCWC, OMGUS Juni 1948; Dir. Publications Div. (German Edition), OCCWC, OMGUS April 1949 70, 80, 119f.
Garber, C.S. Capt.
Schongau, OMGBY Jan. 1947 286
Garde, George H. Lt.Col.
AG, OMGUS Dez. 1946 – April 1949 46, 54, 59, 67, 73, 77, 94
Gardner, Clinton C.
Chief Social Insurance S., Manp. Br., OMGBS 1948; Chief Labor Rel. S., Manp. Br., OMGBS 1948; Chief Labor Rel. & Soc. Insurance S., Manp. Br., OMGBS 1948–49 725
Gardner, Pentrose
Governm. Administrator, GAD, OMGWB Juli 1949 506
Gardner, W.M. Lt.
Regen, OMGBY Okt. 1948 291
Garlock, W.J. Maj.
Dir. Denazification Div., OMGWB Sept., Dez. 1946 531
Garlock, William J.
Area Commander Garmisch, Br. E, FOD, OMGBY Okt. 1948; Garmisch, OMGBY April 1949 291, 294
Garnett, Christopher B.
Dep. Chief ECRB, OMGBS 1948–49 731

Garnett, Gwynn Civ.
Chief Food Supply Br., FAF Gp, BICO April 1949; Chief Food & Agric. Div., Off. of Econ. Aff., HICOG Sept. 1949 81, 86
Garret, Zinn B. Maj./Civ.
Chief Prop. Contr. Br., Fin. Div./Dir. Prop. Div., OMGWB Juni 1946 – Sept. 1949 499, 502, 504f., 550, 552
Garrett, Glenn E.
Labor, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944; Chief Manp. Br./Dir. Manp. Div., OMGHE Sept. 1945 – April 1948; Chief Manp. Br., Bipartite Liais. Div., OMGHE April 1948 – Sept. 1949; Manp. Ad., OMGHE April 1948 320, 367, 386, 404
Garrison, Arthur M. Civ.
Chief Highw. Tran. Br., Tran. Div., OMGWB Juli 1946; Dir. Tran. Div., OMGWB Juli 1947 – Sept. 1949; Tran. Ad., OMGWB 1948, März 1949; Commerce Ad., OMGWB März 1949 498f., 502, 504, 506, 561
Garrison, E.R. Capt.
Mainburg, OMGBY Jan. 1947 286
Gates, Frank J.
Tirschenreuth, OMGBY April 1949 294
Gavin, J.G. Maj.
Rheingau, OMGHE Okt. 1945; Rheingau & Untertaunus, OMGHE Jan., März 1946 346f.
Gavin, James M. Maj.Gen.
Ass. DMG, OMGUS, & US Commandant Allied Kommandatura Berlin, OMGBS 3. Sept. – 10. Okt. 1945 685f.
Gayer, John H.
Chief Communications Br., OMGBS Juli 1948 – Sept. 1949 711
Gehm, Edwin A. Maj.
Adjutant 2nd MGBat(Sep), OMGHE Dez. 1945 – Jan. 1947 355
Geiger, Hugo Dr.
Postdirektion München 201
Geiler, Karl
Ministerpräsident Hessen 139, 329, 453
Gelperin, Abraham MC Maj.
PH & PW Off., OMGBR April – Dez. 1945 659
Genung, James H.
Dep. Chief Manp. Br., OMGBS 1948–49 724
Gerhardt, Charles H. Maj.Gen.
Commanding Officer 29th Infantry Div. 612
Gerhart, H. Civ.
Judge, MG Court for Civil Actions (Stgt), Legal Div., OMGUS Dez. 1946, Sept. 1947 48, 55
German, William J. Civ.
US Chairman Combined Coal Contr. Gp, BICO April 1949; Chief Coal Control Gp, HICOG Sept. 1949 81, 86, 126
Germano, Alfred T.
Chief Sewerage-Garbage Removal – Streets & Bridges S., Public Works & Utilities Br., OMGBS 1947–49 726
Gernert, Paul J. Civ.
Chief Prisons Br., Legal Div., OMGWB Sept. 1947, 1948, März, Juli 1949 499, 502, 504, 507
Gerville-Reache, Jean Maj.
Franz. Verbindungsoffizier, Stuttgart 576
Geschke, Ottomar
Stadtrat für Sozialwesen Berlin 728
Geßler, Otto
Staatsrat Bayern 158
Getman, W.E. Capt.
Witzenhausen, OMGHE Okt. 1945; Eschwege, OMGHE Jan. 1946 346f.
Ghormley, Robert L. Vice Admiral
Dir. Naval Div., USGCC Nov. 1944, Mai, Juni 1945; Naval Ad., OMGUS Okt. 1945 12, 19, 22, 29, 108
Gibbons, M.C. Capt.
Vohenstrauß, OMGBY Okt. 1948 291
Gibney, Louis G. Col.
Chief Mil. Personnel Br., Off. of Personnel Officer, OMGUS Dez. 1946, Feb. 1948 48, 59
Gibney, R.F. Capt.
Usingen, OMGHE Juni 1946 397
Gibson, James J.
Dep. Chief PHB, OMGBS Juni 1948 – Juli 1949; Chief PH S., PHB, OMGBS Aug. – Sept. 1949 729
Gidaly, William Civ.
Public Fin. Br., Fin. Div., OMGWB Sept. – Dez. 1946; MGO, FRD, OMGWB Juli 1949 508, 551
Giddens, Mitchell A. Lt.Col.
Chief Tran. Br., OMGBY Dez. 1945 – Feb. 1947 175, 283
Gilchrist, John R. Col.
Dir. Econ. Div., USGCC März – Juni 1945 19, 101
Gill, Arlo R. Maj.
Bergstraße, OMGHE April 1947 398
Gilley, Riley C.
Cham, OMGBY April 1949 294
Ginder, Grove R.
Chief Fin. Br., OMGBS Juli 1945 – Jan. 1946 720
Gipple, Will. C. Maj.
Melsungen, OMGHE Juni 1946, April

1947; Fritzlar-Homberg, OMGHE März 1948 397f., 401
Giroux, Archibald R. Capt./Maj.
DP, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944; Hof, OMGBY Okt. 1945 166, 320
Gish, Robert A. Maj.
Fritzlar-Homberg, OMGHE Okt. 1945; Bergstraße, OMGHE Juni 1946; Hanau, OMGHE April 1947 345, 397f.
Giunta, Salvatore Capt.
Leonberg, OMGWB Sept. 1947 500
Glades, Carl
Chief/Dir. Technical Consultant Lumber & Timber Products (Forest Products Consultant), FAF Br./Div., OMGBY 1946–48 264
Glaser, Louis
Chief Civ. Admin. & Pol. Aff. Br., OMGBS Jan. 1946 - Juli 1948 702, 704f.
Glazier, Ezekiel L.
Chief Secretariat, Admin. & Personnel Br., POW & DP Div., OMGUS Feb. 1948 61
Gleason, James Maj.
Dir. Posts Div., E-7 (Nord-Baden), OMGWB Okt. 1945 574
Gleasson, J.S. Maj.
Chief PTT Br., Post Div., OMGWB Ende 1946 561
Gleichman, Hans E. Civ.
Dir. Language Div., Sec. Gen. for Mil. Trib., OMGUS April 1949 80
Glossop, Marvon Capt.
Eggenfelden, OMGBY Jan. 1947; Passau, OMGBY Okt. 1948; Deggendorf, OMGBY April 1949 285, 291, 294
Godfrey, G.H.
Area Commander Tölz, Br. E, FOD, OMGBY Okt. 1948 292
Godfrey, George Maj.
Chief Hist. & Reports S., Intell. Br., OMGBY Juli 1947 253
Godwin, R.W. Capt.
Hersfeld, OMGHE März 1946 348
Göbel, Alfred
Investigation S., Special Br., OMGBR Aug. 1946 - Jan. 1947 649
Goehring Jr., William H. Capt./Maj./Civ.
Chief Trade & Industry Br., OMGBR Jan. 1946; Dir. Fin. Div., OMGBR Nov. 1947 - Sept. 1949 652f.
Göring, Hermann 364
Goetcheus, Robert A. Capt./Civ.
Biedenkopf, OMGHE Okt. 1945; Adjutant 2nd MGBat(Sep), OMGHE Dez. 1945; Dir. Personnel Div., OMGHE Okt. 1946 - Jan. 1948; Kassel, OMGHE Juli 1949 346, 355, 358, 402
Goldman, Leon L. Capt.
Böblingen, OMGWB Sept. 1948, März 1949; Dep. Chief FRD OMGWB Juli 1949 503, 505, 507
Gooding, Clarence E. Lt.Col.
6871st DISCC, ICD, OMGWB Nov. 1945; ICD, OMGWB Jan. - März 1946 533, 538f.
Goodman, Leo M.
Chief German Courts Br., Legal Div., OMGBY Jan. - Nov. 1948 239
Goodnight, J.A. Civ.
Gelnhausen, OMGHE Juli 1949 402
Goodwin, Daniel R. Maj.
Dir. Fin. Div., OMGWB März - Juli 1946 551
Goodwin, G.E. Lt.Col.
Plans & Operations Gp, G-5, 3rd Army Juli 1944 151
Goodwin, James B. Maj./Lt.Col.
Chief Restitutions Br., Prop. Div./Econ. Div., OMGBY Mai 1946 - Mai 1947 175, 256, 274
Gorbatow, Alexandr W. Generaloberst
Sowjet. Stadtkommandant Berlin 678, 681
Gorham, Fordyce
Chief Trade & Industry S., Econ. Br., OMGBS 1945–46 718
Gossard, Harry C.
Univ. Spec., OMGWB Juli 1949 507
Gosser, William R.
Chief PW (& DP) Br., CAD, OMGBY 1948, April 1949 178f., 219
Gottlieb, Albert J. Maj.
Econ. & Public Utilities, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944 320
Gousev, Fedor T.
Sowjet. Botschafter in London 4, 601
Grace, Alonzo G. Dr., Civ.
Dir. ECRD, OMGUS Juni 1948, April 1949 69, 79, 113
Graham, Samuel S. Lt.Col./Civ.
Chief 2nd MGBat(Sep), OMGHE Juni 1946 – März 1948; Chief Industry Br., Econ. Div., OMGHE April 1948 355, 366, 386
Grant, Leslie Civ.
Chief Legal Br., CAD, OMGUS April 1949 78, 112
Granzin, Alexander C. Maj.
Dir. Reproductions Div., OCCWC, OMGUS 1948 70, 119
Grasso, V.A. Capt.
Co D Regensburg, 3rd MG Regiment, OMGBY Okt. 1945 166

Gration, Eric G. Civ.
(Actg) Sec. Gen., Off. of the Sec. Gen., OMGUS Nov. 1948 – April 1949; (Actg) Sec. Gen., Off. of the CINC, EUCOM April 1949; Staff Sec., Off. of the Exec. Sec., HICOG Sept. 1949 77, 87, 94
Graubert, A.H. Capt.
Chief Disarmament Br., Naval Div., USGCC Juni 1945 19
Grealy, John J.
Regen, OMGBY April 1949 294
Green, F.J. Civ.
Hersfeld, OMGHE Juli 1949 402
Gregg, Charles J. Maj.
Det. E1B2, ECAD Sept. – Okt. 1944 341
Gregg, Frederic J.
Dep. Chief Prop. Contr. Br., OMGBS 1948–49 722
Gregory, Clyde R.
Mail & File Clerc, Intell. & Reports Div., OMGWB Juli 1949 506
Greifer, Elisha
Dep. Chief Publications S., ISB, OMGBS 1946–47 709
Gress, Ulrich R.
Chief Special Branch S., PSB, OMGBS 1947–48 715
Grey, John A.
Dep. Dir. Fin. Div., OMGHE Sept. 1948 373
Gries, Robert G.
Dep. Chief Fin. Br., OMGBS 1949 721
Griffen, T.F. Capt.
Hassfurt, OMGBY Okt. 1945 165
Griffin, G.E. Maj.
Neunburg vorm Wald, OMGBY Jan. 1947 285
Griffin, L. Capt.
Pegnitz, OMGBY Okt. 1948 290
Griffin, T.F. Capt.
Markt Heidenfeld, OMGBY Jan. 1947 284
Griffith, Paul E. Maj.
Communications Br., IACD, OMGBY Okt. 1946 175
Griffith, William E.
Chief Special Br., CAD, OMGBY März 1947 – Herbst 1948 177, 221
Griswold, Thomas E. Capt.
Künzelsau, OMGWB Sept. 1947; Ludwigsburg, OMGWB 1948, März, Juli 1949 109, 500, 503, 505, 508
Gross, C.P. Civ.
Dep. Chief Tran. Gp, BICO Juni 1948 71, 125
Gross, Charles P. Maj.Gen.
Dir. OMGWB Jan. – Sept. 1949; Land Commissioner for Wuerttemberg-Baden Sept. 1949 87, 485, 494, 496, 504f., 581, 651
Gross, Herbert C.
Chief Radio Br., ICD/ISD, OMGHE 1948; Dep. Dir. ISD, OMGBY April 1949 179, 381
Grove, A.S. Maj.
Schweinfurt, OMGBY Okt. 1945 165
Grove, F.N. Civ.
Obertaunus, OMGHE Juli 1949 402
Groves, M.J. Capt.
Wasserburg, OMGBY Okt. 1945; Weilheim, OMGBY Jan. 1947 167, 286
Gufler, Bernard Civ.
Chief Foreign Rel. Div., Off. of Pol. Aff., HICOG Sept. 1949 86
Guild, S.M. Lt.Col.
Bayreuth, OMGBY Jan. 1947 285
Gunn, John H.
Chief Trade & Commerce S., Econ. Br., OMGBS 1947 718
Guradze, Heinz Civ.
Ad., Labor & Welfare Br., RGCO, OMGUS Feb., Juni 1948 62, 72, 123
Guthman, Henry 1st Lt.
Chief MG Courts Br., Legal Div., OMGWB Juni 1946 547
Guthrie, Robert L. Capt.
Enclave Legal Off., Legal Br., OMGBR Sept. 1945 651
Guzak, F.W. Capt.
Illertissen, OMGBY Jan. 1947 287

Haarstad, James R.
(Dep.) Dir. Personnel Div., OMGHE Jan. 1948 358
Haas, Friedrich Dr.
Stadtkämmerer Berlin 722
Habberton, B.J. (G.) Civ.
Chief Legal Ad. Br., Legal Div., OMGUS Dez. 1946 – Sept. 1947 48, 118
Habicht, H.R. Civ.
Chief Reports & Statist. Br., CO, OMGUS Juni 1948, April 1949 67, 77, 96
Hackett, Joe F.
Höchstadt, OMGBY April 1949 293
Hafner, Louis
Research Analyst (Pol), Intell. & Reports Div., OMGWB Juli 1949 506
Haggard, William R. Civ.
Dir. Publ. Rel. Off., OMGUS Dez. 1946; Dir. of Public Inf., OMGUS Sept. 1947; Dir. PIO, OMGUS Feb., Juni 1948, April 1949 49, 54, 59, 68, 73, 78, 100
Haguewood, Marion A. Maj.
Admin. & Exec. Off., OMGBR 1945;

Chief PSB, OMGBR Mai, Juni 1945; Chief Internal Aff. Br., OMGBR Jan. 1946; Dir. IACD, OMGBR April 1946 635, 645
Hahn, Otto Prof. Dr.
Dir. Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie 136
Haig, Alfred L. Lt.Col.
Chief Liais. & Security Det. Bremerhaven, OMGBR Juli – Dez. 1947 664
Haight, Edward M. Col.
Chief Det. E-203 (RB Ober- & Mittelfranken), OMGBY Okt. 1945; Chief Co B Ansbach, FOD, OMGBY Jan. 1947; Chief Tran. Br., OMGBY Mai 1947 165, 283, 285
Haines, Robert M. Civ.
Dir. Off. of Econ. Aff., HICOG, Sept. 1949 87
Hair, David H.
Dep. Chief Econ. Br., OMGBS 1947–48; Chief Econ. Br., OMGBS Juli 1948 – Sept. 1949 718
Haislip, Wade H. Gen.
Command. Gen. Western Mil. District, US-Zone Aug. 1945 10
Hakewell-Smith, Edmund Maj.Gen.
UK Militärkommandant Bremen 609, 613, 629
Hale, Oron J.
Land Commissioner for Bavaria Nov. 1951 – Juni 1952 193
Hale, R.E. Capt.
Wertingen, OMGBY Okt. 1945 168
Halifax, Lord
UK Botschafter in Washington 603
Hall, C. Civ.
Actg Chief Accounts Br., CAD, OMGUS Dez. 1946 47, 95
Hall, J.W. Maj.
Dinkelsbühl, OMGBY Okt. 1945 165
Hall, Theo E. Civ.
Chief PSB, IACD, OMGUS Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948; Chief PSB, CAD, OMGUS März, Juni 1948, April 1949 55, 61, 69, 79, 109, 112
Hall, William E. Maj.Gen.
Dir. Armed Forces Div., OMGUS Sept. 1947, Juni, Sept. 1948; Dir. of Intell., Off. of the CINC, EUCOM April 1949 54, 69, 76, 108
Hallett, Winslow
Dep. Chief Reports Br., OMGWB Juli 1949 506
Halpin, Robert D. Capt.
Chief Admin. S., ICD, OMGBY April 1946 243
Hamilton, Paul (A.) Lt.Col.
Exec. Off., G-5, 3rd Army April 1945; Exec. Off., OMGBY Okt. 1945 – Juli 1947; Dep. Dir. OMGBY Aug. – Sept. 1947 151, 161, 175, 193
Hamilton, William
Actg Dir. Fin. Div., OMGBY Sept. 1947, Juni 1948; Dir. Prop. Div., OMGBY Juli 1948 267
Hammond, T.W. Col.
Dir. of Admin., Off. of the DMG, USGCC Juni 1945 18, 22, 90f., 94
Hanford, R.G. Capt.
Höchstadt (Aisch), OMGBY Okt. 1945 166
Hanger, F.W. Lt.Col.
Passau, OMGBY Okt. 1945 166
Hanneman, Forrest Civ.
Chief Legal Advice Div., Off. of Gen. Counsel, HICOG Sept. 1949 86
Hansen, C.V. Capt.
Riedenberg, OMGBY Okt. 1945 166
Hansen, Carl R.
Pfarrkirchen, OMGBY Okt. 1948, April 1949 291, 294
Hansen, Charles
Actg Chief Tran. Br., OMGBY Mai – Juni 1948; Actg Tran. Ad., OMGBY Juni – Nov. 1948 283
Hansen, H. Col.
PHWB, IACD, USGCC Juni 1945 19
Haraldson, Wesley C. Civ.
Actg Chief Econ. Br., Off. of Dir. of Pol. Aff., OMGUS Feb. 1948 59, 99
Hardison, R.S. Capt.
Neu-Ulm, OMGBY Okt. 1948 292
Hardt, H.A. Maj.
Deggendorf, OMGBY Jan. 1947 285
Hargrave, H. Lt.Col.
Erlangen, OMGBY Okt. 1945 166
Harkins, A.H. Capt.
Schlüchtern, OMGHE Okt. 1945 346
Harkins, D.J. Comdr.
Chief Ocean Shipping Br., Naval Div., USGCC Juni 1945 19
Harkins, Daniel J.
Tempelhof, OMGBS 1948; Neukölln, OMGBS 1948 703
Harlow, Irvin L. Maj./Lt.Col.
Exec. Off. Det. E1A2, ECAD Sept. 1944; Dir. Field Operations, OMGWB Sept. 1946; Stuttgart, OMGWB Sept. 1947, Jan. 1948 320, 497, 499, 501
Harmon, Ernest Gen.
Constabulary Berlin, OMGBS Frühj. 1946 679

Harmon, J.L. Civ.
Chief Wages & Labor Standards Br., Manp. Gp, BICO April 1949 81
Harness, M.O. Lt.
Kitzingen, OMGBY Okt. 1948 290
Harper, Robert W. Maj.Gen.
Dir. Air Div., USGCC Nov. 1944, Juni 1945; Dir. Armed Forces Div., OMGUS Okt. 1945, Dez. 1946 – Mai 1947 12, 19, 22, 30f., 46, 108
Harrelson, E.H. Lt.Col.
Chief ERP Secretariat (US Element), Off. of the US Chairman, BICO April 1949 80
Harrington, C.A. 1st Lt.
Vohenstrauß, OMGBY Okt. 1945 166
Harris, Golon B. Lt.Col./Col.
Chief DP & PH Br., OMGBR 1945–46; Tran. S., Civ. Serv. Br., OMGBR März 1946; Chief/Dir. DP & PW Br./Div., OMGBR Jan. 1946 – Sept. 1947 655, 657, 659
Harris, Innis D. Civ.
Chief Anal. & Research Br., ODI, OMGUS 1948, April 1949; Dep. Dir. ODI, OMGUS April 1949 77, 97
Harris, Thomas W. 1st Lt./Capt.
Public Safety, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944; Untertaunus, OMGHE Juni 1946; Ziegenhain, OMGHE April 1947 320, 397f.
Harris, Whitney R.
Ass. Dir. Legal Div., OMGUS März 1948 118
Harrison, William
Fin. Div., OMGBY 1945; Dep. Dir. Fin. Div., OMGBY Juni 1948; Dir. Prop. Div., OMGBY Juli 1948 – Juli 1949 177, 179, 270
Harrison, Willis S. Civ.
Dir. Publ. Rel. Div., OMGWB Juli 1947; PIO, OMGWB Sept. 1947 497f., 541
Harrold, Thomas L. Brig.Gen.
Dir. of Civil Aff., G-5, EUCOM März 1947; Dir. CAD, EUCOM Sept. 1947; Dir. POW & DP Div., OMGUS Sept. 1947 – Feb. 1948 56f., 61, 114
Hart, Alan Lt.Col.
Dep. Dir. OMGWB Mai 1945 496
Hart, Alan H.
Neukölln, OMGBS 1945 703
Hart, E.J. Maj.
Eschwege, OMGHE März 1948 401
Hart, H. Peter Capt.
Chief Intell. S., 6870th DISCC, OMGBY 1945; Chief Intell. S., ICD, OMGBY 1946 – Feb. 1947 250
Hart, Herbert D.
Dep. Chief, Br. G, FOD, Augsburg, OMGBY Okt. 1948, April 1949 292, 294
Hart, Walter Civ.
Chief Doc. Center & Statist. Br., Denaz. Div., OMGWB Sept. 1947 499
Hartmann, Frank A. Lt.Col.
Vertreter Hq USAFE in Manp. Alloc. Committee, Hesse Land Resource Board 1947 386
Hartshorne, James Dr.
Chief Higher Ed. Br., ERAD, OMGHE 1946–47 371
Hartsook, Elisabeth H.
Research Analyst (Soc), Intell. & Reports Div., OMGWB Juli 1949 506
Hartzsch, Fred E. Civ.
Chief Prop. Contr. & Extern. Ass. Br., Prop. Div., OMGUS März, Juni 1948, April 1949 63, 70, 79, 107
Harvey Maj.
Forestry, Funct. Gp, OMGWB Sept. 1945 464
Haseltine, Marshall
307th Task Force München, CIC Nov. 1945 252
Hasting Lt.Col.
Det. E-204 (RB Niederbayern & Oberpfalz), OMGBY Okt. 1945 166
Hastings, O.D. Lt.Col.
Co D Regensburg, FOD, OMGBY Jan. 1947 285
Hatch, A.F. Col.
Chief Local Governm. S., CAD, OMGUS Okt. 1945 110
Hatch, Sharon L. Capt.
Publ. Welfare & DP Off., Det. E-5 (Neustadt a.d. Weinstraße); Dir. Publ. Welfare & DP Div., OMGHE Okt. 1945, März 1946 – April 1948; Chief PWB, CAD, OMGHE April 1948; Publ. Welfare Ad., OMGHE April 1948 427
Hathaway, Calvin S.
MFAA Br., OMGBS Juli 1945 707
Hathcock, James S.
Chief Food & Agric. Br., Bipartite Liais. Div., OMGHE Aug. 1948; Food & Agric. Ad., OMGHE Okt. 1948 367
Haupt, L.L. Maj.
Miesbach, OMGBY Okt. 1945 167
Hawkins, Philip Civ.
Chief Decart. Br., Econ. Div., OMGUS Dez. 1945, Sept. 1947, Feb. 1948; Dir. Prop. Div., OMGUS März, Juni 1948, April 1949;

Dep. Econ. Ad., Off. of the Econ. Ad., OMGUS Juni 1948, April 1949 55, 60, 63, 68, 70, 78f., 103, 107
Hays, George P. Maj.Gen.
DMG & Commanding General, OMGUS 31. Aug. 1947 – 21. Sept. 1949; Dep. US High Commissioner Sept. 1949 34, 58, 67, 73, 77, 87, 91f., 118, 685
Headen, Thomas P. Maj./Civ.
Ass. Exec. Off., OMGBR Juli 1945; Dir. ICD, OMGBR Aug. 1946 – Aug. 1947; Dep. Dir. ICD, OMGUS Juli, Sept. 1947, Feb., Juni 1948; Dep. Dir. ISD, OMGUS April 1949 55, 60, 69, 79, 116, 641, 648, 662
Headrick, Cecil
Chief Cult. Aff. Branch, OMGWB März 1949 504
Headrick, William C.
Chief Exhib. & Inf. Br., ISD, OMGUS Feb. 1948 60, 115
Heasty Jr., Charles F. Lt.Col.
Sec. Gen., OMGUS 15. März – 19. Mai 1947 94
Heath, Donald R. Civ.
Dep. Dir. Pol. Div., USGCC Juni 1945; Dir. of Pol. Aff., USGCC Juni 1945; Dir. of Pol. Aff., Off. of the DMG, OMGUS Okt. 1945, Aug. 1947; Dir. of Pol. Aff., Off. of the US Pol. Ad. Dez. 1945 19, 22, 31, 48, 98f.
Heath, James E. Civ.
Chief Legal Ad. Br., Legal Div., OMGUS März, Juni 1948, April 1949 70, 79, 118
Hecht, M.E. Lt.
Schwabmünchen, OMGBY Okt. 1948 292
Hector, J.R. Lt.Col.
Straubing, OMGBY Jan. 1947 285
Heffernan, D.J. Maj.
Bergstraße, OMGHE März 1948 401
Heidel, James 1st Lt.
Actg Dir. Justice Div., Det. E-7 (Nord-Baden) Okt. 1945 574
Heim, Everett B. Dr.
Chief Theater & Music Br., ECRD, OMGHE 1949 372
Heimerich, Hermann
Oberpräsident Mittelrhein-Saar (Neustadt a.d. Weinstraße) 321
Heimlich, William F.
Dep. Chief Civil Admin. & Pol. Aff. Br., OMGBS 1946–47; Chief Radio S., ISB, OMGBS 1948; Dir. RIAS, ISD, OMGUS/ OMGBS 1948–49 704, 709, 737
Heinrich, Karl
Kommandeur der Schutzpolizei Berlin 716
Heinrich, Theodore A.
Chief MFAA Br., Econ. Div., OMGHE April 1948; Chief MFAA Br., Prop. Div., OMGHE April 1948 366, 413
Helbrook, John F. Capt.
Leonberg, OMGWB 1948 503
Heller, Peter J.
Press Contr. Br., ICD, OMGWB 1946 – Aug. 1947 534, 539
Heller, Walter Civ.
Chief Internal Fin. Policy Gp, Off. of the Fin. Ad., OMGUS Juni 1948, Jan. 1949 62, 68, 107
Hellmig, R.E. Capt.
Hassfurt, OMGBY Jan. 1947 284
Henderson, Charles M.
FRD, OMGWB Juli 1949 508
Henderson, M.E. Lt.Col.
Det. E-202 (RB Mainfranken), OMGBY Okt. 1945; Co A Würzburg, FOD, OMGBY Jan. 1947 165, 284
Hendrick, William C. Dr., Civ.
Chief Exhib. Br., ICD, OMGUS März 1947; Chief Exhib. & Inf. Centers Br., ICD, OMGUS Feb. 1948; Chief Cult. Exchange & Theater & Music Br., OMGWB Sept. 1948; Chief Cult. Aff. Br., ECRD, OMGWB Okt. 1948 – Sept. 1949 503, 507, 568
Henk, Emil
Regierung Mittelrhein-Saar (Neustadt a.d. Weinstraße) 321
Hennessy, Charles F. (H.) 1st Lt./Capt.
Tran., Det. E1A2, ECAD Sept. 1944; Dir. Tran. Div., OMGHE Juli 1945 – Aug. 1947 320, 438
Hennesy, W.J. Lt.
Scheinfeld, OMGBY Okt. 1948 290
Henry, William B. (D.) 1st Lt.
Schwäbisch Hall, OMGWB 1948; Leonberg, OMGWB Sept. 1948 503
Hensel, J.W. Lt.Col.
Det. E-205 (RB Oberbayern), OMGBY Okt. 1945 167
Heredia, Leon M.
Chief Public Rel., Statist. & Hist. Br., OMGBS 1946–47 705ff.
Herz, Henry
Chief Public Opinion Survey Sub-S., ISB, OMGBS 1946–48 709
Hesketh, William Brig.Gen.
Dep. Insp. Gen., EUCOM März 1947; Ass. DMG, OMGUS, & US Commandant

Allied Kommandatura Berlin, OMGBS 24. Sept. 1947 – 30. Nov. 1947; Ass. DMG, OMGUS Sept., Nov. 1947, Feb. 1948 54, 57f., 92f., 685f., 688, 696
Hespe, H.H.
Chief Special Branch S., PSB, OMGBS 1945–46 715
Hess, Glenn C. Maj.
Dep. Dir. Econ. Div., OMGWB Aug. 1946 – Anf. 1948 500, 561
Hester, Hugh B. Col./Brig.Gen.
Chief Food & Agric. Br., Econ. Div., OMGUS Okt. 1945, Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948 31, 47, 55, 60, 102, 104
Heyl, C.H. Maj.
Garmisch-Partenkirchen, OMGBY Okt. 1945 167
Hicks, Ernest H. Lt.Col.
Tran., OMGBR Aug. 1945; Dep. Command. Off. Det. Wesermünde/Bremerhaven Dez. 1945; Exec. Off. Bremerhaven, OMGBR Jan. 1946; Chief Lias. & Security Det. Bremerhaven, OMGBR Feb. 1947 655, 663f.
Hiebert, Noble C.
Ed. Spec., ECRD, OMGWB Juli 1949 507
Hiles, R.L. Lt.Col.
Det. E-206 (RB Schwaben), OMGBY Okt. 1945 168
Hill Col.
Secretary General Staff, EUCOM März 1947 57
Hill, Augustus B. Dr.
Soc. Insur. & Housing Br., Manp. Div., OMGBY Okt. 1946, Okt. 1947; Chief Real Estate & Land Resources (& Budget Contr.) Br., Personnel & Admin. Div., OMGBY Mai 1948; Real Estate, Land Resources & Budget Contr. Br., Ass. Land Dir., OMGBY Juni 1948 – Sept. 1949 176ff., 199
Hill Jr., R.G. Capt.
Schrobenhausen, OMGBY Okt. 1945 167
Hill, Russell
Journalist 611, 614, 638
Hilldring, John A. Maj.Gen.
Dir. CAD, US Army März 1943 5
Hillhouse, A.M. Civ.
Chief Public Finance Br., Fin. Gp, BICO April 1949 81
Hilliard, John S.
Fürth, OMGBY Okt. 1948; Schwabach, OMGBY April 1949 290, 293
Hillman, Julian A.
Chief Trade & Commerce Br., Econ. Div., OMGHE Dez. 1947; Chief JEIA Br., OMGHE Jan. 1948 363, 366
Hills, J. Huntington Col.
Dir. ICD, OMGWB März 1946, Juli, Sept. 1947 497f., 533f., 539
Hinchey F.K. Maj.
Neustadt (Aisch), OMGBY Okt. 1945; Rothenburg, OMGBY Jan. 1947 166, 285
Hinckley, A.J. Civ.
Chief Telecommunications Br., Communications Gp, BICO April 1949 81
Hinde, William R. Brigadier
Dep. Dir. of the Military Government, British Sector, Berlin 678, 681
Hines Maj.
UK Verbindungsoffizier in Bremen 619f.
Hines, Floyd
Ed. Br., OMGBR 1949 662
Hinkel, J.L. Capt.
Miltenberg, OMGBY Jan. 1947 284
Hintz, William F. Capt.
Rheingau, OMGHE Juni 1946; Rotenburg, OMGHE April 1947 396, 398
Hipp, Otto Dr.
Kultusminister Bayern 155f., 158
Hitchcock, R.W. Maj.
Waldmünchen, OMGBY Jan. 1947 286
Hitler, Adolf 3, 15, 136, 679
Hitt, W. Capt.
Hofheim, OMGBY Okt. 1945 165
Hobbs, L.E. Col.
Chief Personnel & Services Br., Armed Forces Div., OMGUS Dez. 1946 46
Hodgdon, A.D. Civ.
Chief American Interests Br., Off. of the Dir. of Pol. Aff., Off. of the DMG, OMGUS Okt. 1945 31, 98
Hodges, James P. Maj.Gen.
Dir. Armed Forces Div., OMGUS Okt. 1948, April 1949; Commissioner, Mil. Security Board, OMGUS April 1949; US Commissioner, US Element, Mil. Security Board, HICOG Sept. 1949 78, 82, 86, 108
Hodges, Thomas K. Civ.
Dir. Language Div., OCCWC, OMGUS 1948 70, 119
Hoegner, Wilhelm Dr.
Ministerpräsident Bayern 160, 192, 201, 207–210, 226, 232, 238, 251, 257, 263, 280
Hoepffner, Alfred
Landesforstmeister Bayern 155, 263
Hoffman, Herman S. Maj.
Chief Mil. Personnel Br., Off. of the AG, OMGUS April 1949; Chief Misc. Br., Off. of the AG, OMGUS April 1949 77

Hoffman, W.J. Civ.
Alsfeld, OMGHE Juli 1949 402
Hoffman, William
Actg Chief Research Br., Intell. Div., OMGBY April 1949 179
Hohenthal, W.D. Col.
Chief Intell. Br., Off. of Dir. of Pol. Aff., Off. of the DMG, OMGUS Okt. 1945 31, 98
Holbrook, John A.
Chief Reparations Br., OMGWB Mai 1948, März 1949; Industrial Ad., BAD, OMGWB Juli 1949 502, 504, 506
Holgate, H.C.F. Civ.
Chief Financial Policy & Inst. Br., Finance Gp, BICO April 1949 81
Holl, Karl Dr.
Regierungspräsident Nordbaden 573
Holl, William E. Maj.Gen.
Dir. Armed Forces Div., OMGUS Feb. 1948 59
Holler, W.W. Col.
Disarmament Br., Army Ground Div., USGCC Juni 1945; Chief Demilit. Br., Armed Forces Div., OMGUS Dez. 1946 19, 46, 108
Holmer, Hans W. Col.
Actg Dir. Tran. Div., OMGUS Nov., Dez. 1946; Dir. Tran. Div., OMGUS Sept. 1947, Feb. 1948; Chief Tran. Gp, Off. of Econ. Ad., OMGUS März, Juni 1948; Tran. Directorate, ACA Feb. 1948 49, 56, 61, 63, 68, 105, 122, 129
Holmes, W.H.E. Col.
Dep. Dir. POW & DP Div., USGCC Juni 1945 20
Holt, John B.
German Agencies Off., German Agencies Br., Econ. Div., OMGBY Herbst 1946 262
Homan, Robert W.
Chief Civilian Supply S., Econ. Br., OMGBS 1946 718
Honour, J.H. Capt.
Griesbach, OMGBY Okt. 1948 291
Hoobs, M. 1st. Lt.
Requirements & Alloc. Br., Econ. Div. OMGUS Okt. 1945 102
Hood, Robert I. Dr.
Chief PHB, CAD, OMGBY Juli, Nov. 1948, April 1949 178f., 219
Hooper, Walter P.
Dep. Chief Audit Off., OMGUS Juni 1948 68
Hoover, Marcus L. Maj.
Ulm, OMGWB Sept. 1947, Jan. 1948; Stuttgart, OMGWB 1948, März 1949 500f., 503, 505, 508
Hopkins, Evan T.
Chief Labor Rel. Br., Manp. Div., OMGHE Sept. 1947 – Herbst 1948 404
Horine, Field Civ.
Chief Radio Contr. Br., ICD, OMGBY Herbst 1945 – März 1947 175, 243, 248
Horlacher, Michael Dr.
Präs. Verfassunggebende Versammlung Bayern 187, 210
Hornak, Virginia
Exec. Off., Intell. Br., OMGBY Juli 1947 253
Hornecker, H.S. Maj.
Marburg, OMGHE März 1948 401
Horner, Dwight B. Civ.
Reorientation Spec., ECRD, OMGWB Sept. 1948 – Sept. 1949 507, 567
Horney, Daniel J.
Zehlendorf, OMGBS 1945–46 703
Horrell, J.G. Capt.
Günzburg, OMGBY Okt. 1945 168
Horwath, G.E. Capt.
Ebersberg, OMGBY Okt. 1945 167
Howard, A.J. Capt.
Wolfstein, OMGBY Jan. 1947 286
Howard, Graham K. Col.
Dir. Econ. Div., USGCC Nov. 1944 12, 100f.
Howard, Oscar F. Capt.
Schlüchtern, OMGHE April 1947 398, 401
Hower, F.W. Capt.
Rotenburg, OMGHE Okt. 1945 346
Howlett, H.E. Maj.
Neu-Ulm, OMGBY Jan. 1947 287
Howley, Frank L. Col./Brig.Gen.
Ass. COS G-5, Hq Berlin District Juli – Sept. 1945; US Dep. Commandant Allied Kommandatura Berlin Juli 1945 – Nov. 1947; Dir. OMGBS Okt. 1945 – Aug. 1949; Ass. DMG, OMGUS, & Commandant Allied Kommandatura Berlin, OMGBS 1. Dez. 1947 – 31. Aug. 1949 675, 677f., 680f., 684–688, 695f., 699f., 706, 738
Hubbard, Fred A. Maj.
Waiblingen, OMGWB Sept. 1947; Buchen, OMGWB 1948 500ff.
Hudson Capt.
Company A, ECAD Okt. 1944 320
Hudson, J.E. Capt.
Waldmünchen, OMGBY Okt. 1945 166
Hudtluff, M.S. Col.
Chief Accounts & Audits Br., Fin. Div.,

USGCC/OMGUS Juni, Okt. 1945 20, 31, 106
Huebner, Clarence R. Maj.Gen.
Dep. CINC & COS, EUCOM; Commanding General US Army, Europe März 1947, Aug. 1948 57, 73
Huffman, D.J. Capt.
Miltenberg, OMGBY Okt. 1945 165
Huffner, J.S. Civ.
Limburg, OMGHE Juli 1949 402
Hughes, Guy Erskine Civ.
UK Dep. Chief FAF Gp, BICO Juni 1948 71
Hughes, J.B. Col.
Dep. Dir. Tran. Div., OMGUS Okt. 1945 31
Hultzen, C.N. Capt.
Naila, OMGBY Jan. 1947 285
Hultzen, G.N. 1st Lt.
Co C Ansbach, 3rd MG Regiment, OMGBY Okt. 1945 165
Humberd S/Sgt
File S., Command & Exec. Gp, OMGWB Sept. 1945 464
Humphrey, Don D. Dr., Civ.
(Actg) Dep. Dir. for Negotiations, Econ. Div., OMGUS Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948; Dep. Econ. Ad., Off. of Econ. Ad., OMGUS März, Juni 1948 47, 55, 60, 63, 68, 104
Humphrey, E.N. Capt.
Lauf, OMGBY Okt. 1945 166
Hundhammer, Alois Dr.
Kultusminister Bayern 139, 156, 160, 187, 227
Hunter, David R. Civ.
Chief Civil Liberties & Democratization Br., CAD, OMGUS April 1949 79, 112
Hunter, Eleanor R.
Chief Manp. Alloc. S., Manp. Br., OMGBS 1947–48 725
Hunter, William R. Civ.
Chief German News Br., PIO, OMGUS April 1949 78
Hurley, James E.
Dep. Publ. Safety Ad., GAD, OMGWB Juli 1949 506
Hurliman, Otto E. Civ.
Chief Decart. Contr. Br., Econ. Div., OMGWB Sept. 1947; Decart. Ad., BAD, OMGWB 1948, März 1949 499, 502, 504
Hurst, V.R.
Dep. Chief Br. A, FOD, OMGBY Okt. 1948, April 1949 289, 293
Hurwitz, Jerome Capt./Maj.
Dep. Dir. Econ. Div., OMGWB Sept. 1945 – Mai 1946 553, 555, 561
Huston, John K.
Sonthofen, OMGBY Okt. 1948; Neu-Ulm, OMGBY April 1949 292, 295
Hutton, Robert C. (R.) Civ.
French Aff./Allied Liais. Div., OMGWB Mai – Sept. 1948; French Ad., OMGWB 1948, März, Juli 1949 501, 504, 506, 577
Hutton, Thomas R.
Chief ISB, OMGBS Juli 1948 – Juli 1949 709
Hyde, James R. Capt.
Rheingau, OMGHE April 1947; Erbach, OMGHE März 1948 398, 401
Hyde, William R. Maj.
Dir. Econ. Div., Det. E-7 (Nord-Baden) Okt. 1945; Dir. Supply Div., OMGWB Juli 1947; Chief Supply Br., OMGWB Sept. 1947, Jan. 1948 498, 500, 574

Inglis, Sir Robert Civ.
UK Chief Tran. Gp, BICO Juni 1948, April 1949 71, 81
Ingwalson, Kenneth W.
Dir. FAFD, OMGBY Feb., Nov. 1948, April 1949 177, 179, 264f.
Ionnes, R.A. Civ.
Chief Food & Agric. Gp, Off. of Econ. Ad., OMGUS März 1948, Juni 1948 63, 68, 105
Irving, Robert A.
Dir. Statist. Hist. & Field Reports Div., Det. E-5 (Neustadt a. d. Weinstraße) Mai 1945; Dir. Statist., Hist. & Field Reports Div., OMGHE Juli 1946, Juni 1948, Sept. 1949 435
Irwin, Dalton D. Maj.
PTT, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944 320
Ittner, Robert T. Civ.
Chief Univ. Br., ECRD, OMGWB Sept. 1948 – Sept. 1949 502, 504, 507, 568

Jackson, Emery D.K. Lt.Col.
Land Resources & Budgets Br., OMGBY Okt. 1946 175
Jackson, Richard J. (A.) Lt.Col. Chief Legal S., OMGBY Sept. 1945; Chief/Dir. Governm. Aff. Br./Div., Int. Aff. Div., OMGBY Sept. 1945 – Feb. 1946; Chief Legal Br., OMGBY Feb. 1946 – Feb. 1947; Dir. Legal Div., OMGWB Feb. 1947 – Sept. 1949 175, 201, 232, 498f., 502, 504, 507, 542, 547
Jackson, Robert H.
Chief of Counsel for War Crimes, Dir. for Intell., OMGUS Mai 1945 34

Jacobs, S.R. Capt.
Mallersdorf, OMGBY Okt. 1945 167
Jacobson, G. Capt.
Dachau, OMGBY Okt. 1948 91
Jaeger, M.B. Capt.
Oberndorf, OMGBY Jan. 1947 284
Jallouk, Emil P.
Chief Plans, Operations & Liais. Br., ICD, OMGHE Feb. 1946 – Juni 1947; Chief Exhib. & US Inf. Centers Br. ICD/ISD, OMGHE Juni 1947 – Juni 1949 381
James, J.M. Capt.
Rehau, OMGBY Okt. 1948 290
James, W.W. Capt.
Gerolzhofen, OMGBY Jan. 1947 284
Janisch, Otto F.
Restitutions Br., Prop. Div., OMGBY April 1949 179
Jefferson, Leslie W. Col.
Dir. Reparations, Deliveries & Restitutions Div., USGCC Mai 1945, Juni 1945; Chief Restitutions Br., Econ. Div., OMGUS Okt. 1945 20, 23, 31, 101 f.
Jeffs, Charles R. Capt.
Commander Naval Advanced Base Bremen Sept. 1945; Dep. Dir. OMGBR März 1947 – Nov. 1948; Dir. OMGBR Nov. 1948 – Sept. 1949; Land Commissioner for Bremen Sept. 1949 – 1952 87, 624, 626, 636, 640, 646, 654, 661
Jenkins, Newell Civ.
Theater & Music Contr. Br., ICD, OMGWB Juli 1946 534, 539
Jenkins, Walter E. Col.
Insp. Gen., OMGUS Dez. 1947 – Sept. 1949 59, 68, 73, 77, 95
Jenney, E. Ross Dr., Lt.Col.
Chief PH Br., IACD/IAD/CAD, OMGBY Frühj. 1946 – Juli 1948 175, 177, 219
Jergensen, J.W. Civ.
Friedberg, OMGHE Juli 1949 402
Jernigin, R.W. Maj.
Kissingen, OMGBY Jan. 1947 284
Johnson, Blackburn W. Capt.
Wesermünde, OMGBR April 1945, April 1946 635
Johnson, Charles T. Col.
Command. Off. Det. E1G2/E-2 (Provinz Hessen-Nassau), OMGHE Aug. 1945 325, 340
Johnson Jr., Edwin C. Maj.
Chief Special Br., IACD/CAD, OMGBY Mitte 1946 – März 1947 175, 221
Johnson, George P. Capt.
Büdingen, OMGHE April 1947; Frankenberg, OMGHE März 1948 398, 401
Johnson, Robert W. Civ.
Legal S., Internal Aff. Br., OMGBR April 1946; Chief Legal Off., OMGBR Juni 1946 – Nov. 1948; Legal Ad., Dir. Public Aff. & Legal Div., OMGBR Nov. 1948 – Juni 1949; Dir. Legal Div., OMGBR Juli 1949 – Sept. 1949 620, 651
Johnson, Thomas D. Civ.
Chief Civil Aviation Br., Armed Forces Div., OMGUS März, Juni 1948, April 1949; Chief Civil Aviation Div., Off. of Pol. Aff., HICOG Sept. 1949 69, 78, 86, 108 f.
Johnson, W.F. Capt.
Gelnhausen & Schlüchtern, OMGHE März 1946 347
Johnston, Howard W.
Chief Higher Ed. S., ECRB, OMGBS 1948–49 731
Jones, Clayton C.
Group Act. Br., ECRD, OMGBY April 1949 179
Jones, Donald T.
Chief Overt Management Br., ISD, OMGUS 1949 115
Jones, E.E. Capt.
Markt Oberdorf, OMGBY Okt. 1948 292
Jones, Edward J.
Manp. Alloc. Br., Manp. Div., OMGBY Okt. 1946 176
Jones, G.B. Capt.
Scheinfeld, OMGBY Jan. 1947 285
Jones, G.C. Capt.
Mallersdorf, OMGBY Jan. 1947 286
Jones, G.M. Col./Civ.
Chief Civil Aviation Br., Armed Forces Div., OMGUS Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948 46, 54, 59, 108
Jones, Howard P. Civ.
Chief Public Fin. Br., Fin. Div., OMGUS März, Sept. 1947, Feb. 1948; (Dep.) Chief Fin. Gp, BICO Juni 1948, April 1949 55, 60, 71, 81, 106, 110, 126
Jones, Hugh M. Maj.
Würzburg, OMGBY Okt. 1945 165
Jones, Judson Civ.
Chief Foreign Exchange & Blocking Contr. Br., Fin. Div., OMGUS Feb. 1948 60, 106
Jones, L. Capt.
Wasserburg, OMGBY Okt. 1948 292
Jones, Lawrence F. Capt.
Obertaunus & Usingen, OMGHE März 1946; Obertaunus, OMGHE Juni 1946 347, 396

Jones, R.E. Col.
OKW-OKH Contr. Br., Army Ground Div., USGCC Juni 1945 19, 110
Jones, Rachael F. Civ.
Chief Admin. Br., Off. of Personnel Officer, OMGUS Juni 1948 67
Jones Jr., S.L. Capt.
Laufen, OMGBY Okt. 1945 167
Jordan, Edgar J. Maj.
Chief Plans & Operations Br., OMGBY Jan. 1946 – März 1947 175, 197
Josselson, Michael
Chief Personnel Contr. & Public Opin. Surv. Sub-S., ISB, OMGBS 1946–47; Dep. Chief Inf. Services Br., OMGBS 1947–48 709
Jost 1st Lt.
Billeting Off., Command & Exec. Gp, OMGWB Sept. 1945; Ass. Hq Commandant, Admin. Gp, OMGWB Dez. 1945 464f.
Joublanc Lt.Col.
Dir. Det. F1A3 (Würzburg), OMGBY Mai 1945 153
Joublanc, John C.
Liais. Off. Mag./Abgeordnetenhaus Berlin OMGBS 1945–46 703
Joublanc, Joseph C.
Area Commander Ansbach, Br. B, FOD, OMGBY Okt. 1948; Coburg, OMGBY April 1949 290, 293

Kabzenell, E. Civ.
Chief Civil Censorship Policy & Liais. Br., ODI, OMGUS Dez. 1946, 1947 48, 97
Kagan, Saul
Chief Fin. Intell. Gp, Off. of the Fin. Ad., OMGUS Juni 1948 62, 68, 107
Kaisen, Wilhelm
Präsident Bremer Senat 608, 613ff., 620ff., 624f., 640, 643, 644, 648, 650, 661, 670
Kaiser, Jakob
Vorsitzender der CDU in der SBZ 737
Kaiser, James L.
Exec. Off., Admin. Br., OMGBS 1946; Liais. Off. Mag./Abgeordnetenhaus Berlin, OMGBS 1946–47 700, 703
Kallman, Hans Civ.
Chief Special Project Br., ODI, OMGUS April 1949 77, 97
Kamarck, A.M. Civ.
Chief Intell. & Liais. Br., Fin. Div., USGCC Juni 1945; Chief Fin. Intell. & Liais. Br., Fin. Div., OMGUS Okt. 1945 20, 31, 106
Karas, Stanley A. Capt.
Wolfhagen, OMGHE Juni 1946; Alsfeld, OMGHE April 1947 397f.
Karns, H.L.
Audit Off., OMGUS 1948 73
Kasprzycki, Matthew J.
Tempelhof, OMGBS 1946–48; Neukölln, OMGBS 1946–48 703
Katz, Saul M.
Chief Food & Agric. Br., Econ. Div., OMGHE April 1948 Chief Food & Agric. Br., Bipartite Liais. Div., OMGHE April 1948 366f.
Kauffman, H.C. Maj.
Scheinfeld, OMGBY Okt. 1945; Kulmbach, OMGBY Jan. 1947 166, 285
Kaufman, Otto O.
Elementary Ed. Spec., ECRD, OMGWB Juli 1949 507
Kaup, J.K. Capt.
Bad Wildungen, OMGHE Okt. 1945 346
Keally, Louis F.
Area Commander Regensburg, Br. D, FOD, OMGBY Okt. 1948; Regensburg, OMGBY April 1949 290, 293
Kearney, Richard D. Civ.
Chief Legal Gp, BICO Juni 1948, April 1949 71, 81, 126
Keating, Frank A. Maj.Gen.
Ass. DMG, OMGUS, & US Commandant Allied Kommandatura Berlin, OMGBS, 1. Mai 1946 – 13. Mai 1947; DMG & Command. Gen., OMGUS 15. März 1947 –30. Aug. 1947 46, 57, 91ff., 137, 685–688
Keaton, Morgan Maj./Lt.Col.
Chief Trade & Industry Br., Econ. Div., OMGWB Juli – Sept. 1945; Dir. Econ. Div., OMGWB Sept. 1945 – Mai 1946 464f., 553, 555, 561
Keck, Lynn D.
Kronach, OMGBY April 1949 293
Keegan, Arthur W. Col.
Det. E1F3, ECAD Aug. 1944; Dir. OMGBY Mai 1945 – 4. Sept. 1945 151–158, 161, 200
Keen, William G.
Ingolstadt, OMGBY April 1949 294
Keena, Clair S. Maj.
Karlsruhe, OMGWB Sept. 1947, Jan. 1948 500f.
Keenan, J. Civ.
Dep. Dir. Manp. Div., USGCC Juni 1945 20
Keene, W.G.
Altötting, OMGBY Okt. 1948 292

Kein, James F.
Agric. Ext. Spec., BAD, OMGWB Juli 1949 506
Keith, Thomas B. Capt.
Food, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944 320
Kelleher, Grant Civ.
Chief Decart. & Deconcentration Div., Off. of Gen. Counsel, HICOG Sept. 1949 86
Keller Jr., Eugene Lt.Col./Col.
München, OMGBY Mai, Okt. 1945, Jan. 1947 153, 167, 220, 263, 286
Keller, Walter H. Civ.
Chief Labor Alloc. & Standards Br., Manp. Div., OMGWB Sept. 1947 499
Kelly, Elmer E. Capt.
Lohr, OMGBY Okt. 1945 165
Kelly, James H. Lt.Col.
Ingolstadt, OMGBY Jan. 1947; Area Commander München, Br. E, FOD, OMGBY Okt. 1948; München, OMGBY April 1949 286, 292, 294
Kelly, L.G. Lt.Col./Civ.
Darmstadt, OMGHE Okt. 1945; Darmstadt & Groß-Gerau, OMGHE Jan. 1946; Marburg, OMGHE Juni 1946; Chief Policy Enforcement Br., CAD, OMGUS Sept. 1947, Feb. 1948; Chief DP Br., CAD, OMGUS Juni 1948, April 1949 55, 60, 69, 79, 111f., 345, 347, 397
Kelly, W.A. Maj.
Lauf, OMGBY Okt. 1948 290
Kelso, Homer C. Capt.
Chief Message Contr. Br., Off. of the AG, OMGUS Feb., Juni 1948 59, 68
Kempner, Robert M.W. Dr., Civ.
Dir. Pol. Ministries Div., OCCWC, OMGUS Juni 1948, April 1949; Dir. Econ. Ministries Div., OCCWC, OMGUS 1948; Dep. Chief of Counsel (Ministries Case), OCCWC, OMGUS Juni 1948, April 1949 70, 80, 119f.
Kenne, J.W. Capt.
Schwabmünchen, OMGWB Jan. 1947 287
Kennedy Lt.Col.
UK Verbindungsoffizier in Bremen 609
Kennedy Jr., E. Russel Maj.
Chief PSB, OMGBR Juni, Sept. 1945 645, 655
Kennedy, Edward F.
Special Ad., OMGBY Jan. 1948 – Aug. 1949 177f., 193
Kennedy, James C. 1st Lt.
Böblingen, OMGWB 1948 502
Kennedy, William H.
Chief Film Contr. S., FTM Br., ICD, OMGBY April 1946 243
Kenny, Dumont F.
Chief Relig. Aff. Br., ERAD, OMGHE Dez. 1948 371
Keough, J.F. Civ.
Rotenburg, OMGHE Juli 1949 402
Kern, Daniel K. 1st Lt.
MFAA, OMGBY Juni 1945 154
Kernkamp, Melvin W.
Dir. Personnel Div., OMGHE März – Okt. 1946 358
Kershaw, S. Capt.
Schlüchtern, OMGHE März 1948 402
Ketterer, Paul E. Lt.Col.
Chief PTT Br., Post Div., OMGWB Anf. 1945 – Nov. 1945 464, 561
Keveren Lt.Col.
Chief Decart. S., Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Keyes, Geoffrey Gen.
Command. Gen. 7th Army 638
Kidder, John Civ.
Chief Busin. Management Br., ODIC, OMGUS 1946; Chief Busin. Management Br., ICD, OMGUS Feb. 1948 47, 60, 115
Kielinger, Valentin Dr.
Stadtrat für Rechtswesen Berlin 713
Kilduff, John F.
Chief Fin. Br., OMGBS Aug. 1946 – Sept. 1949 720
Kimele CWO
Motor Pool, Command & Exec. Gp, OMGWB Sept. 1945 464
Kimental, Max H.
Chief Intell. & Research Br./Media Investigation Unit, OMGHE Sept. 1948 – Juni 1949 377, 381
Kimmel, Roy I. Civ.
Chief Econ. Br. Frankfurt, Off. of the Dir. of Pol. Aff., OMGUS April 1949 78
Kinard, William H. Lt.Col.
Chief 6870th DISCC, OMGBY März 1945 – Mai 1945; Dep. Dir. ODIC, OMGUS Dez. 1946 47, 246
King, Ernest J. Admiral
CINC, US Fleet, and Chief of Naval Operations 602
King Jr., James E. Civ.
Sec. Gen., Off. of the Sec. Gen., OMGUS 31. Jan./19. März – 1. Nov. 1948; Dep. COS, OMGUS April 1949; Off. of the Exec. Sec., HICOG Sept. 1949 67, 72, 77, 87, 93f.

King, Robert D.
Attorney – Ad., BAD, OMGWB Juli 1949 507
Kinsella, John J. Capt.
Chief Mil. Personnel Br., Personnel & Admin. Div., OMGBY Aug. 1947, Okt. 1947; Chief Admin. Br., Ass. Land Dir., OMGBY Juli 1948, Nov. 1948 176f., 197
Kinsman, J.M. Lt.
Hammelburg, OMGBY Okt. 1948 289
Kircher, J.C. Civ.
Chief Forestry Br., FAF Gp, BICO April 1949 81
Kitrina, Dimitri
Eggenfelden, OMGBY April 1949 294
Klein, S. Maj.
Neustadt (Aisch) & Coburg, OMGBY Jan. 1947 285
Kleitz, Anthony F. Lt.Col.
Dir. ICD, OMGHE Feb. 1946 – Feb. 1947; Dir. ICD, OMGBY Feb. – Juli 1947 246, 380
Kline, E.C. Capt.
Chief Demob. Br., Naval Div., USGCC Juni 1945 19
Klingelhöfer, Gustav
Stadtrat für Wirtschaft Berlin 719, 722, 737
Klingenfeld, John H.
Chief Manp. Br., OMGBS März – Nov. 1947 724
Kluss, W.L. Col.
OKW-OKH Contr. Br., Army Ground Div., USGCC Juni 1945 19
Knappen, M.M. Maj.
Chief Ed. & Relig. Aff. Br., IACD, USGCC Juni 1945; Chief Relig. S., Ed. & Relig. Aff. Br., IACD, OMGUS Okt. 1945 19, 32
Knepper, George W. Capt.
Fiscal & Prop. Contr. Br., Prop. Contr. Off., OMGBR Mai, Juni 1945 652
Knettle, Leroy J.
Investigator & Prosecutor, Legal Br., OMGBS 1945–46 712
Knittel, John R. Col.
Chief Tran. Br., OMGBY Feb. 1947 – April 1948 176, 283
Knoll, H.A. Lt.Col.
Chief Inla¿¿ôQ3áQv., USGCC Juni 1945 20, 122
Koch 2nd Lt.
MFAA, Funct. Gp, OMGWB Sept. 1945; MFAA Br., Cult. Div., Governm. Gp, OMGWB Dez. 1945 464f., 567
Köhler, Heinrich Dr.
Präsident Landesbezirk Baden; Stellv. Ministerpräsident Württemberg-Baden 573f.
Koenig, Pierre Gen.
Franz. Militärgouverneur 139
Koenig, Theodore J. Col.
Intell. Off., USGCC Nov. 1944 – April 1945; Chairman Joint Intell. Committee, USGCC Feb. 1945; Dep. Chief Intell. S., Off. of the DMG, USGCC Juni 1945; Dep. Dir. ODI, Off. of the DMG, OMGUS Okt. 1945; Chairman Joint Intelligence Committee, OMGUS Juli – Nov. 1946 18, 31, 97
Kollender, Mortimer Civ.
Chief Admin. of Justice Br., Legal Div., OMGUS April 1949 79, 119
Kopf, Hinrich Wilhelm
Oberpräsident Hannover 617
Kovac, John
(Actg) Chief Supply Accounting Br., Econ. Div., OMGUS Feb. 1948 60, 104
Kovacik, Velimir N.
Chief Special Branch S., PSB, OMGBS 1948 715
Kramer, Abe Maj.
Chief Manp. Br., OMGBS April 1946 – März 1947; Actg Chief Manp. Alloc. Br., Manp. Div., OMGBY Okt. 1947; Dep. Manp. Ad., OMGBY April 1949 177f, 280, 724
Kramer, Samuel Civ.
Chief Legislative (Legislation) Br., Legal Div., OMGUS Dez. 1946 – Sept. 1947; Consultant, Legal Div, OMGUS Feb. 1948 48, 61, 118
Krauledat, Wilhelm
Chief Doc. & Transl. S., Intell. Br., OMGBY Juli 1947 253
Kraus, Charles H. Civ.
Chief Admin. of Justice Br., Legal Div., OMGUS März, Juni 1948 70, 118
Kraus, Max
Chief Public Operations Br. & Chefred. Neue Zeitung, ICD, OMGBY Sept. 1947 – Feb. 1948 247
Krauss, Martin L. Capt.
Wesermünde, OMGBR Mai 1945 609
Kreuger, A.T. Maj.
Dill-Kreis, OMGHE Okt. 1945 346
Krisman, Michael J.
COS, Allied Kommandatura Berlin 1945–46 700
Kropowski, C.P. Maj.
Straubing, OMGBY Okt. 1948 291
Kroth, Alfred Dr.
Ernährungsdezernent München 160

Kruglinski, M. G. Capt.
Donauwörth, OMGBY Jan. 1947 287
Kubin, Milford T. Col.
Chief PHWB, IACD, OMGUS Dez. 1946; Chief PHB, IACD/CAD, OMGUS Dez. 1946, Sept. 1947, Feb., März 1948, April 1949 48, 55, 61, 79, 109, 112
Kuckhoff, Greta Dr.
Stellv. Leiterin Abt. Ernährung Magistrat Berlin 737
Külz, Wilhelm Dr.
Vorsitzender der LDP 737
Kunkel, D. E. Lt.Col.
Chief Air Forces Br., Armed Forces Div., OMGUS Sept., Okt. 1947, Feb. 1948 54, 59, 108
Kunkel, Edward W.
Chief Requirements & Alloc. S., Econ. Br., OMGBS 1947–49 718
Kylo, Lester H. Maj.
Heidenheim, OMGWB Sept. 1947; Ludwigsburg, OMGWB Jan. 1948 500f.

Ladd
OMGBR 626
Lafferty, F. R. Col.
Commandant, Off. of the Hq Commandant, USGCC Juni 1945 20
LaFollette, Charles M. Civ.
Dir. OMGWB Dez. 1947 - Dez. 1948 496, 501, 581
Lafountain, G. Capt.
Cham, OMGBY Okt. 1948 291
Lambert Col. (UK) 608
Lamoureux Capt.
Chief Building Materials & Construction S., Industry Br., Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Lamson, P. B. Maj.
Kulmbach, OMGBY Okt. 1945 166
Landeen, W. M. Capt.
Ed. & Relig. Off., OMGBY Mai 1945 222, 225
Landin, Harold W. Dr., Capt./Maj./Civ.
Public Monuments & Fine Arts, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944; Admin., Det. E1A2, ECAD Juli 1945; Chief Civ. Admin. and Local Governm. S., CAD, OMGHE Okt. 1945; Dir. CAD, OMGHE Dez. 1945 – Dez. 1947; Chief Civ. Liberties & Democratization Br., CAD, OMGUS Juni 1948; Consultant, CAD, OMGUS April 1949 69, 78, 111, 320f., 360
Lane, Allen H.
Statist. Off., Intell. & Reports Div., OMGWB Juli 1949 506
Lane, Francis A. Civ.
Chief Berlin Consular Br., Off. of the Dir. of Pol. Aff., OMGUS April 1949 78
Lang, Emil Civ.
Chief Fin. Intell. Gp, Off. of the Fin. Ad., OMGUS April 1949 78, 107
Lange, Karl Arthur Dr.
Wirtschaftsminister Bayern 155f., 158
Langendorf, Ernst
Combat Propaganda Team, PWB, 7th Army April 1945; Press (Control) Br., ICD/ISD, OMGBY Aug., Okt. 1946, Okt. 1947, Nov. 1948, April 1949 175f., 178f., 242, 250
Lanou, Paul E.
Chief Civilian Supply S., Econ. Br., OMGBS 1945–46 718
Lanzano, Joseph P.
Wegscheid, OMGBY April 1949 294
Lapp, Theodore A. Civ.
Chief Social Insur. Br., Manp. Div., OMGWB Sept. 1947 499
LaPrade, L. S. Capt.
Büdingen, OMGHE Okt. 1945 345
Larimer, C. A. Capt.
Altötting, OMGBY Jan. 1947 286
Larson, Virgil E. WOJG
Reports & Statist., OMGWB Jan. 1948 501
LaRue, Robert Maj.
Prison Off., Legal Div., OMGWB Juni 1946 548
Larwood, James B. Civ.
Dir. Reports & Statist. Div., OMGWB Juli 1947; Chief Reports Br., OMGWB 1948, März, Juli 1949 97f., 501, 504, 506
Lascoe, Raymond Maj.
Pforzheim, OMGWB Sept. 1947, Jan., Mai 1948, März, Juli 1949 500f., 503, 505, 508
Latham, D. N.
Exec. Dir. ICD, OMGWB Juli 1946 534
Lattre de Tassigny, Jean-Joseph-Marie de
Oberbefehlshaber der franz. Truppen in Deutschland 674
Lauben, P. S. Col.
Demob. Br., Army Ground Div., USGCC Juni 1945 19
Laukhuff, Perry Civ.
Chief Pol. Br., Off. of the Dir. of Pol. Aff., OMGUS April 1949 77, 100
Lawrence, J. T.
Area Commander Straubing, Br. D, FOD, OMGBY Okt. 1948 291
Lawrence, M. Maj.
Berchtesgaden, OMGBY Jan. 1947 286

Lawrence, Wallace
Chief Prisons Br., Legal Div., OMGHE 1947 - Sept. 1949 393
Lawton, Robert C. Capt.
Crailsheim, OMGWB Sept. 1947, Mai 1948 500, 502
Leahy, William D. Admiral
COS to the CINC of the Army and Navy 602
Lebowitz, Salomon
ECR Off. Mannheim, OMGWB 563
Ledbetter, V.K. Capt.
Wolfhagen, OMGHE März 1948 402
Lee, Eugene M. Lt.Col.
Wetzlar, OMGHE Okt. 1945; Chief Liais. & Security Contr. S., OMGHE Sommer 1946 - Juli 1947 346, 395
Lee, H.H. Civ.
Chairman Bipartite Statist. Off., BICO Juni 1948; Dep. Chief Bipartite Statist. Off., BICO April 1949 71, 81
Leeds, Walter S. Civ.
Chief Denaz. Div., Baden Liais. Off., OMGWB Sept. 1947; Denaz. Div., OMGWB März - Juli 1949; Denaz. Ad, OMGWB März, Juli 1949 498, 501, 506, 531
Leggatt, A.C. Maj.
Bergstraße & Erbach, OMGHE Jan. 1946 347
Legge, Christopher A.
Chief US Inf. Centers S., ISB, OMGBS 1948–49 709
Leith, Alexander F. Maj.
Bremerhaven, OMGBR Feb. - Sommer 1948 664
Leland, Alenson T. Maj.
Interior Div., OMGWB Jan. 1948 500
Lemeris, Paul E. CWO
Chief Mil. Personnel Br., OMGWB Sept. 1947 498
Lemke, Gervaise M. Civ.
Chief Indigenous Personnel Br., Off. of Personnel Officer, OMGUS Juni 1948 67
Lenert, H.A. 1st Lt.
Co A Ochsenfurt, 3rd MG Regiment, OMGBY Okt. 1945 165
Lennon, Jack H.
Chief Prop. (Contr.) & External Ass. Br., Fin. Div./Prop. Div., OMGBY Juli 1947 - April 1949 176f., 179, 268, 272
Lenzner, Emil Col.
Actg Dir. IACD, OMGUS Juni - Juli 1947; Dep. Dir. IACD, OMGUS Juni, Juli, Sept. 1947, Feb. 1948 55, 60, 109
Leonard, Herbert S.
MFA Off., OMGUS 1946–47 708
Leonhard, Frederick N.
Chief ISB, OMGBS Juli 1945 - Nov. 1947; Dir. ICD/ISD, OMGHE Dez. 1947 - Nov. 1948 380, 709
Letteriello, J. Maj.
Tölz, OMGBY Okt. 1945 167
Letteriello, Josef Civ.
Chief Requirements & Alloc. Br., Econ. Div., OMGWB Sept. 1947; Commercial Ad., OMGWB Mai 1948 499, 502
Lettunich, Mateo
Chief Theater & Music S., ECRB, OMGBS 1948–49 731
Levan, Carl E.
Dep. Dir. Econ. Div., OMGHE Jan. 1947 366
Leven, Charles L.
Area Commander Bayreuth, Br. B, FOD, OMGBY Okt. 1948; Bayreuth, OMGBY April 1949 465, 529
Leven, Charles L. Maj.
PWB, OMGWB Nov. 1945 - März 1946 290, 293
Levy, R.E. Maj.
Rottenburg, OMGBY Jan. 1947 286
Lewis, Carlton K. Maj.
Labor Off., Labor Br., OMGBR April - Mai 1945; Labor Off. Wesermünde, OMGBR Mai 1945 658
Lewis, Charles S. Civ.
Actg Chief Radio Contr. Br., ODIC, OMGUS Dez. 1946; Chief Radio (Contr.) Br., ICD/ISD, OMGUS Sept. 1947, Feb., Juni 1948, April 1949 47, 55, 60, 69, 79, 115f.
Lewis, Chester B. Capt./Maj./Civ.
Admin. & Local Governm. Off., Det. E1C3, ECAD Sommer 1944; Admin. & Local Governm., OMGWB Juli 1945, Anf. 1946; Dir. CAD, OMGWB Sept. 1946, Juli, Sept. 1947, Mai 1948; Chief GAD, OMGWB 1948, März, Juli 1949 459f., 462, 464f., 470, 485, 497f., 501, 504, 506, 520, 528
Lewis, John E. Brig.Gen.
Dir. Army Ground Div., USGCC Aug., Nov. 1944, Juni 1945 11f., 18, 107f.
Lewis, Loran L. Capt./Maj.
Admin. & Local Governm. Off., LKB Mannheim, OMGWB 1945 460, 528, 572ff.
Lex, Hans Ritter von
Innenministerium Bayern 155
Lichtenstein, Walter Civ.
Chief Fin. Institutions Br., Fin. Div., OMGUS Okt., Dez. 1945, Juni 1946 - März 1947 31, 47, 106

Liebhafsky, H.H. Capt.
Hünfeld, OMGHE Okt. 1945 345
Liedig, Franz
Landesgeschäftsführer CSU 187
Lifschütz, Alexander Dr.
Senator für die politische Befreiung Bremen 625
Lindaman, Francis C.
Günzburg, OMGBY April 1949 295
Linde, Ernest Civ.
Chief US Secretariat, Off. of the US Chairman, BICO Juni 1948, April 1949 71, 80
Lindjord, H. Maj.
Chief Counterintell. Policy & Liais. Br., ODI, OMGUS Dez. 1946, 1947 48, 97
Lingham, J. Brigadier
UK Regional Commander Niedersachsen 606
Lipman, James O.
Parsberg, OMGBY Okt. 1948; Burglengenfeld, OMGBY April 1949 291, 294
Lisle, Clifton Col.
Command. Off./Dir. Det. E-7 (Nord-Baden), OMGWB Juli, Okt., Dez. 1945 572, 574
Lisle, J.T. Civ.
UK Member Bipartite Finance Gp Sept. 1947 56
Litchfield, Edward H. Dr. Civ.
Dep. Dir CAD, OMGUS Dez. 1946; Dir. CAD, OMGUS Sept. 1947, Feb., Juni 1948, April 1949; Chairman Interdivisional Committee on German Governm. Structures 1948; US Representation Tripartite Liais. Gp April 1949 46, 54, 60, 63, 66, 69, 78, 110ff., 207
Lloyd, B.S. Civ.
Chief Movements Br., Tran. Gp, BICO April 1949 81
Lloyd, C.E. Civ.
Wetzlar, OMGHE Juli 1949 402
Lochner, Robert H.
Chief Radio Br., ICD/ISD, OMGHE 1948 381
Lockland, H. Maj.
Coburg, OMGBY Okt. 1945 166
Lockling, William Bruce Civ.
Chief Frankfurt Pol. Ad., Off. of the Dir. of Pol. Aff., OMGUS April 1949 78
Lockwood, William E. Capt.
Wetzlar, OMGHE Jan. 1946; Dep. Dir. Liais. & Security Contr. Div., OMGHE Juni 1946 346, 395
Loeser Jr., Paul
Research Analyst (Econ), Intell. & Reports Div., OMGWB Juli 1949 506
Loewenfeld, Philipp
Journalist 157
Logan, B.H. Capt.
Obernburg, OMGBY Okt. 1945 165
Logan, William John Civ.
Dir. Gen. JEIA Juni 1948, April 1949 71, 82, 126f.
Logsdon, Krit G. Lt.Col.
Dir. Legal Div., OMGHE Juli 1945 – Dez. 1946; Dir. Prop. Contr. Div., OMGHE Jan. 1946 – März 1946 393, 413
Long, Sam H. Lt.Col.
Chief Legal S., OMGBY Juni – Sept. 1945 154, 232
Loop, Laverne W.
Dep. Chief Fin. Br., OMGBS 1946–48 721
Lord, Russell R. Col./Civ.
Dir. Fin. Div., OMGBY Feb. 1946 – Sept. 1947; Actg Dep. Dir. OMGBY Aug., Sept. 1947; Actg Exec. Off. OMGBY Juni 1948–49; Actg Ass. Land (State) Dir. OMGBY Juli 1948, April 1949 175–178, 193, 267
Loriaux, Frantz G. 2nd Lt./Civ.
Labor S., OMGBY Mai 1945; Actg Chief Manp. Br., OMGBY Feb. 1946; Chief Labor Rel. & Standards Br., Manp. Div., OMGBY Okt. 1946, Okt. 1947; Actg Dir. Manp. Div., OMGBY Okt. 1947; Dir. Manp. Div., OMGBY Sept. 1947 – Juni 1948; Manp. Ad. OMGBY Juni, Nov. 1948, April 1949 176ff., 279f.
Loritz, Alfred
Minister für Sonderaufgaben Bayern; Vorsitzender der WAV 137
Lotterman, Herman
Inf. Spec. (Intell.), OMGWB Juli 1949 506
Lovegrove, William A.
Fine Arts Ad., ECRD, OMGWB Juli 1949 507, 567
Lovejoy, Clarence E.
Public Rel. Off., OMGUS Dez. 1945 100
Lovell, C.S. Civ.
Chief Labor Rel. Br., Manp. Gp, BICO April 1949 81
Lovell, I.A. Capt.
Ochsenfurt, OMGBY Jan. 1947 284
Lovett, William Thad Civ.
Chief Quadripartite Secretariat, CAD, OMGUS Feb. 1948; Dep. Chief Secretariat & Reports Br., CAD, OMGUS April 1949 60, 112
Lubin, S.D. Capt.
Markt Oberdorf, OMGBY Jan. 1947 287
Lucal, A.Y. Maj.
Chief Trade & Industry Br., Econ. Div., OMGWB Sept. 1945 464, 561

Luckenbach, Everett A. Lt.Col.
Personnel Off., OMGUS Mai, Juni 1946; Chief Indigenous Personnel Br., Off. of the Personnel Officer, OMGUS Dez. 1946 48, 93
Lüders, Marie-Elisabeth Dr.
FDP-Politikerin, Berlin 737
Lund, Harold T. Maj.
Hilpoltstein, OMGBY Okt. 1945; Kronach, OMGBY Jan. 1947; Area Commander Nürnberg, Br. B, FOD, OMGBY Okt. 1948; Nürnberg, OMGBY April 1949 166, 285, 290, 293
Lunden, Walter A. Capt.
Chief Prisons Br., Legal Div., OMGBY Mai 1945 – Sept. 1946 154, 176, 239f.
Lynch, James H. Lt.Col.
Heidelberg, OMGWB Sept. 1947, Jan. 1948 500f.
Lynch, Richard T. Capt.
Adjutant, OMGWB Feb., März 1946 497
Lyne, Lewis D. Maj.Gen.
UK Stadtkommandant Berlin 1945 681
Lynn, J.B. Capt.
Kitzingen, OMGBY Okt. 1945 165
Lynn, J.C. Civ.
Member Bipartite Food & Agric. Gp, Sept. 1947; FAF Gp BICO Feb. 1948 56, 62, 125
Lyon Gen. (UK) 678
Lyons, James Grant Civ.
Chief Public Inf. Br., RGCO, OMGUS Feb., Juni 1948; Künzelsau, OMGWB März, Juli 1949 62, 72, 123, 505, 508

MacBryde (McBryde), Duncan D. Maj.
Chief Zonal Aff. Br., ODIC, OMGUS Dez. 1946; Dep. Chief Plans & Directives Br., OMGUS Mai 1947; Dir. ICD, OMGBR Aug. 1947–49 47, 648
MacCormac, Kenneth J.
Actg Chief Cult. Aff. Br., ECRD, OMGBY Nov. 1948 177
MacDonald, Doris E.
Secretary, Command & Exec., OMGWB Juli 1949 505
MacDonald, E.L. Civ.
Chief Management & Budget Off., Off. of the US Chairman, BICO April 1949 80
MacDonald, R.G. Maj.
Rosenheim, OMGBY Okt. 1945 167
MacDonough, J. 1st Lt.
Co F München, 3rd MG Regiment, OMGBY Okt. 1945 67
Macready, Sir Gordon N. Lt.Gen.
UK Chairman BICO Sept. 1947, Juni 1948 56, 71, 124, 603
MacWhorter, Robert M.
Chief Br. B, FOD, OMGBY Okt., Nov. 1948, April 1949 178, 290, 293
Madden, J.Warren Civ.
Associate Dir. Legal Div., OMGUS Okt. 1945 – Mai 1946; Legal Ad. & Dir. Legal Div., OMGUS Mai – Juni 1946 32, 117
Maddux, H.R. Col.
Sec. Gen., OMGUS 19. Mai 1947 – 31. Jan. 1948 54, 58, 94
Maginnis, John J. Col.
COS Allied Kommandatura Berlin, OMGBS 1945; Schöneberg, OMGBS 1945; Dep. Dir. OMGBS 25. Juli 1945 – 28. Feb. 1946 677f., 685, 700, 703, 738
Magnus, Kurt
Emergency Overall Dir., Tran. Div., OMGHE Sept. – Dez. 1947 438
Magruder, Carter Bowie Maj.Gen.
Dir. of Services, Supply & Procurement, G-4, General Staff, EUCOM März 1947 57
Mahder, Carl R. Civ.
Ad., Econ. Br., RGCO, OMGUS Feb., Juni 1948 62, 72, 123
Maher Jr., J.J. Maj.
Kötzting, OMGBY Jan. 1947 286
Mahoney, Haynes R.
Chief Public Rel. Br., OMGBY März 1947 – Dez. 1948; Actg Chief Public Inf. Br., OMGBY Okt. 1947, Nov. 1948 176f., 200
Mahoney, Michael H.F. Civ.
Public Inf. Off., PRD/PID, OMGWB Juli 1949 506, 541
Maier, Reinhold
Ministerpräsident Württemberg-Baden 139, 465, 477, 519, 571, 573
Mair, Hugh Lt.Col.
Exec. Off., Command. & Exec. Gp, OMGWB Dez. 1945; Ass. Dir. Admin. & Serv. Gp, OMGWB Juli 1947; Actg Exec. Off. & Command. Off. 1st MGBat(Sep), OMGWB Sept. 1947; Ass. Exec. Off. & Adjutant OMGWB Jan. 1948; Adjutant OMGWB Jan. – März 1948; Mannheim, OMGWB 1948, März 1949 465, 497f., 500, 503, 505, 508, 512f.
Malachowski, Stanley Maj.
Econ. Div., OMGWB Jan. 1948 500
Malkin, Sydney Lt.
Investigation S., Special Br., OMGBR Aug. 1945 – Aug. 1946 649
Mallon, J.J. Capt.
Beilngries, OMGBY Okt. 1945 166

Mallon, John B. Maj./Lt.Col.
Chief Travel Br., Off. of the AG, OMGUS Feb., Juni 1948, April 1949 59, 68, 77
Mandellaub, Barbara S. Civ.
Chief Court Archives, Sec. Gen. for Mil. Trib., OMGUS April 1949 80
Mann, Woodward B. Col.
Vertreter Hq USAFE in Supply & Materials Committee, Hesse Land Resource Board Juni 1946 386
Manning, E. W. Capt.
Eggenfelden, OMGBY Okt. 1945 167
March, Robert P. Civ.
(Actg) Chief Public Fin. Br., Fin. Div., OMGUS März, Dez. 1946 47, 106
Marcu Jr., Josif
Weissenburg, OMGBY April 1949 293
Marcus, David Col.
Dep. Dir. IACD, USGCC Juni 1945; Sec. Gen., Off. of the DMG, OMGUS Sept.1945 – April 1946 19, 29, 31, 91, 94
Mariels, L. R. Capt.
Tirschenreuth, OMGBY Jan. 1947 285
Maring, Wilbur F.
Exec. Off., Admin. Br., OMGBS 1945–46 700
Mark, Louis
Financial Analyst, OMGUS 1948–49 737f.
Markgraf, Paul
Polizeipräsident Berlin 716
Markley, T. Wade Civ.
Chief Prisons Br., Legal Div., OMGBY Sept. 1946 – März 1947; Chief Prisons Br., Legal Div., OMGUS Sept. 1947, Feb, Juni 1948 56, 61, 70, 118, 241
Marr, P. R. J. Civ.
Chief Posts & Personnel Br., Communications Gp, BICO April 1949 81
Marsh, G. M.
Schweinfurt, OMGBY Jan. 1947 284
Marsh, J. B. Lt.Col./Col.
Dir. Legal Div., USGCC Nov. 1944, Juni 1945; Dep. Dir. for Admin., Legal Div., OMGUS Okt. 1945 12, 20, 32, 117
Marshall, A. F. Civ.
Chief Production Br., Combined Coal Contr. Gp, BICO April 1949 81
Marshall, F. B. Maj.
Vilsbiburg, OMGBY Jan. 1947 286
Marshall, F. W. Lt.Col.
AG, OMGUS Nov. 1945 – März 1946 91, 94
Marshall, George C.
US Außenminister 82, 602, 604
Marshall, J. W. Maj.
Chief Labor Br., OMGBR Juni – Aug. 1945 658
Marshall Jr., Robert L. R.
Dir. Admin. & Personnel Div., Budget & Fiscal Off., OMGBR Anf. 1949 642
Marshall, Snowdon H.
Civilian Supply S., Econ. Br., OMGBS 1946 718
Martin, James S. Civ.
Chief Decart. Br., Econ. Div., OMGUS Dez. 1946, Juli 1947 47, 104
Martin, Peter V. Civ.
(Actg) Dep. Dir. for (Bizonal) Operations, Econ. Div., OMGUS Dez. 1946, Juli 1947 47, 104
Martin, William
MGO, FRD, OMGWB Juli 1949 508
Martindale, Robert C. Civ.
Chief Intell. S., ICD, OMGBY April 1946; Chief Inf. Contr. Intell. (Research & Anal.) Br., OMGBY Okt. 1946, Feb. 1947 – Feb. 1948; Dir. Intell. Div., OMGBY Jan. – Juni 1948 175f., 243, 250, 254
Marvin, Donald M. Dr.
Dir. Statist., Hist. & Field Reports Div., OMGHE Feb. 1948 435
Maseng, Olav Civ.
Dep. Dir. Econ. Div., OMGHE Jan. 1947 366, 386
Mason, Ned G.
Actg Chief Food & Agric. S., Econ. Br., OMGBS 1949 718
Matheny, Arthur J. Capt.
Vaihingen, OMGWB Sept. 1948, März 1949 503, 505
Mather, Walter E. Maj.
Secretary, Bipartite Secrerariat, Off. of Sec. Gen., OMGUS Sept. 1947 – Sept. 1949; US Secretary, BICO Sept. 1947 – Sept. 1949 61, 67, 70, 77, 80, 125
Mattes, Wilhelm
Finanzminister Hessen 139
Matthews, Charles W. Capt.
Sinsheim, OMGWB Sept. 1947; Nürtingen, OMGWB Mai 1948 500, 503
Mattox Maj.
Amberg, OMGBY Okt. 1945 166
Maupin, Myron M. Maj.
Prop. Contr., Det. E1A2, ECAD Sept. 1944; Dir. Prop. Contr. Div., OMGHE Juli – Sept. 1945 320, 413
Maurinac, Albert A.
Dep. Dir. Manp. Div., OMGHE Dez. 1947, Juli 1948 404
Mautner, Karl F.
Liais. Off. Mag./Abgeordnetenhaus Berlin, OMGBS 1948–58 702f., 738

Mawrence, M.T. Maj.
München, OMGBY Okt. 1945 167
May, John J.
Dep. Chief Br. D, FOD, OMGBY Okt. 1948, April 1949 256, 290, 293
Mayer, Arthur Civ.
Chief Motion Picture Br., ISD, OMGUS April 1949 79, 116
Mayer, Frank (Francis) L. Civ.
(Actg) Chief Industry Gp, Off. of the Econ. Ad., OMGUS März, Juni 1948, April 1949; Chief Industrial Div., Mil. Security Board, OMGUS April 1949; Chief Industrial Div., US Element, Mil. Security Board, HICOG Sept. 1949 63, 68, 78, 82, 86, 105
Mayer, Herbert C. Civ.
Chief Plans & Directives Br., ICD, OMGUS Juli 1947; Dep. for Quadripartite Aff. & Chief Plans & Directives Br., ICD, OMGUS Juni 1948 69, 116
Mayer, J.
Chief Wages & Labor Stand. S., Manp. Br., OMGBS 1947–48 725
Mayes, Martin Dr.
Library Spec., ERA Br., ECRD, OMGBY Sept. 1946; Dep. Chief ERA Br., ECRD, OMGBY Mai 1947 – Anf. 1948; Chief ERA Br., ECRD, OMGBY Anf. 1948 – April 1948 225
Mayio, Albert P.
Chief Analysis Br., Intell. Div., OMGBY Nov. 1948, April 1949 178f.
McAnnally, Louis W.
Freising, OMGBY Okt. 1948, April 1949 291, 294
McBride, J.J. Capt.
Fürstenfeldbruck, OMGBY Okt. 1945 167
McBryde, Duncan D. siehe MacBryde, Duncan D.
McCabe, Ralph Civ.
Actg Chief Internal & External Fin. Gp, Off. of the Fin. Ad., OMGUS April 1949 78, 107
McCaffery, R.L. Civ.
Special Ass. to the DMG, Off. of the DMG, USGCC Juni 1945 18
McCallion, H. 1st Lt.
Hq Commandant, OMGWB Sept. 1947 498
McCarthy, D.L.
Chief Intell./Research Br., ICD, OMGHE 1946 381
McCarthy, John R.
Investigation & Enforcement Br., Fin. Div., OMGBY Okt. 1947 176
McCarthy, W.F. Capt.
Kulmbach, OMGBY Okt. 1948 290
McCaslin, James F. Lt.Col.
Chief Reparations & War Potential S., Industry Br., Econ. Div., OMGBY April 1946; Chief Industry Br., Econ. Div., OMGBY Jan. 1948; Chief Reparations & War Potential Br., Prop. Div., OMGBY Frühj. 1948 – Juni 1948 256f., 276
McCauley Maj.
Chief Econ. Field Team Würzburg, Econ. Div., OMGBY April 1946 256
McCauley, Worth B. Civ.
Chief MG Courts Br., Legal Div., OMGBY Nov. 1946, Anf. 1948 – Dez. 1948; Chief Attorney Nürnberg, OMGUS April 1949; Off. of Chief Attorney, Off. of Gen. Counsel, HICOG Sept. 1949 80, 86, 236
McCawley, John C. Col.
Chief Admin. Off./Dir. of Admin. Services, USGCC/OMGUS Juni – Okt. 1945 93
McClaskey, Beryl R. Dr., Civ.
Chief Organization & Progr. Br., CO, OMGUS Aug. 1947; Ass. Chief Organization & Progr. Br., CO, OMGUS Feb., Juli 1948 59, 96
McClinting, George M.
Dep. Chief Econ. Br., OMGBS 1947 718
McCloy, John J. Civ.
Military Governor 15. Mai 1949 – 21. Sept. 1949; US High Commissioner for Germany 15. Mai 1949 – Juli 1952 83, 87f., 91f., 171, 193, 229, 603, 624
McClure, Robert A. Brig.Gen.
Chief Inf. Contr. Service, USGCC März 1945; Dir. Off. of Inf., USGCC Juni, Juli 1945; US Member Pol. Directorate, ACC Juli 1945; Dir. Off. of Inf. Contr. Service, Off. of the DMG, OMGUS Okt. 1945; Dir. ICD, OMGUS April 1946 – Mai 1947 22, 29, 31, 47, 115, 243f.
McClusky, George N. Civ.
Chief Requirements & Alloc. Br., Econ. Div., OMGUS Dez. 1946, März, Juli 1947; Dep. Chief Manp. Br., OMGBS 1947–48; Chief Manp. Br., OMGBS April 1948 – Sept. 1949 47, 104, 724
McComb, Malcolm S. Civ.
Chief Policy & Coordination Br., Econ. Div., OMGUS Dez. 1946; Chief Econ. Contr. Gp, BICO Contr. Gp, US Element, Econ. Div., OMGUS Juli 1947 47, 104
McComsey, J.A. Col.
Chief Admin. Court S., CAD, OMGUS Okt. 1945 110

McCord, James H. Maj.
Chief Exec. Br., CAD, OMGBY Juli 1946 – Mai 1948; Actg Chief Admin. Agencies Br., CAD, OMGBY Okt. 1947 176, 204
McCracken, Louis A.
Tauberbischofsheim, OMGWB Sept. 1948, März, Juli 1949 503, 505, 508
McCraw, J.L.
Dep. Chief PSB, CAD, OMGUS April 1949 112
McCurdy, William E. Civ.
Chief Legal Ad. Br., Legal Div., OMGUS Sept. 1947, Feb. 1948; Dep. Dir. Legal Div., OMGUS Juni 1948; (Associate) Dir. Legal Div., OMGUS März, April 1949 55, 61, 69, 79, 118f.
McDaniel, C.E. Maj.
Cham, OMGBY Okt. 1945 166
McDonald, Alex B. Maj.
Chief Trade & Industry Br., OMGBR Aug. 1945 653
McDonougy, J.E. Lt.Col.
Chief Fin. Institutions Br., Fin. Div., USGCC Juni 1945 20, 106
McEvoy, John A. Lt.Col.
Chief Plans & Operations Br., OMGBY Sept. – Dez. 1947 176, 197
McGiffert, Stephen Y. Col.
Dir. Econ. Div., OMGBY Dez. 1945 – Anf. 1948 175f., 256f.
McGregor, Kenneth E.
Weser Field Organization, Water Br., Tran. Div., OMGBR März 1947 657
McHaney, James M. Civ.
Dir. SS & Mil. Div., OCCWC, OMGUS Juni 1948; Dep. Chief of Counsel (High Command Case), OCCWC, OMGUS Juni 1948 70, 119
McIntosh, Moore C. Civ.
Chief Supply Accounting Br., Econ. Div., OMGUS Dez. 1946, Juli 1947; Chief Audit Off., OMGUS Sept. 1947, Feb. 1948; Comptroller, Off. of the Comptroller, JEIA Sommer 1948, April 1949 47, 54, 59, 82, 104, 127
McIntyre Maj.
Chief Machinery & Optics S., Industry Br., Econ. Div., OMGBY April 1946 256
McJunkins, Orren R. Civ.
Chief Reparations (& Restitutions) Br., Prop. Div., OMGUS März, Juni 1948, April 1949 63, 70, 79, 107
McKay, Ellis H.
Mellrichstadt, OMGBY April 1949 293
McKenna Capt.
PTT, OMGBY 1945 201
McKibbin, George B. Civ.
Dir. IACD, OMGUS Juli, Sept. 1947, Feb. 1948; Internal Aff. & Communications Directorate, ACA Feb. 1948; Governm. Admin. Ad., OMGUS Juni 1948 55, 60, 67, 109, 130
McKinney, E.B. Lt.Col.
Chief Movement & Traffic Br., Tran. Div., USGCC Juni 1945 20, 122
McLean, D.H. Lt.Col.
Spec. Ass. to the DMG, Off. of the DMG, OMGUS Okt. 1945 30
McLendon, E.L. Col.
Chief Justice Ministry Br., Legal Div., USGCC/OMGUS Nov. 1944, Juni 1945, Okt. 1945 20, 32, 117
McMahon, Bernard B. Col.
Chief 6871st DISCC, OMGWB April – Mai 1945; Chief 6870th DISCC, OMGBY Mai 1945 – Jan. 1946; Dir. ICD, OMGBY Jan. 1946 – Feb. 1947; Dir. ICD, OMGHE Feb. – Juli 1947 175, 243, 246, 380, 533, 538
McMahon, Gerald F.
Mühldorf, OMGBY Okt. 1948; Berchtesgaden, OMGBY April 1949 292, 294
McMasters, Eugene
Liais. Off., Intell. Br., OMGBY Juli 1947 253
McMullen, Sir Donald Maj.Gen.
UK Member Tran. Gp, BICO Sept. 1947 56
McNamara, E.A. Capt.
Cham, OMGBY Jan. 1947 285
McNarney, Joseph T. Gen.
CINC, USFET and Military Governor 1. Dez. 1945 – 15. März 1947 21, 46, 49, 57, 91f., 187, 243, 622f.
McNeal, Dan H. Lt.Col.
Chief Legal Off., OMGWB Juli 1945 542, 547
McNeill, G.H. Civ.
Chief Maritime & Shipping Br., Tran. Gp, BICO April 1949 81
McNeill, John F.
Chief German Courts Sub-S., Legal Br., OMGBS 1945–47 712
McNulty, Joseph P.
Dep. Chief Prop. Contr. Br., OMGBS 1947–48; Chief Prop. Contr. Br., OMGBS 1948–49 722
McPoland, V.
Chief Plans & Operations Br. ICD, OMGWB Juli 1946 534
McQueary, F.K. Civ.
Chief Fuel & Power Br., Commerce & Industry Gp, BICO April 1949 80

McSherry, Frank J. Brig.Gen.
Dir. Manp. Div., USGCC/OMGUS Juni, Juli, Okt. 1945 23, 30, 32, 120f.
McWorther, R.N. Capt.
Grafenau, OMGBY Jan. 1947 285
Meacham, Merle A. Lt.Col.
Oberlahn, OMGHE April 1947 398
Mead, John F. Maj.
Dir. Cult. Div., Det. E-7 (Nord-Baden), OMGWB Okt. 1945; ECR Team Nr. 1 (Nord-Baden), OMGWB Nov. 1945 – Juni 1946; Chief Cult. Exchange Br., ECRD OMGWB 1948; Dep. Dir. ECRD, OMGWB Sept. 1948 – Sept. 1949 502f., 507, 563, 567f., 574
Meade, Frank C. Brig.Gen.
Dir. IACD, USGCC Nov. 1944; Ass. Dep. for Public Services, USGCC Juli 1945; Chief. Community & Ed. Br., IACD, USGCC Juni 1945; Dir. IACD, OMGUS Okt. 1945 12, 19, 23, 30, 32, 90f., 109
Meinzolt, Hans Dr.
Staatssekretär Kultusministerium Bayern 155
Meirhenry, O. 1st Lt.
Co G Ziemetshausen, 3rd MG Regiment, OMGBY Okt. 1945 168
Meister, Charles W.
Dep. Chief ECRB, OMGBS 1945–46 731
Melchers, Christel J.
Schöneberg, OMGBS 1947–49; Kreuzberg, OMGBS 1947–49; Neukölln 1949 703
Menard, Pierre
Services & Supply Br., OMGWB Sept. 1948 503
Menchl, Rudolph
Naila, OMGBY April 1949 293
Mendelsohn, Peter de
Press Off., ISB, OMGBS 1945 709
Mercer, Harold
Chief PWB, OMGBS 1945 – Dez. 1946 727
Merone, Edward E. Civ.
Chief Liais. & Security Det. Bremerhaven, OMGBR Sommer 1948 – Sommer 1949 664
Merriken, John E. Maj.
Chief PHWB, OMGBR Mai 1945 – Aug. 1946 659
Merill, Eugene H. Civ.
Chief Communications Br., IACD, OMGUS Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948; Chief Communications Gp, Off. of the Econ. Ad., OMGUS Juni 1948, April 1949 48, 55, 60, 63, 68, 78, 105, 109
Meservey, Douglas W. Lt.Col.
Dep. Dir. OMGBR Okt. 1945 628, 639, 643
Meskimen, John K. Civ.
Chief Labor Rel. Br., Manp. Div., OMGUS Juni 1948, April 1949 70, 79, 121
Messec, Harry S. Lt.Col.
Dep. Dir. POW & DP Div., OMGUS Nov. 1947 – Feb. 1948 114, 129
Messeck, William H. Civ.
Chief Forestry Br., Econ. Div., OMGWB Sept. 1947; Forestry Ad., OMGWB Juli 1949 499, 506
Metal, Nicholas
Land Intell. Off., OMGBR Nov. 1946 – Mai 1949 619, 644, 647f.
Mettger, H. Philip Civ.
Chief Legisl. Br., CAD, OMGUS Sommer 1947, Feb. 1948; Dep. Dir. for Operations, CAD, OMGUS März, Juni 1948, April 1949 55, 60, 69, 78, 111f.
Metz, Matthias Dr.
Generalsekretär Landespersonalamt Bayern 211
Metzger, E.H. Col.
Chief Policy Enforcement Br., CAD, OMGUS Frühj. 1947 111
Meyer, Erich L.
Chief Decart. Br., Prop. Div., OMGHE April 1948 – Jan. 1949 413
Meyer, Fred A. Col.
Dir. Personnel & Admin. Div., OMGBY Aug. 1946–1948 176, 197
Michaelis
Postrat Bremen 620
Michell, A.B. Col.
Chief Prisons Br., Legal Div., USGCC Nov. 1944, Juni 1945 20, 117
Mickelsen, Stanley R. Brig.Gen.
Dir. POW & DP Div., USGCC/OMGUS Juni, Okt. 1945, Dez. 1946 23, 30, 32, 48, 114
Midzor, John C.
Starnberg, OMGBY Okt. 1948, April 1949 291, 294
Milburn, Bryan L. Brig.Gen.
Dir. MG Div. B, USGCC Aug. 1944; COS, Off. of the DMG, USGCC/OMGUS Juni, Okt. 1945; Dir. of Admin. Services, OMGUS Juli 1945 – Okt. 1946 11f., 18, 21, 29f., 90f., 93, 638, 688
Miles, J. Civ.
Chief Customs Gp, BICO April 1949 81, 126
Miles, John Civ.
Chief Reports & Statist. Div., Off. of Admin., HICOG Sept. 1949 87
Miller, Buford J.
Chief Field Inspections Br., FAFD, OMGBY April 1949 179

Miller, Daniel R.
Hammelburg, OMGBY April 1949 293
Miller, F.M.S. Col.
Chief Demob. Br., Air Div., USGCC Juni 1945 19
Miller, Frank J. Civ.
Chief Trade & Payments Div., Off. of Econ. Aff., HICOG Sept. 1949 86
Miller, H.B. Capt.
Alsfeld, OMGHE Juni 1946 397
Miller Jr., K.J. 1st Lt.
Wegscheid, OMGBY Jan. 1947 286
Miller, Maxwell
US Dir. Spandau Allied Prison, Legal Br., OMGBS 1948–49 712
Miller, Saul
Chief Youth Act. S., ECRB, OMGBS 1946–48 731
Millican, C.B. Civ.
Chief Reports Br., Off. of the US Chairman, BICO April 1949 80
Mills, Sir Percival
CCG/BE 681
Milner, G.L. Capt.
Kelheim, OMGBY Jan. 1947 285
Miner, E.E.
Graphics Br., CO, OMGUS Juni 1947 96
Miniclier, Louis M. Civ.
Chief Welfare S./Br., IACD (IAD, CAD), OMGBY Feb. 1946–48; Chief Ed. & Relig. Aff. Br., ECRD, OMGBY April – Juli 1948; Actg Dir. ECRD, OMGBY April 1948; Chief Cult. Aff. Br., ECRD, OMGBY April 1949 175, 177 f., 219, 225
Minor, J.B. Civ.
Security Off., Off. of Admin., HICOG Sept. 1949 87
Mitchel, Fletcher D. Civ.
Chief Budget & Fiscal Br., CO, OMGUS Mitte 1948; Chief Budget & Finance Div., Off. of Admin., HICOG Sept. 1949 67, 87, 96
Mitchel, Q.A. Capt.
Uffenheim, OMGBY Okt. 1948 290
Mitchell, H.H. Civ.
Actg Chief Legisl. Div., Off. of Gen. Counsel, HICOG Sept. 1949 86
Mitscherlich, Alexander Dr.
Regierung Mittelrhein-Saar (Neustadt a.d. Weinstraße) 321
Moeller, Paul E.
Chief Research Br., Intell. Div., OMGBY Nov. 1948 178
Monoghan, J.E. Civ.
Witzenhausen, OMGHE Juli 1949 402
Montague, R.L. Capt.
Altötting, OMGBY Okt. 1945 167
Montcalm, Roger
Pfaffenhofen, OMGBY April 1949 294
Montgomery, Sir Bernard Field Marshal
CINC, British Forces of Occupation in Germany 674
Montgomery, Franz Dr.
Chief Higher Ed. Br., ECRD, OMGHE Dez. 1948 371
Montgomery, Joseph P.
Kempten, OMGBY Okt. 1948, April 1949 292, 295
Montgomery, R.O. Col.
OKW-OKH Contr. Br., Army Ground Div., USGCC Juni 1945 19
Montpas, W.G. Capt.
Kemnath, OMGBY Okt. 1945 166
Mooers, S.R. Lt.
Bamberg, OMGBY Okt. 1948 290
Moore Jr., S.C. Capt.
Hofgeismar, OMGHE Okt. 1945, Jan. 1946 345, 347
Moore, A.W. Capt./Maj.
Eschwege, OMGHE Okt. 1945, März 1946 345, 347
Moore, George P. Maj./Civ.
Eschwege, OMGHE April 1947; Gießen, OMGHE März 1948, Juli 1949 398, 401 f.
Moore, H.H. Capt.
Höchstadt (Aisch), OMGBY Jan. 1947 285
Moorhead, Robert G. Lt.
Hq Commandant, OMGBR Jan. – Dez. 1946 641 f.
Moran, Alfred W.
Chief Econ. Br., OMGBS Juli 1947 – Juni 1948; Dep. Dir. OMGBS Juli 1948 – Sept. 1949 686, 700, 718
Moran, D.J. Capt.
Friedberg, OMGBY Jan. 1947 287
Moran, William J.
Dep. Dir. FOD, OMGBY Okt. 1948, April 1949 289, 293
Morgan, B.A. Capt.
Feuchtwangen, OMGBY Jan. 1947 285
Morgan, C.H.
COS Allied Kommandatura Berlin, OMGBS 1945 700
Morgan, Charles C. Col.
Command. Off. 3rd MG Regiment, OMGBY Jan., Okt. 1946; Admin. & Inspection Gp, OMGBY Okt. 1947 169, 175 f., 194
Morgenthau Jr., Henry
US Finanzminister 602

Morlock, Joseph R. T/Sgt
Mess Steward, Command & Exec., OMGWB Juli 1949 505
Morris, L.E. Capt.
Frankenberg, OMGHE Okt. 1945 345
Morse, David A. Maj./Lt.Col.
Dir. Manp. Div., USGCC Nov. 1944, Juni 1945 12, 20, 120
Morse, Jesse S. 1st Lt.
Chief Special Br., PSD, OMGBS Aug. 1945 – Jan. 1947 649f.
Moseley, Charles H. Lt.Col.
Senior PH Off./Dir. PHD, OMGHE Sept. 1945 – April 1948 415
Moseley, Myrtle Todd Civ.
Chief Reports & Inf. Br., RGCO, OMGUS Juni 1948 72, 123
Moskowitz, Moses 1st Lt./Capt.
HIPI & Field Reporting, Funct. Gp/Off., OMGWB April 1945 – März 1946 464, 466, 532, 538f.
Moul, Kenneth R. Capt.
Chief PHWB, OMGBR 1946 659
Mrachek, H.J. Maj.
Parsberg, OMGBY Okt. 1945; Landshut, OMGBY Jan. 1947 166, 285
Muccio, J.J. Civ.
Chief Pol. Br., Off. of the Dir. of Pol. Aff., Off. of the DMG, OMGUS Okt. 1945; Chief Denaz. Br., Off. of the Dir. of Pol. Aff., Off. of the DMG, OMGUS Okt. 1945 31, 98
Muelder, Milton E. Dr., Civ.
Chief Progr. Br., CAD, OMGUS Dez. 1946, Juni 1947; Dep. Dir. ECRD, OMGUS Juni 1948, April 1949 47, 69, 79, 95f.
Müller, Hans Dr.
Staatssekretär Finanzministerium Bayern 155
Müller Josef Dr.
Stellv. Ministerpräsident, Justizminister Bayern, Vorsitzender der CSU 131, 160, 187, 239, 251
Mueller Jr., William G. Capt.
Supply, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944 320
Muenter, H.F. Col.
Chief Disarmament Br., Air Div., USGCC Juni 1945 19
Mulcahey Jr., J.T. Capt.
Dillingen, OMGBY Okt. 1948 292
Mulholland, J. Maj.
Oberviechtach, OMGBY Jan. 1947 286
Mullaney, Harold F. Maj.
Chief Labor Rel. Br., Manp. Div., OMGUS 1946, Sept. 1947, Feb. 1948 48, 56, 61, 121
Muller, Walter J. Brig.Gen.
Chief Supply Br., G-5, 3rd Army Aug. 1945; G-4, 3rd Army Okt. 1945; Dir. OMGBY 5. Okt. 1945 – 20. Nov. 1947 161, 171, 175f., 183, 187, 192, 198, 207f., 238, 243, 251, 254, 256
Muller, Willard C.
Chief Food Processing & Distrib. Br., FAFD, OMGBY Nov. 1948, April 1949 177, 179, 265
Mullin, C.E Capt.
Wolfhagen, OMGHE Okt. 1945 346
Mullin, Harry G.
Landau, OMGBY April 1949 294
Mulloney, Daniel C. Civ.
Fiscal & Budget Contr. Br., ISD, OMGUS April 1949 79, 116
Mulroy, James C.
Decart. Ad., BAD, OMGWB Juli 1949 506
Munford, James
Ass. to the Chief Public Rel., Statist. & Hist. Br., OMGBS 1946 706
Murakami, Yoshihio
Mail Clerk, PAD, OMGWB Juli 1949 506
Murnane, John F. Capt.
Public Safety, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944 320
Murphy, Robert D. Civ.
Ambassador; US Political Adviser 1944 – 1949 12, 19, 21, 29, 31, 48, 54, 58, 67, 72f., 90, 92, 98f., 132, 156, 160, 174, 614, 630, 681
Murray, F.P. Capt.
Tirschenreuth, OMGBY Okt. 1945 166
Murray, M.G. Civ.
Chief Social Insurance Br., Manp. Div., OMGUS Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948 48, 56, 61, 121
Mursell, George R. Dr., Lt.Col.
Labor Off., Labor Br., OMGBR Aug. 1945–49 658
Musgrove, F.R. Maj.
Darmstadt & Groß-Gerau, OMGHE März 1946 348
Myers, Thomas I. Civ.
German Justice Br., OMGWB Juni 1946 545, 548

Napoli, Joseph F. Civ.
Budget & Fiscal Off., OMGBR Nov. 1946 – Juli 1947: Dir. Special Br., OMGBR Jan. – März 1947; Dir. Denaz Div., OMGBR März 1947 – Sept. 1948; Denaz. Ad., GAD, OMGBR Sept. 1948 – Juni 1949 625f., 640, 642, 650

Naramore, Dewilda Civ.
Chief Legisl. Review Br., RGCO, OMGUS Feb. 1948; Ad., Legisl. Review Br., RGCO, OMGUS Juni 1948; Research & Statist. Br., Commerce & Industry Gp, BICO April 1949 62, 72, 80, 123
Narvid, B.N.
Chief Br. A, FOD, OMGBY Okt. 1948 289
Neal, Noel A.
Ass. Exec. Off., Admin. Br., OMGBS 1946 701
Nebgen, George Civ.
Chief Admin. Br., RGCO, OMGUS Feb. 1948 62
Necel, R.H. Capt.
Rosenheim, FOD, OMGBY Jan. 1947 286
Neel, William T. Maj.
Chief Housing & Real Estate Br., Interior Div., OMGWB Sept. 1947; Göppingen, OMGWB 1948; Heidelberg, OMGWB Sept. 1948, März 1949 499, 502f., 505, 507
Neff, D.R. Lt.Col./Civ.
Chief Water (Tran.) Br., Tran. Div., OMGUS Okt. 1945, Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948 32, 49, 56, 61, 122
Neider, Norman L. Capt.
Groß-Gerau, OMGHE April 1947 398
Neill, William D. Maj./Civ.
Dir. Tran. Div., OMGWB Sept., Dez. 1946; Chief Highway Maint. Br., Tran. Div., OMGWB Sept. 1947 497, 499, 561
Nelson, John C. Capt./Maj.
Maintaunus, OMGHE Jan., März, Juni 1946, April 1947, März 1948 346f., 396, 398, 401
Nelson, Oskar A. Capt.
PH Off., OMGBR Jan. 1946 659
Nelson, Pierre C.
Öhringen, OMGWB März, Juli 1949 503, 505, 508
Nelson, Saul Civ.
Chief Reports & Statist. Br., Econ. Div., OMGUS Dez. 1946, Juli, Sept. 1947, Feb. 1948; Chief Reports & Statist. Gp, Off. of the Econ. Ad., OMGUS März 1948, Juni 1948 47, 55, 60, 63, 68, 104f.
Nestriepke, Siegfried
Stadtrat für Volksbildung Berlin 695
Neumann, A.T. Capt.
Alzenau, OMGBY Jan. 1947 284
Neumann, Ernest K. Civ.
Chief Special Br. S., OMGBS 1945; Dir. PSD, OMGHE Jan. – Nov. 1946; Exec. Off., OMGHE Juli 1946 – Juli 1949; Dir. Legal Div., OMGHE Juli – Sept. 1949 351, 393, 422, 715
Neumann, Franz
Vorsitzender der SPD Berlin 737
Nevin, Paul S. Maj./Civ.
Chief Trade & Commerce Br., Econ. Div., OMGBY 1945 – Juni 1948 175f., 257
Newell, H.W. Capt.
Naila, OMGBY Okt. 1945 166
Newman, James R. Dr., Lt.Col./Col./Civ.
RMGO Det. E1C3 (Württemberg) April 1945; Senior MGO, Det. E1A2, ECAD April – Okt. 1945; Command. Off. 2nd MGBat(Sep) Nov. 1945 – Mai 1946, OMGHE; Dir. OMGHE Okt. 1945 – Sept. 1949; Land Commissioner for Hesse Sept. 1949 86, 321, 324f., 329f., 345ff., 350ff., 355, 360, 366, 368, 370f., 385, 390, 396, 404, 415, 418, 427f., 431, 436f., 496, 510
Newmeyer, E.J. Maj.
Aibling, OMGBY Okt. 1945, Jan. 1947 167, 286
Newton, Charles
Area Field Inspection & Ad., Field Inspection & Ad. Br., FAFD, OMGBY Herbst 1948 265
Newton, H.C. Col.
(Dep.) Dir. Reparations, Deliveries & Restitutions Div., USGCC Feb. – Juni 1945 20, 101
Nichols, C.K. Civ.
Chief Reports & Statist. Gp, Off. of Econ. Ad., OMGUS April 1949 78, 105
Nichols, R.C. Civ.
Chief Allied Admin. Br., FAF Gp,. BICO April 1949 80, 100
Nichols, R.T. Lt.Col.
Passau, OMGBY Jan. 1947 285
Nicholson, Ralph Civ.
Dir. Off. of Public Aff., HICOG Sept. 1949 87
Nickelsberg, H. Capt.
Lauterbach, OMGHE Okt. 1945; Lauterbach & Alsfeld, OMGHE Jan., März, Juni 1946 345, 347f., 397
Nicol, James W. Capt.
Econ. & Public Utilities, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944 320
Niebergall, Fred Civ.
Dir. Document Disposital Div., OCCW, OMGUS April 1949 80, 120
Nielsen, Aksel G.
Group Activ. Spec., ECRD, OMGWB Juli 1949 507

Nielson, R.J. Maj.
Gunzenhausen, OMGBY Jan. 1947 285
Niles, John S. Col.
Dep. Dir. Tran. Div., OMGUS Dez. 1946 – 49
Nischalke, Martin
Regierungspräsident Wiesbaden 324
Nitz, M.W. Maj.
Garmisch-Partenkirchen, OMGBY Jan. 1947 286
Nixon, R.A. Civ.
Dep. Dir. Investigation of Cartels & External Assets Div., OMGUS Okt. 1945 32
Noble, Dale
Dir. CAD, OMGHE Jan. 1947 – Sept. 1949 361
Nobles, James H.
Schöneberg, OMGBS 1945; Chief Prop. Contr. S., Prop. Contr. Br., OMGBS 1946; Chief Prop. Contr. Br., OMGBS 1946–48 703, 722
Norden, Ruth
Chief Radio S., ISB, OMGBS 1946–47 709
Nordgren, J.F. Capt.
Erding, OMGBY Okt. 1948 291
Nordstrom, Carl H. Dr., Civ.
Chief Research Contr. Br., Econ. Div., OMGUS Sept. 1947; Chief Research Contr. Gp/Scient. Contr. Gp, Off. of Econ. Ad., OMGUS März, Juni 1948, April 1949; Chief Scient. Research Div., Mil. Security Board, OMGUS April 1949; Chief Scient. Research Div., US Element, Mil. Security Board, HICOG Sept. 1949 55, 63, 68, 78, 82, 86, 104f.
Norins, L.H. Capt.
Ingolstadt, OMGBY Okt. 1945 167
Norman, Ernest C. Col.
Dep. Dir. OMGBY Okt. 1945, Nov. 1946; Chief Policy Enforcement Br., OMGUS Nov. 1946 175, 193
Norrie, Lawrence E. Civ.
Chief Group Act. Br., ECRD, OMGUS Juni 1948; Chief Community Ed. Br., ECRD, OMGUS April 1949 69, 79, 113
Norris, T.A. 1st Lt./Capt.
Büdingen, OMGHE Jan., März 1946 347f.
Northey, Wiliam E.
Labor Economist, BAD, OMGWB Juli 1949 506
Norton Maj.
PTT, OMGBY 1945 201
Norton, R.A. Lt.Col.
Augsburg, OMGBY Okt. 1945, Jan. 1947 168, 286
Norum, M.G. Maj.
Günzburg, OMGBY Jan. 1947; Kaufbeuren, OMGBY Okt. 1948 287, 292
Nottingham, J. Capt.
Obertaunus, OMGHE April 1947 398
Nutt Jr., J.M. Capt.
Dieburg, OMGHE Jan. 1946 347

Oakes, Clarence P. Dr., Civ.
Dir. Civil Admin. & Intell. Div., OMGBR April – Sept. 1949; Adviser, Land Commissioner, Bremen Sept. 1949 – 1952 626, 644, 648
Oberry, Bertram (Bertrand) C. (O.)
Chief Legisl. Br., Legal Ad., OMGBY Nov. 1948; Legisl. Br., Legal Div., OMGBY April 1949 177f.
O'Connell, Francis A.
Chief Decart. Br., Prop. Div., OMGBY Nov. 1948, April 1949 178f.
O'Connor, C.J. Civ.
Chief Security Br., ODI, OMGUS April 1949 77, 97
O'Donnell, Charles M. Maj.
PSB, IACD, OMGBY Okt. 1946; PSB, IAD, OMGBY Okt. 1947 175, 177
Ogden, Milton L. Lt.Col.
Sec. Gen. OMGUS 7. April – 21. Sept. 1949, Chief Mil. Div., US Element, Mil. Security Board, HICOG Sept. 1949 86, 93f.
Oja, Eugene E. Capt.
Ludwigsburg, OMGWB Sept. 1947; Backnang, OMGWB 1948; Schwäbisch Hall, OMGWB Sept. 1948, März 1949 500, 502f., 505, 508
Olden, Peter Civ.
Chief Press Br. Nürnberg, ICD, OMGUS Juni 1948 69
Olsen, C. Arild Dr., Civ.
Chief Relig. Aff. Br., ECRD, OMGUS Juni 1948, April 1949 69, 79, 113
Olsen, H.T. Maj.
Straubing, OMGBY Okt. 1945 167
Olsen, P.H. Capt.
Limburg, OMGHE Juni 1946 396
Onthank, Arthur H. Col.
Civil Service & Local Governm. Br., IACD, USGCC Juni 1945; Chief Personnel Off., Off. of the DMG, OMGUS Okt. 1945 – Mai 1946 19, 29, 31, 93
Ordway, Howard E. Maj.
Special Br., OMGBY Juni 1945 154
O'Roark, D.L. Maj.
Kemnath, OMGBY Jan. 1947 286

Osgood, Frances H.
Inf. & Editorial Clerk, Intell. & Reports Div., OMGWB Juli 1949 506
O'Steen, James
Chief. Intell. Div., OMGHE Mai 1946 – Dez. 1948 385
Oswalt, W.H. Capt.
Neuburg/D., OMGBY Okt. 1945 168
Ott, C.H. Lt.Col.
Chief POW Br., POW & DP Div., USGCC/ OMGUS Juni, Okt. 1945 20, 32, 114
Ott, J.L.
Mindelheim, OMGBY Okt. 1948 292
Owen Maj.
Chief Coal & Mining S., Industry Br., Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Owens, L.K. Capt.
Lohr, OMGBY Jan. 1947 284
Oxborrow, C.C. Brigadier
UK Member Decart. Committee, BICO Juni 1948 71
Oxley, Howard Dr.
Chief Vocational & Adult Ed. Br., ECRD, OMGHE Frühj. 1948; Chief Group Act. Br., ECRD, OMGHE Frühj. 1948 371f.
Ozer, Sol D. Civ.
Chief Wages & Labor Standards (& Housing) Br., Manp. Div., OMGUS Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948 48, 56, 61, 121

Pabsch, Anton Civ.
Ad., Tran. & Communications Br., RGCO, OMGUS Feb. 1948; Senior Ad., RGCO, OMGUS Juni 1948 62, 71, 123
Pace, C.M.
Bayreuth, OMGBY Okt. 1948 290
Packard, Joan
Ed., Relig. & Cult. Aff., ECRD, OMGBR Jan. 1946 661
Paddock, Albert W.
Dep. Chief PWB, OMGBS Juli 1945 – Jan. 1946; Chief PWB, OMGBS Jan. – Juni 1946 727
Pagan, Raymond
Dep. Chief Publications Br., ICD, OMGHE Sept. 1948; Dir. ICD/ISD, OMGHE Sept. 1948 – Sept. 1949 381
Paine, Richmond S.
Chief PHB, OMGBS Okt. 1948 – Juni 1949 729
Pallette, Charles A. Maj.
Aalen, OMGWB Sept. 1947, 1948 500ff.
Pantuhoff, O. Lt.Col.
Chief Liais. & Records S., USGCC Juni 1945 18
Panuch, J. Anthony Civ.
Special Ad., Off. of CINC, EUCOM Sept. 1947, Feb., Juni, Aug. 1948, April 1949 54, 58, 67, 72, 76
Pape, Wesley F.
Dep. Chief Legal Br., OMGBS Juli 1945 – Juni 1946; Chief Legal Br., OMGBS Juli 1946 – Sept. 1949 712
Park, Stephen A. Col.
Dep. Dir. for Admin., Econ. Div., OMGUS Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948 47, 55, 60, 104
Parker, Carlson M.
Oberviechtach, OMGBY April 1949 294
Parker, Haven
Legal Br., OMGBY Feb. 1946; Chief Admin. of Justice Br., Legal Div., OMGUS Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948 48, 56, 61, 118, 232
Parkman, Henry Civ.
Dir. CAD, OMGUS April, Dez. 1946; (Actg) Dir. IACD, OMGUS Nov., Dez. 1946, Feb. 1947 45f., 48, 109ff., 607, 619–623
Parks, Floyd L. Maj.Gen.
Command. Gen. US Sector, Berlin District 1945; Ass. Dep. MG & US Commandant Allied Kommandatura Berlin, OMGBS, 4. Juli – 2. Sept. 1945 675–681, 686, 706
Parr, E.S. Capt.
Eschenbach, OMGBY Okt. 1948 291
Parshall, Cecil S. Capt./Maj.
Friedberg, OMGHE Juni 1946; Waldeck, OMGHE April 1947 397f.
Parson, Glenn R.
Chief Press & Publication S., ISB, OMGBS 1948–49; Dep. Chief ISB, OMGBS 1949 709
Paschall Maj.
Posts, Governm. Gp, OMGWB Dez. 1945 466
Passnan Capt.
Chief Textiles & Consumer Goods S., Industry Br., Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Paternoster, Francis R. 1st Lt./Capt.
Prop. Contr., Det. E1A2, ECAD Sept. 1944; Dir. Prop. Contr. Div., OMGHE Sept. – Okt. 1945 320, 413
Patterson, Robert M. Capt./Maj.
PWB, OMGWB Aug. 1944 – Nov. 1945 464, 529
Patton, A. Lt.Col.
Relief & Supply, G-5, 3rd Army Juli 1944; Relief & Supply Gp, ECAD Juli 1944 151

Patton Jr., George S. Gen.
Command. Gen. 3rd Army, 1944 – 5. Okt. 1945; Command. Gen. Eastern Mil. District, US-Zone Aug. 1945; Pres. General Board, USFET Okt. 1945 (gest. 21. Dez. 1945) 10, 146f., 153, 157f., 160f., 192
Paul, Donald Capt.
Dir. Admin. Div., OCCWC, OMGUS 1948 70, 119
Paul, R.J. Maj.
Dillingen, OMGBY Jan. 1947 287
Paulsen Capt.
Chief Marine Prod. Contr. Br., Tran. Div., OMGBR 1946 656
Pawling, George F.
Neukölln, OMGBS 1945–46; Schöneberg, OMGBS 1946 703
Paxton, James C. (D.)
Chief/Dir. PTT S./Div., OMGHE Jan. – Dez. 1946; Communications Br., OMGUS Jan. – Sept. 1947 405
Payette, Joseph
Exec. Off., OMGBR 640, 661
Pearce, Charles
Kötzting, OMGBY April 1949 294
Pence, W.P. Col.
Dep. Dir. IACD, OMGUS Dez. 1946 48
Pendleton Col.
Dep. Dir. OMGBR April 1946 639
Pennetto, E.J. Capt.
Ebersberg, OMGBY Jan. 1947 286
Percy, F.H. Capt.
Maintaunus, OMGHE Okt. 1945 346
Perry, H.D. Civ.
Chief Meteor. Br., Armed Forces Div., OMGUS April 1949 78, 109
Perry, Porter E. Maj./Civ.
Friedberg, OMGHE April 1947; Waldeck, OMGHE März 1948; Fritzlar-Homberg, OMGHE Juli 1949 398, 402
Perry, Robert L. Lt.Col./Civ.
Chief PSB/PS Ad., Interior Div./CAD, OMGWB Sept. 1945 – Sept. 1949 464f., 499, 501, 504, 506, 529
Peshmalyan, B. Maj.
Nördlingen, OMGBY Jan. 1947 287
Peters, Hans Prof. Dr.
CDU-Hauptvorstand Berlin 737
Peters, R.E. Capt.
Hilpoltstein, OMGBY Jan. 1947 285
Petersen, Ella C.
Secretary, PIO, OMGWB Juli 1949 506
Peterson Lt.
Company A, ECAD Okt. 1944 320
Peterson, A.W. Capt.
Königshofen, OMGBY Okt. 1945 165
Peterson, Bethel W. Lt.Col.
Dir. Prop. Contr. Div., OMGWB Sept. 1945 464, 550, 552
Petitfils, Richard Q. Dr., 1st Lt.
Senior PHO, OMGWB Dez. 1945 – Mai 1946; Dep. Chief PHB, OMGWB Mai 1946 – Dez. 1947; Augsburg, OMGBY Okt. 1948 292, 525, 529
Phelps, Robert K. Lt.Col./Col./Civ.
Dir. Det. E-6 (Frankfurt), OMGHE Okt. 1945, März, Juni 1946; Dep. Dir. OMGHE Mai 1946 – Okt. 1947; Dep. Chairman, BICO Feb., Juni 1948, April 1949; Chairman, BICO Aug. 1949 61, 71, 80, 125, 330, 346f., 351, 396, 638
Phenix, Spencer Civ.
Chief Trade & Commerce Br., Econ. Div., OMGUS Juli, Sept. 1947, Feb. 1948 55, 60, 104
Philips, Eugene Civ.
Dir. Public Rel. Div. & Public Inf. Div., OCCWC, OMGUS April 1949 80, 120
Phillips, John H.
Karlstadt, OMGBY April 1949 293
Phillips, Miner B. Maj.
Finance, OMGBY Juni 1945 154
Phillips, W.B.
Chief Publ. Inf. Br., ISD, OMGUS Juli 1947 116
Philp, J.F. Capt.
Eschwege, OMGHE Juni 1946 397
Philpott, Charles H.
Ed. Spec. (Ed. Center), ECRD, OMGWB Juli 1949 507
Philpott, R.J. Lt.Col.
Co E München, FOD, OMGBY Jan. 1947 286
Phleger, H. Civ.
Ass. Dir. Legal Div., OMGUS Okt. 1945 32
Picco, John D. Maj.
Prop. Contr., Det. E1A2, ECAD Sept. 1944 320
Pilli, Edward R.
Adjutant Hesse Section, 7780 OMGUS Gp, Sommer 1948 355
Pillsbury, Edwin S. Col.
Chief I.G. Farben Contr. Br., Fin. Div., OMGUS Juli, Okt. 1945 31, 106
Pinther, Harold Col.
Insp. Gen., Off. of Insp. Gen., OMGUS Nov. 1946 – Nov. 1947 95
Pionier, A.D. Lt.Col.
Chief Econ. Directorate Secretariat, Econ. Div., OMGUS Feb. 1948 60

Place, S.R. Lt.Col.
Berchtesgaden, OMGBY Okt. 1948 292
Plotnik 1st Lt.
HIPI, ICD, OMGWB März - Juni 1946 532, 538
Poland Jr., Eustis L. Capt.
Künzelsau, OMGWB Sept. 1948 503
Pollock, James K. Prof. Dr., Civ.
Chief Civ. Admin. Br., IACD, OMGUS Okt. 1945 - Jan. 1946; Dep. Dir. IACD, OMGUS Okt. 1945; Actg Dir. RGCO, OMGUS Okt. 1945 - April 1946; Dir. RGCO, OMGUS April 1946 - Juli 1946 32ff., 110, 123, 225, 614
Pool, J.H. Col.
Chief Admin. Br., Air Div., USGCC Juni 1945 19
Porter, Dwight Civ.
Chief Organization & Management Div., Off. of Admin., HICOG Sept. 1949 87
Porter, P.R. Civ.
Chief Labor Standards & Soc. Insurance Br., Manp. Div., USGCC Juni 1945 20, 120
Potter, Franklin J. Capt.
Legal, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944; Dep. Dir. Legal Div., OMGHE Juli 1945 - Dez. 1946; Dir. Legal Div., OMGHE Jan. 1947 - Juli 1949 253, 320, 393
Potter, M.A. Capt.
Kissingen, OMGBY Okt. 1945 165
Powhida
ECRD, OMGWB 1945 563
Praeger, Frederick A.
Chief Intell./Research Br., ICD/ISD, OMGHE 1948; Chief Publications Br., OMGHE 1948 381
Prail, S.E. Capt.
Sulzbach-Rosenberg, OMGBY Okt. 1945 166
Preiser Lt.Col.
Senior PHO/PHB, OMGWB Sept. 1945 464, 529
Prentice, Marshall
Buchen, OMGWB März, Juli 1949 505, 507
Preston, Nathan R.
Area Commander Bamberg, Br. B, FOD, OMGBY Okt. 1948; Bamberg, OMGBY April 1949 290, 293
Prickett, Fay Brig.Gen.
Vertreter 1st Constabulary Brigade in Hesse Land Resource Board 1947 385
Priday, Paul
MGO, FRD, OMGWB Juli 1949 508
Prondzinski, A.G. Capt.
Brückenau, OMGBY Jan. 1947 284
Proper, L.A. Capt.
Mindelheim, OMGBY Jan. 1947 287
Prugger, Alexander Dr.
Oberfinanzpräsident Bayern 155
Pugh, Thomas Maj.
Chief Mil. Personnel Br., Personnel & Admin. Div., OMGBY Juni 1947 197
Pugh, Walter J.
Neukölln, OMGBS 1948; Steglitz, OMGBS 1948-49; Tempelhof, OMGBS 1949; Zehlendorf, OMGBS 1949 703
Purves, Pierre M. Dr.
Pol. Act. Br., CAD, OMGBY 1946 206
Puzo, Mario F. 626

Quarles, George R. Lt.Col./Civ.
Chief Food & Agric. Br., Econ. Div., OMGBY Feb. 1946 - Jan. 1948 175f., 256, 264
Quirk Col.
Public Safety, Det. E1F3 OMGBY Juni 1945 154

Radcliffe, William D. Dr., Civ.
Chief PHB, OMGWB Sept. 1948 - Sept. 1949; PH Ad., OMGWB Sept. 1948, Juli 1949 503f., 506, 529
Radford, A.S. Civ.
Chief Industry & Production Br., Commerce & Industry Gp, BICO April 1949 80
Radigan, H.P. Maj./Civ.
Friedberg, OMGHE März 1948; Darmstadt, OMGHE Juli 1949 401f.
Radosta, Adolf J.
PSB, Chairman MG Security Review Board, OMGBS 1946-47; Chief German Courts Sub-S., Legal Br., OMGBS 1948-49 712, 715
Rae Capt.
Chief MFAA S., Restitutions Br., Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Raeder, Frederick W.
Chief Fin. Br., OMGBS Feb. 1945 - Aug. 1946 720
Rafferty Maj.
Actg Exec. Off., OMGWB Sept. 1945 464, 497
Ragland, Rawlings Civ.
Dep. Chief of Counsel (Krupp Case), OCCWC, OMGUS Juni 1948 70, 119
Rainwater Maj.
PH, OMGBR 1946 659

Randson, Paul L. Brig.Gen.
COS, 1st Allied Airborne Army Juni 1945 676
Ransier, R. Civ.
Chief Reports & Statist. Br., Communications Gp, BICO April 1949 81
Rapalski, Adam J.
Dep. Chief PHB, OMGBS Sept. 1945 – Feb. 1946; Chief PHB, OMGBS März 1946 – Sept. 1948 729
Rapp, C.P. Civ.
Dep. Chief Communications Gp, BICO Juni 1948 71, 125
Rapp, Walter H. Civ.
Dir. Evidence Div., OCCWC, OMGUS 1948 70, 119
Rattenhuber, Ernst
Leiter Landesamt für Ernährung und Landwirtschaft Bayern 153, 155, 263
Raup, Philip M. Civ.
Food & Agric. Br., OMGUS Sept. 1947; Actg Chief Food & Agric. Gp, Off. of the Econ. Ad., OMGUS April 1949 78, 105, 266
Rausch, Adolf
Regierung Mittelrhein-Saar (Neustadt a.d. Weinstraße) 321
Ray, John E. Col.
Sec. Gen. for Mil. Trib., OMGUS April 1947 – Mai 1948 120
Raymond, John J.
Chief Prisons Br., Legal Div., OMGBY Juni 1947 – Juni 1949 177f., 241
Raymond, John M. Col.
Chief Legal Ad. Br., Legal Div., USGCC Nov. 1944, Juni 1945; Associate Dir. Legal Div., OMGUS Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948; Dir. Legal Div., OMGUS März 1948 – April 1949 20, 48, 55, 61, 69, 79, 118f.
Raynor Lt.Col.
Industry Br., Econ. Div., Governm. Gp, OMGWB Dez. 1945 465
Raynor, Eleanor C.
Actg Chief Legal Ad. Br., Legal Ad., OMGBY Nov. 1948; Chief Legal Ad. Br., Legal Div., OMGBY April 1949 177f.
Read, George M.
Sec. Gen. for Mil. Trib., OMGUS Nov. 1946 – Jan. 1947 120
Read, James Dr., Civ.
Chief Educ. & Cult. Rel. Div., Off. of Public Aff., HICOG Sept. 1949 87
Reader, J.T. Capt.
Ansbach, OMGBY Okt. 1948 290
Real, S.G. Capt.
Schwabach, OMGBY Okt. 1948 290
Reardon, Thomas A. Capt.
Dir. POW & DP Div., OMGHE Jan. – April 1946 427
Reck, Delbert G.
Donauwörth, OMGBY Okt. 1948, April 1949 292, 294
Redifer, A.E.
Chief Rivers & Harbors Engineering Br., OMGBR Nov. 1946 656
Redlich, Robert B.
PIO, OMGBR Nov. 1946 – Juni 1948 641
Reed, Arthur D.
Chief Prop. Contr. S., Prop. Contr. Br., OMGBS 1945; Reports Off., Public Rel., Statist. & Hist. Br., OMGBS 1948–49 706, 722
Reed, Charles H. Lt.Col.
Dir. PW & DP Div., OMGHE Okt. 1945 – Jan. 1946; Dep. Dir. OMGHE Nov. 1945 – Mai 1946; Chief 2nd MGBat(Sep), OMGHE Feb. – März 1946; Dep. Dir. POW & DP Div., OMGHE März 1946; Marburg, OMGHE April 1947; Hanau, OMGHE März 1948 351, 355, 398, 401, 427
Reed, H.E. Maj.
Pfaffenhofen, OMGBY Jan. 1947; Ingolstadt, OMGBY Okt. 1948 286, 291
Reed, Joseph
Osterholz, OMGBR Mai 1945 609
Reed, Robert E. Capt.
Chief Records Br., Off. of the AG, OMGUS Feb., Juni 1948, April 1949 59, 68, 77
Reed, W.S. Maj.
Illertissen, OMGBY Okt. 1945 168
Reef, Arthur
Dep. Dir. ICD/ISD, OMGHE März – Nov. 1948; Dir. ISD, OMGHE Nov. 1948 – Juni 1949 381
Reese, Robert A. Lt.Col.
Exec. Off., OMGBY Okt. 1945; Dir. IACD, OMGBY Feb. 1946 – Feb. 1947 158, 160f., 175, 201, 251
Refiore Lt.
Chief Econ. Field Team Augsburg, Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Rehberg, Erich G.R. Civ.
Dir. Reproduction Div., OCCWC, OMGUS April 1949 80, 120
Reichhardt, B.E. Capt.
Dingolfing, OMGBY Okt. 1945 167
Reid, C.S. Lt.Col./Col.
Dir. Reparations, Deliveries & Restitutions Div., USGCC Nov. 1944, Feb. 1945; Chief Prop. Contr. Br., Fin. Div., OMGUS Okt. 1945 12, 31, 101, 106

Reid, Curtis
Dir. PSD, OMGHE Okt. 1945 – Jan. 1946 422
Reilly Maj.
Chief Admin. & Local Governm. S., CAD, OMGBY Juli – Aug. 1945 155, 204
Reilly, C.J. Lt.Col.
Bayreuth, OMGBY Okt. 1945 166
Rein, C.A. Capt./Maj.
Landsberg, OMGBY Okt. 1945; Jan. 1947 167, 286
Reinburg, W.W. Col.
Demob. Br., Army Ground Div., USGCC Juni 1945 19
Reinsel, E.N. Civ.
Chief Publishing Operations S., Off. of the Dir. of Inf. Contr., OMGUS Okt. 1945; Chief Prop. Contr. Br., Fin. Div., OMGUS März, Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1949 47, 55, 60, 106, 115
Reitzel Capt.
Resources, Food & Agric. Off., OMGBY Mai 1945 263
Renalds, J.O. Capt.
Markt Oberdorf, OMGBY Okt. 1945 168
Reuter, Ernst
Oberbürgermeister Berlin 695, 697, 722, 727, 737
Rey, J.F. Maj.
Viechtach, OMGBY Jan. 1947 286
Reynolds, Jay F. Maj.
Dir. Tran. Div., OMGWB Sept. 1944 – Sommer 1946 465, 559, 561
Reynolds, Roger E.
Actg Dep. Chief Denaz. Div., OMGHE Dez. 1947 – Aug. 1948 428, 431
Rhea, J.E. Maj.
Sonthofen, OMGBY Jan. 1947 287
Rhoades, Hillard A. 2nd Lt.
DP, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944; Dir. Public Inf. Div., OMGHE Juli 1945 – Sept. 1949 320, 418
Rhodes, L.P. Maj.
Roding, OMGBY Jan. 1947 286
Rhyne, William C.
Chief Br. G, FOD, OMGBY Okt., Nov. 1948, April 1949 178, 292
Rice, Lowell O. Capt.
Dir. Defence Center, Sec. Gen. for Mil. Trib., OMGUS April 1949 80
Rich, Anthony J. Capt.
MG Courts Br., Legal Div., OMGBY Okt. 1946 176
Richards, G.J. Maj.Gen.
Insp. Gen., Off. of the CINC, EUCOM April 1949 77
Richardson Lt.Col.
DP, Funct. Gp/Off., OMGWB Sept., Dez. 1945 464, 466
Richardson, John F. Civ.
Dir. Personnel Div., OMGWB Juli 1947 498
Richardson, Monroe M. 1st Lt./Civ.
Chief Publications Br., Off. of the AG, OMGUS Feb., Juni 1948, April 1949 59, 68, 77
Richey, Homer G. Capt.
Off. of the Pol. Ad. Juni 1945 162
Richmond, Clarence
Chief Local Governm. S. & Pol. Aff. S., Legal Br., OMGBS 1945–46 704, 712
Richmond, Yale
Wasserburg, OMGBY April 1949 294
Rick, H.S. Capt.
Grafenau, OMGBY Okt. 1945 167
Riddleberger, James W. Civ.
Dir. of Pol. Aff., OMGUS Okt. 1947, Feb., Juni 1948, April 1949; (Actg) Pol. Ad., Off. of the CINC, EUCOM April 1949; Dir. Off. of Pol. Aff., HICOG Sept. 1949 59, 68, 73, 76f., 86, 92, 98ff., 738
Riedl, John O. Dr., Civ.
Chief Ed. Br., ECRD, OMGUS April 1949 79, 113
Rigg, Robert L.
Schweinfurt, OMGBY Okt. 1948, April 1949 289, 293
Ring, Carlyle C.
Tempelhof, OMGBS 1945 703
Ring, G.A. Lt.Col.
Chief Press Contr. Br., ICD, OMGBY April 1946 243
Rintels, John Civ.
Actg Chief Admin. of Justice Div., Off. of Gen. Counsel, HICOG Sept. 1949 86
Ritchie, Franklin M. Maj.
Chief Legal Off., Funct. Gp, OMGWB Juli – Sept. 1945 464, 542, 547
Ritchie, George D.
Chief Public Rel. S., OMGBY Sommer 1945 200
Ritzinger, Williard R.
Dillingen, OMGBY April 1949 295
Rivard, Reginald J. Maj.
Actg Personnel Off., OMGUS Dez. 1948 – Juni 1949 93
Rivet, R.H. Lt.
Wolfstein, OMGBY Okt. 1948 291
Robb, Alexander D.
Area Commander Bad Kissingen, Br. A, FOD, OMGBY Okt. 1948; Bad Kissingen, OMGBY April 1949 289, 293

Robbins, G.B. Civ.
Chief US Civilian Personnel Br., Off. of the Personnel Officer, OMGUS Dez. 1946; Chief Exec. Br., Armed Forces Div., OMGUS Feb., Juni 1948 48, 59, 69
Roberts, Frank J. Civ.
Actg Chief Foreign Exchange Depository Gp, Off. of the Fin. Ad., OMGUS April 1949 78, 107
Roberts, L.
Dep. Area Commander München, Br. E, FOD, OMGBY Okt. 1948 292
Robertson, Arthur C. (G.) Capt./Civ.
French Aff./All. Liais. Div., OMGWB März 1946 – Sept. 1947; Allied Liais. Off., OMGWB Sept. 1947 497f., 577
Robertson, Sir Brian H. Lt.Gen.
Dep. UK Military Governor Aug. 1945 – Okt. 1947; CINC of British Forces of Occupation in Germany & Military Governor Nov. 1947 – Sept. 1949; UK High Commissioner for Germany Juni 1949 – März 1950 56, 61, 123, 136, 607, 615, 619, 621ff.
Robertson, J.B.A. Civ.
Chief Admin. Br., Fin. Div., OMGUS Feb. 1948 60
Robertson Jr., J.C. Maj.
Dingolfing, OMGBY Jan. 1947 286
Robie, F. Lt.Col.
Forchheim, OMGBY Okt. 1945; Erlangen, OMGBY Jan. 1947 166, 285
Robinson Jr., David L. Col.
Dep. Dir. Fin. Div., OMGUS Okt. 1945; Contr. Off., CAD, OMGUS 1946 31, 47, 95, 106, 631
Robinson, Harold
Ed. Spec., ECRD, OMGWB Juli 1949 507
Robinson, Marc J.
Dep. Dir. Legal Div., OMGHE 1947–49 393
Roche, Paul E. Lt.
Hq Commandant, OMGHE Juni 1945 641
Rockwell, Alvin J. Civ.
Associate Dir. Legal Div., OMGUS Mai 1946; Dir. Legal Div., OMGUS Juni, Dez. 1946, Sept. 1947, Feb., März 1948 48, 55, 61, 117, 129
Rodes, Peter P. Col.
Dir. ODI, OMGUS Nov., Dez. 1946, Sept. 1947, Feb., Juni 1948, April 1949 48, 54, 59, 68, 73, 77, 97, 253
Roemmele, Henry F. Civ.
Chief Cable Contr. Br., Off. of the AG, OMGUS Feb. 1948 59
Roese, George E. 2nd Lt.
Econ. & Public Utilities, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944 320
Roessler, Frederick
Rothenburg, OMGBY Okt. 1948; Ansbach, OMGBY April 1949 290, 293
Rogers, William C. Lt.Col.
Chief Film, Theater & Music (Contr.) Br., ICD, OMGBY April, Okt. 1946, Okt. 1947 175f., 243
Rogin, M. 1st Lt.
Kassel, OMGHE Jan. 1946 347
Rohan, William R.
PSB, CAD, OMGBY Nov. 1948, April 1949 178f.
Rohrbaugh, Earl C.
Dep. Chief Public Works & Utilities Br., OMGBS 1945–47; Chief Public Works & Utilities Br., OMGBS 1947–49 726
Rolfe, Thomas R. Maj.
Chief Plans & Operations Br., OMGBY Jan. 1948 197
Rollins Maj.
Chief Chemicals S., Industry Br., Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Roosevelt, Franklin D.
US Präsident 3f., 7, 193, 600–604
Root, D. Capt.
Wasserburg, OMGBY Jan. 1947 286
Root, Donald S.
Area Commander Augsburg, Br. G, FOD, OMGBY Okt. 1948; Augsburg, OMGBY April 1949 292, 294
Rosan, R.A. Capt.
Weiden & Neustadt (Waldnaab), OMGBY Okt. 1945 166
Rose, Harcourth Civ.
Dep. Chief (UK) Legal Gp, BICO Juni 1948 71
Rose, John C. Lt.Col.
Offenbach, OMGHE April 1947; Darmstadt, OMGHE März 1948 398, 401
Rose, Samuel M. Civ.
Chief External Assets & Intell. Br., Fin. Div., OMGUS März, Sept. 1947, Feb. 1948 55, 60, 106
Rose, V.O. Capt.
Landau, OMGBY Jan. 1947 285
Rosenberg WOJG
Communications S., Command & Exec. Gp, OMGWB Sept. 1945 464
Rosengren, R.P. Lt.Col.
Chief Civil Service Br., CAD, OMGUS April, Dez. 1946 46, 111

Rosenhaupt, Karl Dr.
Präsident Reichsbahndirektion München 155
Rosenthal, Kurt
Field Reporting Off., Hist. & Reports S., Intell. Br., OMGBY Juli 1947 253
Rosner, Milton S.
MGO, FRD, OMGWB Juli 1949 508
Ross, E.M. Maj.
Kaufbeuren, OMGBY Okt. 1945 168
Rossborough, Frank D.
Aschaffenburg, OMGBY Okt. 1948, April 1949 290, 293
Roßhaupter, Albert
Arbeitsminister Bayern 155, 160, 278
Roßmann Erich
Generalsekretär Länderrat des amerik. Besatzungsgebietes 123
Rossit, Edward A.
MGO, FRD, OMGWB Juli 1949 508
Rothfelden Capt.
Chief Internal Trade & Distr. S., Trade & Commerce Br., Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Rousseau Jr., Joseph H. Lt.Col.
Inspection Off., OMGWB Sept. 1947, Jan., Mai 1948, März 1949 498, 500f., 504
Routzohn, Norman E. Lt.Col.
DMG Off., Det. E1A2, ECAD Sept. 1944; Prop. Contr. Off., Det. E1A2 Okt. 1944 320
Rouzitsky, P.M. Civ.
Ass. Contr. Off. for Statist. Standards, CO, CAD, OMGUS Dez. 1946 47
Roye, R.L. Capt.
Garmisch, OMGBY Okt. 1948 291
Roysdon, D.S. Col.
Disarmament Br., Army Ground Div., USGCC Juni 1945 19
Rubin, William A.
Pfaffenhofen, OMGBY Okt. 1948; Dachau, OMGBY April 1949 291, 294
Ruddock, Theodore B.
Scheinfeld, OMGBY April 1949 293
Rue, Charles H. Lt.Col.
Mannheim, OMGWB Sept. 1947, Jan. 1948 500f.
Ruestow, Paul E. Col.
Vertreter Hq USAFE in Hesse Land Resource Board Juni 1946–47 385
Rule, William R.
Dir. Prop. Contr. Div., OMGHE Okt. 1946 – Juni 1949 413
Russe, Charles F. Maj./Lt.Col.
Fulda, OMGHE Okt. 1945; Fulda & Hünfeld, OMGHE Jan., März 1946; Gießen, OMGHE Juni 1946, April 1947; Wetzlar, OMGHE März 1948 345ff., 397f., 402
Russell, C.V. 1st Lt.
Mühldorf, OMGBY Jan. 1947 286
Russell, Howard L. Dr., Civ.
Sec. Gen. for Mil. Trib., OMGUS Mai, Juni 1948, April 1949; Sec. Gen. for Courts Admin., OMGUS April 1949 70, 80, 120
Russo, E.A. Capt.
Rottenburg, OMGBY Okt. 1945 167
Rutter Col.
Dep. & Fiscal Dir., US Ground & Service Forces Europe, EUCOM März 1947 57
Rutz, Henry C. Maj.
Dir. Manp. Div., OMGWB Feb. – Aug. 1946 563
Ryan, Cornelius E. Col./Brig.Gen.
Chief Civil Aff. S., ETOUSA Juli 1943; Chief US Civil Aff. Staff, COSSAC Aug. 1943; Ass. DMG, OMGUS, & US Commandant Allied Kommandatura Berlin, OMGBS 14. Mai 1947 – 23. Sept. 1947 6, 91, 93, 685f., 688, 695

Sabo, John A.
Chief Courts S., Legal Br., OMGBS 1945–48; Zehlendorf, OMGBS 1946 703, 712
Sabol, J.S.
Limburg, OMGHE März 1948 401
Sager, John C. Maj.
PHWB, OMGBR Mai 1945; Wesermünde, OMGBR Mai 1945; Chief Civil Governm. Br., OMGBR März – Mai 1946 635, 643, 659, 661
Sala, John R.
Dep. Chief ECRB, OMGBS 1946–47; Chief ECRB, OMGD Sept. 1947 – Aug. 1948 731
Salwocki, W.J. Maj.
Hersfeld, OMGHE März 1948 401
Sanders, R.C. Lt.Col.
Special Ass. to the DMG, Off. of the DMG, USGCC Juni 1945 18
Sands, Charles E. Lt.Col.
Sec. Gen., USGCC März – Mai 1945; Chief Contr. & Records S., Off. of the DMG, USGCC Juni 1945; Ass. Sec., US Element of the Allied Sec., Off. of the DMG, OMGUS Okt. 1945; Sec. Gen. for Mil. Trib., OCCWC, OMGUS Nov. 1946, Jan. – April 1947 18, 31, 94, 120
Sansome, F.A. Lt.Col.
Wiesbaden, OMGHE Okt. 1945, Jan. 1946 346

Santry George J.
Dir. Foreign Trade Div., JEIA, Sommer 1948 127
Saron, Alex Capt.
Chief Inf. Contr. Br., OMGBR Jan. 1946; Chief Film, Theater & Music Contr. Br., OMGBR Okt. 1946 648
Sartin, B.D. Civ.
Chief Admin. Courts Br., CAD, OMGUS April, Dez. 1946 46, 111
Sauter S.
Chief Prisons Br., Legal Div., OMGUS Sept. 1947 118
Savell, Martin J.
Sinsheim, OMGWB März, Juli 1949 505, 507
Savelli, C.G. 1st Lt.
Co H Regensburg, OMGBY Okt. 1945 166
Scammon, Richard M. Civ.
Chief Election Aff./& Pol. Parties Br., CAD, OMGUS April, Dez. 1946, Sept. 1947, Feb., Juni 1948; Dep. Dir. CAD, OMGUS Sept. 1946 47, 55, 60, 69, 111, 497, 532
Scarbeck, Irvin C.
Dep. Chief Plans, Operations & Liais. Br., ICD, OMGHE 1947; Chief Film Br., ICD, OMGHE 1947 381
Scarborogh, Donald D.
Chief Police S., PSB, OMGBS 1945 715
Scatchard, George Dr., Civ.
Chief Research Contr. Br., Econ. Div., OMGUS Dez. 1946, März, Juli 1947 47, 104
Schacht, Hjalmar 588
Schack, James H. Capt.
Tran. S., Econ. Br., OMGBR April 1945 654f.
Schaefer, Thomas
Stadtrat für Rechtswesen Berlin 713
Schäffer, Fritz
Ministerpräsident Bayern 154f., 158, 160f., 231, 251, 277f.
Schaller, J.J. Capt.
Mellrichstadt, OMGBY Okt. 1945 165
Scharnagl, Karl
Oberbürgermeister München 153, 263
Schechter, Edmund
Chief Radio (Contr.) Br., ICD/ISD, OMGBY März, Okt. 1947, Nov. 1948, April 1949 176, 178f., 248
Schermer, Robert J.
Schongau, OMGBY Okt. 1948, April 1949 291, 294
Schiffer, Martin
Prop. & Supply Clerk, PAD, OMGWB Juli 1949 506
Schillig
Chief Admin. S., Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Schillig, Francis W.
Aibling, OMGBY Okt. 1948, April 1949 292, 294
Schmid, Robert C. Civ.
(Actg) Chief Intell. Br., ODIC, OMGUS 1946; Chief Research Br., ICD, OMGUS Sept. 1947, Feb. 1948 47, 55, 60, 115
Schmidt, Georg
Reporter 670
Schmidt, John P.M.
Chief Fire S., PSB, OMGBS 1947–48 715
Schmitt, O.A. Civ.
Chief Foreign Exchange & Blocking Br., Fin. Div., USGCC Juni 1945 20, 106
Schnell, Ruth M.
Actg Chief PWB, OMGBS Aug. – Okt. 1947; Chief Welfare Services S., PWB, OMGBS 1947–48 727
Schnieders, Marie Dr.
Chief Cult. Exchange Br., ECRD, OMGHE Frühj. 1948 372
Schnitzer, Ewald W. Civ.
Chief Publications (Contr.) Br., ICD/ISD, OMGWB Juli 1946 – Juni 1949 502, 504, 534, 539
Schoening, Everett W.
Weilheim, OMGBY Okt. 1948, April 1949 291, 294
Schopler, H.E. Civ.
Chief Legisl. Br., Legal Div., OMGUS Sept. 1947, Feb. 1948 55, 61, 118
Schopman 1st Sgt
Admin. Gp, OMGWB Dez. 1945 465
Schopmeyer Lt.
Reports & Statist. S., Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Schott, William Civ.
Chief Foreign Representation Br., Off. of Dir. of Pol. Aff., OMGUS April 1949; Chief Protocol & Governm. Representation Div., Off. of Pol. Aff., HICOG Sept. 1949 78, 86, 100
Schouten, Earl P. Maj.
Heidenheim, OMGWB Jan., Mai 1948 501f.
Schow Col.
Dep. Dir. of Intell., G-2, General Staff, EUCOM März 1947 57
Schrimshaw, O.R. Capt.
Ziegenhain, OMGHE Okt. 1945 346

Schroder, W.H. Civ.
Chief Organization Br., CAD, OMGUS Dez. 1946, Juni 1947; Chief Management & Reports Br., Off. of CINC, EUCOM Feb., Juni 1948, April 1949 47, 58, 67, 76, 95f.
Schroeder, A.H. Col.
Chief Movement & Traffic Br., Tran. Div., OMGUS Dez. 1946; Member Tran. Gp, BICO Jan., Sept. 1947, Feb. 1948 49, 56, 62, 122, 125
Schroeder, Dietrich
Dep. Dir. ICD, OMGHE Juli 1947; Dir. ICD, OMGHE Juli – Dez. 1947 380
Schroeder, Louise
Bürgermeisterin Berlin 697
Schroers, Johannes
Regierender Bürgermeister Bremen 608, 613
Schuirman, R.E. Rear Admiral
Naval Ad., OMGUS Dez. 1946, Feb., Juni, Aug. 1948 48, 59, 68, 72
Schulz, Erich 158
Schumacher, Kurt
Vorsitzender der SPD 134, 138
Schuster, Vincent T.
Kitzingen, OMGBY April 1949 293
Schwartz, David Civ.
Chief Reports & Statist. Br., Fin. Div., OMGUS Feb. 1948 60, 106
Schwartz, Jaques F. Gen.
Franz. Mil. Gouv. Stuttgart; Mil. Gouv. Baden 576
Schwarz, Eugene E.
Dep. Chief PHB, OMGBS März 1946 – Juni 1948 729
Schwarz, Lawrence T. Civ.
Chief Prop. Contr. Br., OMGBR Juni 1947 – März 1948 652
Schweer, T.R. Capt.
Füssen, OMGBY Okt. 1945 168
Schweizer, Albert C. Capt./Maj./Civ.
Chief Admin. & Local Governm. S., CAD, OMGBY Aug. 1945; Dir. CAD, OMGBY Okt. 1946, Okt. 1947, Nov. 1948, April 1949; Dir. Pol. Aff. Div., Land Commissioner Bavaria Sept. 1949 – 8. Okt. 1949 (gest.) 175f., 178f., 204, 209
Schwenk, Paul
Stellv. Oberbürgermeister und Leiter der Abt. Planung Magistrat Berlin 713
Schwerin von Krosigk, Lutz Graf 15
Scott, Gordon L.C. Maj.
US Dep. Sec., BICO Feb. 1948; Dep. US Secretary, Off. of the Sec. Gen., OMGUS Juni 1948; US Secretary, Off. of the Sec. Gen., OMGUS April 1949 61, 67, 77
Scott, John A. Civ.
Chief Film Contr. Br., ICD, OMGWB Juli 1946 – Mai 1948 502, 534, 539
Sears, Edward W. Lt.Col.
Econ. Div., OMGWB Jan. 1948 500
Sebastian, H.M. Maj.
Neuburg/D., OMGBY Jan. 1947 287
Seckinger, Georg M. Maj.
Dir. Fiscal Div., OMGWB Juli 1947; Chief Fiscal Br., OMGWB Sept. 1947, Jan., Mai 1948 498, 500f.
Sedillo, Juan A. Lt.Col./Civ.
Dir. Legal Div., OMGWB Sept. 1945 – Feb. 1946; Dir. Legal Div., OMGBY Feb. 1947 – Herbst 1948; Court of Appeals, OMGUS 1948 177, 232, 235, 466, 497, 542, 547
Seiffert, Gustav Dr.
Innenministerium Bayern 218
Seisser, Hans von
Polizeipräsident München 157
Selcke, Benno D.
Univ. Spec., ECRD, OMGWB Juli 1949 507
Semaschko, Nicholas
Esslingen, OMGWB Sept. 1947, Mai 1948, März, Juli 1949 499, 502, 505, 507
Semple, L.G. Civ.
Chief (UK) Communications Gp, BICO Juni 1948, April 1949 71, 81
Settel, Arthur Civ.
Dep. Dir. PIO Frankfurt, OMGUS April 1949; Chief Public Rel. Div., Off. of Public Aff., HICOG Sept. 1949 78, 87
Sewall, Sumner Civ.
Dir. IACD, OMGUS Mai – Nov. 1946; Dir. OMGWB 15. Nov. 1946 – 7. Dez. 1947 109, 496f.
Seydel, Frank Lt.Col.
Legal, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944; Chief Judicial Br., Legal Div., USGCC Nov. 1944; Actg Chief Judicial Br., Legal Div., OMGUS Okt. 1945 32, 117, 320
Shackelford, T.G. Maj.
Nabburg, OMGBY Jan. 1947; Landshut, OMGBY Okt. 1948 286, 291
Shafer, Karl A. Civ.
Chief Populations & Survey Br., CAD, OMGUS April, Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948; Chief Population & Analysis Br., CAD, OMGUS Aug. 1948, April 1949 46, 55, 60, 69, 78, 111f.
Shafer, Paul F.
Chief ECRB, OMGBS Juli 1945 – März 1946, Aug. 1946 – Aug. 1947 731

Shaffer, Erwin M. Capt.
Chief Mil. Personnel Br., Off. of the AG, OMGUS Juni 1948 67
Shake, Curtis G.
Presiding Judge Mil. Trib. VI (I.G. Farben Case), Mil. Trib. Juni 1948 70
Shamel, Joseph W. Capt./Maj./Lt.Col.
Exec. Off. Det. E2C2 März 1945; Dep. Dir. OMGBR 23. Nov. 1945 – 12. Feb. 1946, Sept. 1946 608, 639, 648
Shankland, Katharine R.
Group Act. Spec., ECRD, OMGWB Juli 1949 507
Shaw, Frederick W.
Chief Public Rel., Statist. & Hist. Br., OMGBS 1948–49 706
Shea, D.W. Capt.
Waldeck, OMGHE Juni 1946 397
Shea, Donald T.
Chief Research S., ICD, OMGBY 1946/47; Dir. Intell. Div., OMGBY Juli, Nov. 1948, April 1949 178f., 250, 252, 254
Sheehan, Francis, E. Lt.Col./Civ.
Frankfurt, OMGHE Jan. 1946; Exec. Off., OMGHE März – Mai 1946; Dep. Dir. OMGHE Mai 1946 – Sept. 1949 346, 351
Sheehan, W.R. Maj./Civ.
Offenbach, OMGHE März 1948, Juli 1949 401f.
Sheffer, I. Herbert
Chief PHB, OMGBS Juli 1945 – Feb. 1946 729
Sheiner, Sidney S. Lt.
Restitutions Contr. Br., Fin. Div., OMGWB Dez. 1945 – März 1946 552
Shelby, R.T. Lt.Col.
Hq Commandant Br., OMGBY Okt. 1946; Dachau, OMGBY Jan. 1947 175, 286
Shell, Curtis H.
(Actg) Denaz. Ad., OMGBY Herbst 1948, April 1949 177f., 221
Shellenberger, M. Capt.
Starnberg, OMGBY Okt. 1945 167
Shelnutt, Leon (Lear) A. Civ.
Chief Youth Act. Br., ERAD, OMGWB Sept. 1947; Chief Group Act. Br., ECRD, OMGWB Sept. 1947 – Sept. 1949 499, 502, 504, 507, 568
Sheppard, Don A. Lt.Col.
Tran., OMGBY Juni 1945 154
Sheppard, Edward J. Civ.
Chief Communic. Div., Off. of Admin., HICOG Sept. 1949 87
Shields, Charles D. Lt.Col.
Chief PHB, OMGBY Mai, Juni 1945, Frühj. 1946 154, 218f.
Shireman, Charles A.
Chief Welfare Services S., PWB, OMGBS 1949 727
Shovea, E.E. Maj.
Alzenau, OMGBY Okt. 1945 165
Shukow, Georgij K. Marschall
Oberbefehlshaber Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland & Oberster Chef SMAD Juni 1945 – März 1946 673f., 677, 679, 681, 701
Shuman, R.B. Lt.Col.
Dep. Dir. Manp. Div., USGCC Juni 1945 20
Shuster, George N. Prof., Civ.
Land Commissioner Bavaria Juli 1950–30. Juni 1952 193, 229
Shute, B.R. Civ.
Dir. Off. of Intell., HICOG Sept. 1949 87
Sidway Capt.
Chief Message Contr. Br., Off. of the AG, OMGUS April 1949 77
Siebenmorgen, Robert J.
Chief Coastal Shipping Br., OMGBR 1946; Chief Coordinator DPs & POW Br., OMGBR Herbst 1947 – April 1948 657
Siemer, Henry
Chief Publications Contr. Br., ICD, OMGBY Okt. 1947 176
Sikora, Andrew J.
Landsberg, OMGBY Okt. 1948, April 1949 292, 295
Sillins Capt.
Chief Trade & Commerce Br., Econ. Div., OMGBY April 1946; Chief Price Contr. S., Trade & Commerce Br., Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Simon, Raymond
Chief Berlin Press Review Sub-S., ISB, OMGBS 1946–48 709
Simonich, Louis J. Maj.
Chief PTT Br., Post Div., OMGWB Jan. – Juni 1946 561
Simons, Hans Dr., Civ.
Chief Governm. Structures Br., CAD, OMGUS Sommer 1947, Feb., Juni 1948, April 1949; Alternate Member, US Representation, Tripartite Liais. Gp, CAD, OMGUS April 1949 55, 60, 69, 78, 111f.
Simonson, R.C. Civ.
Chief Civil Service Gp, BICO Juni 1948 71, 126
Simpfendörfer, Wilhelm Dr.
Kultminister Württemberg-Baden 590
Simpson, Sylvan B. Maj.
Mannheim, OMGWB Jan. 1948 501

Sims, Al D. Lt.Col.
(Actg) Dir. IACD/IAD, OMGBY Okt. 1946 – März 1948; Dep. Dir. CAD, OMGBY April 1949 176, 179, 201
Sims, Albert G. Civ.
Ass. Contr. Off. for Bipartite Aff., CO, OMGUS Juni 1948, April 1949 67, 77, 96
Sisco, G.E. Col.
Chief Operations Br., Air Div., USGCC Juni 1945 19
Siskind, Sidney S.
Area Commander Kempten, Br. G, FOD, OMGBY Okt. 1948; Kaufbeuren, OMGBY April 1949 292, 295
Sisson, Charles P. Maj.
Admin. & Legal, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944 320
Sisson, Stanley H. Civ.
Dir. Econ. Div., OMGHE April 1946 – April 1948; Econ. Ad., OMGHE April 1948; Dir. Bipartite Liais. Div., OMGHE April 1948 366f.
Skarda, Emil Civ.
Labor Off., Labor Br., OMGBR Mai – Juni 1945 658
Skarry, Arthur Lt.Col.
Command. Off., Det. E1C2/E-4 (RB Kassel), OMGHE April 1945 – Juni 1946; Darmstadt, OMGHE Juni 1946, April 1947 341, 345ff., 397f.
Skina, Ansbert G.
Dep. Chief Public Works & Utilities Br., OMGBS 1947–49; Chief Public Works & Utilities Br., OMGBS 1949 726
Skinner, M.F. Maj.
Pegnitz, OMGBY Okt. 1945 166
Slade, E.H. Civ.
Chief (UK) Bipartite Statist. Off., BICO April 1949 81
Slater, J.E. Civ.
US Sec. Allied Gen. Secretariat, Off. of the Exec. Sec., HICOG Sept. 1949 87
Slattery, W.L. Civ.
Member Communications Gp, BICO Sept. 1947, Feb. 1948; Chief Fin. Br., Communications Gp, Off. of the US Chairman, BICO April 1949 57, 62, 81, 125
Sloat, C.A. Maj.
Pfaffenhofen, OMGBY Okt. 1945 167
Smallenberger, L.C. Capt.
Deggendorf, OMGBY Okt. 1945 167
Smallwood, W.R. Capt.
Regensburg, OMGBY Okt. 1948 291
Smith Capt.
Chief Import & Export S., Trade & Commerce Br., Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Smith Lt.
Admin. Off., OMGBR Juni 1946 642
Smith Lt.Col.
Command. Off. T-6 Force, 6th Army Gp Mai 1945 153
Smith, Ben Civ.
Actg Chief War Crimes Br., Legal Div., OMGUS Dez. 1946, 1947, Feb. 1948 48, 55, 61, 70, 118
Smith, C.A.
Dep. Chief Manp. Br., OMGBS 1947 724
Smith, Edward O. Maj./Civ.
Chief Restitutions Contr. Br., Fin. Div./Prop. Contr. Div., OMGWB März 1946 – April 1949 499, 502, 504, 549, 552
Smith, F.C. Maj.
Lauf, OMGBY Jan. 1947 285
Smith, L.E. 1st Lt.
Schwabmünchen, OMGBY Okt. 1945 168
Smith, Luther Stephens Brig.Gen.
Chief Civil Service & Local Governm. Br., IACD, USGCC Nov. 1944, Juni 1945; Dir. CAD, USGCC Juni 1945 19, 23, 109f., 152, 157, 614, 638
Smith, Merle H.
Kreuzberg, OMGBS 1945 703
Smith, Mildred B. Civ.
Chief PWB, IACD/CAD, OMGUS Feb., Juni 1948, April 1949 61, 69, 79, 109, 112
Smith, Rex M. 1st Lt.
DP, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944 320
Smith, Richard Capt.
Dill-Kreis, OMGHE März 1948 401
Smith, Roger F.
Exec. Off., Admin. Br., OMGBS 1949; US Dir. Spandau Allied Prison, Legal Br., OMGBS 1949 700, 712
Smith, S.S. Lt.
Kronach, OMGBY Okt. 1948 290
Smith, Schubert E.
Civ. Personnel Br., Personnel & Admin. Div., OMGBY Juni, Okt. 1947; Chief Personnel Br., Ass. Land (State) Dir., OMGBY Nov. 1948, April 1949 176ff., 197
Smith, Thomas E.R.
Schwäbisch Gmünd, OMGWB März, Juli 1949 505, 508
Smith, Thomas J.
Mindelheim, OMGBY April 1949 295
Smith, Welsley A.
Chief Legal Ad. Br., Legal Div., OMGWB Sept. 1947 – Sept. 1949 499, 502, 504, 507, 548

Snapp, H.L. Maj.
Donauwörth, OMGBY Okt. 1945 168
Snead, J.L.S. Lt.Col.
Chief Road Br., Tran. Div., USGCC/OMGUS Juni, Okt. 1945 20, 31, 122
Snow, A.G. Maj.
Freising, OMGBY Okt. 1945 167
Snow, Ralph D. Civ.
Chief Budget Br., CAD, OMGUS Dez. 1946; Chief Budget & Fiscal (Contr.) Br., CO, OMGUS Juni 1947, Feb. 1948 47, 58, 95 f.
Snow, W.A. Lt.Col.
Offenbach, OMGHE Okt. 1945 345
Snyder, D. Maj.
Chief Housing Br., Manp. Div., USGCC Juni 1945 20, 120
Sobetzky, Adam A.
Payroll Superviser, OMGWB Juli 1949 505
Sokolowski, Wassilij Marschall
Oberbefehlshaber Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland & Oberster Chef SMAD März 1946 – März 1949 675, 681, 696
Sola, Gerald C. Maj./Civ.
Kassel & Wolfhagen, OMGHE März 1946; Frankfurt, OMGHE April 1947, März 1948, Juli 1949 347, 398, 401 f.
Sorensen, Morris E. Maj.
Dep. Dir. PW & DP Div., OMGHE April 1946 427
Sottong, Charles V. Col.
Command. Off. Det. G1E2 (LKB Karlsruhe), OMGWB Juni 1945 573
Souter Jr., Sidney H. Civ.
Chief Prisons Br., Legal Div., OMGUS Dez. 1946, April, Sept. 1949; Chief Prison Div., Off. of Gen. Counsel, HICOG Sept. 1949 48, 79, 86, 119
Spahn, Raymond J.
U.S. Inf. Serv. Library Br., ICD, OMGBY April 1946 243
Speaks, S.S. Lt.Col.
Regensburg, OMGBY Okt. 1945 166
Speck, Lucille
Admin. Off., Personnel & Admin. Div., OMGBW März 1949 504
Spellman, Francis J.
Erzbischof New York 152
Spellman, James L. Maj.
Chief Field Ad. & Investigation Br., Denaz. Div., OMGWB Sept. 1947 498
Spencer, J.B. Capt.
Neumarkt/OPf., OMGBY Okt. 1948 291
Spencer, L.E. Civ.
Chief Commerce & Industry Gp, BICO Juni 1948, April 1949 71, 80, 125
Sphar, A.R. Capt.
Regen, OMGBY Okt. 1945 167
Spigler, Donald S.
Dep. Dir. Fin. Div., OMGHE Sept. 1947; Dir. Fin. Div., OMGHE Okt. 1947; Fin. Ad., OMGHE April 1948 367, 373
Spitta, Theodor
Justizsenator, Bürgermeister Bremen 626, 670
Spitz, Allen G. Lt.Col.
Göppingen, OMGWB Sept. 1947, Jan. 1948; Karlsruhe, OMGWB Mai 1948 500 f., 503
Sprecher, Drexel A. Civ.
Dir. Publications Div. (Dep. Chief of Counsel), OCCWC, OMGUS April 1949 80, 120
Sprew, Henry E.
MGO, FRD, OMGWB Juli 1949 508
Squiro, Earl T.
MGO, FRD, OMGWB Juli 1949 508
Staats, W.T. Maj.
Eichstätt, OMGBY Okt. 1945 165
Stahl, Elmer G.
Steglitz, OMGBS 1945 703
Stainton, W. Capt.
Chief Welfare Off., OMGBY Mai – Okt. 1945 219
Stalin, Josef 3 ff., 604
Stamatis, H.G. Capt.
Pegnitz, OMGBY Jan. 1947 285
Stamp, Robert J. Civ.
Chief Veh. Maint. & Supply Br., Tran. Div., OMGWB Sept. 1947 499
Stanchos, A.A. Capt.
Hof, OMGBY Okt. 1948 290
Standen, Edith A. Capt.
MFAA Br., ECRD, OMGWB Feb. 1947 567
Stanley, John B. Lt.Col.
6871st DISCC, OMGWB Mai – Nov. 1945 533, 538
Stanne, Peter
Dep. Chief PWB, OMGHE April 1948 427
Stark, John A.
Investigator, Denaz. Div., OMGHE Aug. 1948; Dir. Investigation Div., OMGHE Aug. 1948 – Frühj. 1949 432
Starn, E.C. 1st Lt.
Alsfeld, OMGHE März 1948 401
Starr, J. Ward Maj./Civ.
Admin. & Local Governm. Off. LKB

Karlsruhe, OMGWB Juli 1945 – Okt. 1945; Dir. Interior Div., OMGWB Dez. 1945 – Mai 1948; Dir. Denaz. Div., OMGWB Aug. 1946 – Dez. 1946; Dir. Intell. & Reports Div., OMGWB Mai 1948 – Sept. 1949 460, 485, 497 ff., 501, 504, 506, 522, 528, 531, 540 f.
Staudinger, J. F. Maj.
Bogen, OMGBY Jan. 1947 286
Stayer, Morrison C. Maj.Gen.
Chief PHWB, IACD, USGCC/OMGUS Juni, Okt. 1945 19, 23, 32, 109
Steadman, B. E. Lt.Col.
Chief Air Forces Br., Armed Forces Div., OMGUS April, Nov. 1947, März, Juni 1948; Chief Liais. Br., Armed Forces Div., OMGUS April 1949 69, 78, 108 f.
Stearns Col.
Dir. ECAD, ETOUSA Feb. 1944 148
Stearns, Harold E. Maj./Civ.
Chief Intell. Br., OMGBY April, Juli, Okt. 1947; Dep. Chief Civ. Admin. & Pol. Aff. Br., OMGBS 1948 176, 253, 704 f.
Steck, Leon J.
Chief Food & Agric. S., Econ. Br., OMGBS 1945–49 718, 738
Steele, Frances C.
Dep. Chief PWB, OMGBS Okt. 1948 – Sept. 1949 727
Steele, Richard A. Civ.
Chief Secretariat, US Element, Mil. Security Board, HICOG Sept. 1949 86
Steenberg, N. V. Capt.
Büdingen, OMGHE Juni 1946 397
Steere, Loyd V. Civ.
Actg Dir. Food & Agric. Div., USGCC Juni 1945; Chief Econ. Br., Off. of Dir. of Pol. Aff., OMGUS Okt. 1945; Chief Econ. Br., Off. of the US Pol. Ad. Dez. 1946; Dep. Dir. of Pol. Aff., Off. of the US Pol. Ad. Dez. 1946; Actg Dir. Off. of the Dir. of Pol. Aff., OMGUS Aug. – Okt. 1947 23, 31, 48, 54, 98 f., 101
Steers Jr., P. L. Maj.
Wolfratshausen, OMGBY Jan. 1947 286
Stegerwald, Adam
Regierungspräsident Mainfranken 160
Stein, Erwin
Kultusminister Hessen 369, 453
Stein, Raphael M. Capt./Maj.
Tran. S., Econ. Br., OMGBR April 1945; Tran. Bremen Team, OMGBR Aug. 1945 655
Steiner, John P. Capt./Civ.
Dir. ECRD, OMGWB April 1945 – Sept. 1949 464 f., 497 ff., 502, 504, 507, 563, 567
Steingut, Leo
Intell. Interpreter, Intell. S., Intell. Br., OMGBY Juli 1947 253
Stenson, Russel C. Capt.
Bruchsal, OMGWB Sept. 1947; Tauberbischofsheim, OMGWB Mai 1948 500, 503
Stettinius, Edward R.
US Außenminister 601, 604
Stewart, Charles E.
Exec. Off., OMGHE Juli 1945 – Sept. 1946 351
Stith, Roy L.
Chief Requirements & Alloc. Br., Econ. Div., OMGHE 1947–48; OMSTEG Off. Hesse 1948 366
Stock, Christian
Ministerpräsident Hessen 329, 453
Stock, Jean
Regierungspräsident Unterfranken 207
Stoker, Emery D. Lt.Col.
Member Bipartite Fin. Gp Sept. 1947; Member Fin. Gp, BICO Feb. 1948 56, 62, 125
Stolper, E. G. Capt.
Dill-Kreis, OMGHE Juni 1946 396
Stone Lt.Col.
Dep. MGO, Det. E1D2 (SHAEF Area Frankfurt), OMGHE Juli 1945 322
Stopp, Walther Dr.
Oberlandesgerichtspräsident Bayern 231
Storey Col.
G-5, SHAEF Juli 1945; G-5, USFET Okt., Nov. 1945 157, 251
Storlie, Clifford J. Capt.
Chief Miscellaneous Br., Off. of the AG, OMGUS Feb., Juni 1948 59, 67
Storm, H. A. Capt.
Ochsenfurt, OMGBY Okt. 1945 65
Story, Charles H. 1st Lt.
Legal, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944 320
Stover, Raymond J.
Chief Press Br., ISD, OMGHE Nov. 1948; Dep. Dir. ISD, OMGHE Nov. 1948 381
Strang, Sir William
Pol. Ad. to the CINC, British Forces of Occupation in Germany 4
Strash, Victor C.
Dep. Chief PWB, OMGBS Juli 1946 – Aug. 1947 727
Strebel, Ralph F.
Chief Ed. & Curricula S., ECRB, OMGBS 1946–47 731
Strevell, Wallace Dr., Civ.
Chief Research & Planning Br., ECRD, OMGUS April 1949 79

Stribling Maj.
Chief Econ. Field Team Regensburg, Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Stribling, R.M. Maj.
Landau, OMGBY Okt. 1945 167
Stringer, George E.
Griesbach, OMGBY April 1949 294
Stringer, R.H. (E.) Maj.
Schwabach, OMGBY Okt. 1945, Jan. 1947 166, 285
Strong, Tracy
Chief Youth Act. S., ECRB, OMGBS 1948–49 731
Stroup, D.S. Capt.
Hersbruck, OMGBY Jan. 1947 285
Strubie, H.S. Col.
Disarmament Br., Army Ground Div., USGCC Juni 1945 19
Stuart, John M. Civ.
Chief Editorial Projection Br., ISD, OMGUS April 1949 79, 116
Studd, Howard R.
Dep. Chief PWB, OMGBS Aug. 1947 – Okt. 1948 727
Stumm, Johannes Dr.
Polizeipräsidialdirektor; Polizeipräsident Berlin 716, 737
Stuerwald, John E.
Dir./Chief PSD/Br., OMGHE Nov. 1946 – Sept. 1948; Public Safety Ad., OMGHE April 1948 422
Sturm, Frederick A. Lt.Col.
AG, OMGUS April – Sept. 1949 94
Suessenguth, Karl O.
Ed. Spec., OMGWB Juli 1949 507
Suhr, Otto Dr.
Stadtverordnetenvorsteher Berlin 737
Sullivan, J.S. Maj.
Gemünden, OMGBY Jan. 1947 184
Sundquist, James L. Civ.
Contr. Off., CO, OMGUS 1947–49; Dir. of Management Contr., Off. of the CINC, EUCOM Sept. 1947, Feb., Juni, Aug. 1948 54, 58, 66f., 72f., 77, 82, 96
Sussell, Stanford P.
Chief Plans & Operations Br., OMGBY Juli – Aug. 1947; Area Commander Coburg, Br. B, FOD, OMGBY Okt. 1948 197, 290
Sutton, E.B. Civ.
Chief Highway & Highway Tran. Br., Tran. Gp, BICO April 1949 81
Swanson, Harold A.
Chief Industry S., Econ. Br., OMGBS 1946–48 718
Swarm, William R. Lt.Col.
Det. E-3 (RB Darmstadt), OMGHE Feb. 1946; Kassel, OMGHE Juni 1946 341, 348, 397
Swatash, R.B. Maj.
Vilshofen, OMGBY Jan. 1947 286
Swick, G.H. Maj.
Weiden, OMGBY Okt. 1948 291
Swoboda, Leo A. Lt.Col.
Dep. Dir., OMGBS 1. März – 30. Juli 1946; Chief MG Courts Sub-S., Legal Br., OMGBS 1946–48 686, 700, 712
Swope, Guy J. Civ.
Chief Displaced Populations Div., Off. of Pol. Aff., HICOG Sept. 1949 86
Szymczak, Menc S. Civ.
Chief Trade & Commerce Br., Econ. Div., OMGUS Dez. 1946; Dir. Econ. Div., OMGUS Feb. – Juni 1947 47, 103

Tabers Capt./Maj.
Dir. Public Rel. Div., Funct. Gp/Off., OMGWB Sept., Dez. 1945 464, 466, 541
Tadross, Thomas G.
Kulmbach, OMGBY April 1949 293
Taggart, Paul F. Capt./Maj./Civ.
Chief Food & Agric. Br., Econ. Div., OMGWB Mai 1945 – Sept. 1949; FAF Ad., OMGWB März 1949 464f., 499, 504, 506, 561
Tantzen, Theodor
Ministerpräsident Oldenburg 621
Tappan, Fred A.
Chief German Courts Sub-S., Legal Br., OMGBS 1947–48 712
Taylor, C.M. Lt.
Mellrichstadt, OMGBY Okt. 1948 289
Taylor, D.A. Col.
OKW-OKH Contr. Br., Army Ground Div., USGCC Juni 1945 19
Taylor, Evan A.
COS Allied Kommandatura Berlin, OMGBS 1948–49 700
Taylor, Fred C. Capt./Civ.
Chief Radio (Contr.) Br., OMGWB 1946 – Juni 1949 502, 504, 534, 536, 539
Taylor, Harold A. Maj./Lt.Col./Civ.
Chief Industry Br., Econ. Div., OMGBY 1945 – Anf. 1948; Dir. Econ. Div., OMGBY Anf. 1948 – Juni 1948; Econ. Ad., OMGBY Juni, Nov. 1948, April 1949; Chief Commerce & Industry Gp, BICO Sommer 1949; Actg. Chief Industry Div., Off. of Econ. Aff., HICOG Sept. 1949 86, 175–178, 256f.
Taylor, John W. Dr., Maj.
Chief Ed. S., ERAB, IACD, OMGUS

Okt. 1945; Chief ERAB, IACD, OMGUS Dez. 1946; Dir. ERAD, OMGUS Feb. 1947 32, 48, 109, 113, 227
Taylor, Joseph J.
Dep. Dir. Econ. Div., OMGHE 1947 – April 1948; Chief Econ. Br., Bipartite Liais. Div., OMGHE April 1948 366f.
Taylor, Maxwell D. Maj.Gen.
US Commandant Allied Kommandatura Berlin, OMGBS 31. Aug. 1949 – 31. Jan. 1951 87, 686, 738
Taylor, Osborne M. Maj.
Chief Econ. Br., OMGBR Feb. 1946 – Sept. 1949 610, 653
Taylor, Telford C. Brig.Gen.
Chief of Counsel, OCCWC, OMGUS Dez. 1946, Sept. 1947, Feb., Juni 1948, April 1949 49, 57, 61, 70, 80, 119
Tedick, E.T. Capt.
Hünfeld, OMGHE Juni 1946 397
Teitelbaum, Hubert J.
Chief Special Br., PSD/Denaz. Div., OMGHE Dez. 1947; Chief Denaz. Br., CAD, OMGHE 1948; Denaz. Ad, OMGHE Aug. 1948; Chief PSB, OMGHE Sept. 1948 422, 431
Tempest, T.L. Maj.
Fulda, OMGHE März 1948 401
Templer, Gerald Walter R. Maj.Gen.
Dir. CCG/BE 615, 618
Templeton, Payne Civ.
Chief Schools Br., ERAD, OMGWB Sept. 1947; Chief Ed. Br., ECRD, OMGWB Sept. 1947 – Sept. 1949 499, 502, 504, 507, 568
Teran, Gerald
Rehau, OMGBY April 1949 293
Tesmer, F. Joseph Civ.
Chief Personnel & Admin. Br., CAD, OMGUS Juni 1948 69
Textor, Gordon E. Col.
Dir. ICD/ISD, OMGUS Mai, Sept. 1947, Feb., Juni 1948, April 1949; Dir. Field Div., HICOG Sept. 1949 55, 60, 69, 79, 87, 115f.
Thayer, Charles
US Konsul München 193
Thayer, H. Russell Civ.
Dir. Econ. Ministries Div., OCCWC, OMGUS Juni 1948 70
Thayer, J.E. Capt.
Aichach, OMGBY Jan. 1947 286
Thayer, Robert D. 1st Lt.
Adjutant 2nd MGBat(Sep)/Hesse Section 7780 OMGUS Gp, Jan. 1947 – Sommer 1948 355
Thew, Joseph P. Capt.
Aide, COS & Dep. Naval Ad., Off. of the Naval Ad., OMGUS Sept. 1948; Dep. Dir. Armed Forces Div., OMGUS Sept. – Okt. 1948 78, 108
Thibodeau, L.O. Capt.
Tirschenreuth, OMGBY Okt. 1948 291
Thom, V.L. Capt.
Traunstein, OMGBY Jan. 1947 286
Thomas, G.L. 1st Lt.
Griesbach, OMGBY Jan. 1947 286
Thomas, J.R. Capt.
Eichstätt, OMGBY Jan. 1947 285
Thomas, Samuel M. Brig.Gen.
Chief Communications Br., IACD, OMGUS Okt. 1945 23, 32, 109
Thompson, John C.
Chief Relig. Aff. S., ECRB, OMGBS 1946–48; Dep. Chief ECRB, OMGBS 1947–48; Chief ECRB, OMGBS Aug. 1948 – Sept. 1949 731
Thompson, Richard H.
Chief Building & Housing S., PWB, OMGBS 1945–46 727
Thomson, Earl F. Civ.
Dep. Commissioner, Mil. Security Board, OMGUS April 1949 82
Thoombs, A.
Chief Intell. S., ISD, OMGUS Okt. 1945 115
Thorkelson, Halsten J.
Chief Labor Rel. S., Manp. Br., OMGBS 1947; Chief Social Insurance S., Manp. Br., OMGBS 1947 725
Thorne, B.R. Civ.
Chief US Secretariat, JEIA April 1949 82
Thorne, John C. Lt.Col.
Chief Field Inspections Br., FAFD, OMGBY Herbst 1948 177, 265
Thorson, Waldemar Civ.
Ass. Contr. Off. for Management, CO, CAD, OMGUS Dez. 1946 47, 95f.
Tilden, Richard A.
Educator, OMGWB Juli 1949 507
Tilton, Forrest G.
Waldmünchen, OMGBY April 1949 294
Timberlake, R.E. Maj.
Deggendorf, OMGBY Okt. 1948 291
Tobey, James Lt.Col.
Interior Div., OMGWB April – Dez. 1945 464f., 522, 528
Toepfer, M.W. 1st Lt.
Memmingen, OMGBY Jan. 1947 287

Tonkin, W.J. Capt.
Gerolzhofen, OMGBY Okt. 1945 165
Torn Capt.
Distribution, Food & Agric. Off., OMGBY Mai 1945 263
Tracy, F.L. Capt.
Traunstein, OMGBY Okt. 1945 167
Travis, Don C.
Actg Chief Publications Br., ISD, OMGBY Nov. 1948; Chief Publications Br., ISD, OMGBY April 1949 178f.
Tredell, G.S. Capt.
Hersfeld, OMGHE Okt. 1945 345
Tregoning, W.L. Civ.
Dep. Chief (UK) Commerce & Industry Gp, BICO Juni 1948 71
Triest, Howard
Intell. Analyst, Intell. S., Intell. Br., OMGBY Juli 1947 253
Tromer, John E. Civ.
Chief Civ. Personnel Br., Off. of Personnel Officer, OMGUS Feb. 1948, April 1949 59, 77
Truman, Harry S.
US Präsident 23, 88, 180, 680
Truscott, Lucian K. Lt.Gen.
Command. Gen. 3rd Army & Eastern Mil. District Okt. 1945 160, 263
Tulin, S.L. Capt.
Ebern, OMGBY Okt. 1945 165
Turnbull, T.T. Capt./Maj.
Melsungen, OMGHE Okt. 1945; Hersfeld, OMGHE Jan. 1946 345, 347
Turner, James L. Capt.
Fire S., Det. E1A2, ECAD Sept. 1944 320
Turner, Milton M. Civ.
Civil Air Attaché, Off. of Dir. of Pol. Aff., OMGUS Juni 1948 68
Turner, N.G. Civ.
Eschwege, OMGHE Juli 1949 402
Turner, S.F. Lt.
Bad Kissingen, OMGBY Okt. 1948 289
Turner Jr., T. Maj./Lt.Col.
Hanau, OMGHE Okt. 1945, Jan., März 1946 346f.
Tuthill, John W.
Chief Fiscal (Finance) Br., Fin. Div., OMGBY Juni 1946 – Juli 1947 267

Ugland, N. Capt.
Pfarrkirchen, OMGBY Jan. 1947 285
Upton, Everett H.
Würzburg, OMGBY April 1949 293
Urbach, Rudolf Capt.
Vaihingen, OMGWB Sept. 1947 500
Urbantke, Irwin A. Maj.
Dir. Prop. Contr. Div., OMGHE März – Okt. 1946 413
Urtes Capt.
Chief Agric. S., Food & Agric. Br., Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Urtes, J.N. Capt.
Füssen, OMGBY Jan. 1947 287

Vacca, Peter J. Maj./Civ.
Intell., Det. E1F3, OMGBY März 1945; Chief Intell. Br., OMGBY Juni 1945 – April 1947; Dir. Intell. Div., OMGWB April 1947 – Mai 1948; Chief Intell. Br., Intell. & Rep. Div., OMGWB Mai 1948 – Sept. 1949 154, 175, 251, 253, 497f., 501, 504, 506, 541
Vadney, G.E. Civ.
Wiesbaden, OMGHE Juli 1949 402
Vagts, Erich
Regierender Bürgermeister Bremen 613f., 624, 640, 645, 670
Vaile, J.F. Capt.
Viechtach, OMGBY Okt. 1945 167
Valenti, Michael J. Civ.
Chief PIO, PRD/PID, OMGWB März 1949 504, 541
Van Buskirk, Kenneth E. Lt.Col.
Chief Plans & Operations Br., OMGBY März – Juni 1947; Dir. FOD, OMGBY Okt., Nov. 1948, April 1949 178, 197, 289, 293
Van Campen, R.J. Capt.
Amberg, OMGBY Okt. 1948 291
Vance, Marshall M. Civ.
Chief American Consulate General, Consular Br., Off. of Dir. of Pol. Aff., OMGUS Feb. 1948; Chief Frankfurt Consular Br., Off. of the Dir. of Pol. Aff., OMGUS April 1949; Supervising Consul-General, Off. of Pol. Aff., HICOG Sept. 1949 59, 68, 78, 86, 99
Van Delden, Patricia Civ.
Chief, Exhib. & Inf. Centers, ICD, OMGUS Juni 1948, April 1949 69, 79, 115f.
Van Eyck, Peter siehe Eyck, Peter van
Van Loon, Gerard W. Capt.
Chief Theater Contr. S., FTM Br., ICD, OMGBY April 1946 243
Van Lyke Civ.
Chief Food S., Food & Agric. Br., Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Van Nortwick Capt.
Educ. & Rel. Off., Det. G1E2 (LKB Karlsruhe), OMGWB 1945 563

Van Stirum, John Lt./Civ.
Chief Priv. Fin. Br., Fin. Div., OMGWB Juni 1947 – Mai 1948; Fin. Ad., BAD/Fin. Div., OMGWB Mai 1948 – Sept. 1949 499, 502, 504, 506, 551
Van Thullenar, Clayton Civ.
Chief Meteor. Br., Armed Forces Div., OMGUS Juni 1948 69, 108
Van Valkenburgh, Robert A.
Dep. Chief Commerce & Industry S., Econ. Br., OMGBS 1948–49 718
Van Wagoner, Murray D. Civ.
Land (State) Dir. OMGBY 20. Nov. 1947–21. Sept. 1949; Land Commissioner Bavaria 22. Sept. – Ende Okt. 1949 171, 177f., 192f., 212, 215, 217, 228, 254, 738
Vaughan, Harry B. Maj.Gen.
Bremen Port Command 1945 606, 612, 615f., 618, 630
Verner, M.S. Civ.
Dir. of Operations, Off. of the Dir. of Operations, OMGUS April 1949 82, 127
Vickerman, C.E. Maj.
Mühldorf, OMGBY Okt. 1945 167
Vincent Maj.
Admin. Off., Command & Exec. Gp, OMGWB Sept. 1945 464
Vitulio, T.L. Capt.
Büdingen, OMGHE März 1948 401
Vogel, Leroy Dr.
Dep. Dir. ERAD/ECRD, OMGHE Jan. 1947 – Anf. 1949; 371
Vollrath, C.A. Maj.
Obertaunus, OMGHE März 1948 401
Volz, A.G. Capt.
Oberlahn, OMGHE Juni 1946 396
Von der Haar, Richard
Altötting, OMGBY April 1949 294
Vonier, John W.
Wunsiedel, OMGBY Okt. 1948, April 1949 290, 293
Von Koschembahr, Frederick W.
Chief Admin. Courts Br., CAD, OMGBY Juli 1946 – Dez. 1947 175, 204
Voorhees, M.B. Capt./Maj.
Marktheidenfeld, OMGBY Okt. 1945; Würzburg, OMGBY Jan. 1947 165, 284

Wachenheim, Hedwig
Public Welfare Spec., GAD, OMGWB Juli 1949 506
Wade, Vat A.C. Maj.
UK Member Bipartite Civil Service Gp Sept. 1947, Juni 1948; Dep. Chief (UK) Civil Service Gp, BICO Juni 1948 57, 71
Wagner, Richard F. Maj.
Memmingen, OMGBY Okt. 1945; Kempten, OMGBY Jan. 1947; Chief Br. E, FOD, OMGBY Okt., Nov. 1948, April 1949 168, 178, 287, 291, 294
Wagstaff, Jack J.
COS Allied Kommandatura Berlin, OMGBS 1946 700
Walden, Louis M.
Chief Tran. S., Econ. Br., OMGBS 1945 718
Walker Jr., Jerome A.
Dep. Chief Br. E, FOD, OMGBY Okt. 1948, April 1949 291, 294
Wallace, David W. Maj.
Chief Fiscal (Finance) Br., Fin. Div., OMGBY Jan. – Juni 1946 267
Wallach, Robert 1st Lt.
Admin. Off., Det. E1A2, ECAD Sept. 1944; Ass. Exec. Off., OMGHE Dez. 1946 320, 389
Wallenberg, Hans Maj./Civ.
Chief Publishing Operations Br. & Chefredakteur Neue Zeitung, ICD, OMGBY Juni, Okt. 1946, Sept. 1947 175, 243, 247
Walsh, J.J. Civ.
Chairman/President Board of Clemency, Legal Div., OMGUS Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948 48, 55, 61, 118
Walsh, R.L. Maj.Gen.
Dir. of Intell., Off. of the CINC, EUCOM Sept. 1947, Feb., Juni, Aug. 1948 54, 58, 67, 72
Walston, R.D.
Coburg, OMGBY Okt. 1948 290
Waltcher, Milton Maj.
Econ. Div., OMGHE, & Sec. Hesse Land Resource Board 1946–47 385
Walter, H. Capt.
Wegscheid, OMGBY Okt. 1945 167
Walter, Henry
Nürtingen, OMGWB März, Juli 1949 505, 508
Walter, Owen Capt.
Chief S-2/3, 1st MGBat(Sep), OMGWB Jan. 1946 513
Walters, Eugene P. Lt.Col./Col.
Field Operations Off./Dir. FRD, OMGWB Okt. 1945 – Sept. 1949 485, 497, 499, 502, 505, 507, 568, 572
Wangler, Jules
Dep. Chief Fin. Br., OMGBS 1948–49 721
Wann, A.J. Capt.
Landshut, OMGBY Okt. 1945 166

Wann, Henry A. Dr.
Dir. ERAD/ECRD, OMGHE Jan. 1947 – Aug. 1948 370f.
Waples, Douglas Dr., Lt.Col./Civ.
Chief Publications Contr. Br., ODIC, OMGUS 1946, Dez. 1946; Chief Publications Contr. Br., ICD, OMGUS Sept. 1947, Feb. 1948; Chief Publications Br. Nürnberg, ICD, OMGUS Juni 1948 47, 55, 60, 69, 115
Ward, John R.
Dinkelsbühl, OMGBY April 1949 293
Wardle, C.J. Capt.
Laufen, OMGBY Jan. 1947 286
Warming, Andres C.
Actg Chief Prisons Br., Legal Div., OMGBY März – Juni 1947 241
Warner Maj.
Ed. & Relig. Aff., OMGWB 1945 563
Warnke, Elmer F. 1st Lt.
Neustadt (Saale), OMGBY Okt. 1945; Chief Branch D, FOD, OMGBY Okt., Nov. 1948, April 1949 165, 178, 290, 293
Warren, Stanley A. Maj.
Schwäbisch Hall, OMGWB Sept. 1947, Jan. 1948 500f.
Warvel, H.G. Civ.
Chief Rail Br., Tran. Gp, BICO April 1949 81
Waterman Jr., Arthur J. Lt.
Dep. Dir. CAD, OMGBR Dez. 1945; Dir. CAD, OMGBR Dez. 1945 – Okt. 1947 635, 643f.
Watkins, J.A. Maj.
Bamberg, OMGBY Okt. 1945 166
Watson, James B. Maj.
Chief Legal Br., OMGBR April 1945 650f.
Watson, John W.
Chief Econ. Br., OMGBS Juli 1945 – Feb. 1946 718
Webb, P.S. Maj.
Friedberg, OMGBY Okt. 1945 168
Weber, William P.
Econ. Div., OMGHE & Sec. Hesse Land Resource Board 1947 386
Weeks, Sir Ronald Lt.Gen.
DMG & COS, British Zone of Occupation in Germany 674, 681
Wehling, Martin P. Lt.Col.
Civil Admin. Bremerhaven, OMGBR Dez. 1947; Actg Chief Bremerhaven, OMGBR Dez. 1947 – Feb. 1948 664
Weightman, Melvin A.
Wolfratshausen, OMGBY Okt. 1948, April 1949 284, 292
Weil, Hugh
Inf. Spec., Intell. & Reports Div., OMGWB Juli 1949 506
Weir, G.M. Lt.Col.
AG, Off. of the AG, Off. of the US Chairman, BICO April 1949 80
Welch, John Capt.
Sinsheim, OMGWB Mai 1948 503
Welker, Bion D. Lt.Col./Col.
Command. Off. Det. E2C2/Dir. OMGBR 27. Jan. 1945 – 20. Sept. 1946 608f., 612ff., 617, 620, 624f., 629ff., 635, 638ff.
Wells, Herman B. Dr., Civ.
(Actg) Dir. ECRD, OMGUS März – Juni 1948; Cult. Aff. Ad., OMGUS Juni 1948 67, 113, 224
Wells, Roger Hewes
Dep. Dir. CAD, OMGUS Aug. 1946; Chief Election Affairs Br., CAD, OMGUS Aug. 1946 208, 210, 369
Welsh, Robert E.
Attorney – Ad., Legal Div., OMGWB Juli 1949 507
Weltinger, Sigmund
Magistrat/Senat Berlin 737
Wendelin, Eric C.
Chief Pol. Br. Frankfurt, Off. of the Dir. of Pol. Aff., OMGUS April 1949 78
Wennberg, S. Civ.
Chief Policy & Contr. Br., Econ. Div., OMGUS Okt. 1945 31, 102
Wenner, Thomas J.B. Civ.
Chief ICB, Off. of the US Pol. Ad. Dez. 1946; Chief ICB, Off. of the Dir. of Pol. Aff., OMGUS Jan., Juni 1947; Chief Press & Public Rel. Br., Off. of the Dir. of Pol. Aff., OMGUS Juli, Dez. 1947, Juni 1948 48, 68, 99
Wenzlaff, T.C. Col.
Chief Movements & Traffic Br., Tran. Div., OMGUS Okt. 1945 32, 122
Werner, Arthur Dr.
Oberbürgermeister Berlin 673, 737
Werts, Leo R. Civ.
Dep. Dir. Manp. Div., OMGUS Okt. 1945; Dir. Manp. Div., OMGUS Juni 1946 – Sept. 1949; US Member Manp. Directorate, ACA Feb. 1948 32, 48, 56, 61, 70, 79, 121, 129
West, Charles J. Lt.Col.
Heilbronn, OMGWB Sept. 1947, Jan. 1948; Heidelberg, OMGWB Mai 1948; Karlsruhe, OMGWB März, Juli 1949 500ff., 505, 507
Westbrock, William G.
Hünfeld, OMGHE April 1947 398

Westervelt, Alan H.
Chief Communications Br., OMGBS Juli 1945 – Nov. 1947 711
Westrum, Carl E.
Chief Investigation S., PSB, OMGBS 1947–49 715
Weyl, Michael Civ.
Chief Inf. Center & Exhib. Br., ICD, OMGWB Mai – Sept. 1948 502, 539
Weyland, E.L. Civ.
Marburg, OMGHE Juli 1949 402
Whaley, R.S. WOJG
Dinkelsbühl, OMGBY Okt. 1948 290
Wharton, Guy W. 1st Lt.
Dir. Fin. Div., Det. E-7 (Nord-Baden), OMGWB Okt. 1945 574
Wheeler, George S. Civ.
Chief Nazi Labor Institutions S., Manp. Div., USGCC Juni 1945; Chief Manp. Alloc. Br., Manp. Div., OMGUS Dez. 1946, Sept. 1947, Feb. 1948 20, 48, 56, 61, 121
Wheeler, L.C. Capt.
Windsheim, OMGBY Jan. 1947 285
Whipple, William Col.
Contr. Off., CO, Off. of the DMG, USGCC/OMGUS Juli, Sept., Okt. 1945; Sec. Gen., OMGUS Mai 1946 – März 1947 27, 29, 31, 46, 94f., 621
Whitaker, William R. Maj./Lt.Col.
Ansbach, OMGBY Okt. 1945, Jan. 1947 165, 285
White, D.F. Maj.
Chief Judicial Br., Legal Div., USGCC Nov. 1944, Mai, Juni 1945 20
White, D.G. Lt.
Chief Progr. Contr. S., CO, USGCC Sept. 1945 95
White, David G. Dr., Civ.
Chief Hist. Br., CO, OMGUS April 1949 77, 96
White, Dewitt
Chief MG Courts Br., Legal Div., OMGHE 1947 – Okt. 1948 393
White, Jerome C. Maj./Lt.Col.
Dir. Econ. Div., OMGHE Juli 1945 – April 1946 366
White, Joel B. Lt.Col.
Interior Div., OMGWB Jan. 1948; MGO, FRD, OMGWB Juli 1949 500, 508
White, John W. Col.
Vertreter Hq USAFE in Manp. Alloc. Committee, Hesse Land Resource Board 1946–47 386
White, Miller G. Maj.Gen.
Dep. COS EUCOM 1947 5
White Jr., Sidney C.
Dep. Chief Br. B, FOD, OMGBY Okt. 1948; Chief Br. A, FOD, OMGBY Nov. 1948, April 1949 178, 290, 293
White, W.G. Lt.Col.
Chief Rail Br., Tran. Div., USGCC/OMGUS Juni, Okt. 1945 20, 31, 122
Whitted Jr., T.B. Col.
Demob. Br., Army Ground Div., USGCC Juni 1945; Chief Demob. Br., Armed Forces Div., OMGUS Okt. 1945; Chief Army Br., Armed Forces Div., OMGUS Sept. 1947, Feb., Juni 1948; Dep. Dir. Armed Forces Div., OMGUS Feb., Juni 1948 19, 31, 54, 59, 69, 108
Wickersham, Cornelius W. Brig.Gen.
Dir. School for Mil. Governm., Charlottesville, Va, April 1942; Dep. Chief of the European Allied Contact S., SHAEF Mai 1944; Dir. USGCC Aug. 1944 5, 11, 14, 33
Wickersham, W. Capt.
Mainburg, OMGBY Okt. 1945 167
Wickham, John A. Maj.
ECIS, OMGWB Jan. 1948 500
Wickman, Russel A.
Traunstein, OMGBY Okt. 1948, April 1949 292, 294
Wickman, T.C. Lt.
Fürstenfeldbruck, OMGBY Okt. 1948 291
Widmer, Guillaume
Franz. Mil. Gouv. Württemberg-Hohenzollern 576
Wiesner, Louis A.
Labor Aff. Attaché, Off. of Pol. Aff., Pol. Ad. 1945–49 738
Wiest, F.D.
Area Commander Freising, Br. E, FOD, OMGBY Okt. 1948 291
Wik, David D. Capt.
Chief Priv. Fin. Br., Fin. Div., OMGWB Aug. 1945 – Juni 1947 551
Wildangel, Ernst
Leiter Hauptschulamt Berlin 732
Wildish, R.O. 1st Lt.
Warehouse Operation Kassel, OMGHE Jan. 1946 347
Wiley, Noberts W.
Dep. Chief Intell. Br., Intell. & Rep. Div., OMGWB Juli 1949 506
Wilhelm, C.E. Capt.
Feuchtwangen, OMGBY Okt. 1945 165
Wilken, David Civ.
Chief Personnel Div., Off. of Admin., HICOG Sept. 1949 87
Wilkes, John Rear Admiral
Commander US Naval Forces, Germany,

& Naval Ad., Off. of the Naval Ad., OMGUS April 1949 78
Wilkinson, George E. Capt.
Chief S-4, 1st MGBat(Sep), OMGWB Jan. 1946 513
Wilkinson, James R. Civ.
Pol. Ad., OMGBY Juni 1946 – Frühj. 1947; Generalkonsul München Juni 1946 174f., 193
Wilkinson, Lawrence Col./Civ.
Chief Industry Br., Econ. Div., OMGUS Dez. 1946; Dir. Econ. Div., OMGUS Juni, Sept. 1947, Feb. 1948; Econ. Ad., Off. of Econ. Ad., OMGUS März, Juni 1948, April 1949; Econ. Directorate, ACA Feb. 1948 47, 55, 60, 63, 68, 78, 103f., 129
Willard, R.J. Maj.
Friedberg, OMGHE Okt. 1945, Jan., März 1946 345, 347
Willard, Robert A. Col.
Command. Off. Berlin Command, OMGBS Mai 1947 688
Williams, Frederick W. Civ.
Chief Opinion Surveys Br., ICD, OMGUS Juni 1948 69
Williams, Harrison G.
Chief PSB, OMGBS 1946–47 715
Williams, James L. Lt.Col.
AG, Off. of the DMG, USGCC Juni, Sept. 1945; Personnel Off., Off. of the DMG, OMGUS Sept., Okt. 1945; Dir. Off. of Public Rel. Services, Off. of the DMG, OMGUS Okt. 1945 18, 31, 91, 93f.
Williams, Lewis S. Maj.
Marburg, OMGHE Jan., März 1946; Frankenberg, OMGHE Juni 1946, April 1947 346f., 397f.
Williams, Mick C. Maj.
Personnel & Admin. Gp, G-5, 3rd Army, ECAD Juli 1944 151
Williams, R.J.
Friedberg, OMGHE März 1946 348
Williams, Samuel L. Lt.Col.
Chief Food Agric. Contr. Gp, BICO Contr. Gp, US Element, Econ Div., OMGUS Dez. 1946 47
Wills, E.C. Maj.
Weilheim, OMGBY Okt. 1945 167
Wills, H.J. Capt.
Usingen, OMGHE März 1948 402
Wilson Maj.
Chief Econ. Field Team Ansbach, Econ. Div., OMGBY April 1946 256
Wilson, Allan C.
Chief Accounting/External Assets Br., Prop. Contr. Div., OMGHE 1949; Dir. Investigation Div., OMGHE Frühj. 1949 – Sept. 1949 413, 432
Wilson, Donat M. Lt.Col.
MGO, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944 320
Wilson, Frank S. Civ.
Chief Trade & Commerce Br., Econ. Div., OMGWB Sept. 1947 499
Wilson, George H. Maj.
Leonberg, OMGWB Jan. 1948 501
Wilson, M.K. Maj.
Denaz. S., CAD, OMGUS März 1948 112
Wilson, Orlando W. Col.
Chief PSB, IACD, USGCC/OMGUS Juni, Okt., Dez. 1945 19, 23, 32, 48, 109
Wimberly, E.C.
Area Commander Würzburg, Br. A, FOD, OMGBY Okt. 1948 289
Wimmer, Thomas
Oberbürgermeister München 277
Winant, Frederick Civ.
Actg Dir. Trade & Commerce Div., USGCC Juni 1945 23, 101
Winant, John G.
US Botschafter in London 4, 601ff.
Winebrenner, John D. (W.) Dr., Maj./Civ.
Senior PH Off. Baden, OMGWB Okt. – Dez. 1945; Dir. PH & PWD, OMGBR Okt. 1946 – Juli 1948; PH Ad., OMGBR Juli – Sept. 1948 529, 659f.
Wingate, Harvey P.
Chief Communications Br., OMGBS Nov. 1947 – Juni 1948 711
Winn, Clifton C. Dr.
Dep. Chief Higher Ecud. S., ECRD, OMGBY April 1947; Chief Higher Ed. S., ECRD, OMGBY April 1947 – Nov. 1948; Chief Univ. Br., ECRD, OMGBY Nov. 1948, April 1949 177, 179, 226
Winning, Charles D. Dr., Lt.Col./Col./Civ.
Dep. RMG Off., Command & Exec. Gp, OMGWB Sept. 1945; Dep. Dir. Command &Exec. Gp, OMGWB Dez. 1945; Dep. Dir. OMGWB Juli 1945 – März 1946; Dir. Governm. Gp/Governm. Aff. Off., OMGWB Juni 1946 – Feb. 1947; Dir. RGCO, OMGUS Feb. 1947 – Juni 1948; Dir. ECRD, OMGBY Juli 1948 – Sept. 1949 56, 62, 71, 123, 177f., 225, 464f., 474, 496f., 513, 520, 528, 572, 623
Winston, Carl
Chief Film S., ISB, OMGBS 1946–1948 709
Winston, Sam K.
Chief Newsreel Production S., FTM Br., ICD, OMGBY April 1946 243

Winzer, Otto
Stadtrat für Volksbildung Berlin 732
Witte, E.F. Lt.Col.
Chief PW S., IACD, OMGUS Okt. 1945 32
Wittliff, Nora E.E.
Employee Rel. Ass., PAD, OMGWB Juli 1949 505
Witty, F.(S.)E. Capt.
Königshofen, OMGBY Jan. 1947; Höchstadt, OMGBY Okt. 1948 284, 290
Woeltjen, Henry Capt.
Chief Plans & Operations Br., ICD, OMGBY April 1946 243
Wolbier, Henry
Intell. Off., Intell. S., Intell. Br., OMGBY Juli 1947 253
Wolf, M.B. Civ.
Chief Labor Rel. Br., Manp. Div., USGCC Juni 1945 20
Wolfe, Glenn G. Civ.
Dir. Off. of Admin., HICOG Sept. 1949 87
Wolfe, Harry B.
Ass. Exec. Off., OMGWB 1948, März 1949; Chief Personnel & Admin. Div., OMGWB Sept. 1948, Juli 1949 485, 501, 503ff.
Wolfsheimer, John Civ.
Chief Special Br., Denaz. Div., OMGWB Sept. 1947 499
Wolfsperger, Ellsworth D. Civ.
Chief Civil Service & Admin. Courts Br., CAD, OMGUS Frühj. 1947, Sept. 1947, Feb., Juni 1948, April 1949; US Member Bipartite Civil Service Gp Sept. 1947; US Member Civil Service Gp, BICO Feb. 1948, April 1949; 54, 57, 60, 62, 69, 79, 81, 111f., 126
Wolters, Hermann
Senator für Ernährung und Arbeitseinsatz Bremen 613f.
Wood, Eric F. Brig.Gen.
Dir. Mil. Gov. Div. A, USGCC Aug. 1944; Dir. POW & DP Div., USGCC Nov. 1944, Juni 1945 11f., 20, 100, 114
Wood, William H.
MGO, FRD, OMGWB Juli 1949 508
Woodall, H.I. Maj.
Kronach, OMGBY Okt. 1945 166
Woodall, H.L. Maj.
Hof, OMGBY Jan. 1947 285
Woodward, R.O. Capt.
Eschenbach, OMGBY Jan. 1947 285
Woodwart, J.M. Capt.
Wertingen, OMGBY Jan. 1947 287
Woolverton, Arthur F. Capt.
Chief Highway Tran. Br., Tran. Div., Det. E1C3/OMGWB Sept. 1944 – Juli 1946 559, 561
Worthington, H.V. Capt.
Krumbach, OMGBY Jan. 1947 287
Wright Sgt
Message Center, Command & Exec. Gp. OMGWB Sept. 1945 464
Wright, Charles H. Capt.
Buchen, OMGWB Sept. 1947; Waiblingen, OMGWB Mai 1948, März, Juli 1949 500, 503, 505, 508
Wright, Chester S.
Chief Inf. Centers Br., ISD, OMGBY Nov. 1948, April 1949 178f.
Wright, Robert T. Lt.
Dep. Admin. Off., OMGBR Jan. 1946; Admin. Off., OMGBR März 1946 641
Wurm, Theophil
Landesbischof Württemberg 563
Wutzlhofer, Hans
Stellv. Generalsekretär Länderrat des amerik. Besatzungsgebietes 123
Wyatt, Harold A. 1st Lt.
DP, Det. E1A2, ECAD Sept. 1944; Chief Governm. Struct./Civil Aff. Br., OMGWB Juni 1946 – Sept. 1947; Chief Civil Aff. Ad. Br., OMGWB 1948 320, 501, 504, 506, 528
Wye, Mason S.
Chief Manp. Alloc. S., Manp. Br., OMGBS 1948–49; Manp. Supply & Distrib., Wages & Standards S., Manp. Br., OMGBS 1949 725
Wyman, Harry B.
Chief Ed. & Curricula S., ECRB, OMGBS 1948–49 731
Wynn, S.G. Civ.
Dep. Chief Manp. Gp, BICO April 1949 81, 126

Yakoubian, Arsen L. Capt./Civ.
Usingen, OMGHE Okt. 1945; Usingen & Obertaunus, OMGHE Jan. 1946; Chairman Mil. Gov. Denaz. Review Board, OMGHE Feb. 1946; Dep. Chief Special Br., PSD/Denaz. Div., OMGHE Dez. 1947; Actg Dir. Denaz. Div., OMGHE Dez. 1947 – Frühj. 1948; Dir. Liais. & Security Control Div., OMGHE Frühj. 1948 346, 395, 428, 431
Yanish, Otto F.
Chief Restitutions S., Restitutions Br., Econ. Div., OMGBY April 1946; Chief Restitutions Br., Econ. Div./Prop. Div., OMGBY Mai 1947 – Jan. 1949 176f., 256, 274

Yates, F. R. Civ.
UK Chairman Bipartite Statist. Off. Juni 1948 71
Yates, R. W. Col.
Disarmament Br., Army Ground Div., USGCC/OMGUS Juni, Okt. 1945 19, 31, 108
Yokes, H. H. Lt.Col.
Chief Planning Br., Tran. Div., USGCC Juni 1945 20, 122
Young, C. A. Col.
Chief Intell. Br., Air Div., USGCC Juni 1945 19
Young, John C.
Presiding Judge Mil. Trib. V (High Command Case), Mil. Trib. Juni 1948 70
Young, Thomas H. Col.
Chief Inspection S., OMGBY Okt. 1946, Juli 1947, Feb. 1948 175, 195
Young, W. L. Capt.
Rheingau, OMGHE März 1948 401

Zadra, Theodore E.
Tran. Ad., OMGBY Nov. 1948 – Juni 1949 177f., 283
Zak, Felix 1st Lt.
Ass. Adjutant, OMGWB Sept. 1947; Adjutant, OMGWB März 1948 – März 1949 497f., 501, 504
Zecca, John Capt.
Mosbach, OMGWB Sept. 1947, Mai 1948, März, Juli 1949 500, 503, 505, 508
Zeller, Paul J.
Dep. Dir. Fin. Div., OMGHE Sept. 1948 373
Zemplany, B. Civ.
Melsungen, OMGHE Juli 1949 402
Ziegler, B. M. 1st Lt.
Kempten, OMGBY Okt. 1945 168
Zimmermann, Donald J. Capt.
Legal, OMGBR Juli 1945 651
Zook, George F. Prof. Dr.
Chairman President's Commission on Higher Education 1946/47 227
Zorn, Rudolf
Wirtschaftsminister Bayern 257
Zucker, Adolph E.
Chief ECRB, OMGBS Mai – Juli 1946 731
Zurn, H. W. Maj.
Gunzenhausen, OMGBY Okt. 1945; Forchheim, OMGBY Jan. 1947 165, 285
Zutt, Wilhelm Dr.
Regierung Mittelrhein-Saar (Neustadt a. d. Weinstraße) 321

Nachkriegsgeschichte

James K. Pollock

Besatzung und Staatsaufbau nach 1945

Occupation Diary and Private Correspondence 1945-1948

Herausgegeben von Ingrid Krüger-Bulcke

1994. 404 Seiten
ISBN 3-486-56002-6

Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Band 14

James K. Pollock war Professor der Politischen Wissenschaften an der University of Michigan als er im Juni 1945 als Sonderberater der amerikanischen Militärregierung in Staatsrechts- und Verfassungsfragen in das zerstörte Deutschland entsandt wurde.

In dieser Funktion war er maßgeblich am Aufbau der Verwaltung und des demokratischen Verfassungsstaates in Deutschland beteiligt. Der enge Mitarbeiter General Clays gilt als geistiger Vater des Länderrats der US-Zone, dessen Arbeit er von Anfang an überwachte und mit seinem Rat unterstützte.

Pollocks tägliche Aufzeichnungen und seine Privatkorrespondenz bieten nicht nur einen genauen Einblick in die schwierigen Lebensbedingungen der deutschen Bevölkerung, die Not in den Städten und das wirtschaftliche Chaos. Sie vermitteln vor allem einen Eindruck von der Arbeitsweise der amerikanischen Militärregierung. Pollock erweist sich dabei als kritischer Beobachter der Besatzungspolitik, der von Anfang an den raschen Wiederaufbau Deutschlands verfocht und sich für die baldige Rückgabe der Verwaltungs- und Regierungsfunktionen an die Deutschen einsetzte.

Die Herausgeberin Ingrid Krüger-Bulcke ist Historikerin in Marburg. Sie war als Mitherausgeberin der „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945" tätig.

Heinrich Troeger

Interregnum

Tagebuch des Generalsekretärs des Länderrats der Bizone 1947-1949

Herausgegeben von Wolfgang Benz und Constantin Goschler

1985. 211 Seiten
ISBN 3-486-52861-0

Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Band 3

Ludwig Bergsträsser

Befreiung, Besatzung, Neubeginn

Tagebuch des Darmstädter Regierungspräsidenten 1945-1948

Herausgegeben von Walter Mühlhausen

1987. 415 Seiten
ISBN 3-486-53871-3

Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Band 5

Neuanfang auf Trümmern

Die Tagebücher des Bremer Bürgermeisters Theodor Spitta 1945-1947

Herausgegeben von Ursula Büttner und Angelika Voß-Louis. Mit einer Einleitung von Werner Jochmann

1992. 562 Seiten
ISBN 3-486-55938-9

Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Band 13